RESOLUTIONEN

und

BESCHLÜSSE

der Generalversammlung

VIERUNDVIERZIGSTE TAGUNG

Band I

19. September–29. Dezember 1989

GENERALVERSAMMLUNG

OFFIZIELLES PROTOKOLL: VIERUNDVIERZIGSTE TAGUNG

BEILAGE NR. 49 (A/44/49)

VEREINTE NATIONEN

New York 1990

HINWEISE FÜR DEN LESER

Die Dokumentennummern (symbols) der Dokumente der Vereinten Nationen bestehen aus Großbuchstaben und Zahlen. Wo im Text eine derartige Kurzbezeichnung verwendet wird, handelt es sich um die Bezugnahme auf ein Dokument der Vereinten Nationen.

Die Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung werden wie folgt gekennzeichnet:

Ordentliche Tagungen

Bis zur dreißigsten ordentlichen Tagung wurden die Resolutionen der Generalversammlung durch eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution und eine in Klammern gesetzte römische Zahl für die laufende Nummer der Tagung gekennzeichnet (z.B.: Resolution 3363 (XXX)). Wurden mehrere Resolutionen unter derselben Nummer verabschiedet, so wurde jede von ihnen durch einen auf die arabische Zahl folgenden Großbuchstaben gekennzeichnet (z.B.: Resolution 3367 A (XXX), Resolutionen 3411 A und B (XXX), Resolutionen 3419 A bis D (XXX)). Beschlüsse wurden nicht numeriert.

Als Teil des neuen Systems für die Kennzeichnung der Dokumente der Generalversammlung werden die Resolutionen und Beschlüsse seit der einunddreißigsten Tagung durch eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Tagung und eine weitere, durch einen Schrägstrich abgetrennte arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution innerhalb dieser Tagung gekennzeichnet (z.B.: Resolution 31/1, Beschluß 31/301). Werden mehrere Resolutionen oder Beschlüsse unter derselben laufenden Nummer verabschiedet, so wird jede(r) von ihnen durch einen an diesen anschließenden Großbuchstaben gekennzeichnet (z.B.: Resolution 31/16 A, Resolutionen 31/6 A und B, Beschlüsse 31/406 A bis E).

Sondertagungen

Bis zur siebenten Sondertagung wurden die Resolutionen der Generalversammlung durch eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution gekennzeichnet, der in Klammern der Buchstabe "S" und eine römische Zahl für die laufende Nummer der Tagung folgten (z.B.: Resolution 3362 (S-VII)). Beschlüsse wurden nicht numeriert.

Seit der achten Sondertagung werden die Resolutionen und Beschlüsse durch den Buchstaben "S" und eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Tagung sowie eine weitere, durch einen Schrägstrich abgetrennte arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution innerhalb dieser Tagung gekennzeichnet (z.B.: Resolution S-8/1, Beschluß S-8/11).

Notstandssondertagungen

Bis zur fünften Notstandssondertagung wurden die Resolutionen der Generalversammlung durch eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution gekennzeichnet, der in Klammern die Buchstaben "ES" und eine römische Zahl für die laufende Nummer der Tagung folgten (z.B.: Resolution 2252 (ES-V)). Beschlüsse wurden nicht numeriert.

Seit der sechsten Notstandssondertagung werden Resolutionen und Beschlüsse durch die Buchstaben "ES" und eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Tagung sowie eine weitere, durch einen Schrägstrich abgetrennte arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution innerhalb dieser Tagung gekennzeichnet (z.B.: Resolution ES-6/1, Beschluß ES-6/11).

In jeder der obengenannten Serien erfolgt die Numerierung jeweils in der Reihenfolge der Verabschiedung.

*
* *

Der vorliegende Band enthält die Resolutionen und Beschlüsse, die von der Generalversammlung vom 19. September bis 29. Dezember 1989 verabschiedet wurden. Etwaige weitere Resolutionen oder Beschlüsse, die von der Versammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung eventuell noch verabschiedet werden, erscheinen im zweiten Band.

Der vorliegende Band enthält ferner eine Übersicht über die Zuweisung der Tagesordnungspunkte an die einzelnen Ausschüsse (Abschnitt I), ein Fundstellenverzeichnis für die Zusammensetzung von Haupt- und Nebenorganen (Anhang I), ein Fundstellenverzeichnis für Übereinkünfte, Erklärungen und andere Instrumente (Anhang II), einen Index der Resolutionen und Beschlüsse nach Tagesordnungspunkten (Anhang III) sowie ein Verzeichnis der Resolutionen und Beschlüsse nach laufenden Nummern (Anhang IV).

*
* *

BESONDERER HINWEIS FÜR DIE DEUTSCHE AUSGABE

Die Dokumente der Vereinten Nationen, die aufgrund von Generalversammlungsresolution 3355 (XXIX) vom 18. Dezember 1974 ab 1. Juli 1975 ins Deutsche zu übersetzen sind (alle Resolutionen der Generalversammlung, des Sicherheitsrats und des Wirtschafts- und Sozialrats sowie die sonstigen Beilagen zum Offiziellen Protokoll der Generalversammlung), werden bei Quellenangaben in deutsch zitiert, auch wenn die Übersetzung noch nicht erschienen ist. Das gleiche gilt für die schon vor dem 1. Juli 1975 verabschiedeten Resolutionen der genannten Organe. (Da die Resolutionen des Sicherheitsrats als Jahresband erscheinen, liegen sie schon ab 1. Januar 1975 in deutsch vor.) Die Titel anderer Quellenangaben werden zur Vereinfachung von Bestellungen nicht übersetzt.

INHALT

Abschnitt		*Seite*
I.	Zuweisungen der Tagesordnungspunkte	1
	* * *	
II.	Resolutionen ohne Überweisung an einen Hauptausschuß	11
III.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses	61
IV.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses	113
V.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses	135
VI.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses	193
VII.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses	289
VIII.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses	309
IX.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses	355
	* * *	
X.	Beschlüsse	371
	A. Wahlen und Ernennungen	371
	B. Sonstige Beschlüsse	
	1. Beschlüsse ohne Überweisung an einen Hauptausschuß	381
	2. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses	384
	3. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses	385
	4. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses	385
	5. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses	395
	6. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses	396
	7. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses	398
	8. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses	399

ANHÄNGE

I.	Zusammensetzung der Organe	401
II.	Übereinkünfte, Erklärungen und andere Instrumente	405
III.	Index der Resolutionen und Beschlüsse (nach Tagesordnungspunkten)	409
IV.	Verzeichnis der Resolutionen und Beschlüsse (nach laufenden Nummern)	419

I. ZUWEISUNG DER TAGESORDNUNGSPUNKTE[1]

Plenum

1. Eröffnung der Tagung durch den Leiter der Delegation Argentiniens (Punkt 1)
2. Minute stillen Gebets oder innerer Sammlung (Punkt 2)
3. Vollmachten der Vertreter für die vierundvierzigste Tagung der Generalversammlung (Punkt 3):
   a) Ernennung der Mitglieder des Vollmachtenprüfungsausschusses
   b) Bericht des Vollmachtenprüfungsausschusses
4. Wahl des Präsidenten der Generalversammlung (Punkt 4)
5. Wahl der Amtsträger der Hauptausschüsse (Punkt 5)
6. Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung (Punkt 6)
7. Unterrichtung durch den Generalsekretär nach Artikel 12 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen (Punkt 7)
8. Annahme der Tagesordnung und Arbeitsplan: Berichte des Präsidialausschusses (Punkt 8)
9. Generaldebatte (Punkt 9)
10. Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen (Punkt 10)
11. Bericht des Sicherheitsrats (Punkt 11)
12. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel I, III (Abschnitt C), VII und VIII) (Punkt 12)[2]
13. Bericht des Internationalen Gerichtshofs (Punkt 13)
14. Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (Punkt 14)[3]
15. Wahlen zur Besetzung freiwerdender Sitze in den Hauptorganen (Punkt 15):
   a) Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats
   b) Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats
16. Wahlen zur Besetzung freiwerdender Sitze in den Nebenorganen und andere Wahlen (Punkt 16)[4]:
   a) Wahl von neunundzwanzig Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen
   b) Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats
   c) Wahl von sieben Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses
   d) Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[4]

---

[1] Auf ihrer 3., 20., 33., 50., 61., 78. und 86. Plenarsitzung am 22. September, 5. und 17. Oktober, 9. und 20. November sowie 8. und 28. Dezember 1989 verabschiedete die Generalversammlung die Tagesordnung und die Zuweisung der Tagesordnungspunkte für ihre vierundvierzigste Tagung (siehe Abschnitt X.B.1, Beschluß 44/402). Soweit nichts anderes vermerkt ist, waren alle Punkte Bestandteile der vom Präsidialausschuß in seinem ersten Bericht (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 25-33) sowie seinem zweiten Bericht (A/44/250/Add.1, Ziffer 2) empfohlenen und von der Versammlung auf ihrer 3. Plenarsitzung angenommenen Tagesordnung und Zuweisung der Tagesordnungspunkte. Die Versammlung beschloß aufgrund der im ersten Bericht des Ausschusses (A/44/250 mit Korr.1 und 2, Ziffer 32 *a*) v)) enthaltenen Empfehlung, einen Beschluß über die Zuweisung des Punktes 47 (Zypernfrage) bis zu einem geeigneten Zeitpunkt während der Tagung zurückzustellen. Ein nach Nummern geordnetes Verzeichnis der Tagesordnungspunkte findet sich in Anhang III.

[2] Zu Kapitel I siehe auch "Zweiter Ausschuß", Punkt 1, "Dritter Ausschuß", Punkt 1, "Vierter Ausschuß", Punkt 4 und "Fünfter Ausschuß", Punkt 18; zu Kapitel III (Abschnitt C) siehe auch "Zweiter Ausschuß", "Dritter Ausschuß" und "Fünfter Ausschuß"; und zu Kapitel VIII siehe auch "Zweiter Ausschuß" und "Dritter Ausschuß".

[3] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *b*) i)) enthaltenen Empfehlung, den Ersten Ausschuß im Zusammenhang mit seiner Behandlung von Punkt 63 der Tagesordnung auf die diesbezüglichen Ziffern des Berichts der Internationalen Atomenergie-Organisation für das Jahr 1988 (siehe A/44/450) aufmerksam zu machen.

[4] Auf ihrer 61. Plenarsitzung am 20. November 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im sechsten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250/Add.5, Ziffer 2) enthaltenen Empfehlung sowie aufgrund des Vorschlags des Generalsekretärs (A/44/247, Ziffer 4), den Unterpunkt 16 *d*) in ihre Tagesordnung aufzunehmen, ihn unmittelbar im Plenum zu behandeln und den Titel des Punktes entsprechend abzuändern.

17. Ernennungen zur Besetzung freiwerdender Sitze in den Nebenorganen und andere Ernennungen (Punkt 17)[5]:
    g) Ernennung von Mitgliedern des Konferenzausschusses
    h) Ernennung von Mitgliedern der Gemeinsamen Inspektionsgruppe
    i) Bestätigung der Ernennung des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen
    j) Ernennung des Namibia-Beauftragten der Vereinten Nationen
18. Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (Punkt 18)[6]
19. Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen (Punkt 19)
20. Rückgabe oder Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer (Punkt 20)
21. Bilanz des Internationalen Friedensjahres (Punkt 21)
22. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz (Punkt 22)
23. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten (Punkt 23)
24. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem (Punkt 24)
25. Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 betreffend militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua: Notwendigkeit der unverzüglichen Befolgung des Urteils (Punkt 26)
26. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit (Punkt 27)
27. Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas (Punkt 28)[7]
28. Frage der Komoren-Insel Mayotte (Punkt 29)
29. Seerecht (Punkt 30)
30. Die Situation in Kampuchea (Punkt 31)
31. Die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (Punkt 32)
32. Südatlantische Zone des Friedens und der Zusammenarbeit (Punkt 33)
33. Die Situation in Zentralamerika: Gefahren für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit sowie Friedensinitiativen (Punkt 34)
34. Frage der Falklandinseln (Malvinas) (Punkt 35)[8]
35. Namibiafrage (Punkt 36)[9]
36. Die Situation im Nahen Osten (Punkt 37)
37. Palästinafrage (Punkt 39)
38. Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien (Punkt 41)

---

[5] Zu den Unterpunkten *a)* bis *f)* siehe "Fünfter Ausschuß", Punkt 19.

[6] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *a)* i)) enthaltenen Empfehlung, alle sich auf bestimmte Territorien beziehenden Kapitel des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (A/44/23) dem Vierten Ausschuß zuzuweisen, um der Versammlung die Gesamtbehandlung der Verwirklichung der Erklärung im Plenum zu ermöglichen.

[7] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *a)* ii)) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt unmittelbar im Plenum zu behandeln, mit der Maßgabe, daß den Vertretern der Organisation der afrikanischen Einheit und der von dieser Organisation anerkannten Befreiungsbewegungen die Teilnahme an der Erörterung im Plenum gestattet würde und daß Organisationen und Einzelpersonen, die ein besonderes Interesse an dieser Frage haben, gestattet würde, vom Politischen Sonderausschuß angehört zu werden.

[8] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *a)* iii)) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt unmittelbar im Plenum zu behandeln, mit der Maßgabe, daß an dieser Frage interessierte Organe und Einzelpersonen gleichzeitig mit der Behandlung dieses Punktes im Plenum im Vierten Ausschuß angehört würden.

[9] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung, diesen Punkt unmittelbar im Plenum zu behandeln, mit der Maßgabe, daß die Anhörungen der betreffenden Organisationen im Vierten Ausschuß stattfinden würden, unter Berücksichtigung des Beschlusses, der von der Versammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *a)* iv)) enthaltenen Empfehlung gefaßt wurde, sowie der in Ziffer 40 des Dokuments A/BUR/44/1 enthaltenen Erklärung des Generalsekretärs.

39. Erklärung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit über den von der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten im April 1986 aus der Luft und von der See aus geführten militärischen Angriff auf die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija (Punkt 42)
40. Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen (Punkt 43)
41. Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung (Punkt 44)
42. Frage der ausgewogenen Vertretung und der Erhöhung der Zahl der Mitglieder im Sicherheitsrat (Punkt 45)
43. Bewaffnete israelische Aggression gegen irakische Kernanlagen und ihre schwerwiegenden Auswirkungen auf das bestehende internationale System für die friedliche Nutzung der Kernenergie, die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (Punkt 46)
44. Folgen des andauernden bewaffneten Konflikts zwischen Irak und Iran (Punkt 48)
45. Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Punkt 82):
    i) Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung[10]
46. Generalversammlungs-Beobachterstatus für den Europarat (Punkt 148)
47. Völkerrechtsdekade der Vereinten Nationen (Punkt 149)
48. Aktion "Überlebens-Brücke" Sudan (Punkt 154)
49. Afrikanische Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich (Punkt 155)
50. Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen (Punkt 38)[11]
51. Notstandshilfe für Antigua und Barbuda, die Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat und St. Kitts und Nevis (Punkt 156)[12]
52. Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen (Punkt 157)[13]
53. Festigung des internationalen Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit unter allen Aspekten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen (Punkt 158)[14]
54. Internationale Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Angolas (Punkt 160)[15]
55. Humanitäre Notstandshilfe für Rumänien (Punkt 161)[16]

---

[10] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *a)* vi)) enthaltenen Empfehlung, am Donnerstag, dem 26. Oktober 1989, eine Gedenk-Plenarsitzung zur Begehung des zehnten Jahrestags der Verabschiedung des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung abzuhalten.

[11] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *f)* i)) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt dem Fünften Ausschuß zuzuweisen, mit der Maßgabe, daß der Bericht über den zwischenstaatlichen Apparat der Vereinten Nationen und dessen Aufgaben im Wirtschafts- und Sozialbereich unmittelbar im Plenum behandelt würde und daß dieser Beschluß in keiner Weise die noch zu treffenden Vorkehrungen für die künftige Behandlung dieses Punktes präjudizieren würde.

[12] Auf ihrer 20. Plenarsitzung am 5. Oktober 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im dritten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250/Add.2, Ziffer 2) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt in ihre Tagesordnung aufzunehmen und ihn unmittelbar im Plenum zu behandeln.

[13] Auf ihrer 33. Plenarsitzung am 17. Oktober 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im vierten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250/Add.3, Ziffer 2) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt in ihre Tagesordnung aufzunehmen und ihn unmittelbar im Plenum zu behandeln.

[14] Auf ihrer 50. Plenarsitzung am 9. November 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im fünften Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250/Add.4, Ziffer 2) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt in ihre Tagesordnung aufzunehmen und ihn unmittelbar im Plenum zu behandeln.

[15] Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im siebenten Bericht des Präsidialausschusses (siehe A/44/250/Add.6, Ziffer 1) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt in ihre Tagesordnung aufzunehmen und ihn unmittelbar im Plenum zu behandeln.

[16] Auf ihrer 86. Plenarsitzung am 28. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im achten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250/Add.7, Ziffer 2) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt in ihre Tagesordnung aufzunehmen und ihn unmittelbar im Plenum zu behandeln.

Erster Ausschuß

(ABRÜSTUNG UND DAMIT ZUSAMMENHÄNGENDE FRAGEN DER INTERNATIONALEN SICHERHEIT)

1. Durchführung der Generalversammlungsresolution 43/62 über die Unterzeichnung und Ratifikation des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Tlatelolco-Vertrag) (Punkt 49)
2. Einstellung aller Kernversuchsexplosionen (Punkt 50)
3. Änderung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (Punkt 51)
4. Dringende Notwendigkeit eines Vertrages zum umfassenden Verbot von Kernversuchen: Bericht der Abrüstungskonferenz (Punkt 52)
5. Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region (Punkt 53)
6. Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien (Punkt 54)
7. Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie übermäßig schwere Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken (Punkt 55)
8. Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen (Punkt 56)
9. Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen (Punkt 57)
10. Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum (Punkt 58)
11. Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas (Punkt 59)
12. Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme: Bericht der Abrüstungskonferenz (Punkt 60)
13. Reduzierung der Militärhaushalte (Punkt 61)
14. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen (Punkt 62)
15. Allgemeine und vollständige Abrüstung (Punkt 63)[3]:
    a) Notifizierung von Kernversuchen
    b) Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung
    c) Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von radiologischen Waffen
    d) Konventionelle Abrüstung
    e) Nukleare Abrüstung
    f) Objektive Information über militärische Fragen
    g) Durchführung der Abrüstungsresolutionen der Generalversammlung
    h) Internationaler Waffentransfer
    i) Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Rüstungszwecke
    j) Seerüstung und Abrüstung
    k) Verbot der Ablagerung radioaktiver Abfälle zu feindseligen Zwecken
    l) Überprüfung der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung: Bericht der Abrüstungskommission
    m) Konventionelle Abrüstung auf regionaler Ebene
    n) Ablagerung von radioaktiven Abfällen
16. Überprüfung und Verwirklichung des Abschließenden Dokuments der zwölften Sondertagung der Generalversammlung (Punkt 64):
    a) Regionale Abrüstung: Bericht des Generalsekretärs
    b) Abrüstung und internationale Sicherheit
    c) Einfrieren der Kernwaffen
    d) Weltabrüstungskampagne
    e) Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Afrika
    f) Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen
    g) Programm der Vereinten Nationen für Stipendien, Ausbildung und Beratungsdienste auf dem Gebiet der Abrüstung: Bericht des Generalsekretärs

h) Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien

i) Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden, Abrüstung und Entwicklung in Lateinamerika und in der Karibik

17. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt und seine Auswirkungen auf die internationale Sicherheit (Punkt 65)

18. Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der zehnten Sondertagung der Generalversammlung (Punkt 66):

a) Bericht der Abrüstungskommission

b) Bericht der Abrüstungskonferenz

c) Stand der multilateralen Abrüstungsübereinkünfte

d) Beirat für Abrüstungsfragen[17]

e) Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung

f) Überprüfung und Bewertung der Verwirklichung der Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade

g) Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhütung eines Atomkrieges

h) Klimatische Auswirkungen eines Atomkrieges, inbesondere auch der nukleare Winter

i) Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung

j) Verhütung eines Atomkrieges

k) Abrüstungswoche

l) Umfassendes Abrüstungsprogramm

m) Erklärung der neunziger Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade

19. Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone (Punkt 67)

20. Nukleare Rüstung Israels (Punkt 68)

21. Einhaltung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften (Punkt 69)

22. Antarktis-Frage (Punkt 70)

23. Festigung von Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion (Punkt 71)

24. Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit (Punkt 72)

25. Umfassende Konzeption für die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen (Punkt 73)

26. Bildung und Information im Dienste der Abrüstung (Punkt 151)

Politischer Sonderausschuß

1. Auswirkungen der atomaren Strahlung (Punkt 74)

2. Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums (Punkt 75)

3. Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (Punkt 76)

4. Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen (Punkt 77)

5. Umfassende Überprüfung aller Teilaspekte des Fragenkomplexes der Friedensoperationen (Punkt 78)

6. Informationsfragen (Punkt 79)

7. Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India (Punkt 80)

8. Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen (Punkt 81)

9. Schutz und Sicherheit von kleinen Staaten (Punkt 150)

10. Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas (Punkt 28)[7]

[17] Der Beirat für Abrüstungsstudien wurde umbenannt und heißt seit 1. Januar 1989 "Beirat für Abrüstungsfragen".

Zweiter Ausschuß

(WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN)

1. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel I, II, III (Abschnitt B bis D), IV, VI (Abschnitt A bis C, E und F) und VIII) (Punkt 12)[18]
2. Kurz-, mittel- und langfristige Lösungen für die durch die Naturkatastrophen in Bangladesch verursachten Probleme (Punkt 25)
3. Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Punkt 82)[19]:
   a) Ausarbeitung einer internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1991-2000)
   b) Handel und Entwicklung[20]
   c) Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten
   d) Effektive Mobilisierung und Integration der Frau in die Entwicklung
   e) Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern
   f) Umwelt[21]
   g) Wüstenbildung und Dürre
   h) Wohn- und Siedlungswesen
   j) Schutz der Umwelt in extraterritorialen Bereichen für die heutigen und die kommenden Generationen[22]
4. Vorbereitungen für die Sondertagung der Generalversammlung im Jahre 1990 (Punkt 83)
5. Auslandsverschuldungskrise und Entwicklung (Punkt 84)
6. Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen (Punkt 85)
7. Operative Entwicklungsaktivitäten (Punkt 86)[23]:
   a) Umfassende grundsatzpolitische Überprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen
   b) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
   c) Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen
   d) Technische Kooperationsaktivitäten der Vereinten Nationen
   e) Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen
8. Ausbildung und Forschung: Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (Punkt 87)
9. Besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe (Punkt 88):
   a) Besondere Wirtschaftshilfeprogramme
   b) Internationale Strategie zur Bekämpfung der Heuschreckenplage, insbesondere in Afrika
10. Notstandshilfe für Sudan (Punkt 153)

---

[18] Zu Kapitel I siehe auch "Plenum", Punkt 12, "Dritter Ausschuß", Punkt 1, "Vierter Ausschuß", Punkt 4 und "Fünfter Ausschuß", Punkt 18; zu Kapitel III (Abschnitt C) siehe auch "Plenum", "Dritter Ausschuß" und "Fünfter Ausschuß"; zu Kapitel VI (Abschnitt B) siehe auch "Fünfter Ausschuß"; zu Kapitel VI (Abschnitt C) siehe auch "Vierter Ausschuß"; zu Kapitel VI (Abschnitt F) siehe auch "Dritter Ausschuß"; und zu Kapitel VIII siehe auch "Plenum" und "Dritter Ausschuß".

[19] Zu Unterpunkt *i*) siehe "Plenum", Punkt 45.

[20] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *d*) i)) enthaltenen Empfehlung, eine Plenarsitzung der Begehung des fünfundzwanzigjährigen Jahrestags der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen zu widmen.

[21] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *d*) ii)) enthaltenen Empfehlung, daß die Debatte über die für 1992 geplante Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung unmittelbar im Plenum abgehalten würde, mit der Maßgabe, daß Beschlüsse über diesen Aspekt des Unterpunktes vom Zweiten Ausschuß gefaßt würden.

[22] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *d*) iii)) enthaltenen Empfehlung, diesen Unterpunkt dem Zweiten Ausschuß zur Behandlung in Verbindung mit Unterpunkt 82 *f*) zuzuweisen.

[23] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *e*) ii)) enthaltenen Empfehlung, daß der Bericht des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Tätigkeit, die Verwaltung und den Haushalt des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau an den Zweiten Ausschuß zur Behandlung unter Punkt 86 überwiesen würde.

Dritter Ausschuß

(SOZIALE, HUMANITÄRE UND KULTURELLE FRAGEN)

1. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel I, III (Abschnitt A, C und E), V, VI (Abschnitt F) und VIII) (Punkt 12)[24]
2. Durchführung des Aktionsprogramms für die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung (Punkt 89)
3. Weltsoziallage (Punkt 90):
   a) Weltsoziallage
   b) Die verschiedenen Formen der Bevölkerungspartizipation als wichtiger Faktor in der Entwicklung und bei der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte
4. Zwanzigster Jahrestag der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet (Punkt 91)[25]
5. Erfahrungen der Staaten bei der Herbeiführung tiefgreifender Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel des sozialen Fortschritts (Punkt 92)
6. Jugendpolitiken und Jugendprogramme (Punkt 93)
7. Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (Punkt 94)
8. Vorbereitung und Organisation des Internationalen Alphabetisierungsjahres (Punkt 95)
9. Andere Wege und Mittel innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zur besseren Gewährleistung einer effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Punkt 96):
   a) Nationale Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte
   b) Recht auf Entwicklung
   c) Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Menschenrechte
10. Interregionale Konsultation über entwicklungsorientierte Sozialpolitiken und -programme (Punkt 97)
11. Die Internationalen Menschenrechtspakte (Punkt 98)
12. Frage des Alterns (Punkt 99)
13. Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung (Punkt 100)
14. Durchführung des Weltaktionsprogramms für Behinderte und Behindertendekade der Vereinten Nationen (Punkt 101)
15. Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit (Punkt 102)
16. Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Punkt 103)
17. Zukunftsstrategien zur Förderung der Frau bis zum Jahr 2000 (Punkt 104):
   a) Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau
   b) Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau[23]
   c) Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat
   d) Verwirklichung der Erklärung über die Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit
   e) Erfahrungen der Staaten im Zusammenhang mit der Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten
18. Wichtigkeit der universalen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der raschen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die tatsächliche Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte (Punkt 105)
19. Beseitigung aller Formen religiöser Intoleranz (Punkt 106)
20. Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt (Punk 107)

---

[24] Zu Kapitel I siehe auch "Plenum", Punkt 12, "Zweiter Ausschuß", Punkt 1, "Vierter Ausschuß", Punkt 4 und "Fünfter Ausschuß", Punkt 18; zu Kapitel III (Abschnitt C) siehe auch "Plenum", "Zweiter Ausschuß" und "Fünfter Ausschuß"; zu Kapitel VI (Abschnitt F) siehe auch "Zweiter Ausschuß"; und zu Kapitel VIII siehe auch "Plenum" und "Zweiter Ausschuß".

[25] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *e*) i)) enthaltenen Empfehlung, den Jahrestag während einer Plenarsitzung am Montag, dem 11. Dezember 1989, zu begehen.

21. Verabschiedung einer Konvention über die Rechte des Kindes (Punkt 108)
22. Effektive Anwendung der internationalen Menschenrechtsinstrumente einschließlich der Berichtspflichten aufgrund der internationalen Menschenrechtsinstrumente (Punkt 109)
23. Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (Punkt 110):
    a) Internationale Konferenz über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im südlichen Afrika
    b) Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge
    c) Internationale Konferenz über indochinesische Flüchtlinge
24. Internationale Kampagne gegen den Suchtstoffverkehr (Punkt 111)[26]:
    a) Konvention der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen
    b) Internationale Kampagne gegen den Drogenmißbrauch und den unerlaubten Suchtstoffverkehr
25. Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Punkt 112)
26. Die Familie im Entwicklungsprozeß (Punkt 113)
27. Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen (Punkt 114)
28. Ausarbeitung eines Instruments über Menschenrechte, die sich auf Solidarität gründen (Punkt 115)

Vierter Ausschuß

(Fragen im Zusammenhang mit den Gebieten ohne Selbstregierung)

1. Informationen aus den Gebieten ohne Selbstregierung, übermittelt gemäß Artikel 73 *e*) der Charta der Vereinten Nationen (Punkt 116)
2. Aktivitäten ausländischer wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern (Punkt 117)
3. Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen (Punkt 118)
4. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel I und VI (Abschnitt C)) (Punkt 12)[27]
5. Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika (Punkt 119)
6. Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner von Gebieten ohne Selbstregierung (Punkt 120)
7. Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (Punkt 18)[6]
8. Frage der Falklandinseln (Malvinas) (Punkt 35)[8]
9. Namibiafrage (Punkt 36)[9]

Fünfter Ausschuß

(Verwaltungs- und Haushaltsfragen)

1. Finanzberichte und geprüfte Rechnungsabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses (Punkt 121):
    a) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
    b) Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

[26] Zum neuen Titel dieses Punktes siehe Abschnitt X.B.5, Beschluß 44/434.
[27] Zu Kapitel I siehe auch "Plenum", Punkt 12, "Zweiter Ausschuß", Punkt 1, "Dritter Ausschuß", Punkt 1 und "Fünfter Ausschuß", Punkt 18; und zu Kapitel VI (Abschnitt C) siehe auch "Zweiter Ausschuß".

c) Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

d) Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen

e) Vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge verwaltete freiwillige Fonds

f) Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

2. Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1988-1989 (Punkt 122)
3. Entwurf des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 (Punkt 123)
4. Programmplanung (Punkt 124)
5. Finanzielle Notlage der Vereinten Nationen (Punkt 125)
6. Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation (Punkt 126):
   a) Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen
   b) Harmonisierung der Satzungen, Verfahrensordnungen und Gepflogenheiten der Verwaltungsgerichte der Internationalen Arbeitsorganisation und der Vereinten Nationen
7. Gemeinsame Inspektionsgruppe (Punkt 127)[28]
8. Konferenzplan (Punkt 128)
9. Beitragstabelle für die Aufteilung der Ausgabenlast der Vereinten Nationen (Punkt 129)
10. Personalfragen (Punkt 130):
    a) Personalstruktur des Sekretariats
    b) Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen
    c) Sonstige Personalfragen
11. Gemeinsames System der Vereinten Nationen (Punkt 131)
12. Pensionssystem der Vereinten Nationen (Punkt 132)
13. Finanzierung der Friedenstruppen der Vereinten Nationen im Nahen Osten (Punkt 133):
    a) Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung
    b) Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon
    c) Überprüfung der Sätze für die Kostenerstattung an die Regierungen der truppenstellenden Staaten
14. Finanzierung der Militärischen Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran (Punkt 134)
15. Finanzierung der Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola (Punkt 135)
16. Finanzierung der Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit (Punkt 136)
17. Verwaltungs- und haushaltstechnische Aspekte der Finanzierung der Friedensoperationen der Vereinten Nationen (Punkt 137)
18. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel I, III (Abschnitt C) und VI (Abschnitt B und D)) (Punkt 12)[29]
19. Ernennungen zur Besetzung freiwerdender Sitze in den Nebenorganen und andere Ernennungen (Punkt 17)[30]
    a) Ernennung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen
    b) Ernennung von Mitgliedern des Beitragsausschusses
    c) Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses

---

[28] Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/44/250 mit Korr. 1 und 2, Ziffer 32 *f*) ii)) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt dem Fünften Ausschuß zuzuweisen, mit der Maßgabe, daß die Berichte der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über Fragen, mit denen andere Hauptausschüsse befaßt sind, auch diesen Ausschüssen zugewiesen würden.

[29] Zu Kapitel I siehe auch "Plenum", Punkt 12, "Zweiter Ausschuß", Punkt 1, "Dritter Ausschuß", Punkt 1 und "Vierter Ausschuß", Punkt 4; zu Kapitel III (Abschnitt C) siehe auch "Plenum", "Zweiter Ausschuß" und "Dritter Ausschuß"; und zu Kapitel VI (Abschnitt B) siehe auch "Zweiter Ausschuß".

[30] Zu den Unterpunkten *g*) bis *f*) siehe "Plenum", Punkt 17.

d) Bestätigung der Ernennung von Mitgliedern des Investitionsausschusses

e) Ernennung von Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen

f) Ernennung von Mitgliedern der Kommission für den Internationalen öffentlichen Dienst

20. Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen (Punkt 38)[11]

21. Derzeitige Finanzkrise der Vereinten Nationen (Punkt 40)

22. Finanzierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika (Punkt 159)[31]

Sechster Ausschuß

(RECHTSFRAGEN)

1. Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts (Punkt 138)

2. Maßnahmen zur Verhinderung von internationalem Terrorismus, der das Leben unschuldiger Menschen bedroht oder vernichtet oder die Grundfreiheiten beeinträchtigt, sowie Untersuchung der tieferen Ursachen derjenigen Formen von Terrorismus und Gewalthandlungen, die in Elend, Enttäuschung, Leid und Verzweiflung wurzeln und manche Menschen dazu treiben, Menschenleben — einschließlich ihres eigenen — zu opfern, um radikale Veränderungen herbeizuführen (Punkt 139):

   a) Bericht des Generalsekretärs

   b) Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zur Definition des Terrorismus und zu seiner Differenzierung vom nationalen Befreiungskampf der Völker

3. Fortschreitende Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung (Punkt 140)

4. Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten (Punkt 141)

5. Entwurf eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit (Punkt 142)

6. Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre zweiundzwanzigste Tagung (Punkt 143)

7. Bericht des Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern (Punkt 144)

8. Bericht der Völkerrechtskommission über ihre einundvierzigste Tagung (Punkt 145)

9. Bericht des Sonderausschusses für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen (Punkt 146)

10. Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland (Punkt 147)

11. Internationale strafrechtliche Verantwortlichkeit von Einzelpersonen und Vereinigungen, die dem unerlaubten Drogenverkehr über Staatsgrenzen hinweg und anderen grenzüberschreitenden strafbaren Tätigkeiten nachgehen: Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs mit Zuständigkeit für derartige Straftaten (Punkt 152)

[31] Auf ihrer 61. Plenarsitzung am 20. November 1989 beschloß die Generalversammlung aufgrund der im sechsten Bericht des Präsidialausschusses (siehe A/44/250/Add.5, Ziffer 1) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt in ihre Tagesordnung aufzunehmen und ihn dem Fünften Ausschuß zuzuweisen.

II. RESOLUTIONEN OHNE ÜBERWEISUNG AN EINEN HAUPTAUSSCHUSS[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
44/1	Todesstrafe für einen südafrikanischen Patrioten (A/44/L.1 mit Add.1)	28	28. September 1989	12
44/2	Der Aufstand ("Intifadah") des palästinensischen Volkes (A/44/L.2/Rev.1) ...	39	6. Oktober 1989	13
44/3	Notstandshilfe für Antigua und Barbuda, die Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat und St. Kitts und Nevis (A/44/L.3 mit Add.1)	156	12. Oktober 1989	13
44/4	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem (A/44/L.8)	24	17. Oktober 1989	14
44/5	Vollmachten der Vertreter für die vierundvierzigste Tagung und die sechzehnte Sondertagung der Generalversammlung			
	Resolution A (A/44/639)	3	17. Oktober 1989	15
	Resolution B (A/44/639/Add.1)	3	11. Dezember 1989	15
44/6	Beobachterstatus für den Europarat in der Generalversammlung (A/44/L.4) ...	148	17. Oktober 1989	15
44/7	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten (A/44/L.7/Rev.1)	23	17. Oktober 1989	15
44/8	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz (A/44/L.5)	22	18. Oktober 1989	17
44/9	Frage der Komoreninsel Mayotte (A/44/L.5)	29	18. Oktober 1989	18
44/10	Die Situation in Zentralamerika: Gefahren für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit sowie Friedensinitiativen (A/44/L.14/Rev.1 und Rev.1/Add.1)	34	23. Oktober 1989	19
44/11	Bilanz des Internationalen Friedensjahres (A/44/L.15 mit Add.1)	21	24. Oktober 1989	20
44/12	Aktion Überlebens-Brücke Sudan (A/44/L.11/Rev.1 und Rev.1/Add.1)	154	24. Oktober 1989	21
44/13	Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (A/44/L.18)	14	25. Oktober 1989	22
44/14	Durchführung des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (A/44/37, Abschnitt II.A.1(X))			
	A. Zehnjährige Bestandsaufnahme und Neubelebung des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	82 *f*)	26. Oktober 1989	23
	B. Aufbau einer wissenschaftlich-technischen Eigenkapazität	82 *f*)	26. Oktober 1989	23
	C. Koordination und Harmonisierung der Tätigkeiten auf wissenschaftlich-technischem Gebiet	82 *f*)	26. Oktober 1989	24
	D. Finanzierung von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung	82 *f*)	26. Oktober 1989	25
	E. Technologiefolgenabschätzung	82 *f*)	26. Oktober 1989	26
44/15	Die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (A/44/L.17)	32	1. November 1989	26
44/16	Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen (A/44/L.12 mit Add.1)	157	1. November 1989	27
44/17	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit (A/44/L.6/Rev.1)	27	1. November 1989	28
44/18	Rückgabe oder Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer (A/44/L.22 mit Add.1)	20	6. November 1989	30
44/19	Fünfundzwanzigjähriges Bestehen der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (A/44/L.39)	82 *b*)	14. November 1989	31
44/20	Südatlantische Zone des Friedens und der Zusammenarbeit (A/44/L.24)	33	14. November 1989	32
44/21	Festigung des internationalen Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit unter allen Aspekten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen (A/44/L.38 mit Add.1)	158	15. November 1989	32
44/22	Die Situation in Kampuchea (A/44/L.23 mit Add.1)	31	16. November 1989	33
44/23	Völkerrechtsdekade der Vereinten Nationen (A/44/L.41 mit Add.1)	149	17. November 1989	35

[1] Die Beschlüsse ohne Überweisung an einen Hauptausschuß sind in Abschnitt X.B.1 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
44/24	Afrikanische Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich (A/44/L.20/Rev.1)	155	17. November 1989	35
44/26	Seerecht (A/44/L.42 mit Add.1)	30	20. November 1989	36
44/27	Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas			
	A. Internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika (A/44/L.26 mit Add.1)	28	22. November 1989	38
	B. Internationale Unterstützung für die Ausmerzung der Apartheid in Südafrika auf dem Weg über echte Verhandlungen (A/44/L.27 mit Add.1)	28	22. November 1989	38
	C. Umfassende und bindende Sanktionen gegen das rassistische Regime Südafrikas (A/44/L.28 mit Add.1)	28	22. November 1989	39
	D. Verhängung, Koordination und strenge Überwachung von Maßnahmen gegen das rassistische Südafrika (A/44/L.29 mit Add.1)	28	22. November 1989	39
	E. Internationaler finanzieller Druck auf die Apartheidwirtschaft Südafrikas (A/44/L.30 mit Add.1)	28	22. November 1989	40
	F. Beziehungen zwischen Südafrika und Israel (A/44/L.31 mit Add.1)	28	22. November 1989	41
	G. Arbeitsprogramm des Sonderausschusses gegen Apartheid (A/44/L.32 mit Add.1)	28	22. November 1989	41
	H. Ölembargo gegen Südafrika (A/44/L.33 mit Add.1)	28	22. November 1989	42
	I. Militärische Kollaboration mit Südafrika (A/44/L.34/Rev.1 und Rev.1/Add.1)	28	22. November 1989	43
	J. Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika (A/44/L.35 mit Add.1)	28	22. November 1989	43
	K. Konzertierte internationale Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid (A/44/L.36 mit Add.1)	28	22. November 1989	44
	L. Unterstützung der Tätigkeit der Kommission gegen Apartheid im Sport (A/44/L.40 mit Add.1)	28	22. November 1989	46
44/40	Die Situation im Nahen Osten			
	Resolution A (A/44/L.47 mit Add.1)	37	4. Dezember 1989	46
	Resolution B (A/44/L.48 mit Add.1)	37	4. Dezember 1989	48
	Resolution C (A/44/L.49 mit Add.1)	37	4. Dezember 1989	50
44/41	Palästinafrage			
	Resolution A (A/44/L.43 mit Add.1)	39	6. Dezember 1989	50
	Resolution B (A/44/L.44 mit Add.1)	39	6. Dezember 1989	51
	Resolution C (A/44/L.45 mit Add.1)	39	6. Dezember 1989	51
44/42	Palästinafrage (A/44/L.51/Rev.1 und Rev.1/Add.1)	39	6. Dezember 1989	51
44/43	Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 betreffend militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua: Notwendigkeit der unverzüglichen Befolgung des Urteils (A/44/L.52)	26	7. Dezember 1989	52
44/100	Aktivitätenprogramm zur Begehung des dreißigsten Jahrestages der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (A/44/24, Kap. II)	18	11. Dezember 1989	53
44/101	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (A/44/L.55 mit Add.1)	18	11. Dezember 1989	55
44/102	Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung (A/44/L.56 mit Add.1)	18	11. Dezember 1989	56
44/103	Neugliederung und Neubelebung der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (A/44/L.58)	38	11. Dezember 1989	57
44/168	Internationale Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Angolas (A/44/L.60/Rev.1)	160	15. Dezember 1989	58
44/239	Humanitäre Notstandshilfe für Rumänien (A/44/L.64)	161	28. Dezember 1989	59
44/240	Auswirkungen der militärischen Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika in Panama auf die Situation in Zentralamerika (A/44/L.63 mit Add.1)	34	29. Dezember 1989	59

44/1 – Todesstrafe für einen südafrikanischen Patrioten

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage des im Oktober 1988 in Grahamstown (Südafrika) über Mangena Jeffrey Boesman, Mitglied des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika, verhängten Todesurteils,

zutiefst besorgt über die am 22. September 1989 von den südafrikanischen Behörden getroffene Entscheidung, den hinsichtlich des Todesurteils an sie gerichteten Gnadenappell abzulehnen,

in dem Bewußtsein, daß die Vollstreckung dieses Todesurteils die Situation in Südafrika verschärfen und so den Aussichten auf Verhandlungen zur Beendigung der Apartheid einen schweren Schlag versetzen würde,

1. *fordert* die südafrikanischen Behörden *auf*, das über Mangena Jeffrey Boesman verhängte Todesurteil umgehend umzuwandeln;

2. *bittet* alle Staaten und Organisationen *nachdrücklich*, ihren Einfluß geltend zu machen und umgehend Maßnahmen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, den Resolutionen des Sicherheitsrats und einschlägigen internationalen Übereinkünften zu treffen, um das Leben von Mangena Jeffrey Boesman zu retten;

3. *fordert* die südafrikanischen Behörden *außerdem auf*, alle über politische Gefangene verhängten Todesurteile umzuwandeln und so ein günstiges Klima für die friedliche Lösung der Situation in Südafrika zu schaffen.

11. Plenarsitzung
28. September 1989

44/2 — Der Aufstand ("Intifadah") des palästinensischen Volkes

Die Generalversammlung,

in Kenntnis des seit dem 9. Dezember 1987 andauernden Aufstands ("Intifadah") des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besetzung, dem seitens der Weltöffentlichkeit große Aufmerksamkeit und Anteilnahme entgegengebracht wird,

zutiefst besorgt über die alarmierende Situation in dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet infolge der fortdauernden Besetzung durch die Besatzungsmacht Israel und deren beharrlicher Politiken und Praktiken gegen das palästinensische Volk,

erneut erklärend, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[2] auf das seit 1967 von Israel besetzte palästinensische Gebiet einschließlich Jerusalems und die anderen besetzten arabischen Gebiete Anwendung findet,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Erschütterung über die fortdauernden Maßnahmen der Besatzungsmacht Israel, die die Tötung und Verwundung palästinensischer Zivilisten einschließen, und die jüngst vorgenommenen beutezugähnlichen Beschlagnahmungen in den Häusern wehrloser Zivilisten in der palästinensischen Stadt Beit Sahur,

unter Betonung der Notwendigkeit, den völkerrechtlichen Schutz der palästinensischen Zivilisten in dem besetzten palästinensischen Gebiet zu fördern,

in Anerkennung der Notwendigkeit, dem unter israelischer Besatzung stehenden palästinensischen Volk mehr Unterstützung und Hilfe zukommen zu lassen und sich mit ihm solidarischer zu zeigen,

nach Behandlung der im Bericht des Generalsekretärs[3] enthaltenen Empfehlungen,

unter Hinweis auf ihre einschlägigen Resolutionen sowie die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats,

1. *verurteilt* diejenigen Politiken und Praktiken der Besatzungsmacht Israel, die eine Verletzung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems darstellen, und insbesondere Handlungen wie die Eröffnung des Feuers durch die israelische Armee und israelische Siedler, als deren Folge wehrlose palästinensische Zivilisten getötet und verletzt wurden, das Prügeln und Knochenbrechen, die Ausweisung palästinensischer Zivilisten, die Auferlegung restriktiver wirtschaftlicher Maßnahmen, die Zerstörung von Häusern, beutezugähnliche Beschlagnahmungen von im Individual- oder Gemeinschaftseigentum von Privatpersonen stehenden unbeweglichen Sachen oder persönlichem Besitz, kollektive Bestrafung und Massenverhaftungen usw.;

2. *verlangt*, daß die Besatzungsmacht Israel das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten genauestens einhält und umgehend von ihren Politiken und Praktiken abläßt, die gegen dieses Abkommen verstoßen;

3. *fordert* alle Hohen Vertragsparteien des Abkommens *auf* sicherzustellen, daß die Besatzungsmacht Israel das Abkommen gemäß ihrer Verpflichtung nach dessen Artikel 1 unter allen Umständen einhält;

4. *mißbilligt entschieden* die fortgesetzte Mißachtung der einschlägigen Beschlüsse des Sicherheitsrats durch die Besatzungsmacht Israel;

5. *bekräftigt*, daß die seit 1967 andauernde Besetzung des palästinensischen Gebiets einschließlich Jerusalems und der anderen arabischen Gebiete durch Israel nichts an der Rechtsstellung dieser Gebiete ändert;

6. *ersucht* den Sicherheitsrat, die Situation in dem besetzten palästinensischen Gebiet umgehend und im Hinblick auf die Behandlung von Maßnahmen zu prüfen, die notwendig sind, um den palästinensischen Zivilisten in dem von Israel seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems völkerrechtlichen Schutz zuteil werden zu lassen;

7. *bittet* die Mitgliedstaaten, die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die staatlichen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie die Massenmedien, ihre Unterstützung für das palästinensische Volk fortzusetzen und zu verstärken;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die gegenwärtige Situation in dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu prüfen und regelmäßig Berichte dazu vorzulegen, den ersten davon so bald wie möglich.

23. Plenarsitzung
6. Oktober 1989

44/3 — Notstandshilfe für Antigua und Barbuda, die Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat und St. Kitts und Nevis

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/202 vom 20. Dezember 1988 über die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung und ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der in der Anlage enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

zutiefst betroffen über die große Zahl der in Mitleidenschaft gezogenen Personen und das Ausmaß der von Hurrikan Hugo, der am 16. September 1989 Antigua

[2] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 973.
[3] S/19443; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-third Year, Supplement for January, February and March 1988*, Dokument S/19443.

und Barbuda, die Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat und St. Kitts und Nevis verwüstet hat, angerichteten Zerstörung,

sich der Anstrengungen *bewußt*, die die Regierungen und Völker von Antigua und Barbuda, den Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat sowie St. Kitts und Nevis unternehmen, um Menschenleben zu retten und die Not der Opfer des Hurrikans Hugo zu lindern,

im Hinblick auf die enorme Anstrengung, die erforderlich sein wird, um die durch diese Naturkatastrophe verursachte besorgniserregende Situation zu mildern,

sich außerdem der Zügigkeit *bewußt*, mit der Regierungen, die Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, internationale und regionale Organisationen, nichtstaatliche Organisationen und Privatpersonen reagieren und Soforthilfe gewähren,

in der Erkenntnis, daß angesichts des Ausmaßes der Katastrophe und ihrer mittel- und langfristigen Folgen als Ergänzung zu den Bemühungen der Völker und Regierungen von Antigua und Barbuda, den Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat sowie St. Kitts und Nevis ein Beweis internationaler Solidarität und humanitärer Anteilnahme erforderlich sein wird, damit eine umfassende multilaterale Zusammenarbeit mit dem Ziel sichergestellt ist, der unmittelbaren Notstandssituation in den betroffenen Gebieten zu begegnen und den Wiederaufbauprozeß einzuleiten,

1. *versichert* die Regierungen und Völker von Antigua und Barbuda, den Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat sowie St. Kitts und Nevis *ihrer Solidarität und Unterstützung*;

2. *dankt* allen Staaten der internationalen Gemeinschaft, internationalen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen dafür, daß sie den betroffenen Ländern Notstandshilfe gewähren;

3. *bittet mit Nachdruck* alle Staaten der internationalen Gemeinschaft, dringend großzügige Beiträge zu den Soforthilfe-, Sanierungs- und Wiederaufbaubemühungen in den betroffenen Länder zu leisten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen und den Organen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen die Regierungen von Antigua und Barbuda, den Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat sowie St. Kitts und Nevis bei der Ermittlung des mittel- und langfristigen Bedarfs und bei der Ressourcenbeschaffung zu unterstützen sowie bei dem von den jeweiligen Regierungen in Angriff genommenen Wiederaufbau der betroffenen Länder zu helfen.

31. Plenarsitzung
12. Oktober 1989

44/4 – Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/5 vom 17. Oktober 1988 über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem[4],

unter Berücksichtigung des auf der fünfzehnten ordentlichen Tagung des Lateinamerikanischen Rates verabschiedeten Beschlusses 289 vom 1. August 1989 über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem,

im Hinblick darauf, daß die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik enge Kooperationsbeziehungen zu dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem entwickelt hat und daß erfolgreiche Bemühungen zur Koordinierung ihrer Aktivitäten unternommen worden sind,

eingedenk dessen, daß das Ständige Sekretariat des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen verschiedene Programme in Bereichen durchführt, die für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region als vorrangig angesehen werden,

sowie im Hinblick darauf, daß das Lateinamerikanische Wirtschaftssystem jetzt gemeinsame Aktivitäten mit den Sonderorganisationen und anderen Organen und Programmen des Systems der Vereinten Nationen aufbaut, so etwa mit der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, der Weltorganisation für Meteorologie, der Weltgesundheitsorganisation, der Weltorganisation für geistiges Eigentum, dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, dem Zentrum der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen, dem Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe, dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen und der Internationalen Fernmeldeunion,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *bringt ihre Genugtuung* über den Beschluß 289 des Lateinamerikanischen Rates des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems *zum Ausdruck*;

3. *bittet* die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik *nachdrücklich*, ihre Aktivitäten, soweit diese die Koordinierung mit dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem und die gegenseitige Unterstützung betreffen, auszuweiten und zu vertiefen;

4. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen *nachdrücklich*, die Programme, die das Ständige Sekretariat des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems durchführt, stärker und umfassender zu unterstützen;

5. *bittet* die Sonderorganisationen und sonstigen Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen *nachdrücklich*, ihre Unterstützung für die Aktivitäten des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems und ihre Mitwirkung an diesen fortzusetzen und zu verstärken;

6. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, sich in enger Zusammenarbeit mit dem Ständigen Sekretär des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems dafür einzusetzen, daß 1990 ein Treffen der beiden Sekretariate stattfindet, bei dem festgestellt

[4] A/44/550.

werden soll, auf welchen Gebieten eine Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem möglich ist;

7. *ersucht* sowohl den Generalsekretär der Vereinten Nationen als auch den Ständigen Sekretär des Lateinamerikanischen Wirtschaftssystems, Konsultationen zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Kooperationsabkommens zwischen den Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem einzuleiten;

8. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

32. Plenarsitzung
17. Oktober 1989

44/5 — Vollmachten der Vertreter für die vierundvierzigste Tagung und die sechzehnte Sondertagung der Generalversammlung[5]

A

Die Generalversammlung

billigt den ersten Bericht des Vollmachtenprüfungsausschusses[6].

32. Plenarsitzung
17. Oktober 1989

B

Die Generalversammlung

billigt den zweiten Bericht des Vollmachtenprüfungsausschusses[7].

79. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/6 — Beobachterstatus für den Europarat in der Generalversammlung

Die Generalversammlung,

in dem Wunsche, die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Europarat zu fördern,

ersucht den Generalsekretär, den Europarat als Beobachter zur Teilnahme an den Tagungen und der Arbeit der Generalversammlung einzuladen.

33. Plenarsitzung
17. Oktober 1989

44/7 — Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen über die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten, insbesondere Resolution 43/3 vom 17. Oktober 1988,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten[8],

sowie unter Hinweis auf die Artikel der Charta der Vereinten Nationen, in denen Maßnahmen zur Förderung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen auf der Grundlage der regionalen Zusammenarbeit befürwortet werden,

mit Genugtuung über den Wunsch der Liga der arabischen Staaten, die bestehenden Verbindungen mit den Vereinten Nationen in allen die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffenden Bereichen zu festigen und auszubauen und mit den Vereinten Nationen bei der Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen zu Libanon sowie zur Palästinafrage und zur Nahostsituation in jeder erdenklichen Weise zusammenzuarbeiten,

im Bewußtsein der entscheidenden Bedeutung, die die Herbeiführung einer gerechten, umfassenden und dauerhaften Lösung des Nahostkonflikts und der in seinem Mittelpunkt stehenden Palästinafrage für die Mitgliedsländer der Liga der arabischen Staaten besitzt,

in der Erkenntnis, daß die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in direktem Zusammenhang u.a. mit der Abrüstung, der Entkolonialisierung, der Selbstbestimmung und der Ausmerzung aller Formen des Rassismus und der rassischen Diskriminierung steht,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von den bisherigen Fortschritten in bezug auf die Empfehlungen, die auf dem vom 29. Juni bis 1. Juli 1988 in Genf abgehaltenen zweiten Treffen zwischen Vertretern der Vereinten Nationen und anderen zum System der Vereinten Nationen gehörenden Organisationen und den Vertretern der Liga der arabischen Staaten und ihrer Fachorganisationen verabschiedet wurden,

überzeugt, daß die Pflege und weitere Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten zur Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen und zur Förderung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen beiträgt,

in Anerkennung der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten und ihren Fachorganisationen bei der Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele der Gemeinsamen Arabischen Wirtschaftsentwicklungsstrategie, die von der vom 25. bis 27. November 1980 in Amman abgehaltenen Elften Arabischen Gipfelkonferenz[9] verabschiedet wurde,

mit Genugtuung über die am 6. Oktober 1989 erfolgte Unterzeichnung des in Ziffer 10 der Generalversammlungsresolution 43/3 geforderten Kooperationsabkommens zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten,

sowie mit Genugtuung über die Fortschritte, die der Arabische Innenministerrat und das Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe bisher hinsichtlich der Abhaltung des gemeinsamen Seminars über Katastrophenbereitschaft und Katastrophenprävention in den arabischen Ländern erzielt

[5] Siehe Abschnitt X.A, Beschluß 44/301.
[6] A/44/639.
[7] A/44/ 639/Add.1.
[8] A/44/478 mit Korr.1.
[9] Siehe A/35/719-S/14289, Anhang.

haben, das 1990 unter Mitwirkung der Liga der arabischen Staaten stattfinden soll,

nach Anhörung der Erklärung, die der Ständige Beobachter der Liga der arabischen Staaten am 17. Oktober 1989 über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten[10] abgegeben hat, und nach Kenntnisnahme des Gewichts, das darin auf Maßnahmen und Verfahren zur Umsetzung der den politischen, sozialen und kulturellen Bereich betreffenden Empfehlungen der Treffen der Vertreter des Generalsekretariats der Liga der arabischen Staaten und ihrer Fachorganisationen und der Vertreter der Sekretariate der Vereinten Nationen und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die vom 28. Juni bis 1. Juli 1983 in Tunis[11] und vom 29. Juni bis 1. Juli 1988 in Genf[12] stattfanden, sowie auf die politische Angelegenheiten betreffenden Empfehlungen gelegt wird, die in den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung enthalten sind,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *dankt* dem Generalsekretär für die von ihm getroffenen weiterführenden Maßnahmen zur Umsetzung der Vorschläge, die auf den in Tunis und Genf abgehaltenen Treffen der Vertreter der Sekretariate der Vereinten Nationen und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Vertreter des Generalsekretariats der Liga der arabischen Staaten und ihrer Fachorganisationen sowie auf dem vom 19. bis 21. August 1985 in Amman abgehaltenen sektoralen Treffen über soziale Entwicklung in der arabischen Region verabschiedet wurden[13];

3. *spricht* der Liga der arabischen Staaten und deren Hohem Dreier-Ausschuß *ihre Anerkennung aus* für ihre Anstrengungen und Bemühungen um die Lösung der Libanonkrise;

4. *ersucht* den Generalsekretär, die Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat der Liga der arabischen Staaten weiter zu verstärken, damit die Resolutionen der Vereinten Nationen zu Libanon sowie zur Palästinafrage und zur Nahostsituation durchgeführt werden, mit dem Ziel, zu einer gerechten, umfassenden und dauerhaften Lösung des Nahostkonflikts und der in seinem Mittelpunkt stehenden Palästinafrage zu gelangen;

5. *ersucht* das Sekretariat der Vereinten Nationen und das Generalsekretariat der Liga der arabischen Staaten, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich ihre Zusammenarbeit im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, auf die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, auf Abrüstung, Entkolonialisierung, Selbstbestimmung und die Ausmerzung aller Formen des Rassismus und der rassischen Diskriminierung weiter zu intensivieren;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, sich weiterhin um die Stärkung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Vereinten Nationen und den anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten und ihren Fachorganisationen zu bemühen, damit die beiden Organisationen ihren gemeinsamen Interessen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich besser dienen können;

7. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, die Anschlußmaßnahmen zur Erleichterung der Umsetzung der auf dem Treffen von Tunis 1983 verabschiedeten Vorschläge multilateraler Natur weiterhin zu koordinieren und geeignete Maßnahmen bezüglich der auf dem Treffen in Amman 1985 und auf dem Genfer Treffen 1988 verabschiedeten multilateralen Vorschläge zu ergreifen, darunter auch folgende Maßnahmen:

a) die Förderung von Kontakten und Konsultationen zwischen den betreffenden Programmen, Organisationen und Institutionen beider Seiten;

b) die Einrichtung gemeinsamer interinstitutioneller Arbeitsgruppen für die einzelnen Sektoren;

8. *fordert* die Sonderorganisationen und die anderen Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen *auf*,

a) weiter mit dem Generalsekretär und den jeweiligen Programmen, Organisationen und Institutionen des Systems der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten und ihrer Fachorganisationen bei der weiteren Umsetzung der multilateralen Vorschläge zusammenzuarbeiten, die die Stärkung und den Ausbau der alle Bereiche umfassenden Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten und ihren Fachorganisationen zum Ziel haben;

b) die Kontakte und Konsultationen mit den betreffenden Programmen, Organisationen und Institutionen beider Seiten in bezug auf bilaterale Projekte beizubehalten und zu vermehren, um deren Durchführung zu erleichtern;

c) mit den Organisationen und Institutionen der Liga der arabischen Staaten bei der Durchführung und Umsetzung von Entwicklungsprojekten in der arabischen Region, wann immer möglich, zusammenzuarbeiten;

d) den Generalsekretär bis spätestens 15. Mai 1990 über den Stand ihrer Zusammenarbeit mit der Liga der arabischen Staaten und ihren Fachorganisationen und insbesondere über die Maßnahmen zur Umsetzung der auf den Treffen von Tunis, Amman und Genf verabschiedeten multilateralen und bilateralen Vorschläge zu unterrichten;

9. *beschließt*, daß zur Intensivierung der Zusammenarbeit und zur Überprüfung und Bewertung der erzielten Fortschritte sowie zur Ausarbeitung umfassender regelmäßiger Berichte alle drei Jahre ein allgemeines Treffen zwischen Vertretern des Systems der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten und jedes Jahr interinstitutionelle sektorale Treffen stattfinden sollten, die sich mit vorrangigen und für die Entwicklung der arabischen Staaten sehr wichtigen Gebieten befassen, wobei Ort und Zeit im Zuge von Konsultationen zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten festzusetzen sind;

10. *bittet* den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten sicherzustellen, daß die Konsultationen zwischen der Hauptabteilung Abrüstungsfragen des Sekretariats der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten fortgesetzt werden, wobei die Möglichkeit der Veranstaltung eines Seminars über Abrüstungs-

[10] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Plenary Meetings*, 33. Sitzung (A/44/PV.33).
[11] A/38/299 mit Korr.1, Abschnitt V.
[12] A/43/509/Add.1.
[13] Siehe A/40/481/Add.1.

fragen in der arabischen Region im Jahre 1990 oder 1991 zu prüfen wäre;

11. *empfiehlt* den Vereinten Nationen und den anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, bei Projekten, die in der arabischen Region durchgeführt werden, nach Möglichkeit arabische Fachkräfte heranzuziehen;

12. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, in enger Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der Liga der arabischen Staaten je nach Bedarf in periodischen Abständen Konsultationen zwischen den Vertretern des Sekretariats der Vereinten Nationen und des Generalsekretariats der Liga der arabischen Staaten über weiterführende Politiken, Projekte, Maßnahmen und Verfahren zu veranstalten;

13. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Veranstaltung eines Treffens der Vertreter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten und ihrer Fachorganisationen im Jahre 1990 zu veranlassen, auf dem Rückschau über die Fortschritte bei der Umsetzung der multilateralen – insbesondere der auf dem Genfer Treffen verabschiedeten – Vorschläge gehalten werden soll, und ein zweijähriges Kooperationsprogramm zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten aufzustellen;

14. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Sachstandsbericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

15. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

33. Plenarsitzung
17. Oktober 1989

44/8 – Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz[14],

unter Berücksichtigung des Wunsches beider Organisationen, im Rahmen ihrer gemeinsamen Suche nach Lösungen für globale Probleme, wie z.B. Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Abrüstung, der Selbstbestimmung, der Entkolonialisierung, der grundlegenden Menschenrechte und der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, enger zusammenzuarbeiten,

unter Hinweis auf die Artikel der Charta der Vereinten Nationen, in denen Maßnahmen zur Förderung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen auf der Grundlage der regionalen Zusammenarbeit befürwortet werden,

angesichts der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz und ihren Fachinstitutionen,

mit Befriedigung feststellend, daß das in Generalversammlungsresolution 43/2 vom 17. Oktober 1988 geforderte Koordinierungstreffen der Leitstellen der federführenden Organisationen der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz vom 13. bis 15. September 1989 in Genf abgehalten wurde[15],

außerdem Kenntnis nehmend von den erfreulichen Fortschritten, die in den sieben Schwerpunktbereichen der Zusammenarbeit wie auch bei der Bestimmung weiterer Kooperationsbereiche erzielt wurden,

in der Überzeugung, daß die Festigung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz zur Förderung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen beiträgt,

mit Genugtuung über den Wunsch beider Organisationen, die bestehende Zusammenarbeit durch die Ausarbeitung konkreter Vorschläge in den festgelegten Schwerpunktbereichen der Zusammenarbeit weiter zu festigen,

in Anerkennung der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz und ihren Fachinstitutionen bei der Umsetzung der Vorschläge, die auf dem Koordinierungstreffen der Leitstellen der federführenden Organisationen der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz verabschiedet wurden,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 37/4 vom 22. Oktober 1982, 38/4 vom 28. Oktober 1983, 39/7 vom 8. November 1984, 40/4 vom 25. Oktober 1985, 41/3 vom 16. Oktober 1986, 42/4 vom 15. Oktober 1987 und 43/2 vom 17. Oktober 1988,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[14];

2. *billigt* die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Koordinierungstreffens der Leitstellen der federführenden Organisationen der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz[16];

3. *stellt mit Genugtuung fest*, daß die Organisation der Islamischen Konferenz sich aktiv an der Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen beteiligt;

4. *ersucht* die Vereinten Nationen und die Organisation der Islamischen Konferenz, im Rahmen ihrer gemeinsamen Suche nach Lösungen für globale Probleme, wie z.B. Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Abrüstung, der Selbstbestimmung, der Entkolonialisierung, der grundlegenden Menschenrechte und der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, weiterhin zusammenzuarbeiten;

5. *legt* den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *nahe*,

[14] A/44/424 mit Add. 1.

[15] A/44/424/Add.1.

[16] Ebd., Ziffer 9-56.

ihre Zusammenarbeit mit der Organisation der Islamischen Konferenz insbesondere durch die Aushandlung von Kooperationsabkommen weiter auszubauen, und bittet sie, mehr Kontakte und Zusammenkünfte zwischen den Leitstellen für Zusammenarbeit in den Schwerpunktbereichen, die für die Vereinten Nationen und die Organisation der Islamischen Konferenz von Interesse sind, zustande kommen zu lassen;

6. *empfiehlt*, 1990 ein Treffen der Leitstellen der federführenden Organisationen der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz und ihrer Fachinstitutionen zu veranstalten, um den Stand der Durchführung des Aktionsplans zu prüfen, der auf dem 1989 abgehaltenen Koordinierungstreffen der beiden Organisationen verabschiedet worden ist, und 1991 ein allgemeines Treffen zwischen den Vertretern der Sekretariate der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz folgen zu lassen;

7. *bittet nachdrücklich* die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere die federführenden Organisationen, der Organisation der Islamischen Konferenz und ihren Fachinstitutionen zur Steigerung der Zusammenarbeit verstärkte technische und sonstige Hilfe zu gewähren;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Vereinten Nationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz zu festigen, damit den gemeinsamen Interessen der beiden Organisationen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet gedient ist;

9. *ersucht* die Vereinten Nationen und die Organisation der Islamischen Konferenz, Vorkehrungen für die Abhaltung von Konsultationen zwischen Vertretern des Sekretariats der Vereinten Nationen und des Generalsekretariats der Organisation der Islamischen Konferenz über die Durchführung von Projekten und Anschlußmaßnahmen zu treffen, wann immer dies angezeigt ist;

10. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen *außerdem*, im Benehmen mit dem Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, zur Veranstaltung von sektoralen Treffen zwischen den beiden Organisationen über Schwerpunktbereiche der Zusammenarbeit anzuregen;

11. *dankt* dem Generalsekretär für seine Bemühungen um die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß er die Mechanismen für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen auch weiterhin ausbauen wird;

12. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Stand der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz zu berichten;

13. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

34. Plenarsitzung
18. Oktober 1989

44/9 – Frage der Komoreninsel Mayotte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970 mit dem Aktionsprogramm für die volle Verwirklichung dieser Erklärung,

sowie unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 3161 (XXVIII) vom 14. Dezember 1973, 3291 (XXIX) vom 13. Dezember 1974, 31/4 vom 21. Oktober 1976, 32/7 vom 1. November 1977, 34/69 vom 6. Dezember 1979, 35/43 vom 28. November 1980, 36/105 vom 10. Dezember 1981, 37/65 vom 3. Dezember 1982, 38/13 vom 21. November 1983, 39/48 vom 11. Dezember 1984, 40/62 vom 9. Dezember 1985, 41/30 vom 3. November 1986, 42/17 vom 11. November 1987 und 43/14 vom 26. Oktober 1988, in denen sie u.a. die Einheit und territoriale Integrität der Komoren bekräftigte,

insbesondere *unter Hinweis auf* ihre Resolution 3385 (XXX) vom 12. November 1975 über die Aufnahme der Komoren in die Vereinten Nationen, in der sie die Notwendigkeit der Achtung der Einheit und territorialen Integrität des aus den Inseln Anjouan, Grande-Comore, Mayotte und Mohéli bestehenden Komoren-Archipels bekräftigte,

ferner unter Hinweis darauf, daß die Ergebnisse der Volksbefragung vom 22. Dezember 1974 gemäß den am 15. Juni 1973 zwischen den Komoren und Frankreich unterzeichneten Abkommen über die Erlangung der Unabhängigkeit der Komoren in ihrer Gesamtheit und nicht Insel für Insel betrachtet werden sollten,

überzeugt, daß eine gerechte und dauerhafte Lösung der Frage der Insel Mayotte von der Achtung der Souveränität, Einheit und territorialen Integrität des Komoren-Archipels ausgehen muß,

sowie überzeugt, daß eine rasche Lösung des Problems für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit, die in der Region herrschen, unerläßlich ist,

eingedenk des vom Präsidenten der Französischen Republik geäußerten Wunsches, sich aktiv um eine gerechte Lösung für dieses Problem zu bemühen,

Kenntnis nehmend von dem wiederholt zum Ausdruck gebrachten Wunsch der Regierung der Komoren, so bald wie möglich einen offenen und ernsten Dialog mit der französischen Regierung aufzunehmen, um die Wiedereingliederung der Komoreninsel Mayotte in die Islamische Föderative Republik der Komoren zu beschleunigen,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[17],

sowie eingedenk der Beschlüsse der Organisation der afrikanischen Einheit, der Bewegung der nichtgebundenen Länder und der Organisation der Islamischen Konferenz zu dieser Frage,

1. *bekräftigt* die Souveränität der Islamischen Föderativen Republik der Komoren über die Insel Mayotte;

2. *bittet* die Regierung Frankreichs, sich an die Verpflichtungen zu halten, die sie vor der Volksbefragung über die Selbstbestimmung des Komoren-Archipels am

[17] A/44/633.

22. Dezember 1974 im Hinblick auf die Achtung der Einheit und territorialen Integrität der Komoren eingegangen ist;

3. *fordert*, daß der vom Präsidenten der Französischen Republik geäußerte Wunsch, sich aktiv um eine gerechte Lösung der Frage der Insel Mayotte zu bemühen, in die Tat umgesetzt wird;

4. *bittet* die Regierung Frankreichs *nachdrücklich*, die Verhandlungen mit der Regierung der Komoren zu beschleunigen, um die effektive und baldige Wiedereingliederung der Insel Mayotte in die Komoren sicherzustellen;

5. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, im Hinblick auf dieses Problem mit dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit ständig Verbindung zu wahren und im Zuge der Bemühungen um eine friedliche Verhandlungslösung für dieses Problem seine Guten Dienste zur Verfügung zu stellen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung über diese Angelegenheit Bericht zu erstatten;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Frage der Komoreninsel Mayotte" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

34. Plenarsitzung
18. Oktober 1989

44/10 — Die Situation in Zentralamerika: Gefahren für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit sowie Friedensinitiativen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 530 (1983) vom 19. Mai 1983, 562 (1985) vom 10. Mai 1985, 637 (1989) vom 27. Juli 1989 und auf ihre Resolutionen 38/10 vom 11. November 1983, 39/4 vom 26. Oktober 1984, 41/37 vom 18. November 1986, 42/1 vom 7. Oktober 1987 und 43/24 vom 15. November 1988 sowie auf die Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und des Generalsekretärs der Organisation der amerikanischen Staaten vom 18. November 1986,

Kenntnis nehmend von den Berichten vom 26. Juni[18] beziehungsweise 17. Oktober 1989[19], die der Generalsekretär gemäß Generalversammlungsresolution 43/24 vorgelegt hat,

überzeugt, daß die Völker Zentralamerikas ohne Einmischung von außen entsprechend ihrer eigenen Entscheidung und ihrer eigenen historischen Erfahrung und ohne Aufgabe der Grundsätze der Selbstbestimmung und der Nichtintervention zu Frieden, Versöhnung, Entwicklung und Gerechtigkeit gelangen wollen,

sich bewußt, daß das am 7. August 1987 auf dem Esquipulas-II-Gipfeltreffen von den Präsidenten der Republiken Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua in Guatemala-Stadt unterzeichnete Übereinkommen "Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Zentralamerika"[20] das Ergebnis der von den Zentralamerikanern getroffenen Entscheidung ist, sich voll der historischen Herausforderung zu stellen, für Zentralamerika eine friedliche Zukunft zu gestalten,

sowie sich des politischen Willens *bewußt*, der jene dazu bewegt, ihre Differenzen mittels Dialog, Verhandlung und Achtung der legitimen Interessen aller Staaten beizulegen, indem Verpflichtungen geschaffen werden, die nach Treu und Glauben durch nachprüfbare Handlungen zu erfüllen sind, welche den Frieden, die Demokratie, die Sicherheit, die Zusammenarbeit und die Achtung der Menschenrechte zum Ziel haben,

mit Genugtuung über die gemeinsamen Erklärungen, die von den zentralamerikanischen Präsidenten am 16. Januar 1988 in Alajuela (Costa Rica)[21] beziehungsweise am 14. Februar 1989 in Costa del Sol (El Salvador)[22] verabschiedet wurden,

mit besonderer Genugtuung Kenntnis nehmend von den am 7. August 1989 in Tela (Honduras) von den zentralamerikanischen Präsidenten erzielten Vereinbarungen[23], bestehend aus der Erklärung von Tela, dem Gemeinsamen Plan für die freiwillige Demobilisierung, Repatriierung oder Wiederansiedlung der Mitglieder des nicaraguanischen Widerstandes und ihrer Angehörigen in Nicaragua oder in Drittländern sowie für Hilfe bei der Demobilisierung aller an bewaffneten Aktionen in Ländern der Region beteiligten Personen, soweit diese freiwillig darum ersuchen, sowie aus der von Honduras und Nicaragua unterzeichneten Vereinbarung, die von der Führung Costa Ricas, El Salvadors und Guatemalas moralisch unterstützt wird,

in Anbetracht der Maßnahmen, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen und der Generalsekretär der Organisation der amerikanischen Staaten zur Unterstützung der Vereinbarungen der zentralamerikanischen Präsidenten getroffen haben, insbesondere soweit diese die Schaffung und Arbeitsweise der Internationalen Unterstützungs- und Verifikationskommission betreffen, die mit der Durchführung des Gemeinsamen Planes für die freiwillige Demobilisierung, Repartriierung und Wiederansiedlung der Mitglieder des nicaraguanischen Widerstandes und ihrer Angehörigen sowie anderer irregulärer Streitkräfte, die darum ersuchen, beauftragt ist,

in Anerkennung der Wichtigkeit der Maßnahmen, die der Generalsekretär getroffen hat, um auf Ersuchen der Regierungen der Region die Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika zu schaffen, damit das Erforderliche geschieht, um die Vor-Ort-Verifikationsmechanismen entsprechend den Sicherheitsverpflichtungen in Gang zu setzen, die sich aus dem auf dem Esquipulas-II-Gipfeltreffen unterzeichneten Übereinkommen und aus späteren Erklärungen ergeben,

in Anbetracht der Bedeutung, welche die zentralamerikanischen Präsidenten der internationalen Verifikationsfunktion für die Wahlprozesse in der Region beimessen, welche dem auf dem Esquipulas-II-Gipfel-

[18] A/44/344-S/20699 mit Add.1; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for October, November and December 1989*, Dokument S/20699 mit Add.1.
[19] A/44/642 mit Korr.1.
[20] A/42/521-S/19085, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-second Year, Supplement for July, August and September 1987*, Dokument S/19085.
[21] A/42/911-S/19447, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-third Year, Supplement for January, February and March 1988*, Dokument S/19447.
[22] A/44/140-S/20491, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for January, February and March 1989*, Dokument S/20491.
[23] Siehe A/44/451-S/20778; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for July, August and September 1989*, Dokument S/20778.

treffen unterzeichneten Übereinkommen und der in Costa del Sol verabschiedeten Erklärung entspricht,

erfreut über die aufgrund eines souveränen Beschlusses der Regierung Nicaraguas an den Generalsekretär ergangene Einladung, im Kontext des zentralamerikanischen Friedensprozesses eine Beobachtergruppe mit dem Auftrag aufzustellen, jedes einzelne Stadium des Wahlprozesses in Nicaragua zu verifizieren, der seinen Höhepunkt in landesweiten Wahlen finden wird, die für den 25. Februar 1990 angesetzt sind, sowie über die positive Reaktion des Generalsekretärs[24],

mit Interesse Kenntnis nehmend von der am 15. September 1989 in Mexiko-Stadt unterzeichneten Vereinbarung zwischen der Regierung von El Salvador und der Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, den Prozeß des Dialoges in dem Bemühen fortzusetzen, vermittels politischer Abmachungen, durch welche der bewaffnete Konflikt in möglichst kurzer Zeit auf politischem Wege beendet würde, eine Einigung zu erzielen, wie auch die Demokratisierung des Landes zu fördern und die salvadorianische Gesellschaft wieder zu vereinen, sowie vom Beschluß des Generalsekretärs, die von den obenerwähnten Parteien an ihn gerichtete Einladung anzunehmen, der zufolge die Vereinten Nationen an dem vom 16. bis 18. Oktober 1989 in San José abgehaltenen Treffen als Zeuge teilnehmen sollen,

in Anerkennung der festen Entschlossenheit der Contadora-Gruppe und ihrer Unterstützungsgruppe sowie ihres entscheidenden Beitrags zum Frieden in Zentralamerika,

eingedenk der besonderen Bedeutung, die der Durchführung ihrer Resolution 42/231 vom 12. Mai 1988 betreffend den Sonderplan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralamerika[25] und anderer einschlägiger Resolutionen im Hinblick auf die Verbesserung des Lebensstandards der Menschen in Zentralamerika zukommt,

1. *würdigt* den Friedenswillen, den die zentralamerikanischen Präsidenten mit der Unterzeichnung des am 7. August 1987 in Guatemala-Stadt geschlossenen Übereinkommens "Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Zentralamerika"[20] und mit ihren späteren Erklärungen und Vereinbarungen zum Ausdruck gebracht haben;

2. *bringt* ihre entschiedenste Unterstützung für diese Vereinbarungen *zum Ausdruck*,

3. *empfiehlt* den Regierungen *dringend*, ihre Bemühungen um die Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Zentralamerika fortzusetzen, und gibt ihrer inständigen Hoffnung Ausdruck, daß die am 7. August 1989 in Tela (Honduras) unterzeichneten Vereinbarungen[23] effektiv in die Tat umgesetzt werden;

4. *appelliert* an die Länder außerhalb der Region, die jedoch Verbindungen mit der Region haben und Interessen in ihr besitzen, die Umsetzung der von den zentralamerikanischen Präsidenten geschlossenen Vereinbarungen zu erleichtern und alle Handlungen zu unterlassen, die diese Umsetzung behindern könnten;

5. *unterstützt* den Generalsekretär der Vereinten Nationen *voll und ganz* bei der Durchführung der Aufgaben, die ihm von den zentralamerikanischen Präsidenten auf dem Gipfeltreffen von Tela als Mitglied der Internationalen Unterstützungs- und Verifikationskommission zusammen mit dem Generalsekretär der Organisation der amerikanischen Staaten übertragen wurden;

6. *ersucht* den Generalsekretär, die zentralamerikanischen Regierungen auch künftig bei ihren Friedensbemühungen nach besten Kräften zu unterstützen, insbesondere indem er über die Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika die für die Schaffung und das ordnungsgemäße Funktionieren der Verifikationsmechanismen in bezug auf Sicherheit erforderlichen Maßnahmen ergreift;

7. *unterstützt* die in dem vom 6. Juli 1989 datierten Schreiben des Generalsekretärs an den Präsidenten der Generalversammlung[26] enthaltene Vereinbarung zwischen dem Generalsekretär und der Regierung Nicaraguas betreffend die Schaffung der Beobachtermission der Vereinten Nationen zur Verifikation des Wahlprozesses in Nicaragua;

8. *ersucht* den Generalsekretär, ihr während der laufenden Tagung periodisch über die Fortschritte der Beobachtermission der Vereinten Nationen zur Verifikation des Wahlprozesses in Nicaragua, die er im Zuge einer außerordentlichen Maßnahme im Zusammenhang mit der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit eingesetzt hat, sowie über den Wahlprozeß in Nicaragua zu berichten und ihr einen abschließenden Bericht über die Ergebnisse desselben vorzulegen;

9. *bittet nachdrücklich* die internationale Gemeinschaft und die internationalen Organisationen, wie in Generalversammlungsresolution 42/231 gefordert und als eine Möglichkeit zur Unterstützung der Friedens- und Entwicklungsbemühungen der Länder der Region, ihre technische, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit den zentralamerikanischen Ländern im Hinblick auf die Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele des Sonderplans für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralamerika zu verstärken;

10. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung im Laufe der ersten beiden Dezemberwochen 1989 einen vorläufigen Bericht über den Stand der Durchführung dieser Resolution und der fünfundvierzigsten Tagung der Versammlung einen Bericht darüber vorzulegen;

11. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Die Situation in Zentralamerika: Gefahren für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit sowie Friedensinitiativen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

35. Plenarsitzung
23. Oktober 1989

44/11 — Bilanz des Internationalen Friedensjahres

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 40/3 vom 24. Oktober 1985, in deren Anlage sie das Jahr 1986 feierlich zum Internationalen Friedensjahr erklärt hat,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 40/10 vom 11. November 1985, in der sie vom Programm des Internationalen Friedensjahres[27] Kenntnis genommen hat,

[24] Siehe A/44/210.
[25] A/42/949, Anhang.
[26] Siehe A/44/375.
[27] A/40/669, Anhang I und A/40/669/Add.1, Anhang I.

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 42/13 vom 28. Oktober 1987, in der sie den Generalsekretär ersucht hat, der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Ergebnisse des Internationalen Friedensjahres vorzulegen,

feststellend, daß die zahlreichen Bemühungen und Aktivitäten der Mitgliedstaaten und der nichtstaatlichen Organisationen den Anstoß zu einem konkreten und sachbezogenen Dialog zwischen Nationen, Völkern und Personen gegeben haben, die einen wahren Frieden anstreben,

im Hinblick darauf, daß die Ziele des Jahres dazu beigetragen haben, die Vereinten Nationen als ein Friedensinstrument zu stärken, indem sie Maßnahmen zur Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Zusammenarbeit und der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten angeregt haben,

mit Genugtuung über den positiven Wandel des weltpolitischen Klimas weg von der Konfrontation und hin zur Zusammenarbeit, zum Verständnis zwischen den Staaten und zur Dialogsuche,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht über die Ergebnisse des Internationalen Friedensjahres, den der Generalsekretär gemäß Resolution 42/13 vorgelegt hat[28];

2. *bringt ihre Genugtuung zum Ausdruck* über die seit der Verkündung des Internationalen Friedensjahres unternommenen Aktivitäten, wie sie im Bericht des Generalsekretärs belegt sind;

3. *anerkennt* den wichtigen Beitrag des Internationalen Friedensjahres und unterstützt die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um die Durchführung von Aktivitäten, die die Vereinten Nationen als ein Friedensinstrument stärken und die Aufmerksamkeit auf die Friedensgrundlagen lenken sollen, wie die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, die Abrüstung, die Menschenrechte und Grundfreiheiten, die Vorbereitung auf ein Leben in Frieden, das ökologische Gleichgewicht, den Umweltschutz und die Verbesserung der Lebensqualität;

4. *beglückwünscht* den Generalsekretär zu seiner Initiative, ein von Jahr zu Jahr größeres Schwergewicht auf die Begehung des von der Generalversammlung in ihrer Resolution 36/67 vom 30. November 1981 verkündeten Internationalen Friedenstages am dritten Dienstag im September zu legen, als Erinnerung daran, daß die Versammlung jedes Jahr zu dieser Zeit tagt, um für den Frieden zu arbeiten;

5. *hebt hervor*, wie wichtig die Erziehung zum Frieden ist, insbesondere auf der Primar- und Sekundarschulebene, und gibt ihrer Befriedigung Ausdruck über ihre Aufnahme in zahlreiche in Angriff genommene Erziehungs- und Lehrerausbildungsprogramme, die eine positive Beurteilung erfahren haben;

6. *bittet nachdrücklich* alle diejenigen, die an der Förderung und Erreichung der Ziele des Internationalen Friedensjahres interessiert sind, die Programme der Gruppe Friedensstudien der Sekretariats-Hauptabteilung für politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrates durch freiwillige Beiträge zum Treuhandfonds für die Förderung des Friedens zu unterstützen;

7. *bittet nachdrücklich* die Mitgliedstaaten, die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und die Weltgemeinschaft, in diesen Anstrengungen zu beharren, indem sie Initiativen entwickeln, die den Zielen des Jahres förderlich sind, und sich den Vereinten Nationen bei der Verfolgung ihres edlen Zieles anzuschließen, nämlich sicherzustellen, daß die Menschheit die Schwelle des einundzwanzigsten Jahrhunderts im vollen Genuß eines stabilen und dauerhaften Friedens erreicht;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten und interessierte Organisationen zu bitten, das Sekretariat über ihre Aktivitäten und Initiativen in Verfolgung dieses Zieles zu unterrichten und der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung unter einem Punkt "Programme und Aktivitäten zur Förderung des Friedens in der Welt" einen Bericht über die Ausarbeitung einschlägiger Programme und Aktivitäten vorzulegen.

37. Plenarsitzung
24. Oktober 1989

[28] A/44/615.

44/12 — Aktion Überlebens-Brücke Sudan

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 43/8 vom 18. Oktober 1988 und 43/52 vom 6. Dezember 1988 über Hilfe für Sudan, in denen sie die internationale Gemeinschaft aufgefordert hat, mit großzügigen Beiträgen umgehend und wirksam auf den Soforthilfe-, Sanierungs- und Wiederaufbaubedarf des Landes und insbesondere auf die dringenden Bedürfnisse der Vertriebenen und anderer notleidender Sudanesen zu reagieren,

sowie unter Hinweis auf das Neue substantielle Aktionsprogramm für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder[29], insbesondere den Abschnitt über Sofort- und Sanierungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder,

mit tiefer Besorgnis feststellend, daß Sudan nach wie vor unter den kumulativen und negativen Auswirkungen anhaltender Naturkatastrophen und innerer Unruhen leidet, die die ausgedehnte Zerstörung seiner sozioökonomischen Infrastruktur und die Vertreibung einer großen Anzahl von Menschen zur Folge gehabt haben,

feststellend, daß weite Gebiete Sudans erneut von einer Dürre heimgesucht worden sind, was zu einer Mißernte und als Folge davon zu Nahrungsmittelknappheit geführt hat,

in der Erkenntnis, daß sich Sudan nach wie vor einer komplexen Notstands- und humanitären Situation gegenübersieht und daß angesichts des Ausmaßes der Katastrophe und ihrer Langzeitfolgen als Ergänzung zu den Bemühungen, die die Regierung und das Volk von Sudan unternehmen, zur Deckung des dringenden Soforthilfe-, Sanierungs- und Wiederaufbaubedarfs auch weiterhin Beweise internationaler Solidarität und humanitärer Anteilnahme erforderlich sein werden,

mit Genugtuung feststellend, daß der Aktionsplan von Khartum für die Aktion Überlebens-Brücke Sudan[30], der von dem am 8. und 9. März 1989 in Khartum

[29] *Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.82.I.8), Erster Teil, Abschnitt A.

[30] Siehe A/44/571 mit Korr.1, Abschnitt III.

abgehaltenen, von der Regierung Sudans und den Vereinten Nationen gemeinsam veranstalteten hochrangigen Treffen gebilligt wurde, erfolgreich vollständig durchgeführt worden ist,

feststellend, daß derzeit in Khartum zwischen den Vertretern der Regierung, der Gebergemeinschaft und dem System der Vereinten Nationen Konsultationen zur Ausarbeitung eines Plans für die zweite Phase der Aktion Überlebens-Brücke Sudan stattfinden, die das Ziel hat, den Soforthilfe- und Sanierungsbedarf der vertriebenen Bevölkerung in Sudan zu decken,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Aktion Überlebens-Brücke Sudan[31],

1. *bekundet ihre Solidarität* mit der Regierung und dem Volk von Sudan, die sich einer komplexen humanitären Situation gegenübersehen;

2. *spricht* den Staaten sowie den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die der Regierung Sudans bei ihren Soforthilfe- und Sanierungsanstrengungen Unterstützung und Hilfe gewährt haben, *ihren tiefempfundenen Dank und ihre Anerkennung aus*;

3. *spricht* dem Generalsekretär *ihren besonderen Dank aus* für seine hervorragende Führungsrolle und seinen tätigen Einsatz bei der wirksamen Mobilisierung und erfolgreichen Koordinierung der Aktion Überlebens-Brücke Sudan, womit er deren beachtlichen Erfolg bei der Verhütung einer kritischen Katastrophensituation garantiert hat;

4. *erklärt erneut*, daß die internationale Gemeinschaft in der bevorstehenden Phase der Aktion Überlebens-Brücke Sudan auch weiterhin uneingeschränkt und wirkungsvoll auf Soforthilfe-, Sanierungs- und Wiederaufbauersuchen reagieren muß, damit die Vertriebenen eigenständig werden können;

5. *fordert* alle Staaten *auf*, weiterhin großzügige Beiträge zur Deckung des Soforthilfe- und Sanierungsbedarfs der Vertriebenen zu leisten;

6. *ersucht* den Generalsekretär, auch künftig Unterstützung zu mobilisieren und die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zu koordinieren sowie die Sanierungsaktivitäten zu verstärken und sie zu überwachen und ständig weiterzuverfolgen;

7. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

37. Plenarsitzung
24. Oktober 1989

44/13 – Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation

Die Generalversammlung,

nach Erhalt des Berichts der Internationalen Atomenergie-Organisation an die Generalversammlung für das Jahr 1988[32],

Kenntnis nehmend von der Erklärung des Generaldirektors der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 25. Oktober 1989[33], in der zusätzliche Informationen über die wichtigsten Entwicklungen in der Tätigkeit der Organisation im Jahr 1989 gegeben werden,

in Anerkennung der Bedeutung der Arbeit der Organisation, die darin besteht, entsprechend ihrer Satzung die Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke weiter zu fördern,

außerdem anerkennend, daß die Entwicklungsländer einen besonderen Bedarf an technischer Unterstützung durch die Organisation haben, damit sie aus der Anwendung der Kerntechnik für friedliche Zwecke sowie aus dem Beitrag der Kernenergie für ihre wirtschaftliche Entwicklung wirklichen Nutzen ziehen können,

im Bewußtsein der wichtigen Arbeit, die die Organisation durch die Anwendung der die Kernmaterialüberwachung betreffenden Bestimmungen des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[34] und anderer, auf ähnliche Ziele gerichteter internationaler Verträge, Konventionen und Übereinkünfte sowie dadurch leistet, daß sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür sorgt, daß die von ihr oder auf ihr Ersuchen beziehungsweise unter ihrer Überwachung oder Kontrolle gewährte Hilfe im Einklang mit Artikel II ihrer Satzung nicht zur Förderung militärischer Zwecke benutzt wird,

ferner in Anerkennung der wichtigen Arbeit, die die Organisation in Fragen der Kernenergie, der nuklearen Sicherheit, des Strahlenschutzes und der Entsorgung radioaktiver Abfälle sowie auch dadurch leistet, daß sie die Entwicklungsländer bei der Planung für eine ihren Bedürfnissen entsprechende Einführung der Kernenergie unterstützt,

unter erneuter Betonung der Notwendigkeit strengster Sicherheitsnormen in der Planung und im Betrieb kerntechnischer Anlagen, damit die Gefahren für Leben, Gesundheit und die Umwelt auf ein Mindestmaß beschränkt werden,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend vom Bericht der Organisation über ihre Programmaktivitäten, die darauf gerichtet sind, die Ziele einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung zu erreichen[35],

feststellend, daß die Generalkonferenz der Organisation auf ihrer dreiunddreißigsten ordentlichen Tagung die durch den Gouverneursrat der Organisation vorgenommene Wiederernennung von Hans Blix zum Generaldirektor der Organisation für eine weitere am 1. Dezember 1989 beginnende vierjährige Amtszeit gebilligt hat,

eingedenk der Resolutionen GC(XXXIII)/RES/506 über die israelische Nuklearfähigkeit und nukleare Bedrohung, GC(XXXIII)/RES/508 über Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes, GC(XXXIII)/RES/509 über die Ablagerung nuklearen Abfalls, GC(XXXIII)/RES/510 über das Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial, GC(XXXIII)/RES/511 über das Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und das Übereinkommen über die ge-

[31] Ebd., Abschnitt IV, V und VI.
[32] Internationale Atomenergie-Organisation, *The Annual Report for 1988* (Österreich, Juli 1989), (GC(XXXIII)/873); den Mitgliedern der Generalversammlung mit einem Begleitschreiben des Generalsekretärs (A/44/450) übermittelt.
[33] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Plenary Meeting*, 39. Sitzung (A/44/PV.39).
[34] Resolution 2373 (XXII), Anlage.
[35] A/44/339/Add.11-E/1989/119/Add.11.

genseitige Hilfeleistung bei kerntechnischen Unfällen oder radiologischen Notfällen, GC(XXXIII)/RES/515 über den Plan für die Gewinnung von kostengünstigem Trinkwasser sowie GC(XXXIII)/RES/524 über die Nuklearfähigkeit Südafrikas, die von der Generalkonferenz der Organisation auf ihrer dreiunddreißigsten ordentlichen Tagung am 29. September 1989 verabschiedet wurden,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation[32];

2. *bekräftigt* ihr Vertrauen in die Rolle der Organisation bei der Anwendung der Atomenergie für friedliche Zwecke;

3. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, sich um effektive und harmonische internationale Zusammenarbeit bei der Durchführung der Arbeit der Organisation gemäß ihrer Satzung, bei der Förderung der Nutzung der Kernenergie und der Anwendung der erforderlichen Maßnahmen zur weiteren Erhöhung der Sicherheit kerntechnischer Anlagen und zur möglichst weitgehenden Verminderung von Gefahren für Leben, Gesundheit und Umwelt, beim Ausbau der technischen Hilfe und Unterstützung für Entwicklungsländer und bei der Gewährleistung der Effektivität und Effizienz des Kernmaterialüberwachungssystems der Organisation zu bemühen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation das Protokoll der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zu übermitteln, soweit es sich auf die Tätigkeit der Organisation bezieht.

40. Plenarsitzung
25. Oktober 1989

44/14 — Durchfürung des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung

A

Zehnjährige Bestandsaufnahme und Neubelebung des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/218 vom 19. Dezember 1979, in der sie sich dem Wiener Aktionsprogramm für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung[36] anschloß,

betonend, daß Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung vor dem Hintergrund des raschen Wandels des internationalen wirtschaftlichen Umfelds immer größere Bedeutung zukommt,

mit großer Besorgnis feststellend, daß die Folgen des immer größeren Gefälles zwischen den wissenschaftlich-technischen Fähigkeiten der industrialisierten Länder und denjenigen der Entwicklungsländer insgesamt dazu beigetragen haben, die wirtschaftliche Kluft zwischen diesen Ländern zu vertiefen,

sowie unter Betonung der zentralen Rolle, die Wissenschaft und Technik als unerläßliche Instrumente für die Verbesserung der Lebensqualität und die Beseitigung der Armut im Kontext der Förderung des Wirtschaftswachstums und einer bestandfähigen Entwicklung in den Entwicklungsländern spielen,

ihrer Besorgnis darüber Ausdruck verleihend, daß sich das Fehlen eines günstigen außenwirtschaftlichen Umfelds ungünstig auf die Fähigkeit der Entwicklungsländer ausgewirkt hat, ihre Aktivitäten betreffend Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung zu fördern und zu finanzieren,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit, die Entwicklung der Humanressourcen zu verstärken, mit dem Ziel, die wissenschaftlich-technische Eigenkapazität der Entwicklungsländer zu fördern, insbesondere damit sie den Herausforderungen der Entwicklung und den durch die derzeitige wissenschaftlich-technische Revolution bedingten rascheren technischen Veränderungen gewachsen sind,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die zehnjährige Bestandsaufnahme der Durchführung des Wiener Aktionsprogramms[37],

1. *bekräftigt* die Gültigkeit des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung und dessen grundlegende Ziele und bringt Besorgnis hinsichtlich seiner Durchführung zum Ausdruck;

2. *ist der Auffassung*, daß Wissenschaft und Technik eines der wichtigsten Teilgebiete der Beratungen auf der für 1990 anberaumten Sondertagung der Generalversammlung sein sollte, die der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere der Wiederankurbelung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Entwicklungsländer, dem Ad-hoc-Plenarausschuß für die Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die Vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder und der geplanten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung gewidmet ist.

42. Plenarsitzung
26. Oktober 1989

B

Aufbau einer wissenschaftlich-technischen Eigenkapazität

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die entsprechenden Teile des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung[36],

betonend, daß eine wissenschaftlich-technische Eigenkapazität der Entwicklungsländer u.a. auch ihre Fähigkeit beinhaltet, mit Hilfe institutioneller Mechanismen für die Technologiefolgenabschätzung in Schwerpunktbereichen Technologien, so auch neue Technologien, auszuwählen, zu erwerben, anzupassen, zu nutzen und zu perfektionieren,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß der Aufbau einer wissenschaftlich-technischen Eigenkapazität durch die Entwicklungsländer ein wichtiges Anliegen des Systems der Vereinten Nationen ist,

[36] *Report of the United Nations Conference on Science and Technology for Development, Vienna, 20-31 August 1979* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.I.21 mit Korrigenda), Kap. VII.

[37] A/CN.11/89.

sowie unter Hinweis auf die Resolutionen 4 (VIII) und 1 (IX) des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung vom 6. Juni 1986[38] beziehungsweise vom 7. August 1987[39], worin der Ausschuß empfahl, das Sekretariats-Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung möge Studien darüber durchführen, wie interessierten Mitgliedstaaten geholfen werden kann, im Einklang mit ihren Entwicklungsplänen und -zielen vorrangige Aktivitäten im Bereich Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung zu ermitteln, durch die ihre Eigenkapazität gestärkt würde,

mit Dank davon Kenntnis nehmend, daß das Zentrum Pilotstudien über den Aufbau einer Eigenkapazität in einigen ausgewählten Ländern in Angriff genommen hat, und mit Genugtuung über die enge Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum und dem Fonds der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung bei der Durchführung der Studien und der Planung künftiger weiterer Studien,

ferner unter Hinweis auf die Abschnitte der Resolution 1 (IX) des Zwischenstaatlichen Ausschusses über die Probleme und den Bedarf der am wenigsten entwikkelten Länder auf wissenschaftlich-technischem Gebiet und in dieser Hinsicht die Notwendigkeit höherer Verpflichtungen und einer umfangreicheren Unterstützung zur Deckung der diesbezüglichen besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder betonend,

unter Hervorhebung der Wichtigkeit der weiteren Einbeziehung der Frau in den Entwicklungsprozeß, insbesondere in den Entwicklungsländern, und in diesem Zusammenhang unter Hinweis auf die von der Konferenz der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung am 31. August 1979 verabschiedete Resolution 2[40] und die entsprechenden, den wissenschaftlich-technischen Bereich betreffenden Abschnitte der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[41],

1. *fordert* die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, dem Aufbau der wissenschaftlich-technischen Eigenkapazität der Entwicklungsländer in Übereinstimmung mit deren Entwicklungszielen, -prioritäten und -plänen vermehrte Aufmerksamkeit zu widmen und diese Länder in die Lage zu versetzen, mittels wirksamer Maßnahmen bessere und bestandfähigere Institutionen aufzubauen, ihr Humanressourcenpotential zu verstärken und Technologien zu entwickeln und anzupassen;

2. *betont*, daß die internationale Zusammenarbeit zur Förderung des Aufbaus einer Eigenkapazität der Entwicklungsländer entsprechend der diesen zustehenden Entscheidungsfreiheit auf wissenschaftlich-technischem Gebiet auch auf nachfrageorientierte Prioritäten ausgerichtet sein muß, mit dem Ziel, die Anstrengungen der Entwicklungsländer in bezug auf wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung zu unterstützen;

3. *weist nachdrücklich darauf hin*, daß die internationale Zusammenarbeit zur Förderung des Aufbaus einer Eigenkapazität dem Technologiemanagement besondere Beachtung schenken sollte, damit mit dem technologischen Wandel Schritt gehalten und die technologische Innovation gefördert werden kann;

4. *fordert* das System der Vereinten Nationen *auf*, den Prozeß des Aufbaus einer wissenschaftlich-technischen Eigenkapazität der Entwicklungsländer, einschließlich ihrer Kapazität für die Technologiefolgenabschätzung, nachhaltig zu unterstützen;

5. *bittet nachdrücklich* das Sekretariats-Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung und den Fonds der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung, in Zusammenarbeit mit anderen Organen des Systems der Vereinten Nationen, auch künftig weitere Pilotstudien durchzuführen;

6. *bittet außerdem nachdrücklich* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und andere interessierte Organe des Systems der Vereinten Nationen sowie die Hauptgeberländer, die Durchführung dieser Studien zu unterstützen;

7. *bittet* den Beratenden Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung um seinen sachverständigen Rat und Beistand bei diesem Vorhaben;

8. *ersucht* den Generalsekretär, dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung auf seiner elften Tagung einen Zwischenbericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

42. Plenarsitzung
26. Oktober 1989

C

Koordination und Harmonisierung der Tätigkeiten auf wissenschaftlich-technischem Gebiet

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf diejenigen Abschnitte des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung[36], die sich auf die koordinierte Durchführung des Programms durch das System der Vereinten Nationen und die Aufstellung von grundsatzpolitischen Richtlinien für eine Harmonisierung der Politiken der Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen in bezug auf Tätigkeiten auf wissenschaftlich-technischem Gebiet beziehen,

sowie unter Hinweis auf die Resolution 4 (IX) des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung vom 7. August 1987[39], die den Rahmen für die Aufstellung von grundsatzpolitischen Richtlinien für eine Harmonisierung der Tätigkeiten der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung vorgab,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Tätigkeiten des Sekretariats-Zentrums für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung[42], der u.a. Analysen und Informationen zur Har-

[38] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Einundvierzigste Tagung, Beilage 37* (A/41/37), Abschnitt II.A.

[39] Ebd., *Zweiundvierzigste Tagung, Beilage 37* mit Korrigendum (A/42/37 mit Korr. 1), Abschnitt II.A.

[40] *Report of the United Nations Conference on Science and Technology for Development, Vienna, 20-31 August 1979* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.I.21 mit Korrigenda), Kap. VI, Abschnitt A.

[41] *Report of the World Conference to Review and Appraise the Achievements of the United Nations Decade for Women: Equality, Development and Peace, Nairobi, 15-26 July 1985* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.85.IV.10), Kap. I, Abschnitt A.

[42] A/CN.11/88.

monisierung von wissenschaftlich-technischen Tätigkeiten innerhalb des Systems der Vereinten Nationen enthielt,

in Bekräftigung der Führungsrolle, die den örtlichen Koordinatoren des Systems der Vereinten Nationen dabei zukommt, die Bemühungen der verschiedenen Organisationen des Systems im Einklang mit den Prioritäten der jeweiligen Regierung zu harmonisieren,

Kenntnis nehmend von den in Ziffer 66 des Berichts des Generalsekretärs vorgeschlagenen Leitlinien[42],

1. *fordert* die Leitungsgremien der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, einschließlich des Fonds der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung, *auf*, die Koordinierung und Harmonisierung auf Länderebene zu verstärken, wozu auch interinstitutionelle Missionen gehören, die auf Ersuchen interessierter Entwicklungsländer auf dem Weg über das Büro des örtlichen Koordinators durchgeführt werden, mit dem Ziel, auf die von einem jeden Entwicklungsland festgelegten wissenschaftlich-technischen Prioritäten in angemessener Form sowie kohärenter und effizienter zu reagieren;

2. *ersucht* den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit sicherzustellen, daß eine genaue Kontrolle und Weiterführung der Programme und Tätigkeiten auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung erfolgt, mit deren Durchführung das System der Vereinten Nationen im Interesse einer erfolgreichen Implementierung des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung beauftragt worden ist, und dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung darüber regelmäßig Bericht zu erstatten.

42. Plenarsitzung
26. Oktober 1989

D

Finanzierung von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die entsprechenden Abschnitte des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung[36],

besorgt darüber, daß die Mittel, die für die Förderung von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung eingesetzt werden, immer noch unzulänglich sind,

unter Hinweis auf ihre Resolution 41/183 vom 8. Dezember 1986 über das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung,

sowie unter Hinweis auf die Resolution 5 (IX) des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung vom 7. August 1987[39],

ferner unter Hinweis auf den Beschluß 89/52 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 30. Juni 1989[43],

1. *erklärt erneut*, daß auf kontinuierlicher und gesicherter Basis ausreichende Mittel zur Verfügung stehen müssen, damit Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung entsprechend den Prioritäten der Entwicklungsländer gefördert werden können;

2. *ersucht* den Generalsekretär zu untersuchen, ob es möglich ist, im Hinblick auf die Stärkung des Aufbaus einer wissenschaftlich-technischen Eigenkapazität der Entwicklungsländer eine wirksamere Ressourcenkoalition zwischen dem Entwicklungssystem der Vereinten Nationen, den multilateralen Finanzinstitutionen, den regionalen Entwicklungsbanken und den bilateralen Finanzierungsstellen herzustellen;

3. *betont* die Wichtigkeit der Arbeit, die der Fonds der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung als gesonderte Verwaltungseinheit mit seinem derzeitigen Personalbestand und seiner derzeitigen Arbeitsweise leistet;

4. *ersucht* den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung, auch künftig grundsatzpolitische Richtlinien und Prioritäten für die Tätigkeit des Fonds im Rahmen des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung aufzustellen;

5. *fordert* den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen *auf*, auch künftig auf programm- und sachbezogener Ebene für eine enge gegenseitige Zusammenarbeit zwischen dem Fonds und dem Sekretariats-Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung zu sorgen, insbesondere bei der Durchführung von Beschlüssen, die sich aus der zehnjährigen Bestandsaufnahme des Wiener Aktionsprogramms ergeben;

6. *empfiehlt*, daß der Fonds auf Ersuchen interessierter Entwicklungsländer vorrangig Unterstützung gewähren sollte für

a) Pilotprojekte zum Aufbau der Eigenkapazität der Entwicklungsländer;

b) Tätigkeiten, die direkt mit der Weiterführung von Sachthemen verbunden sind, wie etwa die neuen und neu aufkommenden Gebiete von Wissenschaft und Technik, die vom Zwischenstaatlichen Ausschuß behandelt werden;

c) Projekte und Programme, die die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern zum Ziel haben;

7. *hebt hervor*, welche wichtige Aufgabe der Fonds im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen als Koordinierungsstelle für den Aufbau einer Eigenkapazität in den Entwicklungsländern und die Herstellung von Kontakten zur internationalen wissenschaftlich-technischen Gemeinschaft wahrnimmt;

8. *nimmt Kenntnis* von dem Beschluß des Zwischenstaatlichen Ausschusses, einen Punkt mit dem Titel "Finanzierung von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung" in die Tagesordnung seiner elften Tagung aufzunehmen und den Generalsekretär zu ersuchen, ihm einen umfassenden Bericht zu dieser Frage vorzulegen[44].

42. Plenarsitzung
26. Oktober 1989

[43] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1989, Supplement No. 13* (E/1989/32), Anhang I.

[44] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 37* (A/44/37), Abschnitt II.A, Resolution 2 (X), Ziffer 5.

E

Technologiefolgenabschätzung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Beschluß 7 (V) vom 20. Juni 1983[45], in dem der Zwischenstaatliche Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung das System für technologische Vorausinformationen schuf und eine Prüfung des Projekts forderte, sowie auf Resolution 4 (VIII) des Ausschusses vom 6. Juni 1986[46],

mit Dank Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die von der internationalen Sachverständigengruppe vorgenommene Evaluierung des Systems für technologische Vorausinformationen[46],

in der Erkenntnis, daß aufgrund der Komplexität und der weltweiten Auswirkungen neuer und neu aufkommender wissenschaftlich-technischer Gebiete eine sorgfältige Technologiefolgenabschätzung durchgeführt werden muß, mit dem Ziel, vollen Nutzen aus diesen neu aufkommenden Technologien zu ziehen und negative Folgen für die Entwicklungsländer zu vermeiden,

1. *trifft hiermit den Beschluß*, daß der Zwischenstaatliche Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung im Rahmen seiner Vorgehensweise nach Sachthemen besonders wichtige Themen auswählen soll, die über weitreichende wissenschaftlich-technische Dimensionen verfügen, mit dem Auftrag, eine Technologiefolgenabschätzung und eine entsprechende Grundsatzanalyse zu unterbreiten und so die Erörterung der Frage in der Generalversammlung zu erleichtern;

2. *beschließt*,

a) das System für technologische Vorausinformationen als wichtiges und wirksames Mittel dafür, beim Aufbau einer Eigenkapazität in den Entwicklungsländern Technikfolgenabschätzungen vorzunehmen, beizubehalten und weiter zu verbessern;

b) auch künftig im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel das *ATAS Bulletin* zu veröffentlichen und sich dabei auf die Risiken und Vorteile neuer und neu aufkommender Technologien für die Entwicklung, insbesondere der Entwicklungsländer, sowie auf die verschiedenen Verfahren der Technologiefolgenabschätzung zu konzentrieren, die von den Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen verwendet werden;

c) dem Sekretariats-Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung die Aufgabe zu übertragen, auf dem Weg über das System für technologische Vorausinformationen und in Zusammenarbeit mit anderen Organen der Vereinten Nationen im System der Vereinten Nationen als Koordinierungsstelle für die Technologiefolgenabschätzung und, soweit möglich, für die Beziehungen zu Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen zu dienen, bei denen es um die Aktivitäten der Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Technologiefolgenabschätzung geht;

3. *nimmt Kenntnis* vom Beschluß des Zwischenstaatlichen Ausschusses, als Sachthema für seine elfte Tagung das Thema zu wählen: "Wege und Mittel zur Gewährleistung einer Mitwirkung der Entwicklungsländer an der internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung und Entwicklung umweltgerechter Technologien sowie der rasche und wirksame Transfer dieser Technologien an diese Länder"[47];

4. *ersucht* das Zentrum zu prüfen, wie die Entwicklungsländer bei der Steigerung ihrer Kapazität zur Technologiefolgenabschätzung bei neuen Technologien unterstützt werden können, und empfiehlt, unter Heranziehung der Ergebnisse des laufenden Materialtechnologieprogramms des Zentrums eine Studie über neue Werkstoffe und die Rohstoffverarbeitung durchzuführen, und ersucht den Generalsekretär, dem Zwischenstaatlichen Ausschuß auf seiner elften Tagung darüber zu berichten.

42. Plenarsitzung
26. Oktober 1989

44/15 — Die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Punktes "Die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit",

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/20 vom 3. November 1988,

in Bekräftigung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Verpflichtung aller Staaten, in ihren internationalen Beziehungen die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines Staates zu unterlassen,

sowie in Bekräftigung des unveräußerlichen Rechts aller Völker, ihre Regierungsform selbst zu bestimmen und ihr wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches System ohne jede Intervention, Subversion, Nötigung oder Einschränkung von außen selbst zu wählen,

ernstlich besorgt über die Situation in Afghanistan, die aus einer Verletzung der Grundsätze der Charta und der anerkannten Normen des Verhaltens zwischen den Staaten entstanden ist,

Kenntnis nehmend vom Abschluß der Abkommen über die Regelung der Situation in bezug auf Afghanistan[48] am 14. April 1988 in Genf und von dem entsprechend diesen Abkommen abgeschlossenen Abzug der ausländischen Truppen,

im Bewußtsein der anhaltenden Besorgnis der internationalen Gemeinschaft über die Leiden des afghanischen Volkes und das Ausmaß der sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die Pakistan und Iran durch die Anwesenheit von Millionen afghanischer Flüchtlinge auf ihrem Boden erwachsen,

sich voll dessen bewußt, daß dringend eine umfassende politische Lösung der Situation hinsichtlich Afghanistans gefunden werden muß,

---

[45] Ebd., *Achtunddreißigste Tagung, Beilage 37* (A/38/37), Anhang, Abschnitt B.

[46] A/CN.11/90.

[47] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 37* (A/44/37), Abschnitt II.A, Resolution 2 (X), Ziffer 3.

[48] S/19835, Anhang I; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-third Year, Supplement for April, May and June 1988*, Dokument S/19835.

sich dessen bewußt, daß ein Erfolg bei der endgültigen politischen Regelung des Afghanistanproblems sich günstig auf die internationale Situation auswirken und einen Anstoß zur Lösung anderer akuter Regionalkonflikte geben würde,

mit dem Ausdruck ihres Dankes an den Generalsekretär für seine Bemühungen um die Herbeiführung von Frieden und Sicherheit,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[49] und von dem Stand des politischen Regelungsprozesses,

1. *unterstreicht* die Wichtigkeit der unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen am 14. April 1988 in Genf abgeschlossenen Abkommen über die Regelung der Situation in bezug auf Afghanistan, im folgenden als die "Genfer Abkommen" bezeichnet, die einen bedeutenden Schritt auf dem Weg zu einer umfassenden politischen Lösung des Afghanistanproblems darstellen;

2. *begrüßt* den entsprechend den Genfer Abkommen am 15. Februar 1989 abgeschlossenen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan;

3. *dankt* dem Generalsekretär *ganz besonders* für seine unablässigen Bemühungen um die Herbeiführung einer politischen Lösung des Afghanistanproblems;

4. *fordert* die genaue Beachtung und getreuliche Durchführung der Genfer Abkommen durch alle Beteiligten, die ihnen in Geist und Buchstaben ohne Einschränkung Folge leisten sollten;

5. *erklärt erneut*, daß die Bewahrung der Souveränität, der territorialen Integrität, der politischen Unabhängigkeit, der Nichtgebundenheit und des islamischen Charakters Afghanistans Grundvoraussetzung für eine friedliche Lösung des Afghanistanproblems ist;

6. *bekräftigt* das Recht des afghanischen Volkes, seine Regierungsform selbst zu bestimmen und sein wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches System ohne jede Intervention, Subversion, Nötigung oder Einschränkung von außen selbst zu wählen;

7. *fordert* alle Beteiligten *auf*, dringend darauf hinzuarbeiten, daß eine umfassende politische Lösung herbeigeführt wird, die Feindseligkeiten eingestellt und die erforderlichen Voraussetzungen des Friedens und der Normalität geschaffen werden, so daß die afghanischen Flüchtlinge in Sicherheit und in Ehren freiwillig in ihre Heimat zurückkehren können;

8. *unterstreicht* die Notwendigkeit eines baldigen Beginns des innerafghanischen Dialogs im Hinblick auf die Schaffung einer auf breiter Grundlage aufbauenden Regierung, damit eine möglichst breite Unterstützung und sofortige Partizipation seitens aller Teile des afghanischen Volkes gewährleistet ist;

9. *fordert* alle Beteiligten *auf*, alles zur Förderung einer für das afghanische Volk annehmbaren politischen Lösung zu tun, damit der langwierige Konflikt beendet wird, der seit mehreren Jahren in Afghanistan herrscht;

10. *ersucht* den Generalsekretär, die baldige Verwirklichung einer umfassenden politischen Regelung in Afghanistan im Einklang mit den Genfer Abkommen sowie dieser Resolution zu fördern und zu erleichtern;

11. *dankt* der Guten-Dienste-Mission der Vereinten Nationen in Afghanistan und Pakistan für ihre Arbeit bei der Durchführung der Genfer Abkommen und betont, daß sie ihren Aufgaben unter genauer Einhaltung der Abkommen weiter nachkommen soll, und ersucht Afghanistan und Pakistan, ihr volle Unterstützung zu gewähren;

12. *appelliert erneut* an alle Staaten sowie nationalen und internationalen Organisationen, zur Linderung der Not der afghanischen Flüchtlinge in Absprache mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge auch weiterhin humanitäre Soforthilfe zu gewähren;

13. *fordert* alle Staaten *auf*, dem Koordinator für humanitäre und wirtschaftliche Unterstützungsprogramme in bezug auf Afghanistan ausreichende finanzielle und materielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, so daß eine zügige Repatriierung und Wiedereingliederung der afghanischen Flüchtlinge erfolgen und der wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau des Landes stattfinden kann;

14. *ersucht* den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten und den Sicherheitsrat über den Stand der Durchführung dieser Resolution unterrichtet zu halten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Situation in Afghanistan sowie über den Stand der Durchführung der Genfer Abkommen und der politischen Regelung in bezug auf Afghanistan vorzulegen;

15. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

43. Plenarsitzung
1. November 1989

44/16 – Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen

Die Generalversammlung,

zutiefst besorgt über das ernste Problem der unerlaubten Erzeugung von Suchtstoffen, des unerlaubten Angebots dieser Stoffe, der unerlaubten Nachfrage danach, des unerlaubten Verkehrs damit und der unerlaubten Verteilung dieser Stoffe sowie über die verheerenden Auswirkungen des Drogenmißbrauchs auf den einzelnen und die Gesellschaft,

eingedenk der auf ihrer vierundvierzigsten Tagung im Plenum abgegebenen Erklärungen, so auch der Rede des Präsidenten der Republik Kolumbien am 29. September 1989[50] und insbesondere seines Aufrufs zu einer Sondertagung der Generalversammlung,

[49] A/44/661-S/20911; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for October, November and December 1989*, Dokument S/20911.

[50] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Plenary Meetings*, 13. Sitzung (A/44/PV.13).

1. *beschließt* die Abhaltung einer Sondertagung auf hoher politischer Ebene zur dringenden Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderlichen administrativen Vorkehrungen für die Einberufung der Sondertagung zu treffen.

43. Plenarsitzung
1. November 1989

44/17 — Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit[51],

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen über die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit und die praktischen Maßnahmen zu ihrer Durchführung,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen S-13/2 vom 1. Juni 1986 mit dem in der Anlage enthaltenen Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986-1990, 43/12 vom 25. Oktober 1988 und 43/27 vom 18. November 1988 über die Halbzeitbilanz der Durchführung des Programms,

Kenntnis nehmend von den einschlägigen Resolutionen, Beschlüssen und Erklärungen, die der Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner vom 17. bis 22. Juli 1989 in Addis Abeba abgehaltenen fünfzigsten ordentlichen Tagung[52] und die Versammlung der Staats- und Regierungschefs dieser Organisation auf ihrer vom 24. bis 26. Juli 1989 in Addis Abeba veranstalteten fünfundzwanzigsten ordentlichen Tagung[53] verabschiedet haben,

in Anbetracht der wichtigen Erklärung, die der derzeitige Vorsitzende der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit am 29. September 1989 vor der Generalversammlung abgegeben hat[54],

in Anbetracht der Notwendigkeit der weiteren und engeren Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und den Sonderorganisationen und der Organisation der afrikanischen Einheit,

besorgt über die Situation im südlichen Afrika infolge der noch immer fortdauernden Beherrschung und Unterdrückung des Volkes von Südafrika durch das rassistische Minderheitsregime und im Bewußtsein der Notwendigkeit, das Volk von Südafrika und seine nationalen Befreiungsbewegungen in ihrem rechtmäßigen Kampf um die Ausmerzung der Apartheidpolitik stärker zu unterstützen,

erneut erklärend, daß die Sicherheitsratsresolution 435 (1978) vom 29. September 1978 in ihrer ursprünglichen und endgültigen Form durchgeführt werden muß, um in Namibia Voraussetzungen zu schaffen, die es dem namibischen Volk gestatten, frei und ohne Einschüchterung und Schikanierung an dem Wahlprozeß unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen teilzunehmen, so daß dieser zur baldigen Unabhängigkeit des Territoriums führt,

in großer Sorge darüber, daß die wirtschaftliche Lage in Afrika trotz der von den afrikanischen Ländern zur Zeit durchgeführten Reformpolitik nach wie vor kritisch ist,

sowie besorgt darüber, daß die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas immer noch durch einige Hemmnisse ernstlich behindert wird, darunter auch Hemmnisse im außenwirtschaftlichen Bereich, was geringe Exporterlöse, eine schwere Schuldendienstbelastung und begrenzte Verfügbarkeit von Finanzierungsmöglichkeiten zur Folge hat,

eingedenk der derzeitigen Bemühungen der Organisation der afrikanischen Einheit und ihrer Mitgliedstaaten im Bereich der wirtschaftlichen Integration und insbesondere im Hinblick auf die Errichtung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft,

im Bewußtsein der Verantwortlichkeiten, die ihr dahin gehend obliegen, den unabhängigen Staaten im südlichen Afrika wirtschaftliche, materielle und humanitäre Unterstützung zu gewähren, um ihnen so dabei zu helfen, der durch die Angriffs- und Destabilisierungshandlungen des südafrikanischen Apartheidregimes verursachten Situation zu begegnen,

sowie zutiefst besorgt über die ernste Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen in Afrika und die dringende Notwendigkeit, den afrikanischen Asylländern durch größere internationale Unterstützung zu helfen,

in Anerkennung der wichtigen Rolle, die das Informationssystem der Vereinten Nationen dabei spielen könnte, durch die Verbreitung von Informationen die ernste Lage im südlichen Afrika sowie die sozialen und wirtschaftlichen Probleme und Bedürfnisse der afrikanischen Staaten und ihrer regionalen und subregionalen Institutionen stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken,

ihrem Dank Ausdruck verleihend für die anhaltende finanzielle und sonstige Unterstützung, die die internationale Gemeinschaft und insbesondere bestimmte Länder Afrika gewährt haben,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit und von seinen Bemühungen um die Festigung der Zusammenarbeit;

2. *stellt mit Genugtuung fest*, daß die Organisation der afrikanischen Einheit sich in wachsendem Umfang weiterhin an der Arbeit der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen beteiligt und einen konstruktiven Beitrag zu dieser Arbeit leistet;

3. *nimmt Kenntnis* von den Bemühungen, die der Generalsekretär unternimmt, um die Generalversammlungsresolution 43/12 vom 1. November 1988 durchzu-

[51] A/44/425.
[52] A/44/603, Anhang I.
[53] Ebd., Anhang II und III.
[54] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Plenary Meetings*, 12. Sitzung (A/44/PV.12).

führen, insbesondere im Hinblick auf die Einsetzung einer Sachverständigengruppe, die eine eingehende Bewertung der Frage der für Afrika interessanten Rohstoffe und der Möglichkeiten für eine Exportdiversifizierung vornehmen soll;

4. *würdigt* die anhaltenden Bemühungen der Organisation der afrikanischen Einheit um die Förderung der multilateralen Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Staaten und um Lösungen für afrikanische Probleme, die auch für die internationale Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung sind;

5. *erklärt erneut*, daß die Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986-1990 die Aufgabe der gesamten internationalen Gemeinschaft ist, und würdigt die Anstrengungen, die die afrikanischen Länder trotz der Auswirkungen des ungünstigen internationalen Wirtschaftsklimas unternehmen;

6. *fordert* den Generalsekretär der Vereinten Nationen *auf*, bei der Durchführung und Überwachung des Aktionsprogramms auch künftig eine engere Zusammenarbeit und Koordinierung mit dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit zu gewährleisten;

7. *fordert* den Generalsekretär der Vereinten Nationen *außerdem auf*, unbeschadet der Zuständigkeit der mulilateralen Finanzinstitutionen mit dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit zusammenzuarbeiten, um zur Durchführung von Maßnahmen beizutragen, die eine dauerhafte Lösung für die Schulden- und Schuldendienstbelastung Afrikas zum Ziel haben, unter Berücksichtigung der von Afrika vertretenen gemeinsamen Positionen hinsichtlich seiner Auslandsverschuldung, die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit auf ihrer am 30. November und 1. Dezember 1987 in Addis Abeba abgehaltenen dritten außerordentlichen Tagung verabschiedet wurde[55];

8. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten sowie regionalen und internationalen Organisationen, insbesondere die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, Afrikas Prioritätenprogramm für die wirtschaftliche Gesundung 1986-1990[56] weiterhin vollste Unterstützung zu gewähren;

9. *ersucht* alle Mitgliedstaaten, Gremien der Vereinten Nationen, die Sonderorganisationen und alle anderen zuständigen Organe der Vereinten Nationen sowie die nichtstaatlichen Organisationen um die Aktivierung und Erweiterung ihres Unterstützungsprogramms für auf dem Gebiet der Bekämpfung von Dürre und Wüstenbildung tätige subregionale afrikanische Organisationen wie den Ständigen Zwischenstaatlichen Ausschuß zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region und die Zwischenstaatliche Behörde für Dürre und Entwicklung;

10. *dankt* dem Generalsekretär *erneut* für seine im Namen der internationalen Gemeinschaft unternommenen Bemühungen, besondere Wirtschaftshilfeprogramme für afrikanische Staaten mit ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie für die Frontstaaten und andere unabhängige Staaten im südlichen Afrika aufzustellen und in Gang zu setzen, um diesen dabei zu helfen, den Folgen der Angriffs- und Destabilisierungshandlungen des südafrikanischen Apartheidregimes zu widerstehen;

11. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen und die entsprechenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen darum, daß sie den Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit bei den Bemühungen, die er im Einklang mit den von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit im Juli 1987 beziehungsweise Juli 1989 verabschiedeten Resolutionen AHG/Res.161 (XXIII)[57] und AHG/Res.179 (XXV)[58] zur Errichtung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft unternimmt, zu unterstützen und mit ihm zusammenzuarbeiten;

12. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Organisation der afrikanischen Einheit auch künftig regelmäßig über die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf die besonderen Wirtschaftshilfeprogramme zu unterrichten und diese Bemühungen weiterhin mit allen ähnlichen, von dieser Organisation eingeleiteten Programmen zu koordinieren;

13. *dankt* dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, dem Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe, dem Welternährungsprogramm, dem Welternährungsrat, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für die Unterstützung, die sie den afrikanischen Staaten zur Bewältigung der Notsituation und der auf dem afrikanischen Kontinent bestehenden kritischen Wirtschaftsprobleme bisher bereits gewährt haben;

14. *schließt sich* der zwischen den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit erzielten Einigung über die Veranstaltung eines Treffens zwischen den Sekretariaten der beiden Organisationen *an*, das vom 2. bis 5. April 1990 am Amtssitz der Organisation der afrikanischen Einheit mit dem Ziel abgehalten werden soll, Mittel und Wege zur Ausweitung und Verstärkung der Zusammenarbeit auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu erörtern;

15. *ersucht* die Vereinten Nationen und die Organisation der afrikanischen Einheit, weiterhin je nach Bedarf regelmäßige Konsultationen zwischen den Vertretern des Sekretariats der Vereinten Nationen und des Generalsekretariats der Organisation der afrikanischen Einheit über die Durchführung dieser Resolution abzuhalten;

16. *erklärt erneut*, daß die Vereinten Nationen entschlossen sind, sich in Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit noch intensiver um die Beseitigung von Kolonialismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid im südlichen Afrika zu bemühen;

17. *bittet* die internationale Gemeinschaft *nachdrücklich*, den Generalsekretär in seinem Bemühen, die Durchführung der Sicherheitsratsresolution 435 (1978)

[55] A/42/874, Anhang II.
[56] A/40/666, Anhang I, Erklärung AHG/Decl.1 (XXI), Anhang.
[57] Siehe A/42/699, Anhang II.
[58] Siehe A/44/603, Anhang III.

in ihrer ursprünglichen und endgültigen Form sicherzustellen, uneingeschränkt zu unterstützen;

18. *ersucht* den Generalsekretär, das Erforderliche zu tun, um die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und administrativer Ebene gemäß den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung zu verstärken, insbesondere bezüglich der Unterstützung der Opfer von Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika;

19. *bittet* die internationale Gemeinschaft *außerdem nachdrücklich*, großzügige Beiträge zugunsten des von der Organisation der afrikanischen Einheit eingerichteten Hilfsfonds für den Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid und zugunsten des von der Bewegung der nichtgebundenen Länder eingerichteten Fonds für den Widerstand gegen Invasion, Kolonialismus und Apartheid[59] zu leisten;

20. *fordert* die zuständigen Organe der Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen *auf*, an ihrem jeweiligen Amtssitz und in ihren Regionalbüros und Außenstellen weiterhin eine gerechte und ausgewogene Vertretung Afrikas in herausgehobenen und führenden Positionen sicherzustellen;

21. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten sowie regionalen und internationalen Organisationen, insbesondere die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, sowie die nichtstaatlichen Organisationen, afrikanischen Asylländern materielle und wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren, damit sie die schwere Belastung verkraften können, die ihren begrenzten Ressourcen und unzureichenden Infrastrukturen durch die Anwesenheit einer großen Anzahl von Flüchtlingen in ihren Ländern auferlegt wird;

22. *fordert* die Organe der Vereinten Nationen — insbesondere den Sicherheitsrat, den Wirtschafts- und Sozialrat, den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und den Sonderausschuß gegen Apartheid — *auf*, die Organisation der afrikanischen Einheit bei allen ihren Arbeiten, soweit diese Afrika betreffen, weiterhin eng mit einzubeziehen;

23. *dankt* dem Generalsekretär der Vereinten Nationen und dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit für die Reaktivierung der Einrichtungen und Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen und ermutigt sie, diese weiter auszubauen;

24. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, auch künftig den Vertreter des Generalsekretärs der Organisation der afrikanischen Einheit zur Teilnahme an den die Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986-1990[60] betreffenden Sitzungen des Lenkungsausschusses der Vereinten Nationen sowie seiner interinstitutionellen Sonderarbeitsgruppe und seiner Arbeitsgruppen einzuladen;

25. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem* sicherzustellen, daß weiterhin ausreichende Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden, die eine dauernde Verbindung und kontinuierliche Konsultationen über gemeinsame Belange sowie bei Bedarf die Bereitstellung technischer Hilfe an das Generalsekretariat der Organisation der afrikanischen Einheit erleichtern;

26. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution und über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Organisation der afrikanischen Einheit und den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen Bericht zu erstatten.

44. Plenarsitzung
1. November 1989

44/18 — Rückgabe oder Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3026 A (XXVII) vom 18. Dezember 1972, 3148 (XXVIII) vom 14. Dezember 1973, 3187 (XXVIII) vom 18. Dezember 1973, 3391 (XXX) vom 19. November 1975, 31/40 vom 30. November 1976, 32/18 vom 11. November 1977, 33/50 vom 14. Dezember 1978, 34/64 vom 29. November 1979, 35/127 und 35/128 vom 11. Dezember 1980, 36/64 vom 27. November 1981, 38/34 vom 25. November 1983, 40/19 vom 21. November 1985 und 42/7 vom 22. Oktober 1987,

sowie unter Hinweis auf die von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur am 14. November 1970 verabschiedete Konvention über die Mittel zum Verbot und zur Verhütung der unerlaubten Einfuhr, Ausfuhr und Eigentumsübertragung von Kulturgut[61],

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von dem in Zusammenarbeit mit dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur vorgelegten Bericht des Generalsekretärs[62],

mit Befriedigung feststellend, daß auf ihren Aufruf hin weitere Mitgliedstaaten Vertragspartei der Konvention über die Mittel zum Verbot und zur Verhütung der unerlaubten Einfuhr, Ausfuhr und Eigentumsübertragung von Kulturgut geworden sind,

sich der Bedeutung *bewußt*, die sich für die Ursprungsländer insofern mit der Rückgabe von für sie in geistiger und kultureller Hinsicht grundlegend wertvollem Kulturgut verbindet, als sie repräsentative Sammlungen ihres kulturellen Erbes zusammenstellen können,

in Bekräftigung der Bedeutung von Inventaren als einem unerläßlichen Hilfsmittel für das Verständnis und den Schutz von Kulturgut und für die Erfassung von verstreutem kulturellem Erbe sowie als Beitrag zur Förderung der wissenschaftlichen und künstlerischen Erkenntnis und zur Verständigung zwischen den Kulturen,

zutiefst besorgt darüber, daß heimliche Ausgrabungen und unerlaubter Handel mit Kulturgut das kulturelle Erbe aller Völker weiter verarmen lassen,

in erneuter Unterstützung des feierlichen Aufrufs des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Na-

[59] A/42/422, Anhang III.
[60] Siehe A/42/560 mit Korr.1, Ziffer 121 und 122 sowie A/43/664 mit Korr.1., Ziffer 42.

[61] Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, *Records of the General Conference, Sixteenth Session*, Vol. I, *Resolutions*, S. 135.
[62] A/44/485.

tionen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur vom 7. Juni 1978 zur Rückgabe unersetzlichen kulturellen Erbes an diejenigen, die es hervorgebracht haben,

1. *beglückwünscht* die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und den Zwischenstaatlichen Ausschuß für die Förderung der Rückgabe beziehungsweise im Falle unerlaubter Aneignung der Rückerstattung von Kulturgut an das Ursprungsland zu der Arbeit, die sie — insbesondere durch die Förderung bilateraler Verhandlungen — im Hinblick auf die Rückgabe oder Rückerstattung von Kulturgut, die Erstellung von Inventaren beweglichen Kulturguts, die Einschränkung des unerlaubten Handels mit Kulturgut und die Unterrichtung der Öffentlichkeit geleistet haben;

2. *erklärt erneut*, daß die Rückerstattung von Kunstgegenständen, Denkmälern, Museumsstücken, Archiven, Handschriften, Dokumenten und allen anderen Kultur- oder Kunstschätzen eines Landes durch eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit und zur Erhaltung und zum Gedeihen universeller kultureller Werte beiträgt;

3. *empfiehlt* den Mitgliedstaaten, die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen zum Schutz ihres eigenen Erbes und des Erbes anderer Völker zu treffen beziehungsweise diese weiter auszubauen;

4. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die Möglichkeit zu untersuchen, in Ausgrabungsgenehmigungen eine Klausel aufzunehmen, der zufolge Archäologen und Paläontologen jedes bei den Ausgrabungen zutage geförderte Objekt sofort nach seiner Entdeckung für die staatlichen Behörden fotografisch zu dokumentieren haben;

5. *bittet* die Mitgliedstaaten, in Zusammenarbeit mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur damit fortzufahren, systematische Inventare des auf ihrem Hoheitsgebiet vorhandenen Kulturguts sowie ihres kulturellen Eigentums im Ausland zu erstellen;

6. *empfiehlt* den Mitgliedstaaten *außerdem* sicherzustellen, daß in die Inventare von Museumssammlungen nicht nur die ausgestellten, sondern auch die im Lager befindlichen Objekte aufgenommen werden und daß sie die gesamte erforderliche Dokumentation, insbesondere Fotografien jedes Objekts, enthalten;

7. *bittet außerdem* Mitgliedstaaten, die um die Bergung von Kultur- und Kunstschätzen vom Meeresboden bemüht sind, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht Staaten, die eine historische und kulturelle Beziehung zu diesen Schätzen haben, durch gegenseitig annehmbare Bedingungen die Mitwirkung zu ermöglichen;

8. *appelliert* an die Mitgliedstaaten, mit dem Zwischenstaatlichen Ausschuß für die Förderung der Rückgabe beziehungsweise im Falle unerlaubter Aneignung der Rückerstattung von Kulturgut an das Ursprungsland eng zusammenzuarbeiten und dazu bilaterale Abkommen zu schließen;

9. *appelliert außerdem* an die Mitgliedstaaten, die Massenmedien sowie die Bildungs- und Kultureinrichtungen dazu anzuregen, sich zu bemühen, die Frage der Rückgabe oder Rückerstattung von Kulturgut an das Ursprungsland stärker ins Bewußtsein breiterer Kreise der Öffentlichkeit zu rücken;

10. *ersucht* die Vertragsstaaten der Konvention über die Mittel zum Verbot und zur Verhütung der unerlaubten Einfuhr, Ausfuhr und Eigentumsübertragung von Kulturgut, den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur voll über die Maßnahmen unterrichtet zu halten, die sie ergreifen, um die Anwendung des Übereinkommens auf nationaler Ebene sicherzustellen;

11. *begrüßt* die stetige Zunahme der Zahl der Vertragsstaaten der Konvention;

12. *bittet erneut* die Mitgliedstaaten, die Konvention, soweit noch nicht geschehen, zu unterzeichnen und zu ratifizieren;

13. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

14. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Rückgabe oder Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

45. Plenarsitzung
6. November 1989

44/19 — Fünfundzwanzigjähriges Bestehen der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964, mit der die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) geschaffen wurde,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/183 vom 20. Dezember 1988,

feststellend, daß 1989 das fünfundzwanzigjährige Bestehen der UNCTAD begangen wird,

mit Genugtuung über den wertvollen Beitrag, den die UNCTAD insgesamt zur Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung geleistet hat,

in Anerkennung dessen, daß durch zwischenstaatliche Verhandlungen und Beratungen sowie durch innovatorische Konzeptionen und deren Verwirklichung wichtige grundsatzpolitische Fortschritte und Vereinbarungen erzielt worden sind, sowie außerdem in Anerkennung des Einflusses der Tätigkeit der UNCTAD auf das Denken und die Entscheidungen von Regierungen und anderen internationalen Foren,

1. *beglückwünscht* die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) zu ihrem fünfundzwanzigjährigen Bestehen;

2. *bekräftigt* die Rolle der UNCTAD, wie sie in Resolutionen der Generalversammlung und der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen sowie in der Schlußakte der siebenten Tagung der Konferenz[63] dargelegt ist;

3. *bittet* die UNCTAD, sich weiterhin zu bemühen, an seit langem bestehende Probleme und neue Aufgabengebiete mit neuen gedanklichen Ansätzen heranzu-

[63] TD/350.

gehen, mit dem Ziel, wirksame und innovatorische Grundsatzmaßnahmen zu fördern;

4. *bittet* die Mitgliedstaaten der UNCTAD, ihre politische Unterstützung für diese Organisation zu verstärken und sie zu einem wirksameren und reaktionsfähigeren Instrument der internationalen Zusammenarbeit im Dienste des Handels, des Wachstums und der Entwicklung, insbesondere der Entwicklungsländer, zu machen;

5. *schließt sich* der vom Handels- und Entwicklungsrat im ersten Teil seiner sechsunddreißigsten Tagung verabschiedeten Erklärung über den fünfundzwanzigsten Jahrestag der UNCTAD *an*[64].

54. Plenarsitzung
14. November 1989

44/20 – Südatlantische Zone des Friedens und der Zusammenarbeit

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 41/11 vom 27. Oktober 1986, in der sie den Atlantischen Ozean in der Region zwischen Afrika und Südamerika feierlich zur "Südatlantischen Zone des Friedens und der Zusammenarbeit" erklärt hat,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 42/16 vom 10. November 1987, in der sie die Staaten der Region nachdrücklich gebeten hat, weitere Maßnahmen zur Erfüllung der Zielsetzungen der Erklärung zu treffen, insbesondere durch die Verabschiedung und Durchführung konkreter diesbezüglicher Programme, sowie ihre Resolution 43/23 vom 14. November 1988, in der sie den Staaten der Zone ihre Anerkennung für die Initiativen aussprach, die sie zur Förderung des Friedens und der regionalen Zusammenarbeit im Südatlantik ergriffen haben,

erneut erklärend, daß die Fragen des Friedens und der Sicherheit wie auch der Entwicklung untrennbar miteinander verknüpft sind, sowie der Auffassung, daß eine auf Frieden und Entwicklung gerichtete Zusammenarbeit zwischen allen Staaten, insbesondere zwischen den Staaten der Region, für die Förderung der Ziele der Südatlantischen Zone des Friedens und der Zusammenarbeit unerläßlich ist,

sich der Wichtigkeit *bewußt*, die die Staaten der Zone der Erhaltung der Umwelt der Region beimessen, und in Anerkennung der Bedrohung, die eine Verschmutzung jederlei Ursprungs für die Meeres- und Küstenumwelt, ihr ökologisches Gleichgewicht und ihre Ressourcen darstellt,

erfreut über die Bemühungen, die die Staaten der Zone zur Erfüllung der Zielsetzungen der Erklärung unternommen haben,

1. *nimmt Kenntnis* von dem vom Generalsekretär gemäß Resolution 43/23 vorgelegten Bericht[65];

2. *fordert* alle Staaten *auf*, bei der Förderung der in der Erklärung des Südatlantik zur Zone des Friedens und der Zusammenarbeit aufgestellten Ziele des Friedens und der Zusammenarbeit zu kooperieren und alle Maßnahmen zu unterlassen, die mit diesen Zielen unvereinbar sind, insbesondere soweit sie Spannungs- und potentielle Konfliktsituationen in der Region verursachen beziehungsweise zuspitzen können;

3. *begrüßt* die im April 1989 angelaufene Umsetzung des Planes der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias und sieht der sehr baldigen Aufnahme Namibias als Mitglied in die Gemeinschaft der Staaten der Zone entgegen;

4. *betont*, daß es unbedingt notwendig ist, die Umwelt der Region zu erhalten, und bittet alle Staaten nachdrücklich, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um ihren Schutz vor Umweltschäden sicherzustellen;

5. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, keine gefährlichen, toxischen oder nuklearen Abfälle in die Region einzubringen und dort abzulagern;

6. *begrüßt* die Unterstützung, die das Sekretariats-Büro für Meeresangelegenheiten und Seerecht und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zur Veranstaltung von zwei Seminaren durch die Staaten der Region gewähren, die 1990 im Kongo beziehungsweise 1991 in Uruguay stattfinden sollen und auf denen die Entwicklung und Verwirklichung der mit der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen geschaffenen Rechtsordnung geprüft werden soll[66];

7. *ersucht* den Generalsekretär, die Durchführung der Resolution 41/11 laufend zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter Berücksichtigung u.a. der Auffassungen der Mitgliedstaaten einen Bericht vorzulegen;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Südatlantische Zone des Friedens und der Zusammenarbeit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

55. Plenarsitzung
14. November 1989

44/21 – Festigung des internationalen Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit unter allen Aspekten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

in dem Wunsche, die Rolle und Wirksamkeit der Vereinten Nationen bei der Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit für alle Staaten auf der Grundlage einer uneingeschränkten und universalen Achtung der Charta der Vereinten Nationen und durch bessere internationale Zusammenarbeit bei der Lösung internationaler Probleme politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder humanitärer Art weiter zu stärken,

eingedenk der Möglichkeiten, die die Vereinten Nationen haben, bei der Herbeiführung der internationalen Zusammenarbeit noch größere Wirksamkeit zu entfalten,

1. *fordert* alle Staaten *auf*, ihre praktischen Bemühungen zu verstärken, die darauf gerichtet sind, den internationalen Frieden und die Sicherheit unter allen Aspekten durch Mittel der Zusammenarbeit im Ein-

[64] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 15* (A/44/15), Vol. II, Abschnitt II.A, Resolution 376 (XXXVI).
[65] A/44/536.
[66] *Official Records of the Third United Nations Conference on the Law of the Sea*, Vol. XVII (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.84.V.3.), Dokument A/CONF.62/122.

klang mit der Charta der Vereinten Nationen zu gewährleisten;

2. *bekräftigt* ihren Glauben an die Gültigkeit und Relevanz der Charta und bittet alle Staaten nachdrücklich, sich daran zu halten und insbesondere die Grundsätze der souveränen Gleichheit, politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Staaten und der Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten zu achten, die mit der Charta unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen, Streitigkeiten friedlich beizulegen, sich an die Grundsätze der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker, der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu halten und die von ihnen mit der Charta übernommenen Verpflichtungen nach Treu und Glauben zu erfüllen;

3. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, im Rahmen der Vereinten Nationen, des Sicherheitsrats, der Generalversammlung und deren jeweiliger Nebenorgane miteinander zu beraten und zusammenzuarbeiten, um vielseitige Ansätze für eine Verwirklichung und Stärkung der Grundsätze und der Ordnung betreffend den internationalen Frieden, die Sicherheit und die internationale Zusammenarbeit zu finden, die in der Charta niedergelegt sind.

56. Plenarsitzung
15. November 1989

44/22 — Die Situation in Kampuchea

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/22 vom 14. November 1979, 35/6 vom 22. Oktober 1980, 36/5 vom 21. Oktober 1981, 37/6 vom 28. Oktober 1982, 38/3 vom 27. Oktober 1983, 39/5 vom 30. Oktober 1984, 40/7 vom 5. November 1985, 41/6 vom 21. Oktober 1986, 42/3 vom 14. Oktober 1987 und 43/19 vom 3. November 1988,

sowie unter Hinweis auf die Erklärung über Kampuchea[67] und die Resolution 1 (I)[68], die von der Internationalen Konferenz über Kampuchea verabschiedet wurden,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Generalversammlungsresolution 43/19[69],

die ausländische bewaffnete Intervention und Besetzung in Kampuchea *beklagend*, welche die Ursache für die anhaltenden Feindseligkeiten in diesem Lande ist und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ernstlich bedroht,

in Anbetracht des wirkungsvollen Kampfes, den das kampucheanische Volk unter der Führung von Samdech Norodom Sihanouk weiterhin führt, um die Unabhängigkeit, die Souveränität, die territoriale Integrität und den neutralen und nichtgebundenen Status Kampucheas zu gewährleisten,

Kenntnis nehmend vom Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1989/156 vom 24. Mai 1989 über das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und seine Gültigkeit für Völker, die unter Kolonial- oder Fremdherrschaft oder fremder Besetzung leben,

in höchstem Maße beunruhigt darüber, daß das Andauern der Kämpfe und der Instabilität in Kampuchea noch mehr Kampucheaner gezwungen hat, auf der Suche nach Nahrungsmitteln und Sicherheit an die thailändisch-kampucheanische Grenze zu fliehen,

anerkennend, daß sich die Hilfe der internationalen Gemeinschaft weiterhin lindernd auf die Nahrungsmittelengpässe und die Gesundheitsprobleme ausgewirkt hat, unter denen das kampucheanische Volk leidet,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Kampucheaner, die in Nachbarländern Zuflucht gesucht haben, das unveräußerliche Recht auf sichere Rückkehr in ihr Heimatland besitzen,

sowie nachdrücklich darauf hinweisend, daß ohne eine umfassende politische Regelung des Kampuchea-Konflikts keine wirksame Lösung der humanitären Probleme erreicht werden kann,

ernstlich besorgt über die demographischen Veränderungen, die Kampuchea Berichten zufolge als Ergebnis der ausländischen Besetzung aufgezwungen worden sind,

überzeugt, daß die internationale Gemeinschaft zur Herstellung eines dauerhaften Friedens in Südostasien und zur Verringerung der Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit dringend eine mit wirksamen Garantien verbundene, umfassende politische Regelung des Kampuchea-Problems finden muß, die den vollständigen Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Kampuchea unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen umfassen muß und die Schaffung einer provisorischen Verwaltungsbehörde, die Förderung der nationalen Versöhnung zwischen allen Kampucheanern unter der Führung von Samdech Norodom Sihanouk und die Nicht-Wiederaufnahme der weltweit verurteilten Politiken und Praktiken der jüngeren Vergangenheit vorsieht und die Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und des neutralen und nichtgebundenen Status Kampucheas sowie das Recht des kampucheanischen Volkes auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen gewährleistet,

im Hinblick darauf, daß die informellen Treffen, die vom 25. bis 28. Juli 1988[70] beziehungsweise vom 19. bis 21. Februar 1989[71] in Jakarta abgehalten wurden, einen beträchtlichen Beitrag zur Herbeiführung einer umfassenden politischen Regelung des Kampuchea-Problems geleistet haben,

sowie im Hinblick darauf, daß die Pariser Kambodscha-Konferenz, die vom 30. Juli bis 30. August 1989 getagt hat, Fortschritte bei der Ausarbeitung einer großen Vielfalt notwendiger Voraussetzungen für eine umfassende Regelung erzielt hat, wenn auch noch keine umfassende politische Regelung herbeigeführt werden konnte, und daß die Konferenz nach Konsultationen der Kopräsidenten mit den Teilnehmern zu gegebener Zeit wieder einberufen werden sollte,

feststellend, daß der Abzug der ausländischen Streitkräfte aus Kampuchea angekündigt worden ist, jedoch

[67] *Report of the International Conference on Kampuchea, New York, 13-17 July 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.81.I.20), Anhang I.
[68] Ebd., Anhang II.
[69] A/44/670.
[70] Siehe A/43/493-S/20071; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-third Year, Supplement for July, August and September 1988*, Dokument S/20071.
[71] Siehe A/44/138-S/20477 mit Korr.1; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for January, February and March 1989*, Dokument S/20477.

betonend, daß er nicht unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen verifiziert worden ist und nicht im Rahmen einer umfassenden politischen Regelung erfolgt,

von neuem ihrer Überzeugung Ausdruck verleihend, daß sich die Länder der südostasiatischen Region nach der durch friedliche Mittel herbeigeführten umfassenden politischen Regelung der Kampuchea-Frage darum bemühen können, im Hinblick auf den Abbau internationaler Spannungen und die Herbeiführung dauerhaften Friedens in der Region eine Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität in Südostasien zu errichten,

erneut erklärend, daß es notwendig ist, daß sich alle Staaten genauestens an die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen halten, die die Achtung der nationalen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, die Nichtintervention und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, die Nichtandrohung und Nichtanwendung von Gewalt sowie die friedliche Beilegung von Streitigkeiten fordern,

1. *bekräftigt* ihre Resolutionen 34/22, 35/6, 36/5, 37/6, 38/3, 39/5, 40/7, 41/6, 42/3 und 43/19 und fordert deren uneingeschränkte Durchführung;

2. *äußert erneut ihre Überzeugung*, daß der Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Kampuchea unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen, die Schaffung einer provisorischen Verwaltungsbehörde, die Förderung der nationalen Versöhnung zwischen allen Kampucheanern unter der Führung von Samdech Norodom Sihanouk, die Nicht-Wiederaufnahme der weltweit verurteilten Politiken und Praktiken der jüngeren Vergangenheit, die Wiederherstellung und Erhaltung der Unabhängigkeit, der Souveränität, der territorialen Integrität und des neutralen und nichtgebundenen Status Kampucheas, die erneute Bekräftigung des Rechts des kampucheanischen Volkes, sein Geschick selbst zu bestimmen, und die Verpflichtung aller Staaten zur Nichteinmischung und Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten Kampucheas, soweit sie mit wirksamen Garantien verbunden sind, die Hauptbestandteile jeder gerechten, dauerhaften und umfassenden politischen Regelung des Kampuchea-Problems darstellen;

3. *betont*, daß es dem kampucheanischen Volk gestattet werden muß, sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung durch freie, faire und demokratische Wahlen unter internationaler Aufsicht auszuüben;

4. *erklärt*, daß jeder Abzug ausländischer Streitkräfte aus Kampuchea ohne die Aufsicht, Kontrolle und Verifikation der Vereinten Nationen nicht im Rahmen einer umfassenden politischen Regelung erfolgt;

5. *fordert* alle Beteiligten *auf*, dringend alle Bemühungen zu verstärken, die darauf gerichtet sind sicherzustellen, daß das Kampuchea-Problem durch eine umfassende politische Regelung gelöst wird, damit weitere Feindseligkeiten und damit verbundene Verluste an Menschenleben verhindert werden, das kampucheanische Volk vor weiterem Leid verschont bleibt und die Unabhängigkeit, die Souveränität, die territoriale Integrität, der neutrale und nichtgebundene Status Kampucheas sowie die Nicht-Wiederaufnahme der weltweit verurteilten Politiken und Praktiken der jüngeren Vergangenheit gewährleistet werden;

6. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Tätigkeitsbericht des Ad-hoc-Ausschusses der Internationalen Konferenz über Kampuchea für den Zeitraum 1988-1989[72] und ersucht den Ausschuß, seine Arbeit fortzusetzen;

7. *ermächtigt* den Ad-hoc-Ausschuß, bei Bedarf zusammenzutreten und die Aufgaben wahrzunehmen, die ihm mit seinem Mandat übertragen worden sind;

8. *bekräftigt* ihre feste Absicht, die Konferenz gemäß deren Resolution 1 (I) zu gegebener Zeit wieder einzuberufen, sowie ihre Bereitschaft, jede andere unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs veranstaltete Konferenz internationalen Charakters zu unterstützen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, die Konferenz und den Ad-hoc-Ausschuß weiterhin zu Rate zu ziehen und zu unterstützen und ihnen regelmäßig die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen;

10. *dankt* dem Generalsekretär *erneut dafür*, daß er unter genauer Verfolgung der Lage geeignete Maßnahmen ergriffen hat, und ersucht ihn, dies auch weiterhin zu tun und durch seine Guten Dienste zu einer umfassenden politischen Regelung beizutragen;

11. *bittet* die Kopräsidenten der Pariser Kambodscha-Konferenz, verstärkt Konsultationen zu führen, mit dem Ziel, die Konferenz und ihre Ausschüsse zu gegebener Zeit wieder einzuberufen;

12. *spricht* den Geberländern, den Vereinten Nationen und ihren Organisationen sowie anderen nationalen und internationalen humanitären Organisationen, die dem kampucheanischen Volk Soforthilfe geleistet haben, *erneut ihren aufrichtigen Dank aus* und appelliert an sie, denjenigen Kampucheanern, die noch immer hilfsbedürftig sind, insbesondere an der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea und in den verschiedenen Lagern in Thailand, weiterhin Notstandshilfe zu gewähren;

13. *dankt* dem Generalsekretär *erneut aufrichtig* für seine Bemühungen bei der Koordinierung der humanitären Soforthilfe und bei der Überwachung der Verteilung und ersucht ihn, diese Bemühungen bei Bedarf zu intensivieren;

14. *bittet* die Staaten Südostasiens *nachdrücklich*, sich erneut um die Schaffung einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität in Südostasien zu bemühen, sobald eine umfassende politische Regelung des Kampuchea-Konflikts erreicht ist;

15. *gibt erneut der Hoffnung Ausdruck*, daß nach Herbeiführung einer umfassenden politischen Regelung ein zwischenstaatlicher Ausschuß eingesetzt wird, um sich mit einem Programm zur Unterstützung Kampucheas beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aller Staaten der Region zu beschäftigen;

16. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

17. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Die Situation in Kampuchea" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

58. Plenarsitzung
16. November 1989

[72] A/CONF.109/15.

44/23 — Völkerrechtsdekade der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

in Anerkennung der Tatsache, daß eines der Ziele der Vereinten Nationen darin besteht, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen,

unter Hinweis auf die Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen[73] und die Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten[74],

in Anerkennung der Rolle, die die Vereinten Nationen dabei spielen, eine größere Akzeptanz und Achtung der völkerrechtlichen Grundsätze zu fördern und die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung anzuregen,

überzeugt von der Notwendigkeit, den Primat von Recht und Gesetz in den internationalen Beziehungen zu festigen,

die Notwendigkeit *betonend,* die Lehre, das Studium, die Verbreitung und ein besseres Verständnis des Völkerrechts zu fördern,

feststellend, daß in der letzten Dekade des zwanzigsten Jahrhunderts wichtige Jahrestage begangen werden, die mit der Verabschiedung völkerrechtlicher Dokumente zusammenhängen, wie etwa der hundertste Jahrestag der ersten Internationalen Friedenskonferenz 1899 in Den Haag, auf der das Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle[75] verabschiedet und der Ständige Schiedshof geschaffen wurde, der fünfzigste Jahrestag der Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen und der fünfundzwanzigste Jahrestag der Verabschiedung der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,

1. *erklärt* den Zeitraum 1990-1999 zur Völkerrechtsdekade der Vereinten Nationen;

2. *ist der Auffassung,* daß die Dekade u.a. folgende Hauptziele haben sollte:

a) die Akzeptanz und Achtung der völkerrechtlichen Grundsätze zu fördern;

b) Mittel und Methoden für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Staaten zu fördern, einschließlich der Inanspruchnahme und der uneingeschränkten Achtung des Internationalen Gerichtshofs;

c) die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung anzuregen;

d) die Lehre, das Studium, die Verbreitung und ein besseres Verständnis des Völkerrechts anzuregen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die Auffassungen der Mitgliedstaaten und der entsprechenden internationalen Gremien sowie der auf diesem Gebiet tätigen nichtstaatlichen Organisationen zum Programm für die Dekade und zu geeigneten während der Dekade durchzuführenden Maßnahmen einzuholen, so auch zu der Möglichkeit, am Ende der Dekade eine dritte internationale Friedenskonferenz oder eine andere geeignete internationale Konferenz abzuhalten, und der Versammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber einen Bericht vorzulegen;

4. *beschließt,* diese Frage auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung im Rahmen einer Arbeitsgruppe des Sechsten Ausschusses zu behandeln, mit dem Ziel, allgemein annehmbare Empfehlungen für die Dekade auszuarbeiten;

5. *beschließt außerdem* die Aufnahme des Punktes "Völkerrechtsdekade der Vereinten Nationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

60. Plenarsitzung
17. November 1989

44/24 — Afrikanische Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution S-13/2 vom 1. Juni 1986 mit dem in der Anlage enthaltenen Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986-1990,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/27 vom 18. November 1988, insbesondere Ziffer 55 *c)* der Anlage zu dieser Resolution, in der die afrikanischen Länder nachdrücklich gebeten wurden, sich entsprechend den auf nationaler, subregionaler und regionaler Ebene vorgegebenen langfristigen Entwicklungszielen und -strategien stärker um einen praktikablen konzeptionellen und praktischen Rahmen für wirtschaftliche Strukturanpassungsprogramme zu bemühen,

Kenntnis nehmend vom Schlußdokument über die kritische Wirtschaftslage in Afrika, das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[76], sowie auf Abschnitt II Ziffer 12 der Erklärung von Caracas der Außenminister der Mitgliedsländer der Gruppe der 77, die auf der vom 21. bis 23. Juni 1989 in Caracas abgehaltenen Sonderministertagung der Gruppe verabschiedet wurde[77],

unter Hinweis auf die Resolution CM/RES.1222(L), die vom Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner vom 17. bis 22. Juli 1989 in Addis Abeba abgehaltenen fünfzigsten ordentlichen Tagung verabschiedet wurde[52],

sowie unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/116 vom 28. Juli 1989,

1. *nimmt mit Interesse Kenntnis* von der Afrikanischen Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich[78];

2. *bittet* die internationale Gemeinschaft, einschließlich der multilateralen Finanz- und Entwick-

[73] Resolution 2625 (XXV), Anlage.
[74] Resolution 37/10, Anlage.
[75] Siehe Carnegie Endowment for International Peace, *The Hague Conventions and Declarations of 1899 and 1907* (New York, Oxford University Press, 1915).
[76] Siehe A/44/551-S/20870, Anhang.
[77] A/44/361, Anhang.
[78] A/44/315, Anhang.

lungsinstitutionen, die Afrikanische Rahmenkonzeption als eine Grundlage für einen konstruktiven Dialog und für fruchtbringende Konsultationen zu betrachten.

60. Plenarsitzung
17. November 1989

44/26 — Seerecht

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre das Seerecht betreffenden Resolutionen 37/66 vom 3. Dezember 1982, 38/59 A vom 14. Dezember 1983, 39/73 vom 13. Dezember 1984, 40/63 vom 10. Dezember 1985, 41/34 vom 5. November 1986, 42/20 vom 18. November 1987 und 43/18 vom 1. November 1988,

in der Erkenntnis, daß die Probleme des Meeresraums, wie es im dritten Präambelabsatz der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen[66] heißt, eng miteinander verknüpft sind und als Ganzes betrachtet werden müssen,

überzeugt, daß es wichtig ist, die Einheit der Konvention und der mit ihr verabschiedeten Resolutionen zu bewahren und ihre Bestimmungen in einer Weise anzuwenden, die mit dieser Eigenschaft und mit ihrem Ziel und Zweck vereinbar ist,

betonend, daß die Staaten für die konsequente Anwendung der Konvention sorgen müssen und daß innerstaatliche Rechtsvorschriften auf die Konvention abgestimmt werden müssen,

in Anbetracht dessen, daß sie in ihrer Resolution 2749 (XXV) vom 17. Dezember 1970 feierlich erklärt hat, daß das Gebiet des Meeresbodens und des Meeresuntergrunds jenseits der Grenzen des nationalen Zuständigkeitsbereichs (im folgenden als "das Gebiet" bezeichnet) sowie seine Naturschätze gemeinsames Erbe der Menschheit sind,

unter Hinweis darauf, daß die Konvention die für das Gebiet und seine Naturschätze geltende Rechtsordnung festlegt,

mit Genugtuung darüber, daß in den Erklärungen, die am Ende der vom 14. August bis 1. September 1989 in New York abgehaltenen Tagung der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seerechtsgerichtshof abgegeben wurden, die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wurde, allen Möglichkeiten für eine Auseinandersetzung mit Fragen nachzugehen, um die universale Teilnahme an der Konvention sicherzustellen,

in der Erkenntnis, daß die Vorbereitungskommission bei der baldigen und effektiven Durchführung der Resolution II der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen[79] unterstützt werden muß,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von den Fortschritten, die in der Vorbereitungskommission seit ihrer Gründung erzielt worden sind, einschließlich der 1987 erfolgten Registrierung des Institut français de recherche pour l'exploitation de la mer (IFREMER), der Regierung Indiens, der Deep Ocean Resources Development Co. Ltd. (DORD) und von Yuzhmorgeologiya als Pionierinvestoren, deren Anträge von den Regierungen Frankreichs, Indiens, Japans und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorgelegt wurden, wobei zu bedenken ist, daß eine solche Registrierung sowohl Rechte als auch Pflichten umfaßt,

sowie mit Genugtuung davon Kenntnis nehmend, daß die Vorbereitungskommission aus den von den Pionierinvestoren gemäß Resolution II beantragten Feldern vorgemerkte Felder für die Behörde festgelegt hat,

feststellend, daß die Vorbereitungskommission beschlossen hat, ihre achte ordentliche Tagung vom 5. bis 30. März 1990 in Kingston zu veranstalten und 1990 in New York eine Sommertagung abzuhalten[80],

sowie feststellend, daß die Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, bei der Anwendung der Konvention und im Rahmen ihres Entwicklungsprozesses in zunehmendem Maße Informationen, Beratung und Hilfe benötigen, wenn sie in den vollen Genuß der Vorteile der umfassenden Rechtsordnung gelangen sollen, die mit der Konvention geschaffen worden ist,

besorgt darüber, daß die Entwicklungsländer aufgrund des Mangels an Ressourcen und an der nötigen wissenschaftlich-technischen Kapazität bisher noch nicht in der Lage sind, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um in den vollen Genuß dieser Vorteile zu gelangen;

in der Erkenntnis, daß die Bemühungen der Staaten und zuständigen internationalen Organisationen verstärkt und ergänzt werden müssen, damit die Entwicklungsländer sich eine solche Kapazität aneignen können,

sowie in der Erkenntnis, daß die Konvention auf alle Nutzungsmöglichkeiten und Naturschätze des Meeres Anwendung findet und daß alle diesbezüglichen Aktivitäten im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen auf eine Art und Weise durchgeführt werden müssen, die mit ihr in Einklang steht,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von der wichtigen Initiative des Generalsekretärs, interinstitutionelle Konsultationen über internationale und regionale Entwicklungen auf dem Gebiet der Meeresfragen und des Seerechts zu veranstalten[81],

zutiefst besorgt über den gegenwärtigen Zustand der Meeresumwelt,

eingedenk der Wichtigkeit der Konvention für den Schutz der Meeresumwelt,

mit Besorgnis über den Einsatz von Fischereimethoden und -praktiken, die sich nachteilig auf die Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Meeresressourcen auswirken können,

insbesondere Kenntnis nehmend von dem Bericht über den Schutz und die Erhaltung der Meeresumwelt, den der Generalsekretär gemäß Ziffer 15 der Generalversammlungsresolution 43/18 erstellt hat[82],

im Bewußtsein der dringenden Notwendigkeit, die wissenschaftlichen Kenntnisse über die Meeresumwelt zu erhöhen,

Kenntnis nehmend von den Aktivitäten, die 1989 gemäß dem in Generalversammlungsresolution 38/59 A gebilligten Bericht des Generalsekretärs[83] im Rahmen des Meeresfragen betreffenden Hauptprogramms durchgeführt worden sind, das in Kapitel 25 des mit-

[79] *Official Records of the Third United Nations Conference on the Law of the Sea*, Vol. XVII (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.84.V.3), Dokument A/CONF.62/121, Anhang I.

[80] A/44/650 mit Korr.1, Ziffer 118.
[81] Ebd., Ziffer 206.
[82] A/44/461 mit Korr.1.
[83] A/38/570 mit Korr.1 und Add.1 sowie Add.1/Korr.1.

telfristigen Plans für den Zeitraum 1984-1989 enthalten ist, sowie Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[84],

daran erinnernd, daß sie die Finanzierung der Kosten der Vorbereitungskommission aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen genehmigt hat,

insbesondere Kenntnis nehmend von dem Bericht, den der Generalsekretär gemäß Ziffer 14 der Generalversammlungsresolution 43/18 erstellt hat[84],

1. *verweist* auf die historische Bedeutung der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen als eines wichtigen Beitrags zur Wahrung des Friedens, der Gerechtigkeit und des Fortschritts für alle Völker der Welt;

2. *äußert ihre Genugtuung* über die zunehmende, überwältigende Unterstützung der Konvention, die u.a. dadurch belegt wird, daß bisher einhundertneunundfünfzig Unterzeichnungen und zweiundvierzig der für das Inkrafttreten der Konvention erforderlichen sechzig Ratifikationen beziehungsweise Beitritte erfolgt sind;

3. *bittet* alle Staaten, erneute Anstrengungen zu unternehmen, um die universale Teilnahme an der Konvention zu ermöglichen;

4. *fordert* alle Staaten *auf*, soweit nicht bereits geschehen, zu erwägen, die Konvention so bald wie möglich zu ratifizieren beziehungsweise ihr beizutreten, damit die neue Rechtsordnung für die Nutzung des Meeres und seiner Naturschätze effektiv in Kraft treten kann;

5. *fordert* alle Staaten *auf*, die Einheit der Konvention und der mit ihr verabschiedeten Resolutionen zu bewahren und sie in einer Weise anzuwenden, die mit dieser Eigenschaft und mit ihrem Ziel und Zweck vereinbar ist;

6. *fordert* die Staaten *außerdem auf*, beim Erlaß innerstaatlicher Rechtsvorschriften die Bestimmungen der Konvention zu beachten;

7. *nimmt Kenntnis* von den Fortschritten, die die Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seerechtsgerichtshof in allen ihren Arbeitsbereichen erzielt hat;

8. *bringt erneut ihre Überzeugung zum Ausdruck*, daß der baldige, zufriedenstellende und erfolgreiche Abschluß der zur Zeit in der Vorbereitungskommission geführten Konsultationen über die Erfüllung der Verpflichtungen der registrierten Pionierinvestoren und der zertifizierenden Staaten einen wichtigen Beitrag zum Fortgang der Arbeiten der Kommission insgesamt darstellen würde;

9. *dankt* dem Generalsekretär für seinen Einsatz für die Konvention sowie für die effektive Durchführung des Meeresfragen betreffenden Hauptprogramms, das in Kapitel 25 des mittelfristigen Plans für den Zeitraum 1984-1989 enthalten ist, und ersucht ihn, im mittelfristigen Plan für den Zeitraum 1992-1997 das voraussichtliche Inkrafttreten der Konvention und den größeren Bedarf der Staaten an Hilfe bei der Anwendung der Konvention zu berücksichtigen;

10. *dankt* dem Generalsekretär *außerdem* für seinen aufgrund von Ziffer 14 der Generalversammlungsresolution 43/18 erstellten Bericht[84] und ersucht ihn, die darin beschriebenen Aktivitäten ebenso wie die Aktivitäten zur Konsolidierung der Seerechtsordnung fortzusetzen, wobei der Tätigkeit der Vorbereitungskommission, so auch der Durchführung von Resolution II der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, besonderes Gewicht zukommt;

11. *fordert* den Generalsekretär *auf*, die Staaten bei der Anwendung der Konvention und bei der Erarbeitung eines konsequenten und einheitlichen Vorgehens in bezug auf die darin vorgesehene Rechtsordnung sowie bei ihren nationalen, subregionalen und regionalen Bemühungen um die uneingeschränkte Wahrnehmung aller daraus erwachsenden Vorteile weiter zu unterstützen, und bittet die Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen dabei um ihre Zusammenarbeit und Unterstützung;

12. *ersucht* die zuständigen internationalen Organisationen, entsprechend ihrer jeweiligen Politik ihre finanzielle, technische, organisatorische und managementbezogene Hilfe für die Entwicklungsländer bei deren Bemühungen, in den Genuß der Vorteile der durch die Konvention geschaffenen umfassenden Rechtsordnung zu gelangen, zu verstärken und zu prüfen, wie sie hinsichtlich der Bereitstellung dieser Hilfe die Zusammenarbeit untereinander und mit den Geberstaaten ausbauen können;

13. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten und sechsundvierzigsten Tagung einen Bericht vorzulegen, in dem die Bedürfnisse der Staaten in bezug auf die Erschließung und Bewirtschaftung von Meeresressourcen und die Maßnahmen aufgezeigt werden, die die Staaten und die zuständigen internationalen Organisationen hinsichtlich dieser Bedürfnisse zur Zeit treffen, sowie Methoden und Mechanismen vorzuschlagen, mit deren Hilfe alle Staaten im Laufe der 1990 beginnenden Dekade ein Höchstmaß an Gelegenheiten erhalten, in den baldigen Genuß der Vorteile der durch die Konvention geschaffenen umfassenden Rechtsordnung zu gelangen;

14. *billigt* den Beschluß der Vorbereitungskommission, ihre achte ordentliche Tagung vom 5. bis 30. März 1990 in Kingston zu veranstalten und 1990 in New York eine Sommertagung abzuhalten;

15. *erkennt an*, daß der Schutz der Meeresumwelt durch die Umsetzung der anwendbaren Bestimmungen der Konvention wesentlich gefördert werden wird;

16. *dankt* dem Generalsekretär für seinen Bericht über den Schutz und die Erhaltung der Meeresumwelt[82] und ersucht ihn, den Bericht den zwischenstaatlichen Treffen zur Verfügung zu stellen, die zur Vorbereitung der für 1992 geplanten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung abgehalten werden sollen;

17. *ersucht* den Generalsekretär, als Beitrag zu der für 1992 geplanten Konferenz einen aktualisierten und erweiterten Bericht über den Schutz und die Erhaltung der Meeresumwelt zu erstellen, und dabei u.a. die dazu abgegebenen Stellungnahmen zu berücksichtigen;

18. *fordert* die Staaten und anderen Mitglieder der internationalen Gemeinschaft *auf*, zur Erhaltung der lebenden Naturschätze des Meeres stärker zusammenzuarbeiten, so auch um den Einsatz von Fischereimethoden und -praktiken zu verhindern, die nachteilige Auswirkungen auf die Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Naturschätze des Meeres haben können;

19. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, für die Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung im Lichte der Bestimmungen der Seerechtskonven-

[84] A/44/650 mit Korr.1.

tion der Vereinten Nationen eine Studie über die wissenschaftliche Meeresforschung zu erstellen;

20. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über Entwicklungen im Zusammenhang mit der Konvention und alle damit zusammenhängenden Aktivitäten sowie über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

21. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Seerecht" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

62. Plenarsitzung
20. November 1989

44/27 – Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas[85]

A

Internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Sonderausschusses gegen Apartheid[86],

ernstlich besorgt über die weiter andauernde Unterdrückung der Bevölkerungsmehrheit in Südafrika und das Fortbestehen des Ausnahmezustands,

mit dem Ausdruck ihrer besonderen Besorgnis über die weiterhin geübte Praxis der willkürlichen Verhaftungen und Prozesse, darunter auch von Frauen und Kindern, die Hinrichtung von politischen Gefangenen, den fortdauernden Einsatz von Selbstschutzverbänden und die Knebelung der Presse,

mit ernster Besorgnis Kenntnis nehmend von den Angriffshandlungen und Destabilisierungsmaßnahmen des Regimes gegen unabhängige afrikanische Nachbarstaaten,

1. *bekräftigt* die Rechtmäßigkeit des Kampfes des südafrikanischen Volkes um die völlige Ausmerzung der Apartheid und die Schaffung einer geeinten, nichtrassischen und demokratischen Gesellschaft, in der das gesamte Volk von Südafrika ungeachtet der Rasse, der Hautfarbe oder des Glaubens die gleichen Grundfreiheiten und Menschenrechte genießt;

2. *bekräftigt außerdem* ihre volle Unterstützung für die nationalen Befreiungsbewegungen, den Afrikanischen Nationalkongreß von Südafrika und den Panafrikanischen Kongreß von Asania, die ihr erhabenes Ziel verfolgen, die Apartheid durch politische, bewaffnete und andere Formen des Kampfes zu beseitigen, und die wiederholt erklärt haben, daß sie es vorziehen würden, ihre legitimen Ziele mit friedlichen Mitteln zu erreichen;

3. *verurteilt* die von dem Regime nach wie vor geübte Praxis, seine Gegner zum Tode zu verurteilen und hinzurichten, und verlangt, daß es die über Apartheidgegner, einschließlich der "Vierzehn von Upington", verhängte Todesstrafe aufhebt und gefangengenommenen Freiheitskämpfern gemäß den Genfer Abkommen vom 12. August 1949[87] und dem dazugehörigen Zusatzprotokoll I von 1977[88] Kriegsgefangenenstatus einräumt;

4. *verlangt*, daß alle politischen Gefangenen und Inhaftierten, insbesondere Kinder, bedingungslos und ohne anschließende Restriktionen freigelassen werden und daß der abscheulichen Praxis der Unterdrückungsmaßnahmen gegen Kinder und Minderjährige sofort ein Ende gesetzt wird;

5. *fordert* Regierungen, zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen und Einzelpersonen *auf*, dem kämpfenden Volk von Südafrika, seinen nationalen Befreiungsbewegungen und den südafrikanischen Flüchtlingen, insbesondere Frauen und Kindern, jede erdenkliche Unterstützung zu gewähren;

6. *fordert* alle Regierungen sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *außerdem auf*, ihre materielle, finanzielle und sonstige Unterstützung der Frontstaaten und anderer unabhängiger Nachbarstaaten, die Destabilisierungsmaßnahmen Südafrikas ausgesetzt sind, zu erhöhen;

7. *appelliert* an alle Regierungen sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, großzügige Beiträge an den Fonds für den Widerstand gegen Invasion, Kolonialismus und Apartheid zu leisten, der von der vom 1. bis 6. September 1986 in Harare abgehaltenen Achten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder eingerichtet worden ist;

8. *beschließt*, im ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen weiterhin ausreichende Mittel bereitzustellen, damit die von der Organisation der afrikanischen Einheit anerkannten südafrikanischen Befreiungsbewegungen – nämlich der Afrikanische Nationalkongreß von Südafrika und der Panafrikanische Kongreß von Asania – in New York Büros unterhalten können, um wirksam an den Beratungen des Sonderausschusses gegen Apartheid und der anderen in Betracht kommenden Gremien teilnehmen zu können.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

B

Internationale Unterstützung für die Ausmerzung der Apartheid in Südafrika auf dem Weg über echte Verhandlungen

Die Generalversammlung,

unter erneuter Verurteilung der Politik und Praxis der Apartheid,

überzeugt, daß die Fortsetzung der Politik und Praxis der Apartheid zu weiterer Gewalt führen wird und den vitalen Interessen des gesamten Volkes von Südafrika abträglich ist,

überzeugt, daß das Apartheidsystem nicht reformiert werden kann, sondern abgeschafft werden muß,

Kenntnis nehmend von der am 21. August 1989 in Harare verabschiedeten Erklärung des Ad-hoc-Ausschusses der Organisation der afrikanischen Einheit für das südliche Afrika zur Südafrikafrage[89],

[85] Siehe auch Abschnitt I, Fußnote 7 und Abschnitt X.B.3, Beschluß 44/407.
[86] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 22* (A/44/22).
[87] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-973.
[88] Ebd., Vol. 1125, Nr. 17512.
[89] A/44/697, Anhang.

1. *bekräftigt* ihre Unterstützung für die Schaffung einer geeinten, nichtrassischen und demokratischen Gesellschaft, in der das gesamte Volk von Südafrika ungeachtet der Rasse, der Hautfarbe oder des Glaubens die gleichen Grundfreiheiten und Menschenrechte genießt;

2. *unterstützt voll und ganz* die Bemühungen des südafrikanischen Volkes, durch echte Verhandlungen zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts in seinem Land zu gelangen;

3. *verlangt nachdrücklich*

a) die Aufhebung des Ausnahmezustandes;

b) die sofortige und bedingungslose Freilassung von Nelson Mandela und allen anderen politischen Gefangenen und Inhaftierten;

c) die Aufhebung sämtlicher Verbote, mit denen Einzelpersonen und politische Organisationen, die sich der Apartheid widersetzen, belegt worden sind, sowie die Aufhebung der über die Presse verhängten Restriktionen;

d) den Abzug der Truppen aus den schwarzen Townships;

e) die Einstellung aller politischen Prozesse und politischen Hinrichtungen;

4. *ist der Auffassung*, daß die Erfüllung der vorgenannten Forderungen dazu beitragen würde, das für echte Verhandlungen erforderliche Klima zu schaffen, und fordert alle Parteien auf, die sich daraus ergebenden Gelegenheiten voll zu nutzen, und ist ferner der Auffassung, daß dadurch auch eine Einigung über ein Ende der Apartheid gefördert und die Einstellung der Gewalt herbeigeführt werden könnte;

5. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, durch konzertierte und wirksame Maßnahmen die umgehende Durchführung dieser Resolution sicherzustellen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, sich weiterhin für Bemühungen einzusetzen, die auf dem Weg über echte Verhandlungen zur Ausmerzung der Apartheid führen.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

C

Umfassende und bindende Sanktionen gegen das rassistische Regime Südafrikas

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen und auf die Resolutionen des Sicherheitsrats, in denen konzertierte internationale Maßnahmen gefordert werden, um das rassistische Regime Südafrikas zur Ausmerzung der Apartheid zu zwingen,

nach Behandlung des Berichts des Sonderausschusses gegen Apartheid[90], insbesondere der Ziffern 255 bis 275, sowie des Berichts der Kommission gegen Apartheid im Sport[91],

ernsthaft besorgt darüber, daß das Apartheidsystem trotz der jüngsten Entwicklungen in Südafrika immer noch intakt ist und das Regime an seinen repressiven Praktiken im Inneren, seiner Destablisierungspolitik gegen unabhängige Nachbarstaaten und seiner Unnachgiebigkeit gegenüber der internationalen Gemeinschaft festhält, die die umgehende Beseitigung der Apartheid will,

mit großer Sorge feststellend, daß die von der Generalversammlung empfohlenen Sanktionen und sonstigen Maßnahmen sowie die von einer Reihe von Staaten einseitig getroffenen Maßnahmen bruchstückhaft sind und es an einer Koordinierung und an angemessenen Überwachungsmechanismen mangelt,

ernsthaft besorgt darüber, daß einige Mitgliedstaaten und transnationale Unternehmen weiterhin Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika unterhalten, während einige andere weiterhin die durch die Sanktionen anderer Staaten geschaffenen Möglichkeiten ausnutzen und ihren Handel mit Südafrika erheblich ausweiten, wie dies aus Ziffer 109, 110, 112 und 265 des Berichts des Sonderausschusses gegen Apartheid[90] hervorgeht,

überzeugt, daß die Verhängung umfassender und bindender Sanktionen durch den Sicherheitsrat nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen nach wie vor das geeignetste und effektivste Mittel ist, um auf friedliche Weise ein Ende der Apartheid herbeizuführen,

1. *erklärt erneut*, daß die Apartheid ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ist und daß den Vereinten Nationen eine Hauptverantwortung dabei zukommt, die Anstrengungen zu unterstützen, die unternommen werden, um sie auf friedlichem Wege ohne weitere Verzögerungen zu beseitigen;

2. *fordert* diejenigen Staaten, die ihren Handel mit Südafrika ausgeweitet haben, und dabei insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, die in jüngster Zeit zum führenden Handelspartner Südafrikas geworden ist, *auf*, ihre Handelsbeziehungen zu Südafrika abzubrechen;

3. *fordert* diejenigen Regierungen, die noch immer gegen die Anwendung umfassender und bindender Sanktionen sind, *auf*, ihre Politik zu überdenken und der Anwendung dieser Sanktionen durch den Sicherheitsrat keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen;

4. *bittet* den Sicherheitsrat *nachdrücklich*, sofortige Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen in Erwägung zu ziehen, mit dem Ziel, umfassende und bindende Sanktionen gegen das rassistische Regime Südafrikas anzuwenden, solange dieses sich weiterhin über die Forderungen der Mehrheit des Volkes von Südafrika und der internationalen Gemeinschaft nach einer Ausmerzung der Apartheid hinwegsetzt.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

D

Verhängung, Koordination und strenge Überwachung von Massnahmen gegen das rassistische Südafrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen über Sanktionen gegen Südafrika, insbesondere Resolution 43/50 D vom 5. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Sonderausschusses gegen Apartheid[86] und vom Bericht des Gene-

[90] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 22* (A/44/22), Erster Teil.
[91] Ebd., *Beilage 47* (A/44/47).

ralsekretärs über restriktive Maßnahmen, die Bereiche betreffen, in denen die südafrikanische Wirtschaft von außen abhängig ist[92],

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von den Empfehlungen im Bericht der Gruppe namhafter Persönlichkeiten, die vom 4. bis 6. September 1989 in Genf öffentliche Anhörungen über die Tätigkeit transnationaler Unternehmen in Südafrika und Namibia abgehalten hat[93],

überzeugt, daß Sanktionen und andere restriktive Maßnahmen einen erheblichen Einfluß auf die jüngsten Entwicklungen in Südafrika gehabt haben und nach wie vor ein höchst wirksames und notwendiges Druckmittel sind, das zu einer politischen Lösung der Krise in diesem Land beiträgt,

die Auffassung vertretend, daß die von den Staaten einzeln oder gemeinsam ergriffenen Maßnahmen zwar begrüßenswert sind, daß sie aber hinsichtlich des Geltungsbereichs, des Durchführungsgrads und der Kontrolle voneinander abweichen und nicht immer auf die für internationalen Druck anfälligen Bereiche der südafrikanischen Wirtschaft ausgerichtet sind,

besorgt über die immer größere Zahl von Staaten, die die durch die ungleichmäßige und unkoordinierte Verhängung restriktiver Maßnahmen entstandenen Lücken im Handel ausnutzen,

mit Besorgnis feststellend, daß eine Reihe von transnationalen Unternehmen, darunter auch Banken, die Apartheidwirtschaft weiterhin unterstützen, indem sie finanzielle und technologische und sonstige Verbindungen zu Südafrika unterhalten,

in Würdigung des Beitrags, den diejenigen Staaten, die im Einklang mit Resolutionen der Vereinten Nationen bereits strenge Maßnahmen gegen das Apartheidregime verabschiedet haben, sowie nichtstaatliche Organisationen und Einzelpersonen zur Isolierung des Apartheidregimes leisten,

1. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, soweit noch nicht geschehen, bis zur Verhängung umfassender und bindender Sanktionen gesetzliche beziehungsweise vergleichbare Maßnahmen zu treffen, um effektive Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen und insbesondere

a) ein Embargo über die Lieferung aller Produkte, insbesondere die Lieferung von Computer- und Kommunikationsgerät, Technologien, Fertigkeiten und Dienstleistungen, so auch von militärischem Nachrichtenmaterial, zu verhängen, die für die militärische und nukleare Industrie Südafrikas genutzt werden können;

b) Embargos über die Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten sowie von Erdöltechnologie zu verhängen;

c) die Einfuhr von Kohle, Gold, sonstigen Mineralien und landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Südafrika zu verbieten;

d) die transnationalen Unternehmen, Banken und Finanzinstitutionen dazu zu veranlassen, sich durch die Beendigung von Kapitalbeteiligungen und den Abbruch sonstiger Verbindungen, insbesondere soweit dabei ein Transfer von Spitzentechnologie und Know-how stattfindet, effektiv aus Südafrika zurückzuziehen;

e) die Banken dazu zu veranlassen, keine neuen Kredite und Darlehen bereitzustellen;

f) zu erwägen, Doppelbesteuerungsabkommen mit Südafrika und Steuererleichterungen aller Art für Einkommen aus Investitionen in diesem Land umgehend aufzuheben;

g) die Lande- und Anlegerechte für südafrikanische Luft- und Seefahrtunternehmen einzuschränken und direkte Luft-, See- und sonstige Verkehrsverbindungen mit Südafrika abzubrechen;

h) durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, daß ihre Staatsbürger nicht Dienst in den südafrikanischen Streitkräften und anderen sensitiven Bereichen leisten;

i) geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Wirksamkeit des Sport- und Kulturboykotts des Apartheidregimes von Südafrika zu gewährleisten;

2. *bittet* alle Staaten *außerdem nachdrücklich*, die Durchführung der vorgenannten Maßnahmen streng zu überwachen und gegebenenfalls Rechtsvorschriften zu verabschieden, welche Einzelpersonen und Unternehmen, die gegen diese Maßnahmen verstoßen, mit Strafe bedrohen;

3. *fordert* die Regierungen, die zwischenstaatlichen Organisationen, die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die nichtstaatlichen Organisationen und die breite Öffentlichkeit *auf*, die Empfehlungen der Gruppe namhafter Persönlichkeiten, die öffentliche Anhörungen über die Aktivitäten der transnationalen Unternehmen in Südafrika und Namibia abgehalten hat[93], voll zu berücksichtigen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter voller Berücksichtigung der Berichte über bestehende zwischenstaatliche Überwachungsmechanismen über die vom System der Vereinten Nationen, von Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen ergriffenen Maßnahmen zur Überwachung von Sanktionen zu berichten.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

E

Internationaler finanzieller Druck auf die Apartheidwirtschaft Südafrikas

Die Generalversammlung,

feststellend, daß die Aufrechterhaltung der Apartheidwirtschaft und die Erhöhung der Militär- und Polizeiausgaben wesentlich von der Bereitstellung weiterer Kredite und Darlehen seitens der internationalen Finanzgemeinschaft abhängen,

mit tiefem Bedauern darüber, daß die am Dritten Interimsabkommen mit dem Apartheidregime partizipierenden Banken trotz der Forderungen der internationalen Gemeinschaft vor kurzem die Umschuldung der 1990 fälligen Auslandsschulden Südafrikas angekündigt haben,

die Auffassung vertretend, daß die Umschuldung der Auslandsschulden Südafrikas gerade im gegebenen Augenblick einen Versuch darstellt, die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine friedliche Lösung des Konflikts in diesem Land zu untergraben,

Kenntnis nehmend von der Erklärung von Kuala Lumpur zum südlichen Afrika, die vom Treffen der

[92] A/44/555 mit Korr.1.
[93] A/44/576-S/20867, Anhang, Abschnitt V; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for October, November and December 1989*, Dokument S/20867.

Commonwealth-Regierungschefs am 21. Oktober 1989 verabschiedet wurde[94],

1. *mißbilligt* das Dritte Interimsabkommen, insbesondere seine Modalitäten und seine Laufzeit, da durch die Umschuldung eines beträchtlichen Teils der Schulden Südafrikas über dreieinhalb Jahre der finanzielle Druck auf das Apartheidregime gemindert wird;

2. *fordert* die Regierungen und privaten Finanzinstitutionen *nachdrücklich auf*, neue Bankdarlehen an Südafrika, gleichviel, ob an den öffentlichen oder privaten Sektor, zu verweigern;

3. *fordert* diejenigen Staaten, die weiterhin Handels- und Finanzverbindungen mit Südafrika unterhalten, *auf*, die Vergabe von Handelskrediten zu beschränken und die Kreditsicherung einzustellen, indem sie insbesondere

a) alle in Betracht kommenden Banken und Finanzinstitutionen auffordern, strengere Bedingungen für die kurzfristige Handelsfinanzierung zu schaffen, spezifisch durch die Verkürzung der Kredit-Höchstlaufzeit auf 90 Tage;

b) die offiziellen staatlichen Stellen anweisen, Südafrika keine öffentlichen Handelskredite sowie Handelsgarantien und -bürgschaften mehr einzuräumen, um ihm so die Beschaffung von Handelskrediten zu erschweren;

4. *fordert* alle Regierungen sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, Banken und andere Finanzinstitutionen durch alle geeigneten Mittel zur Umsetzung der oben dargelegten Maßnahmen zu veranlassen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

F

Beziehungen zwischen Südafrika und Israel

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf alle ihre früheren Resolutionen zu den Beziehungen zwischen Südafrika und Israel, insbesondere ihre Resolution 43/50 E vom 5. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Sonderausschusses gegen Apartheid über die jüngsten Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Südafrika und Israel[95],

mit Besorgnis feststellend, daß die militärischen Beziehungen zwischen Südafrika und Israel, vor allem auf dem Gebiet der Wehrtechnik, und insbesondere die Zusammenarbeit bei der jüngst erfolgten Herstellung und Erprobung nuklearer Flugkörper, unvermindert ihren Fortgang nehmen,

Kenntnis nehmend von der entsprechenden Bestimmung des Schlußdokuments über das südliche Afrika, das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[76],

1. *verurteilt* die Zusammenarbeit Israels mit dem rassistischen Minderheitsregime Südafrikas auf militärischem und nuklearem Gebiet;

2. *verlangt erneut*, daß Israel umgehend von jedweder Zusammenarbeit mit Südafrika, insbesondere auf militärischem und nuklearem Gebiet, Abstand nimmt und diese beendet;

3. *ersucht* den Sonderausschuß gegen Apartheid, die Beziehungen zwischen Südafrika und Israel auch künftig zu überwachen und ständig weiter zu verfolgen und der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat gegebenenfalls darüber Bericht zu erstatten.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

G

Arbeitsprogramm des Sonderausschusses gegen Apartheid

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Sonderausschusses gegen Apartheid[86],

1. *würdigt* die Arbeit, die der Sonderausschuß gegen Apartheid in Wahrnehmung seiner Aufgaben bei der Förderung internationaler Maßnahmen gegen die Apartheid leistet;

2. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Sonderausschusses und billigt die in Ziffer 275 des Berichts enthaltenen Empfehlungen zum Arbeitsprogramm des Ausschusses;

3. *ermächtigt* den Sonderausschuß, entsprechend seinem Mandat und in seiner Funktion als Leitstelle für die internationale Kampagne gegen die Apartheid sowie unter Heranziehung der Unterstützungsdienste des Sekretariats-Zentrums gegen Apartheid weiterhin

a) die Situation in Südafrika und die Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Verhängung und Durchführung von Sanktionen und sonstigen restriktiven Maßnahmen sowie deren Auswirkungen auf den Apartheidstaat Südafrika genau zu überwachen;

b) internationale Maßnahmen gegen die Apartheid zu mobilisieren, u.a. durch die Sammlung, die Analyse und die Verbreitung von Informationen, durch Verbindungen zu nichtstaatlichen Organisationen und in Betracht kommenden Einzelpersonen und Gruppen, die in der Lage sind, Einfluß auf die öffentliche Meinung und Entscheidungsfindung zu nehmen, sowie durch Anhörungen, Konferenzen, Konsultationen, Missionen, Öffentlichkeitsarbeit und entsprechende andere Aktivitäten;

4. *appelliert* an alle Regierungen sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, mit dem Sonderausschuß bei der Erfüllung seines Auftrags enger zusammenzuarbeiten;

5. *ersucht* alle Gremien, Organe und Organisationen der Vereinten Nationen, sich an der Tätigkeit des Sonderausschusses und des Zentrums gegen Apartheid zu beteiligen und so dafür Sorge zu tragen, daß die einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats auf konsequente und besser koordi-

[94] A/44/672-S/20914, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for October, November and December 1989*, Dokument S/20914.

[95] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 22* (A/44/22), Zweiter Teil.

nierte Weise sowie unter bestmöglicher Nutzung der vorhandenen Ressourcen durchgeführt werden;

6. *ersucht* die Regierungen und Organisationen um finanzielle und sonstige Unterstützung für die Sonderprojekte des Sonderausschusses sowie um großzügige Beiträge an den Treuhandfonds für Öffentlichkeitsarbeit gegen Apartheid;

7. *appelliert* an alle Regierungen, zwischenstaatlichen Organisationen, Informationsmedien, nichtstaatlichen Organisationen und Einzelpersonen, mit dem Zentrum gegen Apartheid und der Hauptabteilung Presse und Information des Sekretariats bei deren Aktivitäten gegen die Apartheid und insbesondere bei der Verbreitung von Informationen über die Situation in Südafrika zusammenzuarbeiten, um die Auswirkungen der Pressebeschränkungen in Südafrika zu mildern und der südafrikanischen Propaganda wirksam zu begegnen;

8. *beschließt*, für den Sonderausschuß für 1990 eine Sonderzuweisung von 430.000 US-Dollar aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen bereitzustellen, um die Kosten der vom Ausschuß zu beschließenden Sonderprojekte zu decken.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

H

Ölembargo gegen Südafrika

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts der Zwischenstaatlichen Gruppe zur Überwachung der Versorgung und Belieferung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten[96],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen über ein Ölembargo gegen Südafrika, insbesondere Resolution 43/50 J vom 5. Dezember 1988,

feststellend, daß sich die erdölexportierenden Staaten zwar zu einem Ölembargo gegen Südafrika verpflichtet haben, jedoch nur sehr wenige der großen Schiffahrtsstaaten ein Gleiches getan haben,

besorgt darüber, daß es dem rassistischen Regime Südafrikas gelungen ist, die Ölembargos und ähnliche Maßnahmen der Staaten zu umgehen,

in Würdigung der Maßnahmen, die von Gewerkschaften, Studentengruppen und Antiapartheid-Organisationen gegen Unternehmen, die das Ölembargo gegen Südafrika verletzen, sowie zur Durchsetzung des Embargos ergriffen werden,

davon *überzeugt*, daß ein wirksames Ölembargo gegen Südafrika das Waffenembargo gegen das Apartheidregime ergänzen und somit dazu dienen würde, die Angriffshandlungen des Regimes gegen die Frontstaaten wie auch seine Repression des Volkes von Südafrika zu mindern,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Zwischenstaatlichen Gruppe zur Überwachung der Versorgung und Belieferung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten[96];

2. *stellt fest*, daß die Zwischenstaatliche Gruppe beabsichtigt, entsprechend Ziffer 44 ihres Berichts der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung einen Zwischenbericht vorzulegen;

3. *nimmt außerdem Kenntnis* vom Bericht der Gruppe für die Anhörungen über das Ölembargo gegen Südafrika, die am 12. und 13. April 1989 in New York tagte[97];

4. *bittet* den Sicherheitsrat *nachdrücklich*, ohne weitere Verzögerungen tätig zu werden und ein bindendes Embargo über die Lieferung und den Transport von Erdöl und Erdölprodukten an Südafrika wie auch über die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen und Technologie für seine Erdölindustrie und seine Projekte zur Kohleverflüssigung und über Finanzierungsvorhaben und Investitionen auf diesem Gebiet zu verhängen;

5. *ersucht* alle betroffenen Staaten, bis zu einem Beschluß des Sicherheitsrats wirksame Maßnahmen zu treffen beziehungsweise wirksame Rechtsvorschriften zu verabschieden, um den Anwendungsbereich des Ölembargos zu erweitern, mit dem Ziel, die völlige Einstellung der direkten und indirekten Versorgung beziehungsweise Belieferung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten zu gewährleisten und insbesondere

a) die "Endverbraucher"-Klausel und andere restriktive Konditionen bezüglich des Bestimmungsorts strikt anzuwenden, um die Einhaltung des Embargos zu gewährleisten;

b) die Unternehmen, die Erstverkäufer beziehungsweise -käufer von Erdöl und Erdölprodukten sind, je nach den in den einzelnen Ländern vorgesehenen Modalitäten zu zwingen, künftig weder direkt noch indirekt Erdöl und Erdölprodukte an Südafrika zu verkaufen, weiterzuverkaufen oder auf andere Weise weiterzuleiten;

c) dadurch eine strikte Kontrolle über die Versorgung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten durch Makler, Ölgesellschaften und Händler auszuüben, daß sie dem Erstkäufer beziehungsweise -verkäufer von Erdöl und Erdölprodukten die Verantwortung für die Vertragserfüllung übertragen und diesen damit für die Handlungen der genannten Parteien haftbar machen;

d) zu verhindern, daß Südafrika u.a. dank der Bereitstellung von Rohstoffen, technischem Fachwissen, Finanzhilfe und Transportmöglichkeiten Zugang zu anderen Energiequellen findet;

e) jedwede Hilfe an den Apartheidstaat Südafrika zu verbieten, einschließlich der Bereitstellung von Finanzmitteln, Technologie, Gerät oder Personal für die Prospektion, Erschließung oder Erzeugung von Kohlewasserstoffen, für den Bau oder Betrieb von Anlagen zur Gewinnung von Öl aus Kohle oder Öl aus Gas oder für die Entwicklung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Brennstoffersatz und Zusatzstoffen wie Äthanol und Methanol;

f) südafrikanische Unternehmen daran zu hindern, ihre Beteiligungen an Ölgesellschaften oder Ölkonzessionen außerhalb Südafrikas zu halten oder noch zu vergrößern;

g) den Transport von Erdöl und Erdölprodukten nach Südafrika durch Schiffe zu beenden, die unter ihrer Flagge fahren oder sich letztlich im Besitz ihrer Staatsangehörigen oder ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Unternehmen befinden, von diesen verwaltet werden oder gechartert sind;

[96] Ebd., *Beilage 44* (A/44/44).

[97] A/44/279-S/20634, Anhang.

h) ein Registrierungssystem für von ihren Staatsangehörigen registrierte beziehungsweise sich in deren Besitz befindliche Schiffe auszuarbeiten, die in Verletzung der verhängten Embargos in Südafrika Ladungen von Erdöl oder Erdölprodukten gelöscht haben, und diese Schiffe davon abzubringen, südafrikanische Häfen anzulaufen;

i) an einem Verstoß gegen das Ölembargo beteiligte Unternehmen und Einzelpersonen strafrechtlich zu verfolgen und Fälle einer erfolgreichen Strafverfolgung in Übereinstimmung mit dem einzelstaatlichen Recht weiten Kreisen bekannt zu machen;

j) Informationen über Verstöße gegen das Ölembargo, darunter auch über Mittel und Wege zur Verhinderung derartiger Verstöße, zu sammeln, auszutauschen und zu verbreiten und konzertierte Maßnahmen gegen Übertreter zu ergreifen;

6. *ermächtigt* die Zwischenstaatliche Gruppe, tätig zu werden, um in der Öffentlichkeit das Ölembargo gegen Südafrika besser bekannt zu machen, so auch gegebenenfalls durch die Entsendung von Missionen und die Mitwirkung an einschlägigen Konferenzen und Treffen;

7. *ersucht* die Zwischenstaatliche Gruppe, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen, der auch Vorschläge zur Stärkung der Mechanismen für die Überwachung der Versorgung und Belieferung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten enthält;

8. *ersucht* alle Staaten, mit der Zwischenstaatlichen Gruppe bei der Durchführung dieser Resolution zusammenzuarbeiten, so auch durch die Vorlage von Vorschlägen zur Stärkung der Mechanismen für die Überwachung der Versorgung und Belieferung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der Zwischenstaatlichen Gruppe bei der Durchführung dieser Resolution jede erforderliche Unterstützung zu gewähren.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

I

Militärische Kollaboration mit Südafrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen und die Resolutionen des Sicherheitsrats über das Waffenembargo sowie auf andere Resolutionen über Kollaboration mit Südafrika,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Sonderausschusses gegen Apartheid[96],

von neuem erklärend, daß die vollständige Anwendung eines Waffenembargos gegen Südafrika unverzichtbarer Bestandteil eines internationalen Vorgehens gegen die Apartheid ist,

Kenntnis nehmend von der am 18. Dezember 1987 verabschiedeten Erklärung des Sicherheitsratsausschusses gemäß Resolution 421 (1977) vom 9. Dezember 1977 zur Südafrikafrage, in der der Ausschuß "mit höchster Beunruhigung und großer Besorgnis festgestellt hat, daß noch immer große Mengen an Waffen und militärischer Ausrüstung, so auch hochentwickeltes militärisches Gerät, auf direktem oder heimlichem Wege nach Südafrika gelangen"[98],

mit dem Ausdruck ihrer ernsthaften Besorgnis über die zunehmende Anzahl von Verletzungen des gegen Südafrika verhängten bindenden Waffenembargos,

mit Bedauern darüber, daß einige Länder auch weiterhin heimlich mit Südafrika Waffenhandel treiben und Südafrika die Teilnahme an internationalen Waffenausstellungen gestatten,

1. *mißbilligt entschieden* das Handeln derjenigen Staaten und Organisationen, die das Waffenembargo auch weiterhin direkt oder indirekt verletzen und mit Südafrika auf militärischem und nuklearem Gebiet sowie im Bereich des Nachrichtenwesens und der Technologie kollaborieren, und insbesondere das Handeln Israels, wegen der Bereitstellung von Kerntechnik, und zweier in der Bundesrepublik Deutschland ansässiger Unternehmen, wegen der Lieferung von Blaupausen für die Herstellung von U-Booten und anderem einschlägigem Militärgerät, und richtet die Aufforderung an Israel, diese feindseligen Handlungen ab sofort einzustellen, und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, ihren Verpflichtungen aus Sicherheitsratsresolution 421 (1977) nachzukommen, indem sie die besagten Unternehmen strafrechtlich zur Verantwortung zieht;

2. *mißbilligt* das Handeln Chiles, das zu einem wichtigen Handelsplatz für südafrikanische Rüstungsgüter geworden ist, und fordert es nachdrücklich auf, Handlungen dieser Art ab sofort zu unterlassen;

3. *bittet* den Sicherheitsrat *nachdrücklich*, Sofortmaßnahmen in Betracht zu ziehen, durch welche die strikte und uneingeschränkte Anwendung des vom Rat mit den Resolutionen 418 (1977) vom 4. November 1977 und 558 (1984) vom 13. Dezember 1984 verhängten Waffenembargos und dessen wirksame Überwachung sichergestellt werden;

4. *ersucht* den Sonderausschuß gegen Apartheid, die Angelegenheit ständig weiterzuverfolgen und der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat gegebenenfalls darüber Bericht zu erstatten.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

J

Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen zum Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika, insbesondere die Resolution 43/50 I vom 5. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über den Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika[99], dem der Bericht des Treuhänderausschusses des Treuhandfonds als Anhang beigefügt ist,

[98] Siehe S/19396, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-second Year, Supplement for October, November and December 1987*, Dokument S/19396.

[99] A/44/556.

ernstlich besorgt über den Fortbestand des landesweiten Ausnahmezustandes wie auch der Sicherheitsbestimmungen, durch die abweichende politische Auffassungen und Proteste zu einem Verbrechen gemacht werden,

beunruhigt über die fortdauernden Inhaftierungen ohne Prozeß, Zwangsumsiedlungen, Bannverfügungen, Restriktionsmaßnahmen, politischen Prozesse, über Apartheidgegner verhängten Todesurteile und die Schikanierung der Gewerkschaften, der Kirche und anderer Organisationen sowie von Einzelpersonen, die sich an friedlichen Protest- und Oppositionsbewegungen beteiligen,

erneut erklärend, daß jetzt mehr denn je erforderlich ist, daß die internationale Gemeinschaft den aufgrund von repressiven und diskriminierenden Rechtsvorschriften in Südafrika Verfolgten vermehrte humanitäre und rechtliche Hilfe gewährt, um ihre Not zu lindern und ihre Anstrengungen zu unterstützen,

fest überzeugt, daß höhere Beiträge an den Treuhandfonds und die betreffenden freiwilligen Hilfsorganisationen geleistet werden müssen, damit diese den großen Bedarf an humanitärer und rechtlicher Hilfe decken können,

1. *billigt* den Bericht des Generalsekretärs über den Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika;

2. *dankt* den Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen, die Beiträge an den Treuhandfonds und die freiwilligen Hilfsorganisationen geleistet haben, die den Opfern der Apartheid und der rassischen Diskriminierung humanitäre und rechtliche Hilfe gewähren;

3. *ruft* zu großzügigen und höheren Beiträgen an den Treuhandfonds *auf*;

4. *ruft außerdem* zu direkten Beiträgen an die freiwilligen Hilfsorganisationen *auf*, die den Opfern der Apartheid und der rassischen Diskriminierung in Südafrika Hilfe gewähren;

5. *würdigt* die unermüdlichen Bemühungen des Generalsekretärs und des Treuhänderausschusses des Treuhandfonds um humanitäre und rechtliche Hilfe für die aufgrund von repressiven und diskriminierenden Rechtsvorschriften Verfolgten in Südafrika und Namibia sowie um Hilfe für deren Angehörige und für Flüchtlinge aus Südafrika.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

K

Konzertierte internationale Massnahmen zur Beseitigung der Apartheid

Die Generalversammlung,

beunruhigt über die kritische Situation in Südafrika aufgrund der Apartheidpolitik und insbesondere aufgrund der Verlängerung des landesweiten Ausnahmezustandes,

davon *überzeugt*, daß die eigentliche Ursache der Krise im südlichen Afrika die Apartheidpolitik ist,

mit großer Sorge feststellend, daß die südafrikanischen Behörden Angriffshandlungen und Friedensbrüche verüben, um den Fortbestand der Apartheid in Südafrika zu sichern,

im Hinblick darauf, daß die Bantustanisierungspolitik die Mehrheit der Bevölkerung ihrer Staatsangehörigkeit beraubt und sie zu Ausländern im eigenen Land macht,

feststellend, daß die sogenannten Reformen in Südafrika das Apartheidsystem nur noch stärker festigen und das Volk von Südafrika weiter spalten,

davon *überzeugt*, daß eine friedliche und dauerhafte Lösung in Südafrika nur durch die vollständige Ausmerzung der Apartheid und die Errichtung eines Mehrheitssystems auf der Grundlage der freien und fairen Ausübung des allgemeinen Wahlrechts für Erwachsene herbeigeführt werden kann,

sowie davon überzeugt, daß die südafrikanischen Behörden sofort Verhandlungen auf breiter Basis unter Mitwirkung der wahren Vertreter der Mehrheitsbevölkerung Südafrikas einleiten sollten, mit dem Ziel, ein freies, demokratisches, geeintes und nichtrassisches Südafrika zu errichten,

im Hinblick darauf, daß die Vereinten Nationen und die internationale Gemeinschaft dafür verantwortlich sind, alle erforderlichen Maßnahmen zur Ausmerzung der Apartheid zu ergreifen, und insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit, als friedliches Mittel zur Abschaffung der Apartheid effektiven Druck auf die südafrikanischen Behörden auszuüben,

in diesem Zusammenhang *ermutigt* angesichts des wachsenden internationalen Konsenses, der an der Verabschiedung der Sicherheitsratsresolution 569 (1985) vom 26. Juli 1985 sowie daran erkenntlich wird, daß auf nationaler, regionaler und zwischenstaatlicher Ebene mehr und weiterreichende Maßnahmen mit diesem Ziel getroffen werden,

die Auffassung vertretend, daß Sanktionen das wirksamste friedliche Mittel darstellen, mit dem die internationale Gemeinschaft verstärkten Druck auf die südafrikanischen Behörden ausüben kann,

überzeugt von der entscheidenden Bedeutung der strikten Beachtung von Sicherheitsratsresolution 418 (1977) vom 4. November 1977, mit der der Rat ein bindendes Waffenembargo gegen Südafrika verhängt hat, sowie von Ratsresolution 558 (1984) vom 13. Dezember 1984 über die Einfuhr von Waffen, Munition und Militärfahrzeugen, die in Südafrika produziert wurden, sowie von der Notwendigkeit, diesen Embargos in Befolgung von Ratsresolution 591 (1986) vom 28. November 1986 volle Wirksamkeit zu verschaffen,

in Würdigung der Politik verschiedener Länder, kein Erdöl an Südafrika zu verkaufen beziehungsweise dorthin zu exportieren,

die Auffassung vertretend, daß unbedingt und umgehend Maßnahmen ergriffen werden müssen, um durch internationale Zusammenarbeit die effektive und gewissenhafte Anwendung derartiger Embargos sicherzustellen,

in dieser Hinsicht *Kenntnis nehmend* von den Bemühungen der Zwischenstaatlichen Gruppe zur Überwachung der Versorgung und Belieferung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten,

mit tiefer Sorge feststellend, daß die südafrikanischen Behörden in Verletzung des Völkerrechts mittels einer Kombination militärischen und wirtschaftlichen Drucks auf wirtschaftliche Repressalien, Angriffshandlungen und Destabilisierungsmaßnahmen gegen Nachbarstaaten zurückgreifen,

beunruhigt über die durch diese Politiken und Maßnahmen verursachte Verschlechterung der Lage von Millionen von Flüchtlingen, Rückkehrern und Vertriebenen im südlichen Afrika,

die Auffassung vertretend, daß durch die geographische Lage, das koloniale Erbe und andere Ursachen bedingte Kontakte zwischen dem Apartheidstaat Südafrika und den Frontstaaten und sonstigen Nachbarstaaten von anderen Staaten nicht als Vorwand dafür benutzt werden sollten, das Apartheidsystem zu legitimieren oder Versuche zur Durchbrechung der internationalen Isolierung dieses Systems zu rechtfertigen;

davon *überzeugt*, daß das Bestehen der Apartheid weiter dazu führen wird, daß das unterdrückte Volk mit allen denkbaren Mitteln immer stärkeren Widerstand leistet und daß immer größere Spannungen und Konflikte entstehen, die weitreichende Folgen für das südliche Afrika und die gesamte Welt haben werden,

sowie davon überzeugt, daß eine Politik der Kollaboration mit dem Apartheidregime anstelle der Achtung der rechtmäßigen Bestrebungen der wahren Vertreter der großen Bevölkerungsmehrheit das Regime in seiner Unterdrückung der Nachbarstaaten, in seiner Aggression gegen diese und in seiner Mißachtung der Vereinten Nationen bestärken wird,

mit dem Ausdruck ihrer vollen Unterstützung für das rechtmäßige Bestreben der afrikanischen Staaten und Völker sowie der Organisation der afrikanischen Einheit, den afrikanischen Kontinent vollends von Kolonialismus und Rassismus zu befreien,

1. *verurteilt nachdrücklich* die Apartheidpolitik, die die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung ihrer Würde, ihrer Grundfreiheiten und ihrer Menschenrechte beraubt;

2. *verurteilt außerdem nachdrücklich* die südafrikanischen Behörden dafür, daß sie Mitglieder von Massenorganisationen und andere Einzelpersonen wegen ihres Widerstands gegen das Apartheidsystem und den Ausnahmezustand töten, willkürlichen Massenverhaftungen unterwerfen und in Haft halten, und daß sie Kinder in Haft halten und sogar Gewalt gegen sie anwenden;

3. *verurteilt* die offenen und verdeckten Angriffshandlungen, die Südafrika zur Destabilisierung von Nachbarstaaten begeht, sowie diejenigen, die sich gegen Flüchtlinge aus Südafrika richten;

4. *verlangt*, daß die südafrikanischen Behörden

a) Nelson Mandela und alle anderen politischen Gefangenen, Häftlinge und sonst Restriktionen unterworfenen Personen unverzüglich und bedingungslos effektiv freilassen;

b) den Ausnahmezustand sofort aufheben;

c) die diskriminierenden Gesetze außer Kraft setzen und Verbotsmaßnahmen gegen alle Organisationen und Einzelpersonen sowie Restriktionen und die Zensur der Nachrichtenmedien aufheben;

d) alle politischen Prozesse und politischen Hinrichtungen einstellen;

e) allen Arbeitnehmern in Südafrika Vereinigungsfreiheit und volle gewerkschaftliche Rechte einräumen;

f) einen politischen Dialog mit den wahren Führern der Bevölkerungsmehrheit aufnehmen, mit dem Ziel, die Apartheid unverzüglich auszumerzen und eine repräsentative Regierung einzusetzen;

g) die Bantustan-Strukturen abschaffen;

h) die Destabilisierung der Frontstaaten und der Nachbarstaaten sofort einstellen;

5. *bittet* den Sicherheitsrat *nachdrücklich*, unverzüglich über die Verabschiedung wirksamer bindender Sanktionen gegen Südafrika zu beraten;

6. *bittet* den Sicherheitsrat *außerdem nachdrücklich*, Maßnahmen zur strikten Anwendung des mit Resolution 418 (1977) von ihm verhängten bindenden Waffenembargos und des mit Resolution 558 (1984) erbetenen Waffenembargos zu ergreifen und im Kontext der entsprechenden Resolutionen die Beendigung der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit Südafrika und der Einfuhr von militärischen Ausrüstungs- und Versorgungsgütern aus Südafrika sicherzustellen;

7. *appelliert* an alle Staaten, soweit nicht bereits geschehen, bis zur Verhängung bindender Sanktionen durch den Sicherheitsrat gesetzgeberische oder sonstige geeignete Maßnahmen auf einzelstaatlicher Ebene zur Druckausübung auf das Apartheidregime Südafrikas zu erwägen, so beispielsweise

a) die Einstellung weiterer Investitionen in Südafrika und der Vergabe von Krediten an Südafrika;

b) die Einstellung jeder Förderung und Unterstützung des Handels mit Südafrika;

c) das Verbot des Verkaufs von Krügerrands und aller sonstigen in Südafrika geprägten Münzen;

d) die Einstellung jedweder militärischen, polizeilichen und nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit mit den südafrikanischen Behörden, insbesondere die Einstellung des Verkaufs von Computergerät;

e) die Beendigung der nuklearen Kollaboration mit Südafrika;

f) die Einstellung des Exports und des Verkaufs von Erdöl und Erdölprodukten an Südafrika;

g) sonstige Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Handels;

8. *anerkennt* den bestehenden und voraussichtlichen dringenden Bedarf der Nachbarstaaten Südafrikas an wirtschaftlicher Hilfe, die nicht als Alternative, sondern als Ergänzung zu den Sanktionen gegen Südafrika gewährt werden sollte, und appelliert an alle Staaten, Organisationen und Institutionen,

a) die Frontstaaten und die Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika stärker zu unterstützen, um sie wirtschaftlich stärker und von Südafrika unabhängiger zu machen;

b) die Hilfe und Unterstützung zu verstärken, die sie den Opfern der Apartheid, den von der Organisation der afrikanischen Einheit anerkannten Befreiungsbewegungen sowie allen denjenigen, die gegen die Apartheid und für die Errichtung einer nichtrassischen, demokratischen Gesellschaft in Südafrika kämpfen, im humanitären, rechtlichen und bildungspolitischen Bereich und auch anderweitig gewähren;

9. *ruft* alle Regierungen und Organisationen *auf*, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß alle dem Apartheidregime Südafrikas förderlichen akademischen, kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Beziehungen wie auch die Beziehungen zu Einzelpersonen, Institutionen und sonstigen Stellen abgebrochen werden, die die Apartheid befürworten beziehungsweise auf ihr aufbauen;

10. *spricht* denjenigen Staaten, die gemäß Generalversammlungsresolution 43/50 K vom 5. Dezember

1988 bereits freiwillige Maßnahmen gegen das Apartheidregime Südafrikas ergriffen haben, *ihre Anerkennung aus* und bittet diejenigen, die dies noch nicht getan haben, deren Beispiel zu folgen;

11. *bekräftigt* die Rechtmäßigkeit des Kampfes des unterdrückten Volkes von Südafrika um die vollständige Ausmerzung der Apartheid und die Errichtung einer nichtrassischen, demokratischen Gesellschaft, in der die gesamte Bevölkerung ungeachtet der Rasse, der Hautfarbe oder des Glaubens ihre Grundfreiheiten und Menschenrechte wahrnehmen kann;

12. *bekundet* den Organisationen und Einzelpersonen, die gegen die Apartheid und für eine mit den Grundsätzen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[100] im Einklang stehende nichtrassische, demokratische Gesellschaft kämpfen, *ihre Hochachtung und Solidarität*;

13. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

L

Unterstützung der Tätigkeit der Kommission gegen Apartheid im Sport

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen über den Boykott der Apartheid im Sport und insbesondere auf Resolution 32/105 M vom 14. Dezember 1977, mit der sie die Internationale Erklärung gegen Apartheid im Sport verabschiedet hat, und Resolution 40/64 G vom 10. Dezember 1985, deren Anlage die Internationale Konvention gegen Apartheid im Sport enthält,

nach Behandlung des Berichts der Kommission gegen Apartheid im Sport[91] und der entsprechenden Abschnitte des Berichts des Sonderausschusses gegen Apartheid[86],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Kommission gegen Apartheid im Sport;

2. *fordert* diejenigen Staaten, die die Internationale Konvention gegen Apartheid im Sport unterzeichnet haben, *auf*, sie zu ratifizieren, und fordert außerdem die anderen Staaten auf, ihr so bald wie möglich beizutreten;

3. *spricht* denjenigen Regierungen, Organisationen und Sportlern und Sportlerinnen, die entsprechend dem Verzeichnis der Sportkontakte mit Südafrika gehandelt haben, um die völlige Isolierung des Apartheidregimes im Sport zu erreichen, *ihren Dank aus*;

4. *ersucht* den Sonderausschuß gegen Apartheid, auch künftig das Verzeichnis der Sportkontakte mit Südafrika herauszugeben;

5. *fordert* diejenigen internationalen Sportorganisationen und Sportverbände, die Südafrika noch nicht ausgeschlossen oder suspendiert haben, *auf*, dies ohne weitere Verzögerungen zu tun;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Kommission gegen Apartheid im Sport jede benötigte Unterstützung zu gewähren.

63. Plenarsitzung
22. November 1989

44/40 – Die Situation im Nahen Osten

A

Die Generalversammlung,

nach Erörterung des Punktes "Die Situation im Nahen Osten",

in Bekräftigung ihrer Resolutionen 36/226 A und B vom 17. Dezember 1981, ES-9/1 vom 5. Februar 1982, 37/123 F vom 20. Dezember 1982, 38/58 A bis E vom 13. Dezember 1983, 38/180 A bis D vom 19. Dezember 1983, 39/146 A bis C vom 14. Dezember 1984, 40/168 A bis C vom 16. Dezember 1985, 41/162 A bis C vom 4. Dezember 1986, 42/209 A bis D vom 11. Dezember 1987 und 43/54 A bis C vom 6. Dezember 1988,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 425 (1978) vom 19. März 1978, 497 (1981) vom 17. Dezember 1981, 508 (1982) vom 5. Juni 1982, 509 (1982) vom 6. Juni 1982, 511 (1982) vom 18. Juni 1982, 512 (1982) vom 19. Juni 1982, 513 (1982) vom 4. Juli 1982, 515 (1982) vom 29. Juli 1982, 516 (1982) vom 1. August 1982, 517 (1982) vom 4. August 1982, 518 (1982) vom 12. August 1982, 519 (1982) vom 17. August 1982, 520 (1982) vom 17. September 1982, 521 (1982) vom 19. September 1982 und 555 (1984) vom 12. Oktober 1984 sowie sonstige einschlägige Resolutionen,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs vom 27. Oktober 1989[101], 16. November 1989[102] und 22. November 1989[103],

in Bekräftigung der Notwendigkeit einer fortgesetzten kollektiven Unterstützung der Beschlüsse, die auf der am 25. November 1981 sowie vom 6. bis 9. September 1982 in Fez (Marokko) abgehaltenen Zwölften Arabischen Gipfelkonferenz[104] verabschiedet wurden und von späteren arabischen Gipfelkonferenzen, so auch der vom 23. bis 26. Mai 1989 in Casablanca (Marokko) abgehaltenen Außerordentlichen Arabischen Gipfelkonferenz, bestätigt wurden, in Bekräftigung ihrer vorangegangenen Resolutionen zur Palästinafrage sowie ihrer Unterstützung der Palästinensischen Befreiungsorganisation als der einzigen rechtmäßigen Vertretung des palästinensischen Volkes sowie die Auffassung vertretend, daß die Einberufung der Internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen gemäß Generalversammlungsresolution 38/58 C und den sonstigen Resolutionen zur Palästinafrage zur Förderung des Friedens in der Region beitragen würde,

---

[100] Resolution 217 A (III).

[101] A/44/690 mit Add.1.

[102] A/44/731-S/20968; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for October, November and December 1989*, Dokument S/20968.

[103] A/44/737-S/20971; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for October, November and December 1989*, Dokument S/20971.

[104] Siehe A/37/696-S/15510, Anhang; abgedruckt in *Official Records of the Security Council, Thirty-seventh Year, Supplement for October, November and December 1982*, Dokument S/15510, Anhang.

mit Genugtuung über sämtliche Bemühungen, die zur Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes durch die Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage und zur Situation im Nahen Osten beitragen,

mit Genugtuung über die weltweite Unterstützung, die der gerechten Sache des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Länder in ihrem Kampf gegen die israelische Aggression und Besetzung entgegengebracht wird, der einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten und die uneingeschränkte Ausübung der in früheren Resolutionen der Generalversammlung über die Palästinafrage und die Situation im Nahen Osten bestätigten unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zum Ziel hat,

zutiefst darüber besorgt, daß sich das seit 1967 besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Jerusalems, und die anderen besetzten arabischen Gebiete noch immer unter israelischer Besetzung befinden, daß die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen nicht durchgeführt worden sind und daß dem palästinensischen Volk die Wiederinbesitznahme seines Landes und die im Einklang mit dem Völkerrecht stehende Ausübung seiner durch Resolutionen der Vereinten Nationen bestätigten unveräußerlichen nationalen Rechte noch immer verweigert wird,

erneut erklärend, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[2] auf das seit 1967 besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Jerusalems, und die anderen besetzten arabischen Gebiete Anwendung findet,

sowie unter erneutem Hinweis auf alle einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, die bestimmen, daß die gewaltsame Gebietsaneignung nach der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts unzulässig ist und daß sich Israel bedingungslos aus dem seit 1967 von ihm besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und den anderen besetzten arabischen Gebieten zurückzuziehen hat,

ferner erneut erklärend, daß in der Region unbedingt ein umfassender, gerechter und dauerhafter Frieden herbeigeführt werden muß, der auf der uneingeschränkten Beachtung der Charta und der Grundsätze des Völkerrechts beruht,

sowie zutiefst besorgt über die Fortsetzung der israelischen Politiken, die eine Eskalation und Ausweitung des Konflikts in der Region bedeuten, was eine weitere Verletzung der Grundsätze des Völkerrechts darstellt und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährdet,

unter erneuter Betonung der großen Bedeutung des Zeitfaktors bei den Bemühungen um die baldige Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten,

1. *bekräftigt ihre Überzeugung*, daß die Palästinafrage im Mittelpunkt des Nahostkonflikts steht und daß ohne die uneingeschränkte Ausübung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und den sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Rückzug Israels aus dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und den anderen besetzten arabischen Gebieten kein umfassender, gerechter und dauerhafter Friede in der Region herbeigeführt werden kann;

2. *bekräftigt*, daß ohne die gleichberechtigte Mitwirkung aller Konfliktparteien, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation als Vertretung des palästinensischen Volkes, keine gerechte und umfassende Regelung der Nahostsituation herbeigeführt werden kann;

3. *erklärt erneut*, daß der Friede im Nahen Osten unteilbar ist und auf einer umfassenden, gerechten und dauerhaften Lösung des Nahostproblems unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und auf der Grundlage ihrer einschlägigen Resolutionen beruhen muß, die den vollständigen und bedingungslosen Rückzug Israels aus dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und den anderen besetzten arabischen Gebieten gewährleistet und dem palästinensischen Volk unter der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation die Ausübung seiner unveräußerlichen Rechte ermöglicht, einschließlich des Rechts auf Rückkehr und des Rechts auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit und die Errichtung eines unabhängigen souveränen Staates in Palästina in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage, insbesondere den Generalversammlungsresolutionen ES-7/2 vom 29. Juli 1980, 36/120 A bis F vom 10. Dezember 1981, 37/86 A bis D vom 10. Dezember 1982, 37/86 E vom 20. Dezember 1982, 38/58 A bis E vom 13. Dezember 1983, 39/49 A bis D vom 11. Dezember 1984, 40/96 A bis D vom 12. Dezember 1985 und 41/43 A bis D vom 2. Dezember 1986, 42/66 A bis D vom 2. Dezember 1987, 43/54 A bis C vom 6. Dezember 1988 sowie 43/175 A bis C, 43/176 und 43/177 vom 15. Dezember 1988;

4. *hält* den Arabischen Friedensplan, der auf der am 25. November 1981 und vom 6. bis 9. September 1982 in Fez (Marokko) abgehaltenen Zwölften Arabischen Gipfelkonferenz[104] einstimmig angenommen und von späteren arabischen Gipfelkonferenzen, so auch der vom 23. bis 26. Mai 1989 in Casablanca (Marokko) abgehaltenen Außerordentlichen Arabischen Gipfelkonferenz, bekräftigt worden ist, sowie die entsprechenden Bemühungen und Maßnahmen zur Durchführung des Plans von Fez für einen wichtigen Beitrag zur Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes durch die Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten;

5. *verurteilt* die unter Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, der Grundsätze des Völkerrechts und der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen erfolgende fortdauernde Besetzung des seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiets, einschließlich Jerusalems, und der anderen besetzten arabischen Gebiete durch Israel und verlangt den sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten;

6. *weist* alle Abkommen und Vereinbarungen *zurück*, welche die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes verletzen und den Grundsätzen einer gerechten und umfassenden, die Schaffung eines gerechten Friedens in diesem Gebiet gewährleistenden Lösung des Nahostproblems zuwiderlaufen;

7. *mißbilligt*, daß Israel den Sicherheitsratsresolutionen 476 (1980) vom 30. Juni 1980 und 478 (1980) vom

20. August 1980 sowie den Generalversammlungsresolutionen 35/207 vom 16. Dezember 1980 und 36/226 A und B vom 17. Dezember 1981 nicht Folge leistet, stellt fest, daß der Beschluß Israels, Jerusalem zu annektieren und es zu seiner "Hauptstadt" zu erklären, sowie die Maßnahmen zur Veränderung seines äußeren Erscheinungsbildes, seiner demographischen Zusammensetzung, seiner institutionellen Struktur und seines Status null und nichtig sind, verlangt, daß diese Maßnahmen sofort rückgängig gemacht werden, und fordert alle Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen und alle anderen internationalen Organisationen auf, diese Resolution und alle anderen einschlägigen Resolutionen und Beschlüsse einzuhalten;

8. *verurteilt* die Aggression, die Politik und die Praktiken Israels gegen das palästinensische Volk in dem besetzten palästinensischen Gebiet und außerhalb dieses Gebiets, einschließlich der Enteignung, der Errichtung von Siedlungen, der Annexion und anderer terroristischer, aggressiver und repressiver Maßnahmen, die eine Verletzung der Charta und der Grundsätze des Völkerrechts sowie der einschlägigen internationalen Übereinkünfte darstellen;

9. *verurteilt nachdrücklich* die Unterstellung des besetzten syrisch-arabischen Golan unter Israels Gesetze, seine Rechtsprechung und seine Verwaltung, Israels annexionistische Politiken und Praktiken, die Errichtung von Siedlungen, die Beschlagnahme von Ländereien, die Ableitung von Wasservorkommen sowie die Tatsache, daß syrischen Staatsangehörigen die israelische Staatsbürgerschaft aufgezwungen wird, und erklärt, daß alle diese Maßnahmen null und nichtig sind und eine Verletzung der für die kriegerische Besetzung geltenden Regeln und Grundsätze des Völkerrechts darstellen, insbesondere des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten;

10. *ist der Auffassung*, daß die am 30. November 1981 unterzeichneten Abkommen über strategische Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Israel und die fortgesetzte Versorgung Israels mit modernen Waffen und Material, die noch durch beträchtliche Wirtschaftshilfe ergänzt wird, einschließlich des vor kurzem von den beiden Regierungen geschlossenen Abkommens über die Errichtung einer Freihandelszone, Israel dazu ermutigt haben, seine aggressiven und expansionistischen Politiken und Praktiken in dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und den anderen besetzten arabischen Gebieten fortzusetzen, sich nachteilig auf die Bemühungen um die Schaffung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ausgewirkt haben und eine Bedrohung für die Sicherheit der Region darstellen;

11. *fordert* alle Staaten *erneut auf*, dem Zustrom militärischer, wirtschaftlicher, finanzieller und technologischer Hilfe sowie menschlicher Ressourcen nach Israel ein Ende zu setzen, womit beabsichtigt wird, dieses zur Fortsetzung seiner aggressiven Politik gegen die arabischen Länder und das palästinensische Volk zu ermutigen;

12. *verurteilt nachdrücklich* die fortgesetzte und noch zunehmende Kollaboration zwischen Israel und dem rassistischen Regime Südafrikas, insbesondere auf wirtschaftlichem, militärischem und nuklearem Gebiet, die einen feindseligen Akt gegen die afrikanischen und arabischen Staaten darstellt und es Israel ermöglicht, seine Nuklearfähigkeit zu erhöhen und so die Staaten der Region nuklearer Erpressung auszusetzen;

13. *fordert erneut* die Einberufung der Internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen sowie unter Mitwirkung der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats und aller Konfliktparteien, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der einzigen rechtmäßigen Vertretung des palästinensischen Volkes, auf gleichberechtigter Grundlage sowie die Ausstattung der Konferenz mit allen Vollmachten, damit sie eine umfassende und gerechte Lösung herbeiführen kann, die auf dem Rückzug Israels aus dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und den anderen besetzten arabischen Gebieten und auf der Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes im Einklang mit den Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage und zur Situation im Nahen Osten aufbaut;

14. *schließt sich der Forderung an*, daß im Rahmen des Sicherheitsrats und unter Mitwirkung der ständigen Mitglieder des Rates ein Vorbereitungsausschuß eingesetzt werden soll, der die erforderlichen Maßnahmen zur Einberufung der Konferenz trifft;

15. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung der Situation Bericht zu erstatten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen umfassenden Bericht über alle Aspekte der Entwicklungen im Nahen Osten vorzulegen.

73. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

B

Die Generalversammlung,

nach Erörterung des Punktes "Die Situation im Nahen Osten",

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs vom 22. November 1989[103],

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 497 (1981) vom 17. Dezember 1981,

in Bekräftigung ihrer Resolutionen 36/226 B vom 17. Dezember 1981, ES-9/1 vom 5. Februar 1982, 37/123 A vom 16. Dezember 1982, 38/180 A vom 19. Dezember 1983, 39/146 B vom 14. Dezember 1984, 40/168 B vom 16. Dezember 1985, 41/162 B vom 4. Dezember 1986, 42/209 C vom 11. Dezember 1987 und 43/54 B vom 6. Dezember 1988,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974, in der sie eine Angriffshandlung u.a. als "die Invasion oder den Angriff der Streitkräfte eines Staates auf das Hoheitsgebiet eines anderen Staates oder jede noch so vorübergehende militärische Besetzung, die sich aus einer solchen Invasion oder einem solchen Angriff ergibt, oder jede vollständige oder teilweise gewaltsame Einverleibung des Hoheitsgebiets eines anderen Staates" definiert und bestimmt hat, daß "keine Begründung irgendwelcher Art, sei sie politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder sonstiger Natur, ... als Rechtfertigung für eine Aggression dienen" kann,

in Bekräftigung des grundlegenden Prinzips der Unzulässigkeit des gewaltsamen Gebietserwerbs,

erneut bekräftigend, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[2] auf das seit 1967 besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Jerusalems, und die anderen besetzten arabischen Gebiete Anwendung findet,

im Hinblick darauf, daß Israels bisheriges Verhalten, seine Politik und seine Maßnahmen überzeugend beweisen, daß es kein friedliebender Mitgliedstaat ist und seinen Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen nicht nachgekommen ist,

sowie im Hinblick darauf, daß Israel sich unter Verletzung von Artikel 25 der Charta geweigert hat, die zahlreichen einschlägigen Beschlüsse des Sicherheitsrats, insbesondere dessen Resolution 497 (1981), anzunehmen und durchzuführen, und somit seinen Verpflichtungen aus der Charta nicht nachgekommen ist,

1. *verurteilt* Israel *nachdrücklich* wegen seiner Nichtbefolgung der Sicherheitsratsresolution 497 (1981) und der Generalversammlungsresolutionen 36/226 B, ES-9/1, 37/123 A, 38/180 A, 39/146 B, 40/168 B, 41/162 B, 42/209 C und 43/54 B;

2. *erklärt erneut*, daß Israels weiter andauernde Besetzung des syrisch-arabischen Golan und sein Beschluß vom 14. Dezember 1981, den besetzten syrisch-arabischen Golan seinen Gesetzen, seiner Rechtsprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, eine Angriffshandlung nach Artikel 39 der Charta der Vereinten Nationen und nach Generalversammlungsresolution 3314 (XXIX) darstellen;

3. *erklärt erneut*, daß der Beschluß Israels, den besetzten syrisch-arabischen Golan seinen Gesetzen, seiner Rechtsprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, rechtswidrig und somit null und nichtig ist und keinerlei Gültigkeit hat;

4. *erklärt*, daß alle israelischen Politiken und Praktiken, die die Annexion des seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiets, einschließlich Jerusalems, und der anderen besetzten arabischen Gebiete zum Inhalt oder zum Ziel haben, rechtswidrig sind und gegen das Völkerrecht und die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen verstoßen;

5. *stellt erneut fest*, daß alle Maßnahmen, die Israel ergreift, um seinem Beschluß im Zusammenhang mit dem besetzten syrisch-arabischen Golan Wirkung zu verleihen, rechtswidrig und ungültig sind und nicht anerkannt werden dürfen;

6. *bekräftigt ihre Feststellung*, daß alle einschlägigen Bestimmungen der Kriegsordnung in der Anlage zum IV. Haager Abkommen von 1907[15] sowie des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten nach wie vor auf das seit 1967 von Israel besetzte syrische Hoheitsgebiet Anwendung finden, und fordert alle Vertragsparteien dieser Übereinkünfte auf, ihre Verpflichtungen aus diesen Übereinkünften unter allen Umständen einzuhalten beziehungweise für deren Einhaltung zu sorgen;

7. *stellt erneut fest*, daß die seit 1967 andauernde Besetzung des syrisch-arabischen Golan und dessen Annexion durch Israel am 14. Dezember 1981 nach dem Beschluß Israels, dieses Gebiet seinen Gesetzen, seiner Rechtsprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, eine ständige Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen;

8. *mißbilligt entschieden* die negative Stimmabgabe eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats, durch die der Rat daran gehindert wurde, die in der vom Rat einstimmig verabschiedeten Resolution 497 (1981) erwähnten "entsprechenden Maßnahmen" nach Kapitel VII der Charta gegen Israel zu ergreifen;

9. *mißbilligt ferner* jegliche politische, wirtschaftliche, finanzielle, militärische und technologische Unterstützung Israels, durch die es darin bestärkt wird, Angriffshandlungen zu begehen und seine Besetzung und Annexion des seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiets, einschließlich Jerusalems, und der anderen besetzten arabischen Gebiete zu konsolidieren und zu verewigen;

10. *betont erneut mit Nachdruck* ihre Forderung an Israel als Besatzungsmacht, unverzüglich seinen rechtswidrigen Beschluß vom 14. Dezember 1981, den syrisch-arabischen Golan seinen Gesetzen, seiner Rechtsprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen — einen Beschluß, der zur faktischen Annexion dieses Gebiets führte, — rückgängig zu machen;

11. *bekräftigt erneut*, daß es als Grundvoraussetzung für die Schaffung eines umfassenden und gerechten Friedens im Nahen Osten unbedingt notwendig ist, daß sich Israel vollständig und bedingungslos aus dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und den anderen besetzten arabischen Gebieten zurückzieht;

12. *stellt erneut fest*, daß durch Israels bisheriges Verhalten, seine Politik und seine Maßnahmen bestätigt wird, daß es kein friedliebender Mitgliedstaat ist, daß es die in der Charta verankerten Grundsätze ständig verletzt hat und daß es weder seinen Verpflichtungen nach der Charta noch seinen Verpflichtungen nach Generalversammlungsresolution 273 (III) vom 11. Mai 1949 nachgekommen ist;

13. *fordert* alle Mitgliedstaaten *erneut auf*, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

a) Israel keinerlei Waffen und verwandtes Gerät zu liefern sowie jegliche Militärhilfe, die sie Israel gewähren, zu suspendieren;

b) keinerlei Waffen oder militärisches Gerät von Israel zu erwerben;

c) die wirtschaftliche, finanzielle und technologische Hilfe an Israel sowie die Zusammenarbeit mit Israel auf diesen Gebieten zu suspendieren;

d) die diplomatischen, außenwirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit Israel abzubrechen;

14. *fordert* alle Mitgliedstaaten *erneut auf*, einzeln und gemeinschaftlich umgehend jeden Verkehr mit Israel abzubrechen, um es in allen Bereichen vollständig zu isolieren;

15. *bittet* die Nichtmitgliedstaaten *nachdrücklich*, sich entsprechend dieser Resolution zu verhalten;

16. *fordert* alle Sonderorganisationen und anderen internationalen Organisationen *auf*, sich in ihren Beziehungen zu Israel an diese Resolution zu halten;

17. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

73. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

C

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/120 E vom 10. Dezember 1981, 37/123 C vom 16. Dezember 1982, 38/180 C vom 19. Dezember 1983, 39/146 C vom 14. Dezember 1984, 40/168 C vom 16. Dezember 1985, 41/162 C vom 4. Dezember 1986, 42/209 D vom 11. Dezember 1987 und 43/54 C vom 6. Dezember 1988, in denen sie festgestellt hat, daß alle legislativen und administrativen Maßnahmen und Aktionen der Besatzungsmacht Israel, die den Charakter und den Status der Heiligen Stadt Jerusalem geändert haben oder ändern sollten, insbesondere das sogenannte "Grundgesetz" über Jerusalem und die Erklärung Jerusalems zur Hauptstadt von Israel, null und nichtig sind und unverzüglich rückgängig gemacht werden müssen,

unter Hinweis auf Sicherheitsratsresolution 478 (1980) vom 20. August 1980, in der der Rat u.a. beschlossen hat, das "Grundgesetz" nicht anzuerkennen und diejenigen Staaten, die diplomatische Vertretungen in Jerusalem eingerichtet haben, aufgefordert hat, diese Vertretungen aus der Heiligen Stadt abzuziehen,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 22. November 1989[105],

1. *stellt fest*, daß Israels Beschluß, die Heilige Stadt Jerusalem seinen Gesetzen, seiner Rechtsprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, rechtswidrig und somit null und nichtig ist und keinerlei Gültigkeit hat;

2. *mißbilligt* die von einigen Staaten unter Verstoß gegen die Sicherheitsratsresolution 478 (1980) durchgeführte Verlegung ihrer diplomatischen Vertretungen nach Jerusalem und ihre Weigerung, der genannten Resolution Folge zu leisten;

3. *fordert* diese Staaten *erneut auf*, sich in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen an die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen zu halten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

37. Plenarsitzung
26. Oktober 1989

44/41 – Palästinafrage

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 181 (II) vom 29. November 1947, 194 (III) vom 11. Dezember 1948, 3236 (XXIX) vom 22. November 1974, 3375 (XXX) und 3376 (XXX) vom 10. November 1975, 31/20 vom 24. November 1976, 32/40 vom 2. Dezember 1977, 33/28 vom 7. Dezember 1978, 34/65 A und B vom 29. November 1979 und 34/65 C und D vom 12. Dezember 1979, ES-7/2 vom 29. Juli 1980, 35/169 vom 15. Dezember 1980, 36/120 vom 10. Dezember 1981, ES-7/4 vom 28. April 1982, ES-7/5 vom 26. Juni 1982, ES-7/9 vom 24. September 1982, 37/86 A vom 10. Dezember 1982, 38/58 A vom 13. Dezember 1983, 39/49 A vom 11. Dezember 1984, 40/96 A vom 12. Dezember 1985, 41/43 A vom 2. Dezember 1986, 42/66 A vom 2. Dezember 1987 und 43/175 A vom 15. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes[105],

1. *dankt* dem Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes für seine Bemühungen bei der Durchführung der ihm von der Generalversammlung übertragenen Aufgaben;

2. *schließt sich* den Empfehlungen des Ausschusses in Ziffer 110 bis 118 seines Berichts *an* und lenkt die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats auf die Tatsache, daß entsprechende Maßnahmen aufgrund der Empfehlungen des Ausschusses, wie sie sich die Generalversammlung auf ihrer einunddreißigsten Tagung und danach wiederholt zu eigen gemacht hat, noch immer ausstehen;

3. *ersucht* den Ausschuß, die Situation bezüglich der Palästinafrage sowie die Durchführung des Aktionsprogramms für die Verwirklichung der Rechte der Palästinenser[106] weiter zu verfolgen und der Generalversammlung beziehungsweise dem Sicherheitsrat gegebenenfalls Bericht zu erstatten und Vorschläge zu unterbreiten;

4. *ermächtigt* den Ausschuß, auch weiterhin alles zu tun, um die Umsetzung seiner Empfehlungen zu fördern, u.a. indem er bei Konferenzen und Treffen vertreten ist und Delegationen entsendet, sowie in seinem gebilligten Programm für Seminare, Symposien und Treffen für nichtstaatliche Organisationen diejenigen Anpassungen vorzunehmen, die er für notwendig hält, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung und in der Folgezeit darüber Bericht zu erstatten;

5. *ersucht* den Ausschuß *außerdem* um seine weitere Unterstützung für die nichtstaatlichen Organisationen, die einen Beitrag dazu leisten, die Weltöffentlichkeit in stärkerem Maße mit den Fakten im Zusammenhang mit der Palästinafrage vertraut zu machen und eine günstigere Atmosphäre für die volle Umsetzung der Empfehlungen des Ausschusses zu schaffen, und ersucht ihn, die erforderlichen Schritte für die Ausweitung seiner Kontakte zu diesen Organisationen zu unternehmen;

6. *ersucht* die gemäß Generalversammlungsresolution 194 (III) eingesetzte Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina sowie andere mit der Palästinafrage befaßte Organe der Vereinten Nationen, den Ausschuß voll zu unterstützen und diesem auf Ersuchen die ihnen vorliegenden einschlägigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen;

7. *beschließt*, den Bericht des Ausschusses allen zuständigen Organen der Vereinten Nationen zuzuleiten, und bittet diese nachdrücklich, gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen in Übereinstimmung mit dem Implementierungsprogramm des Ausschusses zu ergreifen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, dem Ausschuß weiterhin alle zur Durchführung seiner Aufgaben erforder-

[105] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 35* (A/44/35).

[106] *Report of the International Conference on the Question of Palestine, Geneva, 29 August-7 September 1983* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.83.I.21), Kap. I, Abschnitt B.

lichen Einrichtungen und Dienste zur Verfügung zu stellen.

76. Plenarsitzung
6. Dezember 1989

B

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes[105],

insbesondere *Kenntnis nehmend* von den in Ziffer 64 bis 93 dieses Berichts enthaltenen einschlägigen Informationen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/40 B vom 2. Dezember 1977, 33/28 C vom 7. Dezember 1978, 34/65 D vom 12. Dezember 1979, 35/169 D vom 15. Dezember 1980, 36/120 B vom 10. Dezember 1981, 37/86 B vom 10. Dezember 1982, 38/58 B vom 13. Dezember 1983, 39/49 B vom 11. Dezember 1984, 40/96 B vom 12. Dezember 1985, 41/43 B vom 2. Dezember 1986, 42/66 B vom 2. Dezember 1987 und 43/175 B vom 15. Dezember 1988,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den Maßnahmen des Generalsekretärs gemäß Generalversammlungsresolution 43/175 B;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Sekretariats-Abteilung für die Rechte der Palästinenser mit den nötigen Ressourcen auszustatten und dafür zu sorgen, daß sie im Benehmen mit dem Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und unter Anleitung dieses Ausschusses die in Ziffer 1 der Generalversammlungsresolution 32/40 B, in Ziffer 2 *b*) der Resolution 34/65 D, in Ziffer 3 der Resolution 36/120 B, in Ziffer 3 der Resolution 38/58 B, in Ziffer 3 der Resolution 40/96 B und in Ziffer 2 der Resolution 42/66 B im einzelnen angeführten Aufgaben weiterhin wahrnimmt;

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem* sicherzustellen, daß die Hauptabteilung Presse und Information und andere Stellen des Sekretariats die Abteilung für die Rechte der Palästinenser bei der Erfüllung ihrer Aufgaben weiter unterstützen und über die verschiedenen Aspekte der Palästinafrage angemessen berichten;

4. *bittet* alle Regierungen und Organisationen, den Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und die Abteilung für die Rechte der Palästinenser bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen;

5. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur alljährlichen Begehung des Internationalen Tages der Solidarität mit dem palästinensischen Volk am 29. November.

37. Plenarsitzung
26. Oktober 1989

C

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes[105],

insbesondere *Kenntnis nehmend* von den in Ziffer 94 bis 109 dieses Berichts enthaltenen Informationen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 43/175 C, 43/176 und 43/177 vom 15. Dezember 1988,

davon *überzeugt*, daß die weltweite Verbreitung genauer und ausführlicher Informationen sowie die Rolle der nichtstaatlichen Organisationen und Institutionen nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die bessere Kenntnis und die stärkere Unterstützung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und auf Errichtung eines unabhängigen souveränen palästinensischen Staates ist,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den Maßnahmen, welche die Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information in Befolgung der Generalversammlungsresolution 43/175 C getroffen hat;

2. *ersucht* die Hauptabteilung Presse und Information, in voller Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes ihr besonderes Informationsprogramm über die Palästinafrage mit spezieller Ausrichtung auf die öffentliche Meinung in Europa und Nordamerika im Zweijahreszeitraum 1990-1991 fortzusetzen und vor allem

a) Informationen über alle die Palästinafrage betreffenden Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen zu verbreiten, einschließlich der Berichte über die von den zuständigen Organen der Vereinten Nationen geleistete Arbeit;

b) auch weiterhin Publikationen über die verschiedenen Aspekte der Palästinafrage herauszugeben und auf den neuesten Stand zu bringen, darunter auch über die von den zuständigen Organen der Vereinten Nationen gemeldeten Verstöße Israels gegen die Menschenrechte der arabischen Bewohner der besetzten Gebiete;

c) mehr audiovisuelles Material über die Palästinafrage zu produzieren, insbesondere auch spezielle Rundfunk- und Fernsehserien;

d) für Journalisten Erkundungsreisen in die Region zu veranstalten;

e) regionale und nationale Journalistentreffen zu organisieren.

76. Plenarsitzung
6. Dezember 1989

44/42 — Palästinafrage

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 16. November 1989[102],

nach Anhörung der vom Vorsitzenden der Beobachterdelegation Palästinas am 29. November 1989 abgegebenen Erklärung[107],

betonend, daß die Herbeiführung einer umfassenden Beilegung des Nahostkonflikts, in dessen Mittelpunkt die Palästinafrage steht, einen bedeutenden Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit darstellen wird,

[107] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Plenary Meetings*, 67. Sitzung (A/44/PV.67).

im Bewußtsein der überwältigenden Unterstützung für die Einberufung der Internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten,

mit Dank Kenntnis nehmend von den Bemühungen des Generalsekretärs um die Einberufung der Konferenz,

besorgt über die immer ernstere Situation in dem besetzten palästinensischen Gebiet infolge der beharrlichen Politiken und Praktiken der Besatzungsmacht Israel und über das weitere Ausbleiben von Fortschritten bei der Herbeiführung von Frieden im Nahen Osten,

im Bewußtsein des seit dem 9. Dezember 1987 andauernden Aufstands ("Intifadah") des palästinensischen Volkes, der zum Ziel hat, die israelische Besetzung des seit 1967 besetzten palästinensischen Gebietes zu beenden,

1. *bekräftigt* die dringende Notwendigkeit, eine gerechte und umfassende Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts herbeizuführen, in dessen Mittelpunkt die Palästinafrage steht;

2. *fordert erneut* die Einberufung der Internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und unter Mitwirkung aller Konfliktparteien, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation, auf gleichberechtigter Grundlage, wie auch der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, auf der Grundlage der Sicherheitsratsresolutionen 242 (1967) vom 22. November 1967 und 338 (1973) vom 22. Oktober 1973 sowie der legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, allen voran des Rechts auf Selbstbestimmung;

3. *bekräftigt* die folgenden Grundsätze für die Herbeiführung eines umfassenden Friedens:

a) Rückzug Israels aus dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und aus den anderen besetzten arabischen Gebieten;

b) Garantien für Regelungen zur Gewährleistung der Sicherheit aller Staaten der Region, einschließlich der in Resolution 181 (II) vom 29. November 1947 genannten, innerhalb sicherer und international anerkannter Grenzen;

c) Lösung des Problems der Palästinaflüchtlinge in Übereinstimmung mit Generalversammlungsresolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 und den späteren einschlägigen Resolutionen;

d) Abbruch der israelischen Siedlungen in den seit 1967 besetzten Gebieten;

e) Gewährleistung des freien Zugangs zu den Heiligen Stätten und zu religiösen Gebäuden und Orten;

4. *nimmt Kenntnis* von dem zum Ausdruck gebrachten Wunsch und den Bestrebungen, das seit 1967 besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Jerusalems, für einen begrenzten Zeitraum und als Teil des Friedensprozesses unter die Aufsicht der Vereinten Nationen zu stellen;

5. *bittet* den Sicherheitsrat *erneut*, sich mit den erforderlichen Maßnahmen zur Einberufung der Internationalen Friedenskonferenz über den Nahen Osten, so auch mit der Einsetzung eines Vorbereitungsausschusses, zu befassen und über Garantien für Sicherheitsmaßnahmen zu beraten, die von der Konferenz für alle Staaten der Region vereinbart werden;

6. *ersucht* den Generalsekretär, die Bemühungen fortzusetzen, die er mit den betroffenen Parteien und im Benehmen mit dem Sicherheitsrat unternimmt, um die Einberufung der Konferenz zu ermöglichen, und Sachstandsberichte über die Entwicklung dieser Angelegenheit vorzulegen.

76. Plenarsitzung
6. Dezember 1989

44/43 – Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 betreffend militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua: Notwendigkeit der unverzüglichen Befolgung des Urteils

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 530 (1983) vom 19. Mai 1983 und 562 (1985) vom 10. Mai 1985 sowie auf die Generalversammlungsresolutionen 41/31 vom 3. November 1986, 42/18 vom 12. November 1987 und 43/11 vom 25. Oktober 1988,

in dem Bewußtsein, daß nach der Charta der Vereinten Nationen der Internationale Gerichtshof das Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen ist und daß sich jedes Mitglied verpflichtet, bei jeder Streitigkeit, in der es Partei ist, die Entscheidung des Gerichtshofs zu befolgen,

in Anbetracht dessen, daß es in Artikel 36 Absatz 6 des Statuts des Gerichtshofs heißt: "Wird die Zuständigkeit des Gerichtshofs bestritten, so entscheidet dieser,"

unter Hinweis auf das Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 in der Sache "Militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua"[108],

nach Behandlung der seit dem Erlaß des genannten Urteils in Nicaragua stattgefundenen und gegen Nicaragua gerichteten Ereignisse, insbesondere der weiteren Finanzierung militärischer und anderer Aktivitäten in und gegen Nicaragua durch die Vereinigten Staaten von Amerika,

betonend, daß die Staaten nach dem Völkergewohnheitsrecht verpflichtet sind, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen,

1. *verlangt erneut nachdrücklich* die uneingeschränkte und sofortige Befolgung des vom Internationalen Gerichtshof am 27. Juni 1986 in der Sache "Militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua" erlassenen Urteils im Einklang mit den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution unterrichtet zu halten;

3. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 betreffend militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua: Notwendigkeit der unverzüglichen Befolgung des Urteils" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

77. Plenarsitzung
7. Dezember 1989

[108] Militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua (Nicaragua v. Vereinigte Staaten von Amerika), Hauptsache, Urteil, *I.C.J. Reports 1986*, S. 14.

44/100 — Aktivitätenprogramm zur Begehung des dreißigsten Jahrestages der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des entsprechenden Kapitels im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[109],

in Anbetracht dessen, daß 1990 der dreißigste Jahrestag der Erklärung der Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker begangen wird[110],

betonend, wie wichtig diese Gelegenheit ist, um die während dieses Zeitraums erzielten Fortschritte beim Entkolonialisierungsprozeß, insbesondere bei der Verwirklichung der Erklärung in den letzten dreißig Jahren, sowie die diesbezügliche Rolle der Vereinten Nationen und ihres Systems von Organisationen zu evaluieren und um konkrete Maßnahmen für die Beseitigung aller Überreste des Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen in verschiedenen Teilen der Welt auszuarbeiten,

1. *billigt* das entsprechende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und genehmigt das in der Anlage zu dieser Resolution enthaltene Aktivitätenprogramm zur Begehung des dreißigsten Jahrestages der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

2. *empfiehlt* das Programm allen Staaten, den betreffenden Organen der Vereinten Nationen, den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und den auf dem Gebiet der Entkolonialisierung tätigen nichtstaatlichen Organisationen zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Durchführung dieser Resolution behilflich zu sein und vor allen Dingen ausreichende Ressourcen für die Durchführung der im Programm vorgesehenen Maßnahmen verfügbar zu machen;

4. *ersucht* den Sonderausschuß, die Verwirklichung des Programms genau zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

ANLAGE

Aktivitätenprogramm zur Begehung des dreissigsten Jahrestages der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker

1. Die Begehung des dreißigsten Jahrestages der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[110] wäre eine geeignete Gelegenheit, die im Laufe der letzten dreißig Jahre erzielten Fortschritte bei der Verwirklichung der Erklärung sowie die diesbezügliche Rolle der Vereinten Nationen und ihres Systems von Organisationen zu evaluieren. Im Lichte der Generalversammlungsresolution 43/47 vom 22. November 1988 über die Internationale Dekade für die Beseitigung des Kolonialismus würde sich dabei außerdem die Gelegenheit bieten, konkrete Maßnahmen für die Beseitigung aller Überreste des Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen in verschiedenen Teilen der Welt auszuarbeiten. Zu diesem Zweck ist das folgende Sonderaktivitätenprogramm vorgesehen.

A. Aktivitäten auf internationaler Ebene

Gedenksitzung der Generalversammlung

2. Die Generalversammlung wird eine besondere Gedenksitzung zur Begehung des dreißigsten Jahrestages der Erklärung abhalten, wobei die spezifischen Modalitäten und Verfahren dieser Gedenkveranstaltung (Anerkennung der Beiträge von Einzelpersonen) Gegenstand späterer Konsultationen zwischen dem Präsidenten der Generalversammlung und dem Vorsitzenden des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sein werden.

a) Die Tagung wird Anfang Oktober 1990 abgehalten, wenn eine Reihe von Staats- und Regierungschefs am Amtssitz der Vereinten Nationen anwesend sind.

b) Der Präsident der Generalversammlung, der Generalsekretär, der Vorsitzende des Sonderausschusses und der Vorsitzende des Sonderausschusses gegen Apartheid sowie Vertreter der Regionalgruppen könnten Erklärungen abgeben.

Verabschiedung einer Gedenkerklärung durch die Generalversammlung

3. Der Sonderausschuß wird den Entwurf einer Gedenkerklärung erstellen, die der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorgelegt werden soll. Die Erklärung sollte nicht nur das in den letzten dreißig Jahren Erreichte hervorheben, sondern auch den Aktionsplan für die Internationale Dekade zur Beseitigung des Kolonialismus berücksichtigen, der der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unterbreitet werden soll[111].

Veranstaltung von Seminaren durch den Sonderausschuß

Regionale Seminare

4. Der Sonderausschuß wird im Jahre 1990 zwei regionale Seminare zum Thema Entkolonialisierung abhalten.

5. Diese Seminare würden den Teilnehmern eine geeignete Gelegenheit bieten, über die spezifischen Anliegen und Probleme der kleinen abhängigen Inseln nachzudenken. In diesem Zusammenhang könnten die folgenden Themen in Erwägung gezogen werden:

a) Selbstbestimmung und sozioökonomische Entwicklung: die kleinen Inseln;

b) bessere Bekanntmachung der Möglichkeiten betreffend den künftigen politischen Status;

c) Kolonialismus und rassische Diskriminierung;

d) Selbstbestimmung: die Sachzwänge, denen sich kleine Gebiete gegenübersehen — Aussichten und Herausforderungen für die Zukunft;

[109] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. II.
[110] Resolution 1514 (XV).
[111] Siehe Abschnitt X.B.1, Beschluß 44/429.

e) Selbstbestimmung und regionale Integration kleiner Inseln;

f) Vor- und Nachteile ausländischer Wirtschaftsinteressen beziehungsweise Wirtschaftsaktivitäten in den kleinen Gebieten: die Auffassungen der jeweiligen Bevölkerung;

g) Folgen der militärischen Nutzung kleiner Inseln;

h) Umweltprobleme, von denen kleine Inseln betroffen sind;

i) Schutz des Bodens zugunsten der Inselbevölkerungen und Gefahren einer Ausbeutung durch Ausländer;

j) Schutz der natürlichen Ressourcen, insbesondere der Meeresressourcen, zugunsten der Bevölkerung kleiner Inseln und Gebiete.

6. Die vom Sekretariat für die Tagung 1990 des Sonderausschusses über bestimmte Gebiete erstellten Arbeitspapiere könnten als Diskussionsgrundlage dienen. Außerdem werden die Teilnehmer gebeten, Monographien über die vorgenannten Themen vorzulegen.

7. Die Seminare werden in der karibischen Region und in der asiatisch-pazifischen Region zu einer geeigneten Zeit vor der für Juli/August 1990 anberaumten Tagung des Sonderausschusses abgehalten.

8. An den Seminaren können teilnehmen:

a) bis zu fünf Mitglieder des Sonderauschusses, je eines aus jeder Region;

b) der Vertreter des Generalsekretärs;

c) der Vorsitzende des Sonderausschusses gegen Apartheid;

d) Vertreter der Gastregierung;

e) Vertreter der Verwaltungsmächte;

f) Vertreter der Sonderorganisationen und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen;

g) Vertreter der Gebiete ohne Selbstregierung in der jeweiligen Region — mindestens einer pro Gebiet — sollten zur Teilnahme an diesen Seminaren eingeladen werden (die Modalitäten für ihre Teilnahme sind im Benehmen mit der jeweiligen Verwaltungsmacht festzulegen);

h) bis zu 30 Vertreter der in der Region angesiedelten nichtstaatlichen Organisationen;

i) bis zu drei führende Persönlichkeiten auf dem Gebiet der Entkolonialisierung.

Seminar am Amtssitz der Vereinten Nationen

9. Der Sonderausschuß wird in enger Absprache mit der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information am Amtssitz der Vereinten Nationen ein Seminar über die Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung veranstalten. Zu den Teilnehmern könnten bei den Vereinten Nationen akkreditierte Journalisten und Vertreter von nichtstaatlichen Organisationen, Universitäten und anderen Bildungs- und Forschungsinstitutionen u.ä. gehören.

Aktivitäten der Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, anderer internationaler Organisationen und der in Betracht kommenden nichtstaatlichen Organisationen

10. Die in Betracht kommenden Organisationen werden gebeten, im Laufe des Jahres 1990 verschiedene Aktivitäten zur Begehung des Jahrestages durchzuführen. Teil dieser Aktivitäten könnte die Ausarbeitung besonderer Veröffentlichungen und Studien und die Veranstaltung von Ausstellungen, Seminaren und Symposien sein. Eine Darstellung der Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Entkolonialisierung würde den Beitrag dieser Organisationen zu dem in Gang befindlichen Entkolonialisierungsprozeß besonders hervorheben.

11. An die in Betracht kommenden Organisationen ergeht die Bitte, konkrete Programme zur Unterstützung der in Kolonialgebieten lebenden Völker aufzustellen.

Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung

12. Der Generalsekretär wird gebeten, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die Lage in den jeweiligen Territorien und die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entkolonialisierung einer breiteren Öffentlichkeit besser bekannt zu machen. Insbesondere sollten die Hauptabteilung Presse und Information und die Hauptabteilung für politische Fragen, regionale Zusammenarbeit, Entkolonialisierung und Treuhandschaft im Benehmen mit dem Sonderausschuß

a) besondere Veröffentlichungen vorbereiten, die dem dreißigsten Jahrestag der Erklärung gewidmet sind, so auch Sonderausgaben der Reihe *Decolonization* und der Zeitschrift *Objective: Justice*;

b) öffentliche Vorführungen von Filmen über den Entkolonialisierungsprozeß veranstalten;

c) audiovisuelles Material über die Entkolonialisierung herstellen und an nationale Rundfunk- und Fernsehstationen verteilen;

d) sowohl am Amtssitz der Vereinten Nationen als auch in den verschiedenen Informationszentren der Vereinten Nationen Bild- und Publikationsausstellungen zur Entkolonialisierung veranstalten;

e) für nichtstaatliche Organisationen und andere interessierte Gruppen eigene Informationstreffen zum Thema Entkolonialisierung abhalten.

Sonstige Aktivitäten

13. Der Jahrestag wird unter dem Motto "Vollständige Entkolonialisierung bis zum Jahre 2000" stehen.

14. Der Generalsekretär wird gebeten, auf dem Weg über die Postverwaltung der Vereinten Nationen zu veranlassen, daß anläßlich des dreißigsten Jahrestages der Erklärung ein Sonderstempel herausgegeben wird.

B. Aktivitäten auf regionaler Ebene

15. Die zwischenstaatlichen regionalen Organisationen werden gebeten, durch verstärkte Aktivitäten mitzuhelfen, die letzten Erscheinungsformen des Kolonialismus zu beseitigen, und zu diesem Zweck stärker untereinander zusammenzuarbeiten. Außerdem werden sie ermutigt, Gedenksitzungen und Seminare abzuhalten, Sonderstudien über verschiedene Aspekte von Kolonialfragen zu erstellen und Maßnahmen zu treffen, um die betreffenden Völker moralisch und materiell stärker zu unterstützen.

C. Aktivitäten auf nationaler Ebene

16. Staats- und Regierungschefs, hochrangige Beamte und Vertreter politischer Bewegungen, reli-

giöser Organisationen, Gewerkschaften und sonstiger einzelstaatlicher Organisationen werden aufgefordert, Sonderbotschaften anläßlich des Jahrestages herauszugeben.

17. Die Regierungen könnten eingeladen werden, in Zusammenarbeit mit den Vereinigungen für die Vereinten Nationen in den einzelnen Staaten Nationalkomitees zur Begehung des Jahrestages einzusetzen, mit dem Auftrag, die verschiedenen Aktivitäten zu planen und zu koordinieren, die im Jahre 1990 durchgeführt werden sollen, wie beispielsweise die bessere Bekanntmachung der Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entkolonialisierung durch Veröffentlichungen, Bildungsprogramme an Schulen und Universitäten, Sonderstudien, Seminare und Rundfunk- und Fernsehprogramme, so auch die möglichst weite Verbreitung der Erklärung und der verschiedenen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zur Entkolonialisierung in den jeweiligen Landessprachen, und durch die Herausgabe einer Gedenkbriefmarke und dergleichen mehr.

18. Bei der Durchführung der oben genannten Aktivitäten sollte den verschiedenen Erscheinungsformen des Kolonialismus, so auch der rassischen Diskriminierung und Apartheid, besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

44/101 — Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[112],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970 mit dem Aktionsprogramm für die vollständige Verwirklichung der Erklärung, 35/118 vom 11. Dezember 1980, deren Anlage den Aktionsplan für die vollständige Verwirklichung der Erklärung enthält, sowie 40/56 vom 2. Dezember 1985 über den fünfundzwanzigsten Jahrestag der Erklärung,

sowie unter Hinweis auf alle ihre früheren Resolutionen betreffend die Verwirklichung der Erklärung, insbesondere die Resolution 43/45 vom 22. November 1988, sowie auf die entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats,

sich zutiefst der dringenden Notwendigkeit *bewußt*, alle erforderlichen Maßnahmen zur sofortigen Beseitigung der letzten Überreste des Kolonialismus zu ergreifen, und in dieser Hinsicht unter Hinweis auf ihre Resolution 43/47 vom 22. November 1988,

ihre Überzeugung wiederholend, daß die restlose Ausmerzung der rassischen Diskriminierung, der Apartheid und der Verstöße gegen die grundlegenden Menschenrechte der Völker der Kolonialgebiete am schnellsten durch die gewissenhafte und vollständige Verwirklichung der Erklärung erreicht wird,

in dem Bewußtsein, daß der Erfolg nationaler Befreiungskämpfe und die sich daraus ergebende internationale Situation der internationalen Gemeinschaft eine einzigartige Gelegenheit bieten, entscheidend zur vollständigen Beseitigung des Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen in Afrika beizutragen,

mit Genugtuung über den erfolgreichen Abschluß der Wahlen in Namibia unter der Aufsicht und der Kontrolle der Vereinten Nationen und die Einsetzung einer verfassunggebenden Versammlung als Verkörperung des souveränen Willens des Volkes von Namibia und in dieser Hinsicht der Hoffnung Ausdruck gebend, daß Namibia bald ein unabhängiger Staat sein wird,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von der Arbeit des Sonderausschusses zur Gewährleistung der wirksamen und vollständigen Durchführung der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung und entsprechender anderer Resolutionen der Vereinten Nationen,

sowie mit Genugtuung Kenntnis nehmend von der Mitarbeit und aktiven Beteiligung der betreffenden Verwaltungsmächte an der entsprechenden Arbeit des Sonderausschusses und von ihrer anhaltenden Bereitschaft, in den ihrer Verwaltung unterstehenden Gebieten Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen zu empfangen,

betonend, wie wichtig es ist, daß sich die Verwaltungsmächte an der Arbeit des Sonderausschusses beteiligen, und mit Besorgnis feststellend, daß sich die Nichtbeteiligung bestimmter Verwaltungsmächte nachteilig auf die Arbeit des Sonderausschusses ausgewirkt hat, da diesem eine wichtige Informationsquelle über die Gebiete entzogen wird, die ihrer Verwaltung unterstehen,

sich klar bewußt, daß die vor kurzem unabhängig gewordenen und die kurz vor der Unabhängigkeit stehenden Staaten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sowie auf anderen Gebieten dringend die Hilfe der Vereinten Nationen und ihres Systems von Organisationen benötigen,

in Anbetracht dessen, daß im Jahr 1990 der dreißigste Jahrestag der Verabschiedung der Erklärung begangen wird,

1. *bekräftigt* ihre Resolution 1514 (XV) sowie alle anderen Resolutionen zur Entkolonialisierung und fordert die Verwaltungsmächte gemäß diesen Resolutionen auf, alles Erforderliche zu tun, um den abhängigen Völkern der betreffenden Gebiete ohne weitere Verzögerung die volle Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu ermöglichen;

2. *stellt erneut fest*, daß das Fortbestehen des Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen — wie u.a. Rassismus, Apartheid, alle Aktivitäten fremder Wirtschafts- und sonstiger Interessen, die im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen und zur Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker stehen, sowie Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts und der grundlegenden Menschenrechte der Völker der Kolonialgebiete und die Aufrechterhaltung von Politiken und Praktiken zur Unterdrückung rechtmäßiger nationaler Befreiungsbewegungen — unvereinbar mit der Charta, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[100] und der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker ist und eine schwere Be-

[112] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23).

drohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt;

3. *bekräftigt ihre Entschlossenheit*, alles zu tun, was für eine vollständige und rasche Ausmerzung des Kolonialismus und die gewissenhafte und strikte Einhaltung der entsprechenden Bestimmungen der Charta, der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und der Leitprinzipien der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch alle Staaten erforderlich ist;

4. *erklärt abermals*, daß sie die Rechtmäßigkeit des Kampfes der unter Kolonial- und Fremdherrschaft stehenden Völker um die Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit mit allen erforderlichen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln anerkennt;

5. *billigt* den Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für das Jahr 1989 mit dem Arbeitsprogramm für 1990[113];

6. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Verwaltungsmächte, sowie die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs den Empfehlungen Wirkung zu verleihen, die im Bericht des Sonderausschusses enthalten sind und die zügige Verwirklichung der Erklärung in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) und entsprechender anderer Resolutionen der Vereinten Nationen betreffen;

7. *verurteilt* die Aktivitäten fremder Wirtschafts- und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung in bezug auf die Kolonialgebiete behindern;

8. *verurteilt nachdrücklich* jede Kollaboration mit der Regierung Südafrikas, vor allem auf nuklearem und militärischem Gebiet, und fordert die betreffenden Staaten auf, jede derartige Kollaboration umgehend einzustellen;

9. *fordert* die Kolonialmächte *auf*, ihre Militärstützpunkte und -anlagen unverzüglich und bedingungslos aus den Kolonialgebieten abzuziehen, keine neuen zu errichten und diese Gebiete nicht in irgendwelche Angriffshandlungen gegen andere Staaten beziehungsweise in Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Staaten hineinzuziehen;

10. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, dem Volk von Namibia unmittelbar oder durch Tätigwerden in den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowohl während der Übergangszeit als auch nach der Unabhängigkeit jede moralische und materielle Hilfe zu gewähren, und ersucht die Verwaltungsmächte bezüglich der anderen Gebiete, im Benehmen mit den Regierungen der ihrer Verwaltung unterstehenden Gebiete Schritte zu unternehmen, um jede erdenkliche Hilfe bilateraler und multilateraler Art zur Stärkung der Volkswirtschaft dieser Gebiete in Anspruch zu nehmen und effektiv zu nutzen;

11. *ersucht* den Sonderausschuß, weiter nach geeigneten Mitteln zu suchen, um die unverzügliche und vollständige Durchführung der Generalversammlungsresolution 1514 (XV) in allen Gebieten zu erreichen, die noch nicht die Unabhängigkeit erlangt haben, und insbesondere

a) spezifische Vorschläge für die Beseitigung der verbleibenden Überreste des Kolonialismus auszuarbeiten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

b) konkrete Vorschläge zu machen, die dem Sicherheitsrat dabei helfen könnten, bei Entwicklungen in den Kolonialgebieten, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohen könnten, geeignete Maßnahmen aufgrund der Charta in Erwägung zu ziehen;

c) die Einhaltung von Resolution 1514 (XV) sowie entsprechender anderer Resolutionen zur Entkolonialisierung durch die Mitgliedstaaten weiter zu prüfen;

d) den kleinen Territorien weiter besondere Aufmerksamkeit zu widmen, insbesondere durch die Entsendung von Besuchsdelegationen in diese Gebiete, wann immer der Sonderausschuß dies für angebracht hält, und der Generalversammlung die Schritte zu empfehlen, die am besten dazu geeignet sind, die Bevölkerung dieser Gebiete in die Lage zu versetzen, ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wahrzunehmen;

e) alles Erforderliche zu tun, um sich für die Verwirklichung der Ziele der Erklärung und für die Durchführung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen weltweiter Unterstützung seitens der Regierungen und seitens der besonders mit der Entkolonialisierung befaßten nationalen und internationalen Organisationen zu versichern;

12. *fordert* die Verwaltungsmächte *auf*, den Sonderausschuß auch künftig bei der Erfüllung seines Mandats zu unterstützen und die Einreise von Besuchsdelegationen in die Gebiete zu gestatten, damit sich diese Informationen aus erster Hand verschaffen und die Wünsche und Bestrebungen der Einwohner in Erfahrung bringen können, und bittet nachdrücklich insbesondere diejenigen Verwaltungsmächte, die sich nicht an der Arbeit des Sonderausschusses beteiligen, dies bei der Tagung 1990 zu tun;

13. *ersucht* den Generalsekretär und die Sonderorganisationen sowie die anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, den vor kurzem unabhängig gewordenen und den kurz vor der Unabhängigkeit stehenden Staaten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sowie auf anderen Gebieten jetzt und in Zukunft jede erdenkliche Hilfe zu gewähren;

14. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sonderausschuß alle Einrichtungen und Dienste zur Verfügung zu stellen, die für die Durchführung dieser Resolution sowie der verschiedenen die Entkolonialisierung betreffenden Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung und des Sonderausschusses erforderlich sind.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/102 – Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Kapitels im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, das die Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung und die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Verein-

[113] Ebd., Kap. I, Abschnitt K.

ten Nationen auf dem Gebiet der Entkolonialisierung betrifft[114],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zur Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung, insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/46 vom 22. November 1988,

unter erneutem Hinweis auf die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit als Instrument zur Förderung der Ziele und des Zwecks der Erklärung sowie eingedenk dessen, daß auch weiterhin dringend alles getan werden muß, um die Weltöffentlichkeit mit allen Aspekten des Problems der Entkolonialisierung bekannt zu machen und so die Völker der Kolonialgebiete bei der Erringung der Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit wirksam zu unterstützen,

mit tiefer Sorge Kenntnis nehmend von den Zensurmaßnahmen, die das rassistische Regime Südafrikas den lokalen und internationalen Medien in bezug auf die Politiken und Praktiken der Apartheid auferlegt hat,

in Kenntnis der immer wichtigeren Rolle einer Reihe von nichtstaatlichen Organisationen, die ein besonderes Interesse an der Entkolonialisierung haben, bei der weiten Verbreitung einschlägiger Informationen und mit Genugtuung darüber, daß sich der Sonderausschuß intensiver um die entsprechende Unterstützung dieser Organisationen bemüht,

1. *billigt* das im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker enthaltene Kapitel betreffend die Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung und die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entkolonialisierung[114];

2. *ist der Auffassung*, daß es den Vereinten Nationen obliegt, auch weiterhin eine aktive Rolle im Prozeß der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu spielen und ihre Bemühungen um eine möglichst weite Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung zu intensivieren, mit dem Ziel, die internationale öffentliche Meinung stärker für die vollständige Entkolonialisierung zu mobilisieren;

3. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der Anregungen des Sonderausschusses auch weiterhin durch konkrete Maßnahmen über alle ihm zur Verfügung stehenden Medien, so u.a. Presse, Funk und Fernsehen, dafür zu sorgen, daß die Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entkolonialisierung kontinuierlich der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht wird, und u.a.

a) in Absprache mit dem Sonderausschuß weiterhin grundlegende Daten, Studien und Artikel über Probleme der Entkolonialisierung sammeln, ausarbeiten und verbreiten zu lassen und insbesondere die Zeitschrift *Objective: Justice* (Ziel: Gerechtigkeit) sowie andere Publikationen, Sonderartikel und Studien, so auch die Reihe *Decolonization* (Entkolonialisierung), weiter zu veröffentlichen und daraus geeignetes Material zur weiteren Verbreitung durch Nachdrucke in verschiedenen Sprachen auszuwählen;

b) sich bei der Erfüllung der vorgenannten Aufgaben um die volle Mitwirkung der betreffenden Verwaltungsmächte zu bemühen;

c) die Aktivitäten aller Informationszentren der Vereinten Nationen zu verstärken;

d) durch regelmäßige Konsultationen und systematischen Austausch einschlägiger Informationen enge Arbeitsbeziehungen zur Organisation der afrikanischen Einheit zu unterhalten;

e) in enger Zusammenarbeit mit den Informationszentren der Vereinten Nationen die Unterstützung von besonders an der Entkolonialisierung interessierten nichtstaatlichen Organisationen bei der Verbreitung der entsprechenden Informationen zu gewinnen;

f) über alle Sitzungen des Sonderausschusses und seiner Nebenorgane auch künftig in Pressemitteilungen umfassend zu berichten;

g) die Verfügbarkeit der zu diesem Zweck erforderlichen Einrichtungen und Dienste sicherzustellen;

h) dem Sonderausschuß über die zur Durchführung dieser Resolution ergriffenen Maßnahmen zu berichten;

4. *ersucht* alle Staaten, insbesondere die Verwaltungsmächte, die Sonderorganisationen und die anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die besonders an der Entkolonialisierung interessierten nichtstaatlichen Organisationen, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs die umfassende Verbreitung der in Ziffer 2 genannten Informationen zu veranlassen beziehungsweise zu intensivieren;

5. *ersucht* den Sonderausschuß, die Durchführung dieser Resolution zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/103 — Neugliederung und Neubelebung der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/197 vom 20. Dezember 1977, 41/213 vom 19. Dezember 1986, 42/170 vom 11. Dezember 1987, 43/174 vom 9. Dezember 1988 und 43/213 vom 21. Dezember 1988 sowie auf ihren Beschluß 43/432 vom 20. Dezember 1988,

sowie unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1988/77 vom 29. Juli 1988 über die Neubelebung des Rates und sich der Ratsresolution 1989/114 vom 28. Juli 1989 über weitere Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung anschließend,

in dem Wunsche, die Rolle und Effektivität der Vereinten Nationen als Ganzes durch verbesserte multilaterale Zusammenarbeit im Wirtschafts- und Sozialbereich und auf damit zusammenhängenden Gebieten im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen weiter zu stärken,

erneut erklärend, daß die Mitgliedstaaten ihren in der Charta festgelegten finanziellen Verpflichtungen prompt und vollständig nachzukommen haben, und betonend,

[114] Ebd., Kap. III.

daß die finanzielle Stabilität der Organisation ihre Effizienz im Wirtschafts- und Sozialbereich und auf damit zusammenhängenden Gebieten erleichtern wird,

unter Betonung der Notwendigkeit eines wirksameren und effizienteren Funktionierens des zwischenstaatlichen Apparats der Vereinten Nationen und seiner administrativen Unterstützungsstrukturen im Wirtschafts- und Sozialbereich und auf damit zusammenhängenden Gebieten, mit dem Ziel, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken und die Bemühungen um die Förderung der Entwicklung der Entwicklungsländer zu unterstützen,

erklärend, daß das Ziel der Neugliederung und Neubelebung der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich nicht darin besteht, finanzielle Einsparungen zu erzielen, sondern die wirksame und effiziente Nutzung der Ressourcen zur Unterstützung der von den Mitgliedstaaten festgelegten Einzelziele sicherzustellen,

sich der neuen Anforderungen *bewußt*, die sich im Wirtschafts- und Sozialbereich und auf damit zusammenhängenden Gebieten aufgrund der für Anfang der neunziger Jahre anberaumten großen zwischenstaatlichen Beratungen wahrscheinlich ergeben werden, sowie der sich daraus ableitenden Notwendigkeit, das zwischenstaatliche System diesen Anforderungen anzupassen,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Zusammenarbeit und die Verständigung zwischen den Vereinten Nationen und den anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen insgesamt gestärkt werden müssen, um die Generalversammlung und den Wirtschafts- und Sozialrat in die Lage zu versetzen, ihren Verantwortlichkeiten für die Förderung der internationalen wirtschaftlichen und sozialen Zusammenarbeit im Einklang mit den entsprechenden Artikeln der Charta nachzukommen,

in Bekräftigung der dem Wirtschafts- und Sozialrat zugewiesenen zentralen Rolle bei der Koordinierung der Aktivitäten der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen gemäß Artikel 63 der Charta,

im Bewußtsein der besonderen Aufgaben, die dem Wirtschafts- und Sozialrat in den Kapiteln IX und X der Charta zugewiesen werden,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß seitens der Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Entschlossenheit und politischer Unterstützung notwendig sein wird, um die zur Verbesserung der Arbeitsweise des zwischenstaatlichen Systems im Wirtschafts- und Sozialbereich vereinbarten Maßnahmen effektiv umzusetzen und tatsächlich zu verwirklichen,

1. *unterstreicht* das gemeinsame Interesse aller Länder an einem wirksamen Funktionieren der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich, das es diesen ermöglicht, nicht nur besser auf aktuelle Fragenkomplexe, sondern auch auf sich neu abzeichnende Probleme und Fragenkomplexe einzugehen, insbesondere soweit diese die Entwicklung der Entwicklungsländer betreffen;

2. *nimmt Kenntnis* von der Mitteilung des Generalsekretärs zur Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen[115] und von der darin zum Ausdruck gebrachten Auffassung, daß er mehr Zeit benötigt, um der Versammlung den in Resolution 43/174 erbetenen detaillierten Bericht vorzulegen;

3. *beschließt*, die administrative und finanzielle Effizienz der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich und auf damit zusammenhängenden Gebieten, einschließlich der administrativen Unterstützungsstrukturen, zu überprüfen und dabei die für Anfang der neunziger Jahre anberaumten großen zwischenstaatlichen Konferenzen zu berücksichtigen, so auch die Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen, die Sondertagung der Versammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Entwicklungsländer, die Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder, die achte Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen und die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung sowie die Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen;

4. *betont* die Notwendigkeit der vollständigen Durchführung der Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1988/77 und 1989/114, so auch der Bestimmungen betreffend die administrativen Unterstützungsstrukturen des Rates, und ersucht den Generalsekretär, dem Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht über die Durchführung dieser Resolutionen vorzulegen, damit der Rat die Frage auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 prüfen kann;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Anschlußmaßnahmen und die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

6. *beschließt*, diese Frage auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung erneut zu prüfen.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/168 – Internationale Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Angolas

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Punktes "Internationale Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Angolas",

mit großer Sorge angesichts der gravierenden Folgen der von Südafrika begangenen Angriffs- und Destabilisierungshandlungen, die sich nachteilig auf die Wirtschaft Angolas auswirken,

zutiefst besorgt über das menschliche Leid und die Sachschäden aufgrund der Auswirkungen der von Südafrika begangenen Angriffs- und Destabilisierungshandlungen,

in Anbetracht der Bemühungen, die die Regierung Angolas unternimmt, um durch ein konzertiertes wirtschaftliches und finanzielles Anpassungsprogramm die

[115] A/44/74.

wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu bewältigen, mit denen das Land konfrontiert ist,

sich bewußt, daß die internationale Gemeinschaft Angola bei seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau dringend unterstützen muß,

eingedenk der Sicherheitsratsresolutionen 387 (1976) vom 31. März 1976, 428 (1978) vom 6. Mai 1978, 447 (1979) vom 28. März 1979, 454 (1979) vom 2. November 1979, 475 (1980) vom 27. Juni 1980, 545 (1983) vom 20. Dezember 1983, 546 (1984) vom 6. Januar 1984, 567 (1985) vom 20. Juni 1985, 571 (1985) vom 20. September 1985, 574 (1985) vom 7. Oktober 1985, 577 (1985) vom 6. Dezember 1985, 602 (1987) vom 25. November 1987, 606 (1987) vom 23. Dezember 1987 und 628 (1989) vom 16. Januar 1989, in der der Rat u.a. die internationale Gemeinschaft um Hilfe für Angola ersucht und die Auffassung vertreten hat, daß Angola Anspruch auf angemessenen Schadenersatz für alle erlittenen Sachschäden hat,

1. *versichert* Angola ihrer Solidarität und ihrer Unterstützung bei seinen Bemühungen, die durch die Angriffs- und Destabilisierungshandlungen verursachten schädlichen Auswirkungen zu mindern und die wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu bewältigen;

2. *appelliert* an die internationale Gemeinschaft, die umfangreiche finanzielle, materielle und technische Hilfe zu gewähren, die für den wirschaftlichen Wiederaufbau Angolas erforderlich ist;

3. *ersucht* den Generalsekretär, mit der Regierung Angolas Konsultationen aufzunehmen, mit dem Ziel, den von Angola benötigten Umfang an Unterstützung zu ermitteln, und den Mitgliedstaaten und den entsprechenden Organen der Vereinten Nationen über die Ergebnisse dieser Konsultationen Bericht zu erstatten;

4. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Internationale Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Angolas" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/239 — Humanitäre Notstandshilfe für Rumänien

Die Generalversammlung,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die Todesopfer und die vielen leidbetroffenen Menschen in Rumänien,

in Anbetracht der Notwendigkeit, dem rumänischen Volk humanitäre Notstandshilfe zu gewähren,

bittet nachdrücklich alle Staaten, internationalen Finanzinstitutionen sowie die Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, Rumänien dringend großzügige humanitäre Notstandshilfe zu gewähren.

86. Plenarsitzung
28. Dezember 1989

44/240 — Auswirkungen der militärischen Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika in Panama auf die Situation in Zentralamerika

Die Generalversammlung,

Kenntnis nehmend von den in der Generalversammlung und im Sicherheitsrat zur Invasion Panamas abgegebenen Erklärungen,

in Bekräftigung des souveränen und unveräußerlichen Rechtes Panamas, sein soziales, wirtschaftliches und politisches System frei zu bestimmen und seine internationalen Beziehungen ohne jedwede Form der Intervention, der Einmischung, der Subversion, des Zwanges oder der Bedrohung von außen zu gestalten,

unter Hinweis darauf, daß gemäß Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen alle Mitgliedstaaten gehalten sind, in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen,

in Bekräftigung der Notwendigkeit, Bedingungen wiederherzustellen, die die volle Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten des panamaischen Volkes garantieren,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Besorgnis über die schwerwiegenden Konsequenzen, die die bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika in Panama für den Frieden und die Sicherheit in der zentralamerikanischen Region haben könnte,

1. *mißbilligt entschieden* die Intervention der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika in Panama, die eine flagrante Verletzung des Völkerrechts sowie der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Staaten darstellt;

2. *verlangt* die sofortige Beendigung der Intervention und den Rückzug der Invasionstruppen der Vereinigten Staaten aus Panama;

3. *verlangt außerdem* die volle Achtung und strikte Einhaltung von Geist und Buchstaben der Torrijos-Carter-Verträge;

4. *fordert* alle Staaten *auf*, die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Panamas zu wahren und zu achten;

5. *ersucht* den Generalsekretär, die Entwicklung der Situation in Panama zu überwachen und der Generalversammlung binnen vierundzwanzig Stunden nach Verabschiedung dieser Resolution darüber Bericht zu erstatten.

88. Plenarsitzung
29. Dezember 1989

III. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES ERSTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
44/104	Durchführung der Generalversammlungsresolution 43/62 über die Unterzeichnung und Ratifikation des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) (A/44/771)	49	15. Dezember 1989	63
44/105	Einstellung aller Kernversuchsexplosionen (A/44/772)	50	15. Dezember 1989	63
44/106	Änderung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser (A/44/773)	51	15. Dezember 1989	64
44/107	Dringende Notwendigkeit eines umfassenden Vertrages über das Verbot von Kernversuchen (A/44/774)	52	15. Dezember 1989	65
44/108	Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region (A/44/775)	53	15. Dezember 1989	66
44/109	Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien (A/44/776)	54	15. Dezember 1989	67
44/110	Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen (A/44/778)	56	15. Dezember 1989	68
44/111	Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen (A/44/779)	57	15. Dezember 1989	68
44/112	Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum (A/44/780)	58	15. Dezember 1989	70
44/113	Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas (A/44/781)			
	A. Verwirklichung der Erklärung	59	15. Dezember 1989	72
	B. Nuklearfähigkeit Südafrikas	59	15. Dezember 1989	72
44/114	Reduzierung der Militärhaushalte (A/44/783)			
	A. Reduzierung der Militärhaushalte	61	15. Dezember 1989	74
	B. Militärhaushalte	61	15. Dezember 1989	76
44/115	Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen (A/44/784)			
	A. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	62	15. Dezember 1989	76
	B. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen: Maßnahmen zur Bestätigung der Verbindlichkeit des Genfer Protokolls von 1925 und zur Unterstützung des Abschlusses einer Konvention über chemische Waffen	62	15. Dezember 1989	77
	C. Umsetzung der Empfehlungen der Zweiten Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen	62	15. Dezember 1989	78
44/116	Allgemeine und vollständige Abrüstung (A/44/785 und A/44/L.59)			
	A. Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von radiologischen Waffen	63 *c)*	15. Dezember 1989	79
	B. Bilaterale Kernwaffenverhandlungen	63	15. Dezember 1989	80
	C. Konventionelle Abrüstung	63 *d)*	15. Dezember 1989	80
	D. Nukleare Abrüstung	63 *e)*	15. Dezember 1989	81
	E. Objektive Informationen über militärische Fragen	63 *f)*	15. Dezember 1989	82
	F. Konventionelle Abrüstung	63 *d)*	15. Dezember 1989	83
	G. Durchführung der Abrüstungsresolutionen der Generalversammlung	63 *g)*	15. Dezember 1989	83
	H. Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Rüstungszwecke	63 *i)*	15. Dezember 1989	84
	I. Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und konventionelle Abrüstung in Europa	63	15. Dezember 1989	84
	J. Umstellung militärischer Ressourcen	63	15. Dezember 1989	84
	K. Bilaterale Kernwaffenverhandlungen	63	15. Dezember 1989	85
	L. Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung	63 *b)*	15. Dezember 1989	85
	M. Seerüstung und Abrüstung	63 *f)*	15. Dezember 1989	86

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.2 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
	N. Internationale Waffentransfers	63 *h)*	15. Dezember 1989	86
	O. Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrages über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund	63	15. Dezember 1989	86
	P. Defensive Sicherheitskonzeptionen und Sicherheitspolitiken	63	15. Dezember 1989	87
	Q. Überprüfung der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung: Bericht der Abrüstungskommission	63 *l)*	15. Dezember 1989	88
	R. Verbot der Ablagerung von radioaktiven Abfällen	63 *n)*	15. Dezember 1989	89
	S. Konventionelle Abrüstung auf regionaler Ebene	63 *m)*	15. Dezember 1989	89
	T. Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von radiologischen Waffen	63 *c)*	15. Dezember 1989	90
	U. Beitrag der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit	63	15. Dezember 1989	91
44/117	Überprüfung und Durchführung des Abschließenden Dokuments der zwölften Sondertagung der Generalversammlung (A/44/786)			
	A. Weltabrüstungungskampagne	64 *d)*	15. Dezember 1989	91
	B. Regionale Abrüstung	64 *a)*	15. Dezember 1989	92
	C. Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen	64 *f)*	15. Dezember 1989	93
	D. Einfrieren der Kernwaffen	64 *c)*	15. Dezember 1989	94
	E. Programm der Vereinten Nationen für Stipendien, Ausbildung und Beratungsdienste auf dem Gebiet der Abrüstung	64 *g)*	15. Dezember 1989	94
	F. Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Afrika, Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien und Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden, Abrüstung und Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik	64 *e)*, *h)* und *i)*	15. Dezember 1989	95
44/118	Wissenschaftlich-technische Neuerungen und ihre Auswirkungen auf die internationale Sicherheit (A/44/787)			
	A. Wissenschaftlich-technische Neuerungen und ihre Auswirkungen auf die internationale Sicherheit	65	15. Dezember 1989	96
	B. Wissenschaft und Technik im Dienste der Abrüstung	65	15. Dezember 1989	96
44/119	Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der zehnten Sondertagung der Generalversammlung (A/44/788)			
	A. Umfassendes Abrüstungsprogramm	66 *l)*	15. Dezember 1989	97
	B. Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhütung eines Atomkrieges	66 *g)*	15. Dezember 1989	97
	C. Bericht der Abrüstungskommission	66 *a)*	15. Dezember 1989	98
	D. Bericht der Abrüstungskonferenz	66 *b)*	15. Dezember 1989	100
	E. Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung sowie Verhütung eines Atomkrieges	66 *i)* und *j)*	15. Dezember 1989	100
	F. Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik	66	15. Dezember 1989	101
	G. Abrüstungswoche	66 *k)*	15. Dezember 1989	101
	H. Erklärung der 90er Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade	66 *m)*	15. Dezember 1989	102
44/120	Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone (A/44/789)	67	15. Dezember 1989	103
44/121	Nukleare Rüstung Israels (A/44/790)	68	15. Dezember 1989	104
44/122	Einhaltung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften (A/44/791)	69	15. Dezember 1989	104
44/123	Abrüstungserziehung (A/44/792)	151	15. Dezember 1989	105
44/124	Antarktis-Frage (A/44/819)			
	Resolution A	70	15. Dezember 1989	106
	Resolution B	70	15. Dezember 1989	106
44/125	Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion (A/44/820)	71	15. Dezember 1989	107
44/126	Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit (A/44/821)	72	15. Dezember 1989	109

44/104 – Durchführung der Generalversammlungsresolution 43/62 über die Unterzeichnung und Ratifikation des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2286 (XXII) vom 5. Dezember 1967, 3262 (XXIX) vom 9. Dezember 1974, 3473 (XXX) vom 11. Dezember 1975, 32/76 vom 12. Dezember 1977, S-10/2 vom 30. Juni 1978, 33/58 vom 14. Dezember 1978, 34/71 vom 11. Dezember 1979, 35/143 vom 12. Dezember 1980, 36/83 vom 9. Dezember 1981, 37/71 vom 9. Dezember 1982, 38/61 vom 15. Dezember 1983, 39/51 vom 12. Dezember 1984, 40/79 vom 12. Dezember 1985, 41/45 vom 3. Dezember 1986, 42/25 vom 30. November 1987 und 43/62 vom 7. Dezember 1988 über die Unterzeichnung und Ratifikation des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)[2],

mit Rücksicht darauf, daß es innerhalb des Geltungsbereichs dieses bereits von dreiundzwanzig souveränen Staaten ratifizierten Vertrages einige Gebiete gibt, die zwar selbst keine souveränen politischen Gebilde sind, die aber auf dem Weg über das Zusatzprotokoll I dennoch in den Genuß der Vorteile aus dem Vertrag gelangen können, dessen Vertragspartei die vier für diese Gebiete de jure oder de facto völkerrechtlich verantwortlichen Staaten werden können,

in der Auffassung, daß es nicht fair ist, wenn den Völkern einiger dieser Gebiete diese Vorteile vorenthalten werden, ohne daß sie die Gelegenheit erhalten, ihre Meinung zu dieser Frage zu bekunden,

unter Hinweis darauf, daß drei der Staaten, denen das Zusatzprotokoll I offensteht – das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, das Königreich der Niederlande sowie die Vereinigten Staaten von Amerika –, in den Jahren 1969, 1971 beziehungsweise 1981 Vertragsparteien des Protokolls geworden sind,

1. *bedauert*, daß der am 2. März 1979 erfolgten Unterzeichnung des Zusatzprotokolls I durch Frankreich noch nicht die entsprechende Ratifikation gefolgt ist, obwohl inzwischen bereits einige Zeit vergangen ist und die Generalversammlung Frankreich wiederholte Male dringend darum gebeten hat;

2. *bittet* Frankreich *erneut nachdrücklich*, diese bereits so oft erbetene Ratifikation nicht mehr länger hinauszuzögern, die umso ratsamer erscheint, als Frankreich als einziger der vier Staaten, denen das Protokoll offensteht, noch nicht dessen Vertragspartei geworden ist;

3. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Durchführung der Generalversammlungsresolution 44/104 über die Unterzeichnung und Ratifikation des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

[2] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 634, Nr. 9068.

44/105 – Einstellung aller Kernversuchsexplosionen

Die Generalversammlung,

eingedenk dessen, daß die vollständige Einstellung von Kernwaffenversuchen, die seit über dreißig Jahren geprüft wird und zu der die Generalversammlung mehr als fünfzig Resolutionen verabschiedet hat, eines der Grundziele der Vereinten Nationen im Bereich der Abrüstung ist, dessen Verwirklichung sie mehrfach höchsten Vorrang eingeräumt hat,

hervorhebend, daß sie derartige Versuche bei acht verschiedenen Anlässen mit größtem Nachdruck verurteilt hat und daß sie seit 1974 die Überzeugung zum Ausdruck bringt, daß die Fortsetzung von Kernwaffenversuchen das Wettrüsten intensivieren und dadurch die Gefahr eines Atomkrieges erhöhen wird,

unter Hinweis darauf, daß der Generalsekretär in einer Rede vor dem Plenum der Generalversammlung am 12. Dezember 1984 – nach einem Aufruf zu erneuten Bemühungen um einen umfassenden Versuchsstopp-Vertrag – hervorgehoben hat, daß kein anderes multilaterales Übereinkommen auf wirkungsvollere Weise dazu beitragen würde, die weitere Perfektionierung der Kernwaffen zu begrenzen, und daß ein umfassender Versuchsstopp-Vertrag der Prüfstein dafür ist, ob ein echter Wille zur nuklearen Abrüstung vorhanden ist[3],

unter Berücksichtigung dessen, daß die drei Kernwaffenstaaten, die Depositarstaaten des Vertrages von 1963 über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser[4] sind, sich in Artikel I dieses Vertrages zum Abschluß eines Vertrages zum ständigen Verbot aller, einschließlich unterirdischer, Kernversuchsexplosionen verpflichtet haben und daß diese Verpflichtung 1968 in der Präambel zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[5] wiederholt wurde, dessen Artikel VI darüber hinaus ihre feierliche und rechtlich verbindliche Verpflichtung enthält, wirksame Maßnahmen zur baldigen Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur nuklearen Abrüstung zu ergreifen,

im Hinblick darauf, daß die Dritte Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen in ihrer am 21. September 1985 verabschiedeten Schlußerklärung[6] die Kernwaffenstaaten, die Parteien des Vertrages sind, aufgefordert hat, 1985 die trilateralen Verhandlungen wiederaufzunehmen, und daß sie alle Kernwaffenstaaten aufgefordert hat, sich mit höchstem Vorrang im Rahmen der Abrüstungskonferenz an der umgehenden Aushandlung und dem Abschluß eines Vertrages zum umfassenden Verbot von Kernversuchen zu beteiligen,

unter Hinweis auf das Schlußdokument über internationale Sicherheit und Abrüstung, das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[7] verabschiedet wurde und in dem unterstrichen wurde, daß die sofortige Aussetzung

[3] Siehe *Official Records of the General Assembly, Thirty-ninth Session, Plenary Meetings*, 97. Sitzung, Ziffer 302.
[4] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 480, Nr. 6964.
[5] Ebd., Vol. 729, Nr. 10485.
[6] *Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, Final Document, Part I* (NPT/CONF.III/64/I) (Genf, 1985), Anhang I.
[7] Siehe A/44/551-S/20870, Anhang.

und das umfassende Verbot von Kernversuchen noch immer eine der höchsten Prioritäten der nuklearen Abrüstung ist,

sowie unter Hinweis darauf, daß die führenden Staatsmänner der an der Sechs-Nationen-Friedens- und Abrüstungsinitiative beteiligten Staaten in der am 21. Januar 1988 verabschiedeten Erklärung von Stockholm[8] bekräftigt haben, daß "ein Übereinkommen, das Spielraum für die Fortsetzung von Versuchen läßt, nicht akzeptabel wäre",

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von den weiteren Fortschritten, die die Ad-hoc-Gruppe wissenschaftlicher Sachverständiger für die Prüfung von Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit bei der Erfassung und Identifizierung seismischer Vorgänge im Rahmen der Abrüstungskonferenz hinsichtlich der seismischen Verifikation eines umfassenden Versuchsverbots erzielt hat[9],

ihrer Besorgnis darüber Ausdruck verleihend, daß es der Abrüstungskonferenz nach sechsjährigen Bemühungen noch nicht gelungen ist, einen Ad-hoc-Ausschuß zu Punkt 1 ihrer Tagesordnung mit dem Titel "Verbot von Kernversuchen" einzusetzen,

1. *bringt erneut ihre ernste Besorgnis darüber zum Ausdruck*, daß die Kernwaffenversuche entgegen den Wünschen der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedstaaten unvermindert anhalten;

2. *bekräftigt ihre Überzeugung*, daß einem Vertrag mit dem Ziel des Verbots sämtlicher Kernversuchsexplosionen aller Staaten für alle Zeiten höchster Vorrang zukommt;

3. *bekräftigt außerdem ihre Überzeugung*, daß ein solcher Vertrag einen äußerst wichtigen Beitrag zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens darstellen würde;

4. *bittet erneut nachdrücklich* alle Kernwaffenstaaten, insbesondere die drei Depositarstaaten des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser sowie des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die baldige Einstellung aller Kernwaffenversuchsexplosionen für alle Zeiten anzustreben und die auf dieses Ziel gerichteten Verhandlungen zu beschleunigen;

5. *appelliert* an alle Mitgliedstaaten der Abrüstungskonferenz, darauf hinzuwirken, daß die Konferenz zu Beginn ihrer Tagung 1990 einen Ad-hoc-Ausschuß zur multilateralen Aushandlung eines Vertrages über die vollständige Einstellung von Kernversuchsexplosionen einsetzt;

6. *empfiehlt* der Abrüstungskonferenz, daß dieser Ad-hoc-Ausschuß aus zwei Arbeitsgruppen bestehen sollte, die sich mit den folgenden, miteinander zusammenhängenden Fragen befassen: Inhalt und Geltungsbereich des Vertrages beziehungsweise Einhaltung und Verifikation;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Einstellung aller Kernversuchsexplosionen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

[8] A/43/125-S/19478, Anhang.

[9] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 27* (A/44/27), Ziffer 29.

44/106 — Änderung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser

Die Generalversammlung,

mit dem erneuten Ausdruck ihrer Überzeugung, daß einem umfassenden Kernversuchsstopp-Vertrag im Hinblick auf die nukleare Abrüstung höchster Vorrang zukommt,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1910 (XVIII) vom 27. November 1963, in der sie den am 5. August 1963 unterzeichneten Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser[4] mit Zustimmung zur Kenntnis nahm und die Konferenz des Achtzehn-Nationen-Abrüstungsausschusses[10] ersuchte, ihre Verhandlungen zur Erreichung der in der Präambel des Vertrages aufgeführten Ziele mit aller Dringlichkeit fortzuführen,

in der Überzeugung, daß die Kernwaffenstaaten bis zum Abschluß eines umfassenden Kernversuchsstopp-Vertrages auf dem Wege über ein einvernehmliches Moratorium oder einseitige Moratorien sämtliche Kernversuchsexplosionen aussetzen sollten,

in Anbetracht dessen, daß Artikel II des Vertrages ein Verfahren für die Einberufung einer Konferenz der Vertragsparteien zur Prüfung von Vertragsänderungen vorsieht,

sowie in Anbetracht dessen, daß sie in ihrer Resolution 42/26 B vom 30. November 1987 den Nichtkernwaffenstaaten, die Parteien des Vertrages sind, die offizielle Vorlage eines Änderungsvorschlags an die Depositarstaaten im Hinblick auf die frühestmögliche Einberufung einer Konferenz zur Prüfung von Vertragsänderungen empfohlen hat, durch die dieser in einen Vertrag zum umfassenden Verbot von Kernversuchen umgewandelt würde, und daß sie mit ihrer Resolution 43/63 B vom 7. Dezember 1988 die Vorlage eines solchen Änderungsvorschlags begrüßt hat,

ferner in Anbetracht dessen, daß die vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltene Neunte Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder die Initiative unterstützt hat, 1990 möglichst früh eine Konferenz zur Änderung des Vertrages und zu dessen Umwandlung in einen umfassenden Kernversuchsstopp-Vertrag zu veranstalten[7],

angesichts der Tatsache, daß über ein Drittel der Parteien um die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung einer derartigen Änderung ersucht hat und daß die Depositarregierungen ihre Absicht bekundet haben, ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag nachzukommen,

überzeugt, daß eine derartige Konferenz dazu beitragen wird, den Vertrag zu stärken,

1. *empfiehlt* die Einsetzung eines allen Parteien des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser offenstehenden Vorbereitungsausschusses, der vom 29. Mai bis 1. Juni 1990 am Amtssitz der Vereinten Nationen zusammentreten soll, um Vorkehrungen für die Änderungskonferenz zu treffen, und daß anschließend vom 4. bis 8. Juni 1990 eine erste einwöchige Konferenztagung und vom 7. bis 18. Januar 1991 eine zweite Arbeitstagung stattfinden soll;

[10] Der Abrüstungsausschuß wurde ab 7. Februar 1984 in Abrüstungskonferenz umbenannt.

2. *empfiehlt außerdem*, die Kosten der Änderungskonferenz und ihres Vorbereitungsausschusses nach Maßgabe der derzeitigen Beitragstabelle der Vereinten Nationen unter den Vertragsparteien aufzuteilen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die nötige Hilfe zu gewähren und die für die Änderungskonferenz und ihre Vorbereitung gegebenenfalls erforderlichen Dienste, darunter auch Kurzprotokolle, bereitzustellen;

4. *bittet* die Änderungskonferenz, der Generalversammlung alle Unterlagen zu übermitteln, die ihres Erachtens geeignet sind, um die Versammlung über den Fortgang ihrer Arbeiten ordnungsgemäß unterrichtet zu halten;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Änderung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/107 – Dringende Notwendigkeit eines umfassenden Vertrages über das Verbot von Kernversuchen

Die Generalversammlung,

überzeugt, daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf,

sowie überzeugt von der sich daraus ergebenden dringenden Notwendigkeit einer Beendigung des nuklearen Wettrüstens und der unverzüglichen und verifizierbaren Reduzierung und letztlichen Beseitigung der Kernwaffen,

ferner überzeugt, daß die Einstellung aller Kernversuche durch alle Staaten in allen Umweltbereichen und für alle Zeiten ein außerordentlich wichtiger Schritt auf dem Wege dahin ist, die qualitative Verbesserung und Weiterentwicklung von Kernwaffen und ihre Weiterverbreitung zu verhüten und neben anderen gleichlaufenden Bemühungen um eine Kernwaffenreduzierung zur schließlichen Beseitigung der Kernwaffen beizutragen,

in Anerkennung der bei den Verhandlungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika vor kurzem erzielten und aus ihrer gemeinsamen Erklärung vom 23. September 1989[11] hervorgehenden Fortschritte in Richtung auf bessere Verifikationsvorkehrungen und auf die Ratifikation des am 3. Juli 1974 unterzeichneten Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche[12] und und des am 28. Mai 1976 unterzeichneten Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über unterirdische Kernsprengungen für friedliche Zwecke[13] und mit der nachdrücklichen Bitte an beide Länder, diesen Prozeß zu vollenden,

mit Genugtuung über die vonstatten gehende Umsetzung des Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper längerer und kürzerer Reichweite[14] sowie über das grundsätzliche Einvernehmen über ein Übereinkommen zur 50prozentigen Reduzierung ihrer strategischen Nuklearwaffen und über die weiteren hinsichtlich eines solchen Übereinkommens erzielten Fortschritte,

unter Hinweis auf das Schlußdokument über internationale Sicherheit und Abrüstung, das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[7],

sowie unter Hinweis auf die Vorschläge der führenden Staatsmänner der Sechs-Nationen-Initiative hinsichtlich der Einstellung von Kernversuchen[15],

überzeugt, daß der wirksamste Weg, um die Einstellung aller Kernversuche durch alle Staaten in allen Umweltbereichen und für alle Zeiten zu erreichen, der baldige Abschluß eines verifizierbaren Vertrages zum umfassenden Verbot von Kernversuchen ist, der geeignet ist, alle Staaten zum Beitritt zu bewegen,

in Bekräftigung der besonderen Verantwortung der Abrüstungskonferenz bei der Aushandlung eines Vertrages zum umfassenden Verbot von Kernversuchen,

Kenntnis nehmend von den Arbeiten, die im Rahmen der Abrüstungskonferenz von der Ad-hoc-Gruppe wissenschaftlicher Sachverständiger für die Prüfung von Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit bei der Erfassung und Identifizierung seismischer Vorgänge zur Vorbereitung der nächsten technischen Versuchsphase durchgeführt werden, die 1990 stattfinden wird und bei der es um den Austausch und die Analyse von seismischen Daten auf weltweiter Ebene geht[16],

1. *bekräftigt ihre Überzeugung*, daß ein Vertrag mit dem Ziel des Verbots aller Kernversuchsexplosionen aller Staaten in allen Umweltbereichen und für alle Zeiten eine Angelegenheit von grundlegender Bedeutung ist;

2. *drängt* daher *darauf*, daß die folgenden Maßnahmen getroffen werden, damit bald ein Vertrag zum umfassenden Verbot von Kernversuchen geschlossen werden kann:

a) Die Abrüstungskonferenz sollte ihre Behandlung von Punkt 1 ihrer Tagesordnung mit dem Titel "Verbot von Kernversuchen" intensivieren und sollte zu Beginn ihrer Tagung 1990 die sachorientierte Arbeit zu allen Aspekten eines Vertrages zum Verbot von Kernversuchen aufnehmen;

---

[11] A/44/578-S/20868, Anhang.

[12] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Neunundzwanzigste Tagung, Beilage 27* (A/9627), Anhang II, Dokument CCD/431.

[13] *The United Nations Disarmament Yearbook*, Vol. I: 1976 (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.77.IX.2), Anlage III.

[14] Ebd., Vol. 12: 1987 (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.88.IX.2), Anlage VII.

[15] Siehe die von den Staats- und Regierungschefs Argentiniens, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Schwedens und der Vereinigten Republik Tansania am 22. Mai 1984 abgegebene Gemeinsame Erklärung (A/39/277-S/16587, Anhang; im Wortlaut abgedruckt in: *Official Records of the Security Council, Thirty-ninth Year, Supplement for April, May and June 1984*, Dokument S/16587, Anhang), die in der am 28. Januar 1985 abgegebenen Erklärung von Delhi (A/40/114-S/16921, Anhang; im Wortlaut abgedruckt in: *Official Records of the Security Council, Fortieth Year, Supplement for January, February and March 1985*, Dokument S/16921, Anhang), der am 7. August 1986 abgegebenen Erklärung von Mexiko (A/41/518-S/18277, Anhang I), der am 21. Januar 1988 abgegebenen Erklärung von Stockholm (A/43/125-S/19478, Anhang) und der am 22. Mai 1989 anläßlich des fünften Jahrestages der Sechs-Nationen-Initiative abgegebenen Erklärung (A/44/318-S/20689, Anhang) bekräftigt wurde.

[16] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 27* (A/44/27), Ziffer 54.

b) Die Mitgliedstaaten der Abrüstungskonferenz, insbesondere die Kernwaffenstaaten, und alle anderen Staaten sollten zusammenarbeiten, um diese Arbeiten zu erleichtern und zu fördern;

c) Die Kernwaffenstaaten, insbesondere diejenigen, die über die bedeutendsten Kernwaffenbestände verfügen, sollten umgehend geeigneten verifizierbaren und militärisch bedeutsamen Übergangsmaßnahmen im Hinblick auf den Abschluß eines Vertrages zum umfassenden Verbot von Kernversuchen zustimmen;

d) Kernwaffenstaaten, die dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser[4] noch nicht beigetreten sind, sollten dies tun;

3. *bittet außerdem* die Abrüstungskonferenz *nachdrücklich*,

a) unverzüglich Maßnahmen zur Schaffung eines internationalen seismischen Überwachungsnetzes unter möglichst breiter Beteiligung zu treffen, dessen Kapazität sich im Hinblick auf die Überwachung und Verifikation der Einhaltung eines Vertrages zum umfassenden Verbot von Kernversuchen weiter ausbauen läßt;

b) in diesem Zusammenhang die von der Ad-hoc-Gruppe wissenschaftlicher Sachverständiger für die Prüfung von Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit bei der Erfassung und Identifizierung seismischer Vorgänge erzielten Fortschritte, so auch was die Arbeit über den routinemäßigen Austausch und die Auswertung von Daten über Wellenformen betrifft, sowie die anderen einschlägigen Initiativen oder Experimente einzelner Staaten und Staatengruppen zu berücksichtigen;

c) die Staaten zur größtmöglichen Mitwirkung an dem technischen Versuch zu ermutigen, der 1990 stattfinden wird und bei dem es um den Austausch und die Analyse seismischer Daten auf weltweiter Ebene geht;

d) eine eingehende Untersuchung anderer Maßnahmen, so auch eines internationalen Überwachungsnetzes für die atmosphärische Radioaktivität, zur Überwachung und Verifikation der Einhaltung eines solchen Vertrages in die Wege zu leiten;

4. *fordert* die Abrüstungskonferenz *auf*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Dringende Notwendigkeit eines Vertrages zum umfassenden Verbot von Kernversuchen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/108 – Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3263 (XXIX) vom 9. Dezember 1974, 3474 (XXX) vom 11. Dezember 1975, 31/71 vom 10. Dezember 1976, 32/82 vom 12. Dezember 1977, 33/64 vom 14. Dezember 1978, 34/77 vom 11. Dezember 1979, 35/147 vom 12. Dezember 1980, 36/87 vom 9. Dezember 1981, 37/75 vom 9. Dezember 1982, 38/64 vom 15. Dezember 1983, 39/54 vom 12. Dezember 1984, 40/82 vom 12. Dezember 1985, 41/48 vom 3. Dezember 1986, 42/28 vom 30. November 1987 und 43/65 vom 7. Dezember 1988 über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region,

sowie unter Hinweis auf die Empfehlungen zur Schaffung einer solchen Zone im Nahen Osten entsprechend Ziffer 60 bis 63 und insbesondere Ziffer 63 *d*) des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17],

unter Hervorhebung der grundlegenden Bestimmungen der obengenannten Resolutionen, in denen alle direkt Beteiligten aufgefordert werden, die erforderlichen praktischen und dringenden Maßnahmen für die Verwirklichung des Vorschlags zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region in Erwägung zu ziehen und für die Zeit bis zur Schaffung einer solchen Zone und während deren Schaffung feierlich zu erklären, daß sie auf der Grundlage der Gegenseitigkeit darauf verzichten, Kernwaffen und Kernsprengkörper zu erzeugen, zu erwerben oder in irgendeiner anderen Form zu besitzen und Dritten die Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Hoheitsgebiet zu gestatten, ferner der Unterstellung ihrer gesamten kerntechnischen Anlagen unter die Kernmaterialüberwachung der Internationalen Atomenergie-Organisation zuzustimmen sowie ihre Unterstützung für die Schaffung einer solchen Zone zu erklären und derartige Erklärungen zur etwaigen Behandlung beim Sicherheitsrat zu hinterlegen,

in Bekräftigung des unveräußerlichen Rechts aller Staaten, Kernenergie für friedliche Zwecke zu erwerben und zu erschließen,

sowie unter Hervorhebung der Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen zur Frage des Verbots militärischer Angriffe auf kerntechnische Anlagen,

eingedenk des von der Generalversammlung auf ihrer fünfunddreißigsten Tagung erzielten Konsenses, daß die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region den Weltfrieden und die internationale Sicherheit wesentlich festigen würde,

in dem Wunsche, auf diesem Konsens aufbauend weitreichende Fortschritte auf dem Weg zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region zu erzielen,

ferner unter Hervorhebung der grundlegenden Rolle, die den Vereinten Nationen bei der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region zukommt,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[18],

1. *bittet* alle direkt Beteiligten *nachdrücklich*, gemäß den entsprechenden Resolutionen der Generalversammlung die erforderlichen praktischen und dringlichen Maßnahmen für die Verwirklichung des Vorschlags zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region ernsthaft in Erwägung zu ziehen, und bittet die betreffenden Länder zur Förderung dieses Zieles, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[5] beizutreten;

2. *fordert* alle Länder der Region *auf*, bis zur Schaffung dieser Zone der Unterstellung ihrer gesamten nuklearen Aktivitäten unter die Kernmaterialüberwachung der Internationalen Atomenergie-Organisation zuzustimmen, soweit sie dies nicht bereits getan haben;

3. *nimmt Kenntnis* von dem Ersuchen, das die Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Orga-

[17] Resolution S-10/2.
[18] A/44/430 mit Add. 1 und 2.

nisation in Resolution GC(XXXIII)/RES/506 an ihren Generaldirektor gerichtet hat, "die beteiligten Staaten in der Nahost-Region zu konsultieren, mit dem Ziel, alle kerntechnischen Anlagen in dem Gebiet der Kernmaterialüberwachung der Organisation zu unterstellen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Empfehlungen in Ziffer 75 des dem Dokument GC(XXXIII)/887 beigefügten Berichts und der Situation im Gebiet des Nahen Ostens, und dem Gouverneursrat und der Generalkonferenz auf ihrer vierunddreißigsten ordentlichen Tagung Bericht zu erstatten";

4. *bittet* alle Länder der Region, bis zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region gemäß Ziffer 63 *d*) des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung ihre Unterstützung für die Schaffung einer solchen Zone zu erklären und diese Erklärungen beim Sicherheitsrat zu hinterlegen;

5. *bittet* diese Länder *außerdem*, bis zur Schaffung der Zone weder Kernwaffen zu entwickeln, zu erzeugen, zu erproben oder auf andere Weise zu erwerben noch die Stationierung von Kernwaffen oder Kernsprengkörpern auf ihrem Hoheitsgebiet oder auf ihrer Kontrolle unterstehenden Gebieten zuzulassen;

6. *bittet* die Kernwaffenstaaten und alle anderen Staaten, bei der Schaffung der Zone mitzuhelfen und gleichzeitig alle Maßnahmen zu unterlassen, die dem Geist und dem Wortlaut dieser Resolution zuwiderlaufen;

7. *dankt* dem Generalsekretär für seinen Bericht mit den Auffassungen der betroffenen Parteien hinsichtlich der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region;

8. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

9. *ersucht* die Parteien in der Region, dem Generalsekretär ihre Auffassungen und Vorschläge bezüglich der unter Ziffer 8 der Resolution 43/65 geforderten Maßnahmen vorzulegen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Sachstandsbericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

11. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/109 – Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3265 B (XXIX) vom 9. Dezember 1974, 3476 B (XXX) vom 11. Dezember 1975, 31/73 vom 10. Dezember 1976, 32/83 vom 12. Dezember 1977, 33/65 vom 14. Dezember 1978, 34/78 vom 11. Dezember 1979, 35/148 vom 12. Dezember 1980, 36/88 vom 9. Dezember 1981, 37/76 vom 9. Dezember 1982, 38/65 vom 15. Dezember 1983, 39/55 vom 12. Dezember 1984, 40/83 vom 12. Dezember 1985, 41/49 vom 3. Dezember 1986, 42/29 vom 30. November 1987 und 43/66 vom 7. Dezember 1988 über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien,

von neuem ihrer Überzeugung Ausdruck verleihend, daß die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Regionen der Welt eine der Maßnahmen ist, die wirksam zu den Zielen der Nichtverbreitung von Kernwaffen und zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung beitragen können,

die Auffassung vertretend, daß die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien ebenso wie auch in anderen Regionen die Sicherheit der Staaten der Region vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen erhöhen wird,

mit Genugtuung über die von den Regierungen südasiatischer Staaten, die ihre Programme zur friedlichen Nutzung der Kernenergie weiter ausbauen, auf höchster Ebene abgegebenen Erklärungen, in denen sie sich erneut verpflichten, Kernwaffen weder zu erwerben noch herzustellen und ihre Nuklearprogramme ausschließlich dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker zu widmen,

erfreut über den kürzlich gemachten Vorschlag betreffend den Abschluß eines bilateralen oder regionalen Übereinkommens über das Verbot von Kernversuchen in Südasien,

Kenntnis nehmend von dem Vorschlag, so bald wie möglich unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und unter Beteiligung der Staaten der Region und anderer in Betracht kommender Staaten eine Konferenz über die Nichtverbreitung von Kernwaffen in Südasien einzuberufen,

eingedenk Ziffer 60 bis 63 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] über die Schaffung kernwaffenfreier Zonen, so auch in der Region Südasien,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[19],

1. *erklärt erneut*, daß sie den Gedanken einer kernwaffenfreien Zone in Südasien grundsätzlich unterstützt;

2. *bittet* die Staaten Südasiens *erneut nachdrücklich*, weiter alles daranzusetzen, eine kernwaffenfreie Zone in Südasien zu schaffen und bis dahin alle diesem Ziel zuwiderlaufenden Maßnahmen zu unterlassen;

3. *fordert* die Kernwaffenstaaten *auf*, soweit noch nicht geschehen, positiv auf diesen Vorschlag zu reagieren und die Bemühungen um die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien in der erforderlichen Weise zu unterstützen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, mit den Staaten der Region und anderen in Betracht kommenden Staaten in Verbindung zu treten, um ihre Auffassungen zu dieser Frage zu ermitteln, und sich für Konsultationen zwischen ihnen einzusetzen, die darauf gerichtet sind festzustellen, wie die Bemühungen um die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien am besten gefördert werden könnten;

5. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung zu diesem Thema Bericht zu erstatten;

---

[19] A/44/363 mit Korr.1.

6. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/110 – Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen

Die Generalversammlung,

zutiefst besorgt über das Wettrüsten, insbesondere das nukleare Wettrüsten, und die Möglichkeit des Einsatzes oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen,

überzeugt, daß die nukleare Abrüstung und die vollständige Beseitigung von Kernwaffen unerläßlich sind, wenn die Kriegsgefahr gebannt werden soll,

die Auffassung vertretend, daß die internationale Gemeinschaft bis zur Erreichung einer vollständigen universalen nuklearen Abrüstung unbedingt wirksame Vereinbarungen entwickeln muß, um die Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu gewährleisten,

im Hinblick auf den allgemeinen Wunsch nach einer baldigen Verabschiedung wirksamer internationaler Maßnahmen zu diesem Zweck,

Kenntnis nehmend von den von allen Kernwaffenstaaten abgegebenen unilateralen Erklärungen betreffend die Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen,

in dem Wunsche, die Verwirklichung von Ziffer 59 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, zu fördern,

in der Erkenntnis, daß die effektive Abgabe derartiger Sicherheitszusagen an die Nichtkernwaffenstaaten einen wichtigen Beitrag zur Nichtverbreitung von Kernwaffen darstellen würde,

in Kenntnis der eingehenden Verhandlungen, die im Verlauf der letzten zehn Jahre in der Abrüstungskonferenz über dieses Thema geführt worden sind,

unter Hinweis auf die entsprechenden Teile des Sonderberichts des Abrüstungsausschusses[18] an die Generalversammlung auf ihrer zwölften Sondertagung[20], der zweiten Sondertagung über Abrüstung, und auf den Sonderbericht der Abrüstungskonferenz an die Versammlung auf ihrer fünfzehnten Sondertagung[21], der dritten Sondertagung über Abrüstung, wie auch auf den Jahresbericht der Konferenz über ihre Tagung 1989[22],

erfreut über die einhellige Unterstützung, die die Fortsetzung der Suche nach einer gemeinsamen Konzeption zur Substanz negativer Sicherheitszusagen, die Bestandteil eines rechtsverbindlichen Dokuments werden könnte, in der Abrüstungskonferenz gefunden hat,

in Anerkennung der Notwendigkeit, insbesondere von seiten der Kernwaffenstaaten, noch einmal frisch an das Problem heranzugehen, um die in den letzten Jahren bei den Verhandlungen aufgetretenen Probleme zu überwinden,

Kenntnis nehmend von den Vorschlägen, die der Abrüstungskonferenz zu diesem Thema vorgelegt worden sind[22],

1. *bekräftigt* die dringende Notwendigkeit, bis zur Erreichung der vollständigen nuklearen Abrüstung bald Einigung über wirksame internationale Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu erzielen;

2. *empfiehlt* der Abrüstungskonferenz, in ihrem Adhoc-Ausschuß für wirksame internationale Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu Beginn ihrer Tagung 1990 intensive Verhandlungen im Hinblick auf ein solches Übereinkommen zu führen und dabei der breiten Unterstützung Rechnung zu tragen, die es in der Konferenz für den Abschluß einer internationalen Konvention gibt, und alle anderen Vorschläge zu berücksichtigen, die auf die Erreichung desselben Ziels gerichtet sind;

3. *appelliert* an alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten, guten Willen zu beweisen und die erforderliche Flexibilität an den Tag zu legen, damit Einigung über eine gemeinsame Konzeption, einschließlich der Möglichkeit einer gemeinsamen Formel, für ein rechtsverbindliches internationales Instrument beziehungsweise mehrere Instrumente zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen erzielt wird;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/111 – Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen

Die Generalversammlung,

eingedenk der Notwendigkeit, der berechtigten Sorge der Staaten der Welt um die Gewährleistung einer dauerhaften Sicherheit für ihre Völker Rechnung zu tragen,

in der Überzeugung, daß Kernwaffen die größte Bedrohung für die Menschheit und den Fortbestand der Zivilisation darstellen,

tief besorgt über die ständige Eskalation des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens, und die Möglichkeit des Einsatzes oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen,

sowie überzeugt, daß nukleare Abrüstung und die vollständige Beseitigung der Kernwaffen unerläßlich

---

[20] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Zwölfte Sondertagung, Beilage 2* (A/S-12/2), Abschnitt III.C.
[21] Ebd., *Fünfzehnte Sondertagung, Beilage 2* (A/S-15/2), Abschnitt III.F.
[22] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 27* (A/44/27), Abschnitt III.F.

sind, wenn die Gefahr eines Atomkrieges gebannt werden soll,

unter Berücksichtigung des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatzes der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt,

tief besorgt über die Möglichkeit des Einsatzes oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen,

im Hinblick darauf, daß die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Souveränität der Nichtkernwaffenstaaten gegen die Anwendung oder Androhung von Gewalt, darunter auch gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen, geschützt werden müssen,

die Auffassung vertretend, daß die internationale Gemeinschaft bis zur Erreichung einer universalen nuklearen Abrüstung unbedingt wirksame Maßnahmen entwickeln muß, um die Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen durch welche Seite auch immer zu gewährleisten,

sowie im Hinblick darauf, daß wirksame Maßnahmen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen einen positiven Beitrag zur Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen darstellen können,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3261 G (XXIX) vom 9. Dezember 1974 und 31/189 C vom 21. Dezember 1976,

eingedenk der Ziffer 59 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], in der sie die Kernwaffenstaaten nachdrücklich bat, sich, soweit angebracht, um den Abschluß wirksamer Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu bemühen,

in dem Bemühen, die Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung zu fördern,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/72 B vom 14. Dezember 1978, 34/85 vom 11. Dezember 1979, 35/155 vom 12. Dezember 1980, 36/95 vom 9. Dezember 1981, 37/81 vom 9. Dezember 1982, 38/68 vom 15. Dezember 1983, 39/58 vom 12. Dezember 1984, 40/86 vom 12. Dezember 1985, 41/52 vom 3. Dezember 1986, 42/32 vom 30. November 1987 und 43/69 vom 7. Dezember 1988,

ferner unter Hinweis auf Ziffer 12 der in der Anlage zu ihrer Resolution 35/46 vom 3. Dezember 1980 enthaltenen Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade, in der es u.a. heißt, der Abrüstungsausschuß[10] solle alles in seinen Kräften Stehende tun, um eilends Verhandlungen zur Erzielung einer Einigung über wirksame internationale Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu führen,

in Anbetracht der eingehenden Verhandlungen, die in der Abrüstungskonferenz und in deren Ad-hoc-Ausschuß für wirksame internationale Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen[23] mit dem Ziel einer Einigung in dieser Frage geführt werden,

Kenntnis nehmend von den in der Abrüstungskonferenz zu dieser Frage unterbreiteten Vorschlägen, einschließlich der Entwürfe für eine internationale Konvention,

sowie Kenntnis nehmend von dem Schlußdokument über internationale Sicherheit und Abrüstung, das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[7], sowie von den einschlägigen Empfehlungen der Organisation der Islamischen Konferenz, die im Schlußkommuniqué der vom 13. bis 16. März 1989 in Riad abgehaltenen Achtzehnten Islamischen Außenministerkonferenz noch einmal wiederholt wurden und mit denen die Abrüstungskonferenz aufgefordert wurde, umgehend auf eine Einigung über eine internationale Konvention zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen hinzuarbeiten[24],

sowie in Anbetracht der in der Abrüstungskonferenz und in der Generalversammlung zum Ausdruck gekommenen Unterstützung für die Ausarbeitung einer internationalen Konvention zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen sowie in Anbetracht der Schwierigkeiten hinsichtlich der Entwicklung einer allseitig annehmbaren gemeinsamen Konzeption, auf die hingewiesen worden ist,

1. *bekräftigt* die dringende Notwendigkeit, Einigung über wirksame internationale Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu erzielen;

2. *stellt mit Genugtuung fest*, daß es in der Abrüstungskonferenz keine grundsätzlichen Einwände gegen den Gedanken einer internationalen Konvention zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen gibt, obwohl auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, die hinsichtlich der Entwicklung einer allseitig annehmbaren gemeinsamen Konzeption bestehen;

3. *appelliert* an alle Staaten, insbesondere an die Kernwaffenstaaten, den erforderlichen politischen Willen zu beweisen, damit Einigung über eine gemeinsame Konzeption und insbesondere über eine gemeinsame Formel erzielt wird, die Bestandteil eines rechtsverbindlichen internationalen Dokuments werden könnte;

4. *empfiehlt*, der Suche nach einer derartigen gemeinsamen Konzeption oder gemeinsamen Formel weiter intensive Anstrengungen zu widmen und die verschiedenen Alternativen, so insbesondere auch die in der Abrüstungskonferenz behandelten Konzeptionen, im Hinblick auf eine Überwindung der Schwierigkeiten weiter zu untersuchen;

5. *empfiehlt* der Abrüstungskonferenz, die Verhandlungen im Hinblick auf eine baldige Einigung und den Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen aktiv fortzusetzen und dabei die breite Unterstützung für den Abschluß einer internationalen Konvention zu berücksichtigen und alle anderen auf dasselbe Ziel gerichteten Vorschläge in Erwägung zu ziehen;

[23] Ebd., *Vierzigste Tagung, Beilage 27* mit Korrigendum (A/40/27 mit Korr.1), Abschnitt III.F.

[24] Siehe A/44/235-S/20600, Anhang, Ziffer 36.

6. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/112 – Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum

Die Generalversammlung,

angespornt durch die großartigen Aussichten, die der Menschheit durch den Vorstoß des Menschen in den Weltraum eröffnet werden,

in Anerkennung des gemeinsamen Interesses der gesamten Menschheit an der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken,

erneut erklärend, daß die Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper zum Vorteil und im Interesse aller Länder ohne Ansehen ihres wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungsstandes erfolgt und Sache der gesamten Menschheit ist,

sowie erneut erklärend, daß die Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper nach dem Willen aller Staaten zu friedlichen Zwecken geschehen soll,

unter Hinweis darauf, daß alle Staaten nach der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, die Androhung oder Anwendung von Gewalt, auch bei ihren Weltraumaktivitäten, zu unterlassen,

sowie unter Hinweis darauf, daß sich die Vertragsstaaten des Vertrages über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper[25] in Artikel III verpflichtet haben, ihre Tätigkeiten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie der Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung auszuüben,

insbesondere *in Bekräftigung* von Artikel IV des genannten Vertrages, in dem es heißt, daß die Vertragsstaaten sich verpflichten, keine Gegenstände, die Kernwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen tragen, in eine Erdumlaufbahn zu bringen und derartige Waffen weder auf Himmelskörpern noch auf irgendeine andere Weise im Weltraum zu stationieren,

sowie in Bekräftigung von Ziffer 80 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], in der es heißt, daß zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum weitere Maßnahmen ergriffen und geeignete internationale Verhandlungen im Geiste des Vertrages geführt werden sollten,

in Anbetracht ihrer Resolutionen 36/97 C und 36/99 vom 9. Dezember 1981 sowie der Resolutionen 37/83 vom 9. Dezember 1982, 37/99 D vom 13. Dezember 1982, 38/70 vom 15. Dezember 1983, 39/59 vom 12. Dezember 1984, 40/87 vom 12.Dezember 1985, 41/53 vom 3. Dezember 1986, 42/33 vom 30. November 1987 und 43/70 vom 7. Dezember 1988 sowie der entsprechenden Absätze des Schlußdokuments über internationale Sicherheit und Abrüstung, das auf der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[7],

im Hinblick auf die Bedeutung und Dringlichkeit der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum und auf die Bereitschaft aller Staaten, zu diesem gemeinsamen Ziel beizutragen,

ernsthaft besorgt über die Gefahr, die für die gesamte Menschheit durch ein Wettrüsten im Weltraum und vor allem durch Entwicklungen entsteht, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit noch weiter untergraben und die Bemühungen um eine allgemeine und vollständige Abrüstung verzögern könnten,

ermutigt durch das während der Verhandlungen über den obenerwähnten Vertrag und im Anschluß an seine Verabschiedung von den Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebrachte breite Interesse daran, sicherzustellen, daß die Erforschung und Nutzung des Weltraums friedlichen Zwecken dient, sowie Vorschläge zur Kenntnis nehmend, die der Generalversammlung auf ihrer zehnten Sondertagung und auf ihren ordentlichen Tagungen unterbreitet und der Abrüstungskonferenz vorgelegt worden sind,

im Hinblick auf die ernste Besorgnis, die auf der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums hinsichtlich eines Übergreifens des Wettrüstens auf den Weltraum zum Ausdruck gekommen ist, wie auch im Hinblick auf die Empfehlungen[26], die den zuständigen Organen der Vereinten Nationen, insbesondere der Generalversammlung, und auch dem Abrüstungsausschuß[10] vorgelegt wurden,

sowie im Hinblick darauf, daß der Ad-hoc-Ausschuß zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum unter Berücksichtigung der seit seiner Gründung bereits von ihm unternommenen Bemühungen verschiedene Fragen, bestehende Übereinkünfte und Vorschläge wie auch künftige Initiativen, die für die Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum von Belang sind, 1989 geprüft beziehungsweise zur Sprache gebracht hat[27], und daß dies zum besseren Verständnis einer Reihe von Problemen und der verschiedenen Standpunkte beigetragen hat,

überzeugt, daß im Zuge der Bemühungen um wirksame und verifizierbare bilaterale und multilaterale Übereinkünfte auch zusätzliche Maßnahmen geprüft werden sollten, um ein Wettrüsten im Weltraum zu verhüten,

unter Hervorhebung der überragenden Bedeutung einer strikten Einhaltung der bestehenden Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünfte, die auch für den Weltraum gelten, und der bestehenden Rechtsordnung betreffend die Nutzung des Weltraums,

sowie unter Hervorhebung der Notwendigkeit, die Wirksamkeit der bestehenden Verträge auf diesem Gebiet zu wahren, und in diesem Zusammenhang erneut

[25] Resolution 2222 (XXI), Anlage.

[26] Siehe *Report of the Second United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space, Vienna, 9-21 August 1982* (A/CONF.101/10 mit Korr.1 und 2), Ziffer 426.

[27] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 27* (A/44/27), Ziffer 90.

erklärend, welche vitale Bedeutung eine strikte Einhaltung des Vertrages über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper[28] besitzt,

in der Erkenntnis, daß bilaterale Verhandlungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika die multilateralen Verhandlungen zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum gemäß Ziffer 27 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung erleichtern könnten,

in Anbetracht der Bedeutung, die den seit 1985 andauernden bilateralen Verhandlungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika, auch ihren Gipfeltreffen in Washington und in Moskau über einen den Weltraum und Kernwaffen betreffenden Fragenkomplex, in diesem Zusammenhang zukommt,

in der Hoffnung, daß diese Verhandlungen möglichst bald zu konkreten Ergebnissen führen,

unter Hervorhebung der Komplementarität bilateraler und multilateraler Bemühungen auf dem Gebiet der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum,

Kenntnis nehmend von dem diese Frage betreffenden Teil des Berichts der Abrüstungskonferenz[29],

die Tatsache *begrüßend*, daß die Abrüstungskonferenz auf ihrer Tagung 1989 in Wahrnehmung ihrer Verhandlungsaufgabe als das einzige multilaterale Verhandlungsgremium über Abrüstung wieder einen Ad-hoc-Ausschuß zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum eingesetzt hat, der durch sachbezogene und allgemeine Behandlung die Prüfung und Identifizierung der im Zusammenhang mit der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum wichtigen Fragen fortsetzen soll,

1. *erklärt erneut*, daß eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle es erfordert, daß der Weltraum ausschließlich zu friedlichen Zwecken genutzt und nicht zum Schauplatz eines Wettrüstens wird;

2. *anerkennt*, daß, wie auch der Ad-hoc-Ausschuß zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum in seinem Bericht feststellt, die für den Weltraum gültige Rechtsordnung für sich allein noch keine Gewähr für die Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum bietet, daß diese Rechtsordnung eine bedeutende Rolle bei der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum spielt, daß es erforderlich ist, diese Rechtsordnung zu konsolidieren und zu verstärken und ihre Wirksamkeit zu erhöhen, und daß es wichtig ist, die bestehenden Übereinkünfte, und zwar sowohl die bilateralen wie auch die multilateralen, strikt einzuhalten[30];

3. *betont*, daß die internationale Gemeinschaft zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum weitere Maßnahmen mit geeigneten wirksamen Verifikationsbestimmungen treffen sollte;

4. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Staaten mit größeren Fähigkeiten zur Raumfahrt, *auf*, aktiv zur Verwirklichung des Ziels der friedlichen Nutzung des Weltraums beizutragen und im Interesse der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie der Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung unverzüglich Maßnahmen zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum zu ergreifen;

5. *weist von neuem darauf hin*, daß die Abrüstungskonferenz als das einzige Forum für multilaterale Abrüstungsverhandlungen die Hauptrolle bei den Verhandlungen über ein multilaterales Übereinkommen beziehungsweise gegebenenfalls mehrere multilaterale Übereinkünfte zur Verhütung aller Aspekte eines Wettrüstens im Weltraum spielt;

6. *ersucht* die Abrüstungskonferenz, die Frage der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum mit Vorrang zu behandeln;

7. *ersucht* die Abrüstungskonferenz *außerdem*, ihre Behandlung der Frage der Verhütung aller Aspekte eines Wettrüstens im Weltraum zu intensivieren und dabei alle diesbezüglichen Vorschläge und Initiativen zu berücksichtigen, so auch diejenigen, die dem Ad-hoc-Ausschuß auf der Tagung der Konferenz im Jahr 1989 und der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung unterbreitet worden sind;

8. *ersucht* die Abrüstungskonferenz *ferner*, zu Beginn ihrer Tagung 1990 wieder einen Ad-hoc-Ausschuß mit einem entsprechenden Mandat einzusetzen, der Verhandlungen über den Abschluß eines Übereinkommens beziehungsweise gegebenenfalls mehrerer Übereinkünfte zur Verhütung aller Aspekte eines Wettrüstens im Weltraum führen soll;

9. *richtet die dringende Aufforderung* an die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika, ihre bilateralen Verhandlungen mit Nachdruck und konstruktiv mit dem Ziel einer baldigen Einigung hinsichtlich der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum fortzuführen und die Abrüstungskonferenz zur Erleichterung ihrer Arbeit regelmäßig über den Fortgang ihrer bilateralen Gespräche zu unterrichten;

10. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Staaten mit größeren Fähigkeiten zur Raumfahrt, *auf*, sich bei ihren den Weltraum betreffenden Tätigkeiten aller Handlungen zu enthalten, die mit der Einhaltung der bestehenden einschlägigen Verträge oder mit dem Ziel der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum unvereinbar sind;

11. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs zur Frage der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum[31], der gemäß Resolution 42/33 vom 30. November 1987 vorgelegt wurde;

12. *ersucht* die Abrüstungskonferenz, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über ihre Behandlung dieser Frage Bericht zu erstatten;

13. *ersucht* den Generalsekretär, der Abrüstungskonferenz die gesamte Dokumentation über die Behandlung dieses Themas durch die Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung zu übermitteln;

14. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

---

[28] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 944, Nr. 13446.

[29] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 27* (A/44/27), Abschnitt III.E.

[30] Ebd., Ziffer 90 (Ziffer 77 des zitierten Texts).

[31] A/43/506 mit Korr.1 und Add.1 und 2.

44/113 – Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas

A

Verwirklichung der Erklärung

Die Generalversammlung,

eingedenk der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas[32], die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit auf ihrer vom 17. bis 21. Juli 1964 in Kairo abgehaltenen ersten ordentlichen Tagung verabschiedet wurde,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1652 (XVI) vom 24. November 1961, ihre erste Resolution zu dieser Frage, sowie auf ihre Resolutionen 2033 (XX) vom 3. Dezember 1965, 31/69 vom 10. Dezember 1976, 32/81 vom 12. Dezember 1977, 33/63 vom 14. Dezember 1978, 34/76 A vom 11. Dezember 1979, 35/146 B vom 12. Dezember 1980, 36/86 B vom 9. Dezember 1981, 37/74 A vom 9. Dezember 1982, 38/181 A vom 20. Dezember 1983, 39/61 A vom 12. Dezember 1984, 40/89 A vom 12. Dezember 1985, 41/55 A vom 3. Dezember 1986, 42/34 A vom 30. November 1987 und 43/71 A vom 7. Dezember 1988, in denen sie alle Staaten aufforderte, den afrikanischen Kontinent und die umliegenden Gebiete als kernwaffenfreie Zone zu betrachten und zu respektieren,

unter Hinweis darauf, daß sie in ihrer Resolution 33/63 alle offenen oder heimlichen Versuche Südafrikas, auf dem afrikanischen Kontinent Kernwaffen einzuführen, energisch verurteilt und verlangt hat, daß Südafrika ab sofort jede Kernsprengung auf dem afrikanischen Kontinent und anderswo unterläßt,

im Hinblick auf die Bestimmungen der Resolution CM/Res.1101 (XLVI)/Rev.1[33] über die Entnuklearisierung Afrikas, die vom Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner vom 20. bis 25. Juli 1987 in Addis Abeba veranstalteten sechsundvierzigsten ordentlichen Tagung verabschiedet wurde,

nach Kenntnisnahme des Berichts mit dem Titel "South Africa's nuclear capability" (Südafrikas Nuklearfähigkeit)[34], der vom Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung in Zusammenarbeit mit der Sekretariats-Hauptabteilung Abrüstungsfragen und in Konsultation mit der Organisation der afrikanischen Einheit erstellt wurde, sowie nach Kenntnisnahme des Berichts der Abrüstungskommission[35],

Kenntnis nehmend von den Maßnahmen derjenigen Regierungen, die Schritte zur Einschränkung der Zusammenarbeit mit Südafrika auf nuklearem und anderen Gebieten getroffen haben,

mit dem Ausdruck ihres Bedauerns darüber, daß es der Abrüstungskommission trotz der Bedrohung, die Südafrikas Nuklearfähigkeit für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und insbesondere für die Verwirklichung des Ziels der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas darstellt, und obwohl sie die Frage während ihrer Arbeitstagung 1989 behandelt hat, abermals nicht gelungen ist, einen Konsens über diesen wichtigen Punkt ihrer Tagesordnung zu erzielen,

1. *wiederholt nachdrücklich ihre Aufforderung* an alle Staaten, den afrikanischen Kontinent und die umliegenden Gebiete als kernwaffenfreie Zone zu betrachten und zu respektieren;

2. *erklärt erneut*, daß die Verwirklichung der von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit verabschiedeten Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas ein wichtiger Schritt zur Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen und zur Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wäre;

3. *bringt von neuem ihre höchste Beunruhigung* darüber *zum Ausdruck*, daß Südafrika die Kernwaffenfähigkeit besitzt und diese weiter ausbaut;

4. *verurteilt* die anhaltenden Bemühungen Südafrikas um die Nuklearfähigkeit sowie alle Formen der nuklearen Kollaboration von Staaten, Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen mit dem rassistischen Regime, die dieses in die Lage versetzen, das Ziel der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas zu sabotieren, das darin besteht, Afrika von Kernwaffen freizuhalten;

5. *fordert* alle Staaten, Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen *auf*, jedwede weitere Kollaboration mit dem rassistischen Regime zu unterlassen, die dieses vielleicht in die Lage versetzt, das Ziel der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas zu sabotieren;

6. *verlangt erneut*, daß das rassistische Regime Südafrikas die Herstellung, Erprobung und Dislozierung sowie den Transport, die Lagerung und den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen unterläßt;

7. *appelliert* an alle Staaten, die dazu in der Lage sind, Südafrikas Kernwaffenforschung, -entwicklung und -herstellung zu überwachen und alle diesbezüglichen Informationen zu veröffentlichen;

8. *verlangt erneut*, daß Südafrika ab sofort seine gesamten kerntechnischen Anlagen und Einrichtungen der Inspektion durch die Internationale Atomenergie-Organisation unterstellt;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der Organisation der afrikanischen Einheit auf Wunsch jede verfahrenstechnische und sachliche Unterstützung zu gewähren, die sie für die Ausarbeitung und Durchführung des entsprechenden Übereinkommens oder Vertrages über die Entnuklearisierung Afrikas benötigen sollte;

10. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

B

Nuklearfähigkeit Südafrikas

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Nuklearfähigkeit Südafrikas[36],

[32] *Official Records of the General Assembly, Twentieth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 105, Dokument A/5975.
[33] Siehe A/42/699, Anhang I.
[34] A/39/470.
[35] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 42* (A/44/42).
[36] A/44/655.

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/76 B vom 11. Dezember 1979, 35/146 A vom 12. Dezember 1980, 36/86 A vom 9. Dezember 1981, 37/74 B vom 9. Dezember 1982, 38/181 B vom 20. Dezember 1983, 39/61 B vom 12. Dezember 1984, 40/89 B vom 12. Dezember 1985, 41/55 B vom 3. Dezember 1986, 42/34 B vom 30. November 1987 und 43/71 B vom 7. Dezember 1988,

eingedenk der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas[32], die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit auf ihrer vom 17. bis 21. Juli 1964 in Kairo abgehaltenen ersten ordentlichen Tagung verabschiedet wurde,

unter Hinweis darauf, daß sie in Ziffer 12 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] festgestellt hat, daß die massive Anhäufung von Waffen und der Erwerb von Rüstungstechnologie durch rassistische Regime sowie der mögliche Erwerb von Kernwaffen durch diese Regime für die Weltgemeinschaft, die sich der dringenden Notwendigkeit der Abrüstung gegenübersieht, eine Herausforderung und ein zunehmend gefährliches Hindernis darstellen,

sowie unter Hinweis darauf, daß sie in ihrer Resolution 33/63 vom 14. Dezember 1978 alle offenen oder heimlichen Versuche Südafrikas, auf dem afrikanischen Kontinent Kernwaffen einzuführen, energisch verurteilt und verlangt hat, daß Südafrika ab sofort jede Kernsprengung auf dem afrikanischen Kontinent und anderswo unterläßt,

im Hinblick auf die Bestimmungen der Resolution CM/Res.1101 (XLVI)/Rev.1[33] über die Entnuklearisierung Afrikas, die vom Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner vom 20. bis 25. Juli 1987 in Addis Abeba veranstalteten sechsundvierzigsten ordentlichen Tagung verabschiedet wurde,

mit Bedauern feststellend, daß die von der dreißigsten ordentlichen Tagung der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation am 3. Oktober 1986 verabschiedete Resolution GC(XXX)/RES/468[37] vom Apartheidstaat Südafrika nicht durchgeführt wurde,

nach Kenntnisnahme des Berichts mit dem Titel "South Africa's nuclear capability" (Südafrikas Nuklearfähigkeit)[34], der vom Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung in Zusammenarbeit mit der Sekretariats-Hauptabteilung Abrüstungsfragen und in Konsultation mit der Organisation der afrikanischen Einheit erstellt wurde,

mit dem Ausdruck ihres Bedauerns darüber, daß es der Abrüstungskommission trotz der Bedrohung, die Südafrikas Nuklearfähigkeit für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und insbesondere für die Verwirklichung des Ziels der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas darstellt, und obwohl sie die Frage während ihrer Arbeitstagung 1989 erörtert hat, abermals nicht gelungen ist, einen Konsens über diesen wichtigen Punkt ihrer Tagesordnung zu erzielen,

höchst beunruhigt darüber, daß Südafrika durch seine kerntechnischen Anlagen, insbesondere durch diejenigen, die nach wie vor keinen Kernmaterialüberwachungsmaßnahmen unterworfen sind, in die Lage versetzt wird, die Fähigkeit zur Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen zu entwickeln und zu erwerben,

sowie höchst beunruhigt darüber, daß das südafrikanische Apartheidregime, wie es selbst am 13. August 1988 in Wien öffentlich zugegeben hat, jetzt die Kernwaffenfähigkeit erworben hat,

zutiefst besorgt über jüngste Berichte über die aktive militärische Kollaboration des Apartheidstaates Südafrika mit Israel bei der Herstellung von Flugkörpern mittlerer Reichweite, die mit Atomsprengköpfen bestückt und für die Versuchsanlagen bereits fertiggestellt sind, und über die Folgen für den Frieden und die Sicherheit der afrikanischen Staaten,

ernsthaft besorgt, daß Südafrika unter flagranter Verletzung der Grundsätze des Völkerrechts und der diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen seine Angriffs- und Subversionshandlungen gegen die Völker der unabhängigen Staaten des südlichen Afrika fortsetzt,

zutiefst empört über die von dem rassistischen Regime Südafrikas hartnäckig weiter betriebene feindselige Politik, die in seinen ständigen Übergriffen auf das Hoheitsgebiet von Nachbarstaaten zum Ausdruck kommt, welche eine Angriffshandlung gegen die Souveränität und territoriale Integrität dieser Länder darstellen,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Enttäuschung darüber, daß bestimmte westliche Staaten und Israel trotz der Appelle der internationalen Gemeinschaft weiterhin auf militärischem und nuklearem Gebiet mit dem rassistischen Regime Südafrikas kollaborieren und daß einige dieser Staaten durch den bereitwilligen Gebrauch ihres Vetorechts systematisch jeden Versuch im Sicherheitsrat vereitelt haben, mit Entschlossenheit an die Südafrikafrage heranzugehen,

unter Hinweis auf den anläßlich ihrer zehnten Sondertagung getroffenen Beschluß, der Sicherheitsrat möge geeignete wirksame Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß die Durchführung des Beschlusses der Organisation der afrikanischen Einheit über die Entnuklearisierung Afrikas sabotiert wird[38],

unter Hervorhebung der Notwendigkeit, in Afrika dadurch Frieden und Sicherheit zu wahren, indem sichergestellt wird, daß der Kontinent eine kernwaffenfreie Zone ist,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über Südafrikas Nuklearfähigkeit;

2. *verurteilt* die massive Verstärkung des südafrikanischen Militärapparats und insbesondere den von Südafrika fieberhaft betriebenen Erwerb der Kernwaffenfähigkeit für repressive und aggressive Zwecke sowie als Erpressungsinstrument;

3. *verurteilt außerdem* alle Formen der nuklearen Kollaboration von Staaten, Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen mit dem rassistischen Regime Südafrikas und insbesondere den Beschluß einiger Mitgliedstaaten, mehreren auf ihrem Hoheitsgebiet angesiedelten Unternehmen die Erlaubnis zu erteilen, für kerntechnische Anlagen in Südafrika Ausrüstungs-

[37] Siehe Internationale Atomenergie-Organisation, *Resolutions and Other Decisions of the General Conference, Thirtieth Regular Session*, 29. September-3. Oktober 1986.

[38] Siehe Resolution S-10/2, Ziffer 63 *c*).

gegenstände zu liefern und diesen technische Dienste und Wartungsdienste zu leisten;

4. *nimmt höchst besorgt Kenntnis* von den jüngsten Berichten, wonach die Kollaboration zwischen Israel und Südafrika zur Entwicklung eines mit Atomsprengköpfen bestückten Flugkörpers geführt hat;

5. *fordert* den Generalsekretär *auf*, mit Unterstützung einer Gruppe qualifizierter Sachverständiger Ermittlungen hinsichtlich dieser Berichte anzustellen und dabei ihre Folgen für die Verwirklichung der Politik der Entnuklearisierung Afrikas und die Sicherheit der afrikanischen Staaten, insbesondere der Frontstaaten und anderer Nachbarstaaten, zu berücksichtigen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Abrüstungskommission auf ihrer Arbeitstagung 1990 einen vorläufigen Bericht über seine Ermittlungen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen abschließenden Bericht vorzulegen;

7. *erklärt erneut*, daß der Erwerb der Kernwaffenfähigkeit durch das rassistische Regime eine sehr ernste Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt und vor allem die Sicherheit der afrikanischen Staaten in Frage stellt und die Gefahr der Verbreitung von Kernwaffen erhöht;

8. *bekundet ihre volle Unterstützung* für die afrikanischen Staaten, die mit der von Südafrikas Nuklearfähigkeit ausgehenden Gefahr konfrontiert sind;

9. *begrüßt* die Maßnahmen derjenigen Regierungen, die Schritte zur Einschränkung der Zusammenarbeit mit Südafrika auf nuklearem und anderen Gebieten getroffen haben;

10. *verlangt*, daß Südafrika und alle sonstigen ausländischen Interessen die Exploration und den Abbau von Uranressourcen in Namibia sofort einstellen;

11. *fordert* alle Staaten, Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen *auf*, jedwede Form der militärischen und nuklearen Kollaboration mit dem rassistischen Regime ab sofort zu beenden;

12. *ersucht* die Abrüstungskommission, sich auf ihrer Arbeitstagung 1990 erneut vorrangig mit der Frage der Nuklearfähigkeit Südafrikas zu befassen und dabei u.a. die Ergebnisse des vom Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung erstellten Berichts über die Nuklearfähigkeit Südafrikas zu berücksichtigen;

13. *ersucht* den Generalsekretär, der Organisation der afrikanischen Einheit auf Wunsch jede verfahrenstechnische und sachliche Unterstützung zu gewähren, die sie für die Ausarbeitung und Durchführung des entsprechenden Übereinkommens oder Vertrages über die Entnuklearisierung Afrikas benötigen sollte;

14. *begrüßt* es, daß der Sicherheitsrat die Resolutionen 558 (1984) vom 13. Dezember 1984 und 591 (1986) vom 28. November 1986 zur Südafrikafrage verabschiedet hat, um die noch bestehenden Lücken im Waffenembargo zu schließen, dieses damit wirksamer zu machen und insbesondere jede Form der Zusammenarbeit und Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas auf nuklearem Gebiet zu verbieten;

15. *verlangt erneut*, daß Südafrika alle seine kerntechnischen Anlagen und Einrichtungen ab sofort der Inspektion durch die Internationale Atomenergie-Organisation unterstellt;

16. *ersucht* den Generalsekretär, Südafrikas weitere Entwicklung auf nuklearem Gebiet sehr genau zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

17. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die militärische Unterstützung zu berichten, die der Apartheidstaat Südafrika von Israel und anderen Quellen erhält, was die hochentwickelte Flugkörpertechnik sowie die technischen Nebeneinrichtungen anbetrifft.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/114 – Reduzierung der Militärhaushalte

A

Reduzierung der Militärhaushalte

Die Generalversammlung,

in dem Wunsche, die Entwicklung des Rüstungswettlaufs und der Militärausgaben umzukehren, welche eine schwere Belastung für die Volkswirtschaften aller Nationen darstellen und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit beeinträchtigen,

überzeugt, daß sich die Reduzierung der Militärausgaben als Ergebnis der Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen vorteilhaft auf die internationale Wirtschafts- und Finanzlage auswirken wird,

erneut erklärend, daß die durch die Reduzierung der Militärausgaben freigesetzten Ressourcen zugunsten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aller Staaten, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer, umgewidmet werden könnten,

fest davon überzeugt, daß die Reduzierung der Militärausgaben positive Auswirkungen auf den Prozeß der Stärkung des Vertrauens und der Verbesserung der internationalen Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen Staaten haben wird,

in dem Wunsche, ihren Beitrag zu der Erreichung dieser Ziele zu leisten,

1. *begrüßt* die Arbeit, die die Abrüstungskommission mit der Festlegung und Ausarbeitung eines Katalogs von Grundsätzen geleistet hat, von denen sich die Staaten bei ihren künftigen Maßnahmen zur Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte leiten lassen sollten[39];

2. *nimmt Kenntnis* von diesen in der Anlage zu dieser Resolution wiedergegebenen Grundsätzen und beschließt, sie den Mitgliedstaaten und der Abrüstungskonferenz als nützliche Richtlinien für künftige Maßnahmen zur Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte zur Kenntnis zu bringen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen Sachstandsbericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Reduzierung der Militärhaushalte" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

[39] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 42* (A/44/42), Ziffer 41.

ANLAGE

Grundsätze, von denen sich die die Staaten bei ihren künftigen Massnahmen zur Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte leiten lassen sollten

1. Alle Staaten, insbesondere diejenigen Staaten mit den größten Militärarsenalen, sowie die zuständigen Verhandlungsforen sollten konzertierte Anstrengungen mit dem Ziel unternehmen, internationale Übereinkünfte über die Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte einschließlich geeigneter für alle Parteien annehmbarer Verifikationsmaßnahmen abzuschließen. Derartige Übereinkünfte sollten zu echten Reduzierungen der Streitkräfte und Rüstungen der Vertragsstaaten beitragen und so den Weltfrieden und die internationale Sicherheit auf einem niedrigeren Streitkräfte- und Rüstungsstand festigen. Formellen Übereinkünften über die Einfrierung und Reduzierung der Militärausgaben kommt besondere Bedeutung zu, und derartige Übereinkünfte sollten innerhalb kürzester Zeit erzielt werden, um zur Eindämmung des Wettrüstens beizutragen, die internationalen Spannungen zu mildern und mehr Möglichkeiten für eine Umlenkung der derzeit für militärische Zwecke verwendeten Ressourcen zugunsten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, insbesondere zum Vorteil der Entwicklungsländer, zu schaffen.

2. Bei allen Anstrengungen auf dem Gebiet der Einfrierung und Reduzierung der Militärausgaben sollten die Grundsätze und Ziele der Charta der Vereinten Nationen sowie die einschlägigen Absätze des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] berücksichtigt werden.

3. Bis zum Abschluß von Übereinkünften über die Einfrierung und Reduzierung der Militärausgaben sollten alle Staaten, insbesondere die am schwersten bewaffneten Staaten, bei ihren Militärausgaben Zurückhaltung üben.

4. Die Reduzierung der Militärausgaben auf einer gegenseitig vereinbarten Grundlage sollte schrittweise und ausgewogen entweder in einem prozentualen Verhältnis oder in absoluten Zahlen erfolgen, damit gewährleistet ist, daß kein einzelner Staat und keine Staatengruppe in irgendeinem Stadium Vorteile gegenüber anderen erhält, und sollte unbeschadet des Rechts aller Staaten auf unverminderte Sicherheit und Souveränität sowie auf die Ergreifung der notwendigen Maßnahmen der Selbstverteidigung erfolgen. •

5. Die Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte liegt zwar in der Verantwortlichkeit aller Staaten und sollte in mehreren Phasen entsprechend dem Grundsatz der größten Verantwortung erfolgen, doch sollte der Prozeß bei den Kernwaffenstaaten mit den größten Militärarsenalen und den höchsten Militärausgaben beginnen, unmittelbar gefolgt von den anderen Kernwaffenstaaten und militärisch bedeutsamen Staaten. Dies sollte andere Staaten nicht daran hindern, zu jedem Zeitpunkt während dieses Prozesses Verhandlungen über die ausgewogene Reduzierung ihrer jeweiligen Militärhaushalte aufzunehmen und diesbezügliche Übereinkünfte abzuschließen.

6. Die durch die Reduzierung der Militärausgaben freigesetzten menschlichen und materiellen Ressourcen sollten für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer, eingesetzt werden.

7. Voraussetzung für sinnvolle Verhandlungen über die Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte wäre, daß alle an diesen Verhandlungen beteiligten Parteien Transparenz und Vergleichbarkeit akzeptiert und verwirklicht haben. Es wäre notwendig, einvernehmliche Methoden für die Messung und den Vergleich von Militärausgaben in festgelegten Zeiträumen und zwischen Ländern mit unterschiedlichen Haushaltssystemen auszuarbeiten. Zu diesem Zweck sollten die Staaten das von der Generalversammlung im Jahre 1980 angenommene Berichtssystem benutzen[40].

8. Jeder Vertragsstaat von Übereinkünften zur Reduzierung der Militärausgaben setzt fest, welche Rüstungen und militärischen Aktivitäten innerhalb der in einer derartigen Übereinkunft festgelegten Grenzen konkreten Reduzierungen unterliegen würden.

9. Die Übereinkünfte zur Einfrierung und Reduzierung der Militärausgaben sollten angemessene, effiziente und für alle Parteien zufriedenstellende Verifikationsmaßnahmen enthalten, damit gewährleistet wird, daß ihre Bestimmungen von allen Vertragsstaaten streng angewandt und befolgt werden. Die einzelnen Verifikationsmethoden oder sonstige Kontrollverfahren sollten je nach Ziel, Anwendungsbereich und Art der Übereinkunft im Laufe des Verhandlungsprozesses vereinbart werden.

10. Von den Staaten einseitig getroffene Maßnahmen im Zusammenhang mit der Einfrierung und Reduzierung der Militärausgaben könnten zur Schaffung günstiger Bedingungen für die Aushandlung und den Abschluß internationaler Übereinkünfte zur Einfrierung und Reduzierung der Militärausgaben beitragen, insbesondere wenn andere Staaten dieses Beispiel aufgreifen und ähnliche Maßnahmen treffen.

11. Vertrauensbildende Maßnahmen könnten zur Schaffung eines politischen Klimas beitragen, das die Einfrierung und Reduzierung der Militärausgaben begünstigt. Umgekehrt könnte die Einfrierung und Reduzierung der Militärausgaben zu größerem Vertrauen zwischen den Staaten beitragen.

12. Die Vereinten Nationen sollten eine zentrale Rolle spielen, wenn es darum geht, Verhandlungen über die Einfrierung und Reduzierung der Militärausgaben eine Richtung zu geben, sie zu stimulieren und zu initiieren, und alle Mitgliedsstaaten sollten mit den Vereinten Nationen wie auch untereinander zusammenarbeiten, um die mit diesem Prozeß verbundenen Probleme zu lösen.

13. Je nach den gegebenen Umständen können die Einfrierung und die Reduzierung der Militärausgaben bei Zustimmung aller betroffenen Staaten auf globaler, regionaler oder subregionaler Ebene erfolgen.

14. Die Übereinkünfte über die Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte sollten in einem umfassenderen Zusammenhang gesehen werden, wozu auch die Achtung und Anwendung des Sicherheitssystems der Vereinten Nationen gehört, und sollten mit anderen Abrüstungsmaßnahmen im Rahmen der Fortschritte auf dem Weg zu einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle ver-

[40] Siehe *Reduction of Military Budgets: International reporting of military expenditures* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.81.I.9), Ziffer 98.

bunden sein. Die Reduzierung der Militärhaushalte sollte daher die Übereinkünfte über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ergänzen und nicht als Ersatz für solche Übereinkünfte betrachtet werden.

15. In der Verabschiedung der vorstehenden Grundsätze sollte ein Mittel zur Erleichterung sinnvoller Verhandlungen über konkrete Übereinkünfte über die Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte gesehen werden.

B

Militärhaushalte

Die Generalversammlung,

mit Genugtuung über die ermutigenden Fortschritte, die bei der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu verzeichnen sind,

feststellend, daß weitere Fortschritte bei den Abrüstungsverhandlungen auch zu Reduzierungen der Militärausgaben führen könnten,

betonend, daß umfangreiche Informationen über militärische Angelegenheiten eine wichtige Voraussetzung für die Erzielung von Übereinkünften über die Reduzierung der Streitkräfte sind,

daran erinnernd, daß gemäß Generalversammlungsresolution 35/142 B vom 12. Dezember 1980 ein internationales System für die standardisierte Berichterstattung über Militärausgaben[40] eingeführt worden ist und daß von einer Reihe von Mitgliedstaaten aus verschiedenen geographischen Regionen und mit unterschiedlichen Haushalts- und Rechnungssystemen einzelstaatliche Berichte über Militärausgaben eingegangen sind,

überzeugt, daß durch eine breitere Beteiligung an dem standardisierten System der Vereinten Nationen für die Berichterstattung über Militärausgaben größere Transparenz und Vergleichbarkeit erreicht werden könnte,

1. *ist der Auffassung*, daß eine Transparenz auch einvernehmliche Methoden für die Messung und den Vergleich von Militärausgaben in festgelegten Zeiträumen und zwischen Ländern mit unterschiedlichen Haushaltssystemen erfordert;

2. *fordert daher* alle Staaten *auf*, das von der Generalversammlung angenommene Berichtssystem zu verwenden;

3. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Transparenz und Reduzierung der Militärhaushalte" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/115 – Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen

A

Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen betreffend das vollständige und wirksame Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen sowie deren Vernichtung,

in Bekräftigung der vor allem nach neueren Berichten der Vereinten Nationen gegebenen dringenden Notwendigkeit einer strikten Beachtung der Grundsätze und Ziele des am 17. Juni 1925 in Genf unterzeichneten Protokolls über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege[41],

mit Genugtuung über die breite Beteiligung an der vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris abgehaltenen Konferenz der Vertragsstaaten des Genfer Protokolls von 1925 und anderer interessierter Staaten über das Verbot chemischer Waffen und über die positiven Konferenzergebnisse sowie mit Befriedigung zur Kenntnis nehmend, daß daraufhin weitere Staaten dem Protokoll von 1925 beigetreten sind,

sich der auf der Pariser Konferenz verabschiedeten Schlußerklärung[42] als wichtigem Beitrag zur vollständigen Beseitigung der chemischen Waffen *anschließend*,

anerkennend, daß die Unterstützung und Kooperation der chemischen Industrie einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über deren Vernichtung zu größerer Wirksamkeit verhelfen wird,

in diesem Zusammenhang *in Würdigung* der Initiative der Regierung Australiens, die Kooperation der chemischen Industrie mit den Regierungen dadurch zu stärken und zu erweitern[43], daß sie eine Regierungs-Industrie-Konferenz gegen chemische Waffen veranstaltete, die vom 18. bis 22. September 1989 in Canberra stattfand,

in Bekräftigung der dringenden Notwendigkeit des Beitritts aller Staaten zu dem am 10. April 1972 in London, Moskau und Washington unterzeichneten Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen[44],

Kenntnis nehmend vom Schlußdokument der Zweiten Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen, das am 26.September 1986 im Konsens verabschiedet wurde[45], und insbesondere von Artikel IX der Schlußerklärung der Konferenz[46],

nach Behandlung des Berichts der Abrüstungskonferenz[47], der u.a. den Bericht ihres Ad-hoc-Ausschusses für chemische Waffen[48] enthält, und feststellend, daß wie schon in den vergangenen fünf Jahren die Konsultationen auch in der Zeit zwischen den Tagungen weitergehen, so daß für Verhandlungen mehr Zeit zur Verfügung steht,

überzeugt von der Notwendigkeit, alles zu tun, damit die Verhandlungen über das Verbot der Entwicklung,

---

[41] Völkerbund, *Treaty Series*, Vol. XCIV (1929), Nr. 2138.
[42] A/44/88, Anhang.
[43] Siehe A/C.1/44/4 und A/C.1/44/5.
[44] Resolution 2826 (XXVI), Anlage.
[45] BWC/CONF.II/13.
[46] Ebd., Teil II.
[47] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 27* (A/44/27).
[48] Ebd., Ziffer 87.

der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung fortgesetzt und zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden,

nachdrücklich darauf hinweisend, wie wichtig es ist, daß möglichst viele Staaten an den Verhandlungen über den Konventionsentwurf teilnehmen, um zu gewährleisten, daß alle Staaten der Konvention bei ihrem Abschluß beitreten,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die für Verhandlungen über eine künftige Konvention zum weltweiten Verbot aller chemischen Waffen wichtigen Daten auszutauschen, sowie im Bewußtsein der Tatsache, daß die Bereitstellung solcher Daten eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme wäre,

im Hinblick auf die bilateralen und sonstigen Gespräche, einschließlich des fortlaufenden Meinungsaustausches zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika im Rahmen der multilateralen Verhandlungen über Fragen im Zusammenhang mit dem Verbot chemischer Waffen,

erfreut über die von den Staaten auf allen Ebenen unternommenen Anstrengungen zur Erleichterung des möglichst baldigen Abschlusses einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von chemischen Waffen und über deren Vernichtung und insbesondere erfreut über die konkreten Schritte, die das Vertrauen fördern und unmittelbar zu diesem Ziel beitragen sollen,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von der Arbeit, welche die Abrüstungskonferenz auf ihrer Tagung 1989 bezüglich des Verbots chemischer Waffen geleistet hat, und würdigt insbesondere die von ihrem Ad-hoc-Ausschuß für chemische Waffen in dieser Frage erzielten Fortschritte und die in seinem Bericht dargelegten greifbaren Ergebnisse;

2. *stellt fest*, daß es zwar bedauerlich ist, daß bisher noch keine Konvention über das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von chemischen Waffen und über deren Vernichtung abgeschlossen worden ist, daß es jedoch eine immer größere Bereitschaft gibt, die offenen Probleme so schnell wie möglich zu lösen;

3. *bittet* die Abrüstungskonferenz *erneut nachdrücklich*, auf ihrer Tagung 1990, die von entscheidender Bedeutung sein wird, mit hohem Vorrang die Verhandlungen über eine solche Konvention voranzutreiben und ihre Bemühungen u.a. dadurch noch weiter zu verstärken, daß sie im Laufe des Jahres diesen Verhandlungen unter Berücksichtigung aller bereits vorliegenden Vorschläge und künftigen Initiativen mehr Zeit widmet, damit möglichst bald die abschließende Ausarbeitung einer Konvention erfolgen kann, und zu diesem Zweck ihren Ad-hoc-Ausschuß für chemische Waffen mit einem von der Abrüstungskonferenz zu Beginn ihrer Tagung 1990 zu vereinbarenden Mandat erneut einzusetzen;

4. *ersucht* die Abrüstungskonferenz, sich die von der vom 7. bis 11. Januar 1989 abgehaltenen Konferenz der Vertragsstaaten des Genfer Protokolls von 1925 und anderer interessierter Staaten erzeugte politische Dynamik und die Erkenntnis der Konferenz, daß ein weltweites Verbot der chemischen Waffen den Anliegen und Interessen der ganzen Welt entsprechen würde, zunutze zu machen, um möglichst bald zum Abschluß einer derartigen Konvention zu gelangen;

5. *ersucht* die Abrüstungskonferenz *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Ergebnisse ihrer Verhandlungen zu berichten;

6. *fordert* alle Staaten *auf*, sich an die Verpflichtungen zu halten, die in der auf der Pariser Konferenz verabschiedeten Schlußerklärung eingegangen wurden;

7. *begrüßt es*, daß die auf der Regierungs-Industrie-Konferenz gegen chemische Waffen vertretenen Regierungen erneut erklärt haben, daß sie entschlossen sind, so bald wie möglich eine Konvention abzuschließen und anzuwenden, und begrüßt es außerdem, daß die Vertreter der chemischen Industrie erstmalig gemeinschaftlich erklärt haben, daß sie sich zu einer diesbezüglichen Zusammenarbeit mit den Regierungen verpflichten[49];

8. *anerkennt*, daß auf der Regierungs-Industrie-Konferenz gegen chemische Waffen konstruktive Vorschläge erörtert worden sind, die den Genfer Verhandlungen neue Impulse verleihen und zum Abschluß und zur baldigen Anwendung einer derartigen Konvention beitragen könnten;

9. *anerkennt außerdem* die Wichtigkeit der von den Staaten über den Besitz beziehungsweise Nichtbesitz von chemischen Waffen abgegebenen Erklärungen und eines weiteren internationalen Datenaustausches im Zusammenhang mit den Verhandlungen über eine derartige Konvention;

10. *ermutigt* die Mitgliedstaaten, weitere Initiativen zur Förderung des Vertrauens und der Offenheit bei den Verhandlungen zu ergreifen und weitere Informationen bereitzustellen, um eine rasche Lösung der noch offenen Fragen zu erleichtern und so zu einer baldigen Einigung über eine derartige Konvention und zu ihrer Universalität beizutragen.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

B

Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen: Massnahmen zur Bestätigung der Verbindlichkeit des Genfer Protokolls von 1925 und zur Unterstützung des Abschlusses einer Konvention über chemische Waffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen sowie die Resolutionen des Sicherheitsrats über den Einsatz von chemischen Waffen,

sowie unter Hinweis auf das am 17. Juni 1925 in Genf unterzeichnete Protokoll über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege[41] sowie auf die Normen und Grundsätze des bei bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts,

in diesem Zusammenhang *erfreut darüber*, daß die vom 7. bis 11. Januar 1989 in Paris abgehaltene Konferenz der Vertragsstaaten des Genfer Protokolls von 1925 und anderer interessierter Staaten in ihrer Schluß-

[49] A/C.1/44/4, Anhang II.

erklärung[42] die Bedeutung und die unveränderte Gültigkeit des Protokolls von 1925 bekräftigt hat,

ferner unter Hinweis auf die Notwendigkeit des Beitritts aller Staaten zu dem am 10. April 1972 in London, Moskau und Washington unterzeichneten Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen[44],

mit tiefer Bestürzung über den Einsatz und über die Gefahr des Einsatzes chemischer Waffen, solange es derartige Waffen noch gibt und sie verbreitet werden,

feststellend, daß die rasche und unparteiische Untersuchung von Fällen, in denen der mögliche Einsatz von chemischen und bakteriologischen Waffen gemeldet worden ist, die Verbindlichkeit des Genfer Protokolls weiter stärken wird,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[50] über die Vorschläge der gemäß Generalversammlungsresolution 42/37 C vom 30. November 1987 eingesetzten Gruppe qualifizierter Sachverständiger betreffend die technischen Richtlinien und Verfahren, die dem Generalsekretär für eine rechtzeitige und effiziente Untersuchung von Fällen zur Verfügung stehen, in denen der mögliche Einsatz von chemischen und bakteriologischen (biologischen) Waffen oder Toxinwaffen gemeldet worden ist,

feststellend, daß diese Richtlinien und Verfahren bei Abschluß einer Konvention über chemische Waffen den Verpflichtungen aus der Konvention angepaßt werden sollten,

1. *erneuert ihren Aufruf* an alle Staaten, die Grundsätze und Ziele des Protokolls über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege strikt zu befolgen, und verurteilt entschieden alle Handlungen, die gegen diese Verpflichtung verstoßen;

2. *fordert* alle Staaten, die dem Genfer Protokoll von 1925 noch nicht beigetreten sind, *auf*, dies zu tun;

3. *bittet* die Abrüstungskonferenz *nachdrücklich*, ihre Verhandlungen über eine Konvention über das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung als Angelegenheit von unveränderter Dringlichkeit fortzusetzen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, sobald ihm von einem Mitgliedstaat Fälle eines möglichen Einsatzes von chemischen und bakteriologischen (biologischen) Waffen oder Toxinwaffen zur Kenntnis gebracht werden, die möglicherweise eine Verletzung des Genfer Protokolls von 1925 oder anderer relevanter Normen des Völkergewohnheitsrechts darstellen, umgehend Untersuchungen zur Ermittlung des Sachverhalts durchzuführen und allen Mitgliedstaaten die Ergebnisse derartiger Untersuchungen umgehend mitzuteilen;

5. *begrüßt* in diesem Zusammenhang die Vorschläge der Gruppe qualifizierter Sachverständiger betreffend die technischen Richtlinien und Verfahren, von denen sich der Generalsekretär bei der rechtzeitigen und effizienten Untersuchung von Fällen leiten lassen soll, in denen der Einsatz von chemischen und bakteriologischen (biologischen) Waffen oder Toxinwaffen gemeldet worden ist[51];

6. *fordert* alle Staaten *auf* zu erwägen, diese Untersuchungsrichtlinien und -verfahren zur Anwendung zu bringen, u.a. indem sie dem Generalsekretär qualifizierte Sachverständige und/oder Berater sowie Laboratorien für die entsprechenden Analysen zur Verfügung stellen;

7. *stellt mit Genugtuung fest*, daß der Sicherheitsrat beschlossen hat, unter Berücksichtigung der Untersuchungen des Generalsekretärs sofort angemessene und wirksame Maßnahmen im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen in Erwägung zu ziehen[52];

8. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, Zurückhaltung zu üben und verantwortlich zu handeln und dabei die Notwendigkeit des baldigen Abschlusses und Inkrafttretens einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung zu berücksichtigen;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

C

Umsetzung der Empfehlungen der Zweiten Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2826 (XXVI) vom 16. Dezember 1971, in der sie das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen[44] begrüßte,

sowie unter Hinweis darauf, daß die Zweite Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Übereinkommens vom 8. bis 26. September 1986 in Genf zu dem Zweck stattgefunden hat, die Wirkungsweise des Übereinkommens zu prüfen, um sicherzustellen, daß die Ziele der Präambel und die Bestimmungen des Übereinkommens, so auch die Bestimmungen betreffend Verhandlungen über chemische Waffen, verwirklicht werden,

Kenntnis nehmend von den vertrauensbildenden Maßnahmen, auf die sich die Zweite Überprüfungskonferenz geeinigt hat, um die Verbindlichkeit des Übereinkommens weiter zu steigern und das Vertrauen zwischen den Staaten zu stärken,

anerkennend, daß in der Schlußerklärung der Zweiten Überprüfungskonferenz[46] die Notwendigkeit zum Aus-

[50] A/44/561 mit Add.1 und 2.

[51] A/44/561, Anhang.

[52] Sicherheitsratsresolution 620 (1988).

druck gebracht wird, neben anderen Fragen die Anwendung aller Aspekte des Übereinkommens weiter zu prüfen,

bekräftigend, daß ein gemeinsames Interesse daran besteht, die Verbindlichkeit und Wirksamkeit des Übereinkommens zu erhöhen, um das Vertrauen und die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern, sowie in Bekräftigung der Notwendigkeit, den in dem Übereinkommen verankerten Verpflichtungen nachzukommen,

1. *stellt erfreut fest*, daß gemäß der Schlußerklärung der Zweiten Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen vom 31. März bis 15. April 1987 in Genf ein Ad-hoc-Treffen wissenschaftlicher und technischer Sachverständiger der Vertragsstaaten des Übereinkommens abgehalten wurde, das im Konsens einen Bericht[53] verabschiedete, in dem die Modalitäten des in der Schlußerklärung vereinbarten Informations- und Datenaustausches abschließend festgelegt wurden, so daß die Vertragsstaaten einem einheitlichen Verfahren folgen können;

2. *fordert* alle Vertragsstaaten des Übereinkommens *auf*, dem Generalsekretär jährlich und spätestens jeweils bis zum 15. April derartige Informationen und Daten zu übermitteln;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die für die Umsetzung der einschlägigen Teile der Schlußerklärung benötigte Unterstützung und die unter Umständen erforderlichen Dienste zur Verfügung zu stellen;

4. *stellt fest*, daß die Zweite Überprüfungskonferenz in ihrer Schlußerklärung beschlossen hat, daß auf Antrag der Mehrheit der Vertragsstaaten spätestens 1991 in Genf eine Dritte Überprüfungskonferenz stattfinden soll;

5. *erinnert* in diesem Zusammenhang an den Beschluß, dem zufolge die Dritte Überprüfungskonferenz unter anderem die in Artikel XII der Schlußerklärung der Zweiten Überprüfungskonferenz aufgeführten Fragen behandeln sollte;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, den Vertragsstaaten des Übereinkommens spätestens vier Monate vor Einberufung der Dritten Überprüfungskonferenz einen Bericht über die Umsetzung der von dem Ad-hoc-Treffen wissenschaftlicher und technischer Sachverständiger der Vertragsstaaten vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen zu übermitteln;

7. *begrüßt* die Tatsache, daß über hundert Staaten – so auch alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats – Vertragsstaaten des Übereinkommens sind und daß seit Veranstaltung der Zweiten Überprüfungskonferenz vier weitere Staaten ihre Ratifikationsurkunden des Übereinkommens übermittelt haben, zwei weitere Staaten ihren Beitritt zu dem Übereinkommen erklärt haben und ein Staat seine Vorbehalte gegen das Übereinkommen zurückgezogen hat;

8. *fordert* alle Staaten *auf*, soweit sie das Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben beziehungsweise ihm beigetreten sind, dies unverzüglich zu tun und dadurch zur Universalität des Übereinkommens und zur Festigung des internationalen Vertrauens beizutragen.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/116 – Allgemeine und vollständige Abrüstung

A

Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von radiologischen Waffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 37/99 C vom 13. Dezember 1982, 38/188 D vom 20. Dezember 1983, 39/151 J vom 17. Dezember 1984, 40/94 D vom 12. Dezember 1985, 41/59 A und I vom 3. Dezember 1986, 42/38 F vom 30. November 1987 und 43/75 J vom 7. Dezember 1988 u.a. über den Abschluß einer Übereinkunft über das Verbot militärischer Angriffe auf kerntechnische Anlagen,

Kenntnis nehmend von dem Bericht, den der Generalsekretär gemäß Resolution 43/75 J zu diesem Thema vorgelegt hat[54],

ernsthaft besorgt angesichts der Tatsache, daß bewaffnete Angriffe auf kerntechnische Anlagen, selbst wenn sie mit konventionellen Waffen durchgeführt werden, dem Einsatz von radiologischen Waffen gleichkommen könnten,

sowie unter Hinweis darauf, daß das Zusatzprotokoll I[55] von 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949[56] Angriffe auf Kernkraftwerke verbietet,

in großer Sorge darüber, daß bei der Zerstörung kerntechnischer Anlagen mit konventionellen Waffen ungeheure Mengen gefährlichen radioaktiven Materials in die Umwelt entweichen, was zu einer schweren radioaktiven Verseuchung führt,

fest davon überzeugt, daß der israelische Angriff auf die kerntechnischen Anlagen in Irak, die der Kernmaterialüberwachung unterliegen, eine beispiellose Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt,

ferner unter Hinweis auf die Resolutionen GC(XXVII)/RES/407 und GC(XXVII)/RES/409, die 1983 von der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation verabschiedet wurden[57] und in denen die Konferenz alle Mitgliedstaaten nachdrücklich bat, sich in internationalen Foren für Maßnahmen einzusetzen, die auf den Abschluß einer internationalen Übereinkunft über das Verbot von bewaffneten Angriffen auf friedlichen Zwecken gewidmete kerntechnische Anlagen gerichtet sind,

1. *erklärt erneut*, daß bewaffnete Angriffe jeder Art auf kerntechnische Anlagen wegen der gefährlichen radioaktiven Kräfte, die durch derartige Angriffe freigesetzt werden, dem Einsatz von radiologischen Waffen gleichkommen;

---

[53] BWC/CONF.II/EX/2.

[54] A/44/621.

[55] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 1125, Nr. 17512.

[56] Ebd., Vol. 75, Nr. 970-973.

[57] Siehe Internationale Atomenergie-Organisation, *Resolutions and Other Decisions of the General Conference, Twenty-seventh Regular Session*, 10.-14.Oktober 1983.

2. *ersucht* die Abrüstungskonferenz *erneut*, sich noch intensiver darum zu bemühen, möglichst bald zu einer Übereinkunft über das Verbot von bewaffneten Angriffen auf kerntechnische Anlagen zu gelangen;

3. *ersucht* die Internationale Atomenergie-Organisation *erneut*, der Abrüstungskonferenz die Fachstudien zur Verfügung zu stellen, die den Abschluß einer derartigen Übereinkunft erleichtern könnten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

B

Bilaterale Kernwaffenverhandlungen

Die Generalversammlung,

daran erinnernd, daß sich die führenden Staatsmänner der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika bei ihrem Treffen in Genf im November 1985 dem Ziel verpflichtet haben, wirksame Vereinbarungen zur Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum und zur Einstellung des Wettrüstens auf der Erde auszuarbeiten[58],

im Hinblick auf die Fortschritte, die aus der gemeinsamen Erklärung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika ersichtlich sind, die im Anschluß an ihre Treffen in Washington und Wyoming vom 21. bis 23. September 1989 herausgegeben wurde[11],

sowie im Hinblick darauf, daß seit ihren Treffen in Moskau vom 29. Mai bis 1. Juni 1988[59] die bilateralen Kernwaffenverhandlungen intensiviert worden sind,

ferner im Hinblick auf die Bedeutung der in dem Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite[14] enthaltenen Verifikationsverfahren als Beispiel für die hohen Verifikationsmaßstäbe, die jetzt bei bilateralen wie multilateralen Rüstungskontrollvereinbarungen erzielt werden können,

in der Auffassung, daß es möglich ist, durch Verhandlungen, die mit Flexibilität und unter voller Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Staaten geführt werden, weitreichende, effektiv verifizierbare Vereinbarungen zu erzielen,

fest davon überzeugt, daß eine baldige Einigung bei diesen Verhandlungen, die im Einklang mit dem Prinzip der unverminderten Sicherheit auf dem niedrigstmöglichen Rüstungsniveau steht, für die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit von entscheidender Bedeutung wäre,

überzeugt, daß die internationale Gemeinschaft die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in ihren Anstrengungen bestärken und dabei sowohl die Wichtigkeit als auch die Komplexität ihrer Verhandlungen berücksichtigen sollte,

1. *begrüßt* die Tatsache, daß der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite von den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angewandt wird;

2. *fordert* die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika *auf*, nichts unversucht zu lassen, um im Einklang mit den Sicherheitsinteressen aller Staaten und dem universalen Wunsch nach Fortschritten bei der Abrüstung alle einvernehmlichen Verhandlungsziele zu erreichen, d.h. die Lösung eines Fragenkomplexes betreffend Weltraumwaffen und strategische Kernwaffen, wobei alle diese Fragen in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit geprüft und gelöst werden sollten;

3. *bittet* die beiden Regierungen, die übrigen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen gemäß Ziffer 114 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] über den Fortgang ihrer Verhandlungen entsprechend unterrichtet zu halten;

4. *befürwortet und unterstützt* die bilateralen Verhandlungen und deren erfolgreichen Abschluß *auf das nachdrücklichste.*

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

C

Konventionelle Abrüstung

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit, die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren,

unter Hinweis auf das Schlußdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] und insbesondere dessen Ziffer 81, in der es heißt, daß parallel zu den Verhandlungen über Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung entschlossen auf die Begrenzung und schrittweise Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Waffen im Rahmen der Fortschritte in Richtung auf eine allgemeine und vollständige Abrüstung hingewirkt werden sollte, und in der betont wird, daß die Staaten, die über die größten militärischen Arsenale verfügen, eine besondere Verantwortung dabei haben, den Prozeß der konventionellen Rüstungsreduzierung weiter voranzutreiben,

sowie unter Hinweis darauf, daß es in demselben Dokument u.a. heißt, daß die Prioritäten bei den Abrüstungsverhandlungen folgende sind: Kernwaffen; andere Massenvernichtungswaffen, einschließlich chemischer Waffen; konventionelle Waffen, einschließlich derer, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie übermäßig schwere Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken, sowie die Reduzierung der Streitkräfte, und daß darin betont wird, daß die Staaten durch nichts daran gehindert werden sollten, parallel Verhandlungen über alle vorrangigen Fragen zu führen,

ferner unter Hinweis darauf, daß es in demselben Dokument heißt, daß wirksamen Maßnahmen zur

[58] Siehe A/40/1070, Anhang.
[59] Siehe A/S-15/28, Anhang.

nuklearen Abrüstung und zur Verhütung eines Atomkrieges höchste Priorität zukommt und daß echte Fortschritte auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung weltweit eine für Fortschritte bei der konventionellen Abrüstung förderliche Atmosphäre schaffen könnten,

im Bewußtsein der Gefahren für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufgrund von Kriegen und Konflikten, bei denen konventionelle Waffen zum Einsatz gelangen, sowie der dadurch verursachten Verluste an Menschenleben und Sachschäden wie auch im Bewußtsein der Möglichkeit, daß diese Kriege und Konflikte in Regionen mit einer hohen Konzentration an konventionellen Waffen und Kernwaffen zu einem Atomkrieg eskalieren,

sowie im Bewußtsein dessen, daß konventionelle Waffen im Zuge des wissenschaftlich-technischen Fortschritts immer tödlicher werden und immer größere Zerstörungskraft bekommen und daß die konventionellen Rüstungen große Mengen an Ressourcen verbrauchen,

die Auffassung vertretend, daß die durch die Abrüstung, so auch durch die konventionelle Abrüstung, freigesetzten Ressourcen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Völker aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, verwendet werden können,

feststellend, daß die laufenden Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa zunehmend an Bedeutung gewinnen,

eingedenk ihrer Resolution 36/97 A vom 9. Dezember 1981 und der in Übereinstimmung mit dieser Resolution durchgeführten *Study on Conventional Disarmament*[60] (Studie über die konventionelle Abrüstung) wie auch ihrer Resolutionen 41/59 C und 41/59 G vom 3. Dezember 1986, 42/38 E und 42/38 G vom 30. November 1987 sowie 43/75 D und 43/75 F vom 7. Dezember 1988 und der Behandlung der Frage der konventionellen Abrüstung durch die Abrüstungskommission auf ihrer Tagung 1989[61],

sowie eingedenk der Bemühungen zur Förderung der konventionellen Abrüstung und der damit zusammenhängenden Vorschläge und Anregungen sowie der diesbezüglichen Initiativen verschiedener Länder,

1. *bekräftigt* die Wichtigkeit der Bemühungen, die darauf gerichtet sind, im Rahmen von Fortschritten in Richtung auf eine allgemeine und vollständige Abrüstung entschlossen auf die Begrenzung und schrittweise Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Waffen hinzuwirken;

2. *vertritt die Auffassung*, daß die Streitkräfte aller Länder ausschließlich zur Selbstverteidigung eingesetzt werden sollten;

3. *begrüßt* die neue Verhandlung über konventionelle Streitkräfte in Europa;

4. *bittet nachdrücklich* die Länder mit den größten militärischen Arsenalen, die besondere Verantwortung für die Weiterführung des Prozesses der konventionellen Rüstungsreduzierung tragen, und die Mitgliedstaaten der beiden großen Militärbündnisse, im Rahmen geeigneter Foren ihre intensiven Verhandlungen über die konventionelle Rüstung fortzusetzen, damit baldige Einigung über die Herstellung eines stabilen und sicheren Gleichgewichts der konventionellen Rüstungen und Streitkräfte auf einem niedrigeren Niveau unter wirksamer internationaler Kontrolle in ihrer jeweiligen Region, insbesondere in Europa, erzielt wird, das die größte Konzentration an Waffen und Streitkräften in der Welt aufweist;

5. *ermutigt* alle Staaten, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der Wahrung ihrer Sicherheit und der Erhaltung des erforderlichen Verteidigungspotentials ihre Anstrengungen zu verstärken und entweder einzeln oder in einem regionalen Kontext geeignete Maßnahmen zur Förderung von Fortschritten bei der konventionellen Abrüstung und zur Festigung von Frieden und Sicherheit zu ergreifen,

6. *ersucht* die Abrüstungskommission, auf ihrer Arbeitstagung 1990 Fragen im Zusammenhang mit der konventionellen Abrüstung weiter zu behandeln;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Konventionelle Abrüstung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

D

Nukleare Abrüstung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 41/59 F vom 3. Dezember 1986, 42/38 H vom 30. November 1987 und 43/75 E vom 7. Dezember 1988,

in Bekräftigung der in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit, die kommenden Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren,

überzeugt, daß die Beseitigung der Gefahr eines Weltkrieges – eines Atomkrieges – die wichtigste und dringendste Aufgabe der Gegenwart ist,

unter Hinweis auf die im Schlußdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] enthaltenen Feststellungen und Bestimmungen betreffend die nukleare Abrüstung, insbesondere Ziffer 20, wonach "wirksamen Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung und zur Verhinderung eines Atomkrieges die höchste Priorität" zukommt, sowie Ziffer 48, wonach "die Aufgabe, die Ziele der nuklearen Abrüstung zu erreichen, . . . für alle Kernwaffenstaaten, insbesondere für jene, die über die bedeutendsten nuklearen Arsenale verfügen, eine besondere Verantwortung mit sich [bringt]", *und in Bekräftigung derselben*,

sowie unter Hinweis darauf, daß es in Ziffer 55 desselben Dokuments heißt, daß "echte Fortschritte auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung . . . weltweit eine für Fortschritte bei der konventionellen Abrüstung förderliche Atmosphäre schaffen [könnten]",

eingedenk dessen, daß das Ziel der nuklearen Abrüstung letztlich die vollständige Beseitigung von Kernwaffen ist,

feststellend, daß die führenden Staatsmänner der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer am 21. November 1985 in Genf abgegebenen gemeinsamen Erklärung[18] übereingekommen sind, daß "ein Atomkrieg

[60] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.85.IX.1.
[61] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Fünfzehnte Sondertagung, Beilage 3* (A/S-15/3), Ziffer 57.

nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf", und daß in derselben Erklärung der gemeinsame Wunsch nach baldigen Fortschritten in Bereichen ausgesprochen wurde, in denen es Gemeinsamkeiten gibt, so auch grundsätzlich hinsichtlich einer entsprechend angewandten 50prozentigen Reduzierung der Kernwaffen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten,

sowie feststellend, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika intensive Verhandlungen über verschiedene Abrüstungsfragen geführt haben,

ferner feststellend, daß die Abrüstungskonferenz nicht die ihr zukommende Rolle auf dem Gebiet der nuklearen Abrüstung gespielt hat,

die Auffassung vertretend, daß der qualitative Aspekt des Wettrüstens gleichzeitig mit dem quantitativen Aspekt behandelt werden muß,

eingedenk dessen, daß die Regierungen und Völker der verschiedenen Länder erwarten, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika eine Einigung über die Beendigung des nuklearen Wettrüstens und die weitere Reduzierung der Kernwaffen erzielen werden,

1. *begrüßt* die weitere Anwendung des Vertrages zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite[14];

2. *bittet nachdrücklich* die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika, die die bedeutendsten Kernwaffenbestände besitzen, ihrer besonderen Verantwortung für die nukleare Abrüstung weiter nachzukommen, bei der Beendigung des nuklearen Wettrüstens die Führung zu übernehmen und die Verhandlungen zu beschleunigen, mit dem Ziel, bald zu einer Einigung über die drastische Reduzierung ihrer Kernwaffenbestände zu gelangen;

3. *äußert von neuem ihre Auffassung*, daß bilaterale und multilaterale Bemühungen um eine nukleare Abrüstung einander ergänzen und fördern sollten;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Nukleare Abrüstung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

E

Objektive Informationen über militärische Fragen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Ziffer 105 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, in der die Versammlung die Mitgliedstaaten angeregt hat, einen besseren Informationsfluß im Hinblick auf die verschiedenen Aspekte der Abrüstung zu gewährleisten, um die Verbreitung von falschen und tendenziösen Informationen über die Rüstung zu vermeiden, und sich auf die Gefahr der Eskalation des Wettrüstens und die Notwendigkeit der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zu konzentrieren,

unter Berücksichtigung der Aufmerksamkeit, die Fragen der Offenheit und der Gewährleistung des Austausches objektiver Informationen im militärischen Bereich auf ihrer fünfzehnten Sondertagung, der dritten Sondertagung über Abrüstung, gefunden haben,

mit Befriedigung feststellend, daß durch die vor kurzem geschlossenen Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsvereinbarungen neue qualitative Offenheitsmaßstäbe gesetzt worden sind,

sowie mit Befriedigung feststellend, daß von verschiedenen Staaten noch mehr Maßnahmen getroffen beziehungsweise Vorschläge unterbreitet wurden, die darauf gerichtet sind, Offenheit und Transparenz bei militärischen Aktivitäten zu erzielen,

die Auffassung vertretend, daß die Verabschiedung vertrauensbildender Maßnahmen zur Förderung von Offenheit und Transparenz dazu beitragen würden, das Risiko von Fehleinschätzungen der militärischen Fähigkeiten und Absichten zu vermindern, welche militärische Rivalitäten zwischen den Staaten hervorrufen könnten, die zur Durchführung von Rüstungsprogrammen und zur Beschleunigung des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens, zu einer Verschärfung internationaler Spannungen und schließlich zum Konflikt führen,

sowie die Auffassung vertretend, daß ausgewogene und objektive Informationen über alle militärischen Fragen, insbesondere seitens der Kernwaffenstaaten und anderer militärisch bedeutender Staaten, zur Vertrauensbildung zwischen den Staaten und zum Abschluß konkreter Abrüstungsvereinbarungen beitragen und so helfen würden, das Wettrüsten anzuhalten und umzukehren,

im Hinblick darauf, daß größere Offenheit und Transparenz zur Festigung der Sicherheit beitragen würde,

überzeugt, daß größere Offenheit über militärische Aktivitäten, u.a. durch die Übermittlung einschlägiger Informationen über diese Aktivitäten, so auch über die Höhe der Militärhaushalte, zu größerem Vertrauen zwischen den Staaten beitragen würde,

unter Berücksichtigung der Arbeiten, die in der Abrüstungskommission über die Reduzierung der Militärhaushalte durchgeführt worden sind[62],

mit Befriedigung feststellend, daß eine zunehmende Anzahl von Staaten nach dem unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen bestehenden internationalen System für die standardisierte Berichterstattung über Militärausgaben Jahresberichte über diese Ausgaben vorgelegt hat,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/75 G vom 7. Dezember 1988, in der sie alle Mitgliedstaaten bat, dem Generalsekretär ihre Auffassungen über Mittel und Wege zur weiteren Konsolidierung der sich abzeichnenden Entwicklung zu größerer Offenheit in militärischen Fragen mitzuteilen, insbesondere im Hinblick auf die Bereitstellung objektiver Informationen über militärische Fragen, damit diese von der Abrüstungskommission auf ihrer Tagung 1990 behandelt werden können,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über dieses Thema an die dritte Sondertagung der Generalversammlung über Abrüstung[63];

[62] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 42* (A/44/42), Ziffer 44.
[63] A/S-15/7 mit Add. 1 und 2.

2. *bekräftigt ihre feste Überzeugung*, daß ein besserer Fluß objektiver Informationen über militärische Fähigkeiten zum Abbau internationaler Spannungen sowie zur Vertrauensbildung zwischen den Staaten auf globaler, regionaler oder subregionaler Ebene und zum Abschluß von konkreten Abrüstungsvereinbarungen beitragen könnte;

3. *empfiehlt* denjenigen Staaten sowie globalen, regionalen und subregionalen Organisationen, die sich bereits für den Grundsatz praktischer und konkreter vertrauensbildender Maßnahmen militärischer Natur auf globaler, regionaler oder subregionaler Ebene ausgesprochen haben, sich stärker darum zu bemühen, daß derartige Maßnahmen ergriffen werden;

4. *empfiehlt* allen Staaten, insbesondere den Kernwaffenstaaten und anderen militärisch bedeutenden Staaten, das internationale System für die standardisierte Berichterstattung über Militärausgaben mit dem Ziel anzuwenden, einen realistischen Vergleich zwischen den Militärhaushalten anzustellen, die Verfügbarkeit objektiver Informationen über militärische Fähigkeiten sowie eine objektive Beurteilung derselben zu erleichtern und zum Abrüstungsprozeß beizutragen;

5. *bittet* alle Mitgliedstaaten, zur Vorlage auf der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung dem Generalsekretär noch vor dem 30. April 1990 mitzuteilen, welche Maßnahmen sie zu diesem Zweck getroffen haben;

6. *ersucht* die Abrüstungskommission, in die Tagesordnung für ihre Tagung 1990 einen Punkt mit dem Titel "Objektive Informationen über militärische Fragen" aufzunehmen;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Objektive Informationen über militärische Fragen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

F

Konventionelle Abrüstung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/75 D vom 7. Dezember 1988,

unter Berücksichtigung der Beschlüsse und Empfehlungen, wie sie im Schlußdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], insbesondere in Ziffer 114, wiedergegeben sind,

sowie unter Berücksichtigung dessen, daß die konventionelle Abrüstung ein notwendiger Teil des Abrüstungsprozesses ist,

nach Prüfung des Berichts der Abrüstungskommission[63],

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der eingehenden Erörterung der Frage der konventionellen Abrüstung während der Tagung der Abrüstungskommission im Jahr 1989;

2. *empfiehlt*, daß der Bericht als Grundlage für weitere Beratungen der Abrüstungskommission über das Thema dienen sollte[64];

3. *ersucht* die Abrüstungskommission, auf ihrer Tagung 1990 die sachorientierte Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der konventionellen Abrüstung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung mit dem Ziel Bericht zu erstatten, mögliche Rüstungsreduzierungs- und Abrüstungsmaßnahmen im konventionellen Bereich zu erleichtern;

4. *ersucht* die Abrüstungskommission *außerdem*, zu diesem Zweck in die Tagesordnung ihrer Tagung 1990 den Punkt "Sachorientierte Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der konventionellen Abrüstung" aufzunehmen;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Konventionelle Abrüstung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

G

Durchführung der Abrüstungsresolutionen der Generalversammlung

Die Generalversammlung,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[65],

unter Hinweis auf Ziffer 115 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], in der es u.a. heißt, daß die Versammlung das wichtigste Beratungsorgan der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung ist und bleiben sollte und daß sie alle Anstrengungen unternehmen sollte, um die Durchführung von Abrüstungsmaßnahmen zu erleichtern,

in Anbetracht dessen, daß die Umsetzung der Empfehlungen der Generalversammlung auf dem Gebiet der Abrüstung eine entscheidende Rolle bei der Verwirklichung der Ziele der Charta der Vereinten Nationen spielen kann,

1. *hält es für wichtig*, daß alle Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit unter Beweis stellen, zu allseitig annehmbaren, umfassend verifizierbaren und wirksamen Abrüstungsmaßnahmen zu gelangen, so auch durch die Durchführung der Abrüstungsresolutionen der Generalversammlung;

2. *bittet* alle Mitgliedstaaten, zur Ausarbeitung von Entwürfen für Abrüstungsresolutionen beizutragen, die, soweit dies möglich ist, ohne Abstimmung verabschiedet werden könnten, was ihre entsprechende Umsetzung erleichtern würde;

3. *bittet* die Mitgliedstaaten *außerdem*, sich mit den im Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Vorschlägen und Ideen auseinanderzusetzen;

4. *bittet* alle Mitgliedstaaten, soweit nicht bereits geschehen, dem Generalsekretär ihre Auffassungen und Anregungen dazu mitzuteilen, wie sich die Durchführung der Abrüstungsresolutionen der Generalversammlung verbessern läßt;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen Sachstandsbericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

[64] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 42* (A/44/42), Ziffer 48 (Ziffer 6 des zitierten Textes).

[65] A/44/495 mit Add.1.

6. *beschließt*, die Frage der Durchführung der Abrüstungsresolutionen der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung weiter zu behandeln.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

H

Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Rüstungszwecke

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/91 H vom 16. Dezember 1978, 34/87 D vom 11. Dezember 1979, 35/156 H vom 12. Dezember 1980, 36/97 G vom 9. Dezember 1981, 37/99 E vom 13. Dezember 1982, 38/188 E vom 20. Dezember 1983, 39/151 H vom 17. Dezember 1984, 40/94 G vom 12. Dezember 1985, 41/59 L vom 3. Dezember 1986, 42/38 L vom 30. November 1987 und 43/75 K vom 7. Dezember 1988, in denen sie die Abrüstungskonferenz ersucht hat, in einem geeigneten Stadium der Durchführung des in Abschnitt III des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, enthaltenen Aktionsprogramms und ihrer Arbeiten zu dem Punkt "Kernwaffen unter allen Aspekten" dringend die Frage einer ausreichend verifizierten Einstellung und eines ausreichend verifizierten Verbots der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen und andere Kernsprengkörper zu behandeln und die Versammlung über den Fortgang dieser Behandlung unterrichtet zu halten,

im Hinblick darauf, daß die Tagesordnung der Abrüstungskonferenz für 1989 den Punkt "Kernwaffen unter allen Aspekten" und das Arbeitsprogramm der Konferenz für beide Teile ihrer 1989 abgehaltenen Tagung den Punkt "Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung" enthielt[66],

unter Hinweis auf die in der Abrüstungskonferenz zu diesen Punkten abgegebenen Vorschläge und Erklärungen[67],

die Auffassung vertretend, daß die Beendigung der Herstellung von spaltbarem Material für Rüstungszwecke sowie die schrittweise Umwandlung der Bestände und ihre Verwendung für friedliche Zwecke einen bedeutenden Schritt zur Anhaltung und Umkehrung des nuklearen Wettrüstens darstellen würde,

sowie die Auffassung vertretend, daß das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen und andere Sprengkörper eine wichtige Maßnahme wäre, um die Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen und Kernsprengkörpern zu erleichtern,

ersucht die Abrüstungskonferenz, in einem geeigneten Stadium ihrer Arbeit zum Punkt "Kernwaffen unter allen Aspekten" die Frage einer ausreichend verifizierten Einstellung und eines ausreichend verifizierten Verbots der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen und andere Kernsprengkörper weiter zu behandeln und die Generalversammlung über den Fortgang dieser Behandlung unterrichtet zu halten.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

[66] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 27* (A/44/27), Ziffer 6 und 8.
[67] Ebd., Abschnitt III.A und B.

I

Vertrauens- und sicherheitsbildende Massnahmen und konventionelle Abrüstung in Europa

Die Generalversammlung,

entschlossen, Fortschritte bei der Abrüstung zu erzielen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/75 P vom 7. Dezember 1988,

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* vom erfolgreichen Abschluß der Beratungen des Wiener Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa;

2. *begrüßt* die Einleitung zweier Verhandlungen im Rahmen des Prozesses der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, und zwar zum einen über die Ausarbeitung von neuen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und zum anderen über konventionelle Streitkräfte in Europa;

3. *begrüßt außerdem* die bisher erzielten Fortschritte bei diesen Verhandlungen und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sie bald erfolgreich abgeschlossen werden.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

J

Umstellung militärischer Ressourcen

Die Generalversammlung,

im Bewußtsein dessen, daß zahlreiche Staaten ihre militärischen Ressourcen auf zivile Nutzungszwecke umzustellen wünschen,

feststellend, daß diese Umstellung im Anschluß an eine sorgfältige Untersuchung der grundlegenden Aspekte und praktischen Details einer Neuausrichtung der militärischen Produktion und des militärischen Personals schrittweise durchgeführt werden sollte,

sowie feststellend, wie wichtig es ist, daß die Militärausgaben entsprechend bekannt sind und daß darüber in der geeigneten Weise Bericht erstattet wird,

ferner feststellend, daß eine effiziente Umstellung der militärischen Produktion eventuell entsprechende Verwaltungs- und Gesetzesmaßnahmen wie auch geeignete organisatorische, finanzielle und andere Mechanismen voraussetzt,

sich bewußt, daß bei der Ausarbeitung eines nationalen Umstellungsprogramms wirtschaftlichen, sozialen, finanziellen und anderen Aspekten Rechnung getragen werden sollte,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/73 vom 7. Dezember 1988 über die Reduzierung der Militärhaushalte,

sowie unter Hinweis darauf, daß es Studien über bestimmte Aspekte der Umstellung gibt, die von der internationalen Gemeinschaft herangezogen werden könnten,

in dem Wunsche, im Rahmen der Vereinten Nationen einen Erfahrungsaustausch über die Modalitäten einer Umstellung militärischer Ressourcen auf zivile Nutzungszwecke zu fördern,

1. *bittet* die Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär bis zum 30. April 1991 ihre Auffassungen betreffend ver-

schiedene Aspekte der Umstellung militärischer Ressourcen auf zivile Nutzungszwecke vorzulegen;

2. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Umstellung militärischer Ressourcen auf zivile Nutzungszwecke" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

K

Bilaterale Kernwaffenverhandlungen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/75 A vom 7. Dezember 1988,

sowie unter Hinweis auf die Erklärung und das Schlußdokument über internationale Sicherheit und Abrüstung, die auf der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurden[7],

betonend, daß die allgemeine Annäherung zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika zum Nachlassen der internationalen Spannungen und zur Schaffung der Grundvoraussetzungen für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens beiträgt,

ermutigt durch die positiven Entwicklungen auf dem Gebiet der Abrüstung, zu denen es dank der Umsetzung des Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite[14] und dank der jüngsten zwischen den beiden Seiten getroffenen Vereinbarungen gekommen ist,

jedoch *besorgt* darüber, daß die Welt noch immer durch die massiven Kernwaffenbestände bedroht wird, die noch weiter verfeinert und ergänzt werden, und daß nur dann Hoffnung auf nukleare Abrüstung besteht, wenn auf ein Gleichgewicht der Furcht verzichtet wird und sich die Kernwaffenmächte das Ziel der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen zu eigen machen,

sowie betonend, wie wichtig die Festigung der internationalen Sicherheit durch Abrüstung und ein Anhalten der qualitativen und quantitativen Eskalation des Wettrüstens ist,

im Bewußtsein der Tatsache, daß der nukleare wie auch der konventionelle Abrüstungsprozeß nicht vonstatten gehen kann, ohne daß alle Staaten, insbesondere die wichtigsten Militärmächte und ihre Bündnisse, die in dieser Hinsicht die größte Verantwortung tragen, einen Beitrag leisten,

in Anbetracht dessen, daß es zwar die Verantwortung und Pflicht aller Staaten ist, den sich abzeichnenden Prozeß zu beschleunigen und ihn in eine Richtung zu lenken, die allen zugute käme, daß jedoch dauerhafter Frieden und dauerhafte Sicherheit nur erzielt werden können, wenn die internationale Gemeinschaft ihre Anstrengungen vereint und alle Länder gleichberechtigt daran mitwirken und dazu beitragen,

ferner betonend, daß die allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle schon von ihrer Natur her nicht erreichbar ist, wenn sich nicht alle Länder an ihrer Verwirklichung beteiligen,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß ein Atomkrieg das Recht auf Leben schlechthin bedroht, und daß daher die Verhütung eines Atomkrieges nach wie vor die wichtigste Aufgabe unserer Zeit ist,

bekräftigend, daß bilaterale und multilaterale Abrüstungsverhandlungen einander fördern und ergänzen sollten und daß Fortschritte auf bilateraler Ebene nicht dazu verwendet werden sollten, Maßnahmen auf multilateraler Ebene zu verzögern oder zu verhindern,

1. *begrüßt* die positiven Entwicklungen bei den bilateralen Verhandlungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über Abrüstungsfragen sowie den Beginn der Umsetzung des Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite;

2. *fordert* die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika *auf*, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um im Rahmen des Prozesses, der zur vollständigen Beseitigung von Kernwaffen führt, das selbstgesetzte Ziel eines Vertrages über eine 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen zu erreichen;

3. *fordert* die beiden Regierungen *außerdem auf*, ihre Anstrengungen mit dem Ziel zu verstärken, auch in anderen Bereichen zu Abkommen zu gelangen, so vor allem und mit Vorrang in der Frage eines umfassenden Kernversuchsverbots;

4. *fordert* die beiden Regierungen *ferner auf*, Einigung zu erzielen, um zu gewährleisten, daß der Weltraum von allen Waffen freigehalten wird;

5. *bittet* die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, die Generalversammlung und die Abrüstungskonferenz entsprechend über den Fortgang ihrer Verhandlungen unterrichtet zu halten.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

L

Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Bestimmungen des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] betreffend den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung,

sowie unter Hinweis auf die am 11. September 1987 erfolgte Verabschiedung des Schlußdokuments der Internationalen Konferenz über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung[68],

1. *begrüßt* den Bericht des Generalsekretärs[69] und die im Einklang mit dem Schlußdokument der Internationalen Konferenz über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung getroffenen Maßnahmen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, über die entsprechenden Organe und im Rahmen der verfügbaren Ressourcen auch künftig Maßnahmen zur Umsetzung des

[68] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.87.IX.8.
[69] A/44/449.

auf der Internationalen Konferenz verabschiedeten Aktionsprogramms zu treffen[70];

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht vorzulegen;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

M

Seerüstung und Abrüstung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 38/188 G vom 20. Dezember 1983, in der sie den Generalsekretär ersucht hat, mit Hilfe qualifizierter Regierungssachverständiger eine umfassende Studie über das Wettrüsten zur See zu erstellen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 40/94 F vom 12. Dezember 1985, mit der sie die Abrüstungskommission ersucht hat, unter Berücksichtigung aller anderen ihr bereits vorliegenden oder künftig noch unterbreiteten relevanten Vorschläge die Fragen zu behandeln, die in der Studie mit dem Titel "*The Naval Arms Race*"[71] (Das Wettrüsten zur See) enthalten sind, und zwar in der Sachdarstellung wie auch in den Schlußfolgerungen, mit dem Ziel, im Rahmen von Fortschritten auf dem Weg zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung die Identifizierung möglicher Rüstungsreduzierungs- und Abrüstungsmaßnahmen auf dem Gebiet der Seerüstung wie auch entsprechender vertrauensbildender Maßnahmen zu erleichtern,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 43/75 L vom 7. Dezember 1988, mit der sie die Abrüstungskommission ersucht hat, auf ihrer Tagung 1989 die sachorientierte Behandlung der Frage fortzusetzen und der Generalversammlung spätestens auf ihrer vierundvierzigsten Tagung über ihre Beratungen und Empfehlungen Bericht zu erstatten,

nach Prüfung des Berichts des Vorsitzenden der Abrüstungskommission über die sachorientierte Behandlung der Frage des Wettrüstens zur See und der Abrüstung auf der Kommissionstagung im Jahre 1989[72], der die Zustimmung aller Teilnehmerdelegationen an den Sachkonsultationen gefunden hat und der deren Auffassung zufolge die Grundlage für weitere Beratungen über dieses Thema bilden könnte,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Vorsitzenden der Abrüstungskommission über die sachorientierte Behandlung der Frage des Wettrüstens zur See und der Abrüstung;

2. *ersucht* die Abrüstungskommission, den Punkt "Seerüstung und Abrüstung" auf die Tagesordnung ihrer Tagung 1990 zu setzen;

3. *ersucht* die Abrüstungskommission *außerdem*, auf ihrer bevorstehenden Tagung 1990 die sachorientierte Behandlung der Frage fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über ihre Beratungen und Empfehlungen zu berichten;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Seerüstung und Abrüstung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

N

Internationale Waffentransfers

Die Generalversammlung,

Kenntnis nehmend von ihrer Resolution 43/75 I vom 7. Dezember 1988,

in Anbetracht der Auffassungen, die die Mitgliedstaaten dem Generalsekretär im vergangenen Jahr zu dieser Frage unterbreitet haben[73],

mit Interesse der Studie der Vereinten Nationen über internationale Waffentransfers und dem Bericht der Studiengruppe *entgegensehend*, die der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung vorgelegt werden sollen,

sowie in Anbetracht der Sachberatungen, die im Rahmen der Abrüstungskommission über Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Frage der internationalen Waffentransfers eingeleitet wurden,

1. *bittet* alle Mitgliedstaaten, soweit nicht bereits geschehen, dem Generalsekretär ihre Auffassungen und Vorschläge zu den in Ziffer 1 und 2 der Resolution 43/75 I enthaltenen Fragen zur Verfügung zu stellen;

2. *ersucht* die Abrüstungskommission, während ihrer Tagung 1990 ihre Beratung über die in der vorerwähnten Resolution enthaltenen Fragen unter dem Punkt "Konventionelle Abrüstung" fortzusetzen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen der Resolution 43/75 I auch künftig alle einschlägigen Informationen zu dieser Frage zur Verfügung zu stellen;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Internationale Waffentransfers" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

O

Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrages über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2660 (XXV) vom 7. Dezember 1970, in der sie den Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Mas-

[70] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.87.IX.8, Ziffer 35.
[71] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.86.IX.3.
[72] A/CN.10/134.

[73] Siehe A/44/444 mit Add. 1-3.

senvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund begrüßt hat,

überzeugt, daß dieser Vertrag einen Schritt auf das Ziel hin darstellt, den Meeresboden und den Meeresuntergrund aus dem Wettrüsten herauszuhalten und zu einem oder mehreren Verträgen über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle zu gelangen,

sowie unter Hinweis darauf, daß die Vertragsstaaten vom 19. bis 28. September 1989 in Genf zusammengetreten sind, um die Anwendung des Vertrages zu überprüfen, mit dem Ziel sicherzustellen, daß die Zwecke der Präambel und die Bestimmungen des Vertrages verwirklicht werden,

mit Befriedigung feststellend, daß die Dritte Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrages über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund zu dem Schluß gekommen ist, daß die mit Artikel I des Vertrages eingegangenen Verpflichtungen von den Vertragsstaaten getreulich eingehalten worden sind,

feststellend, daß die Dritte Überprüfungskonferenz in ihrer Schlußerklärung[74] ihre Überzeugung bekräftigt hat, daß es den Weltfrieden und die internationale Sicherheit festigen würde, wenn alle Staaten, insbesondere diejenigen Staaten, die Kernwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen besitzen, Parteien des Vertrages wären,

sowie feststellend, daß die Vertragsstaaten erneut ihre nachdrückliche Unterstützung der Grundsätze und Ziele des Vertrages und ihr weiteres Festhalten daran sowie ihr Engagement zum Ausdruck gebracht haben, seine Bestimmungen wirksam anzuwenden,

ferner feststellend, daß alle Vertragsstaaten bestätigt haben, daß sie auf dem Meeresboden außerhalb der Anwendungszone des Vertrages, wie sie in Artikel II definiert ist, keine Kernwaffen oder sonstige Arten von Massenvernichtungswaffen angebracht haben und auch nicht beabsichtigen, dies zu tun,

in Anerkennung dessen, daß die Vertragsstaaten in der Schlußerklärung die in Artikel V eingegangene Verpflichtung bekräftigt haben, in redlicher Absicht Verhandlungen über weitere Maßnahmen auf dem Gebiet der Abrüstung zu führen, um ein Wettrüsten auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund zu verhüten,

1. *begrüßt mit Befriedigung*, daß die Dritte Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrages über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund, wie aus ihrer Schlußerklärung hervorgeht, die Wirksamkeit des Vertrages seit seinem Inkrafttreten positiv beurteilt hat;

2. *bekundet von neuem die zuvor zum Ausdruck gebrachte Hoffnung*, daß möglichst viele Staaten dem Vertrag beitreten, und bittet alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, insbesondere soweit sie Kernwaffen oder andere Arten von Massenvernichtungswaffen besitzen, den Vertrag als einen wesentlichen Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit zu ratifizieren oder ihm beizutreten;

3. *bekräftigt* ihr nachdrückliches Interesse daran, ein Wettrüsten mit Kernwaffen und anderen Arten von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund zu verhüten;

4. *fordert* alle Staaten *von neuem auf*, alle Handlungen zu unterlassen, die zu einem Übergreifen des Wettrüstens auf den Meeresboden und den Meeresuntergrund führen könnten;

5. *ersucht* die Abrüstungskonferenz, im Benehmen mit den Vertragsstaaten und unter Berücksichtigung der bisherigen Vorschläge und aller entsprechenden technischen Entwicklungen rasch mit der Behandlung weiterer Abrüstungsmaßnahmen zu beginnen, um ein Wettrüsten auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund zu verhüten;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Abrüstungskonferenz alle Dokumente der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zu übermitteln, die für weitere Abrüstungsmaßnahmen zur Verhütung eines Wettrüstens auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund von Belang sind;

7. *ersucht* die Abrüstungskonferenz *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung über ihre Behandlung weiterer Abrüstungsmaßnahmen zur Verhütung eines Wettrüstens auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund Bericht zu erstatten;

8. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, bis 1992 und danach alle drei Jahre bis zur Einberufung der vierten Überprüfungskonferenz über technische Entwicklungen zu berichten, die für den Vertrag und die Verifikation der Vertragseinhaltung von Belang sind, so auch über Mehrzwecktechnologien, die sich sowohl für friedliche als auch für spezifische militärische Zwecke einsetzen lassen, wobei er zur Durchführung dieser Aufgabe offizielle Quellen sowie Beiträge der Vertragsstaaten heranziehen sollte und die Hilfe geeigneter Fachleute in Anspruch nehmen könnte;

9. *bittet nachdrücklich* alle Vertragsstaaten, den Generalsekretär dementsprechend zu unterstützen, indem sie ihm Informationen zur Verfügung stellen und seine Aufmerksamkeit auf geeignete Quellen lenken;

10. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Weitere Abrüstungsmaßnahmen zur Verhütung eines Wettrüstens auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund" in die vorläufige Tagesordnung ihrer siebenundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

P

Defensive Sicherheitskonzeptionen und Sicherheitspolitiken

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf den Grundsatz, wonach die Staaten in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen,

in Bekräftigung der Verpflichtung, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in Übereinstimmung

[74] SBT/CONF.III/15.

mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zu wahren,

im Hinblick auf die Berichte des Generalsekretärs, mit denen der Generalversammlung im Jahre 1981 beziehungsweise 1985 die Studie über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und internationaler Sicherheit[75] und die von der Gruppe von Regierungssachverständigen zur Erstellung einer umfassenden Studie über Sicherheitskonzeptionen erstellte Studie[76] übermittelt wurden,

anerkennend, daß seither auf den Gebieten der Abrüstung und der Sicherheitskonzeptionen eine Reihe wichtiger Entwicklungen stattgefunden haben und daß sich neue Gelegenheiten für die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, für die Beendigung regionaler Konflikte und für den Aufbau konstruktiver und kooperativer Beziehungen zwischen den Staaten eröffnet haben,

in Anbetracht des internationalen Dialogs, der zur Zeit über Sicherheitsfragen geführt wird, einschließlich des erneuten Strebens nach gemeinsamer Sicherheit sowie nach einem gemeinsamen Nenner für die Sicherheitserfordernisse in den verschiedenen Regionen,

überzeugt, daß im Atomzeitalter nationale Politiken der Zurückhaltung und Kooperationsbemühungen unerläßlich sind, wenn letztendlich das Risiko eines Krieges und weltweiter Zerstörung beseitigt werden soll,

betonend, daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf,

die Auffassung vertretend, daß Sicherheitskonzeptionen und Sicherheitspolitiken darauf gerichtet sein sollten, die Gefahr eines Krieges abzuwenden und den Frieden auf einem immer niedrigeren Niveau der Rüstungen und der Streitkräfte zu sichern, und mit Genugtuung über Aktivitäten, die die Staaten unternehmen, um dieses Ziel durch ausgehandelte Abrüstungsmaßnahmen zu verwirklichen,

eingedenk der spezifischen politischen und sicherheitspolitischen Erfordernisse in den verschiedenen Regionen,

1. *ist der Auffassung*, daß die Einleitung eines internationalen Dialogs über defensive Sicherheitskonzeptionen und Sicherheitspolitiken von größter Bedeutung für die Förderung des auf die Verwirklichung der Abrüstung und die Festigung der internationalen Sicherheit gerichteten Prozesses ist;

2. *bittet* die Mitgliedstaaten, den Dialog über defensive Sicherheitskonzeptionen und Sicherheitspolitiken auf bilateraler, regionaler oder multilateraler Ebene aufzunehmen oder zu verstärken und die Generalversammlung über die erzielten Fortschritte unterrichtet zu halten;

3. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Defensive Sicherheitskonzeptionen und Sicherheitspolitiken" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

[75] *Relationship between Disarmament and International Security* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.IX.4).
[76] *Concepts of Security* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.86.IX.1).

Q

Überprüfung der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung: Bericht der Abrüstungskommission

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 39/151 G vom 17. Dezember 1984, 40/94 O vom 12. Dezember 1985, 41/59 O vom 3. Dezember 1986, 42/38 O vom 30. November 1987 und 43/75 R vom 7. Dezember 1988,

im Hinblick darauf, daß die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit das oberste Ziel der Vereinten Nationen ist,

ihre Überzeugung bekräftigend, daß ein echter und dauerhafter Frieden nur herbeigeführt werden kann durch die effektive Anwendung des in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen Sicherheitssystems und die rasche, beträchtliche Reduzierung der Waffen und Streitkräfte, die aufgrund von internationalem Einvernehmen und gegenseitigem Vorbild erfolgt und letztendlich zu allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle führt,

erneut erklärend, daß den Vereinten Nationen gemäß ihrer Charta eine zentrale Rolle und eine Hauptverantwortung auf dem Gebiet der Abrüstung zukommt,

in der Erwägung, daß die Vereinten Nationen bei der Wahrnehmung ihrer zentralen Rolle und ihrer Hauptverantwortung auf dem Gebiet der Abrüstung entsprechend ihrem in der Charta verankerten obersten Ziel, der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, eine aktivere Rolle im Abrüstungsbereich spielen müssen,

unter Berücksichtigung des diese Frage betreffenden Teils des Berichts der Abrüstungskommission[77] und in Anbetracht der Fortschritte, die bei der Behandlung dieser Frage auf der fünfzehnten Sondertagung der Generalversammlung, der dritten Sondertagung über Abrüstung, erzielt wurden[78],

eingedenk des auf ihrer dritten Sondertagung über Abrüstung geäußerten gemeinsamen Wunsches, die Rolle der Vereinten Nationen im Abrüstungsbereich zu stärken und wieder mehr Vertrauen in die Vereinten Nationen als unerläßliches Instrument für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu bekunden,

1. *ersucht* die Abrüstungskommission, sich auf ihrer nächsten Arbeitstagung im Jahre 1990 mit Vorrang weiter mit der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung zu befassen, mit dem Ziel, konkrete Empfehlungen und gegebenenfalls Vorschläge auszuarbeiten, und dabei u.a. die Auffassungen und Vorschläge der Mitgliedstaaten sowie die oben erwähnten Dokumente zu dieser Frage zu berücksichtigen;

2. *ersucht* die Abrüstungskommission *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung ihren diesbezüglichen Bericht einschließlich etwaiger Ergebnisse, Empfehlungen und Vorschläge vorzulegen;

3. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Überprüfung der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung: Bericht der Abrüstungskommission" in

[77] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 42* (A/44/42), Ziffer 46.
[78] Ebd., *Fünfzehnte Sondertagung, Beilage 3* (A/S-15/3), Ziffer 47.

die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

R

Verbot der Ablagerung von radioaktiven Abfällen

Die Generalversammlung,

eingedenk der Resolution CM/Res.1153 (XLVIII) über die Ablagerung von nuklearen Abfällen und Industrieabfällen in Afrika, die der Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit am 25. Mai 1988 auf seiner vom 19. bis 23. Mai 1988 in Addis Abeba abgehaltenen achtundvierzigsten ordentlichen Tagung verabschiedet hat[79],

sowie eingedenk der Resolution CM/Res.1225 (L), die der Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner vom 17. bis 22. Juli 1989 in Addis Abeba abgehaltenen fünfzigsten ordentlichen Tagung verabschiedet hat[80],

mit Genugtuung über die Resolution GC(XXXIII)/RES/509 über die Ablagerung von nuklearen Abfällen, die die Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation am 29. September 1989 auf ihrer dreiunddreißigsten ordentlichen Tagung verabschiedet hat,

im Hinblick auf ihre Resolution 2602 C (XXIV) vom 16. Dezember 1969, in der sie die Konferenz des Abrüstungsausschusses u.a. darum ersuchte, effektive Kontrollverfahren gegen den Einsatz radiologischer Mittel im Kriege zu prüfen,

im Bewußtsein der potentiellen Gefahren, die mit jedweder Verwendung von nuklearen Abfällen, welche radiologischer Kriegführung gleichkäme, verbunden sind, sowie deren Folgen für die regionale und internationale Sicherheit, insbesondere die Sicherheit der Entwicklungsländer,

in dem Wunsche, die Verwirklichung von Ziffer 76 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, zu fördern,

sowie im Bewußtsein dessen, daß die Abrüstungskonferenz auf ihrer Tagung 1989 die Frage der Ablagerung radioaktiver Abfälle behandelt hat,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/75 Q vom 7. Dezember 1988, in der sie die Abrüstungskonferenz ersucht hat, in ihrem Bericht an die Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung auch den Fortgang der laufenden Verhandlungen zu diesem Thema darzustellen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/75 T vom 7. Dezember 1988, in der sie den Generalsekretär u.a. ersucht hat, "im Benehmen mit den zuständigen internationalen Organisationen einen Bericht über alle Aspekte der Ablagerung von radioaktiven Abfällen in Afrika, darunter auch über alle getroffenen oder geplanten Maßnahmen zur Überwachung, Kontrolle und Beendigung derartiger Aktivitäten, zu erstellen",

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Ablagerung von radioaktiven Abfällen[81],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *nimmt außerdem Kenntnis* von dem Teil des Berichts der Abrüstungskonferenz[47], der sich auf die Ablagerung von radioaktiven Abfällen bezieht;

3. *bringt ihre ernste Besorgnis* über jedwede Verwendung von nuklearen Abfällen *zum Ausdruck*, die radiologischer Kriegführung gleichkäme und ernste Folgen für die nationale Sicherheit aller Staaten hätte;

4. *fordert* alle Staaten *auf*, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, mit dem Ziel, jedwede Ablagerung von radioaktiven Abfällen zu verhindern, die die Souveränität von Staaten verletzen würde;

5. *ersucht* die Abrüstungskonferenz, bei den laufenden Verhandlungen über eine Konvention zum Verbot radiologischer Waffen die vorsätzliche Verwendung nuklearer Abfälle zur Verursachung von Zerstörungen, Schäden oder Verletzungen mittels der durch den Zerfall dieser Stoffe entstehenden Strahlung auch künftig zu berücksichtigen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Abrüstungskonferenz alle Dokumente zu übermitteln, die sich auf die Behandlung dieses Punktes durch die Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung beziehen;

7. *ersucht* die Abrüstungskonferenz *außerdem*, in ihrem Bericht an die Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auch den Fortgang der laufenden Verhandlungen zu diesem Thema darzustellen;

8. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Verbot der Ablagerung von radioaktiven Abfällen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

S

Konventionelle Abrüstung auf regionaler Ebene

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 40/94 A vom 12. Dezember 1985, 41/59 M vom 3. Dezember 1986, 42/38 N vom 30. November 1987 und 43/75 S vom 7. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend von den Schlußdokumenten der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[7],

unter erneutem Hinweis auf die Hauptverantwortung der Kernwaffenstaaten und der militärisch bedeutenden Staaten für die Anhaltung und Umkehrung des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens,

überzeugt, daß wirksame nukleare Abrüstungsmaßnahmen und die Verhütung eines Atomkrieges höchste Priorität haben,

die Aufmerksamkeit auf die Tatsache *lenkend*, daß parallel zu den Verhandlungen über nukleare Abrüstungsmaßnahmen Verhandlungen über die ausgewogene Reduzierung der Streitkräfte und über konventio-

[79] Siehe A/43/398, Anhang I.
[80] Siehe A/44/603, Anhang I.
[81] A/44/652.

nelle Abrüstung geführt werden sollten, ausgehend von dem Grundsatz der gleichen und unverminderten Sicherheit der Beteiligten, mit dem Ziel, die Stabilität auf einem niedrigeren Niveau der Streitkräfte zu fördern oder zu festigen, unter Berücksichtigung des Bedürfnisses aller Staaten, ihre Sicherheit zu gewährleisten,

sich bewußt, daß konventionelle Waffen infolge der fortdauernden Anwendung wissenschaftlich-technischer Neuerungen für militärische Zwecke immer tödlicher werden und immer größere Zerstörungskraft bekommen,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß konventionelle Waffen große Mengen an Ressourcen verbrauchen, insbesondere in den militärisch bedeutenden Staaten, die für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Völker aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, eingesetzt werden könnten,

bekräftigend, daß regionale und subregionale Abrüstungsprozesse, bei denen die Besonderheiten jeder Region sowie die Auffassungen aller Beteiligten berücksichtigt werden und die in Übereinstimmung mit den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen und Normen durchgeführt werden, die globalen Abrüstungsanstrengungen fördern und ergänzen,

mit Genugtuung über die positiven Entwicklungen in Richtung auf die friedliche Beilegung verschiedener regionaler und subregionaler Konflikte und über die wichtige Rolle, die die Vereinten Nationen in dieser Hinsicht spielen,

1. *begrüßt* die von einigen Ländern gemeinschaftlich oder unilateral auf regionaler und subregionaler Ebene eingeleiteten Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsinitiativen wie auch die systematische Anwendung vertrauensbildender Maßnahmen, die Begrenzung des Erwerbs konventioneller Waffen und die Reduzierung der Militärausgaben mit dem Ziel, gleiche und unverminderte Sicherheit auf einem niedrigeren Rüstungsniveau zu erzielen und die dabei freigesetzten Ressourcen für die sozioökonomische Entwicklung der Völker aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, zu verwenden;

2. *bekundet erneut ihre feste Unterstützung* für das System der Vereinten Nationen und insbesondere für den Generalsekretär hinsichtlich der von ihnen unternommenen Bemühungen um Lösungen für Konfliktsituationen, womit sie eine Führungsrolle der Vereinten Nationen bei der Förderung des Friedens und der Abrüstung bestätigen, sowie für die genaue Beachtung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätze und Normen;

3. *bittet nachdrücklich* alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten und die militärisch bedeutenden Staaten, in den entsprechenden Foren ihre Bemühungen um die Aushandlung und Umsetzung regionaler und subregionaler Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen zu verstärken, unter Berücksichtigung ihrer besonderen Verantwortung in dieser Frage und des Grundsatzes der gleichen und unverminderten Sicherheit für alle Beteiligten, mit dem Ziel, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu festigen;

4. *ersucht* die Vereinten Nationen, entsprechend ihrem Mandat zur Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit den Staaten auf deren eventuelles Ersuchen hin Unterstützung zu gewähren, damit sie auf regionaler und subregionaler Ebene Abrüstungsmaßnahmen ergreifen können;

5. *appelliert* an alle Staaten, auf Fortschritte bei der regionalen Abrüstung hinzuwirken, und dabei jede Handlung zu unterlassen, die die Verwirklichung dieses Zieles behindern könnte, so auch die Anwendung oder Androhung von Gewalt gegen die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten und die Intervention oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten;

6. *bittet* alle Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär ihre Auffassungen über Wege und Mittel zur Stärkung der regionalen und subregionalen Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsbemühungen mitzuteilen und dabei die jüngsten Entwicklungen zu berücksichtigen, die sich in diesem Bereich zugetragen haben;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter Berücksichtigung der von den Mitgliedstaaten gemäß Ziffer 6 zum Ausdruck gebrachten Auffassungen einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Konventionelle Abrüstung auf regionaler Ebene" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

T

Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von radiologischen Waffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/75 C vom 7. Dezember 1988,

1. *nimmt Kenntnis* von demjenigen Teil des Berichts der Abrüstungskonferenz über ihre Tagung 1989, in dem es um die Frage radiologischer Waffen, insbesondere um den Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für radiologische Waffen, geht[82];

2. *anerkennt*, daß der Ad-hoc-Ausschuß 1989 einen weiteren Beitrag zur Klärung und zum besseren Verständnis der unterschiedlichen Ansätze geleistet hat, die hinsichtlich der beiden wichtigen zur Debatte stehenden Fragen nach wie vor vorliegen;

3. *nimmt außerdem Kenntnis* von der Empfehlung der Abrüstungskonferenz, daß der Ad-hoc-Ausschuß für radiologische Waffen zu Beginn ihrer Tagung 1990 erneut eingesetzt werden soll;

4. *ersucht* die Abrüstungskonferenz, ihre sachbezogenen Verhandlungen über dieses Thema mit dem Ziel eines umgehenden Abschlusses ihrer Arbeiten fortzusetzen, dabei alle ihr hierzu unterbreiteten Vorschläge zu berücksichtigen und die Anhänge zu ihrem Bericht als Ausgangsbasis für ihre künftige Arbeit heranzuziehen, deren Ergebnisse der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorgelegt werden sollten;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Abrüstungskonferenz alle sachdienlichen Unterlagen zu übermitteln,

[82] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 27* (A/44/27), Ziffer 96.

die sich auf die Erörterung sämtlicher Aspekte dieser Frage auf der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung beziehen;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von radiologischen Waffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

U

Beitrag der vertrauens- und sicherheitsbildenden Massnahmen zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit

Die Generalversammlung,

eingedenk der Wichtigkeit der bilateralen, regionalen und weltweiten Vertrauensbildung für die friedliche Beilegung bestehender internationaler Probleme und für die Verbesserung und Förderung internationaler Beziehungen, die auf Gerechtigkeit, Zusammenarbeit und Solidarität beruhen,

in Anerkennung dessen, daß die Verpflichtung zu vertrauensbildenden Maßnahmen wesentlich dazu beitragen könnte, den Weg für weitere Abrüstungsfortschritte zu ebnen,

unter Hinweis auf frühere Resolutionen zum Thema Vertrauensbildung, insbesondere auf die Resolution 43/78 H vom 7. Dezember 1988,

1. *begrüßt* die Anwendung der in der Schlußakte von Helsinki[83] enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen und auf dieser Grundlage die positiven Erfahrungen, die die fünfunddreißig Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa seit 1987 bei der Anwendung der auf der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa vereinbarten Maßnahmen gesammelt haben;

2. *erwartet*, daß die laufenden Wiener Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen auf den bereits erzielten Ergebnissen der Stockholmer Konferenz aufbauen und diese erweitern werden, mit dem Ziel, ein neues Paket einander ergänzender vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen auszuarbeiten und zu verabschieden, die darauf gerichtet sind, das Risiko einer militärischen Konfrontation in Europa zu verringern;

3. *bittet erneut* alle Staaten, die mögliche Einführung vertrauensbildender Maßnahmen in ihrer jeweiligen Region in Erwägung zu ziehen und nach Möglichkeit auf der Grundlage von Initiativen der Staaten der betreffenden Region und nach Maßgabe der Gegebenheiten und Erfordernisse der jeweiligen Region darüber zu verhandeln;

4. *begrüßt es außerdem*, daß sich die regionalen Abrüstungs-Workshops der Vereinten Nationen und die Regionalzentren für Frieden und Abrüstung in Afrika, Asien, Lateinamerika und in der Karibik u.a. mit vertrauensbildenden Maßnahmen befassen.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

[83] Die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet.

44/117 – Überprüfung und Durchführung des Abschließenden Dokuments der zwölften Sondertagung der Generalversammlung

A

Weltabrüstungskampagne

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß sie in Ziffer 15 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, erklärt hat, es sei unerläßlich, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker der Welt die Gefahren der derzeitigen Lage erkennen und verstehen, und daß sie in diesem Dokument die Wichtigkeit der Mobilisierung der Weltöffentlichkeit für die Sache der Abrüstung betont hat,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/76 C vom 7. Dezember 1988,

nach Prüfung des vom 20. Oktober 1989 datierten Berichts des Generalsekretärs[84] über die Durchführung des Aktivitätenprogramms der Weltabrüstungskampagne durch das System der Vereinten Nationen,

sowie nach Prüfung desjenigen Teils des Berichts des Generalsekretärs vom 26. Oktober 1989, der sich mit der Tätigkeit des Beirats für Abrüstungsfragen[85] im Zusammenhang mit der Durchführung der Weltabrüstungskampagne befaßt[86], und nach Prüfung der Schlußakte der am 25. Oktober 1989 abgehaltenen Siebenten Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für die Kampagne[87],

mit Genugtuung über die Beiträge, die die Mitgliedstaaten bereits zu der Kampagne geleistet haben,

1. *würdigt erneut* die Art und Weise, in welcher der Generalsekretär – wie in den genannten Berichten dargestellt die Weltabrüstungkampagne darauf angelegt hat, "eine möglichst weite Verbreitung von Informationen und den ungehinderten Zugang aller Sektoren der Öffentlichkeit zu einem breiten Spektrum von Informationen und Meinungen über Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie über die Gefahren aller Aspekte des Wettrüstens und des Krieges, insbesondere des Atomkrieges"[88] zu gewährleisten;

2. *erinnert daran*, daß es – wie sie im Abschließenden Dokument der zwölften Sondertagung der Generalversammlung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, ebenfalls im Konsens übereingekommen ist – außerdem eine grundlegende Voraussetzung für die Universalität der Kampagne ist, daß sie mit Unterstützung und Mitwirkung aller Staaten stattfindet[88];

3. *schließt sich erneut* der vom Generalsekretär anläßlich der Dritten Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für die Weltabrüstungskampagne abgegebenen Erklärung[89] *an*, der zufolge eine solche Unterstützung auch die Bereitstellung ausreichender Mittel bedeutet und das Universalitätsprinzip somit auch für Beitragszusagen gilt, da dieses Prinzip nur schwerlich in

[84] A/44/647.
[85] Der Beirat für Abrüstungsstudien wurde ab 1. Januar 1989 in Beirat für Abrüstungsfragen umbenannt.
[86] A/44/654, Ziffer 7.
[87] A/CONF.149/1.
[88] Siehe *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 9 bis 13, Dokument A/S-12/32, Anhang V, Ziffer 4.
[89] Siehe A/CONF.131/SR.1.

der Durchführung einer Kampagne zum Ausdruck kommen kann, wenn diese nicht von vornherein auf einer weltweiten Beteiligung und Finanzierung aufbaut;

4. *bittet nachdrücklich* die Staaten, insbesondere die Staaten mit den höchsten Rüstungsausgaben, soweit noch nicht geschehen, einen ersten finanziellen Beitrag zu der Kampagne zu leisten;

5. *beschließt*, daß auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung eine achte Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für die Weltabrüstungskampagne stattfinden soll, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß alle Mitgliedstaaten, soweit noch nicht geschehen, in Anbetracht der Ziele der Dritten Abrüstungsdekade und der Notwendigkeit, deren Erfolg zu gewährleisten, bei dieser Gelegenheit freiwillige Beiträge ankündigen werden;

6. *wiederholt ihre Empfehlung*, daß die freiwilligen Beiträge der Mitgliedstaaten zum Freiwilligen Treuhandfonds für die Weltabrüstungskampagne nicht für bestimmte Aktivitäten zweckgebunden werden sollten, da der Generalsekretär weitestgehende Freiheit haben sollte, diejenigen Beschlüsse zu fassen, die er im Rahmen der von der Generalversammlung bereits gebilligten Kampagne und in Wahrnehmung der ihm im Zusammenhang mit der Kampagne übertragenen Befugnisse für richtig hält;

7. *stellt erfreut fest*, daß der Generalsekretär den Informationszentren der Vereinten Nationen und den Regionalkommissionen nunmehr ständige Weisungen gegeben hat, der Kampagne weitreichende Publizität zu verschaffen und erforderlichenfalls das Informationsmaterial der Vereinten Nationen soweit möglich in lokale Sprachen übersetzen zu lassen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht vorzulegen, der sich sowohl mit der Durchführung des Aktivitätenprogramms für die Kampagne durch das System der Vereinten Nationen im Jahr 1990 als auch mit dem vom System für 1991 vorgesehenen Aktivitätenprogramm befaßt;

9. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die bisherigen Leistungen und bislang bestehenden Schwächen der Weltabrüstungskampagne zu bewerten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen kurzen Bericht dazu vorzulegen;

10. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Weltabrüstungskampagne" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

B

Regionale Abrüstung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 37/100 F vom 13. Dezember 1982, 38/73 J vom 15. Dezember 1983, 39/63 F vom 12. Dezember 1984, 40/94 A vom 12. Dezember 1985, 41/59 M vom 3. Dezember 1986 und 42/39 E vom 30. November 1987 über regionale Abrüstung,

erneut erklärend, daß alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten und anderen militärisch bedeutenden Staaten, die Verantwortung für die Beendigung und Umkehrung des Wettrüstens tragen,

in Anbetracht dessen, daß regionale Abrüstungsmaßnahmen es allen Staaten ermöglichen, zu dem allgemeinen Prozeß der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung einen Beitrag zu leisten,

bestätigend, daß alle auf Initiative der Region und unter Beteiligung aller in Betracht kommenden Staaten getroffenen regionalen Abrüstungsmaßnahmen insofern bedeutsam sind und ein Wirkungspotential besitzen, als sie zur Realisierung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle und deswegen zu Sicherheit und Stabilität beitragen können,

betonend, daß jedes regionale Abrüstungsvorhaben die konkreten, einer jeweiligen Region eigenen Gegebenheiten berücksichtigen muß,

sowie betonend, daß es Sache der Länder einer Region selbst ist, gemeinsam entsprechende Initiativen zu ergreifen und Abmachungen auszuarbeiten, die die Verwirklichung der regionalen Abrüstung gestatten,

ferner betonend, daß Abrüstungsbemühungen in einer Region weder von den Abrüstungsbemühungen in anderen Regionen noch von weltweiten Abrüstungsbemühungen auf nuklearem wie auch auf konventionellem Gebiet losgelöst sein können,

unter Berücksichtigung des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen sowie der Beschlüsse und Empfehlungen im Schlußdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], insbesondere in Ziffer 114,

im Bewußtsein der bereits durchgeführten Studien sowie der die regionale Abrüstung betreffenden Auffassungen der Staaten,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seinen Bericht gemäß Resolution 42/39 E[90];

2. *stellt mit Besorgnis fest*, daß Frieden und Sicherheit auf regionaler und globaler Ebene weiterhin von Konflikten bedroht werden, stellt jedoch ebenfalls fest, daß sich Möglichkeiten für eine friedliche Beilegung bestimmter regionaler Konflikte abzeichnen;

3. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von der Bedeutung der bereits verabschiedeten regionalen Maßnahmen sowie von den regionalen Bemühungen auf dem Gebiet der nuklearen und konventionellen Abrüstung;

4. *begrüßt* die seit ihrer zweiundvierzigsten Tagung erzielten Fortschritte im Hinblick auf

a) den durch das von den zentralamerikanischen Präsidenten am 7. August 1987 in Guatemala-Stadt auf dem Esquipulas-II-Gipfeltreffen unterzeichnete Übereinkommen "Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Zentralamerika"[91] eingeleiteten Prozeß, durch den ein dauerhafter Frieden in der Region verwirklicht werden soll und der zu den Vereinbarungen geführt hat, die am 7. August 1989 in Tela (Honduras) geschlossen wurden[92];

---

[90] A/44/513.

[91] A/42/521-S/19085, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-second Year, Supplement for July, August and September 1987*, Dokument S/19085.

[92] Siehe A/44/451-S/20778; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for July, August and September 1989*, Dokument S/20778.

b) die Wiederaufnahme von Verhandlungen auf dem Gebiet der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Wien sowie die neuen Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa, die beide im Rahmen des Prozesses der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stattfinden und bei denen seit ihrem Beginn im März 1989 rasche Fortschritte erzielt wurden;

5. *ermutigt* alle Staaten, in der Frage der Rüstungsreduzierung und Abrüstung nach Möglichkeit regionale Lösungen zu erwägen und zu entwickeln;

6. *bittet* alle Staaten und regionalen Institutionen, die an regionalen Abrüstungsbemühungen beteiligt sind, dem Generalsekretär darüber zu berichten;

7. *ersucht* die Vereinten Nationen, die Staaten und regionalen Institutionen auf Antrag bei der Ausarbeitung von Maßnahmen im Rahmen regionaler Abrüstungsbemühungen zu unterstützen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die Generalversammlung regelmäßig über die Durchführung von Resolutionen über regionale Abrüstung und über die Aktivitäten auf dem laufenden zu halten, die das Sekretariat, insbesondere die Hauptabteilung Abrüstungsfragen, und das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung auf dem Gebiet der regionalen Abrüstung durchführen;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Regionale Abrüstung: Bericht des Generalsekretärs" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

C

Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen

Die Generalversammlung,

überzeugt, daß die Existenz und der Einsatz von Kernwaffen die größte Gefahr für den Fortbestand der Menschheit darstellen,

sich dessen bewußt, daß das unverminderte nukleare Wettrüsten die Gefahr des Einsatzes von Kernwaffen ständig vergrößert,

sowie überzeugt, daß die nukleare Abrüstung letzten Endes die einzige Garantie gegen den Einsatz von Kernwaffen ist,

ferner überzeugt, daß ein multilaterales Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen die internationale Sicherheit stärken und zur Schaffung eines Verhandlungsklimas beitragen dürfte, das zur vollständigen Beseitigung von Kernwaffen führt,

unter Hinweis darauf, daß es in Ziffer 58 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] heißt, alle Staaten sollten aktiv an den Bemühungen teilhaben, in den internationalen Beziehungen zwischen den Staaten Bedingungen zu schaffen, unter denen ein Kodex des friedlichen Verhaltens der Staaten in internationalen Angelegenheiten vereinbart werden könnte und die den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen ausschließen würden,

in Bekräftigung der in ihren Resolutionen 1653 (XVI) vom 24. November 1961, 33/71 B vom 14. Dezember 1978, 34/83 G vom 11. Dezember 1979, 35/152 D vom 12. Dezember 1980 und 36/92 I vom 9. Dezember 1981 enthaltenen Erklärung, daß der Einsatz von Kernwaffen eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit wäre,

mit Bedauern feststellend, daß die Abrüstungskonferenz auf ihrer Tagung 1989 nicht in der Lage war, auf der Grundlage des in der Anlage zur Generalversammlungsresolution 43/76 E vom 7. Dezember 1988 enthaltenen Textes Verhandlungen zur Herbeiführung einer Einigung über eine internationale Konvention zum bedingungslosen Verbot des Einsatzes oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu führen,

1. *wiederholt ihr Ersuchen* an die Abrüstungskonferenz, auf der Grundlage des in der Anlage zu dieser Resolution enthaltenen Entwurfs einer Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen vorrangig Verhandlungen zur Herbeiführung einer Einigung über eine internationale Konvention zum bedingungslosen Verbot des Einsatzes oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen aufzunehmen;

2. *ersucht* die Abrüstungskonferenz *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Ergebnisse dieser Verhandlungen zu berichten.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

ANLAGE

Entwurf einer Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen

Die Vertragsstaaten dieser Konvention,

beunruhigt über die Bedrohung, die die Existenz von Kernwaffen für den Fortbestand der Menschheit bedeutet,

überzeugt, daß jeder Einsatz von Kernwaffen eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt,

überzeugt, daß diese Konvention ein Schritt zur völligen Beseitigung von Kernwaffen wäre und schließlich zu allgemeiner und vollständiger Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle führen würde,

entschlossen, die Verhandlungen zur Verwirklichung dieses Ziels weiterzuführen,

haben folgendes *vereinbart*:

Artikel 1

Die Vertragsstaaten dieser Konvention verpflichten sich feierlich, unter keinen Umständen Kernwaffen einzusetzen oder mit ihrem Einsatz zu drohen.

Artikel 2

Diese Konvention gilt auf unbegrenzte Zeit.

Artikel 3

1. Diese Konvention liegt für alle Staaten zur Unterzeichnung auf. Ein Staat, der die Konvention vor ihrem Inkrafttreten gemäß Absatz 3 nicht unterzeichnet hat, kann ihr jederzeit beitreten.

2. Diese Konvention bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifikations- oder Bei-

trittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

3. Diese Konvention tritt in Kraft, sobald fünfundzwanzig Regierungen, einschließlich der Regierungen der fünf Kernwaffenstaaten, ihre Ratifikationsurkunden gemäß Absatz 2 hinterlegt haben.

4. Für Staaten, deren Ratifikations- oder Beitrittsurkunde nach Inkrafttreten dieser Konvention hinterlegt wird, tritt sie mit dem Datum der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

5. Der Verwahrer unterrichtet umgehend alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten über den Zeitpunkt einer Unterzeichnung, den Zeitpunkt der Hinterlegung einer Ratifikations- oder Beitrittsurkunde, den Tag des Inkrafttretens dieser Konvention sowie über das Vorliegen anderer Mitteilungen.

6. Diese Konvention wird vom Verwahrer gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert.

Artikel 4

Diese Konvention, deren arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der den Regierungen der Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten gehörig beglaubigte Abschriften übermittelt.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese am _____ des Jahres neunzehnhundertund_____ in _____ zur Unterzeichnung aufgelegte Konvention unterzeichnet.

D

Einfrieren der Kernwaffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß die Versammlung im Schlußdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, das 1978 verabschiedet und 1982 auf der zwölften Sondertagung der Generalversammlung[93], der zweiten Sondertagung über Abrüstung, einstimmig und kategorisch bekräftigt wurde, tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, daß die Existenz von Kernwaffen und das anhaltende Wettrüsten den bloßen Fortbestand der Menschheit bedrohen,

überzeugt, daß im heutigen Atomzeitalter einzig und allein die Verwirklichung des Ziels der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle Grundlage eines dauerhaften Weltfriedens sein kann,

erfreut über die neuen Entwicklungen, die zu einer Verbesserung des internationalen Sicherheitsklimas geführt haben,

sowie überzeugt davon, daß es dringend geboten ist, weiter Verhandlungen mit dem Ziel der beträchtlichen Reduzierung und qualitativen Begrenzung der vorhandenen Kernwaffen zu führen,

die Auffassung vertretend, daß ein Einfrieren der Kernwaffen – ohne Endzweck zu sein – einen wirksamen ersten Schritt zur Verhinderung des weiteren Anwachsens und der weiteren qualitativen Verbesserung der vorhandenen Kernwaffenarsenale während der Dauer der Verhandlungen darstellen und gleichzeitig eine günstige Atmosphäre für Verhandlungen zur Reduzierung und schließlichen Beseitigung der Kernwaffen schaffen würde,

ferner überzeugt, daß sich die aus dem Einfrieren ergebenden Verpflichtungen wirksam verifizieren lassen,

erfreut darüber, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken angekündigt hat, daß sie bis Ende 1989 die Herstellung von für Kernwaffen bestimmtem hochangereichertem Uran einstellen werde und daß sie damit begonnen habe, ihre Reaktoren, die waffentaugliches Plutonium erzeugen, stillzulegen,

mit tiefer Sorge feststellend, daß nicht alle Kernwaffenstaaten bislang kollektive Maßnahmen ergriffen haben, um der Forderung in den einschlägigen Resolutionen zur Frage eines Einfrierens der Kernwaffen zu entsprechen,

1. *bittet abermals nachdrücklich* die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika als die beiden wichtigsten Kernwaffenstaaten, eine Einigung über ein sofortiges Einfrieren der Kernwaffen zu erzielen, in deren Rahmen u.a. gleichzeitig die vollständige Beendigung jeder weiteren Herstellung von Kernwaffen und die völlige Einstellung der Produktion von spaltbarem Material für Rüstungszwecke vorgesehen wäre;

2. *fordert* alle Kernwaffenstaaten *auf*, auf dem Wege einer gemeinsamen Erklärung einem umfassenden Einfrieren der Kernwaffen zuzustimmen, das strukturell und inhaltlich folgendermaßen aussehen würde:

a) Gegenstand:

i) ein umfassendes Versuchsverbot für Kernwaffen und ihre Einsatzmittel;

ii) die völlige Einstellung der Produktion von Kernwaffen und ihren Einsatzmitteln;

iii) ein Verbot jeder weiteren Dislozierung von Kernwaffen und ihren Einsatzmitteln;

iv) die völlige Einstellung der Erzeugung von spaltbarem Material für Rüstungszwecke;

b) Das Einfrieren der Kernwaffen wäre geeigneten und wirksamen Verifikationsmaßnahmen und -verfahren unterworfen;

3. *ersucht* die Kernwaffenstaaten, der Generalversammlung vor der Eröffnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen gemeinsamen oder zwei gesonderte Berichte über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

4. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Einfrieren der Kernwaffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

E

Programm der Vereinten Nationen für Stipendien, Ausbildung und Beratungsdienste auf dem Gebiet der Abrüstung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihren in Ziffer 108 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversamm-

[93] Siehe *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 9 bis 13, Dokument A/S-12/32.

lung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, enthaltenen Beschluß, ein Stipendienprogramm für Abrüstung einzurichten, sowie auf ihre in Anlage IV des Abschließenden Dokuments der zwölften Sondertagung der Generalversammlung[93], der zweiten Sondertagung über Abrüstung, enthaltenen Beschlüsse, mit denen sie u.a. beschloß, das Programm fortzusetzen und die Anzahl der Stipendien ab 1983 von zwanzig auf fünfundzwanzig zu erhöhen,

mit Befriedigung feststellend, daß im Rahmen des Programms bereits eine beträchtliche Anzahl von Staatsbeamten aus den im System der Vereinten Nationen vertretenen geographischen Regionen ausgebildet worden ist, von denen die meisten jetzt in ihrem Land oder bei ihrer Regierung in verantwortlicher Position für Abrüstungsfragen zuständig sind,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 37/100 G vom 13. Dezember 1982, 38/73 C vom 15. Dezember 1983, 39/63 B vom 12. Dezember 1984, 40/151 H vom 16. Dezember 1985, 41/60 H vom 3. Dezember 1986 und 42/39 I vom 30. November 1987 und 43/76 F vom 7. Dezember 1988,

sowie mit Genugtuung feststellend, daß sich dank des Programms in seiner derzeitigen Form eine größere Zahl von Staatsbeamten, insbesondere aus den Entwicklungsländern, mehr Fachwissen auf dem Gebiet der Abrüstung aneignen kann,

die Auffassung vertretend, daß die Formen der Unterstützung, die den Mitgliedstaaten, insbesondere den Entwicklungsländern, im Rahmen des Programms zur Verfügung stehen, ihre Beamten besser in die Lage versetzen werden, den laufenden bilateralen wie auch multilateralen Beratungen und Verhandlungen über Abrüstung zu folgen,

1. *bekräftigt* ihre Beschlüsse, die in Anlage IV zum Abschließenden Dokument der zwölften Sondertagung der Generalversammlung und in dem mit Resolution 33/71 E vom 14. Dezember 1978 gebilligten Bericht des Generalsekretärs[94] enthalten sind;

2. *dankt* den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland, Japans, Schwedens, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika *dafür*, daß sie im Jahr 1989 Stipendiaten zum Studium ausgewählter Abrüstungsaktivitäten eingeladen und so zur Verwirklichung der Gesamtziele des Programms beigetragen haben;

3. *dankt* der Regierung Nigerias *dafür*, daß sie beim Regionalen Abrüstungsworkshop der Vereinten Nationen für Afrika die Rolle des Gastgebers übernommen hat, bei dem afrikanische Sicherheitsvorstellungen und -anforderungen, darunter auch damit zusammenhängende regionale Fragen, untersucht wurden, und dankt der Regierung Norwegens dafür, daß sie finanzielle Beiträge für den Workshop geleistet hat;

4. *spricht* dem Generalsekretär *ihre Anerkennung* für die Sorgfalt *aus*, mit der das Programm weiter durchgeführt wird;

5. *ersucht* den Generalsekretär, das Programm im Rahmen der vorhandenen Ressourcen weiter durchzuführen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung des Programms Bericht zu erstatten.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

F

Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Afrika, Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien und Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden, Abrüstung und Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 40/151 G vom 16. Dezember 1985, 41/60 D vom 3. Dezember 1986, 42/39 J vom 30. November 1987 und 43/76 D vom 7. Dezember 1988 über das Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Afrika, 41/60 J vom 3. Dezember 1986, 42/39 K vom 30. November 1987 und 43/76 H vom 7. Dezember 1988 über das Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden, Abrüstung und Entwicklung in Lateinamerika und der Karibik sowie 42/39 D vom 30. November 1987 und 43/76 G vom 7. Dezember 1988 über das Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien,

in Bekräftigung ihrer Resolutionen 37/100 F vom 13. Dezember 1982, 38/73 J vom 15. Dezember 1983, 39/63 F vom 12. Dezember 1984, 40/94 A vom 12. Dezember 1985, 41/59 M vom 3. Dezember 1986 und 42/39 E vom 30. November 1987 über regionale Abrüstung,

Kenntnis nehmend von den Schlußdokumenten der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[7] und insbesondere im Hinblick auf die Bedeutung, die die Staats- und Regierungschefs der Tätigkeit der Regionalzentren der Vereinten Nationen in Afrika, Asien und Lateinamerika und der Karibik beigemessen haben,

in der Überzeugung, daß die unter den Mitgliedstaaten der einzelnen Regionen vereinbarten Initiativen und Aktivitäten zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens und der gegenseitigen Sicherheit wie auch die Durchführung und Koordinierung regionaler Aktivitäten im Rahmen der Weltabrüstungskampagne die Ausarbeitung von wirksamen Maßnahmen auf dem Gebiet der Vertrauensbildung, der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung in diesen Regionen unterstützen und erleichtern würden,

mit dem Ausdruck ihres Dankes an die Mitgliedstaaten und internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die Beiträge zu den Treuhandfonds der drei Regionalzentren geleistet haben,

eingedenk der Notwendigkeit, den Zentren finanzielle Stabilität zu verschaffen, die ihnen die Planung ihrer Tätigkeit erleichtert,

mit Dank Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs über die Regionalzentren in Afrika[95], Asien[96] und Lateinamerika und der Karibik[97] sowie von

[94] A/33/305.

[95] A/44/582.
[96] A/44/583.
[97] A/44/584.

den Bemühungen, die der Generalsekretär unternommen hat, um mittels der nötigen Verwaltungsmaßnahmen die Schaffung der drei Zentren zu erleichtern,

überzeugt, daß die Ernennung eines Direktors für ein jedes der drei Regionalzentren für das weitere effektive Funktionieren der Zentren unerläßlich ist,

im Hinblick darauf, daß zum Aufgabengebiet des Regionalzentrums der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien die Region Asiens und des Pazifik gehört,

1. *appelliert erneut* an die Mitgliedstaaten wie auch an die internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, freiwillige Beiträge zu leisten, um die operative Tätigkeit der Zentren noch effektiver zu gestalten;

2. *spricht* dem Generalsekretär *ihre Anerkennung aus* für alle die Bemühungen, die er zugunsten der Zentren unternommen hat, und ersucht ihn, die Tätigkeit der Zentren auch weiterhin in der erforderlichen Weise zu unterstützen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, sobald dies praktisch machbar ist, in einem jeden der Regionalzentren die Stelle des Direktors zu schaffen, damit das effektive Funktionieren der Zentren sichergestellt ist;

4. *beschließt*, das Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien in Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien und im Pazifik umzubenennen;

5. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/118 – Wissenschaftlich-technische Neuerungen und ihre Auswirkungen auf die internationale Sicherheit

A

Wissenschaftlich-technische Neuerungen und ihre Auswirkungen auf die internationale Sicherheit

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/77 A vom 7. Dezember 1988,

mit Besorgnis angesichts des militärischen Anwendungspotentials technischer Errungenschaften, das zur Entstehung völlig neuartiger Waffensysteme führen könnte,

im Hinblick darauf, daß eine derartige Entwicklung das Sicherheitsklima beeinträchtigen und in den Abrüstungsbemühungen einen erheblichen Rückschlag verursachen wird,

in diesem Zusammenhang *betonend*, wie wichtig es ist, diese Beeinträchtigung dadurch zu vermeiden, daß effektiv an dieses Problem herangegangen und sichergestellt wird, daß wissenschaftlich-technische Neuerungen dem gemeinsamen Vorteil der Menschheit dienen,

sowie im Hinblick auf das Interesse der internationalen Gemeinschaft an diesem Thema und die Notwendigkeit, diese Neuerungen genau zu verfolgen,

ferner im Hinblick darauf, daß wissenschaftlich-technische Neuerungen sowohl zivile als auch militärische Anwendungsmöglichkeiten haben können und daß der Fortschritt auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik für zivile Anwendungsmöglichkeiten gewahrt und gefördert werden muß,

betonend, daß der in Resolution 43/77 A enthaltene Vorschlag die für friedliche Zwecke unternommenen Forschungs- und Entwicklungsbemühungen unberührt läßt,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs zu dieser Frage[98],

1. *nimmt Kenntnis* von den Vorarbeiten, die der Generalsekretär unternimmt, um künftige wissenschaftlich-technische Neuerungen, insbesondere soweit sie militärische Anwendungsmöglichkeiten haben, zu verfolgen und ihre Auswirkungen auf die internationale Sicherheit zu evaluieren;

2. *ersucht* den Generalsekretär, diese Arbeiten so abzuschließen, daß der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung ein Bericht vorgelegt werden kann;

3. *stellt fest*, daß die Mitgliedstaaten bereits mit der Einsetzung nationaler Sachverständigengremien begonnen haben;

4. *regt* die Mitgliedstaaten *an*, sich zu beteiligen, indem sie dem Generalsekretär ihre Auffassungen übermitteln, und bittet sie, auf nationaler Ebene Gremien mit dem Auftrag einzusetzen, Neuerungen zu überwachen und zu evaluieren;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Wissenschaftlich-technische Neuerungen und ihre Auswirkungen auf die internationale Sicherheit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

B

Wissenschaft und Technik im Dienste der Abrüstung

Die Generalversammlung,

in Anbetracht dessen, daß Wissenschaft und Technik einen bedeutenden Beitrag zur Lösung der Probleme der Menschheit leisten können, insbesondere zur Förderung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung,

in Anbetracht des Interesses der internationalen Gemeinschaft an der friedlichen Nutzung wissenschaftlich-technischer Errungenschaften,

in Anerkennung der weitreichenden Möglichkeiten, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt bietet, was die Unterstützung von Abrüstungsverhandlungen und die Verwirklichung ihrer Ergebnisse angeht, u.a. bei der Verifikation der Einhaltung von Rüstungbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften sowie der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die zivile Produktion,

mit Genugtuung über die Aktivitäten, die von Staaten und nationalen und internationalen wissenschaftlich-technischen Institutionen bisher in diesem Bereich durchgeführt worden sind,

[98] A/44/487 mit Add. 1 und 2.

unter Berücksichtigung dessen, daß den wissenschaftlich-technisch weiter fortgeschrittenen Staaten eine besondere Verantwortung für die Verbreitung von Informationen über die Anwendung von Wissenschaft und Technik auf dem Gebiet der Abrüstung und deren Förderung zukommt,

in Anbetracht der Notwendigkeit einer Intensivierung und Ausweitung dieser Aktivitäten sowie der internationalen Zusammenarbeit, mit dem Ziel, wissenschaftlich-technische Errungenschaften für abrüstungsbezogene Zwecke zu verwenden, u.a. auf dem Gebiet der Verifikation der Einhaltung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften, der Anwendung von Technologien zur Verbesserung der Verifikationsmöglichkeiten und der Umstellung der Rüstungsindustrie auf die zivile Produktion,

1. *nimmt Kenntnis* von nationalen und internationalen Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, wissenschaftlich-technische Errungenschaften für abrüstungsbezogene Zwecke zu verwenden;

2. *fordert* die Mitgliedstaaten sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, Aktivitäten dieser Art zu intensivieren und auszuweiten, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich auszubauen und die Vereinten Nationen über Fortschritte auf diesem Gebiet unterrichtet zu halten;

3. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Wissenschaft und Technik im Dienste der Abrüstung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/119 – Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der zehnten Sondertagung der Generalversammlung

A

Umfassendes Abrüstungsprogramm

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2602 E (XXIV) vom 16. Dezember 1969, in der sie die Dekade der siebziger Jahre zur Abrüstungsdekade erklärt hat und u.a. die damalige Konferenz des Abrüstungsausschusses ersucht hat, "ein umfassendes Programm (auszuarbeiten), das sich mit allen Aspekten des Problems der Einstellung des Wettrüstens und der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle befaßt und das der Konferenz eine Richtschnur liefern würde, an der sie sich bei ihrer weiteren Tätigkeit und ihren Verhandlungen orientieren kann",

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 35/46 vom 3. Dezember 1980, mit der sie die Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade verabschiedet hat, in der u.a. gefordert wurde, mit größter Dringlichkeit das umfassende Abrüstungsprogramm auszuarbeiten,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 43/78 K vom 7. Dezember 1988, in der sie festgestellt hat, daß der Ad-hoc-Ausschuß der Abrüstungskonferenz für das umfassende Abrüstungsprogramm übereingekommen ist, "seine Tätigkeit zu Beginn der Konferenztagung 1989 mit der festen Absicht wiederaufzunehmen, die Ausarbeitung des Programms abzuschließen, damit dieses der Generalversammlung spätestens auf ihrer vierundvierzigsten Tagung vorgelegt werden kann",

nach Prüfung des Berichts des Ad-hoc-Ausschusses für das umfassende Abrüstungsprogramm über seine Tätigkeit während der Tagung der Abrüstungskonferenz im Jahre 1989[99], der Bestandteil des Berichts der Konferenz ist,

in Anerkennung der Bemühungen des Ad-hoc-Ausschusses für das umfassende Abrüstungsprogramm und der bisher erzielten wesentlichen Fortschritte,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die Arbeit an dem umfassenden Abrüstungsprogramm aufbauend auf dem bereits vereinbarten Text fortzusetzen, mit dem Ziel, die noch offenen Fragen zu lösen und so die Verhandlungen darüber zum Abschluß zu bringen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/78 L vom 7. Dezember 1988, in der sie die Dekade der neunziger Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade erklärt hat,

in Anbetracht dessen, daß der Abschluß der Ausarbeitung des umfassenden Abrüstungsprogramms einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Dritten Abrüstungsdekade und zur Rolle der Vereinten Nationen im Abrüstungsbereich darstellen würde,

1. *fordert* die Abrüstungskonferenz *auf*, in Erwägung zu ziehen, den Ad-hoc-Ausschuß zu Beginn ihrer Tagung 1991 seine Tätigkeit für das umfassende Abrüstungsprogramm wiederaufnehmen zu lassen, mit dem Ziel, die noch offenen Fragen zu lösen und so die Ausarbeitung des Programms abzuschließen;

2. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Umfassendes Abrüstungsprogramm" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

B

Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhütung eines Atomkrieges

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß gemäß Ziffer 20 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, wirksamen Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung wie auch der Verhütung eines Atomkrieges höchste Priorität zukommt und daß sich die Versammlung auf ihrer zwölften Sondertagung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, erneut hierzu bekannt hat,

sowie unter Hinweis darauf, daß es in Ziffer 58 des Schlußdokuments heißt, daß alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten, so bald wie möglich verschiedene Vorschläge prüfen sollten, bei denen es darum geht, möglichst durch internationale Übereinkünfte den Nichteinsatz von Kernwaffen und die Verhütung eines Atomkrieges sowie andere damit zusammenhängende Ziele zu gewährleisten und so sicherzustellen, daß der Fortbestand der Menschheit nicht gefährdet wird,

ferner unter Hinweis darauf, daß auf ihrer fünfzehnten Sondertagung, der dritten Sondertagung über Abrü-

[99] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 27* (A/44/27), Ziffer 100.

stung, allgemein anerkannt wurde, daß die Verhütung eines Atomkrieges von größter Bedeutung ist und daß die auf bilateraler, regionaler oder multilateraler Ebene unternommenen spezifischen Anstrengungen energisch fortgesetzt und die Maßnahmen zur Verminderung und schließlich vollständigen Beseitigung des Risikos eines Atomkrieges verstärkt werden müßten,

erneut erklärend, daß die Kernwaffenstaaten die Hauptverantwortung für die nukleare Abrüstung und für die Durchführung von Maßnahmen zur Verhütung des Ausbruchs eines Atomkrieges tragen und daß alle Kernwaffenstaaten, insbesondere diejenigen unter ihnen, die die größten Kernwaffenbestände besitzen, hinsichtlich der Aufgabe, die Ziele der nuklearen Abrüstung zu erreichen, eine besondere Verantwortung tragen,

betonend, daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf,

mit Genugtuung über das Inkrafttreten und die Umsetzung des Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite[14] als ein erster wertvoller Schritt auf dem Wege zur Reduzierung der Kernwaffen sowie über Maßnahmen, die die beiden Staaten ergriffen haben, um das Risiko eines Atomkrieges zu vermindern, einschließlich der Errichtung und des Betriebes von Zentren für die nukleare Risikominderung,

der Hoffnung Ausdruck verleihend, daß weitere Maßnahmen getroffen werden, um das Risiko eines Atomkrieges zu vermindern und schließlich vollständig zu beseitigen,

Kenntnis nehmend von dahin gehenden Ideen, einschließlich des Vorschlags, die Errichtung eines multilateralen Atomalarmzentrums in Erwägung zu ziehen, um das Risiko einer verhängnisvollen Mißdeutung von unbeabsichtigten Starts nuklearer Flugkörper zu vermindern,

feststellend, daß die vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltene Neunte Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder in ihrem Schlußdokument über internationale Sicherheit und Abrüstung[7] die Notwendigkeit des Abschlusses eines internationalen Übereinkommens über das Verbot jedweden Einsatzes von Kernwaffen betont hat,

mit Genugtuung über die jüngsten Fortschritte im Abrüstungsbereich, so auch den Beginn neuer Verhandlungen in Wien über konventionelle Streitkräfte und über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa,

hervorhebend, daß Militärkonzepte und -doktrinen im Interesse des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit strikt defensiv geartet sein müssen,

1. *ist der Auffassung*, daß die feierlichen Erklärungen zweier Kernwaffenstaaten, die auf der zwölften Sondertagung der Generalversammlung abgegeben beziehungsweise erneuert wurden und in denen diese sich verpflichteten, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, einen wichtigen Schritt zur Verringerung der Gefahr eines Atomkrieges darstellen;

2. *bringt die Hoffnung zum Ausdruck*, daß diejenigen Kernwaffenstaaten, die noch keine derartigen Erklärungen hinsichtlich des Verzichts auf den Ersteinsatz von Kernwaffen abgegeben haben, dies in Erwägung ziehen werden;

3. *ersucht* die Abrüstungskonferenz, Verhandlungen zu ihrem Tagesordnungspunkt betreffend die Verhütung eines Atomkrieges aufzunehmen und u.a. die Ausarbeitung eines völkerrechtlich verbindlichen Dokuments zu erwägen, in dem die Verpflichtung verankert ist, nicht als erster Kernwaffen einzusetzen;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhütung eines Atomkrieges" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

C

Bericht der Abrüstungskommission

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Jahresberichts der Abrüstungskommission[35],

erneut nachdrücklich darauf hinweisend, wie wichtig wirksame Anschlußmaßnahmen an die im Schlußdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, enthaltenen einschlägigen Empfehlungen und Beschlüsse sind,

unter Berücksichtigung der einschlägigen Abschnitte des Abschließenden Dokuments der zwölften Sondertagung der Generalversammlung[93], der zweiten Sondertagung über Abrüstung,

sowie unter Berücksichtigung der auf der fünfzehnten Sondertagung der Generalversammlung, der dritten Sondertagung über Abrüstung, zum Ausdruck gebrachten weit verbreiteten Auffassungen,

in Anbetracht der der Abrüstungskommission zugedachten Rolle und des Beitrags, den sie durch die Prüfung und Vorlage von Empfehlungen zu verschiedenen Problemen im Abrüstungsbereich und durch die Förderung der Durchführung der einschlägigen Beschlüsse der zehnten Sondertagung leisten soll,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/71 H vom 14. Dezember 1978, 34/83 H vom 11. Dezember 1979, 35/152 F vom 12. Dezember 1980, 36/92 B vom 9. Dezember 1981, 37/78 H vom 9. Dezember 1982, 38/183 E vom 20. Dezember 1983, 39/148 R vom 17. Dezember 1984, 40/152 F vom 16. Dezember 1985, 41/86 E vom 4. Dezember 1986, 42/42 G vom 30. November 1987 und 43/78 A vom 7. Dezember 1988,

1. *nimmt Kenntnis* vom Jahresbericht der Abrüstungskommission;

2. *stellt fest*, daß die Abrüstungskommission die Behandlung einiger Punkte ihrer Tagesordnung noch nicht abgeschlossen hat, stellt jedoch gleichzeitig mit Genugtuung fest, daß in einigen dieser Punkte Fortschritte erzielt wurden;

3. *erinnert daran*, daß die Abrüstungskommission in ihrer Rolle als Fach- und Beratungsgremium im Rahmen des multilateralen Abrüstungsmechanismus der Vereinten Nationen die Möglichkeit eingehender Beratungen über spezifische Abrüstungsfragen bietet, die zur Vorlage konkreter Empfehlungen zu diesen Fragen führen;

4. *betont*, wie wichtig es ist, daß die Abrüstungskommission auf der Grundlage einer relevanten Tagesordnung von Abrüstungsthemen arbeitet, die es ihr ermöglicht, konzentriert vorzugehen und so in Übereinstim-

mung mit der Resolution 37/78 H maximale Fortschritte in konkreten Themenbereichen zu erzielen;

5. *stellt außerdem fest*, daß Konsultationen über die Frage abgehalten worden sind, durch welche Mittel und Wege sich die Arbeitsweise der Abrüstungskommission im Abrüstungsbereich verbessern läßt;

6. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den Ergebnissen dieser Konsultationen über Mittel und Wege zur Verbesserung der Arbeitsweise der Abrüstungskommission, die in der Anlage zu dieser Resolution wiedergegeben sind;

7. *ersucht* die Abrüstungskommission, ihre Arbeit gemäß dem in Ziffer 118 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung niedergelegten Mandat sowie gemäß Ziffer 3 der Resolution 37/78 H fortzusetzen und sich zu diesem Zweck nach Kräften darum zu bemühen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung sowie der Ergebnisse ihrer Arbeitstagung 1989 auf ihrer Arbeitstagung 1990 konkrete Empfehlungen zu den noch offenen Punkten ihrer Tagesordnung zu erarbeiten;

8. *ersucht* die Abrüstungskommission *außerdem*, 1990 für einen Zeitraum von höchstens vier Wochen zusammenzutreten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über ihre Sacharbeit mit konkreten Empfehlungen zu den Punkten auf ihrer Tagesordnung vorzulegen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der Abrüstungskommission den Jahresbericht der Abrüstungskonferenz[47] zusammen mit allen auf Abrüstungsfragen bezüglichen Teilen des offiziellen Protokolls der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zu übermitteln und der Kommission jede zur Durchführung dieser Resolution benötigte Unterstützung zu gewähren;

10. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem* sicherzustellen, daß die Kommission und ihre Nebenorgane alle Dolmetsch- und Übersetzungsdienste in den Amtssprachen erhalten, und ihr zu diesem Zweck vorrangig alle erforderlichen Ressourcen und Dienste zuzuweisen;

11. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Bericht der Abrüstungskommission" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

ANLAGE

Mittel und Wege zur Verbesserung der Arbeitsweise der Abrüstungskommission

1. *Mandat*

Die Abrüstungskommission bekräftigt ihr Mandat, das in Ziffer 118 *a*) des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, (im folgenden als das "Schlußdokument" bezeichnet), enthalten ist.

2. *Beschlußfassungsverfahren*

Das in Ziffer 118 *b*) des Schlußdokuments beschriebene Beschlußfassungsverfahren sollte beibehalten werden.

3. *Tagesordnungspunkte*

1. Die Abrüstungskommission kann eine allgemeine Tagesordnung und für jede Arbeitstagung eine eigene Arbeitstagesordnung aufstellen. Die Arbeitstagesordnung sollte auf der Organisationstagung der Kommission vereinbart werden.

2. Für jede Tagung sollte die Arbeitstagesordnung auf höchstens vier Sachgegenstände beschränkt sein, die eingehend behandelt werden.

3. Ab 1991 sollte grundsätzlich kein Thema länger als drei aufeinanderfolgende Jahre auf der Arbeitstagesordnung verbleiben. Auf jeder Tagung sollte sich die Kommission mit jedem Thema, dessen Behandlung unterbrochen worden ist, im Hinblick auf die mögliche Wiederaufnahme der Behandlung beschäftigen.

4. Kann über einen bestimmten Tagesordnungspunkt keine Einigung erzielt werden, sollte der Bericht der Kommission eine gemeinsame Erklärung oder eine Zusammenfassung der Beratungen durch den Vorsitzenden enthalten, in denen die Auffassungen oder Positionen der verschiedenen Delegationen wiedergegeben sind, insbesondere wenn es sich um Tagesordnungspunkte handelt, deren Behandlung auf einige Zeit unterbrochen werden soll.

5. Auf ihrer Tagung 1990 sollte sich die Kommission nach Kräften bemühen, die Behandlung aller ihrer Tagesordnungspunkte abzuschließen, mit Ausnahme der neuen Sachgegenstände.

4. *Nebenorgane*

1. Auf jeder Jahrestagung sollte die Abrüstungskommission nicht mehr als vier Nebenorgane für die Behandlung von Sachgegenständen auf ihrer Tagesordnung einsetzen. Die Zuweisung der Tagesordnungspunkte an die vier Nebenorgane und die Ernennung der Vorsitzenden dieser Nebenorgane unter Berücksichtigung des Grundsatzes der ausgewogenen geographischen Verteilung sollte auf der Organisationstagung der Kommission beschlossen werden.

2. Der Vorsitz der Nebenorgane sollte grundsätzlich jedes Jahr turnusmäßig wechseln; die Kommission kann jedoch auf ihrer Organisationstagung beschließen, die Amtszeit eines Vorsitzenden im Interesse einer effektiven Arbeit und der raschen Erledigung eines Gegenstandes zu verlängern.

5. *Dauer der Arbeitstagung*

1. Die Abrüstungskommission sollte für einen Zeitraum von höchstens vier Wochen zusammentreten, um eingehend über Sachgegenstände zu beraten.

2. Im Einklang mit der bisherigen Praxis sollte die Dauer einer jeweiligen Arbeitstagung flexibel gehandhabt werden; dieselbe kann vorzeitig beendet werden. Damit die zur Verfügung stehenden Konferenzbetreuungsdienste effizient genutzt werden, sollte die Kommission auf ihrer Organisationstagung über die Dauer einer jeweiligen Arbeitstagung beschließen.

6. *Organisation der Tagungsarbeit*

1. Auf jeder Tagung kann im Plenum eine Generaldebatte über Tagesordnungspunkte stattfinden, die jedoch nicht länger als drei Tage dauern darf.

2. Außer zu neuen Gegenständen sollte in den Nebenorganen kein allgemeiner Gedankenaustausch stattfinden. Der allgemeine Gedankenaustausch über neue Gegenstände sollte nicht mehr als zwei Sitzungen in Anspruch nehmen.

3. Die Nebenorgane könnten ihre Arbeit aufnehmen, während der allgemeine Gedankenaustausch im Plenum noch vonstatten geht.

4. Es sollten nicht mehr als zwei offizielle Sitzungen gleichzeitig stattfinden. Diese Einschränkung gälte jedoch nicht für informelle Konsultationen.

5. Die Sitzungen der Kommission und ihrer Nebenorgane sollten volle Konferenzbetreuung erhalten.

6. Alle Amtsträger der Kommission sollten auf der Organisationstagung gewählt werden.

7. *Konsultationen*

Der Vorsitzende der Abrüstungskommission sollte ganzjährig, vor allem aber während der Sitzungen des Ersten Ausschusses der Generalversammlung, Konsultationen über Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Kommission, insbesondere ihre Arbeitstagesordnung, führen.

D

Bericht der Abrüstungskonferenz

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/83 B vom 11. Dezember 1979, 35/152 J vom 12. Dezember 1980, 36/92 F vom 9. Dezember 1981, 37/78 G vom 9. Dezember 1982, 38/183 I vom 20. Dezember 1983, 39/148 N vom 17. Dezember 1984, 40/152 M vom 16. Dezember 1985, 41/86 M vom 4. Dezember 1986, 42/42 L vom 30. November 1987 und 43/78 M vom 7. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts der Abrüstungskonferenz[47],

überzeugt, daß die Abrüstungskonferenz als das einzige multilaterale Gremium für Abrüstungsverhandlungen bei den Sachverhandlungen über vorrangige Abrüstungsfragen die zentrale Rolle spielen sollte,

mit dem Ausdruck ihres Bedauerns darüber, daß die Abrüstungskonferenz 1989 weder in der Lage war, Ad-hoc-Ausschüsse einzusetzen, noch Verhandlungen über nukleare Fragen auf ihrer Tagesordnung aufzunehmen,

mit dem Ausdruck ihrer Hoffnung, daß die Abrüstungskonferenz in Anbetracht der derzeitigen positiven Entwicklungen in einigen wichtigen Abrüstungsbereichen in der Lage sein wird, konkrete Übereinkünfte über Abrüstungsfragen zu erzielen, denen die Vereinten Nationen höchste Priorität und Dringlichkeit beimessen und die seit einer Reihe von Jahren behandelt werden,

in Anbetracht dessen, daß es unter den gegebenen Umständen wichtiger denn je ist, den Abrüstungsverhandlungen auf allen Ebenen zusätzliche Dynamik zu verleihen und in unmittelbarer Zukunft echte Fortschritte zu erzielen,

1. *bekräftigt* die Rolle der Abrüstungskonferenz als des einzigen multilateralen Forums für Abrüstungsverhandlungen, über das die internationale Gemeinschaft verfügt;

2. *stellt mit Genugtuung fest*, daß bei den Verhandlungen über die Ausarbeitung des Entwurfs einer Konvention über das vollständige und wirksame Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung weitere Fortschritte erzielt worden sind, und bittet die Abrüstungskonferenz nachdrücklich, ihre Arbeit weiter zu intensivieren, um die Verhandlungen über den Entwurf einer solchen Konvention so bald wie möglich zum Abschluß zu bringen;

3. *fordert* die Abrüstungskonferenz *auf*, ihre Arbeit zu intensivieren, ihren Auftrag durch sachbezogene Verhandlungen entschlossener voranzubringen, wozu Ad-hoc-Ausschüsse der geeignetste Mechanismus wären, und gemäß dem in Abschnitt III des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] enthaltenen Aktionsprogramm konkrete Maßnahmen zu den spezifischen vorrangigen Abrüstungsfragen auf ihrer Tagesordnung zu treffen;

4. *bittet* die Abrüstungskonferenz *nachdrücklich*, den Ad-hoc-Ausschüssen in Übereinstimmung mit der im Schlußdokument der zehnten Sondertagung bestimmten grundlegenden Rolle der Konferenz Verhandlungsmandate für alle Tagesordnungspunkte zu übertragen;

5. *ersucht* die Abrüstungskonferenz, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Tätigkeitsbericht vorzulegen;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Bericht der Abrüstungskonferenz" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

E

Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung sowie Verhütung eines Atomkrieges

Die Generalversammlung,

die Auffassung vertretend, daß alle Nationen ein vitales Interesse an Verhandlungen über nukleare Abrüstung haben, da das Vorhandensein von Kernwaffen die vitalen Sicherheitsinteressen der Kernwaffenstaaten wie auch der Nichtkernwaffenstaaten gleichermaßen bedroht,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 43/78 E und F vom 7. Dezember 1988,

sowie unter Hinweis darauf, daß die internationale Gemeinschaft in dem Schlußdokument der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] übereingekommen ist, daß das nukleare Wettrüsten nicht nur keineswegs zur Festigung der Sicherheit aller Staaten beiträgt, sondern die Gefahr des Ausbruchs eines Atomkrieges sogar noch erhöht,

mit Genugtuung darüber, daß die vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltene Neunte Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder in ihrem Schlußdokument über internationale Sicherheit und Abrüstung[7] bekräftigt hat, daß die nukleare Abrüstung ein Prozeß ist, an dem sich alle Nationen beteiligen sollten, und die Auffassung vertreten hat, daß der laufende Abrüstungsprozeß beschleunigt und durch gemeinsame Anstrengungen der gesamten internationalen Gemeinschaft noch weiter ausgedehnt werden könnte,

unter Berücksichtigung dessen, daß alle Kernwaffenstaaten, insbesondere diejenigen unter ihnen, die die größten Kernwaffenbestände besitzen, eine besondere Verantwortung für die Erreichung der Ziele der nuklearen Abrüstung tragen,

überzeugt, daß die Verhütung eines Atomkrieges und die Verminderung der Gefahr eines Atomkrieges Fragen

von höchstem Vorrang und von vitalem Interesse für alle Völker der Welt sind,

ermutigt durch die Tatsache, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika nach wie vor anerkennen, daß ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf,

sich der Tatsache *bewußt*, daß die Verhütung eines Atomkrieges und die Verminderung der Gefahr eines Atomkrieges unauflösbar mit der Einstellung des nuklearen Wettrüstens und der nuklearen Abrüstung verknüpft sind und daß sie somit in ihrer Wechselbeziehung als wesentliche Teilstücke eines Prozesses der allgemeinen und vollständigen Abrüstung gesehen werden sollten,

überzeugt, daß alle Möglichkeiten erforscht werden sollten, um sicherzustellen, daß in diesen beiden lebenswichtigen Bereichen Fortschritte erzielt werden, und außerdem überzeugt, daß unbedingt konstruktive multilaterale Maßnahmen zur Ergänzung und Verstärkung des angelaufenen bilateralen Prozesses ergriffen werden müssen,

1. *erklärt erneut*, daß multilaterale und bilaterale Verhandlungen über nukleare Fragen einander ergänzen und fördern sollten;

2. *vertritt die Auffassung*, daß verstärkte Anstrengungen dahin gehend unternommen werden sollten, multilaterale Verhandlungen nach Ziffer 50 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung einzuleiten;

3. *wiederholt*, daß es angesichts der Wichtigkeit dieser Frage ebenso notwendig ist, geeignete Wege zu finden, damit schneller wirksame Maßnahmen zur Verhütung eines Atomkrieges getroffen werden können;

4. *ersucht* die Abrüstungskonferenz, zu Beginn ihrer Tagung 1990 Ad-hoc-Ausschüsse zur Einstellung des nuklearen Wettrüstens und der nuklearen Abrüstung wie auch zur Verhütung eines Atomkrieges einzusetzen, die mit einem Mandat ausgestattet sind, das es ihnen erlaubt, eine strukturierte und praktische Analyse der Frage durchzuführen, wie die Abrüstungskonferenz am besten zu Fortschritten in diesen beiden vordringlichen Angelegenheiten beitragen kann;

5. *ersucht* die Abrüstungskonferenz *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über ihre Behandlung dieser Themen Bericht zu erstatten;

6. *beschließt* die Aufnahme der Punkte "Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung" und "Verhütung eines Atomkrieges" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

F

Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3477 (XXX) vom 11. Dezember 1975, in der sie den Gedanken der Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik unterstützte und die betreffenden Länder bat, Konsultationen über Mittel und Wege zur Erreichung dieses Ziels in die Wege zu leiten,

sowie unter Hinweis auf Artikel VII des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[5], der das Recht einer Gruppe von Staaten anerkennt, regionale Verträge zu schließen, um sicherzustellen, daß ihre Hoheitsgebiete völlig frei von Kernwaffen sind,

eingedenk der Ziffer 60 des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], der ersten Sondertagung über Abrüstung, worin es heißt, daß die Schaffung kernwaffenfreier Zonen auf der Grundlage von zwischen den Staaten der betreffenden Region frei geschlossenen Vereinbarungen eine wichtige Abrüstungsmaßnahme darstellt,

in Anbetracht dessen, daß die Regierungschefs der unabhängigen oder autonomen Mitglieder des in Rarotonga zusammengetretenen Südpazifik-Forums am 6. August 1985 den Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik[100] (auch als Rarotonga-Vertrag bezeichnet) verabschiedet haben und am 8. August 1986 drei Protokolle zu diesem Vertrag verabschiedet haben,

sowie in Anbetracht dessen, daß der Vertrag nach Hinterlegung der achten Ratifikationsurkunde am 11. Dezember 1986 in Kraft getreten ist,

anerkennend, daß der Vertrag die besonderen Gegebenheiten der Südpazifik-Region widerspiegelt,

1. *stellt mit Befriedigung fest*, daß inzwischen elf Mitglieder des Südpazifik-Forums den Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik ratifiziert haben und daß China und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Protokollen 2 und 3 des Vertrages beigetreten sind;

2. *stellt außerdem fest*, daß das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika erklärt haben, daß keine ihrer Handlungsweisen und Aktivitäten in der Vertragsregion mit dem Vertrag oder seinen Protokollen unvereinbar ist;

3. *empfiehlt* den Vertrag und seine Protokolle allen Mitgliedstaaten zur Prüfung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

G

Abrüstungswoche

Die Generalversammlung,

feststellend, daß in den Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung in letzter Zeit wichtige Entwicklungen stattgefunden haben, die sehr ermutigend sind und zu großen Hoffnungen auf eine sicherere Welt Anlaß geben,

gleichzeitig *feststellend*, daß das Wettrüsten trotz dieser positiven Entwicklungen nach wie vor eine schwere Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt,

betonend, welche vitale Bedeutung der Beseitigung der Gefahr eines Atomkrieges und eines konventionellen Krieges, der Beendigung des nuklearen und konven-

[100] Siehe *The United Nations Disarmament Yearbook*, Vol. 10: 1985 (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.86.IX.7), Anhang VII.

tionellen Wettrüstens und der Verwirklichung der Abrüstung zukommt,

erneut hervorhebend, wie notwendig und wichtig die Mobilisierung der Weltmeinung zugunsten der Anhaltung und Umkehrung des globalen Wettrüstens unter allen seinen Aspekten ist,

unter Berücksichtigung des Bestrebens der Weltöffentlichkeit, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beendigen,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von der breiten aktiven Unterstützung der Regierungen sowie der internationalen und nationalen Organisationen für den Beschluß der zehnten Sondertagung der Generalversammlung, der ersten Sondertagung über Abrüstung, die am 24. Oktober, dem Gründungstag der Vereinten Nationen, beginnende Woche zur "Woche für die Förderung der Ziele der Abrüstung" zu erklären[101],

unter Hinweis auf die in Anlage V des Abschließenden Dokuments der zwölften Sondertagung der Generalversammlung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, enthaltenen Empfehlungen zur Weltabrüstungskampagne, insbesondere die Empfehlung, daß die Abrüstungswoche auch in Zukunft allgemein begangen werden soll[102],

in Anbetracht dessen, daß die Mitgliedstaaten auf der fünfzehnten Sondertagung der Generalversammlung, der dritten Sondertagung über Abrüstung, ihre Unterstützung für die weitere Begehung der Abrüstungswoche zum Ausdruck gebracht haben,

anerkennend, wie wichtig es ist, daß die Abrüstungswoche jährlich begangen wird, und zwar auch von den Vereinten Nationen,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[103] über die Folgemaßnahmen der Staaten sowie der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen aus Anlaß der Abrüstungswoche;

2. *dankt* allen Staaten sowie internationalen und nationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen für ihre tatkräftige Unterstützung der Abrüstungswoche und ihre aktive Mitwirkung daran;

3. *bittet* alle Staaten, sofern sie dies wünschen, die Elemente des vom Generalsekretär ausgearbeiteten Musterprogramms für die Abrüstungswoche[104] zu berücksichtigen, wenn sie auf lokaler Ebene entsprechende Maßnahmen anläßlich der Abrüstungswoche durchführen;

4. *bittet* die Regierungen, gemäß Generalversammlungsresolution 33/71 D vom 14. Dezember 1978 den Generalsekretär auch künftig von den zur Förderung der Ziele der Abrüstungswoche unternommenen Aktivitäten zu unterrichten;

5. *bittet* die internationalen und nationalen nichtstaatlichen Organisationen, sich aktiv an der Abrüstungswoche zu beteiligen und den Generalsekretär über ihre Aktivitäten zu unterrichten;

6. *bittet* den Generalsekretär, auch künftig möglichst umfassenden Gebrauch von den Informationsorganen der Vereinten Nationen zu machen, um in der Weltöffentlichkeit ein besseres Verständnis der Abrüstungsprobleme und der Ziele der Abrüstungswoche zu fördern;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung gemäß Ziffer 4 der Resolution 33/71 D einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

H

Erklärung der 90er Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/46 vom 3. Dezember 1980, in der sie die 80er Jahre zur Zweiten Abrüstungdekade erklärt hat,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 34/75 vom 11. Dezember 1979, in der sie die Abrüstungskommission beauftragte, Elemente eines Resolutionsentwurfs mit dem Titel "Erklärung der 80er Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade" auszuarbeiten und sie der Generalversammlung auf ihrer fünfunddreißigsten Tagung zur Behandlung und Verabschiedung vorzulegen,

im Hinblick darauf, daß die mit ihrer Resolution 35/46 erklärte Zweite Abrüstungsdekade sich ihrem Ende nähert,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 43/78 L vom 7. Dezember 1988, in der sie beschloß, die 90er Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade zu erklären,

in Bekräftigung der Verantwortung der Vereinten Nationen für die Verwirklichung der Abrüstung,

in Anbetracht der Fortschritte in den Abrüstungsgesprächen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer positiven Auswirkungen auf die Verwirklichung des weltweiten Friedens und der weltweiten Sicherheit,

in dem Wunsche, die derzeitige Dynamik des Abrüstungsprozesses aufrechtzuerhalten,

überzeugt, daß eine dritte Abrüstungsdekade den Abrüstungsprozeß beschleunigen wird,

1. *nimmt Kenntnis* von der Tätigkeit der Abrüstungskommission auf ihrer Tagung 1989 in bezug auf die Erklärung der 90er Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade[105];

2. *beauftragt* die Abrüstungskommission, auf ihrer Arbeitstagung 1990 Elemente eines Resolutionsentwurfs mit dem Titel "Erklärung der 90er Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade" auszuarbeiten und diese der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung zur Behandlung und Verabschiedung vorzulegen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Abrüstungskommission bei der Durchführung dieser Resolution jede erforderliche Unterstützung zu gewähren;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Erklärung der 90er Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

---

[101] Resolution S-10/2, Ziffer 102.

[102] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9 bis 13, Dokument A/S-12/32, Anhang V, Ziffer 12.

[103] A/44/446 mit Add. 1 und 2.

[104] A/34/436.

[105] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 42* (A/44/42), Ziffer 49.

44/120 – Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone in ihrer Resolution 2832 (XXVI) vom 16. Dezember 1971 sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2992 (XXVII) vom 15. Dezember 1972, 3080 (XXVIII) vom 6. Dezember 1973, 3259 A (XXIX) vom 9. Dezember 1974, 3468 (XXX) vom 11. Dezember 1975, 31/88 vom 14. Dezember 1976, 32/86 vom 12. Dezember 1977, S-10/2 vom 30. Juni 1978, 33/68 vom 14. Dezember 1978, 34/80 A und B vom 11. Dezember 1979, 35/150 vom 12. Dezember 1980, 36/90 vom 9. Dezember 1981, 37/96 vom 13. Dezember 1982, 38/185 vom 20. Dezember 1983, 39/149 vom 17. Dezember 1984, 40/153 vom 16. Dezember 1985, 41/87 vom 4. Dezember 1986, 42/43 vom 30. November 1987, 43/79 vom 7. Dezember 1988 und auf andere einschlägige Resolutionen,

erneut erklärend, daß die Schaffung von Friedenszonen in verschiedenen Weltregionen unter geeigneten Bedingungen, die unter Berücksichtigung der Gegebenheiten der betreffenden Zone und der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sowie im Einklang mit dem Völkerrecht von den betreffenden Staaten der Zone klar festzulegen und frei zu vereinbaren sind, zur Festigung der Sicherheit der Staaten innerhalb dieser Zonen sowie zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit insgesamt beitragen kann,

sowie unter Hinweis auf den Bericht der Konferenz der Anrainer- und Hinterlandstaaten des Indischen Ozeans[106],

feststellend, daß der Ad-hoc-Ausschuß für den Indischen Ozean während seiner Vorbereitungstagung im Juli 1989 den zehnten Jahrestag der Konferenz der Anrainer- und Hinterlandstaaten des Indischen Ozeans beging, die am 13. Juli 1979 stattfand[107],

ferner unter Hinweis auf Ziffer 22 des Schlußdokuments über internationale Sicherheit und Abrüstung, das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[7],

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone wesentlich zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wie auch zur Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität und friedlichen Entwicklung der Staaten der Region beitragen würden,

überzeugt, daß eine Einigung über derartige Maßnahmen durch ermutigende Entwicklungen in den internationalen Beziehungen, die sich positiv auf die Region auswirken könnten, erleichtert werden dürfte,

sowie überzeugt, daß die anhaltende militärische Präsenz der Großmächte im Gebiet des Indischen Ozeans – im Kontext ihrer Rivalität gesehen – die Einleitung praktischer Schritte zur baldigen Verwirklichung der Ziele der Erklärung dringend notwendig macht,

die Auffassung vertretend, daß eine Friedenszone nur dann geschaffen werden kann, wenn die Staaten der Region zusammenarbeiten und untereinander einig sind, damit die in der Erklärung angestrebten friedlichen und sicheren Verhältnisse in dem Gebiet gewährleistet sind,

mit Dank Kenntnis nehmend von dem Angebot der Regierung Sri Lankas, die Konferenz über den Indischen Ozean vom 2. bis 13. Juli 1990 in Colombo auszurichten,

mit Bedauern darüber, daß es trotz des großzügigen Angebots der Regierung von Sri Lanka nicht möglich ist, die Konferenz wie geplant 1990 abzuhalten,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für den Indischen Ozean[108];

2. *bekräftigt* ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Verwirklichung der Ziele der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone;

3. *wiederholt und unterstreicht* ihren Beschluß, als notwendigen Schritt zur Verwirklichung der 1971 verabschiedeten Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone die Konferenz über den Indischen Ozean in Colombo zu veranstalten;

4. *erneuert* das in den einschlägigen Resolutionen festgelegte Mandat des Ad-hoc-Ausschusses und ersucht den Ausschuß, seine Tätigkeit im Hinblick auf die Erfüllung seines Mandats zu intensivieren;

5. *stellt mit Genugtuung fest,* daß die Arbeitsgruppe des Ad-hoc-Ausschusses bei ihren Sitzungen während der Ausschußtagungen 1989 beträchtliche Fortschritte im Hinblick auf die Erfüllung des Mandats des Ad-hoc-Ausschusses erzielt hat, so auch hinsichtlich der Vorbereitungsarbeiten für die Einberufung der Konferenz, wie sie in den einschlägigen Resolutionen gefordert wird, die vom Ausschuß empfohlen und von der Generalversammlung im Konsens verabschiedet worden sind, und daß der Vorsitzende der Arbeitsgruppe dem Ad-hoc-Ausschuß seinen Bericht vorgelegt hat;

6. *bittet* den Ad-hoc-Ausschuß *nachdrücklich,* seine Erörterungen der Sachfragen und Grundsätze, so auch der vom Vorsitzenden der Arbeitsgruppe in seinem Bericht vom 12. Juli 1989 genannten Sachfragen und Grundsätze[109], zu intensivieren, mit dem Ziel, Elemente zu erarbeiten, die bei der späteren Ausarbeitung des Entwurfs eines Schlußdokuments der Konferenz unter Umständen Berücksichtigung finden können;

7. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß, in der ersten Jahreshälfte 1990 zwei Vorbereitungstagungen von einer beziehungsweise zwei Wochen Dauer abzuhalten, um die verbleibenden Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz über den Indischen Ozean abzuschließen, damit die Konferenz im Benehmen mit dem Gastland 1991 in Colombo stattfinden kann;

8. *ersucht* den Vorsitzenden des Ad-hoc-Ausschusses, seine Konsultationen zur Frage der Mitwirkung von nicht dem Ausschuß angehörenden Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen an der Arbeit des Ausschusses fortzusetzen, damit diese Angelegenheit möglichst bald geklärt wird;

9. *ersucht* den Vorsitzenden des Ad-hoc-Ausschusses *außerdem,* sich hinsichtlich der Einrichtung eines Se-

---

[106] Ebd., *Vierunddreißigste Tagung, Beilage 45* mit Korrigendum (A/34/45 mit Korr.1).

[107] A/AC.159/SR.357; siehe auch *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 29* (A/44/29), Abschnitt II.C.

[108] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 29* (A/44/29).

[109] A/AC.159/L.93, Anhang.

kretariats für die Konferenz zu gegebener Zeit mit dem Generalsekretär ins Benehmen zu setzen;

10. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Gesamtbericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

11. *ersucht* den Generalsekretär, dem Ad-hoc-Ausschuß auch künftig jede erforderliche Unterstützung zu gewähren und in Anerkennung seiner Rolle als Vorbereitungsorgan für ihn auch Kurzprotokolle erstellen zu lassen.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/121 – Nukleare Rüstung Israels

Die Generalversammlung,

eingedenk ihrer früheren Resolutionen über die nukleare Rüstung Israels, zuletzt Resolution 43/80 vom 7. Dezember 1988,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/65 vom 7. Dezember 1988, in der sie u.a. dazu aufgefordert hat, bis zur Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Nahen Osten alle kerntechnischen Anlagen in der Region der Kernmaterialüberwachung der Internationalen Atomenergie-Organisation zu unterstellen,

sowie unter Hinweis auf Sicherheitsratsresolution 487 (1981) vom 19. Juni 1981, in welcher der Rat Israel u.a. aufgefordert hat, seine gesamten kerntechnischen Anlagen umgehend der Kernmaterialüberwachung der Internationalen Atomenergie-Organisation zu unterstellen,

feststellend, daß nur Israel vom Sicherheitsrat eigens dazu aufgefordert worden ist, seine kerntechnischen Anlagen der Kernmaterialüberwachung der Internationalen Atomenergie-Organisation zu unterstellen,

mit ernster Sorge feststellend, daß sich Israel trotz mehrfacher Aufforderungen der Generalversammlung, des Sicherheitsrats und der Internationalen Atomenergie-Organisation hartnäckig weigert, die Verpflichtung einzugehen, Kernwaffen weder herzustellen noch zu erwerben,

unter Berücksichtigung der von der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation verabschiedeten Resolution GC (XXXIII)/RES/506 vom 29. September 1989, in der die Generalkonferenz die Weigerung Israels verurteilt hat, seine gesamten kerntechnischen Anlagen der Kernmaterialüberwachung der Internationalen Atomenergie-Organisation zu unterstellen, und Israel aufgefordert hat, der Sicherheitsratsresolution 487 (1981) Folge zu leisten,

sowie unter Berücksichtigung des Schlußdokuments über "Internationale Sicherheit und Abrüstung", das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[7] und in dessen Ziffer 12 Israel dafür verurteilt wird, daß es seine nuklearen Rüstungsprogramme und Massenvernichtungswaffen weiterentwickelt und sich weigert, die diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation durchzuführen,

in höchstem Maße beunruhigt über die Informationen, wonach Israel weiterhin Kernwaffen herstellt, entwickelt und erwirbt und deren Einsatzmittel im Mittelmeer erprobt, womit es den Frieden und die Sicherheit der Region bedroht,

im Bewußtsein der schwerwiegenden, für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohlichen Folgen der Entwicklung und des Erwerbs von Kernwaffen durch Israel sowie seiner Kollaboration mit Südafrika bei der Entwicklung von Kernwaffen und deren Einsatzmitteln,

tief besorgt darüber, daß die erklärte Politik Israels, friedlichen Zwecken gewidmete kerntechnische Anlagen anzugreifen und zu zerstören, Teil seiner nuklearen Rüstungspolitik ist,

1. *verurteilt* Israel *erneut* wegen seiner Weigerung, auf jeden Besitz von Kernwaffen zu verzichten;

2. *verurteilt außerdem erneut* die Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika;

3. *bringt ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck*, daß Israel weiterhin Kernwaffen herstellt, entwickelt und erwirbt und deren Einsatzmittel erprobt;

4. *ersucht* den Sicherheitsrat *von neuem*, dringend wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß Israel der Resolution 487 (1981) Folge leistet;

5. *verlangt erneut*, daß Israel seine gesamten kerntechnischen Anlagen der Kernmaterialüberwachung der Internationalen Atomenergie-Organisation unterstellt;

6. *fordert* alle Staaten und Organisationen *auf*, soweit nicht bereits geschehen, die Zusammenarbeit mit beziehungsweise die Hilfeleistung an Israel auf nuklearem Gebiet einzustellen;

7. *ersucht* die Internationale Atomenergie-Organisation *erneut*, jede Zusammenarbeit mit Israel einzustellen, die zu seiner Nuklearfähigkeit beitragen könnte;

8. *ersucht* die Internationale Atomenergie-Organisation *außerdem*, den Generalsekretär über alle Schritte zu unterrichten, die Israel unter Umständen einleitet, um seine kerntechnischen Anlagen ihrer Kernmaterialüberwachung zu unterstellen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, die Aktivitäten Israels auf nuklearem Gebiet genau zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

10. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Nukleare Rüstung Israels" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/122 – Einhaltung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/81 A vom 7. Dezember 1988,

im Bewußtsein dessen, daß es allen Mitgliedstaaten ein großes Anliegen ist, die Achtung der aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts erwachsenden Rechte und Verpflichtungen zu wahren,

überzeugt, daß die Beachtung der Charta der Vereinten Nationen, der einschlägigen Verträge und der anderen Quellen des Völkerrechts für die Festigung der internationalen Sicherheit unabdingbar ist,

insbesondere *eingedenk* der grundlegenden Wichtigkeit einer uneingeschränkten Durchführung und strik-

ten Beachtung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften, damit den einzelnen Nationen und der internationalen Gemeinschaft daraus größere Sicherheit erwachsen kann,

betonend, daß jeder Verstoß gegen derartige Übereinkünfte sich nicht nur nachteilig auf die Sicherheit der Vertragsstaaten auswirkt, sondern auch ein Sicherheitsrisiko für andere Staaten schaffen kann, die sich auf die in diesen Übereinkünften festgeschriebenen Begrenzungen und Verpflichtungen verlassen,

sowie betonend, daß jede Schwächung des in solche Übereinkünfte gesetzten Vertrauens deren Beitrag zur weltweiten oder regionalen Stabilität und zu weiteren Bemühungen um Abrüstung und Rüstungsbegrenzung verringert und die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der völkerrechtlichen Ordnung aushöhlt,

in diesem Zusammenhang u.a. den Beitrag *anerkennend*, den die uneingeschränkte Einhaltung der bestehenden Übereinkünfte zu Fortschritten bei der Aushandlung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften leisten kann,

die Auffassung vertretend, daß die Einhaltung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften durch die Vertragsstaaten somit eine Angelegenheit von Interesse und Belang für alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft ist, sowie im Hinblick auf die Rolle, die die Vereinten Nationen in dieser Hinsicht spielen könnten,

überzeugt, daß die Lösung von Fragen der Nichteinhaltung, die sich im Zusammenhang mit Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften ergeben haben, zu besseren Beziehungen zwischen den Staaten und zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der Welt beitragen würde,

erfreut darüber, daß weltweit anerkannt wird, wie wichtig die Frage des vertragskonformen Verhaltens im Kontext von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften ist

1. *bittet nachdrücklich* alle Vertragsstaaten von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften, die Bestimmungen dieser Übereinkünfte in ihrer Gesamtheit durchzuführen und einzuhalten;

2. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, sich voll vor Augen zu halten, welche nachteiligen Folgen die Nichteinhaltung dieser Verpflichtungen für die internationale Sicherheit und Stabilität sowie für die Aussichten auf weitere Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung hätte;

3. *fordert* alle Mitgliedstaaten *außerdem auf*, Bemühungen um die Lösung von Fragen eines nicht vertragskonformen Verhaltens zu unterstützen, mit dem Ziel, die strikte Beachtung der Bestimmungen von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften durch alle Vertragsstaaten zu fördern und die Unversehrtheit solcher Übereinkünfte zu bewahren oder wiederherzustellen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, den Mitgliedstaaten hierbei die gegebenenfalls erforderliche Unterstützung zu gewähren;

5. *begrüßt* die Bemühungen der Vertragsstaaten, soweit erforderlich zusätzliche Kooperationsmaßnahmen auszuarbeiten, die das Vertrauen in die Einhaltung der Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünfte erhöhen und die Möglichkeit einer Fehlinterpretation oder eines Mißverständnisses verringern sollen;

6. *stellt* in diesem Zusammenhang *fest*, daß Verifikationsexperimente dazu beitragen können, die Verifikationsverfahren in den im Verhandlungsstadium befindlichen Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften zu bestätigen und zu perfektionieren, und dadurch eine Gelegenheit bieten, vom Zeitpunkt des Inkrafttretens derartiger Übereinkünfte das Vertrauen in die Wirksamkeit von Verifikationsverfahren als Grundlage zur Feststellung des vertragskonformen Verhaltens zu erhöhen;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Einhaltung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/123 — Abrüstungserziehung

Die Generalversammlung,

fest überzeugt, daß die Vereinten Nationen zu dem Zweck geschaffen wurden, den Grundstein zu einer neuen Weltordnung zu legen, deren Grundriß in Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen enthalten ist,

sich voll dessen bewußt, daß ein ausschließlich auf den politischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen der Regierungen aufbauender Friede kein Frieden wäre, der die einmütige, anhaltende und aufrichtige Unterstützung der Welt finden könnte, und daß der Friede, wenn er nicht scheitern soll, auf der geistigen und sittlichen Solidarität der Menschheit gründen muß,

zu der vollen Überzeugung gelangt, daß Kriege im Geiste des Menschen ihren Anfang nehmen und daß daher im Geiste des Menschen Bollwerke des Friedens errichtet werden müssen,

unter Berücksichtigung des Schlußdokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17], insbesondere der Ziffer 106, in der die Versammlung die Regierungen sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen nachdrücklich bat, Schritte zur Ausarbeitung von Bildungsprogrammen im Abrüstungsbereich und zur Entwicklung der Friedensforschung auf allen Ebenen zu unternehmen,

davon ausgehend, daß in Ziffer 99, 100 und 101 des Schlußdokuments die Modalitäten eines Programms zur Mobilisierung der Weltöffentlichkeit für die Sache der Abrüstung genannt sind, wobei ein Teil der Bildungsmaßnahmen in der Verbreitung zusätzlicher Informationen und in der Öffentlichkeitsarbeit besteht,

sowie davon ausgehend, daß der Weltabrüstungskampagne eine wichtige ergänzende Rolle bei den Bildungsanstrengungen im Dienste der Abrüstung zukommt, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer eigenen Bildungs- und kulturellen Entwicklungssysteme durchgeführt werden, daß sie jedoch keine irreversiblen Ergebnisse erzielen kann, solange nicht auf allen schulischen Bildungsebenen Ausbildungsprogramme durchgeführt werden, mit dem Ziel, die Grundeinstellungen gegenüber Aggression, Gewalt, Rüstung und Krieg zu verändern,

1. *bittet* die Mitgliedstaaten sowie die internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, den Generalsekretär über alle Bemühungen zu unterrichten, die sie auf den Aufruf in Ziffer 106 des Schluß-

dokuments der zehnten Sondertagung der Generalversammlung unternommen haben;

2. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen der verfügbaren Ressourcen unter Berücksichtigung der Berichte der Mitgliedstaaten sowie der internationalen staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und unter Zugrundelegung von aus anderen Quellen verfügbaren Informationen einen Bericht über den derzeitigen Stand der Maßnahmen der Abrüstungserziehung zu erstellen;

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung die in Ziffer 1 und 2 erbetenen Berichte vorzulegen;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Abrüstungserziehung und Abrüstungsinformation" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/124 — Antarktis-Frage

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/83 B vom 7. Dezember 1988,

nach Behandlung des Punktes "Antarktis-Frage",

mit Bedauern feststellend, daß das rassistische Apartheidregime Südafrikas, das von der Teilnahme an der Generalversammlung der Vereinten Nationen suspendiert worden ist, nach wie vor an den Tagungen der Beratenden Vertragsparteien des Antarktis-Vertrages teilnimmt,

unter Hinweis auf die Resolution, die der Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner vom 17. bis 22. Juli 1989 in Addis Abeba abgehaltenen fünfzigsten ordentlichen Tagung verabschiedet hat[80],

sowie unter Hinweis auf das Schlußdokument über die Antarktis, das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[7],

ferner unter Hinweis darauf, daß der Antarktis-Vertrag[110] seinen Bestimmungen zufolge der Förderung der in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze dienen soll,

feststellend, daß die vom rassistischen Minderheitsregime Südafrikas praktizierte Apartheidpolitik, die weltweit verurteilt worden ist, eine Bedrohung des Friedens und der Sicherheit in der Region und in der ganzen Welt darstellt,

1. *beobachtet mit Sorge*, daß das Apartheidregime Südafrikas nach wie vor an den Tagungen der Beratenden Vertragsparteien des Antarktis-Vertrages teilnimmt;

2. *appelliert erneut* an die Beratenden Vertragsparteien des Antarktis-Vertrages, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um das rassistische Apartheidregime Südafrikas möglichst bald von der Teilnahme an den Tagungen der Beratenden Vertragsparteien auszuschließen;

3. *bittet* die Vertragsstaaten des Antarktis-Vertrages, den Generalsekretär über die bezüglich dieser Resolution ergriffenen Maßnahmen zu unterrichten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung hierzu einen Bericht vorzulegen;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Antarktis-Frage" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

B

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Punktes "Antarktis-Frage",

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 38/77 vom 15. Dezember 1983, 39/152 vom 17. Dezember 1984, 40/156 A und B vom 16. Dezember 1985, 41/88 A und B vom 4. Dezember 1986, 42/46 A und B vom 30. November 1987 und 43/83 A und B vom 7. Dezember 1988,

sowie unter Hinweis auf die diesbezüglichen Absätze der Politischen Erklärung, die von der vom 1. bis 6. September 1986 in Harare abgehaltenen Achten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[111], auf die Resolution über die Antarktis, die der Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner vom 10. bis 17. Juli 1985 in Addis Abeba abgehaltenen zweiundvierzigsten ordentlichen Tagung verabschiedet hat[112], sowie auf die diesbezüglichen Absätze des Beschlusses, den der Ministerrat der Liga der arabischen Staaten auf seiner am 17. und 18. September 1986 in Tunis abgehaltenen Tagung verabschiedet hat, wie auch auf die Resolution 25/5-P(IS), die von der vom 26. bis 29. Januar 1987 in Kuwait abgehaltenen Fünften Islamischen Gipfelkonferenz der Organisation der Islamischen Konferenz verabschiedet wurde[113], auf das Schlußdokument über die Antarktis, das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[7], sowie auf das von den Regierungschefs der Commonwealthländer am 24. Oktober 1989 in Kuala Lumpur herausgegebene Kommuniqué[114],

unter Berücksichtigung der Debatten, die seit ihrer achtunddreißigsten Tagung über diesen Punkt stattgefunden haben,

erfreut darüber, daß die internationale Gemeinschaft sich zunehmend mit der Antarktis befaßt und für diese interessiert,

überzeugt von den Vorteilen, die eine bessere Kenntnis der Antarktis für die gesamte Menschheit mit sich bringt,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß die Antarktis im Interesse der gesamten Menschheit für alle Zeiten ausschließlich für friedliche Zwecke genutzt und nicht zum Schauplatz oder Gegenstand internationaler Zwietracht werden soll,

[110] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 402, Nr. 5778.

[111] A/41/697-S/18392, Anhang, Abschnitt I, Ziffer 198-202.
[112] A/40/666, Anhang II, Resolution CM/Res.988 (XLII).
[113] Siehe A/42/178-S/18753, Anhang II.
[114] Siehe A/44/689-S/20921, Anhang.

in Bekräftigung des Grundsatzes, daß die internationale Gemeinschaft Anspruch darauf hat, Informationen über alle Aspekte der Antarktis zu erhalten, und daß die Vereinten Nationen gemäß Generalversammlungsresolution 41/88 A, 42/46 B und 43/83 A zur Sammelstelle für alle diese Informationen gemacht werden sollen,

im Bewußtsein der besonderen Bedeutung, die der Antarktis für die internationale Gemeinschaft zukommt, u.a. was den Weltfrieden und die internationale Sicherheit, die Umwelt, ihren Einfluß auf die globalen Klimaverhältnisse, die Wirtschaft und die wissenschaftliche Forschung betrifft,

sowie im Bewußtsein der Wechselbeziehung zwischen der Antarktis und den physikalischen, chemischen und biologischen Prozessen, die das gesamte Erdsystem regeln,

erneut erklärend, daß die Bewirtschaftung und Nutzung der Antarktis in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und im Interesse der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie der Förderung der internationalen Zusammenarbeit zum Nutzen der gesamten Menschheit erfolgen sollte,

erklärend, daß im Interesse der gesamten Menschheit der umfassende Umweltschutz und die Erhaltung der Umwelt der Antarktis sowie der von ihr abhängenden und mit ihr verbundenen Ökosysteme durch Verhandlungen unter voller Beteiligung sämtlicher Mitglieder der internationalen Gemeinschaft sichergestellt werden müssen,

im Bewußtsein der Umweltschäden, die die Prospektion und der Bergbau in der Antarktis und in ihrer Umgebung der Umwelt und den Ökosystemen der Antarktis und in der ganzen Welt zufügen würde,

überzeugt, daß etwaige Auswirkungen menschlicher Tätigkeit, wie sie sich aufgrund der großen Anzahl wissenschaftlicher Stationen in der Antarktis und von Antarktis-Expeditionen für die Umwelt und die von ihr abhängenden und mit ihr verbundenen Ökosysteme ergeben, verhindert oder auf ein Mindestmaß reduziert werden müssen,

unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte im Zusammenhang mit allen durch das Antarktis-Vertrags-System erfaßten Gebiete[110],

mit Dank Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs zur Antarktis-Frage[115],

1. *gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck*, daß der Generalsekretär trotz der zahlreichen Resolutionen, in denen sie die Beratenden Vertragsparteien des Antarktis-Vertrages aufgefordert hat, den Generalsekretär oder seinen Vertreter zu ihren Tagungen, einschließlich ihren Beratenden Tagungen, einzuladen, weder zu der Vorbereitungstagung der XV. Beratenden Tagung des Antarktis-Vertrages noch zur XV. Beratenden Tagung eingeladen wurde, die vom 9. bis 13. Mai beziehungsweise vom 9. bis 20. Oktober 1989 in Paris stattfanden;

2. *fordert* die Beratenden Vertragsparteien des Antarktis-Vertrages *erneut auf*, den Generalsekretär oder seinen Vertreter zu allen Tagungen der Vertragsparteien, einschließlich ihrer Beratenden Tagungen, einzuladen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über seine diesbezüglichen Auffassungen vorzulegen;

4. *bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck*, daß angesichts der beträchtlichen Auswirkungen der Antarktis auf die Umwelt und die Ökosysteme in der ganzen Welt jede Ordnung zum Schutze und zur Erhaltung der Umwelt der Antarktis und der von ihr abhängenden und mit ihr verbundenen Ökosysteme unter voller Mitwirkung aller Mitglieder der internationalen Gemeinschaft ausgehandelt werden muß, wenn sie der gesamten Menschheit zugute kommen und die universale Akzeptanz finden soll, die notwendig ist, um ihre uneingeschränkte Einhaltung und Durchsetzung zu gewährleisten;

5. *bittet nachdrücklich* alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, alle Bemühungen zu unterstützen, die auf das Verbot der Prospektion und des Bergbaus in der Antarktis und in ihrer Umgebung gerichtet sind, sowie sicherzustellen, daß alle Tätigkeiten ausschließlich zum Zweck der friedlichen wissenschaftlichen Forschung durchgeführt werden und daß alle diese Tätigkeiten die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in der Antarktis und den Schutz ihrer Umwelt gewährleisten und der gesamten Menschheit zugute kommen;

6. *bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck*, daß der Schutz und die Erhaltung der Umwelt der Antarktis und der von ihr abhängigen und mit ihr verbundenen Ökosysteme zum Nutzen der gesamten Menschheit gewährleistet würde, wenn aus der Antarktis im Rahmen von Verhandlungen unter voller Mitwirkung aller Mitglieder der internationalen Gemeinschaft ein Naturpark oder Weltpark gemacht würde;

7. *bringt* angesichts der großen Anzahl von wissenschaftlichen Stationen und Expeditionen *außerdem ihre Überzeugung zum Ausdruck*, daß die internationale wissenschaftliche Forschung durch die Schaffung internationaler Stationen verbessert werden sollte, die sich mit wissenschaftlichen Untersuchungen von weltweiter Bedeutung befassen und die strengen ökologischen Sicherheitsmaßnahmen unterliegen, damit nachteilige Folgen der menschlichen Tätigkeit auf die Umwelt der Antarktis und die von ihr abhängigen und mit ihr verbundenen Ökosysteme vermieden oder auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden;

8. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten und weiter Konsultationen über alle Gesichtspunkte im Zusammenhang mit der Antarktis zu führen;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Antarktis-Frage" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/125 — Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/102 vom 9. Dezember 1981, 37/118 vom 16. Dezember 1982, 38/189 vom 20. Dezember 1983, 39/153 vom 17. Dezember 1984, 40/157 vom 16. Dezember 1985, 41/89

[115] A/44/518 und A/44/586.

vom 4. Dezember 1986, 42/90 vom 7. Dezember 1987 und 43/84 vom 7. Dezember 1988,

in Anbetracht der Wichtigkeit, die der Förderung des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion und der weiteren Festigung der wirtschaftlichen, kommerziellen und kulturellen Beziehungen in dieser Region zukommt,

erneut erklärend, daß die Förderung der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion in erster Linie Sache der Mittelmeerländer ist,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die anhaltende Spannung in Teilen der Mittelmeerregion und über die daraus resultierende Friedensbedrohung,

mit Genugtuung über die erfreulichen Entwicklungen in der internationalen Lage und mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich diese Entwicklungen positiv auf die Mittelmeerregion auswirken werden,

besorgt über das Andauern der militärischen Operationen und die in jüngerer Zeit gemeldeten Aktivitäten im Mittelmeerraum sowie über die Gefahr, die sich daraus für den Frieden, die Sicherheit und das allgemeine Gleichgewicht in dieser Region ergibt,

unter erneutem Hinweis auf die dahin gehende Verantwortlichkeit aller Staaten, ihr Handeln nach den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie nach der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen[116] auszurichten,

sowie unter erneutem Hinweis auf die Notwendigkeit, in dieser Region Frieden und Sicherheit zu stärken und zu fördern und die Zusammenarbeit zu festigen, wie dies in der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im Kapitel über den Mittelmeerraum vorgesehen ist,

unter Hinweis auf die auf mehreren aufeinanderfolgenden Treffen nichtgebundener Länder abgegebenen Erklärungen bezüglich des Mittelmeerraums sowie auf die offiziellen Erklärungen und die Beiträge einzelner Länder zu Frieden und Sicherheit in der Mittelmeerregion,

erfreut über die Anstrengungen der Mittelmeerstaaten, die der Bewegung der nichtgebundenen Länder angehören, die das Ziel verfolgen, die regionale Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten untereinander sowie zwischen sich und den europäischen Ländern zu festigen,

im Hinblick auf den Wunsch der Mittelmeerländer, daß die Bedürfnisse ihrer Region bei den laufenden und künftigen Verhandlungen über internationale Sicherheit und Abrüstung berücksichtigt werden,

sowie im Hinblick darauf, daß die nichtgebundenen Mittelmeerländer den Wunsch haben, den Prozeß des Dialogs und der Konsultationen mit den europäischen Mittelmeerländern und anderen europäischen Ländern zu intensivieren, der darauf gerichtet ist, die Bemühungen um die Förderung des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in der Region zu verstärken und somit zur Stabilisierung der Situation im Mittelmeerraum beizutragen,

in Anbetracht der Ergebnisse der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa und in Anbetracht des Abschließenden Dokuments des Wiener Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in denen alle Teilnehmerstaaten ihre Entschlossenheit bekräftigen, alle Bestimmungen der Schlußakte wie auch der übrigen Dokumente der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unilateral, bilateral und multilateral voll zu verwirklichen,

Kenntnis nehmend von den Beratungen, die während ihrer verschiedenen Tagungen zu diesem Punkt stattgefunden haben, und insbesondere vom Bericht des Generalsekretärs zu diesem Punkt[117],

1. *erklärt erneut*,

a) daß die Sicherheit des Mittelmeerraums eng mit der europäischen Sicherheit sowie mit dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit verknüpft ist;

b) daß weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die Spannungen und die Rüstung abzubauen und für alle Länder und Völker des Mittelmeerraums Bedingungen der Sicherheit und fruchtbaren Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu schaffen, die auf den Grundsätzen der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, der Sicherheit, der Nichtintervention und Nichteinmischung, der Nichtverletzung internationaler Grenzen, der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, der Unzulässigkeit des gewaltsamen Gebietserwerbs, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und der Achtung der ständigen Souveränität über die natürlichen Ressourcen beruhen;

c) daß gerechte und praktikable Lösungen für die in dieser Region bestehenden Probleme und Krisen auf der Grundlage der Charta und der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, des Rückzugs fremder Besatzungstruppen und des Rechts der unter Kolonial- oder Fremdherrschaft stehenden Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gefunden werden müssen;

2. *nimmt Kenntnis* von den Schlußdokumenten der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[7] und insbesondere von Ziffer 25 des Schlußdokuments über internationale Sicherheit und Abrüstung, das sich u.a. für die Umwandlung der Mittelmeerregion in eine von Konflikten und Konfrontationen freie Region des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit ausspricht;

3. *bringt ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck*, daß in Wien zur Zeit wichtige Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen stattfinden, die auf den militärisch bedeutsamen und politisch verbindlichen Ergebnissen der Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa aufbauen und diese erweitern sollen, bei welcher in bezug auf den Mittelmeerraum u.a. die Absicht der Teilnehmer an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bestätigt wurde, gutnachbarliche Beziehungen mit allen Staaten der Region unter gebührender Berücksichtigung der Gegenseitigkeit und im Geiste der Prinzipien zu entwickeln, welche in der Erklärung über die Prinzipien, die die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten, enthalten sind, um im Einklang mit den im Kapitel über den Mittelmeerraum der Schlußakte der Konferenz über

[116] Resolution 2625 (XXV), Anlage.

[117] A/44/676.

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa enthaltenen Bestimmungen Vertrauen und Sicherheit zu fördern und dafür Sorge zu tragen, daß in der Region Frieden herrscht;

4. *begrüßt* die von den Teilnehmerstaaten des Wiener Folgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erzielte Einigung, 1990 in Palma de Mallorca eine Konferenz über den Mittelmeerraum einzuberufen, um Mittel und Wege für einen weiteren Ausbau verschiedener Aspekte der Zusammenarbeit, einschließlich des Schutzes und der Verbesserung der mediterranen Ökosysteme, zu erörtern, mit dem Ziel, den Umfang ihrer Zusammenarbeit mit den nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten auszuweiten und zur Festigung des Vertrauens und der Sicherheit in der Region beizutragen;

5. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, die Mittelmeerstaaten bei den weiteren Bemühungen zu unterstützen, die zum Abbau der Spannungen und zur Förderung des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in der Region in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen erforderlich sind;

6. *ermutigt erneut* zu Bemühungen um den Ausbau bestehender und die Förderung neuer Formen der Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, insbesondere soweit sie auf den Abbau der Spannungen und die Festigung des Vertrauens und der Sicherheit in der Region gerichtet sind;

7. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, die Kontakte auf allen Gebieten, auf denen gemeinsame Interessen vorhanden sind, zu intensivieren und ständig zu fördern, um auf dem Wege der Zusammenarbeit nach und nach die Ursachen zu beseitigen, die eine schnellere soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Mittelmeerstaaten, insbesondere der zu den Entwicklungsländern zählenden Staaten der Region, verhindern;

8. *blickt mit Interesse* allen weiteren Vorschlägen, Erklärungen und Empfehlungen zur Festigung des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion *entgegen*, welche die Staaten dem Generalsekretär eventuell übermitteln möchten;

9. *ist erfreut* über die Gründung der Union des Arabischen Maghreb am 17. Februar 1989 in Marrakesch (Marokko) und begrüßt dieses Ereignis als einen Faktor des Friedens, der Stabilität, der Sicherheit und der Entwicklung in der Region;

10. *bittet* die Mitgliedstaaten der betreffenden regionalen Organisationen, den Generalsekretär zu unterstützen und ihm konkrete Ideen und Vorschläge hinsichtlich ihres möglichen Beitrags zur Festigung des Friedens und der Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion vorzulegen;

11. *bittet* den Generalsekretär *erneut*, der Frage des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion gebührende Aufmerksamkeit zu widmen und die Mittelmeerländer bei ihren konzertierten Bemühungen um die Förderung des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit in der Region auf entsprechendes Ersuchen mit Rat und Tat zu unterstützen;

12. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung, ausgehend von allen aufgrund der Durchführung dieser Resolution eingegangenen Antworten und Mitteilungen sowie unter Berücksichtigung der Erörterung dieser Frage auf ihrer vierundvierzigsten Tagung, einen detaillierten Bericht über die Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion vorzulegen;

13. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/126 – Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit

Die Generalversammlung,

sich bewußt, daß die derzeitige Phase in der Entwicklung der Menschheit durch technologischen, wirtschaftlichen und politischen Wandel, der den allgemeinen Fortschritt ermöglicht, aber gleichzeitig auch durch zahlreiche alte und neue Hindernisse geprägt wird, die sich dem Aufbau einer friedlicheren, sichereren, gerechteren, billigeren, demokratischeren und humaneren Welt entgegenstellen,

in Anbetracht dessen, daß zur Zeit Ereignisse von beträchtlicher Tragweite für die internationale Sicherheit stattfinden, so auch ein breitgespannter Dialog zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika, die sich positiv auf die Entwicklungen in der Welt und auf das Entstehen neuer Tendenzen in den internationalen Beziehungen auswirken,

mit Befriedigung feststellend, daß Verhandlungen, Verständigung und Zusammenarbeit in einer Reihe von Fällen an die Stelle von Konflikten und Feindseligkeiten treten,

eingedenk dessen, daß der Einsatz von Kernwaffen zur Auslöschung menschlichen Lebens auf der Erde führen könnte,

unter Betonung der Notwendigkeit, die internationale Sicherheit durch Abrüstung und durch die Eindämmung der qualitativen und quantitativen Eskalation des Wettrüstens zu festigen,

ihrer Erwartung Ausdruck verleihend, daß der am 8. Dezember 1987 geschlossene Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beseitigung ihrer Flugkörper mittlerer und kürzerer Reichweite[14] der Auftakt zur Verabschiedung weiterer konkreter Abrüstungsmaßnahmen sein wird, die zur vollständigen Beseitigung der Kernwaffen führen,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß der düstere Kontrast zwischen ungeheuer hohen Militärausgaben und bitterer Armut unterstreicht, wie wichtig es ist, dem Konzept des Zusammenhangs zwischen Abrüstung und Entwicklung konkrete Form zu verleihen,

sowie betonend, daß die Abrüstung, die internationale Entspannung, die Achtung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere der Grundsätze der souveränen Gleichheit der Staaten und der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten sowie der

Auflage, in den internationalen Beziehungen die Anwendung oder Androhung der Anwendung von Gewalt zu unterlassen; die Achtung des Rechts auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die vollständige Beseitigung des Kolonialismus, der Apartheid und aller anderen Formen von Rassismus und rassischer Diskriminierung, Aggression und Besetzung; die Achtung der Menschenrechte und die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit untereinander eng zusammenhängen,

ihrer Unterstützung Ausdruck verleihend für alle Bemühungen um eine erfolgreiche Beseitigung der Krisenherde in der Welt, ungeachtet ihrer geschichtlichen oder zeitgenössischen Ursachen, wobei sicherzustellen ist, daß die Lösungen nicht von auswärtigen Mächten aufgezwungen werden und den Interessen der unmittelbar Betroffenen abträglich sind,

ihrer Überzeugung Ausdruck verleihend, daß der allmähliche Abbau des militärischen Engagements der Großmächte und ihrer Militärbündnisse in verschiedenen Teilen der Welt gefördert werden sollte,

die Auffassung vertretend, daß eine Entspannung ohne wirtschaftliche Inhalte kaum von Dauer sein wird und daß es durchaus möglich ist, daß die entstehenden Belastungen die derzeitigen Tendenzen zu weltweitem Frieden und weltweiter Harmonie untergraben, sofern nicht wirtschaftlichen Geboten, insbesondere den Bedürfnissen der Entwicklungsländer, Rechnung getragen wird,

sowie die Auffassung vertretend, daß sich die wirtschaftliche Situation in der überwiegenden Mehrheit der Entwicklungsländer, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, drastisch verschlechtert hat und daß die Früchte der Entwicklung den breitesten Bevölkerungsschichten zugute kommen sollten,

betonend, daß die derzeitige Asymmetrie in der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung nur durch eine ausgewogene Entwicklung der gesamten internationalen Gemeinschaft und durch Bemühungen behoben werden kann, die die möglichst weitgehende Demokratisierung der internationalen Beziehungen zum Ziel haben,

sowie betonend, daß im Einklang mit den Entwicklungszielen und -prioritäten der betreffenden Länder in allen Bereichen Strukturanpassungen vorgenommen werden müssen, mit dem Ziel, den Herausforderungen der Spitzentechnologie, insbesondere der Technologie von morgen, gewachsen zu sein,

mit Befriedigung feststellend, daß der wichtige Prozeß der Entkolonialisierung, aus dem zahlreiche souveräne Staaten hervorgegangen sind, in eine entscheidende Phase tritt,

besorgt über die zunehmenden Umweltprobleme, die den Fortbestand der Menschheit überhaupt bedrohen und ein Beweis für die Interdependenz der Interessen aller Nationen sind,

ferner betonend, daß die Förderung der Freiheit und der Menschenrechte eines der Grundziele der Weltgemeinschaft ist,

zutiefst besorgt darüber, daß noch immer Rassismus und Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, der Religion, der ethnischen Herkunft, der Kultur und der Lebensweise praktiziert werden,

nachdrücklich betonend, daß die Apartheid eine eigene, widerwärtige Form des institutionalisierten Rassismus ist, die zivilisierte Nationen zu Recht als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt haben,

erneut erklärend, daß die Vereinten Nationen ein unersetzliches Instrument für die Regelung der internationalen Beziehungen und die Lösung internationaler Probleme sind und daß ihre Hauptorgane, insbesondere der Sicherheitsrat, für die Wahrung und wirksame Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit verantwortlich sind,

1. *bekräftigt* die Gültigkeit der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit[118] und fordert alle Staaten auf, einen wirksamen Beitrag zu ihrer Verwirklichung zu leisten;

2. *bittet* alle Staaten erneut *nachdrücklich*, sich in ihren internationalen Beziehungen streng an ihr Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen zu halten;

3. *betont*, daß bis zur Herstellung eines dauerhaften und stabilen Friedens auf der Grundlage einer umfassenden, praktikablen und leicht anwendbaren Struktur der internationalen Sicherheit die Herbeiführung des Friedens und der Abrüstung und die Beilegung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln auch künftig die vorrangigste und wichtigste Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist;

4. *fordert* alle Staaten *auf*, die Anwendung oder Androhung von Gewalt, Intervention, Einmischung, Aggression, Besetzung anderer Länder und Kolonialherrschaft beziehungsweise alle politischen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zu unterlassen, die die Souveränität, territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Sicherheit anderer Staaten sowie die ständige Souveränität der Völker über ihre natürlichen Ressourcen verletzen;

5. *fordert* alle Staaten *außerdem auf*, sich durch wirksamere Nutzung der in der Charta vorgesehenen Mittel um die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und die Beseitigung der Krisen- und Spannungsherde zu bemühen, die eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen;

6. *bittet nachdrücklich* alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten und anderen militärisch bedeutenden Staaten, unverzügliche Maßnahmen zu ergreifen, die darauf gerichtet sind, das in der Charta vorgesehene System der kollektiven Sicherheit zu fördern und wirksam zu nutzen sowie das Wettrüsten tatsächlich anzuhalten, mit dem Ziel, eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle herbeizuführen, und die Empfehlungen und Beschlüsse im Schlußdokoment der zehnten Sondertagung der Generalversammlung[17] durchzuführen;

7. *betont*, daß es notwendig ist, die Effektivität des Sicherheitsrats bei der Wahrnehmung seiner Hauptaufgabe, der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, noch weiter zu steigern und seine Präventivfunktion, seine Autorität und sein Durchsetzungsvermögen in Übereinstimmung mit der Charta zu stärken;

8. *hebt* die Rolle *hervor*, die den Vereinten Nationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internatio-

[118] Resolution 2734 (XXV).

nalen Sicherheit sowie bei Entwicklung und Fortschritt auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zum Wohl der Menschheit zukommt;

9. *ist der Auffassung*, daß die Steuerung der Weltwirtschaft auf breiterer Basis erfolgen muß, damit dabei die Interessen aller Länder und Ländergruppen zur Geltung gelangen und damit Politiken ausgearbeitet werden, die von allen unterstützt werden können, wie auch der Auffassung, daß die derzeitigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme und die Erfordernisse der Zukunft so geartet sind, daß sie von keiner Nation oder Gruppe von Nationen im Alleingang gelöst werden können;

10. *hebt außerdem hervor*, daß es keinen dauerhaften Frieden und keine dauerhafte Sicherheit in der Welt geben kann, ohne daß die internationalen Wirtschaftsprobleme, insbesondere der Entwicklungsländer, gelöst werden und das nachhaltige Wachstum und die nachhaltige Enwicklung der Weltwirtschaft sichergestellt sind;

11. *erklärt erneut*, daß die vollständige Ausmerzung von Kolonialismus und die wirtschaftliche Emanzipation aller Völker als eine unabdingbare Vorbedingung für die Wahrung und Festigung ihrer politischen Unabhängigkeit weiterhin vorrangige Aufgaben sind;

12. *vertritt die Auffassung*, daß der Umweltschutz zu einem wichtigen weltweiten Anliegen geworden ist, das die wachsende Interdependenz der Welt drastisch hervorhebt und das dringende Maßnahmen der Zusammenarbeit und einen weltweiten Vertrag zur Gewährleistung einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung erforderlich macht;

13. *vertritt außerdem die Auffassung*, daß die Achtung und Förderung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aspekte der Menschenrechte und Grundfreiheiten einerseits und die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit andererseits sich gegenseitig verstärken;

14. *bekräftigt außerdem* die Rechtmäßigkeit des Kampfes der unter Kolonialherrschaft, fremder Besetzung oder rassistischen Regimen lebenden Völker und deren unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit;

15. *erklärt ferner erneut*, daß die Demokratisierung der internationalen Beziehungen eine zwingende Notwendigkeit ist und angesichts der bestehenden Interdependenz die volle Entwicklung und Unabhängigkeit aller Staaten sowie die Herbeiführung wirklicher Sicherheit, wahren Friedens und echter Zusammenarbeit in der Welt ermöglicht, und unterstreicht ihre feste Überzeugung, daß die Vereinten Nationen den besten Rahmen für die Förderung dieser Ziele bieten;

16. *hebt* die Rolle *hervor*, die den Vereinten Nationen bei der Förderung der Achtung des Völkerrechts als Grundlage des Friedens und der Sicherheit zukommt;

17. *bittet* die Mitgliedstaaten, ihre Auffassungen zur Frage der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit darzulegen, und ersucht den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung ausgehend von den bei ihm eingegangenen Antworten einen Bericht vorzulegen;

18. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

81. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

IV. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES POLITISCHEN SONDERAUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
44/45	Auswirkungen der atomaren Strahlung (A/44/718)	74	8. Dezember 1989	113
44/46	Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums (A/44/814)	75	8. Dezember 1989	114
44/47	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (A/44/815)			
	A. Hilfe für Palästinaflüchtlinge	76	8. Dezember 1989	117
	B. Arbeitsgruppe zur Frage der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	76	8. Dezember 1989	117
	C. Unterstützung der infolge der Feindseligkeiten vom Juni 1967 und späterer Feindseligkeiten vertriebenen Personen	76	8. Dezember 1989	118
	D. Von Mitgliedstaaten angebotene Zuschüsse und Stipendien für die Hochschul- und Berufsausbildung von Palästinaflüchtlingen	76	8. Dezember 1989	118
	E. Palästinaflüchtlinge in dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet	76	8. Dezember 1989	119
	F. Wiederaufnahme der Verteilung von Rationen an Palästinaflüchtlinge	76	8. Dezember 1989	119
	G. Rückkehr der seit 1967 vertriebenen Bevölkerungsgruppen und Flüchtlinge	76	8. Dezember 1989	120
	H. Einkommen aus dem Eigentum von Palästinaflüchtlingen	76	8. Dezember 1989	120
	I. Schutz von Palästinaflüchtlingen	76	8. Dezember 1989	121
	J. Universität von Jerusalem (El Kuds) für Palästinaflüchtlinge	76	8. Dezember 1989	122
	K. Schutz palästinensischer Schüler und Studenten und Bildungseinrichtungen sowie Gewährleistung der Sicherheit der Einrichtungen des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten in dem besetzten palästinensischen Gebiet	76	8. Dezember 1989	122
44/48	Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen (A/44/816)			
	Resolution A	77	8. Dezember 1989	122
	Resolution B	77	8. Dezember 1989	125
	Resolution C	77	8. Dezember 1989	125
	Resolution D	77	8. Dezember 1989	126
	Resolution E	77	8. Dezember 1989	126
	Resolution F	77	8. Dezember 1989	127
	Resolution G	77	8. Dezember 1989	127
44/49	Umfassende Überprüfung aller Teilaspekte des Fragenkomplexes der Friedensoperationen (A/44/734)	78	8. Dezember 1989	128
44/50	Informationsfragen (A/44/817)	79	8. Dezember 1989	129
44/51	Schutz und Sicherheit kleiner Staaten (A/44/707)	150	8. Dezember 1989	133

44/45 — Auswirkungen der atomaren Strahlung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 913 (X) vom 3. Dezember 1955, mit der sie den Wissenschaftlichen Ausschuß der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung eingesetzt hat, sowie auf ihre nachfolgenden Resolutionen zur gleichen Frage, so auch die Resolution 43/55 vom 6. Dezember 1988, in der sie u.a. den Wissenschaftlichen Ausschuß ersucht hat, mit seiner Arbeit fortzufahren,

mit Dank Kenntnis nehmend vom Bericht des Wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung[2],

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses sind in Abschnitt X.B.3 wiedergegeben.

[2] A/44/587.

erneut erklärend, daß die Fortsetzung der Arbeit des Wissenschaftlichen Ausschusses wünschenswert ist,

besorgt über die schädlichen Auswirkungen, die sich aus der Strahlenbelastung des Menschen für die heutigen und kommenden Generationen ergeben können,

sich bewußt, daß es weiter notwendig ist, Daten über die atomare und die ionisierende Strahlung zu prüfen und zusammenzustellen und deren Auswirkungen auf den Menschen und seine Umwelt zu analysieren,

eingedenk des Beschlusses des Wissenschaftlichen Ausschusses, nach Fertigstellung der einschlägigen Studien kürzere, mit wissenschaftlicher Literatur untermauerte Berichte über die in seinem Bericht erwähnten Einzelpunkte zu erstellen[3],

1. *beglückwünscht* den Wissenschaftlichen Ausschuß der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung zu dem wertvollen Beitrag, den er während der vergangenen vierunddreißig Jahre seit seiner Einsetzung zu einer besseren Kenntnis und zum besseren Verständnis der Mengen, der Wirkungen und der Gefahren der atomaren Strahlung geleistet hat, sowie dazu, daß er sein ursprüngliches Mandat mit wissenschaftlicher Autorität und unabhängiger Urteilskraft erfüllt;

2. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von der Fortsetzung und dem Ausbau der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Wissenschaftlichen Ausschuß und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen;

3. *ersucht* den Wissenschaftlichen Ausschuß um die Fortsetzung seiner Arbeit, darunter auch seiner wichtigen Koordinationstätigkeit, zur Verbesserung der Kenntnisse über Mengen, Wirkungen und Gefahren ionisierender Strahlen jeglichen Ursprungs;

4. *unterstützt* die Absichten und Pläne des Wissenschaftlichen Ausschusses betreffend seine künftige wissenschaftliche Untersuchungs- und Bewertungstätigkeit im Auftrag der Generalversammlung;

5. *ersucht* den Wissenschaftlichen Ausschuß *außerdem*, auf seiner nächsten Tagung die Untersuchung der wichtigen Probleme auf dem Gebiet der Strahlung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

6. *ersucht* das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, den Wissenschaftlichen Ausschuß im Hinblick auf eine erfolgreiche Durchführung seiner Arbeit und die Weitergabe seiner Arbeitsergebnisse an die Generalversammlung, die Fachwelt und die Öffentlichkeit weiter zu unterstützen;

7. *dankt* den Mitgliedstaaten, den Sonderorganisationen, der Internationalen Atomenergie-Organisation und den nichtstaatlichen Organisationen für ihre Unterstützung des Wissenschaftlichen Ausschusses und bittet sie, ihre Mitarbeit auf diesem Gebiet noch weiter zu verstärken;

8. *bittet* die Mitgliedstaaten, die Organisationen der Vereinten Nationen sowie die betreffenden nichtstaatlichen Organisationen, weitere wichtige Daten über Dosen, Wirkungen und Gefahren verschiedener Strahlungsquellen zur Verfügung zu stellen, was dem Wissenschaftlichen Ausschuß bei der Ausarbeitung seiner künftigen Berichte an die Generalversammlung außerordentlich helfen würde.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/46 – Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/56 vom 6. Dezember 1988,

zutiefst überzeugt vom gemeinsamen Interesse der Menschheit an der Förderung der Erforschung und Nutzung des Weltraums für friedliche Zwecke und an der Fortsetzung der Bemühungen, alle Staaten an dem daraus erwachsenden Nutzen teilhaben zu lassen, sowie von der Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich, für die die Vereinten Nationen auch in Zukunft die Federführung übernehmen sollten,

in Bekräftigung der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Sicherung des Primats von Recht und Gesetz, einschließlich der einschlägigen weltraumrechtlichen Normen und deren wichtiger Rolle für die internationale Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums für friedliche Zwecke,

ernsthaft besorgt angesichts des Übergreifens eines Wettrüstens auf den Weltraum,

in der Erwägung, daß alle Staaten, insbesondere die Staaten mit größeren Fähigkeiten zur Raumfahrt, als wesentliche Voraussetzung für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums für friedliche Zwecke aktiv zu dem Ziel der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum beitragen sollten,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, den aus der Weltraumtechnologie und ihren Anwendungen erwachsenden Nutzen zu steigern und zu einer geordneten Entwicklung der Weltraumaktivitäten beizutragen, die dem sozioökonomischen Fortschritt der Menschheit und insbesondere der Völker der Entwicklungsländer förderlich ist,

in Anbetracht dessen, daß die Frage des Weltraummülls für alle Nationen von Belang ist,

in Anbetracht der Fortschritte beim weiteren Ausbau der friedlichen Weltraumforschung und der Anwendung der Weltraumtechnik für friedliche Zwecke sowie von den Fortschritten bei verschiedenen einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Weltraumprojekten, die zur internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet beitragen,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[4] über die Umsetzung der Empfehlungen der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums[5],

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums über seine zweiunddreißigste Tagung[6],

[3] A/38/142, Ziffer 5.

[4] A/44/469.

[5] Siehe *Report of the Second United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space, Vienna, 9-21 August 1982* (A/CONF.101/10 mit Korr.1 und 2).

[6] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 20* (A/44/20).

1. *billigt* den Bericht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums;

2. *bittet* die Staaten, die noch nicht Vertragspartei der internationalen Verträge zur Regelung der Nutzung des Weltraums[7] geworden sind, die Ratifikation dieser Verträge beziehungsweise den Beitritt zu ihnen zu erwägen;

3. *stellt fest*, daß der Unterausschuß Recht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums auf seiner achtundzwanzigsten Tagung im Rahmen seiner Arbeitsgruppen seine Tätigkeit entsprechend dem Auftrag der Generalversammlung in Resolution 43/56[8] fortgesetzt hat;

4. *schließt sich* den Empfehlungen des Ausschusses *an*, der Unterausschuß Recht möge auf seiner neunundzwanzigsten Tagung unter Berücksichtigung der Belange aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, damit fortfahren,

a) im Rahmen seiner Arbeitsgruppe Prinzipienentwürfe betreffend die Nutzung nuklearer Energieträger im Weltraum auszuarbeiten;

b) im Rahmen seiner Arbeitsgruppe unbeschadet der Rolle der Internationalen Fernmeldeunion die Fragen der Definition und Abgrenzung des Weltraums sowie des Wesens und der Nutzung der geostationären Umlaufbahn, einschließlich der Mittel und Wege zur Gewährleistung einer rationellen und gerechten Nutzung der geostationären Umlaufbahn, zu behandeln;

c) die rechtlichen Aspekte der Anwendung des Grundsatzes zu untersuchen, wonach die Erforschung und Nutzung des Weltraums zugunsten und im Interesse aller Staaten unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer erfolgen soll;

5. *billigt* die Empfehlungen des Unterausschusses Recht zur Arbeitsmethode im Zusammenhang mit der Behandlung des in Ziffer 4 Buchstabe c erwähnten Tagesordnungspunktes und stellt fest, daß die Arbeitsgruppe 1990 eingesetzt wird und 1991 entsprechend Ziffer 53 Buchstabe c des Berichts des Unterausschusses Recht zusammentritt;

6. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, schnellstens auf die vom Generalsekretär im Zusammenhang mit Ziffer 53 Buchstabe a und b des Berichts des Unterausschusses Recht an sie gerichteten Ersuchen zu reagieren;

7. *stellt fest*, daß der Unterausschuß Wissenschaft und Technik des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums auf seiner sechsundzwanzigsten Tagung seine Tätigkeit entsprechend dem Auftrag der Generalversammlung in Resolution 43/56[9] fortgesetzt hat;

8. *billigt* die Empfehlungen des Ausschusses, der Unterausschuß Wissenschaft und Technik möge auf seiner siebenundzwanzigsten Tagung unter Berücksichtigung der Belange aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer,

a) folgende Punkte mit Vorrang behandeln:

i) Programm der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnik und Koordinierung der Weltraumaktivitäten im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen;

ii) Umsetzung der Empfehlungen der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums;

iii) Fragen im Zusammenhang mit der Erdfernerkundung durch Satelliten, so u.a. auch Anwendungsmöglichkeiten für die Entwicklungsländer;

iv) Nutzung nuklearer Energieträger im Weltraum;

b) folgende Punkte behandeln:

i) Fragen im Zusammenhang mit Weltraumtransportsystemen und deren Implikationen für künftige Weltraumaktivitäten;

ii) Untersuchung der physikalischen Eigenschaften und der technischen Merkmale der geostationären Umlaufbahn; Untersuchung ihrer Nutzung und Anwendungsmöglichkeiten, u.a. auch auf dem Gebiet der Weltraumkommunikation, sowie anderer Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Weltraumkommunikation, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen der Entwicklungsländer;

iii) Fragen im Zusammenhang mit den Biowissenschaften einschließlich der Raumfahrtmedizin;

iv) Fortschritte im Programm Geosphäre-Biosphäre (globaler Wandel); der Ausschuß für Weltraumforschung und der Internationale Astronautische Bund sollten gebeten werden, zu dieser Thematik Berichte vorzulegen und einen besonderen Vortrag zu halten;

v) Fragen im Zusammenhang mit der Erforschung der Planeten;

vi) Fragen im Zusammenhang mit der Astronomie;

vii) das für die Tagung 1990 des Unterausschusses Wissenschaft und Technik festgelegte Schwerpunktthema: "Die Nutzung der Weltraumtechnik bei terrestrischen Such- und Rettungsaktionen und bei der Katastrophenhilfe; der Ausschuß für Weltraumforschung und der Internationale Astronautische Bund sollten gebeten werden, ein Symposium zu veranstalten, das in der ersten Woche der Tagung des Unterausschusses unter möglichst breiter Beteiligung jeweils nach den Sitzungen abgehalten werden und die Beratungen des Unterausschusses ergänzen soll;

9. *ist* im Zusammenhang mit Ziffer 8 Buchstabe a Unterabsatz ii *der Auffassung*, daß die Durchführung der nachstehenden Empfehlungen besonders dringend geboten ist:

a) Alle Länder sollten die Gelegenheit haben, die sich aus medizinischen Studien im Weltraum ergebenden Techniken zu nutzen;

---

[7] Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper (Resolution 2222 (XXI), Anlage); Übereinkommen über die Rettung und Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (Resolution 2345 (XXII), Anlage); Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände (Resolution 2777 (XXVI), Anlage); Übereinkommen über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen (Resolution 3235 (XXIX), Anlage); Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern (Resolution 34/68, Anlage).

[8] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 20* (A/44/20), Abschnitt II. C.

[9] Ebd., Abschnitt II. B.

b) die nationalen und regionalen Datenbanken sollten ausgebaut und erweitert werden, und es sollte ein internationaler Weltrauminformationsdienst geschaffen werden, der als Koordinationszentrum dient;

c) die Vereinten Nationen sollten die Schaffung geeigneter Ausbildungszentren auf regionaler Ebene unterstützen, die nach Möglichkeit mit Institutionen verbunden sein sollten, die Weltraumprogramme durchführen; die erforderlichen Mittel für den Aufbau derartiger Zentren sollten über Finanzinstitutionen bereitgestellt werden;

d) die Vereinten Nationen sollten ein Stipendienprogramm aufstellen, in dessen Rahmen sich eine Auswahl von Graduierten oder Postgraduierten aus Entwicklungsländern über längere Zeit hinweg gründlich mit der Weltraumtechnik und ihren Anwendungen vertraut machen können; es ist darüber hinaus wünschenswert, darauf hinzuwirken, daß auf bilateraler oder multilateraler Grundlage außerhalb des Systems der Vereinten Nationen auch anderweitig Gelegenheiten hierfür geboten werden;

10. *billigt* die Empfehlung des Ausschusses, der Unterausschuß Wissenschaft und Technik möge auf seiner siebenundzwanzigsten Tagung die Plenararbeitsgruppe zur Evaluierung der Umsetzung der Empfehlungen der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die friedliche Nutzung des Weltraums mit dem Ziel wieder einsetzen, die Abwicklung internationaler Kooperationsaktivitäten, vor allem soweit diese im Programm der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnik vorgesehen sind, zu verbessern sowie konkrete Maßnahmen zum Ausbau und zur effizienteren Gestaltung dieser Kooperation vorzuschlagen;

11. *billigt außerdem* die vom Ausschuß gebilligten Empfehlungen der Plenararbeitsgruppe, wie sie in Ziffer 4, 5 und 6 des Berichts der Plenararbeitsgruppe aufgeführt sind[10];

12. *beschließt*, daß die Arbeitsgruppe für die Nutzung nuklearer Energieträger im Weltraum während der siebenundzwanzigsten Tagung des Unterausschusses Wissenschaft und Technik wieder zusammentreten soll, um auf der Grundlage ihrer früheren Berichte und daran anschließender Berichte des Unterausschusses weitere Arbeiten durchzuführen;

13. *billigt* das Programm der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnik für das Jahr 1990, das der Sachverständige für angewandte Weltraumtechnik dem Ausschuß vorgeschlagen hat[11], und bittet nachdrücklich alle Staaten, freiwillige Beiträge zu dem Programm zu leisten, um seine Effektivität zu erhöhen;

14. *unterstreicht*, wie dringend und wichtig die uneingeschränkte und möglichst baldige Umsetzung der Empfehlungen der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums ist;

15. *bekräftigt*, daß sie die Empfehlung der Konferenz hinsichtlich der Schaffung und Stärkung regionaler Kooperationsmechanismen sowie deren Förderung und Schaffung durch das System der Vereinten Nationen billigt;

16. *dankt* allen Regierungen, die Beiträge zur Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz geleistet oder ihre dahin gehende Absicht bekundet haben;

17. *bittet* alle Regierungen, wirksame Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz zu ergreifen;

18. *ersucht* alle Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen und die anderen zwischenstaatlichen Organisationen, die sich mit dem Weltraum beziehungsweise diesen betreffenden Fragen befassen, bei der Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz zusammenzuarbeiten;

19. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz Bericht zu erstatten;

20. *schließt sich* der Initiative der internationalen wissenschaftlichen Organisationen und Gremien *an*, 1992 zum Internationalen Weltraumjahr zu erklären;

21. *schließt sich* der Empfehlung des Ausschusses *an*, die internationale Zusammenarbeit im Rahmen des Internationalen Weltraumjahres, das zugunsten und im Interesse aller Staaten unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer durchgeführt werden sollte, zu fördern und in diesem Zusammenhang die Ausbildungs- und Bildungsmöglichkeiten des Programms der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnik zu nutzen, damit die Vereinten Nationen eine sinnvolle Rolle spielen können, und zwar im Rahmen von freiwilligen Beiträgen seitens der Mitgliedstaaten und ohne Auswirkungen auf den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen oder das bestehende Arbeitsprogramm dieses Programms;

22. *empfiehlt*, daß allen Aspekten im Zusammenhang mit dem Schutz und der Erhaltung der Weltraumumwelt mehr Beachtung geschenkt werden sollte, insbesondere soweit diese die terrestrische Umwelt beeinflussen könnten;

23. *hält es* für unerläßlich, daß die Mitgliedstaaten dem Problem von Zusammenstößen mit Weltraummüll und anderen Aspekten des Weltraummülls mehr Beachtung schenken, und fordert die Fortsetzung nationaler Forschungsarbeiten über diese Frage;

24. *bittet nachdrücklich* alle Staaten, insbesondere die Staaten mit größeren Fähigkeiten zur Raumfahrt, als wesentliche Vorraussetzung für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums für friedliche Zwecke aktiv zu dem Ziel der Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum beizutragen;

25. *nimmt Kenntnis* von den auf der zweiunddreißigsten Tagung des Ausschusses und auf der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung geäußerten Auffassungen und den auf diesen Tagungen verteilten Unterlagen betreffend Mittel und Wege, den Weltraum einer friedlichen Nutzung vorzubehalten;

26. *ersucht* den Ausschuß, weiter mit Vorrang Mittel und Wege zu prüfen, den Weltraum friedlichen Zwecken vorzubehalten, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

27. *ersucht* den Ausschuß *außerdem*, auf seiner dreiunddreißigsten Tagung die Behandlung des Tagesordnungspunktes "Nebenprodukte der Weltraumtechnik: Überblick über die derzeitige Situation" fortzusetzen;

28. *erklärt*, daß die Interferenzen, die neue Satellitensysteme bei den bei der Internationalen Fernmeldeunion bereits registrierten Systemen möglicherweise verursachen, die Grenze nicht überschreiten dürfen, die in

[10] A/AC.105/429, Anhang II.
[11] Siehe A/AC.105/421, Abschnitt I.

der Weltraumdienste betreffenden Bestimmung der Vollzugsordnung der Union für den Funkdienst festgelegt sind;

29. *ersucht* die Sonderorganisationen und anderen internationalen Organisationen, ihre Zusammenarbeit mit dem Ausschuß fortzusetzen und gegebenenfalls zu vertiefen und ihm Sachstandsberichte über ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung des Weltraums zu übermitteln;

30. *ersucht* den Ausschuß, seine Arbeit entsprechend dieser Resolution fortzusetzen, soweit ihm dies angebracht erscheint, neue Projekte im Bereich der Weltraumaktivitäten in Erwägung zu ziehen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht vorzulegen, der auch seine Ansichten darüber enthält, welche Themen in Zukunft zu untersuchen wären.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/47 — Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

A

Hilfe für Palästinaflüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/57 A vom 6. Dezember 1988 und alle ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage, so auch Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12],

1. *stellt mit tiefem Bedauern fest*, daß die in Ziffer 11 der Generalversammlungsresolution 194 (III) vorgesehene Repatriierung beziehungsweise Entschädigung der Flüchtlinge nicht stattgefunden hat, daß bei dem von der Versammlung in Ziffer 2 ihrer Resolution 513 (VI) vom 26. Januar 1952 genehmigten Programm zur Wiedereingliederung der Flüchtlinge entweder durch Repatriierung oder durch Neuansiedlung keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden sind und daß daher die Lage der Flüchtlinge weiter Anlaß zu ernster Besorgnis gibt;

2. *spricht* dem Generalbeauftragten und allen Mitarbeitern des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten *ihren Dank aus*, erkennt an, daß das Hilfswerk in den Grenzen der verfügbaren Mittel alles in seinen Kräften Stehende tut, und dankt außerdem den Sonderorganisationen und privaten Organisationen für ihre wertvolle Arbeit zur Unterstützung der Flüchtlinge;

3. *wiederholt ihre Bitte*, das Hilfswerk so bald wie möglich wieder an seinen früheren Sitz in seinem Einsatzgebiet zu verlegen;

4. *stellt mit Bedauern fest*, daß es der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina nicht gelungen ist, einen Weg zu finden, um Fortschritte bei der Durchführung von Ziffer 11 der Generalversammlungsresolution 194 (III)[13] zu erzielen, und ersucht die Kommission, sich weiter um die Durchführung besagter Ziffer 11 zu bemühen und zu gegebener Zeit, spätestens jedoch bis 1. September 1990, der Versammlung darüber Bericht zu erstatten;

5. *macht* auf die anhaltend ernste Finanzlage des Hilfswerks *aufmerksam*, die im Bericht des Generalbeauftragten beschrieben wird;

6. *stellt mit tiefer Besorgnis fest*, daß trotz der lobenswerten und erfolgreichen Bemühungen des Generalbeauftragten um zusätzliche Beiträge die höheren Einnahmen des Hilfswerks noch immer nicht ausreichen, um die dringendsten Haushaltsanforderungen für das laufende Jahr zu decken, und daß bei der gegenwärtig absehbaren Spendenhöhe jedes Jahr ein neuer Fehlbetrag zu erwarten ist;

7. *fordert* alle Regierungen *auf*, insbesondere angesichts des im Bericht des Generalbeauftragten vorausberechneten Haushaltsfehlbetrags dringend möglichst großzügige Anstrengungen zu unternehmen, um den voraussichtlichen Bedarf des Hilfswerks zu decken, und bittet daher die nichtbeitragszahlenden Staaten nachdrücklich, regelmäßige Beiträge zu leisten, und die beitragszahlenden Staaten, eine Erhöhung ihrer regelmäßigen Beiträge in Erwägung zu ziehen.

8. *beschließt*, das Mandat des Hilfswerks unbeschadet der Bestimmungen von Ziffer 11 der Generalversammlungsresolution 194 (III) bis 30. Juni 1993 zu verlängern.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

B

Arbeitsgruppe zur Frage der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2656 (XXV) vom 7. Dezember 1970, 2728 (XXV) vom 15. Dezember 1970, 2791 (XXVI) vom 6. Dezember 1971, 2964 (XXVII) vom 13. Dezember 1972, 3090 (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3330 (XXIX) vom 17. Dezember 1974, 3419 D (XXX) vom 8. Dezember 1975, 31/15 C vom 23. November 1976, 32/90 D vom 13. Dezember 1977, 33/112 D vom 18. Dezember 1978, 34/52 D vom 23. November 1979, 35/13 D vom 3. November 1980, 36/146 E vom 16. Dezember 1981, 37/120 A vom 16. Dezember 1982, 38/83 B vom 15. Dezember 1983, 39/99 B vom 14. Dezember 1984, 40/165 B vom 16. Dezember 1985, 41/69 B vom 3. Dezember 1986, 42/69 B vom 2. Dezember 1987 und 43/57 B vom 6. Dezember 1988,

sowie unter Hinweis auf ihren Beschluß 36/462 vom 16. März 1982, in dem sie den Sonderbericht der Arbeitsgruppe zur Frage der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten[14] zur Kenntnis nahm und die darin enthaltenen Empfehlungen annahm,

nach Behandlung des Berichts der Arbeitsgruppe[15],

unter Berücksichtigung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für

[12] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 13* mit Korrigendum und Addendum (A/44/13 mit Korr.1 und Add.1).
[13] Siehe A/44/497, Anhang.
[14] A/36/866 mit Korr.1; siehe auch A/37/591.
[15] A/44/641.

Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12],

in großer Sorge über die kritische Finanzlage des Hilfswerks, die sich auf die weitere Bereitstellung der notwendigen Dienstleistungen des Hilfswerks an die Palästinaflüchtlinge, so auch auf die im Notstandsfall einsetzenden Programme, ausgewirkt hat und noch immer auswirkt,

betonend, daß auch künftig außergewöhnliche Anstrengungen unternommen werden müssen, damit die Tätigkeit des Hilfswerks wenigstens auf dem gegenwärtigen Mindestniveau weitergeht und das Hilfswerk unbedingt notwendige Bauarbeiten vornehmen kann,

1. *spricht* der Arbeitsgruppe zur Frage der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten *ihre Anerkennung* für deren Bemühungen *aus*, zur Gewährleistung der finanziellen Sicherheit des Hilfswerks beizutragen;

2. *nimmt mit Billigung Kenntnis* vom Bericht der Arbeitsgruppe;

3. *ersucht* die Arbeitsgruppe, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär und dem Generalbeauftragten ihre Bemühungen um die Finanzierung des Hilfswerks für ein weiteres Jahr fortzusetzen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Arbeitsgruppe die für ihre Arbeit erforderlichen Dienste und Hilfen zur Verfügung zu stellen.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

C

Unterstützung der infolge der Feindseligkeiten vom Juni 1967 und späterer Feindseligkeiten vertriebenen Personen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/57 C vom 6. Dezember 1988 und alle ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12],

in Sorge über das anhaltende menschliche Leid, das durch die Feindseligkeiten im Nahen Osten verursacht wird,

1. *bekräftigt* ihre Resolution 43/57 C und alle ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage;

2. *unterstützt* eingedenk der Ziele der genannten Resolutionen die Bemühungen des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, auch weiterhin anderen Personen in diesem Gebiet, die infolge der Feindseligkeiten vom Juni 1967 und späterer Feindseligkeiten gegenwärtig vertrieben sind und dringend weitere Hilfe benötigen, als zeitweilige Notstandsmaßnahme im Rahmen des praktisch Möglichen humanitäre Hilfe zu gewähren;

3. *appelliert nachdrücklich* an alle Regierungen sowie an Organisationen und Einzelpersonen, an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten sowie an die anderen beteiligten zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen hierfür großzügige Beiträge zu leisten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

D

Von Mitgliedstaaten angebotene Zuschüsse und Stipendien für die Hochschul- und Berufsausbildung von Palästinaflüchtlingen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 212 (III) vom 19. November 1948 über Hilfe für Palästinaflüchtlinge,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/13 B vom 3. November 1980, 36/146 H vom 16. Dezember 1981, 37/120 D vom 16. Dezember 1982, 38/83 D vom 15. Dezember 1983, 39/99 D vom 14. Dezember 1984, 40/165 D vom 16. Dezember 1985, 41/69 D vom 3. Dezember 1986, 42/69 D vom 2. Dezember 1987 und 43/57 D vom 6. Dezember 1988,

in Kenntnis der Tatsache, daß die Palästinaflüchtlinge seit vier Jahrzehnten ohne Wohnstätten, Land und Existenzgrundlage sind,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[16],

sowie nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12],

1. *bittet nachdrücklich* alle Staaten, auf den in Generalversammlungsresolution 32/90 F vom 13. Dezember 1977 enthaltenen und in späteren einschlägigen Resolutionen wiederholten Appell in einer Weise zu reagieren, die dem Bedarf der Palästinaflüchtlinge an Hochschul- und Berufsausbildungsmöglichkeiten Rechnung trägt;

2. *appelliert nachdrücklich* an alle Staaten, Sonderorganisationen und nichtstaatlichen Organisationen, zusätzlich zu ihren Beiträgen zum ordentlichen Haushalt des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten mehr Sonderzuweisungen für Zuschüsse und Stipendien für Palästinaflüchtlinge bereitzustellen;

3. *dankt* allen Regierungen, Sonderorganisationen und nichtstaatlichen Organisationen, die positiv auf die Generalversammlungsresolutionen 41/69 D, 42/69 D und 43/57 D reagiert haben;

4. *bittet* die betreffenden Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, auch künftig in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich studierenden Palästinaflüchtlingen Hilfe für die Hochschulausbildung zu gewähren;

5. *appelliert* an alle Staaten, Sonderorganisationen und an die Universität der Vereinten Nationen, an die palästinensischen Universitäten in dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet großzügige Beiträge zu leisten, darunter zu gegebener Zeit auch an die geplante Universität von Jerusalem (El Kuds) für Palästinaflüchtlinge;

6. *appelliert außerdem* an alle Staaten, Sonderorganisationen und sonstigen internationalen Gremien,

[16] A/44/505.

Beiträge zur Errichtung von Berufsausbildungszentren für Palästinaflüchtlinge zu leisten;

7. *ersucht* das Hilfswerk, als Empfänger und Treuhänder der Sonderzuweisungen für Zuschüsse und Stipendien zu fungieren und diese an qualifizierte Kandidaten unter den Palästinaflüchtlingen zu vergeben;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

E

Palästinaflüchtlinge im dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 237 (1967) vom 14. Juni 1967,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2792 C (XXVI) vom 6. Dezember 1971, 2963 C (XXVII) vom 13. Dezember 1972, 3089 C (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3331 D (XXIX) vom 17. Dezember 1974, 3419 C (XXX) vom 8. Dezember 1975, 31/15 E vom 23. November 1976, 32/90 C vom 13. Dezember 1977, 33/112 E vom 18. Dezember 1978, 34/52 F vom 23. November 1979, 35/13 F vom 3. November 1980, 36/146 A vom 16. Dezember 1981, 37/120 E und I vom 16. Dezember 1982, 38/83 E und J vom 15. Dezember 1983, 39/99 E und J vom 14. Dezember 1984, 40/165 E und J vom 16. Dezember 1985, 41/69 E und J vom 3. Dezember 1986, 42/69 E und J vom 2. Dezember 1987 und 43/57 E vom 6. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12] sowie des Berichts des Generalsekretärs[17],

unter Hinweis auf Ziffer 11 ihrer Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 und die Auffassung vertretend, daß Maßnahmen zur Neuansiedlung von Palästinaflüchtlingen in dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet fern von ihren Wohnstätten und ihrem Grundbesitz, von wo sie vertrieben wurden, eine Verletzung ihres unveräußerlichen Rechts auf Rückkehr darstellen,

beunruhigt über Berichte des Generalbeauftragten, denen zufolge die israelischen Besatzungsbehörden unter Verstoß gegen die völkerrechtlichen Verpflichtungen Israels an ihrer Politik festhalten, von Flüchtlingsfamilien bewohnte Unterkünfte zu zerstören,

1. *verlangt erneut nachdrücklich*, daß Israel die Verlegung und Neuansiedlung von Palästinaflüchtlingen in dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet sowie die Zerstörung ihrer Unterkünfte unterläßt;

2. *ersucht* den Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, etwas in bezug auf die kritische Lage der Palästinaflüchtlinge in dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet zu tun und daher alle Dienstleistungen des Hilfswerks auch auf diese Flüchtlinge auszudehnen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Generalbeauftragten die Ausstellung von Personaldokumenten an alle Palästinaflüchtlinge und deren Nachkommen in dem besetzten palästinensischen Gebiet wiederaufzunehmen, ungeachtet dessen, ob sie Empfänger von Rationen und Dienstleistungen des Hilfswerks sind oder nicht;

4. *ersucht* den Generalsekretär, nach Rücksprache mit dem Generalbeauftragten der Generalversammlung vor Beginn ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution und insbesondere darüber Bericht zu erstatten, inwieweit Israel Ziffer 1 dieser Resolution Folge geleistet hat.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

F

Wiederaufnahme der Verteilung von Rationen an Palästinaflüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/146 F vom 16. Dezember 1981, 37/120 F vom 16. Dezember 1982, 38/83 F vom 15. Dezember 1983, 39/99 F vom 14. Dezember 1984, 40/165 F vom 16. Dezember 1985, 41/69 F vom 3. Dezember 1986, 42/69 F vom 2. Dezember 1987, 43/57 F vom 6. Dezember 1988 sowie auf alle ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage, so auch auf Resolution 302 (IV) vom 8. Dezember 1949,

nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12] sowie des Berichts des Generalsekretärs[18],

zutiefst besorgt darüber, daß das Hilfswerk infolge finanzieller Schwierigkeiten die allgemeine Verteilung von Rationen an Palästinaflüchtlinge in allen Sektoren unterbrechen mußte,

1. *bedauert*, daß ihre Resolutionen 37/120 F, 38/83 F, 39/99 F, 40/165 F, 41/69 F, 42/69 F und 43/57 F nicht durchgeführt worden sind;

2. *fordert* alle Regierungen *erneut auf*, insbesondere nachdem das Hilfswerk die allgemeine Verteilung von Rationen an Palästinaflüchtlinge in allen Sektoren hat unterbrechen müssen, dringend möglichst großzügige Anstrengungen zu unternehmen und die erforderlichen Mittel bereitzustellen, um den Bedarf des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten zu decken, und bittet daher nachdrücklich die nichtbeitragszahlenden Staaten, regelmäßige Beiträge zu leisten, und die beitragszahlenden Staaten, eine Erhöhung ihrer regelmäßigen Beiträge in Erwägung zu ziehen;

3. *ersucht* den Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, die unterbrochene allgemeine Verteilung von Rationen an Palästinaflüchtlinge in allen Sektoren dauerhaft wiederaufzunehmen;

[17] A/44/608.

[18] A/44/506.

4. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Generalbeauftragten der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

G

Rückkehr der seit 1967 vertriebenen Bevölkerungsgruppen und Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 237 (1967) vom 14. Juni 1967,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2252 (ES-V) vom 4. Juli 1967, 2452 A (XXIII) vom 19. Dezember 1968, 2535 B (XXIV) vom 10. Dezember 1969, 2672 D (XXV) vom 8. Dezember 1970, 2792 E (XXVI) vom 6. Dezember 1971, 2963 C und D (XXVII) vom 13. Dezember 1972, 3089 C (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3331 D (XXIX) vom 17. Dezember 1974, 3419 C (XXX) vom 8. Dezember 1975, 31/15 D vom 23. November 1976, 32/90 E vom 13. Dezember 1977, 33/112 F vom 18. Dezember 1978, 34/52 E vom 23. November 1979, ES-7/2 vom 29. Juli 1980, 35/13 E vom 3. November 1980, 36/146 B vom 16. Dezember 1981, 37/120 G vom 16. Dezember 1982, 38/83 G vom 15. Dezember 1983, 39/99 G vom 14. Dezember 1984, 40/165 G vom 16. Dezember 1985, 41/69 G vom 3. Dezember 1986, 42/69 G vom 2. Dezember 1987 und 43/57 G vom 6. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12] sowie des Berichts des Generalsekretärs[19],

1. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht aller vertriebenen Einwohner auf Rückkehr an ihre Wohnstätten oder ihre früheren Wohnorte in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten und erklärt erneut jeden Versuch, die freie Ausübung des Rechts eines Vertriebenen auf Rückkehr einzuschränken oder mit Bedingungen zu verknüpfen, für unvereinbar mit diesem unveräußerlichen Recht und für unzulässig;

2. *hält* jedwedes Übereinkommen, das die Rückkehr der vertriebenen Einwohner einschränkt oder mit Bedingungen verknüpft, für null und nichtig;

3. *mißbilligt entschieden* die fortgesetzte Weigerung der israelischen Behörden, Schritte zur Rückführung der vertriebenen Einwohner zu unternehmen;

4. *fordert* Israel *erneut auf*,

a) unverzüglich Schritte zur Rückführung aller vertriebenen Einwohner zu unternehmen;

b) von allen Maßnahmen Abstand zu nehmen, welche die Rückkehr der vertriebenen Einwohner behindern, einschließlich solcher Maßnahmen, die sich auf die physische und demographische Struktur der besetzten Gebiete auswirken;

5. *ersucht* den Generalsekretär, nach Rücksprache mit dem Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten der Generalversammlung vor Beginn ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten, inwieweit Israel Ziffer 4 dieser Resolution Folge geleistet hat.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

H

Einkommen aus dem Eigentum von Palästinaflüchtlingen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/13 A bis F vom 3. November 1980, 36/146 C vom 16. Dezember 1981, 37/120 H vom 16. Dezember 1982, 38/83 H vom 15. Dezember 1983, 39/99 H vom 14. Dezember 1984, 40/165 H vom 16. Dezember 1985, 41/69 H vom 3. Dezember 1986, 42/69 H vom 2. Dezember 1987, 43/57 H vom 6. Dezember 1988 und alle ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage, so auch Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[20],

sowie Kenntnis nehmend vom Bericht der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina für die Zeit vom 1. September 1988 bis 31. August 1989[13],

unter Hinweis darauf, daß in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[21] und in den Grundsätzen des Völkerrechts das Prinzip verankert ist, daß niemand willkürlich seines Privateigentums beraubt werden darf,

die Auffassung vertretend, daß die arabischen Palästinaflüchtlinge nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit Anspruch auf ihren Grundbesitz und das daraus erwachsende Einkommen haben,

insbesondere unter Hinweis auf ihre Resolution 394 (V) vom 14. Dezember 1950, in der sie die Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina anwies, in Absprache mit den beteiligten Parteien Maßnahmen zum Schutz der Rechte, des Grundbesitzes und der Interessen der arabischen Palästinaflüchtlinge vorzuschreiben,

davon Kenntnis nehmend, daß das Programm zur Erfassung und Schätzung arabischen Grundbesitzes laut dem zweiundzwanzigsten Sachstandsbericht der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina[22] abgeschlossen ist und daß das Katasteramt über ein Verzeichnis der arabischen Grundeigentümer und Unterlagen über Lage, Fläche und andere Merkmale arabischer Grundstücke verfügt,

1. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und zur Verwaltung arabischen Grundbesitzes sowie arabischer Vermögenswerte und Grundstücksrechte in Israel zu ergreifen und zugunsten der rechtmäßigen Eigentümer einen Fonds für das daraus erwachsende Einkommen einzurichten;

2. *fordert* Israel *erneut auf*, dem Generalsekretär zur Durchführung dieser Resolution alle Einrichtungen und Hilfen zur Verfügung zu stellen;

3. *fordert* die Regierungen aller anderen beteiligten Mitgliedstaaten *auf*, dem Generalsekretär alle in ihrem Besitz befindlichen sachdienlichen Informationen über

[19] A/44/507.

[20] A/44/431.

[21] Resolution 217 A (III).

[22] *Official Records of the General Assembly, Nineteenth Session, Annex No. 11*, Dokument A/5700.

arabischen Grundbesitz sowie arabische Vermögenswerte und Grundstücksrechte in Israel zur Verfügung zu stellen, die ihm bei der Durchführung dieser Resolution helfen könnten;

4. *mißbilligt* die Weigerung Israels, mit dem Generalsekretär bei der Durchführung der Resolutionen zu dieser Frage zusammenzuarbeiten;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

I

Schutz von Palästinaflüchtlingen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 508 (1982) vom 5. Juni 1982, 509 (1982) vom 6. Juni 1982, 520 (1982) vom 17. September 1982 und 523 (1982) vom 18. Oktober 1982,

sowie insbesondere unter Hinweis auf die in jüngerer Zeit verabschiedeten Sicherheitsratsresolutionen 605 (1987) vom 22. Dezember 1987, 607 (1988) vom 5. Januar 1988, 608 (1988) vom 14. Januar 1988, 636 (1989) vom 6. Juli 1989 und 641 (1989) vom 30. August 1989,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen ES-7/5 vom 26. Juni 1982, ES-7/6 und ES-7/8 vom 19. August 1982, ES-7/9 vom 24. September 1982, 37/120 J vom 16. Dezember 1982, 38/83 I vom 15. Dezember 1983, 39/99 I vom 14. Dezember 1984, 40/165 I vom 16. Dezember 1985, 41/69 I vom 3. Dezember 1986, 42/69 I vom 2. Dezember 1987, 43/21 vom 3. November 1988 und 43/57 I vom 6. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend von dem gemäß Sicherheitsratsresolution 605 (1987) vorgelegten Bericht des Generalsekretärs vom 21. Januar 1988[23],

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[24],

sowie nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12],

ernstlich besorgt und beunruhigt über die sich verschlechternde Situation in dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems,

unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, Maßnahmen für den unparteiischen Schutz der unter israelischer Besetzung lebenden palästinensischen Zivilbevölkerung zu prüfen,

Bezug nehmend auf die humanitären Grundsätze des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[25] sowie auf die Verpflichtungen, die sich aus der Landkriegsordnung in der Anlage zum Vierten Haager Abkommen von 1907[26] ergeben,

zutiefst besorgt über die vom Generalbeauftragten in seinem Bericht[12] festgestellte merkliche Verschlechterung in der von den Palästinaflüchtlingen erfahrenen Sicherheitslage,

zutiefst betroffen über die Leiden der palästinensischen und libanesischen Bevölkerung infolge weiter andauernder israelischer Angriffshandlungen gegen Libanon und anderer feindseliger Handlungen,

sowie zutiefst betroffen über die noch immer tragische, schwierige und unsichere Lage, in der sich die Zivilbevölkerung in den palästinensischen Flüchtlingslagern und in deren Umgebung in Libanon befindet,

erneut erklärend, daß sie für die Souveränität, Einheit und territoriale Integrität Libanons innerhalb seiner international anerkannten Grenzen eintritt,

1. *macht* Israel für die Sicherheit der Palästinaflüchtlinge in dem besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems und in den anderen von Israel seit 1967 besetzten arabischen Gebieten *verantwortlich* und fordert es auf, seine diesbezüglichen Verpflichtungen als Besatzungsmacht gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten zu erfüllen;

2. *fordert* die Hohen Vertragsparteien des Abkommens *auf*, durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß die Besatzungsmacht Israel das Abkommen im Einklang mit ihrer Verpflichtung nach Artikel 1 des Abkommens unter allen Umständen einhält;

3. *bittet* den Sicherheitsrat *nachdrücklich*, sich unter Berücksichtigung der im Bericht des Generalsekretärs[23] enthaltenen Empfehlungen mit der gegenwärtigen Situation in dem besetzten palästinensischen Gebiet zu befassen;

4. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, im Benehmen mit dem Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten seine Bemühungen zugunsten der Wahrung der Sicherheit, der gesetzlich verankerten Rechte sowie der Menschenrechte der Palästinaflüchtlinge in allen seit 1967 und danach von Israel besetzten Gebieten fortzusetzen;

5. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *erneut auf*, sofort alle willkürlich inhaftierten Palästinaflüchtlinge, einschließlich der Mitarbeiter des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, freizulassen;

6. *begrüßt es*, daß der Generalbeauftragte den Palästinaflüchtlingen, deren Wohnstätten von den israelischen Streitkräften zerstört oder dem Erdboden gleichgemacht wurden, im Benehmen mit der Regierung Libanons Unterkünfte zur Verfügung gestellt hat;

7. *fordert* Israel *erneut auf*, dem Hilfswerk den durch die israelische Invasion in Libanon an seinem Eigentum und seinen Einrichtungen angerichteten Schaden zu ersetzen, wodurch Israels Verantwortung für alle aufgrund der Invasion entstandenen Schäden nicht beeinträchtigt wird;

8. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Generalbeauftragten der Generalversammlung vor Beginn ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

[23] S/19443; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-third Year, Supplement for January, February and March 1988*, Dokument S/19443.
[24] A/44/508.
[25] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 973.
[26] Carnegie Endowment for International Peace, *The Hague Conventions and Declarations of 1899 and 1907* (New York, Oxford University Press, 1915), S.100.

J

UNIVERSITÄT VON JERUSALEM (EL KUDS) FÜR PALÄSTINAFLÜCHTLINGE

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/146 G vom 16. Dezember 1981, 37/120 C vom 16. Dezember 1982, 38/83 K vom 15. Dezember 1983, 39/99 K vom 14. Dezember 1984, 40/165 D und K vom 16. Dezember 1985, 41/69 K vom 3. Dezember 1986, 42/69 K vom 2. Dezember 1987 und 43/57 J vom 6. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[27],

sowie nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12],

1. *betont* die Notwendigkeit eines Ausbaus des Bildungssystems in dem seit 5. Juni 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems und insbesondere die Notwendigkeit der Errichtung der geplanten Universität;

2. *ersucht* den Generalsekretär, gemäß Generalversammlungsresolution 35/13 B vom 3. November 1980 und unter gebührender Berücksichtigung der mit dieser Resolution im Einklang stehenden Empfehlungen weiter alles Erforderliche zur Errichtung der Universität von Jerusalem (El Kuds) zu tun;

3. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *erneut auf*, die Durchführung dieser Resolution zu unterstützen und die Hindernisse zu beseitigen, die sie der Errichtung der Universität von Jerusalem (El Kuds) entgegenstellt;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

K

SCHUTZ PALÄSTINENSISCHER SCHÜLER UND STUDENTEN UND BILDUNGSEINRICHTUNGEN SOWIE GEWÄHRLEISTUNG DER SICHERHEIT DER EINRICHTUNGEN DES HILFSWERKS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR PALÄSTINAFLÜCHTLINGE IM NAHEN OSTEN IN DEM BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIET

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 605 (1987) vom 22. Dezember 1987,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 43/21 vom 3. November 1988, 43/57 I vom 6. Dezember 1988 und 44/2 vom 6. Oktober 1989,

Kenntnis nehmend von dem gemäß Sicherheitsratsresolution 605 (1987) vorgelegten Bericht des Generalsekretärs vom 21. Januar 1988[23],

nach Behandlung der Erklärung des Generalsekretärs vom 19. Oktober 1989 zu den Zwischenfällen, bei denen israelische Soldaten in die Räumlichkeiten von Einrichtungen des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten in dem besetzten palästinensischen Gebiet eingedrungen sind,

sowie nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[12],

insbesondere *Kenntnis nehmend* von Ziffer 104 dieses Berichts, in dem es heißt, daß im besetzten Gazastreifen "zwischen September 1988 und Juni 1989 in Schulen des Hilfswerks zwei Schüler getötet, 376 durch scharfe Munition und Gummigeschosse verletzt und 76 inhaftiert wurden. Außerhalb der Schulen wurden 11 getötet, 3.655 verletzt und 657 inhaftiert",

ernsthaft besorgt und beunruhigt über die sich verschlechternde Situation in dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems,

1. *verurteilt* die wiederholten israelischen Überfälle auf Räumlichkeiten und Einrichtungen des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten und fordert die Besatzungsmacht Israel auf, derartige Überfälle zu unterlassen;

2. *verurteilt außerdem* insbesondere die gegen palästinensische Schüler und Studenten und Mitglieder des Lehrkörpers an Bildungseinrichtungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet gerichteten israelischen Politiken und Praktiken, insbesondere die Eröffnung des Feuers auf wehrlose Schüler und Studenten, was zahlreiche Opfer gefordert hat;

3. *mißbilligt* die Politik und die Praktiken der Besatzungsmacht Israel, die zur längeren Schließung von Bildungseinrichtungen geführt hat, von denen viele vom Hilfswerk betrieben werden, und die wiederholte Unterbrechung medizinischer Dienstleistungen;

4. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *auf*, sofort sämtliche geschlossenen Bildungseinrichtungen zu öffnen und sie danach nicht wieder zu schließen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/48 – Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen

A

Die Generalversammlung,

geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie von den Grundsätzen und Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[21],

in Kenntnis des seit dem 9. Dezember 1987 andauernden Aufstands ("Intifadah") des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besetzung, dem seitens der Weltöffentlichkeit große Aufmerksamkeit und Anteilnahme entgegengebracht wird,

zutiefst besorgt über die alarmierende Situation in dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, sowie in den anderen besetzten arabischen Gebieten infolge der fortdauernden Be-

[27] A/44/474.

setzung durch die Besatzungsmacht Israel und deren beharrlicher Politiken und Praktiken gegen das palästinensische Volk,

eingedenk der Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[25] sowie anderer einschlägiger Übereinkünfte und Regelungen,

unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, Maßnahmen zum unparteiischen Schutz des unter israelischer Besetzung lebenden palästinensischen Volkes in Erwägung zu ziehen,

unter Hinweis auf alle ihre diesbezüglichen Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 32/91 B und C vom 13. Dezember 1977, 33/113 C vom 18. Dezember 1978, 34/90 A vom 12. Dezember 1979, 35/122 C vom 11. Dezember 1980, 36/147 C vom 16. Dezember 1981, ES-9/1 vom 5. Februar 1982, 37/88 C vom 10. Dezember 1982, 38/79 D vom 15. Dezember 1983, 39/95 D vom 14. Dezember 1984, 40/161 D vom 16. Dezember 1985, 41/63 D vom 3. Dezember 1986, 42/160 D vom 8. Dezember 1987, 43/21 vom 3. November 1988, 43/58 A vom 6. Dezember 1988 und 44/2 vom 6. Oktober 1989,

sowie unter Hinweis auf die diesbezüglichen Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere die Resolutionen 605 (1987) vom 22. Dezember 1987, 607 (1988) vom 5. Januar 1988, 608 (1988) vom 14. Januar 1988, 636 (1989) vom 6. Juli 1989 und 641 (1989) vom 30. August 1989,

ferner unter Hinweis auf die diesbezüglichen Resolutionen der Menschenrechtskommission, inbesondere die Resolutionen 1983/1 vom 15. Februar 1983[28], 1984/1 vom 20. Februar 1984[29], 1985/1 A und B sowie 1985/2 vom 19. Februar 1985[30], 1986/1 A und B und 1986/2 vom 20. Februar 1986[31], 1987/1, 1987/2 A und B und 1987/4 vom 19. Februar 1987[32], 1988/1 A und B und 1988/2 vom 15. Februar 1988 und 1988/3 vom 22. Februar 1988[33], 1989/1 und 1989/2 vom 17. Februar 1989 und 1989/19 vom 6. März 1989[34] und anderer in Betracht kommender Organe der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen,

nach Behandlung der Berichte des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen[35], die u.a. öffentliche Erklärungen von offiziellen Vertretern der Besatzungsmacht Israel enthalten, in denen sich diese selbst belasten,

sowie nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs vom 21. Januar 1988[23] und 20. Oktober 1989[36],

1. *würdigt* die Bemühungen des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen, um die Erfüllung der ihm von der Generalversammlung übertragenen Aufgaben sowie seine Unparteilichkeit;

2. *mißbilligt* die anhaltende Weigerung Israels, dem Sonderausschuß Zugang zu dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und anderen seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten zu gewähren;

3. *verlangt*, daß Israel dem Sonderausschuß Zugang zu diesen besetzten Gebieten gewährt;

4. *erklärt erneut*, daß allein schon die Tatsache der Besetzung eine schwere Verletzung der Menschenrechte des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und anderen seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten darstellt;

5. *verurteilt* die fortgesetzte beharrliche Verletzung des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten und anderer anzuwendender internationaler Übereinkünfte durch Israel und verurteilt insbesondere diejenigen Verletzungen, die im Abkommen als "schwere Verletzungen" desselben bezeichnet werden;

6. *erklärt erneut*, daß die schweren Verletzungen dieses Abkommens durch Israel Kriegsverbrechen sind und einen Affront gegenüber der Menschheit darstellen;

7. *bekräftigt* in Übereinstimmung mit dem Abkommen, daß die israelische militärische Besetzung des palästinensischen Gebiets, einschließlich Jerusalems, und anderer arabischer Gebiete vorübergehender Natur ist und daher der Besatzungsmacht keinerlei Rechte bezüglich der territorialen Integrität der besetzten Gebiete gibt;

8. *verurteilt nachdrücklich* die folgenden israelischen Politiken und Praktiken:

a) die Annexion von Teilen des besetzten palästinensischen Gebiets, einschließlich Jerusalems;

b) die Unterstellung des syrisch-arabischen Golan unter israelische Gesetze sowie unter israelische Rechtsprechung und Verwaltung, was zur faktischen Annexion dieses Gebiets geführt hat;

c) die widerrechtliche Auferlegung und Erhebung von Steuern und Abgaben;

d) die Errichtung neuer israelischer Siedlungen und den Ausbau der schon bestehenden Siedlungen auf privatem und öffentlichem palästinensischem und anderem arabischem Land sowie dessen Besiedlung mit einer landesfremden Bevölkerung;

e) die Zwangsaussiedlung, Verschleppung, Ausweisung, Vertreibung und Umsiedlung von Palästinensern und anderen Arabern dieser besetzten Gebiete und die Verweigerung ihres Rechts auf Rückkehr;

f) die Beschlagnahme und Enteignung privaten und öffentlichen palästinensischen und anderen arabischen Eigentums in diesen besetzten Gebieten sowie alle anderen Transaktionen zum Landerwerb durch die israelischen Behörden, Einrichtungen oder Staatsbürger;

g) Ausgrabungen und Veränderungen der Landschaft sowie der historischen, kulturellen und religiösen Stätten, insbesondere in Jerusalem;

h) die Plünderung archäologischen und kulturellen Eigentums;

i) die Zerstörung und den Abriß palästinensischer und anderer arabischer Häuser;

j) die kollektive Bestrafung, die Massenverhaftungen, die Verwaltungshaft und die Mißhandlungen, denen Palästinenser und andere Araber unterworfen werden;

---

[28] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1983, Supplement No. 3* mit Korrigendum (E/1983/13 mit Korr.1), Kap. XXVII, Abschnitt A.

[29] Ebd., *1984, Supplement No. 4* mit Korrigendum (E/1984/14 mit Korr.1), Kap. II, Abschnitt A.

[30] Ebd., *1985, Supplement No. 2* (E/1985/22), Kap. II, Abschnitt A.

[31] Ebd., *1986, Supplement No. 2* (E/1986/22), Kap. II, Abschnitt A.

[32] Ebd., *1987, Supplement No. 5* mit Korrigenda (E/1987/18 mit Korr.1 und 2), Kap. II, Abschnitt A.

[33] Ebd., *1988, Supplement No. 2* (E/1988/12), Kap. II, Abschnitt A.

[34] Ebd., *1989, Supplement No. 2* (E/1989/20), Kap. II, Abschnitt A.

[35] A/44/352 und A/44/599.

[36] A/44/640.

k) die Folterung von Palästinensern und anderen Arabern;

l) die Beeinträchtigung von religiösen Freiheiten und Bräuchen sowie von Familienrechten und -gewohnheiten;

m) die Beeinträchtigung des Bildungssystems und der Entwicklung der Palästinenser und anderen Araber in diesen besetzten Gebieten im Sozial-, Wirtschafts- und Gesundheitsbereich;

n) die Beeinträchtigung der Freizügigkeit von Einzelpersonen innerhalb des besetzten palästinensischen Gebiets, einschließlich Jerusalems, und anderer seit 1967 von Israel besetzter arabischer Gebiete;

o) die rechtswidrige Ausbeutung der Naturschätze, der Ressourcen und der Arbeitskräfte dieser besetzten Gebiete;

9. *verurteilt nachdrücklich* insbesondere die folgenden israelischen Politiken und Praktiken:

a) die Verfolgung einer "Politik der eisernen Faust" gegen das palästinensische Volk in dem besetzten palästinensischen Gebiet;

b) die Eskalation der israelischen Brutalität seit Beginn des Aufstands ("Intifadah") am 9. Dezember 1987;

c) die Mißhandlung und Folterung inhaftierter und/oder gefangengehaltener Kinder und Minderjähriger;

d) die Schließung der Zentralen und Büros von Gewerkschaften und Sozialorganisationen und die Schikanierung ihrer Führer, wie insbesondere ihre Ausweisung, sowie Angriffe auf Krankenhäuser und das dort tätige Personal;

e) die Beeinträchtigung der Pressefreiheit, wie insbesondere durch Zensur, Inhaftierung oder Ausweisung von Journalisten, Schließung und Einstellung von Zeitungen und Zeitschriften sowie Verweigerung des Zugangs zu internationalen Medien;

f) die Tötung und Verwundung wehrloser Demonstranten;

g) das an Tausenden von Zivilpersonen verübte Brechen von Knochen und Gliedmaßen;

h) Hausarrest und/oder das Verbot, den Wohnort zu verlassen;

i) den Einsatz giftiger Gase, der u.a. zum Tod zahlreicher Palästinenser geführt hat;

10. *verurteilt* die israelische Unterdrückung und Schließung der Bildungseinrichtungen im besetzten syrisch-arabischen Golan, insbesondere das Verbot syrischer Lehrbücher, des syrischen Bildungssystems und die Tatsache, daß syrische Studenten vom Studium an syrischen Universitäten abgehalten werden, daß syrischen Studenten, die in der Syrischen Arabischen Republik studieren, das Recht auf Rückkehr verweigert wird, daß syrische Schüler und Studenten gezwungen werden, Hebräisch zu lernen, daß ihnen Klassen aufgezwungen werden, die Haß, Vorurteile und religiöse Intoleranz fördern, und daß Lehrer entlassen werden – samt und sonders Praktiken, die eine eindeutige Verletzung des Genfer Abkommens darstellen;

11. *verurteilt nachdrücklich* die Ausstattung israelischer Siedler in diesen besetzten Gebieten mit Waffen, damit sie Gewalttätigkeiten gegen Palästinenser und andere Araber begehen können, die Todesfälle und Verletzungen zur Folge haben;

12. *ersucht* den Sicherheitsrat sicherzustellen, daß Israel in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und anderen seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten alle Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten beachtet und einhält, sowie Maßnahmen einzuleiten, um den israelischen Politiken und Praktiken in diesen Gebieten ein Ende zu setzen;

13. *bittet* den Sicherheitsrat *nachdrücklich*, sich mit der derzeitigen Situation in dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet zu beschäftigen, unter Berücksichtigung der Empfehlungen in den Berichten des Generalsekretärs und mit dem Ziel, dem wehrlosen palästinensischen Volk bis zum Rückzug der Besatzungsmacht Israel aus dem besetzten palästinensischen Gebiet völkerrechtlichen Schutz zu verschaffen;

14. *erklärt erneut*, daß alle Maßnahmen Israels zur Veränderung des äußeren Erscheinungsbilds, der demographischen Zusammensetzung, der institutionellen Struktur oder des Rechtsstatus dieser besetzten Gebiete oder eines Teils derselben, einschließlich Jerusalems, null und nichtig sind und daß Israels Politik der Ansiedlung von Teilen seiner Bevölkerung und von Neueinwanderern in diesen besetzten Gebieten eine flagrante Verletzung des Genfer Abkommens und der entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen darstellt;

15. *verlangt*, daß Israel ab sofort von den in Ziffer 8, 9, 10 und 11 genannten Politiken und Praktiken abläßt;

16. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *auf*, die Wiedereröffnung des römisch-katholischen Hospizes in Jerusalem zu genehmigen, damit die notwendige gesundheitliche Betreuung und medizinische Versorgung der in der Stadt lebenden Palästinenser auch weiterhin gesichert ist;

17. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *außerdem auf*, in Durchführung der Sicherheitsratsresolution 237 (1967) vom 14. Juni 1967 durch entsprechende Maßnahmen unverzüglich die Rückkehr aller vertriebenen arabischen und palästinensischen Einwohner in ihre Heimstätten oder an ihre früheren Wohnorte in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten zu ermöglichen;

18. *bittet nachdrücklich* die internationalen Organisationen, so auch die Sonderorganisationen und insbesondere die Internationale Arbeitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und die Weltgesundheitsorganisation, auch weiterhin die Situation in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und anderen seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten zu untersuchen, was das Erziehungs- und Gesundheitswesen betrifft;

19. *ruft* alle Staaten, insbesondere die Vertragsstaaten des Genfer Abkommens, gemäß Artikel 1 dieses Abkommens, sowie die internationalen Organisationen einschließlich der Sonderorganisationen *erneut auf*, keine von der Besatzungsmacht Israel in diesen besetzten Gebieten vorgenommenen Veränderungen anzuerkennen und keine Maßnahmen, auch keine Hilfsmaßnahmen, zu ergreifen, die sich Israel bei der Verfolgung seiner Annexions- und Kolonialisierungspolitik oder der anderen in dieser Resolution genannten Politiken und Praktiken zunutze machen könnte;

20. *ersucht* den Sonderausschuß, bis zur baldigen Beendigung der israelischen Besetzung weiterhin die israelischen Politiken und Praktiken in dem besetzten pa-

lästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und anderen seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten zu untersuchen, sich zur Gewährleistung des Wohls und der Menschenrechte der Völker dieser besetzten Gebiete gegebenenfalls mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz ins Benehmen zu setzen und dem Generalsekretär so bald wie möglich und danach je nach Notwendigkeit Bericht zu erstatten;

21. *ersucht* den Sonderausschuß *außerdem*, dem Generalsekretär regelmäßig periodische Berichte über die aktuelle Situation in dem besetzten palästinensischen Gebiet vorzulegen;

22. *ersucht* den Sonderausschuß *ferner*, die Behandlung von Gefangenen in dem besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Jerusalems, und anderen seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten weiter zu untersuchen;

23. *verurteilt* die Weigerung Israels, Personen aus dem besetzten palästinensischen Gebiet vor dem Sonderausschuß als Zeugen auftreten und sie an Konferenzen und Tagungen außerhalb des besetzten palästinensischen Gebiets teilnehmen zu lassen;

24. *ersucht* den Generalsekretär,

a) dem Sonderausschuß jede erforderliche Hilfestellung zu gewähren, auch soweit eine solche für Besuche in diesen besetzten Gebieten benötigt wird, damit er die in dieser Resolution genannten israelischen Politiken und Praktiken untersuchen kann;

b) dem Sonderausschuß erforderlichenfalls auch weiterhin zusätzliche Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen, die ihn bei seiner Arbeit unterstützen;

c) den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen die in Ziffer 21 erwähnten periodischen Berichte regelmäßig zukommen zu lassen;

d) über die Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information mit allen Mitteln für eine möglichst weite Verbreitung der Berichte des Sonderausschusses sowie von Informationen über seine Tätigkeit und seine Arbeitsergebnisse zu sorgen und nötigenfalls vergriffene Berichte des Sonderausschusses neu aufzulegen;

e) der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die ihm mit dieser Resolution übertragenen Aufgaben Bericht zu erstatten;

25. *beschließt* die Umbenennung des Sonderausschusses in "Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte des palästinensischen Volkes und anderer Araber der besetzten Gebiete beeinträchtigen";

26. *beschließt außerdem* die Aufnahme des Punktes "Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte des palästinensischen Volkes und anderer Araber der besetzten Gebiete beeinträchtigen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

B

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 465 (1980) vom 1. März 1980, in der der Rat u.a. erklärt hat, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[25] auf die seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, Anwendung findet,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3092 A (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3240 B (XXIX) vom 29. November 1974, 3525 B (XXX) vom 15. Dezember 1975, 31/106 B vom 16. Dezember 1976, 32/91 A vom 13. Dezember 1977, 33/113 A vom 18. Dezember 1978, 34/90 B vom 12. Dezember 1979, 35/122 A vom 11. Dezember 1980, 36/147 A vom 16. Dezember 1981, 37/88 A vom 10. Dezember 1982, 38/79 B vom 15. Dezember 1983, 39/95 B vom 14. Dezember 1984, 40/161 B vom 16. Dezember 1985, 41/63 B vom 3. Dezember 1986, 42/160 B vom 8. Dezember 1987 und 43/58 B vom 6. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs vom 21. Januar 1988[23] und 28. September 1989[37],

in Anbetracht dessen, daß die Förderung der Einhaltung der aus der Charta der Vereinten Nationen und anderen völkerrechtlichen Dokumenten und Regeln erwachsenden Verpflichtungen zu den wichtigsten Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen gehört,

eingedenk der Bestimmungen des Genfer Abkommens,

angesichts dessen, daß Israel und die arabischen Staaten, deren Gebiete Israel seit Juni 1967 besetzt hält, Vertragsparteien dieses Abkommens sind,

unter Berücksichtigung dessen, daß sich die Vertragsstaaten des Abkommens gemäß Artikel 1 verpflichten, unter allen Umständen das Abkommen nicht nur einzuhalten, sondern auch seine Einhaltung durchzusetzen,

1. *erklärt erneut*, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten auf die seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, Anwendung findet;

2. *verurteilt erneut* die Tatsache, daß die Besatzungsmacht Israel die Gültigkeit dieses Abkommens für die seit 1967 von ihm besetzten Gebiete, einschließlich Jerusalems, nicht anerkennt;

3. *verlangt nachdrücklich*, daß Israel in den seit 1967 von ihm besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, die Bestimmungen des Abkommens anerkennt und einhält;

4. *fordert* alle Vertragsstaaten des Abkommens *nachdrücklich auf*, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, die Beachtung und Einhaltung seiner Bestimmungen zu gewährleisten;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

C

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 465 (1980) vom 1. März 1980,

[37] A/44/562.

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/5 vom 28. Oktober 1977, 33/113 B vom 18. Dezember 1978, 34/90 C vom 12. Dezember 1979, 35/122 B vom 11. Dezember 1980, 36/147 B vom 16. Dezember 1981, 37/88 B vom 10. Dezember 1982, 38/79 C vom 15. Dezember 1983, 39/95 C vom 14. Dezember 1984, 40/161 C vom 16. Dezember 1985, 41/63 C vom 3. Dezember 1986, 42/160 C vom 8. Dezember 1987 und 43/58 C vom 6. Dezember 1988,

mit dem Ausdruck großer Beunruhigung und Besorgnis über den Ernst der derzeitigen Lage in den palästinensischen und anderen besetzten arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, infolge der anhaltenden israelischen Besetzung und der von der Besatzungsmacht Israel eingeleiteten Maßnahmen und Aktionen, die auf die Veränderung des Rechtsstatus, der geographischen Gestalt und der demographischen Zusammensetzung dieser Gebiete abzielen,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs vom 21. Januar 1988[23] und 28. September 1989[38],

bestätigend, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[25] auf alle seit Juni 1967 von Israel besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, Anwendung findet,

1. *stellt fest*, daß alle derartigen Maßnahmen und Aktionen Israels in den seit 1967 besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, einen Verstoß gegen die einschlägigen Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten darstellen, die Bemühungen zur Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten ernsthaft behindern und daher keine rechtliche Gültigkeit haben;

2. *mißbilligt entschieden* Israels Beharren auf derartigen Maßnahmen, insbesondere auf der Errichtung von Siedlungen in den palästinensischen und anderen besetzten arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems;

3. *verlangt*, daß sich Israel in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerrechts und den Bestimmungen des Genfer Abkommens strikt an seine internationalen Verpflichtungen hält;

4. *verlangt erneut*, daß die Besatzungsmacht Israel umgehend von allen Handlungen abläßt, die zu einer Veränderung des Rechtsstatus, der geographischen Gestalt oder der demographischen Zusammensetzung der seit 1967 besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, führen würden;

5. *fordert* alle Vertragsstaaten des Genfer Abkommens *nachdrücklich auf*, die Bestimmungen des Abkommens zu beachten und alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Beachtung und Einhaltung seiner Bestimmungen in allen seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, sicherzustellen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

[38] A/44/563.

D

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 605 (1987) vom 22. Dezember 1987,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 38/79 A vom 15. Dezember 1983, 39/95 A vom 14. Dezember 1984, 40/161 A vom 16. Dezember 1985, 41/63 A vom 3. Dezember 1986, 42/160 A vom 8. Dezember 1987, 43/21 vom 3. November 1988, 43/58 D vom 6. Dezember 1988 und 44/2 vom 6. Oktober 1989,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen[35],

sowie Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs vom 21. Januar 1988[23], 28. September 1989[39] und 20. Oktober 1989[36],

1. *mißbilligt* die willkürliche Inhaftierung oder Gefangenhaltung von Tausenden von Palästinensern durch Israel wegen des Widerstands, den sie zur Erlangung der Selbstbestimmung gegen die Besetzung leisten;

2. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *auf*, alle Palästinenser und Araber freizulassen, die willkürlich inhaftiert sind oder gefangengehalten werden;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung so bald wie möglich, spätestens jedoch zu Beginn ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

E

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 605 (1987) vom 22. Dezember 1987, 607 (1988) vom 5. Januar 1988, 608 (1988) vom 14. Januar 1988, 636 (1989) vom 6. Juli 1989 und 641 (1989) vom 30. August 1989,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs vom 21. Januar 1988[23] und 28. September 1989[40],

beunruhigt über die von den israelischen Behörden noch immer vorgenommene Ausweisung von Palästinensern aus dem besetzten palästinensischen Gebiet,

unter Hinweis auf das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[25], insbesondere auf Artikel 1 und den ersten Absatz von Artikel 49, welche lauten:

"Artikel 1

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen."

"Artikel 49

Einzel- oder Massenzwangsverschickungen sowie Verschleppungen von geschützten Personen aus besetztem Gebiet nach dem Gebiet der Besatzungsmacht oder irgendeines anderen besetzten oder unbe-

[39] A/44/564.
[40] A/44/565.

setzten Staates sind ohne Rücksicht auf deren Beweggrund untersagt ..."

erneut erklärend, daß das Genfer Abkommen auf die seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, Anwendung findet,

1. *mißbilligt auf das entschiedenste*, daß die Besatzungsmacht Israel den einschlägigen Beschlüssen des Sicherheitsrats und den Resolutionen der Generalversammlung auch weiterhin nicht Folge leistet;

2. *verlangt*, daß die Regierung der Besatzungsmacht Israel die von den israelischen Behörden mit der Ausweisung von Palästinensern getroffenen illegalen Maßnahmen rückgängig macht und ihnen die sofortige Rückkehr erleichtert;

3. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *auf*, die Ausweisung von Palästinensern umgehend einzustellen und die Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten genauestens einzuhalten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung so bald wie möglich, spätestens jedoch zu Beginn ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

F

Die Generalversammlung,

tief besorgt darüber, daß sich die seit 1967 besetzten arabischen Gebiete weiterhin unter israelischer militärischer Besatzung befinden,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 497 (1981) vom 17. Dezember 1981,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/226 B vom 17. Dezember 1981, ES-9/1 vom 5. Februar 1982, 37/88 E vom 10. Dezember 1982, 38/79 F vom 15. Dezember 1983, 39/95 F vom 14. Dezember 1984, 40/161 F vom 16. Dezember 1985, 41/63 F vom 3. Dezember 1986, 42/160 F vom 8. Dezember 1987, 43/21 vom 3. November 1988, 43/58 F vom 6. Dezember 1988 und 44/2 vom 6. Oktober 1989,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs vom 20. Oktober 1989[41],

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 3414 (XXX) vom 5. Dezember 1975, 31/61 vom 9. Dezember 1976, 32/20 vom 25. November 1977, 33/28 und 33/29 vom 7. Dezember 1978, 34/70 vom 6. Dezember 1979 und 35/122 E vom 11. Dezember 1980, mit denen sie u.a. Israel aufgefordert hat, seine Besetzung der arabischen Gebiete zu beenden und sich aus allen diesen Gebieten zurückzuziehen,

erneut die Illegalität des israelischen Beschlusses vom 14. Dezember 1981 *bekräftigend*, den syrisch-arabischen Golan seinen Gesetzen, seiner Rechtsprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, was zur faktischen Annexion dieses Gebiets geführt hat,

erneut erklärend, daß die gewaltsame Aneignung von Gebieten nach der Charta der Vereinten Nationen unzulässig ist und daß alle von Israel auf diese Weise besetzten Gebiete zurückgegeben werden müssen,

unter Hinweis auf das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[25],

1. *verurteilt nachdrücklich* die Weigerung der Besatzungsmacht Israel, den entsprechenden Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats Folge zu leisten, insbesondere der Ratsresolution 497 (1981), in der der Rat u.a. beschlossen hat, daß der Beschluß Israels, den besetzten syrisch-arabischen Golan seinen Gesetzen, seiner Rechtsprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, null und nichtig und ohne völkerrechtliche Wirkung ist, und verlangt hat, daß die Besatzungsmacht Israel ihren Beschluß umgehend rückgängig machen soll;

2. *verurteilt* Israel dafür, daß es hartnäckig die Veränderung des äußeren Erscheinungsbilds, der demographischen Zusammensetzung, der institutionellen Struktur und des Rechtsstatus des besetzten syrisch-arabischen Golan betreibt;

3. *stellt fest*, daß alle bisherigen oder künftigen gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen und Schritte der Besatzungsmacht Israel, die eine Veränderung des Charakters und des Rechtsstatus des syrisch-arabischen Golan zum Ziel haben, null und nichtig sind, eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten darstellen und keinerlei rechtliche Wirkung haben;

4. *verurteilt* Israel *nachdrücklich* wegen seiner Versuche, den syrischen Bürgern im besetzten syrisch-arabischen Golan die israelische Staatsangehörigkeit und israelische Personalausweise aufzuzwingen, und fordert es auf, von seinen Repressionsmaßnahmen gegen die Bevölkerung des syrisch-arabischen Golan abzulassen;

5. *fordert* die Mitgliedstaaten *erneut auf*, keine der obenerwähnten gesetzgeberischen oder administrativen Maßnahmen und Schritte anzuerkennen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

G

Die Generalversammlung,

eingedenk des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[25],

tief besorgt darüber, daß die Besatzungsmacht Israel die Bildungseinrichtungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet weiteren und noch stärkeren Schikanen aussetzt,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 605 (1987) vom 22. Dezember 1987,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 38/79 G vom 15. Dezember 1983, 39/95 G vom 14. Dezember 1984, 40/161 G vom 16. Dezember 1985, 41/63 G vom 3. Dezember 1986, 42/160 G vom 8. Dezember 1987, 43/21 vom 3. November 1988, 43/58 G vom 6. Dezember 1988 und 44/2 vom 6. Oktober 1989,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs vom 21. Januar 1988[23] und 28. September 1989[42],

[41] A/44/643.

[42] A/44/566.

sowie Kenntnis nehmend von den entsprechenden Beschlüssen des Exekutivrats der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur hinsichtlich der in dem besetzten palästinensischen Gebiet herrschenden Situation auf dem Erziehungs- und Kultursektor,

1. *erklärt erneut*, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten auf das besetzte palästinensische Gebiet, einschließlich Jerusalems, und andere seit 1967 von Israel besetzte arabische Gebiete Anwendung findet;

2. *verurteilt* die israelischen Politiken und Praktiken gegenüber palästinensischen Schülern, Studenten und Lehrkräften an Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen in dem besetzten palästinensischen Gebiet, insbesondere die viele Opfer fordernde Feuereröffnung auf wehrlose Schüler und Studenten;

3. *verurteilt außerdem* die systematische israelische Repressionskampagne gegen Universitäten, Schulen und andere Bildungs- und Ausbildungsanstalten sowie die lange Schließung zahlreicher Anstalten in dem besetzten palästinensischen Gebiet, wodurch unter flagrantem Verstoß gegen das Genfer Abkommen das akademische Leben an den palästinensischen Universitäten eingeengt und behindert wird, indem die Auswahl von Vorlesungen, Lehrbüchern und Studienplänen, die Zulassung von Studenten und die Ernennung von Mitgliedern des Lehrkörpers der Kontrolle und Aufsicht der militärischen Besatzungsbehörden unterstellt werden;

4. *verlangt*, daß die Besatzungsmacht Israel das Genfer Abkommen einhält, alle gegen irgendeine Bildungseinrichtung unternommenen Schritte und Maßnahmen rückgängig macht, die Freiheit dieser Institutionen gewährleistet und den reibungslosen Betrieb an Universitäten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ab sofort nicht mehr behindert;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung so bald wie möglich, spätestens jedoch zu Beginn ihrer fünfundvierzigsten Tagung, über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/49 – Umfassende Überprüfung aller Teilaspekte des Fragenkomplexes der Friedensoperationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1874 (S-IV) vom 27. Juni 1963, 2006 (XIX) vom 18. Februar 1965, 2053 A (XX) vom 15. Dezember 1965, 2249 (S-V) vom 23. Mai 1967, 2308 (XXII) vom 13. Dezember 1967, 2451 (XXIII) vom 19. Dezember 1968, 2670 (XXV) vom 8. Dezember 1970, 2835 (XXVI) vom 17. Dezember 1971, 2965 (XXVII) vom 13. Dezember 1972, 3091 (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3239 (XXIX) vom 29. November 1974, 3457 (XXX) vom 10. Dezember 1975, 31/105 vom 15. Dezember 1976, 32/106 vom 15. Dezember 1977, 33/114 vom 18. Dezember 1978, 34/53 vom 23. November 1979, 35/121 vom 11. Dezember 1980, 36/37 vom 18. November 1981, 37/93 vom 10. Dezember 1982, 38/81 vom 15. Dezember 1983, 39/97 vom 14. Dezember 1984, 40/163 vom 16. Dezember 1985, 41/67 vom 3. Dezember 1986, 42/161 vom 8. Dezember 1987 und 43/59 A vom 6. Dezember 1988,

erfreut über die vom Sonderausschuß für friedenssichernde Operationen auf seiner Tagung 1989 gemachten Fortschritte und insbesondere über die Einigung, die zu einer Reihe von Schlußfolgerungen und Empfehlungen erzielt wurde,

überzeugt, daß die Friedensoperationen der Vereinten Nationen wesentliches Element einer wirksameren Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit durch die Vereinten Nationen sind,

unter Berücksichtigung dessen, daß die Vereinten Nationen angesichts ihrer vermehrten Friedenssicherungsaktivitäten mehr menschliche, finanzielle und materielle Ressourcen benötigen,

im Bewußtsein der äußerst schwierigen Finanzlage der Friedenstruppen der Vereinten Nationen und der schweren Belastung, welche die truppenstellenden Staaten, insbesondere die Entwicklungsländer unter ihnen, zu tragen haben,

hervorhebend, daß die derzeitige politische Atmosphäre weitere Fortschritte in der Tätigkeit des Sonderausschusses begünstigt,

eingedenk dessen, daß ein konstruktiver Meinungsaustausch über verschiedene praktische Aspekte der Friedensoperationen einen förderlichen Beitrag zu deren reibungsloser und wirksamer Durchführung leisten kann,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen[43],

nach Prüfung des Berichts des Sonderausschusses[44],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Sonderausschusses für friedenssichernde Operationen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, den Mitgliedstaaten sachdienliche Informationen hinsichtlich der für Friedensoperationen der Vereinten Nationen benötigten personellen, materiellen und technischen Ressourcen und Dienste zur Verfügung zu stellen und die Mitgliedstaaten gleichzeitig zu bitten, auf einem Fragebogen diejenigen personellen, materiellen und technischen Ressourcen und Dienste anzugeben, die sie zu Friedensoperationen der Vereinten Nationen grundsätzlich beizutragen bereit wären;

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, ausgehend von den Antworten der Staaten auf den Fragebogen ein Verzeichnis zu erstellen, aus dem hervorgeht, welche Beiträge an personellen, materiellen und technischen Ressourcen und Diensten die Mitgliedstaaten möglicherweise leisten würden, und die Mitgliedstaaten zu bitten, ihre Antworten je nach Bedarf zu aktualisieren;

4. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, anhand einer Studie diejenigen Aufgaben und Dienste zu ermitteln, die bei Friedensoperationen von Zivilpersonal übernommen werden könnten, und den Sonderausschuß unter Berücksichtigung der von der Generalversammlung in ihrer Resolution 43/230 vom 21. Dezember 1988 angeforderten Studie so bald wie möglich über die Ergebnisse der Studie zu unterrichten;

5. *legt es* den Mitgliedstaaten *nahe*, die durch ihre Teilnahme an Friedensoperationen gewonnenen Erfahrungen untereinander auszutauschen, und regt die Mitgliedstaaten und interessierten Organisationen dazu

[43] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 1* (A/44/1).
[44] A/44/301.

an, gegebenenfalls in Absprache mit dem Sekretariat regionale und internationale Seminare über Friedensoperationen abzuhalten;

6. *legt es* den Mitgliedstaaten *außerdem nahe*, nationale Ausbildungsprogramme für Militär- und Zivilpersonal für Friedensoperationen einzurichten, und ersucht in diesem Zusammenhang den Generalsekretär, Ausbildungshandbücher zu erstellen, die von den Mitgliedstaaten als Leitlinie für ihre nationalen oder regionalen Ausbildungsprogamme benutzt werden können;

7. *betont* die Notwendigkeit, eine sichere und stabile finanzielle Grundlage für die Friedensoperationen der Vereinten Nationen zu gewährleisten;

8. *bittet* alle Mitgliedstaaten *nachdrücklich*, ihre veranlagten Beiträge in voller Höhe und rechtzeitig zu zahlen, und ermutigt außerdem diejenigen Staaten, die dazu in der Lage sind, für den Generalsekretär annehmbare freiwillige Beiträge zu leisten;

9. *bittet* die Gastländer von Friedensoperationen der Vereinten Nationen sowie alle unmittelbar interessierten Parteien *nachdrücklich*, jede nur erdenkliche Unterstützung zu gewähren, um die Dislozierung und die Tätigkeit solcher Operationen zu erleichtern;

10. *ist der Auffassung*, daß zwischen den Gastländern von Friedensoperationen der Vereinten Nationen und den Vereinten Nationen Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen abgeschlossen werden sollten, und bittet deshalb die Gastländer von Friedensoperationen der Vereinten Nationen nachdrücklich, so bald wie möglich nach Beginn der Operation mit den Vereinten Nationen ein Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen abzuschließen;

11. *ersucht* den Generalsekretär, unter Wahrung der erforderlichen Flexibilität zur Erfassung verschiedener möglicher Operationen, ein Musterabkommen zwischen den Vereinten Nationen und dem Gastland über die Rechtsstellung der Truppen zu erstellen und den Mitgliedstaaten zur Verfügung zu stellen;

12. *begrüßt* die Initiative, die der Generalsekretär mit der Ausarbeitung von Ständigen Dienstanweisungen ergriffen hat, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß diese Arbeit so bald wie möglich abgeschlossen sein wird und den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wird;

13. *ersucht* den Generalsekretär, rechtzeitig zur fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung eine aktualisierte Fassung von *The Blue Helmets* (Die Blauhelme) herauszugeben und darin einen Überblick über die Praxis der Friedensoperationen der Vereinten Nationen aufzunehmen und diese Publikation anschließend zu aktualisieren, wann immer dies erforderlich ist;

14. *hält* es für nützlich, daß die Diskussion über mögliche Bereiche der Friedenssicherung und über die weitere Entwicklung der Friedensoperationen in den entsprechenden Foren, so auch im Sonderausschuß, fortgesetzt wird;

15. *bittet* den Sonderausschuß *nachdrücklich*, im Einklang mit seinem Mandat und unter Berücksichtigung der schwierigen Finanzlage der Friedensoperationen sowie des Gebots höchster Kostenwirksamkeit seine Bemühungen um eine umfassende Überprüfung aller Teilaspekte des Fragenkomplexes der Friedensoperationen fortzusetzen, mit dem Ziel, die Rolle der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet zu stärken;

16. *beschließt*, daß der Sonderausschuß die Teilnahme von Beobachtern der Mitgliedsstaaten auch an den Sitzungen seiner Arbeitsgruppen zulassen wird;

17. *bittet* die Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär bis 1. März 1990 weitere Feststellungen und Vorschläge zu allen Teilaspekten der Friedensoperationen vorzulegen und dabei besonderes Gewicht auf praktische Vorschläge zur Steigerung der Effektivität dieser Operationen zu legen;

18. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen der vorhandenen Ressourcen eine Zusammenstellung der genannten Feststellungen und Vorschläge anzufertigen und dem Sonderausschuß auf seiner Tagung 1990 vorzulegen;

19. *ersucht* den Sonderausschuß, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Tätigkeitsbericht vorzulegen;

20. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Umfassende Überprüfung aller Teilaspekte des Fragenkomplexes der Friedensoperationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/50 – Informationsfragen[45]

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen zu Informationsfragen,

das Mandat *bestätigend*, das sie dem Informationsausschuß in ihrer Resolution 34/182 vom 18. Dezember 1979 erteilt hat,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über Informationsfragen[46],

sowie Kenntnis nehmend vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe[47] und den darin enthaltenen Schlußfolgerungen und Empfehlungen betreffend die Neuorganisation der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information wie auch von den diesbezüglichen Stellungnahmen des Generalsekretärs[48],

dem Generalsekretär *nahelegend*, auch weiterhin alles Erforderliche zu tun, um die Effizienz und Effektivität der Hauptabteilung Presse und Information zu steigern, mit besonderem Gewicht auf der Sicherstellung eines koordinierten Herangehens an die vorrangigen Fragen, die sich der Organisation stellen,

ferner Kenntnis nehmend von dem umfassenden Bericht des Informationsausschusses[49], der eine wichtige Grundlage war und zu weiteren Beratungen angeregt hat,

I

Information im Dienste der Menschheit

fordert nachdrücklich die vollständige Verwirklichung der folgenden Empfehlungen:

1) Alle Länder, das gesamte System der Vereinten Nationen und alle anderen, die es angeht, sollten unter

[45] Siehe auch Abschnitt X.A, Beschluß 44/313.
[46] A/44/653.
[47] A/44/433.
[48] A/44/433/Add.1, Anhang.
[49] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 21* (A/44/21).

erneuter Bekräftigung ihrer Verpflichtung auf die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und unter Einhaltung der Grundsätze der Presse- und Informationsfreiheit wie auch der Unabhängigkeit, des Pluralismus und der Vielfalt der Medien bei ihrem Eingehen auf die Forderung nach einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung zusammenarbeiten und in einen Dialog miteinander treten, eine Ordnung, die als ein kontinuierlicher Entwicklungsprozeß gesehen wird und deren Ziel es ist, das gegenwärtige Ungleichgewicht auf dem Gebiet der Information und Kommunikation zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern zu beseitigen, die Disparitäten im Informationsfluß auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene zu verringern und die Medieninfrastruktur und Kommunikationstechnologie in den Entwicklungsländern zu verbessern, damit diese vermehrt an einem Kommunikationsprozeß beteiligt werden, der auf freiem Informationsfluß und einer umfassenderen und ausgewogeneren Verbreitung von Informationen beruht wie auch auf der sinnvollen und gleichberechtigten Mitwirkung aller Länder auf dem Gebiet der Information und Kommunikation, wodurch die Vielfalt der Informationsquellen und der freie Zugang zu Informationen gesichert und durch den Einsatz aller Massenkommunikationsmittel bewirkt würde, daß sich die Völker besser kennenlernen und verstehen, was ein wichtiger Beitrag zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Verständigung wäre. Die zentrale Rolle, die der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in diesem Zusammenhang ihren Strategien entsprechend zukommt, sollte bekräftigt werden;

2) Im vollen Bewußtsein der wichtigen Rolle, die die Massenmedien weltweit ungehindert spielen können, sollte den Massenmedien nahegelegt werden, umfassender und objektiver über die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um weltweite Entwicklung und insbesondere über die Bemühungen der Entwicklungsländer um wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt zu berichten;

3) Alle Länder sind nachdrücklich aufgefordert, die ungehinderte und wirkungsvolle Ausübung der beruflichen Aufgaben von Journalisten zu sichern; alle tätlichen Angriffe auf sie sollten entschieden verurteilt werden;

4) Im Bewußtsein der bestehenden Ungleichgewichte in der internationalen Nachrichtenverbreitung, insbesondere soweit die Entwicklungsländer davon betroffen sind, wird empfohlen, dringend darauf bedacht zu sein, die bestehenden Ungleichheiten zu beseitigen und bestehende Disparitäten im Informationsfluß auf internationaler wie nationaler Ebene zu reduzieren, den freien Informationsfluß anzuregen und eine umfassendere und ausgewogenere Verbreitung von Informationen ohne jedwede Behinderung der freien Meinungsäußerung zu fördern und durch eine Diversifizierung der Informationsquellen unter Respektierung der Interessen, Wünsche und soziokulturellen Werte aller Völker darauf hinzuwirken, daß sich die Völker gegenseitig kennenlernen und verstehen;

5) Das gesamte System der Vereinten Nationen, insbesondere die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, und die entwickelten Länder sollten nachdrücklich gebeten werden, in einer konzertierten Aktion mit den Entwicklungsländern und ihren öffentlichen, privaten oder sonstigen Medien im Hinblick auf den Ausbau der Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen der Entwicklungsländer und die Förderung des Zugangs dieser Länder zu Spitzentechnologien im Bereich der Kommunikation gemäß ihren Bedürfnissen und den von ihnen für diese Bereiche selbst gesetzten Prioritäten zusammenzuarbeiten, um es ihnen und ihren Medien zu gestatten, frei und unabhängig und unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen und kulturellen Wertvorstellungen unter Einhaltung des Grundsatzes der Informations- und Pressefreiheit ihre eigene Informations- und Kommunikationspolitik zu entwickeln. In diesem Zusammenhang sollte die Beibehaltung und der Ausbau der praktischen Ausbildungsprogramme für Presse-, Rundfunk- und Fernsehjournalisten aus Entwicklungsländern unterstützt werden;

6) Regionale Bemühungen und Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern wie auch Zusammenarbeit zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern zum Ausbau ihres Kommunikationspotentials und zur Weiterentwicklung der Medieninfrastruktur in den Entwicklungsländern, insbesondere in den Bereichen Ausbildung und Informationsverbreitung, sollten mit dem Ziel verstärkt werden, einen freien Informationsfluß und eine umfassendere und ausgewogenere Informationsverbreitung zu fördern;

7) Zusätzlich zur bilateralen Zusammenarbeit sollte sich das System der Vereinten Nationen, insbesondere die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, bemühen, den Entwicklungsländern und ihren öffentlichen, privaten oder sonstigen Medien unter gebührender Berücksichtigung ihrer Interessen und Bedürfnisse im Informationsbereich sowie der im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen bereits getroffenen Maßnahmen jede nur mögliche Unterstützung und Hilfe zu gewähren, wozu insbesondere auch folgende Maßnahmen gehören:

a) die Entwicklung der menschlichen und technischen Ressourcen, die für eine Verbesserung der Informations- und Kommunikationssysteme in den Entwicklungsländern unerläßlich sind, und Unterstützung bei der Fortführung beziehungsweise beim Ausbau praktischer Ausbildungsprogramme, wie etwa derjenigen, die in den Entwicklungsländern unter öffentlicher wie auch privater Schirmherrschaft bereits durchgeführt werden;

b) die Schaffung von Bedingungen, die es den Entwicklungsländern und ihren öffentlichen, privaten oder sonstigen Medien ermöglichen, unter Einsatz ihrer nationalen und regionalen Ressourcen über die ihren nationalen Bedürfnissen entsprechenden Kommunikationstechnologien wie auch über die erforderlichen Programme, insbesondere für Radio- und Fernsehsendungen, zu verfügen;

c) Hilfe bei der Herstellung und beim Ausbau von subregionalen, regionalen und interregionalen Fernmeldeverbindungen, insbesondere zwischen Entwicklungsländern;

8) Volle Unterstützung sollte das von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur getragene Internationale Programm

für die Entwicklung des Kommunikationswesens[50] erhalten, mit dem öffentliche wie private Medien unterstützt werden sollen;

II

Informationspolitik und Informationstätigkeit der Vereinten Nationen

1. *fordert* den Generalsekretär *auf*, im Hinblick auf die Informationspolitik und Informationstätigkeit der Vereinten Nationen folgende Empfehlungen zu verwirklichen:

1) Das gesamte System der Vereinten Nationen sollte durch seine Informationsdienste in konzertierter Aktion zusammenwirken, um zu einem umfassenderen und realistischeren Bild der Aktivitäten und der Möglichkeiten des Systems der Vereinten Nationen in allen seinen Tätigkeitsbereichen beizutragen, und zwar im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und mit besonderem Gewicht auf der Schaffung eines Vertrauensklimas, der Stärkung des Multilateralismus und der Förderung der Entwicklungsaktivitäten im System der Vereinten Nationen;

2) Unter Bekräftigung der führenden Rolle der Generalversammlung bei der Ausarbeitung, Koordinierung und Abstimmung der Informationspolitik und Informationstätigkeit der Vereinten Nationen wird der Generalsekretär ersucht sicherzustellen, daß die Tätigkeit der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information als Leitstelle für die Aufgaben der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit unter Berücksichtigung der Ziele und Grundsätze der Charta, der von der Versammlung abgesteckten Schwerpunktbereiche und der Empfehlungen des Informationsausschusses intensiviert und verbessert wird, um eine objektive und kohärentere Berichterstattung und bessere Kenntnisse über die Vereinten Nationen und ihre Arbeit zu gewährleisten. Der Generalsekretär sollte sicherstellen, daß die Hauptabteilung Presse und Information

a) mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur insbesondere auf der Arbeitsebene routinemäßiger zusammenarbeitet, um so möglichst wirksam zu deren Bemühungen beizutragen,

i) den freien Informationsfluß auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene zu fördern;

ii) ohne jedwede Behinderung der freien Meinungsäußerung eine umfassendere und ausgewogenere Informationsverbreitung zu fördern;

iii) alle geeigneten Mittel zum Ausbau der Kommunikationskapazitäten der Entwicklungsländer zu entwickeln, damit sie stärker am Kommunikationsprozeß beteiligt werden;

iv) durch alle Massenkommunikationsmittel darauf hinzuwirken, daß sich die Völker gegenseitig kennenlernen und verstehen, und zu diesem Zweck die zur Förderung des freien Stroms von Ideen in Wort und Bild eventuell erforderlichen internationalen Übereinkünfte zu empfehlen;

b) ihre Zusammenarbeit mit den Nachrichtenagenturen der Entwicklungsländer und in den Entwicklungsländern verstärkt, insbesondere mit dem Pool der Nachrichtenagenturen der nichtgebundenen Länder, dem Eco-Pool der Nachrichtenagenturen der nichtgebundenen Länder und dem Rundfunkverband der nichtgebundenen Länder wie auch mit anderen Nachrichtenagenturen und zwischenstaatlichen und regionalen Organisationen;

c) in Abstimmung mit den Informationsdiensten entsprechender anderer Organisationen auch künftig Informationen über die Tätigkeit der Vereinten Nationen insbesondere in folgenden Bereichen verbreitet:

i) Weltfrieden und internationale Sicherheit;

ii) Abrüstung;

iii) Friedensoperationen;

iv) Entkolonialisierung und die Lage in den Gebieten ohne Selbstregierung;

v) die Beseitigung fremder Besetzung;

vi) Menschenrechte;

vii) die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung;

viii) die Förderung der Rechtsstellung der Frau und ihrer Rolle in der Gesellschaft;

ix) Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme der Auslandsverschuldung;

x) Umwelt;

xi) die Kampagne gegen den Terrorismus in allen seinen Formen unter Berücksichtigung der Generalversammlungsresolution 40/61 vom 9. Dezember 1985;

xii) die internationale Kampagne gegen Drogenmißbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr, einschließlich einer angemessenen Berichterstattung über die für den 20. bis 23. Februar 1990 anberaumte Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen;

d) alles daransetzt, um das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986-1990[51] und die ungeheuren Gesundungs- und Entwicklungsanstrengungen der afrikanischen Länder sowie die positive Reaktion der internationalen Gemeinschaft zur Linderung der in Afrika herrschenden ernsten wirtschaftlichen Situation breiten Kreisen der Öffentlichkeit bekannt zu machen;

e) ihre Tätigkeit und die Informationsverbreitung bezüglich der gegen die Politik und Praxis der Apartheid gerichteten Tätigkeit der Vereinten Nationen ausbaut, unter entsprechender Berücksichtigung der unilateralen Maßnahmen und der hinsichtlich aller Aspekte dieser Frage über die lokalen und interna-

[50] Siehe Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, *Records of the General Conference, Twenty-first Session*, Vol. I, *Resolutions*, Abschnitt III, Resolution 4/21.

[51] Resolution S-13/2, Anlage.

tionalen Medien verhängten offiziellen Zensur; eine angemessene Berichterstattung über die für den 12. bis 14. Dezember 1989 anberaumte sechzehnte Sondertagung der Generalversammlung über Apartheid und deren zerstörerische Folgen im südlichen Afrika ermöglicht und dem Informationsausschuß auf seiner zwölften Tagung 1990 darüber Bericht erstattet;

f) weiter Informationen über Tätigkeiten der Vereinten Nationen verbreitet, die auf eine umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung internationaler Konflikte durch ausschließlich friedliche Mittel ausgerichtet sind;

g) im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen weiter über alle Aktivitäten der Vereinten Nationen berichtet, die die Nahostsituation und insbesondere die Palästinafrage sowie die gegenwärtigen Entwicklungen in dieser Region berühren, und dem Informationsausschuß auf seiner zwölften Tagung 1990 darüber Bericht erstattet;

h) weiter Informationen über Namibia verbreitet, insbesondere über den zur Zeit vonstatten gehenden Unabhängigkeitsprozeß gemäß Sicherheitsratsresolution 435 (1978) vom 29. September 1978; die Hauptabteilung sollte geeignete Pläne für die Einrichtung eines Informationszentrums in Namibia aufstellen und sich dazu unmittelbar nach der Unabhängigkeit mit der Regierung der neuen Nation ins Benehmen setzen;

i) die Berichterstattung über die für den 23. bis 27. April 1990 anberaumte Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern sicherstellt;

3) Die Hauptabteilung Presse und Information sollte sich weiter darum bemühen, bei den Völkern der Welt ein aufgeklärtes Verständnis der Arbeit und der Ziele des Systems der Vereinten Nationen zu fördern und das Image des Systems der Vereinten Nationen insgesamt zu festigen. Der Generalsekretär sollte sicherstellen, daß die Hauptabteilung

a) auch weiter konsequent an ihrer redaktionellen Unabhängigkeit und der sachlich richtigen Berichterstattung bei dem gesamten von ihr produzierten Material festhält und das Erforderliche tut, um sicherzustellen, daß eine ausreichende, objektive und unparteiliche Informationsarbeit über die Probleme geleistet wird, mit denen sich die Organisation befaßt, und daß dabei auch etwaigen abweichenden Meinungen Raum gegeben wird;

b) im Rahmen der Überprüfung ihrer Rolle, ihrer Leistungen und ihrer Arbeitsmethode für die Sammlung, Herstellung, Lagerung, Verbreitung und Verteilung von Informationsmaterial weiterhin moderne Technologien einsetzt, einschließlich der Verwendung von Satelliteneinrichtungen;

c) eine Ausweitung des Programms der vom Benutzer bezahlten telefonischen Nachrichtenbulletins erwägt;

d) ihre Zusammenarbeit mit denjenigen Ländern fortsetzt, die sich bereit erklärt haben, durch die kostenlose Bereitstellung ihrer jeweiligen nationalen Rundfunknetze die Vereinten Nationen bei der Wiederaufnahme ihrer Kurzwellensendungen zu unterstützen, und daß sie zur Ausweitung dieser Art von Zusammenarbeit mit entwickelten Ländern und Entwicklungsländern anregt, die anerkanntermaßen über entsprechende Kapazitäten verfügen;

e) geeignete Maßnahmen ergreift, um die vorübergehend eingestellte Verteilung auf Tonband aufgezeichneter Radioprogramme wiederaufzunehmen, falls die Rundfunkstationen darum ersuchen;

f) das auf Themen der Vereinten Nationen bezogene Informations-, Unterstützungs- und Orientierungsprogramm für Presse-, Rundfunk- und Fernsehjournalisten aus den Entwicklungsländern fortsetzt;

g) neue Formen der Zusammenarbeit auf regionaler und subregionaler Ebene für die Ausbildung von Medienfachleuten und für die Verbesserung der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur der Entwicklungsländer ermittelt;

h) mit den Bildungsinstitutionen der Mitgliedstaaten und mit Pädagogen und Bildungspolitikern dadurch zusammenarbeitet, daß sie sie über die Tätigkeit der Vereinten Nationen informiert;

i) eine angemessene tägliche Berichterstattung über die öffentlichen Sitzungen der Vereinten Nationen in den zwei Arbeitssprachen des Sekretariats sicherstellt, die ein genaues und objektives Bild der Auffassungen aller Delegationen vermittelt. Die Hauptabteilung sollte außerdem weiter eng mit der Vereinigung der bei den Vereinten Nationen akkreditierten Korrespondenten zusammenarbeiten und ihre Mitglieder unterstützen, wobei sie deren Bedürfnissen, insbesondere hinsichtlich der Pressemitteilungen, Pressekonferenzen und Informationssitzungen, die ihnen das erforderliche Rohmaterial für ihre Berichterstattung liefern, Rechnung tragen sollte;

j) bei ihrem schriftlichen und audiovisuellen Material angemessenen Gebrauch von den Amtssprachen der Vereinten Nationen macht und sich in ausgewogener Weise der beiden Arbeitssprachen des Sekretariats bedient;

k) dafür sorgt, daß ihr Material rechtzeitig an die Abonnenten und die Informationszentren der Vereinten Nationen verteilt wird;

4) Die Hauptabteilung Presse und Information sollte ihre Publikationen zeitgerecht herstellen und verteilen. Der Generalsekretär wird insbesondere darum ersucht, sich weiter um das rechtzeitige Erscheinen des *United Nations Yearbook* (Jahrbuch der Vereinten Nationen) zu bemühen. Begrüßt wird die Verbesserung von Form und Druckqualität der Zeitschrift *United Nations Chronicle*. Der Hauptabteilung wird nahegelegt, bei der Aufstellung ihrer Redaktionspolitik auch künftig die Interessen bestimmter Zielgruppen zu berücksichtigen;

5) Der Generalsekretär wird nachdrücklich gebeten, seine Bemühungen um die Sicherung einer soliden und stabilen finanziellen Basis für die Publikationen *Development Forum* und *Africa Recovery* fortzusetzen;

6) Die Informationszentren der Vereinten Nationen stellen anerkanntermaßen ein wichtiges Mittel zur Informationsverbreitung über die Vereinten Nationen unter den Völkern der Welt dar. In dieser Hinsicht sollten die Zentren die direkte und systematische Kommunikation mit den örtlichen Medien, den Informations- und Bildungseinrichtungen und den nichtstaatlichen Organisationen vertiefen. Die Hauptabteilung sollte in diesem Zusammenhang für eine

regelmäßige Evaluierung der Aktivitäten der Zentren sorgen. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um eine enge Koordination mit anderen Außenstellen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere denen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, herzustellen, mit dem Ziel, unter Berücksichtigung der funktionellen Autonomie, die die Informationszentren der Vereinten Nationen haben sollten, Doppelarbeit zu vermeiden. Nach Ablauf des ersten Jahres der provisorischen Vereinbarung zwischen der Hauptabteilung und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die gemäß Empfehlung 37 (3) der Gruppe hochrangiger zwischenstaatlicher Sachverständiger zur Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen[52] erreicht wurde, sollte dem Informationsausschuß ein Bericht vorgelegt werden. Die Hauptabteilung sollte dafür sorgen, daß jeder offenen und ungehinderten Zugang zu allen Informationszentren der Vereinten Nationen und zu allem durch diese Zentren verteilten Material hat. Außerdem wird nachdrücklich dazu aufgefordert, den Anschluß der Informationszentren der Vereinten Nationen an die elektronische Post zu beschleunigen, die bisher noch nicht diesem Netz angeschlossen sind;

7) Unter Hervorhebung der Notwendigkeit einer Koordinierung der Informationstätigkeit des Systems der Vereinten Nationen und im Hinblick auf die wichtige Rolle, die der Gemeinsame Informationsausschuß der Vereinten Nationen in dieser Hinsicht spielt, wird die Hauptabteilung Presse und Information ermutigt, weiter aktiv an der Tätigkeit dieses Ausschusses mitzuwirken;

8) Es wird anerkannt, daß die kostenlose Verteilung von Material im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit der Vereinten Nationen notwendig ist. Jedoch sollte die Hauptabteilung Presse und Information bei steigendem Bedarf und, soweit dies wünschenswert und möglich ist, aktiv den Verkauf ihres Materials betreiben;

9) Der Generalsekretär wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Neuorganisation und Umstrukturierung der Hauptabteilung Presse und Information zur Stärkung und Verbesserung des Ertrags der Programme und Aktivitäten beitragen, mit deren Durchführung die Hauptabteilung beauftragt ist, wobei im Einklang mit den entsprechenden Bestimmungen der Charta und der Generalversammlungsresolution 41/213 vom 19. Dezember 1986 der Notwendigkeit einer ausgewogenen geographischen Verteilung der Posten Rechnung zu tragen und vor allem zu berücksichtigen ist, auf welcher Ebene welche Entwicklungsländer unterrepräsentiert sind;

10) Angesichts der Bedeutung der Hörfunkprogramme in den Entwicklungsländern wird der Generalsekretär ersucht, die Effizienz aller regionalen Rundfunkeinheiten, d.h. der Afrika-, Asien-, Karibik-, Europa-, Lateinamerika- und Nahost-Redaktion sowie der Sektion für Antiapartheidprogramme, zu erhöhen und dafür Sorge zu tragen, daß sie ihr Programm voll erfüllen, einschließlich der Produktion von Hörfunkprogrammen, die von der Generalversammlung in ihrer Resolution 38/82 B vom 15. Dezember 1983 gefordert wurde;

11) Alle Berichte des Generalsekretärs wie auch die Berichte der Vertreter der Hauptabteilung Presse und Information an den Informationsausschuß und die Generalversammlung, insbesondere Berichte über neue Programme oder die Ausweitung bestehender Programme, sollten folgendes enthalten:

a) detaillierte Informationen über die Leistung der Hauptabteilung zu jedem Thema ihres Arbeitsprogramms, das die Grundlage ihres Programmhaushalts bildet;

b) die Kosten der zu jedem Thema durchgeführten Aktivitäten;

c) entsprechende Informationen über Zielgruppen, Endverbraucher der Produkte der Hauptabteilung und Analyse der bei der Hauptabteilung eingegangenen Feedback-Daten;

d) eine Aufstellung, aus der hervorgeht, welche Priorität der Generalsekretär laufenden oder künftigen Aktivitäten der Hauptabteilung in Dokumenten zugedacht hat, in denen es um diese Aktivitäten geht;

e) die Evaluierung der Effektivität ihrer verschiedenen Programme und Aktivitäten durch die Hauptabteilung, unter besonderer Beachtung der Notwendigkeit, die internen Programmelemente und -aktivitäten fortlaufend zu prüfen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Empfehlungen betreffend die Tätigkeit der Hauptabteilung Presse und Information im Einklang mit den von der Generalversammlung in ihren Resolutionen 41/213, 42/211 vom 21. Dezember 1987 und 43/213 vom 21. Dezember 1988 gebilligten Haushaltsverfahren und unter Berücksichtigung der von der Versammlung gesetzten Prioritäten zu verwirklichen;

3. *unterstützt* den Generalsekretär in seinen noch andauernden Bemühungen um eine Umstrukturierung und Neubelebung der Hauptabteilung Presse und Information aufgrund der einschlägigen Bestimmungen der Generalversammlungsresolution 41/213;

4. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dem Informationsausschuß auf seiner zwölften Tagung 1990 über die Tätigkeit der Hauptabteilung Presse und Information und über die Verwirklichung der in dieser Resolution enthaltenen Empfehlungen Bericht zu erstatten;

5. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

6. *ersucht* den Informationsausschuß, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Bericht zu erstatten;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Informationsfragen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/51 – Schutz und Sicherheit kleiner Staaten

Die Generalversammlung,

erneut ihr Engagement für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit *bekräftigend*,

[52] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Einundvierzigste Tagung, Beilage 49* (A/41/49).

unter Hinweis auf die Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen[53],

sich bewußt, daß kleine Staaten für Bedrohungen von außen und für Einmischungen in ihre inneren Angelegenheiten besonders anfällig sein und in Übereinstimmung mit dem Recht auf Souveränität und territoriale Integrität, das sie mit allen Nationen teilen, besondere Bedürfnisse haben können,

besorgt über die Gefahr, die Söldner für kleine Staaten darstellen können,

mit ernster Besorgnis auf die verschiedenen Vorfälle *hinweisend*, in denen Gruppen von Söldnern versucht haben, die Souveränität und territoriale Integrität kleiner Staaten zu verletzen, so auch den Versuch einer Invasion der Malediven im November 1988,

1. *anerkennt*, daß kleine Staaten für Bedrohungen von außen und für Einmischungen in ihre inneren Angelegenheiten besonders anfällig sein können;

2. *betont* in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Verpflichtung aller Staaten, den Grundsatz der territorialen Integrität und die anderen Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen zu achten;

3. *appelliert* an die entsprechenden regionalen und internationalen Organisationen, kleinen Staaten auf ihr Ersuchen und im Hinblick auf eine Festigung ihrer Sicherheit im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta Unterstützung zu gewähren;

4. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, der Überwachung der Sicherheitslage der kleinen Staaten besondere Aufmerksamkeit zu schenken und die Anwendung von Artikel 99 der Charta zu erwägen;

5. *bittet* den Generalsekretär, im Rahmen der Vereinten Nationen und im Einklang mit der Charta Mittel und Wege zur Wahrung der Sicherheit kleiner Staaten ausfindig zu machen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, Konsultationen mit den Mitgliedern des Sicherheitsrats und mit interessierten Regierungen zu führen und ihr auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Schutz und Sicherheit kleiner Staaten" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

[53] Resolution 2625 (XXV), Anlage.

V. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES ZWEITEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
44/169	Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (A/44/746/Add.1)	82 *a)*	19. Dezember 1989	136
44/170	Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten (A/44/746/Add.3)	82 *c)*	19. Dezember 1989	137
44/171	Integration der Frau in die Entwicklung (A/44/746/Add.4)	82 *d)*	19. Dezember 1989	137
44/172	Aktionsplan zur Bekämpfung der Wüstenbildung (A/44/746/Add.8)			
	A. Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung	82 *g)*	19. Dezember 1989	138
	B. Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung in der Sudan-Sahel-Region	82 *g)*	19. Dezember 1989	140
		82 *h)*	19. Dezember 1989	141
44/173	Globale Wohnraumstrategie bis zum Jahr 2000 (A/44/746/Add.9)	82 *h)*	19. Dezember 1989	142
44/174	Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet (A/44/746/Add.9)	87	19. Dezember 1989	142
44/175	Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (A/44/833)	88	19. Dezember 1989	143
44/176	Besondere Wirtschaftshilfe für Tschad (A/44/864)	88	19. Dezember 1989	144
44/177	Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung Dschibutis (A/44/864)	88	19. Dezember 1989	145
44/178	Notstandshilfe für Somalia (A/44/864)	88	19. Dezember 1989	145
44/179	Hilfe für den Demokratischen Jemen (A/44/864)	88	19. Dezember 1989	146
44/180	Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung Libanons (A/44/864)	88	19. Dezember 1989	146
44/181	Sonderhilfe zugunsten der Frontstaaten (A/44/864)	88	19. Dezember 1989	147
44/182	Sonderplan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralamerika (A/44/864)	84	22. Dezember 1989	148
44/205	Wege zu einer dauerhaften Lösung der Auslandsverschuldungsprobleme (A/44/861)	85	22. Dezember 1989	150
44/206	Mögliche schädliche Auswirkungen eines Ansteigens des Meeresspiegels auf Inseln und Küstengebiete, insbesondere tiefliegende Küstengebiete (A/44/862)	85	22. Dezember 1989	151
44/207	Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen (A/44/862)	86	22. Dezember 1989	153
44/208	Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten (A/44/863)	86	22. Dezember 1989	153
44/209	Vierzigjähriges Bestehen der multilateralen technischen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen (A/44/863)	86	22. Dezember 1989	154
44/210	Künftige Aufgaben auf dem Gebiet der Bevölkerungsfragen, einschließlich der Mobilisierung der für die internationale Hilfe auf diesem Gebiet erforderlichen Mittel (A/44/863)	86	22. Dezember 1989	154
44/211	Umfassende dreijährliche Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen (A/44/863)	82	22. Dezember 1989	160
44/212	Internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern (A/44/746/Add.11)	82	22. Dezember 1989	161
44/213	Entwicklung der Humanressourcen im Dienste der Entwicklung (A/44/746/Add.11)	82 *b)*	22. Dezember 1989	162
44/214	Spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern (A/44/746/Add.2)	82 *b)*	22. Dezember 1989	164
44/215	Wirtschaftliche Maßnahmen als Mittel zur Ausübung politischen und wirtschaftlichen Zwangs auf Entwicklungsländer (A/44/746/Add.2)	82 *b)*	22. Dezember 1989	165
44/216	Internationaler Verhaltenskodex für den Technologietransfer (A/44/746/Add.2)	82 *b)*	22. Dezember 1989	165
44/217	Handelsembargo gegen Nicaragua (A/44/746/Add.2)	82 *b)*	22. Dezember 1989	166
44/218	Rohstoffe (A/44/746/Add.2)	82 *b)*	22. Dezember 1989	167
44/219	Bericht des Handels- und Entwicklungsrats (A/44/746/Add.2)	82 *b)*	22. Dezember 1989	168
44/220	Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder (A/44/746/Add.2)	82 *e)*	22. Dezember 1989	169
44/221	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika (A/44/746/Add.6)			

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.4 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
44/222	Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern (A/44/746/Add.6)	82 *e)*	22. Dezember 1989	170
44/223	Zehnter Jahrestag der Verabschiedung des Aktionsplans von Buenos Aires zur Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern (A/44/746/Add.6)	82 *e)*	22. Dezember 1989	170
44/224	Internationale Zusammenarbeit bei der Überwachung, Bewertung und Vorhersage von Umweltbedrohungen sowie bei der Hilfeleistung in Umweltnotfällen (A/44/746/Add.7)	82 *f)*	22. Dezember 1989	171
44/225	Fischfang mit großen pelagischen Treibnetzen und seine Auswirkungen auf die lebenden Naturschätze der Ozeane und Meere der Welt (A/44/746/Add.7)	82 *f)*	22. Dezember 1989	172
44/226	Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen sowie deren Entsorgung, Kontrolle und grenzüberschreitende Verbringung (A/44/746/Add.7)	82 *f)*	22. Dezember 1989	173
44/227	Durchführung der Generalversammlungsresolutionen 42/186 und 42/187 (A/44/746/Add.7)	82 *f)*	22. Dezember 1989	175
44/228	Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (A/44/746/Add.7)	82 *f)*	22. Dezember 1989	177
44/229	Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich (A/44/746/Add.7)	82 *f)*	22. Dezember 1989	181
44/230	Zielbetrag für die Beitragsleistungen zum Welternährungsprogramm für 1991-1992 (A/44/832)	12	22. Dezember 1989	184
44/231	Bericht des Generalsekretärs gemäß Generalversammlungsresolution 42/165 (A/44/832)	12	22. Dezember 1989	184
44/232	Entwicklungen beim Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer und aus den Entwicklungsländern und die Folgen für das Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Entwicklung dieser Länder (A/44/832/Add.1)	12	22. Dezember 1989	185
44/233	Verhütung und Bekämpfung des Syndroms der erworbenen Immunschwäche (Aids) (A/44/832/Add.1)	12	22. Dezember 1989	186
44/234	Konsumstrukturen und qualitative Entwicklungsindikatoren (A/44/8 32/Add.1)	12	22. Dezember 1989	187
44/235	Hilfe für das palästinensiche Volk (A/44/832/Add.1)	12	22. Dezember 1989	188
44/236	Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung (A/44/832/Add.1)	12	22. Dezember 1989	188
44/237	Zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas (A/44/832/Add.1)	12	22. Dezember 1989	191
44/238	Weltdekade für kulturelle Entwicklung (A/44/832/Add.1)	12	22. Dezember 1989	191

44/169 — Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 42/193 vom 11. Dezember 1987 und 43/182 vom 20. Dezember 1988,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Ad-hoc-Plenarausschusses für die Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[2];

2. *empfiehlt* dem Ad-hoc-Ausschuß die Annahme der in der Anlage zu dieser Resolution enthaltenen Gliederung als Grundlage für die Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

ANLAGE

Gliederung für die Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen

I. Präambel

Bilanz der 80er Jahre und Aussichten für die 90er Jahre, mit dem Ziel der Verabschiedung eines flexiblen wirtschaftlichen Rahmens für Wachstum und Entwicklung in den 90er Jahren, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern.

II. Gesamt- und Einzelziele

Entwicklungsförderung in den Entwicklungsländern im Rahmen einer Stärkung der globalen Entwicklung.

III. Politiken und Massnahmen

Die einzelstaatlichen Anstrengungen aller Länder und die internationale Zusammenarbeit in den 90er Jahren sollten im Mittelpunkt der Strategie stehen.

Ansatzpunkte der Strategie sollten unter anderem sein:

a) die Reaktivierung und Beschleunigung eines allgemeinen, dauerhaften Wirtschaftswachstums und einer allgemeinen, dauerhaften Entwicklung, unter anderem unter Berücksichtigung folgender Aspekte:

i) Auslandsverschuldung;
ii) internationaler Handel und Rohstoffe;
iii) Technologie;
iv) Industriepolitik; Ernährungs- und Agrarpolitik;
v) wirtschaftspolitischer Rahmen;

[2] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 41* mit Korrigendum (A/44/41 mit Korr.1).

b) vorrangige Entwicklungsaspekte:

i) Beseitigung von Armut und Hunger;

ii) menschliche Ressourcen und Aufbau von Institutionen;

iii) Bevölkerung;

iv) Umwelt;

v) Ernährung und Landwirtschaft;

c) Die Notwendigkeit einer Berücksichtigung verschiedener Bedingungen, Situationen und Probleme, so auch derjenigen der am wenigsten entwickelten Länder;

d) Entwicklungsfinanzierung.

IV. Die Rolle der Organe der Vereinten Nationen

V. Überprüfung und Bewertung

44/170 – Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit der die Grundlagen für die neue internationale Wirtschaftsordnung gelegt wurden,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Anwendung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten[3],

tief besorgt darüber, daß sich die wirtschaftliche Lage der Entwicklungsländer seit Verabschiedung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten ständig verschlechtert hat und daß die wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen und technologischen Unterschiede zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern immer ausgeprägter werden,

hervorhebend, daß es die Verschärfung der weltweiten Wirtschaftsprobleme, von denen insbesondere die Entwicklungsländer betroffen sind, erforderlich macht, daß im Hinblick auf die Schaffung gerechter und ausgewogener Wirtschaftsbeziehungen und die Förderung internationaler sozialer Gerechtigkeit besser konzertierte internationale Maßnahmen getroffen werden,

1. *fordert* alle Staaten *auf*, konkrete Maßnahmen zur vollen Anwendung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten zu ergreifen und damit zur effektiven Umstrukturierung des internationalen Wirtschaftssystems sowie zur Reaktivierung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Entwicklungsländer beizutragen;

2. *bekräftigt* das Recht eines jeden Landes, ohne Einmischung von außen das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem anzunehmen, das es für seine eigene Entwicklung für am besten geeignet hält;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer neunundvierzigsten Tagung einen analytischen Bericht über die Fortschritte, die hinsichtlich der Anwendung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten erzielt worden sind, und über den Einfluß vorzulegen, den diese auf die Lösung der wichtigsten Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer und auf die Reaktivierung ihres Wirtschaftswachstums und ihrer Entwicklung ausgeübt hat.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/171 – Integration der Frau in die Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 40/204 vom 17. Dezember 1985 über die effektive Mobilisierung und Integration der Frau in die Entwicklung, in der sie den Generalsekretär darum ersucht hat, den *World Survey on the Role of Women in Development* (Weltüberblick über die Rolle der Frau bei der Entwicklung) regelmäßig zu aktualisieren,

sowie unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1986/64 vom 23. Juli 1986 betreffend den zur Aktualisierung des *World Survey* zu verwendenden Ansatz sowie auf die Generalversammlungsresolution 42/178 vom 11. Dezember 1987 und Kenntnis nehmend von den Ratsresolutionen 1989/106 vom 27. Juli 1989 über die effektive Mobilisierung und Integration der Frau in die Entwicklung und 1989/105 vom 27. Juli 1989 über die systemumfassende Koordination von Aktivitäten zur Verbesserung der Rechtsstellung der Frau und zur Integration der Frau in die Entwicklung,

betonend, daß die operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen die Stellung der Frau voll berücksichtigen müssen, und in Anerkennung der Katalysatorrolle des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau,

unter Hinweis auf die Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[4] und betonend, daß alle Aktivitäten zur Integration der Frau in die Entwicklung die darin enthaltenen einschlägigen Empfehlungen berücksichtigen sollten,

Kenntnis nehmend vom *1989 World Survey on the Role of Women in Development*[5] (Weltüberblick über die Rolle der Frau bei der Entwicklung 1989) und vom Bericht des Generalsekretärs über die effektive Mobilisierung und Integration der Frau in die Entwicklung[6],

im Hinblick darauf, daß neue Konzepte und Methoden der Erhebung statistischer Angaben über Frauen dazu beitragen, die Analyse zu vertiefen und zu erweitern,

eingedenk dessen, daß der *World Survey* als Rahmenbilanz der erzielten beziehungsweise der ausgebliebenen Fortschritte bei der Förderung der Frau die grundlegende Dokumentation für die in den Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau erwogene Weltkonferenz über die Frau bilden sollte[4],

im Hinblick darauf, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den achtziger Jahren

[3] A/44/266-E/1989/65 mit Add.1 und 2.

[4] *Report of the World Conference to Review and Appraise the Achievements of the United Nations Decade for Women: Equality, Development and Peace, Nairobi, 15-26 July 1985* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.85.IV.10), Kap. I, Abschnitt A.

[5] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.89.IV.2.

[6] A/44/290-E/1989/105.

für viele Frauen, insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht zu den positiven Ergebnissen geführt hat, die am Anfang der Dekade erwartet wurden,

sowie im Hinblick darauf, daß die Frau einen bedeutenden Beitrag zum Wirtschaftsleben leistet und in allen Wirtschaftssektoren eine Triebfeder für Veränderung und Entwicklung darstellt, insbesondere in Schlüsselbereichen wie etwa der Landwirtschaft, der Industrie und dem Dienstleistungssektor, sowie überzeugt, daß der Entwicklungsprozeß darauf ausgerichtet sein sollte, ihre Mitwirkung in allen Bereichen der Wirtschaft zu verbessern und zu erleichtern,

1. *ersucht* den Generalsekretär, den *1989 World Survey on the Role of Women in Development*[5] (Weltüberblick über die Rolle der Frau bei der Entwicklung 1989) in erster Linie an die innerstaatlichen Einrichtungen zur Förderung der Frau, an die mit der Wirtschaftspolitik befaßten Ministerien und an Universitäten zu verteilen;

2. *bittet* die Regierungen, bei der Festlegung nationaler Entwicklungs-, Anpassungs- und Wirtschaftsreformpolitiken die im *1989 World Survey on the Role of Women in Development* enthaltenen Empfehlungen entsprechend zu berücksichtigen;

3. *ist der Auffassung*, daß die wirtschaftliche Rolle und das wirtschaftliche Potential der Frau bei der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen voll berücksichtigt werden sollte;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtundvierzigsten Tagung eine kommentierte Gliederung der nächsten periodischen Aktualisierung des *World Survey* vorzulegen, und ersucht darum, der Versammlung auf ihrer neunundvierzigsten Tagung die vollständige Aktualisierung auf dem Wege über den Wirtschafts- und Sozialrat und in Zusammenarbeit mit den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen so rechtzeitig vorzulegen, daß sie entsprechend geprüft werden kann;

5. *ersucht darum*, daß in der nächsten Ausgabe des *World Survey* unter Berücksichtigung der im *1989 World Survey on the Role of Women in Development* enthaltenen Empfehlungen die Auswirkungen der in den Entwicklungsländern vorherrschenden Wirtschaftsbedingungen auf die Frau behandelt und die Hindernisse aufgezeigt werden, die einer wirtschaftlichen Rolle der Frau in Schlüsselbereichen der Entwicklung entgegenstehen, mit besonderem Schwerpunkt auf den sozioökonomischen Aspekten sich abzeichnender neuer Tendenzen in bezug auf Frauen und Bildung, Gesundheit, Bevölkerungsfragen, Einkommensverteilung, Beschäftigung und Umwelt, wie auch auf die Mitwirkung der Frau am wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozeß sowie auf ihre wirtschaftliche Rolle auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene, und daß sie Vorschläge für konzertierte nationale, regionale und internationale Maßnahmen enthält, die darauf gerichtet sind, die Rolle der Frau als Trägerin wie auch als Nutznießerin der Entwicklung zu stärken;

6. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Aktualisierung des *World Survey* sicherzustellen, daß die Arbeiten daran mit den Arbeiten an dem *World Economic Survey* (Weltwirtschaftsüberblick), dem mittelfristigen Plan und dem systemumfassenden mittelfristigen Plan für die Frau und die Entwicklung koordiniert werden;

7. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, weiterhin nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten und Indikatoren zur Rolle der Frau in der Entwicklung zu erheben beziehungsweise zu entwickeln, einschließlich regelmäßiger, in Zweijahresabständen erfolgender Aktualisierungen der Datenbank der Vereinten Nationen für frauenbezogene Indikatoren und Statistiken; besondere Aufmerksamkeit gelten sollte in diesem Zusammenhang Wirtschaftsstatistiken, die den entgeltlichen wie auch den unentgeltlichen Beitrag der Frau zur Entwicklung berücksichtigen, der Aufnahme des informellen Sektors in die neuen Systeme der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der volkswirtschaftlichen Bilanzen, damit die Tätigkeit von Frauen darin angemessen zum Ausdruck kommt, und der Sorge dafür, daß die vom System der Vereinten Nationen erstellten einschlägigen Studien und Dokumente solche Daten enthalten;

8. *fordert* die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, die Regierungen auf ihr Ersuchen hin bei der Überwachung der Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau zu unterstützen;

9. *fordert* das System der Vereinten Nationen *auf*, im Rahmen seiner operativen Entwicklungsaktivitäten sicherzustellen, daß nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten über das nationale und internationale Projektpersonal, einschließlich Berater, wie auch über die Programmnutznießer erhoben werden und in die Berichterstattung eingehen;

10. *ersucht* den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, in den von ihm 1991 zu erstellenden Bericht über operative Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen ein gesondertes Kapitel über die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Integration der Frau in die Entwicklung aufzunehmen, und zwar sowohl im Rahmen der Kerntätigkeiten wie auch im Rahmen von Sonderaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen und mit Schwerpunkt auf Alphabetisierung, Bildung, Gesundheit, Bevölkerungsfragen, Umwelt, Beschäftigung und Mitwirkung am Entscheidungsprozeß;

11. *ersucht* die Kommission für die Rechtsstellung der Frau, diese Resolution zu berücksichtigen, wenn sie auf ihrer erweiterten Tagung 1990 die bei der Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi erzielten Fortschritte prüft.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/172 – Aktionsplan zur Bekämpfung der Wüstenbildung

A

Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 32/172 vom 19. Dezember 1977, mit der sie den Aktionsplan zur Bekämpfung der Wüstenbildung gebilligt hat[7], sowie auf alle ihre nachfolgenden Resolutionen zu diesem Thema,

[7] *Report of the United Nations Conference on Desertification, Nairobi, 29 August-9 September 1977* (A/CONF.74/36), Kap. I.

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution S-13/2 vom 1. Juni 1986, mit der sie das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986-1990 verabschiedet hat, durch das die Bekämpfung der Wüstenbildung zu einem vorrangigen Anliegen gemacht wurde,

eingedenk des auf dieser Tagung zu verabschiedenden Entwurfs der Resolution[8] betreffend die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, die 1992, fünfzehn Jahre nach der Verabschiedung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung, abgehalten werden soll,

tief besorgt darüber, daß die Wüstenbildung, die globale Auswirkungen hat, von der internationalen Gemeinschaft noch immer als ein Randproblem angesehen wird, obwohl sie sich in zunehmendem Maße der Tatsache bewußt ist, daß die Umweltzerstörung ausgehend von der gegenseitigen Abhängigkeit der Nationen wirksam bekämpft werden muß,

ernsthaft besorgt darüber, daß sich die Wüstenbildung in den Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika, immer mehr ausbreitet und verschärft und daß durch diese Geißel unsagbares menschliches Leid, wirtschaftliche und finanzielle Verluste und soziale Zerrüttung verursacht werden,

sich dessen bewußt, daß Dürre und Wüstenbildung die wirtschaftlichen und finanziellen Fähigkeiten der Entwicklungsländer erheblich belasten und daß die nachteiligen Auswirkungen der internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ihre Anstrengungen zur Durchführung wirksamer und auf Dauer angelegter Programme zur Bekämpfung der Wüstenbildung behindern, die in erster Linie ihre Aufgabe ist,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Generalversammlungsresolutionen 42/189 A, B und C vom 11. Dezember 1987[9] und vom diesbezüglichen Teil des Berichts des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen[10];

2. *verleiht ihrer tiefen Besorgnis Ausdruck* über die unzureichenden finanziellen Mittel für die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung;

3. *bittet nachdrücklich* die Regierungen, insbesondere die Regierungen der Entwicklungsländer, die Organisationen der Vereinten Nationen und andere zwischenstaatliche Gremien, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung der Wüstenbildung zu verstärken und zu intensivieren und den im Aktionsplan enthaltenen Empfehlungen höchste Priorität einzuräumen;

4. *bittet* den Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, sich mit den wichtigsten internationalen Organisationen, privaten Stiftungen, Einzelpersonen und großen Medienorganisationen, die Umweltschutzaktivitäten finanzieren oder unterstützen, zu beraten, um sie darauf aufmerksam zu machen, daß es unbedingt notwendig ist, die Bekämpfung der Wüstenbildung als gleich wichtig wie andere aktuelle Umweltprobleme zu behandeln;

5. *bittet* die für 1992 geplante Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, der Bekämpfung der Wüstenbildung hohen Vorrang einzuräumen und alle erforderlichen Mittel einzusetzen, einschließlich finanzieller, wissenschaftlicher und technologischer Ressourcen, um den Prozeß der Wüstenbildung anzuhalten und umzukehren und das ökologische Gleichgewicht der Erde zu bewahren;

6. *bittet* den Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, zu den Beratungen über die Wüstenbildung auf der Konferenz u.a. dadurch einen maßgeblichen Beitrag zu leisten, daß er rechtzeitig vor der Konferenz eine allgemeine Bewertung der bei der Durchführung des Aktionsplans erzielten Fortschritte vornimmt;

7. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen der Konferenz über ihren Vorbereitungsausschuß einen Bericht mit Sachverständigenstudien u.a. zu folgenden Themen vorzulegen:

a) innerhalb des Systems der Vereinten Nationen formulierte einschlägige Anregungen und Vorschläge zu der Möglichkeit, zusätzlich zu den ordentlichen Haushalten und herkömmlichen Sondermitteln neue Methoden zur Finanzierung der Programme multilateraler Organisationen auf weltweiter Ebene zu nutzen;

b) Stand der Durchführung des Aktionsplans sowie Ziele und Vorgehensweisen zur Förderung des Kampfes gegen die Wüstenbildung, einschließlich einer Einschätzung der für die Erreichung der Mindestzielsetzungen des Kampfes gegen die Wüstenbildung erforderlichen zusätzlichen Mittel;

c) Mittel und Wege, um insbesondere in den Entwicklungsländern die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet bereits vorhandener und möglicher neuer Techniken zur Bekämpfung der Wüstenbildung sowie Verfahren zum Transfer derartiger Techniken zu günstigen Bedingungen, insbesondere in die Entwicklungsländer, zu fördern;

d) Möglichkeiten, von Regierungen und anderen Stellen zur Finanzierung des Kampfes gegen die Wüstenbildung Darlehen zu Vorzugsbedingungen zu erhalten;

e) Möglichkeiten, die Auswirkungen der Wüstenbildung zu vermindern, insbesondere auch durch Wiederaufforstung, unter Zuhilfenahme von Mechanismen, die eine Streichung oder Reduzierung der Auslandsverschuldung beinhalten;

f) Möglichkeiten des Ausbaus und der Koordinierung der Tätigkeiten von Fonds, die zu diesem Zweck in verschiedenen internationalen Institutionen geschaffen worden sind;

g) Möglichkeiten zur Förderung der aktiven Mitwirkung von nichtstaatlichen Organisationen, Stiftungen und Einzelpersonen an der Finanzierung von Ausbildungs- und wissenschaftlichen Forschungsprogrammen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, insbesondere auch von Wiederaufforstungsprogrammen;

8. *beschließt*, das Sonderkonto für die Finanzierung der Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung abzuschließen, und ersucht den Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, die erforderlichen Schritte zu unternehmen;

9. *beschließt außerdem*, daß die Beratungsgruppe für die Bekämpfung der Wüstenbildung bis zur Abhal-

---

[8] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 82, Dokument A/44/746/Add.7, Ziffer 55, Resolutionsentwurf V. Der Entwurf wurde später als Resolution 44/228 verabschiedet.

[9] A/44/351-E/1989/122.

[10] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 25* (A/44/25), Kap. VI.

tung der für 1992 geplanten Konferenz über Umwelt und Entwicklung einmal pro Jahr und danach alle zwei Jahre zusammentritt, und bekräftigt ihr in den Resolutionen 32/172 vom 19. Dezember 1977 und 39/168 vom 17. Dezember 1984 enthaltenes Mandat;

10. *fordert* die Beratungsgruppe *auf*, im Benehmen mit dem Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zur Entstehung eines größeren Umweltbewußtseins beizutragen und ihre Anstrengungen zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel zu verstärken, Informationen über die wissenschaftliche Forschung, über einzelstaatliche Programme und über die Durchführung des Aktionsplans auszutauschen und zu den zur Bekämpfung der Wüstenbildung zu ergreifenden Maßnahmen Stellung zu nehmen;

11. *bittet* die Regierungen der von der Wüstenbildung betroffenen Länder *nachdrücklich*, im Rahmen ihrer nationalen Entwicklungspläne mittel- und langfristigen Strategien und Programmen zur Bekämpfung der Wüstenbildung hohen Vorrang einzuräumen;

12. *ersucht* den Generalsekretär, gemeinsam mit dem Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht über die verschiedenen Bestimmungen dieser Resolution vorzulegen und dafür Sorge zu tragen, daß dieser Bericht unmittelbar nach seinem Erscheinen dem Vorbereitungsausschuß für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung vorgelegt wird.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

B

Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung in der Sudan-Sahel-Region

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/170 vom 19. Dezember 1977, 33/88 vom 15. Dezember 1978, 34/187 vom 18. Dezember 1979, 35/72 vom 5. Dezember 1980, 36/190 vom 17. Dezember 1981, 37/216 vom 20. Dezember 1982, 38/164 vom 19. Dezember 1983, 39/168 B und 39/206 vom 17. Dezember 1984, 40/198 B vom 17. Dezember 1985, S-13/2 vom 1. Juni 1986 und 42/189 B vom 11. Dezember 1987,

in Anbetracht des besonderen Ernstes des Problems der Wüstenbildung in der Sudan-Sahel-Region sowie der kritischen Situationen, die dadurch entstehen, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region behindern und tragische Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung haben,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Tätigkeit des Büros der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region[11] sowie von dem diesbezüglichen Teil des Berichts des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen[10];

2. *weist mit tiefer Besorgnis darauf hin,*

a) daß die Wüstenbildung in den Ländern der Sudan-Sahel-Region sich verstärkt und auf andere Regionen Afrikas ausgedehnt hat;

b) daß der chronische Mangel an finanziellen Mitteln auch weiterhin die Bekämpfung der Wüstenbildung behindert;

c) daß der Kampf gegen die Wüstenbildung finanzielle und technische Mittel erfordert, die über die Möglichkeiten der betroffenen Länder hinausgehen;

3. *bittet* die betroffenen Länder *nachdrücklich*, Projekte zur Bekämpfung der Wüstenbildung und Dürre in ihre nationalen Entwicklungspläne aufzunehmen, soweit sie dies nicht bereits getan haben, und ihnen hohe Priorität einzuräumen;

4. *bittet* die betroffenen Länder *außerdem nachdrücklich*, sich aller geeigneten Mechanismen zu bedienen, einschließlich der Konferenzen am Runden Tisch des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Beratungsgruppen der Weltbank, um Mittel für die Durchführung von Programmen zur Bekämpfung der Wüstenbildung aufzubringen, und appelliert an die Geberländer, substantielle zusätzliche Mittel zur Finanzierung dieser Programme bereitzustellen;

5. *stellt mit Genugtuung fest*, daß sich das Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region das Konzept einer bestandfähigen Entwicklung zu eigen gemacht hat, indem es die Frage der Bewirtschaftung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen wie auch Umweltfragen in ihrem Gesamtzusammenhang angeht und die Bedeutung der Einbeziehung von Aktivitäten zur Bekämpfung der Wüstenbildung in die nationalen Entwicklungspläne hervorhebt;

6. *bittet* das Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region *nachdrücklich*, die Länder der Region bei ihren Vorbereitungen für die für 1992 geplante Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung und den sich daraus ergebenden Anschlußaktivitäten zu unterstützen;

7. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von dem Interesse, das auf dem Gipfeltreffen der sieben wichtigsten Industrienationen vom 14. bis 16. Juli 1989 in Paris den Aspekten des Kampfes gegen die Wüstenbildung und insbesondere dem geplanten Observatorium für die Sahara und die Sahel-Region entgegengebracht worden ist[12];

8. *spricht* den Regierungen, die zum Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Aktivitäten in der Sudan-Sahel-Region Beiträge leisten, *ihren Dank aus* und erneuert ihren dringenden Aufruf an alle Geber, substantielle Beiträge an den Treuhandfonds zu leisten, um das Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region in die Lage zu versetzen, dem dringenden Bedarf der von der Wüstenbildung betroffenen afrikanischen Länder wirksamer zu entsprechen;

9. *ersucht* den Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Unterstützung des Büros der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region zu verstärken;

[11] DP/1989/50.

[12] A/C.2 /44/11, Ziffer 51.

10. *bittet* das Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region,

a) seine Bemühungen um die Mobilisierung zusätzlicher Mittel zu verstärken, um die Anstrengungen der Länder, die unter sein Mandat fallen, sowie die Anstrengungen der entsprechenden Regionalorganisationen, insbesondere der Zwischenstaatlichen Behörde für Dürrebekämpfung und Entwicklung und des Ständigen zwischenstaatlichen Ausschusses zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region, zu unterstützen;

b) auch weiterhin die Ministerkonferenz für eine gemeinsame Politik zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den Ländern des Ständigen zwischenstaatlichen Ausschusses zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, in den Maghreb-Ländern, in Ägypten und in Sudan (COMIDES) zu unterstützen und in diesem Zusammenhang mit der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika und mit der Union des arabischen Maghreb zusammenzuarbeiten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/173 – Globale Wohnraumstrategie bis zum Jahr 2000

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/181 vom 20. Dezember 1988, in der sie die Kommission für Wohn- und Siedlungswesen zu dem zwischenstaatlichen Gremium der Vereinten Nationen bestimmt hat, das für die Koordinierung, Evaluierung und Kontrolle der Globalen Wohnraumstrategie bis zum Jahr 2000[13], deren Kern aus integrierten nationalen Wohnraumstrategien besteht, verantwortlich ist,

sowie unter Hinweis auf ihr in Ziffer 7 der Resolution 43/181 enthaltenes Ersuchen an die Kommission für Wohn- und Siedlungswesen als das Gremium, das mit der Koordinierung der Durchführung der Globalen Strategie betraut ist, der Generalversammlung alle zwei Jahre über den Durchführungsstand Bericht zu erstatten,

im Hinblick darauf, daß es sich bei der Globalen Strategie um das anspruchsvollste Programm handelt, das die internationale Gemeinschaft bislang auf dem Sektor des Wohn- und Siedlungswesens verabschiedet hat und daß sie daher die konzertierten Anstrengungen aller Mitgliedstaaten, Organe der Vereinten Nationen und Geberorganisationen sowie auch die volle Aufmerksamkeit des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) erfordert,

überzeugt, daß die nationalen Wohnraumstrategien, sofern sie sich in allen Handlungsbereichen der effektivsten und effizientesten politischen Instrumente bedienen, entscheidende Rahmenmechanismen sein können, die nachhaltig zur vollständigen Mobilisierung aller Arten von Ressourcen führen und dadurch die Bereitstellung von angemessenem Wohnraum für alle bis zum Jahr 2000 erleichtern,

der Notwendigkeit *besondere Aufmerksamkeit widmend*, allen Bevölkerungsgruppen gleichen Zugang zu den verfügbaren Ressourcen zu gewährleisten und zugleich in Anerkennung der entscheidenden Rolle, die Frauen bei der Durchführung der Globalen Strategie spielen sollten, wie auch der Notwendigkeit, Hindernisse zu beseitigen, denen sich einige Bevölkerungsgruppen, wie etwa Haushalte, denen Frauen vorstehen, in dieser Hinsicht gegenübersehen,

besorgt über die wirtschaftlichen Sachzwänge, mit denen viele Länder bei ihren Entwicklungsbemühungen konfrontiert sind, jedoch gleichzeitig ermutigt durch die positiven Auswirkungen, die Rahmenstrategien zur Wohnraumbeschaffung auf die wirtschaftliche Entwicklung haben,

hervorhebend, daß das Ziel, allen Zugang zu Wohnraum zu ermöglichen, durch eine nationale Strategie gefördert werden kann, die auf möglichst hoher politischer Ebene anerkannt und unterstützt wird, die den makroökonomischen Erfordernissen einer Konsolidierung der nationalen Ressourcengrundlage und einer Reduzierung des Importanteils auf ein Minimum entspricht, die auf national und individuell erschwinglichen Normen basiert, die hinsichtlich der verschiedenen Wohnraumprioritäten flexibel ist und die konkrete institutionelle Vorkehrungen für eine Partnerschaft zwischen den verschiedenen Durchführungsträgern vorsieht,

nach Behandlung des ersten Berichts der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen über die Durchführung der Globalen Wohnraumstrategie bis zum Jahr 2000[14],

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von der Unterstützung, die die Regierungen der Geberländer sowie die internationalen Organe und Organisationen dem Aktionsplan der Globalen Strategie gewährt haben, indem sie den Regierungen bei der Formulierung ihrer nationalen Wohnraumstrategien geholfen haben,

sich bewußt, wie wichtig es ist, die internationale Unterstützung für diese entscheidende Phase des Aktionsplans aufrechtzuerhalten und auszuweiten,

im Hinblick darauf, daß sich die Geber bei der Auseinandersetzung mit der Frage künftiger freiwilliger Beiträge an die Stiftung der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen davon beeinflussen lassen werden, in welchem Maße das Arbeitsprogramm des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) Gewicht auf die Globale Strategie legt, wie auch davon, inwieweit die Prioritäten der Globalen Strategie in diesem Programm zum Ausdruck kommen,

1. *spricht* den Regierungen, die ihre nationalen Wohnraumstrategien überprüfen, revidieren und konsolidieren beziehungsweise mit großer Entschlossenheit durchführen, *ihre Anerkennung aus* und bittet alle anderen Regierungen nachdrücklich, dasselbe zu tun;

2. *empfiehlt* allen Regierungen, nach und nach das Überwachungssystem einzurichten, das vom Exekutivdirektor des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) aufgrund der von ihm auszuarbeitenden Richtlinien vorgeschlagen werden soll;

3. *bittet* die Regierungen, wann immer dies möglich ist, freiwillige Beiträge als Bar- oder Sachleistungen an die Stiftung der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen zu leisten, um die Umsetzung der Globalen Wohnraumstrategie bis zum Jahr 2000 zu ermöglichen;

[13] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Dreiundvierzigste Tagung, Beilage 8*, Addendum (A/43/8/Add.1).

[14] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 8*, Addendum (A/44/8/Add.1).

4. *bittet nachdrücklich* die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und andere multilaterale und bilaterale Organisationen, für die Durchführung des Aktionsplans der Globalen Strategie finanzielle und sonstige Unterstützung bereitzustellen.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/174 — Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Erklärung von Vancouver über das Wohn- und Siedlungswesen (1976)[15] und die von der Wohn- und Siedlungskonferenz der Vereinten Nationen (Habitat) verabschiedeten einschlägigen Empfehlungen für einzelstaatliche Maßnahmen[16],

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 42/190 vom 11. Dezember 1987,

unter Berücksichtigung der Intifadah des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besetzung, einschließlich ihrer wirtschaftlichen und sozialen Politiken und Praktiken,

zutiefst beunruhigt über die Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitiken in dem von Israel seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems, die für null und nichtig und zu einem der Haupthindernisse auf dem Weg zum Frieden erklärt worden sind,

unter Berücksichtigung dessen, daß das Sekretariat der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen Sondermittel benötigt, um die vom Handels- und Entwicklungsrat in seiner Resolution 239 (XXIII) vom 9. Oktober 1981 angeforderte umfassende Studie über die Wirtschaft des besetzten palästinensischen Gebiets auszuarbeiten[17],

1. *nimmt Kenntnis* von der im Anhang zu der Mitteilung des Generalsekretärs enthaltenen Studie betreffend den Infrastrukturbedarf des palästinensischen Volkes[18];

2. *fordert* die unverzügliche Einstellung der gegen das palästinensische Volk gerichteten israelischen Praktiken, insbesondere auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet;

3. *bringt ihre Beunruhigung zum Ausdruck* über die durch die israelische Besetzung hervorgerufene Verschlechterung der Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalems;

4. *erklärt*, daß die israelische Besetzung im Widerspruch zu den Grundvoraussetzungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet steht;

5. *weist* die auf eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur des besetzten palästinensischen Gebiets abzielenden israelischen Pläne und Maßnahmen, insbesondere die Vermehrung und Ausdehnung der israelischen Siedlungen, *zurück*;

6. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sekretariat der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen die Sondermittel zur Verfügung zu stellen, die zur Ausarbeitung der umfassenden Studie über die Wirtschaft des besetzten palästinensischen Gebiets benötigt werden;

7. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/175 — Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 41/172 vom 5. Dezember 1986, 42/197 vom 11. Dezember 1987 und 43/201 vom 20. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[19] sowie unter Berücksichtigung der Erklärungen des Vertreters des Generalsekretärs und des Exekutivdirektors des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen[20],

in Anbetracht der unverminderten Bedeutung und Relevanz des Mandats des Instituts, insbesondere im Bereich der Ausbildung,

sowie in Anbetracht der Notwendigkeit, daß die Regierungen freiwillige Beiträge zugunsten des Instituts entrichten beziehungsweise ihre Beiträge entsprechend aufstocken,

mit Besorgnis feststellend, daß es nach wie vor keine ausreichend breite Basis von Geberländern gibt, die das Institut unterstützen,

tief besorgt darüber, daß der Verkauf des Amtssitzgebäudes des Instituts, mit dem die Anlage eines Reservefonds für das Institut ermöglicht würde, noch nicht abgeschlossen ist,

mit Besorgnis feststellend, daß die Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten 1989 den Allgemeinen Fonds des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen nicht mit den Ressourcen ausgestattet hat, die erforderlich sind, damit es ein minimales Ausbildungsprogramm und eine minimale institutionelle Struktur aufrechterhalten kann,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[19];

2. *bekräftigt* die unverminderte Bedeutung und Relevanz des Mandats des Ausbildungs- und Forschungs-

[15] *Report of Habitat: United Nations Conference on Human Settlements, Vancouver, 31 May-11 June 1976* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.76.IV.7 mit Korrigendum), Kap. I.
[16] Ebd., Kap. II.
[17] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Sechsunddreißigste Tagung, Beilage 15* mit Korrigendum (A/36/15 mit Korr.1), Dritter Teil, Anhang I.
[18] A/44/534.
[19] A/44/611.
[20] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Second Committee*, 25. Sitzung, mit Korrigendum.

instituts der Vereinten Nationen, wie es in der geänderten Satzung des Instituts enthalten ist[21];

3. *spricht* dem Generalsekretär *ihre Anerkennung* zu den Maßnahmen *aus*, die er zur Durchführung von Resolution 43/201 getroffen hat, und ermutigt ihn, weitere Schritte in dieser Richtung zu unternehmen;

4. *nimmt Kenntnis* von den Kriterien und Qualifikationsbedingungen, die für ganztägig tätige wissenschaftliche Mitarbeiter gelten sollen, sowie von der Änderung der Satzung des Instituts betreffend ganztägig tätige wissenschaftliche Mitarbeiter, Forschungsmitarbeiter, Konsultanten, Korrespondenten und beratende Gremien, wie sie sich in den Anhängen zum Bericht des Generalsekretärs finden;

5. *ersucht von neuem darum*, daß die Haushaltsvoranschläge des Instituts für 1990 wie auch für die darauf folgenden Jahre vor ihrer Billigung durch das Kuratorium des Instituts dem Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zur Prüfung und Stellungnahme vorgelegt werden;

6. *ermächtigt* das Institut, mit dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen geeignete Vereinbarungen zur Durchführung von Projekten zu treffen, die von dem Programm finanziert werden und in den Aufgabenbereich des Instituts fallen, unter Berücksichtigung aller relevanten Faktoren, so auch der Bemerkungen des Rechnungsprüfungsausschusses betreffend den Status des Instituts als Durchführungspartner des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen[22];

7. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, so schnell wie möglich den in den Resolutionen 42/197 und 43/201 gebilligten Verkauf des Amtssitzgebäudes des Instituts vorzunehmen;

8. *wiederholt*, daß sie die Empfehlung des Generalsekretärs billigt, wonach das Institut nach dem Verkauf des Gebäudes die den Vereinten Nationen derzeit geschuldeten Beträge zurückzahlen und den Saldo als Reservefonds für das Institut anlegen soll;

9. *ist* mit dem Generalsekretär *darin einig*, daß der vom Institut anzulegende Reservefonds den Zweck hat, größere Stabilität, Vorhersehbarkeit und Zuverlässigkeit bei der Finanzierung des Instituts zu gewährleisten, und stellt fest, daß der Fonds nicht als Ersatz für freiwillige Beiträge der Regierungen zum Allgemeinen Fonds des Instituts oder zu den Sonderprojekten gedacht ist;

10. *ersucht* den Generalsekretär, dem Kuratorium des Instituts auf seiner nächsten Tagung einen vollständigen Bericht über seine Bemühungen um den Verkauf des Amtssitzgebäudes des Instituts und des Grundstücks, auf dem es sich befindet, vorzulegen;

11. *bittet nachdrücklich* alle Staaten, die noch keine Beiträge zum Allgemeinen Fonds des Instituts geleistet haben, dies zu tun, und fordert alle beitragzahlenden Staaten auf, ihre Beiträge an das Institut zu erhöhen, um es in die Lage zu versetzen, auch künftig seinen Auftrag zu erfüllen und die Bestimmungen dieser und anderer einschlägiger Resolutionen in vollem Umfang erfolgreich zu verwirklichen;

12. *appelliert* an alle Staaten, entsprechende Zuschüsse für besondere Zwecke zu gewähren, um das Institut in die Lage zu versetzen, die Ausbildungs- und Forschungsprogramme durchzuführen, die nicht aus seinem Allgemeinen Fonds finanziert werden können, und fordert die entsprechenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen auf, Beiträge an das Institut zu leisten;

13. *weist nachdrücklich* auf die dringende Notwendigkeit einer breitgefächerten Finanzierung für das Institut *hin* und bittet die traditionellen Geber, in Anwendung der Resolutionen 42/197 und 43/201 sowie dieser Resolution wieder beziehungsweise weiterhin freiwillige Beiträge an das Institut zu leisten;

14. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über das Kuratorium des Instituts über die längerfristigen Fragen im Zusammenhang mit der Finanzierung des Instituts Bericht zu erstatten;

15. *legt* dem Generalsekretär *nahe*, weiterhin neue Modalitäten für eine verstärkte Interaktion zwischen den Forschungsgremien der Vereinten Nationen zu untersuchen, schließt sich den Vorschlägen des Generalsekretärs an und ersucht den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, ein Treffen der Forschungsinstitute der Vereinten Nationen zu organisieren, mit dem Ziel, die praktische Zusammenarbeit zwischen ihnen zu verstärken, insbesondere in bezug auf die Ausarbeitung und Durchführung ihrer Programme und Pläne;

16. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/176 – Besondere Wirtschaftshilfe für Tschad

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/205 vom 20. Dezember 1988 und ihre früheren Resolutionen über Hilfe beim Wiederaufbau, bei der Sanierung und bei der Entwicklung Tschads und über besondere Wirtschaftshilfe für Tschad,

unter Hinweis auf die Konferenz am Runden Tisch über Hilfe für Tschad, die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen entsprechend den auf der Internationalen Konferenz über Hilfe für Tschad im November 1982 getroffenen Vereinbarungen für den 4. und 5. Dezember 1985 nach Genf einberufen wurde,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über besondere Wirtschaftshilfe für Tschad[23], der sich u.a. mit der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Tschads, dem Stand der für die Sanierung und den Wiederaufbau des Landes bereitgestellten Hilfe sowie mit den Fortschritten bei der Organisation und Durchführung des Hilfsprogramms für Tschad befaßt,

in Anbetracht dessen, daß die Kriegsfolgen und die Naturkatastrophen sämtliche Wiederaufbau- und Entwicklungsanstrengungen der Regierung Tschads in Frage stellen,

im Hinblick darauf, daß am 14., 15. und 16. Dezember 1988 von der Regierung Tschads in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten

[21] Siehe A/43/697/Add.1.

[22] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 5D* (A/44/5/Add.4), Ziffer 25 und 26.

[23] A/44/418.

Nationen eine Konferenz am Runden Tisch der Geber über Hilfe bei der Sanierung und beim Wiederaufbau des nördlichen Tschad veranstaltet wurde,

feststellend, daß 1990 von der Regierung Tschads in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen Konferenzen am Runden Tisch über das Erziehungswesen und die Entwicklung der Humanressourcen sowie über öffentliche Gesundheit und das Wohl der Familie einberufen werden,

mit Befriedigung feststellend, daß die Laufzeit des Interimsplans für 1986-1988 jetzt ihrem Ende zugeht und 1990 allen Beitragszahlern ein Entwicklungsplan für 1990-1994 vorgelegt wird,

1. *dankt* den Staaten sowie den staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die auf die Appelle der Regierung Tschads sowie des Generalsekretärs großzügig mit Hilfeleistungen an Tschad reagiert haben und reagieren;

2. *dankt* dem Generalsekretär für seine Bemühungen, das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit für die Schwierigkeiten Tschads zu wecken und Hilfe für Tschad zu mobilisieren;

3. *ersucht erneut* alle Staaten, die zuständigen Organisationen und Programme der Vereinten Nationen sowie die internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, weiterhin zur Sanierung und zur Entwicklung Tschads beizutragen;

4. *stellt mit Befriedigung fest*, daß die Konferenz am Runden Tisch der Geber über Hilfe bei der Sanierung und beim Wiederaufbau des nördlichen Tschad am 14., 15. und 16. Dezember 1988 in N'Djamena abgehalten wurde;

5. *ersucht* den Generalsekretär, weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden humanitären Organisationen die humanitären Bedürfnisse der vertriebenen Bevölkerungsteile zu ermitteln, vor allem auf dem Gebiet der Gesundheit;

6. *bittet* alle Staaten sowie die zuständigen Organisationen und Programme der Vereinten Nationen, sich aktiv zu beteiligen

a) an der Konferenz am Runden Tisch der Beitragszahler über die Durchführung des Fünfjahres-Entwicklungsplans für Tschad (1990-1994), die 1990 in Genf abgehalten werden soll;

b) an den Konferenzen am Runden Tisch über das Erziehungswesen und die Entwicklung der Humanressourcen sowie über öffentliche Gesundheit und das Wohl der Familie, die 1990 in N'Djamena abgehalten werden sollen;

7. *fordert* den Generalsekretär *auf*, mit der Situation in Tschad befaßt zu bleiben und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/177 – Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung Dschibutis

Die Generalversammlung,

Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/2 vom 12. Mai 1989 und unter Hinweis auf die früheren Resolutionen der Generalversammlung über wirtschaftliche Hilfe für Dschibuti,

tief besorgt über die weitreichenden Schäden und Verwüstungen in Dschibuti, die im April 1989 durch die beispiellosen wolkenbruchartigen Regenfälle und Überschwemmungen verursacht wurden,

mit Besorgnis Kenntnis nehmend von der Zerstörung von Tausenden von Unterkünften, insbesondere in den Arbeitervierteln, und von den Schäden an wichtigen Infrastrukturbereichen des Landes, insbesondere an Straßen, der Wasserversorgung, Gesundheitszentren und Krankenhäusern, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen,

in Anbetracht der schweren Schäden an den knappen landwirtschaftlichen Ressourcen Dschibutis, so auch der Zerstörung seines Viehbestands,

feststellend, daß die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsanstrengungen Dschibutis, das auf der Liste der am wenigsten entwickelten Länder steht, durch die nachteiligen Auswirkungen der wolkenbruchartigen Regenfälle und Überschwemmungen, die dieses verwundbare Land in regelmäßigen Abständen verheeren, zunichte gemacht werden und daß die Durchführung der Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramme den Einsatz beträchtlicher Mittel erfordert, die die tatsächlichen Möglichkeiten des Landes übersteigen,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs an den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1989 und an die Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung[24],

mit Dank Kenntnis nehmend von der Unterstützung verschiedener Länder sowie zwischenstaatlicher und nichtstaatlicher Organisationen für Notstandshilfeoperationen,

1. *bekundet ihre Solidarität* mit der Regierung und dem Volk Dschibutis, die sich den verheerenden Folgen der wolkenbruchartigen Regenfälle und Überschwemmungen gegenübersehen;

2. *spricht* den Staaten, internationalen Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen, die diesem Land Notstandshilfe gewährt haben, *ihren Dank aus* und stellt in diesem Zusammenhang mit Befriedigung fest, daß das Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe eine Mission durchgeführt hat, mit dem Ziel, die Kapazität der Regierung Dschibutis in bezug auf Katastrophenprävention und -bereitschaft zu stärken;

3. *fordert* den Generalsekretär *auf*, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und in enger Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden eine Evaluierung der Bedürfnisse Dschibutis vorzunehmen, mit dem Ziel, in Anbetracht der Schäden an der Infrastruktur des Landes ein dringendes Sanierungs- und Wiederaufbauprogramm aufzustellen;

4. *fordert* den Generalsekretär *außerdem auf* sicherzustellen, daß die internationale Gemeinschaft über diese Bedürfnisse informiert ist, damit sie darauf positiv reagieren kann;

5. *ersucht* den Generalsekretär, sich weiterhin und noch intensiver um die Mobilisierung jeder erdenklichen Hilfe zu bemühen, die innerhalb des Systems der Vereinten Nationen nur gewährt werden kann, um der Regierung Dschibutis bei ihren Wiederaufbau- und Entwicklungsbemühungen behilflich zu sein;

[24] A/44/629.

6. *legt* den Sonderorganisationen, Organisationen und Programmen des Systems der Vereinten Nationen *nahe*, ihre Hilfsprogramme zu verstärken und sie dem Bedarf Dschibutis entsprechend zu erweitern;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/178 – Notstandshilfe für Somalia

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Notstandshilfe für Somalia,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/206 vom 20. Dezember 1988 und Kenntnis nehmend von Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1989/111 vom 22. Mai 1989,

feststellend, daß sich in den nördlichen Regionen Somalias aufgrund der Überfälle bewaffneter Banditen auf ländliche und städtische Zentren eine vom humanitären Gesichtspunkt her gravierende Situation entwikkelt hat,

äußerst besorgt über die Vertreibung der Bevölkerung in den betroffenen Regionen Nordsomalias aufgrund der Überfälle, die an Unterkünften angerichteten weitreichenden Schäden und Zerstörungen und die weitverbreiteten Schäden an der Infrastruktur des Landes, insbesondere an Brücken, der Wasser- und Stromversorgung, Kommunikationssystemen, Gesundheitszentren, Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von den Maßnahmen, die der Generalsekretär getroffen hat, um sich ein Bild vom Notstandshilfe- und Sanierungsbedarf der vertriebenen Bevölkerung zu machen,

erneut erklärend, daß die internationale Gemeinschaft voll auf die Ersuchen um humanitäre Notstands- und Sanierungshilfe für Somalia eingehen muß,

in Anbetracht dessen, daß Somalia als eines der am wenigsten entwickelten Länder nicht in der Lage ist, mit der zunehmenden Belastung fertig zu werden, welche die Bereitstellung von genügend Nahrungsmitteln, Medikamenten und Unterkünften für die große Anzahl von Vertriebenen darstellt,

1. *dankt* dem Generalsekretär für die Bemühungen, die er derzeit unternimmt, um internationale Ressourcen zur Unterstützung der Regierung und des Volkes von Somalia bei der Bewältigung der Notstandssituation in den betroffenen Regionen Nordsomalias zu mobilisieren;

2. *nimmt Kenntnis* vom Zwischenbericht der interinstitutionellen Delegation der Vereinten Nationen, die Somalia vom 25. Februar bis 12. März 1989 bereist hat[25];

3. *appelliert erneut* an alle Staaten und die zuständigen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, dringend großzügige Beiträge zu leisten, damit die Bedürfnisse gedeckt werden, die von der nach Somalia entsandten interinstitutionellen Delegation der Vereinten Nationen ermittelt worden sind;

4. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die Bemühungen des Systems der Vereinten Nationen zur Unterstützung Somalias bei seinem Notstands- und Sanierungsprogramm zu koordinieren;

5. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner ersten ordentlichen Tagung 1990 über seine Bemühungen zu unterrichten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/179 – Hilfe für den Demokratischen Jemen

Die Generalversammlung,

tief besorgt über die weitreichenden und beispiellosen Schäden und Verwüstungen im Demokratischen Jemen, die zweimal in diesem Jahrzehnt – im März 1982 sowie im März und April 1989 – durch wolkenbruchartige Regenfälle und Überschwemmungen verursacht wurden,

äußerst besorgt über die Zerstörung der Infrastruktur des Landes, insbesondere von Straßen, Gesundheitszentren und Schulen sowie der Wasser- und Stromversorgung, von Kommunikationssystemen und anderen öffentlichen Versorgungseinrichtungen, und besorgt darüber, daß Zehntausende Hektar Anbaufläche überschwemmt wurden und Hunderte von Dörfern vollständig verschwunden sind, woraufhin nunmehr Zehntausende von Menschen ohne Unterkünfte und Nahrungsmittel sind,

in Anbetracht dessen, daß der Demokratische Jemen als eines der am wenigsten entwickelten Länder trotz der Anstrengungen seiner Regierung nicht in der Lage ist, nachhaltige Sanierungs- und Wiederaufbauprogramme durchzuführen,

unter Hinweis auf die Resolutionen über Hilfe für den Demokratischen Jemen, die sie seit 1982 verabschiedet hat, und Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/1 vom 10. Mai 1989, der Resolution 176 (XV) vom 18. Mai 1989, die die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien auf ihrer fünfzehnten Tagung verabschiedet hat[26], und dem Beschluß 89/37 vom 30. Juni 1989, den der Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen auf seiner sechsunddreißigsten Tagung verabschiedet hat[27],

mit Dank Kenntnis nehmend von der Unterstützung verschiedener Länder sowie zwischenstaatlicher und nichtstaatlicher Organisationen für Notstandshilfeoperationen,

1. *bekundet ihre Solidarität* mit der Regierung und dem Volk des Demokratischen Jemen, die sich den verheerenden Folgen der wolkenbruchartigen Regenfälle und Überschwemmungen gegenübersehen;

2. *spricht* den Staaten sowie den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die der Re-

[25] A/44/261, Anhang.

[26] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1989, Supplement No. 17* (E/1989/36), Kap. III.

[27] Ebd., *Supplement No. 13* (E/1989/32), Anhang I.

gierung des Demokratischen Jemen bei ihren Soforthilfe- und Sanierungsanstrengungen Unterstützung und Hilfe gewährt haben, *ihren Dank aus*;

3. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Mobilisierung und Koordinierung der Soforthilfe- und Sanierungsmaßnahmen zugunsten des Demokratischen Jemen;

4. *fordert* alle Staaten *auf*, großzügige Beiträge zu leisten und auf den mit der Sanierung und dem Wiederaufbau anfallenden Bedarf des Landes umgehend wirksam einzugehen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, in enger Zusammenarbeit mit der Regierung des Demokratischen Jemen die Bemühungen zu koordinieren, die das System der Vereinten Nationen unternimmt, um dem Demokratischen Jemen zu helfen, Ressourcen für die Durchführung seiner Sanierungs- und Wiederaufbauprogramme zu mobilisieren, und ersucht ihn, die internationale Gemeinschaft über die Bedürfnisse dieses Landes unterrichtet zu halten;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/180 – Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung Libanons

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/207 vom 20. Dezember 1988 und ihre früheren Resolutionen über Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung Libanons,

Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/100 vom 26. Juli 1989 sowie unter Hinweis auf die früheren diesbezüglichen Resolutionen und Beschlüsse des Rates,

tief besorgt über die erhebliche Verschlechterung der Wirtschaftslage in Libanon, die in jüngster Zeit durch die weitreichenden Schäden an der grundlegenden Infrastruktur des Landes und an seinen öffentlichen Versorgungsbetrieben noch verschärft worden ist,

erneut erklärend, daß zur Unterstützung der kontinuierlichen Wiederaufbau- und Entwicklungsbemühungen der Regierung Libanons dringend weitere internationale Maßnahmen erforderlich sind,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung Libanons[28] sowie von der Erklärung, die der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für den Wiederaufbau und die Entwicklung Libanons abgegeben hat[29],

1. *dankt* dem Generalsekretär für seinen Bericht sowie für die von ihm unternommenen Schritte zur Mobilisierung von Hilfe für Libanon;

2. *spricht* dem Untergeneralsekretär für politische Fragen, Angelegenheiten der Generalversammlung und Sekretariatsdienste *ihre Anerkennung aus* für die Koordinierung der Hilfe, die Libanon vom gesamten System gewährt wird;

3. *ersucht* den Generalsekretär, sich weiterhin und noch intensiver um die Mobilisierung jeder erdenklichen Hilfe zu bemühen, die innerhalb des Systems der Vereinten Nationen nur gewährt werden kann, um Libanon bei seinen Wiederaufbau- und Entwicklungsbemühungen zu unterstützen;

4. *fordert* die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *auf*, ihre Hilfsprogramme zu verstärken, sie dem dringenden Bedarf Libanons entsprechend zu erweitern und durch die gebotenen Maßnahmen sicherzustellen, daß ihre Büros in Beirut einsatzfähig und auf Führungsebene ausreichend personell besetzt sind;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/181 – Sonderhilfe zugunsten der Frontstaaten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 41/199 vom 8. Dezember 1986, 42/201 vom 11. Dezember 1987 und 43/209 vom 20. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[30],

tief besorgt über die nachteiligen Auswirkungen der Angriffs- und Destabilisierungshandlungen Südafrikas gegen die Frontstaaten und andere angrenzende Staaten,

sich bewußt, daß der Fortbestand des Apartheidsystems in Südafrika die wirtschaftlichen und sozialen Probleme verschärft, denen sich die Frontstaaten und andere angrenzende Staaten gegenübersehen,

sich bewußt, daß es dringend notwendig ist und der internationalen Gemeinschaft obliegt, nach einer Lösung für die Probleme dieser Region zu suchen,

mit dem Ausdruck ihrer Anerkennung für die konzertierten und entschlossenen Anstrengungen der Länder der Region, den derzeitigen ungünstigen Umständen zu begegnen, indem sie ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken und ihre namentlich im Verkehrs- und Kommunikationswesen sowie in damit zusammenhängenden Sektoren gegebene Abhängigkeit von Südafrika verringern,

erneut erklärend, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen und den Frontstaaten ist,

eingedenk der Sicherheitsratsresolutionen 568 (1985) vom 21. Juni 1985, 571 (1985) vom 20. September 1985 und 581 (1986) vom 13. Februar 1986, in denen der Rat u.a. die internationale Gemeinschaft ersucht hat, den Frontstaaten Hilfe zu gewähren,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Bemühungen im Hinblick auf die Unterstützung der Frontstaaten;

2. *stellt mit Genugtuung fest*, daß den Frontstaaten von Geberländern, zwischenstaatlichen Organisationen

[28] A/44/559.

[29] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Second Committee*, 19. Sitzung, mit Korrigendum.

[30] A/44/373 mit Add.1 und 2.

und nichtstaatlichen Organisationen Hilfe gewährt wird;

3. *bittet* die internationale Gemeinschaft *mit allem Nachdruck*, auch künftig rechtzeitig und wirksam die finanzielle, materielle und technische Hilfe zu gewähren, die erforderlich ist, damit die Frontstaaten und andere angrenzende Staaten einzeln und gemeinsam besser in der Lage sind, entsprechend ihren nationalen und regionalen Plänen und Strategien die Auswirkungen der von Südafrika beziehungsweise von der internationalen Gemeinschaft gegen Südafrika ergriffenen wirtschaftlichen Maßnahmen zu verkraften;

4. *ersucht* den Generalsekretär und die Organisationen und Organe des Systems der Vereinten Nationen, auf eventuell zu erwartende Hilfeersuchen einzelner Staaten oder von seiten der entsprechenden subregionalen Organisationen zu reagieren, und bittet ferner nachdrücklich alle Staaten, zwischenstaatlichen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen, derartigen Ersuchen zu entsprechen;

5. *appelliert* an alle Staaten und die entsprechenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die von den Frontstaaten und anderen angrenzenden Staaten ausgearbeiteten einzelstaatlichen und kollektiven Notstandsprogramme zur Bewältigung der kritischen Probleme infolge der Situation in Südafrika zu unterstützen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/182 – Sonderplan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralamerika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 42/1 vom 7. Oktober 1987, 42/204 vom 11. Dezember 1987, 43/24 vom 15. November 1988 und 44/10 vom 23. Oktober 1989 sowie die Beschlüsse 88/31 A vom 1. Juli 1988[31] und 89/64 vom 30. Juni 1989[27] des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen,

insbesondere unter Hinweis auf ihre Resolutionen 42/231 vom 12. Mai 1988 und 43/210 vom 20. Dezember 1988, in denen sie die internationale Gemeinschaft und die internationalen Organisationen nachdrücklich gebeten hat, ihre technische, wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit den zentralamerikanischen Ländern im Rahmen des Sonderplans für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralamerika[32] zu verstärken,

erneut darauf hinweisend, wie wichtig die Verpflichtungen sind, welche die zentralamerikanischen Präsidenten in dem in Guatemala-Stadt auf dem Esquipulas-II-Gipfeltreffen unterzeichneten Übereinkommen[33], in den in Alajuela (Costa Rica)[34] und Costa del Sol (El Salvador)[35] verabschiedeten Erklärungen und insbesondere in den in Tela (Honduras) erzielten Übereinkommen[36] eingegangen sind, die konkrete Fortschritte darstellten und den Friedensprozeß in der Region gefestigt haben,

mit Genugtuung über die Abhaltung des ersten Treffens zwischen den Regierungen der zentralamerikanischen Länder und kooperierenden Regierungen und Institutionen vom 4. bis 6. Juli 1989 in Genf zur Überprüfung der Entwicklung des regionalen Entwicklungsprozesses in bezug auf den Bedarf an Hilfe und Zusammenarbeit und zur Erörterung von Programmen und Projekten, die gemäß Resolution 43/210 durchgeführt werden könnten,

betonend, daß die Einberufung sektoraler Treffen zur Mobilisierung von Mitteln für die Durchführung von Programmen und Projekten im Rahmen des Sonderplans gefördert werden muß,

nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs über die Situation in Zentralamerika[37] und über die Maßnahmen zur Förderung des Sonderplans[38] und insbesondere seines Berichts über die Tätigkeit der Vereinten Nationen[39], in dem es heißt: "Jetzt ist es jedoch an der Zeit, den sich abzeichnenden Frieden durch die massive Unterstützung zu untermauern, die die Region zur Überwindung ihrer seit Generationen bestehenden Probleme braucht",

zutiefst besorgt über die Notstandssituation in Zentralamerika und beunruhigt über den Ernst der wirtschaftlichen und sozialen Krise, mit der die Regierung konfrontiert ist,

mit dem erneuten Ausdruck ihrer Überzeugung, daß Frieden, Entwicklung und Demokratie unteilbar sind,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Berichte über die Situation in Zentralamerika und für seine Bemühungen um die Förderung des Sonderplans für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralamerika;

2. *begrüßt mit Genugtuung* die Gemeinsame politische Erklärung und das Gemeinsame Wirtschaftskommuniqué[40], die auf der am 27. und 28. Februar 1989 in San Pedro Sula (Honduras) abgehaltenen Ministerkonferenz über den politischen Dialog und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten und den zentralamerikanischen Ländern und der Contadora-Gruppe verabschiedet wurden und in denen diese ihr Bekenntnis zur weiteren Mitwirkung an spezifischen Aktivitäten und an der Wiederbelebung und wirtschaftlichen Ent-

---

[31] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1988, Supplement No. 9* (E/1988/19), Anhang I.

[32] A/42/949, Anhang.

[33] A/42/521-S/19085, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-second Year, Supplement for July, August and September 1987*, Dokument S/19085.

[34] A/42/911-S/19447, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-third Year, Supplement for January, February and March 1988*, Dokument S/19447.

[35] A/44/140-S/20491, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for January, February and March 1989*, Dokument S/20491.

[36] Siehe A/44/451-S/20778; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for July, August and September 1989*, Dokument S/20778.

[37] A/44/344-S/20699 mit Add.1; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for October, November and December 1989*, Dokument S/20699 mit Add.1.

[38] A/44/519.

[39] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 1* (A/44/1).

[40] A/44/169-S/20512, Anhang I und II; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for January, February and March 1989*, Dokument S/20512.

wicklung der Region entsprechend den im Sonderplan festgelegten Prioritäten sowie ihr Interesse daran bekräftigt haben;

3. *begrüßt* die Erklärung und den Konzertierten Aktionsplan zugunsten der zentralamerikanischen Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen[41], die von der vom 29. bis 31. Mai 1989 in Guatemala-Stadt abgehaltenen Internationalen Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge verabschiedet wurden;

4. *begrüßt mit Genugtuung* die Einberufung des ersten Treffens zwischen den Regierungen Zentralamerikas und den kooperierenden Regierungen und Institutionen, auf dem der Fortgang des regionalen Entwicklungsprozesses, einschließlich des Bedarfs an Hilfe und Zusammenarbeit in der Region, im Rahmen des Sonderplans geprüft wurde;

5. *empfiehlt* die Einberufung von sektoralen Treffen im Laufe des Jahres 1990, als Fortsetzung des zwischen den Regierungen der zentralamerikanischen Länder und den kooperierenden Regierungen und Institutionen bereits eingeleiteten Prozesses, auf denen die Möglichkeit der Mobilisierung zusätzlicher Mittel für die baldige Durchführung von Programmen und Projekten im Rahmen des Sonderplans geprüft werden soll;

6. *bittet nachdrücklich* die Mitgliedstaaten und Beobachter, die zwischenstaatlichen Organisationen, die internationalen Finanzinstitutionen, die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen und die regionalen und subregionalen Organe und Stellen, unter Berücksichtigung der Notstandssituation, mit der die zentralamerikanischen Länder konfrontiert sind, aktiv mitzuwirken und Sofortmaßnahmen zur Durchführung der Aktivitäten zur Unterstützung der Gesamt- und Einzelziele des Sonderplans zu ergreifen;

7. *betont* die dringende Notwendigkeit, den zentralamerikanischen Ländern zu konzessionären und günstigen Bedingungen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, welche über diejenigen hinausgehen, die sie bereits von der internationalen Gemeinschaft erhalten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Sachstandsbericht über die Durchführung des Sonderplans vorzulegen;

9. *beschließt*, den Stand der Durchführung des Sonderplans auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung zu prüfen und zu evaluieren.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/205 – Wege zu einer dauerhaften Lösung der Auslandsverschuldungsprobleme

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 41/202 vom 8. Dezember 1986, 42/198 vom 11. Dezember 1987 und 43/198 vom 20. December 1988,

sowie unter Hinweis auf die Resolutionen 165 (S-IX) vom 11. März 1978[42], 222 (XXI) vom 27. September 1980[43] und 358 (XXXV) vom 5. Oktober 1988[44] des Handels- und Entwicklungsrats sowie Kenntnis nehmend von der Ratsresolution 375 (XXXVI) vom 13. Oktober 1989[45],

besorgt darüber, daß zahlreiche Entwicklungsländer, die mit Schuldenproblemen und deren ernsten sozialen Folgen konfrontiert sind, seit vielen Jahren unbefriedigende Wachstums- und Entwicklungsraten aufweisen und daß die Aussichten für diese Länder darauf hindeuten, daß ihre Leistungen auch 1989 unbefriedigend sein werden,

in der Erkenntnis, daß ein derart schwaches Wachstum, verschlimmert durch die Auslandsverschuldungskrise, zu einer Bedrohung ihrer sozialen und politischen Stabilität werden kann,

davon überzeugt, daß in diesem Zusammenhang die Beseitigung der seit langem bestehenden Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer u.a. gegebenenfalls eine Reduzierung des Schuldenvolumens und des Schuldendienstes erfordern würde, die groß genug wäre, um zur Erreichung des Ziels eines neuen kräftigen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung in den verschuldeten Entwicklungsländern beizutragen,

in Anerkennung dessen, daß eine Reihe jüngster Initiativen zur Reduzierung des Schuldenvolumens und des Schuldendienstes der Entwicklungsländer[46] sowie die Maßnahmen zur Schuldenentlastung einen konzeptionellen Fortschritt und einen wichtigen Beitrag zu den Bemühungen um die Bewältigung der Schuldenkrise darstellen und daß diese Initiativen rasch in die Tat umgesetzt werden müssen, damit sie wirkungsvoller zur Überwindung der Schuldenkrise der Entwicklungsländer beitragen,

in Anbetracht des engen Zusammenhangs zwischen Währung, Finanzen, Kapitalströmen, Handel, Rohstoffen, Entwicklung und Auslandsverschuldung sowie in dieser Hinsicht in Anerkennung der wichtigen politischen Implikationen, die sich aus diesem Zusammenhang für eine dauerhafte Lösung der Schuldenprobleme ergeben,

besorgt über den Rückgang der den Entwicklungsländern für ihre Entwicklung zur Verfügung stehenden Auslandsmittel, der u.a. auf die schwere Auslandsverschuldung zurückzuführen ist,

in Anbetracht dessen, daß alle Länder, gemeinsam wie auch jedes für sich, ständige Anpassungsanstrengungen unternehmen müssen, um die Schuldenprobleme zu überwinden und sicherzustellen, daß die Finanzströme voll und wirksam genutzt werden, und daß dabei jedes Land zu diesem gemeinsamen Ziel nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und seines Gewichts in der Weltwirtschaft beitragen muß,

betonend, daß die von den Entwicklungsländern unternommenen Anstrengungen zur Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums zwar bedeutsam sind, daß eine Wiederbelebung des Wachstums und der Entwicklung jedoch nur gelingen kann, wenn auch das internationale Wirtschaftsklima günstig ist,

[41] A/44/527 mit Korr.1 und 2, Anhang.
[42] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Dreiunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/33/15), Vol. I, Zweiter Teil, Anhang I.
[43] Ebd., *Fünfunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/35/15), Vol. II, Anhang I.
[44] Ebd., *Dreiundvierzigste Tagung, Beilage 15* (A/43/15), Vol. II, Abschnitt II.A.
[45] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 15* (A/44/15), Vol. II, Abschnitt II.A.
[46] Siehe A/44/628.

in der Erkenntnis, daß ein solches günstiges internationales Wirtschaftsklima u.a. eine Anpassung der Volkswirtschaften der Industriestaaten voraussetzt, die einen großen Einfluß auf die Weltwirtschaft haben, einschließlich geeigneter Finanz-, Währungs- und Handelspolitiken, um die gravierendsten Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft zu beseitigen,

mit Genugtuung darüber, daß die Notwendigkeit anerkannt wird, daß alle Beteiligten ihre Anstrengungen fortsetzen, um eine Lösung für die schwere Verschuldungskrise zu finden und ihre Ausweitung und weitere Verschärfung zu verhindern,

mit tiefer Besorgnis feststellend, daß die Zielrichtung und die Verteilung der Auslandskapitalströme auch weiterhin Änderungen unterworfen sind und daß der Zufluß dieser Mittel in die Entwicklungsländer zurückgeht, was die wirtschaftliche Gesundung und nachhaltige Entwicklung der Entwicklungsländer erschwert hat,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Auslandsverschuldungskrise und die Entwicklung[46];

2. *begrüßt* den Beitrag der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen zu den weltweiten Bemühungen um eine Lösung für die Auslandsverschuldungskrise der Entwicklungsländer und erinnert in diesem Zusammenhang an die Resolutionen 165 (S-IX) und 375 (XXXVI) des Handels- und Entwicklungsrats über die Schulden- und Entwicklungsprobleme der Entwicklungsländer;

3. *dankt* dem Generalsekretär für seine Bemühungen um eine Lösung der Schuldenprobleme der Entwicklungsländer und ermutigt ihn, seine Bemühungen fortzusetzen;

4. *anerkennt* die Rolle der internationalen Finanzinstitutionen bei der Bewältigung der Schuldenprobleme der Entwicklungsländer;

5. *bittet* alle Betroffenen *nachdrücklich*, ihre Bemühungen um eine dauerhafte, gerechte und einvernehmliche wachstums- und entwicklungsorientierte Lösung der Schuldenprobleme der Entwicklungsländer fortzusetzen, wozu ein konzertiertes internationales Vorgehen erforderlich ist;

6. *betont*, daß die Verschlechterung der Wirtschaftslage der verschuldeten Entwicklungsländer eines der Haupthindernisse für ihr wirtschaftliches Wachstum und ihre nachhaltige Entwicklung ist und ihre wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität bedrohen kann;

7. *begrüßt es*, daß die Gläubigerländer immer mehr zur Kenntnis nehmen, daß eine Abschreibung und/oder eine Reduzierung des Schuldenvolumens und des Schuldendienstes der Entwicklungsländer erforderlich ist, und begrüßt auch den Beitrag, den die jüngsten Intitiativen zur Reduzierung des Schuldenumfangs und des Schuldendienstes der Entwicklungsländer leisten können;

8. *betont*, daß ein günstiges internationales Wirtschaftsklima und zugleich ein wachstumsorientierter Entwicklungsansatz erforderlich sind, um die verschuldeten Entwicklungsländer bei ihren Anstrengungen zu unterstützen, ihre Auslandsverschuldungsprobleme zu bewältigen und die politischen und sozialen Kosten der Strukturanpassungsprogramme sowie den damit verbundenen Verschleiß zu verringern, um so zur Wiederherstellung ihres Wirtschaftswachstums, ihrer Entwicklung und ihrer Kreditwürdigkeit beizutragen;

9. *äußert tiefe Besorgnis darüber*, daß die Gesamtverschuldung der verschuldeten Entwicklungsländer weiter andauert und oft noch zunimmt, daß ihr Wachstum und ihre Entwicklung schwer eingeschränkt sind und daß ihre wirtschaftlichen und sozialen Aussichten nach wie vor Grund zu ernster Besorgnis sind;

10. *betont*, daß es dringend notwendig ist, daß die jüngsten Intitiativen breitestmögliche Anwendung finden;

11. *betont*, daß, um sicherzustellen, daß die jüngsten Initiativen, insbesondere zum Schuldenabbau, im Verein mit geeigneten Wirtschaftspolitiken und einem günstigen internationalen Umfeld wirksam und umfassend zur Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und zu einer nachhaltigen Entwicklung in den Entwicklungsländern beitragen, folgende Maßnahmen erforderlich wären:

a) Es sollten finanzielle Maßnahmenpakete ausgehandelt werden, die geeignet sind, wachstumsorientierte Anpassungsprogramme zu unterstützen, darunter gegebenenfalls Maßnahmen zur Reduzierung des Schuldenvolumens und des Schuldendienstes, zur Neuvergabe von Krediten und andere Maßnahmen, damit die finanziellen Verpflichtungen und die Zahlungsfähigkeit der einzelnen Schuldnerländer mehr in Einklang gebracht werden, wobei die Kombination dieser Elemente dazu führen sollte, daß so viele Mittel freigesetzt werden, daß wieder mehr investiert wird, daß wieder ein kräftiges Wachstum einsetzt und die Entwicklung vorangeht und daß die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden können;

b) Die Gläubigerländer sollten ihre Gepflogenheiten in den Bereichen Steuern, Regelungen und Rechnungswesen überprüfen, um unnötige Hindernisse für eine Neuvergabe von Krediten an die Entwicklungsländer und eine Reduzierung des Schuldenvolumens und des Schuldendienstes zu beseitigen und auf diese Weise sicherzustellen, daß günstige Rahmenbedingungen geschaffen und aufrechterhalten werden;

c) Die mittel- und langfristigen Aussichten des Umschuldungsprozesses sollten verbessert werden, indem sichergestellt wird, daß dabei die von den betroffenen Ländern aufgestellten Politiken und Programme, die auf Entwicklung und Anpassung bei gleichzeitigem Wachstum ausgerichtet sind, voll berücksichtigt werden; dabei sollten gegebenenfalls auch Umschuldungsvereinbarungen auf mehrjähriger Grundlage in Erwägung gezogen werden;

d) Die Regierungen der Mitgliedsländer des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und anderer multilateraler Finanzinstitutionen sollten sicherstellen, daß diese Institutionen über ausreichende Mittel verfügen, um ihren Auftrag voll wahrnehmen zu können, so gegebenenfalls auch ihre Rolle bei der praktischen Umsetzung der jüngsten Initiativen;

e) Es sollten weiterhin ernsthaft einvernehmliche Mittel und Wege erwogen werden, um die verschuldeten Entwicklungsländer zu unterstützen, die bei den multilateralen Finanzinstitutionen umfangreiche Schulden mit gehäufter Fälligkeit haben;

f) Die betroffenen Parteien sollten bei der Entwicklung innovativer Ansätze, einschließlich solcher, die von

Banken und Schuldnern entwickelt werden, auch weiterhin größere Flexibilität zeigen, um aus den auf den Sekundärmärkten vorherrschenden Diskontsätzen Nutzen zu ziehen;

g) Alle Betroffenen sollten das oben Gesagte entsprechend berücksichtigen, wenn es darum geht, eine wachstumsorientierte Lösung für die Auslandsverschuldungsprobleme der Entwicklungsländer zu finden, die sich gravierenden Schuldendienstproblemen gegenübersehen, auch jener Entwicklungsländer, die hauptsächlich bei öffentlichen Gläubigern oder multilateralen Institutionen verschuldet sind;

12. *betont*, daß für eine dauerhafte Lösung der Schuldenprobleme und für die Wiederbelebung des Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung in den Entwicklungsländern u.a. folgendes erforderlich ist:

a) Alle Regierungen sollten sich um ein offeneres System internationaler Handelsbeziehungen bemühen, das insbesondere den Exportprodukten der Entwicklungsländer den Zugang erleichtert, insbesondere im Zusammenhang mit der Uruguay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen, die während der vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este (Uruguay) abgehaltenen Sondertagung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens eingeleitet wurde;

b) Verstärkte Anstrengungen sollten auf die Diversifizierung der Exporte der Entwicklungsländer gerichtet werden, um sie in die Lage zu versetzen, stabilere Einnahmen zu erzielen; ein Ausbau der bestehenden Regelungen zur kompensierenden Finanzierung von Exporterlösausfällen bei Rohstoffen kann diesen Prozeß erleichtern;

c) Die externen Mittel sollten aufgestockt werden, um die innerstaatlichen Maßnahmen zur Förderung der Kapitalbildung in den Entwicklungsländern mit unzureichender Ersparnis und unzureichendem Zufluß von Auslandsmitteln zu ergänzen;

d) Die Industriestaaten sollten sich verstärkt um eine Fortsetzung der Strukturanpassung bemühen, ein kräftiges Wachstum bei gleichzeitiger Senkung und/oder Eindämmung der Inflation aufrechterhalten und auf eine Kombination von finanz- und währungspolitischen Maßnahmen hinarbeiten, die ein Sinken der Zinssätze zulassen und damit zu einem günstigeren internationalen Wirtschaftsklima führen würden;

e) Die verschuldeten Entwicklungsländer müssen unbedingt ihre Anstrengungen zur Anhebung der Ersparnis und der Investitionen, zur Senkung der Inflation und zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit fortsetzen und verstärken, wobei ihre eigenen besonderen Gegebenheiten und die Verwundbarkeit der ärmeren Bevölkerungsschichten zu berücksichtigen sind;

f) Die Industriestaaten sollten kohärente und koordinierte Politiken entwickeln, einschließlich einer multilateralen Überwachung, die auf eine Beseitigung der Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft abzielen;

13. *anerkennt*, daß die Auslandsverschuldung einiger anderer Länder mit schweren Schuldendienstproblemen ebenfalls Anlaß zu beträchtlicher Besorgnis gibt, und bittet alle Beteiligten, bei der Behandlung dieser Probleme und bei den Bemühungen um eine wachstumsorientierte Lösung der Auslandsverschuldungsprobleme diese Resolution gegebenenfalls zu berücksichtigen;

14. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten und dabei darzulegen, wie sich die Auslandsverschuldungskrise auf die Verfügbarkeit der für das Wachstum und die sozioökonomische Entwicklung der Entwicklungsländer erforderlichen Mittel auswirkt.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/206 — Mögliche schädliche Auswirkungen eines Ansteigens des Meeresspiegels auf Inseln und Küstengebiete, insbesondere tiefliegende Küstengebiete

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 42/202 vom 11. Dezember 1987 und 43/53 vom 6. Dezember 1988,

sich dessen bewußt, daß ein Ansteigen des Meeresspiegels durch seine möglichen nachteiligen Auswirkungen auf Inseln und Küstengebiete, insbesondere tiefliegende Küstengebiete, zu einem weltweiten Problem werden könnte,

in Anerkennung der Notwendigkeit weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen der Klimaveränderung, und zwar auch der Möglichkeit eines Ansteigens des Meeresspiegels infolge der globalen Erwärmung,

in Anbetracht dessen, daß innerhalb des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere innerhalb des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, der Weltorganisation für Meteorologie und des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaveränderungen bereits Arbeiten in bezug auf das weltweite Problem durchgeführt werden, das aus einem Ansteigen des Meeresspiegels entstehen könnte, sowie in diesem Zusammenhang Kenntnis nehmend von dem Beschluß 15/36 vom 25. Mai 1989 betreffend die globale Klimaveränderung, den der Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen verabschiedet hat[47],

sowie in Anbetracht dessen, daß im Schlußkommuniqué des am 10. und 11. Juli 1989 in Tarawa (Kiribati) abgehaltenen Zwanzigsten Südpazifik-Forums Besorgnis über die möglichen Auswirkungen geäußert wird, die ein Ansteigen des Meeresspiegels infolge der globalen Erwärmung auf die Inselstaaten haben könnte[48],

ferner in Anbetracht dessen, daß in der Erklärung von Langkawi über die Umwelt, die auf dem Treffen der Commonwealth-Regierungschefs am 21. Oktober 1989 verabschiedet worden ist, Unterstützung für die Anstrengungen der tiefliegenden Länder und der Inselstaaten bekundet wird, sich selbst und ihre fragilen natürlichen Meeresökosysteme vor den Auswirkungen eines Ansteigens des Meeresspiegels zu schützen[49],

Kenntnis nehmend von der Erklärung von Male über die globale Erwärmung und das Ansteigen des Meeresspiegels, die von der in Male (Malediven) vom 14. bis 18. November 1989 abgehaltenen Konferenz der Kleinstaaten über das Ansteigen des Meeresspiegels verabschiedet worden ist[50], in der die Teilnehmer ihre Absicht

[47] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 25* (A/44/25), Anhang I.
[48] A/44/463, Anhang, Ziffer 20.
[49] Ebd., Ziffer 8 *k*).
[50] A/C.2/44/7, Anhang.

erklärt haben, tätig zu werden, zusammenzuarbeiten und sich um internationale Unterstützung zu bemühen, um die tiefliegenden kleinen Küsten- und Inselstaaten der Welt vor den durch die Klimaveränderung, die globale Erwärmung und das Ansteigen des Meeresspiegels verursachten Gefahren zu schützen,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis darüber, daß ein Ansteigen des Meeresspiegels infolge der globalen Klimaveränderung u.a. zu anormal hohen Fluten führen könnte, welche die Überschwemmung und Erosion von Küstengebieten verschlimmern und die Infrastruktur von Inseln und tiefliegenden Küstengebieten schädigen könnten,

1. *begrüßt es*, daß den schwerwiegenden Auswirkungen, die ein Ansteigen des Meeresspiegels infolge der Klimaveränderung auf Inseln und Küstengebiete, insbesondere tiefliegende Küstengebiete, haben könnte, weltweit zunehmende Aufmerksamkeit gewidmet wird;

2. *bittet* die internationale Gemeinschaft *nachdrücklich*, die von einem Ansteigen des Meeresspiegels betroffenen Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, in ihren Bemühungen um die Entwicklung und Umsetzung von Strategien zu ihrem eigenen Schutz und zum Schutz ihrer empfindlichen natürlichen Meeresökosysteme vor den speziellen Gefahren eines durch die Klimaveränderung verursachten Ansteigens des Meeresspiegels wirksam und rechtzeitig zu unterstützen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, die Weltorganisation für Meteorologie und über diese den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Klimaveränderungen zu bitten, in ihrer Arbeit die besondere Situation von Inseln und Küstengebieten, insbesondere tiefliegenden Küstengebieten, zu berücksichtigen, indem sie weitere wissenschaftliche Untersuchungen durchführen und nach Möglichkeiten suchen, den Problemen eines Ansteigens des Meeresspiegels zu begegnen, u.a. dadurch, daß sie auf Antrag und im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat die Dienste von Sachverständigen für eine bessere Bewirtschaftung der Küstenzonen bereitstellen;

4. *empfiehlt*, daß die Frage der Anfälligkeit der betroffenen Länder und ihrer Meeresökosysteme für ein Ansteigen des Meeresspiegels bei den Erörterungen über den Entwurf eines Rahmenübereinkommens über das Klima und im Rahmen der 1992 abzuhaltenden Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung sowie während der Vorbereitungen für die Konferenz geprüft wird;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über den Wirtschafts- und Sozialrat und den Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/207 – Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/53 vom 6. Dezember 1988, in der sie anerkannte, daß Klimaveränderungen die gesamte Menschheit angehen,

Kenntnis nehmend von dem Beschluß 15/36 des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen vom 25. Mai 1989 über die Veränderung des Weltklimas[47],

Kenntnis nehmend von der Botschaft des Vorsitzenden der vom 5. bis 7. März 1989 in London abgehaltenen Konferenz zum Schutz der Ozonschicht[51], der von 24 Staats- und Regierungschefs oder deren Vertretern am 11. März 1989 in Den Haag gebilligten Erklärung von Den Haag[52], der am 2. Mai 1989 verabschiedeten Erklärung von Helsinki über den Schutz der Ozonschicht[53], von den einschlägigen Teilen der vom Treffen der Regierungschefs des Commonwealth am 21. Oktober 1989 abgegebenen Erklärung von Langkawi über die Umwelt[54], von der Erklärung, die von der am 6. und 7. November 1989 abgehaltenen Ministerkonferenz über die Verschmutzung der Atmosphäre und den Klimawandel in Noordwijk (Niederlande) verabschiedet wurde[55], und den einschlägigen Teilen der Erklärung von Caracas, die von der vom 21. bis 23. Juni 1989 in Caracas abgehaltenen Sonderministertagung der Gruppe der Siebenundsiebzig verabschiedet wurde[56],

Kenntnis nehmend von den einschlägigen Erklärungen und Beschlüssen, die von zwischenstaatlichen Regionaltagungen 1989 verabschiedet wurden, insbesondere von der Amazonien-Erklärung, die von den Präsidenten der Vertragsstaaten des Vertrages für amazonische Zusammenarbeit am 6. Mai 1989 in Manaus (Brasilien) verabschiedet wurde[57], von der Erklärung von Brasilia, die von der am 30. und 31. März 1989 in Brasilia abgehaltenen Sechsten Ministertagung über die Umwelt in Lateinamerika und in der Karibik abgegeben wurde[58], sowie von den einschlägigen Teilen des Schlußkommuniqués des am 10. und 11. Juli 1989 in Tarawa (Kiribati) abgehaltenen Zwanzigsten Südpazifik-Forums[59],

in Anbetracht dessen, daß die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten Industriestaaten und der Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften in der am 16. Juli 1989 in Paris auf der Gipfelkonferenz dieser Staaten verabschiedeten Wirtschaftserklärung den Beschluß der Weltorganisation für Meteorologie über die Schaffung eines globalen Klimadatennetzes zur Feststellung von Klimaveränderungen unterstützt haben, daß sie sich darüber einig waren, daß dringend eine Rahmenkonvention über das Klima ausgearbeitet werden muß, und daß sie anerkannt haben, daß in diesem Rahmen einzelne Protokolle mit konkreten Verpflichtungen ausgearbeitet werden könnten[60],

Kenntnis nehmend von den Schlußdokumenten der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[61], in denen u.a. nachdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Klimaverände-

[51] Siehe UNEP/OzL.Pro.1/5, Ziffer 11.
[52] A/44/340-E/1989/120, Anhang.
[53] UNEP/OzL.Pro.1/5, Anlage I.
[54] A/44/673, Anhang.
[55] A/C.2/44/5, Anhang.
[56] A/44/361, Anhang.
[57] A/44/275-E/1989/79, Anhang.
[58] A/44/683, Anhang.
[59] A/44/463, Anhang.
[60] Siehe A/C.2/44/11, Anhang, Ziffer 40-51.
[61] A/44/551-S/20870, Anhang.

rung und ihrer Folgen in einem weltweiten Rahmen getroffen werden müßten und in denen in diesem Zusammenhang die möglichst umgehende Ausarbeitung und Verabschiedung einer Rahmenkonvention über das Klima in Übereinstimmung mit Generalversammlungsresolution 43/53 gefordert wurde,

in Anerkennung der Notwendigkeit zusätzlicher Forschungsarbeiten und wissenschaftlicher Untersuchungen über alle Quellen, Ursachen und Wirkungen der Klimaveränderung,

feststellend, daß der größte Teil der derzeitigen Schadstoffemission in die Umwelt seinen Ursprung in den entwickelten Ländern hat, und daher anerkennend, daß diese Länder die Hauptverantwortung für die Bekämpfung dieser Verschmutzung tragen,

in Anerkennung der Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit, damit in einem weltweiten Rahmen und unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse und Entwicklungsprioritäten der Entwicklungsländer wirksame Maßnahmen zur Frage der Klimaveränderung ergriffen werden,

besorgt darüber, daß die Mitwirkung der Entwicklungsländer im Zwischenstaatlichen Gremium für Klimaveränderungen nach wie vor begrenzt ist, und nachdrücklich darauf hinweisend, daß das Zwischenstaatliche Gremium in Anbetracht seines zwischenstaatlichen Charakters alles in seinen Kräften Stehende tun muß, um im Einklang mit der Praxis der Vereinten Nationen eine angemessene Mitwirkung und die Einbeziehung der Regierungen in seine Tätigkeit sicherzustellen,

1. *betont*, daß, wie aus den Schlußfolgerungen verschiedener wichtiger internationaler Tagungen hervorgeht, die Frage der Klimaveränderung dringend angegangen werden muß;

2. *empfiehlt*, daß die Regierungen, unter angemessener Berücksichtigung der Tatsache, daß mehr wissenschaftliche Erkenntnisse hinsichtlich der Quellen, Ursachen und Auswirkungen der Klimaveränderung sowie hinsichtlich der globalen, regionalen und lokalen Klimaverhältnisse gewonnen werden müssen, ihre Tätigkeiten zur Unterstützung des Weltklimaprogramms und des Internationalen Geosphäre-Biosphäre-Programms, einschließlich der Überwachung der Zusammensetzung der Atmosphäre und der Klimaverhältnisse, fortsetzen und wo immer möglich verstärken, und empfiehlt außerdem, daß die internationale Gemeinschaft die Bemühungen der Entwicklungsländer um Mitwirkung an diesen wissenschaftlichen Tätigkeiten unterstützt;

3. *bittet nachdrücklich* die Regierungen, im Einklang mit deren nationalen Politiken, Prioritäten und Vorschriften, sowie die zwischenstaatlichen Organisationen, zusammenzuarbeiten und alles zu tun, um Tätigkeiten einzuschränken, zu vermindern und zu verhüten, welche sich nachteilig auf das Klima auswirken könnten, und fordert die nichtstaatlichen Organisationen, die Industrie und andere Produktionssektoren auf, die ihnen zukommende Rolle zu spielen;

4. *erklärt erneut*, daß nach der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts die Staaten das souveräne Recht haben, ihre eigenen Naturschätze gemäß ihrer Umweltpolitik zu nutzen, und erklärt außerdem erneut, daß sie die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß durch Tätigkeiten, die innerhalb ihres Hoheitsbereichs oder unter ihrer Kontrolle ausgeübt werden, der Umwelt in anderen Staaten oder in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche kein Schaden zugefügt wird, und daß sie im Einklang mit ihren Möglichkeiten und besonderen Verantwortlichkeiten die ihnen zukommende Rolle bei der Erhaltung und beim Schutz der globalen und regionalen Umwelt spielen;

5. *erklärt erneut*, daß das System der Vereinten Nationen, durch die Generalversammlung, aufgrund seines universalen Charakters das geeignete Forum für ein konzertiertes politisches Vorgehen bei weltweiten Umweltproblemen ist;

6. *begrüßt* die gemeinsamen Anstrengungen der Weltorganisation für Meteorologie und des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zur Unterstützung der dringlichen Arbeiten des Zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen und seiner drei Arbeitsgruppen, die eingesetzt wurden, um die wissenschaftlichen Informationen über die Klimaveränderungen sowie deren soziale und wirtschaftliche Auswirkungen zu bewerten und Antwortstrategien zu formulieren;

7. *bittet* alle Regierungen sowie die entsprechenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die Arbeit des Zwischenstaatlichen Gremiums voll zu unterstützen und sich aktiv daran zu beteiligen;

8. *begrüßt* die Einrichtung des Treuhandfonds des Zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen und die in den Fonds eingezahlten Beiträge;

9. *bittet nachdrücklich* das Zwischenstaatliche Gremium, das Erforderliche zu tun, um die Mitwirkung der Entwicklungsländer an den wissenschaftlichen und grundsatzpolitischen Aspekten seiner Arbeiten sicherzustellen, und fordert die internationale Gemeinschaft, insbesondere die entwickelten Länder, auf, großzügige Beiträge zu dem Treuhandfonds in Erwägung zu ziehen, damit die Teilnahme von durch die Regierungen der Entwicklungsländer bestimmten Sachverständigen an allen Sitzungen des Zwischenstaatlichen Gremiums, einschließlich seiner Arbeitsgruppen und Untergruppen, finanziert werden kann;

10. *unterstützt* das vom Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen in seinem Beschluß 15/36 an den Exekutivdirektor des Programms gerichtete Ersuchen, dieser möge in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der Weltorganisation für Meteorologie mit den Vorbereitungen für die Verhandlungen über eine Rahmenkonvention über das Klima beginnen, unter Berücksichtigung der Arbeiten des Zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen wie auch der auf internationalen Tagungen zu diesem Thema, einschließlich der Zweiten Weltklimakonferenz, erzielten Ergebnisse, und empfiehlt, daß diese Verhandlungen so bald wie möglich nach Verabschiedung des Sachstandberichts des Zwischenstaatlichen Gremiums beginnen und daß die Generalversammlung frühzeitig während ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Beschluß faßt, in dem die Möglichkeiten und Modalitäten für eine Fortführung dieser Verhandlungen empfohlen werden, wobei die Arbeiten des Vorbereitungsausschusses für die 1992 abzuhaltende Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung berücksichtigt werden sollten;

11. *ersucht* den Generalsekretär, den Delegationen die Berichte der dritten und vierten Plenarsitzung des Zwischenstaatlichen Gremiums sowie seinen Sachstandsbericht als offizielle Dokumente der fünfundvier-

zigsten Tagung der Generalversammlung nachrichtlich zukommen zu lassen;

12. *bittet nachdrücklich* die Regierungen, die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und die wissenschaftlichen Einrichtungen, an den Bemühungen um die dringliche Ausarbeitung einer Rahmenkonvention über das Klima und damit zusammenhängender Protokolle mit konkreten Verpflichtungen mitzuwirken, wobei auf der Grundlage solider wissenschaftlicher Erkenntnisse entsprechend festgelegte Prioritäten und die besonderen Entwicklungsbedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt werden sollten;

13. *empfiehlt* den Regierungen und den zuständigen zwischenstaatlichen Organisationen, bis zum Vorliegen des Verhandlungsergebnisses den ganzen Fächer von Möglichkeiten zur Abwendung der möglicherweise schädlichen Auswirkungen der Klimaveränderungen, zur Beseitigung der Ursachen des Phänomens und zur Entwicklung von Programmen zur Umsetzung dieser Möglichkeiten zu prüfen, die den Bedürfnissen der einzelnen Länder eher entsprechen, wie in Ziffer 11 Buchstabe a bis f des Beschlusses 15/36 des Verwaltungsrats dargelegt wird;

14. *legt* den Regierungen und den entsprechenden internationalen Organisationen *nahe*, die Entwicklung internationaler Finanzierungsmechanismen zu fördern und dabei die Vorschläge bezüglich eines Klimafonds und andere innovative Ideen zu berücksichtigen sowie der Tatsache Rechnung zu tragen, daß neue und zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden müssen, um die Entwicklungsländer bei der Erkennung, Analyse, Überwachung, Verhütung und Bewältigung von Umweltproblemen, in erster Linie an der Quelle, in Übereinstimmung mit den nationalen Entwicklungszielen und -plänen zu unterstützen, damit sichergestellt ist, daß ihre Entwicklungsprioritäten nicht beeinträchtigt werden;

15. *beschließt*, daß das Konzept des gesicherten Zugangs der Entwicklungsländer zu umweltgerechten Technologien und des gesicherten Transfers dieser Technologien zu günstigen Bedingungen in die Entwicklungsländer und der Zusammenhang dieses Konzepts mit den geistigen Eigentumsrechten bei der Ausarbeitung einer Rahmenkonvention über das Klima untersucht werden sollte, um wirksame Antworten auf die diesbezüglichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu entwickeln;

16. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen der laufenden zwischenstaatlichen und sonstigen Bemühungen auf diesem Gebiet die Formulierung und Anwendung von Strategien, um der Klimaveränderung zu begegnen, auch weiterhin zu unterstützen;

17. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, diese Resolution allen Regierungen sowie zwischenstaatlichen Organisationen, nichtstaatlichen Organisationen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat und wissenschaftlichen Einrichtungen, die für Klimafragen zuständig sind, zur Kenntnis zu bringen;

18. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

19. *beschließt*, diese Frage unbeschadet der Anwendung des Grundsatzes der zweijährlichen Behandlung von Fragen in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung aufzunehmen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/208 – Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten

Die Generalversammlung,

im Hinblick auf die Bedeutung der Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten,

eingedenk der Notwendigkeit, die Konferenz, die für die Mitgliedstaaten und andere die wichtigste Gelegenheit zur Ankündigung ihrer Beiträge zu den operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen darstellt, auch künftig möglichst effektiv zu gestalten,

ersucht den Generalsekretär, die Modalitäten der Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten zu prüfen und dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 zur Weiterleitung an die Konferenz im Jahre 1990 und gegebenenfalls an die Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Empfehlungen zu den künftigen Verwaltungsvorkehrungen für die Konferenz vorzulegen, die folgendes umfassen:

a) Tagungsvorkehrungen für die Konferenz, einschließlich ihrer möglichen Verkürzung, und ihrer Anberaumung, unter Berücksichtigung der Haushaltszyklen der Regierungen;

b) Verfahren für die Beitragsankündigung, wobei gegebenenfalls in stärkerem Maße auf schriftliche Beitragsankündigungen zurückgegriffen werden sollte;

c) Formalisierung und Rationalisierung der die Schlußakte der Konferenz betreffenden Verfahren.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/209 – Vierzigjähriges Bestehen der multilateralen technischen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

feststellend, daß 1990 das Jahr des vierzigjährigen Bestehens der multilateralen technischen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen ist, die mit der Errichtung des Erweiterten technischen Hilfsprogramms[62] und des Sonderfonds[63] begonnen hat, den beiden Programmen, aus deren Zusammenlegung später das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen entstand[64],

Kenntnis nehmend von den am 30. Juni 1989 beziehungsweise 28. Juli 1989 verabschiedeten Beschlüssen 89/68 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen[27] und 1989/187 des Wirtschafts- und Sozialrats,

[62] Resolution 304 (IV).
[63] Resolution 1240 (XIII).
[64] Resolution 2029 (XX).

1. *beschließt*, während ihrer fünfundvierzigsten Tagung das vierzigjährige Bestehen der multilateralen technischen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen in einer der Rolle und den Errungenschaften dieser Zusammenarbeit angemessenen Weise zu begehen, und beschließt außerdem, Mittwoch, den 24. Oktober 1990 – den Tag der Vereinten Nationen –, für die Begehung dieses Jahrestags vorzusehen;

2. *bittet* den Generalsekretär, in enger Zusammenarbeit mit dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen die erforderlichen Vorbereitungen für die Begehung dieses Jahrestags zu treffen, und bittet außerdem alle in der technischen Zusammenarbeit tätigen Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, zu den Vorbereitungen beizutragen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/210 – Künftige Aufgaben auf dem Gebiet der Bevölkerungsfragen, einschließlich der Mobilisierung der für die internationale Hilfe auf diesem Gebiet erforderlichen Mittel

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der Grundsätze und Ziele des Weltbevölkerungsaktionsplans[65], die auf der Internationalen Bevölkerungskonferenz bekräftigt und erweitert wurden[66],

unter Hinweis auf den Beschluß 87/30 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 18. Juni 1987, in dem der Verwaltungsrat die Absicht des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen begrüßt hat, eine weitreichende Überprüfung und Bewertung der in den wichtigsten Bereichen seines Mandats gesammelten Erfahrungen in Bevölkerungsfragen durchzuführen[67],

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/199 vom 20. Dezember 1988, in der sie die vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen durchgeführte Überprüfung und Bewertung seiner in Bevölkerungsfragen gesammelten Erfahrungen begrüßt und darum ersucht hat, der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung eine entsprechende Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, Schlußfolgerungen und Empfehlungen vorzulegen,

eingedenk der Vielfalt der Kulturen und Traditionen sowie der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in den verschiedenen Ländern sowie unter Achtung der nationalen Souveränität aller Länder, was die Formulierung, Förderung und Durchführung ihrer eigenen Bevölkerungspolitik betrifft,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen mit den Ergebnissen, Schlußfolgerungen und Empfehlungen, die sich aus der Überprüfung und Bewertung seiner in Bevölkerungsprogrammen gesammelten Erfahrungen ergeben[68];

2. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von der Amsterdamer Erklärung über ein besseres Leben für die künftigen Generationen, die von dem vom 6. bis 9. November 1989 in Amsterdam abgehaltenen Internationalen Forum über die Bevölkerung im einundzwanzigsten Jahrhundert[69] verabschiedet worden ist;

3. *betont*, wie wichtig es ist, daß die Ergebnisse des Internationalen Forums bei den Vorbereitungen für einschlägige künftige Konferenzen der Vereinten Nationen und bei den diesbezüglichen Beratungen, insbesondere bei der für 1994 geplanten internationalen Bevölkerungstagung, sowie bei der Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen gebührend berücksichtigt werden;

4. *ersucht* den Exekutivdirektor des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen,

a) die Ergebnisse des Internationalen Forums den Regierungen, Organisationen der Vereinten Nationen und nichtstaatlichen Organisationen zur Kenntnis zu bringen;

b) insbesondere zu untersuchen, welche Konsequenzen sich aus der Amsterdamer Erklärung für die Bevölkerungsprogramme ergeben, und die Analyse des Mittelbedarfs für die internationale Hilfe auf dem Gebiet der Bevölkerungsfragen weiter voranzutreiben;

c) der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und den Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht darüber vorzulegen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/211 – Umfassende dreijährliche Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2688 (XXV) vom 11. Dezember 1970, 32/197 vom 20. Dezember 1977, 41/171 vom 5. Dezember 1986, 42/196 vom 11. Dezember 1987 und 43/199 vom 20. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen über die Überprüfung und Bewertung seiner Erfahrungen mit Bevölkerungsprogrammen[68], der auf das in Resolution 43/199 enthaltene Ersuchen hin erstellt wurde,

erneut erklärend, daß entsprechend dem in der Anlage zu ihrer Resolution 2688 (XXV) enthaltenen Konsens von 1970 die Festlegung der nationalen Entwicklungspläne, -prioritäten und -ziele ausschließlich Sache der Regierung des Empfängerlandes ist, und nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Integration der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in die einzelstaatlichen Pläne und Ziele die Wirkung und Relevanz dieser Aktivitäten stärken würde,

---

[65] Siehe *Report of the United Nations World Population Conference, Bucharest, 19-30 August 1974* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.75.XIII.3), Kap. I.

[66] Siehe *Report of the International Conference on Population, Mexico City, 6-14 August 1984* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.84.XIII.8 mit Korrigenda).

[67] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1987, Supplement No. 12* mit Korrigendum (E/1987/25 mit Korr.1), Anhang I.

[68] A/44/432, Anhang.

[69] A/C.2/44/6, Anhang.

sowie erneut erklärend, daß die nationalen Pläne und Prioritäten den einzigen brauchbaren Bezugsrahmen für die Programmierung operativer Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen auf einzelstaatlicher Ebene darstellen,

ferner erneut erklärend, daß die grundlegenden Merkmale der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen u.a. ihre Universalität, ihre Freiwilligkeit und ihr Zuschußcharakter, ihre Neutralität und ihr Multilateralismus sowie ihre Fähigkeit sein sollten, flexibel auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu reagieren, und daß die operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen zum Nutzen der Entwicklungsländer, auf deren Ersuchen und in Übereinstimmung mit deren eigenen Entwicklungspolitiken und -prioritäten durchgeführt werden,

in Anerkennung der unterschiedlichen und komplexen Situationen und Bedingungen, die in den Entwicklungsländern bestehen, und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit, daß die Aktivitäten des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen wirksam darauf reagieren,

sowie in Anerkennung der dringenden und konkreten Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder,

im Bewußtsein der akuten Probleme der Insel- und Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern und ihres besonderen Entwicklungsbedarfs im Hinblick auf die Überwindung ihrer wirtschaftlichen Schwierigkeiten,

unter Hinweis auf das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986-1990[70],

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 42/231 vom 12. Mai 1988 über den Sonderplan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralamerika,

besorgt über die sich verschlechternde wirtschaftliche und soziale Lage in zahlreichen Entwicklungsländern,

unter Betonung der Notwendigkeit einer beträchtlichen realen Erhöhung der insgesamt für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehenden Mittel unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der entwickelten Länder und der jüngsten Entwicklungen in den internationalen Beziehungen, die Auswirkungen auf die für die Entwicklung zur Verfügung stehenden Mittel haben könnten, und in dieser Hinsicht nachdrücklich darauf hinweisend, daß das Zuschußelement der für die Entwicklungszusammenarbeit bestimmten Mittel erhöht werden muß,

besorgt darüber, daß die für operative Aktivitäten zur Verfügung stehenden Mittel nicht den Bedürfnissen der Entwicklungsländer entsprechen,

unter Betonung der sich daraus ergebenden Notwendigkeit einer beträchtlichen Erhöhung der Mittel für operative Entwicklungsaktivitäten auf einer berechenbaren, kontinuierlichen und gesicherten Grundlage entsprechend den zunehmenden Bedürfnissen der Entwicklungsländer und nachdrücklich hinweisend auf die besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder,

unter Hinweis auf die Rolle des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen als des zentralen Mechanismus für die Finanzierung der technischen Zusammenarbeit des Systems der Vereinten Nationen, dessen Möglichkeiten noch nicht voll ausgeschöpft worden sind,

in Anerkennung der Notwendigkeit, die operativen Aktivitäten neu auszurichten, um die Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder in allen Aspekten des Programm- und Projektzyklus zu stärken und voll zu nutzen,

betonend, daß eine Koordinierung bei den Finanzierungsregelungen und -verfahren der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen die administrative und finanzielle Belastung der Empfängerregierungen bei ihren Bemühungen um die wirksame Überwachung und Koordinierung von Programmen und Projekten auf ein Mindestmaß beschränken sollte, deren bestmögliche Komplementarität garantieren sowie Doppelarbeit vermeiden sollte, so daß der positive Effekt dieser Aktivitäten auf die Entwicklung der Entwicklungsländer erhöht würde,

sowie betonend, daß die Ausführung durch die Regierungen oder einzelstaatliche Stellen und die volle Nutzung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder dazu beitragen würden, daß eine integrierte Verwaltung von Programmen und Projekten sichergestellt ist und daß ihre langfristige Bestandfähigkeit und ein größerer Einfluß auf den Entwicklungsprozeß gefördert wird,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern durch die rasche und vollständige Umsetzung des Aktionsplans von Buenos Aires für die Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern[71] mit Vorrang verbessert und verstärkt werden muß, damit die Leistungsfähigkeit und die kollektive Eigenständigkeit der Entwicklungsländer gesteigert werden,

sowie nachdrücklich darauf hinweisend, daß Möglichkeiten und Entscheidungsbefugnisse im System der Vereinten Nationen noch mehr auf die einzelstaatliche Ebene dezentralisiert werden müssen, um die Reaktion auf die Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu verbessern, die Kohärenz und Effizienz der Programmierung und der Ressourcennutzung zu erhöhen, die Ziele der Programme und Projekte zu erreichen und die Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder zu verstärken und zu nutzen,

ferner nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Vielfalt und der Umfang der vom System der Vereinten Nationen auf einzelstaatlicher Ebene vereinten Fertigkeiten und Fachkenntnisse unter der Leitung des Ständigen Koordinators den Bedürfnissen und Erfordernissen der Entwicklungsländer an sektorübergreifender und sektoraler technischer Hilfestellung entsprechen und sich in den Rahmen des Kooperationsprogramms des Systems der Vereinten Nationen mit der jeweiligen Regierung einfügen sollten anstatt in die institutionelle Struktur des Systems der Vereinten Nationen,

in Bekräftigung der Notwendigkeit der Förderung der vollen Integration der Frau in alle Aspekte des Entwicklungsprozesses im Einklang mit den Zukunftsstrategien von Nairobi für die Förderung der Frau[4],

erklärend, daß das Überleben, der Schutz und die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen und die volle

[70] Resolution S-13/2, Anlage.

[71] *Report of the United Nations Conference on Technical Cooperation among Developing Countries, Buenos Aires, 30 August-12 September 1978* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.78.II.A.11 mit Korrigendum), Kap. I.

Einbeziehung ihrer Anliegen in den Entwicklungsprozeß der Entwicklungsländer gefördert werden müssen,

in Anerkennung der Wichtigkeit der regionalen, interregionalen und weltweiten Zusammenarbeit zur Lösung gemeinsamer Probleme im Lichte der derzeitigen Besorgnis über weltweite, regionale und subregionale Probleme,

erklärend, daß es dem Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit obliegt, die Initiative bei der Förderung der Kohärenz, Koordination und Effektivität der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen zu ergreifen,

mit Genugtuung über die positive Reaktion der Leitungsgremien der Organisationen des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen auf die Schlußfolgerungen und Empfehlungen[72], die in dem Bericht über die 1987 durchgeführten Fallstudien enthalten sind und die später in der Generalversammlungsresolution 42/196 verabschiedet wurden,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von dem im April 1989 vom Verwaltungsausschuß für Koordinierung verabschiedeten Beschluß[73] betreffend die Rolle und das Funktionieren des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen in den neunziger Jahren, insbesondere von der unmißverständlichen Entschlossenheit seiner Mitglieder, sich auch künftig, einzeln für sich und gemeinsam, den aktuellen Bedürfnissen, den sich ändernden Umständen und den neuen Herausforderungen in den Entwicklungsländern anzupassen,

1. *nimmt mit Interesse Kenntnis* vom Bericht des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit über die umfassende dreijährliche Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen[74], einschließlich des Berichts über die integrierten Länderüberprüfungen betreffend das Funktionieren der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen[75];

2. *bekräftigt*, daß die ausschließliche Verantwortung für die Koordinierung der Auslandshilfe und die Hauptverantwortung für ihre Konzipierung und Verwaltung bei den Empfängerregierungen liegt und daß die Wahrnehmung dieser Verantwortlichkeiten von entscheidender Wichtigkeit für die optimale Verwendung der Auslandshilfe sowie für die Stärkung und Nutzung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder ist;

3. *betont*, daß die operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen, wenn das Ziel der Eigenständigkeit in den Entwicklungsländern durch die Stärkung deren eigener Leistungsfähigkeit erreicht werden soll, den Schwerpunkt auf die menschliche Dimension der Entwicklung legen sollten, insbesondere durch Bildung, Ausbildung und Entwicklung der Humanressourcen, sowie auf die Notwendigkeit, die ärmsten und verwundbarsten Gesellschaftsschichten zu erreichen, und daß sie eine positive Auswirkung auf die Lebensqualität und die Entwicklung insgesamt haben sollten;

4. *erklärt erneut*, daß die knappen Zuschußmittel vorrangig Programmen und Projekten in den Ländern mit niedrigem Einkommen, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, zugewiesen werden müssen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, in seinen Bericht über die internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern einen Abschnitt aufzunehmen, in dem die Rolle analysiert wird, die die operativen Entwicklungsaktivitäten auf diesem Gebiet spielen könnten;

6. *betont* die Notwendigkeit einer möglichst weitgehenden Mitwirkung der Bevölkerung, der örtlichen Gemeinwesen und Organisationen, insbesondere auch der nationalen nichtstaatlichen Organisationen, am Entwicklungsprozeß, und ermutigt, sofern die Regierungen darum ersuchen, die Förderung der Mitwirkung an der Basis sowie der Mitwirkung der produktiven Sektoren an den operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen;

7. *bekräftigt* die Wichtigkeit der Integration von Frauen in die Entwicklungsprogramme der Vereinten Nationen als Mitwirkende an allen Aspekten des Entwicklungsprozesses und fordert die Finanzierungs-, Fach- und Sonderorganisationen auf, sich verstärkt um eine vermehrte Mitwirkung von Frauen, insbesondere aus den Entwicklungsländern, zu bemühen;

8. *weist nachdrücklich darauf hin*, daß der Schutz und die Unterstützung von Kindern ein integraler Bestandteil des Entwicklungsprozesses ist, und anerkennt die Notwendigkeit der Bildung und der Förderung von Chancen für die Jugend sowie die Notwendigkeit, den Anliegen von Kindern und Jugendlichen in den Programmen der Entwicklungszusammenarbeit des Systems der Vereinten Nationen Rechnung zu tragen;

9. *fordert* die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Geberländer, *auf*, die für operative Entwicklungsaktivitäten bestimmten Mittel auf einer kontinuierlichen, berechenbaren und gesicherten Grundlage real beträchtlich zu erhöhen, und bittet nachdrücklich alle Länder, ihre freiwilligen Beiträge zu den operativen Entwicklungsaktivitäten zu erhöhen;

10. *bittet nachdrücklich* die entwickelten Länder, insbesondere diejenigen Länder, deren Gesamtleistung nicht ihren Möglichkeiten entspricht, unter Berücksichtigung der festgelegten Zielbeträge für die öffentliche Entwicklungshilfe und der derzeitigen Höhe der Beiträge ihre öffentliche Entwicklungshilfe beträchtlich zu erhöhen, insbesondere auch ihre Beiträge zu den operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen;

11. *weist nachdrücklich darauf hin*, wie wichtig es ist, daß die operativen Entwicklungsaktivitäten aus Basisressourcen finanziert werden, und anerkennt gleichzeitig den Wert von Ressourcen in Form von Zuschüssen für besondere Zwecke, vorausgesetzt, daß sie als ein Mittel dazu dienen, zusätzliche Ressourcenströme sicherzustellen, und daß die entsprechenden Projekte kohärent und wirksam in die technischen Kooperationsprogramme des Systems der Vereinten Nationen integriert werden, entsprechend dem nationalen Entwicklungsplan und -programm des jeweiligen Landes und im Einklang mit den jeweiligen Mandaten der Programme und Organisationen der Vereinten Nationen;

12. *unterstreicht* den Wert des Konzepts der zentralen Finanzierung der technischen Zusammenarbeit durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, mit dem Ziel, die Koordinierung und das Eingehen

[72] A/42/326/Add.1-E/1987/82/Add.1, Anhang, Abschnitt VIII.
[73] Siehe A/44/324-E/1989/106, Ziffer 18.
[74] A/44/324-E/1989/106 mit Add.1-5.
[75] A/44/324/Add.2-E/1989/106/Add.2.

auf einzelstaatliche Prioritäten im Rahmen des Länderprogrammierungssystems zu fördern, und bittet nachdrücklich alle Regierungen, einen möglichst hohen Anteil der für die mulilaterale technische Zusammenarbeit zur Verfügung stehenden Mittel über das Entwicklungsprogramm zu leiten;

13. *weist nachdrücklich darauf hin*, daß die Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder bei allen Aspekten der Programmierungsprozesse und Projektzyklen der operativen Aktivitäten voll ausgenutzt werden muß;

14. *betont* in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen zu verbessern, insbesondere in bezug auf die Programmierung, die Vereinfachung und Harmonisierung der für die Programmierungsprozesse und Projektzyklen geltenden Regeln und Verfahren, die Dezentralisierung der Entscheidungsbefugnisse, die Rolle der Länderbüro-Strukturen und die Neuausrichtung der Ausführungsmodalitäten, mit dem Ziel, die Empfängerregierungen in die Lage zu versetzen, ihre Verantwortlichkeiten in bezug auf Verwaltung und Koordinierung wahrzunehmen und ihre eigene Leistungsfähigkeit zu stärken;

15. *weist nachdrücklich darauf hin*, daß das System der Vereinten Nationen auf Länderebene so gegliedert und zusammengesetzt sein sollte, daß es den laufenden und geplanten Kooperationsprogrammen entspricht anstatt der institutionellen Struktur des Systems der Vereinten Nationen, und beschließt zu diesem Zweck,

a) daß die Länderbüros und die Ständigen Koordinatoren der Regierung laufend wirksam multidisziplinäre fachliche Beratung und Unterstützung bei ihren Verantwortlichkeiten in bezug auf Programmierung und Ausführung gewähren sollten;

b) die Fähigkeit des Ständigen Koordinators zu stärken, innerhalb des Systems der Vereinten Nationen auf Länderebene als Führer eines Teams zu wirken, um die sektoralen Beiträge des Systems zusammenzufassen und die Maßnahmen des Systems der Vereinten Nationen aufgrund des nationalen Programmrahmens wirksam und kohärent zu koordinieren, u.a. auf folgende Weise:

i) durch ein klareres und festeres Mandat des Verwaltungsausschusses für Koordinierung, in Übereinstimmung mit den Generalversammlungsresolutionen 32/197, 41/171 und 42/196;

ii) durch die wirksame Koordinierung der fachlichen Beratung und des fachlichen Beitrags des Systems der Vereinten Nationen;

iii) durch engere Zusammenarbeit der jeweiligen Vor-Ort-Vertretung des Systems der Vereinten Nationen auf Länderebene mit dem Ständigen Koordinator;

c) den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zu ersuchen, in seinen Jahresbericht über operative Entwicklungsaktivitäten 1991 eine Analyse der möglichen Mittel und Wege aufzunehmen, wie das System der Vereinten Nationen auf Länderebene multidisziplinäre fachliche Beratung gewähren kann, einschließlich des Konzepts multidisziplinärer Teams und ihrer Fähigkeit, wirksam und flexibel Hilfestellung zu geben, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit der maximalen Ausnutzung der Kapazitäten der Länderbüros und der Vertretungen des Systems der Vereinten Nationen vor Ort und der unterschiedlichen Situationen und Bedürfnisse der Entwicklungsländer;

d) alle Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen zu ersuchen, unverzüglich in Zusammenarbeit mit den Gastregierungen und ohne zusätzliche Kosten für die Entwicklungsländer die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um auf Länderebene gemeinsame Räumlichkeiten einzurichten, und den Generaldirektor zu ersuchen, in seine Jahresberichte über operative Aktivitäten Informationen über die auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte aufzunehmen;

16. *anerkennt* die dringende Notwendigkeit, die Vertretung des Systems der Vereinten Nationen vor Ort gemäß den in dieser Resolution dargelegten Aufgaben zu verbessern, und ersucht der Generaldirektor, unter Heranziehung aller einschlägigen Berichte über die Vertretung des Systems der Vereinten Nationen vor Ort einen Bericht zu erstellen, der umfassende Informationen enthält, und der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung konkrete Empfehlungen für Verbesserungen und größere Effektivität entsprechend den Zielsetzungen dieser Resolution vorzulegen, und ersucht die Leiter aller betroffenen Organisationen, bei der Ausarbeitung dieses Berichts voll mitzuarbeiten, indem sie die sachdienlichen Informationen beistellen;

17. *fordert* eine besser integrierte und koordinierte Programmierung der Zusammenarbeit des Systems der Vereinten Nationen, und zwar so, daß die Programmierungsprozesse auf einem nationalen Gesamt-Programmrahmen für operative Entwicklungsaktivitäten beruhen würden, der von der Empfängerregierung ausgearbeitet und zur Unterstützung und Finanzierung den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen vorgelegt würde, wobei deren Reaktion vom Ständigen Koordinator koordiniert würde, und beschließt folgendes:

a) Die Regierungen sollten entsprechend ihren eigenen Entwicklungsplänen und -prioritäten integrierte nationale Programmrahmen ausarbeiten, in denen die Erfordernisse an Zusammenarbeit seitens der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen dargelegt sind, wodurch das System die Entwicklungsprioritäten der Entwicklungsländer wirksamer unterstützen und seine Maßnahmen besser auf das jeweilige Land ausrichten könnte und wodurch dank der eindeutigen Definition der nationalen Ziele und einer systematischen Analyse der Entwicklungsprobleme und -hindernisse die Herausarbeitung eines Programmansatzes erleichtert würde;

b) Die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sollten ihre Programmierungsprozesse entsprechend diesen nationalen Programmrahmen und den Bedürfnissen und Gepflogenheiten der Empfängerregierungen anpassen;

c) Die Programmzyklen aller Finanzierungsorganisationen des Systems der Vereinten Nationen sollten auf die Planungszeiträume der einzelstaatlichen Regierungen abgestimmt und diesen angepaßt werden, und die Einführung von Haushaltszyklen auf gleitender Basis sollte weiter erwogen werden;

d) Die Notwendigkeit, von einem Projektansatz zu einem Programmansatz überzugehen, setzt voraus, daß alle zuständigen Leitungsgremien, insbesondere der Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, stärker programmorientierte Mechanismen für die technische Zusammenarbeit ausarbeiten,

mit dem Ziel, eine flexiblere und wirksamere Unterstützung der einzelstaatlichen Programme zu ermöglichen;

e) Nichtdringliche Nahrungsmittelhilfe, die durch die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen weitergeleitet wird, sollte kohärent programmiert werden, um ihre volle Integration in die Entwicklungsprogramme der jeweiligen Regierung sicherzustellen;

f) Die an der Programmierung mitwirkenden Organisationen sollten gebeten werden, sich verstärkt um eine integrierte Programmierung unter der Leitung der Regierungen zu bemühen;

g) Der Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit sollte ersucht werden, eine unabhängige Studie durchzuführen, deren Ziel es ist, unter anderen Möglichkeiten zur Verbesserung der Koordination des Systems der Vereinten Nationen auf Länderebene das Konzept eines Dokuments zu entwickeln, das die integrierte operative Reaktion des Systems der Vereinten Nationen auf Länderebene auf den nationalen Programmrahmen der Empfängerregierung für operative Entwicklungsaktivitäten enthält, was den bestehenden Programmierinstrumenten größere Kohärenz verleihen würde, und diese Studie der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen, einschließlich einer Analyse, die seine Ansichten zu den Auswirkungen dieser Vorgehensweise enthält, insbesondere zur Rolle des Ständigen Koordinators, zur Führungsrolle des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und zum Zusammenhang einer solchen Vorgehensweise mit den bestehenden Koordinierungsmechanismen der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen auf Länderebene, wie beispielsweise der nationalen Evaluierung und Programmen der technischen Zusammenarbeit, Konferenzen am Runden Tisch und beratenden Gruppen, und zur Relevanz einer derartigen Vorgehensweise, sowie einschließlich möglicher Wege zur Umsetzung der darin enthaltenen sachdienlichen Elemente;

18. *beschließt*, daß die folgenden Änderungen vorgenommen werden sollten, um die Regierungen voll in die Lage zu versetzen, die Ausführung der vom System der Vereinten Nationen finanzierten Entwicklungsprogramme und -projekte zu übernehmen:

a) Die derzeitigen Regeln und Verfahren für die Ausführung durch Regierungen oder einzelstaatliche Stellen sollten je nach Bedarf angepaßt werden, um die Ausnutzung und Stärkung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder zu fördern und zu optimieren, wobei die Regierungen gleichzeitig in die Lage versetzt werden sollten, von dem im System der Vereinten Nationen vorhandenen Fachwissen bei der Durchführung von Programmen und Projekten wirksamen Gebrauch zu machen;

b) Die Verfahren betreffend die Formulierung, Gestaltung, Bewertung und Durchführung von Programmen und Projekten sowie die Beschaffung, die Berichterstattung, die Überwachung und Evaluierung sollten unter Berücksichtigung der sich für die Empfängerregierungen und das System der Vereinten Nationen ergebenden Kosten auf Länderebene wie auch an den Amtssitzen und auf der Grundlage von Konsultationen mit den Empfängerregierungen vereinfacht und harmonisiert werden;

c) Die Leitungsgremien sollten die bestehenden Haushalts-, Rechnungsprüfungs- und sonstigen einschlägigen Praktiken überprüfen, mit dem Ziel, konkrete Beschlüsse über Maßnahmen zu treffen, die darauf gerichtet sind, die Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder mittels der Ausführung durch die Regierungen oder einzelstaatliche Stellen, mittels eines stärker programmorientierten Ansatzes und besserer fachlicher Beratung und Hilfestellung zu fördern und zu optimieren;

19. *vertritt die Auffassung*, daß im Kontext der Anwendung des Systems der Ausführung von Programmen und Projekten durch Regierungen oder einzelstaatliche Stellen, wie in Ziffer 18 dieser Resolution dargelegt, die Mitwirkung der Sonderorganisationen und fachlichen Stellen des Systems der Vereinten Nationen an den operativen Aktivitäten neu definiert werden sollte, insbesondere in Richtung auf die fachliche Unterstützung der Regierungen auf sektorübergreifender und sektoraler Basis sowie eine unterstützende fachliche Rolle im Projektzyklus, auf Ersuchen der Regierungen;

20. *ersucht* alle Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, ihre Fähigkeit zu verbessern, den Regierungen auf Länderebene genügend detaillierte Informationen über die Leistungsfähigkeit und die Bedürfnisse anderer Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen, um eine stärkere Integration der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern in die Programm- und Projektformulierung und -durchführung zu ermöglichen, mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer zu stärken;

21. *betont*, daß einer wesentlichen Steigerung der Beschaffung aus den Entwicklungsländern hoher Vorrang eingeräumt werden muß, damit die kollektive Eigenständigkeit gefördert wird, unter gleichzeitiger gebührender Beachtung der Grundsätze der internationalen öffentlichen Ausschreibung, und weist in dieser Hinsicht nachdrücklich darauf hin, wie wichtig es ist, daß alle Teile des Systems der Vereinten Nationen konkrete Ziele für die Steigerung der Beschaffung aus den Entwicklungsländern festlegen;

22. *nimmt Kenntnis* von der Verpflichtung zur Beschaffung aus nicht ausreichend in Anspruch genommenen Hauptgeberländern und empfiehlt die Durchführung der entsprechenden Vorschläge des Generaldirektors[76] im Einklang mit den Grundsätzen der internationalen öffentlichen Ausschreibung;

23. *empfiehlt* den Organen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, im Rahmen einer mehr dezentralisierten und verstärkten Kapazität des Systems der Vereinten Nationen auf Länderebene, Entscheidungsbefugnisse von den Zentralen auf die Länderebene zu delegieren, mit dem Ziel, eine auf das jeweilige Land zugeschnittene Vorgehensweise auszuarbeiten und sicherzustellen, daß die Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder bestmöglich ausgenutzt und gestärkt wird, und fordert diese Organe und Organisationen in dieser Hinsicht auf, die folgenden Änderungen vorzunehmen:

a) Im Rahmen der von den Leitungsgremien gebilligten allgemeinen mehrjährigen Programme und Projekte sollte die Befugnis zur Genehmigung konkreter Programme und Projekte soweit wie möglich auf die

[76] Siehe A/44/324/Add.3-E/1989/106/Add.3.

Länderebene delegiert werden, um dort die Fähigkeit zur Bewertung von Programmen und Projekten zu verbessern, und die Außendienststellen sollten diese Genehmigungsbefugnis voll wahrnehmen, damit die Schnelligkeit, die Qualität und die Wirtschaftlichkeit der Durchführung verbessert werden;

b) Während der Durchführung der von den Leitungsgremien gebilligten Gesamtprogramme sollten die Länderbüros Handlungsspielraum haben, um im Laufe der Durchführung Projekthaushalte zu revidieren;

24. *bekräftigt* die feststehenden Grundsätze der Rechenschaftspflicht im Rahmen der operativen Entwicklungsaktivitäten und betont, unter gleichzeitigem Festhalten an der letztendlichen Rechenschaftspflicht der Leiter der Finanzierungsorganisationen, daß die Arbeitsmechanismen neu definiert und angepaßt werden müssen, um die volle Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, im Lichte der Neuausrichtung des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen, insbesondere in Richtung auf die Projektausführung durch Regierungen oder einzelstaatliche Stellen, die Dezentralisierung, die Delegation von Befugnissen und das Übergehen zu einem stärker programmorientierten Ansatz, wie in Ziffer 15, 17, 18 und 23 dieser Resolution erwähnt, und empfiehlt zu diesem Zweck folgendes:

a) die Leiter der Finanzierungsorganisationen des Systems der Vereinten Nationen sollten ihren Leitungsgremien konkrete Vorschläge über Mittel und Wege unterbreiten, wie die Rechenschaftspflicht durch Rationalisierung und Straffung ihrer bestehenden Systeme im Kontext der Harmonisierung und Vereinfachung der Verfahren sichergestellt werden kann, einschließlich der Möglichkeit, den Länderbüros eine wichtigere Rolle bei der Gewährleistung der Rechenschaftspflicht zuzuweisen;

b) Die Empfängerregierungen sollten die erforderlichen Maßnahmen treffen, um ihre Fähigkeit zu verbessern, den mit ihrer ausführenden Rolle verbundenen Rechenschaftspflichten für operative Entwicklungsaktivitäten, einschließlich der Finanzberichterstattung und der Aufgabe der Rechnungsprüfung, nachzukommen, und die Finanzierungsorganisationen sollten in dieser Hinsicht die entsprechende fachliche Unterstützung gewähren;

c) Alle Sonder- und Fachorganisationen sollten im Zuge der Überprüfung ihrer Haushalts-, Rechnungsprüfungs- und sonstigen einschlägigen Praktiken, wie in Ziffer 18 *c*) dieser Resolution erwähnt, konkrete Maßnahmen ergreifen, um ein größeres Maß an Rechenschaftspflicht und Transparenz bei der Verwendung der Mittel für operative Aktivitäten zu erzielen;

d) Die Leitungsgremien der zuständigen Organisationen sollten ihre Arbeitsmechanismen verbessern, damit sie ihrer Oberaufsicht wirksamer nachkommen können;

25. *legt* dem Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen *nahe*, sich weiterhin mit der Frage der künftigen Regelungen für Unterstützungskosten der Organisationen unter dem Gesichtspunkt auseinanderzusetzen, wie den Bedürfnissen der Entwicklungsländer am besten entsprochen und die Koordinierung und Kohärenz im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen gefördert werden kann, unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die bestmögliche Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Länder sicherzustellen, insbesondere mittels der Projektausführung durch die Regierungen oder sonstige einzelstaatliche Stellen, durch einen stärker programmorientierten Ansatz sowie durch regelmäßige und rechtzeitige fachliche Beratung und Hilfestellung seitens der Organisationen auf Länderebene, wie in Ziffer 17, 18 und 19 dieser Resolution ausgeführt;

26. *ersucht* die Leiter der Finanzierungs- und Fachorganisationen der Vereinten Nationen, ihre organisatorischen Strukturen und die Personalverteilung entsprechend den Erfordernissen einer Dezentralisierung in Richtung der Länderbüros zu überprüfen, insbesondere mit dem Ziel, Personal zu verlegen und in der Zentrale Einsparungen zu erzielen;

27. *betont*, wie entscheidend wichtig es ist, daß die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen alle Änderungen, wie sie in dieser Resolution erwähnt werden, in vollem Umfang, koordiniert und zeitgerecht durchführen;

28. *beschließt*, daß die Durchführung dieser Resolution durch das System der Vereinten Nationen in allen in der Resolution erwähnten Bereichen so bald wie möglich erreicht werden sollte, und ersucht den Generaldirektor, dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 den Entwurf eines Dreijahres-Zeitplans für die Durchführung dieser Resolution durch alle Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen vorzulegen und auf Empfehlungen hinzuweisen, zu denen seiner Auffassung nach weitere Anweisungen erforderlich sind, insbesondere diejenigen, welche die volle Durchführung dieser Resolution erleichtern sollen, und für die Verteilung seines Berichts mit Empfehlungen für die umfassende dreijährliche Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen zu sorgen[76];

29. *ersucht* den Generaldirektor, während der nächsten drei Jahre dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung einen jährlichen Bericht über die Durchführung dieser Resolution auf konsolidierter systemumfassender Grundlage vorzulegen;

30. *fordert* die Mitgliedstaaten der Leitungsgremien aller Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *auf*, konsequent dafür zu sorgen, daß die in dieser Resolution enthaltenen Bestimmungen voll durchgeführt werden;

31. *fordert außerdem* die Leitungsgremien der Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *auf*, die zur Durchführung von Ziffer 15, 17, 18 und 20 bis 24 dieser Resolution erforderlichen Anpassungen vorzunehmen und über die von ihnen ergriffenen Maßnahmen Informationen zusammenzustellen, die ab 1991 in die Jahresberichte des Generaldirektors aufgenommen werden sollen, die der Generalversammlung über den Wirtschafts- und Sozialrat vorgelegt werden;

32. *ersucht* die Leiter der Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, mit dem Generaldirektor bei der Durchführung dieser Resolution voll zusammenzuarbeiten, insbesondere auch bei der Erstellung und Durchführung des in Ziffer 28 der Resolution erwähnten Zeitplans;

33. *bekräftigt* die in Generalversammlungsresolution 32/197 enthaltene Bestimmung hinsichtlich der Vertretung der Entwicklungsländer auf der Ebene der

leitenden Verwaltungsdienste und auf anderen zentralen Entscheidungsebenen der Sekretariatsstrukturen im Bereich der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen und ersucht den Generaldirektor, in seinen Jahresbericht, der dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 vorzulegen ist, einen Abschnitt über die Durchführung dieser Bestimmung aufzunehmen;

34. *ersucht* den Generaldirektor, der Generalversammlung auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung im Kontext der dreijährlichen Grundsatzüberprüfung eine umfassende Analyse der Durchführung dieser Resolution vorzulegen und entsprechende Empfehlungen abzugeben.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/212 – Internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/195 vom 20. Dezember 1988 und die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1988/47 vom 27. Mai 1988 sowie Kenntnis nehmend von der Resolution 1989/10 der Menschenrechtskommission vom 2. März 1989[77] über die extreme Armut,

in der Erkenntnis, daß dem Phänomen der extremen Armut in den Entwicklungsländern, das bei internationalen und zwischenstaatlichen Maßnahmen und in der derzeitigen statistischen Analyse häufig vernachlässigt wird, nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet worden ist,

sowie in der Erkenntnis, daß die Armut zwar kein neues Phänomen ist, daß sie jedoch drastisch zugenommen und in den Entwicklungsländern besorgniserregende Ausmaße angenommen hat und dabei das sozio-politische Gefüge dieser Länder bedroht und den Frieden und die Eintracht untergräbt,

zutiefst besorgt darüber, daß mehr als eine Milliarde Menschen in der ganzen Welt, vor allem in den Entwicklungsländern, immer noch in tiefster Armut und im Elend leben und daß Hunger, Mangelernährung, Krankheit, Analphabetentum und die Aussicht auf einen vorzeitigen Tod in ihrem Leben ständig gegenwärtig sind,

sowie zutiefst besorgt über das drastische Absinken des Lebensstandards, der Einkommen und des Beschäftigungsniveaus sowie der Gesundheits-, Ernährungs- und Bildungsstandards, welches die weit verbreitete Armut in den städtischen wie auch den ländlichen Gebieten der meisten Entwicklungsländer noch verschlimmert hat,

in Anbetracht dessen, daß die Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern eines der wichtigsten Entwicklungsziele der Entwicklungsländer wie auch der entwickelten Länder ist und daß dazu Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene getroffen werden müssen,

sowie in Anbetracht dessen, daß die Beseitigung der Armut als nationales Ziel die höchste Priorität in der Innenpolitik und in den nationalen Entwicklungsanstrengungen der Entwicklungsländer verdient und daß zur Lösung dieses Problems konkrete Programme erforderlich sind,

sich dessen bewußt, daß die schwierige Wirtschaftslage der Entwicklungsländer, noch verschlimmert durch bestimmte Aspekte der internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit ihren negativen Folgen, den Entwicklungsprozeß in diesen Ländern sowie ihre Fähigkeit zur Durchführung sozialer und wirtschaftlicher Programme zur Beseitigung der Armut behindert hat,

sowie sich dessen bewußt, daß die Beseitigung der Armut durch eine Reihe von Faktoren im internationalen wirtschaftlichen Umfeld erschwert wird, die das Wachstum und die Entwicklung in den Entwicklungsländern behindern, u.a. die Verschlechterung der Austauschrelationen, das Fortbestehen des Protektionismus, ein drastischer Rückgang der Finanz- und Kapitalströme, die hohen realen Zinssätze, die niedrigen Preise vieler Rohstoffe und die schwere Belastung der Auslandsverschuldung,

betonend, daß in den Entwicklungsländern ein enger Zusammenhang zwischen Armut, Entwicklung und Umwelt besteht und daß konzertierte Maßnahmen auf allen Ebenen erforderlich sind, um umfassende und wirksame Lösungen zur Beseitigung der Armut zu gewährleisten,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß die sehr große Anzahl der Menschen, die in den Entwicklungsländern in Armut leben, für die internationale Gemeinschaft eine Herausforderung, gleichzeitig jedoch eine potentielle Ressource darstellt, die mit Hilfe von neuen und kreativen Ansätzen zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern in den Entwicklungsprozeß einbezogen und in diesen Ländern zu einem Motor des Wachstums und der Entwicklung werden könnte,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs zu diesem Thema[78];

2. *anerkennt*, daß ein günstiges internationales wirtschaftliches Umfeld zusammen mit einem wachstumsorientierten Entwicklungsansatz unabdingbar für den Erfolg der Anstrengungen der Entwicklungsländer zur Beseitigung der Armut ist;

3. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, in Unterstützung der Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer verstärkt und mit Vorrang aktionsorientierte Programme zur Beseitigung der Armut, mit kurz-, mittel- und langfristigen Ansätzen, auszuarbeiten;

4. *bittet* die internationale Gemeinschaft, konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Kapitalströme in die Entwicklungsländer, einschließlich der öffentlichen Entwicklungshilfe, zu ergreifen, um die Anstrengungen dieser Länder zur Beseitigung der Armut zu unterstützen;

[77] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1989, Supplement No. 2* (E/1989/20), Kap. II, Abschnitt A.

[78] A/44/467.

5. *ersucht* den Generalsekretär, dringliche geeignete Maßnahmen zu koordinieren, damit in Zusammenarbeit mit den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und anderen multilateralen Gremien verbesserte und umfangreichere aktionsorientierte technische Kooperationsprogramme zur Beseitigung der Armut im Rahmen der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und im Einklang mit den Politiken, Prioritäten und Strategien dieser Länder ausgearbeitet werden können;

6. *bittet* die Regierungen, in die Vorbereitungen für die für 1992 geplante Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung und in die Konferenz selbst zusammen mit einschlägigen Umweltproblemen und im Hinblick auf eine Festigung der internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten Umwelt und Entwicklung auch das vitale Problem der Beseitigung der Armut einzuschließen;

7. *ersucht* den Ausschuß für Entwicklungsplanung, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Frage der Beseitigung der Armut als einer der vorrangigen Entwicklungsaspekte in das empfohlene Schema für die Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen aufgenommen worden ist[79], dem Ad-hoc-Plenarausschuß für die Ausarbeitung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen auf seiner Tagung vom 4. bis 15. Juni 1990 im Lichte dieser Resolution konkrete Vorschläge hinsichtlich der zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern zu ergreifenden Maßnahmen vorzulegen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, mit Hilfe der Regionalkommissionen der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Zwischenbericht und auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen umfassenden Bericht vorzulegen, der u.a. folgendes enthält:

a) eine Analyse der vielfältigen Auswirkungen, die sich aus ungünstigen internationalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auf die Verschlimmerung der Armut in den Entwicklungsländern ergeben;

b) eine Zusammenfassung der von den Entwicklungsländern im Hinblick auf die Beseitigung der Armut gesammelten Erfahrungen;

c) konkrete Empfehlungen hinsichtlich wirksamer Grundsatzmaßnahmen zur umgehenden und dauerhaften Beseitigung der Armut im Einklang mit dieser Resolution;

d) einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten und sechsundvierzigsten Tagung.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/213 – Entwicklung der Humanressourcen im Dienste der Entwicklung

Die Generalversammlung,

erklärend, daß im Mittelpunkt aller Entwicklungsaktivitäten der Mensch steht,

in Anbetracht dessen, daß es sich bei der Entwicklung der Humanressourcen um ein umfassendes Konzept handelt, das viele Teilaspekte umfaßt und das die Zusammenfassung und Abstimmung von Strategien, Politiken, Plänen und Programmen erfordert, damit die volle Entfaltung der Fähigkeiten des Menschen gewährleistet ist,

unter Hinweis auf die Resolution 40/213 vom 17. Dezember 1985 über die Rolle einheimischer Fachkräfte bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer,

sowie unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1986/73 vom 23. Juli 1986 und 1987/81 vom 8. Juli 1987 über die Entwicklung der Humanressourcen,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß Bildung und der Erwerb und die Verbesserung von Fachkenntnissen sowie die ständige fachliche Weiterbildung mit dem Wirtschaftswachstum und der nachhaltigen Entwicklung aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, untrennbar verbunden sind,

unter Hervorhebung der Bedeutung, die der internationalen Zusammenarbeit bei der Unterstützung und dem Ausbau der Entwicklung der Humanressourcen in den Entwicklungsländern zukommt, und in diesem Zusammenhang außerdem unter Hervorhebung der nützlichen Rolle, welche die technische Zusammenarbeit, insbesondere zwischen Entwicklungsländern, spielen kann,

in großer Sorge darüber, daß die negativen Auswirkungen der internationalen Wirtschaftslage der 80er Jahre auf die Entwicklungsländer und die sich daraus ergebenden Anpassungsmaßnahmen zu erheblichen Kürzungen der Ausgaben der öffentlichen Hand geführt haben, insbesondere auch der Ausgaben auf Sektoren, die für die Entwicklung der Humanressourcen entscheidend sind, und in dieser Hinsicht auch darüber, daß eine lang anhaltende Reduzierung der Investitionen in die Entwicklung der Humanressourcen schwerwiegende Folgen für das nachhaltige Wachstum und die nachhaltige Entwicklung dieser Länder haben wird,

1. *macht sich* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/120 vom 28. Juli 1989 über die Entwicklung der Humanressourcen *zu eigen*;

2. *begrüßt* die Beiträge zur Ausarbeitung des Begriffs der Entwicklung der Humanressourcen, welche die Erklärung von Khartum: Auf dem Wege zu einem auf den Menschen ausgerichteten Ansatz zur sozioökonomischen Gesundung und Entwicklung Afrikas[80], der Aktionsplan von Jakarta für die Entwicklung der Humanressourcen in der Region der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik[81], die Afrikanische Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich[82] und das Kommuniqué der vom 3. bis 7. Juli 1989 in Grand Anse (Grenada) abgehaltenen zehnten Tagung der Konferenz der Regierungschefs der karibischen Gemeinschaft[83] geleistet haben;

3. *unterstreicht*, daß die Anstrengungen zur Entwicklung der Humanressourcen unter bestmöglicher Ausnutzung aller Mittel erfolgen sollten, um die Gesamsent-

[79] Siehe Resolution 44/169, Anlage.

[80] A/43/430, Anhang I.

[81] *Official Records of the Economic and Social Council, 1988, Supplement No. 11* (E/1988/35), Kap. IV, Resolution 274 (XLIV), Anlage.

[82] A/44/315, Anhang.

[83] A/44/477, Anhang.

wicklung der Menschen sicherzustellen, damit sie allein wie auch in Gemeinschaft mit anderen in der Lage sind, ihren Lebensstandard zu verbessern;

4. *unterstreicht außerdem*, daß wirtschaftliches Wachstum und eine nachhaltige Entwicklung im Rahmen dieser Zielsetzung angestrebt werden sollten und daß die Entwicklung der Humanressourcen an sich ein konkretes Mittel zur Erreichung bestimmter wirtschaftlicher Ziele ist;

5. *unterstreicht ferner*, daß die Humanressourcenbasis der Entwicklungsländer gestärkt und ausgeweitet werden muß, damit sie sich den Herausforderungen der Entwicklung und eines beschleunigten technologischen Wandels gewachsen zeigen und eine nachhaltige Entwicklung erzielen können;

6. *betont*, daß nachfrageorientierte Strategien für die Entwicklung der Humanressourcen erarbeitet werden müssen, um Programme zu fördern, mit denen die Menschen zu einer Verbesserung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten veranlaßt werden sollen und die es ihnen ermöglichen, ihre Bestrebungen zu verwirklichen, und betont in diesem Zusammenhang außerdem, daß den Schwierigkeiten der verwundbarsten Gesellschaftsgruppen, eine Beschäftigung zu finden, Aufmerksamkeit gewidmet werden muß;

7. *betont ferner*, welche entscheidende Bedeutung der Entwicklung der Humanressourcen auf allen Ebenen und dem Ausbau der wissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten der Entwickungsländer dabei zukommt, die derzeitigen wirtschaftlichen Herausforderungen zu bewältigen und die sich in der Weltwirtschaft bietenden Chancen zu nutzen;

8. *erklärt erneut*, daß die Bildung und Ausbildung der einheimischen Bevölkerung, insbesondere auch der verwundbarsten Gruppen, ein integraler Bestandteil der Entwicklung der Humanressourcen und deren wichtigstes Element sind, und unterstreicht, daß die den Entwicklungsländern für diese Aktivitäten bereitgestellten Mittel erhöht werden müssen;

9. *betont*, daß Strategien zur Entwicklung der Humanressourcen auch Unterstützungsmaßnahmen in so wichtigen und eng verwandten Bereichen wie Gesundheit, Ernährung, Wasser, Hygiene, Wohnung und Bevölkerung beinhalten müssen;

10. *betont außerdem*, daß der öffentliche Sektor ein wesentliches Element im Wachstum und in der Entwicklung der Entwicklungsländer ist und daß es daher wünschenswert ist, im Zuge der Herbeiführung einer größeren Wirksamkeit des öffentlichen Sektors Anstrengungen zu unternehmen, um neue und produktive Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern, damit etwaige nachteilige Auswirkungen auf die Gesamtbeschäftigung auf ein Mindestmaß beschränkt werden;

11. *betont ferner*, daß Politiken, Pläne und Programme zur Entwicklung der Humanressourcen in den Entwicklungsländern sich vor allem auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in allen Sektoren konzentrieren sollten, einschließlich der Selbständigen und der Unternehmer;

12. *unterstreicht*, daß bei der Formulierung von Strategien und Programmen zur Entwicklung der Humanressourcen verstärkte Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Frauen voll in den Entwicklungsprozeß einzubeziehen und ihnen Chancen zu eröffnen, und daß auch verstärkt Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Jugend und die Armen voll in den Entwicklungsprozeß einzubeziehen und ihnen Chancen zu eröffnen, als Nutznießer wie auch als Träger der Entwicklung;

13. *unterstreicht außerdem* die Bedeutung, die der Entwicklung der Humanressourcen bei der Förderung des Aufbaus einheimischer Fähigkeiten der Entwicklungsländer auf den Gebieten der Wissenschaft und der Technik zukommt;

14. *unterstreicht ferner* die entscheidende Bedeutung, die einheimischen Fachkräften bei der Förderung des Aufbaus von Fähigkeiten in den Entwicklungsländern zukommt, und fordert in diesem Zusammenhang die internationale Gemeinschaft auf, dem ernsten Problem der Abwanderung von Fachkräften aus den Entwicklungsländern die ihm gebührende Aufmerksamkeit zu widmen;

15. *kommt überein*, daß Strukturanpassungsprogramme mit internationaler Unterstützung konzipiert und formuliert werden müssen, die u.a. einen positiven Effekt auf die Entwicklung der Humanressourcen in den Entwicklungsländern haben;

16. *fordert* die internationale Gemeinschaft, einschließlich der multilateralen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen, *auf*, die Bemühungen der Entwicklungsländer auf dem Gebiet der Entwicklung der Humanressourcen u.a. durch die operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen und unter Berücksichtigung der nationalen Prioritäten und Pläne dieser Länder zu unterstützen;

17. *bittet* den Ad-hoc-Plenarausschuß für die Ausarbeitung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, diese Resolution bei der Formulierung der neuen Strategie zu berücksichtigen;

18. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Entwicklung der Humanressourcen vorzulegen, einschließlich einer Bewertung der negativen Auswirkungen der derzeitigen Wirtschaftslage der Entwicklungsländer auf ihre Bemühungen zur Entwicklung der Humanressourcen, ferner Empfehlungen betreffend die Grundsatzmaßnahmen zur Förderung der Entwicklung der Humanressourcen in den Entwicklungsländern sowie Möglichkeiten zur Verstärkung der Unterstützung der Entwicklung der Humanressourcen in den Entwicklungsländern durch die internationale Gemeinschaft, insbesondere durch die entwickelten Länder, u.a. unter Berücksichtigung des vom Wirtschafts- und Sozialrat in Resolution 1989/120 erbetenen Berichts und der Ergebnisse der für März 1990 in Bangkok geplanten Weltkonferenz über Bildung für alle.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/214 — Spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Bestimmungen ihrer Resolutionen 31/157 vom 21. Dezember 1976, 32/191 vom 19. Dezember 1977, 33/150 vom 20. Dezember 1978, 34/198

vom 19. Dezember 1979, 35/58 vom 5. Dezember 1980, 36/175 vom 17. Dezember 1981, 39/209 vom 18. Dezember 1984, 40/183 vom 17. Dezember 1985 und 42/174 vom 11. Dezember 1987 sowie andere Resolutionen der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern,

in Bekräftigung der Bedeutung der spezifischen Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern, die in den Resolutionen der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen 63 (III) vom 19. Mai 1972[84], 98 (IV) vom 31. Mai 1976[85], 123 (V) vom 3. Juni 1979[86] und 137 (VI) vom 2. Juli 1983[87] sowie in Resolution 319 (XXXI) des Handels- und Entwicklungsrats vom 27. September 1985[88] dargelegt sind,

in der Erkenntnis, daß die meisten Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern zu den allerärmsten Entwicklungsländern gehören und in Anbetracht dessen, daß von den einundzwanzig Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern fünfzehn von den Vereinten Nationen den am wenigsten entwickelten Entwicklungsländern zugeordnet worden sind,

sowie in der Erkenntnis, daß der fehlende territoriale Zugang zum Meer, zu dem als weitere Erschwernis noch die Abgelegenheit und Isolierung von den Weltmärkten hinzukommt, sowie die prohibitiven Kosten und Risiken von Transit, Transport und Umladung die Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern schwerwiegenden Einschränkungen unterwerfen, was die Exporterlöse, den Zustrom von Privatkapital und die Mobilisierung einheimischer Ressourcen betrifft, und deshalb ihr Wachstum und ihre sozioökonomische Entwicklung nachteilig beeinflussen,

ferner in der Erkenntnis, daß die geographische Lage der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern ihre Fähigkeit, sich den Entwicklungsherausforderungen zu stellen, insgesamt zusätzlich beschränkt,

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Schlußakte, die von der vom 9. Juli bis 3. August 1987 in Genf abgehaltenen siebenten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen verabschiedet wurde[89],

sowie unter Hinweis auf die am 10. Dezember 1982 verabschiedete Seerechtskonvention der Vereinten Nationen[90],

feststellend, daß bilaterale, subregionale und regionale Kooperationsvereinbarungen zu einer Verbesserung der Transitverkehrssysteme in den Binnenstaaten und den Transitländern unter den Entwicklungsländern beitragen könnten,

in der Erkenntnis, daß die meisten Transitländer selbst Entwicklungsländer sind, die sich ernsten wirtschaftlichen Problemen – beispielsweise dem Fehlen einer ausreichenden Verkehrsinfrastruktur – gegenübersehen,

sowie in der Erkenntnis, daß die Anwendung der bestehenden internationalen Konventionen über den Transithandel zur Beseitigung einiger Engpässe beitragen würde, die den subregionalen und regionalen Transitverkehr zur Zeit behindern,

mit Besorgnis feststellend, daß die bisherigen internationalen Unterstützungsmaßnahmen den Problemen der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern nicht wirklich gerecht geworden sind,

1. *bekräftigt* das Recht der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern auf Zugang zum und vom Meer sowie die Freiheit des Transits durch das Hoheitsgebiet der Transitstaaten mit allen Verkehrsmitteln gemäß dem Völkerrecht;

2. *appelliert* an alle Staaten, internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen, unverzüglich und vorrangig die spezifischen Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern durchzuführen, die in den Resolutionen 63 (III), 98 (IV), 123 (V) und 137 (VI) der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen sowie in der von der Konferenz auf ihrer siebenten Tagung verabschiedeten Schlußakte, in den Generalversammlungsresolutionen 39/209, 40/183 und 42/174, in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[91], in dem Neuen substantiellen Aktionsprogramm für die 80er Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder[92] und in anderen einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen vorgesehen sind;

3. *ist sich darüber einig*, daß Maßnahmen zur Lösung der Transitprobleme der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern eine wirksame Kooperation und Zusammenarbeit zwischen jenen Ländern und den benachbarten Transitstaaten erfordern;

4. *bittet nachdrücklich* die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Geberländer und die multilateralen Finanz- und Entwicklungsorganisationen, den Binnenstaaten und Transitstaaten unter den Entwicklungsländern für den Aufbau, die Instandhaltung und den Ausbau ihrer Verkehrs-, Lagerhaltungs- und Transitinfrastrukturen und -einrichtungen, einschließlich neuer Verkehrswege, angemessene finanzielle und technische Unterstützung in Form von Zuschüssen oder Krediten zu Vorzugsbedingungen zu gewähren;

5. *betont*, daß die Hilfe beim Ausbau der Verkehrs- und Transiteinrichtungen und -dienste zum Bestandteil der Gesamtstrategien für die wirtschaftliche Entwicklung der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern gemacht werden sollte und daß die Geber infolgedessen die Notwendigkeit einer langfristigen Neustrukturierung der Wirtschaften der Binnenstaaten unter den Entwick-

[84] Siehe *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Third Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.73.II.D.4), Anhang I.A.

[85] Ebd., *Fourth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.76.II.D.10 mit Korrigendum), Erster Teil, Abschnitt A.

[86] Ebd., *Fifth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.79.II.D.14), Erster Teil, Abschnitt A.

[87] Ebd., *Sixth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.83.II.D.6), Erster Teil, Abschnitt A.

[88] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierzigste Tagung, Beilage 15* (A/40/15), Vol. II, Abschnitt I.

[89] Siehe TD/350.

[90] *Official Records of the Third United Nations Conference on the Law of the Sea*, Vol. XVII (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.84.V.3), Dokument A/CONF.62/122.

[91] Resolution 35/56, Anlage.

[92] *Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.82.I.8), Erster Teil, Abschnitt A.

lungsländern berücksichtigen sollten, d.h. gegebenenfalls auch die Förderung von für die Importsubstitution geeigneten Industrien, die Güter von großem Volumen und geringem Wert herstellen und die Erzeugung von Gütern von großem Wert und geringem Volumen für den Export ausbauen;

6. *bittet* die Transitländer und die Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern, u.a. im Verkehrs- und Kommunikationswesen auch weiterhin wirksam zusammenzuarbeiten;

7. *fordert* die in Frage kommenden internationalen Einrichtungen für multilaterale und bilaterale technische Hilfe, derartige Kooperationsvereinbarungen zwischen den Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern und den benachbarten Transitstaaten zu berücksichtigen;

8. *bittet* die Mitgliedstaaten, die internationalen Konventionen über den Transithandel zu ratifizieren und deren einschlägige Bestimmungen anzuwenden;

9. *bittet* die Binnenstaaten und Transitländer unter den Entwicklungsländern, im gegenseitigen Interesse gegebenenfalls den Abschluß von bilateralen, subregionalen und regionalen Abkommen zur Erleichterung des Transitverkehrs zu fördern;

10. *appelliert* an die internationale Gemeinschaft, allen Transitstaaten und Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern soweit erforderlich und zu angemessenen Bedingungen, insbesondere auch durch Regelungen zu Vorzugsbedingungen, neue wissenschaftliche und technische Erkenntnisse über spezifische Transitverkehrs- und Kommunikationsprobleme zur Verfügung zu stellen;

11. *appelliert außerdem* an die internationale Gemeinschaft, insbesondere an die Geberländer, die multilateralen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen, die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen sowie die Regionalkommissionen, den Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern bei ihren Bemühungen um die Anwendung wirtschaftlicher Maßnahmen und Politiken, die darauf abzielen, einen Wachstumsverlauf zu fördern, der ihre Volkswirtschaft weniger anfällig für die nachteiligen Folgen ihrer Binnenlage macht, jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren;

12. *bittet nachdrücklich* die internationalen Entwicklungsinstitutionen, insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen und die Regionalkommissionen, um einen weiteren Ausbau ihrer Unterstützung der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern, so auch der technischen Hilfsprogramme für den Verkehrs- und Kommunikationssektor dieser Länder;

13. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, gemäß Ziffer 9 der Konferenzresolution 137 (VI) und Ziffer 10 der Resolution 319 (XXXI) des Handels- und Entwicklungsrats die technischen Kooperationsaktivitäten des Konferenzsekretariats im Transit- und Verkehrswesen fortzusetzen und zu verstärken;

14. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen *außerdem*, sich für den in Ziffer 12 dieser Resolution beschriebenen Zweck auch weiterhin um ausreichende Finanzmittel und freiwillige Beiträge zu bemühen, um — falls die betreffenden Regierungen ihn darum ersuchen — die Binnenstaaten und Transitstaaten unter den Entwicklungsländern bei diesen Bemühungen unterstützen zu können;

15. *bittet* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, im Rahmen der Vorbereitungen für die Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwikkelten Länder Empfehlungen betreffend die Probleme der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern zu formulieren, die darauf abzielen, ihre Volkswirtschaft weniger anfällig für die nachteiligen Folgen ihrer Binnenlage zu machen;

16. *begrüßt* den gemäß Resolution 42/174 vorgelegten Bericht des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen über den Stand der Durchführung der spezifischen Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern[93] und ersucht ihn, unter Berücksichtigung der Bestimmungen dieser Resolution einen weiteren Bericht zur Vorlage auf der sechsundvierzigsten Tagung der Generalversammlung auszuarbeiten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/215 — Wirtschaftliche Maßnahmen als Mittel zur Ausübung politischen und wirtschaftlichen Zwangs auf Entwicklungsländer

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die einschlägigen Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2625 (XXV) vom 24. Oktober 1970 mit der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten,

in Bekräftigung von Artikel 32 der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, in welchem erklärt wird, daß ein Staat keine wirtschaftlichen, politischen oder sonstigen Zwangsmaßnahmen gegen einen anderen Staat anwenden oder deren Anwendung begünstigen darf, um von ihm die Unterordnung bei der Ausübung seiner souveränen Rechte zu erlangen,

eingedenk der in ihrer Resolution 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964 enthaltenen allgemeinen Grundsätze zur Regelung des internationalen Handels und der Handelspolitik, der von der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen am 2. Juli 1983 verabschiedeten Resolution 152 (VI) vom 2. Juli 1983[87] über die Ablehnung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen sowie der Grundsätze und Regeln des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens und Absatz 7 (iii) der Ministererklärung, die die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens am 29. November 1982

[93] A/44/588, Anhang.

auf ihrer achtunddreißigsten Tagung[94] verabschiedet haben,

in Bekräftigung ihrer Resolutionen 38/197 vom 20. Dezember 1983, 39/210 vom 18. Dezember 1984, 40/185 vom 17. Dezember 1985, 41/165 vom 5. Dezember 1986 und 42/173 vom 11. Dezember 1987 sowie die Auffassung vertretend, daß weitere Anstrengungen zu ihrer Durchführung unternommen werden müssen,

ernsthaft besorgt darüber, daß sich die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nachteilig auf die Volkswirtschaften und die Entwicklungsanstrengungen der Entwicklungsländer auswirkt, daß diese Maßnahmen in einigen Fällen verschärft worden sind, woraus sich eine Belastung für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit ergibt,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über wirtschaftliche Maßnahmen als Mittel zur Ausübung politischen und wirtschaftlichen Zwangs auf Entwicklungsländer[95];

2. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, dringend wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um die Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen Entwicklungsländer, die immer häufiger geworden sind und neue Formen angenommen haben, zu unterbinden;

3. *beklagt* die Tatsache, daß einige entwickelte Länder nach wie vor wirtschaftliche Maßnahmen anwenden, deren Anwendungsbereich und Umfang sie in einigen Fällen erweitert haben und deren Zweck die Ausübung direkten oder indirekten Zwangs auf die souveränen Entscheidungen der diesen Maßnahmen ausgesetzten Entwicklungsländer ist;

4. *fordert* die entwickelten Länder *auf*, davon Abstand zu nehmen, durch die Anwendung wirtschaftlicher Mittel, durch die in den Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen wie auch in der Innen- und Außenpolitik anderer Länder Veränderungen herbeigeführt werden sollen, politischen Zwang auszuüben;

5. *erklärt erneut*, daß die entwickelten Länder die Androhung oder Anwendung von gegen die Entwicklungsländer gerichteten Handels- und finanziellen Beschränkungen, Blockaden, Embargos oder sonstigen Wirtschaftssanktionen unterlassen sollten, die mit der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar sind, gegen bestehende multilaterale und bilaterale Vertragsverpflichtungen verstoßen und eine Form der politischen und wirtschaftlichen Zwangsausübung darstellen, welche die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer beeinträchtigt;

6. *ersucht* den Generalsekretär, eine gesonderte Stelle im Büro des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit damit zu betrauen, sachdienliche Informationen über wirtschaftliche Maßnahmen zu sammeln, die von entwickelten Ländern als Mittel zur Zwangsausübung auf Entwicklungsländer ergriffen werden, wobei diese Stelle entsprechende Informationen entgegennehmen und bewerten und in regelmäßigen Abständen einen Bericht mit Empfehlungen zur Behandlung durch die Generalversammlung erstellen soll;

7. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/216 – Internationaler Verhaltenskodex für den Technologietransfer

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 40/184 vom 17. Dezember 1985, 41/166 vom 5. Dezember 1986 und 42/172 vom 11. Dezember 1987 sowie ihren Beschluß 43/439 vom 20. Dezember 1988 über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen über die zum Thema Verhandlungen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer im Jahre 1989 geführten Konsultationen[96];

2. *bittet* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen auf dem Ergebnis dieser Konsultationen beruhenden vollständigen Bericht vorzulegen, um es der Versammlung zu ermöglichen, geeignete Beschlüsse betreffend die Verhandlungen über den Entwurf eines Verhaltenskodex zu fassen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/217 – Handelsembargo gegen Nicaragua

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 40/188 vom 17. Dezember 1985, 41/164 vom 5. Dezember 1986, 42/176 vom 11. Dezember 1987 und 43/185 vom 20. Dezember 1988, sowie ihre Resolutionen 42/204 vom 11. Dezember 1987, 42/231 vom 12. Mai 1988 und 43/210 vom 20. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über das Handelsembargo gegen Nicaragua[97],

1. *mißbilligt* die gegen ihre Resolutionen 40/188, 41/164, 42/176 und 43/185 und gegen das Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986[98] verstoßende Beibehaltung des Handelsembargos und fordert erneut die unverzügliche Aufhebung dieser Maßnahmen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

[94] Siehe Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, *Basic Instruments and Selected Documents, Twenty-ninth Supplement* (Best.-Nr. GATT/1983-1), Dokument L/5424.
[95] A/44/510.
[96] A/44/554.
[97] A/44/581.
[98] Siehe Military and Paramilitary Activities in and against Nicaragua (Nicaragua v. United States of America), Merits, Judgment, *I.C.J. Reports 1986*, S. 14.

44/218 – Rohstoffe

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964, in der geänderten Fassung, über die Schaffung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die Konferenzresolutionen 93 (IV) vom 30. Mai 1976 über das Integrierte Rohstoffprogramm[85], 124 (V) vom 3. Juni 1979[86], 155 (VI), 156 (VI) und 157 (VI) vom 2. Juli 1983[87] sowie auf die Schlußakte, die die Konferenz auf ihrer vom 9. Juli bis 3. August 1987 in Genf abgehaltenen siebenten Tagung verabschiedet hat[89],

in der Erkenntnis, daß die Rohstoffmärkte besser funktionieren müssen und daß es wünschenswert ist, stabile und besser berechenbare Modalitäten des Rohstoffhandels zu erreichen, übermäßige Preisschwankungen zu vermeiden und langfristige Lösungen für die Rohstoffprobleme zu finden,

eingedenk dessen, daß die Rohstoffexporte in den Volkswirtschaften der Entwicklungsländer insgesamt nach wie vor eine Schlüsselrolle spielen, da sie insbesondere einen entscheidenden Beitrag zu den Exporterlösen und den Investitionen und zur Wiederbelebung ihres Wachstums und ihrer Entwicklung leisten,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die schwierige Situation, der sich die Entwicklungsländer im Rohstoffbereich gegenübersehen,

sich dessen bewußt, daß die Entwicklungsländer, insbesondere die am wenigsten entwickelten und die rohstoffabhängigen Entwicklungsländer, von der Entwicklung der Rohstoffpreise am härtesten betroffen sind,

erfreut über das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe[99] am 19. Juni 1989 und mit dem Ausdruck ihrer Hoffnung, daß die Gründung des Gemeinsamen Fonds in vollem Einklang mit den Bestimmungen des Übereinkommens einen positiven Anstoß zu langfristigen Lösungen für die Rohstoffprobleme der Entwicklungsländer geben wird,

1. *betont*, daß dringend geeignete Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die derzeitige weltweite Situation im Rohstoffbereich zu überwinden;

2. *äußert ihre Besorgnis* über die nachteiligen Auswirkungen der langfristig fallenden Tendenz der Rohstoffpreise auf die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer, die deren Anstrengungen behindert, die Lebensbedingungen ihrer Völker zu verbessern und der wachsenden Armut abzuhelfen;

3. *betont*, daß alle Länder, entsprechend ihren wirtschaftlichen Fähigkeiten und ihrem Gewicht in der Weltwirtschaft, die internationalen Organisationen, die multilateralen Finanzinstitutionen und die sonstigen in Betracht kommenden Organisationen Maßnahmen ergreifen müssen, um eine Diversifizierung der Rohstoffwirtschaft der Entwicklungsländer zu erreichen und sicherzustellen, daß diese Länder in größerem Maß an der Verarbeitung, der Vermarktung und dem Vertrieb, einschließlich des Transports, von Rohstoffen teilhaben, und betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, den Rohstoffen aus den Entwicklungsländern Zugang zu den Märkten zu verschaffen und die Transparenz der Märkte zu erhöhen;

4. *erkennt an*, daß Entscheidungen über die Diversifizierung in erster Linie Sache der Entwicklungsländer sind, unterstreicht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Fortsetzung ihrer Diversifizierungsprogramme, u.a. unter Berücksichtigung der langfristigen Entwicklung der Marktbedingungen und des Zusammenhangs zwischen den Diversifizierungsbemühungen und dem Marktzugang, und bittet die entwickelten Länder, die internationalen Finanzinstitutionen und die sonstigen in Betracht kommenden Organisationen, diese Diversifizierungsprogramme finanziell zu unterstützen;

5. *stellt mit Besorgnis fest*, daß ein weiterer Rückgang der Rohstoffpreise und der Rohstoffexporterlöse sowie die langfristige Verschlechterung der Austauschrelationen der Entwicklungsländer, insbesondere der am wenigsten entwickelten und der rohstoffabhängigen Entwicklungsländer, jede Aussicht auf ein nachhaltiges Wachstum und eine nachhaltige Entwicklung für diese Länder in Frage stellen würden;

6. *bringt ihre Überzeugung zum Ausdruck*, daß stabilere Marktbedingungen für Rohstoffe der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer förderlich wären und u.a. einen Beitrag zu der internationalen Kampagne gegen die unerlaubte Herstellung von Suchtstoffen, den Suchtstoffverkehr und den Suchtstoffmißbrauch leisten und auf diese Weise die Anstrengungen der Länder zur Bekämpfung derartiger unerlaubter Aktivitäten unterstützen würden;

7. *erkennt an*, daß die Rohstoffmärkte besser funktionieren müssen und daß es wünschenswert ist, stabile und besser berechenbare Modalitäten des Rohstoffhandels zu erreichen und übermäßige Preisschwankungen zu vermeiden, und fordert Erzeuger und Verbraucher nachdrücklich auf zusammenzuarbeiten, um die Anwendung der bestehenden internationalen Rohstoffübereinkommen oder -vereinbarungen zu verbessern und/oder gegebenenfalls weitere Rohstoffübereinkommen oder -vereinbarungen im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der von der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen verabschiedeten Schlußakte auszuhandeln;

8. *bittet nachdrücklich* alle Beteiligten, den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen und auf ein ausgewogenes Herangehen an die multilateralen Handelsverhandlungen im Rahmen der Urugay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen hinzuarbeiten, die während der vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este (Urugay) abgehaltenen Sondertagung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens eingeleitet wurde, um sicherzustellen, daß deren erfolgreicher Abschluß zu einer weiteren Ausweitung und Liberalisierung des Rohstoffhandels führt, unter Berücksichtigung der besonderen und differenzierten Behandlung der Entwicklungsländer sowie aller anderen in der Ministererklärung über die Urugay-Runde[100] enthaltenen Grundsätze;

9. *erkennt an*, daß das schwerwiegende Problem der Exporterlösausfälle der Entwicklungsländer bei den Rohstoffen dringend gelöst werden muß, und stellt in diesem Zusammenhang fest, daß der Handels- und Entwicklungsrat der kompensatorischen Finanzierung dieser Ausfälle eine Sondertagung widmen wird;

10. *fordert* die Länder, die das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe ratifi-

[99] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.81.II.D.8 mit Korrigendum.

[100] Siehe *GATT, Focus Newsletter, No. 41*, Oktober 1986.

ziert haben, *auf*, dazu beizutragen, daß beide Konten des Gemeinsamen Fonds in vollem Einklang mit den Bestimmungen des Übereinkommens so schnell wie möglich ihre Tätigkeit aufnehmen, begrüßt in diesem Zusammenhang die beträchtlichen freiwilligen Beiträge, die auf das zweite Konto des Gemeinsamen Fonds eingezahlt wurden, und äußert die Hoffnung, daß weitere Beiträge geleistet werden;

11. *bittet* alle Länder, insbesondere die großen Rohstoffexport- und Rohstoffverbraucherländer, das Übereinkommen so rasch wie möglich zu ratifizieren, soweit sie dies noch nicht getan haben, und auf diese Weise zur Verbesserung der Marktbedingungen sowohl zum Nutzen der Erzeuger als auch der Verbraucher beizutragen;

12. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die weltweiten Tendenzen und Aussichten im Rohstoffbereich vorzulegen, unter besonderer Berücksichtigung der Situation der rohstoffabhängigen Entwicklungsländer;

13. *beschließt* die Aufnahme der Frage der Rohstoffe in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/219 — Bericht des Handels- und Entwicklungsrats

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964, in der geänderten Fassung[101], über die Schaffung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen sowie auf die Schlußakte, die die Konferenz auf ihrer vom 9. Juli bis 3. August 1987 in Genf abgehaltenen siebenten Tagung verabschiedet hat[89],

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/188 vom 20. Dezember 1988 über den Bericht des Handels- und Entwicklungsrats,

feststellend, daß der *Trade and Development Report, 1989* (Bericht über Handel und Entwicklung 1989)[102] in konstruktiver Weise zur Behandlung der Interdependenz der Probleme des Handels, der Entwicklungsfinanzierung und des internationalen Währungssystems durch den Handels- und Entwicklungsrat während des ersten Teils seiner sechsunddreißigsten Tagung sowie zur Behandlung der Schulden- und Entwicklungsprobleme der Entwicklungsländer durch den Rat beigetragen hat,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Handels- und Entwicklungsrats über den zweiten Teil seiner fünfunddreißigsten Tagung[103] und den ersten Teil seiner sechsunddreißigsten Tagung[104], bringt ihre Genugtuung zum Ausdruck über den konstruktiven Geist, der für die jüngsten Beratungen des Rates kennzeichnend gewesen ist, und bittet alle Parteien, seinen Resolutionen und Beschlüssen Wirksamkeit zu verschaffen;

2. *begrüßt* die Bemühungen der Regierungen und des Sekretariats der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die Erörterungen des Handels- und Entwicklungsrats über die Interdependenz der Probleme des Handels, der Entwicklungsfinanzierung und des internationalen Währungssystems umfassender zu gestalten, und begrüßt außerdem die Ratsresolution 374 (XXXVI) vom 13. Oktober 1989[45] zu diesem Thema;

3. *begrüßt* den maßgeblichen Beitrag der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen zu der Suche nach dauerhaften Lösungen für das Problem der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer und begrüßt außerdem die Resolution 375 (XXXVI) des Handels- und Entwicklungsrats vom 13. Oktober 1989[45] über die Schulden- und Entwicklungsprobleme der Entwicklungsländer;

4. *begrüßt* den Beschluß 367 (XXXV) des Handels- und Entwicklungsrats vom 17. März 1989[105] über Protektionismus und Strukturanpassung und bittet die betroffenen Regierungen nachdrücklich, ihren Verpflichtungen zur Beendigung und zum Abbau des Protektionismus nachzukommen und rasch konkrete Strukturanpassungsmaßnahmen zu ergreifen, die insbesondere geeignet sind, die Märkte für den Export von Produkten zu öffnen, bei denen die Entwicklungsländer einen komparativen Vorteil haben oder in Zukunft haben könnten;

5. *begrüßt außerdem* den Beschluß 368 (XXXV) des Handels- und Entwicklungsrats vom 17. März 1989[105] über die Handelsbeziehungen zwischen Ländern mit unterschiedlichen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen und die sich daraus ergebenden Handelsströme und bittet den Rat, ein Programm zur weiteren Förderung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen diesen Ländern, insbesondere zur Förderung des Ost-Süd-Handels, auszuarbeiten und diesem Programm eine von einer zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe vorgenommenen Analyse und Bewertung der derzeitigen und der sich abzeichnenden Tendenzen sowie der möglicherweise wichtigen Faktoren beim Handel zwischen unterschiedlichen Systemen zugrunde zu legen;

6. *nimmt zur Kenntnis*, daß der Handels- und Entwicklungsrat beschlossen hat, auf einer künftigen Tagung die Implikationen bilateraler Vereinbarungen und der regionalen Wirtschaftsintegration zu untersuchen, insbesondere soweit sie sich maßgeblich auf den Welthandel und insbesondere auf den Handel und die Entwicklung der Entwicklungsländer auswirken, und stimmt der Auffassung zu, daß sichergestellt werden muß, daß derartige Regelungen dem Welthandel neue Impulse verleihen und dem Handel und der Entwicklung der Entwicklungsländer neue Möglichkeiten eröffnen;

7. *betont*, daß bei der Uruguay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen allen Verhandlungsbereichen und insbesondere denen, die für den Handel und die Entwicklung der Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung sind, die entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte;

8. *bittet* den Handels- und Entwicklungsrat, die Entwicklungen bei der Uruguay-Runde und die dort behandelten Fragen, die für die Entwicklungsländer von besonderem Belang sind, auch weiterhin aufmerksam zu verfolgen;

9. *stellt fest*, daß das Übereinkommen zur Gründung des Gemeinsamen Fonds für Rohstoffe[99] in Kraft

---

[101] Siehe Resolutionen 2904 (XXVII), 31/2 A und B und 34/3.
[102] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.89.II.D.14.
[103] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 15* (A/44/15), Vol. I.
[104] Ebd., Vol. II.
[105] Ebd., Vol. I, Abschnitt II.B.

getreten ist und daß der Gemeinsame Fonds seine Geschäftstätigkeit aufgenommen hat, begrüßt die vom Gouverneursrat des Gemeinsamen Fonds auf seiner ersten Jahrestagung gefaßten Beschlüsse[106] und bittet die Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Fonds, die Geschäftstätigkeit des Fonds voll zu unterstützen;

10. *nimmt Kenntnis* von dem Beschluß 377 (XXXVI) des Handels- und Entwicklungsrats vom 13. Oktober 1989[105] über die Regelungen und Vorbereitungen für die achte Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen im Jahre 1991, insbesondere auch von der Vereinbarung, Konsultationen darüber zu führen, an welchem Ort in Lateinamerika die Konferenz abgehalten werden soll.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/220 – Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/177 vom 11. Dezember 1987, mit der sie beschloß, im September 1990 in Paris auf hoher Ebene die Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder einzuberufen, sowie auf ihre Resolution 43/186 vom 20. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend vom Ergebnis des Treffens der Regierungssachverständigen der Geberländer und der multilateralen und bilateralen Institutionen für finanzielle und technische Hilfe mit Vertretern der am wenigsten entwickelten Länder, das in Zusammenarbeit mit der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 22. bis 31. Mai 1989 in Genf abgehalten wurde[107], und sonstiger Vorbereitungstreffen, die bisher abgehalten wurden,

unter Hinweis auf ihren Beschluß, zu Beginn des Jahres 1990 zur Vorbereitung der Konferenz eine Tagung der Zwischenstaatlichen Gruppe für die am wenigsten entwickelten Länder, als Vorbereitungsausschuß für die Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder, einzuberufen,

den Generalsekretär *erneut ersuchend*, Sondermittel zur Finanzierung der Reisekosten von mindestens zwei Vertretern aus jedem der am wenigsten entwickelten Länder zu beschaffen, um ihnen die Teilnahme an der Tagung der Zwischenstaatlichen Gruppe für die am wenigsten entwickelten Länder zu ermöglichen, damit die effektive Mitwirkung der Vertreter dieser Länder sichergestellt ist,

unter Hinweis auf den Beschluß 88/30 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 1. Juli 1988[31], in dem der Verwaltungsrat den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ersucht hat, in engem Benehmen mit dem Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen die am wenigsten entwickelten Länder zu unterstützen, um sicherzustellen, daß sie an den Vorbereitungen für die Konferenz, insbesondere auch an den Vorbereitungstreffen, und an der Konferenz selbst voll mitwirken können,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder[108],

mit dem Ausdruck tiefer Besorgnis über die weitere Verschlechterung der sozioökonomischen Gesamtsituation der am wenigsten entwickelten Länder,

1. *unterstreicht* die entscheidende Bedeutung einer angemessenen Vorbereitung der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder unter Berücksichtigung der von den am wenigsten entwickelten Ländern selbst vorgeschlagenen Prioritäten;

2. *fordert* alle Regierungen, zwischenstaatlichen und multilateralen Institutionen und sonstigen Betroffenen *auf*, durch entsprechende Maßnahmen für eine angemessene Vorbereitung der Konferenz Sorge zu tragen und sich wirksam an der kommenden Tagung der Zwischenstaatlichen Gruppe für die am wenigsten entwikkelten Länder wie auch an der Konferenz selbst zu beteiligen und die am wenigsten entwickelten Länder bei ihren eigenen Vorbereitungen zu unterstützen;

3. *ersucht erneut* alle in Betracht kommenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, als Beitrag zu den Vorbereitungen für die Konferenz, soweit noch nicht geschehen, Berichte vorzulegen, die eine Bilanz der Durchführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder[92] innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs sowie Vorschläge für weitere Maßnahmen enthalten;

4. *nimmt Kenntnis* von den Maßnahmen, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen mit Hilfe des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen zur Zeit ergreift, und bittet sie nachdrücklich, für die volle Mobilisierung und Koordinierung aller Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen bei den Vorbereitungen für die Konferenz und bei der Konferenz selbst Sorge zu tragen;

5. *bestärkt* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen in seinen konkreten Bemühungen, den am wenigsten entwickelten Ländern die eigenen Konferenzvorbereitungen zu erleichtern, und bittet gemäß Beschluß 89/12 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 24. Februar 1989[27] alle Regierungen, über den Sondermaßnahmenfonds für die am wenigsten entwickelten Länder oder auf einem anderen geeigneten Weg freiwillige Sonderbeiträge für die Vorbereitung der Konferenz, einschließlich der Vorbereitungstreffen, zu leisten, insbesondere im Hinblick darauf, daß die volle Mitwirkung der Vertreter der am wenigsten entwickelten Länder an der Konferenz sichergestellt ist;

6. *ersucht* den Generalsekretär, entsprechend der bisherigen Praxis zusätzliche Sondermittel zu beschaffen, um für die Reisekosten und das Tagegeld für einen dritten Vertreter aus jedem der am wenigsten entwickelten Länder bei der Konferenz aufzukommen, wie in seinem Bericht[109] angegeben;

---

[106] CF/GC/5, Kap. II.
[107] Siehe A/CONF.147/PC/2-TD/B/AC.17/30-A/CONF.147/R.6.
[108] A/44/437.
[109] Ebd., Ziffer 15.

7. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, mit Hilfe der in Betracht kommenden Organisationen und Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere auch der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Informationstätigkeit und andere sachdienliche Initiativen zu intensivieren, damit die Öffentlichkeit eine bessere und positivere Vorstellung von der Konferenz, ihren Zielsetzungen und ihrer Bedeutung gewinnt;

8. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Ergebnisse der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder vorzulegen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/221 — Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 37/248 vom 21. Dezember 1982, 38/160 vom 19. Dezember 1983, 39/215 vom 18. Dezember 1984, 40/195 vom 17. Dezember 1985 und 42/181 vom 11. Dezember 1987, in denen sie u.a. den Generalsekretär ersucht hat, die Zusammenarbeit zwischen den Organen, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen und der Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika zu fördern und mit denen sie im Hinblick auf eine raschere Verwirklichung der Ziele der Erklärung von Lusaka vom 1. April 1980, durch die die Konferenz geschaffen wurde, auf eine Intensivierung der Kontakte gedrängt hat[110],

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Konferenz[111],

unter Hinweis auf die maßgeblichen Fortschritte, die die Konferenz bei der Formulierung konkreter Entwicklungsprogramme und bei deren Umsetzung im Rahmen ihres Aktionsprogramms erzielt hat[112],

erneut anerkennend, daß die erfolgreiche Durchführung dieser Entwicklungsprogramme nur erreicht werden kann, wenn die Konferenz über angemessene Mittel verfügt,

besorgt, daß sich die noch immer vorhandene Kluft zwischen dem Bedarf der Konferenz und den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln weiter vertieft,

tief besorgt über die kritische wirtschaftliche und sicherheitspolitische Lage im südlichen Afrika wie auch über das besonders schwierige Umfeld für eine regionale Zusammenarbeit, das durch die Destabilisierungsakte Südafrikas geschaffen wird,

erneut erklärend, daß eine größere Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten der Konferenz einen Beitrag zum Kampf gegen die Apartheidpolitik Südafrikas darstellen würde,

Kenntnis nehmend von den Fortschritten, die einige Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen bei der Ausarbeitung von Verfahren zur Formulierung und Durchführung von Kooperationsprogrammen mit der Konferenz erzielt haben,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[111], in dem die Fortschritte bei der Durchführung der Resolutionen der Generalversammlung über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika beschrieben werden;

2. *spricht* den Mitgliedstaaten sowie den Organen, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *ihre Anerkennung aus*, die der Konferenz konkrete Hilfe leisten, und dankt denjenigen, die Kontakte aufgenommen und Beziehungen zu ihr hergestellt haben;

3. *fordert* die Mitgliedstaaten und Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, die noch keine Kontakte und Beziehungen zu der Konferenz hergestellt haben, *auf*, dieser Möglichkeit nachzugehen;

4. *würdigt* die beträchtlichen Errungenschaften, die die Konferenz seit ihrer Gründung trotz der auf die Destabilisierungspolitik und die Angriffshandlungen des südafrikanischen Regimes gegen die Mitgliedstaaten der Konferenz zurückzuführenden Schwierigkeiten bei der Durchführung von Projekten in allen wesentlichen Kooperationsbereichen erzielt hat;

5. *erneuert ihren Appell* an die internationale Gemeinschaft, die der Konferenz geleistete finanzielle, technische und materielle Unterstützung maßgeblich zu erhöhen, damit sie ihre erweiterten Programme voll durchführen kann;

6. *appelliert* an die Sonderorganisationen und anderen Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die Entwicklungsprogramme der Konferenz auch weiter in jeder Weise zu unterstützen;

7. *ist erfreut* über die bevorstehende Unabhängigkeit Namibias und die damit verbundenen zusätzlichen Möglichkeiten einer umfassenderen wirtschaftlichen Zusammenarbeit im südlichen Afrika;

8. *ist außerdem erfreut* über die Friedensinitiativen, die die Regierungen Angolas und Mosambiks eingeleitet haben, um der Gewalt in diesen beiden Mitgliedstaaten ein Ende zu setzen, und bittet die internationale Gemeinschaft nachdrücklich, den Wiederaufbau ihrer Volkswirtschaften zu unterstützen;

9. *bittet* die Gemeinschaft der Geber und andere Kooperationspartner, auf hoher Ebene an der Jährlichen Beratungskonferenz der Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika teilzunehmen, die vom 31. Januar bis 2. Februar 1990 in Lusaka stattfinden soll;

10. *ersucht* den Generalsekretär, die bestehenden Kontakte in Absprache mit dem Exekutivsekretär der Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika im Hinblick auf die Förderung und Harmonisierung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Konferenz auch in Zukunft weiter auszubauen;

11. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

[110] Siehe A/38/493, Anhang I.
[111] A/44/374.
[112] Siehe A/42/452, Abschnitt II.

44/222 — Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/134 vom 19. Dezember 1978, mit der sie den Aktionsplan von Buenos Aires zur Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern[71] genehmigt hat, sowie auf ihre Resolution 42/180 vom 11. Dezember 1987 und andere einschlägige Resolutionen der Generalversammlung,

unterstreichend, welche wichtige Rolle die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern im Hinblick auf das Wachstum und die Entwicklung dieser Länder spielt,

erneut erklärend, daß die Entwicklungsländer selbst die Hauptverantwortung für die Förderung der technischen Zusammenarbeit untereinander tragen, daß die entwickelten Länder und das System der Vereinten Nationen ihnen bei derartigen Aktivitäten helfen und diese unterstützen sollten und daß darüber hinaus das System der Vereinten Nationen in Übereinstimmung mit dem Aktionsplan von Buenos Aires eine führende Rolle als Förderer und Katalysator der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern spielen sollte,

1. *bekräftigt* die unveränderte Gültigkeit aller Empfehlungen des Aktionsplans von Buenos Aires zur Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern sowie die Wichtigkeit der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern;

2. *bekräftigt außerdem* die unveränderte Bedeutung, die dem Hochrangigen Ausschuß für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern als dem wichtigsten Forum zukommt, in dem Vertreter aller Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und Vertreter anderer zuständiger Organe des Systems der Vereinten Nationen die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern überprüfen und fördern;

3. *billigt* die vom Hochrangigen Ausschuß für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern auf seiner sechsten Tagung verabschiedeten Beschlüsse[113], unter Berücksichtigung der in Empfehlung 37 des Aktionsplans von Buenos Aires[71] ins Auge gefaßten zwischenstaatlichen Regelungen;

4. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und andere zuständige Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich der Unterstützung und Förderung der technischen Kooperationsaktivitäten zwischen Entwicklungsländern hohen Vorrang einzuräumen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/223 — Zehnter Jahrestag der Verabschiedung des Aktionsplans von Buenos Aires zur Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern

Die Generalversammlung,

in Anbetracht der Bedeutung des zehnten Jahrestags der Verabschiedung des Aktionsplans von Buenos Aires zur Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern[71],

besorgt darüber, daß die Wirtschaftssituation der Entwicklungsländer, die sich im Laufe des letzten Jahrzehnts verschlechtert hat, Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung insgesamt und auch auf die Umsetzung des Aktionsplans von Buenos Aires gehabt hat,

dennoch *in Anerkennung dessen*, daß die Entwicklungsländer bei der Umsetzung der in dem Aktionsplan von Buenos Aires enthaltenen Empfehlungen bedeutende Fortschritte erzielt haben und daß die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern allmählich zu einem Mittel geworden ist, das ihnen hilft, ihre Entwicklung zu fördern,

1. *bekräftigt* die unveränderte Gültigkeit und Bedeutung des Aktionsplans von Buenos Aires zur Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern;

2. *betont*, daß es unbedingt notwendig ist, die Durchführung von Aktivitäten und Projekten auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern durch die verstärkte Zuweisung und Nutzung von Finanzmitteln, soweit angebracht, zur Förderung und Durchführung von Projekten der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern zu stärken;

3. *ersucht* die verschiedenen an der Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern Beteiligten, insbesondere im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen, und namentlich das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Sonderorganisationen und die Regionalkommissionen, der Unterstützung, Förderung und Durchführung von konkreten Aktivitäten und Projekten den erforderlichen Vorrang einzuräumen, damit diese Zusammenarbeit ein grundlegender Bestandteil ihrer Entwicklungspolitik wird;

4. *bittet nachdrücklich* die internationale Gemeinschaft, einschließlich der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, auf die ihnen vorgelegten Ersuchen um technische und finanzielle Unterstützung zur Durchführung konkreter Aktivitäten und Projekte der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern wohlwollend zu reagieren;

5. *erklärt erneut*, daß es notwendig ist, daß die entwickelten Länder und ihre Organe für die internationale Zusammenarbeit die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern im Einklang mit den Empfehlungen 35 und 36 des Aktionsplans von Buenos Aires und im Kontext der Empfehlung 38[71] tatkräftig unterstützen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

[113] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 39* (A/44/39), Anhang I.

44/224 – Internationale Zusammenarbeit bei der Überwachung, Bewertung und Vorhersage von Umweltbedrohungen sowie bei der Hilfeleistung in Umweltnotfällen

Die Generalversammlung,

in der Überzeugung, daß eines der größten globalen Probleme, denen sich die Welt heute gegenübersieht, die Zerstörung der Umwelt ist,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/196 vom 20. Dezember 1988 über eine Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung,

sich dessen bewußt, daß die durch Tätigkeiten des Menschen verursachte Umweltschädigung in einigen Fällen zu irreversiblen Veränderungen in der Umwelt geführt hat, wodurch lebenserhaltende Ökosysteme bedroht und die Gesundheit, das Wohlergehen, die Entwicklungsaussichten und sogar der Fortbestand des Lebens auf dem Planeten untergraben werden,

sowie sich dessen bewußt, daß mögliche Umweltkatastrophen, seien sie natur- oder zufallsbedingt oder vom Menschen verursacht, sowie Unfälle eine ernste und unmittelbare Gefahr für die Bevölkerung und für die wirtschaftliche Entwicklung und die Umwelt der betroffenen Länder und Regionen darstellen können,

in der Überzeugung, daß Umweltbedrohungen durch Überwachung, Bewertung, Vorhersage und auf Antrag eine rasche multilaterale Reaktion – insbesondere seitens des Systems der Vereinten Nationen – minimiert oder sogar verhindert werden könnten,

sowie in der Überzeugung, daß eine Frühwarnung vor sich abzeichnenden Umweltbedrohungen und Umweltschädigungen den Regierungen helfen würde, Vorbeugemaßnahmen zu treffen,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von den Arbeiten, die das Umweltprogramm der Vereinten Nationen durchführt, um Kriterien für die Feststellung von Umweltbedrohungen auf nationaler, regionaler und weltweiter Ebene auszuarbeiten,

unter Betonung der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen allen Ländern – insbesondere durch einen umfassenden Austausch von Informationen, wissenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen sowie den Transfer von Technologie – bei der Überwachung, Bewertung und Vorhersage von Umweltbedrohungen, bei der Bewältigung von Umweltnotfällen und bei der rechtzeitigen Hilfeleistung auf Ersuchen von Regierungen in Übereinstimmung mit den jeweiligen innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Politiken und unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse und Erfordernisse der Entwicklungsländer,

in diesem Zusammenhang *in Bekräftigung* der Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, dem Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe, der Weltgesundheitsorganisation und der Weltorganisation für Meteorologie und anderen zuständigen Organen, Programmen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, eingedenk der Koordinierungsrolle, die das Umweltprogramm der Vereinten Nationen im System der Vereinten Nationen in bezug auf Umweltfragen spielt,

angesichts dessen, daß andere Vorschläge bezüglich der Ausweitung und der Steigerung der Wirksamkeit der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen bei der Überwachung, Bewertung und Vorhersage von Umweltbedrohungen und bei der rechtzeitigen Hilfeleistung in Umweltnotfällen unterbreitet worden sind,

1. *erkennt die Notwendigkeit an*, die internationale Zusammenarbeit bei der Überwachung, Bewertung und Vorhersage von Umweltbedrohungen und bei der Hilfeleistung in Umweltnotfällen zu verstärken;

2. *erklärt erneut*, daß das System der Vereinten Nationen durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen aufgrund seines universellen Charakters das geeignete Forum für ein konzertiertes politisches Vorgehen bei weltweiten Umweltproblemen ist, wie sie in dieser Resolution erwähnt werden;

3. *unterstreicht* die Wichtigkeit einer breiteren Mitwirkung an der Erdwacht, die von der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen[114] eingerichtet wurde und vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen betrieben wird, mit dem Ziel der Stärkung ihrer Fähigkeit, autoritative Bewertungen vorzunehmen, Umweltschädigungen vorherzusagen und die internationale Gemeinschaft frühzeitig zu warnen;

4. *erklärt erneut*, daß nach der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts die Staaten das souveräne Recht haben, ihre eigenen Ressourcen entsprechend der von ihnen verfolgten Umweltpolitik auszubeuten, und erklärt außerdem erneut, daß sie verantwortlich dafür sind sicherzustellen, daß in ihrem Zuständigkeitsbereich oder unter ihrer Kontrolle stattfindende Aktivitäten die Umwelt anderer Staaten oder Gebiete außerhalb der Grenzen des nationalen Zuständigkeitsbereichs nicht schädigen, und entsprechend ihren Fähigkeiten und spezifischen Verantwortlichkeiten die ihnen zukommende Rolle bei der Erhaltung und dem Schutz der globalen und regionalen Umwelt zu spielen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, mit Unterstützung des Exekutivdirektors des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und auf der Grundlage der Auffassungen der Mitgliedstaaten und der bestehenden nationalen und internationalen Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet einen Bericht mit Vorschlägen und Empfehlungen zu möglichen Mitteln und Wegen zu erstellen, wie die Fähigkeiten der Vereinten Nationen gestärkt werden können,

a) diese Bedrohungen zu überwachen, zu bewerten und vorherzusagen;

b) Kriterien festzulegen, um zu bestimmen, wann Umweltschädigungen die Gesundheit, das Wohlergehen, die Entwicklungsaussichten und sogar den Fortbestand des Lebens auf dem Planeten in einem Maße untergraben, daß – auf Ersuchen – ein internationales Vorgehen erforderlich sein kann;

c) die internationale Gemeinschaft frühzeitig zu warnen, wenn derartige Schädigungen bevorstehen;

d) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei der Überwachung, Bewertung und Vorhersage von Umweltbedrohungen zu erleichtern;

e) Regierungen, die mit Umweltnotfällen konfrontiert sind, auf Ersuchen zu unterstützen;

f) finanzielle Mittel sowie technische Zusammenarbeit zur Durchführung der in Ziffer 5 Buchstabe a und e

[114] Siehe *Report of the United Nations Conference on the Human Environment, Stockholm, 5-16 June 1972* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.73.II.A.14 mit Korrigendum).

genannten Aufgaben unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der betroffenen Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, zu mobilisieren;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dem Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen den in Ziffer 5 geforderten Bericht zur Behandlung im Zuge des Vorbereitungsprozesses für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung vorzulegen;

7. *bittet* den Verwaltungsrat des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen, den Bericht zu behandeln und der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat seine diesbezüglichen Auffassungen vorzulegen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/225 – Fischfang mit großen pelagischen Treibnetzen und seine Auswirkungen auf die lebenden Naturschätze der Ozeane und Meere der Welt

Die Generalversammlung,

feststellend, daß viele Länder darüber beunruhigt sind, daß für den Fang lebender Naturschätze auf Hoher See in zunehmendem Maße große pelagische Treibnetze verwendet werden, die eine Gesamtlänge von 30 Meilen (48 Kilometern) oder mehr erreichen können,

in Anbetracht dessen, daß der Fischfang mit großen pelagischen Treibnetzen, eine Fischfangmethode, bei der ein Netz oder eine Netzwand Verwendung findet, die durch Schwimmkörper und Gewichte in einer mehr oder weniger vertikalen Position gehalten wird und in deren Maschen sich die Fische verfangen, wenn diese Netze unter der Wasseroberfläche oder auch in größerer Tiefe dahintreiben, oft eine wenig selektive und unökonomische Fischfangmethode darstellt, die weithin als Gefahr für die wirksame Erhaltung der lebenden Naturschätze des Meeres, wie der weit wandernden und anadromen Fischarten, der Vögel und Meeressäugetiere, betrachtet wird,

darauf hinweisend, daß sich diese Resolution nicht mit der Frage des Fischfangs mit kleinen Treibnetzen befaßt, der seit jeher in Küstengewässern betrieben wird, insbesondere von Entwicklungsländern, und der einen wichtigen Beitrag zu ihrem Lebensunterhalt und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung leistet,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis darüber, daß zusätzlich zu den Fischarten, deren Fang beabsichtigt ist, auch noch andere Fische, Meeressäugetiere, Seevögel und andere lebende Naturschätze der Ozeane und Meere der Welt sich in den großen pelagischen Treibnetzen verfangen können, entweder während deren Verwendung oder auch in verlorengegangenen oder zurückgelassenen Netzen, und dabei oft verletzt oder getötet werden,

in Anbetracht dessen, daß im Pazifischen, im Atlantischen und im Indischen Ozean und in anderen Gebieten der Hohen See mehr als eintausend Fischereifahrzeuge große pelagische Treibnetze benutzen,

in Anerkennung dessen, daß alle zur Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Naturschätze des Meeres getroffenen Regelungen die besten zur Verfügung stehenden wissenschaftlichen Daten und Analysen berücksichtigen sollten,

unter Hinweis auf die einschlägigen Grundsätze der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen[90],

erklärend, daß nach den einschlägigen Artikeln der Konvention alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft verpflichtet sind, auf weltweiter und regionaler Ebene bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Naturschätze der Hohen See zusammenzuarbeiten und die zur Erhaltung dieser Naturschätze erforderlichen Maßnahmen in bezug auf ihre Staatsangehörigen zu ergreifen oder mit anderen dabei zusammenzuarbeiten,

unter Hinweis darauf, daß nach den einschlägigen Artikeln der Konvention alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft dafür verantwortlich sind, die Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Naturschätze des Meeres sowie den Schutz und die Bewahrung der lebenden Meeresumwelt innerhalb ihrer ausschließlichen Wirtschaftszonen zu gewährleisten,

feststellend, daß insbesondere die Küstenstaaten und die Staaten mit Fischereiinteressen sehr darüber beunruhigt sind, daß die übermäßige Ausbeutung der lebenden Naturschätze in den an die ausschließlichen Wirtschaftszonen der Küstenstaaten angrenzenden Bereichen der Hohen See nachteilige Auswirkungen auf diese Naturschätze innerhalb dieser Zonen haben könnte, sowie in diesem Zusammenhang feststellend, daß nach den einschlägigen Artikeln der Konvention die Verpflichtung zur Zusammenarbeit besteht,

sowie feststellend, daß die Länder des Südpazifik-Forums und der Südpazifik-Kommission im Bewußtsein der Bedeutung der lebenden Naturschätze für die Menschen der Region des Südpazifik die Einstellung dieser Art des Fischfangs im Südpazifik und die Durchführung wirksamer Bewirtschaftungsprogramme gefordert haben,

Kenntnis nehmend von der Verabschiedung der diesbezüglichen Erklärung von Tarawa[59] durch das Zwanzigste Südpazifik-Forum am 11. Juli 1989 in Tarawa (Kiribati) und von der Verabschiedung der Konvention über das Verbot des Fischfangs mit Treibnetzen im Südpazifik[115] durch die Staaten und Territorien des Südpazifik am 24. November 1989 in Wellington,

feststellend, daß einige Mitglieder der internationalen Gemeinschaft gemeinsame Kontroll- und Überwachungsprogramme durchführen, um die Auswirkungen des Fischfangs mit großen pelagischen Treibnetzen unmittelbar beurteilen zu können,

in Anbetracht dessen, daß einige Mitglieder der internationalen Gemeinschaft aufgrund der in bestimmten Regionen geäußerten Besorgnis Maßnahmen zur Verringerung ihrer Fischfangtätigkeit mit Treibnetzen ergriffen haben,

1. *fordert* alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft, insbesondere die Länder mit Fischereiinteressen, *auf*, ihre Zusammenarbeit bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Naturschätze des Meeres zu verstärken;

2. *fordert* alle, die Fischfang mit großen pelagischen Treibnetzen betreiben, *auf*, mit der internationalen Gemeinschaft und insbesondere mit den Küstenstaaten und den zuständigen internationalen und regionalen Organisationen voll zusammenzuarbeiten, um die Sammlung und den Austausch statistisch gesicherter wissenschaftlicher Angaben zu verbessern, damit es möglich ist, die Auswirkungen dieser Fischfangmethoden auch weiter-

[115] Siehe A/44/807.

hin zu beurteilen und die Erhaltung der lebenden Naturschätze des Meeres weltweit sicherzustellen;

3. *empfiehlt* allen in Betracht kommenden Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft, insbesondere den Mitgliedern der Regionalorganisationen, auch weiterhin die besten verfügbaren wissenschaftlichen Daten über die Auswirkungen des Fischfangs mit großen pelagischen Treibnetzen zu prüfen und spätestens bis 30. Juni 1991 darüber Bilanz zu ziehen und bei Bedarf weitere gemeinsame Regelungs- und Überwachungsmaßnahmen zu vereinbaren;

4. *empfiehlt außerdem*, daß alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft in Anbetracht dessen, daß den Regionalorganisationen und der regionalen und bilateralen Zusammenarbeit in den einschlägigen Artikeln der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen eine besondere Rolle bei der Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden Naturschätze des Meeres zugewiesen wird, die folgenden Maßnahmen vereinbaren:

a) Über den gesamten Hochseefischfang mit großen pelagischen Treibnetzen sollte bis 30. Juni 1992 ein Moratorium verhängt werden, mit der Maßgabe, daß diese Maßnahme in einer Region nicht ergriffen beziehungsweise, falls bereits ergriffen, aufgehoben wird, wenn wirksame Erhaltungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen ergriffen werden, die auf einer statistisch gesicherten Analyse beruhen, die gemeinsam von den betroffenen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft mit Fischereiinteressen in der Region vorgenommen wird, um unannehmbare Auswirkungen dieser Fischfangpraktiken auf die Region zu vermeiden und die Erhaltung der lebenden Naturschätze der Region zu gewährleisten;

b) Es sollten Sofortmaßnahmen ergriffen werden, um den Fischfang mit großen pelagischen Treibnetzen in der Südpazifik-Region schrittweise zu verringern, mit dem Ziel der Einstellung dieser Tätigkeiten spätestens am 1. Juli 1991, als Übergangsmaßnahme, bis die betroffenen Parteien geeignete Erhaltungs- und Bewirtschaftungsregelungen für die Bestände an Weißem Thunfisch im Südpazifik getroffen haben;

c) Die Ausweitung des Hochseefischfangs mit großen pelagischen Treibnetzen im Nordpazifik und in anderen Gebieten der Hohen See außerhalb des Pazifischen Ozeans sollte sofort eingestellt werden, mit der Maßgabe, daß diese Maßnahme unter Berücksichtigung der in Ziffer 4 *a*) dieser Resolution festgelegten Bedingungen einer Überprüfung unterzogen wird;

5. *legt* den Küstenländern, die ausschließliche Wirtschaftszonen haben, die an die Hohe See angrenzen, *nahe*, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und bei der Sammlung und Vorlage wissenschaftlicher Informationen über den Fischfang mit Treibnetzen in ihrer eigenen ausschließlichen Wirtschaftszone zusammenzuarbeiten, unter Berücksichtigung der Maßnahmen, die zur Erhaltung der lebenden Naturschätze der Hohen See ergriffen worden sind;

6. *ersucht* die Sonderorganisationen, insbesondere die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, und andere zuständige Organe, Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen sowie die verschiedenen regionalen und subregionalen Fischereiorganisationen, sich unverzüglich mit dem Fischfang mit großen pelagischen Treibnetzen und seinen Auswirkungen auf die lebenden Naturschätze des Meeres zu befassen und dem Generalsekretär ihre Auffassungen dazu mitzuteilen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, diese Resolution allen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft, den zwischenstaatlichen Organisationen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat und den anerkannten wissenschaftlichen Facheinrichtungen auf diesem Gebiet zur Kenntnis zu bringen;

8. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/226 – Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen sowie deren Entsorgung, Kontrolle und grenzüberschreitende Verbringung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 37/137 vom 17. Dezember 1982, 38/149 vom 19. Dezember 1983 und 39/229 vom 18. Dezember 1984 sowie ihren Beschluß 41/450 vom 8. Dezember 1986,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 42/183 vom 11. Dezember 1987 über den Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 43/212 vom 20. Dezember 1988 mit dem Titel "Verantwortung der Staaten für den Umweltschutz: Verhütung des illegalen internationalen Verkehrs mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen sowie Verhütung der Ablagerung und daraus entstehenden Anhäufung dieser Stoffe, wovon vor allem die Entwicklungsländer betroffen sind",

unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1988/70 und 1988/71 vom 28. Juli 1988 sowie Kenntnis nehmend von der Ratsresolution 1989/104 vom 27. Juli 1989,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs über gesundheits- und umweltschädigende Produkte[116] sowie von dem Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1989/177 vom 27. Juli 1989,

sowie Kenntnis nehmend von den Beschlüssen 15/28 und 15/30 des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen vom 25. Mai 1989[50],

mit Genugtuung über den Bericht des Generalsekretärs über den illegalen Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen[117],

Kenntnis nehmend vom Abschluß der Basler Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung[118],

mit der Bitte an alle Staaten, unbeschadet der endgültigen Haltung der regionalen zwischenstaatlichen Organisationen in dieser Hinsicht die Unterzeichnung der Basler Konvention in Erwägung zu ziehen,

[116] A/44/276-E/1989/78.
[117] A/44/362 mit Korr.1.
[118] Siehe UNEP/IG.80/3.

eingedenk der wachsenden Bedrohung der Umwelt und der Gesundheit und Sicherheit des Menschen durch die unsachgemäße Behandlung und die zunehmende Erzeugung, Vielfalt und grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle,

in der Überzeugung, daß der illegale Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen eine schwere Bedrohung der Umwelt und der Gesundheit und Sicherheit des Menschen darstellt,

sowie in der Überzeugung, daß diese Probleme ohne eine angemessene Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft nicht gelöst werden können,

zutiefst besorgt über die Tatsache, daß nach wie vor Fälle unerlaubter grenzüberschreitender Verbringung und Ablagerung gefährlicher Produkte und Abfälle, die für die Umwelt und die menschliche Gesundheit besonders schädlich sind, vorkommen, von denen insbesondere die Entwicklungsländer betroffen sind,

überzeugt von der Notwendigkeit, alle Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, dabei zu unterstützen, sich alle in Betracht kommenden Informationen über toxische und gefährliche Produkte und Abfälle zu beschaffen wie auch ihre Fähigkeit zu verbessern, jeden unerlaubten Versuch der Einbringung von toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen in das Hoheitsgebiet eines Staates unter Verletzung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften und einschlägiger völkerrechtlicher Übereinkünfte wie auch jeden Verkehr, der nicht gemäß den international anerkannten Richtlinien und Grundsätzen auf diesem Gebiet erfolgt, zu entdecken und zu unterbinden,

I

Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen

1. *ersucht* die Regionalkommissionen, im Rahmen der vorhandenen Mittel zur Verhinderung des unerlaubten Verkehrs mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen beizutragen, indem sie kontinuierlich in jeder Region diesen unerlaubten Verkehr überwachen und die sich daraus ergebenden Folgen für die Umwelt und die Gesundheit auf regionaler Ebene bewerten, in Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen und anderen zuständigen Organen der Vereinten Nationen und mit deren sachverständiger Unterstützung und Beratung, namentlich mit dem Internationalen Register potentiell toxischer Chemikalien, der Ad-hoc-Arbeitsgruppe von Sachverständigen für die vorherige Zustimmung in Kenntnis der Sachlage und andere Modalitäten zur Ergänzung der Londoner Richtlinien für den Informationsaustausch über Chemikalien im internationalen Handel und mit dem Interimssekretariat der Basler Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung, unbeschadet der endgültigen Haltung der regionalen zwischenstaatlichen Organisationen zu der Konvention, und dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung, beginnend mit dem Jahr 1990, Bericht zu erstatten;

2. *ersucht* die Regionalkommissionen *außerdem*, sich miteinander ins Benehmen zu setzen und mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um den unerlaubten Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen auch weiterhin wirksam und auf koordinierte Weise zu überwachen und zu bewerten;

3. *ersucht* den Wirtschafts- und Sozialrat, der Generalversammlung Empfehlungen in bezug auf die Ergebnisse und Schlußfolgerungen vorzulegen, zu denen die Regionalkommissionen im Rahmen ihrer Behandlung von Umweltfragen gekommen sind;

4. *fordert* alle Länder *auf*, mit ihren jeweiligen Regionalkommissionen zusammenzuarbeiten, um den unerlaubten Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen zu verhindern;

II

Schutz vor gesundheits- und umweltschädigenden Produkten

1. *dankt* dem Generalsekretär für seinen Bericht über gesundheits- und umweltschädigende Produkte[116], der eine Überprüfung der "Konsolidierten Liste von Produkten, deren Verbrauch und/oder Verkauf von Staaten verboten oder strengen Beschränkungen unterworfen worden ist, die aus dem Verkehr gezogen oder nicht zugelassen sind" enthält;

2. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von der Zusammenarbeit, die zur Erstellung der Konsolidierten Liste zwischen den Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation und dem zum Umweltprogramm der Vereinten Nationen gehörenden Internationalen Register potentiell toxischer Chemikalien hergestellt worden ist;

3. *stellt* in diesem Zusammenhang *fest*, daß auch die Arbeiten der vom Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen eingesetzten Arbeitsgruppe für den Export von im Inland verbotenen Gütern und anderen gefährlichen Stoffen genutzt werden müssen sowie diejenigen Aktivitäten, die zur Zeit im Rahmen des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Anwendung von Regelungen betreffend die vorherige Zustimmung in Kenntnis der Sachlage bei Chemikalien und Pestiziden im internationalen Handel durchgeführt werden und durch die das von den Verfassern der Konsolidierten Liste vorgesehene System für den Informationsaustausch zur Anwendung kommt, und daß darüber hinaus auch die im Rahmen internationaler Übereinkünfte auf verwandten Gebieten geleisteten Arbeiten genutzt werden müssen;

4. *bringt ihre Genugtuung darüber zum Ausdruck*, daß die Regierungen bei der Erstellung der Konsolidierten Liste immer enger zusammenarbeiten, und bittet nachdrücklich alle Regierungen, die erforderlichen Informationen zur Aufnahme in aktualisierte Fassungen der Konsolidierten Liste zur Verfügung zu stellen, soweit sie dies nicht bereits getan haben;

5. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung ihrer Resolution 39/229 im Rahmen der vorhandenen Mittel für die Veröffentlichung der Konsolidierten Liste in englischer, französischer und spanischer Sprache, je nach Bedarf, Sorge zu tragen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um die wirksame und umfassendere Verbreitung der Konsolidierten Liste in allen geeigneten Kreisen sicherzustellen;

7. *ersucht* den Generalsekretär in diesem Zusammenhang *ferner* zu prüfen, wie eine wirksamere Beteiligung der nichtstaatlichen Organisationen bei der Förderung der Verbreitung und Nutzung der Konsolidierten Liste sichergestellt werden kann;

8. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Erstellung seines nächsten vorgesehenen Berichts zu dieser Frage

a) konkrete Vorschläge darüber zu machen, wie den Ländern, insbesondere den Entwicklungsländern, technische Zusammenarbeit gewährt werden kann, insbesondere auch durch geeignete Organisationen der Vereinten Nationen, um sie zu befähigen, die Konsolidierte Liste zu nutzen beziehungsweise besser zu nutzen;

b) alle noch offenen Fragen, wie die Frage dauerhafter Ersatzprodukte für verbotene und strengen Beschränkungen unterworfene Produkte und nichtregistrierte Pestizide, im Hinblick auf die Erhöhung der Nützlichkeit der Konsolidierten Liste zu prüfen;

III

KONTROLLE DER GRENZÜBERSCHREITENDEN VERBRINGUNG GEFÄHRLICHER ABFÄLLE UND IHRER ENTSORGUNG

1. *erkennt an*, daß es notwendig ist, so schnell wie praktisch durchführbar völkerrechtliche Regeln über die Haftung und den Ersatz für Schäden, die sich aus der grenzüberschreitenden Verbringung und der Entsorgung gefährlicher Abfälle ergeben, auszuarbeiten;

2. *ersucht* den Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, im Einklang mit den Resolutionen, die von der vom 20. bis 22. März 1989 in Basel (Schweiz) abgehaltenen Bevollmächtigtenkonferenz für die weltweite Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle verabschiedet wurden, auf der Grundlage der ausgewogenen geographischen Vertretung und im Benehmen mit den Regierungen eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe von juristischen und technischen Sachverständigen einzusetzen, mit dem Auftrag, so schnell wie praktisch durchführbar mögliche Bestandteile eines Protokolls über die Haftung und den Ersatz für Schäden, die sich aus der grenzüberschreitenden Verbringung und der Entsorgung gefährlicher Abfälle ergeben, zu erarbeiten, und dem Vorbereitungsausschuß der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung sowie dem Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen im Einklang mit ihrem diesbezüglichen Mandat Bericht zu erstatten;

3. *bittet* den Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und den Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation, gegebenenfalls im Benehmen mit anderen zuständigen internationalen Organisationen, die bestehenden Regeln, Vorschriften und Praktiken im Hinblick auf die Beseitigung gefährlicher Abfälle auf See zu überprüfen, um die diesbezüglichen Bestimmungen der auf diesem Gebiet verabschiedeten Konventionen aufeinander abzustimmen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über den Wirtschafts- und Sozialrat über die bei der Anwendung der Basler Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung und bei der Durchführung dieser Resolution erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/227 – Durchführung der Generalversammlungsresolutionen 42/186 und 42/187

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/186 vom 11. Dezember 1987 über die Umweltperspektive bis zum Jahr 2000 und danach, in der sie die Umweltperspektive als umfassenden Orientierungsrahmen für einzelstaatliche Maßnahmen und die internationale Zusammenarbeit im Hinblick auf Politiken und Programme verabschiedet hat, die auf die Herbeiführung einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung in allen Ländern abzielt,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 42/187 vom 11. Dezember 1987 über den Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung[119], in der sie den Bericht begrüßt und u.a. die Regierungen und die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen gebeten hat, bei der Festlegung ihrer Politiken und Programme die in dem Bericht enthaltene Analyse und Empfehlungen zu berücksichtigen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 43/196 vom 20. Dezember 1988 über eine Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[120] mit Informationen über die Maßnahmen, welche die Regierungen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen ergriffen haben, um in allen Ländern eine bestandfähige und umweltgerechte Entwicklung herbeizuführen, und Kenntnis nehmend von dem am 26. Mai 1989 verabschiedeten Beschluß 15/2 des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen[47],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den Bemühungen der Regierungen und der zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen um die Förderung einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung in allen Ländern;

3. *äußert* trotzdem *ihre Befürchtung*, daß sehr viel mehr getan werden muß, um das wachsende Verständnis der Notwendigkeit einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung in allen Ländern in konkrete Maßnahmen umzusetzen;

4. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von den regionalen Veranstaltungen, die durchgeführt wurden beziehungsweise geplant sind, um eine bestandfähige und umweltgerechte Entwicklung zu fördern, darunter u.a. von der Ersten afrikanischen Regionalkonferenz über Umwelt und eine bestandfähige Entwicklung, die von der Wirtschaftskommission für Afrika und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen organisiert und vom 12. bis 16. Juni 1989 in Kampala abgehalten wurde, sowie von ähnlichen Konferenzen in anderen Regionen, die 1990 stattfinden sollen;

[119] Siehe A/42/427, Anhang.
[120] A/44/350-E/1989/99.

5. *bittet* die Regierungen und die Leitungsgremien der Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen sowie andere zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, ihre Bemühungen um die Förderung und Verwirklichung einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung dadurch zu verstärken, daß sie Umweltbelange und -erwägungen zum Bestandteil ihrer Politiken und Programme auf allen Gebieten machen;

6. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den Bemühungen, die der Generalsekretär unternommen hat, um die Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen zur Förderung einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung zu prüfen, zu koordinieren und zu verstärken;

7. *stellt fest*, daß sich in allen Ländern schwerwiegende Umweltprobleme abzeichnen und daß diese Probleme durch Präventivmaßnahmen, die bei den Ursachen ansetzen, schrittweise angegangen werden müssen, und zwar durch einzelstaatliche Bemühungen und internationale Zusammenarbeit;

8. *erklärt erneut*, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung besteht, und erkennt an, daß ein günstiges internationales Wirtschaftsklima, das zu dauerhaftem Wirtschaftswachstum und zu dauerhafter Entwicklung, insbesondere in den Entwicklungsländern, führt, für eine solide Umweltordnungspolitik von größter Bedeutung ist;

9. *erklärt außerdem erneut*, daß ein enger Sachzusammenhang zwischen Umweltfragen und der Entwicklungspolitik und entwicklungspolitischen Maßnahmen besteht und daß die umweltpolitischen Ziele und Maßnahmen daher zu den Zielen und Strategien der Entwicklungspolitik in Beziehung gesetzt werden müssen;

10. *stellt fest*, daß die entscheidenden Ziele für die Umwelt- und Entwicklungspolitiken, die sich aus der Notwendigkeit einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung ergeben, die Schaffung einer gesunden, sauberen und sicheren Umwelt in allen Ländern, eine Neubelebung des allgemeinen Wirtschaftswachstums, insbesondere in den Entwicklungsländern, und dessen qualitative Verbesserung, die Bewältigung der Armutsprobleme und die menschliche Bedürfnisdeckung durch eine Steigerung des Lebensstandards und Verbesserung der Lebensqualität, eine Auseinandersetzung mit der Problematik einer soliden Bewirtschaftung und Verbesserung der Ressourcenbasis, ein Eintreten für die Förderung, die beschleunigte Entwicklung und den Transfer von umweltgerechter Technologie, die Reduzierung von Umweltgefahren auf ein Mindestmaß und die gleichzeitige Einbeziehung von Umwelt- und Wirtschaftsbelangen in die Entscheidungsfindung in allen Ländern sowie die Berücksichtigung des Zusammenhangs zwischen Menschen, Ressourcen, Umwelt und Entwicklung mit einschließen müssen;

11. *unterstreicht*, daß eine bestandfähige und umweltgerechte Entwicklung Veränderungen in den so nicht weiter tragbaren Produktions- und Konsumstrukturen, insbesondere in den Industrieländern, und die Entwicklung umweltgerechter Technologien voraussetzt, und unterstreicht in diesem Zusammenhang außerdem die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen mit dem Ziel der Abgabe von Empfehlungen betreffend wirksame Modalitäten, die insbesondere den Entwicklungsländern vorteilhaften Zugang zu umweltgerechten Technologien verschaffen und den Transfer derartiger Technologien ermöglichen, u.a. auch zu konzessionären und Vorzugsbedingungen, sowie betreffend Modalitäten, durch die alle Länder in ihren Bemühungen um die Schaffung und Entwicklung ihrer eigenen technologischen Kapazitäten auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung sowie beim Erwerb einschlägiger Informationen unterstützt werden können, und unterstreicht in dieser Hinsicht ferner, daß das Konzept des gesicherten Zugangs der Entwicklungsländer zu umweltgerechten Technologien und der Zusammenhang dieses Konzepts mit den geistigen Eigentumsrechten ausgelotet werden muß, um wirksame Antworten auf die diesbezüglichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu entwickeln;

12. *macht sich* die Auffassungen und Anregungen zur Durchführung der Generalversammlungsresolutionen 42/186 und 42/187 *zu eigen*, die der Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen auf seiner fünfzehnten Tagung vorgetragen hat und die im Bericht des Generalsekretärs[121] enthalten sind, betrachtet den Verwaltungsratsbeschluß 15/2 als positiven Schritt auf dem Wege zu einem besseren Verständnis des Konzepts einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung und der sich aus einer Realisierung dieses Konzepts für alle Länder ergebenden Implikationen und bittet die Regierungen und die Leitungsorgane der Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen sowie andere zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, diese bei ihren künftigen Bemühungen um eine Förderung und Verwirklichung einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung in allen Ländern zu berücksichtigen;

13. *erklärt erneut*, daß neue und zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden müssen, um die Entwicklungsländer bei Maßnahmen zu unterstützen, die in erster Linie an der Quelle ansetzen und u.a. auf die Erkennung, Analyse, Überwachung, Verhütung und Bewältigung von Umweltproblemen gerichtet sind, und zwar im Einklang mit ihren einzelstaatlichen Entwicklungszielsetzungen und -plänen, um sicherzustellen, daß ihre Entwicklungsprioritäten nicht beeinträchtigt werden;

14. *unterstreicht*, daß neue und zusätzliche Finanzmittel für Maßnahmen benötigt werden, die darauf gerichtet sind, die großen, die ganze Welt angehenden Umweltprobleme zu lösen und namentlich diejenigen Länder und dabei insbesondere die Entwicklungsländer zu unterstützen, für die die Durchführung derartiger Maßnahmen vor allem aufgrund mangelnder Finanzmittel, Fachkenntnisse beziehungsweise technischer Kapazität eine besondere oder anormal große Belastung darstellen würde;

15. *erklärt erneut*, daß die entwickelten Länder und die zuständigen Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen ihre technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern verstärken müssen, um ihnen zu helfen, ihre eigenen Kapazitäten zur Erkennung, Analyse, Überwachung, Verhütung und Bewältigung von Umweltproblemen im Einklang mit ihren einzelstaatlichen Entwicklungsplänen, -prioritäten und -zielsetzungen zu entwickeln und zu stärken;

16. *erklärt außerdem erneut*, daß die Staaten nach der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts das souveräne Recht haben, ihre eigenen Naturschätze gemäß ihrer Umweltpolitik zu nutzen, und erklärt ferner erneut, daß sie die Pflicht haben,

[121] Ebd., Abschnitt II und III.

dafür zu sorgen, daß durch Tätigkeiten, die innerhalb ihres Hoheitsbereichs oder unter ihrer Kontrolle ausgeübt werden, der Umwelt in anderen Staaten oder in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche kein Schaden zugefügt wird, und daß sie im Einklang mit ihren Möglichkeiten und ihren besonderen Verantwortlichkeiten die ihnen zukommende Rolle bei der Erhaltung und dem Schutz der globalen und regionalen Umwelt spielen;

17. *ist der Auffassung*, daß die regionalen Anschlußkonferenzen zu einem besseren Verständnis und einer konkreteren Abgrenzung des Konzepts der bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung sowie der sich aus der Realisierung dieses Konzepts ergebenden Implikationen beitragen und wichtige Sachbeiträge zu der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 leisten sollten;

18. *bittet* den Vorbereitungsausschuß für die Konferenz, bei der Vorbereitung der Konferenz die in der Umweltperspektive bis zum Jahr 2000 und danach und im Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung enthaltenen Empfehlungen sowie die von der Generalversammlung und vom Wirtschafts- und Sozialrat abgegebenen Maßnahmenempfehlungen und die Auffassungen und Anregungen des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und anderer Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen zu diesen Fragen gebührend zu berücksichtigen;

19. *ersucht* den Generalsekretär, einen Zwischenbericht über die Durchführung dieser Resolution zu erstellen, der dem Vorbereitungsausschuß für die Konferenz und der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung auf dem Wege über den Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und den Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen ist;

20. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, einen neuen zusammenfassenden Bericht über die weiteren sachbezogenen Maßnahmen, die die Regierungen und die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen in Weiterverfolgung der Generalversammlungsresolutionen 42/186 und 42/187 ergriffen haben, zu erstellen, der der Konferenz und der Generalversammlung auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung auf dem Wege über den Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und den Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen ist.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/228 – Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/196 vom 20. Dezember 1988 über eine Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung,

Kenntnis nehmend von Beschluß 15/3 des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen vom 25. Mai 1989[47] über eine Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung,

sowie Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/87 vom 26. Juli 1989 über die Einberufung einer Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung,

ferner Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/101 vom 27. Juli 1989 über die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit im Umweltbereich durch die Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel an die Entwicklungsländer,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/186 vom 11. Dezember 1987 über die Umweltperspektive bis zum Jahr 2000 und danach und ihre Resolution 42/187 vom 11. Dezember 1987 über den Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung[119],

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Frage der Einberufung einer Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung[122],

eingedenk der Auffassungen, die von den Regierungen in der Debatte über die Einberufung einer Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung vertreten wurden,

unter Hinweis auf die Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen[123],

zutiefst besorgt über die anhaltende Verschlechterung des Zustands der Umwelt und die besorgniserregende Schädigung der globalen lebenserhaltenden Systeme sowie über Entwicklungen, die, falls ihre Fortsetzung zugelassen wird, das globale ökologische Gleichgewicht zerstören, die lebenserhaltenden Eigenschaften der Erde gefährden und zu einer Umweltkatastrophe führen könnten, sowie der Auffassung, daß zum Schutz des ökologischen Gleichgewichts auf der Erde ein entschlossenes, rasches und globales Vorgehen von vitaler Bedeutung ist,

in Anerkennung der Wichtigkeit, die der Schutz und die Verbesserung der Umwelt für alle Länder besitzen,

sowie anerkennend, daß die Umweltprobleme, namentlich die Klimaveränderung, die Zerstörung der Ozonschicht, die grenzüberschreitende Luft- und Wasserverschmutzung, die Kontamination der Ozeane und Meere und die Schädigung der Bodenressourcen, einschließlich der Dürre und Wüstenbildung, aufgrund ihres globalen Charakters ein Vorgehen auf allen Ebenen, so auch auf globaler, regionaler und nationaler Ebene, und das Engagement und die Mitwirkung aller Länder erfordern,

in der ernsten Befürchtung, daß die Hauptursache der anhaltenden Verschlechterung der globalen Umwelt in den so nicht tragbaren Produktions- und Konsumstrukturen, insbesondere der Industrieländer, zu suchen ist,

betonend, daß zwischen Armut und Umweltzerstörung eine enge Wechselbeziehung besteht und daß der Umweltschutz in den Entwicklungsländern in diesem Zusammenhang als festes Teilstück des Entwicklungsprozesses betrachtet werden muß und nicht losgelöst davon gesehen werden darf,

anerkennend, daß die auf internationaler Ebene zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt zu treffenden Maßnahmen die derzeit bestehenden Ungleichgewichte in den globalen Produktions- und Konsumstrukturen vollauf berücksichtigen müssen,

---

[122] A/44/256-E/1989/66 mit Korr.1 und Add.1 und 2.

[123] *Report of the United Nations Conference on the Human Environment, Stockholm, 5-16 June 1972* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.73.II.A.14 mit Korrigendum), Kap. I.

erklärend, daß die Verantwortung für die Eindämmung, Verminderung und Beseitigung globaler Umweltschäden von den schadensverursachenden Ländern übernommen werden, im Verhältnis zu den verursachten Schäden stehen und den jeweiligen Kapazitäten und Verantwortlichkeiten der Länder entsprechen muß,

in Anerkennung der Umweltfolgen materieller Kriegsüberreste und der Notwendigkeit, zu ihrer Beseitigung stärker international zusammenzuarbeiten,

betonend, wie wichtig es ist, daß alle Länder u.a. entsprechend ihren jeweiligen Fähigkeiten wirksame Maßnahmen zum Schutz, zur Wiederherstellung und zur Verbesserung der Umwelt ergreifen, und gleichzeitig die Anstrengungen anerkennend, die in allen Ländern in dieser Hinsicht unternommen werden, namentlich die internationale Zusammenarbeit zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern,

unter Betonung der Notwendigkeit einer wirksamen internationalen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Erforschung, Entwicklung und Anwendung umweltgerechter Technologien,

im Bewußtsein der entscheidenden Rolle von Wissenschaft and Technologie auf dem Gebiet des Umweltschutzes sowie der Tatsache, daß insbesondere die Entwicklungsländer vorteilhaften Zugang zu umweltgerechten Technologien, Prozessen, Ausrüstungsgegenständen sowie Forschungsergebnissen und Fachkenntnissen auf diesem Gebiet haben müssen, und zwar durch eine internationale Zusammenarbeit, die darauf abstellt, die globalen Umweltschutzbemühungen zu unterstützen, so auch den Einsatz innovativer und wirksamer Methoden,

anerkennend, daß den Entwicklungsländern neue und zusätzliche Finanzmittel zugeleitet werden müssen, um sicherzustellen, daß sie sich uneingeschränkt an den globalen Umweltschutzbemühungen beteiligen können,

I

1. *beschließt*, die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung auf höchstmöglicher Teilnehmerebene zu veranstalten, und zwar für die Dauer von zwei Wochen, so daß sie terminlich mit dem Weltumwelttag am 5. Juni 1992 zusammenfällt;

2. *nimmt* das großzügige Angebot der Regierung Brasiliens, als Gastgeber der Konferenz zu fungieren, *mit tiefempfundenem Dank an*;

3. *erklärt*, daß die Konferenz Strategien und Maßnahmen ausarbeiten sollte, die angetan sind, die Folgewirkungen der Umweltzerstörung im Kontext vermehrter einzelstaatlicher und internationaler Bemühungen um die Förderung einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung in allen Ländern aufzuheben und umzukehren;

4. *erklärt außerdem*, daß der Schutz und die Verbesserung der Umwelt bedeutende Fragen sind, die sich auf das Wohl der Völker und die wirtschaftliche Entwicklung in der ganzen Welt auswirken;

5. *erklärt ferner*, daß die Förderung des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern ein wesentlicher Faktor beim Herangehen an die Probleme der Umweltzerstörung ist;

6. *erklärt*, wie wichtig ein günstiges internationales Wirtschaftsklima, das zu dauerhaftem Wirtschaftswachstum und zu dauerhafter Entwicklung in allen Ländern führt, für den Umweltschutz und eine solide Umweltordnungspolitik ist;

7. *erklärt erneut*, daß die Staaten nach der Charta der Vereinten Nationen und den geltenden Grundsätzen des Völkerrechts das souveräne Recht haben, ihre eigenen Naturschätze gemäß ihrer Umweltpolitik zu nutzen, und erklärt außerdem erneut, daß sie die Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß durch Tätigkeiten, die innerhalb ihres Hoheitsbereichs oder unter ihrer Kontrolle ausgeübt werden, der Umwelt in anderen Staaten oder in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche kein Schaden zugefügt wird, und daß sie im Einklang mit ihren Möglichkeiten und ihren besonderen Verantwortlichkeiten die ihnen zukommende Rolle bei der Erhaltung und dem Schutz der globalen und regionalen Umwelt spielen;

8. *erklärt*, daß die Staaten nach einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und dem geltenden Völkerrecht für Schädigungen der Umwelt und der natürlichen Ressourcen verantwortlich sind, die durch grenzüberschreitende Einwirkungen entstehen, die innerhalb ihres Hoheitsbereichs oder unter ihrer Kontrolle erfolgen;

9. *stellt fest*, daß der größte Teil der derzeitigen Schadstoffemission in die Umwelt, darunter auch giftige und gefährliche Abfälle, seinen Ursprung in den entwikkelten Ländern hat, und erkennt daher an, daß diese Länder die Hauptverantwortung für die Bekämpfung dieser Verschmutzung tragen;

10. *betont*, daß große Industrieunternehmen, so auch transnationale Unternehmen, häufig im Besitz wenig verbreiteter technischer Fähigkeiten und Kenntnisse für die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt sind, daß sie Tätigkeiten in Sektoren ausüben, die sich auf die Umwelt auswirken, und insofern besondere Pflichten haben und daß in diesem Zusammenhang Bemühungen um den Schutz und die Verbesserung der Umwelt in allen Ländern unterstützt und mobilisiert werden müssen;

11. *erklärt erneut*, daß die schwere Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer und anderer Länder mit schweren Schuldendienstproblemen dringend in effizienter Weise angegangen werden muß, um diese Länder in die Lage zu versetzen, entsprechend ihren Möglichkeiten und Verantwortlichkeiten uneingeschränkt zu den weltweiten Bemühungen um den Schutz und die Verbesserung der Umwelt beizutragen;

12. *erklärt*, daß im Lichte des oben Gesagten folgende Umweltfragen, die in keiner besonderen Rangfolge aufgeführt sind, von großer Bedeutung für die Erhaltung der Umweltqualität auf der Erde und insbesondere für die Verwirklichung einer umweltgerechten und bestandfähigen Entwicklung in allen Ländern sind:

a) der Schutz der Atmosphäre durch die Bekämpfung der Klimaveränderung, der Zerstörung der Ozonschicht und der grenzüberschreitenden Luftverschmutzung;

b) der Schutz der Süßwasserressourcen und deren Qualität;

c) der Schutz der Ozeane und aller Arten von Meeren, darunter auch der geschlossenen oder halb geschlossenen Meere, und der Küstengebiete sowie der Schutz, die rationelle Nutzung und Erschließung deren lebender Naturschätze;

d) der Schutz und die Bewirtschaftung der Bodenressourcen, u.a. durch die Bekämpfung von Entwaldung, Wüstenbildung und Dürre;

e) die Bewahrung der biologischen Vielfalt;

f) die umweltgerechte Anwendung der Biotechnologie;

g) die umweltgerechte Behandlung von Abfällen, insbesondere von gefährlichen Abfällen und toxischen Chemikalien, sowie die Verhinderung des illegalen internationalen Verkehrs mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen;

h) die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsumwelt der Armen in städtischen Slums und ländlichen Gebieten durch die Beseitigung der Armut, u.a. durch die Durchführung integrierter Programme für die ländliche und städtische Entwicklung sowie durch die Ergreifung anderer geeigneter Maßnahmen auf allen erforderlichen Ebenen zur Eindämmung der Umweltzerstörung;

i) der Schutz der Gesundheit des Menschen und die Verbesserung der Lebensqualität;

13. *unterstreicht* die Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit bei der Umweltbewirtschaftung zur Gewährleistung ihres Schutzes und ihrer Verbesserung zu verstärken und der Frage des aus Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Schutz und der Entwicklung der biologischen Vielfalt, beispielsweise der Forschung und Entwicklung, zu ziehenden Nutzens zu untersuchen;

14. *bekräftigt* die Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit, insbesondere zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern, auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung und der Nutzung umweltgerechter Technologien zu verstärken;

15. *beschließt*, daß die Konferenz bei der Behandlung von Umweltfragen im Entwicklungskontext folgende Ziele verfolgen sollte:

a) die Untersuchung des Umweltzustands und der Veränderungen, die seit der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen im Jahre 1972 und seit der Verabschiedung internationaler Übereinkommen wie des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung, der am 22. März 1985 verabschiedeten Wiener Konvention zum Schutz der Ozonschicht und des am 16. September 1987 verabschiedeten Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, eingetreten sind, wobei die umweltschützerischen und umweltverbessernden Maßnahmen aller Länder und zwischenstaatlichen Organisationen berücksichtigt werden sollten;

b) die Herausarbeitung von je nach Bedarf auf regionaler und globaler Ebene zu koordinierenden Strategien, die konzertierte Maßnahmen zur Bewältigung großer ökologischer Problemkomplexe in den sozioökonomischen Entwicklungsprozessen aller Länder innerhalb eines bestimmten Zeitraums vorsehen;

c) die Empfehlung von auf nationaler und internationaler Ebene zu ergreifenden umweltschützerischen und umweltverbessernden Maßnahmen unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der Entwicklungsländer, durch die Entwicklung und Anwendung von Politiken für eine bestandfähige und umweltgerechte Entwicklung mit besonderem Schwergewicht auf einer Einbeziehung von Umweltbelangen in den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozeß sowie von verschiedenen sektoralen Politiken, und u.a. durch bei den Ursachen der Umweltzerstörung ansetzenden Präventivmaßnahmen in allen Ländern unter deutlicher Benennung dieser Ursachen;

d) die Förderung der Weiterentwicklung des internationalen Umweltrechts unter Berücksichtigung der Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen[123], der besonderen Bedürfnisse und Anliegen der Entwicklungsländer – und in diesem Zusammenhang die Untersuchung der Frage, inwieweit gegebenenfalls allgemeine Rechte und Pflichten der Staaten auf dem Gebiet der Umwelt festgelegt werden können – sowie unter Berücksichtigung der bestehenden internationalen Übereinkünfte;

e) die Untersuchung von Mitteln und Wegen zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes und der Umweltverbesserung zwischen Nachbarländern zur Beseitigung von Umweltbeeinträchtigungen;

f) die Untersuchung von Strategien für Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene mit dem Ziel des Abschlusses konkreter Abkommen und Verpflichtungen seitens der Regierungen, klar festgelegte Aktivitäten zur Bewältigung der großen Umweltprobleme durchzuführen, um das globale ökologische Gleichgewicht wiederherzustellen und eine weitere Schädigung der Umwelt zu verhindern, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der größte Teil der derzeitigen Schadstoffemission in die Umwelt, darunter auch giftige und gefährliche Abfälle, seinen Ursprung in den entwickelten Ländern hat, und daher anerkennend, daß diese Länder die Hauptverantwortung für die Bekämpfung dieser Verschmutzung tragen;

g) die Einräumung hohen Vorrangs für die Bekämpfung von Dürre und Wüstenbildung sowie die Auseinandersetzung mit sämtlichen Mitteln, darunter auch finanziellen, wissenschaftlichen und technologischen Ressourcen, die erforderlich sind, um den Prozeß der Wüstenbildung anzuhalten und umzukehren, um auf diese Weise das ökologische Gleichgewicht der Erde zu erhalten;

h) die Untersuchung des Zusammenhangs zwischen der Umweltzerstörung und dem internationalen wirtschaftlichen Umfeld, um sicherzustellen, daß Probleme der Umwelt und Entwicklung in den zuständigen internationalen Foren in integrierterer Weise angegangen werden, ohne daß neue Formen der Konditionalität eingeführt werden;

i) die Untersuchung von Strategien für Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene, mit dem Ziel des Abschlusses konkreter Abkommen und Verpflichtungen seitens der Regierungen und zwischenstaatlichen Organisationen, klar abgegrenzte Aktivitäten zur Förderung eines günstigen internationalen Wirtschaftsklimas durchzuführen, das zu einer dauerhaften und umweltgerechten Entwicklung in allen Ländern führt, um die Armut zu bekämpfen und die Lebensqualität zu verbessern, wobei berücksichtigt werden sollte, daß die Einbeziehung von Umweltbelangen und -erwägungen in die Entwicklungsplanung und -politik nicht für die Einführung neuer Formen von Konditionalität in der Hilfe oder in der Entwicklungsfinanzierung benutzt oder als Vorwand für die Errichtung ungerechtfertigter Handelshemmnisse dienen darf;

j) die Ermittlung von Möglichkeiten, neue und zusätzliche Finanzmittel für umweltgerechte Entwick-

lungsprogramme und -projekte bereitzustellen, und zwar insbesondere für die Entwicklungsländer, im Einklang mit den einzelstaatlichen Entwicklungszielen, -prioritäten und -plänen, und die Auseinandersetzung mit Methoden einer wirksamen Überwachung der Bereitstellung dieser neuen und zusätzlichen Finanzmittel, insbesondere an die Entwicklungsländer, mit dem Ziel, es der internationalen Gemeinschaft zu ermöglichen, unter Zugrundelegung genauer und verläßlicher Daten geeignete Anschlußmaßnahmen zu ergreifen;

k) die Ermittlung von Möglichkeiten, zusätzliche Finanzmittel für Maßnahmen bereitzustellen, die darauf gerichtet sind, die großen, die ganze Welt angehenden Umweltprobleme zu lösen und namentlich diejenigen Länder und dabei insbesondere die Entwicklungsländer zu unterstützen, für die die Durchführung derartiger Maßnahmen vor allem aufgrund mangelnder Finanzmittel, Fachkenntnisse beziehungsweise technischer Kapazität eine besondere oder anormal große Belastung darstellen würde;

l) die Behandlung verschiedener – auch freiwilliger – Finanzierungsmechanismen und die Untersuchung der Möglichkeit der Schaffung eines besonderen internationalen Fonds und sonstiger innovativer Methoden, um einen möglichst wirksamen und schnellen Transfer von umweltgerechten Technologien in die Entwicklungsländer zu günstigen Bedingungen zu gewährleisten;

m) eine Untersuchung mit dem Ziel der Abgabe von Empfehlungen betreffend wirksame Modalitäten, die insbesondere den Entwicklungsländern vorteilhaften Zugang zu umweltgerechten Technologien verschaffen und den Transfer derartiger Technologien ermöglichen, u.a. auch zu konzessionären und Vorzugsbedingungen, sowie betreffend Modalitäten, durch die alle Länder in ihren Bemühungen um die Schaffung und Entwicklung ihrer eigenen technologischen Kapazitäten auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung sowie beim Erwerb einschlägiger Informationen unterstützt werden können, und in dieser Hinsicht die Auslotung des Konzepts des gesicherten Zugangs der Entwicklungsländer zu umweltgerechten Technologien und der Zusammenhang dieses Konzepts mit den geistigen Eigentumsrechten, mit dem Ziel, wirksame Antworten auf die diesbezüglichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu entwickeln;

n) die Förderung der Entwicklung der Humanressourcen, insbesondere in den Entwicklungsländern, zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt;

o) die Abgabe von Maßnahmenempfehlungen an Regierungen und die zuständigen Organe des Systems der Vereinten Nationen, bei denen es darum geht, die technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zu verstärken, um sie in die Lage zu versetzen, ihre eigene Kapazität zur Erkennung, Analyse, Überwachung, Bewältigung oder Verhütung von Umweltproblemen im Einklang mit ihren einzelstaatlichen Entwicklungsplänen, -zielsetzungen und -prioritäten zu entwikkeln und zu stärken;

p) die Förderung eines offenen und rechtzeitigen Informationsaustausches über einzelstaatliche Politiken, Gegebenheiten und Unfälle im Umweltbereich;

q) eine Bestandsaufnahme und Untersuchung der Rolle, die das System der Vereinten Nationen bei der Auseinandersetzung mit der Umwelt spielt, und Möglichkeiten zu ihrer Verbesserung;

r) die Förderung des auf nationaler, regionaler und globaler Ebene erfolgenden Aufbaus beziehungsweise Ausbaus geeigneter Institutionen zur Behandlung von Umweltfragen im Rahmen des sozioökonomischen Entwicklungsprozesses aller Länder;

s) die Förderung der Umwelterziehung, insbesondere der jüngeren Generation, sowie sonstige Maßnahmen zur stärkeren Bewußtmachung des Wertes der Umwelt;

t) die Förderung der internationalen Zusammenarbeit innerhalb des Systems der Vereinten Nationen bei der Überwachung, Bewertung und Vorhersage von Umweltgefahren sowie bei der Hilfeleistung bei Umweltnotständen;

u) die Abgrenzung der jeweiligen Verantwortlichkeiten der Organe, Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen für die Durchführung der Empfehlungen der Konferenz und der von ihnen dabei zu leistenden Unterstützung;

v) die zahlenmäßige Bestimmung der für eine erfolgreiche Umsetzung der Beschlüsse und Empfehlungen der Konferenz erforderlichen Finanzmittel und die Ermittlung möglicher Quellen, einschließlich neuartiger Quellen, für zusätzliche Finanzmittel;

w) die Bewertung der Fähigkeit des Systems der Vereinten Nationen, unter voller Achtung der bestehenden bilateralen und internationalen Übereinkünfte über die Beilegung von Streitigkeiten im Umweltbereich bei der Verhinderung und Beilegung solcher Streitigkeiten behilflich zu sein und Maßnahmen auf diesem Gebiet zu empfehlen;

II

1. *beschließt*, den Vorbereitungsausschuß für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung einzusetzen, der allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen beziehungsweise Mitgliedern der Sonderorganisationen offensteht und an dem entsprechend der bisherigen Praxis der Generalversammlung Beobachter teilnehmen können;

2. *beschließt*, daß der Vorbereitungsausschuß im März 1990 eine zweiwöchige Organisationstagung und eine Schlußtagung – beide am Amtssitz der Vereinten Nationen – sowie drei zusätzliche Sachtagungen abhalten soll, von denen die erste in Nairobi und die beiden nachfolgenden Tagungen in Genf stattfinden und deren Termine und Dauer der Vorbereitungsausschuß auf seiner Organisationstagung festlegt;

3. *beschließt*, daß der Vorbereitungsausschuß auf seiner Organisationstagung unter gebührender Berücksichtigung der ausgewogenen geographischen Verteilung einen Vorsitzenden und andere Amtsträger wählen soll, darunter auch eine größere Zahl von stellvertretenden Vorsitzenden und einen Berichterstatter;

4. *beschließt*, daß Brasilien als Gastland der Konferenz von Amtes wegen Mitglied des Präsidiums sein soll;

5. *ersucht* den Generalsekretär, nach der Organisationstagung des Vorbereitungsausschusses ein geeignetes Ad-hoc-Sekretariat im Büro der Vereinten Nationen in Genf mit je einer Einheit in New York und in Nairobi zu errichten und dabei die Beschlüsse des Vorbereitungsausschusses zum Vorbereitungsprozeß für die

Konferenz und den Grundsatz der ausgewogenen geographischen Verteilung zu berücksichtigen;

6. *beschließt*, daß das Ad-hoc-Sekretariat vom Generalsekretär der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt wird, geleitet wird;

7. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, für die Organisationstagung des Vorbereitungsausschusses einen Bericht mit Empfehlungen zu einem angemessenen Vorbereitungsprozeß zu erstellen und dabei die Bestimmungen dieser Resolution und die von den Regierungen während der Debatte auf der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung vorgetragenen Auffassungen zu berücksichtigen;

8. *beschließt*, daß der Vorbereitungsausschuß

a) entsprechend dieser Resolution den Entwurf einer vorläufigen Tagungsordnung der Konferenz erstellt;

b) Richtlinien verabschiedet, die den Staaten bei ihren Vorbereitungen und in ihrer Berichterstattung ein einheitliches Vorgehen ermöglichen;

c) Beschlußentwürfe für die Konferenz ausarbeitet und der Konferenz zur Behandlung und Verabschiedung vorlegt;

9. *ersucht* das Umweltprogramm der Vereinten Nationen als das wichtigste mit Umweltfragen befaßte Organ sowie andere Organe, Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen wie auch andere in Frage kommende zwischenstaatliche Organisationen, unter Zugrundelegung der vom Vorbereitungsausschuß festzulegenden Richtlinien und Bedingungen voll zu den Vorbereitungen für die Konferenz beizutragen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, auf dem Weg über den Verwaltungsausschuß für Koordinierung für die Koordinierung der Beiträge der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen Sorge zu tragen;

11. *bittet* alle Staaten, sich aktiv an den Vorbereitungen für die Konferenz zu beteiligen, gegebenenfalls einzelstaatliche Berichte zu erstellen, die dem Vorbereitungsausschuß rechtzeitig vorzulegen sind, und die internationale Zusammenarbeit zu fördern und auf nationaler Ebene für einen breitangelegten Vorbereitungsprozeß unter Mitwirkung von Vertretern der Wissenschaft, der Industrie, der Gewerkschaften und interessierter nichtstaatlicher Organisationen zu sorgen;

12. *ersucht* die entsprechenden nichtstaatlichen Organisationen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat, gegebenenfalls Beiträge zur Konferenz zu leisten;

13. *unterstreicht* die Wichtigkeit einer Abhaltung von Regionalkonferenzen über Umwelt und Entwicklung unter voller Mitwirkung der Regionalkommissionen und empfiehlt, die Ergebnisse derartiger Regionalkonferenzen in den Vorbereitungsprozeß für die Konferenz miteinzubringen und dabei zu berücksichtigen, daß die Regionalkonferenzen wichtige Sachbeiträge zur Konferenz leisten sollten;

14. *beschließt*, daß die Konferenzvorbereitungen und die Konferenz selbst, unbeschadet der Möglichkeit der Erschließung von Sondermitteln, aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen finanziert werden, ohne daß dadurch die anderen laufenden Aktivitäten beeinträchtigt werden;

15. *beschließt* die Schaffung eines aus freiwilligen Beiträgen gespeisten Fonds, um den Entwicklungsländern, insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern, zu helfen, sich uneingeschränkt und wirksam an der Konferenz und den Konferenzvorbereitungen zu beteiligen, und bittet die Regierungen, Beiträge zu dem Fonds zu leisten;

16. *ersucht* den Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten und sechsundvierzigsten Tagung über den Stand der Ausschußtätigkeit Bericht zu erstatten;

17. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten und sechsundvierzigsten Tagung.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/229 – Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich

Die Generalversammlung,

zutiefst besorgt über die immer weiterreichende Zerstörung der Umwelt, die, falls ihre Fortsetzung zugelassen wird, nicht nur die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sondern die Grundlagen des Lebens überhaupt gefährden könnte,

in Kenntnisnahme des wachsenden politischen Interesses an einer Lösung der Umweltprobleme und an einer verstärkten diesbezüglichen Zusammenarbeit auf internationaler Ebene,

mit Genugtuung darüber, daß es auf einigen wichtigen Gebieten der Zusammenarbeit im Umweltbereich ermutigende Entwicklungen gegeben hat,

erneut erklärend, daß ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung besteht, sowie in der Erkenntnis, daß ein günstiges internationales Wirtschaftsklima, das zu dauerhaftem Wirtschaftswachstum und zu dauerhafter Entwicklung in allen Ländern, insbesondere in den Entwicklungsländern, führt, für eine solide Umweltordnungspolitik von größter Bedeutung ist,

sowie erneut erklärend, wie wichtig es ist, Umweltbelange und -erwägungen in die Politiken und Programme aller Länder einzubeziehen, ohne dadurch eine neue Form der Konditionalität in der Hilfe oder in der Entwicklungsfinanzierung einzuführen beziehungsweise ohne dies als Vorwand für die Schaffung ungerechtfertigter Handelshemmnisse zu benutzen,

feststellend, daß der größte Teil der derzeitigen Schadstoffemission in die Umwelt, darunter auch giftige und gefährliche Abfälle, seinen Ursprung in den entwikkelten Ländern hat, und daher anerkennend, daß diese Länder die Hauptverantwortung für die Bekämpfung dieser Verschmutzung tragen,

in der Erkenntnis, daß sich in allen Ländern schwerwiegende Umweltprobleme abzeichnen und daß diese Probleme durch Präventivmaßnahmen, die bei den Ursachen ansetzen, schrittweise angegangen werden müssen, und zwar durch einzelstaatliche Bemühungen und internationale Zusammenarbeit,

erneut erklärend, daß die entwickelten Länder und die entsprechenden internationalen Organe und Organisa-

tionen die technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern ausbauen, den Technologietransfer verstärken und zusätzliche Mittel bereitstellen müssen, um die Entwicklungsländer in stärkerem Maße in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Umweltprobleme zu lösen,

in der Erwägung, daß die für 1992 geplante Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung für alle Nationen eine einzigartige Gelegenheit darstellt, auf integrierte Weise an ihre Umwelt- und Entwicklungsprobleme heranzugehen und ihren politischen Willen zu mobilisieren, Umweltprobleme durch internationale Zusammenarbeit zu lösen,

unter Hinweis auf den Beschluß 14/10 des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen vom 18. Juni 1987[124] über die ökologischen Auswirkungen der Apartheid auf die von der schwarzen Bevölkerung in Südafrika betriebene Landwirtschaft,

nach Behandlung des Berichts des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über seine fünfzehnte Tagung[125],

1. *billigt* die Tätigkeit des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, begrüßt den Bericht des Verwaltungsrats über seine fünfzehnte Tagung und nimmt im Lichte dieser Resolution mit Genugtuung Kenntnis von den im Bericht enthaltenen Beschlüssen in ihrer verabschiedeten Form;

2. *bekräftigt* das in Generalversammlungresolution 2997 (XXVII) vom 15. Dezember 1972 niedergelegte Mandat des Programms und befürwortet eine weitere Stärkung der Rolle des Programms, das als zentrales Umweltorgan innerhalb des Systems der Vereinten Nationen die Aufgaben eines Katalysators, Koordinators und Initiators wahrnimmt;

3. *begrüßt* die Maßnahmen, die der Verwaltungsrat in seinem Beschluß 15/1 vom 25 Mai 1989[47] zur Steigerung seiner eigenen Leistungsfähigkeit und Effizienz verabschiedet hat;

4. *erklärt erneut*, daß das System der Vereinten Nationen, durch die Generalversammlung, aufgrund seines universalen Charakters das geeignete Forum für ein konzertiertes politisches Vorgehen bei weltweiten Umweltproblemen ist;

5. *ist* in diesem Zusammenhang *der Auffassung*, daß die Struktur der Vereinten Nationen und ihre Fähigkeit, sich mit wichtigen Umweltproblemen auseinanderzusetzen, einer Prüfung unterzogen werden sollten, mit dem Ziel, die Vereinten Nationen besser zu einer integrierten, kohärenten und wirksamen Auseinandersetzung mit diesen Problemen zu befähigen, und ersucht den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der von den Regierungen vertretenen Auffassungen einen Bericht zu dieser Frage zu erstellen, der im Laufe des Vorbereitungsprozesses für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung zu behandeln ist;

6. *nimmt Kenntnis* von den vom Verwaltungsrat in Abschnitt IV seines Beschlusses 15/1 spezifizierten Gebieten, auf denen die internationale Gemeinschaft vorrangig tätig werden sollte, sowie von der Aufstellung der innerhalb dieser anfallenden Fragen, die in keiner besonderen Rangfolge aufgeführt sind und denen das Programm besondere Aufmerksamkeit widmen sollte[47];

7. *nimmt Kenntnis* vom Verwaltungsratsbeschluß 15/4 vom 26. Mai 1989[47] und unterstützt den Beschluß des Rates, in Verbindung mit der ersten Sachtagung des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung und am selben Ort 1990 eine dreitägige Sondertagung abzuhalten, was der Vorbereitungsausschuß auf seiner Organisationstagung im Hinblick auf eine wirksame Konferenzvorbereitung berücksichtigen sollte; diese Sondertagung sollte sich mit der Herausarbeitung von vorrangigen Umweltproblemen und mit dem Prozeß der Fassung und Umsetzung von Beschlüssen zu diesen Problemen sowie insbesondere mit der Frage beschäftigen, wie die bei der Auseinandersetzung mit diesen Problemen gespielte Rolle des Programms innerhalb des Systems der Vereinten Nationen gestärkt werden könnte;

8. *erklärt erneut*, daß neue und zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden müssen, um die Entwicklungsländer bei der Erkennung, Analyse, Überwachung, Verhütung und Bewältigung von Umweltproblemen, in erster Linie an der Quelle, in Übereinstimmung mit den nationalen Entwicklungszielen und -plänen zu unterstützen, damit sichergestellt ist, daß ihre Entwicklungsprioritäten nicht beeinträchtigt werden;

9. *unterstreicht*, daß neue und zusätzliche Finanzmittel für Maßnahmen benötigt werden, die darauf gerichtet sind, die großen, die ganze Welt angehenden Umweltprobleme zu lösen und namentlich diejenigen Länder und dabei insbesondere die Entwicklungsländer zu unterstützen, für die die Durchführung derartiger Maßnahmen vor allem aufgrund mangelnder Finanzmittel, Fachkenntnisse beziehungsweise technischer Kapazität eine besondere oder anormal große Belastung darstellen würde;

10. *bekundet ihre Genugtuung* darüber, daß der Mittelzufluß an den Umweltfonds offensichtlich real steigt, und billigt unter Berücksichtigung der immer umfangreicheren Aufgaben des Programms den Zielbetrag von mindestens einhundert Millionen US-Dollar an jährlichen Beiträgen bis zum Jahre 1992 und fordert alle Regierungen auf, Beiträge zum Fonds zu leisten beziehungsweise ihre Beiträge, ausgehend von der Beitragshöhe am 1. Januar 1989, um mindestens 35 Prozent pro Jahr anzuheben, damit dieses Ziel bis 1992 erreicht werden kann;

11. *macht sich* die vom Verwaltungsrat in seinem Beschluß 15/2 vom 26. Mai 1989[47] zur Durchführung der Generalversammlungsresolutionen 42/186 und 42/187 vom 11. Dezember 1987 vorgetragenen Auffassungen und Vorschläge *zu eigen* und betrachtet sie als positiven Schritt zu einem besseren Verständnis des Konzepts einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung aller Länder;

12. *nimmt Kenntnis* von der Empfehlung, die der Verwaltungsrat in seinem Beschluß 15/5 vom 25. Mai 1989[47] abgegeben hat, und unterstreicht, daß eine bestandfähige und umweltgerechte Entwicklung in allen Ländern zu einem der zentralen Leitsätze der internationalen Entwicklungsstrategie werden sollte, die für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen ausgearbeitet wird;

13. *schließt sich* dem Verwaltungsratsbeschluß 15/14 vom 25. Mai 1989[47] über die Schaltstellenfunktion *an*, in dem die Auffassung vertreten wird, das Programm solle eine aktivere Rolle dabei spielen, Entwicklungsländer auf entsprechendes Ersuchen zu unterstützen,

[124] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Zweiundvierzigste Tagung, Beilage 25* mit Korrigendum (A/42/25 mit Korr.1), Anhang I.

[125] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 25* (A/44/25).

a) die Institutionen und die fachliche Kapazität zur Integration von Umweltüberlegungen in ihre Entwicklungspolitik und Entwicklungsplanung zu entwickeln und auszubauen;

b) Programme und Vorhaben zu konzipieren und in Gang zu setzen, die es ihnen ermöglichen, ihre gravierendsten Umweltprobleme zu bewältigen;

c) Aktionspläne zur gemeinsamen Bewirtschaftung von Ökosystemen und zur Behandlung schwerwiegender Umweltprobleme auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu formulieren und an ihrer Durchführung mitzuwirken;

14. *unterstreicht*, daß eine bestandfähige und umweltgerechte Entwicklung Veränderungen in den so nicht weiter tragbaren Produktions- und Konsumstrukturen, insbesondere in den Industrieländern, und die Entwicklung umweltgerechter Technologien voraussetzt, und unterstreicht in diesem Zusammenhang außerdem die Notwendigkeit entsprechender Untersuchungen mit dem Ziel der Abgabe von Empfehlungen betreffend wirksame Modalitäten, die insbesondere den Entwicklungsländern vorteilhaften Zugang zu umweltgerechten Technologien verschaffen und den Transfer derartiger Technologien ermöglichen, u.a. auch zu konzessionären und Vorzugsbedingungen, sowie betreffend Modalitäten, durch die alle Länder in ihren Bemühungen um die Schaffung und Entwicklung ihrer eigenen technologischen Kapazitäten auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung und Entwicklung sowie beim Erwerb einschlägiger Informationen unterstützt werden können, und unterstreicht in dieser Hinsicht ferner, daß das Konzept des gesicherten Zugangs der Entwicklungsländer zu umweltgerechten Technologien und der Zusammenhang dieses Konzepts mit den geistigen Eigentumsrechten geprüft werden muß, um wirksame Antworten auf die diesbezüglichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer zu entwickeln;

15. *nimmt Kenntnis* vom Verwaltungsratsbeschluß 15/24 vom 25. Mai 1989[47] über eine bestandfähige Landwirtschaft und fordert den Verwaltungsrat auf, der Durchführung dieses Beschlusses besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

16. *erklärt erneut*, daß die Regierungen, multilateralen Organisationen sowie staatlichen und nichtstaatlichen Finanzinstitutionen in ihren Politiken, Entscheidungsprozessen und Finanzierungsmechanismen unbedingt den Zusammenhang zwischen der Auslandsverschuldung und der Fähigkeit der Entwicklungsländer berücksichtigen müssen, ihre Kapazität für ein Herangehen an entscheidend wichtige und für die Entwicklung und den Umweltschutz gleichermaßen fundamentale Umweltprobleme zu stärken;

17. *bittet nachdrücklich* das Zwischenstaatliche Gremium für Klimaveränderungen, das Erforderliche zu tun, um die Mitwirkung der Entwicklungsländer an den wissenschaftlichen und grundsatzpolitischen Aspekten seiner Arbeiten sicherzustellen, und fordert die internationale Gemeinschaft, insbesondere die entwickelten Länder, auf, großzügige Beiträge zum Treuhandfonds des Zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen in Erwägung zu ziehen, damit die Teilnahme von durch die Regierungen der Entwicklungsländer bestimmten Sachverständigen an allen Sitzungen des Zwischenstaatlichen Gremiums, einschließlich seiner Arbeitsgruppen und Untergruppen, finanziert werden kann;

18. *unterstützt* das vom Verwaltungsrat in seinem Beschluß 15/36 vom 25. Mai 1989[47] an den Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen gerichtete Ersuchen, dieser möge in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der Weltorganisation für Meteorologie mit den Vorbereitungen für die Verhandlungen über eine Rahmenkonvention über das Klima beginnen, unter Berücksichtigung der Arbeiten des Zwischenstaatlichen Gremiums und seines Zwischenberichts wie auch der auf internationalen Tagungen zu diesem Thema, einschließlich der Zweiten Weltklimakonferenz, erzielten Ergebnisse, und empfiehlt, daß diese Verhandlungen so bald wie möglich nach Verabschiedung des Zwischenberichts des Zwischenstaatlichen Gremiums beginnen und daß die Generalversammlung frühzeitig während ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Beschluß faßt, in dem die Möglichkeiten und Modalitäten für eine Fortführung dieser Verhandlungen empfohlen werden, wobei die Arbeiten des Vorbereitungsausschusses für die 1992 abzuhaltende Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung berücksichtigt werden sollten;

19. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den beim Schutz der Ozonschicht erzielten Fortschritten und bittet alle Staaten nachdrücklich, im Lichte der am 2. Mai 1989[53] verabschiedeten Erklärung von Helsinki über den Schutz der Ozonschicht mit dem Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen bei der Stärkung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, zusammenzuarbeiten, und betont, wie wichtig es ist, daß die besonderen Bedürfnisse und Anforderungen der Entwicklungsländer berücksichtigt und geeignete Finanzierungsmechanismen entwickelt werden, damit alle Länder, insbesondere die Entwicklungsländer, sich wirksam an dem revidierten Protokoll beteiligen können;

20. *nimmt Kenntnis* von der Verabschiedung der Basler Konvention über die grenzüberschreitende Verbringung gefährlicher Abfälle und ihre Entsorgung am 22. März 1989[118] und fordert alle Staaten auf, die Unterzeichnung der Konvention unbeschadet der Haltung, die die Regionalorganisationen in dieser Hinsicht schließlich einnehmen werden, in Erwägung zu ziehen und ihre Zusammenarbeit auf Problemgebieten im Geltungsbereich der Konvention zu verstärken;

21. *unterstützt* den Verwaltungsratsbeschluß 15/23 vom 25. Mai 1989 über die Wüstenbildung[47], worin der Rat die Geberregierungen und zwischenstaatlichen Organisationen u.a. bittet, einzelstaatlichen Programmen zur Bekämpfung der Wüstenbildung und zur Wiederherstellung von Bodenressourcen in ihren bilateralen und multilateralen Hilfsaktivitäten hohen Vorrang einzuräumen;

22. *erachtet* die Erhaltung und Nutzung der biologischen Vielfalt als eine vorrangige Frage, als wichtiges Teilstück des ökologischen Gleichgewichts und als eine Quelle des Wohles für die Menschheit und begrüßt den Verwaltungsratsbeschluß 15/34 vom 25. Mai 1989[47];

23. *nimmt Kenntnis* von den Überlegungen, die der Verwaltungsrat in seinem Beschluß 15/10 vom 25. Mai 1989[47] der vorgeschlagenen Errichtung eines Zentrums der Vereinten Nationen für dringliche Umwelthilfe gewidmet hat, und nimmt Kenntnis von den Informationen des Exekutivdirektors des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über die vorläufigen Konsultationsergebnisse hinsichtlich der Auffassungen der Regierun-

gen und Organisationen zu dieser Angelegenheit, unter Berücksichtigung der Mandate des Programms, des Amtes des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe, der Weltorganisation für Meteorologie, der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation und der Internationalen Atomenergie-Organisation sowie anderer zuständiger Sonderorganisationen und Organe der Vereinten Nationen;

24. *äußert ihre Genugtuung* über den Auftrieb, den die Auseinandersetzung mit Umweltbelangen durch Regionaltagungen erhält, und fordert das Programm und andere zuständige Organisationen auf, in dieser Hinsicht auch weiterhin eine wirksame Rolle zu spielen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/230 – Zielbetrag für die Beitragsleistungen zum Welternährungsprogramm für 1991-1992

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2095 (XX) vom 20. Dezember 1965, der zufolge das Welternährungsprogramm vor jeder Beitragsankündigungskonferenz zu überprüfen ist,

sowie unter Hinweis auf Ziffer 4 ihrer Resolution 42/164 vom 11. Dezember 1987, der zufolge die nächste Beitragsankündigungskonferenz vorbehaltlich der in Resolution 2095 (XX) vorgesehenen Überprüfung spätestens Anfang 1990 einberufen werden sollte und die Regierungen und die in Betracht kommenden Geberorganisationen dort gebeten werden sollten, ihre Beiträge für 1991 und 1992 anzukündigen, mit dem Ziel, den bis dahin von der Generalversammlung und der Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen empfohlenen Zielbetrag zu erreichen,

angesichts dessen, daß die Überprüfung des Programms auf der siebenundzwanzigsten Tagung des Ausschusses für Politiken und Programme der Nahrungsmittelhilfe des Welternährungsprogramms und auf der zweiten ordentlichen Tagung 1989 des Wirtschafts- und Sozialrats erfolgt ist,

nach Behandlung der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/121 vom 28. Juli 1989 und der Empfehlung des Ausschusses für Politiken und Programme der Nahrungsmittelhilfe,

in Anerkennung des Werts und der weiterhin bestehenden Notwendigkeit der vom Welternährungsprogramm geleisteten multilateralen Nahrungsmittelhilfe, die sowohl eine Form der Kapitalinvestition darstellt als auch zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfs in Notstandssituationen dient,

1. *legt* für die Jahre 1991-1992 einen Zielbetrag von 1,5 Milliarden US-Dollar an freiwilligen Beiträgen zum Welternährungsprogramm *fest*, wobei mindestens ein Drittel des Gesamtbetrags in bar und/oder in Form von Dienstleistungen geleistet werden sollte, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in Anbetracht des voraussichtlichen Umfangs gut begründeter Projektanträge und der gestiegenen Leistungsfähigkeit des Programms zu diesen Ressourcen noch beträchtliche zusätzliche Beiträge aus anderen Quellen hinzukommen;

2. *bittet nachdrücklich* die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und die Mitglieder beziehungsweise assoziierten Mitglieder der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen sowie die entsprechenden Geberorganisationen, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, damit der Zielbetrag voll erreicht wird;

3. *ersucht* den Generalsekretär, zu diesem Zweck gemeinsam mit dem Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen Anfang 1990 am Sitz der Vereinten Nationen eine Beitragsankündigungskonferenz einzuberufen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/231 – Bericht des Generalsekretärs gemäß Generalversammlungsresolution 42/165

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/165 vom 11. Dezember 1987 in ihrer verabschiedeten Form betreffend die internationale wirtschaftliche Sicherheit,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über diese Frage[126],

unter Hervorhebung der Rolle der Vereinten Nationen sowie des Interesses, das ihre Mitgliedstaaten an einem Ausbau der internationalen Zusammenarbeit zur Gewährleistung einer bestandfähigen Entwicklung, insbesondere in den Entwicklungsländern, und einem ausgewogenen Wachstum der Weltwirtschaft haben,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* von der Arbeit des Generalsekretärs zu diesem Thema;

2. *erkennt an*, daß die Erörterungen über dieses Thema zu einem wachsenden, gemeinsamen Verständnis der wirtschaftlichen Interdependenz beigetragen und im Rahmen der fortgesetzten Bemühungen um eine leistungsfähigere und wirksamere Tätigkeit der Vereinten Nationen auf wirtschaftlichem Gebiet und um eine Verstärkung der multilateralen Zusammenarbeit in den internationalen wirtschaftlichen Angelegenheiten zugunsten aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, eine nützliche Rolle gespielt haben;

3. *unterstreicht*, daß ein universeller, konstruktiver und umfassender Dialog, der auf eine Neubelebung des wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung, insbesondere der Entwicklung der Entwicklungsländer, abzielt, eine wesentliche Voraussetzung für die Erarbeitung wirksamer und kooperativer Lösungsansätze für internationale Wirtschaftsprobleme ist;

4. *bittet* die betreffenden Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die Feststellungen und Empfehlungen im Bericht des Generalsekretärs[126] im Einklang mit ihrem jeweiligen Mandat bei ihrer laufenden Tätigkeit zu berücksichtigen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, diese Resolution bei der Erstellung seines Berichts für die Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern, zu berücksichtigen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

[126] A/44/217-E/1989/56.

44/232 – Entwicklungen beim Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer und aus den Entwicklungsländern und die Folgen für das Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Entwicklung dieser Länder

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 41/202 vom 8. Dezember 1986 über verstärkte internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Lösung der Auslandsverschuldungsprobleme der Entwicklungsländer, 42/198 vom 11. Dezember 1987 über die Weiterentwicklung der internationalen Zusammenarbeit in bezug auf die Auslandsverschuldungsprobleme und 43/198 vom 20. Dezember 1988 über die Auslandsverschuldungskrise und die Entwicklung sowie die Suche nach einer dauerhaften Lösung der Verschuldungsprobleme,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/197 vom 20. Dezember 1988 über die Erreichung des Ziels für die öffentliche Entwicklungshilfe,

unter Hinweis auf den Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1988/160 vom 27. Juli 1988 über den Nettoressourcentransfer aus den Entwicklungsländern in die entwickelten Länder sowie Kenntnis nehmend von der Ratsresolution 1989/112 vom 28. Juli 1989 über den Nettoressourcentransfer aus den Entwicklungsländern und dessen Auswirkungen auf ihr Wirtschaftswachstum und ihre Entwicklung,

sich dessen bewußt, daß der deutliche Rückgang des Mittelzuflusses, die schwere Auslandsverschuldung, die Verschlechterung der Austauschrelationen, die langfristig fallende Tendenz der Rohstoffpreise, der weiterhin bestehende Protektionismus und andere Handelsmaßnahmen zu einem Nettoressourcentransfer aus den Entwicklungsländern geführt haben,

zutiefst besorgt darüber, daß dieses Phänomen nach wie vor dazu beiträgt, daß den Entwicklungsländern die Mittel entzogen werden, die sie für das Wirtschaftswachstum und eine nachhaltige Entwicklung brauchen, und daß es ihre soziale und politische Stabilität bedrohen kann,

in Anbetracht dessen, daß sich die Entwicklungsländer aufgrund der fortbestehenden strukturellen Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft auch weiterhin schwerwiegenden Problemen in den Bereichen Währung, Finanzen, Ressourcenströme, Handel, Rohstoffe und Auslandsverschuldung gegenübersehen,

in ernster Besorgnis über die Entwicklung des Nettoressourcenstroms sowie die Auffassung vertretend, daß alle Länder dringend konzertierte Maßnahmen zur Lösung dieses Problems ergreifen müssen, um die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und die nachhaltige Entwicklung der Entwicklungsländer sicherzustellen,

1. *bittet* die internationale Gemeinschaft *nachdrücklich*, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß ausreichende Mittel für die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und eine nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern zur Verfügung stehen, unter Berücksichtigung der folgenden Empfehlungen:

a) Die Regierungen der entwickelten Länder sollten einen angemessenen Mittelzufluß in die Entwicklungsländer fördern, und die Geberländer sollten ihre öffentliche Entwicklungshilfe so schnell wie möglich auf den international vereinbarten Zielwert bringen;

b) Gegebenenfalls sollten auf nationaler Ebene Wirtschaftsmaßnahmen ergriffen werden, welche die Kapitalbildung in den Entwicklungsländern mit unzureichenden Sparguthaben und unzureichendem Mittelzufluß aus dem Ausland fördern;

c) Um die seit langem bestehende Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer zu überwinden, sollten u.a. und gegebenenfalls das Schuldenvolumen und der Schuldendienst in einem Maße reduziert werden, das groß genug ist, um zur Erreichung des Ziels der Wiederaufnahme eines kräftigen Wachstums und einer nachhaltigen Entwicklung der verschuldeten Entwicklungsländer beizutragen;

d) Die Regierungen der Mitgliedsländer der multilateralen Finanzinstitutionen sollten sicherstellen, daß diesen Institutionen genügend Mittel für die volle Wahrnehmung ihres Auftrags zur Verfügung stehen, damit sie zur Deckung der Bedürfnisse und Erfordernisse der Wirtschafts- und Sozialprogramme der Entwicklungsländer im Rahmen eines mit den sozioökonomischen Zielen und den Wachstums- und Entwicklungsprioritäten dieser Länder zu vereinbarenden Ansatzes beitragen können;

e) Die Industrieländer sollten sich verstärkt um eine Fortsetzung der Strukturanpassungen bemühen, ein kräftiges Wachstum bei gleichzeitiger Senkung und/oder Eindämmung der Inflation aufrechterhalten und auf eine Kombination von finanz- und währungspolitischen Maßnahmen hinarbeiten, die ein Sinken der Zinssätze zulassen und damit zu einem günstigeren internationalen Wirtschaftsklima führen würden;

f) Alle Regierungen sollten sich um ein offeneres internationales Handelssystem bemühen, das insbesondere den Exportprodukten der Entwicklungsländer den Zugang erleichtert, insbesondere im Zusammenhang mit der Uruguay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen, die während der vom 15. bis 20. September 1986 in Punta del Este (Uruguay) abgehaltenen Sondertagung der Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens eingeleitet wurde;

2. *empfiehlt* dem Handels- und Entwicklungsrat, die Frage des Ressourcentransfers in die Entwicklungsländer und aus den Entwicklungsländern auf seiner siebenunddreißigsten Tagung eingehend zu prüfen;

3. *bittet* den Gemeinsamen Ministerausschuß des Gouverneursrats der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds für den Transfer realer Ressourcen in die Entwicklungsländer, seine Arbeiten fortzusetzen und die Frage des Ressourcentransfers in die Entwicklungsländer und aus den Entwicklungsländern eingehend zu prüfen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Verwirklichung der in Ziffer 1 dieser Resolution enthaltenen Empfehlungen Bericht zu erstatten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/233 – Verhütung und Bekämpfung des Syndroms der erworbenen Immunschwäche (Aids)

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/15 vom 27. Oktober 1988, andere einschlägige Resolutionen sowie die Londoner Erklärung über Aidsverhütung, die am 28. Januar 1988 von der Weltgipfelkonferenz der Gesundheitsminister über Aidsverhütungsprogramme verabschiedet wurde[127], und Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/108 vom 27. Juli 1989, den Resolutionen der Weltgesundheitsversammlung WHA 42.20 vom 17. Mai 1989 und WHA 42.33 und WHA 42.34 vom 19. Mai 1989[128] und den Erörterungen der Fünften Internationalen Aidskonferenz, die vom 4. bis 9. Juni 1989 in Montreal (Kanada) stattfand,

in Anerkennung der unbestrittenen Führungsrolle der Weltgesundheitsorganisation bei der Leitung und Koordinierung der Aidserziehung, -verhütung, -bekämpfung und -forschung,

mit Genugtuung über die Bemühungen, die andere Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie Regierungen, zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen und der öffentliche und private Sektor unternehmen, um die Ausbreitung von Aids zu bekämpfen,

insbesondere *mit Genugtuung* über das Globale Aidsprogramm der Weltgesundheitsorganisation und feststellend, daß die Allianz der Weltgesundheitsorganisation und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zur Aidsbekämpfung die Durchführung der globalen Strategie zur Verhütung und Bekämpfung von Aids auf Staatenebene erleichtert,

unter Hinweis auf die Resolutionen der Generalversammlung, der Weltgesundheitsversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats betreffend die Notwendigkeit, die Menschenrechte und die Würde aller Menschen zu achten, insbesondere auch der mit dem Human-Immundefizienzvirus (HIV) Infizierten, ihrer Familien und der Personen, die mit ihnen zusammenleben,

erneut erklärend, daß der Kampf gegen Aids mit anderen nationalen Prioritäten im öffentlichen Gesundheitswesen und mit den Entwicklungszielen vereinbar sein und nicht von ihnen ablenken oder ihnen Ressourcen entziehen sollte und daß er nicht internationale Anstrengungen und Ressourcen umlenken sollte, die für allgemeine Gesundheitsprioritäten erforderlich sind,

sich dessen bewußt, daß Aids ernste soziale und wirtschaftliche Folgen haben kann, insbesondere in Ländern mit einer hohen HIV-Infektionsrate und begrenzten öffentlichen Gesundheitsdiensten und anderen Entwicklungsressourcen,

in Anerkennung dessen, daß Frauen und Kinder je nach den persönlichen und sozialen Umständen für eine HIV-Infektion anfälliger sein könnten als dies bisher erkannt wurde, und daß sie als Folge der indirekten Auswirkungen von Aids auf ihre Familie und ihre Gemeinschaft auch auf andere Weise darunter leiden können,

feststellend, daß die wissenschaftliche Forschung Fortschritte bei der Entwicklung verbesserter diagnostischer, therapeutischer und präventiver Technologien und Arzneimittel macht, und betonend, wie wichtig es ist, daß diese Technologien und Arzneimittel möglichst bald und zu einem erschwinglichen Preis verfügbar gemacht werden,

nachdrücklich darauf hinweisend, wie entscheidend wichtig ein unterstützendes sozioökonomisches Umfeld ist, damit die wirksame Durchführung von einzelstaatlichen Aidsverhütungsprogrammen und die humane Betreuung erkrankter Personen gewährleistet ist,

in Anerkennung dessen, daß alle Sektoren der Gesellschaft aktiv zu den lokalen, nationalen und internationalen Anstrengungen zur Verhütung und Bekämpfung von Aids und der Ausbreitung des HIV-Virus beitragen müssen,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation über die globale Strategie zur Verhütung und Bekämpfung von Aids und von dem ergänzenden Bericht über Aktivitäten und Programme, die von Organisationseinheiten der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit den sozioökonomischen und humanitären Aspekten von Aids durchgeführt werden[129];

2. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den Vorkehrungen, die der Generalsekretär in enger Zusammenarbeit mit dem Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation getroffen hat, um eine koordinierte Antwort des Systems der Vereinten Nationen auf die Aidspandemie im Einklang mit Generalversammlungsresolution 43/15 und Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/108 sicherzustellen, *und begrüßt* diese Vorkehrungen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, angesichts der möglichen ernsten Auswirkungen der Aidspandemie auf die sozioökonomische Entwicklung in einigen Entwicklungsländern in Zusammenarbeit mit dem Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation, allen anderen in Betracht kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Allianz der Weltgesundheitsorganisation und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zur Aidsbekämpfung verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die technischen und anderen sachdienlichen Ressourcen des Systems der Vereinten Nationen auf allen Ebenen, insbesondere auch auf regionaler Ebene und auf Staatenebene, durch koordinierte Forschungsarbeiten und Programme zu mobilisieren, um diesem Aspekt des Problems gerecht zu werden;

4. *bittet nachdrücklich* die Mitgliedstaaten, verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von Aids zu unternehmen, und einzelstaatliche Anstrengungen zur Verhütung der weiteren Ausbreitung von Aids zu fördern, zu unterstützen und zu erleichtern;

5. *fordert* die Regierungen, die Weltgesundheitsorganisation, alle anderen in Betracht kommenden Organisationen der Vereinten Nationen sowie zwischenstaat-

[127] A/43/341-E/1988/80, Anhang, Anhang I.

[128] Siehe Weltgesundheitsorganisation, *Forty-second World Health Assembly, Geneva, 8-19 May 1989, Resolutions and Decisions, Annexes* (WHA 42/1989/REC/1).

[129] A/44/274-E/1989/75, Anhang und A/44/274/Add.1-E/1989/75/Add.1.

liche und nichtstaatliche Organisationen *auf*, die Aufklärung über die Übertragung der Pandemie zu fördern, um irrige Auffassungen soweit wie möglich zu vermeiden, und darauf hinzuwirken, daß den Menschen, die an dem Human-Immundefizienzvirus (HIV) erkrankt sind, von der allgemeinen Öffentlichkeit mehr Verständnis entgegengebracht wird;

6. *fordert* internationale, nationale und Forschungsinstitutionen und -organisationen *auf*, ihre Tätigkeit zu koordinieren, mit dem Ziel, einen Beitrag zur Politik der nationalen Aidskomitees und der globalen Aidsstrategie der Weltgesundheitsorganisation zu leisten und diese in einer Art und Weise zu unterstützen, die den örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen entspricht;

7. *ersucht* den Generalsekretär, den Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation zu bitten, in enger Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und ohne Beeinträchtigung der laufenden Prioritäten und Programme die globale Strategie zur Verhütung und Bekämpfung von Aids weiterzuentwickeln und voranzutreiben und insbesondere

a) nichtstaatliche Organisationen zu ermutigen, zur globalen Strategie dadurch beizutragen, daß sie die einzelstaatlichen Bemühungen unterstützen;

b) je nach Bedarf mit dem Wiener Büro der Vereinten Nationen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen Organen der Vereinten Nationen sowie mit Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen bei ihren Bemühungen zusammenzuarbeiten, die darauf gerichtet sind,

i) Politiken, Programme und Forschungsvorschläge auszuarbeiten, die sich mit den Folgen von Aids befassen, insbesondere auch mit Problemen, die Frauen betreffen, und die entscheidende Rolle der Frauen bei der Verhütung und Bekämpfung der Pandemie herauszustellen;

ii) Politiken und Programme auszuarbeiten, die die Folgen von Aids, unter allen Aspekten, für Kinder mildern;

iii) Politiken und Programme auszuarbeiten, um den unerlaubten Drogenverkehr und den Drogenmißbrauch zu bekämpfen und so dazu beizutragen, daß die Ausbreitung der HIV-Infektion reduziert wird;

c) den Zugang aller Völker zu geeigneten präventiven, diagnostischen und therapeutischen Technologien und Arzneimitteln zu fördern und dazu beizutragen, daß diese Technologien und Arzneimittel zu einem erschwinglichen Preis erhältlich sind;

d) die aktive Mitwirkung von Unternehmen des öffentlichen und privaten Sektors, insbesondere auch durch finanzielle Beiträge, an Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Aids und der Ausbreitung des HIV-Virus auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene zu fördern;

8. *ersucht* den Generalsekretär, den Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation zu bitten, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Wirtschafts- und Sozialrat über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/234 – Konsumstrukturen und qualitative Entwicklungsindikatoren

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 40/179 vom 17. Dezember 1985, die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1987/6 vom 26. Mai 1987 und die Berichte der Statistischen Kommission über ihre vierundzwanzigste und fünfundzwanzigste Tagung, insbesondere die Abschnitte über Entwicklungsindikatoren[130], und Kenntnis nehmend von der Ratsresolution 1989/4 vom 22. Mai 1989,

von neuem feststellend, daß das Thema der Konsumstrukturen und damit zusammenhängender sozioökonomischer Indikatoren für die Entwicklungsländer von beträchtlicher Bedeutung und hoher Priorität ist,

erneut erklärend, daß das Vorhandensein einer Palette von Indikatoren des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, die Anwendung konzertierter Ziele sowie Frühwarnsysteme, unter gebührender Berücksichtigung der wirtschaftlichen, technologischen, sozialen und umweltbezogenen Entwicklungsaspekte, eine Voraussetzung für den Erfolg der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen sind,

1. *schließt sich* der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/4 *an* und ersucht den Sekretariats-Bereich Statistik und das Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung, ihre Zusammenarbeit mit anderen in Betracht kommenden Organen des Systems der Vereinten Nationen aktiv fortzusetzen, damit die in Ziffer 2 und 3 der Ratsresolution 1989/4 dargelegten Ziele erreicht werden;

2. *erkennt an*, daß die Identifizierung aussagekräftiger Konsumstrukturen und die Ausarbeitung qualitativer Entwicklungsindikatoren äußerst nützlich wäre für die Bewertung der bei der Durchführung der internationalen Entwicklungsstrategie erzielten Fortschritte und einen wesentlichen Beitrag zur Arbeit der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung leisten würde;

3. *bittet* interessierte Geberländer, die einschlägigen internationalen Organisationen und andere Stellen und Institutionen, die an den Forschungsarbeiten über Konsumstrukturen und qualitative Entwicklungsindikatoren mitarbeiten wollen, zu diesem Zweck freiwillige Beitragszahlungen an das Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung zu leisten, damit das Vorbereitungstreffen und die in Ziffer 8 und 9 der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/4 erwähnte internationale Konferenz hochrangiger Sachverständiger rechtzeitig abgehalten werden können;

4. *ersucht* den Generalsekretär, das Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung zu bitten, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen vorläufigen Sachstandsbericht über die Durchführung dieser Resolution und der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/4 vorzulegen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

[130] *Official Records of the Economic and Social Council, 1987, Supplement No. 6* (E/1987/19), Ziffer 133-140 und ebd., *1989, Supplement No. 3* (E/1989/21), Ziffer 128-141.

44/235 – Hilfe für das palästinensische Volk

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/178 vom 20. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/96 vom 26. Juli 1989,

unter Berücksichtigung des Aufstands ("Intifadah") des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet gegen die israelische Besetzung, so auch gegen Israels Politiken und Praktiken auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet,

unter Ablehnung der Restriktionen, die Israel über die dem palästinensischen Volk in dem besetzten palästinensischen Gebiet von außen gewährte wirtschaftliche und soziale Hilfe verhängt hat,

sich der zunehmenden Notwendigkeit *bewußt*, dem palästinensischen Volk wirtschaftliche und soziale Hilfe zu gewähren,

erklärend, daß das palästinensische Volk seine Volkswirtschaft nicht entwickeln kann, solange die israelische Besetzung andauert,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht, der der Mitteilung des Generalsekretärs über Hilfe für das palästinensische Volk als Anlage beigefügt ist[131];

2. *dankt* den Staaten, Organen der Vereinten Nationen sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die dem palästinensischen Volk Hilfe gewährt haben;

3. *ersucht* die internationale Gemeinschaft, die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, ihre Hilfe für das palästinensische Volk in enger Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation fortzusetzen und zu verstärken;

4. *fordert dazu auf*, durch benachbarte Aus- und Eingangshäfen und Grenzübergangsstellen laufende palästinensische Exporte und Importe als Transitgüter zu behandeln;

5. *fordert außerdem dazu auf*, für palästinensische Exporte auf der Grundlage von palästinensischen Ursprungszeugnissen Handelszugeständnisse einzuräumen und konkrete Präferenzen zu gewähren;

6. *fordert ferner* die sofortige Aufhebung der Restriktionen und Schranken, mit denen Israel die Durchführung von Hilfsvorhaben durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, andere Organe der Vereinten Nationen und andere Stellen behindert, die dem palästinensischen Volk in dem besetzten palästinensischen Gebiet wirtschaftliche und soziale Hilfe gewähren;

7. *fordert von neuem dazu auf*, Entwicklungsvorhaben in dem besetzten palästinensischen Gebiet, so auch die in ihrer Resolution 39/223 vom 18. Dezember 1984 aufgeführten Vorhaben, durchzuführen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Wege über den Wirtschafts- und Sozialrat über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

[131] A/44/637.

44/236 – Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/169 vom 11. Dezember 1987, mit der sie beschlossen hat, die 90er Jahre zu einer Dekade zu erklären, in der die internationale Gemeinschaft unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Katastrophenvorbeugung besondere Aufmerksamkeit schenken wird,

eingedenk der einschlägigen Bestimmungen ihrer Resolution 42/169 und ihrer Resolution 43/202 vom 20. Dezember 1988 sowie Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/99 vom 26. Juli 1989, in der der Rat der Generalversammlung empfahl, Maßnahmen zu ergreifen, um einen geeigneten Rahmen für die internationale Zusammenarbeit zur Erreichung des Gesamtziels und der Einzelziele der Internationalen Dekade für Katastrophenvorbeugung auszuarbeiten,

in Anbetracht dessen, daß Naturkatastrophen eine große Anzahl von Menschen in ihrer Existenz beeinträchtigt und in der ganzen Welt, insbesondere in den Entwicklungsländern, beträchtliche Schäden an Infrastruktur und Eigentum verursacht haben,

im Hinblick auf die Wichtigkeit des Umweltschutzes für die Verhütung und Milderung von Naturkatastrophen,

in Anbetracht dessen, daß die internationale Gemeinschaft insgesamt mittlerweile besser fähig ist, sich diesem Problem zu stellen, und daß Fatalismus in bezug auf Naturkatastrophen nicht länger gerechtfertigt ist,

in Anerkennung der Notwendigkeit, daß die internationale Gemeinschaft die feste politische Entschlossenheit unter Beweis stellt, die erforderlich ist, um das vorhandene wissenschaftliche und technische Wissen zur Milderung von Naturkatastrophen zu mobilisieren und zu nutzen, insbesondere unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Entwicklungsländer,

sowie in Anerkennung der wichtigen Verantwortung, die das System der Vereinten Nationen als Ganzes dafür trägt, die internationale Zusammenarbeit zu fördern, um Naturkatastrophen zu mildern, Hilfe zu gewähren und Katastrophenhilfe, Katastrophenbereitschaft und Katastrophenprävention zu koordinieren,

unter Hinweis auf die in ihrer Resolution 2816 (XXVI) vom 14. Dezember 1971 festgelegten, dem Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe obliegenden konkreten Verantwortlichkeiten und Aufgaben auf dem Gebiet der Katastrophenprävention und Katastrophenbereitschaft,

eingedenk der entscheidenden Rolle von Berufsorganisationen und anderen nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere wissenschaftlichen und technischen Gesellschaften, humanitären Gruppierungen und Investitionsinstitutionen, deren Mitwirkung an der Umsetzung der für die Dekade geplanten spezifischen Programme in höchstem Maße wünschenswert ist,

sowie eingedenk dessen, daß das System der Vereinten Nationen den am wenigsten entwickelten Entwicklungsländern sowie den Binnen- und Inselstaaten unter den Entwicklungsländern in dieser Hinsicht besondere Beachtung schenken muß,

betonend, daß eine geeignete Notstandsplanung für Naturkatastrophen und ihre Eingliederung in nationale Entwicklungspläne auch sehr nutzbringend bei der Verhütung anderer Katastrophenarten, so etwa industrieller oder technischer Katastrophen, sein könnte,

mit Genugtuung *Kenntnis nehmend* vom Bericht des Generalsekretärs[132],

mit dem Ausdruck ihres Dankes für die Arbeit, die die Internationale Ad-hoc-Sachverständigengruppe für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung geleistet hat, die dem Generalsekretär ihren Bericht[133] vorgelegt hat,

eingedenk der gemeinsamen Position der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder in bezug auf Naturkatastrophen[61],

1. *verkündet* die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung, beginnend am 1. Januar 1990;

2. *beschließt*, den zweiten Mittwoch im Oktober zum Internationalen Tag der Katastrophenvorbeugung zu bestimmen, der von der internationalen Gemeinschaft während der Dekade jedes Jahr in einer dem Gesamtziel und den Einzelzielen der Dekade entsprechenden Form begangen werden soll;

3. *verabschiedet* den in der Anlage zu dieser Resolution enthaltenen Internationalen Aktionsrahmen für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Sachstandsbericht über die Durchführung dieser Resolution einschließlich der für die Dekade getroffenen organisatorischen Vorkehrungen und über den Stand bestehender internationaler Protokolle und Konventionen über gegenseitige Hilfe in Katastrophenfällen vorzulegen;

5. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, diese Resolution allen Regierungen, zwischenstaatlichen Organisationen, den entsprechenden nichtstaatlichen Organisationen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat und den zuständigen wissenschaftlichen Institutionen auf dem Gebiet der Katastrophenmilderung zur Kenntnis zu bringen;

6. *beschließt*, in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen Punkt mit dem Titel "Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung" aufzunehmen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

ANLAGE

Internationaler Aktionsrahmen für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung

A. Gesamtziel und Einzelziele

1. Das Gesamtziel der Dekade besteht darin, durch konzertierte internationale Maßnahmen, insbesondere in den Entwicklungsländern, die Verluste an Menschenleben, die Sachschäden und die sozialen und wirtschaftlichen Zerrüttungen zu mindern, die durch Naturkatastrophen wie Erdbeben, Stürme, Tsunamis, Überschwemmungen, Erdrutsche, Vulkanausbrüche, Brände, Heuschreckenplagen, Dürre und Wüstenbildung und andere Kalamitäten natürlichen Ursprungs verursacht werden.

2. Die Einzelziele der Dekade sind folgende:

a) jedes Land besser zu befähigen, die Auswirkungen von Naturkatastrophen rasch und wirksam zu mildern, mit besonderem Augenmerk auf die Hilfe an Entwicklungsländer bei der Abschätzung des Schadenspotentials von Katastrophen sowie bei der Errichtung von Frühwarnsystemen und katastrophenfesten Strukturen, wann und wo immer notwendig;

b) geeignete Leitlinien und Strategien für die Anwendung des vorhandenen wissenschaftlichen und technischen Wissens auszuarbeiten, unter Berücksichtigung der kulturellen und wirtschaftlichen Vielfalt unter den Nationen;

c) wissenschaftliche und technische Bemühungen zu fördern, mit dem Ziel, kritische Wissenslücken zu schließen und so Verluste an Menschenleben und Sachwerten zu mindern;

d) bereits vorhandene und neue technische Informationen in bezug auf Maßnahmen zur Abschätzung, Vorhersage und Milderung von Naturkatastrophen zu verbreiten;

e) Maßnahmen zur Abschätzung, Vorhersage, Prävention und Milderung von Naturkatastrophen durch Programme der technischen Hilfe und des Technologietransfers, Demonstrationsprojekte und Bildungs- und Ausbildungsprogramme auszuarbeiten, die auf spezifische Katastrophen und Örtlichkeiten zugeschnitten sind, und die Effektivität dieser Progamme zu evaluieren.

B. Auf nationaler Ebene zu treffende Grundsatzmassnahmen

3. Alle Regierungen sind aufgefordert,

a) nationale Katastrophenmilderungsprogramme sowie auf eine Katastrophenprävention gerichtete Wirtschafts-, Bodennutzungs- und Versicherungspolitiken auszuarbeiten und sie insbesondere in den Entwicklungsländern voll in die nationalen Entwicklungsprogramme zu integrieren;

b) während der Dekade an konzertierten internationalen Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Naturkatastrophen mitzuwirken und gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit kompetenten Vertretern von Wissenschaft und Technik und anderen in Betracht kommenden Sektoren nationale Komitees einzurichten, damit das Gesamtziel und die Einzelziele der Dekade erreicht werden;

c) ihre lokalen Verwaltungsstellen zu ermutigen, durch geeignete Maßnahmen die notwendige Unterstützung seitens des öffentlichen und privaten Sektors zu mobilisieren und zur Erreichung der Ziele der Dekade beizutragen;

d) den Generalsekretär über die Pläne ihrer Länder sowie über die bestehenden Hilfemöglichkeiten auf dem laufenden zu halten, damit die Vereinten Nationen zu einem internationalen Zentrum für den Informationsaustausch und die Koordinierung der internationalen Bemühungen in bezug auf Aktivitäten zur Unterstützung des Gesamtziels und der Einzelziele der Dekade

[132] A/44/322-E/1989/114 mit Add.1 und 2.
[133] A/44/322/Add.1-E/1989/114/Add.1, Anhang.

werden und so jeder Staat sich die Erfahrungen anderer Länder zunutze machen kann;

e) unter Berücksichtigung der spezifischen Rolle der Medien je nach Bedarf Maßnahmen zu treffen, um der Öffentlichkeit die wahrscheinliche Schadensgefahr und die Bedeutung der Katastrophenbereitschaft, der Prävention, der Katastrophenhilfe und einer kurzfristigen Schadensbeseitigung stärker ins Bewußtsein zu rufen und die Bereitschaft der Gemeinwesen durch Aufklärung, Ausbildung und andere Mittel zu erhöhen;

f) den Auswirkungen von Naturkatastrophen auf die gesundheitliche Betreuung gebührende Beachtung zu schenken, insbesondere Maßnahmen, um Krankenhäuser und Gesundheitszentren weniger katastrophenanfällig zu machen, wie auch den Auswirkungen auf Nahrungsmittellager, Wohnbauten und andere soziale und wirtschaftliche Infrastruktureinrichtungen;

g) durch die Lagerung von Notstandshilfegütern in katastrophenanfälligen Gebieten oder die Bestimmung derartiger Güter für solche Gebiete dafür zu sorgen, daß entsprechende Hilfsgüter international frühzeitiger verfügbar sind.

4. Wissenschaftliche und technologische Institutionen, Finanzinstitutionen, einschließlich Banken und Versicherungsgesellschaften, sowie Industrieunternehmen, Stiftungen und andere verwandte nichtstaatliche Organisationen werden ermutigt, die von der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Regierungen, internationalen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen, ausgearbeiteten und durchgeführten Programme und Aktivitäten der Dekade zu unterstützen und sich voll an ihnen zu beteiligen.

C. Vom System der Vereinten Nationen zu treffende Massnahmen

5. Die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen werden nachdrücklich aufgefordert, der Katastrophenbereitschaft, der Prävention, der Katastrophenhilfe sowie der kurzfristigen Schadensbeseitigung nach Naturkatastrophen, so auch der Beurteilung des Risikos von Wirtschaftsschäden, in ihren operativen Aktivitäten je nach Bedarf und in konzertierter Weise Vorrang einzuräumen; der Generalsekretär wird in diesem Zusammenhang ersucht sicherzustellen, daß dem Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit es im Einklang mit seinem in Generalversammlungsresolution 2816 (XXVI) enthaltenen Mandat seiner Rolle und seinen Verantwortlichkeiten für das Eingreifen bei Katastrophen und für die Milderung ihrer Auswirkungen gewissenhaft nachkommen kann.

6. Der Generalsekretär wird ersucht, in engem Zusammenwirken mit den in Betracht kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere durch die Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information, sowie nationalen Informationsbehörden dabei behilflich zu sein, daß während der Dekade Informationsprogramme für die Öffentlichkeit ausgearbeitet und durchgeführt werden, um die Katastrophenprävention stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken.

7. Die örtlichen Koordinatoren der Vereinten Nationen und die Außendienstvertreter des Systems der Vereinten Nationen werden ersucht, eng und koordiniert mit den Regierungen zusammenzuarbeiten, damit das Gesamtziel und die Einzelziele der Dekade erreicht werden.

8. Die Regionalkommissionen werden in Anbetracht dessen, daß Naturkatastrophen oft Staatsgrenzen überschreiten, nachdrücklich aufgefordert, bei der Umsetzung der Aktivitäten der Dekade eine aktive Rolle zu spielen.

9. Der Generalsekretär wird ersucht, den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit entsprechend seinem in Generalversammlungsresolution 32/197 vom 20. Dezember 1977 enthaltenen Mandat als Leitstelle zu bestimmen, mit dem Auftrag, in enger Zusammenarbeit mit dem Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe und gegebenenfalls in Absprache mit dem Direktor des in Ziffer 14 der Anlage genannten Sekretariats die Aufsicht über die in dieser Resolution erwähnten Programme und Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen wahrzunehmen und deren Koordinierung sicherzustellen.

10. Der Generalsekretär wird ersucht, der Generalversammlung über den Wirtschafts- und Sozialrat alle zwei Jahre über die Aktivitäten der Dekade Bericht zu erstatten.

D. Organisatorische Vorkehrungen während der Dekade

1. *Hochrangiger Sonderrat*

11. Der Generalsekretär wird ersucht, unter gebührender Berücksichtigung einer ausgewogenen geographischen Vertretung einen aus einer begrenzten Anzahl führender internationaler Persönlichkeiten bestehenden hochrangigen Sonderrat einzusetzen, mit dem Auftrag, ihn in bezug auf die Dekade allgemein zu beraten, geeignete Maßnahmen zur Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit zu ergreifen und die erforderliche Unterstützung seitens des öffentlichen und des privaten Sektors zu mobilisieren.

2. *Wissenschaftlicher und technischer Ausschuß für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung*

12. Der Generalsekretär wird ersucht, unter gebührender Berücksichtigung einer ausgewogenen geographischen Vertretung und unter Abdeckung der vielfältigen Aspekte der Milderung der Auswirkungen von Katastrophen einen wissenschaftlichen und technischen Ausschuß für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung einzusetzen, der aus zwanzig bis fünfundzwanzig wissenschaftlichen und technischen Sachverständigen besteht, die im Benehmen mit ihrer jeweiligen Regierung aufgrund ihrer persönlichen Fähigkeiten und Qualifikationen ausgewählt werden, und dem auch Sachverständige der Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen angehören.

13. Die Aufgabe dieses Ausschusses besteht darin, Gesamtprogramme auszuarbeiten, die bei der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit im Rahmen der Dekade zu berücksichtigen sind, unter Beachtung der insbesondere von den nationalen Komitees aufgezeigten Prioritäten und Lücken im Fachwissen auf nationaler

Ebene, sowie die im Laufe der Dekade durchgeführten Aktivitäten zu bewerten und zu evaluieren und in einem Jahresbericht an den Generalsekretär Empfehlungen zu den Gesamtprogrammen abzugeben.

3. *Sekretariat*

14. Der Generalsekretär wird ersucht, ein kleines aus Sondermitteln finanziertes Sekretariat einzurichten wie folgt:

a) Das Sekretariat wird im Genfer Büro der Vereinten Nationen in enger Verbindung mit dem Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe eingerichtet und setzt sich je nach den Erfordernissen zusammen aus internationalen Sachverständigen auf dem Gebiet der Katastrophenvorbeugung und entsprechenden anderen Sachverständigen, die u.a. von in Betracht kommenden Organisationen der Vereinten Nationen, Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen, die die damit verbundenen Kosten tragen, abgestellt werden;

b) Das Sekretariat ist für die tägliche Koordinierung der Aktivitäten der Dekade verantwortlich und leistet dem hochrangigen Sonderrat und dem wissenschaftlichen und technischen Ausschuß fachliche und administrative Unterstützung, ebenso wie für andere damit zusammenhängende Aktivitäten.

E. Finanzielle Regelungen

15. Es wird empfohlen, daß für die Durchführung der Aktivitäten der Dekade Sondermittel bereitgestellt werden und daß daher Regierungen, internationale Organisationen und andere Quellen, einschließlich des Privatsektors, nachdrücklich zur Leistung freiwilliger Beiträge ermutigt werden sollten; zu diesem Zweck wird der Generalsekretär einen Treuhandfonds einrichten, mit dessen Verwaltung er betraut wird.

F. Bilanz

16. Der Wirtschafts- und Sozialrat wird auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1994 eine Halbzeitbilanz der Durchführung des Internationalen Aktionsrahmens für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung vornehmen und der Generalversammlung über seine Feststellungen Bericht erstatten.

44/237 – Zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/66 B vom 5. Dezember 1980 über die Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas,

unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1987/70 vom 8. Juli 1987, in der der Rat empfahl, nach einer angemessenen Evaluierung der Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas die Verkündung einer zweiten Dekade in Erwägung zu ziehen, um die Industrialisierung Afrikas weiter zu beschleunigen,

sowie unter Hinweis auf die Resolution AHG/Res.180 (XXV) über die Verkündung einer zweiten Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas und über einen Tag der Industrialisierung Afrikas, die von der vom 24. bis 26. Juli 1989 in Addis Abeba abgehaltenen fünfundzwanzigsten ordentlichen Tagung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit verabschiedet wurde[134],

Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/115 vom 28. Juli 1989 über die Verkündung einer zweiten Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas,

mit Genugtuung über den Beschluß IDB.5/Dec. 7 des Rates für industrielle Entwicklung vom 6. Juli 1989[135] über die Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas, in dem der Rat empfahl, die Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung möge die Generalversammlung ersuchen, eine zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas zu verkünden,

sowie mit Genugtuung über die Resolution GC.3/10 der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung vom 23. November 1989 über die zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas[136],

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Vorbereitungen für die zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas (1991-2000)[137], der Vorschläge für die Ausarbeitung des Programms für die zweite Dekade enthält,

1. *erklärt* den Zeitraum 1991-2000 zur Zweiten Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas;

2. *erklärt außerdem* den 20. November zum Tag der Industrialisierung Afrikas, um die internationale Gemeinschaft zugunsten der Industrialisierung Afrikas zu mobilisieren;

3. *billigt* die im Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Vorschläge hinsichtlich der Mitwirkung der Vereinten Nationen – über die Wirtschaftskommission für Afrika – an der Ausarbeitung des Programms für die Zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas;

4. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, im Benehmen mit dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit, den zuständigen subregionalen und regionalen Wirtschaftszusammenschlüssen in Afrika und den in Betracht kommenden Organen der Vereinten Nationen die erforderlichen Vorbereitungen für die Zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas zu treffen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht über diese Vorbereitungen vorzulegen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

44/238 – Weltdekade für kulturelle Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 41/187 vom 8. Dezember 1986, mit der sie den Zeitraum 1988-1997 zur Weltdekade für kulturelle Entwicklung unter der Schirm-

134 Siehe A/44/603, Anhang III.
135 E/1989/L.32, Anhang.
136 Siehe GC.3/INF.3.
137 A/44/812.

herrschaft der Vereinten Nationen und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur erklärte,

Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/107 vom 27. Juli 1989,

im Hinblick auf die Bedeutung einer auf der Bejahung und Bereicherung der kulturellen Identität eines jeden Landes beruhenden kulturellen Entwicklung und ihren engen Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung,

erfreut über die Fortschritte, die die Mitgliedstaaten und die nichtstaatlichen Organisationen bei der Konzipierung von Aktivitäten im Rahmen der Dekade erzielt haben,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs und des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur über die im Zeitraum 1988-1989 im Rahmen der Weltdekade für kulturelle Entwicklung erzielten Fortschritte[138];

2. *bittet* die Mitgliedstaaten, soweit noch nicht geschehen, nationale Ausschüsse für die Dekade einzusetzen und sich auch sonst verstärkt um die Durchführung des Aktionsplans für die Dekade zu bemühen[139];

3. *dankt* den Ländern, die an das Sekretariat der Dekade freiwillige Beiträge in Form von Beraterdiensten geleistet haben, und legt anderen Ländern, internationalen Organisationen und anderen Organisationen nahe, zur Unterstützung der Dekade freiwillige Beiträge zu leisten;

4. *bittet* die Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, sich entsprechend den Weisungen des Verwaltungsausschusses für Koordinierung[140] weiter um die Konzipierung von Aktivitäten im Rahmen der Dekade zu bemühen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, die von den Organisationen und Programmen des Systems der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Dekade durchgeführten Aktivitäten im Benehmen mit dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur verstärkt zu koordinieren;

6. *unterstreicht*, wie wichtig es ist, daß bei der Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen und der Arbeitsunterlagen für die für 1990 geplante Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern die kulturelle Dimension der Entwicklung berücksichtigt wird;

7. *bekräftigt* ihre Unterstützung für die in den Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau enthaltenen Empfehlungen[a], die die Mitwirkung der Frau an der Weltdekade für kulturelle Entwicklung fördern sollen, insbesondere soweit sie auf die stärkere Förderung und Einbeziehung der Frau in die Ziele der Dekade gerichtet sind;

8. *ersucht* den Generalsekretär, mit Unterstützung des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur die Ansichten der Regierungen, der entsprechenden Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie der in Betracht kommenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zu den Zielsetzungen und dem Umfang der in Ziffer 92 des Berichts des Generalsekretärs und des Generaldirektors über die Dekade[138] empfohlenen globalen Überprüfung zum Zwecke der Evaluierung einzuholen und der Generalversammlung diese Ansichten auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Wege über den Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen;

9. *bekundet ihre Unterstützung* für die in Ziffer 92 des Berichts des Generalsekretärs und des Generaldirektors enthaltene Empfehlung, unter der Ägide der Vereinten Nationen und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur im Jahre 1993 eine Halbzeitbewertung der Dekade vorzunehmen, mit dem Ziel, die Durchführung des Aktionsplans für die Dekade zu evaluieren;

10. *ersucht* den Generalsekretär und den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung für den Zeitraum 1990-1991 einen Bericht über die im Rahmen der Dekade erzielten Fortschritte vorzulegen.

85. Plenarsitzung
22. Dezember 1989

---

[138] A/44/284-E/1989/109.
[139] E/1986/L.30, Anhang.
[140] ACC/1988/2/Add.3, Abschnitt I.C.

VI. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES DRITTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
44/25	Konvention über die Rechte des Kindes (A/44/736)	108	20. November 1989	195
44/52	Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung (A/44/715)	89	8. Dezember 1989	204
44/53	Die verschiedenen Formen der Bevölkerungspartizipation als wichtige Faktoren der Entwicklung und der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte (A/44/749)	90 *b)*	8. Dezember 1989	207
44/54	Soziale Wohlfahrt, Entwicklung und Wissenschaft und Technik (A/44/749)	90	8. Dezember 1989	207
44/55	Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit (A/44/749)	90	8. Dezember 1989	208
44/56	Weltsoziallage (A/44/749)	90 *a)*	8. Dezember 1989	208
44/57	Zwanzigster Jahrestag der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet (A/44/750)	91	8. Dezember 1989	210
44/58	Erfahrungen der Staaten bei der Förderung der Genossenschaftsbewegung (A/44/751)	92	8. Dezember 1989	210
44/59	Jugendpolitiken und Jugendprogramme (A/44/752)	93	8. Dezember 1989	211
44/60	Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (A/44/801)	94	8. Dezember 1989	213
44/61	Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Menschenrechte (A/44/799)	96 *c)*	8. Dezember 1989	213
44/62	Recht auf Entwicklung (A/44/799)	96 *b)*	8. Dezember 1989	215
44/63	Andere Wege und Mittel innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zur besseren Gewährleistung einer effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (A/44/799)	96	8. Dezember 1989	215
44/64	Nationale Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte (A/44/799)	96 *a)*	8. Dezember 1989	217
44/65	Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft sowie Anschlußmaßnahmen an die Interregionale Konsultation über Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik (A/44/753)	97	8. Dezember 1989	218
44/66	Laufende Verfolgung von Informationen über wirksame Maßnahmen und verschiedene Methoden zur Durchführung sozialpolitischer Pläne, Strategien und Aktionsprogramme durch die Staaten (A/44/753)	97	8. Dezember 1989	220
44/67	Durchführung des Internationalen Aktionsplans zur Frage des Alterns und damit zusammenhängende Aktivitäten (A/44/754)	99	8. Dezember 1989	220
44/68	Bericht des Ausschusses für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung (A/44/716)	100	8. Dezember 1989	222
44/69	Stand der Internationalen Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (A/44/716)	100	8. Dezember 1989	223
44/70	Durchführung des Weltaktionsprogramms für Behinderte und Behindertendekade der Vereinten Nationen (A/44/755)	101	8. Dezember 1989	224
44/71	Internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens (A/44/756)	102	8. Dezember 1989	229
44/72	Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit (A/44/756)	102	8. Dezember 1989	230
44/73	Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (A/44/802)	103	8. Dezember 1989	233
44/74	Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau (A/44/803)	104 *b)*	8. Dezember 1989	234
44/75	Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat (A/44/803)	104 *c)*	8. Dezember 1989	234
44/76	Ältere Frauen (A/44/803)	104	8. Dezember 1989	235
44/77	Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau (A/44/803)	104 *a)*	8. Dezember 1989	236
44/78	Verbesserung der Situation der Frau in ländlichen Gebieten (A/44/803)	104 *e)*	8. Dezember 1989	238
44/79	Wichtigkeit der universalen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der raschen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die tatsächliche Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte (A/44/717)	105	8. Dezember 1989	238
44/80	Universale Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker (A/44/717)	105	8. Dezember 1989	242

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.5 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
44/81	Der Einsatz von Söldnern als Mittel zur Verletzung der Menschenrechte und zur Behinderung der Ausübung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung (A/44/717)	105	8. Dezember 1989	243
44/82	Internationales Jahr der Familie (A/44/757)	113	8. Dezember 1989	244
44/127	Internationales Alphabetisierungsjahr (A/44/798)	95	15. Dezember 1989	245
44/128	Zweites Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe (A/44/824)	98	15. Dezember 1989	246
44/129	Die Internationalen Menschenrechtspakte (A/44/824)	98	15. Dezember 1989	248
44/130	Unteilbarkeit und Interdependenz der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte (A/44/824)	98	15. Dezember 1989	249
44/131	Beseitigung aller Formen religiöser Intoleranz (A/44/825)	106	15. Dezember 1989	250
44/132	Leitlinien zur Regelung der rechnergestützten Handhabung von personenbezogenen Dateien (A/44/826)	107	15. Dezember 1989	251
44/133	Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt (A/44/826)	107	15. Dezember 1989	252
44/134	Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt (A/44/826)	107	15. Dezember 1989	252
44/135	Effektive Anwendung der internationalen Menschenrechtsinstrumente einschließlich der Berichtspflichten aufgrund der internationalen Menschenrechtsinstrumente (A/44/849)	109	15. Dezember 1989	253
44/136	Internationale Konferenz über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im südlichen Afrika (A/44/823)	110 *a)*	15. Dezember 1989	255
44/137	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (A/44/823)	110	15. Dezember 1989	255
44/138	Internationale Konferenz über indochinesische Flüchtlinge (A/44/823)	110 *c)*	15. Dezember 1989	258
44/139	Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge (A/44/823)	110 *b)*	15. Dezember 1989	259
44/140	Anwendung der Konvention der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (A/44/850)	111 *a)*	15. Dezember 1989	261
44/141	Weltweites Aktionsprogramm gegen unerlaubte Suchtstoffe (A/44/850)	111 *b)*	15. Dezember 1989	262
44/142	Internationales Vorgehen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs (A/44/850)	111 *b)*	15. Dezember 1989	264
44/143	Folter und unmenschliche Behandlung von in Haft gehaltenen Kindern in Südafrika und Namibia (A/44/827)	112	15. Dezember 1989	266
44/144	Stand der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (A/44/827)	112	15. Dezember 1989	267
44/145	Freiwilliger Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter (A/44/827)	112	15. Dezember 1989	268
44/146	Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen (A/44/828)	114	15. Dezember 1989	268
44/147	Achtung der Grundsätze der nationalen Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten im Hinblick auf Wahlprozesse (A/44/828)	114	15. Dezember 1989	269
44/148	Auf Solidarität beruhende Menschenrechte (A/44/829)	115	15. Dezember 1989	270
44/149	Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in Malawi (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	271
44/150	Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in Dschibuti (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	271
44/151	Die Lage der Flüchtlinge in Sudan (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	272
44/152	Hilfe für Flüchtlinge in Somalia (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	273
44/153	Hilfe für freiwillige Rückkehrer und Vertriebene in Tschad (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	274
44/154	Hilfe für Flüchtlinge und Rückkehrer in Äthiopien (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	275
44/155	Maßnahmen zur Verbesserung der Lage aller Wanderarbeiter und zur Gewährleistung ihrer Menschenrechte und Menschenwürde (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	275
44/156	Weltkonferenz über Menschenrechte (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	276
44/157	Hilfe für geflüchtete Schüler und Studenten im südlichen Afrika (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	276
44/158	Stand der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	277
44/159	Summarische oder willkürliche Hinrichtungen (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	277
44/160	Frage des erzwungenen beziehungsweise unfreiwilligen Verschwindens von Personen (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	279
44/161	Die Menschenrechtssituation in Afghanistan (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	279
44/162	Menschenrechte in der Rechtspflege (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	281
44/163	Die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	282
44/164	Menschenrechte und Massenabwanderungen (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	283
44/165	Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador (A/44/848 und A/44/L.61)	12	15. Dezember 1989	284
44/166	Die Menschenrechtssituation in Chile (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	286
44/167	Erweiterung der Menschenrechtskommission und die weitere Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (A/44/848)	12	15. Dezember 1989	287

44/25 – Konvention über die Rechte des Kindes

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 33/166 vom 20. Dezember 1978 und 43/112 vom 8. Dezember 1988 sowie die Resolutionen der Menschenrechtskommission und des Wirtschafts- und Sozialrats zur Frage einer Konvention über die Rechte des Kindes,

insbesondere *Kenntnis nehmend* von der Resolution 1989/57 der Menschenrechtskommission vom 8. März 1989[2], mit der die Kommission beschloß, den Entwurf der Konvention über die Rechte des Kindes über den Wirtschafts- und Sozialrat der Generalversammlung zuzuleiten, und von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/79 vom 24. Mai 1989,

erneut erklärend, daß die Rechte von Kindern eines besonderen Schutzes bedürfen und es verlangen, daß die Situation der Kinder in der ganzen Welt ständig verbessert wird und ihre Entwicklung und Erziehung in Frieden und Sicherheit stattfindet,

zutiefst besorgt darüber, daß die Situation der Kinder in vielen Teilen der Welt infolge von unbefriedigenden sozialen Verhältnissen, Naturkatastrophen, bewaffneten Konflikten, Ausbeutung, Analphabetentum, Hunger und Behinderung nach wie vor kritisch ist, und überzeugt, daß dringend wirksame nationale und internationale Maßnahmen getroffen werden müssen,

eingedenk der wichtigen Rolle, die dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und den Vereinten Nationen bei der Förderung des Wohls der Kinder und ihrer Entwicklung zukommt,

in der Überzeugung, daß eine internationale Konvention über die Rechte des Kindes als normsetzende Errungenschaft der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte einen positiven Beitrag zum Schutz der Rechte der Kinder und zur Gewährleistung ihres Wohls erbringen würde,

eingedenk dessen, daß es 1989 dreißig Jahre her sein wird, seit die Erklärung der Rechte des Kindes[3] verabschiedet wurde, und zehn Jahre seit der Veranstaltung des Internationalen Jahres des Kindes,

1. *dankt* der Menschenrechtskommission dafür, daß sie die Arbeiten am Entwurf der Konvention über die Rechte des Kindes abgeschlossen hat;

2. *verabschiedet* die in der Anlage zu dieser Resolution enthaltene Konvention über die Rechte des Kindes und legt sie zur Unterzeichnung, zur Ratifikation und zum Beitritt auf;

3. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, mit Vorrang die Unterzeichnung und Ratifikation der Konvention beziehungsweise den Beitritt zu dieser zu erwägen, und verleiht der Hoffnung Ausdruck, daß die Konvention bald in Kraft tritt;

4. *ersucht* den Generalsekretär, alle für die Verbreitung von Informationen über die Konvention erforderlichen Einrichtungen und Hilfen zur Verfügung zu stellen;

5. *bittet* die Organisationen der Vereinten Nationen sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, sich noch intensiver um eine Verbreitung von Informationen über die Konvention zu bemühen und das Verständnis der Konvention zu fördern;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht zum Stand der Konvention über die Rechte des Kindes vorzulegen;

7. *beschließt*, den Bericht des Generalsekretärs auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter einem Punkt mit dem Titel "Durchführung der Konvention über die Rechte des Kindes" zu behandeln.

61. Plenarsitzung
20. November 1989

ANLAGE

Konvention über die Rechte des Kindes

PRÄAMBEL

Die Vertragsstaaten dieser Konvention,

in der Erwägung, daß nach den in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätzen die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

eingedenk dessen, daß die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte und an Würde und Wert der menschlichen Person bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern,

in der Erkenntnis, daß die Vereinten Nationen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4] und in den Internationalen Menschenrechtspakten[5] verkündet haben und übereingekommen sind, daß jeder Mensch auf alle darin verkündeten Rechte und Freiheiten Anspruch hat, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand,

unter Hinweis darauf, daß die Vereinten Nationen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündet haben, daß Kinder Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung haben,

überzeugt, daß der Familie als Grundeinheit der Gesellschaft und natürliche Umgebung für das Wachsen und Gedeihen aller ihrer Mitglieder, insbesondere der Kinder, der erforderliche Schutz und Beistand gewährt werden muß, damit sie ihre Aufgaben innerhalb der Gemeinschaft voll erfüllen kann,

in der Erkenntnis, daß das Kind zur vollen und harmonischen Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer Familie und umgeben von Glück, Liebe und Verständnis aufwachsen sollte,

in der Erwägung, daß das Kind umfassend auf ein individuelles Leben in der Gesellschaft vorbereitet und im Geist der in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Ideale und insbesondere im Geist des Friedens, der Würde, der Toleranz, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität erzogen werden sollte,

[2] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1989, Supplement No. 2* (E/1989/20), Kap. II, Abschnitt A.
[3] Resolution 1386 (XIV).
[4] Resolution 217 A (III).
[5] Siehe Resolution 2200 A (XXI), Anlage.

eingedenk dessen, daß die Notwendigkeit, dem Kind besondere Fürsorge angedeihen zu lassen, in der Genfer Erklärung der Rechte des Kindes von 1924[6] und in der von der Generalversammlung am 20. November 1959 verabschiedeten Erklärung der Rechte des Kindes[7] festgestellt und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (insbesondere in den Artikeln 23 und 24)[5], im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (insbesondere in Artikel 10)[5] sowie in den Satzungen und den einschlägigen Dokumenten der Sonderorganisationen und der anderen internationalen Organisationen, die sich dem Wohl des Kindes widmen, anerkannt worden ist,

eingedenk dessen, daß, wie in der Erklärung der Rechte des Kindes ausgeführt ist, "das Kind wegen seiner mangelnden körperlichen und geistigen Reife besonderen Schutzes und besonderer Fürsorge, insbesondere auch eines angemessenen rechtlichen Schutzes, vor und nach der Geburt bedarf"[7],

unter Hinweis auf die Bestimmungen der Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohl von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung in Pflegestellen und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene[8], der Rahmenbestimmungen der Vereinten Nationen für die Jugendgerichtsbarkeit (Beijing-Regeln)[9] und der Erklärung über den Schutz von Frauen und Kindern in Zeiten eines Notstands und bei bewaffneten Konflikten[10],

in der Erkenntnis, daß es in allen Ländern der Welt Kinder gibt, die in außerordentlich schwierigen Verhältnissen leben, und daß diese Kinder besonderer Berücksichtigung bedürfen,

unter gebührender Beachtung der Bedeutung der Traditionen und kulturellen Werte eines jeden Volkes für den Schutz und die harmonische Entwicklung des Kindes,

in Anerkennung der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder in allen Ländern, insbesondere den Entwicklungsländern,

haben folgendes vereinbart:

Teil I

Artikel 1

Im Sinne dieser Konvention ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt.

Artikel 2

1. Die Vertragsstaaten achten die in dieser Konvention festgelegten Rechte und gewährleisten sie jedem ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kind, ohne jede Diskriminierung, unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Überzeugung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, dem Vermögen, einer Behinderung, der Geburt oder dem sonstigen Stand des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds.

2. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß das Kind vor allen Formen der Diskriminierung oder Bestrafung wegen des Standes, der Tätigkeit, der Meinungsäußerungen oder der Weltanschauung seiner Eltern, seines Vormunds oder seiner Familienangehörigen geschützt wird.

Artikel 3

1. Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleich ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

2. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Kind unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten seiner Eltern, seines Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen den Schutz und die Fürsorge zu gewährleisten, die für sein Wohlergehen notwendig sind; zu diesem Zweck treffen sie alle geeigneten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen.

3. Die Vertragsstaaten stellen sicher, daß die für die Fürsorge für das Kind oder dessen Schutz verantwortlichen Institutionen, Dienste und Einrichtungen den von den zuständigen Behörden festgelegten Normen entsprechen, insbesondere auf dem Gebiet der Sicherheit und der Gesundheit sowie hinsichtlich der Zahl und der fachlichen Eignung des Personals und des Bestehens einer ordnungsgemäßen Aufsicht.

Artikel 4

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in dieser Konvention anerkannten Rechte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte treffen die Vertragsstaaten solche Maßnahmen unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel und, falls erforderlich, im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit.

Artikel 5

Die Vertragsstaaten achten die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Eltern oder gegebenenfalls, soweit nach Ortsbrauch vorgesehen, der Mitglieder der weiteren Familie oder der Gemeinschaft, des Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen, das Kind bei der Ausübung der in dieser Konvention anerkannten Rechte in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise angemessen zu leiten und zu beraten.

Artikel 6

1. Die Vertragsstaaten erkennen an, daß jedes Kind ein angeborenes Recht auf Leben hat.

2. Die Vertragsstaaten gewährleisten in größtmöglichem Umfang das Überleben und die Entwicklung des Kindes.

Artikel 7

1. Das Kind ist unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen und hat das Recht auf einen Namen von Geburt an, das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben, und soweit möglich das Recht, seine Eltern zu kennen und ihre elterliche Sorge zu genießen.

---

[6] Siehe Völkerbund, *Official Journal, Special Supplement No. 21*, Oktober 1924, S. 43.
[7] Resolution 1386 (XIV), dritter Präambelabsatz.
[8] Resolution 41/85, Anlage.
[9] Resolution 40/33, Anlage.
[10] Resolution 3318 (XXIX).

2. Die Vertragsstaaten stellen die Verwirklichung dieser Rechte im Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht und mit ihren Verpflichtungen aufgrund der entsprechenden internationalen Übereinkünfte auf diesem Gebiet sicher, insbesondere für den Fall, daß das Kind sonst staatenlos wäre.

Artikel 8

1. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, das Recht des Kindes zu achten, seine Identität, einschließlich seiner Staatsangehörigkeit, seines Namens und seiner gesetzlich anerkannten Familienbeziehungen, ohne rechtswidrige Eingriffe zu behalten.

2. Werden einem Kind widerrechtlich einige oder alle Bestandteile seiner Identität genommen, so gewähren die Vertragsstaaten ihm angemessenen Beistand und Schutz mit dem Ziel, seine Identität so schnell wie möglich wiederherzustellen.

Artikel 9

1. Die Vertragsstaaten stellen sicher, daß ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt wird, es sei denn, daß die zuständigen Behörden in einer gerichtlich nachprüfbaren Entscheidung nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren bestimmen, daß diese Trennung zum Wohl des Kindes notwendig ist. Eine solche Entscheidung kann im Einzelfall notwendig werden, wie etwa wenn das Kind durch die Eltern mißhandelt oder vernachlässigt wird oder wenn bei getrennt lebenden Eltern eine Entscheidung über den Aufenthaltsort des Kindes zu treffen ist.

2. In Verfahren nach Absatz 1 ist allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, am Verfahren teilzunehmen und ihre Meinung zu äußern.

3. Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes, das von einem oder beiden Elternteilen getrennt ist, regelmäßige persönliche Beziehungen und unmittelbare Kontakte zu beiden Elternteilen zu pflegen, sofern dies nicht dem Wohl des Kindes widerspricht.

4. Ist die Trennung Folge einer von einem Vertragsstaat veranlaßten Maßnahme, wie etwa der Inhaftierung, der Strafgefangenschaft, der Landesverweisung oder der Abschiebung oder des Todes eines oder beider Elternteile oder des Kindes (auch eines Todes, der aus irgendeinem Grund eintritt, während der Betreffende sich in staatlichem Gewahrsam befindet), so erteilt der Vertragsstaat auf Antrag den Eltern, dem Kind oder gegebenenfalls einem anderen Familienangehörigen die wesentlichen Auskünfte über den Verbleib des oder der abwesenden Familienangehörigen, sofern dies nicht dem Wohl des Kindes abträglich wäre. Die Vertragsstaaten stellen ferner sicher, daß die Stellung eines solchen Antrags nicht selbst schon nachteilige Folgen für den oder die Betroffenen hat.

Artikel 10

1. Entsprechend der Verpflichtung der Vertragsstaaten nach Artikel 9 Absatz 1 werden von einem Kind oder seinen Eltern zwecks Familienzusammenführung gestellte Anträge auf Einreise in einen Vertragsstaat oder Ausreise aus einem Vertragsstaat von den Vertragsstaaten wohlwollend, human und zügig bearbeitet. Die Vertragsstaaten stellen ferner sicher, daß die Stellung eines solchen Antrags keine nachteiligen Folgen für die Antragsteller und deren Familienangehörigen hat.

2. Ein Kind, dessen Eltern ihren Aufenthalt in verschiedenen Staaten haben, hat das Recht, regelmäßige persönliche Beziehungen und unmittelbare Kontakte zu beiden Elternteilen zu pflegen, soweit nicht außergewöhnliche Umstände vorliegen. Zu diesem Zweck achten die Vertragsstaaten entsprechend ihrer Verpflichtung nach Artikel 9 Absatz 1 das Recht des Kindes und seiner Eltern, aus jedem Land einschließlich ihres eigenen auszureisen und in ihr eigenes Land einzureisen. Das Recht auf Ausreise aus einem Land unterliegt nur gesetzlich vorgesehenen Beschränkungen, die zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), der öffentlichen Gesundheit oder Sittlichkeit oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig und mit den anderen in dieser Konvention anerkannten Rechten vereinbar sind.

Artikel 11

1. Die Vertragsstaaten treffen Maßnahmen, um das rechtswidrige Verbringen von Kindern ins Ausland und ihre rechtswidrige Nichtrückgabe zu bekämpfen.

2. Zu diesem Zweck fördern die Vertragsstaaten den Abschluß bilateraler oder multilateraler Übereinkünfte oder den Beitritt zu bestehenden Übereinkünften.

Artikel 12

1. Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen seine Person berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

2. Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen seine Person berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

Artikel 13

1. Das Kind hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere Medien seiner Wahl zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

2. Die Ausübung dieses Rechts kann bestimmten Einschränkungen unterworfen werden, soweit diese gesetzlich vorgesehen sind und

a) für die Achtung der Rechte oder des Rufes anderer oder

b) für den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public) oder der öffentlichen Gesundheit oder Sittlichkeit

erforderlich sind.

Artikel 14

1. Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

2. Die Vertragsstaaten achten die Rechte und Pflichten der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds, das Kind bei der Ausübung dieses Rechts in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise zu leiten.

3. Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Ein-

schränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit oder Sittlichkeit oder der Grundrechte und Grundfreiheiten anderer erforderlich sind.

Artikel 15

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes an, sich frei mit anderen zusammenzuschließen und sich friedlich zu versammeln.

2. Die Ausübung dieses Rechts darf keinen anderen als den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen oder der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), zum Schutz der öffentlichen Gesundheit oder Sittlichkeit oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind.

Artikel 16

1. Kein Kind darf willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung oder seinen Schriftverkehr oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden.

2. Das Kind hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

Artikel 17

Die Vertragsstaaten erkennen die wichtige Rolle der Massenmedien an und stellen sicher, daß das Kind zu Informationen und Material aus einer Vielfalt nationaler und internationaler Quellen Zugang hat, insbesondere zu solchen, welche die Förderung seines sozialen, seelischen und sittlichen Wohlergehens sowie seiner körperlichen und geistigen Gesundheit zum Ziel haben. Zu diesem Zweck werden die Vertragsstaaten

a) den Massenmedien nahelegen, Informationen und Material zu verbreiten, die für das Kind von sozialem und kulturellem Nutzen sind und dem Geist des Artikels 29 entsprechen;

b) die internationale Zusammenarbeit bei der Herstellung, beim Austausch und bei der Verbreitung von Informationen und Material dieser Art aus einer Vielfalt nationaler und internationaler kultureller Quellen fördern;

c) die Herstellung und Verbreitung von Kinderbüchern fördern;

d) den Massenmedien nahelegen, den sprachlichen Bedürfnissen eines Kindes, das einer Minderheit oder der Urbevölkerung angehört, besonders Rechnung zu tragen;

e) die Erarbeitung geeigneter Richtlinien zum Schutz des Kindes vor Informationen und Material fördern, die seinem Wohl abträglich sind, wobei die Artikel 13 und 18 zu berücksichtigen sind.

Artikel 18

1. Die Vertragsstaaten bemühen sich nach besten Kräften, die Anerkennung des Grundsatzes sicherzustellen, daß beide Elternteile gemeinsam für die Erziehung und Entwicklung des Kindes verantwortlich sind. Die Eltern oder gegebenenfalls der Vormund tragen die Hauptverantwortung für die Erziehung und Entwicklung des Kindes. Das Wohl des Kindes ist dabei ihr oberstes Anliegen.

2. Zur Gewährleistung und Förderung der in dieser Konvention festgelegten Rechte unterstützen die Vertragsstaaten die Eltern und den Vormund in angemessener Weise bei der Erfüllung ihrer Erziehungsaufgaben und sorgen für den Ausbau von Institutionen, Einrichtungen und Diensten für die Betreuung von Kindern.

3. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Kinder berufstätiger Eltern das Recht haben, die für sie in Betracht kommenden Kinderbetreuungsdienste und -einrichtungen zu nutzen.

Artikel 19

1. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewalt, Schadenszufügung oder Mißhandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschließlich des sexuellen Mißbrauchs zu schützen, solange es sich in der Obhut der Eltern oder eines Elternteils, eines Vormunds oder anderen gesetzlichen Vertreters oder einer anderen sorgeberechtigten Person befindet.

2. Diese Schutzmaßnahmen sollen je nach den Gegebenheiten wirksame Verfahren zur Aufstellung von Sozialprogrammen enthalten, die dem Kind und den Sorgeberechtigten die erforderliche Unterstützung gewähren, sowie andere Formen der Vorbeugung und Maßnahmen zur Aufdeckung, Meldung, Weiterverweisung, Untersuchung, Behandlung und Nachbetreuung in den in Absatz 1 beschriebenen Fällen schlechter Behandlung von Kindern und gegebenenfalls ein Einschreiten der Gerichte vorsehen.

Artikel 20

1. Ein Kind, das vorübergehend oder dauernd aus seinem Familienverband herausgelöst wird oder dem der Verbleib in diesem Verband in seinem eigenen Interesse nicht gestattet werden kann, hat Anspruch auf den besonderen Schutz und Beistand des Staates.

2. Die Vertragsstaaten stellen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts andere Formen der Fürsorge für ein solches Kind sicher.

3. Als andere Form der Fürsorge für ein Kind kommt unter anderem die Aufnahme in eine Pflegefamilie, die Kafala nach islamischem Recht, die Adoption oder, falls erforderlich, die Unterbringung in einer geeigneten Kinderbetreuungseinrichtung in Betracht. Bei der Wahl zwischen diesen Lösungen sind die erwünschte Kontinuität in der Erziehung des Kindes sowie die ethnische, religiöse, kulturelle und sprachliche Herkunft des Kindes gebührend zu berücksichtigen.

Artikel 21

Die Vertragsstaaten, die das Institut der Adoption anerkennen oder zulassen, gewährleisten, daß das Wohl des Kindes bei der Adoption der Hauptgesichtspunkt ist; die Vertragsstaaten

a) stellen sicher, daß die Adoption eines Kindes nur durch die zuständigen Behörden genehmigt wird, die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren und auf der Grundlage aller verläßlichen einschlägigen Informationen entscheiden, daß die Adoption im Hinblick auf die Stellung des Kindes im Verhältnis zu seinen Eltern, Verwandten und seinem Vormund

zulässig ist und daß, soweit dies erforderlich ist, die betroffenen Personen in Kenntnis der Sachlage und auf der Grundlage einer gegebenenfalls erforderlichen Beratung der Adoption zugestimmt haben;

b) erkennen an, daß die internationale Adoption als andere Form der Fürsorge für das Kind in Betracht kommt, wenn das Kind nicht in seinem Heimatland in einer Pflege- oder Adoptionsfamilie untergebracht werden oder wenn es dort nicht die geeignete Fürsorge erhalten kann;

c) stellen sicher, daß das Kind im Fall einer internationalen Adoption in den Genuß von Schutzvorschriften und Normen kommt, die den für nationale Adoptionen geltenden gleichwertig sind;

d) treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß bei internationaler Adoption den Beteiligten keine unstatthaften Vermögensvorteile erwachsen;

e) fördern die Ziele dieses Artikels gegebenenfalls durch den Abschluß bilateraler oder multilateraler Übereinkünfte und bemühen sich in diesem Rahmen sicherzustellen, daß die Unterbringung des Kindes in einem anderen Land durch die zuständigen Behörden oder Stellen erfolgt.

Artikel 22

1. Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ein Kind, das die Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt oder nach Maßgabe der anzuwendenden Regeln und Verfahren des Völkerrechts oder des innerstaatlichen Rechts als Flüchtling angesehen wird, angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in dieser Konvention oder in anderen internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen, denen die genannten Staaten als Vertragsparteien angehören, festgelegt sind, und zwar unabhängig davon, ob sich das Kind in Begleitung seiner Eltern oder einer anderen Person befindet oder nicht.

2. Zu diesem Zweck wirken die Vertragsstaaten in der ihnen angemessen erscheinenden Weise bei allen Bemühungen mit, welche die Vereinten Nationen und andere zuständige zwischenstaatliche oder nichtstaatliche Organisationen, die mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, unternehmen, um ein solches Kind zu schützen, um ihm zu helfen und um die Eltern oder andere Familienangehörige eines Flüchtlingskindes ausfindig zu machen, mit dem Ziel, die für eine Familienzusammenführung notwendigen Informationen zu erlangen. Können die Eltern oder andere Familienangehörige nicht ausfindig gemacht werden, so ist dem Kind derselbe Schutz zu gewähren, wie er jedem anderen Kind, das aus irgendeinem Grund dauernd oder vorübergehend aus seinem Familienverband herausgelöst ist, nach dieser Konvention zusteht.

Artikel 23

1. Die Vertragsstaaten erkennen an, daß ein geistig oder körperlich behindertes Kind ein erfülltes und menschenwürdiges Leben unter Bedingungen führen sollte, welche die Würde des Kindes wahren, seine Selbständigkeit fördern und seine aktive Teilnahme am Leben der Gemeinschaft erleichtern.

2. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des behinderten Kindes auf besondere Fürsorge an und treten dafür ein und stellen sicher, daß dem behinderten Kind und denjenigen, denen die Sorge für das Kind obliegt, im Rahmen der verfügbaren Mittel auf Antrag die Unterstützung zuteil wird, die dem Zustand des Kindes sowie den Lebensumständen der Eltern oder anderer für das Kind sorgender Personen angemessen ist.

3. In Anerkennung der besonderen Bedürfnisse eines behinderten Kindes ist die nach Absatz 2 gewährte Unterstützung soweit irgend möglich und unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel der Eltern oder anderer für das Kind sorgender Personen unentgeltlich zu leisten und so zu gestalten, daß sichergestellt ist, daß Erziehung, Ausbildung, Gesundheitsdienste, Rehabilitationsdienste, Vorbereitung auf das Berufsleben und Erholungsmöglichkeiten dem behinderten Kind tatsächlich in einer Weise zugänglich sind, die der möglichst vollständigen sozialen Integration und individuellen Entfaltung des Kindes einschließlich seiner kulturellen und geistigen Entwicklung förderlich ist.

4. Die Vertragsstaaten fördern im Geist der internationalen Zusammenarbeit den Austausch sachdienlicher Informationen auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge und der medizinischen, psychologischen und funktionellen Behandlung behinderter Kinder, einschließlich der Verbreitung von Informationen über Rehabilitationsmethoden und Bildungs- und Berufsausbildungsdienste und des Zugangs zu solchen Informationen, um es den Vertragsstaaten zu ermöglichen, auf diesen Gebieten ihre Leistungsfähigkeit und ihre Fachkenntnisse zu verbessern und weitere Erfahrungen zu sammeln. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.

Artikel 24

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit sowie auf die Inanspruchnahme von Einrichtungen zur Behandlung von Krankheiten und zur Wiederherstellung der Gesundheit an. Die Vertragsstaaten bemühen sich sicherzustellen, daß keinem Kind das Recht auf Zugang zu derartigen Gesundheitsdiensten vorenthalten wird.

2. Die Vertragsstaaten bemühen sich, die volle Verwirklichung dieses Rechts sicherzustellen, und treffen insbesondere geeignete Maßnahmen, um

a) die Säuglings- und Kindersterblichkeit zu verringern;

b) sicherzustellen, daß alle Kinder die notwendige ärztliche Hilfe und Gesundheitsfürsorge erhalten, mit besonderem Schwerpunkt auf dem Ausbau der gesundheitlichen Grundversorgung;

c) Krankheiten und Mangelernährung auch im Rahmen der gesundheitlichen Grundversorgung zu bekämpfen, unter anderem durch den Einsatz leicht zugänglicher Techniken und durch die Bereitstellung ausreichender vollwertiger Nahrungsmittel und sauberen Trinkwassers, wobei die Gefahren und Risiken der Umweltverschmutzung zu berücksichtigen sind;

d) eine angemessene Gesundheitsfürsorge für Mütter vor und nach der Entbindung sicherzustellen;

e) sicherzustellen, daß alle Teile der Gesellschaft, insbesondere Eltern und Kinder, über die Gesundheit und Ernährung des Kindes, die Vorteile des Stillens, die Hygiene und die Sauberhaltung der Umwelt sowie die Unfallverhütung aufgeklärt werden, daß sie Zugang zu der entsprechenden Schulung haben und daß sie bei der

Anwendung dieser Grundkenntnisse Unterstützung erhalten;

f) die Gesundheitsvorsorge, die Elternberatung sowie die Aufklärung und die Dienste auf dem Gebiet der Familienplanung auszubauen.

3. Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen und geeigneten Maßnahmen, um überkommene Bräuche, die für die Gesundheit der Kinder schädlich sind, abzuschaffen.

4. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die internationale Zusammenarbeit zu unterstützen und zu fördern, um fortschreitend die volle Verwirklichung des in diesem Artikel anerkannten Rechts zu erreichen. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.

Artikel 25

Die Vertragsstaaten erkennen an, daß ein Kind, das von den zuständigen Behörden wegen einer körperlichen oder geistigen Erkrankung zur Betreuung, zum Schutz der Gesundheit oder zur Behandlung untergebracht worden ist, das Recht auf eine regelmäßige Überprüfung der dem Kind zuteil werdenden Behandlung sowie aller anderen Umstände hat, die für seine Unterbringung von Belang sind.

Artikel 26

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden Kindes auf Leistungen der sozialen Sicherheit, einschließlich der Sozialversicherung, an und treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die volle Verwirklichung dieses Rechts in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht sicherzustellen.

2. Die Leistungen sollen gegebenenfalls unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der sonstigen Umstände des Kindes und der Unterhaltspflichtigen sowie anderer für die Beantragung von Leistungen durch das Kind oder im Namen des Kindes maßgeblicher Gesichtspunkte gewährt werden.

Artikel 27

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an.

2. Es ist in erster Linie die Aufgabe der Eltern oder anderer für das Kind verantwortlicher Personen, soweit sie dazu in der Lage sind und im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten, die für die Entwicklung des Kindes notwendigen Lebensbedingungen sicherzustellen.

3. Die Vertragsstaaten treffen gemäß ihren innerstaatlichen Gegebenheiten und im Rahmen ihrer Mittel geeignete Maßnahmen, um den Eltern und anderen für das Kind verantwortlichen Personen bei der Verwirklichung dieses Rechts zu helfen, und sehen bei Bedürftigkeit materielle Hilfe und Unterstützungsprogramme vor, insbesondere für Ernährung, Bekleidung und Wohnung.

4. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um die Entrichtung von Unterhaltszahlungen für das Kind seitens der Eltern oder der anderen finanziell für das Kind verantwortlichen Personen sowohl innerhalb des Vertragsstaates als auch im Ausland sicherzustellen. Um insbesondere den Fällen Rechnung zu tragen, wo die für das Kind finanziell verantwortliche Person in einem anderen Staat lebt als das Kind, fördern die Vertragsstaaten den Beitritt zu internationalen Übereinkünften oder den Abschluß solcher Übereinkünfte sowie andere geeignete Regelungen.

Artikel 28

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere

a) den obligatorischen und unentgeltlichen Grundschulunterricht für alle einführen;

b) die Entwicklung verschiedener Formen des weiterführenden einschließlich des allgemeinbildenden und berufsbildenden Unterrichts fördern, diesen allen Kindern verfügbar und zugänglich machen und geeignete Maßnahmen wie die Einführung der Unentgeltlichkeit und die Bereitstellung finanzieller Unterstützung bei Bedürftigkeit treffen;

c) allen entsprechend ihren Fähigkeiten den Zugang zu den Hochschulen mit allen geeigneten Mitteln ermöglichen;

d) Bildungs- und Berufsberatung allen Kindern verfügbar und zugänglich machen;

e) Maßnahmen treffen, die den regelmäßigen Schulbesuch fördern und den Anteil derjenigen, welche die Schulausbildung vorzeitig abbrechen, verringern.

2. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Aufrechterhaltung der schulischen Disziplin in einer Weise erfolgt, die mit der Menschenwürde des Kindes vereinbar ist und im Einklang mit dieser Konvention steht.

3. Die Vertragsstaaten begünstigen und fördern die internationale Zusammenarbeit im Bildungsbereich, insbesondere um zur Beseitigung von Unwissenheit und Analphabetentum in der Welt beizutragen und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen und modernen Lehrmethoden zu erleichtern. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.

Artikel 29

1. Die Vertragsstaaten stimmen überein, daß die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muß,

a) die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen;

b) dem Kind Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten und den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen zu vermitteln;

c) dem Kind Achtung vor seinen Eltern, seiner kulturellen Identität, seiner Sprache und seinen kulturellen Werten, den nationalen Werten des Landes, aus dem es stammt, sowie vor anderen Kulturen als seiner eigenen zu vermitteln;

d) das Kind auf ein verantwortungsbewußtes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz, der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Freundschaft zwischen allen Völkern und ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen sowie Angehörigen der Urbevölkerung vorzubereiten;

e) dem Kind Achtung vor der natürlichen Umwelt zu vermitteln.

2. Keine Bestimmung dieses Artikels oder des Artikels 28 darf dahin ausgelegt werden, daß sie die Freiheit natürlicher oder juristischer Personen beeinträchtigt, Bildungseinrichtungen zu gründen und zu führen, sofern die in Absatz 1 festgelegten Grundsätze beachtet werden und die in solchen Einrichtungen vermittelte Bildung den von dem Staat gegebenenfalls festgelegten Mindestnormen entspricht.

Artikel 30

In Staaten, in denen es ethnische, religiöse oder sprachliche Minderheiten oder eine Urbevölkerung gibt, darf einem Kind, das einer solchen Minderheit oder der Urbevölkerung angehört, nicht das Recht vorenthalten werden, in Gemeinschaft mit anderen Angehörigen seiner Gruppe seine eigene Kultur zu pflegen, sich zu seiner eigenen Religion zu bekennen und sie auszuüben oder seine eigene Sprache zu verwenden.

Artikel 31

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Erholung und Freizeit, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben an.

2. Die Vertragsstaaten achten und fördern das Recht des Kindes auf volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben und fördern die Bereitstellung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für die kulturelle und künstlerische Betätigung sowie für aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung.

Artikel 32

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes an, vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt und nicht zu einer Arbeit herangezogen zu werden, bei der zu erwarten ist, daß sie gefahrenträchtig ist, die Erziehung des Kindes behindert oder seiner Gesundheit oder seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen oder sozialen Entwicklung abträglich ist.

2. Die Vertragsstaaten treffen Gesetzgebungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um die Durchführung dieses Artikels sicherzustellen. Zu diesem Zweck und unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen anderer internationaler Übereinkünfte werden die Vertragsstaaten insbesondere

a) eine Mindestaltersgrenze oder Mindestaltersgrenzen für die Zulassung zur Arbeit festlegen;

b) eine angemessene Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen vorsehen und

c) angemessene Strafen oder andere Sanktionen zur wirksamen Durchsetzung dieses Artikels vorsehen.

Artikel 33

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen einschließlich Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um Kinder vor dem unerlaubten Gebrauch von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, wie sie in den diesbezüglichen internationalen Übereinkünften definiert sind, zu schützen und die Heranziehung von Kindern für die unerlaubte Herstellung dieser Stoffe und für den unerlaubten Verkehr damit zu verhindern.

Artikel 34

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, das Kind vor allen Formen sexueller Ausbeutung und sexuellen Mißbrauchs zu schützen. Zu diesem Zweck treffen die Vertragsstaaten insbesondere alle geeigneten innerstaatlichen, bilateralen und multilateralen Maßnahmen, um zu verhindern, daß Kinder

a) zu rechtswidrigen sexuellen Handlungen verleitet oder gezwungen werden;

b) zu Zwecken der Prostitution oder anderer rechtswidriger sexueller Praktiken ausgenutzt werden;

c) zu Zwecken pornographischer Darbietungen und Darstellungen ausgenutzt werden.

Artikel 35

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten innerstaatlichen, bilateralen und multilateralen Maßnahmen, um die Entführung und den Verkauf von Kindern sowie den Handel mit Kindern zu jeglichem Zweck und in jeglicher Form zu verhindern.

Artikel 36

Die Vertragsstaaten schützen das Kind vor allen sonstigen Formen der Ausbeutung, die das Wohl des Kindes in irgendeiner Weise beeinträchtigen.

Artikel 37

Die Vertragsstaaten stellen sicher,

a) daß kein Kind der Folter oder einer anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe unterworfen wird. Für Straftaten, die von Personen begangen worden sind, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, darf weder die Todesstrafe noch lebenslange Freiheitsstrafe ohne die Möglichkeit einer vorzeitigen Entlassung verhängt werden;

b) daß keinem Kind die Freiheit rechtswidrig oder willkürlich entzogen wird. Die Festnahme, Haft oder Strafgefangenschaft eines Kindes muß mit dem Gesetz im Einklang stehen und darf nur als letztes Mittel und für die kürzeste angemessene Zeit angewendet werden;

c) daß jedes Kind, dem die Freiheit entzogen ist, menschlich, mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Personen seines Alters behandelt wird. Insbesondere ist jedes Kind, dem die Freiheit entzogen ist, von Erwachsenen zu trennen, sofern nicht zum Wohle des Kindes ein anderes Vorgehen als dienlich erachtet wird; jedes Kind hat das Recht, mit seiner Familie durch Briefwechsel und Besuche in Verbindung zu bleiben, soweit nicht außergewöhnliche Umstände vorliegen;

d) daß jedes Kind, dem die Freiheit entzogen ist, das Recht auf umgehenden Zugang zu einem rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand sowie das Recht hat, die Rechtmäßigkeit der Freiheitsentziehung bei einem Gericht oder einer anderen zuständigen, unabhängigen und unparteiischen Behörde anzufechten, sowie das Recht auf alsbaldige Entscheidung in einem solchen Verfahren.

Artikel 38

1. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die im Falle eines bewaffneten Konfliktes für sie geltenden Regeln des humanitären Völkerrechts, die für das Kind Bedeutung haben, zu beachten und für deren Beachtung zu sorgen.

2. Die Vertragsstaaten treffen alle durchführbaren Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Personen, die das fünfzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht unmittelbar an Feindseligkeiten teilnehmen.

3. Die Vertragsstaaten nehmen davon Abstand, Personen, die das fünfzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu ihren Streitkräften einzuziehen. Werden Personen zu den Streitkräften eingezogen, die zwar das fünfzehnte, jedoch noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, so bemühen sich die Vertragsstaaten, vorrangig die jeweils ältesten einzuziehen.

4. Im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, die Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten zu schützen, treffen die Vertragsstaaten alle durchführbaren Maßnahmen, um sicherzustellen, daß von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder Schutz und Fürsorge erhalten.

Artikel 39

Die Vertragsstaaten treffen alle Maßnahmen, um die physische und psychische Genesung und die soziale Wiedereingliederung eines Kindes zu fördern, das Opfer irgendeiner Form von Vernachlässigung, Ausbeutung oder Mißhandlung, der Folter oder einer anderen Form grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder aber bewaffneter Konflikte geworden ist. Die Genesung und Wiedereingliederung müssen in einer Umgebung stattfinden, die der Gesundheit, der Selbstachtung und der Würde des Kindes förderlich ist.

Artikel 40

1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden Kindes an, das der Verletzung der Strafgesetze verdächtigt oder beschuldigt wird oder überführt worden ist, in einer Weise behandelt zu werden, die mit der Förderung seines Gefühls für die eigene Würde und den eigenen Wert vereinbar ist, seine Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten anderer stärkt und das Alter des Kindes sowie die Notwendigkeit berücksichtigt, seine soziale Wiedereingliederung zu fördern und zu erreichen, daß das Kind eine konstruktive Rolle in der Gesellschaft übernimmt.

2. Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der internationalen Übereinkünfte insbesondere sicher,

a) daß kein Kind wegen Handlungen oder Unterlassungen, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem Recht oder Völkerrecht nicht verboten waren, der Verletzung der Strafgesetze verdächtigt, beschuldigt oder überführt wird;

b) daß jedes Kind, das einer Verletzung der Strafgesetze verdächtigt oder beschuldigt wird, Anspruch auf folgende Mindestgarantien hat:

i) bis zum gesetzlichen Nachweis der Schuld als unschuldig zu gelten;

ii) unverzüglich und unmittelbar über die gegen seine Person erhobenen Beschuldigungen unterrichtet zu werden, gegebenenfalls durch seine Eltern oder seinen Vormund, und einen rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand zur Vorbereitung und Wahrnehmung seiner Verteidigung zu erhalten;

iii) seine Sache unverzüglich durch eine Behörde oder ein Gericht, die zuständig, unabhängig und unparteiisch sind, in einem fairen Verfahren entsprechend dem Gesetz entscheiden zu lassen, und zwar in Anwesenheit eines rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistands sowie — sofern dies nicht insbesondere in Anbetracht des Alters oder der Lage des Kindes als seinem Wohl abträglich erachtet wird — in Anwesenheit seiner Eltern oder seines Vormunds;

iv) nicht gezwungen zu werden, als Zeuge auszusagen oder sich schuldig zu bekennen, sowie die Belastungszeugen zu befragen oder befragen zu lassen und das Erscheinen und die Vernehmung der Entlastungszeugen unter gleichen Bedingungen zu erwirken;

v) wenn es einer Verletzung der Strafgesetze überführt worden ist, diese Entscheidung und alle als Folge davon verhängten Maßnahmen durch eine übergeordnete Behörde oder ein höheres Gericht, die zuständig, unabhängig und unparteiisch sein müssen, entsprechend dem Gesetz nachprüfen zu lassen;

vi) den unentgeltlichen Beistand eines Dolmetschers zu erhalten, wenn es die Verhandlungssprache nicht versteht oder spricht;

vii) seine Privatsphäre in allen Verfahrensabschnitten voll geachtet zu sehen.

3. Die Vertragsstaaten bemühen sich, den Erlaß von Gesetzen sowie die Schaffung von Verfahren, Behörden und Einrichtungen zu fördern, die besonders für Kinder gelten oder zuständig sind, die einer Verletzung der Strafgesetze verdächtigt oder beschuldigt werden oder überführt worden sind, und insbesondere

a) ein Mindestalter festzulegen, das ein Kind erreicht haben muß, um als strafmündig angesehen zu werden;

b) soweit dies angemessen und wünschenswert ist, Maßnahmen zu treffen, um den Fall ohne ein gerichtliches Verfahren zu regeln, wobei jedoch die Menschenrechte und die Rechtsgarantien uneingeschränkt beachtet werden müssen.

4. Um sicherzustellen, daß Kinder in einer Weise behandelt werden, die ihrem Wohl dienlich ist und ihren Umständen sowie der Straftat entspricht, muß eine Vielzahl von Vorkehrungen zur Verfügung stehen, wie Anordnungen über Betreuung, Anleitung und Aufsicht, wie Beratung, Entlassung auf Bewährung, Aufnahme in eine Pflegefamilie, Bildungs- und Berufsbildungsprogramme und andere Alternativen zu einer Anstaltsunterbringung.

Artikel 41

Diese Konvention läßt Bestimmungen unberührt, die für die Verwirklichung der Rechte des Kindes günstiger sind und die

a) im Recht des Vertragsstaats oder

b) in dem für diesen Staat geltenden Völkerrecht enthalten sind.

TEIL II

Artikel 42

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Grundsätze und Bestimmungen dieser Konvention durch geeignete und wirksame Maßnahmen bei Erwachsenen wie auch bei Kindern allgemein bekannt zu machen.

Artikel 43

1. Zur Prüfung der Fortschritte, welche die Vertragsstaaten bei der Erfüllung der in dieser Konvention eingegangenen Verpflichtungen gemacht haben, wird ein Ausschuß für die Rechte des Kindes eingesetzt, der die nachstehend festgelegten Aufgaben wahrnimmt.

2. Der Ausschuß besteht aus zehn Sachverständigen von hohem sittlichem Ansehen und anerkannter Sachkenntnis auf dem von dieser Konvention erfaßten Gebiet. Die Mitglieder des Ausschusses werden von den Vertragsstaaten unter ihren Staatsangehörigen ausgewählt und sind in persönlicher Eigenschaft tätig, wobei auf eine ausgewogene geographische Verteilung zu achten ist sowie die hauptsächlichen Rechtssysteme zu berücksichtigen sind.

3. Die Mitglieder des Ausschusses werden in geheimer Wahl aus einer Liste von Personen gewählt, die von den Vertragsstaaten vorgeschlagen worden sind. Jeder Vertragsstaat kann einen seiner eigenen Staatsangehörigen vorschlagen.

4. Die Wahl des Ausschusses findet zum erstenmal spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieser Konvention und danach alle zwei Jahre statt. Spätestens vier Monate vor jeder Wahl fordert der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Vertragsstaaten schriftlich auf, ihre Vorschläge innerhalb von zwei Monaten einzureichen. Der Generalsekretär fertigt sodann eine alphabetische Liste aller auf diese Weise vorgeschlagenen Personen unter Angabe der Vertragsstaaten an, die sie vorgeschlagen haben, und übermittelt sie den Vertragsstaaten.

5. Die Wahlen finden auf vom Generalsekretär am Amtssitz der Vereinten Nationen einberufenen Tagungen der Vertragsstaaten statt. Auf diesen Tagungen, die beschlußfähig sind, wenn zwei Drittel der Vertragsstaaten vertreten sind, gelten die Kandidaten als in den Ausschuß gewählt, welche die höchste Stimmenzahl und die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertreter der Vertragsstaaten auf sich vereinigen.

6. Die Ausschußmitglieder werden für vier Jahre gewählt. Auf erneuten Vorschlag können sie wiedergewählt werden. Die Amtszeit von fünf der bei der ersten Wahl gewählten Mitglieder läuft nach zwei Jahren ab; unmittelbar nach der ersten Wahl werden die Namen dieser fünf Mitglieder vom Vorsitzenden der Tagung durch das Los bestimmt.

7. Wenn ein Ausschußmitglied stirbt oder zurücktritt oder erklärt, daß es aus anderen Gründen die Aufgaben des Ausschusses nicht mehr wahrnehmen kann, ernennt der Vertragsstaat, der das Mitglied vorgeschlagen hat, für die verbleibende Amtszeit mit Zustimmung des Ausschusses einen anderen unter seinen Staatsangehörigen ausgewählten Sachverständigen.

8. Der Ausschuß gibt sich eine Geschäftsornung.

9. Der Ausschuß wählt seine Amtsträger für zwei Jahre.

10. Die Sitzungen des Ausschusses finden in der Regel am Amtssitz der Vereinten Nationen oder an einem anderen vom Ausschuß bestimmten geeigneten Ort statt. Der Ausschuß tritt in der Regel einmal jährlich zusammen. Die Dauer der Ausschußsitzungen wird auf einer Tagung der Vertragsstaaten mit Zustimmung der Generalversammlung festgelegt und wenn nötig geändert.

11. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt dem Ausschuß das Personal und die Einrichtungen zur Verfügung, die dieser zur wirksamen Wahrnehmung seiner Aufgaben nach dieser Konvention benötigt.

12. Die Mitglieder des nach dieser Konvention eingesetzten Ausschusses erhalten mit Zustimmung der Generalversammlung Bezüge aus Mitteln der Vereinten Nationen zu den von der Generalversammlung zu beschließenden Bedingungen.

Artikel 44

1. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Ausschuß über den Generalsekretär der Vereinten Nationen Berichte über die Maßnahmen, die sie zur Verwirklichung der in dieser Konvention anerkannten Rechte getroffen haben, und über die dabei erzielten Fortschritte vorzulegen, und zwar

a) innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten der Konvention für den betreffenden Vertragsstaat,

b) danach alle fünf Jahre.

2. In den nach diesem Artikel erstatteten Berichten ist auf etwa bestehende Umstände und Schwierigkeiten hinzuweisen, welche die Erfüllung der Verpflichtungen aus dieser Konvention beeinträchtigen. Die Berichte müssen auch ausreichende Angaben enthalten, die dem Ausschuß ein umfassendes Bild von der Durchführung der Konvention in dem betreffenden Land vermitteln.

3. Ein Vertragsstaat, der dem Ausschuß einen umfassenden Erstbericht vorgelegt hat, braucht in seinen nach Absatz 1 Buchstabe b vorgelegten späteren Berichten die früher mitgeteilten grundlegenden Angaben nicht zu wiederholen.

4. Der Ausschuß kann die Vertragsstaaten um weitere Angaben über die Durchführung der Konvention ersuchen.

5. Der Ausschuß legt der Generalversammlung über den Wirtschafts- und Sozialrat alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht vor.

6. Die Vertragsstaaten sorgen für eine weite Verbreitung ihrer Berichte im eigenen Land.

Artikel 45

Um die wirksame Durchführung der Konvention und die internationale Zusammenarbeit auf dem von der Konvention erfaßten Gebiet zu fördern,

a) haben die Sonderorganisationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und andere Organe der Vereinten Nationen das Recht, bei der Erörterung der Durchführung derjenigen Bestimmungen der Konvention vertreten zu sein, die in ihren Aufgabenbereich fallen. Der Ausschuß kann, wenn er dies für angebracht hält, die Sonderorganisationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und andere zuständige Stellen einladen, fachliche Stellungnahmen zur Durchführung der Konvention auf Gebieten abzugeben, die in ihren jeweiligen Aufgabenbereich fallen. Der Ausschuß kann die Sonderorganisationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und andere Organe der Vereinten Nationen einladen, ihm Berichte über die Durchführung der Konvention auf Gebieten vorzulegen, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen;

b) übermittelt der Ausschuß, wenn er dies für angebracht hält, den Sonderorganisationen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen zustän-

digen Stellen Berichte der Vertragsstaaten, die ein Ersuchen um fachliche Beratung oder Unterstützung enthalten oder Hinweise darauf, daß ein diesbezüglicher Bedarf besteht; etwaige Bemerkungen und Vorschläge des Ausschusses zu diesen Ersuchen oder Hinweisen werden beigefügt;

c) kann der Ausschuß der Generalversammlung empfehlen, den Generalsekretär zu ersuchen, für den Ausschuß Untersuchungen über Fragen im Zusammenhang mit den Rechten des Kindes durchzuführen;

d) kann der Ausschuß aufgrund der Angaben, die er nach den Artikeln 44 und 45 erhalten hat, Vorschläge und allgemeine Empfehlungen unterbreiten. Diese Vorschläge und allgemeinen Empfehlungen werden den betroffenen Vertragsstaaten übermittelt und der Generalversammlung zusammen mit etwaigen Bemerkungen der Vertragsstaaten vorgelegt.

TEIL III

Artikel 46

Diese Konvention liegt für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

Artikel 47

Diese Konvention bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 48

Diese Konvention steht allen Staaten zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 49

1. Diese Konvention tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

2. Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde diese Konvention ratifiziert oder ihr beitritt, tritt sie am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 50

1. Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung vorschlagen und deren Wortlaut beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt sodann den Änderungsvorschlag den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm mitzuteilen, ob sie eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Beratung und Abstimmung über den Vorschlag befürworten. Befürwortet innerhalb von vier Monaten nach dem Datum der Übermittlung wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten eine solche Konferenz, so beruft der Generalsekretär die Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von der Mehrheit der auf der Konferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen wird, wird der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Billigung vorgelegt.

2. Eine nach Absatz 1 angenommene Änderung tritt in Kraft, wenn sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gebilligt und von einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten dieser Konvention angenommen worden ist.

3. Tritt eine Änderung in Kraft, so ist sie für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich, während für die anderen Vertragsstaaten weiterhin die Bestimmungen dieser Konvention und alle früher von ihnen angenommenen Änderungen gelten.

Artikel 51

1. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen nimmt den Wortlaut von Vorbehalten, die ein Staat bei der Ratifikation oder beim Beitritt anbringt, entgegen und leitet ihn allen Staaten zu.

2. Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck dieser Konvention unvereinbar sind, sind nicht zulässig.

3. Vorbehalte können jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete diesbezügliche Notifikation zurückgenommen werden; dieser setzt alle Staaten davon in Kenntnis. Die Notifikation wird mit dem Tag ihres Eingangs beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 52

Ein Vertragsstaat kann diese Konvention durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Artikel 53

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird zum Verwahrer dieser Konvention bestimmt.

Artikel 54

Die Urschrift dieser Konvention, deren arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten diese Konvention unterschrieben.

44/52 — Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung ihres in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Ziels, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied nach Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion, zu fördern und zu festigen,

sowie in Bekräftigung ihrer festen Entschlossenheit und ihres Engagements zur vollständigen und bedingungslosen Beseitigung aller Formen des Rassismus sowie der rassischen Diskriminierung und der Apartheid,

unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte[4], das Internationale Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung[11], die Internationale Konvention über die Bekämp-

[11] Resolution 2106 A (XX), Anlage.

fung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid[12], die Internationale Konvention gegen Apartheid im Sport[13] und das von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur am 14. Dezember 1960 verabschiedete Übereinkommen gegen Diskriminierung im Unterrichtswesen[14],

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 3057 (XXVIII) vom 2. November 1973 über die erste Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung und auf ihre Resolution 38/14 vom 22. November 1983 über die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung,

ferner unter Hinweis auf die beiden 1978 beziehungsweise 1983 in Genf abgehaltenen Weltkonferenzen zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung,

unter Berücksichtigung des *Report of the Second World Conference to Combat Racism and Racial Discrimination*[15] (Bericht der Zweiten Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung),

davon überzeugt, daß die internationale Gemeinschaft auf der Zweiten Weltkonferenz dadurch einen positiven Beitrag zur Erreichung der Ziele der Dekade geleistet hat, daß sie eine Erklärung[16] und ein operatives Aktionsprogramm[16] für die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung verabschiedet hat,

mit Besorgnis feststellend, daß die wichtigsten Ziele der ersten Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung trotz der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft nicht erreicht worden sind und daß Millionen Menschen selbst heute noch immer Opfer verschiedener Formen von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid sind,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 39/16 vom 23. November 1984, 42/47 vom 30. November 1987 und 43/91 vom 8. Dezember 1988,

unter erneuter Hervorhebung der Notwendigkeit, die Ziele der Zweiten Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung zu erreichen,

nach Behandlung der Mitteilung des Generalsekretärs[17] und der Berichte[18], die er im Rahmen der Durchführung des Aktionsprogramms für die Zweite Dekade vorgelegt hat,

überzeugt von der Notwendigkeit wirksamerer und nachhaltigerer internationaler Maßnahmen zur Beseitigung aller Formen von Rassismus und rassischer Diskriminierung und zur völligen Beseitigung der Apartheid in Südafrika,

sich dessen bewußt, daß bestimmte für den Zeitraum 1985-1989 geplante Aktivitäten der Zweiten Dekade mangels finanzieller Mittel nicht durchgeführt worden sind,

sowie im Bewußtsein der Bedeutung und des Umfangs des Wanderarbeiterphänomens wie auch der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um die Verbesserung des Schutzes der Menschenrechte der Wanderarbeiter und ihrer Familien,

Kenntnis nehmend von den Schlußfolgerungen und Anregungen des vom 3. bis 6. Oktober 1988 in Genf abgehaltenen weltweiten Konsultationstreffens über Rassismus und rassische Diskriminierung[19], den Schlußfolgerungen und Empfehlungen des vom 16. bis 20. Januar 1989 in Genf abgehaltenen Seminars über die Auswirkungen von Rassismus und rassischer Diskriminierung auf die sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen autochthonen Völkern und den Staaten[20] und den Schlußfolgerungen und Empfehlungen des vom 18. bis 26. September 1989 in Athen abgehaltenen Seminars über den kulturellen Dialog zwischen den Herkunftsländern und den Aufnahmeländern von Wanderarbeitern[21],

1. *erklärt erneut*, daß alle Formen von Rassismus und rassischer Diskriminierung, insbesondere wenn sie – wie die Apartheid – institutionalisiert sind oder wenn sie sich aus einer offiziellen Doktrin der rassischen Überlegenheit oder der rassischen Exklusivität ergeben, zu den schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen der heutigen Zeit gehören und mit allen verfügbaren Mitteln bekämpft werden müssen;

2. *beschließt*, daß die internationale Gemeinschaft im allgemeinen und die Vereinten Nationen im besonderen Programmen zur Bekämpfung von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid weiterhin höchste Priorität einräumen und sich während der Zweiten Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung verstärkt darum bemühen sollten, den Opfern des Rassismus und aller Formen rassischer Diskriminierung sowie der Apartheid, insbesondere in Südafrika und Namibia sowie in besetzten beziehungsweise unter Fremdherrschaft stehenden Gebieten, Unterstützung und Soforthilfe zu gewähren;

3. *appelliert* an alle Regierungen und an die internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, ihre Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid auszubauen und zu intensivieren und den Opfern dieser Übel Soforthilfe und Unterstützung zu gewähren;

4. *nimmt Kenntnis* von den vom Generalsekretär vorgelegten Berichten[18] mit Informationen über die Aktivitäten von Regierungen, Sonderorganisationen, regionalen zwischenstaatlichen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen sowie Organen der Vereinten Nationen zur Durchführung des Aktionsprogramms für die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung;

5. *nimmt Kenntnis* von den Bemühungen zur Koordinierung aller mit den Zielen der Zweiten Dekade in Zusammenhang stehenden Programme, die zur Zeit vom System der Vereinten Nationen durchgeführt werden, *würdigt* diese und regt den Koordinator für die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung an, seine Bemühungen fortzusetzen;

6. *nimmt mit* Genugtuung Kenntnis von der Veranstaltung des Seminars über die Auswirkungen von Rassismus und rassischer Diskriminierung auf die sozialen

[12] Resolution 3068 (XXVIII), Anlage.
[13] Resolution 40/64 G, Anlage.
[14] Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, *Records of the General Conference, Eleventh Session, Resolutions*, S. 119.
[15] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.83.XIV.4 mit Korrigendum.
[16] Ebd., Kap. II.
[17] A/44/574.
[18] A/44/57 5 und A/44/595.
[19] Siehe E/1989/48; siehe auch A/44/595, Ziffer 50.
[20] Siehe E/CN.4/1989/22.
[21] Siehe A/44/595, Ziffer 57-62 und A/C.3/44/CRP.1.

und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen autochthonen Völkern und den Staaten und des Seminars über den kulturellen Dialog zwischen den Herkunftsländern und den Aufnahmeländern von Wanderarbeitern und ersucht den Generalsekretär, für die weite Verteilung der Berichte über die Seminare[22] an Regierungen, zuständige Organe der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen, andere zwischenstaatliche Organisationen sowie nichtstaatliche Organisationen zu sorgen;

7. *nimmt zur Kenntnis*, daß die weltweite Zusammenstellung einzelstaatlicher Rechtsvorschriften gegen rassische Diskriminierung vor der Veröffentlichung steht[23], und ersucht den Generalsekretär, sie den Regierungen so bald wie möglich zu übermitteln;

8. *ersucht* den Generalsekretär, seine Untersuchung über die Auswirkungen der rassischen Diskriminierung in den Bereichen Erziehung, Ausbildung und Beschäftigung auf die Kinder von Minderheitengruppen, insbesondere von Wanderarbeitern, fortzusetzen und u.a. konkrete Empfehlungen für die Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Auswirkungen dieser Diskriminierung vorzulegen;

9. *nimmt Kenntnis* von den Berichten des Generalsekretärs betreffend die Studie über die Bedeutung des Vorgehens privater Gruppen zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung[24];

10. *ersucht* den Generalsekretär, so bald wie möglich eine Sammlung von Musterrechtsvorschriften zu erstellen und zu veröffentlichen, an denen sich die Regierungen beim Erlaß weiterer Rechtsvorschriften gegen rassische Diskriminierung orientieren können;

11. *bittet* die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur *erneut*, die Ausarbeitung von Unterrichtsmaterial und Lehrmitteln zur Förderung von Unterrichts-, Ausbildungs- und Bildungsaktivitäten auf dem Gebiet der Menschenrechte und gegen Rassismus und rassische Diskriminierung zu beschleunigen und dabei besonderes Gewicht auf den Grund- und Sekundarschulunterricht zu legen;

12. *begrüßt* den Abschluß und die Vorlage der Studie über die in der ersten Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung und in der ersten Hälfte der Zweiten Dekade erzielten Ergebnisse und aufgetretenen Hindernisse[25] an die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz und ersucht die Menschenrechtskommission, diese Studie der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zu übermitteln;

13. *betont erneut*, wie wichtig die Existenz angemessener Rechtsschutzverfahren für Opfer von Rassismus und rassischer Diskriminierung ist, und ersucht deshalb den Generalsekretär erneut, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der zu diesem Thema abgehaltenen Seminare mit Unterstützung von Sachverständigen auf diesem Gebiet ein Handbuch der Rechtsschutzverfahren auszuarbeiten und fertigzustellen;

14. *ist der Ansicht*, daß zur Verwirklichung der Ziele der Zweiten Dekade alle Teile des Aktionsprogramms für die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung mit der gleichen Aufmerksamkeit behandelt werden sollten;

15. *bittet* den Generalsekretär, die für den Zeitraum 1985-1989 geplanten, noch nicht durchgeführten Aktivitäten sofort durchzuführen und mit der Durchführung der für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 geplanten Aktivitäten zu beginnen;

16. *bekräftigt erneut* die Notwendigkeit der Durchführung des für den Zeitraum 1990-1993 vorgeschlagenen Tätigkeitsplans, der in der Anlage zur Generalversammlungsresolution 42/47 enthalten ist;

17. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Durchführung des Tätigkeitsplans den Maßnahmen zur Bekämpfung der Apartheid auch künftig höchste Priorität einzuräumen;

18. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, gemäß Generalversammlungsresolution 42/47 sicherzustellen, daß in den Entwürfen für den Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 und den Zweijahreszeitraum 1992-1993 genügend zusätzliche Mittel vorgesehen sind, um die Durchführung der Aktivitäten der Zweiten Dekade zu gewährleisten, und ersucht ihn, die Versammlung über die in dieser Hinsicht ergriffenen Maßnahmen zu unterrichten;

19. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Situation der Wanderarbeiter und ihrer Familien auch künftig besondere Aufmerksamkeit zu widmen und in seine Berichte regelmäßig sämtliche Informationen über diese Arbeiter aufzunehmen;

20. *bittet* alle Regierungen, Organe der Vereinten Nationen, die Sonderorganisationen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen sowie interessierte nichtstaatliche Organisationen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat, sich an der Durchführung der Tätigkeitspläne für den Zeitraum 1985-1989 beziehungsweise 1990-1993 voll zu beteiligen, indem sie sich stärker und umfassender dafür einsetzen, die zügige Beseitigung der Apartheid und aller Formen von Rassismus und rassischer Diskriminierung herbeizuführen;

21. *ist der Ansicht*, daß zur Durchführung der genannten Programme freiwillige Beiträge zum Treuhandfonds für das Programm der Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung unerläßlich sind;

22. *stellt erneut mit Bedauern fest*, daß die gegenwärtige Lage des Treuhandfonds nicht ermutigend ist;

23. *appelliert* daher *nachdrücklich* an alle Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen, großzügige Beiträge zum Treuhandfonds zu leisten, soweit sie dazu in der Lage sind, und ersucht zu diesem Zweck den Generalsekretär, zur Förderung von Beitragszahlungen auch künftig entsprechende Kontakte aufzunehmen und Initiativen zu ergreifen;

24. *nimmt Kenntnis* von den Berichten über die Aktivitäten der Zweiten Dekade[18] und ersucht den Wirtschafts- und Sozialrat erneut, der Generalversammlung während der Dekade alljährlich einen Bericht vorzulegen, der u.a. folgendes enthält:

a) eine Aufzählung der bereits laufenden oder geplanten Aktivitäten zur Erreichung der Zielsetzungen der Zweiten Dekade, so auch der Aktivitäten der Regierungen, der Organe der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen und anderer internationaler und regionaler Organisationen sowie nichtstaatlicher Organisationen;

b) eine Bilanz dieser Aktivitäten;

c) seine Vorschläge und Empfehlungen;

---

[22] Siehe E/CN.4/1989/22 und A/44/595, Ziffer 52-62.
[23] Siehe A/44/574, Ziffer 8.
[24] A/41/550, A/43/631 und A/44/575.
[25] Siehe E/CN.4/Sub.2/1989/8 mit Add.1.

25. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

26. *beschließt*, den Punkt "Durchführung des Aktionsprogramms für die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung" während der gesamten Zweiten Dekade auf ihrer Tagesordnung zu belassen und auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung mit höchstem Vorrang zu behandeln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/53 – Die verschiedenen Formen der Bevölkerungspartizipation als wichtige Faktoren der Entwicklung und der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/152 vom 17. Dezember 1979, 37/55 vom 3. Dezember 1982, 38/24 vom 22. November 1983 und 40/99 vom 13. Dezember 1985,

sowie unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1983/31 vom 27. Mai 1983 und den Beschluß 1984/131 vom 24. Mai 1984 und Kenntnis nehmend von der von der Menschenrechtskommission am 2. März 1989 verabschiedeten Resolution 1989/14[26],

erneut erklärend, daß die verschiedenen Formen der Bevölkerungspartizipation alle wichtige Faktoren der sozioökonomischen Entwicklung und der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte und der Würde der menschlichen Person darstellen,

1. *bittet* die Regierungen, die zuständigen Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und die entsprechenden nichtstaatlichen Organisationen, soweit noch nicht geschehen, dem Generalsekretär ihre Stellungnahmen zu der Studie über die verschiedenen Formen der Bevölkerungspartizipation als wichtige Faktoren der Entwicklung und der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte[27] zu übermitteln;

2. *ersucht* die Menschenrechtskommission, auf ihrer sechsundvierzigsten und, sofern sie dies wünscht, auf ihrer siebenundvierzigsten, achtundvierzigsten und neunundvierzigsten Tagung die Behandlung der Frage der verschiedenen Formen der Bevölkerungspartizipation als wichtige Faktoren der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte fortzusetzen und die Generalversammlung auf ihrer achtundvierzigsten Tagung über den Wirtschafts- und Sozialrat über die Ergebnisse dieser Behandlung zu unterrichten;

3. *beschließt*, die Behandlung dieser Frage auf ihrer achtundvierzigsten Tagung im Zusammenhang mit dem die Weltsoziallage betreffenden Punkt unter dem Unterpunkt "Die verschiedenen Formen der Bevölkerungspartizipation als wichtige Faktoren der Entwicklung und der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte" fortzusetzen.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

[26] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1989, Supplement No. 2* (E/1989/20), Kap. II.
[27] E/CN.4/1985/10 mit Add.1 und 2.

44/54 – Soziale Wohlfahrt, Entwicklung und Wissenschaft und Technik

Die Generalversammlung,

feststellend, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt ein wichtiger Faktor der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft ist,

in Bekräftigung der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet, die von der Generalversammlung mit ihrer Resolution 2542 (XXIV) vom 11. Dezember 1969 verkündet worden ist und in der die Staaten aufgefordert wurden, wissenschaftlich-technische Errungenschaften gerecht miteinander zu teilen, die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet zu verstärken und Wissenschaft und Technologie zugunsten der sozialen Entwicklung der Gesellschaft zu nutzen,

sowie in Bekräftigung der Erklärung über die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse des Friedens und zum Wohle der Menschheit, die von der Generalversammlung in ihrer Resolution 3384 (XXX) vom 10. November 1975 verkündet worden ist und in der alle Staaten aufgefordert wurden, durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit sicherzustellen, daß die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Entwicklung im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen im Interesse der Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Freiheit und der Unabhängigkeit sowie für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Völker und die Verwirklichung der Rechte und Freiheiten des Menschen genutzt werden,

die Auffassung vertretend, daß die Verwirklichung dieser Erklärungen zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Völker und zur internationalen Zusammenarbeit im Interesse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sowie zur Festigung des Friedens beitragen wird,

betonend, daß die internationale Zusammenarbeit zwischen den Staaten zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung aller Völker ist,

überzeugt, daß in einer Zeit des raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Ressourcen der Menschheit und die Arbeit der Wissenschaftler einen wichtigen Beitrag zur friedlichen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Nationen und zur Anhebung des Lebensstandards aller Völker leisten,

sich bewußt, daß die technische Zusammenarbeit, einschließlich des möglichen Transfers von Technologie, eines der Mittel zur Herbeiführung eines besseren sozialen Fortschritts in den Entwicklungsländern ist,

1. *fordert* alle Staaten *auf*, die Zusammenarbeit mit dem Ziel zu fördern, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im Interesse des Wohles und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Völker sowie aller Menschen zu gewährleisten, und einen Beitrag zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beseitigung gravierender sozialer Probleme in der Welt zu leisten;

2. *unterstreicht* die Notwendigkeit, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu einem wichtigen Aspekt des Prozesses der vollständigen Verwirklichung der in den Internationalen Menschenrechtspakten[5] niedergelegten grundlegenden bürgerlichen und politi-

schen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte zu machen;

3. *fordert* alle Regierungen *auf*, sich mit allen Kräften zu bemühen, wissenschaftlich-technische Errungenschaften zur Förderung der friedlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu nutzen und zu verhüten, daß sie zum Nachteil der Menschen mißbraucht werden;

4. *bittet* die Kommission für soziale Entwicklung, sich bei ihrer Erörterung der Weltsoziallage verstärkt mit den Auswirkungen von Wissenschaft und Technik auf die im Zusammenhang mit der sozialen Wohlfahrt und Entwicklung ablaufenden Prozesse zu befassen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Ausarbeitung des nächsten Berichts über die Weltsoziallage unter Zugrundelegung der von den Regierungen und von Organisationen des Systems der Vereinten Nationen erhältlichen Informationen die Auswirkungen von Wissenschaft und Technik auf die im Zusammenhang mit der sozialen Wohlfahrt und Entwicklung ablaufenden Prozesse gebührend zu berücksichtigen;

6. *ersucht* den Generalsekretär oder interessierte Regierungen zu erwägen, in naher Zukunft im Rahmen der vorhandenen Mittel ein Sachverständigenseminar für die Auswirkungen von Wissenschaft und Technik auf die soziale Wohlfahrt und die Entwicklung einzuberufen.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/55 – Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/49 vom 30. November 1987 und die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1988/46 vom 27. Mai 1988 sowie Kenntnis nehmend von der Ratsresolution 1989/71 vom 24. Mai 1989,

eingedenk dessen, daß gemäß der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet[28] Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet auf der Achtung der Würde und des Werts der menschlichen Person beruhen und die Förderung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit gewährleisten müssen,

überzeugt, daß eine umfassendere internationale und regionale Zusammenarbeit für die Förderung des sozialen Fortschritts auf nationaler Ebene wichtig ist,

eingedenk der Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft[29],

davon überzeugt, daß es wichtig ist, Maßnahmen zur Gewährleistung einer Koordination innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zu ergreifen, mit dem Ziel, ein umfassendes Konzept für eine entwicklungsorientierte Sozialpolitik auszuarbeiten, einschließlich besser integrierter und sich gegenseitig ergänzender, auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit abstellender Politiken für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung,

1. *ist der Auffassung*, daß es das gemeinsame Ziel der internationalen Gemeinschaft sein muß, ausgehend von unterschiedlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegebenheiten ein globales Umfeld zu schaffen, das eine bestandfähige Entwicklung, die uneingeschränkte Wahrnehmung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie soziale Gerechtigkeit und Frieden sicherstellt;

2. *anerkennt*, daß soziale Gerechtigkeit eines der wichtigsten Ziele des sozialen Fortschritts ist;

3. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, daß die Länder zusammenarbeiten, um zu einem Klima beizutragen, das der Verwirklichung der Ziele der Entwicklung sowie der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Fortschritts durch die einzelnen Länder förderlich ist;

4. *vertritt die Auffassung*, daß diese Zusammenarbeit gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen weiterhin einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der Vereinten Nationen sein sollte;

5. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, bei der Gestaltung ihrer innerstaatlichen Politik auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung zu berücksichtigen, wie wichtig die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit für alle ist;

6. *empfiehlt* dem Generalsekretär, bei der Ausarbeitung von Studien und Berichten über soziale Probleme und insbesondere des Berichts über die Weltsoziallage Fragen im Zusammenhang mit der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und den Möglichkeiten zu ihrer Realisierung zu untersuchen;

7. *ersucht* die Kommission für soziale Entwicklung, die Frage der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit auf ihrer nächsten ordentlichen Tagung weiter zu behandeln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/56 – Die Weltsoziallage

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1392 (XIV) vom 20. November 1959, 2542 (XXIV) vom 11. Dezember 1969, 40/98 und 40/100 vom 13. Dezember 1985, 42/49 vom 30. November 1987 und 43/113 vom 8. Dezember 1988 und auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1987/39, 1987/40, 1987/46 und 1987/52 vom 28. Mai 1987 sowie Kenntnis nehmend von der Ratsresolution 1989/72 vom 24. Mai 1989 und von Ratsbeschluß 1989/113 vom 28. Juli 1989,

im Hinblick auf das Ziel, die Wohlfahrt der Weltbevölkerung auf der Grundlage der vollen Teilhabe aller Mitglieder der Gesellschaft am Entwicklungsprozeß und einer gerechten Verteilung der daraus erwachsenden Vorteile zu steigern, und in der Erwägung, daß das Entwicklungstempo in den Entwicklungsländern wesentlich beschleunigt werden sollte, um es ihnen zu ermöglichen, dieses Ziel zu erreichen und insbesondere die Grundbedürfnisse auf den Gebieten Ernährung, Wohnungswesen, Bildung, Beschäftigung und gesundheitliche Versorgung zu decken,

besorgt über die Zuspitzung der Wirtschaftslage in den Entwicklungsländern, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, die sich u.a. an einer erheblichen Verschlechterung der Lebensbedingungen, am Fortbestehen beziehungsweise an der Zunahme weit verbreiteter Armut in zahlreichen Ländern und an der

[28] Resolution 2542 (XXIV).
[29] E/CONF.80/10, Kap. III.

rückläufigen Entwicklung der wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Indikatoren dieser Länder ablesen läßt,

sich bewußt, daß jedes Land das souveräne Recht hat, frei das wirtschaftliche und soziale System zu wählen, welches es für das am besten geeignete erachtet, und daß es die Hauptaufgabe jeder Regierung ist, für den sozialen Fortschritt und das soziale Wohl ihres Volkes zu sorgen,

überzeugt von der dringenden Notwendigkeit einer Ausmerzung der Politiken und Praktiken, die den sozialen Fortschritt behindern, einschließlich des Rassismus und der rassischen Diskriminierung und insbesondere der Apartheid,

sowie überzeugt von der kritischen Notwendigkeit einer Ausmerzung gefährlicher Tendenzen und Gewohnheiten, die den einzelnen schwächen und die Gesellschaft lähmen, insbesondere des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs,

eingedenk der Bedeutung des *1989 Report on the World Social Situation* (Bericht über die Weltsoziallage für das Jahr 1989)[30] als eines Mittels, deutlicher bewußt zu machen, inwieweit eine Annäherung an die in der Charta der Vereinten Nationen festgesetzten Ziele des sozialen Fortschrittes und besserer Lebensbedingungen stattgefunden hat und welche Hindernisse sich weiteren Fortschritten entgegenstellen,

die Auffassung vertretend, daß das System der Vereinten Nationen sich stärker um die Untersuchung und Verbreitung von Daten über die derzeitige Weltsoziallage, insbesondere in den Entwicklungsländern, bemühen muß,

eingedenk des bedeutenden Beitrags, welchen der *1989 Report on the World Social Situation* zur Ausarbeitung einer internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen leistet,

Kenntnis nehmend von den Beratungen der Kommission für soziale Entwicklung auf ihrer einunddreißigsten Tagung[31] und des Wirtschafts- und Sozialrats auf seiner ersten ordentlichen Tagung des Jahres 1989[32] über die Frage der Weltsoziallage,

nach Behandlung des *1989 Report on the World Social Situation*,

besorgt über gewisse Mängel im *1989 Report on the World Social Situation*,

1. *nimmt Kenntnis* vom *1989 Report on the World Social Situation*, namentlich von den Informationen über die kritische Soziallage in Afrika im Anhang zu dem Bericht;

2. *bittet nachdrücklich* darum, künftige Berichte über die Weltsoziallage so rechtzeitig zu veröffentlichen, daß die Kommission für soziale Entwicklung sie behandeln kann;

3. *nimmt mit tiefer Sorge Kenntnis* von der weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Entwicklungsländern, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern wie auch in den einkommensschwachen Ländern;

4. *nimmt außerdem mit tiefer Sorge zur Kenntnis*, daß die Situation, der die Entwicklungsländer gegenüberstehen, weiter verschlimmert wird durch starke Wechselkursschwankungen, hohe reale Zinssätze, Fluktuationen der Rohstoffpreise, die besorgniserregende Verschlechterung der Austauschrelationen der Entwicklungsländer, verstärkten protektionistischen Druck, den Nettoressourcentransfer aus den Entwicklungsländern, erdrückende Schuldenlasten, den von den Finanz- und Entwicklungsinstitutionen verlangten restriktiven Anpassungsprozeß, den realen Rückgang der öffentlichen Entwicklungshilfe und die ernste Mittelverknappung, welche die multilateralen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen erfahren;

5. *nimmt ferner mit tiefer Sorge Kenntnis* von der kritischen sozialen Lage, die in Afrika aufgrund der strukturellen Ungleichgewichte und der Schwächen der afrikanischen Wirtschaft sowie eines feindseligen internationalen Wirtschaftsumfeldes trotz der Bemühungen der Regierungen der afrikanischen Länder besteht, mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft Maßnahmen zur Stabilisierung und Anpassung ihrer Volkswirtschaften zu ergreifen;

6. *bekräftigt* die Grundsätze und Ziele der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet[28] und fordert ihre effektive Verwirklichung als Mittel zur Schaffung einer gerechteren sozialen Lage in der Welt;

7. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Fortschritt dadurch zu fördern, daß sie ein Bündel von Grundsatzmaßnahmen ausarbeiten und durchführen, um die im Rahmen einzelstaatlicher Pläne und Prioritäten gesetzten Gesamt- und Einzelziele auf den Gebieten Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Ernährung, Wohnungswesen, Verbrechensverhütung, Wohl der Kinder, Chancengleichheit für Behinderte und alte Menschen, volle Teilhabe der Jugend am Entwicklungsprozeß sowie volle Integration und Einbeziehung der Frau in die Entwicklung zu verwirklichen;

8. *fordert* die zuständigen Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *auf*, die notwendigen Ressourcen zu mobilisieren, damit Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Bedingungen in der ganzen Welt ergriffen werden können;

9. *schließt sich* dem Ersuchen des Wirtschafts- und Sozialrats in Ziffer 2 seiner Resolution 1989/72 *an*, der Generalsekretär möge dem Rat auf seiner ersten ordentlichen Tagung 1990 eine erweiterte Fassung des *1989 Report on the World Social Situation* vorlegen, und schließt sich auch den anderen an den Generalsekretär gerichteten Ersuchen in Ziffer 3 und 4 derselben Resolution an;

10. *ersucht* den Generalsekretär, die Weltlage auf sozialem Gebiet weiterhin eingehend und fortlaufend zu verfolgen und der Generalversammlung 1993 zur Behandlung auf ihrer achtundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat den nächsten umfassenden Bericht über die Weltsoziallage vorzulegen, und ersucht den Generalsekretär außerdem, der Versammlung 1991 auf dem Wege über die Kommission für soziale Entwicklung und den Wirtschafts- und Sozialrat einen Zwischenbericht vorzulegen;

11. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die notwendigen Vorkehrungen für eine weitere Verbreitung der Berichte über die Weltsoziallage zu treffen;

---

[30] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.89.IV.1.

[31] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, Supplement No. 7* (E/1989/25), Kap. II.

[32] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 3* (A/44/3/Rev.1), Kap. V, Abschnitt C.

12. *bittet* die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, den Generalsekretär bei der Erstellung zukünftiger Berichte voll zu unterstützen, indem sie alle einschlägigen Informationen aus ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zur Verfügung stellen;

13. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Weltsoziallage" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung zum Zweck der Behandlung der erweiterten Fassung des *1989 Report on the World Social Situation*, in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung zum Zweck der Behandlung des Zwischenberichts und in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtundvierzigsten Tagung zum Zweck der Behandlung des nächsten vollständigen Berichts im Jahr 1993.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/57 – Zwanzigster Jahrestag der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2542 (XXIV) vom 11. Dezember 1969, mit der sie die Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet feierlich verkündete, sowie auf die Resolutionen 2543 (XXIV) vom 11. Dezember 1969, 32/117 vom 16. Dezember 1977, 34/59 vom 29. November 1979 und 41/142 vom 4. Dezember 1986 über die Verwirklichung der Erklärung,

anläßlich des zwanzigsten Jahrestags ihrer Verkündung *erneut erklärend*, welche Bedeutung der Erklärung als Quelle der Inspiration für nationale und internationale Bemühungen um die Förderung von Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet zukommt,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 40/98 vom 13. Dezember 1985 über die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen im Bereich der sozialen Entwicklung, 42/49 vom 30. November 1987 über die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und 43/113 vom 8. Dezember 1988 über die Unteilbarkeit und Interdependenz der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte,

sowie unter Hinweis darauf, daß sie in ihrer Resolution 42/48 vom 30. November 1987 beschlossen hat, 1989 den zwanzigsten Jahrestag der Erklärung zu begehen,

in dem Wunsche zu erreichen, daß die Erklärung wirksam in die Tat umgesetzt wird,

im Hinblick darauf, daß die in der Erklärung verkündeten Grundsätze und Ziele unveränderte Gültigkeit und Bedeutung besitzen,

1. *bittet* alle Regierungen, die Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet in ihrer Entwicklungspolitik, ihren Entwicklungsplänen und -programmen wie auch bei ihrer bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit zu berücksichtigen;

2. *empfiehlt*, die Erklärung bei der Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen und bei der Durchführung internationaler Aktionsprogramme während der Dekade zu berücksichtigen;

3. *empfiehlt außerdem* den internationalen Entwicklungsorganisationen, bei der Ausarbeitung von Strategien, Programmen und internationalen Übereinkünften, die auf sozialen Fortschritt und soziale Entwicklung gerichtet sind, auch künftig die Erklärung heranzuziehen, die ein wichtiges Dokument der Vereinten Nationen darstellt;

4. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, die in der Anlage zu ihrer Resolution 42/48 genannten Aktivitäten durchzuführen, um die erfolgreiche Begehung des zwanzigsten Jahrestags der Erklärung sicherzustellen;

5. *bittet erneut* alle Staaten, soweit noch nicht geschehen dem Generalsekretär gemäß Ziffer 4 und 5 ihrer Resolution 42/48 ihre Auffassungen und Stellungnahmen zu übermitteln;

6. *ersucht* den Generalsekretär, in den nächsten Bericht über die Weltsoziallage einen besonderen Abschnitt über die gemäß dieser Resolution durchgeführten Aktivitäten aufzunehmen;

7. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Fünfundzwanzigster Jahrestag der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet" in die vorläufige Tagesordnung ihrer neunundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/58 – Erfahrungen der Staaten bei der Förderung der Genossenschaftsbewegung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2459 (XXIII) vom 20. Dezember 1968, 3273 (XXIX) vom 10. Dezember 1974, 31/37 vom 30. November 1976, 33/47 vom 14. Dezember 1978 und 36/18 vom 9. November 1981 sowie auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1983/15 vom 26. Mai 1983, 1985/22 vom 29. Mai 1985 und 1987/47 vom 28. Mai 1987,

sich der laufenden Arbeiten an der Erstellung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen *bewußt*,

eingedenk dessen, daß Genossenschaften in ihren verschiedenen Formen zu einem wesentlichen Faktor der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in allen Ländern, insbesondere in den Entwicklungsländern, werden,

feststellend, daß Genossenschaften dazu aufgerufen sind, die möglichst weitreichende Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen, einschließlich der Frauen, Jugendlichen, Behinderten und älteren Menschen, am Entwicklungsprozeß unterstützend mit sicherzustellen und zur Anwendung der Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft[29] beizutragen,

in Anbetracht dessen, daß Regierungen vor kurzem auf breiter Front eine Neubewertung der Stellung von Genossenschaften und ihrer Rolle bei der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vorgenommen haben,

davon überzeugt, daß der gegenseitige Austausch der von den Staaten gewonnenen Erfahrungen im Zusammenhang mit der aktiven Mitwirkung von Genossenschaften am Entwicklungsprozeß in Anbetracht neuer

Tendenzen beim Herangehen an Genossenschaften immer größere Wichtigkeit annimmt,

1. *spricht* dem Generalsekretär *ihre Anerkennung aus* für seinen Bericht über Erfahrungen der Staaten bei der Förderung der Genossenschaftsbewegung[33];

2. *bittet* alle Staaten, die Regionalkommissionen und die betreffenden Sonderorganisationen, weitere Anstrengungen zu unternehmen, um die Genossenschaftsbewegung als wichtiges Instrument der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu fördern, und so dazu beizutragen, daß die Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft verwirklicht werden;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die Erfahrungen der Staaten bei der Förderung von Genossenschaften genau zu verfolgen und gemeinsam mit interessierten Regierungen sowie staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen alle Formen der internationalen Zusammenarbeit als wichtiger Bestandteil der sozialen Entwicklungsstrategie zu fördern;

4. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, im Benehmen mit den Mitgliedstaaten und den zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, einen Bericht über die Stellung und Rolle der Genossenschaften im Lichte neuer wirtschaftlicher und sozialer Tendenzen zu erstellen und der Generalversammlung auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen;

5. *beschließt*, eine Frage mit dem Titel "Genossenschaften und neue Tendenzen in der sozioökonomischen Entwicklung" auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung als Unterpunkt des Gegenstandes "Erfahrungen der Staaten bei der Herbeiführung tiefgreifender Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel des sozialen Fortschritts" zu behandeln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/59 — Jugendpolitiken und Jugendprogramme

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/94 vom 8. Dezember 1988,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 40/14 mit dem Titel "Internationales Jahr der Jugend: Partizipation, Entwicklung und Frieden", die sie am 18. November 1985 in ihrer Eigenschaft als Weltkonferenz der Vereinten Nationen für das Internationale Jahr der Jugend verabschiedet und mit der sie die Richtlinien für die weitere Planung und geeignete Anschlußmaßnahmen auf dem Gebiet Jugendfragen[34] gebilligt hat, sowie unter Hinweis auf ihre sonstigen diesbezüglichen Resolutionen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/135 vom 16. Dezember 1977 und 36/17 vom 9. November 1981, mit denen sie Richtlinien für die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen verabschiedet hat, sowie auf ihre sonstigen diesbezüglichen Resolutionen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 40/16 vom 18. November 1985 mit dem Titel "Chancen und Möglichkeiten für die Jugend" und ihre sonstigen diesbezüglichen Resolutionen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 36/29 vom 13. November 1981 und ihre späteren Resolutionen, in denen sie u.a. anerkannt hat, daß geeignete Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Bildung und Arbeit, und ihre Ausübung durch Jugendliche zu gewährleisten,

nach Behandlung des gemäß Resolution 43/94 vorgelegten Berichts des Generalsekretärs[35],

im Hinblick darauf, daß die Richtlinien für die weitere Planung und geeignete Anschlußmaßnahmen im Bereich Jugendfragen einen konstruktiven Rahmen für eine langfristige Strategie im Bereich Jugendfragen bieten,

mit dem Ausdruck ihres lebhaften Interesses daran, die Ergebnisse des Internationalen Jahres der Jugend systematisch zusammenzufassen und weiter darauf aufzubauen und so dazu beizutragen, daß sich Jugendliche immer aktiver im politischen und sozioökonomischen Leben ihres Landes engagieren,

überzeugt davon, daß es wichtig ist, besser und effizienter funktionierende Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen zu schaffen, damit angemessene Informationen über Jugendliche zur Verfügung stehen und das aktive Engagement der Jugendlichen in der Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene gefördert werden kann,

im Hinblick darauf, daß sich die Mehrheit der Jugendlichen in zahlreichen Ländern unter den herrschenden kritischen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen bei der Ausübung ihres Rechts auf Bildung und Arbeit schwerwiegenden Problemen gegenübersieht und daß unzulängliche Bildung und Jugendarbeitslosigkeit das effektive Teilnahmevermögen junger Menschen am Entwicklungsprozeß einschränken und ihre volle Integration in die Gesellschaft behindern,

unterstreichend, daß eine angemessene Erziehung, die den jungen Menschen die richtigen und den Anforderungen unserer Zeit entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, sie darauf vorbereitet, sich einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Platz auf dem Arbeitsmarkt zu sichern,

feststellend, daß sich im Jahre 1990 die Verkündung der Erklärung über die Förderung der Ideale des Friedens, der gegenseitigen Achtung und der Völkerverständigung bei der Jugend durch die Generalversammlung in ihrer Resolution 2037 (XX) vom 7. Dezember 1965 zum fünfundzwanzigsten Male jährt,

1. *fordert* alle Staaten, alle Organe der Vereinten Nationen, insbesondere den Wirtschafts- und Sozialrat im Rahmen der Kommission für soziale Entwicklung, die Sonderorganisationen und die betreffenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere die Jugendorganisationen, *auf*, auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Richtlinien für die weitere Planung und geeignete An-

[33] A/44/79-E/1989/8.
[34] Siehe A/40/256, Anhang.
[35] A/44/387.

schlußmaßnahmen im Bereich Jugendfragen anzuwenden;

2. *appelliert* an alle Staaten, im Einklang mit ihren Rechtsvorschriften insbesondere auf dem Gebiet des Unterrichts und der Bildung, der Kultur und Information wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um unter den Nationen und in erster Linie unter den Jugendlichen Verständnis, gegenseitige Achtung und Freundschaft zu fördern und auf diese Weise zu weiteren Fortschritten auf dem Wege zu einem von Mißtrauen und Zwietracht freien internationalen Klima beizutragen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, über das Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten als Leitstelle die Aufnahme von jugendbezogenen Projekten und Aktivitäten in die Programme der Organe der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen nachdrücklich zu fördern und zu überwachen, insbesondere soweit es dabei um Themen wie Kommunikation, Gesundheitswesen, Wohnungswesen, Kultur, Jugendbeschäftigung und Bildung, Suchtstoffmißbrauch und die Umwelt geht;

4. *fordert* die Mitgliedstaaten, die Organe der Vereinten Nationen, die Sonderorganisationen und andere staatliche und zwischenstaatliche Organisationen *auf*, die von der Generalversammlung in ihren Resolutionen 32/135 und 36/17 verabschiedeten Richtlinien in bezug auf Kommunikationsmöglichkeiten in vollem Umfang anzuwenden;

5. *ersucht* den Generalsekretär, wenn nötig mit Sondermitteln eine Tagung zwischen Organen der Vereinten Nationen und den betreffenden Sonderorganisationen und nichtstaatlichen Jugendorganisationen zu organisieren, um die mit den derzeitigen Kommunikationsmöglichkeiten zwischen dem System der Vereinten Nationen und den Jugendorganisationen verbundenen Probleme zu erörtern, mit dem Ziel, diese zu verbessern und wirksame Kommunikations- und Kooperationsstrukturen zwischen den Jugendlichen und den Vereinten Nationen zu schaffen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, Methoden auszuarbeiten, die konkret zeigen, wie die Kommunikationsmöglichkeiten wirksam auf jugendbezogene Projekte und Aktivitäten der Organe der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen abgestimmt werden könnten, und in einen der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorzulegenden Bericht über die Durchführung dieser Resolution konkrete Vorschläge für die Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen und den nichtstaatlichen Jugendorganisationen aufzunehmen;

7. *fordert* die von der Jugend und den Jugendorganisationen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene geschaffenen Jugendeinrichtungen *auf*, auch weiterhin als Kommunikationskanäle zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen zu dienen, indem sie Vorschläge für die Zusammenarbeit mit dem System der Vereinten Nationen vorlegen, und empfiehlt, soweit es keine derartigen Einrichtungen gibt, daß die nationalen Koordinierungskomitees des Internationalen Jahres der Jugend auch weiterhin als Kommunikationskanäle dienen sollen;

8. *fordert* alle Staaten, alle staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, interessierten Organe der Vereinten Nationen, insbesondere den Wirtschafts- und Sozialrat im Rahmen der Kommission für soziale Entwicklung sowie die Sonderorganisationen *auf*, sich auch weiterhin vorrangig mit der Ausarbeitung und Anwendung wirksamer Maßnahmen zu beschäftigen, die darauf gerichtet sind, der Jugend die Ausübung ihres Rechts auf Bildung und Arbeit zu sichern, mit dem Ziel, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen;

9. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, jungen Menschen eine angemessene und den Anforderungen unserer Zeit entsprechende Erziehung zu ermöglichen und der Förderung der Jugenderwerbstätigkeit in allen Sektoren der Volkswirtschaft verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen, um somit die Integration der Jugendlichen in das Leben der Gesellschaft und das Berufsleben zu erleichtern;

10. *unterstreicht*, wie wichtig die Vereinigungsfreiheit gemäß den einschlägigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[5] und anderen einschlägigen internationalen Menschenrechtsinstrumenten für die Jugend und die Jugendorganisationen ist, die es diesen gestattet, sich aktiv und unmittelbar an allen Durchführungsstadien der Jugendpolitiken, -projekte und -aktivitäten auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu beteiligen;

11. *betont*, daß die Bereitstellung einer Ausbildung und eines Arbeitsplatzes für jeden jungen Menschen ein für alle Staaten lohnendes und zur vollen Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit beitragendes Ziel ist, das am besten von Ländern gewährleistet werden kann, die die Grundrechte und Grundfreiheiten jedes einzelnen achten;

12. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die in seinem Bericht erwähnte Möglichkeit einer Verbindung zwischen dem Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten und dem Institut HOPE '87[36] zu prüfen und dabei die Bedeutung des Instituts bei der technischen und finanziellen Förderung von Vorhaben zu berücksichtigen, bei denen es um einkommenschaffende Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche geht;

13. *bittet* die Regierungen *erneut*, in die von ihnen entsandten Delegationen zur Generalversammlung und zu anderen in Betracht kommenden Zusammenkünften der Vereinten Nationen und zu internationalen Konferenzen, die sich mit Jugendfragen befassen, auch Jugendvertreter aufzunehmen, um durch die Erörterung dieser Fragen die Kommunikationsmöglichkeiten zu verbessern und zu verstärken, mit dem Ziel, Lösungen für die Probleme zu finden, denen sich die Jugend in der Welt von heute gegenübersieht;

14. *bittet* die Regierungen sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, großzügige Beiträge zum Jugendfonds der Vereinten Nationen zu leisten, damit dieser die ihm im Rahmen seines Mandats zugewiesene Rolle weiterhin ausüben und wirksam dazu beitragen kann, daß dem Bedarf der Entwicklungsländer im Bereich Jugendfragen Rechnung getragen wird;

15. *ersucht* den Generalsekretär, den Jugendfonds der Vereinten Nationen auch weiterhin mit unter die Programme aufzunehmen, für die auf der Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten Mittel gezeichnet werden;

[36] Ebd., Abschnitt X.

16. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, einen Bericht über die Anwendung der Richtlinien für die weitere Planung und geeignete Anschlußmaßnahmen im Bereich Jugendfragen zu erstellen, in diesen Bericht den Entwurf eines Aktionsprogramms zur Begehung des zehnten Jahrestags des Internationalen Jugendjahres aufzunehmen und diesen Bericht der Generalversammlung auf ihrer achtundvierzigsten Tagung auf dem Weg über die Kommission für soziale Entwicklung und den Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen;

17. *beschließt*, den Punkt "Jugendpolitiken und Jugendprogramme" auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter Zugrundelegung des Berichts des Generalsekretärs über die Durchführung dieser Resolution zu behandeln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/60 – Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/65 vom 30. November 1987 und Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/43 vom 24. Mai 1989,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend vom Tätigkeitsbericht des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau[37],

im Hinblick darauf, daß die drei wichtigsten Bestandteile des Arbeitsprogramms des Instituts, nämlich die Forschung, Ausbildung und Information betreffend die Frau und die Entwicklung weiter ausgebaut worden sind, so daß sie jetzt aktuelle Tendenzen bei allgemeinen entwicklungspolitischen Veränderungen widerspiegeln, die den Frauen und der Gesellschaft zugute kommen,

überzeugt, daß die Arbeitsweise des Instituts, nämlich die Herstellung von Kooperationsnetzen durch Kooperationsvereinbarungen mit Organisationen innerhalb und außerhalb des Systems der Vereinten Nationen, gefestigt worden ist und daß dies die Interaktion zwischen Regionen und Ländern verstärken könnte, mit dem Ziel, die Mitwirkung und die Bedürfnisse von Frauen in den allgemeinen Entwicklungsprozeß zu integrieren,

1. *gibt ihrer Genugtuung Ausdruck* über die Bedeutung und den Umfang der Tätigkeit des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau sowie über die besondere Bedeutung, die der Forschung, der Ausbildung, der Information, der Dokumentation und der Kommunikation betreffend die Frau und die Entwicklung mit dem Ziel beigemessen wird, einen Beitrag zur Gestaltung der allgemeinen Entwicklungspolitiken zu leisten;

2. *stellt mit Genugtuung fest*, daß das Institut entsprechend dem in Resolution 42/65 enthaltenen Ersuchen im Benehmen mit Organen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen ein neues Forschungsprogramm zur Ausarbeitung eigener Kontroll- und Evaluierungsmethoden für frauenspezifische Programme und Projekte in die Wege geleitet hat;

3. *ersucht* das Institut, seine Forschungsarbeiten über den Beitrag der Frau zur Entwicklung, so auch über die Tätigkeit von Frauen im informellen Sektor der Wirtschaft, sowie die Ausarbeitung von eigenen Kontroll- und Evaluierungsmethoden für frauenspezifische Programme und Projekte fortzusetzen und sich stärker zu bemühen, die einzelstaatliche Ausbildungskapazität, insbesondere in den Entwicklungsländern, durch innovative Ausbildungsstrategien zu vergrößern;

4. *spricht* dem Institut *ihre Anerkennung* für den Vorrang *aus*, den es der Zusammenarbeit mit den Organen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen eingeräumt hat, und begrüßt die Konsultationen, die derzeit mit dem Ziel zwischen den Regionalkommissionen und dem Institut stattfinden, gleichlaufende Aktivitäten betreffend die Frau und die Entwicklung in die Wege zu leiten;

5. *stellt fest*, daß das Institut 1990 sein zehnjähriges Gründungsjubiläum begehen wird;

6. *dankt* den Regierungen und Organisationen, die zur Tätigkeit des Instituts beigetragen oder diese unterstützt haben und so den Umfang seiner Forschungs-, Ausbildungs- und Informationsprogramme betreffend die Frau und die Entwicklung erweitert haben;

7. *bittet* die Staaten sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *erneut*, Beiträge zum Treuhandfonds der Vereinten Nationen für das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau zu leisten, um sicherzustellen, daß das Institut mit den erforderlichen Mitteln zur weiteren Durchführung seiner Forschungs-, Ausbildungs- und Informationsprogramme ausgestattet ist, die für die Ausarbeitung besserer methodischer Maßstäbe betreffend die Frau und die Entwicklung noch immer entscheidend wichtig sind;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Tätigkeit des Instituts vorzulegen;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/61 – Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Menschenrechte

Die Generalversammlung,

erneut erklärend, daß Aktivitäten zur Aufklärung der Öffentlichkeit im Bereich der Menschenrechte von wesentlicher Bedeutung für die Verwirklichung der in Artikel 1 Absatz 3 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele der Vereinten Nationen sind und daß mit Sorgfalt konzipierte Unterrichts-, Bildungs- und Informationsprogramme für die Herbeiführung einer dauerhaften Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten unerläßlich sind,

unter Hinweis auf die zu diesem Thema verabschiedeten Resolutionen, insbesondere ihre Resolution 43/128 vom 8. Dezember 1988, und Kenntnis nehmend von Resolution 1989/53 der Menschenrechtskommission vom 7. März 1989[2],

in Anerkennung der Katalysatorwirkung, die Initiativen der Vereinten Nationen auf die nationale und regionale Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Menschenrechte ausüben können,

[37] A/44/416, Anhang.

sowie in Anerkennung der wertvollen Rolle, die nichtstaatliche Organisationen bei diesen Bemühungen spielen können,

die Auffassung vertretend, daß die Weltinformationskampagne über die Menschenrechte eine wertvolle Ergänzung der Tätigkeit der Vereinten Nationen zur weiteren Förderung und zum weiteren Schutz der Menschenrechte in der ganzen Welt darstellt,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über den Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Menschenrechte[38];

2. *erklärt erneut*, daß es notwendig ist, Informationsmaterial über die Menschenrechte mit Sorgfalt zu konzipieren und in eine klare und leicht zugängliche Form zu fassen, auf regionale und nationale Bedürfnisse und Gegebenheiten zuzuschneiden und auf spezifische Zielgruppen abzustellen und es in den Landessprachen und lokalen Sprachen in Auflagen wirksam zu verbreiten, die genügend groß sind, um die gewünschte Wirkung zu erzielen, sowie wirksamen Gebrauch von den Massenmedien zu machen, insbesondere von Rundfunk und Fernsehen sowie von audiovisuellen Technologien, um einen größeren Personenkreis zu erreichen, wobei Kindern, Jugendlichen und benachteiligten Gruppen, insbesondere in abgelegenen Gebieten, Vorrang zu geben ist;

3. *gibt ihrer Anerkennung* für die Maßnahmen *Ausdruck*, die das Sekretariat ergriffen hat, um Informationsmaterial über die Menschenrechte, insbesondere über die grundlegenden Menschenrechtsinstrumente und -institutionen der Vereinten Nationen, auf den neuesten Stand zu bringen, die vorhandenen Bestände zu erhöhen und Übersetzungen in weitere Sprachen anfertigen zu lassen, und bittet das Sekretariat nachdrücklich, in Zusammenarbeit mit regionalen, nationalen und lokalen Organisationen wie auch mit den Regierungen sowie unter voller und wirksamer Heranziehung der Informationszentren der Vereinten Nationen durch entsprechende Maßnahmen sicherzustellen, daß derartige Dokumente in den Landessprachen und lokalen Sprachen weiter hergestellt und wirksam verbreitet werden;

4. *legt* allen Mitgliedstaaten *nahe*, besondere Anstrengungen zu unternehmen, um die Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte aufzuklären, die entsprechende Informationstätigkeit zu erleichtern und sie zu unterstützen sowie die Verbreitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], der Internationalen Menschenrechtspakte[5] und anderer internationaler Übereinkünfte in ihren Landessprachen und lokalen Sprachen wie auch die Aufklärungs- und Informationsarbeit über praktische Wege, wie die in diesen Dokumenten niedergelegten Rechte und Freiheiten ausgeübt werden können, mit Vorrang zu betreiben;

5. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten, in ihre Bildungspläne das für ein umfassendes Verständnis von Menschenrechtsproblemen relevante Material aufzunehmen, und legt allen für die Ausbildung Verantwortlichen — im Bereich des Rechts und der Durchsetzung von Rechtsvorschriften, der Streitkräfte, der Medizin, der Diplomatie und anderer in Frage kommender Gebiete — nahe, Teile ihrer Programme in geeigneter Weise dem Thema Menschenrechte zu widmen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten auf die Unterrichtsbroschüre über Menschenrechte aufmerksam zu machen, die einen breiten und flexiblen Rahmen abgeben könnte, innerhalb dessen der Unterricht über Menschenrechte entsprechend den Gegebenheiten des jeweiligen Landes strukturiert und entwickelt werden kann;

7. *stellt fest*, wie besonders wertvoll für die Förderung einer praktischen Erziehung und Bewußtseinsbildung auf dem Gebiet der Menschenrechte regionale und nationale Ausbildungskurse und -seminare im Rahmen des Programms für Beratungsdienste und technische Hilfe sind, die gemeinsam mit Regierungen, regionalen und nationalen Organisationen sowie nichtstaatlichen Organisationen durchgeführt werden, und nimmt erfreut zur Kenntnis, daß das Sekretariats-Zentrum für Menschenrechte derartigen Veranstaltungen Vorrang einräumt;

8. *ersucht* den Generalsekretär, für einen möglichst wirksamen Einsatz der Fähigkeiten und Ressourcen aller in Betracht kommenden Dienststellen des Sekretariats Sorge zu tragen und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen, insbesondere aus dem Haushalt der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information, ausreichende Mittel für die Konzeption praktischer und wirksamer Informationsaktivitäten zu Menschenrechtsfragen zur Verfügung zu stellen, insbesondere auch für die Aktivitäten im Rahmen des Programms der Weltinformationskampagne über die Menschenrechte;

9. *fordert* das Zentrum für Menschenrechte, das im System der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für Menschenrechtsfragen trägt, *auf*, die Sacharbeit der Weltkampagne gemäß den Anweisungen der Generalversammlung und der Menschenrechtskommission zu koordinieren und bei der Konzeption und Durchführung der Aktivitäten im Rahmen der Weltkampagne als Verbindungsstelle zu den Regierungen, regionalen und nationalen Institutionen, nichtstaatlichen Organisationen und entsprechenden Einzelpersonen zu fungieren;

10. *fordert* die Hauptabteilung Presse und Information, die die Hauptverantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit trägt, *auf*, die seitens der Weltkampagne durchgeführte Öffentlichkeitsarbeit zu koordinieren und in ihrer Eigenschaft als Sekretariat des Gemeinsamen Informationsausschusses der Vereinten Nationen koordinierte, systemübergreifende Informationsaktivitäten auf dem Gebiet der Menschenrechte zu fördern;

11. *unterstreicht* die Notwendigkeit, daß das Zentrum für Menschenrechte und die Hauptabteilung Presse und Information u.a. bei der Verwirklichung der für die Weltkampagne gesetzten Ziele eng zusammenarbeiten und daß die Vereinten Nationen ihre Aktivitäten auf dem Gebiet der Menschenrechte mit denen anderer Organisationen abstimmen, und zwar auch mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, was die Verbreitung von Informationen über das humanitäre Völkerrecht betrifft, und, was die Menschenrechtserziehung betrifft, mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur;

12. *ersucht* das Sekretariat, bei der Durchführung der Weltkampagne die Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen soweit wie möglich zu nutzen, so u.a. auch zur Verbreitung von Informationsmaterial über die Menschenrechte, mit dem Ziel, das Be-

[38] A/44/660 mit Add. 1.

wußtsein der Weltöffentlichkeit für die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schärfen;

13. *ersucht* die Menschenrechtskommission, diese Frage auf der Grundlage des Berichts des Generalsekretärs auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung mit Vorrang zu behandeln, damit sie hinsichtlich der Ziele und Aktivitäten der Weltkampagne entsprechende Leitsätze aufstellen kann;

14. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung zur Behandlung unter dem Punkt "Andere Wege und Mittel innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zur besseren Gewährleistung einer effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten" einen umfassenden Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/62 – Recht auf Entwicklung

Die Generalversammlung,

daran erinnernd, daß sie auf ihrer einundvierzigsten Tagung die Erklärung über das Recht auf Entwicklung[39] verkündet hat,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen und die der Menschenrechtskommission betreffend das Recht auf Entwicklung und Kenntnis nehmend von der Resolution 1989/45 der Kommission vom 6. März 1989[2], der sich der Wirtschafts- und Sozialrat mit Beschluß 1989/141 angeschlossen hat,

in Bekräftigung der Wichtigkeit des Rechts auf Entwicklung für alle Länder, insbesondere die Entwicklungsländer,

nach Behandlung des Berichts der Arbeitsgruppe von Regierungssachverständigen zur Frage des Rechts auf Entwicklung[40] und aller übrigen einschlägigen Dokumente, die der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung vorgelegt wurden,

im Bewußtsein des Interesses, das mehrere Mitgliedstaaten, Sonderorganisationen und nichtstaatliche Organisationen an der Tätigkeit der Arbeitsgruppe bekundet haben,

1. *gibt ihrer Hoffnung Ausdruck*, daß die Antworten der Regierungen, der Organe der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen sowie der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, einschließlich der im Entwicklungs- und Menschenrechtsbereich tätigen Organisationen, auf das Ersuchen des Generalsekretärs aufgrund von Resolution 1989/45 der Menschenrechtskommission zusätzliche, aktualisierte und spezifischere Meinungsäußerungen und Vorschläge zum Thema der Verwirklichung und weiteren Stärkung der Erklärung über das Recht auf Entwicklung enthalten werden;

2. *nimmt Kenntnis* von der Bitte der Kommission an den Generalsekretär, im Rahmen der vorhandenen Ressourcen eine weltweite Konsultation über die Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung zu veranstalten, an der Sachverständige mit auf nationaler Ebene gewonnenen diesbezüglichen Erfahrungen und Vertreter des Systems der Vereinten Nationen, einschließlich der Sonderorganisationen, sowie Vertreter regionaler zwischenstaatlicher Organisationen und interessierter nichtstaatlicher Organisationen, so auch der im Entwicklungs- und Menschenrechtsbereich tätigen Organisationen, teilnehmen würden und die sich konzentriert mit den grundlegenden Problemen einer Verwirklichung der Erklärung über das Recht auf Entwicklung, den Kriterien für eine Messung von Fortschritten und den Mechanismen zur Evaluierung und Förderung derartiger Fortschritte befassen würde;

3. *gibt der Hoffnung Ausdruck*, daß die Ergebnisse dieser weltweiten Konsultation, über die der Kommission auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung ein Bericht vorzulegen ist, wesentlich zur künftigen Tätigkeit der Kommission im Zusammenhang mit der Verwirklichung und weiteren Stärkung der Erklärung beitragen werden;

4. *schließt sich* der Auffassung der Kommission *an*, daß es eines ständigen Evaluierungsmechanismus bedarf, um die Förderung, Weiterentwicklung und Stärkung der in der Erklärung niedergelegten Grundsätze sicherzustellen;

5. *bittet nachdrücklich* alle entsprechenden Organe des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere die Sonderorganisationen, bei der Planung ihrer Tätigkeitsprogramme der Erklärung gebührend Rechnung zu tragen und sich zu bemühen, zu ihrer Anwendung beizutragen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Kommission auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Aktivitäten der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zur Verwirklichung der Erklärung Bericht zu erstatten;

7. *fordert* die Kommission *auf*, auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen Beschluß über das künftige Vorgehen in dieser Frage zu fassen, insbesondere hinsichtlich praktischer Maßnahmen zur Verwirklichung und Stärkung der Erklärung;

8. *bittet* die Kommission, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat in dieser Frage Bericht zu erstatten;

9. *beschließt*, diese Frage auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter dem Punkt "Andere Wege und Mittel innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zur besseren Gewährleistung einer effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten" zu behandeln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/63 – Andere Wege und Mittel innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zur besseren Gewährleistung einer effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß die Völker der Vereinten Nationen in der Charta der Vereinten Nationen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht haben, den Glauben an grundlegende Menschenrechte, an Würde und Wert der menschlichen Person, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von großen und kleinen Nationen erneut zu bekräftigen und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den

[39] Resolution 41/128, Anlage.
[40] E/CN.4/1989/10.

wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern,

sowie unter Hinweis auf die Ziele und Grundsätze der Charta, die darauf gerichtet sind, internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller oder humanitärer Art zu lösen und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied nach Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion, zu fördern und zu festigen,

unter Hervorhebung der Bedeutung und Gültigkeit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4] und der Internationalen Menschenrechtspakte[5] für die Förderung der Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten,

unter Hinweis auf ihre Resolution 32/130 vom 16. Dezember 1977, in der sie beschlossen hat, daß die in der genannten Resolution enthaltenen Gedanken bei der Ausrichtung der weiteren Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte berücksichtigt werden sollten,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/46 vom 23. November 1979, 35/174 vom 15. Dezember 1980, 36/133 vom 14. Dezember 1981, 38/124 vom 16. Dezember 1983, 39/145 vom 14. Dezember 1984, 40/124 vom 13. Dezember 1985 sowie 41/131 und 41/133 vom 4. Dezember 1986, 42/119 vom 7. Dezember 1987 und 43/125 vom 8. Dezember 1988,

unter Berücksichtigung der Resolution 1985/43 der Menschenrechtskommission vom 14. März 1985[41],

erneut erklärend, daß das Recht auf Entwicklung ein unveräußerliches Menschenrecht ist und daß Gleichheit der Entwicklungschancen ein Vorrecht sowohl der Nationen als auch des einzelnen innerhalb der Nation ist,

in der Erkenntnis, daß die Entwicklung zuallererst dem Menschen zugute kommen soll und daß jeder das Recht hat, am Entwicklungsprozeß teilzunehmen und in den Genuß der daraus erwachsenden Vorteile zu kommen,

eingedenk dessen, daß die gravierende Wirtschaftslage, in der sich die Entwicklungsländer befinden, die wirksame Förderung und den uneingeschränkten Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten wesentlich beeinflußt,

erneut wiederholend, daß die Schaffung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung ein wesentlicher Faktor für die wirksame Förderung und den uneingeschränkten Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ist,

sowie von neuem ihrer tiefen Überzeugung *Ausdruck verleihend*, daß alle Menschenrechte und Grundfreiheiten unteilbar und interdependent sind und daß der Verwirklichung, der Förderung und dem Schutz der bürgerlichen und politischen wie auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gleiche Aufmerksamkeit und dringliche Beachtung geschenkt werden sollte,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit, auf nationaler und internationaler Ebene die notwendigen Voraussetzungen für die Förderung und den vollen Schutz der Menschenrechte des einzelnen wie auch der Völker zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß der Weltfrieden und die internationale Sicherheit entscheidende Voraussetzungen für die volle Verwirklichung der Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Entwicklung, sind,

in der Überzeugung, daß die Ressourcen, die durch Abrüstung freigesetzt würden, wesentlich zur Entwicklung aller Staaten, insbesondere der Entwicklungsländer, beitragen könnten,

erneut erklärend, daß die Zusammenarbeit zwischen allen Nationen auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität eines jeden Staates, einschließlich des Rechts eines jeden Volkes auf freie Wahl seines sozioökonomischen und politischen Systems, von wesentlicher Bedeutung für die Förderung des Friedens und der Entwicklung ist,

in der Überzeugung, daß es oberstes Ziel einer derartigen internationalen Zusammenarbeit sein muß, allen Menschen ein Leben in Freiheit und Würde und frei von Not zu ermöglichen,

jedoch *bekümmert* über die in der Welt vorkommenden Menschenrechtsverletzungen,

erneut erklärend, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und die Internationalen Menschenrechtspakte nicht dahin ausgelegt werden dürfen, daß sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person das Recht begründen, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung vorzunehmen, welche die Beseitigung der darin verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat,

erklärend, daß das letzte und eigentliche Ziel der Entwicklung die stetige Verbesserung des Wohls der gesamten Bevölkerung auf der Grundlage ihrer vollen Mitwirkung am Entwicklungsprozeß und einer gerechten Verteilung des daraus erwachsenden Nutzens ist,

in der Auffassung, daß die Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer im Entwicklungsbereich durch einen verstärkten Mittelzufluß wie auch durch geeignete konkrete Maßnahmen unterstützt werden sollten, die darauf gerichtet sind, ein einer solchen Entwicklung förderliches Umfeld zu schaffen,

unter Berücksichtigung der Schlußdokumente der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[42],

eingedenk der Bestimmungen der Schlußdokumente des vom 17. bis 19. Mai 1989 in Harare abgehaltenen Ministertreffens des Koordinierungsbüros der Bewegung der nichtgebundenen Länder[43], insbesondere der Ziffern 10 bis 13 der Wirtschaftserklärung,

unter Hervorhebung der besonderen Bedeutung der in der Erklärung über das Recht auf Entwicklung verkündeten Ziele und Grundsätze[39],

unter Berücksichtigung der Resolutionen 1989/15 und 1989/45 der Menschenrechtskommission vom 2. März 1989 beziehungsweise vom 6. März 1989[2],

erneut erklärend, wie wichtig es ist, daß die Tätigkeit der Menschenrechtsorgane des Systems der Vereinten Nationen entsprechend den Grundsätzen der Charta gefördert wird,

betonend, daß die Regierungen die Pflicht haben, die Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten sicherzustellen,

---

[41] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1985, Supplement No. 2* (E/1985/22), Kap. II, Abschnitt A.

[42] A/44/551-S/20870, Anhang.

[43] Siehe A/44/409-S/20743 mit Korr. 1 und 2, Anhang.

1. *ersucht* die Menschenrechtskommission *erneut*, ihre laufenden Arbeiten an der Gesamtanalyse mit dem Ziel einer weiteren Förderung und Festigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten fortzusetzen und sich dabei auch weiter mit der Frage des Programms und der Arbeitsmethoden der Kommission auseinanderzusetzen und darüber hinaus ihre laufenden Arbeiten an der Gesamtanalyse anderer Wege und Mittel zur besseren Gewährleistung einer effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten entsprechend den Bestimmungen und Gedanken in Generalversammlungsresolution 32/130 und anderen einschlägigen Dokumenten fortzuführen;

2. *erklärt*, daß es eines der obersten Ziele der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte ist, allen Völkern und jedem einzelnen Menschen ein Leben in Freiheit, Würde und Frieden zu ermöglichen, daß alle Menschenrechte und Grundfreiheiten unteilbar sind und untereinander zusammenhängen und daß die Förderung und der Schutz einer Kategorie von Rechten die Staaten niemals der Verpflichtung zur Förderung und zum Schutz der anderen Rechte entheben oder entbinden sollten;

3. *erklärt erneut*, daß der Verwirklichung, der Förderung und dem Schutz der bürgerlichen und politischen wie auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gleiche Aufmerksamkeit und dringliche Beachtung geschenkt werden sollte;

4. *erklärt außerdem erneut*, daß es für die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten von allergrößter Bedeutung ist, daß die Mitgliedstaaten durch den Beitritt zu den internationalen Übereinkünften in diesem Bereich beziehungsweise durch deren Ratifikation konkrete Verpflichtungen eingehen und daß daher die normsetzende Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte und die allgemeine Annahme und Anwendung der einschlägigen internationalen Dokumente gefördert werden sollten;

5. *wiederholt erneut*, daß die internationale Gemeinschaft die Suche nach Lösungen zur Beseitigung massenhafter und flagranter Verletzungen der Menschenrechte von Völkern und Personen, die von Situationen betroffen sind, wie sie in Generalversammlungsresolution 32/130 Ziffer 1 Buchstabe e beschrieben werden, jetzt und künftig mit Vorrang betreiben und dabei auch anderen Situationen, in denen die Menschenrechte verletzt werden, gebührende Aufmerksamkeit schenken sollte;

6. *bekräftigt* ihre Verpflichtung, internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle zu fördern und zu festigen, und äußert ihre Besorgnis über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen, insbesondere massenhafte und flagrante Verletzungen dieser Rechte, wo immer sie vorkommen;

7. *verleiht ihrer Besorgnis Ausdruck* angesichts des gegenwärtigen Standes der Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele betreffend die Schaffung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie angesichts der nachteiligen Auswirkungen, die sich daraus für die volle Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Entwicklung, ergeben;

8. *erklärt erneut*, daß das Recht auf Entwicklung ein unveräußerliches Menschenrecht ist;

9. *erklärt außerdem erneut*, daß der Weltfrieden und die internationale Sicherheit entscheidende Faktoren einer vollen Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung sind;

10. *erkennt an*, daß alle Menschenrechte und Grundfreiheiten unteilbar und interdependent sind;

11. *hält es* für notwendig, daß alle Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität eines jeden Staates, einschließlich des Rechts eines jeden Volkes auf freie Wahl seines sozioökonomischen und politischen Systems, die internationale Zusammenarbeit fördern, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer und humanitärer Art zu lösen;

12. *verleiht ihrer Besorgnis Ausdruck* angesichts der Diskrepanz zwischen den bestehenden Normen und Grundsätzen und der tatsächlichen Situation aller Menschenrechte und Grundfreiheiten in der Welt;

13. *bittet nachdrücklich* alle Staaten, mit der Menschenrechtskommission bei der Förderung und beim Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zusammenzuarbeiten;

14. *weist erneut* auf die Notwendigkeit *hin*, auf nationaler und internationaler Ebene die Voraussetzungen für die uneingeschränkte Förderung und den uneingeschränkten Schutz der Menschenrechte des einzelnen wie auch der Völker zu schaffen;

15. *bekräftigt abermals*, daß es zur Erleichterung der vollen Wahrnehmung aller Menschenrechte ohne Beeinträchtigung der Würde des Menschen erforderlich ist, das Recht auf Bildung, Arbeit, Gesundheit und angemessene Ernährung durch Maßnahmen auf staatlicher Ebene, insbesondere auch durch Maßnahmen, die dem Arbeitnehmer das Recht auf Mitbestimmung an der Unternehmensführung einräumen, wie auch auf internationaler Ebene, insbesondere auch durch die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung, zu fördern;

16. *beschließt*, daß bei der Ausrichtung der weiteren Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte auch der Inhalt der Erklärung über das Recht auf Entwicklung und die Notwendigkeit ihrer Verwirklichung berücksichtigt werden sollten;

17. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Andere Wege und Mittel innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zur besseren Gewährleistung einer effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/64 – Nationale Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen über nationale Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte, insbesondere ihre Resolution 41/129 vom 4. Dezember 1986, und die Resolutionen der Menschenrechtskommission 1987/40 vom

10. März 1987[44] und 1988/72 vom 10. März 1988[45] sowie Kenntnis nehmend von Resolution 1989/52 der Kommission vom 7. März 1989[2],

unter Hervorhebung der Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], der Internationalen Menschenrechtspakte[5] und anderer internationaler Instrumente für die Förderung der Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten,

erklärend, daß dem Ausbau geeigneter Vorkehrungen auf nationaler Ebene zur Gewährleistung der wirksamen Anwendung der internationalen Normen auf dem Gebiet der Menschenrechte Vorrang eingeräumt werden sollte,

im Bewußtsein der wichtigen Rolle, die auf nationaler Ebene bestehende Institutionen dabei spielen können, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen und zu fördern und die Öffentlichkeit besser mit diesen Rechten und Freiheiten bekannt zu machen und stärker zu sensibilisieren,

in der Erkenntnis, daß die Vereinten Nationen bei der Unterstützung des Ausbaus nationaler Institutionen eine Katalysatorrolle spielen können, indem sie als Schaltstelle für den Informations- und Erfahrungsaustausch fungieren,

in dieser Hinsicht *eingedenk* der Richtlinien für den Aufbau und die Arbeitsweise nationaler Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte, die die Generalversammlung in ihrer Resolution 33/46 vom 14. Dezember 1978 gebilligt hat,

in Anbetracht der verschiedenen Vorgehensweisen, die in der ganzen Welt auf nationaler Ebene zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte herangezogen werden, und in Anerkennung des Wertes dieser Vorgehensweisen,

1. *nimmt Kenntnis* von der Mitteilung des Generalsekretärs[46];

2. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, daß im Einklang mit innerstaatlichen Rechtsvorschriften wirksame nationale Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte geschaffen werden und daß deren Unabhängigkeit und Integrität gewahrt bleibt;

3. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, nationale Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zu gründen beziehungsweise, soweit bereits vorhanden, zu stärken und entsprechende Elemente in ihre nationalen Entwicklungspläne aufzunehmen;

4. *begrüßt* die Zunahme der Zahl der nationalen Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte in den verschiedenen Ländern in der ganzen Welt;

5. *regt zu* Initiativen seitens der Regierungen sowie der regionalen, internationalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *an*, die darauf gerichtet sind, die bestehenden nationalen Institutionen zu stärken beziehungsweise Institutionen dieser Art zu errichten, wo noch keine vorhanden sind;

6. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den Maßnahmen, die das Sekretariats-Zentrum für Menschenrechte getroffen hat, um mit regionalen und nationalen Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte zusammenzuarbeiten;

7. *legt* allen Mitgliedstaaten *nahe*, geeignete Maßnahmen zur Förderung des Informations- und Erfahrungsaustausches über die Errichtung und Tätigkeit derartiger nationaler Institutionen zu ergreifen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, gegebenenfalls mit Unterstützung von Sachverständigen und unter Einbeziehung der von den Regierungen vorgelegten Unterlagen einen Bericht zu erstellen, der Musterkonzepte für nationale Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte enthält und der der Menschenrechtskommission auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung vorzulegen ist;

9. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, im Rahmen des Programms für Beratungsdienste und technische Hilfe auf dem Gebiet der Menschenrechte Ersuchen der Mitgliedstaaten um Unterstützung bei der Errichtung und Stärkung nationaler Institutionen zu entsprechen;

10. *bittet* den Generalsekretär, in einen aktualisierten Bericht alle von den Regierungen vorgelegten Informationen und eventuell bereitgestellten zusätzlichen Informationen – unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsweise der verschiedenen Mustertypen nationaler Institutionen bei der Anwendung internationaler Menschenrechtsnormen – sowie ein Verzeichnis der bestehenden nationalen Institutionen mit deren Anlaufstellen und eine Bibliographie einschlägiger Unterlagen aufzunehmen;

11. *bekräftigt* die Rolle der nationalen Institutionen als Stellen für die Verteilung von Menschenrechtsunterlagen und für die sonstige Öffentlichkeitsarbeit unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen;

12. *anerkennt* die konstruktive Rolle, die die nichtstaatlichen Organisationen gegenüber nationalen Institutionen spielen können;

13. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/65 – Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft sowie Anschlußmaßnahmen an die Interregionale Konsultation über Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, welche die Generalversammlung in ihrer Resolution 217 A (III) vom 10. Dezember 1948 verkündet hat, den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte in der Anlage zu ihrer Resolution 2200 A (XXI) vom 16. Dezember 1966 und die von der Versammlung in ihrer Resolution 2542 (XXIV) vom 11. Dezember 1969 verkündete Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet sowie auf andere einschlägige internationale Dokumente,

[44] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1987, Supplement No. 5* mit Korrigenda (E/1987/18 mit Korr.1 und 2), Kap. II, Abschnitt A.
[45] Ebd., *1988, Supplement No. 2* mit Korrigendum (E/1988/12 mit Korr. 1), Kap. II, Abschnitt A.
[46] A/44/525. Zum aktualisierten Bericht siehe E/CN.4/1989/47 mit Add.1.

in Bekräftigung der Bedeutung und des Wertes, die Strategien und Aktionsplänen betreffend die Situation der Frau, das Altern, die Jugend, die Behinderten, die Verbrechensverhütung und den Suchtstoffmißbrauch zukommen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/125 vom 7. Dezember 1987, in der sie u.a. die Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft[29] befürwortet und den Generalsekretär ersucht hat, durch die erforderlichen Schritte sicherzustellen, daß in Weiterverfolgung der Leitlinien entsprechende Maßnahmen getroffen werden,

unter Hervorhebung der Bedeutung der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1987/48 vom 28. Mai 1987, in der der Rat den Generalsekretär ersucht hat, durch eine Umwidmung von Ressourcen sicherzustellen, daß nach der Interregionalen Konsultation über Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik geeignete Folgemaßnahmen getroffen werden,

eingedenk der grundlegenden Bedeutung, die praktischen sozialpolitischen Fragen zukommt, sowie der Notwendigkeit, ausreichende Ressourcen zu ihrer Lösung bereitzustellen,

besorgt über den Mangel an Folgemaßnahmen in den Regionen Asiens und des Pazifik, Lateinamerikas und der Karibik, Afrikas und Westasiens,

1. *bekräftigt* die Gültigkeit der Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft als eines geeigneten Rahmens für künftige Maßnahmen auf dem Gebiet Sozialpolitik und Entwicklung;

2. *fordert* die Regierungen *auf*, die Leitlinien heranzuziehen, die darin enthaltenen Empfehlungen, soweit zutreffend, im Einklang mit ihren nationalen Strukturen, Bedürfnissen und Zielsetzungen anzuwenden, den Generalsekretär über bei der Umsetzung auf nationaler Ebene auftretende Probleme zu unterrichten und die Folgemaßnahmen an die Interregionale Konsultation über Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik zu beschleunigen;

3. *ersucht* die Exekutivsekretäre der Regionalkommissionen, den in den Leitlinien enthaltenen Empfehlungen für Maßnahmen auf regionaler Ebene besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

4. *bittet nachdrücklich* den Generalsekretär und alle in Betracht kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die Anwendung der Leitlinien in ihre jeweiligen Arbeitsprogramme einzubeziehen und den Regierungen, insbesondere den Regierungen der Entwicklungsländer, bei der Formulierung geeigneter Sozialpolitiken und bei der Aufstellung wirksamer und ihrem Bedarf entsprechender Programme zu helfen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, die Folgemaßnahmen an die Interregionale Konsultation auszubauen und bei der Gestaltung sozialpolitischer Strategien und Maßnahmen das Schwergewicht auf integrierte, familien- und gemeinwesenorientierte kostenwirksame Innovationen zu legen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Zusammenarbeit und die technische Unterstützung, die Regierungen, und insbesondere den Regierungen der Entwicklungsländer, gewährt wird, zu verstärken und dabei das Schwergewicht auf die grundsatzpolitischen, Planungs-, Verwaltungs- und Ausbildungsaspekte einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik zu legen;

7. *ersucht* den Generalsekretär *von neuem*, für Folgemaßnahmen an die Interregionale Konsultation entsprechende Ressourcen umzuwidmen;

8. *empfiehlt* die Durchführung zusätzlicher Tagungen von Sachverständigengruppen auf regionaler Ebene, die sich – wie die erste im Rahmen der regionalen Folgemaßnahmen durchgeführte internationale Sachverständigentagung im Januar 1989 in Bonn – mit den in den Leitlinien angesprochenen Fragenkomplexen befassen;

9. *empfiehlt außerdem*, die Bemühungen um ein besseres Funktionieren des zwischenstaatlichen Apparats der Vereinten Nationen auf sozialem Gebiet im Einklang mit der in Ziffer 95 des Berichts der Interregionalen Konsultation geäußerten Auffassung fortzusetzen[47];

10. *beschließt*, daß soziale Fragenkomplexe, wie sie in den Leitlinien aufgeworfen werden, als wichtiger Teil in die internationale Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen eingehen sollten;

11. *begrüßt* den Bericht des Generalsekretärs über die Ergebnisse der Interregionalen Konsultation und die im Anschluß daran ergriffenen Maßnahmen[48];

12. *nimmt Kenntnis* von den Fortschritten, die bisher dabei erzielt wurden, das Büro der Vereinten Nationen in Wien zu stärken und zur federführenden Stelle für alle mit Sozialpolitik und Entwicklung zusammenhängenden Fragen und Berichte zu machen;

13. *bittet* die Finanzierungsinstitutionen des Systems der Vereinten Nationen, eine Neuverteilung und eine angemessene Erhöhung der von ihnen auf dem Gebiet der sozialen Entwicklung bereitgestellten Mittel in Erwägung zu ziehen, um der sich ändernden globalen Situation und den tatsächlichen Bedürfnissen vollauf Rechnung zu tragen;

14. *ersucht* den Generalsekretär,

a) die internen und externen Überwachungsfunktionen des Büros der Vereinten Nationen in Wien auszubauen und weiterhin für eine wirksame Koordinierung zwischen dessen einzelnen Einheiten zu sorgen;

b) einen Überblick über die sozialen Komponenten und international anerkannten Normen auszuarbeiten, auf dem neuesten Stand zu halten und zu publizieren, die in den zahlreichen im sozialem Bereich bestehenden internationalen Plänen, Pakten, Erklärungen und Strategien enthalten sind;

c) sicherzustellen, daß alle mit Entwicklungsprogrammen und -vorhaben befaßten Organe des Systems der Vereinten Nationen das Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten hinsichtlich der sozialen Komponenten dieser Programme und Vorhaben konsultieren;

d) im mittelfristigen Plan für den Zeitraum 1992-1997 und im Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 die in den Leitlinien enthaltenen Empfehlungen gebührend zu berücksichtigen;

e) der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über die Fortschritte bei der Anwendung und Weiterverfolgung der Leitlinien sowie über den Stand der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

[47] E/CONF.80/10.
[48] E/CN.5/1989/3.

15. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Anwendung der Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/66 – Laufende Verfolgung von Informationen über wirksame Maßnahmen und verschiedene Methoden zur Durchführung sozialpolitischer Pläne, Strategien und Aktionsprogramme durch die Staaten

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des *1989 Report on the World Social Situation*[30] (Bericht über die Weltsoziallage 1989),

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 37/51 vom 3. Dezember 1982, in der sie sich dem Internationalen Aktionsplan zur Frage des Alterns[49] anschloß, 37/52 vom 3. Dezember 1982, mit der sie das Weltaktionsprogramm für Behinderte[50] verabschiedete, 40/14 vom 18. November 1985, mit der sie die Richtlinien für die weitere Planung und geeignete Anschlußmaßnahmen im Bereich Jugendfragen billigte[34], 40/32 vom 29. November 1985, in der sie den Mailänder Aktionsplan[51] billigte, sowie 40/108 vom 13. Dezember 1985, in der sie die Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[52] billigte,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 42/125 vom 7. Dezember 1987, in der sie die Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft[29] gebilligt hat,

sich dessen bewußt, daß auf nationaler Ebene noch viel getan werden muß, um die vollständige Verwirklichung der Grundsätze und Ziele zu erreichen, die in diesen wichtigen auf internationaler Ebene verabschiedeten Dokumenten enthalten sind,

überzeugt von der Notwendigkeit, sich mit wirksamen Maßnahmen und verschiedenen Methoden zur Durchführung der obenerwähnten Pläne, Strategien und Aktionsprogramme auseinanderzusetzen,

in der Erkenntnis, daß für eine Mobilisierung zu sozialpolitischen Maßnahmen neben materieller und technischer Hilfe sowohl eine entschlossene Führung als auch die Mündigkeit des einzelnen, die eine effektive Bevölkerungspartizipation gestattet, erforderlich sind,

die Auffassung vertretend, daß zur Förderung des sozialen Wandels eine nachhaltige Zusammenarbeit und ein regelmäßiger Dialog zwischen Führung und Bevölkerung sowie unter den Bürgern notwendig sind,

1. *anerkennt*, daß die Mitgliedstaaten ihre konkreten sozialpolitischen Prioritäten selbst wählen müssen;

2. *weist darauf hin*, daß die Führungsspitzen der einzelnen Staaten Engagement und politischen Willen benötigen, wenn die Bestimmungen der von der Generalversammlung in ihren Resolutionen 37/51, 37/52, 40/14, 40/32 und 40/108 gebilligten Pläne, Strategien und Aktionsprogramme auf einzelstaatlicher und lokaler Ebene und an der Basis konkret verwirklicht werden sollen;

3. *erklärt erneut*, daß nichtstaatliche Organisationen und einzelne Bürger Mündigkeit und Initiative beweisen müssen, wenn sie ihre eigenen Programme und Projekte durchführen wollen;

4. *anerkennt*, daß Regierungen, nichtstaatliche Organisationen und Bürger bei der Durchführung von sozialen Entwicklungsprogrammen wirksam zusammenarbeiten müssen, insbesondere im Hinblick auf die Sozialpolitik, Jugendfragen, ältere Menschen, die Förderung der Frau und Behinderte sowie die Verbrechensverhütung und die Strafgerichtsbarkeit;

5. *betont* die Notwendigkeit, innovative, wirksame und durchführbare Maßnahmen auszuarbeiten, die auf nationaler Ebene ergriffen werden können, um die soziale Entwicklung trotz begrenzter Haushaltszuweisungen für soziale Fragen und trotz knapper werdender natürlicher Ressourcen zu gewährleisten;

6. *ersucht* den Generalsekretär und insbesondere das Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten, in ihre Berichte über soziale Fragen regelmäßig mehr Informationen über Mittel und Wege zur vollständigen Durchführung der obenerwähnten Pläne, Strategien und Aktionsprogramme auf nationaler und lokaler Ebene und an der Basis aufzunehmen, u.a. unter Hervorhebung der Haltungen und Wertvorstellungen, die führende Persönlichkeiten und Bürger sich zu eigen machen müssen, damit soziale Zielsetzungen trotz begrenzter Ressourcen erreicht werden, von wirksamen Methoden, die in breiterem Umfang auf nationaler Ebene verwendet und auch in anderen Ländern eingesetzt werden können, und von Methoden zur Kooperation beziehungsweise Arbeit im Verbund auf internationaler Ebene, die auf Unterstützung bei der Durchführung von Aktionsplänen durch die Staaten ausgerichtet sind.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/67 – Durchführung des Internationalen Aktionsplans zur Frage des Alterns und damit zusammenhängende Aktivitäten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/93 vom 8. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts der Generalsekretärs über die zweite Überprüfung und Bewertung der Durchführung des Internationalen Aktionsplans zur Frage des Alterns, die die Kommission für soziale Entwicklung auf ihrer einunddreißigsten Tagung vorgenommen hat[53],

[49] Siehe *Report of the World Assembly on Aging, Vienna, 26 July-6 August 1982* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell- Nr. E.82.I.16), Kap. VI, Abschnitt A.

[50] A/37/351/Add.1 mit Korr.1, Anhang, Abschnitt VIII, Empfehlung 1 (IV).

[51] Siehe *Seventh United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders, Milan, 26 August-6 September 1985: Report prepared by the Secretariat* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.86.IV.10), Kap. I, Abschnitt A.

[52] *Report of the World Conference to Review and Appraise the Achievements of the United Nations Decade for Women: Equality, Development and Peace, Nairobi, 15-26 July 1985* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.85.IV.10), Kap. I, Abschnitt A.

[53] E/1989/13.

mit Interesse Kenntnis nehmend von den bei der zweiten Überprüfung und Bewertung der Durchführung des Aktionsplans erarbeiteten Prioritäten und Empfehlungen,

mit Genugtuung über die neuerliche Dynamik, die das Programm der Vereinten Nationen zur Frage des Alterns entwickelt hat, jedoch mit tiefem Bedauern über die Mittelkürzungen, die in Kapitel 8 Unterprogramm 7 (Frage des Alterns) des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 vorgesehen sind[54],

sich bewußt, daß die Entwicklungsländer zu Fragen des Alterns technische Hilfe und sachkundige Beratung benötigen,

unter Wiederholung des in ihrer Resolution 43/93 an den Generalsekretär gerichteten Appells, die bestehenden Programme zur Frage des Alterns beizubehalten und auszubauen und die Koordinierung der Politiken und Programme zur Frage des Alterns im gesamten System der Vereinten Nationen zu verstärken, wobei das Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten weiter als Koordinierungsstelle des Systems der Vereinten Nationen für die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Altern fungieren sollte,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Frage des Alterns[55];

2. *billigt* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/50 vom 24. Mai 1989;

3. *billigt außerdem* den in Anlage II der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/50 enthaltenen Programmentwurf für Aktivitäten, die die Vereinten Nationen anläßlich des zehnten Jahrestags der Verabschiedung des Internationalen Aktionsplans zur Frage des Alterns im Jahre 1992 durchführen werden;

4. *nimmt mit Interesse zur Kenntnis*, daß die Frage des Alterns sowohl in der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen als auch im mittelfristigen Plan für den Zeitraum 1992-1997 als vorrangiges Thema angesehen wird;

5. *fordert* die Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, das Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten dabei zu unterstützen, aufbauend auf dem vom Wirtschafts- und Sozialrat gebilligten Programmentwurf zur Behandlung durch die fünfundvierzigste Tagung der Generalversammlung ein detailliertes weltweites Aktivitätenprogramm für das Jahr 1992 auszuarbeiten, das gleichzeitig als Leitfaden für parallel laufende nationale und regionale Programme dienen würde;

6. *fordert außerdem* diejenigen Mitgliedstaaten, die besondere Sachkenntnisse über das Altern beziehungsweise ein besonderes Interesse daran haben, *auf* zu erwägen, ob sie das Zentrum bei seinen Vorbereitungsaktivitäten für 1992 nicht unmittelbar durch die Bereitstellung von Personal oder Sondermitteln unterstützen können;

7. *beschließt*, daß die bei der zweiten Überprüfung und Bewertung der Durchführung des Aktionsplans erarbeiteten Prioritäten und Empfehlungen künftigen Veröffentlichungen des Aktionsplans als Anlage beigefügt werden;

8. *ersucht* den Generalsekretär zu prüfen, ob es möglich ist, einen systemumfassenden mittelfristigen Plan über die Frage des Alterns auszuarbeiten, um zu gewährleisten, daß alle in Betracht kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sich kohärent und wirksam mit der Frage des Alterns befassen, wobei zu berücksichtigen ist, daß das Zentrum ordnungsgemäß beauftragt worden ist, als Koordinierungsstelle für alle das Altern betreffenden Angelegenheiten zu fungieren;

9. *bittet* den Sekretariats-Bereich Statistik, dafür zu sorgen, daß einzelstaatliche Statistiken betreffend das Altern bei der Formulierung und Umsetzung nationaler Politiken und Programme in größerem Maße verfügbar sind und herangezogen werden, und die Möglichkeit zu prüfen, ob das *Demographic Yearbook* (Demographisches Jahrbuch) des Jahres 1992 der Frage des Alterns gewidmet werden kann;

10. *bittet* die wichtigsten internationalen nichtstaatlichen Organisationen und Geberländer, gemeinsam mit dem System der Vereinten Nationen ein Verbundsystem für technische Zusammenarbeit zu schaffen, das eine Reihe einfach konzipierter Selbsthilfeprojekte ausarbeiten und deren Durchführung durch ältere Menschen unterstützen würde, um die Kluft zwischen großen Finanzierungsstellen und lokalen Selbsthilfeinitiativen wie auch die Kluft zwischen weltweit akzeptierten Normen und den tatsächlichen Lebensbedingungen der älteren Menschen zu überbrücken;

11. *ersucht* die Kommission für die Rechtsstellung der Frau, den spezifischen Problemen älterer Frauen sowie der Diskriminierung, unter der diese Frauen aufgrund ihres Geschlechts und ihres Alters leiden, besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

12. *bittet nachdrücklich* alle zuständigen Stellen des Systems der Vereinten Nationen, die sich mit Flüchtlingen befassen, dem schweren Los aller älteren Flüchtlinge besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

13. *bittet nachdrücklich* die Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information, das Zentrum bei der Ausarbeitung eines für die Weitergabe an die Medien und zur allgemeinen Verbreitung im Jahre 1992 bestimmten Berichts über die derzeitige Situation und die wichtigsten Aspekte des Älterwerdens der Bevölkerungen in der ganzen Welt zu unterstützen;

14. *fordert* den Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen *auf*, die Abordnung eines Demographen an das Zentrum zu erwägen, mit dem Auftrag, dieses bei der Erstellung von demographischen Profilen der älteren Bevölkerung auf globaler und regionaler Ebene sowie in ausgewählten Staaten zu unterstützen;

15. *fordert* die Postverwaltung der Vereinten Nationen *auf*, 1992 anläßlich des zehnten Jahrestags der Verabschiedung des Aktionsplans Sondermarken herauszugeben;

16. *empfiehlt* den am Programm der Vereinten Nationen zur Frage des Alterns Beteiligten, in Anbetracht der raschen Expansion der Aktivitäten zu Fragen des Alterns und der entsprechenden Infrastruktur dem Mandat des Programms größte Aufmerksamkeit zu widmen, um Überschneidungen mit den Aktivitäten anderer Programme zu vermeiden und auch in den 90er Jahren die einheitliche Durchführungsweise des

[54] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 6* (A/44/6/Rev.1), Vol. I.
[55] A/44/420 mit Add.1.

Aktionsplans beizubehalten, die das Programm bisher ausgezeichnet hat;

17. *nimmt mit Dank Kenntnis* von dem vom Generalsekretär vorgelegten Sachstandsbericht über die Ausbildungsprogramme und Aktivitäten des Internationalen Instituts für Fragen des Alterns in Malta[56], ist erfreut über den einzigartigen Beitrag des Instituts zur Durchführung des Aktionsplans und ersucht den Generalsekretär, die Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung zum Zeitpunkt der Vorlage seines Berichts über die Frage des Alterns über die Aktivitäten, Pläne und Programme des Instituts zu informieren;

18. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von der mit Hilfe des Büros der Vereinten Nationen in Wien erfolgten Schaffung einer Afrikanischen Gesellschaft für Gerontologie in Dakar;

19. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* vom Angebot der Regierungen Jugoslawiens und Argentiniens, Institute für Fragen des Alterns in Belgrad beziehungsweise Buenos Aires einzurichten;

20. *nimmt außerdem mit Befriedigung zur Kenntnis*, daß am 18. und 19. September 1989 am Amtssitz der Vereinten Nationen eine Tagung namhafter Persönlichkeiten zur Ausarbeitung einer internationalen Mittelbeschaffungsstrategie für Politiken und Programme zu Fragen des Alterns der Bevölkerung stattgefunden hat[57], nimmt Kenntnis von der Verabschiedung einer Erklärung auf dieser Tagung, der zufolge es wünschenswert und dringend erforderlich ist, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eine unabhängige internationale Stiftung für Fragen des Alterns zu schaffen, die den öffentlichen und privaten Sektor sowie die nichtstaatlichen Organisationen dazu anhalten würde, die Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Alterns zu unterstützen, und bittet in diesem Zusammenhang die Mitgliedstaaten, die nichtstaatlichen Organisationen und den privaten Sektor, diese Initiative zu unterstützen;

21. *nimmt ferner mit Befriedigung Kenntnis* vom Erfolg des vom 18. bis 23. Juni 1989 in Acapulco (Mexiko) durchgeführten XIV. Internationalen Kongresses für Gerontologie[58];

22. *appelliert nachdrücklich* an die Regierungen und die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, großzügige Beiträge zum Treuhandfonds der Vereinten Nationen für das Altern zu leisten und dabei zu berücksichtigen, daß der Fonds besonders geeignet ist, als Katalysator zur Mobilisierung von Mitteln zu fungieren;

23. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

24. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Frage des Alterns" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

[56] A/44/420, Kap. V, Abschnitt D.
[57] Siehe A/44/420/Add.1.
[58] Siehe A/44/420, Kap. V, Abschnitt B.

44/68 – Bericht des Ausschusses für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen zu den Berichten des Ausschusses für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung und auf ihre Resolution 43/95 vom 8. Dezember 1988 über den Stand des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung[11] sowie auf ihre sonstigen einschlägigen Resolutionen über die Durchführung des Aktionsprogramms für die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung[59],

unter erneutem Hinweis auf die Bedeutung des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung, bei dem es sich um das unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen verabschiedete Menschenrechtsinstrument handelt, das von den meisten Staaten angenommen worden ist,

im Bewußtsein der Bedeutung des Beitrags, den der Ausschuß zu den Bemühungen der Vereinten Nationen zur Bekämpfung von Rassismus und allen anderen Formen der Diskriminierung aufgrund der Rasse, Hautfarbe oder Abstammung beziehungsweise aufgrund der nationalen oder ethnischen Herkunft geleistet hat,

den Bericht des Ausschusses über seine siebenunddreißigste Tagung *begrüßend*[60],

unter nochmaligem Hinweis auf die Notwendigkeit, verstärkt für die Beseitigung von Rassismus und rassischer Diskriminierung in aller Welt, insbesondere für die Beseitigung des Apartheidsystems in Südafrika und Namibia, zu kämpfen,

mit dem nachdrücklichen Hinweis auf die Verpflichtung aller Vertragsstaaten des Übereinkommens, durch gesetzgeberische, gerichtliche und sonstige Maßnahmen die uneingeschränkte Anwendung des Übereinkommens sicherzustellen,

unter Hinweis auf die vom Generalsekretär, von der Generalversammlung, vom elften und zwölften Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens und vom Ausschuß selbst erlassenen dringenden Appelle an die Vertragsstaaten, ihren finanziellen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen nachzukommen,

ernstlich besorgt darüber, daß trotz dieser Appelle und anderer Bemühungen der Konferenzkalender des Ausschusses nicht eingehalten werden konnte und die ordnungsgemäße Arbeitsweise des Ausschusses in zunehmendem Maße in Frage gestellt ist,

mit Dank für die Bemühungen der Ausschußmitglieder, Möglichkeiten zur Überwindung der gegenwärtigen Finanzkrise des Ausschusses zu erkunden,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Frage der Finanzierung der Ausgaben der Ausschußmitglieder[61],

1. *äußert ihre tiefe Besorgnis* über die Tatsache, daß eine Reihe von Vertragsstaaten des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung ihre finanziellen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen immer noch nicht erfüllt haben, was zur Folge hatte, daß die Tagung des Aus-

[59] Resolution 38/14.
[60] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 18* (A/44/18).
[61] A/44/593.

schusses für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung im Februar/März 1989 abgesetzt wurde;

2. *äußert erneut ihre Besorgnis* darüber, daß diese Situation zu einer Verzögerung bei der Erfüllung der Sachaufgaben des Ausschusses nach dem Übereinkommen geführt hat;

3. *spricht* dem Ausschuß *ihre Anerkennung aus* für seine Arbeit im Zusammenhang mit der Anwendung des Übereinkommens und des Aktionsprogramms für die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung;

4. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Ausschusses über seine siebenunddreißigste Tagung;

5. *fordert* die Vertragsstaaten *auf*, ihre Verpflichtungen nach Artikel 9 Absatz 1 des Übereinkommens zu erfüllen und ihre periodischen Berichte über die zur Anwendung des Übereinkommens getroffenen Maßnahmen rechtzeitig vorzulegen;

6. *billigt* den Beschluß des Ausschusses[62], soweit Mittel vorhanden sind, zur Feier des zwanzigsten Jubiläums seiner Tätigkeit gemäß dem Übereinkommen eine seiner ordentlichen Tagungen in New York abzuhalten und diese Tagung mit dem Internationalen Tag für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung am 21. März 1990 zusammenfallen zu lassen;

7. *appelliert nachdrücklich* an alle Vertragsstaaten, insbesondere soweit sie sich mit ihren Zahlungen im Rückstand befinden, ihren finanziellen Verpflichtungen nach Artikel 8 Absatz 6 des Übereinkommens nachzukommen sowie ihre ausstehenden Beiträge zu entrichten und wenn möglich ihre Beiträge für 1990 vor dem 1. Februar 1990 zu zahlen, damit der Ausschuß regelmäßig tagen kann;

8. *bittet* den Generalsekretär, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um sicherzustellen, daß die erforderlichen Mittel zur Deckung sämtlicher Tagungskosten des Ausschusses im Jahre 1990, insbesondere auch der Ausgaben seiner Mitglieder, zur Verfügung stehen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, die Vertragsstaaten, die mit ihren Zahlungen im Rückstand sind, um die Entrichtung der ausstehenden Beträge zu bitten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

10. *bittet* den Generalsekretär, den Vertragsstaaten auf ihrer dreizehnten Tagung über alle rechtlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen Bericht zu erstatten, die die Vertragsstaaten und die Generalversammlung ergreifen könnten, um ein ordnungsgemäßes Tätigwerden des Ausschusses zu gewährleisten;

11. *bittet* die Vertragsstaaten, auf ihrer dreizehnten Tagung verwaltungsmäßige und rechtliche Maßnahmen zur Verbesserung der finanziellen Lage des Ausschusses zu beschließen;

12. *beschließt*, auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter dem Punkt "Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung" den nächsten Bericht des Ausschusses sowie den Bericht des Generalsekretärs über die finanzielle Lage des Ausschusses zu behandeln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

[62] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 18* (A/44/18), Ziffer 468.

44/69 – Stand der Internationalen Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 41/103 vom 4. Dezember 1986, 42/56 vom 30. November 1987 und 43/97 vom 8. Dezember 1988,

eingedenk dessen, daß die Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid[12] einen bedeutenden völkerrechtlichen Vertrag auf dem Gebiet der Menschenrechte darstellt und zur Verwirklichung der Ideale der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beiträgt[4],

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß die Apartheid ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und einer völligen Negation der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen gleichkommt und daß sie eine grobe Verletzung der Menschenrechte darstellt, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ernstlich bedroht,

unter nachdrücklicher Verurteilung der verabscheuungswürdigen Apartheidpolitik und des verabscheuungswürdigen Apartheidsystems und der damit einhergehenden brutalen Unterdrückung, durch die die Situation in Südafrika auch weiterhin verschärft wird,

betonend, daß die dem Konflikt im südlichen Afrika zugrundeliegende Ursache die Apartheid und die von dem rassistischen Regime gegenüber den Frontstaaten und anderen Nachbarstaaten verfolgte Politik der Aggression, des Staatsterrorismus und der Destabilisierung ist,

unter Verurteilung der fortgesetzten Kollaboration bestimmter Staaten und transnationaler Unternehmen mit dem rassistischen Regime Südafrikas auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet sowie in anderen Bereichen, durch die das Regime dazu ermutigt wird, seine verabscheuungswürdige Apartheidpolitik noch zu intensivieren,

in der festen Überzeugung, daß der rechtmäßige Kampf der unterdrückten Völker im südlichen Afrika gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus und für die effektive Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit mehr denn je jede erforderliche Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft und insbesondere weitere Maßnahmen des Sicherheitsrats nach Kapitel VII der Charta verlangt,

unterstreichend, daß für die Wirksamkeit der Konvention ihre weltweite Ratifikation beziehungsweise der weltweite Beitritt zu ihr sowie die unverzügliche Anwendung ihrer Bestimmungen erforderlich sind und daß damit ein Beitrag zur Ausmerzung des Verbrechens der Apartheid geleistet würde,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über den Stand der Internationalen Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid[63];

2. *dankt* allen Vertragsstaaten der Konvention, die ihre Berichte gemäß Artikel VII der Konvention vorgelegt haben;

3. *appelliert erneut* an die Staaten, insbesondere an diejenigen, deren Jurisdiktion die in Südafrika und

[63] A/44/442.

Namibia tätigen transnationalen Unternehmen unterstehen und ohne deren Zusammenarbeit dieser Tätigkeit kein Ende gesetzt werden kann, die Konvention ohne weitere Verzögerung zu ratifizieren beziehungsweise ihr beizutreten, soweit sie das noch nicht getan haben;

4. *unterstreicht* die Wichtigkeit einer weltweiten Ratifikation der Konvention, durch die ein effektiver Beitrag zur Verwirklichung der Ideale der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderer Menschenrechtsinstrumente geleistet würde;

5. *erinnert mit Genugtuung* an den Bericht der gemäß der Konvention eingesetzten Dreiergruppe der Menschenrechtskommission[64] und insbesondere an die darin enthaltenen Schlußfolgerungen und Empfehlungen;

6. *lenkt die Aufmerksamkeit* aller Staaten *abermals* auf die von der Dreiergruppe in ihrem Bericht zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß die in Südafrika und Namibia tätigen transnationalen Unternehmen nach Artikel III Buchstabe b der Konvention als Mittäter beziehungsweise Gehilfen beim Verbrechen der Apartheid angesehen werden müssen[65];

7. *fordert* alle Staaten, deren transnationale Unternehmen weiterhin Geschäftsbeziehungen mit Südafrika unterhalten, *auf*, entsprechende Maßnahmen zur Beendigung ihrer Beziehungen mit Südafrika zu ergreifen;

8. *ersucht* die Menschenrechtskommission, in Zusammenarbeit mit dem Sonderausschuß gegen Apartheid verstärkt an der periodischen Aufstellung einer laufend zu ergänzenden Liste von Einzelpersonen, Organisationen, Institutionen und Vertretern von Staaten zu arbeiten, denen Verbrechen nach Artikel II der Konvention angelastet werden beziehungsweise gegen die gerichtliche Verfahren eingeleitet worden sind;

9. *ersucht* den Generalsekretär, diese Liste allen Vertragsstaaten der Konvention und allen Mitgliedstaaten zu übermitteln und die Öffentlichkeit mit allen Mitteln der Massenkommunikation auf diese Fakten aufmerksam zu machen;

10. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Vertragsstaaten der Konvention, die Sonderorganisationen und die nichtstaatlichen Organisationen zu bitten, der Menschenrechtskommission sachdienliche Informationen über die in Artikel II der Konvention beschriebenen Formen des Verbrechens der Apartheid zur Verfügung zu stellen, die von den in Südafrika tätigen transnationalen Unternehmen begangen werden;

11. *stellt fest*, wie wichtig es ist, daß von den Vertragsstaaten im Unterrichts- und Bildungsbereich Maßnahmen zur umfassenderen Anwendung der Konvention getroffen werden;

12. *appelliert* an alle Staaten, Organe der Vereinten Nationen, die Sonderorganisationen sowie internationalen und nationalen nichtstaatlichen Organisationen, durch die Anprangerung der Verbrechen des rassistischen Regimes von Südafrika die Öffentlichkeit stärker zu sensibilisieren;

13. *ersucht* den Generalsekretär, seine Bemühungen zu verstärken, um über geeignete Kanäle Informationen über die Konvention und ihre Anwendung zu verbreiten, mit dem Ziel, zu weiteren Ratifikationen der Konvention beziehungsweise Beitritten zu ihr beizutragen;

14. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, in seinen nächsten Jahresbericht gemäß Generalversammlungsresolution 3380 (XXX) vom 10. November 1975 einen besonderen Abschnitt über die Anwendung der Konvention aufzunehmen.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/70 – Durchführung des Weltaktionsprogramms für Behinderte und Behindertendekade der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf alle ihre einschlägigen Resolutionen, einschließlich Resolution 37/52 vom 3. Dezember 1982, mit der sie das Weltaktionsprogramm für Behinderte[50] verabschiedet hat, und Resolution 37/53 vom 3. Dezember 1982, in der sie u.a. den Zeitraum 1983-1992 zur Behindertendekade der Vereinten Nationen erklärt hat,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/98 vom 8. Dezember 1988 und in Bekräftigung aller darin enthaltenen einschlägigen Bestimmungen, insbesondere der in der Anlage zu der Resolution enthaltenen Liste mit den Prioritäten für weltweite Aktivitäten und Programme in der zweiten Hälfte der Behindertendekade der Vereinten Nationen,

Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/52 vom 24. Mai 1989, worin der Rat u.a. die Mitgliedstaaten, die Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen nachdrücklich gebeten hat, den Bewußtseinsbildungs- und Mittelbeschaffungskampagnen jede nur erdenkliche Unterstützung zu gewähren, um der Dekade zusätzlichen Auftrieb zu verleihen,

in Anbetracht der wichtigen Arbeit, welche die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz gegenwärtig auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Behinderung leistet und die als nützliche Grundlage für die fortgesetzten Bemühungen dienen könnte, Behinderten den Genuß der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu gewährleisten,

unter Berücksichtigung der konkreten Maßnahmen, die die Regierungen der Mitgliedstaaten, die Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und die nichtstaatlichen Organisationen bisher getroffen haben, um im Rahmen der Dekade die Zielsetzungen des Weltaktionsprogramms zu verwirklichen, sowie anerkennend, daß auf allen Ebenen weit mehr getan werden sollte, um die Lebensbedingungen behinderter Menschen zu verbessern,

in Anbetracht dessen, daß letztlich die Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Durchführung des Weltaktionsprogramms tragen und daß die nationalen Komitees für Behindertenfragen beziehungsweise ähnliche Koordinierungsgremien in dieser Beziehung eine entscheidende Rolle spielen,

im Hinblick auf die Schlüsselrolle der Vereinten Nationen bei der Förderung des Informations-, Erfahrungs- und Wissensaustauschs sowie einer engeren regionalen und interregionalen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Ausarbeitung wirksamerer Strategien und Politiken zur Verbesserung der Situation und zur Steigerung des Wohls der Behinderten,

[64] E/CN.4/1988/32.
[65] Ebd., Ziffer 34.

betonend, daß das Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten die Leitstelle im Rahmen der Vereinten Nationen für die Durchführung und Überwachung des Weltaktionsprogramms ist,

mit Genugtuung feststellend, daß die Gruppe Behinderte des Zentrums dank der großzügigen finanziellen Unterstützung seitens einiger Regierungen verstärkt werden konnte,

besorgt darüber, daß der Freiwillige Fonds für die Behindertendekade der Vereinten Nationen nach wie vor nur unzureichende Beiträge erhält und daß vielen vorrangigen Anträgen wahrscheinlich nicht entsprochen werden kann und die Durchführung des Weltaktionsprogramms schwer beeinträchtigt wird, sofern diese rückläufige Entwicklung nicht umgekehrt und die Ressourcenkapazität des Fonds ausgebaut wird,

in der Erwägung, daß angesichts der Schwierigkeiten der Entwicklungsländer bei der Mittelbeschaffung, eine internationale Zusammenarbeit angeregt werden sollte, um die Anstrengungen der einzelnen Staaten zur Durchführung des Weltaktionsprogramms und zur Durchführung des Weltaktionsprogramms und zur Erreichung der Ziele der Dekade zu unterstützen,

in Anbetracht dessen, daß das Internationale Treffen über die Humanressourcen der Behinderten vom 14. bis 22. August 1989 in Tallinn (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) abgehalten wurde und daß es eine Neun-Punkte-Strategie zur Förderung der Partizipation, der Ausbildung und der Erwerbstätigkeit von Behinderten, insbesondere in Entwicklungsländern, verabschiedet hat,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[66],

1. *bekräftigt* die Gültigkeit des Weltaktionsprogramms für Behinderte;

2. *wiederholt*, daß in der zweiten Hälfte der Behindertendekade der Vereinten Nationen besonderes Gewicht auf die Herstellung von Chancengleichheit für Behinderte gelegt werden sollte;

3. *bittet nachdrücklich* die Mitgliedstaaten, die zwischenstaatlichen und die in Betracht kommenden nichtstaatlichen Organisationen, die Prioritäten für weltweite Aktivitäten und Programme in der zweiten Hälfte der Dekade, wie sie etwa in der Anlage zu Generalversammlungsresolution 43/98 dargelegt sind, auf allen Ebenen entsprechend in die Tat umzusetzen;

4. *erneuert ihre Bitte* an alle Staaten, im Rahmen der bilateralen Hilfe Projekten zur Behinderungsvorsorge, zur Rehabilitation und zur Herstellung von Chancengleichheit für Behinderte hohen Vorrang einzuräumen sowie finanzielle Unterstützung zur Stärkung von Behindertenorganisationen zu gewähren;

5. *bittet* die Regierungen, sich dadurch aktiv an der auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Behinderten gerichteten internationalen Zusammenarbeit zu beteiligen, daß sie Fachleute für verschiedene Aspekte der Rehabilitation und der Herstellung von Chancengleichheit fördern, insbesondere soweit diese selbst behindert sind, und dabei auch auf das Fachwissen im Ruhestand befindlicher Personen zurückzugreifen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten bei der Einrichtung und beim Ausbau nationaler Komitees für Behindertenfragen und ähnlicher Koordinierungsgremien zu unterstützen und die Einrichtung leistungsfähiger nationaler Behindertenorganisationen zu fördern und zu unterstützen;

7. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, allen Organen und Gremien der Vereinten Nationen, so auch den Regionalkommissionen, internationalen Organisationen und Sonderorganisationen nahezulegen, in ihren Programmen und operativen Aktivitäten die besonderen Bedürfnisse der Behinderten zu berücksichtigen;

8. *bittet* den Generalsekretär im Zusammenhang mit der von der Generalversammlung in ihrer Resolution 43/98 verlangten Durchführbarkeitsstudie über die sachbezogenen, finanziellen und administrativen Implikationen unterschiedlicher Möglichkeiten für den Abschluß der Dekade im Jahr 1992, die Mitgliedstaaten zu ersuchen, ihm im Benehmen mit den Behindertenorganisationen bis 28. Februar 1990 ihre Stellungnahmen zu unterbreiten, damit diese in das Hintergrunddokument Eingang finden, das auf dem Sachverständigentreffen erörtert werden soll, das im Mai 1990 in Helsinki stattfinden soll;

9. *ersucht* den Generalsekretär, die Regionalkommissionen zu stärken, damit sie technische Kooperationsaktivitäten und die gemeinsame Nutzung nationaler Ressourcen für die Personalausbildung, den Informationsaustausch, die Politik- und Programmkonzeption sowie für Forschungsarbeiten und die Behindertenpartizipation fördern können;

10. *bittet* den Generalsekretär und die Mitgliedstaaten, Behinderte in größerem Maße an den Programmen und Aktivitäten der Vereinten Nationen zu beteiligen, so auch durch die Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten, und entsprechend dem Weltaktionsprogramm der Verbesserung der Situation von Sondergruppen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, unter Betonung der Notwendigkeit sozialer Gerechtigkeit und der Teilhabe dieser Gruppen an jedem Teilbereich der Gesellschaft;

11. *bittet* das Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten, noch enger mit den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen auf dem Gebiet der Behinderung, insbesondere mit den Behindertenorganisationen, zusammenzuarbeiten und sie regelmäßig und systematisch zu Fragen im Zusammenhang mit der Durchführung des Weltaktionsprogramms zu konsultieren, um sicherzustellen, daß die Ergebnisse der Dekade sinnvoll und dauerhaft sind;

12. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von den Fortschritten, die das Büro des Sonderbeauftragten für die Förderung der Behindertendekade der Vereinten Nationen erzielt hat[67];

13. *fordert* die Mitgliedstaaten, die nationalen Komitees, das System der Vereinten Nationen und die nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere die Behindertenorganisationen, *auf*, sich unterstützend an einer weltweiten Informations- und Mittelbeschaffungskampagne zu beteiligen, deren Ziel es ist, die Dekade mit allen geeigneten Mitteln in der Öffentlichkeit bekannt zu machen;

14. *anerkennt* die wichtige Rolle der nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere soweit sie Behin-

[66] A/44/406/Rev.1.

[67] Ebd., Ziffer 50 und 51.

derte vertreten, bei der effektiven Durchführung des Weltaktionsprogramms, bei der internationalen Bewußtseinsbildung für die Belange behinderter Menschen sowie bei der Überwachung und Evaluierung der im Laufe der Dekade erzielten Fortschritte;

15. *ersucht* den Generalsekretär sicherzustellen, daß die im Zusammenhang mit der Dekade geleisteten Geld- oder Sachbeiträge dem Freiwilligen Fonds für die Behindertendekade der Vereinten Nationen zufließen, wobei die Geber die Möglichkeit haben sollen, diese Beiträge zweckgebunden bereitzustellen;

16. *erklärt erneut*, daß die Mittel des Freiwilligen Fonds zur Unterstützung von katalytischen und innovativen Aktivitäten zur weiteren Verwirklichung der Zielsetzungen des Weltaktionsprogramms im Rahmen der Dekade verwendet werden sollten, wobei Programmen und Projekten der am wenigsten entwickelten Länder gegebenenfalls Vorrang zu geben ist;

17. *bittet* die Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen, weitere Beiträge zum Freiwilligen Fonds zu leisten, und fordert die Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen auf, soweit nicht bereits geschehen, die Zahlung von Beiträgen an den Freiwilligen Fonds in Erwägung zu ziehen, damit dieser wirksam auf die wachsende Nachfrage nach Unterstützung reagieren kann;

18. *ersucht* den Generalsekretär, die Leitlinien von Tallinn für Maßnahmen zur Entwicklung der Humanressourcen der Behinderten, deren Wortlaut in der Anlage zu dieser Resolution enthalten ist, den Mitgliedstaaten, nationalen Koordinierungsmechanismen auf dem Gebiet der Behinderung, den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, anderen zwischenstaatlichen Organen und mit Behindertenfragen befaßten nichtstaatlichen Organisationen zur Kenntnis zu bringen;

19. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

20. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Durchführung des Weltaktionsprogramms für Behinderte und Behindertendekade der Vereinten Nationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

ANLAGE

Leitlinien von Tallinn für Maßnahmen zur Entwicklung der Humanressourcen der Behinderten

Einleitung

1. Das vom 14. bis 22. August 1989 in Tallinn (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken) abgehaltene Internationale Treffen über die Humanressourcen der Behinderten, nach Behandlung der Situation in bezug auf die Entwicklung der Humanressourcen der Behinderten, insbesondere in den Entwicklungsländern, ist der festen Überzeugung, daß es notwendig ist, die bereits laufenden Aktivitäten zu verstärken und weitere und innovative Aktivitäten durchzuführen, um die weitere Entfaltung und den beständigen Fortschritt der Behinderten zu fördern.

2. Seit der Verabschiedung des Weltaktionsprogramms für Behinderte durch die Generalversammlung in ihrer Resolution 37/52 vom 3. Dezember 1982 hat es sich als immer notwendiger erwiesen, der Entwicklung der Humanressourcen der Behinderten höhere Priorität einzuräumen, unter besonderer Berücksichtigung von Bildung und Ausbildung, von Beschäftigung sowie von Wissenschaft und Technik. In diesem Zusammenhang hat die Generalversammlung in ihrer Resolution 37/53 vom 3. Dezember 1982 den Zeitraum 1983-1992 zur Behindertendekade der Vereinten Nationen erklärt und den Mitgliedstaaten nahegelegt, diesen Zeitraum als eine der Möglichkeiten zur Verwirklichung des Weltaktionsprogramms zu nutzen.

3. Die Hauptziele des Weltaktionsprogramms sind die Förderung wirksamer Maßnahmen zur Behinderungsvorsorge, zur Rehabilitation und zur Verwirklichung der Ziele der vollen Teilhabe und Gleichstellung von Behinderten. Zur Erreichung dieser Ziele sind Unterricht, Ausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten gebührendes Gewicht beizumessen.

4. Es wird zwar anerkannt, daß die Lebensbedingungen aller Menschen in den Entwicklungsländern dringend verbessert werden müssen, doch verlangen die Zielsetzungen des Weltaktionsprogramms besondere Beachtung für die Situation der Behinderten in der Zeit bis zum Ende der Dekade und danach. Eine wirksame Umsetzung des Weltaktionsprogramms wird dank der Mobilisierung größeren menschlichen Potentials einen wichtigen Beitrag zum Prozeß der gesellschaftlichen Weiterentwicklung leisten.

5. Gleichermaßen wird zwar anerkannt, daß eine Reihe von Ländern bereits Maßnahmen im Rahmen des Weltaktionsprogramms eingeleitet oder durchgeführt haben, doch sollten weitere konzertierte Anstrengungen unternommen werden, um die Entwicklung der Humanressourcen der Behinderten in die intersektorale Planung auf nationaler Ebene zu integrieren.

Leitprinzipien

6. Die Entwicklung der Humanressourcen ist ein Prozeß, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht und der auf die vollste Realisierung des Potentials und der Fähigkeiten des Menschen ausgerichtet ist. Dieser Prozeß ist von grundlegender Bedeutung für das Konzept der Herstellung von Chancengleichheit entsprechend den Zielen des Weltaktionsprogramms.

7. Durch die Entwicklung der Humanressourcen sind Behinderte in der Lage, ihre Rechte als vollwertige Staatsbürger wirksam auszuüben. Als vollwertige Staatsbürger haben sie die gleichen Rechte und Pflichten wie die anderen Mitglieder der Gesellschaft, namentlich auch das in den internationalen Menschenrechtsinstrumenten niedergelegte Recht auf Leben. Außerdem haben sie dieselben Wahlmöglichkeiten im gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben ihrer Gemeinschaften wie andere Staatsbürger.

8. Menschen mit Behinderungen sind Meister ihres eigenen Geschicks und nicht Betreuungsobjekte, ein Leitsatz, dem die Regierungen und Organisationen in ihren Politiken und Programmen Rechnung tragen müssen. Dies bedeutet, daß Behinderte als Einzelpersonen wie als Mitglieder von Organisationen als gleichberechtigte Partner am Entscheidungsprozeß beteiligt werden müssen.

9. Die Fähigkeiten von Behinderten und ihren Familien sollten durch Dienstleistungen untermauert

werden, die auf Gemeindeebene angesiedelt sein und von den Regierungen und nichtstaatlichen Organisationen flankierend gewährt werden sollten. Diese Dienstleistungen sollten Selbständigkeit fördern und Behinderte in die Lage versetzen, an der gesellschaftlichen Entwicklung teilzuhaben. Die Regierungen sollten die Funktion der Behindertenorganisationen, die Behinderten zu befähigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, anerkennen und unterstützen.

STRATEGIEN

A. *Partizipation von Behinderten*

10. Es muß eine gesetzliche Basis vorhanden sein, die es Behinderten gestattet, als vollwertige Bürger an der Entscheidungsfindung mitzuwirken, und zwar auf allen Ebenen der Planung, Durchführung, Überwachung und Evaluierung von Politiken und Programmen.

11. Soll Behinderten eine volle Mitwirkung erleichtert und die Wahrnehmung ihrer Rechte als Bürger gestattet werden, müssen sie unbedingt Zugang zu Informationen haben. Dazu müssen alle Informationen in geeigneter Form aufbereitet werden. Zu den entsprechenden Formen können etwa Brailleschrift, Großdruck, audiovisuelle Mittel und Umsetzung in Zeichensprache gehören. Die Kanäle der Informationsverbreitung sollten Fernsehen, Rundfunk, Zeitungen und Post umfassen. Die Regierungen sollten gemeinsam mit Behindertenorganisationen Formen der Informationsaufbereitung und -verbreitung ermitteln, die geeignet sind, behinderte Bürger zu erreichen.

12. Die Regierungen sollten rechtsverbindliche Normen und Vorschriften verabschieden, anwenden und finanzieren, die den Zugang von Behinderten zu Gebäuden, Straßen sowie zu Verkehrsmitteln auf der Straße sowie in der See- und Luftfahrt verbessern, indem sie sicherstellen, daß diese von der Bauweise her und in jeder sonstigen Hinsicht hindernisfrei sind. Kommunikationssysteme und Sicherheitsmaßnahmen sollten entwickelt und den Bedürfnissen behinderter Bürger angepaßt werden.

13. Um die Anwerbung von Behinderten zu erleichtern und die Privatindustrie bei der Einstellung von Behinderten zu unterstützen, sollten auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene tätige Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen, Verzeichnisse qualifizierter behinderter Stellensuchender anlegen und auf dem neuesten Stand halten.

B. *Stärkung von Basisinitiativen*

14. Örtliche Nachbarschaftsinitiativen sollen besonders gefördert werden. Behinderten und ihren Familien soll die Bildung von Basisorganisationen nahegelegt werden, deren Bedeutung staatlich anerkannt wird und die staatliche Unterstützung in Form von Finanzierung und Ausbildung erhalten.

15. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen, die sich mit Behindertenfragen befassen, sollen Behinderten die Mitwirkung als gleichberechtigte Partner gestatten.

16. Ein effizientes Tätigwerden staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, die sich mit Behinderungen befassen, erfordert eine Ausbildung auf organisations- und verwaltungstechnischem Gebiet.

17. Auf nationaler Ebene sollten umfassende grundsatzpolitische Rahmenpläne mit flankierenden Rechtsvorschriften ausgearbeitet werden.

18. Das Wesen eines ganzheitlichen Ansatzes besteht darin, daß die Behinderungsproblematik in allen staatlichen Ministerien Berücksichtigung und auf allen Ebenen der staatlichen Politik und Planung Eingang findet. Nationale Koordinierungsgremien mit Verbindungen zur lokalen, regionalen und interregionalen Ebene sollten geschaffen beziehungsweise ausgebaut werden. An diesen Gremien sollten alle staatlichen Ministerien, gesetzgebenden Ausschüsse und nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere die Behindertenorganisationen, beteiligt sein. Diese Gremien sollten bestehende Politiken, Pläne und Programme prüfen, vorhandene und voraussichtlich verfügbare Mittel erfassen und die Durchführung nationaler Politiken überwachen und bewerten.

19. Nationale Entwicklungsprogramme sollten Teilkomponenten enthalten, die sich mit der Behinderungsproblematik befassen.

20. Behinderte Frauen sollten im Rahmen der bestehenden nationalen und regionalen Frauenprogramme Berücksichtigung finden.

21. Auf der Dienstleistungsebene impliziert ein ganzheitlicher Ansatz, daß im Rahmen pädagogischer, berufsbildender, gesundheitlicher und sozialer Dienstleistungsorganisationen tätige Fachleute miteinander zusammenarbeiten und Weiterverweisungen aneinander vornehmen.

D. *Förderung von Bildung und Ausbildung*

22. Die ersten Lebensjahre sind ausschlaggebend für die Gesamtentwicklung eines behinderten Kindes und für die Förderung einer positiven Einstellung gegenüber dem Kind. Um diesen Bedürfnissen während der prägenden Zeit im Kleinkind- und Vorschulalter gerecht zu werden, sollten konkrete Programme und Unterrichtsmaterialien erarbeitet werden.

23. Der Grund-, Sekundar- und Hochschulunterricht sollte Behinderten im Rahmen des regulären Bildungssystems und an normalen Schulen sowie in Berufsausbildungsprogrammen offenstehen. Werden taube Schüler und Studenten unterrichtet, so sind Lehrer und/oder Dolmetscher zur Verfügung zu stellen, die der landesüblichen Zeichensprache mächtig sind.

24. Für Taube müssen sonderpädagogische Programme und Schulen bereitgestellt werden, die die landesübliche Zeichensprache und die jeweilige Kultur der Tauben fördern. In diesen Programmen und Schulen sollten Taube beschäftigt werden.

25. Von den Regierungen sollten auf nationaler und lokaler Ebene kostenwirksame Alternativen zu getrennten schulischen Einrichtungen entwickelt und umgesetzt werden. Zu diesen Alternativen zählen Sonderpädagogen, die als Berater der regulären Lehrkraft fungieren, mit Fachpersonal und fachspezifischem Material ausgestattete Räume, Spezialklassen innerhalb normaler Schulen und Dolmetscher für taube Schüler und Studenten.

26. Bei der Unterweisung von behinderten Kindern sollten Gesundheits- und Sozialdienste wie auch Lehrer und Eltern zusammenarbeiten und konzertierte Anstrengungen unternehmen. Es sollten dabei auch flankierende Maßnahmen wie technische Hilfen, besonders angepaßte pädagogische Vorgehensweisen und Anreize für Lehrer vorgesehen sein.

27. Inhalt und Qualität von Unterricht und Ausbildung sollten den Erwerb von Fertigkeiten sicherstellen, die wirtschaftlich nützlich sind und Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Laufbahnorientierungs- und Berufsausbildungsprogramme sollten vorhanden sein, um behinderten Schülern und Studenten den Übergang ins Wirtschaftsleben zu erleichtern.

28. Neben einer herkömmlichen Ausbildung und Bildung sollte den Behinderten eine Ausbildung auf dem Gebiet des gesellschaftlichen Umgangs und der Selbsthilfe geboten werden, um sie auf ein eigenständiges Leben vorzubereiten. Es sollten besondere Anstrengungen unternommen werden, um die Erziehung und praktische Ausbildung von behinderten Mädchen und Frauen in städtischen wie auch in ländlichen Gebieten zu fördern.

29. Die allgemeinen Lehrpläne für die Lehrerausbildung sollten im Rahmen von Lehrveranstaltungen auch die Fähigkeit zur Unterweisung von behinderten Kindern und Jugendlichen an normalen Schulen vermitteln.

30. Jede Regierung sollte über einen nationalen Plan zur Ausbildung und Beschäftigung einer ausreichenden Anzahl von Rehabilitationsfachleuten im Gesundheits-, Erziehungs- und Berufsausbildungswesen verfügen. Dafür sollten Behinderte eingestellt werden.

31. Auf Gebieten wie dem Bildungswesen, den Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen, dem Gesundheits- und Sozialwesen, dem Recht, der Architektur und der technischen Entwicklung, die oft mit verschiedenen Aspekten der Rehabilitation in Berührung kommen, sollten im Rahmen der Fachausbildung auch die Rechte und Bedürfnisse der Behinderten gelehrt werden. Die Fachleute auf diesen Gebieten sollten auch über die den Behinderten zur Verfügung stehenden Ressourcen informiert sein, damit sie ihnen eine entsprechende Beratung oder entsprechende Dienstleistungen zuteil lassen werden können.

32. Es sollte anerkannt werden, daß geeignete Technologien für die Nutzung der vorhandenen Ressourcen unabdingbar sind. Dazu gehören einfache, überall erhältliche Geräte wie auch Computertechnologie.

E. *Förderung der Beschäftigung*

33. Behinderte haben das Recht auf Ausbildung und Beschäftigung zu denselben Bedingungen wie nichtbehinderte Arbeitnehmer. In den Entwicklungsländern sollten Rehabilitationsprogramme auf kommunaler Ebene gefördert werden, die bessere Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen. Von den für Arbeitnehmer im allgemeinen bereits vorhandenen Diensten für die theoretische und praktische Berufsausbildung und Berufsberatung sowie für die Arbeitsvermittlung und die Beschäftigung sollte Gebrauch gemacht werden. Die Ausbildung am Arbeitsplatz kann sich als wirksamer erweisen als eine konventionelle Ausbildung.

34. Allgemeine Entwicklungsprogramme, die Kredite, Ausbildung und Ausrüstungsgegenstände für einkommenswirksame Tätigkeiten bereitstellen, sollten sich auch auf Behinderte erstrecken.

35. Beschäftigungsmöglichkeiten können erstens durch Maßnahmen, die sich auf Beschäftigungs- und Entlohnungsnormen beziehen und für alle Arbeitnehmer gelten, und zweitens durch Maßnahmen gefördert werden, die besondere Unterstützung und besondere Anreize vorsehen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten sollten über die herkömmlichen Beschäftigungen hinaus auf selbständige Erwerbstätigkeiten, Genossenschaften oder andere Formen des gemeinschaftlichen Einkommenserwerbs ausgedehnt werden. Soweit für Jugendliche und Arbeitslose besondere einzelstaatliche Arbeitsförderungsmaßnahmen in die Wege geleitet worden sind, sollten diese auch Behinderte mit einschließen. Die Einstellung von Behinderten sollte aktiv betrieben werden, und bei gleicher Qualifikation eines behinderten Bewerbers und eines nichtbehinderten Bewerbers sollte dem behinderten Bewerber der Vorzug gegeben werden.

36. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen sollten gemeinsam mit den Behindertenorganisationen Politiken festschreiben, durch die die Ausbildung und Beschäftigung von Behinderten, insbesondere auch von behinderten Frauen, und Nichtbehinderten auf der Grundlage der Gleichberechtigung gefördert wird.

37. Es sollten auf Aktivmaßnahmen zur Steigerung der Beschäftigungsmöglichkeiten für behinderte Frauen gerichtete Politiken ausgearbeitet und durchgeführt werden. Regierungen und nichtstaatliche Organisationen sollten die Schaffung von einkommenswirksamen Projekten unterstützen, an denen behinderte Frauen beteiligt sind.

F. *Finanzierungsvorkehrungen*

38. Die Finanzmittel sollten im allgemeinen auf dem Wege über die regulären, nach Sektoren geordneten Haushaltssysteme zugewiesen werden. Zur Erleichterung der selbständigen oder unselbständigen Erwerbstätigkeit von Behinderten kann ein nationaler Rehabilitationsfonds eingerichtet werden. Dieser Fonds könnte zur Bestreitung der Ausbildungs-, Ausstattungs- und Anlaufkosten verwendet werden.

39. Entsprechend sollten Fonds für die Kreditvergabe an kleine Basis-Pilotprojekte eingerichtet und mit Hilfe einfacher Verfahren auf lokaler Ebene verwaltet werden.

G. *Sensibilisierung der Bevölkerung*

40. Um in der Bevölkerung das Verständnis für die Rechte, Bedürfnisse und Fähigkeiten von Behinderten zu erhöhen, müssen gemeinsam mit den Behinderten und deren Organisationen Bemühungen unternommen werden, um unter Heranziehung der Massenmedien, insbesondere des Films, des Fernsehens, des Rundfunks und der Presse, einen Informationsfluß zu entwickeln und zu fördern. Informationen für Behinderte und ihre Familien über alle Aspekte des Lebens mit einer Behinderung sollten vor allem so klar und unkompliziert wie möglich sein.

41. Programme zur Sensibilisierung der Bevölkerung sollten spezifische Strategien zur Verhütung von Behinderungen mit einschließen. Auf eine Früherkennung, Frühbehandlung und Frühprävention abgestellte staatliche Bemühungen sollten durch die Sensibilisierung der Bevölkerung und ihre Beteiligung an Behindertenprogrammen verstärkt werden.

42. Geistig Behinderte (geistig Zurückgebliebene oder Geisteskranke) oder Mehrfachbehinderte zählen zu den am stärksten stigmatisierten Bevölkerungsgruppen. Sie haben das Recht, Entscheidungen zu treffen, Risiken einzugehen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen und in der Gemeinschaft zu leben. Ihr Status, ihre Fähigkeiten und ihr Streben als Erwachsene müssen respektiert und dadurch untermauert werden, daß sie in den Ent-

scheidungsfindungsprozeß eingebunden werden, obwohl viele von ihnen vielleicht ein individuelles Sprachrohr benötigen, um sich klar verständlich machen zu können.

43. Die Vorteile, die geistig und mehrfachbehinderte Menschen aus einer Unterweisung, einer Berufsausbildung und den Beschäftigungsmöglichkeiten beziehen, sollten anerkannt werden. Für viele dieser Menschen müssen die Möglichkeiten individuell zugeschnitten werden. Sie benötigen Unterstützung, damit sie und ihre Familien zu einer positiven Lebenseinstellung gelangen und diese beibehalten können.

44. Das Weltaktionsprogramm sollte auf Veranlassung der Staaten in alle Landessprachen übersetzt werden. Durch die entsprechenden Medien sollten auch Fassungen davon in Brailleschrift, in Großdruck und in vereinfachter Form verfügbar gemacht werden, damit eine möglichst breite Verteilung an alle Bürger, einschließlich der Behinderten und ihrer Familien, sowie an nichtstaatliche und staatliche Organisationen erfolgen kann.

H. *Verbesserung der Methoden für die Entwicklung der Humanressourcen*

45. Politiken und Programme für die Entwicklung der Humanressourcen der Behinderten sollten auf einer Evaluierung der Bedürfnisse und Ressourcen derselben sowie auf den Möglichkeiten der bestehenden Entwicklungsprogramme und -dienste zur Deckung dieser Bedürfnisse beruhen. Die Umsetzung dieser Politiken und Programme sollte periodisch kontrolliert und im Hinblick auf ihre wirksame Durchführung Anpassungen unterzogen werden.

46. Ein Evaluierungsvorgang sollte bereits im Planungsstadium in die Programme eingebaut werden, damit ihre Gesamtleistung in bezug auf die Erfüllung der politischen Zielsetzungen bewertet werden kann. Behinderte sollten bei der Ausarbeitung von Kontroll- und Evaluierungskriterien eine aktive Rolle spielen.

47. Diensten für Hör-, Sprach-, geistig oder Mehrfachbehinderte sollte vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

48. Außerdem sollten die Bedürfnisse besonderer Gruppen, wie behinderter Kinder, behinderter Frauen, behinderter älterer Menschen, behinderter Nichtseßhafter und behinderter Flüchtlinge, anerkannt und gedeckt werden.

49. Staatliche und nichtstaatliche Organisationen sollten sich die jüngsten Fortschritte beim Unterricht durch Kommunikationsmedien — dem Fernunterricht — zunutze machen, der sich als geeignete Methode zur Entwicklung der Humanressourcen der Behinderten erwiesen hat.

50. Der örtliche Einsatz geeigneter Technologien zur Herstellung von Gegenständen wie Rollstühlen, Prothesen und Gehhilfen sowie Hör- und Sehhilfen sollte den technischen, sozioökonomischen und kulturellen Gegebenheiten der jeweiligen Gesellschaft Rechnung tragen. Jedes Land sollte über ein nationales System zur Bereitstellung von Rehabilitationshilfen verfügen.

I. *Regionale und internationale Zusammenarbeit*

51. Die Ausbildungsprogramme zur Entwicklung der Humanressourcen der Behinderten sollten durch gemeinschaftliche Anstrengungen auf regionaler und/oder subregionaler Ebene verstärkt werden. Diese Programme sollten im Rahmen bestehender zwischenstaatlicher und regionaler Organisationen, einschließlich der Behindertenorganisationen, koordiniert werden.

52. Internationale Entwicklungshilfeprojekte sollten eine Komponente aufweisen, die spezifisch auf die Unterstützung von Behindertenorganisationen und die Ausbildung ihrer Mitglieder ausgerichtet ist. Außerdem sollten im Rahmen dieser Projekte Behinderten Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden.

53. Alle auf eine makroökonomische Planung und Entwicklung ausgerichteten internationalen Entwicklungshilfeprogramme, beispielsweise im Agrar- oder Bildungsbereich, sollten eine spezifische Komponente enthalten, durch die die Teilhabe von Behinderten an diesen Programmen sichergestellt wird.

54. Auf nationaler wie auf interregionaler Ebene sollten die Regierungen sich nachdrücklich für die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen in konkreten Bereichen der Behinderung einsetzen, um die Koordinierung sicherzustellen und eine doppelte Erbringung von Dienstleistungen zu vermeiden.

55. Die Beziehungen zwischen Behindertenorganisationen in entwickelten Ländern und Entwicklungsländern sollten verstärkt werden. Dies kann durch den Informationsaustausch, durch Praktika und durch Tagungen erreicht werden, die den Behinderten als Forum für den Austausch von Erfahrungen über strategische Vorgehensweisen dienen. Es könnten Kurse und Feldstudien zur Ausbildung von Ausbildern und Managementpersonal in Behindertenorganisationen veranstaltet werden.

56. Die Umsetzung dieser Leitlinien erfordert wirksame Maßnahmen auf nationaler Ebene. Diese Maßnahmen sollten durch konzertierte Bemühungen auf internationaler Ebene, insbesondere seitens der Vereinten Nationen und ihrer Leitstelle für die Durchführung des Weltaktionsprogramms für Behinderte sowie seitens der zuständigen Organisationen und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, ergänzt werden. Nationale und internationale nichtstaatliche Organisationen, insbesondere Behindertenorganisationen, sollten darin voll eingebunden sein.

44/71 — Internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Verantwortung, die die Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit auf sich genommen haben,

besorgt darüber, daß die organisierte Kriminalität in vielen Teilen der Welt steigt und zunehmend grenzüberschreitende Formen annimmt, was im besonderen zur Ausbreitung solcher negativen Erscheinungen wie der Gewalt, des Terrorismus, der Korruption und des illegalen Suchtstoffhandels führt und im allgemeinen den Entwicklungsprozeß untergräbt, die Lebensqualität beeinträchtigt und Menschenrechte und Grundfreiheiten bedroht,

unter Berücksichtigung der das organisierte Verbrechen betreffenden Beschlüsse des Siebenten Kongresses der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und

die Behandlung Straffälliger[68] sowie der von den Mitgliedern des Ausschusses für Verbrechensverhütung und -bekämpfung zu diesem Thema zum Ausdruck gebrachten Auffassungen,

Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/70 vom 24. Mai 1989,

überzeugt von der Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu verstärken,

sowie davon überzeugt, daß der Achte Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger u.a. die Möglichkeiten und Wege zur weiteren Stärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens untersuchen wird,

in Anerkennung der zentralen Rolle, die der Ausschuß für Verbrechensverhütung und -bekämpfung auf dem Gebiet der Beratung spielt, und der von dem Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten, insbesondere von der Unterabteilung Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit, wahrzunehmenden Koordinierungsfunktion im Hinblick auf eine stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit,

1. *bittet* den Wirtschafts- und Sozialrat, den Ausschuß für Verbrechensverhütung und -bekämpfung auf seiner elften Tagung zu ersuchen, bei seiner Tätigkeit der Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

2. *fordert* die Regierungen, internationalen Organisationen und interessierten nichtstaatlichen Organisationen *auf*, zu diesem Zweck mit dem Ausschuß zusammenzuarbeiten und dem Ausschuß auf dem Wege über den Generalsekretär ihre Vorschläge betreffend eine stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu unterbreiten;

3. *ersucht* den Ausschuß, sich mit Möglichkeiten einer Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens zu befassen, und dabei die Meinungen der Regierungen, internationalen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen sowie die vom Achten Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger zum Ausdruck gebrachten Meinungen und gefaßten Beschlüsse zu berücksichtigen, und der Generalversammlung auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat seine Auffassungen vorzulegen.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/72 — Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit

Die Generalversammlung,

eingedenk der Verantwortung, die die Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit gemäß der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 155 C (VII) vom 13. August 1948 und der Generalversammlungsresolution 415 (V) vom 1. Dezember 1950 auf sich genommen haben, sowie ihrer zentralen Rolle bei der Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet im Einklang mit den Versammlungsresolutionen 3021 (XXVII) vom 18. Dezember 1972, 32/59 und 32/60 vom 8. Dezember 1977 und 35/171 vom 15. Dezember 1980,

unter Betonung der Wichtigkeit ihrer Resolution 40/32 vom 29. November 1985, in der sie den Mailänder Aktionsplan[51] gebilligt hat, der vom Siebenten Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger im Konsens als nützliches und wirksames Mittel zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und der Strafgerichtsbarkeit verabschiedet worden war,

unter Hinweis auf ihre Resolution 41/107 vom 4. Dezember 1986, in der sie die Mitgliedstaaten und den Generalsekretär gebeten hat, für die rechtzeitige Vorbereitung des Achten Kongresses der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger zu sorgen, ihre Resolution 42/59 vom 30. November 1987, in der sie u.a. die Ergebnisse der vom Generalsekretär durchgeführten umfassenden Überprüfung der Arbeitsmodalitäten und des Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und der Strafgerichtsbarkeit[69] begrüßt und die in den Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1986/11 vom 21. Mai 1986 und 1987/53 vom 28. Mai 1987 enthaltenen Empfehlungen gebilligt hat, sowie auf ihre Resolution 43/99 vom 8. Dezember 1988, in der sie betont hat, daß die Mitgliedstaaten auch weiterhin konzertierte und systematische Anstrengungen zur Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit unternehmen müssen,

sowie unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1987/49 vom 28. Mai 1987, in der der Rat die vorläufige Tagesordnung des Achten Kongresses gebilligt hat, und Kenntnis nehmend von der Ratsresolution 1989/68 vom 24. Mai 1989 über die Überprüfung der Arbeitsmodalitäten und des Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und der Strafgerichtsbarkeit und der Ratsresolution 1989/69 vom 24. Mai 1989 über die Fortsetzung der Vorbereitungen für den Achten Kongreß,

Kenntnis nehmend von den Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1989/56 vom 24. Mai 1989 mit der in der Anlage enthaltenen Satzung des Interregionalen Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege, 1989/59 vom 24. Mai 1989 betreffend die Schaffung des Afrikanischen Instituts für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger, 1989/62 vom 24. Mai 1989 über konzertierte internationale Maßnahmen gegen die im Mailänder Aktionsplan aufgezeigten Kriminalitätsformen sowie 1989/67 vom 24. Mai 1989 über Gewalt in der Familie,

sowie Kenntnis nehmend vom Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1989/134 vom 24. Mai 1989, mit dem der Rat die Einladung der Regierung Kubas annahm, den Achten Kongreß vom 27. August bis 7. September 1990 in Havanna abzuhalten,

[68] Siehe *Seventh United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders, Milan, 26 August-6 September 1985: report prepared by the Secretariat* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.86.IV.1), Kap. I, Abschnitt E.

[69] E/1987/43.

sich bewußt, daß die Einberufung eines solchen weltweiten Treffens zeigt, daß die Mitgliedstaaten, die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die Wissenschaftler und die Experten nach wie vor daran interessiert und dazu in der Lage sind, auf die durch neue Formen und Bereiche der Kriminalität auf nationaler wie auch internationaler Ebene dargestellte Herausforderung einzugehen,

in Anerkennung der Tatsache, daß die Kongresse der Vereinten Nationen als wichtige zwischenstaatliche Begegnungsstätten die einzelstaatliche Politik und Praxis mitgestaltet haben, indem sie den Gedanken- und Erfahrungsaustausch erleichtert, die öffentliche Meinung mobilisiert, grundsatzpolitische Alternativen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene empfohlen und so einen bedeutenden Beitrag zum Fortschritt und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet geleistet haben,

in Anerkennung des Erfolgs sämtlicher Vorbereitungsaktivitäten für den Achten Kongreß, die in einem Geist der gegenseitigen Verständigung, des produktiven Einvernehmens und der fachlichen Kompetenz durchgeführt wurden,

eingedenk der Hauptziele der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit, zu denen auch die Förderung einer effektiveren Rechtspflege, die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen grenzüberschreitende Kriminalität, die Achtung der Menschenrechte und die Anlegung der höchsten Maßstäbe hinsichtlich Fairneß, Effizienz, Menschlichkeit und Professionalität gehören,

sich bewußt, daß die grenzüberschreitende Kriminalität, insbesondere die Gewaltkriminalität und das organisierte Verbrechen, für die Entwicklung und Sicherheit der Nationen eine ernsthafte Bedrohung darstellt,

besorgt über den Anstieg und die zunehmende Schwere der konventionellen wie der nichtkonventionellen Kriminalität sowie der Jugendkriminalität in vielen Teilen der Welt und über ihre negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität und die Wahrnehmung der Menschenrechte und Grundfreiheiten,

sowie besorgt über die gemessen an ihrer zunehmenden Verantwortung und erweiterten Aufgabenstellung auf diesem Gebiet geringen Human- und Finanzressourcen, die den Vereinten Nationen zur Verfügung stehen,

anerkennend, daß Sachzwänge wirtschaftlicher und technischer Art viele Länder im Kampf gegen die Kriminalität behindern und daß der technische Fortschritt nicht nur Gefahren für die Umwelt des Menschen mit sich bringen, sondern auch zur Begehung von ausgeklügelten Verbrechensformen verwendet werden kann, denen gegenüber das Strafrecht eine nützliche Rolle zu spielen vermag, so auch beim Schutz der Umwelt über das Strafrecht,

überzeugt, daß es dringend geboten ist, die internationale Zusammenarbeit und Koordination auf allen Ebenen zu verstärken, damit der Herausforderung entgegengetreten werden kann, welche die moderne Kriminalität darstellt,

entschlossen, durch verbesserte gemeinsame Aktionen weitere Fortschritte bei der Verbrechensbekämpfung, insbesondere hinsichtlich der neuen Erscheinungsformen und der grenzüberschreitenden Ausprägungen, und bei der Gewährleistung der Achtung des Primats von Recht und Gesetz zu erzielen sowie die Nützlichkeit und Wirkung des Achten Kongresses durch die Erörterung und Verabschiedung wichtiger neuer internationaler Vertragswerke und durch die verstärkte Aufklärung der Öffentlichkeit über die Kongreßergebnisse zu erhöhen,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[70] über die Durchführung ihrer Resolution 43/99, in dem u.a. die Empfehlungen der regionalen Vorbereitungstreffen für den Achten Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger zusammengefaßt sind[71];

2. *bekräftigt* die weitere Gültigkeit des Mailänder Aktionsplans und die Wichtigkeit seiner Zielsetzungen, zu denen auch die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und der Ausbau der von den Vereinten Nationen auf diesem Gebiet gespielten Rolle gehören;

3. *bittet* die internationale Gemeinschaft *nachdrücklich*, die Empfehlungen im Mailänder Aktionsplan wie auch die vom Siebenten Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger verabschiedeten Resolutionen umzusetzen, und bittet die Regierungen, dem Generalsekretär, soweit noch nicht geschehen, sachdienliche Informationen über die diesbezüglichen Fortschritte zukommen zu lassen;

4. *gibt der Hoffnung Ausdruck*, daß der Achte Kongreß maßgeblich zur Lösung von Problemen im Zusammenhang mit der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit beitragen wird;

5. *billigt* die in den Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1989/68 und 1989/69 enthaltenen Empfehlungen und ersucht den Generalsekretär, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sie in die Tat umzusetzen;

6. *anerkennt* die entscheidenden Aufgaben des Ausschusses für Verbrechensverhütung und -bekämpfung, den der Wirtschafts- und Sozialrat mit der Ausarbeitung praxisbezogener Politiken auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit und mit der Überwachung der Anwendung der diesbezüglichen Normen und Maßstäbe der Vereinten Nationen betraut hat und der auch das Vorbereitungsorgan für die Kongresse der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger ist;

7. *begrüßt es*, daß der Ausschuß einen Unterausschuß eingesetzt und damit beauftragt hat, einen Überblick über das Kriminalitätsproblem auszuarbeiten und zu bewerten, welche Mittel am effizientesten wären, um praxisbezogene internationale Maßnahmen zur Unterstützung der Mitgliedstaaten zu fördern, und begrüßt auch die Einsetzung einer vor der Tagung zusammentretenden Arbeitsgruppe, die den Auftrag hat, die Umsetzung der bestehenden Normen zu verfolgen;

8. *begrüßt außerdem* die Verabschiedung der Satzung des Interregionalen Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für Kriminalität und Rechtspflege und die offizielle Errichtung des Afrikanischen Instituts für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger in Kampala;

9. *bittet* den Ausschuß für Verbrechensverhütung und -bekämpfung, auf seiner elften Tagung den Schlußfolgerungen und Empfehlungen seines Unterausschusses vorrangige Beachtung zu schenken und zu erwägen,

---

[70] A/44/400.

[71] Ebd., Abschnitt III.A.

welche geeigneten Anschlußmaßnahmen der Achte Kongreß hierzu treffen könnte;

10. *unterstreicht* die Wichtigkeit des Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit und die Notwendigkeit, es zu stärken, damit es auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Mitgliedstaaten, deren Stabilität und sozialer Frieden und deren Gesetzesvollzugs- und Rechtspflegestrukturen durch das wachsende Ausmaß und die Folgen der Kriminalität untergraben werden könnten, besser eingehen kann;

11. *ersucht* den Generalsekretär sicherzustellen, daß die Unterabteilung Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit des Sekretariats-Zentrums für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten ausreichend mit Human- und Finanzressourcen ausgestattet ist, damit sie die ihr von den richtliniengebenden Organen der Vereinten Nationen übertragenen vielfältigen Aufgaben durchführen kann, zu denen auch die Förderung eines gemeinschaftlichen Vorgehens seitens der Regierungen in bezug auf Probleme von allgemeinem Belang, wissenschaftliche Auswertungen, die Sammlung und Verbreitung von Informationen, die Erstellung von Berichten und Studien und technische Kooperationsaktivitäten gehören, und ersucht ihn ferner sicherzustellen, daß sich der fachlich spezialisierte Charakter des Arbeitsprogramms der Unterabteilung in ihrem Management und ihrer personellen Besetzung voll niederschlägt;

12. *nimmt Kenntnis* von den Anstrengungen, die das Sekretariat unternommen hat, um ein weltweites Verbundnetz für Informationen über Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit[72] aufzubauen, bittet die betreffenden staatlichen Stellen und die Institutionen auf dem Gebiet der Strafgerichtsbarkeit nachdrücklich, sich einem solchen Verbundnetz angesichts seines Wertes anzuschließen, und ersucht den Generalsekretär sicherzustellen, daß es mit ausreichenden Mitteln voll ausgebaut und tätig werden kann;

13. *bittet* den Wirtschafts- und Sozialrat, auf seiner ersten ordentlichen Tagung 1990 den Bericht über die elfte Tagung des Ausschusses für Verbrechensverhütung und -bekämpfung mit Vorrang zu behandeln und dabei auch die operativen Aspekte des Arbeitsprogramms auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung zu beachten, mit dem Ziel, interessierte Länder beim Aufbau eigenständiger und angemessener Gesetzesvollzugs- und Rechtspflegestrukturen zu unterstützen, und zwar durch die Entwicklung von Humanressourcen, die Stärkung einzelstaatlicher Mechanismen, die Förderung der Menschenrechte, die Organisation gemeinsamer Ausbildungsaktivitäten und die Ausarbeitung von Pilot- und Mustervorhaben, und bittet nachdrücklich die Weltbank, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Sekretariats-Hauptabteilung für technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung und andere Finanzierungsstellen, technischen Kooperationsaktivitäten weiterhin finanzielle und sonstige Unterstützung zukommen zu lassen;

14. *legt* den Regierungen sowie den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *nahe*, in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung und Durchführung technischer Kooperationsvorhaben auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit zu spielen, für Aktivitäten der technischen Hilfe in ausreichendem Maße Mittel und Sachverständige bereitzustellen und die interregionalen und regionalen Institute für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger verstärkt zu unterstützen;

15. *bittet* die Regierungen *erneut*, sich aktiv an den Vorbereitungen für den Achten Kongreß zu beteiligen, insbesondere durch die Mitwirkung nationaler Korrespondenten auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und -bekämpfung, die Vorlage von nationalen Positionspapieren zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten, gegebenenfalls die Schaffung von Nationalen Komitees und Leitstellen und die Förderung von Beiträgen seitens der akademischen Gemeinschaft und der in Betracht kommenden wissenschaftlichen Institutionen;

16. *bittet* die Mitgliedstaaten *nachdrücklich*, zu den beiden Forschungsworkshops beizutragen, die während des Achten Kongresses über die computergestützte Erfassung von Daten aus der Strafgerichtsbarkeit, sowie über Alternativen zur Freiheitsentziehung veranstaltet werden sollen, indem sie wissenschaftliche Untersuchungen und fachtechnische Referate sowie andere Informationen beisteuern, die einen fruchtbaren sachbezogenen Austausch der einzelstaatlichen Erfahrungen auf diesen Gebieten ermöglichen würden;

17. *fordert* die Sonderorganisationen, insbesondere die Internationale Arbeitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die Weltgesundheitsorganisation, die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation und die Internationale Seeschiffahrts-Organisation sowie andere zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen *auf*, sich aktiv am Achten Kongreß zu beteiligen und nationalen, regionalen und internationalen Maßnahmen zur Verbrechensverhütung und qualitativen Verbesserung der Rechtspflege die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen und den gebotenen Vorrang einzuräumen;

18. *ersucht* den Achten Kongreß, unter Punkt 3 seiner vorläufigen Tagesordnung im Einklang mit den Empfehlungen der Vorbereitungstreffen und des Ausschusses für Verbrechensverhütung und -bekämpfung, der u.a. auch nachdrücklich auf die Rolle des Strafrechts auf dem Gebiet des Umweltschutzes hingewiesen hat, der Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit bei der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit vordringliche Beachtung zu schenken;

19. *ersucht* den Achten Kongreß *außerdem*, unter Punkt 5 seiner vorläufigen Tagesordnung den Verbindungen zwischen unerlaubtem Drogenhandel, organisiertem Verbrechen und den kriminellen Handlungen von Terroristen besondere Beachtung zu schenken;

20. *legt* den Mitgliedstaaten *nahe*, Beiträge zum Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Sozialprävention zu leisten, damit der Fonds in der Lage ist, Aktivitäten zur Unterstützung von Ländern durchzuführen, die darum ersuchen;

21. *ersucht* den Generalsekretär, durch den Ausbau des Informationsprogramms sicherzustellen, daß die sachliche und organisationstechnische Arbeit des Achten Kongresses voll und ganz ausreicht, um den Erfolg des Kongresses zu gewährleisten, und ersucht ihn, die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen;

22. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, dem Achten Kongreß und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die

[72] Ebd., Abschnitt IV.C.

Durchführung der Empfehlungen des Siebenten Kongresses vorzulegen, der gemäß Resolution 22 des Siebenten Kongresses und der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1987/49 zu erstellen ist, damit Bilanz über die erzielten Fortschritte gezogen werden kann und die Kontinuität von einem Kongreß zum nächsten gewährleistet ist;

23. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung seine Auffassungen und Empfehlungen zur Umsetzung der Schlußfolgerungen des Achten Kongresses vorzulegen;

24. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/73 — Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

Die Generalversammlung,

in Anbetracht dessen, daß nach Artikel 1 und 55 der Charta eines der Ziele der Vereinten Nationen darin besteht, die allgemeine Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne irgendeinen Unterschied, insbesondere auch ohne Unterschied nach dem Geschlecht, zu fördern,

erklärend, daß Frauen und Männer gleichberechtigt an der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung teilnehmen, gleichberechtigt zu ihr beitragen und gleichberechtigt an besseren Lebensbedingungen teilhaben sollten,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/180 vom 18. Dezember 1979, mit der sie die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau verabschiedet hat,

sowie unter Hinweis auf ihre vorangegangenen Resolutionen über die Konvention, insbesondere die Resolution 43/100 vom 8. Dezember 1988, und Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/44 vom 24. Mai 1989,

ferner unter Hinweis auf die am 7. und 8. März 1988 auf dem Vierten Treffen der Vertragsstaaten der Konvention gefaßten Beschlüsse[73],

sich bewußt, daß die Anwendung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[52] einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau und zur gesetzlichen wie auch faktischen Gleichstellung von Mann und Frau leisten kann,

in Anbetracht dessen, daß die Weltkonferenz zur Überprüfung und Bewertung der Ergebnisse der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden der Ratifikation der Konvention beziehungsweise dem Beitritt zu ihr großes Gewicht beigemessen hat,

eingedenk dessen, daß der 18. Dezember 1989 der zehnte Jahrestag der Verabschiedung der Konvention ist,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau über seine achte Tagung[74],

feststellend, daß der Ausschuß übereingekommen ist, bei der Prüfung der Berichte die unterschiedlichen kulturellen und sozioökonomischen Systeme der Vertragsstaaten der Konvention gebührend zu berücksichtigen,

1. *ist erfreut darüber*, daß mehr und mehr Mitgliedstaaten die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ratifiziert haben beziehungsweise ihr beigetreten sind;

2. *bittet nachdrücklich* alle Staaten, die die Konvention noch nicht ratifiziert haben beziehungsweise ihr noch nicht beigetreten sind, dies möglichst bald zu tun;

3. *hebt hervor*, wie wichtig es ist, daß die Vertragsstaaten ihren Verpflichtungen aus der Konvention genauestens nachkommen;

4. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[75] und ersucht ihn, der Generalversammlung jährlich einen Bericht über den Stand der Konvention vorzulegen;

5. *nimmt außerdem Kenntnis* vom Bericht des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau über seine achte Tagung;

6. *unterstützt* die vom Ausschuß auf seiner achten Tagung abgegebene allgemeine Empfehlung Nr. 10 betreffend die Aktivitäten zur Begehung des zehnten Jahrestags der Verabschiedung der Konvention[76], so auch das Ersuchen, seinen Bericht über die Erfolge und die Schwierigkeiten, denen die Vertragsstaaten bei der Anwendung der Konvention begegnen, regelmäßig auf den neuesten Stand zu bringen, und ersucht um die Bereitstellung ausreichender Mittel zu diesem Zweck;

7. *bittet* die Vertragsstaaten der Konvention *nachdrücklich*, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um ihre Erstberichte sowie auch die Zweitberichte und alle nachfolgenden Berichte über die Anwendung der Konvention gemäß deren Artikel 18 und gemäß den Richtlinien des Ausschusses vorzulegen und den Ausschuß bei der Präsentation der Berichte in jeder Weise zu unterstützen;

8. *anerkennt* die besondere Bedeutung, die die periodischen Berichte der Vertragsstaaten der Konvention für die Bemühungen der Kommission für die Rechtsstellung der Frau um eine Überprüfung und Bewertung der Anwendung der Zukunftstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau besitzen;

9. *unterstützt energisch* die Auffassung des Ausschusses, der zufolge der Generalsekretär einer verstärkten Unterstützung des Ausschusses höhere Priorität einräumen sollte;

10. *unterstützt* den Vorschlag des Ausschusses, dem zufolge drei bis fünf Tage vor der neunten Ausschußtagung eine Arbeitsgruppe zusammentreten soll, um die Probleme und Fragen im Zusammenhang mit dem zweiten und den nachfolgenden periodischen Berichten der Vertragsstaaten zur Behandlung auf der neunten Ausschußtagung vorzubereiten[77], und bittet den Generalsekretär, die dazu erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen;

11. *ermutigt* den Ausschuß *nachdrücklich*, seine Bemühungen um eine Rationalisierung seiner Verfahren und eine raschere Behandlung der periodischen Berichte wie auch um die Entwicklung von Verfahren und Richt-

[73] Siehe CEDAW/SP/14.
[74] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 38* (A/44/38).
[75] A/44/457.
[76] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 38* (A/44/38), Abschnitt V.
[77] Ebd., Abschnitt II.B.

linien für die Behandlung der Zweitberichte zu verstärken;

12. *nimmt Kenntnis* von den Vorschlägen des Generalsekretärs betreffend die vollständige Finanzierung des Ausschusses und ersucht darum, im Programmhaushaltsplan für 1990-1991 Vorsorge für die Teilnahme der zuständigen Mitarbeiter des Höheren Dienstes der zum Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten gehörenden Abteilung für die Förderung der Frau, von Rechtssachverständigen für die Anwendung von Menschenrechtsübereinkünften und von ausreichendem Sekretariatspersonal an allen Ausschußsitzungen sowie die erforderlichen Einrichtungen und Dienste für ein effektives Tätigwerden des Ausschusses zu treffen, damit dieser sein Mandat genauso effizient erfüllen kann wie andere aufgrund von Menschenrechtsübereinkünften geschaffene Gremien;

13. *begrüßt* die vom Generalsekretär bereits ergriffenen Maßnahmen und ersucht ihn, in Anbetracht der Begehung des zehnten Jahrestags der Verabschiedung der Konvention am 18. Dezember 1989 die Verbreitung von Informationen über die Konvention und den Ausschuß im Rahmen der vorhandenen Mittel zu erleichtern und zu unterstützen und dabei alle vom Ausschuß auf seiner achten Tagung abgegebenen allgemeinen Empfehlungen, insbesondere die allgemeine Empfehlung Nr. 10, zu berücksichtigen;

14. *ersucht* den Generalsekretär, den Bericht des Ausschusses der Kommission für die Rechtsstellung der Frau nachrichtlich zu übermitteln;

15. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen und diesen Bericht der Kommission für die Rechtsstellung der Frau auf ihrer fünfunddreißigsten Tagung zu übermitteln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/74 – Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der in ihrer Resolution 39/125 vom 14. Dezember 1984 enthaltenen Beschlüsse,

nachdrücklich hinweisend auf die Katalysatorrolle, die der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau im System der Vereinten Nationen sowie gegenüber staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und Finanzinstitutionen spielt, sowie auf seine Unterstützung innovativer und experimenteller Aktivitäten, die den Frauen entsprechend den einzelstaatlichen und regionalen Prioritäten unmittelbar zugute kommen,

in Bekräftigung dieser beiden vorrangigen Aufgaben des Fonds, die Frauen in eine bessere Ausgangsposition zur wirksameren Teilhabe an der Entwicklung ihrer Länder versetzen können,

im Hinblick auf die allgemeinen Initiativen, die der Fonds ergriffen hat, um innerstaatliche Verfahren und Einrichtungen für die Frau, Planungsministerien und andere Fachministerien sowie zwischenstaatliche Organisationen dabei zu unterstützen, Belange der Frau zu integrieren und deren Beteiligung an Entwicklungsprogrammen auf allen Ebenen sicherzustellen,

Kenntnis nehmend von den gezielten und handlungsorientierten Interventionen, die der Fonds im Rahmen seiner regionalen Prioritätenbereiche und seiner strategischen Gesamtziele durch Investitionen in erprobte und dokumentierte Modelle und Konzeptionen zugunsten der Frau und der Entwicklung vorgenommen hat,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Begleitschreiben des Generalsekretärs[78], mit dem dieser den Bericht des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Tätigkeit des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau übermittelt hat;

2. *nimmt Kenntnis* von der fortgesetzten Zusammenarbeit des Fonds mit Dienststellen im gesamten System der Vereinten Nationen, die sich mit der Frau und der Entwicklung befassen, und mit Planungs- und Fachministerien sowie mit den für die Integration der Frau in die Entwicklung zuständigen einzelstaatlichen Einrichtungen der Entwicklungsländer;

3. *betont*, wie wichtig es ist, die fachliche und finanzielle Kapazität des Fonds auszubauen, damit er seine Flexibilität erhalten beziehungsweise erhöhen und seinen eigenen Anteil an der Durchführung der von ihm auf nationaler, regionaler und globaler Ebene unterstützten staatlichen und nichtstaatlichen Projekte und Programme leichter erbringen kann;

4. *dankt* den Regierungen, nichtstaatlichen Organisationen und Einzelpersonen, die Beiträge zum Fonds angekündigt beziehungsweise geleistet haben[79];

5. *spricht* den Nationalkomitees für den Fonds und den nichtstaatlichen Organisationen *ihre Anerkennung aus* für ihre Initiativen bei der Ausarbeitung von Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeitsprogrammen sowie bei der Beschaffung von Mitteln für den Fonds;

6. *stellt mit Besorgnis fest*, daß die Mittel des Fonds noch immer nicht ausreichen, um es ihm zu gestatten, seine Programme vollständig durchzuführen und seine Flexibilität bei der Unterstützung von Aktivitäten auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu erhalten beziehungsweise zu erhöhen;

7. *bittet* die Regierungen, die nichtstaatlichen Organisationen und sonstige Stellen, substantielle Beiträge zum Fonds zu leisten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung den gemäß Versammlungsresolution 39/125 vorzulegenden Bericht des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Aktivitäten des Fonds zu übermitteln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/75 – Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die entsprechenden Ziffern der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[52], in denen die Wichtigkeit der Ernennung von Frauen in herausgehobene Leitungs- und Managementpositionen hervorgehoben wird,

[78] A/44/389.
[79] Ebd., Anhang, Anlage I-III.

feststellend, daß im Büro des Beigeordneten Generalsekretärs für Personalwesen und -management eine Beamtin herausgehobener Position als Koordinatorin für Frauenfragen ernannt wurde, die für alle Aspekte des Aktionsprogramms zur Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat verantwortlich sein wird[80],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 43/101 vom 8. Dezember 1988 über die Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau, 43/103 vom 8. Dezember 1988 und 43/224 C vom 21. Dezember 1988 über die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat und 43/226 vom 21. Dezember 1988 über das gemeinsame System der Vereinten Nationen und Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/29 vom 24. Mai 1989 über die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat sowie auf andere damit zusammenhängende Resolutionen und Beschlüsse,

sowie unter Hinweis auf die im vierten Bericht des Lenkungsausschusses für die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat vom 30. Juni 1988 empfohlenen Maßnahmen[81],

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs vom 16. Oktober 1989 über die Struktur des Sekretariats[82], wonach von den vierundzwanzig Posten auf der Untergeneralsekretärsebene zweiundzwanzig mit Männern und nur zwei mit Frauen besetzt sind (8,3 Prozent), daß siebzehn Posten auf der Ebene eines Beigeordneten Generalsekretärs mit Männern besetzt sind und keiner mit einer Frau, daß von den fünfundachtzig D-2-Posten achtundsiebzig mit Männern und sieben mit Frauen (8,2 Prozent) besetzt sind und daß von den zweihundertfünfundreißig D-1-Posten zweihundertzwanzig mit Männern und fünfzehn mit Frauen (6,4 Prozent) besetzt sind,

1. *ersucht* den Generalsekretär, in vollem Einklang mit den Artikeln 8, 97 und 101 der Charta der Vereinten Nationen noch intensivere Anstrengungen zu unternehmen, die Anzahl der im gesamten System der Vereinten Nationen beschäftigten Frauen, insbesondere in herausgehobenen Führungs- und Leitungspositionen mit dem Ziel zu erhöhen, den Gesamtanteil der Frauen in diesen Stellen im Einklang mit Ziffer 3 ihrer Resolution 40/258 B vom 18. Dezember 1985 bis 1990 auf 30 Prozent anzuheben;

2. *ersucht darum*, daß erneute Anstrengungen unternommen werden, um vorbehaltlich Artikel 101 der Charta eine ausgewogenere Repräsentation von Frauen aus Entwicklungsländern in der geographischen Verteilung unterliegenden Dienstposten sicherzustellen;

3. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, von der Auffassung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau sowie des Wirtschafts- und Sozialrats Kenntnis zu nehmen, der zufolge nach Maßgabe der durch den Haushalt gesetzten Grenzen die Erreichung des Ziels nicht behindert werden sollte, im Einklang mit dem Aktionsprogramm für die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat die Unterrepräsentation von Frauen im Sekretariat, insbesondere auf der Führungsebene, aufzuheben und die Laufbahnförderung der bereits im Sekretariat beschäftigten Frauen zu betreiben;

4. *ersucht* die Mitgliedstaaten *von neuem*, die Bemühungen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen um die Erhöhung des Anteils der Frauen im Höheren Dienst und in den oberen und obersten Rangebenen auch weiterhin u.a. dadurch zu unterstützen, daß sie mehr Kandidatinnen benennen und Frauen dazu anhalten, sich um offene Stellen zu bewerben;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über die zuständigen Organe, so auch die Kommission für die Rechtsstellung der Frau auf ihrer vierunddreißigsten Tagung, den Entwurf eines Programms für die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat für den Zeitraum 1991-1995 vorzulegen, dem konkrete Zielsetzungen und eine geeignete Kontrolle zugrunde gelegt sind, mit dem Ziel, bis 1995 einen wesentlich höheren Anteil der Frauen aus allen geographischen Regionen, insbesondere in herausgehobenen Positionen, sicherzustellen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem* sicherzustellen, daß sein Bericht über den Stand der Durchführung der Aktionsprogramme betreffend die Situation der Frauen im Sekretariat und künftige diesbezügliche Strategien sowie die von der Generalversammlung und vom Wirtschafts- und Sozialrat verabschiedeten diesbezüglichen Mandate der Kommission für die Rechtsstellung der Frau sowie der Generalversammlung zur Behandlung durch den Dritten Ausschuß unter dem die Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frauen betreffenden Tagesordnungspunkt vorgelegt werden.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/76 – Ältere Frauen

Die Generalversammlung,

Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/38 vom 24. Mai 1989, in der der Rat die Kommission für die Rechtsstellung der Frau ersucht hat, der derzeitigen und künftigen Situation älterer Frauen in der Welt besondere Beachtung zu schenken,

unter Hinweis auf ihre Resolution 40/30 vom 29. November 1985, in der betont wurde, daß die älteren Menschen auf allen Stufen des Entwicklungsprozesses, der in einer jeweiligen Gesellschaft stattfindet, als wichtige und benötigte Partner angesehen werden müssen,

sich bewußt, daß die Segregation aufgrund des Alters neben der geschlechtsbedingten Stereotypisierung die sozialen und wirtschaftlichen Probleme älterer Frauen noch verschärft und daß diese Frauen oft nur als Nutznießerinnen der Entwicklung und nicht als Beitragsleistende zur Entwicklung angesehen werden,

sowie sich dessen bewußt, daß Statistiken ein wichtiges Element der Planung und der Evaluierung von Politiken sind und daß es nur wenige Statistiken über die Situation älterer Frauen gibt,

1. *empfiehlt*, daß die Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen die Führungsrolle dabei übernehmen sollten, den wichtigen Beitrag und die Fähigkeit älterer Frauen anzuerkennen, an der Gestaltung der Zukunft ihrer jeweiligen Gesellschaft mitzuwirken;

2. *bekräftigt* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/38, in der der Rat den Generalsekretär ersucht

[80] A/C.5/40/30, Abschnitt III.B.
[81] Siehe A/C.5/43/14, Anhang I.
[82] A/44/604.

hat, im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel ein Seminar zu veranstalten, um Fragen zu untersuchen, die sich aus einer eingehenden Analyse der Situation alternder Frauen ergeben, und die Ergebnisse der Untersuchung im Zusammenhang mit dem Schwerpunktthema "Entwicklung" an die Kommission für die Rechtsstellung der Frau auf ihrer Tagung 1992 weiterzuleiten, auf der auch der zehnte Jahrestag der Verabschiedung des Internationalen Aktionsplans zur Frage des Alterns[49] begangen wird;

3. *bittet* das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau und das Statistische Amt des Sekretariats, in Zusammenarbeit mit den Regionalkommissionen bei ihren Bemühungen um eine Verbesserung der frauenspezifischen Datensammlungsmethodik älteren Frauen besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

4. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von dem wertvollen Beitrag, den nichtstaatliche Organisationen dadurch geleistet haben, daß sie auf die besonderen Bedürfnisse älterer Frauen aufmerksam gemacht haben, und ermutigt sie, zugunsten dieser Frauen weiterhin mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten;

5. *appelliert* an das System der Vereinten Nationen, bei seinen einschlägigen Aktivitäten gebührend zu beachten, welche wichtige Rolle ältere Frauen in allen ihren untereinander zusammenhängenden Aspekten als Mitgestalterinnen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung spielen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/77 — Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf alle ihre einschlägigen Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 40/108 vom 13. Dezember 1985, 42/62 vom 30. November 1987 und 43/101 vom 8. Dezember 1988, in denen sie sich u.a. den Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[52] bis zum Jahre 2000 angeschlossen und deren Wichtigkeit bekräftigt hat und Maßnahmen zu deren unverzüglicher Umsetzung und zur allgemeinen Realisierung der miteinander in Wechselbeziehung stehenden Gesamt- und Einzelziele der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden festgelegt hat,

unter Berücksichtigung der vom Wirtschafts- und Sozialrat seit seiner Resolution 1987/18 vom 26. Mai 1987 zu Frauenfragen verabschiedeten Resolutionen,

in Bekräftigung ihrer Resolution 40/30 vom 29. November 1985, in der sie betont hat, daß die älteren Menschen auf allen Stufen des Entwicklungsprozesses, der in einer jeweiligen Gesellschaft stattfindet, als wichtige und benötigte Partner angesehen werden müssen, und daß somit ältere Frauen als Beitragende zur Entwicklung wie auch als deren Nutznießerinnen angesehen werden sollten,

sowie in Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, die volle Mitwirkung von Frauen an wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Angelegenheiten zu begünstigen und die Entwicklung, die Zusammenarbeit und den Weltfrieden zu fördern,

im Bewußtsein des wichtigen und konstruktiven Beitrags, den die Kommission für die Rechtsstellung der Frau, die Sonderorganisationen, die Regionalkommissionen und anderen Organisationen und Organe des Systems der Vereinten Nationen sowie die entsprechenden nichtstaatlichen Organisationen zur Verbesserung der Situation der Frau leisten,

erneut nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Umsetzung, Überwachung, Überprüfung und Bewertung der Zukunftsstrategien von vorrangiger Bedeutung ist,

in der Erkenntnis, daß die Förderung der Frau eine der Prioritäten der Vereinten Nationen für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 ist,

daran erinnernd, daß die Kommission 1990 eine verlängerte Tagung abhalten wird, um die Fortschritte bei der Durchführung der Zukunftsstrategien zu prüfen und zu bewerten,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[83];

2. *bekräftigt* die Wichtigkeit der Resolutionen 1, 2 und 4, die von der Kommission für die Rechtsstellung der Frau auf ihrer Sondertagung 1987 verabschiedet wurden[84], insbesondere ihre Empfehlung, daß die Umsetzung der Zukunftsstrategien und die Frage der Rechtsstellung der Frau im allgemeinen als eine der Prioritäten in die Einführung zum mittelfristigen Plan der Vereinten Nationen für den Zeitraum 1992-1997 aufgenommen werden sollte;

3. *bekräftigt* die dringende Notwendigkeit einer unverzüglichen Umsetzung der Zukunftsstrategien in konkrete Maßnahmen seitens der Regierungen, nach Maßgabe ihrer nationalen Gesamtprioritäten, wie auch seitens der Organisationen und Organe des Systems der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen sowie der zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen;

4. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, Politiken und Programmen im Zusammenhang mit dem Unterthema "Beschäftigung, Gesundheit und Bildung", insbesondere der Alphabetisierung, Vorrang einzuräumen, um die Frauen, insbesondere in ländlichen Gebieten, in die Lage zu versetzen, ihre eigenen Bedürfnisse durch Eigenständigkeit und die Mobilisierung einheimischer Ressourcen zu decken, und außerdem Fragen im Zusammenhang mit der Rolle der Frau bei der wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsfindung und bei Bevölkerungs-, Umwelt- und Informationsfragen Vorrang einzuräumen;

5. *bekräftigt* die zentrale Rolle der Kommission in Angelegenheiten, die mit der Förderung der Frau zusammenhängen, und fordert die Kommission auf, die Umsetzung der Zukunftsstrategien bis zum Jahre 2000 auf der Grundlage der Zielsetzungen der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden und deren Unterthema "Beschäftigung, Gesundheit und Bildung" zu fördern, und bittet alle Organisationen des Systems der Vereinten Nationen nachdrücklich, die Kommission dabei tatkräftig zu unterstützen;

[83] A/44/511.
[84] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1987, Supplement No. 2* (E/1987/15), Kap. I, Abschnitt C.

6. *nimmt Kenntnis* von den Vorbereitungen für die für 1990 anberaumte Kommissionstagung zur Überprüfung und Bewertung des Durchführungsstands der Zukunftsstrategien;

7. *ersucht* die Kommission, während ihrer Tagung 1990 die Rolle der Frau in der Entwicklung und ihren Beitrag zur Entwicklung zu behandeln, um sicherzustellen, daß Frauenfragen bei der Vorbereitung für die Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern sowie für die internationale Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen angemessene Beachtung finden;

8. *ersucht* die Kommission *außerdem*, sich auf ihrer Tagung 1990 mit der Frage zu befassen, ob 1995 mit einem möglichst geringen Kostenaufwand eine Weltfrauenkonferenz veranstaltet werden könnte, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

9. *ersucht* die in Betracht kommenden Organe der Vereinten Nationen, bei der Berichterstattung an die Kommission über die Schwerpunktthemen auch künftig maßnahmenorientierte Beiträge vorzulegen;

10. *betont* im Rahmen der Zukunftsstrategien, wie wichtig es in Anbetracht der konkreten und dringenden Bedürfnisse der Entwicklungsländer ist, die Frauen vollständig in den Entwicklungsprozeß zu integrieren, und fordert die Mitgliedstaaten auf, für jede Ebene besondere Zielwerte aufzustellen, um in ihren Ländern den Anteil der Frauen in fachlich spezialisierten, Management- und Führungspositionen anzuheben;

11. *betont außerdem*, daß die Beseitigung sozioökonomischer Ungerechtigkeiten auf nationaler und internationaler Ebene als ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur vollständigen Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele der Zukunftsstrategien dringende Beachtung finden muß;

12. *bittet nachdrücklich darum*, daß die Vereinten Nationen und die Regierungen der Situation behinderter Frauen besondere Beachtung schenken und daß die Regierungen Maßnahmen treffen, um diesen Frauen auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet Chancengleichheit zu gewährleisten;

13. *billigt* die für 1991 anberaumte Veranstaltung einer im Rahmen der vorhandenen Mittel und aus freiwilligen und sonstigen Beiträgen finanzierten hochrangigen interregionalen Konsultation über die Frau im öffentlichen Leben;

14. *nimmt mit Interesse Kenntnis* von den Schlußfolgerungen und Empfehlungen des vom 22. bis 26. Mai 1989 in Wien abgehaltenen Internationalen Seminars über die Frau und die ländliche Entwicklung: Programme und Projekte[85];

15. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Ausarbeitung des systemumfassenden mittelfristigen Plans zur Förderung der Frau für den Zeitraum 1996 bis 2001 und bei der Integration der Zukunftsstrategien in von der Generalversammlung in Auftrag gegebenen Aktivitäten der Stärkung nationaler Mechanismen zur Förderung der Frau und konkreten sektoralen Themen, welche die drei Ziele Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden übergreifen und insbesondere Alphabetisierung, Erziehung, Gesundheit, Bevölkerungs- und Umweltfragen und die volle Mitwirkung der Frau am Entscheidungsfindungsprozeß umfassen, besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

16. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, den *World Survey on the Role of Women in Development*[86] (Weltüberblick über die Rolle der Frau in der Entwicklung) in Anbetracht seiner Wichtigkeit auch künftig zu aktualisieren und dabei besonderes Gewicht auf die negativen Folgen der schwierigen Wirtschaftslage in den meisten Entwicklungsländern, insbesondere auf die Lebensbedingungen der Frauen, zu legen und den sich verschlechternden Bedingungen für eine Aufnahme der Frauen in den Arbeitsmarkt sowie den Auswirkungen der sinkenden Sozialausgaben auf die Möglichkeiten der Frauen auf dem Gebiet der Bildung, des Gesundheitswesens und der Kinderbetreuung besondere Aufmerksamkeit zu schenken, und dem Wirtschafts- und Sozialrat 1993 auf dem Weg über die Kommission eine vorläufige Fassung des aktualisierten *World Survey on the Role of Women in Development* und 1994 eine endgültige Fassung vorzulegen;

17. *ersucht* die Regierungen, bei der Vorlage von Bewerbungen für offene Stellen im Sekretariat, insbesondere auf Führungsebene, bei Vorhandensein der erforderlichen Qualifikationen weiblichen Bewerbern den Vorrang zu geben, und ersucht den Generalsekretär, bei der Prüfung dieser Bewerbungen Bewerberinnen aus unterrepräsentierten und nichtrepräsentierten Ländern besonders zu berücksichtigen;

18. *fordert* den Generalsekretär und die Leitung der Sonderorganisationen und der anderen Organe der Vereinten Nationen *erneut auf*, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der ausgewogenen geographischen Verteilung für jede Ebene Fünfjahres-Zielwerte für den prozentualen Anteil der Frauen an Positionen des Höheren Dienstes und der Führungsebene aufzustellen, damit sich bis zum Jahre 1990 hinsichtlich der Durchführung der Generalversammlungsresolution 41/206 D vom 11. Dezember 1986 eine deutliche Aufwärtsentwicklung feststellen läßt, was die Anzahl der mit Frauen besetzten Positionen des Höheren Dienstes und der Führungsebene angeht, und fordert sie ferner auf, alle fünf Jahre neue Zielwerte aufzustellen;

19. *ersucht* den Generalsekretär, an die Regierungen, die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, einschließlich der Regionalkommissionen und der Sonderorganisationen, sowie an die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen die Bitte zu richten, dem Wirtschafts- und Sozialrat auf dem Weg über die Kommission regelmäßig über die auf allen Ebenen unternommenen Aktivitäten zur Umsetzung der Zukunftsstrategien Bericht zu erstatten;

20. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, im ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen auch künftig Mittel für die Ausstrahlung der wöchentlichen Rundfunkprogramme über Frauen bereitzustellen und dabei ausreichende Mittel für Rundfunksendungen in verschiedenen Sprachen vorzusehen sowie die Leitstelle für Frauenfragen in der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information auszubauen, die im Benehmen mit dem Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten ein wirksameres Öffent-

[85] Siehe A/44/516, Anhang.

[86] E/CN.6/1988/7.

lichkeitsarbeitsprogramm über die Förderung der Frau gestalten sollte;

21. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, in seinen Bericht über die Umsetzung der Zukunftsstrategien an die fünfundvierzigste Tagung der Generalversammlung eine Beurteilung der jüngsten Entwicklungen aufzunehmen, welche die auf der nächsten Tagung der Kommission zu behandelnden Schwerpunktthemen betreffen, und der Kommission eine Zusammenfassung der von den Delegationen im Laufe der Debatte in der Versammlung vorgebrachten diesbezüglichen Auffassungen zu übermitteln;

22. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die zur Durchführung dieser Resolution getroffenen Maßnahmen Bericht zu erstatten;

23. *beschließt*, diese Fragen auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter dem Punkt "Zukunftsstrategien zur Förderung der Frau bis zum Jahr 2000" weiter zu behandeln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/78 — Verbesserung der Situation der Frau in ländlichen Gebieten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/14 vom 9. November 1979, mit der sie die von der Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung verabschiedete Grundsatzerklärung und das Aktionsprogramm[87] gebilligt hat, sowie auf andere einschlägige Resolutionen,

sowie unter Hinweis auf die Bedeutung, die in den Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[52] den Problemen der Landfrauen beigemessen wird,

eingedenk der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1988/29 vom 26. Mai 1988, mit der der Rat die Regierungen und Entwicklungsorganisationen des Systems der Vereinten Nationen nachdrücklich gebeten hat, der Rolle der Frau bei der ländlichen Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zu schenken,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von den Ergebnissen des vom 22. bis 26. Mai 1989 in Wien abgehaltenen Internationalen Seminars über die Frau und die ländliche Entwicklung: Programme und Projekte[85],

im Hinblick darauf, daß die Wirtschafts- und Finanzkrise in vielen Entwicklungsländern ernste Auswirkungen auf die sozioökonomische Situation der Frauen, vor allem in ländlichen Gebieten, hat,

sowie im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die auf eine weitere Verbesserung der Situation der Frauen in ländlichen Gebieten abzielen,

1. *würdigt* den Bericht des Generalsekretärs über einzelstaatliche Erfahrungen betreffend die Verbesserung der Situation der Frau in ländlichen Gebieten[88];

2. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, den Bericht und die im Anhang dazu enthaltenen wesentlichen Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Internationalen Seminars über die Frau und die ländliche Entwicklung: Programme und Projekte zu nutzen und sich zu bemühen, sie soweit erforderlich in nationale Entwicklungsstrategien umzusetzen, wobei u.a. folgenden Punkten besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte:

a) Aufbau beziehungsweise Ausbau nationaler Einrichtungen zur Förderung der Frau, mit dem Ziel, die effektive Durchführung, Überwachung und Evaluierung nationaler Strategien im Bereich der ländlichen Entwicklung sicherzustellen und insbesondere die Verbindung mit landwirtschaftlichen und ländlichen Entwicklungsinstitutionen zu stärken;

b) Ermittlung und Aufstellung umfassenderer vorrangiger Entwicklungsprojekte, mit dem Ziel, die Situation der Landfrauen zu verbessern und sie auf allen Ebenen in die nationalen Entwicklungspläne zu integrieren;

c) Verabschiedung von Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, den Landfrauen besseren Zugang zu materiellen und finanziellen Ressourcen zu verschaffen, d.h. die Vergabe von Grund und Boden, von Krediten und Darlehen, die Gründung und den Ausbau von Landfrauenverbänden zu fördern und zur Entwicklung von Frauengenossenschaften und anderen Kleinunternehmen anzuregen;

3. *ersucht* die Organisationen und Fonds des Systems der Vereinten Nationen, die Geberorganisationen und Geberländer, die Realisierung von Programmen und Projekten zur Verbesserung der Situation der Landfrauen zu fördern und auf Antrag Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um die Wirksamkeit der nationalen Einrichtungen zu verbessern;

4. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit den Mitgliedstaaten einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution zu erstellen und ihn der Generalversammlung auf ihrer achtundvierzigsten Tagung auf dem Wege über den Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/79 — Wichtigkeit der universalen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der raschen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die tatsächliche Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung von der Wichtigkeit der Verwirklichung der in ihrer Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker,

sowie in Bekräftigung der Wichtigkeit der universalen Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, nationale Souveränität und territoriale Integrität sowie der raschen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker als zwingende Voraussetzungen für die uneingeschränkte Wahrnehmung aller Menschenrechte,

[87] Siehe *Report of the World Conference on Agrarian Reform and Rural Development, Rome, 12-20 July 1979* (WCARRD/REP); den Mitgliedern der Generalversammlung mit einem Begleitschreiben des Generalsekretärs übermittelt (A/34/485).
[88] A/44/516.

ferner in Bekräftigung der Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, sich an die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und die Resolutionen der Vereinten Nationen über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch die unter Kolonial- und Fremdherrschaft stehenden Völker zu halten,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) und alle einschlägigen Resolutionen über die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen zur Namibiafrage, insbesondere die Resolutionen 2145 (XXI) vom 27. Oktober 1966 und S-14/1 vom 20. September 1986, sowie auf die einschlägigen Sicherheitsratsresolutionen, insbesondere die Resolutionen 385 (1976) vom 30. Januar 1976, 435 (1978) vom 29. September 1978, 629 (1989) vom 16. Januar 1989, 632 (1989) vom 16. Februar 1989 und 640 (1989) vom 29. August 1989,

ferner unter Hinweis auf das Schlußkommuniqué, das vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen auf seiner am 2. Oktober 1987 am Amtssitz der Vereinten Nationen abgehaltenen Ministertagung verabschiedet wurde[89],

mit dem Ausdruck ihrer Unterstützung für das Volk von Namibia und ihrer Solidarität mit ihm in seiner Forderung nach Entfernung der rassistischen südafrikanischen Soldaten aus Namibia und nach vollständiger Entfernung der ehemaligen Koevoetangehörigen aus der Südwestafrikanischen Polizei,

eingedenk der von der Weltkonferenz über Sanktionen gegen das rassistische Südafrika verabschiedeten Erklärung[90],

erfreut über die am 21. August 1989 in Harare verabschiedete Erklärung des Ad-hoc-Ausschusses der Organisation der afrikanischen Einheit für das südliche Afrika zur Südafrikafrage[91] und deren anschließende Billigung durch die vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltene Neunte Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[92],

eingedenk der Ergebnisse der vom 11. bis 13. Juli 1983 in Wien abgehaltenen Internationalen Konferenz über die Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Israel[93],

Kenntnis nehmend von den Resolutionen CM/Res.1206 (L) über Namibia und CM/Res.1207 (L) über Südafrika, die vom Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner vom 17. bis 22. Juli 1989 in Addis Abeba abgehaltenen fünfzigsten ordentlichen Tagung verabschiedet wurden[94],

erneut erklärend, daß das dem südafrikanischen Volk aufgezwungene Apartheidsystem einen Verstoß gegen die Grundrechte dieses Volkes, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und eine ständige Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

sowie in Bekräftigung ihrer Resolution 39/2 vom 28. September 1984 und unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 554 (1984) vom 17. August 1984, in denen der Rat die sogenannte "neue Verfassung" als null und nichtig zurückgewiesen hat, sowie auf die Ratsresolution 569 (1985) vom 26. Juli 1985 und die Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 13. Juni 1986 über den landesweiten Ausnahmezustand in Südafrika[95],

beunruhigt über die wachsende Zahl von Ermordungen und Entführungen von Mitgliedern und Führern der nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika und anderswo durch vom rassistischen Regime eingesetzte und bezahlte Mördertrupps,

zutiefst besorgt, daß die vom Regime von Pretoria 1988 über vierunddreißig demokratische und gewaltlose Organisationen verhängten Restriktionsverfügungen noch immer nicht aufgehoben worden sind und daß seit Anfang 1989 scharfe Beschränkungen über mehr als sechshundert politische Aktivisten verhängt wurden, die sich dem mit friedlichen Mitteln geführten Kampf gegen die Apartheid verschrieben haben,

empört über den jüngsten, auf die Legitimierung seiner undemokratischen Strukturen abzielenden Schachzug des Regimes von Pretoria, nämlich die Abhaltung von sogenannten "allgemeinen Wahlen" zu den drei Kammern seines parlamentarischen Systems am 6. September 1989, ein Manöver, das von einer überwältigenden Mehrheit zurückgewiesen wurde,

entsetzt über das Massaker von neundzwanzig friedlichen Demonstranten durch die rassistische Polizei während eines gewaltlosen Protests gegen die sogenannten "allgemeinen Wahlen",

zutiefst besorgt über die Zunahme der Angriffe des rassistischen Regimes auf die religiöse Gemeinschaft und ihre jeweiligen führenden Vertreter, insbesondere auch darüber, daß der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats vor kurzem vergiftet worden ist und daß auf dem Kirchengelände, auf dem eine Konferenz der führenden Vertreter der Religionsgemeinschaften abgehalten wurde, giftige Substanzen versprüht worden sind,

ernstlich besorgt darüber, daß das Apartheidregime unter völliger Mißachtung der Gnadenappelle von seiten der internationalen Gemeinschaft, einschließlich der Generalversammlung, gegen südafrikanische Patrioten auch weiterhin zur Todesstrafe greift,

in Anbetracht der konzertierten Kampagne des neuen Präsidenten des Apartheidregimes, sich als Reformer darzustellen, um die weitere Verhängung von Sanktionen durch die internationale Gemeinschaft abzuwenden,

tief besorgt über die fortgesetzten terroristischen Angriffshandlungen des Regimes von Pretoria gegen unabhängige afrikanische Staaten in dieser Region, insbesondere über die nichtprovozierten Angriffe auf Botsuana, Mosambik, Sambia und Simbabwe,

zutiefst empört über die fortgesetzte Politik der Feindseligkeit des rassistischen Regimes von Südafrika gegen Angola, die eine Angriffshandlung gegen die Souveränität und territoriale Integrität dieses Landes darstellt,

unter Bekräftigung der nationalen Einheit und territorialen Integrität der Komoren,

unter Hinweis auf die Politische Erklärung, die auf der vom 7. bis 9. März 1977 in Kairo abgehaltenen er-

[89] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Dreiundvierzigste Tagung, Beilage 24* (A/43/24), Ziffer 86.

[90] *Report of the World Conference on Sanctions against Racist South Africa, Paris, 16-20 June 1986* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.86.I.23), Kap. IX.

[91] A/44/697, Anhang.

[92] Siehe A/44/551-S/20870, Anhang.

[93] Siehe A/38/311-S/15883, Anhang.

[94] Siehe A/44/603, Anhang.

[95] Siehe *Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats, 1986*, S. 34.

sten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und der Liga der arabischen Staaten verabschiedet wurde[96],

sowie unter Hinweis auf die Genfer Palästina-Erklärung und das Aktionsprogramm für die Verwirklichung der Rechte der Palästinenser, die auf der Internationalen Konferenz über die Palästinafrage verabschiedet wurden[97],

in der Auffassung, daß die Verweigerung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, Souveränität, Unabhängigkeit und Rückkehr nach Palästina und die brutale Unterdrükkung des heroischen Aufstands, der Intifadah, der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten durch die israelischen Streitkräfte sowie die wiederholte Aggression Israels gegen die Bevölkerung der Region eine ernste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,

eingedenk der Sicherheitsratsresolutionen 605 (1987) vom 22. Dezember 1987, 607 (1988) vom 5. Januar 1988 und 608 (1988) vom 14. Januar 1988 sowie der Generalversammlungsresolutionen 43/21 vom 3. November 1988, 43/177 vom 15. Dezember 1988 und 44/2 vom 6. Oktober 1989 über die Verschlimmerung der Situation des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten,

zutiefst besorgt und beunruhigt über die beklagenswerten Folgen der weiter andauernden Angriffshandlungen Israels gegen Libanon sowie unter Hinweis auf alle diesbezüglichen Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere die Resolutionen 425 (1978) vom 19. März 1978, 508 (1982) vom 5. Juni 1982, 509 (1982) vom 6. Juni 1982, 520 (1982) vom 17. September 1982 und 521 (1982) vom 19. September 1982,

1. *fordert* alle Staaten *auf*, alle Resolutionen der Vereinten Nationen über die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit durch die unter Kolonial- und Fremdherrschaft stehenden Völker vollständig und gewissenhaft durchzuführen;

2. *bekräftigt* die Rechtmäßigkeit des Kampfes der Völker um Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von Kolonialherrschaft, Apartheid und fremder Besetzung mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes;

3. *bekräftigt außerdem* das unveräußerliche Recht des namibischen Volkes, des palästinensischen Volkes und aller unter Fremd- und Kolonialherrschaft stehenden Völker auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Souveränität ohne Einmischung von außen;

4. *verurteilt nachdrücklich* diejenigen Regierungen, die das Recht aller noch unter Kolonialherrschaft, unter fremdem Joch und fremder Besetzung befindlichen Völker, namentlich der Völker Afrikas und des palästinensischen Volkes, auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit nicht anerkennen;

5. *fordert* Israel *auf*, die Ausweisung palästinensischer Zivilisten aus den besetzten palästinensischen Gebieten zu unterlassen und alle palästinensischen Inhaftierten unverzüglich freizulassen;

6. *verurteilt nachdrücklich* die ständigen und vorsätzlichen Verletzungen der Grundrechte des palästinensischen Volkes sowie die expansionistischen Aktivitäten Israels im Nahen Osten, die ein Hindernis bei der Erlangung der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des palästinensischen Volkes und eine Bedrohung des Friedens und der Stabilität in der Region darstellen;

7. *bittet nachdrücklich* alle Staaten sowie die Sonderorganisationen, die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen, das palästinensische Volk auf dem Weg über seine einzige rechtmäßige Vertretung, die Palästinensische Befreiungsorganisation, in seinem Kampf um die Wiedererlangung seines Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Charta der Vereinten Nationen zu unterstützen;

8. *begrüßt* die Verabschiedung der Resolutionen 629 (1989) und 632 (1989) durch den Sicherheitsrat, mit denen der Rat den Prozeß der Durchführung des in seinen Resolutionen 385 (1976) und 435 (1978) enthaltenen Unabhängigkeitsplans der Vereinten Nationen für Namibia eingeleitet hat;

9. *erklärt erneut*, daß Namibia bis zur Unabhängigkeit weiterhin der rechtlichen Direktverantwortung der Vereinten Nationen untersteht, und bringt ihre volle Unterstützung für die unveräußerlichen Rechte des namibischen Volkes auf Selbstbestimmung und echte nationale Unabhängigkeit in einem geeinten Namibia mit unbeschränkter territorialer Integrität zum Ausdruck;

10. *bringt ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck*, daß Südafrika immer wieder Geist und Buchstaben der Sicherheitsratsresolution 435 (1978) verletzt, die nach wie vor die einzig international akzeptable Grundlage für eine friedliche Beilegung des Namibiakonflikts ist und in ihrer ursprünglichen und endgültigen Form durchgeführt werden muß;

11. *verlangt* die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller vom Regime von Pretoria noch immer in Strafgefangenschaft oder Haft gehaltenen Namibier;

12. *verlangt außerdem*, daß das rassistische Regime von Pretoria im Einklang mit Sicherheitsratsresolution 435 (1978) der hartnäckigen Verweigerung des gleichberechtigten Zugangs aller am Wahlprozeß beteiligten politischen Organisationen zu den staatlich kontrollierten Medien in Namibia ein Ende setzt;

13. *bittet nachdrücklich* alle Staaten, die Sonderorganisationen und die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die anderen internationalen Organisationen, dem namibischen Volk bei seinem Kampf um Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit im Einklang mit der Charta ihre Unterstützung zu gewähren;

14. *verurteilt* die Politik der "Bantustanisierung" und erklärt erneut ihre Unterstützung für das unterdrückte Volk von Südafrika in seinem gerechten und legitimen Kampf gegen das rassistische Minderheitsregime von Pretoria;

15. *bekräftigt*, daß sie die sogenannte "neue Verfassung" und die auf dieser Verfassung basierenden sogenannten "allgemeinen Wahlen" als null und nichtig zurückweist, und erklärt erneut, daß der Friede in Südafrika nur durch die Errichtung einer Mehrheitsregierung auf der Grundlage der uneingeschränkten, freien

[96] Siehe *Official Records of the Security Council, Thirty-second Year, Supplement for January, February and March 1977*, Dokument S/12298.

[97] *Report of the International Conference on the Question of Palestine, Geneva, 29 August-7 September 1983* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.83.I.21), Kap. I.

Ausübung des allgemeinen Erwachsenenwahlrechts in einem geeinten und ungeteilten Südafrika gewährleistet werden kann;

16. *spricht* der demokratischen Massenbewegung in Südafrika *ihre Anerkennung aus* für die gewaltigen Fortschritte, die sie bei ihrem laufenden Kampf gegen die Apartheid während der jüngsten Kampagne der Nichtbefolgung ungerechter Apartheidgesetze erzielt hat;

17. *verurteilt nachdrücklich* die Abhaltung der sogenannten "allgemeinen Wahlen" am 6. September 1989, durch die die weiße Vormachtstellung weiter untermauert wird, und verlangt die Ausrufung freier und fairer Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Erwachsenenwahlrechts in einem geeinten und demokratischen Südafrika;

18. *verurteilt außerdem nachdrücklich* die rücksichtslose Tötung friedlicher, wehrloser Demonstranten und streikender Arbeiter sowie die willkürlichen Verhaftungen von Führern und Aktivisten der demokratischen Massenbewegung, darunter auch Frauen und kleine Kinder, und verlangt ihre sofortige, bedingungslose Freilassung, insbesondere die Freilassung von Nelson Mandela;

19. *verurteilt ferner* Südafrika *nachdrücklich* wegen der Verhängung, Erneuerung und Verlängerung des Ausnahmezustands im Rahmen seines verabscheuungswürdigen Gesetzes über die innere Sicherheit und fordert die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustands sowie die Aufhebung des Gesetzes über die innere Sicherheit und aller anderen Rechtsvorschriften, mit denen die politische Aktivität eingeschränkt werden soll;

20. *begrüßt* die bedingungslose Freilassung von Walter Sisulu und sechs anderen politischen Gefangenen und verlangt, daß das Apartheidregime die über alle entlassenen politischen Gefangenen verhängten Restriktionsverfügungen aufhebt;

21. *fordert* das Apartheidregime *nachdrücklich auf*, positiv auf die Erklärung zur Südafrikafrage zu reagieren, die der Ad-hoc-Ausschuß der Organisation der afrikanischen Einheit für das südliche Afrika am 21. August 1989 in Harare verabschiedet hat[91], und zwar durch die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen und Inhaftierten, einschließlich Nelson Mandelas, durch die Aufhebung aller Bann- und Restriktionsverfügungen über alle Organisationen und Personen, die Verboten und Beschränkungen unterliegen, sowie durch die Einstellung aller politischen Prozesse und politischen Verurteilungen als Mittel zur Schaffung von Bedingungen, die einer friedlichen Lösung der Situation in Südafrika zuträglich sind;

22. *verurteilt nachdrücklich* die Zunahme der Angriffe auf die religiöse Gemeinschaft und ihre führenden Vertreter und verlangt, daß das rassistische Regime von Pretoria diejenigen vor Gericht bringt, die für die Bombenanschläge auf die Büros von religiösen Organisationen und für die Vergiftung des Generalsekretärs des Südafrikanischen Kirchenrats sowie für die Versuche, andere religiöse Führer zu vergiften, verantwortlich sind;

23. *verurteilt außerdem nachdrücklich* die Bildung und den Einsatz bewaffneter Terroristengruppen durch Südafrika, mit denen es gegen die nationalen Befreiungsbewegungen vorgehen und die rechtmäßigen Regierungen des südlichen Afrika destabilisieren will;

24. *fordert erneut* die volle Verwirklichung der von der Weltkonferenz über Sanktionen gegen das rassistische Südafrika verabschiedeten Erklärung[90];

25. *verlangt erneut* die sofortige Anwendung des mit der Sicherheitsratsresolution 418 (1977) vom 4. November 1977 über Südafrika verhängten bindenden Waffenembargos durch alle Länder, insbesondere durch diejenigen Länder, die im militärischen und nuklearen Bereich Kooperationsbeziehungen mit dem rassistischen Regime von Pretoria unterhalten und es weiterhin mit entsprechendem Gerät versorgen;

26. *verurteilt nachdrücklich* die Politik derjenigen westlichen Staaten, Israels und anderer Staaten, deren politische, wirtschaftliche, militärische, nukleare, strategische, kulturelle und sportliche Beziehungen zu dem rassistischen Minderheitsregime in Südafrika dieses darin bestärken, das Streben der Völker nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit weiter zu unterdrücken;

27. *prangert* die Kollusion zwischen Israel und Südafrika *an* und bringt ihre Unterstützung für die Erklärung der Internationalen Konferenz über die Zusammenarbeit zwischen Südafrika und Israel[93] zum Ausdruck;

28. *verurteilt nachdrücklich* die vom rassistischen Südafrika verfolgte nicht nachlassende Politik der Feindseligkeit und Aggression gegen die Souveränität und territoriale Integrität Angolas, die eine Verletzung des New Yorker Übereinkommens vom 22. Dezember 1988 darstellt[98];

29. *verlangt*, daß das Regime von Pretoria die Souveränität und territoriale Integrität Angolas sowie das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten dieses Staates achtet, und verlangt im Einklang mit den einschlägigen Beschlüssen und Resolutionen des Sicherheitsrats die sofortige Zahlung von Schadenersatz an Angola für die verursachten Schäden;

30. *spricht* der Regierung Angolas *ihre Anerkennung aus* für ihren politischen Willen, ihre diplomatische Flexibilität und den von ihr bewiesenen konstruktiven Geist bei der Suche nach einer Verhandlungslösung für die Probleme des südlichen Afrika;

31. *bekräftigt nachdrücklich* ihre Solidarität mit den unabhängigen afrikanischen Ländern und den nationalen Befreiungsbewegungen, die Opfer der mörderischen Angriffs- und Destabilisierungshandlungen des rassistischen Regimes von Pretoria sind, und fordert die internationale Gemeinschaft auf, diesen Ländern zunehmend Hilfe und Unterstützung zu gewähren, damit sie ihre Verteidigungsfähigkeit stärken, ihre Souveränität und territoriale Integrität verteidigen und friedlich ihren Wiederaufbau und ihre Entwicklung verfolgen können;

32. *verurteilt nachdrücklich* das rassistische Regime von Pretoria wegen seiner Destabilisierungshandlungen gegen Lesotho und bittet die internationale Gemeinschaft mit Nachdruck, Lesotho auch künftig ein Höchstmaß an Unterstützung zu gewähren, damit es seinen internationalen humanitären Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen nachkommen kann, und bittet sie ferner, ihren Einfluß auf das rassistische Regime geltend zu machen, damit dieses von derartigen Handlungen gegen Lesotho abläßt;

[98] A/43/989-S/20346, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-third Year, Supplement for October, November and December 1988*, Dokument S/20346.

33. *verurteilt außerdem nachdrücklich* die nichtprovozierten und ungerechtfertigten militärischen Angriffe auf die Hauptstadt Botsuanas am 14. Juni 1985, 19. Mai 1986 und 20. Juni 1988 und verlangt, daß das rassistische Regime Botsuana vollen und ausreichenden Schadensersatz für die Verluste an Menschenleben und die Sachschäden zahlt;

34. *verurteilt ferner nachdrücklich* die Eskalation der Massaker an wehrlosen Menschen sowie die weiter andauernde Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur Mosambiks seitens bewaffneter Terroristen, die ein verlängerter Arm der südafrikanischen Aggressionsarmee sind;

35. *bekräftigt* alle einschlägigen Resolutionen der Organisation der afrikanischen Einheit und der Vereinten Nationen zur Westsahara-Frage, so auch die Generalversammlungsresolution 43/33 vom 22. November 1988, und fordert den derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf, ihre Bemühungen um die Suche nach einer gerechten und dauerhaften Lösung dieser Frage fortzusetzen;

36. *nimmt Kenntnis* von den Kontakten, die die Regierung der Komoren und die Regierung Frankreichs im Bemühen um eine gerechte Lösung für das Problem der Integration der Komoreninsel Mayotte in die Komoren in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Organisation der afrikanischen Einheit und der Vereinten Nationen zu dieser Frage miteinander aufgenommen haben;

37. *verurteilt nachdrücklich* die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte der noch immer unter Kolonialherrschaft und fremdem Joch lebenden Völker;

38. *ruft* alle Staaten, Organe der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen und nichtstaatlichen Organisationen dazu *auf*, jede Form von Hilfe, die sie den Opfern von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid auf dem Weg über die von der Organisation der afrikanischen Einheit anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen gewähren, beträchtlich zu erhöhen;

39. *erklärt erneut*, daß die Praxis des Einsatzes von Söldnern gegen souveräne Staaten und nationale Befreiungsbewegungen eine verbrecherische Handlung darstellt, und fordert die Regierungen aller Länder auf, Rechtsvorschriften zu erlassen, durch die die Anwerbung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern auf ihrem Staatsgebiet sowie der Durchzug von Söldnern durch ihr Staatsgebiet zu einer strafbaren Handlung erklärt und ihren Staatsangehörigen der Dienst als Söldner verboten wird, und fordert sie auf, dem Generalsekretär über diese Rechtsvorschriften Bericht zu erstatten;

40. *verlangt* die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Personen, die aufgrund ihres Kampfes um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Haft oder Strafgefangenschaft gehalten werden, verlangt die volle Anerkennung ihrer individuellen Grundrechte und die Einhaltung von Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], dem zufolge niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung unterworfen werden darf;

41. *dankt* für die materielle und sonstige Hilfe, die den unter Kolonialherrschaft stehenden Völkern auch weiterhin von Regierungen, Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen gewährt wird, und ruft zu einer erheblichen Steigerung dieser Hilfe auf;

42. *bittet nachdrücklich* alle Staaten sowie die Sonderorganisationen und anderen zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die vollständige Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sicherzustellen, und ihre Bemühungen zur Unterstützung von Völkern unter kolonialer, fremder und rassistischer Herrschaft in ihrem gerechten Kampf um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu verstärken;

43. *ersucht* den Generalsekretär, die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker möglichst weiten Kreisen bekannt zu machen, den Kampf unterdrückter Völker um die Erlangung ihrer Selbstbestimmung und nationalen Unabhängigkeit einer möglichst breiten Öffentlichkeit nahezubringen und der Generalversammlung regelmäßig über seine diesbezüglichen Aktivitäten Bericht zu erstatten;

44. *beschließt*, diesen Punkt auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung zu behandeln und dabei die von Regierungen, Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, anderen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen erbetenen Berichte über die Verstärkung der Hilfe an koloniale Gebiete und Völker zugrunde zu legen.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/80 – Universale Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Die Generalversammlung,

erneut erklärend, wie wichtig für die tatsächliche Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte die universale Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist, das in der Charta der Vereinten Nationen verankert und in den Internationalen Menschenrechtspakten[5] sowie in der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker festgelegt worden ist,

den Umstand *begrüßend*, daß die unter kolonialer, fremder oder ausländischer Besetzung stehenden Völker in zunehmendem Maß das Selbstbestimmungsrecht ausüben und sich zu souveränen und unabhängigen Staaten entwickeln,

tief besorgt daüber, daß es nach wie vor zur Durchführung beziehungsweise Androhung von Handlungen fremder militärischer Intervention und Besetzung kommt, die das Selbstbestimmungsrecht einer zunehmenden Anzahl souveräner Völker und Nationen zu unterdrücken drohen oder bereits unterdrückt haben,

mit dem Ausdruck großer Besorgnis darüber, daß als Folge des auch weiterhin andauernden Vorkommens derartiger Handlungen Millionen von Menschen als Flüchtlinge und Vertriebene ihre Heimat verloren haben beziehungsweise verlieren, sowie nachdrücklich darauf hinweisend, wie dringend erforderlich konzertierte in-

ternationale Maßnahmen zur Erleichterung des Schicksals dieser Menschen sind,

unter Hinweis auf die von der Menschenrechtskommission auf ihrer sechsunddreißigsten[99], siebenunddreißigsten[100], achtunddreißigsten[101], neununddreißigsten[102], vierzigsten[103], einundvierzigsten[41], zweiundvierzigsten[104], dreiundvierzigsten[44], vierundvierzigsten[45] und fünfundvierzigsten[2] Tagung verabschiedeten einschlägigen Resolutionen über die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und anderer Menschenrechte als Folge fremder militärischer Intervention, Aggression und Besetzung,

unter erneutem Hinweis auf ihre Resolutionen 35/35 B vom 14. November 1980, 36/10 vom 28. Oktober 1981, 37/42 vom 3. Dezember 1982, 38/16 vom 22. November 1983, 39/18 vom 23. November 1984, 40/24 vom 29. November 1985, 41/100 vom 4. Dezember 1986, 42/94 vom 7. Dezember 1987 und 43/105 vom 8. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[105],

1. *erklärt erneut*, daß die universale Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aller, auch der unter kolonialer, fremder und ausländischer Herrschaft stehenden Völker, eine Grundvoraussetzung für die tatsächliche Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte und für die Wahrung und Förderung dieser Rechte darstellt;

2. *erklärt ihre entschiedene Ablehnung* von Akten fremder militärischer Intervention, Aggression und Besetzung, da diese in bestimmten Teilen der Welt zur Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und anderer Menschenrechte geführt haben;

3. *fordert* die verantwortlichen Staaten *auf*, die militärische Intervention in fremden Ländern und Gebieten und deren Besetzung sowie alle Akte der Unterdrückung, Diskriminierung, Ausbeutung und Mißhandlung unverzüglich einzustellen, insbesondere die brutalen und unmenschlichen Methoden, die bei der Begehung dieser Handlungen gegen die betroffenen Völker angewendet worden sein sollen;

4. *beklagt* das Elend der Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, die infolge der genannten Handlungen entwurzelt worden sind, und bekräftigt ihr Recht auf freiwillige, sichere und ehrenvolle Rückkehr zu ihren Wohnstätten;

5. *ersucht* die Menschenrechtskommission, der Verletzung der Menschenrechte, insbesondere des Selbstbestimmungsrechts, als Folge fremder militärischer Intervention, Aggression oder Besetzung auch künftig ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter dem Punkt "Die Wichtigkeit der universalen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der raschen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die tatsächliche Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte" über diese Frage Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/81 — Der Einsatz von Söldnern als Mittel zur Verletzung der Menschenrechte und zur Behinderung der Ausübung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze betreffend die strikte Einhaltung der Grundsätze der souveränen Gleichheit, politischen Unabhängigkeit, territorialen Integrität der Staaten und der Selbstbestimmung der Völker wie auch betreffend die strenge Achtung des Grundsatzes der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt in den internationalen Beziehungen, wie sie in der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen weiter ausgeführt sind[106],

in Bekräftigung der Rechtmäßigkeit des Kampfes der Völker und ihrer Befreiungsbewegungen um Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von Kolonialherrschaft, Apartheid sowie fremder Einmischung und Besetzung sowie erneut erklärend, daß deren legitimer Kampf in keiner Weise als Söldneraktivität angesehen werden oder einer solchen gleichgestellt werden kann,

im Hinblick darauf, daß der Einsatz von Söldnern eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist,

zutiefst besorgt über die Bedrohung, die die Aktivitäten von Söldnern für alle Staaten, insbesondere die afrikanischen und zentralamerikanischen Staaten, und für andere Entwicklungsländer, darstellen,

beunruhigt über das Auftreten neuer, internationaler Straftaten, die von Söldnern in Kollusion mit Drogenhändlern begangen werden,

im Hinblick darauf, daß die Aktivitäten von Söldnern Grundprinzipien des Völkerrechts wie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit zuwiderlaufen und daß sie den Selbstbestimmungsprozeß der Völker, die gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid und alle Formen der Fremdherrschaft kämpfen, behindern,

unter Hinweis auf alle ihre einschlägigen Resolutionen, in welchen sie unter anderem alle Staaten verurteilt hat, die die Anwerbung, die Finanzierung, die Ausbildung, die Zusammenziehung, den Transit und den Einsatz von Söldnern zulassen oder dulden, mit dem Ziel, die Regierung eines Mitgliedstaates der Vereinten Nationen, insbesondere derjenigen eines Entwicklungslandes, zu stürzen oder gegen nationale Befreiungsbewegungen zu kämpfen, sowie unter Hinweis auf die einschlägigen

[99] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1980, Supplement No. 3* mit Korrigendum (E/1980/13 mit Korr.1), Kap. XXVI, Abschnitt A.
[100] Ebd., *1981, Supplement No. 5* mit Korrigendum (E/1981/25 mit Korr.1), Kap. XXVIII, Abschnitt A.
[101] Ebd., *1982, Supplement No. 2* mit Korrigendum (E/1982/12 mit Korr.1), Kap. XXVI, Abschnitt A.
[102] Ebd., *1983, Supplement No. 3* mit Korrigendum (E/1983/13 mit Korr.1), Kap. XXVII, Abschnitt A.
[103] Ebd., *1984, Supplement No. 4* mit Korrigendum (E/1984/14 mit Korr.1), Kap. II, Abschnitt A.
[104] Ebd., *1986, Supplement No. 2* (E/1986/22), Kap. II, Abschnitt A.
[105] A/44/548.
[106] Resolution 2625 (XXV), Anlage.

Resolutionen des Sicherheitsrats und des Wirtschafts- und Sozialrats wie auch der Organisation der afrikanischen Einheit,

tief besorgt über die Verluste an Menschenleben, die beträchtlichen Sachschäden und die kurz- und langfristigen negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der Länder des südlichen Afrika infolge der Söldneraggression,

überzeugt von der Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit zwischen Staaten auszubauen, um solche Straftaten zu verhindern, zu verfolgen und zu bestrafen,

1. *dankt* dem Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission für seinen Bericht über die Frage des Einsatzes von Söldnern als Mittel zur Verletzung der Menschenrechte und zur Behinderung der Ausübung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung[107];

2. *verurteilt* die Anwerbung, die Finanzierung, die Ausbildung, die Zusammenziehung, den Transit und den Einsatz von Söldnern sowie alle anderen Formen der Unterstützung von Söldnern zum Zwecke der Destabilisierung und des Sturzes der Regierungen von Staaten im südlichen Afrika und in Zentralamerika sowie der Regierungen anderer Entwicklungsländer und zum Zwecke der Bekämpfung nationaler Befreiungsbewegungen der Völker, die für die Wahrnehmung ihres Rechts auf Selbstbestimmung kämpfen;

3. *bekräftigt*, daß es sich beim Einsatz wie auch bei der Anwerbung, der Finanzierung und der Ausbildung von Söldnern um Straftaten handelt, die allen Staaten Anlaß zu ernster Besorgnis geben, und daß sie die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze verletzen;

4. *verurteilt* das rassistische Regime Südafrikas *nachdrücklich* wegen seines Einsatzes von Gruppen bewaffneter Söldner gegen nationale Befreiungsbewegungen und zur Destabilisierung der Regierungen der Staaten des südlichen Afrika;

5. *rügt* alle Staaten, die nach wie vor Söldner anwerben oder deren Anwerbung zulassen oder dulden und ihnen Einrichtungen für die Durchführung bewaffneter Angriffshandlungen gegen andere Staaten zur Verfügung stellen;

6. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, die erforderlichen Schritte einzuleiten und gegenüber der Bedrohung durch Söldneraktivitäten höchste Wachsamkeit an den Tag zu legen und durch Verwaltungs- und Gesetzgebungsmaßnahmen sicherzustellen, daß ihr Hoheitsgebiet sowie andere unter ihrer Kontrolle befindliche Gebiete wie auch ihre Staatsangehörigen nicht für die Anwerbung, die Zusammenziehung, die Finanzierung, die Ausbildung und den Transit von Söldnern oder für die Planung von Aktivitäten verwendet werden, die auf die Destabilisierung oder den Sturz der Regierung eines Staates und auf die Bekämpfung der nationalen Befreiungsbewegungen gerichtet sind, die gegen Rassismus, Apartheid, Kolonialherrschaft und fremde Einmischung und Besetzung kämpfen;

7. *fordert* alle Staaten *auf*, den Opfern von Situationen, die sich aus dem Einsatz von Söldnern sowie aus Kolonial- oder Fremdherrschaft oder fremder Besetzung ergeben, humanitäre Hilfe zu gewähren;

8. *hält* es für unzulässig, daß Wege zur Weiterleitung humanitärer und sonstiger Hilfe für die Finanzierung, Ausbildung und Bewaffnung von Söldnern verwendet werden;

9. *begrüßt* die Bestimmungen der Resolution 1988/7 der Menschenrechtskommission vom 22. Februar 1988[45], die darauf abzielen, dem Sonderberichterstatter die Möglichkeit zu geben, sein Mandat auf die wirksamste Weise auszuüben;

10. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über den Einsatz von Söldnern Bericht zu erstatten.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/82 – Internationales Jahr der Familie

Die Generalversammlung,

geleitet von der Entschlossenheit der Völker der Vereinten Nationen, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern, um jenen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt herbeizuführen, der erforderlich ist, damit zwischen den Nationen friedliche und freundschaftliche Beziehungen herrschen,

sowie geleitet von den einschlägigen Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[5] und der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet[28], denen zufolge die Familie den größtmöglichen Schutz und Beistand genießen soll,

eingedenk ihrer Resolution 42/49 vom 30. November 1987 und der Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1988/46 vom 27. Mai 1988 und 1989/71 vom 24. Mai 1989 mit dem Titel "Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit",

sowie eingedenk der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[52] und daran erinnernd, daß sie mit ihrer Resolution 42/125 vom 7. Dezember 1987 die Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft[29] gebilligt hat, in denen gefordert wird, daß der Familie in der Sozialpolitik größere Aufmerksamkeit geschenkt wird,

in Anerkennung der Bemühungen, welche die Regierungen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene unternehmen, um konkrete Programme betreffend die Familie durchzuführen, in denen die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle spielen können, und um das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu schärfen, eine bessere Verständigung herbeizuführen und eine Politik zu fördern, mit der die Situation und das Wohl der Familie verbessert werden,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 42/134 vom 7. Dezember 1987 und 43/135 vom 8. Dezember 1988 über die Notwendigkeit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit beim Schutz und Beistand für die Familie, wie auch unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1983/23 vom 26. Mai 1983 und 1985/29 vom 29. Mai 1985 sowie Kenntnis nehmend von der Ratsresolution 1989/54 vom 24. Mai 1989,

unter Berücksichtigung ihres Beschlusses 35/424 vom 5. Dezember 1980 und der Wirtschafts- und Sozialrats-

[107] A/44/526, Anhang.

resolution 1980/67 vom 25. Juli 1980 über Richtlinien für internationale Jahre und Jahrestage,

mit Interesse und Genugtuung Kenntnis nehmend von dem gemäß ihrer Resolution 43/135 erstellten Bericht des Generalsekretärs[108],

1. *erklärt* 1994 zum Internationalen Jahr der Familie;

2. *beschließt*, daß sich die Hauptaktivitäten zur Begehung des Jahres auf die lokale, regionale und nationale Ebene konzentrieren und von den Vereinten Nationen und ihrem System von Organisationen unterstützt werden sollten, mit dem Ziel, bei den Regierungen, den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit das Verständnis der Familie als natürlicher Grundeinheit der Gesellschaft zu schärfen;

3. *billigt* die wesentlichen Empfehlungen, Zielsetzungen und Grundsätze zur Begehung des Jahres, die im Rahmenkonzept für ein mögliches Programm für das Jahr enthalten sind[109];

4. *bittet* alle Regierungen, Sonderorganisationen und die jeweiligen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen wie auch interessierte nationale Organisationen, bei der Vorbereitung und der Begehung des Jahres größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen und mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten, um die Zielsetzungen des Jahres zu erreichen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, auf der Grundlage seines Berichts und im Benehmen mit den Mitgliedstaaten, den jeweiligen Sonderorganisationen und interessierten zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen einen Programmentwurf für die Vorbereitung und die Begehung des Jahres auszuarbeiten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Sachstandsbericht dazu vorzulegen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, auf dem Weg über alle ihm zur Verfügung stehenden Kommunikationsmedien konkrete Maßnahmen zu treffen, um die Tätigkeit des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Familienfragen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen und die Verbreitung von Informationen zu diesem Thema zu verstärken;

7. *bestimmt* die Kommission für soziale Entwicklung zum Vorbereitungsorgan und den Wirtschafts- und Sozialrat zum Koordinierungsorgan für das Internationale Jahr der Familie;

8. *beschließt*, den Bericht des Generalsekretärs auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter einem Tagesordnungspunkt mit dem Titel "Internationales Jahr der Familie" zu behandeln.

78. Plenarsitzung
8. Dezember 1989

44/127 – Internationales Alphabetisierungsjahr

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/104 vom 7. Dezember 1987, mit der sie 1990 zum Internationalen Alphabetisierungsjahr erklärt hat,

sowie daran erinnernd, daß in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4] und im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[5] das unveräußerliche Recht eines jeden auf Bildung anerkannt wird,

eingedenk der Tatsache, daß die Ausmerzung des Analphabetismus eines der Hauptziele der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[110] ist und eines der Ziele der Strategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen sein sollte,

betonend, daß der weitverbreitete Analphabetismus vor allem in vielen Entwicklungsländern den Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und des kulturellen und geistigen Fortschritts der Gesellschaft ernsthaft behindert,

überzeugt, daß Lese- und Schreibfähigkeit, vor allem eine funktionelle Lese- und Schreibfähigkeit und eine angemessene Bildung, eine unverzichtbare Voraussetzung für die Entwicklung und für die Nutzbarmachung der Wissenschaft, der Technik und der Humanressourcen für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt darstellt,

im Vertrauen darauf, daß das Internationale Alphabetisierungsjahr eine einzigartige Gelegenheit bieten wird, auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene Kräfte zur Bekämpfung des Analphabetismus zu mobilisieren,

mit Genugtuung über das von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur aufgestellte Programm für das Internationale Alphabetisierungsjahr,

anerkennend, daß die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur die Rolle der federführenden Organisation für das Internationale Alphabetisierungsjahr übernommen hat,

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der lobenswerten Arbeit, die die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und ihr Generaldirektor geleistet haben, um die angemessene Vorbereitung des Internationalen Alphabetisierungsjahres zu gewährleisten;

2. *spricht* denjenigen Regierungen *ihre Anerkennung aus*, die nationale Komitees oder ähnliche Strukturen für das Internationale Alphabetisierungsjahr geschaffen und einzelstaatliche Programme eingeleitet haben, die auf die Erreichung der Zielsetzungen des Jahres ausgerichtet sind;

3. *dankt* den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen für ihren Beitrag zur Vorbereitung des Internationalen Alphabetisierungsjahres;

4. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der aktiven Mitwirkung zahlreicher nichtstaatlicher Organisationen an der Vorbereitungsarbeit für das Internationale Alphabetisierungsjahr und insbesondere von der Einsetzung einer Internationalen Sonderarbeitsgruppe für Alphabetisierung;

5. *begrüßt* die unter der gemeinsamen Schirmherrschaft der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen und der Weltbank für März 1990 nach Thailand einberufene Weltkonferenz über Bildung für alle;

[108] A/44/407.
[109] Ebd., Abschnitt IV.
[110] Siehe Resolution 35/56, Anlage.

6. *bittet* die Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die entsprechenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit die Ziele des Internationalen Alphabetisierungsjahres erreicht werden;

7. *bittet außerdem* die Regierungen, soweit nicht bereits geschehen, ein Maßnahmenprogramm zur Förderung der Alphabetisierung und der funktionellen Lese- und Schreibfähigkeit bis zum Jahre 2000 auszuarbeiten, das sich an den Aktionsplan der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur für die Ausmerzung des Analphabetismus bis zum Jahr 2000[111] anlehnt;

8. *appelliert* an die Regierungen, die nationalen wie auch die internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen und -institutionen, lokale, nationale und regionale Initiativen zur Förderung der Alphabetisierung finanziell und materiell zu unterstützen;

9. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen und den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die Aktivitäten und Maßnahmen, die im Laufe des Internationalen Alphabetisierungsjahres durchgeführt werden sollen, einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen;

10. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht über die Durchführung des Programms für das Internationale Alphabetisierungsjahr vorzulegen;

11. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Internationales Alphabetisierungsjahr" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/128 – Zweites Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Artikel 3 der in ihrer Resolution 217 A (III) vom 10. Dezember 1948 verabschiedeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte,

sowie unter Hinweis auf Artikel 6 des in der Anlage zu ihrer Resolution 2200 A (XXI) vom 16. Dezember 1966 enthaltenen Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte,

eingedenk ihres in ihrer Resolution 36/59 vom 25. November 1981 bekräftigten Beschlusses 35/437 vom 15. Dezember 1980, den Gedanken der Ausarbeitung des Entwurfs eines zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe zu prüfen,

sowie eingedenk ihrer Resolution 37/192 vom 18. Dezember 1982, in der sie die Menschenrechtskommission ersucht hat, den Gedanken der Ausarbeitung des Entwurfs eines zweiten Fakultativprotokolls zu prüfen, sowie ihrer Resolution 39/137 vom 14. Dezember 1984, in der sie die Menschenrechtskommission und die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz ersucht hat, den Gedanken weiter zu prüfen,

Kenntnis nehmend von der vom Sonderberichterstatter der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz vorgenommenen vergleichenden Analyse[112],

sowie Kenntnis nehmend von den Auffassungen, welche die Regierungen für und wider die Todesstrafe zum Ausdruck gebracht haben, und von ihren Stellungnahmen und Bemerkungen betreffend ein zweites Zusatzprotokoll, wie sie in den einschlägigen Berichten des Generalsekretärs wiedergegeben sind[113],

Bezug nehmend auf ihren Beschluß 42/421 vom 7. Dezember 1987 und auf die Resolution 1989/25 der Menschenrechtskommission vom 6. März 1989 sowie den Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1989/139 vom 24. Mai 1989, aufgrund deren die vergleichende Analyse und der Entwurf des zweiten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe, die vom Sonderberichterstatter erstellt wurden, der Generalversammlung zur entsprechenden Beschlußfassung übermittelt wurden,

in dem Wunsche, den Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte die Möglichkeit zu geben, soweit sie dies wünschen, Vertragsparteien eines zweiten Fakultativprotokolls zu dem Pakt zu werden,

nach Behandlung des Entwurfs des zweiten Fakultativprotokolls,

1. *spricht* der Menschenrechtskommission und der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz *ihren Dank aus* für die von ihnen geleistete Arbeit;

2. *verabschiedet* das in der Anlage zu dieser Resolution enthaltene Zweite Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe und legt es zur Unterzeichnung, zur Ratifikation und zum Beitritt auf;

3. *fordert* alle Regierungen *auf*, soweit sie dazu in der Lage sind, die Unterzeichnung und Ratifikation des Zweiten Fakultativprotokolls beziehungsweise den Beitritt zu diesem in Erwägung zu ziehen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

ANLAGE

Zweites Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls,

im Vertrauen darauf, daß die Abschaffung der Todesstrafe zur Förderung der Menschenwürde und zur fortschreitenden Entwicklung der Menschenrechte beiträgt,

[111] Siehe Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, *Records of the General Conference, Twenty-fifth Session*, Vol. 1, *Resolutions*, S. 71.

[112] E/CN.4/Sub.2/1987/20.

[113] A/36/441 mit Add.1 und 2, A/37/407 mit Add.1 und A/44/592 mit Add.1.

unter Hinweis auf Artikel 3 der am 10. Dezember 1948 verabschiedeten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[3] und auf Artikel 6 des am 16. Dezember 1966 verabschiedeten Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[4],

in Anbetracht dessen, daß Artikel 6 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte auf die Abschaffung der Todesstrafe in einer Weise Bezug nimmt, die deutlich zu verstehen gibt, daß die Abschaffung wünschenswert ist,

überzeugt, daß alle Maßnahmen zur Abschaffung der Todesstrafe einen Fortschritt im Hinblick auf die Wahrnehmung des Rechts auf Leben darstellen,

in dem Wunsch, hiermit eine internationale Verpflichtung zur Abschaffung der Todesstrafe einzugehen,

haben folgendes *vereinbart*:

Artikel 1

1. Niemand, der der Hoheitsgewalt eines Vertragsstaats dieses Protokolls untersteht, darf hingerichtet werden.

2. Jeder Vertragsstaat ergreift alle erforderlichen Maßnahmen, um die Todesstrafe in seinem Hoheitsbereich abzuschaffen.

Artikel 2

1. Vorbehalte zu diesem Protokoll sind nicht zulässig, ausgenommen ein zum Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts angebrachter Vorbehalt, der die Anwendung der Todesstrafe in Kriegszeiten aufgrund einer Verurteilung wegen eines in Kriegszeiten begangenen besonders schweren Verbrechens militärischer Art vorsieht.

2. Ein Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt anbringt, wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zum Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts die in Kriegszeiten anzuwendenden einschlägigen Bestimmungen seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften mitteilen.

3. Ein Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt angebracht hat, wird dem Generalsekretär der Vereinten Nationen Beginn und Ende eines Kriegszustands in seinem Hoheitsgebiet notifizieren.

Artikel 3

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls nehmen in die Berichte, die sie nach Artikel 40 des Paktes dem Menschenrechtsausschuß vorlegen, Angaben über die von ihnen zur Verwirklichung dieses Protokolls getroffenen Maßnahmen auf.

Artikel 4

Für die Vertragsstaaten des Paktes, die eine Erklärung nach Artikel 41 abgegeben haben, erstreckt sich die Zuständigkeit des Menschenrechtsausschusses zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen nicht nach, auf dieses Protokoll, sofern nicht der betreffende Vertragsstaat zum Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts eine gegenteilige Erklärung abgegeben hat.

Artikel 5

Für die Vertragsstaaten des ersten Fakultativprotokolls zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, verabschiedet am 16. Dezember 1966, erstreckt sich die Zuständigkeit des Menschenrechtsausschusses zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen ihrer Hoheitsgewalt unterstehender Personen auf dieses Protokoll, sofern nicht der betreffende Vertragsstaat zum Zeitpunkt der Ratifikation oder des Beitritts eine gegenteilige Erklärung abgegeben hat.

Artikel 6

1. Die Bestimmungen dieses Protokolls werden als Zusatzbestimmungen zu dem Pakt angewendet.

2. Unbeschadet der Möglichkeit eines Vorbehalts nach Artikel 2 dieses Protokolls darf das in Artikel 1 Absatz 1 des Protokolls gewährleistete Recht nicht nach Artikel 4 des Paktes außer Kraft gesetzt werden.

Artikel 7

1. Dieses Protokoll liegt für jeden Staat, der den Pakt unterzeichnet hat, zur Unterzeichnung auf.

2. Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, die von allen Staaten vorgenommen werden kann, die den Pakt ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

3. Dieses Protokoll steht jedem Staat, der den Pakt ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist, zum Beitritt offen.

4. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

5. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle Staaten, die dieses Protokoll unterzeichnet haben oder ihm beigetreten sind, von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Beitrittsurkunde.

Artikel 8

1. Dieses Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

2. Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde dieses Protokoll ratifiziert oder ihm beitritt, tritt es drei Monate nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 9

Die Bestimmungen dieses Protokolls gelten ohne Einschränkung oder Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaates.

Artikel 10

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle in Artikel 48 Absatz 1 des Paktes bezeichneten Staaten

a) von Vorbehalten, Mitteilungen und Notifikationen nach Artikel 2 dieses Protokolls,

b) von Erklärungen nach Artikel 4 oder 5 dieses Protokolls,

c) von Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritten nach Artikel 7 dieses Protokolls,

d) vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls nach Artikel 8.

Artikel 11

1. Dieses Protokoll, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

2. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen in Artikel 48 des Paktes bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.

44/129 – Die Internationalen Menschenrechtspakte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/51 vom 14. Dezember 1978, 34/45 vom 23. November 1979, 35/132 vom 11. Dezember 1980, 36/58 vom 25. November 1981, 37/191 vom 18. Dezember 1982, 38/116 und 38/117 vom 16. Dezember 1983, 39/136 und 39/138 vom 14. Dezember 1984, 40/115 und 40/116 vom 13. Dezember 1985, 41/32 vom 3. November 1986, 41/119 und 41/121 vom 4. Dezember 1986, 42/103 und 42/105 vom 7. Dezember 1987 sowie 43/114 vom 8. Dezember 1988 und Kenntnis nehmend von den allgemeinen Bemerkungen[114], die der Menschenrechtsausschuß auf seiner 891. Sitzung am 5. April 1989 gemäß Artikel 40 Ziffer 4 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5] verabschiedet hat,

in Anbetracht dessen, daß die Internationalen Menschenrechtspakte[5] die ersten allumfassenden und rechtsverbindlichen internationalen Verträge auf dem Gebiet der Menschenrechte darstellen und zusammen mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4] den Kern des Internationalen Kodex der Menschenrechte bilden,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über den Stand des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[115],

unter Hinweis auf den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[5] und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und erneut erklärend, daß alle Menschenrechte und Grundfreiheiten unteilbar sind und wechselseitig voneinander abhängen und daß die Förderung und der Schutz einer Kategorie von Rechten die Staaten niemals der Verpflichtung zur Förderung und zum Schutz der anderen Rechte enthebt oder entbindet,

in Anerkennung der wichtigen Rolle des Menschenrechtsausschusses bei der Verwirklichung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des dazugehörigen Fakultativprotokolls[5],

sowie in Anerkennung der wichtigen Rolle des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bei der Verwirklichung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte,

eingedenk der wichtigen Aufgaben des Wirtschafts- und Sozialrats im Zusammenhang mit den Internationalen Menschenrechtspakten,

erfreut über die Vorlage des Jahresberichts des Menschenrechtsausschusses[116] und des Berichts über die dritte Tagung des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[117] an die Generalversammlung,

die Auffassung vertretend, daß dem wirksamen Funktionieren der Vertragsgremien, die aufgrund der einschlägigen Bestimmungen der internationalen Menschenrechtsübereinkünfte geschaffen worden sind, eine entscheidende Rolle zukommt und daß es somit ein wichtiges und ständiges Anliegen der Vereinten Nationen ist,

besorgt über die kritische Lage, die in bezug auf längst fällige Berichte der Vertragsstaaten der Internationalen Menschenrechtspakte entstanden ist,

mit Genugtuung hinweisend auf die Ergebnisse des vom 10. bis 14. Oktober 1988 in Genf abgehaltenen Treffens der Vorsitzenden der Vertragsgremien auf dem Gebiet der Menschenrechte[118],

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Menschenrechtsausschusses über seine vierunddreißigste, fünfunddreißigste und sechsunddreißigste Tagung[116] wie auch von den vom Ausschuß gebilligten Vorschlägen und Empfehlungen allgemeiner Art;

2. *nimmt außerdem mit Dank Kenntnis* vom Bericht über die dritte Tagung des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und insbesondere auch von den Vorschlägen und Empfehlungen des Ausschusses;

3. *gibt ihrer Genugtuung Ausdruck* über die ernste und konstruktive Weise, in der die beiden Ausschüsse ihrer Aufgabe nachkommen;

4. *bittet* die Vertragsstaaten der Internationalen Menschenrechtspakte *nachdrücklich,* sich aktiv mit dem Schutz und der Förderung der bürgerlichen und politischen Rechte wie auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu befassen;

5. *dankt* den Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, die dem Menschenrechtsausschuß ihre Berichte gemäß Artikel 40 des Paktes vorgelegt haben, und bittet die Vertragsstaaten nachdrücklich, ihre Berichte, soweit nicht bereits geschehen, möglichst rasch vorzulegen;

6. *bittet nachdrücklich* die Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, die vom Menschenrechtsausschuß um weitere Informationen ersucht wurden, diesem Ersuchen nachzukommen;

7. *spricht* den Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die ihre Berichte gemäß Artikel 16 des Paktes vorgelegt haben, *ihre Anerkennung aus* und bittet nachdrücklich diejenigen Vertragsstaaten, die ihre Berichte noch nicht vorgelegt haben, dies möglichst bald zu tun;

8. *nimmt mit Genugtuung davon Kenntnis,* daß die Mehrzahl der Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und immer mehr Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über

[114] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 40* (A/44/40), Anhang VI.
[115] A/44/441.
[116] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 40* (A/44/40).
[117] *Official Records of the Economic and Social Council, 1989, Supplement No. 4* (E/1989/22).
[118] Siehe HRI/MC/1988/CRP.1.

wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sich bei der Präsentation ihrer Berichte durch Sachverständige vertreten lassen und dadurch die Arbeit der jeweiligen Überwachungsgremien erleichtern, und hofft, daß sich in Zukunft alle Vertragsstaaten der beiden Pakte auf diese Weise vertreten lassen;

9. *bittet abermals nachdrücklich* alle Staaten, soweit nicht bereits geschehen, Vertragsparteien des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte zu werden und die Möglichkeit des Beitritts zum Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte in Erwägung zu ziehen;

10. *bittet* die Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, die Abgabe der in Artikel 41 des Paktes vorgesehenen Erklärung in Erwägung zu ziehen;

11. *hebt hervor*, wie wichtig es ist, daß die Vertragsstaaten ihre Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte sowie gegebenenfalls dem Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte genauestens einhalten;

12. *betont*, daß es wichtig ist, eine Aushöhlung der Menschenrechte durch die Außerkraftsetzung von Verpflichtungen zu vermeiden, und unterstreicht die Notwendigkeit einer genauen Beachtung der vereinbarten Voraussetzungen und Verfahren für eine Außerkraftsetzung gemäß Artikel 4 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, wobei zu berücksichtigen ist, daß Staaten in Notstandssituationen möglichst ausführliche Informationen vorlegen sollen, damit festgestellt werden kann, ob die unter diesen Umständen ergriffenen Maßnahmen gerechtfertigt und angemessen sind;

13. *appelliert* an die Vertragsstaaten der Pakte, die ihr souveränes Recht ausgeübt haben, in Übereinstimmung mit den entsprechenden Regeln des Völkerrechts Vorbehalte anzubringen, zu erwägen, ob diese Vorbehalte überprüft werden sollten;

14. *bittet nachdrücklich* die Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die Sonderorganisationen und andere zuständige Organe der Vereinten Nationen, den Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte uneingeschränkt zu unterstützen und mit ihm in jeder Beziehung zusammenzuarbeiten;

15. *ersucht* den Generalsekretär, den Menschenrechtsausschuß und den Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte über die entsprechenden Aktivitäten der Generalversammlung, des Wirtschafts- und Sozialrats, der Menschenrechtskommission, der Kommission für die Rechtsstellung der Frau, der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz, des Ausschusses für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung, des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau, des Ausschusses gegen Folter und gegebenenfalls anderer Fachkommissionen des Wirtschafts- und Sozialrats und der Sonderorganisationen unterrichtet zu halten und diesen Gremien auch die Jahresberichte des Menschenrechtsausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zu übermitteln;

16. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, im Rahmen der vorhandenen Mittel dafür zu sorgen, daß der Menschenrechtsausschuß und der Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte die erforderlichen Tagungen abhalten können und die erforderliche administrative Unterstützung sowie Kurzprotokolle erhalten;

17. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, dafür Sorge zu tragen, daß das Sekretariats-Zentrum für Menschenrechte den Menschenrechtsausschuß und den Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bei der Durchführung ihres jeweiligen Mandats tatkräftig unterstützt;

18. *bittet* den Generalsekretär *erneut nachdrücklich*, unter Berücksichtigung der Anregungen des Menschenrechtsausschusses durch entschlossene Maßnahmen im Rahmen der vorhandenen Mittel dafür Sorge zu tragen, daß die Tätigkeit dieses Ausschusses und in ähnlicher Weise auch die Tätigkeit des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden;

19. *legt* allen Regierungen *nahe*, den Wortlaut des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte in möglichst vielen Sprachen zu veröffentlichen und dafür Sorge zu tragen, daß er auf ihrem Hoheitsgebiet möglichst weit verbreitet und bekannt gemacht wird.

20. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter dem Punkt "Internationale Menschenrechtspakte" einen Bericht über den Stand des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vorzulegen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/130 – Unteilbarkeit und Interdependenz der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte

Die Generalversammlung,

eingedenk der nach der Charta der Vereinten Nationen bestehenden Verpflichtung der Staaten, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit sowie die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied nach Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion zu fördern,

in Bekräftigung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5], des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[5] und der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet[28],

unter Hinweis darauf, daß in den Präambeln der Internationalen Menschenrechtspakte[5] anerkannt wird, daß das Ideal vom freien Menschen, der frei von Furcht und Not lebt, nur verwirklicht werden kann, wenn Ver-

hältnisse geschaffen werden, in denen jeder seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ebenso wie seine bürgerlichen und politischen Rechte wahrnehmen kann,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 40/114 vom 13. Dezember 1985, 41/117 vom 4. Dezember 1986, 42/102 vom 7. Dezember 1987 und 43/113 vom 8. Dezember 1988,

in Bekräftigung ihrer Resolution 32/130 vom 16. Dezember 1977, in der es heißt, daß alle Menschenrechte und Grundfreiheiten unteilbar sind und wechselseitig voneinander abhängen und daß die Förderung und der Schutz einer Kategorie von Rechten die Staaten niemals von der Verpflichtung zur Förderung und zum Schutz der anderen Rechte ausnehmen beziehungsweise entbinden kann,

davon überzeugt, daß der Verwirklichung, der Förderung und dem Schutz der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte gleiche Aufmerksamkeit und dringende Beachtung geschenkt werden sollte,

in dem Wunsche, alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die der vollen Verwirklichung der Menschenrechte im Wege stehen, insbesondere die massiven und flagranten Verletzungen der Menschenrechte,

erneut erklärend, daß zwischen Abrüstung und Entwicklung ein enger, mehrdimensionaler Zusammenhang besteht, daß Fortschritte bei der Abrüstung sich außerordentlich fördernd auf Fortschritte im Entwicklungsbereich auswirken würden und daß die durch Abrüstungsmaßnahmen freigesetzten Ressourcen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und zum Wohl aller Völker beitragen könnten;

in der Erwägung, daß die Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung zur Förderung der Wahrnehmung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten beitragen kann,

unter Hinweis auf die von der Menschenrechtskommission verabschiedeten Resolutionen 1985/42 vom 14. März 1985[41], 1986/15 vom 10. März 1986[104], 1987/19 und 1987/20 vom 10. März 1987[44] sowie 1988/22 und 1988/23 vom 7. März 1988[45] und Kenntnis nehmend von den Resolutionen der Kommission 1989/12 und 1989/13 vom 2. März 1989[2], in denen es heißt, daß der Verwirklichung, der Förderung und dem Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet wird,

1. *vermerkt* die entscheidende Bedeutung, die einzelstaatlichen Anstrengungen und internationaler Zusammenarbeit für die vollständige und effektive Verwirklichung aller in den Internationalen Menschenrechtspakten und in anderen völkerrechtlichen Instrumenten anerkannten Menschenrechte zukommt;

2. *appelliert* an alle Staaten, eine Politik zu verfolgen, die auf die Verwirklichung, die Förderung und den Schutz der in den Internationalen Menschenrechtspakten und in anderen völkerrechtlichen Instrumenten anerkannten wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte gerichtet ist;

3. *ersucht* den Generalsekretär um die Intensivierung seiner Bemühungen im Rahmen des Programms für Beratungsdienste, die den Staaten bei der Verwirklichung, der Förderung und dem Schutz der in den Internationalen Menschenrechtspakten und in anderen Völkerrechtsinstrumenten niedergelegten Menschenrechte und Grundfreiheiten geboten werden;

4. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, im Rahmen der vorhandenen Mittel gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um den Menschenrechtsausschuß und den Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß sie uneingeschränkte administrative Unterstützung erhalten, damit sie ihren Aufgaben wirksam nachkommen können;

5. *ersucht* die Organe der Vereinten Nationen, in Zusammenarbeit mit den Sonderorganisationen, den Mitgliedstaaten und den nichtstaatlichen Organisationen den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechten in der Weltinformationskampagne über die Menschenrechte gleiche Aufmerksamkeit zu widmen;

6. *beschließt*, die Frage der Unteilbarkeit und Interdependenz der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter dem Punkt "Internationale Menschenrechtspakte" zu behandeln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/131 – Beseitigung aller Formen religiöser Intoleranz

Die Generalversammlung,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die allgemeine Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle, ohne Unterschied nach Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion, zu fördern,

in Bekräftigung ihrer Resolution 36/55 vom 25. November 1981, in der sie die Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung verkündet hat,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/108 vom 8. Dezember 1988, in der sie die Menschenrechtskommission ersucht hat, weiterhin zu prüfen, welche Maßnahmen zur Verwirklichung der Erklärung ergriffen werden könnten,

ermutigt durch die Anstrengungen, die die Menschenrechtskommission und die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz unternehmen, um Entwicklungen zu untersuchen, die sich auf die Verwirklichung der Erklärung auswirken,

unter Hinweis auf Resolution 1988/55 der Menschenrechtskommission vom 8. März 1988[45] und den Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1988/142 vom 27. Mai 1988, aufgrund derer das Mandat des Sonderberichterstatters um zwei Jahre verlängert wurde, der ernannt worden ist, um Vorfälle und staatliche Maßnahmen in allen Teilen der Welt, die mit der Erklärung unvereinbar sind, zu untersuchen und gegebenenfalls Abhilfemaßnahmen zu empfehlen,

betonend, daß nichtstaatlichen Organisationen und religiösen Zusammenschlüssen und Gruppen auf allen Ebenen bei der Förderung der Toleranz und beim Schutz der Religions- oder Überzeugungsfreiheit eine wichtige Rolle zufällt, die sie u.a. dadurch erfüllen sollten, daß sie prüfen, durch welche Methoden die Ver-

wirklichung der Erklärung am wirksamsten gefördert werden kann,

sich dessen bewußt, wie wichtig die Bildung ist, wenn es darum geht, Toleranz in Fragen der Religion und Überzeugung zu gewährleisten,

ernstlich besorgt darüber, daß es in vielen Teilen der Welt nach wie vor Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder Überzeugung gibt,

die Auffassung vertretend, daß daher weitere Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit und zur Beseitigung aller Formen der Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung unternommen werden müssen,

1. *erklärt erneut*, daß jeder ohne Diskriminierung ein verbrieftes Recht auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit hat;

2. *bittet* daher alle Staaten *nachdrücklich*, in Übereinstimmung mit ihrer jeweiligen Verfassungsordnung und mit international anerkannten Dokumenten wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[5] und der Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung, soweit nicht bereits geschehen, ausreichende verfassungsmäßige und rechtliche Garantien für die Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit zu schaffen und für wirksame Abhilfe zu sorgen, wo immer es Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder Überzeugung gibt;

3. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Intoleranz zu bekämpfen und Verständnis, Toleranz und Respekt in Fragen der Religions- und Überzeugungsfreiheit zu fördern und in diesem Zusammenhang die Beaufsichtigung und Ausbildung ihrer Beamten, Lehrkräfte und übrigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes erforderlichenfalls zu überprüfen, um sicherzustellen, daß sie bei der Ausübung ihres Dienstes unterschiedliche Religionen und Überzeugungen achten und Personen, die sich zu anderen Religionen oder Überzeugungen bekennen, nicht diskriminieren;

4. *bittet* die Universität der Vereinten Nationen und andere akademische Einrichtungen und Forschungsinstitute, sich mit Programmen und Studien über die Förderung von Verständnis, Toleranz und Respekt in Fragen der Religions- und Überzeugungsfreiheit zu befassen;

5. *hält es für* wünschenswert, die Aufklärungs-, Presse- und Informationsarbeit der Vereinten Nationen in Fragen der Religions- oder Überzeugungsfreiheit zu verstärken und zu diesem Zweck im Rahmen der Weltkampagne für Menschenrechtsinformationen geeignete Maßnahmen zu ergreifen;

6. *bittet* den Generalsekretär, der Verbreitung des Wortlauts der Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung in allen Amtssprachen der Vereinten Nationen auch weiterhin hohe Priorität einzuräumen und alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den Wortlaut der Erklärung den Informationszentren der Vereinten Nationen sowie anderen interessierten Stellen zur Verfügung zu stellen;

7. *begrüßt* die Bemühungen der nichtstaatlichen Organisationen um die Förderung der Verwirklichung der Erklärung, einschließlich der vom 14. bis 18. Mai 1989 in Warschau veranstalteten Zweiten Internationalen Konferenz über Möglichkeiten zur Förderung der Verwirklichung der Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskiminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung;

8. *ersucht* den Generalsekretär, interessierte nichtstaatliche Organisationen zu bitten, sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Rolle sie bei der Verwirklichung der Erklärung und ihrer Verbreitung in den Landes- und lokalen Sprachen unter Umständen noch übernehmen könnten;

9. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, die Verbreitung des Wortlauts der Erklärung in ihren Landessprachen zu erwägen und ihre Verbreitung in den Landes- und lokalen Sprachen zu erleichtern;

10. *verweist mit Genugtuung* auf den vom Wirtschafts- und Sozialrat aufgrund der Empfehlung der Menschenrechtskommission auf ihrer vierundvierzigsten Tagung gefaßten Beschluß über die zweijährige Verlängerung des Mandats des Sonderberichterstatters, der von der Menschenrechtskommision ernannt worden ist, um Vorfälle und staatliche Maßnahmen in allen Teilen der Welt, die mit der Erklärung unvereinbar sind, zu untersuchen und gegebenenfalls Abhilfemaßnahmen zu empfehlen;

11. *stellt fest*, daß die Menschenrechtskommission beabsichtigt, auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung auf der Grundlage eines von der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz zu unterbreitenden Berichts die Frage der Abfassung eines völkerrechtlich verbindlichen Instruments über Religions- oder Überzeugungsfreiheit zu prüfen, und unterstreicht in diesem Zusammenhang die Relevanz der Generalversammlungsresolution 41/120 vom 4. Dezember 1986 mit dem Titel "Setzung internationaler Normen im Bereich der Menschenrechte";

12. *ersucht* die Menschenrechtskommission, sich weiter mit Maßnahmen zur Verwirklichung der Erklärung zu befassen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat Bericht zu erstatten;

13. *beschließt*, den Punkt "Beseitigung aller Formen religiöser Intoleranz" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung aufzunehmen und den Bericht der Menschenrechtskommission unter diesem Punkt zu behandeln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/132 – Leitlinien zur Regelung der rechnergestützten Handhabung von personenbezogenen Dateien

Die Generalversammlung,

eingedenk der Resolution 1989/43 der Menschenrechtskommission vom 6. März 1989[2] und der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/78 vom 24. Mai 1989 mit dem Titel "Leitlinien zur Regelung der rechnergestützten Handhabung von personenbezogenen Dateien",

1. *spricht* dem Sonderberichterstatter der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz, Louis Joinet, *ihre Anerkennung aus* für seinen Bericht über den Entwurf der Leitlinien zur Regelung der rechnergestützten Handhabung von personenbezogenen Dateien[119];

2. *dankt* den Regierungen, die dem Generalsekretär ihre Stellungnahmen und Anregungen zum Entwurf der Leitlinien übermittelt haben[120];

3. *bittet* den Sonderberichterstatter, der Menschenrechtskommission auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung eine überarbeitete Fassung des Entwurfs der Leitlinien vorzulegen und dabei u.a. diese Stellungnahmen und Anregungen zu berücksichtigen;

4. *ersucht* die Menschenrechtskommission, den überarbeiteten Entwurf der Leitlinien zu prüfen und ihn nach erfolgter Prüfung und gegebenenfalls Abänderung der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat zur endgültigen Verabschiedung zu übermitteln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/133 – Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt

Die Generalversammlung,

feststellend, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt ein entscheidender Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist,

unter Hinweis auf die von der Generalversammlung mit ihrer Resolution 3384 (XXX) vom 10. November 1975 verabschiedete Erklärung über die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse des Friedens und zum Wohle der Menschheit,

eingedenk der einschlägigen Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[5], des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5] und der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet[28],

sich dessen bewußt, daß nur das schöpferische Genie des Menschen den Fortschritt und die Weiterentwicklung der Zivilisation in einer friedlichen Umwelt möglich macht und daß das menschliche Leben als höchstes Gut anerkannt werden muß,

unter Hinweis auf die grundlegende Bedeutung des Rechts auf Leben,

in der Überzeugung, daß heute im Zeitalter des wissenschaftlich-technischen Fortschritts die Ressourcen der Menschheit und wissenschaftliche Betätigung genutzt werden sollten, um die friedliche wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung der Länder zu fördern und die Lebensbedingungen aller Völker zu verbessern,

eingedenk dessen, daß der Austausch und Transfer wissenschaftlich-technischer Kenntnisse ein wichtiges Mittel zur Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer ist,

unter Hinweis auf ihre einschlägigen Resolutionen,

1. *erklärt erneut*, wie wertvoll die Erklärung über die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse des Friedens und zum Wohle der Menschheit für die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist;

2. *fordert* alle Staaten *auf*, die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik nach besten Kräften zur Förderung der friedlichen Entwicklung und des friedlichen Fortschritts auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet einzusetzen;

3. *erinnert* an die historische Verantwortung der Regierungen aller Länder der Welt, die Zivilisation zu erhalten und dafür Sorge zu tragen, daß jeder sein angeborenes Recht auf Leben ausüben kann, und fordert sie auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um durch Verabschiedung geeigneter Maßnahmen auf nationaler wie internationaler Ebene zum Schutz des Rechts auf Leben beizutragen;

4. *fordert* alle Staaten, die entsprechenden Organe der Vereinten Nationen, die jeweiligen Sonderorganisationen sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß die Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und das physische und geistige Potential der Menschheit zum Wohle der Menschheit und zur Förderung und Festigung der allgemeinen Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten eingesetzt werden;

5. *ersucht* die Menschenrechtskommission, bei ihrer Behandlung des Punktes "Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt" der Frage der Umsetzung der Erklärung auch weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

6. *bittet* die Menschenrechtskommission, die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz bei der Ausarbeitung der von der Kommission in ihren Resolutionen 1982/4 vom 19. Februar 1982[101], 1984/29 vom 12. März 1984[103], 1986/11 vom 10. März 1986[104] und 1988/61 vom 9. März 1988[45] erbetenen Studie zu unterstützen;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/134 – Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/53 vom 14. Dezember 1978, in der sie die Menschenrechtskommission ersucht hat, die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz nachdrücklich zu bitten, vorrangig und mit dem Ziel der Ausarbeitung von Richtlinien eine Studie über die Frage des Schutzes von Personen durchzuführen, die mit der Begründung inhaftiert sind, sie seien geisteskrank,

eingedenk dessen, daß alle Staaten verpflichtet sind, die Menschenrechte und Grundfreiheiten aller, d.h.

[119] E/CN.4/Sub.2/1988/22.
[120] Siehe A/44/606 mit Add.1.

auch von benachteiligten Personen wie beispielsweise Geisteskranken, zu fördern und zu achten,

eingedenk der Grundsätze ärztlicher Ethik im Zusammenhang mit der Rolle von medizinischem Personal, insbesondere von Ärzten, beim Schutz von Strafgefangenen und Inhaftierten vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe[121],

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/109 vom 8. Dezember 1988, in der sie die von der Arbeitsgruppe der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz erzielten Fortschritte begrüßt und die Menschenrechtskommission gebeten hat, sich unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Unterkommission auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung mit diesem Thema zu befassen,

Kenntnis nehmend von der Resolution 1989/40 der Menschenrechtskommission vom 6. März 1989[2] und der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/76 vom 24. Mai 1989, mit der der Rat eine allen Mitgliedern der Kommission offenstehende Arbeitsgruppe ermächtigt hat, den von der Unterkommission vorgelegten Entwurf eines Katalogs von Grundsätzen und Garantien für den Schutz und die Verbesserung der Pflege von Geisteskranken[122] zu prüfen, zu überarbeiten und gegebenenfalls zu vereinfachen, mit dem Ziel, ihn der Kommission auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung vorzulegen,

die Auffassung vertretend, daß alle Geisteskranken mit Menschlichkeit und Achtung vor der allen Menschen angeborenen Würde behandelt werden sollten,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß der im Bericht des Sonderberichterstatters der Unterkommission[123] beschriebene Mißbrauch der Psychiatrie zu dem Zweck, Menschen wegen ihrer politischen Anschauungen oder aus anderen nichtmedizinischen Gründen in psychiatrischen Anstalten festzuhalten, eine Verletzung der Menschenrechte dieser Menschen darstellt,

1. *weist von neuem auf* die dringende Notwendigkeit von Grundsätzen und Garantien für den Schutz von Geistesgestörten beziehungsweise von Personen *hin*, die mit der Begründung inhaftiert sind, sie seien geisteskrank;

2. *begrüßt* die Einsetzung der allen Mitgliedern der Menschenrechtskommission offenstehenden Arbeitsgruppe und bittet diese Gruppe nachdrücklich, den Entwurf eines Katalogs von Grundsätzen und Garantien für den Schutz und die Verbesserung der Pflege von Geisteskranken rasch zu prüfen;

3. *ersucht* die Menschenrechtskommission, sich unter Berücksichtigung der Beratungen und Empfehlungen der allen Kommissionsmitgliedern offenstehenden Arbeitsgruppe auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung mit dem Thema zu befassen, mit dem Ziel, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat den Entwurf eines Katalogs von Grundsätzen und Garantien vorzulegen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

[121] Resolution 37/194, Anlage.
[122] Siehe E/CN.4/Sub.2/1988/23, Abschnitt IV.
[123] E/CN.4/Sub.2/1983/17.

44/135 – Effektive Anwendung der internationalen Menschenrechtsinstrumente einschließlich der Berichtspflichten aufgrund der internationalen Menschenrechtsinstrumente

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/115 vom 8. Dezember 1988 sowie ihre anderen einschlägigen Resolutionen,

Kenntnis nehmend von den Resolutionen 1989/46 und 1989/47 der Menschenrechtskommission vom 6. März 1989[2],

erneut erklärend, daß die wirksame Anwendung der Menschenrechtsinstrumente der Vereinten Nationen von größter Bedeutung für die Anstrengungen ist, die die Organisation gemäß der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4] unternimmt, um die allgemeine Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern,

die Auffassung vertretend, daß die effektive Erfüllung der Aufgaben der aufgrund von Menschenrechtsinstrumenten geschaffenen Vertragsgremien eine unabdingbare Voraussetzung für die effektive Anwendung dieser Instrumente ist,

erneut erklärend, daß sie dafür verantwortlich ist, die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung seitens der Vertragsgremien sicherzustellen, die aufgrund der von der Generalversammlung verabschiedeten Übereinkünfte geschaffen wurden, und in diesem Zusammenhang ferner erneut erklärend, daß es darauf ankommt,

a) das effektive Funktionieren der Systeme der periodischen Berichterstattung durch die Vertragsstaaten dieser Übereinkünfte sicherzustellen;

b) sich mit dem Problem der Beschaffung ausreichender Finanzmittel, das die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung der aufgrund der Menschenrechtsinstrumente geschaffenen Vertragsgremien weiterhin behindert, und dem Problem der Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen für ihre effektive Funktionsfähigkeit auseinanderzusetzen;

c) sich mit der Frage der Berichtspflichten und der finanziellen Konsequenzen auseinanderzusetzen, wann immer die Möglichkeit der Schaffung weiterer Menschenrechtsinstrumente in Erwägung gezogen wird,

in der Erwägung, daß die effektive Anwendung der Menschenrechtsinstrumente, die auch die regelmäßige Berichterstattung an die entsprechenden Vertragsgremien seitens der Vertragsstaaten und die effiziente Aufgabenwahrnehmung seitens der Vertragsgremien selbst umfaßt, die Vertragsstaaten nicht nur dazu anhält, auf internationaler Ebene verstärkt Rechenschaft bezüglich der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte abzulegen, sondern ihnen auch eine wertvolle Gelegenheit bietet, ihre Politiken und Programme, die sich auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte auswirken, zu überprüfen und alle gegebenenfalls erforderlichen Anpassungen vorzunehmen,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis darüber, daß die Vertragsstaaten von Menschenrechtsübereinkünften der Vereinten Nationen weiterhin und in zunehmender Zahl mit ihren Berichten betreffend deren Durchführung im Verzug sind und daß bei der Berichtsprüfung durch die Vertragsgremien Verzögerungen auftreten,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs[124] über die Fortschritte auf dem Weg zu einer größeren Funktionstüchtigkeit der Vertragsgremien, die u.a. unter Berücksichtigung der Feststellungen und Empfehlungen des vom 10. bis 14. Oktober 1988 in Genf abgehaltenen Treffens der Vorsitzenden der Vertragsgremien auf dem Gebiet der Menschenrechte[125] erzielt worden sind,

mit Dank Kenntnis nehmend von der entsprechend den obengenannten Resolutionen von einem unabhängigen Sachverständigen erstellten Studie[126] über Möglichkeiten des langfristigen Vorgehens zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der aufgrund von Menschenrechtsinstrumenten der Vereinten Nationen bestehenden beziehungsweise künftig zu schaffenden Gremien,

1. *billigt* die Empfehlungen des Treffens der Vorsitzenden der Vertragsgremien auf dem Gebiet der Menschenrechte bezüglich der Straffung, Rationalisierung und sonstigen Verbesserung der Berichtsverfahren und unterstützt die von den Vertragsgremien und vom Generalsekretär innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs diesbezüglich auch weiterhin unternommenen Bemühungen;

2. *ist erfreut* darüber, daß der Generalsekretär eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag eingesetzt hat, eine Studie über die möglichst weitgehende Computerisierung der Tätigkeit der Vertragskontrollgremien zu erstellen, um deren Effizienz zu erhöhen und den Vertragsstaaten die Einhaltung ihrer Berichtspflichten und den Vertragsgremien die Prüfung der Berichte zu erleichtern;

3. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[127] an den Ausschuß für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in dem dargelegt wird, in welchem Maße die in den internationalen Menschenrechtsübereinkünften behandelten Fragen einander überschneiden, was dazu beitragen wird, soweit erforderlich die Duplizierungen zu vermindern, die in den Kontrollorganen im Hinblick auf Fragen entstehen, die in bezug auf einen jeweiligen Vertragsstaat aufgeworfen werden;

4. *legt* dem Generalsekretär *nahe*, den Entwurf des detaillierten Handbuchs für die Berichterstattung planmäßig fertigzustellen, das den Vertragsstaaten bei der Erfüllung ihrer Berichtspflichten helfen soll, und den verschiedenen Vertragsgremien den Entwurf bis Ende 1989 zukommen zu lassen;

5. *bittet* die Vertragsstaaten *erneut nachdrücklich*, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um ihren Berichtspflichten nachzukommen und einzeln und auf dem Wege über Tagungen der Vertragsstaaten bei der Ermittlung und Anwendung von Methoden zur weiteren Straffung und sonstigen Verbesserung der Berichtsverfahren sowie zur besseren Koordination und Kommunikation zwischen den Vertragsgremien und den zuständigen Organen der Vereinten Nationen, darunter auch den Sonderorganisationen, zu helfen;

6. *ist erfreut* darüber, daß das Treffen der Vorsitzenden der Vertragsgremien auf dem Gebiet der Menschenrechte und die Menschenrechtskommission die Bedeutung der technischen Hilfe und der Beratungsdienste hervorgehoben haben, und

a) macht sich daher das Ersuchen der Kommission zu eigen, der Generalsekretär möge ihr regelmäßig über mögliche technische Hilfsprojekte Bericht erstatten, die von den Vertragsgremien aufgezeigt worden sind;

b) bittet die Vertragsgremien, im Zuge ihrer normalen Tätigkeit im Zusammenhang mit der Prüfung der periodischen Berichte der Vertragsstaaten der Ermittlung derartiger Möglichkeiten vorrangige Aufmerksamkeit zu widmen;

7. *billigt* die Empfehlungen des Treffens der Vorsitzenden der Vertragsgremien auf dem Gebiet der Menschenrechte, was die Notwendigkeit angeht, Finanzmittel und ausreichende Personalressourcen für die Tätigkeit der Vertragsgremien sicherzustellen, und

a) bittet in diesem Sinne den Generalsekretär erneut, die Notwendigkeit einer ausreichenden Personalausstattung der verschiedenen Vertragsgremien zu prüfen;

b) ersucht ihn, der Menschenrechtskommission auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über diese Frage Bericht zu erstatten;

8. *fordert* alle Vertragstaaten *auf*, ihren finanziellen Verpflichtungen aufgrund der einschlägigen Menschenrechtsinstrumente in vollem Umfang und ohne Verzögerungen nachzukommen, und ersucht den Generalsekretär zu erwägen, wie die Eintreibungsverfahren verstärkt und effektiver gemacht werden könnten;

9. *ersucht* den Generalsekretär, vorrangig verwaltungs- und haushaltstechnische Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die darauf gerichtet sind, die derzeitigen Finanzprobleme der Vertragsgremien zu mildern und somit deren ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung zu gewährleisten, und ersucht ihn, der Menschenrechtskommission auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über diese Maßnahmen Bericht zu erstatten;

10. *betont*, daß die Ergreifung derartiger verwaltungs- und finanztechnischer Maßnahmen die aufgrund der Menschenrechtsinstrumente der Vereinten Nationen bestehende Pflicht der Vertragsstaaten, allen mit diesen Instrumenten übernommenen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen, unberührt läßt;

11. *bittet* die Vorsitzenden der Vertragsgremien auf dem Gebiet der Menschenrechte, den wechselseitigen Austausch und Dialog über gemeinsame Fragen und Probleme aufrechtzuerhalten, und ersucht zu diesem Zweck den Generalsekretär, im Rahmen der vorhandenen Ressourcen im Jahre 1990 ein Treffen der Vorsitzenden der Vertragsgremien einzuberufen;

12. *äußert ihre Genugtuung* über die von dem unabhängigen Sachverständigen durchgeführte Studie über Möglichkeiten des langfristigen Vorgehens zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit der aufgrund von Menschenrechtsinstrumenten der Vereinten Nationen bestehenden beziehungsweise künftig zu schaffenden Gremien, die mehrere Empfehlungen zu dem Berichts- und Überwachungsverfahren, zur Betreuung und Finanzierung der Kontrollgremien und zu langfristigen Vorgehensmöglichkeiten in bezug auf die Normsetzung auf dem Gebiet der Menschenrechte und in bezug auf Umsetzungsmechanismen enthält und die der Menschenrechtskommission auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung zur eingehenden Prüfung vorgelegt wird;

13. *beschließt*, auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des unabhän-

[124] A/44/539.
[125] Siehe A/44/98, Anhang.
[126] Siehe A/44/668.
[127] E/C.12/1989/3.

gigen Sachverständigen unter Berücksichtigung der Beratungen der Menschenrechtskommission sowie der Beratungen des Treffens der Vorsitzenden der Vertragsgremien unter einem Punkt mit dem Titel "Effektive Anwendung der Menschenrechtsinstrumente der Vereinten Nationen und Funktionstüchtigkeit der aufgrund dieser Instrumente geschaffenen Gremien" mit Vorrang zu behandeln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/136 — Internationale Konferenz über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im südlichen Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/116 vom 8. Dezember 1988 über die Internationale Konferenz über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im südlichen Afrika,

ernstlich besorgt darüber, daß sich die Situation im südlichen Afrika infolge der Beherrschung und Unterdrückung des Volkes von Südafrika durch das rassistische Minderheitsregime von Südafrika ständig weiter zuspitzt,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[128] über die vom 22. bis 24. August 1988 in Oslo abgehaltene Internationale Konferenz über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im südlichen Afrika,

sich bewußt, daß ihr die Verantwortung obliegt, den unabhängigen Staaten im südlichen Afrika durch wirtschaftliche, materielle und humanitäre Unterstützung zu helfen, die durch die Angriffs- und Destabilisierungshandlungen des Apartheidregimes von Südafrika verursachte Situation zu bewältigen,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von den Konsultationen, die der Generalsekretär geführt hat, um innerhalb des Systems der Vereinten Nationen einen Mechanismus zu schaffen, der die Durchführung und allgemeine Koordination der Hilfsprogramme zugunsten von in ihrem eigenen Land Vertriebenen gewährleistet,

mit Empörung feststellend, daß die Apartheidpolitik Südafrikas und seine von bewaffneten Terroristen verübten direkten und indirekten Angriffs-, Einschüchterungs- und Destabilisierungshandlungen nach wie vor die Hauptursache für Flüchtlingsströme und die Zunahme der Vertreibungen im südlichen Afrika sind,

überzeugt, daß die internationale Gemeinschaft den Ländern des südlichen Afrika, die Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebene bei sich aufnehmen, dringend ein Höchstmaß an konzertierter Hilfe gewähren und außerdem auf die Not dieser Menschen aufmerksam machen muß,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Internationale Konferenz über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im südlichen Afrika;

2. *erklärt erneut*, daß die Erklärung und der Aktionsplan von Oslo über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im südlichen Afrika, die von der Konferenz verabschiedet worden sind[129], weiterhin umgesetzt werden müssen;

3. *dankt* den Ländern und Organisationen, die den Ländern im südlichen Afrika geholfen haben, die Situation der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen in ihrem Lande zu bewältigen;

4. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, den Ländern des südlichen Afrika größere Unterstützung zu gewähren, damit diese ihre Kapazität zur Bereitstellung der erforderlichen Einrichtungen und Dienste für die Betreuung und das Wohl der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen in ihren Ländern ausbauen können;

5. *dankt* dem Generalsekretär *erneut* für seine im Namen der internationalen Gemeinschaft unternommenen Bemühungen, besondere Wirtschaftshilfeprogramme für die Frontstaaten und andere Nachbarstaaten aufzustellen und in Gang zu setzen, um diesen Staaten zu helfen, den Auswirkungen der Angriffs- und Destabilisierungshandlungen des Apartheidregimes von Südafrika standzuhalten;

6. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den Anstrengungen, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen, das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und der Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen unternommen haben, um den spezifischen Aufgaben und Verantwortlichkeiten nachzukommen, die ihnen in der Erklärung und in dem Aktionsplan von Oslo übertragen worden sind, und ermutigt sie, ihre Anstrengungen fortzusetzen;

7. *billigt* die Empfehlung des Generalsekretärs, der zufolge den ständigen Koordinatoren der Vereinten Nationen die Aufgabe übertragen werden sollte, die Hilfsmaßnahmen zugunsten von in ihrem eigenen Lande Vertriebenen in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen, örtlichen Vertretern der Geberländer und im Außendienst tätigen Organisationen der Vereinten Nationen zu koordinieren;

8. *bittet erneut nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten, Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die nach der Erklärung und dem Aktionsplan von Oslo von ihnen geforderten Maßnahmen durchzuführen;

9. *beschließt*, diese Frage auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung anhand eines vom Generalsekretär vorzulegenden Berichts zu behandeln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/137 — Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Tätigkeitsberichts des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[130] sowie des Berichts über die vierzigste Tagung des Exekutivausschusses des Programms des Hohen Kommissars[131] und nach Anhörung der Erklärungen des

[128] A/44/520.

[129] Siehe A/43/717 mit Korr.1 und Add.1.

[130] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 12* (A/44/12).

[131] Ebd., *Beilage 12A* (A/44/12/Add.1).

amtierenden Leiters des Amtes des Hohen Kommissars vom 15. und 17. November 1989[132],

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/117 vom 8. Dezember 1988,

in Bekräftigung des rein humanitären und unpolitischen Charakters der Tätigkeit des Amtes des Hohen Kommissars, wie auch in Bekräftigung der grundlegenden Wichtigkeit der Schutzfunktion des Hohen Kommissars und der Notwendigkeit, daß die Staaten bei der Wahrnehmung dieser vorrangigen und wichtigen Aufgabe mit dem Hohen Kommissar zusammenarbeiten,

mit Genugtuung davon Kenntnis nehmend, daß nach den jüngsten Beitritten jetzt 106 Staaten Vertragsparteien des Abkommens von 1951[133] und des Protokolls von 1967[134] über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sind,

besorgt feststellend, daß trotz neuer Entwicklungen, die auf eine Lösung der Flüchtlingsprobleme hoffen lassen, die unter der Obhut des Amtes des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge und Vertriebenen in bestimmten Situationen nach wie vor mit bedrückend schweren Problemen konfrontiert sind, so auch mit Schutzproblemen infolge der Ausweisung und Zurückweisung (*refoulement*) von Flüchtlingen, infolge ihrer ungerechtfertigten Inhaftierung und infolge von Maßnahmen, die ihre besondere Situation nicht berücksichtigen,

besonders besorgt darüber, daß die Sicherheit und das Wohl der Flüchtlinge und Asylsuchenden in verschiedenen Regionen aufgrund von militärischen oder bewaffneten Angriffen, der Zwangsrekrutierung von Flüchtlingen in die Streitkräfte und anderer Formen der Gewalt ernstlich gefährdet werden, und feststellend, daß weitere Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Rettung und Ausschiffung von Asylsuchenden in Seenot zu gewährleisten, und in diesem Zusammenhang ebenfalls Kenntnis nehmend von den Problemen der Asylsuchenden, die als blinde Passagiere reisen,

Kenntnis nehmend vom Bestreben des Amtes des Hohen Kommissars, sich weiterhin den besonderen Problemen und Bedürfnissen geflüchteter und vertriebener Frauen und Kinder zu widmen, die oft einer Vielfalt von schwierigen Situationen ausgesetzt sind, die sich auf ihren persönlichen und rechtlichen Schutz und auf ihr seelisches und materielles Wohl auswirken,

betonend, daß die Staaten gehalten sind, auf möglichst umfassender Grundlage die Bemühungen zu unterstützen, die das Amt des Hohen Kommissars unternimmt, um nach dauerhaften und zeitgerechten Lösungen für die Flüchtlingsprobleme zu suchen, die auf neuen Ansätzen aufbauen und die bei Achtung der grundlegenden Schutzprinzipien und -anliegen den jetzigen Realitäten gerecht werden,

in diesem Zusammenhang *in der Erkenntnis*, daß die auf Freiwilligkeit beruhende Repatriierung oder Rückkehr noch immer die erstrebenswerteste Lösung für die Probleme der unter der Obhut des Amtes des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge und Vertriebenen darstellt, und erfreut über die Tatsache, daß Flüchtlinge und Vertriebene in großer Zahl freiwillig in ihre Herkunftsländer zurückkehren können,

in Anbetracht dessen, daß die Förderung der grundlegenden Menschenrechte für die Eigenständigkeit der Flüchtlinge und die Sicherheit von Flüchtlingsfamilien sowie für die Wiederherstellung der Menschenwürde und die Verwirklichung von Dauerlösungen für Flüchtlingsprobleme unabdingbar ist,

zutiefst besorgt über die beispiellose Finanzkrise, mit der das Amt des Hohen Kommissars gegenwärtig konfrontiert ist,

sich bewußt, daß die Anwendung des Prinzips der internationalen Solidarität und die Suche nach Dauerlösungen eine bessere Aufgabenteilung und Vereinbarungen zwischen allen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und den entsprechenden anderen staatlichen wie nichtstaatlichen Organisationen bezüglich der Durchführung und Finanzierung entsprechender Tätigkeiten voraussetzt,

in Anbetracht dessen, daß dauerhafte Lösungen für die in Entwicklungsländern lebenden Flüchtlinge in vielen Fällen im Rahmen eines entwicklungsorientierten Ansatzes erzielt werden können und daß ein Gastland, das infolge des wachsenden Zustroms von Flüchtlingen schwere Belastungen zu tragen hat, ausreichende Mittel benötigt, um der Beeinträchtigung und schweren Beanspruchung seiner sozioökonomischen Infrastruktur in ländlichen und städtischen Gebieten entgegenwirken zu können, und die Notwendigkeit betonend, für die Kompatibilität der Flüchtlingshilfe mit den nationalen Entwicklungsplänen der Asylländer unter den Entwicklungsländern Sorge zu tragen,

erfreut über die vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars auf seiner vierzigsten Tagung verabschiedeten Schlußfolgerungen und Beschlüsse über Flüchtlingshilfe und Entwicklung[135], insbesondere über das Ersuchen an das Amt des Hohen Kommissars, seine Katalysatorrolle auf dem Gebiet von Flüchtlingshilfe und Entwicklung weiter wahrzunehmen,

mit dem Ausdruck ihrer Anerkennung für diejenigen Staaten, die trotz schwerwiegender eigener Wirtschafts- und Entwicklungsprobleme weiterhin viele unter der Obhut des Amtes des Hohen Kommissars stehende Flüchtlinge und Vertriebene auf ihrem Hoheitsgebiet aufnehmen, und unter Betonung der Notwendigkeit, durch internationale Hilfsmaßnahmen einen möglichst großen Anteil an der Belastung zu übernehmen, die diese Staaten tragen müssen,

betonend, daß das Amt des Hohen Kommissars und die zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die anderen zwischenstaatlichen wie nichtstaatlichen internationalen Organisationen bei der Entwicklung und Umsetzung spezifisch auf die Lösung der Probleme von Flüchtlingen und Rückkehrern wie auch der Aufnahmegebiete abstellender entwicklungshilfepolitischer Teilkonzepte eng zusammenarbeiten müssen,

betonend, daß die internationale Gemeinschaft denjenigen Flüchtlingen, für die keine andere Dauerlösung absehbar ist, weiterhin entsprechende Neuansiedlungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen muß, wobei Flüchtlinge, die bereits über Gebühr lange in Lagern gelebt haben, sowie Einzelpersonen besonders zu berück-

[132] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Third Committee*, 44. und 47. Tagung mit Korrigendum.
[133] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 189, Nr. 2545.
[134] Ebd., Vol. 606, Nr. 8791.
[135] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 12A* (A/44/12/Add.1), Ziffer 32.

sichtigen sind, die mit Situationen konfrontiert sind, in denen sie dringenden oder außergewöhnlichen Schutz brauchen,

erfreut über die wertvolle Unterstützung, die die Regierungen dem Amt des Hohen Kommissars bei der Wahrnehmung seiner humanitären Aufgaben gewähren, sowie in Anerkennung der Notwendigkeit einer fortgesetzten und verstärkten Zusammenarbeit zwischen dem Amt des Hohen Kommissars und anderen Stellen des Systems der Vereinten Nationen sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen,

Kenntnis nehmend von den in Zusammenarbeit mit dem Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars unter anderem auch durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe unternommenen Bemühungen des Amtes des Hohen Kommissars, die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit des Amtes zu verbessern, sowie Kenntnis nehmend von der Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus der Außendienstaktivitäten und -aufgaben,

mit dem Ausdruck ihrer Anerkennung für die aufopfernde Weise, in der das Amt des Hohen Kommissars und seine Mitarbeiter ihren Aufgaben nachkommen, und mit dem Ausdruck ihrer Hochachtung für die Mitarbeiter, die in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben eingesetzt haben,

1. *bekräftigt nachdrücklich* den grundlegenden Charakter der völkerrechtlichen Schutzfunktion des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge sowie die Notwendigkeit der uneingeschränkten Zusammenarbeit der Staaten mit seinem Amt bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe, insbesondere durch ihren Beitritt zu den einschlägigen internationalen und regionalen Flüchtlingsübereinkünften und durch deren uneingeschränkte und effektive Anwendung;

2. *billigt* die vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars auf seiner vierzigsten Tagung verabschiedeten Schlußfolgerungen über die Durchführung des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge[136];

3. *fordert* alle Staaten *auf*, sich aller Maßnahmen zu enthalten, die die Institution des Asyls gefährden, insbesondere die Zurückweisung oder Ausweisung von Flüchtlingen und Asylsuchenden entgegen dem grundsätzlichen Verbot dieser Praktiken, und bittet die Staaten nachdrücklich, weiterhin Flüchtlinge zuzulassen und aufzunehmen, bis ihre Flüchtlingseigenschaft festgestellt worden ist beziehungsweise geeignete Lösungen für ihre Notlage gefunden worden sind;

4. *bittet nachdrücklich* alle Staaten, im Einklang mit international anerkannten Kriterien und entsprechenden rechtlichen Garantien zügige und effektive Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft beziehungsweise zur Asylgewährung einzuführen, so daß offenkundig unbegründete Anträge rasch erledigt und Flüchtlinge und Asylsuchende vor einem ungerechtfertigten oder übermäßig langen Haft- oder Lageraufenthalt geschützt werden können;

5. *nimmt* in diesem Zusammenhang *mit großer Sorge Kenntnis* davon, daß eine große Anzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden in verschiedenen Teilen der Welt gegenwärtig wegen ihrer durch die Asylsuche bedingten illegalen Einreise oder Anwesenheit bis zur Klärung ihrer Lage inhaftiert oder anderen restriktiven Maßnahmen ausgesetzt sind, und wiederholt die vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars auf seiner siebenunddreißigsten Tagung verabschiedeten Schlußfolgerungen über Inhaftierung, in denen dargelegt ist, unter welchen Voraussetzungen solche Personen nur inhaftiert werden dürfen[137];

6. *verurteilt* alle Verletzungen der Rechte und der Sicherheit von Flüchtlingen und Asylsuchenden, insbesondere durch militärische oder bewaffnete Angriffe auf Flüchtlingslager und -siedlungen, durch Zwangsrekrutierung in die Streitkräfte und andere Formen der Gewalt;

7. *nimmt Kenntnis* von den Leistungen des Amtes des Hohen Kommissars bei der Förderung und Verbreitung des Flüchtlingsrechts, so auch insbesondere die auf Regierungsbeamte und andere in Betracht kommende Beamte ausgerichtete Veranstaltung von Lehrgängen über den Flüchtlingsschutz, und bittet das Amt nachdrücklich, seine diesbezüglichen Aktivitäten fortzusetzen, wobei es alles in seiner Kraft Stehende tun soll, um sicherzustellen, daß eine weitere beträchtliche Zahl solcher Flüchtlingsschutzlehrgänge stattfindet;

8. *billigt* die vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars auf seiner vierzigsten Tagung verabschiedeten Schlußfolgerungen über Flüchtlingskinder[138], insbesondere über die Ausarbeitung und Verbreitung der Richtlinien betreffend Flüchtlingskinder und die Durchführung eines Arbeitsplans betreffend Flüchtlingskinder, der die aktive Zusammenarbeit und Mitarbeit der Regierungen, der Organe der Vereinten Nationen, einschließlich des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, und der nichtstaatlichen Organisationen mit dem Amt des Hohen Kommissars erfordert;

9. *billigt* die vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars auf seiner vierzigsten Tagung verabschiedeten Schlußfolgerungen betreffend Flüchtlingsfrauen[139], in denen der Exekutivausschuß insbesondere die Notwendigkeit anerkannt hat, die Partizipation von Flüchtlingsfrauen zu erleichtern sowie einen grundsatzpolitischen Rahmen und einen organisationsinternen Arbeitsplan aufzustellen, welche die Durchführung der nächsten Phasen der Einbeziehung von Problemen betreffend Flüchtlingsfrauen in die Hauptaktivitäten des Amtes des Hohen Kommissars regeln sollen;

10. *billigt* die vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars auf seiner vierzigsten Tagung verabschiedeten Schlußfolgerungen betreffend Dauerlösungen und Flüchtlingsschutz[140], in denen der Exekutivausschuß anerkannt hat, daß die internationale Gemeinschaft und die Herkunfts-, Asyl- und Neuansiedlungsländer sich aktiv für Lösungen einsetzen müssen und zwar im Einklang mit ihren jeweiligen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten und mit der Maßgabe, daß eine Vorbeugung, u.a. durch die Achtung der Menschenrechte, die beste Lösung darstellt;

11. *anerkennt* die Wichtigkeit der Herbeiführung von Dauerlösungen für die Flüchtlingsprobleme und insbesondere die Notwendigkeit, im Zuge dieses Prozesses an die Ursachen von Flüchtlingsbewegungen heran-

[136] Ebd., Ziffer 24.

[137] Ebd., *Einundvierzigste Tagung, Beilage 12A* (A/41/12/Add.1), Ziffer 128.

[138] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 12A* (A/44/12/Add.1), Ziffer 26.

[139] Ebd., Ziffer 27.

[140] Ebd., Ziffer 23.

zugehen, um neue Flüchtlingsströme zu vermeiden und eine Lösung der gegenwärtigen Probleme zu erleichtern;

12. *billigt* den vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars auf seiner vierzigsten Tagung verabschiedeten Beschluß "Aufgabenteilung bei operativen Aktivitäten betreffend Flüchtlinge"[141] und bittet die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen wie auch alle anderen zuständigen staatlichen wie nichtstaatlichen internationalen Organisationen, so bald wie möglich spezifische Kooperationsmechanismen einzurichten, um unter Wahrung des spezifischen Schutzauftrags des Hohen Kommissars eine einvernehmliche Aufgabenaufteilung sowie Finanzierungsvereinbarungen betreffend diese Aktivitäten zu gewährleisten;

13. *bittet* die Mitgliedstaaten der zuständigen Organe *nachdrücklich*, dafür Sorge zu tragen, daß die Delegierten, die sie zu Organen wie etwa dem Ausschuß für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken sowie zu multilateralen Organisationen wie etwa dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung entsenden, auf die flüchtlingsbezogenen Schlußfolgerungen der vierzigsten Tagung des Exekutivausschusses des Programms des Hohen Kommissars hingewiesen werden, und bittet sie nachdrücklich, durch ihre Guten Dienste für die Verabschiedung von Politiken und die Einrichtung von institutionellen wie finanziellen Mechanismen Sorge zu tragen, die eine koordinierte und zügige Umsetzung der auf Flüchtlinge und Rückkehrer ausgerichteten Entwicklungsinitiativen sicherstellen;

14. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den laufenden Arbeiten des Amtes des Hohen Kommissars zur Realisierung des Konzepts der entwicklungsorientierten Unterstützung von Flüchtlingen und Rückkehrern, das auf der Zweiten Internationalen Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika[142] erstmals formuliert und in der Erklärung und im Aktionsplan von Oslo bekräftigt worden ist, die von der Internationalen Konferenz über die Not von Flüchtlingen, Rückkehrern und Vertriebenen im südlichen Afrika[129] verabschiedet wurden, und das ferner auch in der Erklärung und dem Konzertierten Aktionsplan zugunsten zentralamerikanischer Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebener bekräftigt worden ist, die von der vom 29. bis 31. Mai 1989 in Guatemala-Stadt abgehaltenen Internationalen Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge verabschiedet wurden[143], bittet das Amt nachdrücklich, diesen Prozeß, wann immer dies angebracht erscheint, in voller Zusammenarbeit mit den entsprechenden internationalen Institutionen fortzuführen, und bittet die Regierungen nachdrücklich, diese Bemühungen in vollem Bewußtsein der Katalysatorrolle des Amtes des Hohen Kommissars zu unterstützen;

15. *anerkennt* die Bedeutung der am 13. und 14. Juni 1989 in Genf abgehaltenen Internationalen Konferenz über indochinesische Flüchtlinge und des auf dieser Konferenz verabschiedeten Umfassenden Aktionsplans[144] wie auch die Bedeutung der Internationalen Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge und des Konzertierten Aktionsplans zugunsten zentralamerikanischer Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebener;

16. *bittet nachdrücklich* alle Staaten um ihre Unterstützung für das Amt des Hohen Kommissars bei seinen Bemühungen, für die Probleme der unter der Obhut des Amtes stehenden Flüchtlinge und Vertriebenen Dauerlösungen zu finden, insbesondere vermittels der auf Freiwilligkeit beruhenden Repatriierung oder Rückkehr, erforderlichenfalls bei gleichzeitiger Unterstützung der Rückkehrer, oder, soweit dies angebracht erscheint, durch Integration in den Asylländern oder Neuansiedlung in Drittländern;

17. *bringt ihren tiefempfundenen Dank* für die wertvolle materielle und humanitäre Hilfe *zum Ausdruck*, die die Aufnahmeländer und insbesondere diejenigen Entwicklungsländer leisten, die trotz begrenzter Ressourcen weiterhin zahlreiche Flüchtlinge und Asylsuchende auf Dauer oder vorübergehend aufnehmen;

18. *bittet* die internationale Gemeinschaft *nachdrücklich*, gemäß dem Grundsatz der internationalen Solidarität und im Geiste der Lastenteilung die in Ziffer 17 dieser Resolution erwähnten Länder zu unterstützen, damit sie die zusätzliche Belastung, die die Versorgung der Flüchtlinge und Asylsuchenden darstellt, verkraften können;

19. *billigt* die vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars auf seiner vierzigsten Tagung verabschiedeten Schlußfolgerungen und Beschlüsse über Hilfsmaßnahmen[145], die die Schwere der Finanzkrise, der sich das Amt des Hohen Kommissars gegenwärtig gegenübersieht, erkennen lassen;

20. *fordert* alle Regierungen *auf*, zu den Programmen des Hohen Kommissars beizutragen und unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, eine größere Lastenteilung unter den Gebern zu erzielen, dem Hohen Kommissar bei der Sicherung zusätzlicher Mittel aus den traditionellen Regierungsquellen, von anderen Regierungen und dem privaten Sektor zu helfen, damit dafür gesorgt ist, daß den Bedürfnissen der unter der Obhut des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen entsprochen wird.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/138 – Internationale Konferenz über indochinesische Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/119 vom 8. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die am 13. und 14. Juni 1989 in Genf abgehaltene Internationale Konferenz über indochinesische Flüchtlinge[146] sowie der Erklärung und des Umfassenden Aktionsplans, die auf der Konferenz verabschiedet wurden[144],

mit Genugtuung feststellend, daß die Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen und die regionalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen aktiv an der Konferenz mitgewirkt haben,

[141] Ebd., Ziffer 33.
[142] Siehe A/41/572, Anhang.
[143] A/44/527 mit Korr.1 und 2, Anhang.
[144] A/44/523, Anhang.
[145] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 12A* (A/44/12/Add.1), Ziffer 30 und 31.
[146] A/44/523.

Kenntnis nehmend von dem Beschluß, den der Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge auf seiner vierzigsten Tagung in bezug auf die Konferenz verabschiedet hat[147],

1. *begrüßt* den erfolgreichen Abschluß der Internationalen Konferenz über indochinesische Flüchtlinge, die vom Generalsekretär einberufen und unter der Präsidentschaft des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Malaysias abgehalten wurde;

2. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Konferenz;

3. *dankt* dem Generalsekretär für die Einberufung der Konferenz und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge für seine wertvolle Unterstützung und seinen wertvollen Beitrag, die in die Konferenzveranstaltung eingeflossen sind;

4. *begrüßt* die Verabschiedung der Erklärung und des Umfassenden Aktionsplans durch die Konferenz und bekräftigt ihre Überzeugung, daß der Aktionsplan eine wichtige und solide Ausgangsbasis für eine ausgewogene, humanitäre und dauerhafte Lösung der von der Konferenz behandelten Probleme ist;

5. *betont*, daß die im Umfassenden Aktionsplan geforderten Maßnahmen untereinander zusammenhängen und einander gegenseitig stärken und daß sie von allen betroffenen Staaten in ihrer Gesamtheit im Rahmen der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften sowie entsprechend den völkerrechtlichen Normen implementiert werden sollen;

6. *nimmt Kenntnis* von den Fortschritten, die hinsichtlich der Durchführung des Umfassenden Aktionsplans auf den verschiedenen bilateralen und multilateralen Treffen der betroffenen Parteien erzielt worden sind, insbesondere auf den Treffen im Rahmen des Lenkungsausschusses, der von der Konferenz eingesetzt worden ist;

7. *fordert* alle betroffenen Staaten und die zuständigen Sonderorganisationen sowie regionalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, die verschiedenen Maßnahmen durchzuführen, die entsprechend dem allgemeinen Rahmen des Umfassenden Aktionsplans und nach seinem Buchstaben von ihnen verlangt werden;

8. *appelliert* an alle Staaten sowie die regionalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, Mittel für die Allgemeinen Programme und die Sonderprogramme des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge bereitzustellen, damit es die im Umfassenden Aktionsplan vorgeschriebenen Aufgaben durchführen kann;

9. *betont*, daß die Lösung des Problems der Zufluchtsuchenden in der südostasiatischen Region einen positiven Beitrag zu einem Klima des Friedens, der Harmonie und der guten Nachbarschaft zwischen den Staaten der Region leisten könnte;

10. *ersucht* den Generalsekretär, den Fortgang der Durchführung des Umfassenden Aktionsplans auch weiterhin genau zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/139 – Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 42/1 vom 7. Oktober 1987, 42/110 vom 7. Dezember 1987, 42/204 vom 11. Dezember 1987, 42/231 vom 12. Mai 1988 und 43/118 vom 8. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[148],

sowie Kenntnis nehmend vom Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[150],

erfreut über die Erklärung und den Konzertierten Aktionsplan zugunsten zentralamerikanischer Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebener[143], die auf der vom 29. bis 31. Mai 1989 in Guatemala-Stadt abgehaltenen Internationalen Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge verabschiedet wurden,

im Hinblick darauf, daß ein konzertiertes Bemühen um dauerhafte Lösungen für die Probleme der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen Unterstützung, Kooperation und Koordination seitens der betroffenen und interessierten Regierungen und der verschiedenen beteiligten internationalen Organisationen voraussetzt, insbesondere seitens des Amtes des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen,

davon Kenntnis nehmend, daß gemäß dem Konzertierten Aktionsplan auf einzelstaatlicher Ebene Mechanismen für Anschlußmaßnahmen und Koordination geschaffen und im Rahmen der von jeder Regierung aufgestellten Strategien Projektprioritäten und -konzeptionen festgelegt worden sind,

mit Interesse davon Kenntnis nehmend, daß inzwischen Koordinations-, Management- und Durchführungstagungen mit den kooperierenden Ländern und den nichtstaatlichen Organisationen stattfinden, die an einer Mitwirkung an den Programmen und Projekten zur Unterstützung der Rückkehrer, Vertriebenen und Flüchtlinge in Zentralamerika interessiert sind,

sich bewußt, daß es erforderlich ist, an das ernste Problem der Flüchtlinge in Zentralamerika heranzugehen, die in einigen zentralamerikanischen Ländern, so auch in Belize und in Mexiko, Asyl gefunden haben, und in dem Wunsche, zur Suche nach dauerhaften Lösungen beizutragen, die den Asyl- und Herkunftsländern beziehungsweise -gemeinden zugute kämen,

in der Erkenntnis, daß es erforderlich ist, Maßnahmen zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts und zur sinnvollen Nutzung der natürlichen Ressourcen in den verschiedenen Gegenden der betroffenen Länder zum Bestandteil der Hilfsprogramme für Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebene zu machen,

unter Berücksichtigung dessen, daß sich die zentralamerikanischen Länder, wie aus Ziffer 8 des auf dem

[147] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 12A* (A/44/12/Add.1), Abschnitt III.H.

[148] A/44/527 mit Korr. 1 und 2.

Esquipulas-II-Gipfeltreffen geschlossenen Übereinkommens "Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Zentralamerika"[149] hervorgeht, verpflichtet haben, sich im Rahmen bilateraler und multilateraler Prozesse vordringlich des Flüchtlingsproblems, so auch der Repatriierung und Neuansiedlung der Flüchtlinge, anzunehmen,

von neuem erklärend, daß sie entschlossen ist, im Rahmen der Friedensübereinkommen weitere Bemühungen zu unternehmen und Beiträge zu leisten, sowie erfreut über die am 7. August 1989 in Tela (Honduras) geschlossenen Übereinkommen[150], die sich auch auf Aspekte der freiwilligen Repatriierung und Neuansiedlung erstrecken,

unterstreichend, daß unter den denkbaren Lösungen die freiwillige Repatriierung am besten geeignet ist, die durch die massive Flüchtlingspräsenz in den Asylländern und -gemeinden entstandenen Probleme zu bereinigen,

abermals wiederholend, wie überaus wichtig es ist, sowohl an die Auseinandersetzung mit dem Flüchtlings-, Rückkehrer- und Vertriebenenproblem als auch an dessen Lösung mit einer humanitären und unpolitischen Denkhaltung heranzugehen, und daß sichergestellt werden muß, daß dieser Ansatz von den Herkunfts- und Asylländern sowie anderen interessierten Parteien strikt beachtet wird,

in Anerkennung der Arbeit, die das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen zusammen mit den Regierungen der betroffenen Länder bei den Vorbereitungen und der Einberufung der Konferenz und bei den Tagungen des Ausschusses für Anschlußmaßnahmen an die Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge geleistet haben,

im Bewußtsein der Kürzungen, die im Haushalt des Amtes des Hohen Kommissars in der Region vorgenommen wurden und die ernste Auswirkungen für die betreuten Bevölkerungsgruppen und auf die im Rahmen des auf dem Esquipulas-II-Gipfeltreffen geschlossenen Übereinkommens und auf der Internationalen Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge festgelegten Politiken für eine Lösung haben,

unter Berücksichtigung der Priorität, die demjenigen Teil des Notstandsprogramms im Sonderplan für wirtschaftliche Zusammenarbeit für Zentralamerika[151] beigemessen wird, mit dem Aktivitäten zur Lösung des Problems der Flüchtlinge, Vertriebenen und Rückkehrer gefördert werden sollen,

im Hinblick darauf, daß die Suche nach Lösungen über bloße Notstandsaktivitäten hinausgeht und mit Aspekten der Entwicklung der Region und der Hilfe für die vertriebenen Bevölkerungsgruppen in den Herkunfts- und den Asylländern zu tun hat, die unmittelbar von der massiven Flüchtlingspräsenz betroffen sind,

sowie im Hinblick darauf, daß die aus Vertretern des Asyllands, des Herkunftslands und des Amtes des Hohen Kommissars bestehenden Dreierkommissionen einen funktionierenden Mechanismus zur Lösung des Flüchtlingsproblems darstellen und daß sie unterstützt werden müssen, damit die laufenden Programme zur freiwilligen Repatriierung unter Bedingungen der persönlichen und materiellen Sicherheit fortgesetzt werden können,

ferner im Hinblick darauf, daß Lösungen der Probleme der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen integraler Bestandteil der in der Region von seiten jeder Regierung unternommenen Bemühungen um Frieden, Demokratisierung und Entwicklung sind,

1. *bekundet ihre tiefe Genugtuung* über den Erfolg der Internationalen Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge wie auch über die per Akklamation erfolgte Verabschiedung der Erklärung und des Konzertierten Aktionsplans zugunsten zentralamerikanischer Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebener[143];

2. *begrüßt* die Richtlinien sowie die Gesamt- und Einzelziele des Konzertierten Aktionsplans als vielversprechende erste Ausgangsgrundlage für künftige Aktivitäten und bekräftigt infolgedessen ihre Bereitschaft, zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Zentralamerika beizutragen;

3. *ist erfreut* darüber, daß gemäß dem Konzertierten Aktionsplan auf einzelstaatlicher Ebene Mechanismen für Anschlußmaßnahmen und Koordination geschaffen und im Rahmen der von jeder Regierung aufgestellten Strategien Projektprioritäten und -konzeptionen festgelegt worden sind;

4. *ersucht* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, in enger Zusammenarbeit mit den Regierungen der betroffenen Länder und dem Ausschuß für Anschlußmaßnahmen an die Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge sowie gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und den Organen, Sonderorganisationen und sonstigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen die Veranstaltung von Treffen für Folgemaßnahmen an den Konzertierten Aktionsplan zu unterstützen, damit diese so bald wie möglich stattfinden können;

5. *nimmt mit Interesse davon Kenntnis*, daß der Ausschuß für Anschlußmaßnahmen seine erste Tagung in der ersten Märzwoche des Jahres 1990 abhalten wird, und bittet die kooperierenden Länder nachdrücklich, auf die von den zentralamerikanischen Ländern einschließlich Belizes und von Mexiko vorgelegten Hilfsprojekte positiv zu reagieren;

6. *bittet nachdrücklich* die Mitgliedstaaten und die Organe, Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die regionalen und subregionalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die sich der humanitären Aufgabe widmen, den zentralamerikanischen Flüchtlingen zu helfen, den betroffenen Ländern weiterhin beziehungsweise vermehrt Beistand und Unterstützung zu gewähren, damit die Richtlinien und die Gesamt- und Einzelziele des Konzertierten Aktionsplans verwirklicht und entsprechende Anschlußmaßnahmen getroffen werden;

7. *fordert* die kooperierenden Länder und die zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, bei der Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts der Gebiete in den Asylländern, die von der massiven Flüchtlingspräsenz betroffen sind,

[149] A/42/521-S/19085, Anhang; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-second Year, Supplement for July, August and September 1987*, Dokument S/19085.

[150] Siehe A/44/451-S/20778; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for July, August and September 1989*, Dokument S/20778.

[151] A/42/949, Anhang.

mit dem Ziel zu helfen, für die Bevölkerung dieser Gebiete günstige Entwicklungsvoraussetzungen zu schaffen;

8. *appelliert* an die internationale Gemeinschaft, dafür Sorge zu tragen, daß bei jeder Kooperation zur Lösung des Flüchtlingsproblems die Opfer, die die Asylländer mit der Aufnahme massiver Flüchtlingsströme gebracht haben, ebenso Berücksichtigung finden wie auch die von den Herkunftsländern unternommenen Anstrengungen zur Schaffung von Bedingungen, die ihren Staatsbürgern eine Rückkehr erleichtern;

9. *appelliert außerdem* an die internationale Gemeinschaft, den Asyl- und Herkunftsländern der zentralamerikanischen Flüchtlinge verstärkt Hilfe zu gewähren, damit sie besser in der Lage sind, im Einklang mit ihren nationalen Entwicklungsprogrammen die für die Lösung des Flüchtlings-, Rückkehrer- und Vertriebenenproblems erforderlichen Mittel und Dienstleistungen bereitzustellen;

10. *dankt* dem Generalsekretär, dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen für die anläßlich der Veranstaltung der Konferenz gewährte Unterstützung;

11. *bekundet ihre Besorgnis* über die Kürzungen im Haushalt des Amtes des Hohen Kommissars in der Region, die ernste Auswirkungen für die betreuten Bevölkerungsgruppen und auf die auf der Konferenz und von den einzelnen Regierungen formulierten Politiken zur Lösung der Probleme haben, und bittet nachdrücklich darum, daß der ursprünglich vorgesehene Haushalt wiederhergestellt wird;

12. *dankt* dem Volk und der Regierung Guatemalas für die anläßlich der Veranstaltung der Konferenz bewiesene Gastfreundschaft;

13. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Hohen Kommissar dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/140 – Anwendung der Konvention der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/168 vom 20. Dezember 1978, 35/195 vom 15. Dezember 1980, 36/132 vom 14. Dezember 1981, 36/168 vom 16. Dezember 1981, 37/168 vom 17. Dezember 1982, 37/198 vom 18. Dezember 1982, 38/93 und 38/122 vom 16. Dezember 1983, 39/141 und 39/143 vom 14. Dezember 1984, 40/120, 40/121 und 40/122 vom 13. Dezember 1985, 41/125, 41/126 und 41/127 vom 4. Dezember 1986, 42/111, 42/112 und 42/113 vom 7. Dezember 1987 und 43/120 vom 8. Dezember 1988 sowie auf sonstige diesbezügliche Bestimmungen,

feststellend, daß diese Resolutionen am 19. Dezember 1988 zur Verabschiedung der Konvention der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen[152] durch eine Bevollmächtigtenkonferenz geführt haben, die von den Vereinten Nationen vom 25. November bis 20. Dezember 1988 nach Wien einberufen worden war,

erneut erklärend, wie wichtig die Konvention für die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet und für die weitere Stärkung der bestehenden internationalen Übereinkünfte zur Kontrolle von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen ist, wie des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe in der durch das Protokoll von 1972 zur Änderung des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe geänderten Fassung[153] und des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe[154],

erfreut über die der Konvention entgegengebrachte breite Unterstützung, so auch durch ihre Unterzeichnung und Ratifikation,

der Suchtstoffkommission *nahelegend*, mit der Behandlung von Maßnahmen zu beginnen, die den Regierungen im Hinblick auf die Anwendung der Konvention empfohlen werden könnten,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Schlußfolgerungen der Bevollmächtigtenkonferenz[155],

1. *dankt* dem Generalsekretär für den Bericht über die Schlußfolgerungen der Bevollmächtigtenkonferenz, die in Wien die Konvention der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen verabschiedet hat;

2. *dankt außerdem* denjenigen Staaten, die an der Ausarbeitung und Verabschiedung der Konvention mitgewirkt haben;

3. *bittet* die Staaten *nachdrücklich*, soweit nicht bereits geschehen, die Konvention rasch zu unterzeichnen und zu ratifizieren, damit sie möglichst bald in Kraft treten kann;

4. *bittet* die Staaten *außerdem nachdrücklich*, die erforderlichen Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, um ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften an Geist und Geltungsbreite der Konvention anzugleichen;

5. *bittet* die Staaten, soweit sie dazu in der Lage sind, die in der Konvention niedergelegten Maßnahmen vorläufig anzuwenden, bis sie für jeden von ihnen in Kraft tritt;

6. *ersucht* den Generalsekretär, den Abschnitt des die Jahresberichte betreffenden Fragebogens zu ändern, der sich auf die Anwendung internationaler Verträge bezieht, damit die Suchtstoffkommission auf ihren ordentlichen Tagungen und ihren Sondertagungen die Maßnahmen prüfen kann, die die Staaten getroffen haben, um die Konvention zu ratifizieren, anzunehmen, zu billigen oder offiziell zu bestätigen;

7. *bittet* die Suchtstoffkommission als das wichtigste richtliniengebende Organ der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet, geeignete Maßnahmen aufzuzeigen, die vor Inkrafttreten der Konvention ergriffen werden sollten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen, technischen und Hu-

[152] E/CONF.82/15 mit Korr.2.
[153] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 976, Nr. 14152.
[154] Ebd., Vol. 1019, Nr. 14956.
[155] A/44/572.

manressourcen für die Sekretariatsabteilung Suchtstoff und das Sekretariat des Internationalen Suchtstoffkontrollamts entsprechenden Vorrang einzuräumen, damit diese im Zweijahreszeitraum 1990-1991 ihren zusätzlichen Verantwortlichkeiten nach der Konvention nachkommen können;

9. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, den Staaten auf ihr Ersuchen hin Hilfestellung zu leisten, damit sie die für die Anwendung der Konvention erforderlichen gesetzgeberischen und administrativen Maßnahmen treffen können;

10. *bittet erneut nachdrücklich* alle Staaten, soweit nicht bereits geschehen, das Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe in der durch das Protokoll von 1972 zur Änderung des Einheitsübereinkommens von 1961 über Suchtstoffe geänderten Fassung und das Übereinkommen von 1971 über psychotrope Stoffe zu ratifizieren oder ihnen beizutreten;

11. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen der vorhandenen Ressourcen und vor allem unter Heranziehung der Mittel, die der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information zur Verfügung stehen, die Öffentlichkeitsarbeit betreffend die Konvention zu veranlassen, zu erleichtern und zu fördern und außerdem den Wortlaut der Konvention in den Amtssprachen der Vereinten Nationen zu verbreiten;

12. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/141 — Weltweites Aktionsprogramm gegen unerlaubte Suchtstoffe

Die Generalversammlung,

höchst beunruhigt über den dramatischen Anstieg des Drogenmißbrauchs sowie der unerlaubten Erzeugung von Suchtstoffen und des unerlaubten Verkehrs mit diesen, die die Gesundheit und das Wohlergehen von Millionen von Menschen, insbesondere Jugendlichen, in der Mehrzahl der Länder der Welt bedrohen,

in großer Sorge darüber, daß die Entwicklung des Drogenproblems neue Dimensionen annimmt und die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen der betroffenen Länder bedroht, gegen deren demokratische Institutionen Gewalthandlungen begangen werden und in denen unerlaubte Drogenorganisationen weitreichende wirtschaftliche Macht besitzen,

in Würdigung der entschlossenen Anstrengungen der Regierung Kolumbiens, dem Drogenverkehr Einhalt zu gebieten, und in Anerkennung der Wichtigkeit der Unterstützung dieser Anstrengungen durch die internationale Gemeinschaft,

mit Genugtuung über die immer größere Aufmerksamkeit, die die internationale Gemeinschaft diesen Fragen zuwendet, und die von den Regierungs- und Staatschefs auf höchster Ebene unter Beweis gestellte unerschütterliche Entschlossenheit, durch verstärkte Anstrengungen und größeren Ressourceneinsatz im internationalen Kampf gegen die Erzeugung von Suchtstoffen, den Verkehr mit diesen und deren Mißbrauch zu einem koordinierten Vorgehen zu gelangen,

anerkennend, daß die kollektive Verantwortlichkeit der Staaten für die Kampagne gegen die Nachfrage nach unerlaubten Drogen, deren Erzeugung und den Verkehr mit diesen eine verstärkte internationale Zusammenarbeit und ein gemeinsames Vorgehen erfordert, so auch die Fähigkeit, den betroffenen Staaten auf Antrag in geeigneter Form die erforderliche Unterstützung und Hilfe zu gewähren, mit dem Ziel, diese besser zu befähigen, in jeder Hinsicht mit dem Problem fertig zu werden,

mit Genugtuung über die Arbeiten, die bei den Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs durchgeführt werden, und der dort vorhandenen wertvollen Kenntnisse und Erfahrungen,

in Anerkennung der wichtigen Beiträge, die die vom 17. bis 26. Juni 1987 in Wien abgehaltene Internationale Konferenz über Drogenmißbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr insbesondere durch die Verabschiedung der Erklärung[156] und der Umfassenden multidisziplinären Konzeption für künftige Aktivitäten zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs[157] sowie die vom 25. November bis 20. Dezember 1988 in Wien abgehaltene Bevollmächtigtenkonferenz, die die Konvention der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen[152] verabschiedet hat, zur internationalen Kampagne gegen Drogenmißbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr geleistet haben,

in großer Sorge darüber, daß die betreffenden Organe der Vereinten Nationen aus Mangel an Ressourcen nicht in der Lage waren, mehrere der wichtigen Maßnahmen durchzuführen, die für den Zweijahreszeitraum 1988-1989 in ihrem Mandat vorgesehen waren,

in Anerkennung der Empfehlungen, die der Verwaltungsausschuß für Koordinierung und der Programm- und Koordinierungsausschuß auf ihrer vierundzwanzigsten Serie von Gemeinsamen Tagungen[158] abgegeben haben und in denen sie u.a. zu dem Schluß gekommen sind, der Verwaltungsausschuß für Koordinierung solle einen systemweiten Aktionsplan für spezifische Aktivitäten erstellen, die von den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einzeln und kollektiv durchzuführen sind, und die Notwendigkeit einer Schaffung zusätzlicher Mechanismen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs könne in Erwägung gezogen werden,

in der Erkenntnis, daß die neuen Dimensionen, die die Drogengefahr angenommen hat, einen umfassenderen Ansatz in der Frage der internationalen Drogenbekämpfung und eine wirksamere und besser koordinierte Struktur auf diesem Gebiet erfordern werden, damit die Vereinten Nationen in der Lage sind, die zentrale und wesentlich größere Rolle zu spielen, die notwendig ist, um dieser Gefahr entgegenzutreten,

eingedenk ihres in der Resolution 44/16 vom 1. November 1989 gefaßten Beschlusses, eine Sondertagung abzuhalten, um die Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe zu be-

[156] Siehe *Report of the International Conference on Drug Abuse and Illicit Trafficking, Vienna, 17-26 June 1987* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.87.I.18), Kap. I, Abschnitt B.
[157] Ebd., Abschnitt A.
[158] Siehe E/1990/4, Abschnitt III.

handeln, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen, und unter Betonung der Wichtigkeit dieser Sondertagung und der Notwendigkeit, daß die Mitgliedstaaten in größtmöglichem Umfang zu den entsprechenden Vorbereitungsarbeiten beitragen,

1. *trifft hiermit den Beschluß*, daß die internationale Gemeinschaft einem Vorgehen gegen den Drogenmißbrauch, die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen und den unerlaubten Suchtstoffverkehr als kollektive Aufgabe allerhöchste Priorität einräumen soll und daß die Vereinten Nationen die Hauptkoordinierungsstelle für konzertierte Maßnahmen gegen unerlaubte Drogen sein sollen;

2. *kommt überein*, die Vereinten Nationen in stärkerem Maße zu befähigen, auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene eine wirksamere und besser koordinierte Zusammenarbeit gegen die von unerlaubten Suchtstoffen und psychotropen Stoffe ausgehende Bedrohung herbeizuführen;

3. *ersucht* den Generalsekretär in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses für Koordinierung, unter Anlehnung an die Erklärung der Internationalen Konferenz über Drogenmißbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr sowie die Empfehlungen in der Umfassenden multidisziplinären Konzeption für künftige Aktivitäten zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs auf interinstitutioneller Ebene die Ausarbeitung eines systemumfassenden Aktionsplans zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zu koordinieren, der auf die volle Verwirklichung aller bestehenden Mandate und aller in der Folge getroffenen Beschlüsse zwischenstaatlicher Organe im gesamten System der Vereinten Nationen ausgerichtet ist, und

a) fordert zu diesem Zweck die Suchtstoffabteilung des Sekretariats, das Internationale Suchtstoffkontrollamt und dessen Sekretariat sowie den Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs auf, sich bei der Ausarbeitung des Aktionsplans eng mit den anderen im Verwaltungsausschuß für Koordinierung vertretenen Organisationen ins Benehmen zu setzen und ihr Fachwissen beizusteuern;

b) ersucht den Verwaltungsausschuß für Koordinierung, u.a. folgendes in den Aktionsplan aufzunehmen:

i) eine Absichtserklärung, in der das Gesamtziel abgesteckt wird und spezifische Einzelziele aufgeführt sind;

ii) eine Übersicht über konkrete Aktivitäten, die die einzelnen Organisationen im Rahmen ihres Mandats durchführen sollen, mit der Maßgabe, daß es nicht zu Doppelarbeit oder Überschneidungen kommt;

iii) einen vernünftigen Zeitplan für die Durchführung eines jeden Teils des Aktionsplans;

iv) einen realistischen Kostenvoranschlag für die Durchführung des Aktionsplans, bei dem zu bedenken ist, daß die Ressourcen begrenzt sind und daß die Organisationen Prioritäten setzen, die Ressourcenzuweisung überprüfen beziehungsweise gegebenenfalls von ihren Leitungsgremien die nötige Ermächtigung zur Durchführung ihres Teils des Planes einholen müßten;

c) ersucht den Verwaltungsausschuß für Koordinierung, den Aktionsplan allen Mitgliedstaaten spätestens bis zum 31. März 1990 vorzulegen, damit der Programm- und Koordinierungsausschuß ihn auf seiner dreißigsten Tagung und der Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner nächsten ordentlichen Tagung 1990 erörtern kann;

d) ersucht darum, daß die Leiter der Organe der Vereinten Nationen dem Verwaltungsausschuß für Koordinierung jedes Jahr über den Durchführungsstand des Aktionsplans Bericht erstatten und daß der Verwaltungsausschuß diese Information in seinen Jahresbericht aufnimmt, damit der Programm- und Koordinierungsausschuß und der Wirtschafts- und Sozialrat diese im Rahmen ihres jeweiligen Mandats behandeln und der Generalversammlung geeignete Empfehlungen unterbreiten können;

e) ersucht den Verwaltungsausschuß für Koordinierung, jedes Jahr die erforderlichen Anpassungen am Aktionsplan vorzunehmen und sicherzustellen, daß jede Organisation ihre damit zusammenhängenden Aktivitäten nach Maßgabe der sich ändernden Gegebenheiten jährlich dem neuesten Stand anpaßt und entsprechende Berichtigungen vornimmt;

4. *ersucht* den Generalsekretär, eine begrenzte Anzahl von Sachverständigen aus entwickelten Ländern und Entwicklungsländern auszuwählen und zu beauftragen, ihn in voller Zusammenarbeit mit Beamten der Vereinten Nationen für die Dauer von höchstens einem Jahr zu beraten und zu unterstützen, um die Leistungsfähigkeit des Apparats der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zu steigern, und zwar dahin gehend, daß die Vereinten Nationen in der Lage sind, ihren immer zahlreicheren Aufgaben aufgrund der bestehenden Mandate und der Beschlüsse nachzukommen, die die Generalversammlung auf ihrer Sondertagung verabschieden wird, und ersucht ihn, der Versammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Bericht zu erstatten;

5. *ersucht* die Staaten, sich unbeschadet der grundlegenden Kriterien, die die Generalversammlung auf ihrer Sondertagung verabschieden wird, bei den Vorbereitungsarbeiten für diese Tagung u.a. mit den folgenden Bereichen zu befassen, um zu gewährleisten, daß bei der Ausarbeitung des weltweiten Aktionsprogramms gegen unerlaubte Suchtstoffe, das auf der Sondertagung verabschiedet werden soll, alle Aspekte des Problems angemessen berücksichtigt werden:

a) ein größeres Augenmerk auf die Eindämmung der steigenden Suchtstoffnachfrage durch verstärkte rehabilitative, rechtliche und präventive Maßnahmen, so auch durch Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung;

b) die Möglichkeit, eine Dekade der Vereinten Nationen gegen den Drogenmißbrauch zu verkünden, mit dem Ziel, der Öffentlichkeit das Problem durch eine weltweite Kampagne gegen den Drogenmißbrauch stärker bewußt zu machen;

c) die Ausweitung der internationalen Zusammenarbeit zur Unterstützung ländlicher Entwicklungsprogramme und anderer wirtschaftlicher Entwicklungs- und technischer Hilfsprogramme, mit dem Ziel, die unerlaubte Erzeugung und den unerlaubten Suchtstoffverkehr durch die Stärkung der Wirtschafts-, Gerichts- und Rechtssysteme zu reduzieren;

d) die innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs erfolgende volle Beteiligung internationaler, regionaler und nationaler Finanzinstitutionen an der Ausarbeitung von Maßnahmen, die darauf gerichtet sind,

den negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Drogenproblems in jeder Hinsicht entgegenzuwirken, unter besonderer Berücksichtigung der Besonderheiten und der Größenordnung der Umwandlung von Drogengeldern und ihrer Einbringung in die Wirtschaftssysteme der verschiedenen Länder;

e) die Entwicklung von Mechanismen, die verhüten sollen, daß das Bankensystem und andere Finanzinstitutionen für das Inverkehrbringen oder die Wäsche von Drogengeldern verwendet werden;

f) eine Prüfung von Empfehlungen zu der Frage, wie die Leistungsfähigkeit des Apparats der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs am geeignetsten so gesteigert werden könnte, daß die Vereinten Nationen ihren immer zahlreicheren Aufgaben so wirksam und koordiniert wie möglich nachkommen können;

g) die Ausarbeitung von Empfehlungen, die darauf gerichtet sind, mehr Finanzmittel für die Drogenarbeit der Vereinten Nationen aufzubringen und sicherzustellen, daß die Suchtstofforgane der Vereinten Nationen über ausreichende Mittel aus dem ordentlichen Haushalt verfügen, um ihr Mandat durchführen zu können;

h) die Koordinierung eines erweiterten Ausbildungsprogramms für Beamte der nationalen Suchtstoffbehörden, das sich auf Methoden der Ermittlung, Unterbindung und Nachrichtengewinnung im Suchtstoffbereich erstreckt;

i) die Möglichkeit der Einsetzung einer Reserve erfahrener Suchtstoffbeamter und -sachverständiger, die von anderen Staaten bereitgestellt werden und deren Dienste die Staaten für eine bestimmte Zeit anfordern können;

j) die Schaffung einer Einrichtung im Rahmen der Vereinten Nationen zur Sammlung und Zusammenstellung von Informationen über die Bewegungen von Drogengeldern, die den Staaten auf Antrag zur Verfügung gestellt würden;

k) die Möglichkeit der Einrichtung einer Stelle innerhalb der Vereinten Nationen, die den Staaten auf Antrag Ausbildung und Ausrüstung für ihre Drogenbekämpfungsoperationen zur Verfügung stellen würde, die das Ziel haben, den Drogengebrauch einzuschränken, das Drogenangebot zu unterbinden und den unerlaubten Drogenverkehr zu beseitigen;

l) die Ausarbeitung aller sonstigen geeigneten Maßnahmen, durch die die Vereinten Nationen noch mehr zu einem konzertierten internationalen Vorgehen gegen unerlaubte Suchtstoffe beitragen können;

6. *bittet* die Staaten, auf der Sondertagung der Generalversammlung zu erwägen, den Generalsekretär zu ersuchen, er möge eine begrenzte Anzahl von Sachverständigen ernennen, die mit den verschiedenen Aspekten des Drogenproblems in den entwickelten Ländern wie auch in den Entwicklungsländern vertraut sind, und sie beauftragen, das auf der Sondertagung verabschiedete Weltweite Aktionsprogramm weiterzuentwickeln;

7. *ersucht* den Generalsekretär, in seinen Vorschlägen für den mittelfristigen Plan für den Zeitraum ab 1992 Aktivitäten zur Suchtstoffbekämpfung Vorrang einzuräumen;

8. *bittet* die Staaten *nachdrücklich*, Beiträge zum Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zu leisten;

9. *bittet* die Staaten *außerdem nachdrücklich*, die Möglichkeit einer finanziellen oder sonstigen Unterstützung zu erwägen, mit dem Ziel, die Leistungsfähigkeit des Apparats der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zu verbessern und ein wirklich umfassendes Weltweites Aktionsprogramm zu unterstützen und zu fördern;

10. *ersucht* den Generalsekretär, dem von der Versammlung mit ihrem Beschluß 44/410 vom 14. November 1989 geschaffenen Plenarvorbereitungsausschuß für die siebzehnte Sondertagung der Generalversammlung diese Resolution zu übermitteln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/142 – Internationales Vorgehen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs

Die Generalversammlung,

tief besorgt darüber, daß die unerlaubte Nachfrage nach, die Erzeugung von, der unerlaubte Verkehr mit und der Gebrauch von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen zu einer der ernstesten Gefahren für die Gesundheit und das Wohlergehen der Völker geworden ist, die sich nachteilig auf das politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gefüge aller Gesellschaften auswirkt,

im Hinblick darauf, daß die kriminellen Handlungen der Suchtstoffhändler und ihres Verteilungsnetzes Volkswirtschaften destabilisieren, sich nachteilig auf die Entwicklung vieler Länder auswirken und eine Gefahr für die Stabilität, die nationale Sicherheit und Souveränität der Staaten darstellen,

beunruhigt über die immer engere Verbindung zwischen dem Suchtstoffverkehr und dem Terrorismus,

unter erneutem Hinweis auf den Grundsatz der kollektiven Verantwortlichkeit der internationalen Gemeinschaft für die Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs,

in Anerkennung der ernsten Bemühungen, die von den Regierungen einiger Länder in ihren Ersatzanbauprogrammen, den integrierten ländlichen Entwicklungsprogrammen und beim Verbot eingeleitet wurden, und im Hinblick darauf, daß sich die internationale wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit für die anstehende Aufgabe bislang als unzureichend erwiesen hat und deshalb erheblich verstärkt werden sollte,

die Auffassung vertretend, daß das Erforderliche getan werden muß, um den unerlaubten Anbau von Suchtstoffe und psychotrope Stoffe enthaltenden Pflanzen, wie etwa des Opiummohns, des Kokastrauchs und der Cannabisplanze, zu verhüten, wie auch die Herstellung psychotroper Stoffe, die nicht für industrielle, wissenschaftliche oder traditionelle Zwecke verwendet werden,

daran erinnernd, daß die Internationale Konferenz über Drogenmißbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr einstimmig die Erklärung[156] und die Umfassende multidisziplinäre Konzeption für künftige Aktivitäten zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs[157] verabschiedet hat, welche den geeigneten Rahmen für die internationale Zusammenarbeit bei der Suchtstoffbekämpfung darstellen,

erfreut über die Bemühungen der Länder, die Suchtstoffe für wissenschaftliche, medizinische und therapeutische Zwecke herstellen, die Weiterleitung dieser Stoffe auf unerlaubte Märkte zu verhindern und die Produktion auf einem der erlaubten Nachfrage entsprechenden Stand zu halten,

von neuem darauf hinweisend, daß sich die von Drogenhändlern benutzten Transitrouten ständig ändern und daß eine beständig weiter anwachsende Zahl von Ländern in allen Regionen der Welt und sogar ganze Regionen u.a. wegen ihrer geographischen Lage besonders anfällig für den unerlaubten Transithandel sind,

in Anerkennung der Notwendigkeit einer größeren internationalen Zusammenarbeit, durch die der Absatz von Ersatzanbauprodukten und die Überwachung chemischer Stoffe, die bei der Herstellung unerlaubter Drogen und psychotroper Stoffe verwendet werden, wie auch die Eindämmung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Transfers und der Umwandlung von Geldern aus dem Drogenhandel, die sich nachteilig auf die Volkswirtschaften der Staaten auswirken, ermöglicht würde,

sowie in Anerkennung der lobenswerten Arbeit, die die Vereinten Nationen bei der Bekämpfung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen leisten und die durch den Mangel an menschlichen und finanziellen Ressourcen ernstlich behindert wird,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/122 vom 8. Dezember 1988 und die Resolution 3 der vom 25. November bis 20. Dezember 1988 in Wien abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen zur Verabschiedung einer Konvention gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen[159], welche u.a. den dringenden Bedarf an zusätzlichen menschlichen wie auch finanziellen Ressourcen für die Suchtstoffabteilung des Sekretariats und für das Sekretariat des Internationalen Suchtstoffkontrollamts anerkannt hat,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/121 vom 8. Dezember 1988, in der sie u.a. die kriminellen Handlungen auf das entschiedenste verurteilt hat, die Kinder in den Gebrauch, die Erzeugung und den unerlaubten Verkauf von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen hineinziehen, und in der sie an die zuständigen internationalen Stellen und den Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs appelliert hat, der Prüfung von Vorschlägen zur Bewältigung dieses Problems hohe Priorität einzuräumen,

eingedenk ihrer Resolution 44/16 vom 1. November 1989, mit der sie beschloß, eine Sondertagung einzuberufen, um die Frage einer engeren internationalen Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs zu erörtern,

1. *verurteilt entschieden* das Verbrechen des Suchtstoffverkehrs in all seinen Formen und bittet alle Staaten nachdrücklich, unerschütterlich an ihrer politischen Verpflichtung festzuhalten, diesem Verbrechen durch einen gemeinschaftlich geführten internationalen Kampf ein Ende zu setzen;

2. *schließt sich* der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/20 vom 22. Mai 1989 *an* und bittet die Regierungen und Organisationen nachdrücklich, sich an die in der Erklärung der Internationalen Konferenz über Drogenmißbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr niedergelegten Grundsätze zu halten und die Empfehlungen der Umfassenden multidisziplinären Konzeption für künftige Aktivitäten zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs in der geeigneten Form umzusetzen;

3. *betont*, daß der internationale Kampf gegen den Drogenverkehr und den Mißbrauch und Verkauf von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen sowie den unerlaubten Handel damit eine kollektive Aufgabe ist und daß die Beseitigung dieses Problems eine effiziente und aufeinander abgestimmte internationale Zusammmenarbeit erfordert, die dem Grundsatz der Achtung für die nationale Souveränität und kulturelle Identität der Staaten Rechnung trägt;

4. *hebt* die Verbindung *hervor*, die zwischen der unerlaubten Erzeugung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, dem unerlaubten Angebot dieser Stoffe, der unerlaubten Nachfrage danach, dem unerlaubten Verkauf dieser Stoffe, dem unerlaubten Verkehr damit und den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in den betroffenen Ländern besteht;

5. *anerkennt*, daß die internationale Gemeinschaft bei der Suche nach Lösungen zum Problem der unerlaubten Erzeugung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen, der unerlaubten Nachfrage nach diesen Stoffen und dem Handel mit, dem Transit von oder dem Verkehr mit diesen Stoffen die unterschiedlichen und vielfältigen Ausprägungen dieses Problems in den einzelnen Ländern berücksichtigen muß;

6. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, mit den Regierungen auf ihr Ersuchen hin zur Unterstützung von Programmen für den Ersatz unerlaubter Kulturen auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet verstärkt international zusammenzuarbeiten, und zwar auf dem Wege über integrierte ländliche Entwicklungsprogramme, die die rechtliche Zuständigkeit und Souveränität der Länder sowie die Kulturtraditionen der Völker voll respektieren;

7. *anerkennt* die Bedeutung, die der internationalen Zusammenarbeit dabei zukommt, zur Unterstützung integrierter ländlicher Entwicklungsprogramme Handelsströme zu ermöglichen und unter Berücksichtigung von Faktoren wie etwa dem Marktzugang für Ersatzanbauprodukte somit wirtschaftlich tragbare Alternativen für unerlaubte Anbaukulturen zu erschließen;

8. *ersucht* die Länder, die die für die Erzeugung von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen notwendigen chemischen Stoffe herstellen, die Initiative zur Verabschiedung von Maßnahmen zu ergreifen, durch die eine wirksame Exportkontrolle für solche Stoffe gewährleistet ist;

9. *ersucht* den Generalsekretär, so bald wie möglich mit Unterstützung einer Gruppe zwischenstaatlicher Sachverständiger eine Studie über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des unerlaubten Drogenverkehrs durchzuführen, u.a. im Hinblick auf die Analyse folgender Aspekte:

a) Umfang und Besonderheiten der wirtschaftlichen Transaktionen, die mit allen Phasen des Drogenverkehrs verbunden sind, so auch mit der Erzeugung von, des Handels mit und der Verteilung von unerlaubten Suchtstoffen, um die Auswirkungen des Transfers und der Umwandlung von Geldern aus dem Drogenhandel auf die Volkswirtschaften zu ermitteln;

b) Einrichtungen, durch die die Benutzung des Bankensystems und des internationalen Finanzsystems für diese Aktivitäten verhindert würde;

[159] Siehe E/CONF.82/14.

10. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung der in Ziffer 9 aufgeführten Aspekte um ihre Ansichten über Untersuchungsgegenstand und Rahmen einer solchen Studie zu bitten, und diese der Sachverständigengruppe zu übermitteln;

11. *ist der Ansicht*, daß ein System zur Ermittlung der für den unerlaubten Transithandel mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen verwendeten Methoden und Routen eingerichtet werden sollte, um den an solchen Routen liegenden Staaten bessere Eingriffsmöglichkeiten zu geben;

12. *verurteilt entschieden* den unerlaubten Waffenhandel, durch den die Drogenhändler in den Besitz von Waffen geraten und der die Ursache für politische Destabilisierung und den Verlust von Menschenleben ist;

13. *fordert* alle Staaten, insbesondere soweit sie eine hohe Gebrauchsrate von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen haben, *dazu auf*, Verhütungs- und Rehabilitationsmaßnahmen und außerdem zunehmend strengere politische und gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen, um die Nachfrage nach Suchtstoffen und psychotropen Stoffen zu beseitigen, und fordert die Vereinten Nationen und die anderen zuständigen internationalen Organisationen auf, diesem Problemaspekt größere Aufmerksamkeit zu schenken;

14. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Vorschlag der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, eine internationale Konferenz über die Reduzierung der Drogennachfrage zu veranstalten[160];

15. *anerkennt*, daß die Veröffentlichung und Verbreitung von Materialien, die die Erzeugung von und die Nachfrage nach Suchtstoffen und psychotropen Stoffen fördern beziehungsweise die dazu anregen, keinen positiven Beitrag zu dem internationalen Vorgehen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs darstellen;

16. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung ihrer Resolution 43/121 und des Wirtschafts- und Sozialratsbeschlusses 1989/123 vom 22. Mai 1989 Bericht zu erstatten;

17. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, ihre Beiträge zum Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs wesentlich zu erhöhen, so daß der Fonds seine Programme ausweiten kann;

18. *billigt* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/18 vom 22. Mai 1989;

19. *bekundet ihre ernste Besorgnis* über die erhebliche Kürzung des Haushalts und des Personalbestandes der Suchtstoffabteilung des Sekretariats und des Sekretariats des Internationalen Suchtstoffkontrollamts, wodurch deren Fähigkeit in Frage gestellt wird, zusätzliche Aufgaben in angemessener Weise wahrzunehmen, die sich aus den Aktivitäten ergeben, die von den Vereinten Nationen zur Bewältigung dieser neuen Dimensionen des Problems des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs eingeleitet werden müssen;

20. *empfiehlt* dem Generalsekretär, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um eine Erhöhung der Mittelzuweisungen für die Suchtstoffabteilung und für das Sekretariat des Internationalen Suchtstoffkontrollamts sicherzustellen;

21. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den Ergebnissen des Zweiten interregionalen Treffens der Leiter nationaler Suchtstoffbehörden[161];

22. *nimmt Kenntnis* von den Berichten des Generalsekretärs[162] und ersucht ihn, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten und außerdem jährlich einen detaillierten Bericht über internationale Drogenbekämpfungsaktivitäten vorzulegen, aus denen die vom System der Vereinten Nationen geleistete Arbeit zur Umsetzung der Empfehlungen der Umfassenden multidisziplinären Konzeption für künftige Aktivitäten zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs hervorgeht;

23. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Internationales Vorgehen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/143 – Folter und unmenschliche Behandlung von in Haft gehaltenen Kindern in Südafrika und Namibia

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/134 vom 8. Dezember 1988 und Kenntnis nehmend von der Resolution 1989/4 der Menschenrechtskommission vom 23. Februar 1989[2],

sowie unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe[163], der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe[164] und der Erklärung über die Rechte des Kindes[3],

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[165] und insbesondere von der darin enthaltenen Schlußfolgerung, daß die Folter und andere Formen der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung von Kindern und jungen Menschen im Berichtszeitraum unverminderten Fortgang genommen haben[166],

1. *gibt ihrer tiefen Empörung Ausdruck* angesichts des Beweismaterials für die Inhaftierung, Folterung und unmenschliche Behandlung von Kindern in Südafrika;

2. *verurteilt* das rassistische Apartheidregime *aufs schärfste* wegen der zunehmenden Inhaftierung, Folterung und unmenschlichen Behandlung von Kindern in Südafrika;

3. *verlangt erneut* die sofortige und bedingungslose Freilassung der von dem Apartheidregime in Südafrika in Haft gehaltenen Kinder;

4. *verlangt* die sofortige Auflösung der sogenannten "Besserungslager" beziehungsweise "Umerziehungszen-

[160] Siehe A/44/321, Anhang.

[161] Siehe E/CN.7/1990/2.
[162] A/44/572 und A/44/601.
[163] Resolution 3452 (XXX), Anlage.
[164] Resolution 39/46, Anlage.
[165] A/44/623.
[166] Ebd., Ziffer 15.

tren" in Südafrika, da sie nur der Strategie des rassistischen Regimes dienen, schwarze südafrikanische Kinder körperlich und geistig zu mißbrauchen;

5. *ersucht erneut* alle zuständigen Organe der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen und nichtstaatlichen Organisationen, die weltweite Kampagne zu intensivieren, die darauf abzielt, die Aufmerksamkeit auf diese unmenschlichen Praktiken zu lenken, sie weiter zu verfolgen und öffentlich bloßzulegen;

6. *ersucht* die Menschenrechtskommission, der Frage der Inhaftierung, Folterung oder in anderer Hinsicht unmenschlichen Behandlung von Kindern in Südafrika weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

7. *ersucht* die Menschenrechtskommission *außerdem*, den Kindern Namibias, die Opfer der Folter, Inhaftierung oder in anderer Hinsicht unmenschlichen Behandlung durch das Apartheidregime geworden sind, im Hinblick auf ihre Wiedereingliederung besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

9. *beschließt*, diese Frage auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter dem Punkt "Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe" zu behandeln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/144 – Stand der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4] und Artikel 7 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5], denen zufolge niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden darf,

sowie unter Hinweis auf die von der Generalversammlung am 9. Dezember 1975 mit ihrer Resolution 3452 (XXX) verabschiedete Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 39/46 vom 10. Dezember 1984, mit der sie die Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe verabschiedet und zur Unterzeichnung, zur Ratifikation beziehungsweise zum Beitritt aufgelegt und alle Regierungen aufgefordert hat, die vordringliche Unterzeichnung und Ratifikation der Konvention zu erwägen, auf ihre Resolutionen 40/128 vom 13. Dezember 1985, 41/134 vom 4. Dezember 1986, 42/123 vom 7. Dezember 1987 und 43/132 vom 8. Dezember 1988 und auf die Resolutionen der Menschenrechtskommission 1987/30 vom 10. März 1987[44] und 1988/36 vom 8. März 1988[45] sowie Kenntnis nehmend von der Resolution der Kommission 1989/29 vom 6. März 1989[2],

eingedenk der Bedeutung, die dem Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen[167] und den Grundsätzen ärztlicher Ethik im Zusammenhang mit der Rolle von medizinischem Personal, insbesondere von Ärzten, beim Schutz von Strafgefangenen und Inhaftierten vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe[121] für die Ausmerzung der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe zukommt,

unter Hinweis auf die Verabschiedung des Entwurfs eines Grundsatzkatalogs für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft oder Strafgefangenschaft unterworfenen Personen[168],

ernsthaft darüber besorgt, daß aus verschiedenen Teilen der Welt beunruhigend viele Fälle von Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe gemeldet werden,

entschlossen, darauf hinzuwirken, daß das nach dem Völkerrecht und nach innerstaatlichem Recht bestehende Verbot der Praxis der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe uneingeschränkt befolgt wird,

unter Hinweis darauf, daß die Menschenrechtskommission in ihrer Resolution 1988/32 vom 8. März 1988[45] beschlossen hat, das Mandat des Sonderberichterstatters zur Untersuchung von Fragen im Zusammenhang mit der Folter um zwei Jahre zu verlängern,

1. *begrüßt* den Bericht des Ausschusses gegen Folter[169];

2. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über den Stand der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe[170];

3. *betont*, wie wichtig es ist, daß die Vertragsstaaten sich streng an ihre Verpflichtungen aus der Konvention betreffend die Finanzierung des Ausschusses gegen Folter halten, so daß er alle ihm nach der Konvention übertragenen Aufgaben wirksam und effizient wahrnehmen kann, und appelliert an alle Vertragsstaaten, nichts zu tun, was die Finanzierung sämtlicher Aufgaben des Ausschusses gemäß der Konvention beeinträchtigen könnte und so die Lebensfähigkeit des Ausschusses als eines unerläßlichen Mechanismus für die Überwachung der wirksamen Durchführung der Konventionsbestimmungen langfristig sicherzustellen;

4. *begrüßt* die Aufmerksamkeit, die der Ausschuß gegen Folter der Ausarbeitung eines effektiven Berichtssystems über die Anwendung der Konvention durch die Vertragsstaaten gewidmet hat, und vor allem seinen Beschluß, die allgemeinen Richtlinien für die Vorlage der Erstberichte durch die Vertragsstaaten zu revidieren[171];

5. *nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis*, daß der Ausschuß gegen Folter seine Geschäftsordnung verabschiedet hat[172];

6. *begrüßt* den Meinungsaustausch, der zwischen dem Ausschuß gegen Folter und dem Sonderberichter-

---

[167] Resolution 34/169, Anlage.
[168] Resolution 43/173, Anlage.
[169] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 46* mit Korrigendum (A/44/46 mit Korr.1).
[170] A/44/443.
[171] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 46* mit Korrigendum (A/44/46 mit Korr.1), Abschnitt II, Ziffer 32.
[172] Ebd., Abschnitt IV und Anhang IV.

statter der Menschenrechtskommission über Fragen im Zusammenhang mit der Folter stattgefunden hat, und ersucht darum, diesen Austausch fortzusetzen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, dafür Sorge zu tragen, daß dem Ausschuß gegen Folter die entsprechenden Mitarbeiter und Einrichtungen für die wirksame Wahrnehmung seiner Aufgaben zur Verfügung stehen;

8. *erneuert ihr Ersuchen* an alle Staaten, mit Vorrang Vertragsstaaten der Konvention zu werden;

9. *bittet* alle Staaten *erneut*, bei oder nach der Ratifikation der Konvention beziehungsweise dem Beitritt zu ihr zu erwägen, die in Artikel 21 und 22 der Konvention vorgesehenen Erklärungen abzugeben;

10. *ersucht* den Generalsekretär, der Menschenrechtskommission auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über den Stand der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vorzulegen;

11. *beschließt*, den Bericht des Generalsekretärs auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter dem Punkt "Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe" zu behandeln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/145 – Freiwilliger Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Artikel 5 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], in dem es heißt, daß niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden darf,

sowie unter Hinweis auf die Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe[163],

mit Genugtuung Kenntnis nehmend vom Inkrafttreten der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe am 26. Juni 1987[164],

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/151 vom 16. Dezember 1981, in der sie mit tiefer Besorgnis festgestellt hat, daß in verschiedenen Ländern Folterungen vorgekommen sind, in der sie die Notwendigkeit anerkannt hat, den Opfern der Folter aus rein humanitärer Gesinnung Hilfe zu gewähren, und mit der sie den Freiwilligen Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter geschaffen hat,

überzeugt, daß zum Kampf um die Beseitigung der Folter auch gehört, daß den Opfern und ihren Angehörigen aus humanitärer Gesinnung Hilfe gewährt wird,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[173],

1. *spricht* den Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen, die bereits Beiträge zum Freiwilligen Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter geleistet haben, *ihren Dank und ihre Anerkennung aus*;

2. *ruft* alle Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen *auf*, positiv auf an sie gerichtete Ersuchen um erstmalige oder weitere Beiträge zum Fonds zu reagieren, soweit sie dazu in der Lage sind;

3. *bittet* die Regierungen, möglichst regelmäßig Beiträge zu dem Fonds zu leisten, damit er Vorhaben, die von wiederkehrenden Zuschüssen abhängig sind, fortlaufende Unterstützung gewähren kann;

4. *ersucht* den Generalsekretär, den Fonds jährlich in die Programme aufzunehmen, für die auf der Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten Mittel angekündigt werden;

5. *dankt* dem Treuhänderausschuß des Fonds für seine Arbeit;

6. *dankt* dem Generalsekretär *außerdem* für die dem Treuhänderausschuß des Fonds gewährte Unterstützung;

6. *ersucht* den Generalsekretär, u.a. durch die Ausarbeitung, Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial alle vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen, um den Treuhänderausschuß des Fonds bei seinen Bemühungen, den Fonds und seine humanitäre Tätigkeit besser bekannt zu machen, sowie bei seinen Beitragsappellen zu unterstützen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/146 – Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen

Die Generalversammlung,

in dem Bewußtsein, daß sie nach der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet ist, freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle zu fördern und zu festigen,

in Bekräftigung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], der zufolge jeder das Recht hat, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken, jeder das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande hat, der Wille des Volkes die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt bildet und dieser Wille durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe oder einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommt,

im Hinblick darauf, daß nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[5] jeder Staatsbürger das Recht und die Möglichkeit hat, ohne irgendeinen Unterschied, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitzuwirken, bei unverfälschten, wiederkehrenden, allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen, bei denen die freie Äußerung des Wählerwillens gewährleistet ist, zu wählen und gewählt zu werden und unter allgemeinen Gesichtspunkten der Gleichheit zu öffentlichen Ämtern seines Landes Zugang zu haben,

[173] A/44/708.

unter Verurteilung des Apartheidsystems und jeder anderen Form der Vorenthaltung oder Einschränkung des Wahlrechts aufgrund der Rasse, der Farbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Überzeugung, der nationalen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Standes,

die Auffassung vertretend, daß das im Rahmen des Apartheidsystems geschaffene Dreikammer-Parlament eine grobe Verletzung des Grundsatzes allgemeiner und gleicher Wahlen darstellt und von der internationalen Gemeinschaft mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wird,

unter Hinweis darauf, daß alle Staaten souveräne Gleichheit genießen und daß jeder Staat das Recht hat, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu gestalten,

anerkennend, daß es kein politisches System und kein Wahlverfahren gibt, das für alle Nationen und ihre Völker gleichermaßen geeignet ist,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/157 vom 8. Dezember 1988,

Kenntnis nehmend von der Resolution 1989/51 der Menschenrechtskommission vom 7. März 1989[2],

1. *unterstreicht* die Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, in denen festgelegt ist, daß der Wille des Volkes, der in regelmäßigen und unverfälschten Wahlen zum Ausdruck kommt, die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt bildet;

2. *hebt* ihre Überzeugung *hervor*, daß regelmäßige und unverfälschte Wahlen ein notwendiges und unverzichtbares Teilstück nachhaltiger Bemühungen um den Schutz der Rechte und Interessen der Regierten sind und daß – wie die Erfahrung beweist – das Recht eines jeden, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes mitzuwirken, eine entscheidende Voraussetzung für die wirksame Ausübung eines breiten Fächers anderer Menschenrechte und Grundfreiheiten, so auch politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte, durch alle ist;

3. *erklärt*, daß zur Feststellung des Volkswillens ein Wahlprozeß erforderlich ist, der allen Staatsbürgern gleiche Chancen gibt, sich zur Wahl zu stellen und ihre politischen Ansichten einzeln oder gemeinsam mit anderen in Übereinstimmung mit der Verfassung und den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu vertreten;

4. *erkennt an*, daß die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um die Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen das souveräne Recht eines jeden Staates, seine eigenen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Systeme frei zu wählen und zu gestalten, nicht in Frage stellen sollte, gleichgültig, ob diese den Präferenzen anderer Staaten entsprechen oder nicht;

5. *unterstreicht*, daß alle Mitglieder der internationalen Gemeinschaft die Pflicht haben, die von anderen Staaten in Ausübung ihres Rechts zur freien Wahl und Gestaltung ihrer Wahlinstitutionen getroffenen Entscheidungen zu achten;

6. *erklärt erneut*, daß die Apartheid abgeschafft werden muß, daß die systematische Vorenthaltung oder Einschränkung des Wahlrechts aufgrund der Rasse oder Farbe eine grobe Verletzung der Menschenrechte und ein Affront gegen das Gewissen und die Würde des Menschen ist und daß das Recht auf Mitwirkung an einem politischen System, das von der allen gemeinsamen Rechtsstellung des Staatsbürgers und dem allgemeinen Wahlrecht ausgeht, für die Realisierung des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen unerläßlich ist;

7. *lehnt* das im Rahmen des Apartheidsystems geschaffene Dreikammer-Parlament als verabscheuungswürdigen Ausdruck eines zutiefst unterdrückerischen und auf flagrante Weise unmenschlichen politischen Systems *ab*;

8. *fordert* die Menschenrechtskommission *auf*, sich auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung im Kontext der vollen Achtung der Souveränität der Mitgliedstaaten weiter mit geeigneten Wegen und Mitteln zur Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen zu befassen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat Bericht zu erstatten;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/147 – Achtung der Grundsätze der nationalen Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten im Hinblick auf Wahlprozesse

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der Ziele der Vereinten Nationen, freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 2625 (XXV) vom 24. Oktober 1970, mit der sie die Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen gebilligt hat,

ferner unter Hinweis auf den in Artikel 2 Absatz 7 der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatz, wonach aus der Charta weder eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach in die innere Zuständigkeit eines Staates fallen, noch eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung nach dieser Charta zu unterwerfen, abgeleitet werden kann,

in Bekräftigung der Rechtmäßigkeit des Kampfes des unterdrückten Volkes von Südafrika um die Beseitigung der Apartheid und die Errichtung einer Gesellschaft, in der das gesamte Volk Südafrikas ohne Ansehen der

Rasse, der Farbe oder des Glaubens gleiche und unbeschränkte politische und sonstige Rechte genießt und sich frei an der Gestaltung seiner Geschicke beteiligt,

sowie in Bekräftigung der Rechtmäßigkeit des Kampfes aller unter Kolonial- und Fremdherrschaft stehenden Völker, insbesondere des palästinensischen Volkes, um die Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit, die es ihnen ermöglichen wird, frei über ihre eigene Zukunft zu entscheiden,

anerkennend, daß die Grundsätze der nationalen Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten bei der Abhaltung von Wahlen zu achten sind,

sowie anerkennend, daß es kein politisches System beziehungsweise kein Modell für Wahlprozesse gibt, das für alle Nationen und ihre Völker gleichermaßen geeignet ist und daß politische Systeme und Wahlprozesse durch historische, politische, kulturelle und religiöse Faktoren geprägt werden,

1. *erklärt erneut*, daß aufgrund des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatzes der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker alle Völker das Recht haben, ihren politischen Status frei und ohne Einmischung von außen zu bestimmen und ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung nachzugehen, und daß jeder Staat verpflichtet ist, dieses Recht im Einklang mit der Charta zu achten;

2. *erklärt*, daß es ausschließlich Sache der Völker ist, den Wahlprozeß betreffende Methoden festzulegen und Institutionen zu schaffen sowie in Übereinstimmung mit ihrer Verfassung und ihren Rechtsvorschriften zu bestimmen, wie dieser durchgeführt werden soll;

3. *erklärt außerdem*, daß alle Fremdaktivitäten, mit denen versucht wird, sich in den freien Ablauf einzelstaatlicher Wahlprozesse, insbesondere in den Entwicklungsländern, direkt oder indirekt einzumischen, oder mit denen beabsichtigt wird, die Ergebnisse dieser Wahlprozesse zu beeinflussen, gegen Geist und Buchstaben der in der Charta und in der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätze verstoßen;

4. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten und das souveräne Recht der Völker, ihr politisches, wirtschaftliches und soziales System zu bestimmen, zu achten;

5. *appelliert mit Nachdruck* an alle Staaten, politische Parteien oder Gruppen weder zu finanzieren noch ihnen auf direkte oder indirekte Weise sonstige offene oder verdeckte Unterstützung zu gewähren und nichts zu tun, wodurch die Wahlprozesse in irgendeinem Land untergraben würden;

6. *verurteilt* jede bewaffnete Angriffshandlung beziehungsweise jede Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen Völker, ihre gewählten Regierungen oder ihre rechtmäßigen politischen Führer;

7. *erklärt feierlich*, daß nur die völlige Ausmerzung der Apartheid und die Errichtung einer auf dem Mehrheitsprinzip aufbauenden nichtrassischen demokratischen Gesellschaft durch die unbeschränkte und freie Ausübung des allgemeinen Erwachsenenwahlrechts durch alle Menschen in einem geeinten und ungeteilten Südafrika zu einer gerechten und dauerhaften Lösung für die explosive Situation in Südafrika führen kann;

8. *bekräftigt abermals* die Rechtmäßigkeit des Kampfes aller unter Kolonial- und Fremdherrschaft stehenden Völker, insbesondere des palästinensischen Volkes, um die Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit, die es ihnen ermöglichen wird, ihr politisches, wirtschaftliches und soziales System ohne Einmischung von außen zu bestimmen;

9. *fordert* die Menschenrechtskommission *auf*, auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung der Überprüfung der grundlegenden Faktoren, die die Einhaltung des Grundsatzes der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten im Hinblick auf ihre Wahlprozesse beeinträchtigen, Vorrang einzuräumen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat darüber Bericht zu erstatten;

10. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung unter dem Punkt "Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen" über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/148 – Auf Solidarität beruhende Menschenrechte

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5], des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[5] sowie anderer von den Vereinten Nationen verabschiedeter internationaler Vertragswerke über Menschenrechte,

betonend, daß die Achtung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

davon überzeugt, daß das schwere Leid zahlloser Menschen in der ganzen Welt, insbesondere soweit sie unter Bedingungen extremer Armut leben, die Stärkung eines gemeinsamen Gefühls der menschlichen Solidarität erfordern,

1. *ersucht* die Menschenrechtskommission, die Ansichten der Staaten, der Sonderorganisationen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie anderer internationaler Organisationen einschließlich der nichtstaatlichen Organisationen einzuholen und die Frage zu untersuchen;

2. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Auf Solidarität beruhende Menschenrechte" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/149 — Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in Malawi

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 42/132 vom 7. Dezember 1987 und 43/148 vom 8. Dezember 1988 über Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in Malawi,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[174],

nach Behandlung des Teils des Berichts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[130], der die Lage der Flüchtlinge und Vertriebenen in Malawi betrifft,

ernstlich besorgt über die nach wie vor schweren sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der massenhaften Präsenz von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie über die sich daraus ergebenden weitreichenden Folgen für den langfristigen Entwicklungsprozeß des Landes,

mit Anerkennung für die wichtigen Maßnahmen, die die Regierung Malawis ergreift, um Tausenden von Flüchtlingen und Vertriebenen Unterkunft, Schutz, Nahrungsmittel, Einrichtungen auf dem Bildungs- und Gesundheitssektor sowie andere humanitäre Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen,

in Anerkennung der schweren Belastung und der Opfer, die das Volk und die Regierung Malawis angesichts der begrenzten sozialen und Infrastruktureinrichtungen des Landes mit der Betreuung der Flüchtlinge und Vertriebenen auf sich nehmen, sowie in Anerkennung der Notwendigkeit, ihnen angemessene internationale Unterstützung zu gewähren, damit sie ihre Bemühungen um die Bereitstellung von Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene fortsetzen können,

mit dem Ausdruck ihres Dankes für die von den Mitgliedstaaten, den verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen, dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und anderen internationalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zur Unterstützung des Flüchtlingsprogramms in Malawi gewährte Hilfe,

eingedenk der Erkenntnisse und Empfehlungen der nach Malawi entsandten interinstitutionellen Delegation[175], insbesondere bezüglich der Notwendigkeit, die sozioökonomische Infrastruktur des Landes zu stärken, damit es den unmittelbaren humanitären Soforthilfebedarf der Flüchtlinge und Vertriebenen wie auch seinen langfristigen nationalen Entwicklungsbedarf decken kann,

in Anerkennung der Notwendigkeit, flüchtlingsbezogene Entwicklungsprojekte im Kontext lokaler und nationaler Entwicklungspläne zu sehen,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *würdigt* die Maßnahmen, die die Regierung Malawis trotz der sie konfrontierenden ernsten wirtschaftlichen Lage ergreift, um den Flüchtlingen und Vertriebenen materielle und humanitäre Hilfe zu gewähren, und betont, daß zusätzliche Ressourcen erforderlich sind, um die Auswirkung der Anwesenheit der Flüchtlinge und Vertriebenen auf den langfristigen Entwicklungsprozeß des Landes zu mindern;

3. *dankt* dem Generalsekretär, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, den Geberländern sowie den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen für ihre Bemühungen um die Unterstützung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Malawi;

4. *bringt ihre ernste Besorgnis zum Ausdruck* über die schweren und weitreichenden Folgen der massenhaften Präsenz von Flüchtlingen und Vertriebenen im Lande und der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die langfristige sozioökonomische Entwicklung des ganzen Landes;

5. *appelliert* an die Mitgliedstaaten, die zuständigen Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie die internationalen Finanzinstitutionen, der Regierung Malawis auch künftig die erforderlichen Ressourcen zur Durchführung von Entwicklungshilfevorhaben in den von der Anwesenheit von Flüchtlingen und Vertriebenen betroffenen Regionen sowie der jetzt laufenden Entwicklungsprogramme zur Verfügung zu stellen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, sich auch weiterhin darum zu bemühen, die erforderliche finanzielle und materielle Hilfe zu mobilisieren, damit die laufenden Projekte in den von der Anwesenheit der Flüchtlinge und Vertriebenen betroffenen Gebieten sowie die jetzt laufenden Programme voll durchgeführt werden können;

7. *ersucht* den Hohen Kommissar, seine Maßnahmen auch weiterhin mit den entsprechenden Sonderorganisationen zu koordinieren, damit die den Flüchtlingen und Vertriebenen in ihren Siedlungen gebotenen lebenswichtigen Dienste konsolidiert und beibehalten werden können;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/150 — Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in Dschibuti

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 42/126 vom 7. Dezember 1987 und 43/142 8. Dezember 1988 über humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Dschibuti sowie auf alle ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Dschibuti[176],

tief besorgt über den jüngsten Zustrom von über fünfunddreißigtausend außerhalb ihres eigenen Landes Vertriebenen, durch den die Belastung, die Dschibuti hinsichtlich der Flüchtlinge in diesem Land bereits trägt, weiter beträchtlich zugenommen hat,

feststellend, daß Dschibuti als eines der am wenigsten entwickelten Länder gilt und daß der jüngste Zustrom einer großen Anzahl von außerhalb ihres eigenen Landes Vertriebenen und die weiter andauernde Anwe-

[174] A/44/403.
[175] Siehe A/43/536, Abschnitt III.
[176] A/44/402.

senheit von Flüchtlingen die an sich schon unzureichende soziale und wirtschaftliche Infrastruktur schwer belasten,

sowie feststellend, daß die gegenwärtige Situation es erforderlich macht, knappe Ressourcen für Notstandshilfe- und Vorbeugungsmaßnahmen zu verwenden statt für die Entwicklung,

in Anerkennung der entschlossenen, nachhaltigen Anstrengungen, die die Regierung Dschibutis unternimmt, um den zunehmenden Bedürfnissen der Flüchtlinge und der außerhalb ihres eigenen Landes Vertriebenen zu entsprechen,

mit Dank Kenntnis nehmend von den von der Regierung Dschibutis in enger Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge ergriffenen Maßnahmen zur Herbeiführung geeigneter, dauerhafter Lösungen zugunsten der Flüchtlinge und der außerhalb ihres eigenen Landes Vertriebenen in Dschibuti,

mit Genugtuung feststellend, daß trotz der physischen, sozialen und wirtschaftlichen Hindernisse, denen sich Dschibuti gegenübersieht, über sechstausend Flüchtlinge dort angesiedelt und integriert worden sind,

in Anerkennung der Unterstützung, welche die Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen, die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und die freiwilligen Hilfswerke den laufenden Soforthilfe- und Wiedereingliederungsprogrammen zugunsten der Flüchtlinge und außerhalb ihres eigenen Landes Vertriebenen in Dschibuti gewähren,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Dschibuti und würdigt die Bemühungen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, die Lage ständig zu verfolgen;

2. *begrüßt* die von der Regierung Dschibutis in enger Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar ergriffenen Maßnahmen zur Herbeiführung geeigneter, dauerhafter Lösungen zugunsten der Flüchtlinge und der außerhalb ihres eigenen Landes Vertriebenen in Dschibuti;

3. *dankt* den Mitgliedstaaten, den Sonderorganisationen, den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und den freiwilligen Hilfswerken für ihre Unterstützung der Soforthilfe- und Wiedereingliederungsprogramme zugunsten der Flüchtlinge und der außerhalb ihres eigenen Landes Vertriebenen in Dschibuti;

4. *bittet* den Hohen Kommissar *nachdrücklich* um verstärkte Anstrengungen mit dem Ziel, mit größter Dringlichkeit die notwendigen Ressourcen zur Herbeiführung dauerhafter Lösungen im Hinblick auf die Flüchtlinge in Dschibuti und den wachsenden Zustrom von außerhalb ihres eigenen Landes Vertriebenen zu mobilisieren;

5. *fordert* alle Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, die entschlossenen, nachhaltigen Anstrengungen auch weiterhin zu unterstützen, die die Regierung Dschibutis unternimmt, um den dringenden Bedürfnissen der Flüchtlinge und der außerhalb ihres eigenen Landes Vertriebenen zu entsprechen und dauerhafte Lösungen hinsichtlich ihrer Situation herbeizuführen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/151 – Die Lage der Flüchtlinge in Sudan

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/141 vom 8. Dezember 1988 und ihre übrigen vorangegangenen Resolutionen über die Lage der Flüchtlinge in Sudan,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[177] über die Durchführung der Resolution 43/141 und des Berichts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[130],

mit dem Ausdruck ihres Dankes für die Anstrengungen, die die Regierung Sudans zur Aufnahme der Flüchtlinge und zur Bereitstellung von Schutz, Unterkunft, Nahrungsmitteln, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie anderen humanitären Diensten an die ständig weiter wachsende Zahl von Flüchtlingen unternommen hat, die seit Beginn der sechziger Jahre die Grenzen nach Sudan überschritten haben,

in Anerkennung der schweren Belastung, die das Volk und die Regierung von Sudan auf sich genommen haben, sowie der Opfer, die sie mit der Beherbergung von über einer Million Flüchtlingen bringen, die etwa 7,5 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachen,

zutiefst besorgt darüber, daß die große Mehrzahl der Flüchtlinge sich aus eigenem Antrieb in verschiedenen städtischen und ländlichen Gemeinden im ganzen Land angesiedelt hat und sich somit die ohnehin schon spärlichen Ressourcen und Dienste mit der einheimischen Bevölkerung teilt,

mit dem Ausdruck ernster Besorgnis über die verheerenden und weitreichenden Auswirkungen der Katastrophen, die das Land nacheinander heimgesucht haben, angefangen von der Dürre im Jahr 1984 über die wolkenbruchartigen Regenfälle und Überschwemmungen bis hin zu den Heuschreckenplagen im Jahr 1988, und welche die aufgrund der Anwesenheit so zahlreicher Flüchtlinge sich ohnehin verschlimmernde Situation noch weiter verschärft haben,

sowie ernstlich besorgt darüber, daß die Regierung Sudans nicht nur mit den derzeit bestehenden schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Problemen fertig werden muß, sondern darüber hinaus die zusätzliche Aufgabe hat, sich um mehr als 1,5 Millionen Menschen zu kümmern, die durch nacheinander eingetretene Katastrophen und durch den Bürgerkrieg im Süden zu Vertriebenen geworden sind,

in Anerkennung der von der Regierung Sudans unternommenen Anstrengungen, ein umfassendes Sanierungsprogramm einzuleiten, um die durch die Naturkatastrophen verursachten Schäden zu beheben,

im Hinblick auf diese gravierenden Umstände, die die Regierung Sudans in eine Lage versetzen, in der sie

[177] A/44/426.

weniger als je zuvor ihre Verpflichtungen gegenüber ihrem eigenen Volk erfüllen kann, und in Anbetracht der noch ernsteren Folgen, die die Fähigkeit der Regierung Sudans beeinträchtigen, noch weitere Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen Asyl zu gewähren,

mit Dank für die von den Mitgliedstaaten sowie von den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen gewährte Unterstützung für das Flüchtlingsprogramm in Sudan,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *nimmt außerdem Kenntnis* vom Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und insbesondere von den auf dem Gebiet der Flüchtlingshilfe und der Entwicklung festgestellten neuen Tendenzen;

3. *dankt* dem Generalsekretär, dem Hohen Kommissar, den Geberländern sowie den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen für ihre Hilfsbemühungen zugunsten der Flüchtlinge in Sudan;

4. *bringt ihre tiefe Besorgnis zum Ausdruck* über die ernsten und weitreichenden Auswirkungen der massiven Flüchtlingspräsenz in diesem Land auf dessen Sicherheit und Stabilität wie auch über die negativen Gesamtfolgen für seine grundlegende Infrastruktur und sozioökonomische Entwicklung;

5. *bringt außerdem ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck*, daß für Flüchtlingsprogramme in Sudan immer weniger Ressourcen zur Verfügung stehen und daß sich daraus ernste Folgen für die Fähigkeit des Landes ergeben, auch in Zukunft Flüchtlinge zu beherbergen und ihnen Hilfe zu gewähren;

6. *appelliert* an die Mitgliedstaaten, die entsprechenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, an zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen sowie an die internationalen Finanzinstitutionen, der Regierung Sudans die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Entwicklungshilfeprojekte, insbesondere die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen ausgearbeiteten Projekte, in den von der Flüchtlingspräsenz betroffenen Regionen durchgeführt werden können;

7. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderliche finanzielle und materielle Hilfe zu mobilisieren, damit laufende Projekte in den von der Flüchtlingspräsenz betroffenen Gebieten vollständig durchgeführt werden können;

8. *ersucht* den Hohen Kommissar, seine Maßnahmen auch künftig mit den entsprechenden Sonderorganisationen zu koordinieren, mit dem Ziel, die den Flüchtlingen in ihren Siedlungen gebotenen lebenswichtigen Dienste zu konsolidieren und ihre Beibehaltung sicherzustellen und zu erkunden, wie Flüchtlingen, die sich aus eigenem Antrieb anderswo angesiedelt haben, Hilfe geleistet werden kann;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/152 – Hilfe für Flüchtlinge in Somalia

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/180 vom 15. Dezember 1980, 36/153 vom 16. Dezember 1981, 37/174 vom 17. Dezember 1982, 38/88 vom 16. Dezember 1983, 39/104 vom 14. November 1984, 40/132 vom 13. Dezember 1985, 41/138 vom 4. Dezember 1986, 42/127 vom 7. Dezember 1987 und 43/147 vom 8. Dezember 1988 über Hilfe für Flüchtlinge in Somalia,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[178],

zutiefst besorgt über die schwere Belastung, die die fortgesetzte Anwesenheit einer großen Zahl von Flüchtlingen für die labile Volkswirtschaft Somalias bedeutet,

in Anbetracht der Umstände, die das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und das Welternährungsprogramm gezwungen haben, ihre Nahrungsmittelprogramme und anderen humanitären Hilfsprogramme für Flüchtlinge in den nordwestlichen Distrikten Somalias vorübergehend auszusetzen,

in ernster Sorge über die gravierenden Nahrungsmittelengpässe, zu denen es infolgedessen in den Flüchtlingssiedlungen in den nordwestlichen Distrikten Somalias gekommen ist,

sich der Tatsache *bewußt*, daß Somalia als eines der am wenigsten entwickelten Länder nicht über die wirtschaftliche oder finanzielle Kapazität verfügt, um die Lücke zu schließen, die durch die vorübergehende Aussetzung der humanitären Hilfsprogramme für Flüchtlinge in den nordwestlichen Distrikten Somalias entstanden ist,

sich der Tatsache *bewußt*, daß Somalia nicht die Kapazität besitzt, mit seinen begrenzten Ressourcen humanitäre Hilfe bereitzustellen,

mit Besorgnis Kenntnis nehmend von den schädlichen Auswirkungen der Anwesenheit der Flüchtlinge auf die Umwelt, die zu weitreichender Abholzung und Bodenerosion geführt hat und ein an sich bereits labiles ökologisches Gleichgewicht zu zerstören droht,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *spricht* der Regierung Somalias *ihre Anerkennung* für die Maßnahmen *aus*, die sie trifft, um trotz begrenzter eigener Ressourcen und einer labilen Volkswirtschaft den Flüchtlingen materielle und humanitäre Hilfe zu gewähren;

3. *dankt* dem Generalsekretär, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, den Geberländern sowie den zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen für ihre Bemühungen, den Flüchtlingen in Somalia zu helfen;

4. *fordert* das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und das Welternährungsprogramm *auf*, ihre Hilfsprogramme für die Flüchtlinge in den nordwestlichen Distrikten Somalias möglichst bald wiederaufzunehmen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, in enger Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars, dem Welternährungsprogramm und der Gebergemeinschaft ein Überbrückungshilfeprogramm einzuleiten, mit dem

[178] A/44/462.

sichergestellt wird, daß lebenswichtige Nahrungsmittel und andere humanitäre Hilfslieferungen weiterhin in die Flüchtlingssiedlungen in den nordwestlichen Distrikten Somalias gelangen, bis eine dauerhaftere Regelung getroffen werden kann;

6. *ruft* die Mitgliedstaaten, die internationalen Organisationen und die freiwilligen Hilfswerke *dazu auf*, den Generalsekretär bei der Einleitung des geplanten Überbrückungshilfeprogramms voll zu unterstützen;

7. *ruft* die Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen und freiwilligen Hilfswerke *außerdem dazu auf*, rechtzeitig ein Höchstmaß an materieller, finanzieller und technischer Hilfe zu gewähren, damit die Regierung Somalias die Vorhaben und Aktivitäten durchführen kann, die im Bericht der zwischenstaatlichen Delegation von 1987 aufgezeigt wurden, welcher dem Bericht[179] als Anhang beigefügt war, den der Generalsekretär der Generalversammlung auf ihrer zweiundvierzigsten Tagung als Grundlage für ein umfassendes Aktionsprogramm unterbreitet hat, das sowohl den humanitären als auch den entwicklungspolitischen Erfordernissen der Flüchtlinge Rechnung trägt;

8. *ersucht* die in Betracht kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, namentlich die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Internationale Arbeitsorganisation, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, sowie das Umweltprogramm der Vereinten Nationen und das Welternährungsprogramm, im Benehmen mit der Regierung Somalias eine detaillierte Projektdokumentation für die Durchführung derjenigen Projekte und Aktivitäten zu erstellen, die im Bericht des Generalsekretärs[180] als vorrangige Vorhaben im Rahmen eines umfassenden Aktionsprogramms aufgezeigt werden;

9. *fordert* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, das Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen *auf*, in Zusammenarbeit mit der Regierung Somalias ihre Tätigkeit in Somalia zum Schutz und zur Sanierung der geschädigten Umwelt dieses Landes fortzusetzen und auszuweiten;

10. *anerkennt* die wichtige Rolle nichtstaatlicher Organisationen im Hinblick auf Betreuungs-, Unterhalts- und Wiedereingliederungsprogramme für Flüchtlinge, insbesondere was Aktivitäten im Zusammenhang mit kleineren Entwicklungsvorhaben sowie in den Bereichen Gesundheit und Landwirtschaft angeht;

11. *ersucht* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 über die Fortschritte zu informieren, die sie in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich hinsichtlich der sie betreffenden Bestimmungen dieser Resolution erzielt haben;

12. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Hohen Kommissar und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über den Stand der Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/153 – Hilfe für freiwillige Rückkehrer und Vertriebene in Tschad

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/143 vom 8. Dezember 1988 über Notstandshilfe für freiwillige Rückkehrer und Vertriebene in Tschad sowie auf alle ihre vorangegangenen Resolutionen zu dieser Frage,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[181],

tief besorgt über die anhaltend schädlichen Auswirkungen der Naturkatastrophen, durch die die ohnehin bereits prekäre Ernährungs- und Gesundheitssituation Tschads noch verschärft wird,

die Auffassung vertretend, daß die Regierung Tschads durch die große Anzahl von freiwilligen Rückkehrern vor ernste soziale und wirtschaftliche Probleme gestellt wird,

sowie die Auffassung vertretend, daß die Regierung Tschads durch die Rückkehr von Vertriebenen in die nördliche Region vor ernste Probleme hinsichtlich ihrer Wiederansiedlung gestellt wird,

eingedenk der zahlreichen Appelle der Regierung Tschads um internationale Hilfe für die freiwilligen Rückkehrer und die Vertriebenen in Tschad,

1. *schließt sich* den Appellen der Regierung Tschads um humanitäre Hilfe für die freiwilligen Rückkehrer und die Vertriebenen in Tschad *an*;

2. *ruft* alle Staaten sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *erneut auf*, die Bemühungen der Regierung Tschads um die Unterstützung und Wiederansiedlung der freiwilligen Rückkehrer und der Vertriebenen durch großzügige Beiträge zu unterstützen;

3. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den Maßnahmen der verschiedenen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen zur Mobilisierung humanitärer Hilfe für die freiwilligen Rückkehrer und die Vertriebenen in Tschad;

4. *ersucht* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und den Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe *erneut*, humanitäre Hilfe für die freiwilligen Rückkehrer und die Vertriebenen in Tschad zu mobilisieren;

5. *fordert*

a) den Generalsekretär *auf*, seine Bemühungen um die Mobilisierung besonderer humanitärer Hilfe für die Wiederansiedlung von Vertriebenen in der nördlichen Region Tschads fortzusetzen;

b) die internationale Gemeinschaft *auf*, die von der Regierung Tschads unternommenen Anstrengungen zur Durchführung der Repatriierungs- und Wiederansiedlungsprogramme für freiwillige Rückkehrer und Vertriebene in Tschad zu unterstützen;

[179] A/42/645.
[180] Ebd., Ziffer 55-66.
[181] A/44/657.

6. *ersucht* den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und dem Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/154 – Hilfe für Flüchtlinge und Rückkehrer in Äthiopien

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf alle ihre Resolutionen, insbesondere die Resolution 43/144 vom 8. Dezember 1988, sowie alle Resolutionen des Wirtschafts- und Sozialrats über Hilfe für Vertriebene in Äthiopien,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[182];

nach Behandlung des Berichts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[130],

in Anbetracht der zunehmenden Zahl von Flüchtlingen und freiwilligen Rückkehrern in Äthiopien,

tief besorgt über den massiven Strom von Flüchtlingen und freiwilligen Rückkehrern nach Äthiopien und über die sich daraus ergebende ungeheure Belastung für die Infrastruktur und die spärlichen Ressourcen des Landes,

sowie tief besorgt über die schwerwiegenden Folgen, die dies für die Fähigkeit des Landes gehabt hat, mit den Auswirkungen der anhaltenden Dürre fertig zu werden,

im Bewußtsein der schweren Belastung, die die Regierung Äthiopiens zu tragen hat, sowie der Notwendigkeit entsprechender Hilfsmaßnahmen für die Flüchtlinge, die freiwilligen Rückkehrer und die Opfer von Naturkatastrophen,

1. *würdigt* die Hilfsmaßnahmen, die das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge sowie zwischenstaatliche Organisationen und freiwillige Hilfswerke durchführen, um die Not der vielen Flüchtlinge und freiwilligen Rückkehrer in Äthiopien zu lindern;

2. *appelliert* an die Mitgliedstaaten sowie an die internationalen Organisationen und freiwilligen Hilfswerke, ausreichende materielle, finanzielle und technische Unterstützung für die Soforthilfe- und Wiedereingliederungsprogramme zugunsten der vielen Flüchtlinge und freiwilligen Rückkehrer in Äthiopien bereitzustellen;

3. *ersucht* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, seine Bemühungen um die Mobilisierung humanitärer Hilfe zur Linderung der Not, zur Wiedereingliederung und zur Wiederansiedlung der freiwilligen Rückkehrer und der vielen Flüchtlinge in Äthiopien fortzusetzen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar über die Durchführung dieser Resolution zu unterrichten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/155 – Maßnahmen zur Verbesserung der Lage aller Wanderarbeiter und zur Gewährleistung ihrer Menschenrechte und Menschenwürde

Die Generalversammlung,

in neuerlicher Bekräftigung der immerwährenden Gültigkeit der Grundsätze und Normen, die in den grundlegenden Dokumenten über den völkerrechtlichen Schutz der Menschenrechte verankert sind, insbesondere in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], den Internationalen Menschenrechtspakten[5], dem Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung[11] und der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau[183],

eingedenk der im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur festgelegten Grundsätze und Normen sowie der Bedeutung der im Zusammenhang mit Wanderarbeitern und ihren Familien geleisteten Arbeit anderer Sonderorganisationen und verschiedener Organe der Vereinten Nationen,

erneut erklärend, daß trotz des Vorhandenseins eines bereits festetablierten Katalogs von Grundsätzen und Normen weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Lage aller Wanderarbeiter und ihrer Familien und zur Gewährleistung ihrer Menschenrechte und Menschenwürde notwendig sind,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/172 vom 17. Dezember 1979, mit der sie beschlossen hat, eine allen Mitgliedstaaten offenstehende Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien einzusetzen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/198 vom 15. Dezember 1980, 36/160 vom 16. Dezember 1981, 37/170 vom 17. Dezember 1982, 38/86 vom 16. Dezember 1983, 39/102 vom 14. Dezember 1984, 40/130 vom 13. Dezember 1985, 41/151 vom 4. Dezember 1986, 42/140 vom 7. Dezember 1987 und 43/146 vom 8. Dezember 1988, mit denen sie das Mandat der Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien erneuert und die Arbeitsgruppe ersucht hat, ihre Arbeit fortzusetzen,

nach Prüfung der Fortschritte, die die Arbeitsgruppe auf ihrer vom 31. Mai bis 9. Juni 1989 abgehaltenen achten Tagung zwischen den Tagungen der Generalversammlung sowie auf ihrer vom 26. September bis 6. Oktober 1989 veranstalteten Tagung während der laufenden Tagung der Generalversammlung erzielt hat, auf denen die Arbeitsgruppe die zweite Lesung des Konventionsentwurfs fortgesetzt hat,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den beiden neuesten Berichten der Arbeitsgruppe für die Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien[184] und

[182] A/44/482.

[183] Resolution 34/180, Anlage.

[184] A/C.3/44/1 und A/C.3/44/4.

insbesondere von den Fortschritten bei der Ausarbeitung des Konventionsentwurfs, die die Arbeitsgruppe bei der zweiten Lesung erzielt hat;

2. *ersucht* den Generalsekretär, das Sekretariats-Zentrum für Menschenrechte mit der technischen Überarbeitung des Wortlauts der von der Arbeitsgruppe bisher in zweiter Lesung gebilligten Artikel des Konventionsentwurfs zu beauftragen, damit Einheitlichkeit hinsichtlich Terminologie und Genus gewährleistet ist und die Fassungen in den Amtssprachen der Vereinten Nationen übereinstimmen, unter Berücksichtigung der Generalversammlungsresolution 41/120 vom 4. Dezember 1986, und ersucht ihn, die Ergebnisse dieser technischen Überarbeitung den Regierungen so bald wie möglich, spätestens jedoch einen Monat vor der nächsten Tagung der Arbeitsgruppe im Jahre 1990, zu übermitteln;

3. *beschließt*, daß die Arbeitsgruppe unmittelbar nach der ersten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats 1990 für die Dauer von zwei Wochen in New York zusammentreten wird, um die übrigen Artikel fertigzustellen und die Ergebnisse der technischen Überarbeitung des Konventionsentwurfs zu behandeln;

4. *bittet* den Generalsekretär, den Regierungen die beiden neuesten Berichte der Arbeitsgruppe zu übermitteln, damit die Mitglieder der Arbeitsgruppe während der in Ziffer 3 erwähnten Tagung den Konventionsentwurf in zweiter Lesung fertigstellen können, und bittet ihn, die auf dieser Tagung erzielten Ergebnisse der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zur Beschlußfassung zu übermitteln;

5. *bittet* den Generalsekretär *außerdem*, die genannten Dokumente den zuständigen Organen der Vereinten Nationen und den entsprechenden internationalen Organisationen nachrichtlich zu übersenden, damit sie ihre Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe fortsetzen können;

6. *ersucht* den Generalsekretär, alles nur Erdenkliche zu tun, um sicherzustellen, daß die Arbeitsgruppe zur zeitgerechten Erfüllung ihres Mandats auf ihrer unmittelbar im Anschluß an die erste ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats 1990 stattfindenden Tagung über angemessene Sekretariatsdienste verfügt.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/156 — Weltkonferenz über Menschenrechte

Die Generalversammlung,

im Hinblick auf die von den Vereinten Nationen im Laufe der letzten zwanzig Jahre erzielten Fortschritte auf dem Weg zur Erreichung ihres Ziels der Förderung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied nach Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion,

sowie im Hinblick darauf, daß es noch Gebiete gibt, auf denen weitere Fortschritte in Richtung auf dieses Ziel gemacht werden könnten,

die Auffassung vertretend, daß es angesichts der erzielten Fortschritte und der noch bevorstehenden neuen Herausforderungen angebracht wäre, Bilanz zu ziehen über das, was im Rahmen des Menschenrechtsprogramms bereits erreicht wurde und was noch zu tun bleibt,

1. *ersucht* den Generalsekretär, die Auffassungen der Regierungen, Sonderorganisationen, nichtstaatlichen Organisationen und mit Menschenrechtsfragen befaßten Organe der Vereinten Nationen hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der Einberufung einer Weltkonferenz über Menschenrechte einzuholen, deren Aufgabe es wäre, sich auf höchster Ebene mit den entscheidenden Fragen auseinanderzusetzen, denen sich die Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte gegenübersehen;

2. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über diese Frage vorzulegen;

3. *beschließt*, den Bericht des Generalsekretärs auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung zu behandeln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/157 — Hilfe für geflüchtete Schüler und Studenten im südlichen Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/149 vom 8. Dezember 1988, in der sie u.a. den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge ersucht hat, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär für die geflüchteten Schüler und Studenten aus Südafrika und Namibia, denen in Botsuana, Lesotho, Sambia und Swasiland Asyl gewährt worden ist, weiterhin ein leistungsfähiges Hilfsprogramm für den Bildungsbereich und andere in Frage kommende Bereiche zu organisieren und durchzuführen,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[185],

mit Genugtuung darüber, daß einige der Vorhaben, die im Bericht empfohlen worden sind, weiter erfolgreich durchgeführt werden,

mit Besorgnis feststellend, daß die in Südafrika nach wie vor angewandte Diskriminierungs- und Unterdrükkungspolitik zu einem anhaltenden, wachsenden Zustrom von geflüchteten Schülern und Studenten nach Botsuana, Lesotho, Sambia und Swasiland führt,

sich der Belastung *bewußt*, die die wachsende Zahl geflüchteter Schüler und Studenten für die begrenzten finanziellen, materiellen und administrativen Ressourcen der Gastländer darstellt,

in Anerkennung der Bemühungen der Gastländer, diesen geflüchteten Schülern und Studenten mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gerecht zu werden,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *dankt* den Regierungen von Botsuana, Lesotho, Sambia und Swasiland dafür, daß sie trotz des Drucks, den der ständige Zustrom dieser Flüchtlinge für die Einrichtungen ihrer Länder bedeutet, den geflüchteten Schülern und Studenten Asyl gewähren und ihnen Bildungs- und andere Einrichtungen zugänglich machen;

3. *dankt* den Regierungen von Botsuana, Lesotho, Sambia und Swasiland *außerdem* für ihre Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen

[185] A/44/404.

für Flüchtlinge in Angelegenheiten, die das Wohl der Flüchtlinge betreffen;

4. *nimmt mit Dank Kenntnis* von der finanziellen und materiellen Unterstützung der geflüchteten Schüler und Studenten durch die Mitgliedstaaten, das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, andere Organe des Systems der Vereinten Nationen sowie zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen;

5. *ersucht* den Hohen Kommissar, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär für die geflüchteten Schüler und Studenten aus Südafrika und Namibia, denen in Botsuana, Lesotho, Sambia und Swasiland Asyl gewährt worden ist, auch weiterhin ein leistungsfähiges Hilfsprogramm für den Bildungsbereich und für andere in Frage kommende Bereiche zu organisieren und durchzuführen;

6. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, weiterhin großzügige Beiträge zum Hilfsprogramm für geflüchtete Schüler und Studenten zu leisten, indem sie die regulären Programme des Hohen Kommissars wie auch diejenigen Vorhaben und Programme finanziell unterstützen, die der vom 9. bis 11. Juli 1984 in Genf abgehaltenen Zweiten Internationalen Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika[186] vorgelegt wurden, einschließlich derer, für die bisher noch keine Mittel bereitgestellt wurden;

7. *bittet außerdem nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten und alle zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die Asylländer in materieller und sonstiger Hinsicht zu unterstützen, damit sie ihren humanitären Verpflichtungen gegenüber den Flüchtlingen weiterhin nachkommen können;

8. *appelliert* an das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und an alle anderen zuständigen Gremien der Vereinten Nationen sowie an die anderen internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, weiterhin humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe zu gewähren, um die Ansiedlung der geflüchteten Schüler und Studenten aus Südafrika, denen in Botsuana, Lesotho, Sambia und Swasiland Asyl gewährt worden ist, zu erleichtern und zu beschleunigen;

9. *fordert* die Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen *auf*, mit dem Generalsekretär und dem Hohen Kommissar bei der Durchführung humanitärer Hilfsprogramme für die geflüchteten Schüler und Studenten im südlichen Afrika auch weiterhin zusammenzuarbeiten;

10. *ersucht* den Hohen Kommissar, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär mit der Prüfung dieser Angelegenheit auch weiterhin befaßt zu bleiben, den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 über den Stand der Programme zu unterrichten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/158 – Stand der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 40/142 vom 13. Dezember 1985, 41/147 vom 4. Dezember 1986, 42/133 vom 7. Dezember 1987 und 43/138 vom 8. Dezember 1988,

sowie unter Hinweis auf die Resolutionen 1986/18, 1987/25 und 1988/28 der Menschenrechtskommission vom 10. März 1986[104], 10. März 1987[44] beziehungsweise 7. März 1988[45] und Kenntnis nehmend von der Kommissionsresolution 1989/16 vom 2. März 1989[2],

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 260 A (III) vom 9. Dezember 1948, mit der sie die in der dazugehörigen Anlage enthaltene Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes gebilligt und zur Unterzeichnung und Ratifikation oder zum Beitritt aufgelegt hat,

in erneuter Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß der Völkermord ein Verbrechen ist, das gegen die Normen des Völkerrechts verstößt und dem Geist und den Zielen der Vereinten Nationen zuwiderläuft,

überzeugt, daß internationale Zusammenarbeit nötig ist, um die Menschheit von einem so verabscheuenswerten Verbrechen zu befreien,

im Hinblick darauf, daß Verbrechen des Völkermordes der Menschheit große Verluste zugefügt haben,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[187],

1. *verurteilt erneut mit Nachdruck* das Verbrechen des Völkermordes;

2. *erklärt erneut*, daß internationale Zusammenarbeit nötig ist, um die Menschheit von diesem so verabscheuenswerten Verbrechen zu befreien;

3. *stellt mit Genugtuung fest*, daß zahlreiche Staaten die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes ratifiziert haben oder ihr beigetreten sind;

4. *gibt ihrer Überzeugung Ausdruck*, daß die Anwendung der Konvention durch alle Staaten nötig ist, um das Verbrechen des Völkermordes zu verhüten und zu bestrafen;

5. *bittet nachdrücklich* diejenigen Staaten, die noch nicht Vertragspartei der Konvention geworden sind, sie unverzüglich zu ratifizieren oder ihr beizutreten;

6. *bittet* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über den Stand der Konvention vorzulegen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/159 – Summarische oder willkürliche Hinrichtungen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte[4], in der es heißt, daß jeder Mensch das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person hat,

[186] Siehe A/CONF.125/1, Ziffer 33.

[187] A/44/440.

in Anbetracht des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5], in dem es heißt, daß jeder Mensch ein angeborenes Recht auf Leben hat, daß dieses Recht gesetzlich zu schützen ist und daß niemand willkürlich seines Lebens beraubt werden darf,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/22 vom 9. November 1981, in der sie die Praxis summarischer oder willkürlicher Hinrichtungen verurteilt hat, sowie auf ihre Resolutionen 37/182 vom 17. Dezember 1982, 38/96 vom 16. Dezember 1983, 39/110 vom 14. Dezember 1984, 40/143 vom 13. Dezember 1985, 41/144 vom 4. Dezember 1986, 42/141 vom 7. Dezember 1987 und 43/151 vom 8. Dezember 1988,

tief darüber beunruhigt, daß summarische oder willkürliche Hinrichtungen, insbesondere auch außergesetzliche Hinrichtungen, nach wie vor in großer Zahl vorkommen,

unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1984/50 vom 25. Mai 1984 und die Garantien zum Schutz der Rechte von Personen, denen die Todesstrafe droht, die in der Anlage zu der genannten Resolution enthalten sind und denen sich der Siebente Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger in seiner Resolution 15[68] angeschlossen hat,

sowie unter Hinweis auf die enge Zusammenarbeit des Zentrums für Menschenrechte, der Unterabteilung Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit des Sekretariats-Zentrums für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten und des Ausschusses für Verbrechensverhütung und -bekämpfung bei der Ausarbeitung der Grundsätze für die wirksame Verhütung und Untersuchung von willkürlichen und summarischen Hinrichtungen, insbesondere auch außergesetzlichen Hinrichtungen,

erfreut über die am 24. Mai 1989 durch den Wirtschafts- und Sozialrat vorgenommene Verabschiedung der Resolution 1989/65, welche die Grundsätze für die wirksame Verhütung und Untersuchung von außergesetzlichen, willkürlichen und summarischen Hinrichtungen enthält,

sowie erfreut über die am 24. Mai 1989 durch den Wirtschafts- und Sozialrat vorgenommene Verabschiedung der Resolution 1989/64 mit dem Titel "Verwirklichung der Garantien zum Schutz der Rechte von Personen, denen die Todesstrafe droht" sowie über die darin enthaltenen Empfehlungen,

überzeugt von der Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung und schließlichen Abschaffung der abscheulichen Praxis summarischer oder willkürlicher Hinrichtungen, die eine flagrante Verletzung des grundlegendsten Menschenrechts, des Rechts auf Leben, darstellt,

1. *verurteilt erneut auf das entschiedenste* die große Zahl summarischer oder willkürlicher Hinrichtungen, insbesondere auch außergesetzlicher Hinrichtungen, die in verschiedenen Teilen der Welt nach wie vor vorkommen;

2. *verlangt*, daß der Praxis summarischer oder willkürlicher Hinrichtungen ein Ende gesetzt wird;

3. *appelliert nachdrücklich* an die Regierungen, die Organe der Vereinten Nationen, die Sonderorganisationen, die regionalen zwischenstaatlichen Organisationen und die nichtstaatlichen Organisationen, wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung und Abschaffung summarischer oder willkürlicher Hinrichtungen, insbesondere auch außergesetzlicher Hinrichtungen, zu ergreifen;

4. *bekräftigt* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/35 vom 7. Mai 1982, in der der Rat beschlossen hat, einen Sonderberichterstatter mit dem Auftrag zu ernennen, Fragen im Zusammenhang mit summarischen oder willkürlichen Hinrichtungen zu behandeln;

5. *erinnert mit Genugtuung* an die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1988/38 vom 7. Mai 1988, mit der der Rat beschlossen hat, das Mandat des Sonderberichterstatters, S. Amos Wako, um zwei Jahre zu verlängern, unter Beibehaltung der jährlichen Berichterstattung;

6. *bittet nachdrücklich* alle Regierungen, insbesondere soweit sie auf die an sie gerichteten Mitteilungen des Sonderberichterstatters beharrlich nicht reagiert haben, und alle anderen Betroffenen, mit dem Sonderberichterstatter zusammenzuarbeiten und ihn zu unterstützen, damit er sein Mandat wirksam wahrnehmen kann;

7. *ersucht* den Sonderberichterstatter, bei der Wahrnehmung seines Mandats auf die ihm vorgelegten Informationen wirksam zu reagieren, insbesondere wenn eine summarische oder willkürliche Hinrichtung bevorsteht oder droht beziehungsweise wenn eine solche Hinrichtung vor kurzem stattgefunden hat, und darüber hinaus den Gedankenaustausch zwischen den Regierungen und denen, die dem Sonderberichterstatter verläßliche Informationen zukommen lassen, zu fördern, wann immer der Sonderberichterstatter einen solchen Informationsaustausch für möglicherweise nützlich hält;

8. *begrüßt* die auf die Abschaffung summarischer oder willkürlicher Hinrichtungen gerichteten Empfehlungen des Sonderberichterstatters in seinen Berichten[188] an die vierundvierzigste und fünfundvierzigste Tagung der Menschenrechtskommission;

9. *legt* den Regierungen, internationalen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen *nahe*, Ausbildungsprogramme zu organisieren und Projekte zu unterstützen, die den Zweck haben, Beamte mit Polizeibefugnissen in mit ihrer Tätigkeit zusammenhängenden Menschenrechtsfragen auszubilden oder aufzuklären, und appelliert an die internationale Gemeinschaft, diesbezügliche Anstrengungen zu unterstützen;

10. *ist der Auffassung*, daß der Sonderberichterstatter bei der Wahrnehmung seines Mandats auch künftig von Regierungen, Organen der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen, regionalen zwischenstaatlichen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat sowie von medizinischen und gerichtsmedizinischen Sachverständigen Informationen einholen und entgegennehmen sollte;

11. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sonderberichterstatter auch weiterhin jede erforderliche Hilfe zu gewähren, damit er sein Mandat wirksam wahrnehmen kann;

12. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, in Fällen, in denen die in Artikel 6, 14 und 15 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vorgesehenen rechtlichen Mindestgarantien offenbar nicht eingehalten werden, weiter sein möglichstes zu tun;

[188] E/CN. 4/1988/22 mit Add.1 und 2 und E/CN.4/1989/25.

13. *ersucht* die Menschenrechtskommission, auf der Grundlage des Berichts des Sonderberichterstatters, der gemäß den Wirtschafts- und Sozialratsresoluionen 1982/35, 1983/36, 1984/35, 1985/40, 1986/36, 1987/60 und 1988/38 zu erstellen ist, auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung Empfehlungen über geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung und schließlichen Abschaffung der abscheulichen Praxis summarischer oder willkürlicher Hinrichtungen abzugeben.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/160 — Frage des erzwungenen beziehungsweise unfreiwilligen Verschwindens von Personen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/173 vom 20. Dezember 1978 über verschwundene Personen sowie ihre Resolution 43/159 vom 8. Dezember 1988 über die Frage des erzwungenen beziehungsweise unfreiwilligen Verschwindens von Personen,

tief besorgt darüber, daß in bestimmten Fällen die Praxis des erzwungenen beziehungsweise unfreiwilligen Verschwindens von Personen noch immer andauert, sowie darüber, daß in bestimmten Fällen die Familien von verschwundenen Personen der Einschüchterung und schlechter Behandlung ausgesetzt waren,

mit dem Ausdruck ihres tiefen Mitgefühls mit den Ängsten und dem Leid der betroffenen Familien, die über das Schicksal ihrer Angehörigen im ungewissen sind,

überzeugt von der Notwendigkeit, die Bestimmungen ihrer Resolution 33/173 und der anderen Resolutionen der Vereinten Nationen zur Frage des erzwungenen beziehungsweise unfreiwilligen Verschwindens von Personen auch weiterhin anzuwenden, damit Fälle eines solchen Verschwindens gelöst werden und ein Beitrag zur Beseitigung derartiger Praktiken geleistet wird,

mit Genugtuung über die Fortschritte bei der Ausarbeitung des Entwurfs einer Erklärung über das erzwungene beziehungsweise unfreiwillige Verschwinden von Personen,

eingedenk der Resolution 1989/27 der Menschenrechtskommission vom 6. März 1989[2],

1. *dankt* der Arbeitsgruppe zur Frage des erzwungenen beziehungsweise unfreiwilligen Verschwindens von Personen für ihre humanitäre Tätigkeit und dankt den Regierungen, die mit ihr zusammengearbeitet haben;

2. *erinnert* an den auf der vierundvierzigsten Tagung der Menschenrechtskommission gefaßten Beschluß, das in Resolution 20 (XXXVI) der Kommission vom 29. Februar 1980[99] niedergelegte Mandat der Arbeitsgruppe unter Beibehaltung des Prinzips der jährlichen Berichterstattung durch die Gruppe um zwei Jahre zu verlängern;

3. *erinnert außerdem* an die von der Menschenrechtskommission in ihrer Resolution 1986/55 vom 13. März 1986[104] getroffenen Regelungen, die es der Arbeitsgruppe ermöglichen sollen, ihr Mandat mit größerer Effizienz zu erfüllen;

4. *appelliert* an die betreffenden Regierungen, insbesondere soweit sie noch nicht auf die an sie gerichteten Schreiben der Arbeitsgruppe geantwortet haben, mit der Gruppe voll zusammenzuarbeiten, damit sie ihre rein humanitäre Aufgabe unter Wahrung ihrer auf Diskretion beruhenden Arbeitsmethoden erfüllen kann, und appelliert an sie insbesondere, die von der Arbeitsgruppe an sie gerichteten Informationsersuchen rascher zu beantworten;

5. *legt* den betreffenden Regierungen *nahe*, einem etwaigen Wunsch der Arbeitsgruppe, ihr Land zu besuchen, zu entsprechen, und der Arbeitsgruppe somit eine noch wirksamere Erfüllung ihres Mandats zu ermöglichen;

6. *spricht* den Regierungen, die die Arbeitsgruppe eingeladen haben, *ihren herzlichen Dank aus* und ersucht sie, ihren Empfehlungen jede gebotene Aufmerksamkeit zu widmen;

7. *appelliert* an die betreffenden Regierungen, Schritte zu unternehmen, um die Familien verschwundener Personen vor jeder Einschüchterung oder schlechten Behandlung zu schützen, der sie ausgesetzt sein könnten;

8. *fordert* die Menschenrechtskommission *auf*, diese Frage weiter vorrangig zu behandeln und bei der Behandlung des Berichts der Arbeitsgruppe an die sechsundvierzigste Tagung der Kommission alle Maßnahmen zu treffen, die ihr für die Fortsetzung der Tätigkeit der Arbeitsgruppe erforderlich erscheinen;

9. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, der Arbeitsgruppe weiterhin alle erforderlichen Einrichtungen und Dienste zur Verfügung zu stellen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/161 — Die Menschenrechtssituation in Afghanistan

Die Generalversammlung,

geleitet von den in der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4] und den Internationalen Menschenrechtspakten[5] verankerten Grundsätzen und den in den Genfer Abkommen vom 12. August 1949[189] und den dazugehörigen Zusatzprotokollen von 1977[190] dargelegten humanitären Normen,

im Bewußtsein ihrer Aufgabe, die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle zu fördern und zu festigen, und entschlossen, stets wachsam zu bleiben, was Menschenrechtsverletzungen betrifft, wo immer diese vorkommen,

erneut erklärend, daß alle Mitgliedstaaten verpflichtet sind, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten und zu schützen und die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie aufgrund verschiedener völkerrechtlicher Instrumente freiwillig eingegangen sind,

unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1984/37 vom 24. Mai 1984, in der der Rat den Vorsitzenden der Menschenrechtskommission ersucht hat, einen Sonderberichterstatter zur Untersuchung der Menschenrechtssituation in Afghanistan zu ernennen, mit dem Auftrag, Vorschläge zu formulieren, die dazu beitragen könnten, den vollen Schutz der Menschenrechte aller Bewohner dieses Landes vor, während und

[189] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-973.
[190] Ebd., Vol. 1125, Nr. 17512 und 17513.

nach dem Abzug aller ausländischen Streitkräfte sicherzustellen,

sowie unter Hinweis auf ihre einschlägigen Resolutionen sowie die Resolutionen der Menschenrechtskommission und die Beschlüsse des Wirtschafts- und Sozialrats,

Kenntnis nehmend insbesondere von der Resolution 1989/67 der Menschenrechtskommission vom 8. März 1989[2], in der die Kommission beschloß, das Mandat ihres Sonderberichterstatters um ein Jahr zu verlängern, und ihn ersucht hat, der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung über die Menschenrechtssituation in Afghanistan Bericht zu erstatten,

nachdrücklich hinweisend auf die Gültigkeit der am 14. April 1988 in Genf geschlossenen Abkommen über die Regelung der Situation in bezug auf Afghanistan[191], die einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine umfassende politische Lösung darstellen,

mit Genugtuung über den am 15. Februar 1989 erfolgten Abschluß des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Afghanistan im Einklang mit den in Genf geschlossenen Abkommen,

sowie mit Genugtuung über das Entgegenkommen, auf das insbesondere der Koordinator für humanitäre und wirtschaftliche Unterstützungsprogramme in bezug auf Afghanistan und internationale Organisationen wie die Sonderorganisationen, das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz bei den afghanischen Behörden gestoßen sind,

nach Prüfung des Zwischenberichts des Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation in Afghanistan[192], die auch nach dem Abzug der sowjetischen Truppen noch immer zu großer Sorge Anlaß gibt,

mit tiefer Besorgnis feststellend, daß in Afghanistan nach wie vor eine Situation des bewaffneten Konflikts besteht, die viele Opfer fordert und bei der Zivilbevölkerung ungeheures Leid verursacht,

mit ernster Besorgnis feststellend, daß die Behandlung der im Zusammenhang mit dem Konflikt inhaftierten Gefangenen nicht den international anerkannten Grundsätzen des humanitären Rechts entspricht,

mit gleicher Besorgnis feststellend, daß über fünf Millionen Flüchtlinge außerhalb Afghanistans leben, daß zahlreiche Afghanen innerhalb ihres Landes vertrieben wurden und daß ihre Zahl in beiden Fällen zugenommen hat,

sich bewußt, daß die von den Flüchtlingen genannten Hauptgründe für ihre Weigerung, bis zur Herbeiführung einer umfassenden politischen Lösung nach Afghanistan zurückzukehren, die anhaltenden Kämpfe in einigen Provinzen, die Verwendung von Waffen mit besonders großer Zerstörungskraft in dem Konflikt und die Minensperren sind, die in vielen Teilen des Landes errichtet worden sind,

mit Besorgnis feststellend, daß die Zahl der verübten Terrorakte erheblich zugenommen hat,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* von dem Zwischenbericht des Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation in Afghanistan und von den darin enthaltenen Schlußfolgerungen und Empfehlungen;

2. *begrüßt es*, daß die afghanischen Behörden dem Sonderberichterstatter entgegengekommen sind;

3. *bittet* alle Beteiligten, auf die Herbeiführung einer auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhenden umfassenden politischen Lösung und auf die Schaffung einer Situation hinzuarbeiten, die den Flüchtlingen die Rückkehr und allen Afghanen die uneingeschränkte Wahrnehmung der Menschenrechte ermöglicht;

3. *bittet* alle Beteiligten, auf die Herbeiführung einer auf dem Selbstbestimmungsrecht beruhenden umfassenden politischen Lösung und auf die Schaffung einer Situation hinzuarbeiten, die den Flüchtlingen die Rückkehr und allen Afghanen die uneingeschränkte Wahrnehmung der Menschenrechte ermöglicht;

4. *fordert* alle Konfliktparteien im Interesse einer Linderung des schweren Leids des afghanischen Volkes *erneut auf*, Menschenleben sowie die Grundsätze und Bestimmungen des humanitären Völkerrechts strikt zu achten und mit den internationalen humanitären Organisationen voll und effektiv zusammenzuarbeiten, namentlich mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und vor allem dadurch, daß sie ihm unbeschränkten Zugang zu allen Landesteilen gewähren;

5. *nimmt mit ernster Besorgnis Kenntnis* vom Andauern des bewaffneten Konflikts, der das Leben und die Sicherheit unschuldiger Männer, Frauen und Kinder gefährdet;

6. *bittet* alle Konfliktparteien *nachdrücklich*, die Genfer Abkommen vom 12. August 1949 und die dazugehörigen Zusatzprotokolle von 1977 zu befolgen, keine Waffen gegen die Zivilbevölkerung mehr einzusetzen, an die humanitären Organisationen, insbesondere das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Namen aller politischen Gefangenen und inhaftierten afghanischen Soldaten weiterzuleiten und es dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zu gestatten, alle Gefangenen entsprechend den von ihm festgelegten Kriterien zu besuchen;

7. *bittet* alle Konfliktparteien *außerdem nachdrücklich*, alle Kriegsgefangenen entsprechend den international anerkannten Grundsätzen des humanitären Rechts freizulassen;

8. *bringt ihre Besorgnis zum Ausdruck* über Berichte, denen zufolge die Lebensbedingungen der Flüchtlinge, insbesondere von Frauen und Kindern, wegen des Rückgangs der internationalen humanitären Hilfsmaßnahmen immer schwieriger werden;

9. *appelliert eindringlich* an alle Mitgliedstaaten, die humanitären Organisationen und alle Beteiligten, im Benehmen mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen untereinander voll zusammenzuarbeiten, um den Flüchtlingen und Vertriebenen die sichere Rückkehr zu erleichtern;

10. *appelliert außerdem eindringlich* an alle Mitgliedstaaten und humanitären Organisationen, die Durchführung der vom Koordinator für humanitäre und wirtschaftliche Unterstützungsprogramme in bezug auf Afghanistan geplanten Projekte sowie die Programme des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge zu unterstützen;

11. *bittet* alle Konfliktparteien *nachdrücklich*, alle in ihrem Gewahrsam befindlichen Gefangenen im Einklang mit den international anerkannten Grundsätzen des humanitären Rechts zu behandeln und sie vor allen Ver-

[191] S/19835, Anhang I; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-third Year, Supplement for April, May and June 1988*, Dokument S/19835.

[192] A/44/669, Anhang.

geltungsmaßnahmen und jedweder Gewalttätigkeit zu schützen, insbesondere vor Mißhandlung, Folterung und summarischer Hinrichtung;

12. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von Berichten über die Vernehmungsmethoden der afghanischen Behörden, die große Anzahl politischer Gefangener und die Situation der Untersuchungsgefangenen;

13. *fordert* die afghanischen Behörden *auf*, gründliche Nachforschungen über das Schicksal von Verschwundenen anzustellen, Amnestieerlässe in gleicher Weise auf ausländische Inhaftierte anzuwenden, die Dauer der Untersuchungshaft zu verkürzen, alle Gefangenen, insbesondere Untersuchungsgefangene oder in Resozialisierungszentren für Jugendliche in Gewahrsam gehaltene Personen, im Einklang mit den Mindestgrundsätzen für die Behandlung der Gefangenen[193] zu behandeln und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zu gestatten, sie entsprechend den von ihm festgelegten Kriterien regelmäßig zu besuchen;

14. *ersucht* die afghanischen Behörden, auf alle Verurteilten die Bestimmungen von Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe *d* und Absatz 5 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5] genau anzuwenden;

15. *nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis*, daß an afghanischen Soldaten, Beamten und gefangengenommenen Zivilisten Greueltaten begangen worden sein sollen;

16. *bittet nachdrücklich* alle Beteiligten, mit der Menschenrechtskommission und ihrem Sonderberichterstatter voll zusammenzuarbeiten;

17. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sonderberichterstatter jede benötigte Unterstützung zu gewähren;

18. *beschließt*, auch auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung mit der Menschenrechtssituation in Afghanistan befaßt zu bleiben, um diese Frage im Lichte der von der Menschenrechtskommission und vom Wirtschafts- und Sozialrat vorgelegten zusätzlichen Erkenntnisse erneut zu prüfen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/162 – Menschenrechte in der Rechtspflege

Die Generalversammlung,

eingedenk der in Artikel 3, 5, 9, 10 und 11 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4] verankerten Grundsätze sowie der einschlägigen Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5], namentlich dessen Artikel 6, in dem es ausdrücklich heißt, daß niemand willkürlich seines Lebens beraubt werden darf und daß die Todesstrafe für strafbare Handlungen, die von Jugendlichen unter achtzehn Jahren begangen worden sind, nicht verhängt werden darf,

sowie eingedenk der in der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe[164] und im Internationalen Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung[11] verankerten einschlägigen Grundsätze,

unter Hinweis auf den in der Anlage zu ihrer Resolution 43/173 vom 9. Dezember 1988 niedergelegten Grundsatzkatalog für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft oder Strafgefangenschaft unterworfenen Personen,

sowie unter Hinweis auf die Erklärung über Grundprinzipien der rechtmäßigen Behandlung von Verbrechensopfern und Opfern von Machtmißbrauch[194] und die Garantien zum Schutz der Rechte von Personen, denen die Todesstrafe droht[195] sowie auf die Grundprinzipien der richterlichen Unabhängigkeit[196], das Musterabkommen über die Überstellung ausländischer Strafgefangener und Empfehlungen für die Behandlung ausländischer Strafgefangener[197], den Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen[167] und die Mindestgrundsätze für die Behandlung der Gefangenen[193],

in diesem Zusammenhang *unter erneutem Hinweis auf* die Bedeutung der in ihrer Resolution 41/120 vom 4. Dezember 1986 enthaltenen Prinzipien betreffend die Normsetzung im Menschenrechtsbereich,

in Anerkennung des entscheidenden Beitrags, den die Menschenrechtskommission im Bereich der Menschenrechte in der Rechtspflege geleistet hat, wie hervorgeht aus ihren Resolutionen 1989/24 vom 6. März 1989 über Menschenrechte in der Rechtspflege, 1989/32 vom 6. März 1989 über die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der richterlichen Gewalt, der Geschworenen und der Beisitzer sowie die Unabhängigkeit der Rechtsanwälte, 1989/38 vom 6. März 1989 über Verwaltungshaft ohne Anklage oder Gerichtsverfahren und 1989/64 vom 8. März 1989 über summarische oder willkürliche Hinrichtungen[2],

sowie in Anerkennung der wichtigen Arbeit, die auf diesem Gebiet im Rahmen des Programms der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit geleistet wird, so auch der Ergebnisse der interregionalen und regionalen Vorbereitungstreffen für den Achten Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger,

überzeugt von der Notwendigkeit weiterer koordinierter und konzertierter Maßnahmen zur Förderung der Achtung der Menschenrechte in der Rechtspflege,

mit Genugtuung feststellend, daß die Menschenrechtskommission in ihrer Resolution 1989/24 u.a. betont hat, daß es zweckmäßig ist, den Staaten auf ihr Ersuchen weiterhin Hilfe auf dem Gebiet der Rechtspflege zu gewähren und im Rahmen dieser Hilfe auch Mustertexte für einzelstaatliche Rechtsvorschriften oder andere Maßnahmen zur wirksamen Anwendung der Normen auf diesem Gebiet bereitzustellen,

1. *bekräftigt* die Bedeutung der vollen Anwendung der Regeln und Normen der Vereinten Nationen über die Menschenrechte in der Rechtspflege;

2. *schließt sich* der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/63 vom 24. Mai 1989 über die Anwendung der Regeln und Normen der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit *an*;

---

193 Siehe *Human Rights: A Compilation of International Instruments* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.88.XIV.1).

194 Resolution 40/34, Anlage.

195 Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1984/50, Anlage.

196 Siehe *Seventh United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders, Milan, 26 August-6 September 1985: report prepared by the Secretariat* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.86.IV.1), Kap. I, Abschnitt D.2.

197 Ebd., Abschnitt D.1.

3. *schließt sich außerdem* den in der Anlage zur Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/63 vom 24. Mai 1989 niedergelegten Grundsätzen für die wirksame Verhütung und Untersuchung von außergesetzlichen, willkürlichen und summarischen Hinrichtungen *an*;

4. *schließt sich ferner* den Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1989/57 vom 24. Mai 1989 über die Verwirklichung der Erklärung über Grundprinzipien der rechtmäßigen Behandlung von Verbrechensopfern und Opfern von Machtmißbrauch, 1989/60 vom 24. Mai 1989 über die Maßnahmen für die wirksame Anwendung der Grundprinzipien der richterlichen Unabhängigkeit, 1989/61 vom 24. Mai 1989 über die Richtlinien für die wirksame Anwendung des Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen und 1989/64 vom 24. Mai 1989 über die Verwirklichung der Garantien zum Schutz der Rechte von Personen, denen die Todesstrafe droht *an*;

5. *bittet* die Mitgliedstaaten, diese Resolutionen bei der Ausarbeitung von Strategien für die praktische Anwendung der Regeln und Normen der Vereinten Nationen über die Menschenrechte in der Rechtspflege zu beachten, wie sie dies in ihrer Resolution 43/153 vom 8. Dezember 1988 erbeten hat;

6. *ersucht* die Menschenrechtskommission, die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz zu bitten, die praktische Anwendung der Regeln und Normen der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet zu untersuchen und der Kommission praktische Maßnahmen zu empfehlen;

7. *ersucht* den Generalsekretär in dieser Hinsicht,

a) von den Mitgliedstaaten sowie von den in Betracht kommenden internationalen Organisationen und Organen, insbesondere vom Menschenrechtsausschuß, vom Ausschuß gegen Folter und vom Ausschuß für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung, Stellungnahmen zur Anwendung dieser Regeln einzuholen;

b) diese Stellungnahmen an den Unterausschuß für Verbrechensverhütung und Minderheitenschutz auf seiner nächsten Tagung weiterzuleiten;

8. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*,

a) allgemeine Probleme aufzuzeigen, die die wirksame Anwendung der Regeln und Normen beeinträchtigen könnten, und brauchbare Lösungen zu empfehlen, die auch maßnahmenorientierte Vorschläge enthalten;

b) für den Achten Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger praktische Vorschläge für Verfahren und Maßnahmen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zur Anwendung der Regeln und Normen der Vereinten Nationen über die Menschenrechte in der Rechtspflege auszuarbeiten;

c) die Mitgliedstaaten auf ihr Ersuchen hin bei der Anwendung der bestehenden internationalen Menschenrechtsnormen in der Rechtspflege auch weiterhin zu unterstützen, insbesondere im Rahmen des Programms für Beratungsdienste;

d) den Organen der Vereinten Nationen, die sich mit der Setzung von Normen in diesem Bereich befassen, auch weiterhin jede erforderliche Unterstützung zu gewähren;

e) die verschiedenen vom Zentrum für Menschenrechte und vom Sekretariats-Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten geleisteten technischen Beratungsdienste zu koordinieren, mit dem Ziel, gemeinsame Programme durchzuführen und die bestehenden Mechanismen für den Schutz der Menschenrechte in der Rechtspflege auszubauen;

9. *betont* die wichtige Rolle der Regionalkommissionen, der Sonderorganisationen, der Institute der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte und der Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit sowie anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen wie auch der zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, einschließlich nationaler Berufsverbände, die sich mit der Förderung der Normen der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet befassen;

10. *lenkt die Aufmerksamkeit* der Menschenrechtskommission und der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz sowie des Achten Kongresses für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger und des Ausschusses für Verbrechensverhütung und -bekämpfung auf die in dieser Resolution angesprochenen Fragen, damit Fragen im Zusammenhang mit den Menschenrechten in der Rechtspflege Vorrang eingeräumt wird;

12. *beschließt*, die Frage der Menschenrechte in der Rechtspflege auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung zu behandeln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/163 – Die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran

Die Generalversammlung,

geleitet von den in der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4] und den Internationalen Menschenrechtspakten[5] verankerten Grundsätzen,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Zwischenbericht des Sonderbeauftragten der Menschenrechtskommission[198];

2. *nimmt Kenntnis* von der Auffassung des Sonderbeauftragten, der zufolge es notwendig ist, in eine andere Phase der Erfüllung seines Mandats einzutreten, um eine volle Zusammenarbeit zwischen der Regierung der Islamischen Republik Iran und dem Sonderbeauftragten herbeizuführen;

3. *begrüßt* die an den Sonderbeauftragten gerichtete Einladung der Islamischen Republik Iran, Iran zu besuchen[199];

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sonderbeauftragten jede erforderliche Hilfe zukommen zu lassen;

5. *beschließt*, die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vor dem Hintergrund zusätzlicher von der Menschenrechtskommission und vom Wirtschafts- und Sozialrat zur Verfügung gestellter Angaben weiter zu prüfen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

[198] A/44/620, Anhang.
[199] Siehe A/C.3/44/9.

44/164 – Menschenrechte und Massenabwanderungen

Die Generalversammlung,

eingedenk des ihr mit der Charta der Vereinten Nationen übertragenen allgemeinen humanitären Auftrags, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu festigen,

tief beunruhigt darüber, daß es in vielen Regionen der Welt weiterhin in großem Maßstab zur Abwanderung von Flüchtlingen und zur Vertreibung von Bevölkerungsgruppen kommt, und tief beunruhigt über das menschliche Leid von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen,

sich dessen bewußt, daß eine der vielfältigen und komplexen Ursachen der Massenabwanderungen von Flüchtlingen und Vertriebenen Menschenrechtsverletzungen sind, wie aus der Studie des Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission zu dieser Frage[200] wie auch aus dem Bericht der Gruppe von Regierungssachverständigen für die internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme[201] hervorgeht,

in Kenntnis der Empfehlungen zur Frage der Massenabwanderungen, die die Menschenrechtskommission ihrer Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz sowie den Sonderberichterstattern gegeben hat, mit der Bitte, diese bei der Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen überall in der Welt zu berücksichtigen,

tief beunruhigt über die immer schwerere Belastung, die insbesondere den Entwicklungsländern mit ihren begrenzten eigenen Ressourcen und der internationalen Gemeinschaft als Ganzes durch diese plötzlichen Massenabwanderungen und Vertreibungen von Bevölkerungsgruppen auferlegt wird,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit einer internationalen Zusammenarbeit zur Verhütung neuer massiver Flüchtlingsströme, bei gleichzeitiger Schaffung dauerhafter Lösungen für die derzeitigen Flüchtlingssituationen,

in Bekräftigung ihrer Resolution 41/70 vom 3. Dezember 1986, in der sie sich den Schlußfolgerungen und Empfehlungen im Bericht der Gruppe von Regierungssachverständigen für die internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme angeschlossen hat,

eingedenk ihrer Resolution 43/154 vom 8. Dezember 1988 und der Resolution 1989/63 der Menschenrechtskommission vom 8. März 1989[2] sowie aller früheren einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und der Menschenrechtskommission,

erfreut über die bisherigen Maßnahmen der Vereinten Nationen zur Untersuchung aller Aspekte des Problems der Massenabwanderung von Flüchtlingen und Vertriebenen, insbesondere auch der zugrundeliegenden Ursachen,

1. *bringt erneut* ihre Unterstützung für die Empfehlung der Gruppe von Regierungssachverständigen für die internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme *zum Ausdruck*, der zufolge die Hauptorgane der Vereinten Nationen sich in vollerem Umfang der ihnen im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen übertragenen Zuständigkeiten bedienen sollten, um neue massive Ströme von Flüchtlingen und Vertriebenen zu verhüten;

2. *bittet erneut* alle Regierungen sowie die in Betracht kommenden zwischenstaatlichen und humanitären Organisationen um ihre verstärkte Zusammenarbeit und Unterstützung bei den weltweiten Anstrengungen, die den ernsten Problemen, die sich aus den Massenabwanderungen von Flüchtlingen und Vertriebenen ergeben, wie auch den Ursachen derartiger Abwanderungen gelten;

3. *ersucht* alle Regierungen, für die effektive Anwendung der relevanten völkerrechtlichen Dokumente, insbesondere auf dem Gebiet der Menschenrechte, Sorge zu tragen, da dies zur Vermeidung neuer massiver Ströme von Flüchtlingen und Vertriebenen beitragen würde;

4. *bittet* die Menschenrechtskommission, mit der Frage der Menschenrechte und der Massenabwanderungen befaßt zu bleiben, mit dem Ziel, die vom Generalsekretär zur Vermeidung neuer massiver Ströme von Flüchtlingen und Vertriebenen getroffenen Frühwarnvorkehrungen zu unterstützen;

5. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über Menschenrechte und Massenabwanderungen[202] und bittet ihn, die Generalversammlung in künftigen Berichten über die Modalitäten der Frühwarnung zur Vermeidung neuer und massiver Flüchtlingsströme zu unterrichten;

6. *ermutigt* den Generalsekretär *insbesondere*, auch weiterhin die Aufgabe wahrzunehmen, die im Bericht der Gruppe von Regierungssachverständigen für die internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme beschrieben ist;

7. *ersucht* den Generalsekretär, die Rolle des Sekretariats-Bereichs Forschung und Informationsbeschaffung als Leitstelle für den Betrieb eines wirksamen Frühwarnsystems und für die verstärkte Koordinierung der Informationssammlung und -analyse unter den Organisationseinheiten der Vereinten Nationen weiter auszubauen, mit dem Ziel, neue massive Ströme von Flüchtlingen und Vertriebenen zu vermeiden;

8. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, die verfügbaren Ressourcen zur Konsolidierung und Stärkung des Frühwarnsystems im humanitären Bereich zu nutzen, u.a. durch die baldige Computerisierung des Bereichs Forschung und Informationsbeschaffung und durch die verstärkte Koordinierung zwischen den entsprechenden Teilen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere dem Bereich Forschung und Informationsbeschaffung, dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, dem Sekretariats-Zentrum für Menschenrechte und den zuständigen Sonderorganisationen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Bericht zu erstatten über die verstärkte Rolle, die der Generalsekretär bei der Frühwarnung insbesondere im humanitären Bereich spielt, wie auch über weitere Entwicklungen im Zusammenhang mit den Empfehlungen des Berichts der Gruppe von Regierungssachverständigen für die internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme;

---

[200] E/CN.4/1503.
[201] A/41/324, Anhang.
[202] A/44/622.

10. *beschließt*, die Frage der Menschenrechte und Massenabwanderungen auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung weiter zu behandeln.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/165 – Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador

Die Generalversammlung,

geleitet von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5], des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[6] und den in den Genfer Abkommen vom 12. August 1949[189] und deren Zusatzprotokoll II von 1977[203] niedergelegten humanitären Normen,

in höchstem Maße beunruhigt darüber, daß die Zivilbevölkerung – trotz der ermutigenden Anzeichen, die von den von der Regierung El Salvadors und dem Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional abgehaltenen Treffen ausgehen – durch die Zuspitzung des Konflikts und das Wiederaufleben der Gewalt schwer in Mitleidenschaft gezogen wird,

erneut erklärend, daß es die Pflicht der Regierungen aller Mitgliedstaaten ist, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen und den Verpflichtungen nachzukommen, die sie nach den einschlägigen internationalen Übereinkünften eingegangen sind,

unter Hinweis darauf, daß sie, wie aus ihrer Resolution 43/145 vom 8. Dezember 1988 hervorgeht, seit 1980 ihre tiefe Besorgnis über die Menschenrechtssituation in El Salvador zum Ausdruck bringt,

eingedenk der Resolution 32 (XXXVII) der Menschenrechtskommission vom 11. März 1981[100], in der die Kommission beschlossen hat, einen Sonderbeauftragten für die Menschenrechtssituation in El Salvador zu ernennen, und nachfolgender Resolutionen, sowie Kenntnis nehmend von der Kommissionsresolution 1989/68 vom 8. März 1989[2], in der sie beschlossen hat, das Mandat des Sonderbeauftragten um ein weiteres Jahr zu verlängern, und ihn ersucht hat, der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung und der Kommission auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung Bericht zu erstatten,

die Auffassung vertretend, daß in El Salvador nach wie vor ein nicht internationaler bewaffneter Konflikt besteht, bei dem die Beteiligten verpflichtet sind, die Mindestnormen für den Schutz der Menschenrechte und für eine humanitäre Behandlung einzuhalten, die im gemeinsamen Artikel 3 der Genfer Abkommen von 1949 und in deren Zusatzprotokoll II von 1977 festgelegt sind,

tief besorgt darüber, daß – wie der Sonderbeauftragte in seinem Bericht über die Menschenrechtssituation in El Salvador[204] ausführt – die Zahl der politisch motivierten schweren Menschenrechtsverletzungen ständig weiter zunimmt und daß es insbesondere zu einem Wiederaufleben der Folter und zu einer Zunahme von Verhaftungen gekommen ist und daß summarische Hinrichtungen, Fälle des Verschwindens von Personen, Entführungen und Attentate auf die wirtschaftliche Infrastruktur und Verletzungen des humanitären Kriegsrechts weiterhin beunruhigend häufig vorkommen,

besorgt darüber, daß die sogenannten "Todesschwadronen" auch weiterhin von vielen Stellen für summarische Hinrichtungen und andere gravierende Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden,

zutiefst beunruhigt über den am 16. November 1989 am Rektor, an fünf Professoren und an zwei Mitgliedern des Hauspersonals der Zentralamerikanischen Universität begangenen kaltblütigen kollektiven Mord,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis darüber, daß die derzeitige Situation zu Akten der Einschüchterung und der Schikane geführt hat, die gegen die kirchliche Hierarchie, führende Politiker, Gewerkschaftsführer, Mitglieder verschiedenen Kirchen angehörender humanitärer Organisationen und den Sitz von politischen Parteien und Gewerkschaften sowie gegen die Angehörigen von Mitgliedern der Streitkräfte und gegen Beamte und deren Familienmitglieder gerichtet waren,

in Anbetracht dessen, daß 1989 keinerlei Fortschritte bei dem Gerichtsverfahren betreffend den 1980 verübten Mord an Monsignore Romero zu verzeichnen waren und daß es darauf ankommt, diejenigen, die für zahlreiche andere in jüngster Zeit erfolgte Menschenrechtsverletzungen, darunter auch für die Ermordung des Ministers im Präsidialamt und die kollektiven Mordanschläge auf einen Gewerkschaftsbund verantwortlich sind, identifiziert und bestraft werden,

in der Überzeugung, daß die strikte Einhaltung der Verpflichtungen, die die Regierung El Salvadors im Rahmen des auf dem Esquipulas-II-Gipfeltreffen geschlossenen Übereinkommens "Verfahren zur Schaffung eines tragfähigen und dauerhaften Friedens in Zentralamerika"[149] und im Rahmen der in Costa Rica, El Salvador und Honduras unterzeichneten gemeinsamen Erklärung der zentralamerikanischen Präsidenten eingegangen ist, zur Förderung, Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador beitragen wird,

im Hinblick auf die Bedeutung der Tatsache, daß die fünf zentralamerikanischen Präsidenten in den in Tela (Honduras) geschlossenen Übereinkommen[150] ihrer festen Überzeugung Ausdruck verliehen haben, daß die Feindseligkeiten in El Salvador unvorzüglich sofort und effektiv eingestellt werden müssen, und daher den Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional nachdrücklich aufgefordert haben, einen konstruktiven Dialog zur Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens zu führen, und die Regierung El Salvadors ebenso nachdrücklich aufgefordert haben, dafür Sorge zu tragen, daß die Mitglieder des Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional unter Wahrung aller Garantien und im Geiste des auf dem Esquipulas-II-Gipfeltreffen geschlossenen Übereinkommens in das friedliche und institutionelle Leben des Landes eingegliedert werden,

es für notwendig und vordringlich erachtend, zu den von der Regierung El Salvadors und dem Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional am 15. September und 18. Oktober 1989 in Mexiko-Stadt beziehungsweise in San José unterzeichneten Abkommen zu-

[203] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 1125, Nr. 17513.
[204] Siehe A/44/671.

rückzukehren, durch die sie sich u.a. verpflichtet haben, einen Prozeß eines kontinuierlichen Dialogs ohne die Möglichkeit eines einseitigen Abbruchs aufrechtzuerhalten, um in dem Bemühen, durch Verhandlungen zu einer Verständigung zu gelangen, dem bewaffneten Konflikt durch politische Mittel so bald wie möglich ein Ende zu setzen, die Demokratisierung des Landes zu fördern und die salvadorianische Gesellschaft wiederzuvereinigen, und in denen sie übereingekommen sind, daß ein den besonderen Merkmalen und Realitäten El Salvadors entsprechender internationaler Verifikationsmechanismus zur Überwachung der Anwendung der von ihnen geschlossenen Abkommen geschaffen werden muß,

im Hinblick darauf, daß nach dem Zusatzprotokoll II zu den Genfer Abkommen die Kriegsverletzten und Kriegsversehrten geschont und geschützt werden müssen, daß ihre Evakuierung durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz nicht behindert werden darf, damit sie die von ihnen benötigte medizinische Betreuung erhalten, und daß niemand bestraft werden darf, weil er eine ärztliche Tätigkeit ausgeübt hat, die mit dem ärztlichen Ehrenkodex in Einklang steht, gleichviel unter welchen Umständen und zu wessen Nutzen sie ausgeübt worden ist,

Kenntnis nehmend von dem Gipfeltreffen, das vom 10. bis 12. Dezember 1989 in San Isidro Coronado (Costa Rica) abgehalten wurde,

sich bewußt, daß eine politische Verhandlungslösung des salvadorianischen Konflikts zunichte gemacht werden kann, wenn ausländische Kräfte die Wiederaufnahme des Dialogs nicht unterstützen, sondern statt dessen auf verschiedene Weise den Krieg zu intensivieren beziehungsweise zu verlängern suchen, mit all den schwerwiegenden Auswirkungen, die sich daraus für die Menschenrechtssituation und die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Gesundung in El Salvador ergeben,

1. *spricht* dem Sonderbeauftragten *ihre Anerkennung aus* zu seinem Bericht über die Menschenrechtssituation in El Salvador, billigt die darin enthaltenen Empfehlungen und ersucht den Sonderbeauftragten, den Bericht unter Berücksichtigung der schwerwiegenden Ereignisse, die sich zur Zeit in diesem Lande abspielen, auf den neuesten Stand zu bringen;

2. *gibt ihrer tiefsten Bestürzung Ausdruck* angesichts der Zuspitzung des Konflikts, des Wiederauflebens der Gewalt, der Bombardierungen und des wahllosen Einsatzes schwerer Hochleistungswaffen in dicht besiedelten Gebieten, dem zahllose Zivilpersonen zum Opfer gefallen sind und der zu erheblichem Sachschaden geführt hat;

3. *bringt ihre tiefe Besorgnis zum Ausdruck* über die systematische Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur des Landes, die die Wahrnehmung wichtiger wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte durch das salvadorianische Volk heute und in Zukunft ernstlich gefährdet,

4. *appelliert nachdrücklich* an die Regierung El Salvadors und den Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, den bewaffneten Konflikt sofort zu beenden und sich um eine Wiederaufnahme des zur Zeit unterbrochenen Dialogs zu bemühen, um zu Abkommen zu gelangen, die zur endgültigen Einstellung sämtlicher Feindseligkeiten innerhalb eines einvernehmlichen Zeitraums führen würden;

5. *ersucht* die Konfliktparteien, die Achtung der für bewaffnete Konflikte nicht internationalen Charakters geltenden internationalen Normen zu garantieren, insbesondere den Schutz der Zivilbevölkerung und der Kriegsverletzten, die sofortige Evakuierung der Kriegsverletzten und Kriegsversehrten, gleichviel ob es sich dabei um Zivilpersonen oder um Kombattanten handelt, zu ermöglichen, damit sie die von ihnen benötigte medizinische Betreuung erhalten, und außerdem mit den humanitären Organisationen, die darum bemüht sind, die Leiden der Zivilbevölkerung zu lindern, in allen Landesteilen, in denen diese Organisationen tätig sind, zusammenzuarbeiten und das ärztliche und gesundheitsdienstliche Personal unter keinen Umständen für seine Tätigkeit zu bestrafen;

6. *unterstützt rückhaltlos* die vom Generalsekretär erklärte Bereitschaft, dazu beizutragen, daß als erster Schritt auf dem Wege zu einer politischen Lösung ein sofortiges Abkommen über die Beendigung des bewaffneten Konflikts geschlossen wird, wie auch seinen im September vergangenen Jahres gefaßten Beschluß, die Einladung der Regierung El Salvadors und des Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional anzunehmen, selbst oder über seine Vertreter am Prozeß des Dialogs und der Verhandlungen teilzunehmen, da dies Bestandteil des Gute-Dienste-Auftrags ist, den er wahrnimmt, um die zentralamerikanischen Regierungen in ihren Bemühungen um die Verwirklichung der Ziele zu unterstützen, die in dem auf dem Esquipulas-II-Gipfeltreffen geschlossenen Übereinkommen gesetzt wurden;

7. *bringt ihre nachdrückliche Unterstützung zum Ausdruck* für die Bemühungen des Generalsekretärs der Organisation der amerikanischen Staaten um eine Wiederaufnahme des politischen Dialogs in El Salvador;

8. *appelliert eindringlich* an die Konfliktparteien, die Sicherheit der Mitarbeiter und der dienstlichen Räumlichkeiten der internationalen Organisationen zu repektieren und zu garantieren;

9. *verurteilt* die brutale Ermordung des Rektors und sieben weiterer Mitglieder der Zentralamerikanischen Universität und verleiht ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung El Salvadors ihr Versprechen einhalten wird, sofort eine Untersuchung durchzuführen und die für ein so verabscheuungswürdiges Verbrechen Verantwortlichen zu bestrafen;

10. *bringt ihre tiefe Besorgnis zum Ausdruck* über das weitere Vorkommen und die Zunahme von schweren politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen, beispielsweise von summarischen Hinrichtungen, Fällen des zwangsweisen Verschwindens von Personen sowie von Folter und Entführungen;

11. *bringt außerdem ihre tiefe Besorgnis zum Ausdruck* über das weitere Vorkommen und die Zunahme von Aktivitäten, die den sogenannten "Todesschwadronen" zugeschrieben werden, die ungestraft in El Salvador operieren;

12. *appelliert erneut* an alle Staaten, sich nicht in die inneren Angelegenheiten El Salvadors einzumischen und, anstatt auf irgendeine Weise zur Verlängerung und Intensivierung des bewaffneten Konflikts beizutragen, den Dialog zu fördern, bis ein gerechter und dauerhafter Friede hergestellt ist;

13. *bringt ihre tiefe Besorgnis* über die Tatsache *zum Ausdruck*, daß die Kapazität der salvadorianischen

Justiz nach wie vor außerordentlich unbefriedigend ist, den Anstrengungen zum Trotz, die die Regierung unternimmt, um die Urheber einiger Menschenrechtsverletzungen zu ermitteln, und fordert daher die zuständigen Behörden mit Nachdruck auf, beschleunigt diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die zur Gewährleistung der Effektivität des Justizsystems und seiner Kompatibilität mit den auf dem Gebiet der Menschenrechte eingegangenen Verpflichtungen erforderlich sind;

14. *appelliert erneut* an die zuständigen Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, aufgrund der Resolution 1989/68 der Menschenrechtskommission und der Generalversammlungsresolution 43/145 der Regierung El Salvadors auf Antrag jede Beratung und Unterstützung zu gewähren, die sie für eine bessere Förderung und einen besseren Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten braucht;

15. *ersucht* die Menschenrechtskommission, sich auf auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung mit der Menschenrechtsituation in El Salvador und dem Mandat ihres Sonderbeauftragten zu befassen und dabei die Entwicklung der Menschenrechtssituation in El Salvador und die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Einhaltung aller von den zentralamerikanischen Präsidenten im Rahmen des regionalen Friedensprozesses unterzeichneten Übereinkommen sowie der zwischen der Regierung El Salvadors und dem Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional in Mexiko-Stadt und San José geschlossenen Abkommen zu berücksichtigen;

16. *fordert* die Regierung El Salvadors und alle politischen Instanzen, Organisationen und Kräfte des Landes, so auch den Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen des Sonderbeauftragten *nachdrücklich auf*, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um Angriffen auf das Leben, die Unversehrtheit und die Würde von Personen ein Ende zu setzen, gleichviel ob diese außerhalb von Kampfsituationen oder während oder infolge solcher Situationen begangen werden;

17. *fordert* die Regierung El Salvadors und den Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional *erneut auf*, auch weiterhin mit dem Sonderbeauftragten der Menschenrechtskommission zusammenzuarbeiten;

18. *beschließt*, auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung mit der Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador befaßt zu bleiben, um sie im Lichte der von der Menschenrechtskommission und vom Wirtschafts- und Sozialrat vorgelegten Informationen erneut zu prüfen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/166 – Die Menschenrechtssituation in Chile

Die Generalversammlung,

geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowie eingedenk der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[4], des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[5] und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[5],

im Bewußtsein ihrer Aufgabe, die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten zu fördern und zu festigen, und entschlossen, in bezug auf Menschenrechtsverletzungen, wo immer diese auch vorkommen, wachsam zu bleiben,

wiederholend, daß die Regierung Chiles gemäß den internationalen Übereinkünften, deren Vertragspartei Chile ist, die Pflicht hat, die Menschenrechte zu achten und zu schützen,

eingedenk dessen, daß die Generalversammlung in einer Reihe von Resolutionen die Sorge der internationalen Gemeinschaft über die Menschenrechtssituation in Chile zum Ausdruck gebracht hat, insbesondere in Resolution 33/173 vom 20. Dezember 1978 über verschwundene Personen und in Resolution 43/158 vom 8. Dezember 1988,

eingedenk der einschlägigen Resolutionen der Menschenrechtskommission, insbesondere Resolution 1989/62 vom 8. März 1989[2], in der die Kommission u.a. beschlossen hat, das Mandat des Sonderberichterstatters um ein Jahr zu verlängern, angesichts des anhaltenden Vorkommens schwerer Menschenrechtsverletzungen in Chile diese Frage mit hohem Vorrang zu behandeln und festzustellen, wie im Rahmen der Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung im Lichte der Entwicklung der Situation mit diesem Gegenstand verfahren werden soll,

mit Bedauern über den Beschluß der Regierung Chiles, mit dem Sonderberichterstatter nicht mehr zusammenzuarbeiten,

sowie mit Bedauern darüber, daß der Prozeß der Wiederherstellung der bürgerlichen und politischen Rechte in Chile sich noch nicht auf die Änderung der zahlreichen Rechtsvorschriften erstreckt, die den institutionellen und rechtlichen Rahmen bilden, der Menschenrechtsverletzungen möglich macht,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* von dem gemäß Resolution 1989/62 der Menschenrechtskommission vorgelegten Bericht des Sonderberichterstatters[205];

2. *beglückwünscht* das chilenische Volk zu seinen friedlichen Fortschritten auf dem Weg zur Wiederherstellung einer repräsentativen und pluralistischen Demokratie, die auf der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten aufbaut, und zur Bekräftigung seines Willens, durch die Wiederherstellung rechtmäßiger Verhältnisse Frieden und nationale Versöhnung zu erzielen;

3. *verleiht ihrer Genugtuung Ausdruck* über den Fortgang des chilenischen Wahlprozesses, den sie für einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur raschen Rückkehr zur Demokratie in diesem Land hält;

4. *begrüßt* den Beschluß der Regierung Chiles, auf die Forderungen der demokratischen Kräfte des Landes und der internationalen Gemeinschaft nach einer Reform bestimmter, den bürgerlichen und politischen Rechten abträglicher Aspekte des institutionellen und rechtlichen Rahmens einzugehen, als eine positive Entwicklung;

5. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Beschluß der Regierung Chiles, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in innerstaatliches Recht umzusetzen;

6. *begrüßt* die vom Sonderberichterstatter in den in seinem Bericht erfaßten sechs Monaten konstatierte Verbesserung der Menschenrechtssituation in Chile;

[205] A/44/635.

7. *bedauert* nichtsdestoweniger den Beschluß der Regierung Chiles, mit dem Sonderberichterstatter bei der Erfüllung seines Mandats nicht mehr zusammenzuarbeiten, und bittet diese nachdrücklich, die Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit den Resolutionen der Generalversammlung und der Menschenrechtskommission wiederaufzunehmen;

8. *bittet* die Regierung Chiles *nachdrücklich*, im Hinblick auf die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten aller Chilenen einschließlich der autochthonen Völker weitere Fortschritte zu erzielen, und zwar insbesondere dadurch, daß sie das Rechtssystem den entsprechenden Grundsätzen und Bestimmungen anpaßt und ohne gebührende Befragung des Volkes keine Änderungen an den nationalen Institutionen mehr vornimmt, und bittet sie, sich bei der Ausübung ihrer Regierungsgewalt von diesen Grundsätzen und Bestimmungen ebenso leiten zu lassen wie die Richterschaft;

9. *bittet* die Regierung Chiles *außerdem nachdrücklich*, zu diesem Zweck die Unabhängigkeit der Richter und die Wirksamkeit der Rechtsbehelfe sicherzustellen, indem sie die Verfahrensgarantien, die Gleichheit vor dem Gesetz und das Recht auf Verteidigung in allen Fällen respektiert;

10. *bekundet ihre Besorgnis* über Gewalttätigkeiten gleich welchen Ursprungs, die sich in Chile weiterhin zutragen und so das Klima der Unsicherheit verschärfen und die Rückkehr zur Demokratie erschweren;

11. *bekundet erneut ihre ernste Sorge darüber*, daß in Chile nach wie vor Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten vorkommen, so auch insbesondere Todesfälle, Folterungen und schlechte Behandlung, sowie über den vom Sonderberichterstatter in seinem Bericht geschilderten Fall der Colonia Dignidad;

12. *bittet* die Regierung Chiles *nachdrücklich*, alle Fälle schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen, die sich in der Vergangenheit zugetragen haben, zu untersuchen und dabei die Berichte der Sonderberichterstatter zu berücksichtigen;

13. *bittet* die Menschenrechtskommission, die Menschenrechtssituation in Chile auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung unter Berücksichtigung der von seinen Sonderberichterstattern vorgelegten Berichte zu behandeln, sich mit dem Mandat des Sonderberichterstatters wie auch mit der Frage zu befassen, wie im Rahmen der Tagesordnung im Lichte der Entwicklung der Situation mit dem Gegenstand zu verfahren ist, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Bericht zu erstatten.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

44/167 – Erweiterung der Menschenrechtskommission und die weitere Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 845 (XXXII) vom 3. August 1961, 1147 (XLI) vom 4. August 1966 und 1979/36 vom 10. Mai 1979,

mit Dank für den Beitrag, den die Menschenrechtskommission zur Sache der Menschenrechte leistet, und in Anerkennung der Notwendigkeit, die Kommission zu verstärken,

erneut erklärend, daß die Menschenrechtskommission gehalten ist, sich von den Menschenrechtsnormen leiten zu lassen, die in den verschiedenen internationalen Vertragswerken auf diesem Gebiet niedergelegt worden sind,

betonend, wie wichtig es ist, die Arbeitsweise der Menschenrechtskommission noch wirksamer zu gestalten und dafür Sorge zu tragen, daß die Mitgliedstaaten auf hoher Ebene in ihr mitarbeiten,

Kenntnis nehmend von dem entsprechenden Abschnitt der am 7. September 1989 in Belgrad verabschiedeten Schlußdokumente der Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[42], in dem anerkannt wird, daß es zur Stärkung der Rolle und Effizienz der Vereinten Nationen und zur Verstärkung der Mechanismen der Vereinten Nationen mit dem Ziel, eine wirksame Koordinierung der Aktivitäten der Vereinten Nationen zu ermöglichen, u.a. dringend notwendig ist, die derzeitige Zusammensetzung der verschiedenen Organe und Kommissionen der Vereinten Nationen insgesamt zu überprüfen, damit eine ausgewogenere geographische Verteilung erzielt wird,

1. *beschließt*, dem Wirtschafts- und Sozialrat zu empfehlen, auf seiner ersten ordentlichen Tagung 1990 die erforderlichen Maßnahmen für eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Menschenrechtskommission zu treffen, und zwar auf der Grundlage des Grundsatzes der ausgewogenen geographischen Verteilung und mit dem Ziel, die Menschenrechte und Grundfreiheiten weiter zu fördern;

2. *fordert* den Wirtschafts- und Sozialrat *auf*, die Beratungen über diese Frage vordringlich abzuschließen;

3. *ersucht* die Menschenrechtskommission zu prüfen, wie sie ihre Arbeit wirksamer gestalten könnte, und dem Wirtschafts- und Sozialrat ihre diesbezüglichen Empfehlungen vorzulegen.

82. Plenarsitzung
15. Dezember 1989

VII. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES VIERTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
44/83	Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung, übermittelt gemäß Artikel 73 *e* der Charta der Vereinten Nationen (A/44/739)	116	11. Dezember 1989	289
44/84	Aktivitäten ausländischer wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern (A/44/664)	117	11. Dezember 1989	290
44/85	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen (A/44/740)	118 und 12	11. Dezember 1989	292
44/86	Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika (A/44/741)	119	11. Dezember 1989	294
44/87	Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner der Gebiete ohne Selbstregierung (A/44/742)	120	11. Dezember 1989	295
44/88	Westsahara-Frage (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	295
44/89	Frage Neukaledoniens (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	296
44/90	Tokelau-Frage (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	296
44/91	Frage der Caymaninseln (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	297
44/92	Bermuda-Frage (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	299
44/93	Frage der Turks- und Caicosinseln (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	300
44/94	Anguilla-Frage (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	301
44/95	Frage der Britischen Jungferninseln (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	302
44/96	Montserrat-Frage (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	303
44/97	Frage Amerikanisch-Samoas (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	305
44/98	Guam-Frage (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	305
44/99	Frage der Amerikanischen Jungferninseln (A/44/738)	18	11. Dezember 1989	307

44/83 — Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung, übermittelt gemäß Artikel 73 *e* der Charta der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Kapitels des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker über die gemäß Artikel 73 *e* der Charta der Vereinten Nationen übermittelten Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung[2] sowie nach Prüfung der vom Ausschuß hinsichtlich dieser Informationen ergriffenen Maßnahmen,

sowie nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs zu dieser Frage[3],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1970 (XVIII) vom 16. Dezember 1963, in der sie den Sonderausschuß ersucht hat, die dem Generalsekretär gemäß Artikel 73 *e* der Charta übermittelten Informationen zu untersuchen und diese bei der Prüfung des Standes der Verwirklichung der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in jeder Weise zu berücksichtigen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 43/28 vom 22. November 1988, in der sie den Sonderausschuß ersucht hat, die ihm mit Resolution 1970 (XVIII) übertragenen Aufgaben weiter wahrzunehmen,

betonend, wie wichtig es ist, daß die Verwaltungsmächte — insbesondere im Hinblick auf die vom Sekretariat zu erstellenden Arbeitspapiere über die jeweiligen Gebiete — rechtzeitig geeignete Informationen gemäß Artikel 73 *e* der Charta übermitteln,

1. *billigt* das Kapitel des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.6 wiedergegeben.

[2] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. VIII.

[3] A/44/553.

Länder und Völker, das sich auf die gemäß Artikel 73 *e* der Charta der Vereinten Nationen übermittelten Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung bezieht;

2. *erklärt erneut*, daß – solange kein Beschluß der Generalversammlung selbst vorliegt, wonach ein Gebiet ohne Selbstregierung die volle Selbstregierung nach Kapitel XI der Charta erlangt hat – die jeweilige Verwaltungsmacht fortfahren sollte, gemäß Artikel 73 *e* der Charta Informationen über das betreffende Gebiet zu übermitteln;

3. *ersucht* die betreffenden Verwaltungsmächte, dem Generalsekretär auch künftig spätestens sechs Monate nach Ablauf des Verwaltungsjahres in den jeweiligen Gebieten die in Artikel 73 *e* der Charta vorgeschriebenen Informationen sowie möglichst ausführliche Informationen über politische und konstitutionelle Entwicklungen in diesen Gebieten zu übermitteln;

4. *ersucht* den Generalsekretär, im Zusammenhang mit der Erstellung von Arbeitspapieren über die betreffenden Gebiete weiterhin dafür Sorge zu tragen, daß geeignete Informationen aus allen verfügbaren veröffentlichten Quellen herangezogen werden;

5. *ersucht* den Sonderausschuß, die ihm mit Generalversammlungsresolution 1970 (XVIII) übertragenen Aufgaben nach den üblichen Verfahren weiter wahrzunehmen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/84 – Aktivitäten ausländischer wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Tagesordnungspunktes "Aktivitäten ausländischer wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern",

nach Prüfung des diesbezüglichen Kapitels im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[4],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970 mit dem Aktionsprogramm für die vollständige Verwirklichung der Erklärung, 35/118 vom 11. Dezember 1980 mit dem in der Anlage enthaltenen Aktionsplan für die vollständige Verwirklichung der Erklärung und 40/56 vom 2. Dezember 1985 über den fünfundzwanzigsten Jahrestag der Erklärung sowie auf alle anderen diesen Punkt betreffenden Resolutionen der Vereinten Nationen,

in Bekräftigung der nach der Charta der Vereinten Nationen bestehenden feierlichen Verpflichtung der Verwaltungsmächte, den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und bildungsmäßigen Fortschritt der Einwohner der ihrer Verwaltung unterstehenden Gebiete zu fördern sowie die menschlichen und natürlichen Ressourcen dieser Gebiete vor Mißbrauch zu schützen,

sowie erneut erklärend, daß jede wirtschaftliche oder sonstige Tätigkeit, die der Implementierung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker im Wege steht und die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika und in anderen Kolonialgebieten behindert, eine direkte Verletzung der Rechte der Einwohner dieser Gebiete sowie der Grundsätze der Charta und aller einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen darstellt,

ferner erneut erklärend, daß die natürlichen Ressourcen aller kolonialer und rassistischer Herrschaft unterstehenden Gebiete das Erbe der Völker dieser Gebiete sind und daß die Ausbeutung und Erschöpfung dieser Ressourcen durch ausländische Wirtschaftsinteressen eine direkte Verletzung der Rechte der Völker sowie der Grundsätze der Charta und aller einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen darstellt,

eingedenk der einschlägigen Bestimmungen der Schlußdokumente mehrerer aufeinanderfolgender Konferenzen der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder und der von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit verabschiedeten Resolutionen,

unter Verurteilung der verstärkten Aktivitäten aller ausländischen Interessen wirtschaftlicher, finanzieller und sonstiger Art, die weiterhin zum Nachteil der Interessen der Bevölkerung die natürlichen und menschlichen Ressourcen der Kolonialgebiete ausbeuten, riesige Gewinne anhäufen und rücktransferieren und damit die Erfüllung des legitimen Strebens der Völker dieser Gebiete nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit behindern,

unter nachdrücklicher Verurteilung der Investition von ausländischem Kapital in die Uranerzeugung sowie der Kollaboration bestimmter westlicher und anderer Länder mit dem rassistischen Minderheitsregime Südafrikas auf nuklearem Gebiet, die dem Regime nukleare Ausrüstungen und nukleare Technologie verschaffen und es ihm ermöglichen, nukleare und militärische Fähigkeiten zu entwickeln und zur Atommacht zu werden, wodurch das verabscheuungswürdige System der Apartheid gestärkt wird,

besorgt über alle ausländischen wirtschaftlichen, finanziellen und sonstigen Aktivitäten, durch die die autochthone Bevölkerung der Kolonialgebiete, einschließlich bestimmter Gebiete im karibischen und pazifischen Raum, nach wie vor ihrer Rechte auf die Reichtümer ihres Landes beraubt werden, sowie besorgt darüber, daß die Einwohner dieser Gebiete weiterhin durch den Verlust ihres Grundeigentums Nachteile erleiden, da die betreffenden Verwaltungsmächte den Verkauf von Land an Ausländer trotz der wiederholten Appelle der Generalversammlung keiner Beschränkung unterwerfen,

[4] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. V.

im Bewußtsein der nach wie vor bestehenden Notwendigkeit, die Weltöffentlichkeit gegen die Beteiligung ausländischer Interessen wirtschaftlicher, finanzieller und sonstiger Art an der Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen zu mobilisieren, durch die der Eintritt der Kolonialgebiete in die Unabhängigkeit und die Beseitigung des Rassismus, insbesondere in Südafrika, erschwert wird, und betonend, wie wichtig die Maßnahmen sind, die örtliche Behörden, Gewerkschaften, religiöse Organisationen, akademische Institutionen, Massenmedien, Solidaritätsbewegungen und andere nichtstaatliche Organisationen sowie Einzelpersonen treffen, um Druck auf die transnationalen Unternehmen auszuüben, damit diese sämtliche Investitionen oder Aktivitäten in Südafrika unterlassen, um eine systematische Desinvestitionspolitik im Hinblick auf sämtliche finanziellen oder sonstigen Beteiligungen an Unternehmen, die mit Südafrika in Geschäftsverbindung stehen, zu fördern und um allen Formen der Kollaboration mit dem Apartheidregime entgegenzuwirken,

1. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht der Völker der abhängigen Gebiete auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und die Nutzung der natürlichen Ressourcen ihrer Gebiete sowie ihr Recht, über diese Ressourcen zu ihrem eigenen Besten zu verfügen;

2. *erklärt erneut*, daß jede Verwaltungs- oder Besatzungsmacht, die die kolonialen Völker an der Ausübung ihrer legitimen Rechte auf ihre natürlichen Ressourcen hindert oder die Rechte und Interessen dieser Völker ausländischen Wirtschafts- und Finanzinteressen unterordnet, ihre mit der Charta der Vereinten Nationen eingegangenen feierlichen Verpflichtungen verletzt;

3. *erklärt erneut*, daß die Aktivitäten der gegenwärtig in den Kolonialgebieten, insbesondere in Namibia, tätigen ausländischen Interessen wirtschaftlicher, finanzieller und sonstiger Art durch die Ausbeutung und Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, die fortgesetzte Anhäufung und Rücktransferierung riesiger Gewinne sowie die Verwendung dieser Gewinne zur Bereicherung ausländischer Siedler und zur Verewigung der Kolonialherrschaft und der rassischen Diskriminierung in diesen Gebieten ein Haupthindernis für die politische Unabhängigkeit, die Rassengleichheit und die Nutzung der natürlichen Ressourcen dieser Gebiete durch die autochthonen Einwohner darstellt;

4. *verurteilt* die Aktivitäten ausländischer wirtschaftlicher und sonstiger Interessen in den Kolonialgebieten, die die Implementierung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie die Anstrengungen zur Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung behindern;

5. *verurteilt nachdrücklich* die Kollaboration der Regierungen bestimmter westlicher Mächte, Israels und anderer Länder mit dem rassistischen Minderheitsregime Südafrikas auf nuklearem Gebiet und fordert sie und alle anderen betroffenen Regierungen auf, dieses Regime weder direkt noch indirekt mit Anlagen, Ausrüstungen oder Material zu beliefern, die ihm die Erzeugung von Uran, Plutonium und anderem Kernmaterial, von Kernreaktoren oder nuklearem Militärgerät ermöglichen würden;

6. *verurteilt nachdrücklich* die Kollaboration mit dem rassistischen Minderheitsregime von Südafrika seitens der Regierungen bestimmter westlicher und anderer Länder sowie transnationaler Unternehmen, die weiterhin neue Investitionen in Südafrika vornehmen und das Regime mit Rüstungsgütern, Kerntechnologie und allen sonstigen Materialien beliefern, die geeignet sind, das Regime zu stützen und so die Bedrohung des Weltfriedens zu verschärfen;

7. *fordert* alle Staaten, insbesondere bestimmte westliche und andere Staaten, *auf*, dringend effektive Maßnahmen zur Beendigung jeder Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas auf politischem, wirtschaftlichem, außenwirtschaftlichem, militärischem und nuklearem Gebiet zu ergreifen sowie davon Abstand zu nehmen, in Verletzung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit andere Beziehungen zu diesem Regime aufzunehmen;

8. *fordert erneut* alle Regierungen *auf*, soweit nicht bereits geschehen, im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen ihrer Resolutionen 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970 und 43/29 vom 22. November 1988 gesetzliche, administrative und andere Maßnahmen bezüglich ihrer Staatsangehörigen und der ihrer Rechtsprechung unterstehenden juristischen Personen zu ergreifen, die in Kolonialgebieten Unternehmen besitzen und betreiben, die den Interessen der Einwohner dieser Gebiete abträglich sind, damit der Tätigkeit solcher Unternehmen ein Ende gesetzt wird und Neuinvestitionen verhindert werden, die den Interessen der Einwohner dieser Gebiete zuwiderlaufen;

9. *fordert* alle erdölproduzierenden und erdölexportierenden Länder *auf*, soweit nicht bereits geschehen, effektive Maßnahmen gegen die betreffenden Ölgesellschaften zu ergreifen, um die Versorgung des rassistischen Regimes von Südafrika mit Rohöl und Erdölprodukten zu beenden;

10. *erklärt erneut*, daß die in Verletzung der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats erfolgende Ausbeutung und Plünderung der Meeres- und sonstigen natürlichen Ressourcen der Kolonialgebiete durch ausländische Wirtschaftsinteressen, so auch die Aktivitäten derjenigen transnationalen Unternehmen, die die natürlichen Ressourcen dieser Gebiete ausbeuten und exportieren, illegal sind und eine ernste Bedrohung der Integrität und des Wohlstands dieser Gebiete darstellen;

11. *ersucht erneut* alle Staaten, bis zur Verhängung umfassender und bindender Sanktionen gegen Südafrika nach Bedarf einzeln oder gemeinsam gesetzliche, administrative und sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um Südafrika gemäß den einschlägigen Generalversammlungsresolutionen auf politischem, wirtschaftlichem, militärischem und kulturellem Gebiet effektiv zu isolieren, und ermutigt die Regierungen, die vor kurzem bestimmte unilaterale Sanktionen gegen das südafrikanische Regime erlassen haben, weitere Maßnahmen zu ergreifen;

12. *bittet* alle Regierungen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung in Generalversammlungsresolution 3201 (S-VI) vom 1. Mai 1974 und der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten in Versammlungsresolution 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 insbesondere sicherzustellen, daß die ständige Souveränität der Kolonialgebiete über ihre natürlichen Ressourcen voll respektiert und geschützt wird;

13. *bittet* die betreffenden Verwaltungsmächte *nachdrücklich*, das unveräußerliche Recht der Völker der Kolonialgebiete auf ihre natürlichen Ressourcen wie auch ihr Recht auf Ausübung und Beibehaltung der Verfügungsgewalt über die künftige Erschließung dieser natürlichen Ressourcen durch effektive Maßnahmen zu sichern und zu garantieren, und ersucht die Verwaltungsmächte, alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Eigentumsrechte der Völker dieser Gebiete zu ergreifen;

14. *fordert* die betreffenden Verwaltungsmächte *auf*, alle diskriminierenden und ungerechten Lohnsysteme und Arbeitsbedingungen in den ihrer Verwaltung unterstehenden Gebieten abzuschaffen und in jedem Gebiet für alle Einwohner ohne jede Diskriminierung ein einheitliches Lohnsystem anzuwenden;

15. *ersucht* den Generalsekretär, mit Hilfe der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information eine nachhaltige, breitangelegte Kampagne durchzuführen, um die Weltöffentlichkeit über die Plünderung der natürlichen Ressourcen der Kolonialgebiete und die Ausbeutung der autochthonen Bevölkerung durch ausländische Wirtschaftsinteressen aufzuklären;

16. *appelliert* an die Massenmedien, die Gewerkschaften und die nichtstaatlichen Organisationen wie auch an Einzelpersonen, ihre Bemühungen um die Mobilisierung der Weltöffentlichkeit gegen die Politik des Apartheidregimes von Südafrika zu koordinieren und zu verstärken und auf die Durchsetzung der wirtschaftlichen und sonstigen Sanktionen gegen dieses Regime wie auch auf die Förderung einer systematischen und echten Desinvestitionspolitik gegenüber Unternehmen hinzuwirken, die mit Südafrika in Geschäftsverbindung stehen;

17. *beschließt*, die Lage in den verbleibenden Kolonialgebieten weiterhin genau zu verfolgen, um sicherzustellen, daß die gesamte Wirtschaftstätigkeit in diesen Gebieten auf die Stärkung und Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften im Interesse der autochthonen Völker, auf die Förderung der wirtschaftlichen und finanziellen Existenzfähigkeit dieser Gebiete und auf die beschleunigte Erlangung ihrer Unabhängigkeit angelegt ist, und ersucht in diesem Zusammenhang die betreffenden Verwaltungsmächte, dafür zu sorgen, daß die Völker der ihrer Verwaltung unterstehenden Gebiete nicht für politische, militärische oder andere ihren Interessen zuwiderlaufende Zwecke ausgebeutet werden;

18. *ersucht* den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, diese Frage weiter zu prüfen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/85 – Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Gegenstandes "Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen",

nach Behandlung der zu diesem Gegenstand unterbreiteten Berichte des Generalsekretärs[5] und des Vorsitzenden des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[6],

eingedenk der einschlägigen Bestimmungen der Schlußdokumente der aufeinanderfolgenden Konferenzen der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder sowie der von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit verabschiedeten Resolutionen,

mit Genugtuung über die Dislozierung der Unterstützungsgruppe der Vereinten Nationen für die Übergangszeit am 1. April 1989 in Namibia und ermutigt durch den Beginn des Unabhängigkeitsprozesses gemäß Sicherheitsratsresolution 435 (1978) vom 29. September 1978,

sich voll bewußt, daß das Volk Namibias insbesondere während der Übergangszeit bis zur Unabhängigkeit und unmittelbar nach Erlangen der Unabhängigkeit weiterhin dringend konkrete Unterstützung seitens der Sonderorganisationen und der den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen benötigt,

Kenntnis nehmend von der Unterstützung, die den Kolonialgebieten bisher von bestimmten Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, gewährt worden ist, und die Auffassung vertretend, daß diese Unterstützung entsprechend dem dringenden Bedarf der jeweiligen Völker an Hilfe von außen weiter ausgebaut werden sollte,

hervorhebend, wie wichtig es ist, zusätzliche Mittel zur Finanzierung der immer umfassenderen Hilfsprogramme für die jeweiligen Völker zu beschaffen, und daß in diesem Zusammenhang die Unterstützung der Hauptfinanzierungsinstitutionen im System der Vereinten Nationen gewonnen werden muß,

mit großer Besorgnis feststellend, daß die Praxis der Apartheid und die Destabilisierungshandlungen Südafrikas gegen die Frontstaaten und Nachbarstaaten nach wie vor eine ernste Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellen,

erneut erklärend, daß es Aufgabe der Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen ist, innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs alles Erforderliche zu tun, um die vollständige und zügige Durchführung der Generalversammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 und anderer einschlägiger Resolutionen der Vereinten Nationen sicherzustellen, insbesondere jener Resolutionen, die sich auf die Hilfeleistung an die Völker der Kolonialgebiete beziehen,

mit Dank an das Generalsekretariat der Organisation der afrikanischen Einheit für die fortgesetzte Unterstützung und Hilfe, die es den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen bei der Durchführung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen gewährt, und überzeugt,

[5] A/44/297 mit Add.1 und 2.
[6] A/AC.109/L.1705.

daß engere Kontakte und Konsultationen zwischen den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie den Regionalorganisationen dazu beitragen, die wirksame Aufstellung von Hilfsprogrammen für die jeweiligen Völker zu erleichtern,

mit Dank für die konsequente Unterstützung, die die Regierungen der Frontstaaten dem Volk Namibias bei seinem Streben nach Unabhängigkeit gewährt haben, und sich dessen bewußt, daß diese Regierungen in besonderer Weise der internationalen Hilfe bedürfen,

die Auffassung vertretend, daß die Aufrechterhaltung von Beziehungen zu dem rassistischen Regime Südafrikas einer Unterstützung beziehungsweise Billigung der repressiven Politik und Praxis der Apartheid, die dieses Regime gegen das Volk Südafrikas verfolgt, und seiner Destabilisierungspolitik gegen die benachbarten afrikanischen Staaten gleichkommt,

in Anbetracht der Wichtigkeit des Wirkens der nichtstaatlichen Organisationen, welches darauf gerichtet ist, der Hilfe ein Ende zu setzen, die Südafrika von einigen Sonderorganisationen nach wie vor gewährt wird,

eingedenk dessen, daß es unbedingt notwendig ist, die auf eine Durchführung der verschiedenen Beschlüsse der Vereinten Nationen zur Entkolonialisierung gerichtete Tätigkeit der Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen laufend zu verfolgen,

1. *billigt* das den vorliegenden Gegenstand betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[7];

2. *erklärt erneut*, daß die Sonderorganisationen und anderen Organisationen und Institutionen des Systems der Vereinten Nationen sich bei ihrem Bemühen, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs zur vollständigen und zügigen Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker beizutragen, auch weiterhin von den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen leiten lassen sollten;

3. *erklärt außerdem erneut*, daß die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Kampfes der Kolonialvölker um die Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit seitens der Generalversammlung, des Sicherheitsrats und anderer Organe der Vereinten Nationen folgerichtig bedingt, daß die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen diesen Völkern und ihren nationalen Befreiungsbewegungen jede benötigte ideelle und materielle Hilfe gewähren;

4. *dankt* denjenigen Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die mit den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit bei der Durchführung der Generalversammlungsresolution 1514 (XV) und anderer einschlägiger Resolutionen der Vereinten Nationen weiterhin in unterschiedlichem Ausmaß zusammengearbeitet haben, und bittet alle Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen nachdrücklich, die vollständige und zügige Durchführung der einschlägigen Bestimmungen dieser Resolutionen zu beschleunigen;

5. *ersucht* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, den Kolonialvölkern dringend jede nur mögliche ideelle und materielle Hilfe zu gewähren beziehungsweise weiterhin zu gewähren und dabei zu berücksichtigen, daß durch eine solche Hilfe nicht nur die unmittelbaren Bedürfnisse gedeckt, sondern auch Voraussetzungen für die Entwicklung geschaffen werden sollten, nachdem diese Völker ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wahrgenommen haben;

6. *ersucht außerdem* alle Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, dem Volk Namibias, insbesondere während der Übergangszeit bis zur Unabhängigkeit und unmittelbar nach Erlangen der Unabhängigkeit, konkrete Hilfe zu gewähren;

7. *ersucht* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *erneut*, den neu in die Unabhängigkeit eingetretenen und den kurz vor der Unabhängigkeit stehenden Staaten weiterhin jede ideelle und materielle Hilfe zu gewähren, damit sie echte wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen können;

8. *empfiehlt* den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *erneut*, unmittelbar oder gegebenenfalls über die Regionalorganisationen Kontakte und Kooperationsbeziehungen mit den jeweiligen Kolonialvölkern und Verwaltungsmächten anzuknüpfen beziehungsweise auszubauen, mit dem Ziel, die Hilfsprogramme zu intensivieren und die Durchführung der Generalversammlungsresolution 1514 (XV) zu erleichtern und zu beschleunigen;

9. *bittet* die Leitung der Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *nachdrücklich*, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den regionalen und anderen Organisationen, ihren Leitungsgremien und beschlußfassenden Organen konkrete Vorschläge zur vollen Durchführung der einschlägigen Beschlüsse der Vereinten Nationen zu unterbreiten, und zwar vor allem spezifische Hilfsprogramme für die Völker der Kolonialgebiete und ihre nationalen Befreiungsbewegungen;

10. *bittet* die Leitung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds *erneut nachdrücklich*, die Aufmerksamkeit ihrer Leitungsgremien auf diese Resolution zu lenken, und bittet sie nachdrücklich, flexible Verfahren zur Ausarbeitung spezifischer Programme für die Völker der Kolonialgebiete einzuführen;

11. *bittet* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *nachdrücklich*, in die Tagesordnung der ordentlichen Tagungen ihrer Leitungsgremien, soweit nicht bereits geschehen, einen eigenen Tagesordnungspunkt betreffend die von ihnen erzielten Fortschritte bei der Durchführung der Resolution 1514 (XV) und der entsprechenden anderen Resolutionen der Vereinten Nationen aufzunehmen;

12. *bittet* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen und Institutionen des Systems der Vereinten Nationen *außerdem nachdrücklich*, den Regierungen der Frontstaaten substantielle materielle Hilfe zu gewähren, damit sie den vom rassistischen Regime Süd-

[7] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. VII.

afrikas begangenen Destabilisierungshandlungen widerstehen können;

13. *ersucht* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats weiterhin alles Erforderliche zu tun, um der Regierung Südafrikas jedwede finanzielle, wirtschaftliche, technische oder sonstige Hilfe zu versagen, und sich aller Maßnahmen zu enthalten, die sich als Unterstützung und Billigung der repressiven Politik und Praxis der Apartheid, welche das rassistische Regime gegen das Volk von Südafrika verfolgt, sowie seiner Destabilisierungspolitik gegen die benachbarten afrikanischen Staaten auslegen ließe;

14. *bittet* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, mit dem von den nichtgebundenen Ländern eingerichteten Fonds für den Widerstand gegen Invasion, Kolonialismus und Apartheid zusammenzuarbeiten, mit dem gemeinsamen Ziel, den Frontstaaten und den nationalen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika bei ihrem Kampf gegen das Apartheidregime Notstandshilfe zu leisten;

15. *empfiehlt* allen Regierungen, sich in den Sonderorganisationen und andereren Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, deren Mitglied sie sind, verstärkt darum zu bemühen, die vollständige und effektive Durchführung der Generalversammlungsresolution 1514 (XV) und entsprechender anderer Resolutionen der Vereinten Nationen zu gewährleisten, und in diesem Zusammenhang der Frage der Gewährung von Notstandshilfe an die Völker der Kolonialgebiete und an ihre nationalen Befreiungsbewegungen Vorrang einzuräumen;

16. *ersucht* den Generalsekretär, die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen bei der Ausarbeitung geeigneter Maßnahmen zur Durchführung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen weiter zu unterstützen und mit Hilfe der genannten Organisationen einen Bericht zur Vorlage bei den zuständigen Körperschaften zu erstellen, in dem die seit der Veröffentlichung seines letzten Berichts ergriffenen Maßnahmen zur Durchführung der einschlägigen Resolutionen, einschließlich der vorliegenden Resolution, erläutert werden;

17. *ersucht* den Wirtschafts- und Sozialrat, im Benehmen mit dem Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker gegebenenfalls auch weiterhin zu prüfen, welche Maßnahmen geeignet wären, um die von den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen bei der Umsetzung der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung verfolgten Politiken und durchgeführten Aktivitäten zu koordinieren;

18. *ersucht* die Sonderorganisationen, dem Generalsekretär regelmäßig über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

19. *ersucht* den Sonderausschuß, diese Frage weiter zu prüfen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/86 – Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen zum Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika, insbesondere auf die Resolution 43/31 vom 22. November 1988,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[8], in dem über die Tätigkeit des Beratenden Ausschusses für das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika und über die Verwaltung des Programms in der Zeit vom 1. September 1988 bis 31. August 1989 berichtet wird,

Kenntnis nehmend von der laufenden Evaluierung des Programms,

in Anerkennung der wertvollen Hilfe, die das Programm dem südafrikanischen und namibischen Volk leistet,

mit Genugtuung feststellend, daß die Unterstützung für das südliche Afrika im Bildungswesen und auf technischem Gebiet zu einem immer größeren Anliegen der internationalen Gemeinschaft wird,

in voller Anerkennung der Notwendigkeit, für eine größere Anzahl geflüchteter Schüler und Studenten aus Südafrika und Namibia fortlaufend Bildungsmöglichkeiten und Beratung in einem breiten Spektrum fachlicher, kultureller und sprachlicher Disziplinen sowie Möglichkeiten zur Berufs- und Fachausbildung und zu weiterführenden Studien auf Graduierten- und Postgraduiertenebene in den vorrangigen Studienfächern bereitzustellen,

fest davon überzeugt, daß das Programm unbedingt fortgesetzt und ausgebaut werden muß, wenn der ständig steigende Bedarf der Schüler und Studenten aus Südafrika und Namibia an Unterstützung im Bildungs- und Ausbildungsbereich gedeckt werden soll,

1. *billigt* den Bericht des Generalsekretärs über das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika;

2. *spricht* dem Generalsekretär und dem Beratenden Ausschuß für das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika *ihre Anerkennung dafür aus,* daß sie sich kontinuierlich um die weitere Förderung großzügiger Beiträge zu dem Programm und um eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit staatlichen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Stellen bemühen, die dem südlichen Afrika Hilfe im Bildungswesen sowie technische Hilfe leisten;

3. *dankt* allen, die das Programm durch Beiträge, Stipendien oder Studienplätze an ihren Bildungseinrichtungen unterstützt haben;

4. *appelliert* an alle Staaten, Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen, dem Programm zur Sicherung seines Fortbestands und seines stetigen Ausbaus größere finanzielle und sonstige Unterstützung zukommen zu lassen.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

[8] A/44/557.

44/87 – Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner der Gebiete ohne Selbstregierung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/32 vom 22. November 1988,

nach Prüfung des gemäß Generalversammlungsresolution 845 (IX) vom 22. November 1954 erstellten Berichts des Generalsekretärs über von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner der Gebiete ohne Selbstregierung[9],

sich der Bedeutung *bewußt*, die der Förderung des bildungsmäßigen Fortschritts der Einwohner der Gebiete ohne Selbstregierung zukommt,

fest davon überzeugt, daß es darauf ankommt, weiterhin Stipendien anzubieten beziehungsweise die Zahl dieser Angebote zu erhöhen, damit dem wachsenden Bedarf der Schüler und Studenten aus den Gebieten ohne Selbstregierung an Bildungs- und Ausbildungshilfe Rechnung getragen werden kann, sowie die Auffassung vertretend, daß Schüler und Studenten in diesen Gebieten ermutigt werden sollten, derartige Angebote anzunehmen,

1. *nimmt* den Bericht des Generalsekretärs *zur Kenntnis*;

2. *dankt* den Mitgliedstaaten, die den Einwohnern der Gebiete ohne Selbstregierung Stipendien zur Verfügung gestellt haben;

3. *bittet* alle Staaten, den Einwohnern der Gebiete, die noch nicht die Selbstregierung oder Unabhängigkeit erlangt haben, großzügig Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten beziehungsweise weiterhin anzubieten und den künftigen Studenten nach Möglichkeit Reisegeld zur Verfügung zu stellen;

4. *bittet* die Verwaltungsmächte *nachdrücklich*, in den ihrer Verwaltung unterstehenden Gebieten wirksame Maßnahmen für eine umfassende und stetige Verbreitung von Informationen über die von Staaten angebotenen Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten zu treffen und alle notwendigen Einrichtungen bereitzustellen, damit die Studenten diese Angebote nutzen können;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten;

6. *lenkt die Aufmerksamkeit* des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker auf diese Resolution.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/88 – Westsahara-Frage

Die Generalversammlung,

nach eingehender *Behandlung* der Westsahara-Frage,

unter Hinweis auf das unveräußerliche Recht aller Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß den Grundsätzen in der Charta der Vereinten Nationen und der Generalversammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/33 vom 22. November 1988 zur Westsahara-Frage,

unter Hinweis auf die Resolution AHG/Res.104 (XIX) über die Westsahara[10], die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit auf ihrer vom 6. bis 12. Juni 1983 in Addis Abeba abgehaltenen neunzehnten ordentlichen Tagung verabschiedet wurde,

mit Genugtuung über das Schlußdokument über die Westsahara, das von der vom 4. bis 7. September 1989 in Belgrad abgehaltenen Neunten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[11] verabschiedet wurde,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 621 (1988) vom 20. September 1988 zur Westsahara-Frage,

nach Prüfung des entsprechenden Kapitels im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12],

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs zur Westsahara-Frage[13],

erneut ihre Unterstützung für die Fortsetzung des Prozesses gemeinsamer Guter Dienste *bekundend*, der am 9. April 1986 in New York vom derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und vom Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Förderung einer gerechten und endgültigen Lösung der Westsahara-Frage in Übereinstimmung mit Resolution AHG/Res.104 (XIX) und der Generalversammlungsresolution 40/50 vom 2. Dezember 1985 eingeleitet wurde,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs zur Westsahara-Frage;

2. *erklärt erneut*, daß die Westsahara-Frage eine Frage der Entkolonialisierung ist, die auf der Grundlage der Ausübung des unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit durch das Volk der Westsahara noch zum Abschluß gebracht werden muß;

3. *betont*, wie wichtig es ist, daß das Königreich Marokko und die Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro am 30. August 1988 den gemeinsamen Vorschlägen des derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen betreffend die Abhaltung eines von den Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit organisierten und überwachten Selbstbestimmungsreferendums des Volkes der Westsahara ihre grundsätzliche Zustimmung gegeben haben;

4. *begrüßt* die Bemühungen des derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und des Generalsekretärs der Vereinten Nationen um die Förderung einer gerechten und endgültigen Lösung der Westsahara-Frage in Übereinstimmung mit Generalversammlungsresolution 40/50;

[9] A/44/613 mit Add.1.

[10] Zum Wortlaut siehe Resolution 38/40, Ziffer 1.

[11] Siehe A/44/551-S/20870, Anhang.

[12] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. X.

[13] A/44/634 mit Korr.1.

5. *begrüßt außerdem* die beim Prozeß der gemeinsamen Guten Dienste erzielten Fortschritte und bittet den derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und den Generalsekretär der Vereinten Nationen nachdrücklich, ihre Bemühungen um die Lösung der noch offenen Probleme fortzusetzen und zu intensivieren und somit die notwendigen Voraussetzungen für die Abhaltung eines von den Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit organisierten und überwachten und ohne Einschränkungen administrativer oder militärischer Art durchgeführten Selbstbestimmungsreferendums des Volkes der Westsahara zu schaffen;

6. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von der Einrichtung einer Fachkommission mit dem Auftrag, den derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und den Generalsekretär der Vereinten Nationen bei ihren gemeinsamen Guten Diensten im Hinblick auf die Lösung der Westsahara-Frage zu unterstützen;

7. *begrüßt* die in Marrakesch geführten Gespräche zwischen seiner Majestät König Hassan II. von Marokko und einer hochrangigen Delegation der Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro und schließt sich der Hoffnung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und des derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit an, daß zur Verbesserung der Erfolgsaussichten des Friedensprozesses noch weitere Treffen dieser Art stattfinden werden;

8. *verleiht ihrer Überzeugung Ausdruck*, daß die Fortsetzung des direkten Dialogs zwischen den beiden Konfliktparteien zum Abschluß des vom derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und vom Generalsekretär der Vereinten Nationen getragenen Prozesses gemeinsamer Guter Dienste zur Wiederherstellung des Friedens in der Westsahara und zur Stabilität und Sicherheit in der ganzen Region beitragen könnte;

9. *appelliert erneut* an das Königreich Marokko und die Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und den politischen guten Willen zu beweisen, die für den Erfolg des vom derzeitigen Vorsitzenden der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und vom Generalsekretär der Vereinten Nationen getragenen Prozesses der gemeinsamen Guten Dienste erforderlich sind;

10. *ersucht* den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, die Lage in der Westsahara mit Vorrang weiter zu behandeln und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

11. *bittet* den Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit, den Generalsekretär der Vereinten Nationen über den Stand der Durchführung der die Westsahara betreffenden Beschlüsse der Organisation der afrikanischen Einheit unterrichtet zu halten;

12. *bittet* den Generalsekretär, die Lage in der Westsahara im Hinblick auf die Durchführung dieser Resolution aufmerksam zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/89 – Frage Neukaledoniens

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage Neukaledoniens,

nach Prüfung des Neukaledonien betreffenden Kapitels im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 und 1541 (XV) vom 15. Dezember 1960,

Kenntnis nehmend von den positiven Maßnahmen, welche die französischen Behörden gemeinsam mit allen Teilen der Bevölkerung in Neukaledonien verfolgen und die darauf gerichtet sind, die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung in dem Gebiet zu fördern und so einen Rahmen für die friedliche Fortentwicklung des Gebiets hin zur Selbstbestimmung zu schaffen,

1. *billigt* das Neukaledonien betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

2. *bittet* alle beteiligten Parteien *nachdrücklich*, im Interesse der gesamten Bevölkerung von Neukaledonien ihren Dialog fortzusetzen und im Geiste der Harmonie alle Gewalthandlungen zu unterlassen;

3. *bittet* alle beteiligten Parteien, sich auch weiterhin für einen Rahmen für die friedliche Fortentwicklung des Gebiets hin zu einem Akt der Selbstbestimmung einzusetzen, bei dem alle Wahlmöglichkeiten offenstehen und der die Rechte aller Neukaledonier schützen würde;

4. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/90 – Tokelau-Frage

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Tokelau-Frage,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[14],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Tokelau, darunter insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/35 vom 22. November 1988,

[14] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. IV und X.

nach Anhörung der Erklärung der Vertreterin der Verwaltungsmacht Neuseeland[15],

zur Kenntnis nehmend, daß die Übertragung der Machtbefugnisse an die örtliche Regierungsinstanz, den Allgemeinen *Fono* (Rat), fortschreitet, sowie eingedenk dessen, daß bei der Entwicklung der politischen Institutionen Tokelaus das kulturelle Erbe und die Traditionen des Volkes von Tokelau vollauf berücksichtigt werden sollten,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von den weiteren Fortschritten bei der Ausarbeitung eines Gesetzeswerks, das den überlieferten Gesetzen und kulturellen Werten Tokelaus Rechnung trägt, sowie den ausdrücklich vorgebrachten Wunsch zur Kenntnis nehmend, der Allgemeine *Fono* möge im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses eine weiterreichende Verantwortung übernehmen,

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten des Gebiets in bezug auf seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität des Gebiets die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine vordringliche Aufgabe ist,

Kenntnis nehmend von der Inspektion des öffentlichen Dienstes von Tokelau und seiner Bediensteten in Apia, die von der neuseeländischen Staatsdienstkommission Anfang 1989 durchgeführt wurde, und in der Hoffnung, daß der Abschluß dieser Inspektion zur Weiterentwicklung des öffentlichen Dienstes des Gebiets beitragen wird,

erneut erklärend, daß die Verwaltungsmacht für die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Gebiets verantwortlich ist, sowie die Maßnahmen zur Kenntnis nehmend, die die Regierung Neuseelands in dieser Hinsicht trifft,

unter Hinweis auf den Beschluß des Allgemeinen *Fono*, Tokelau zur Vertragspartei eines zwischen den Ländern der Region geschlossenen Fischereivertrages zu machen, sowie betonend, wie wichtig es ist, daß das Recht des Volkes von Tokelau auf die uneingeschränkte Nutzung seiner Meeresressourcen gewahrt wird,

im Hinblick darauf, daß das Volk von Tokelau den im pazifischen Raum durchgeführten Kernversuchen starken Widerstand entgegensetzt und daß es seine Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht hat, daß diese Versuche eine schwere Bedrohung für die natürlichen Ressourcen des Gebiets und seine soziale und wirtschaftliche Entwicklung darstellen,

mit Dank auf die Hilfe *hinweisend*, die Tokelau von der Verwaltungsmacht, anderen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, bei der Sanierung und dem Wiederaufbau der Inseln nach den Naturkatastrophen im Jahre 1987 erhalten hat,

erfreut über die Berichte, daß auf Fakaofo neue, inzwischen voll funktionsfähige Fernmeldeeinrichtungen installiert worden sind,

daran erinnernd, daß 1976, 1981 und 1986 Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen in das Gebiet entsandt wurden,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu verschaffen, und die Auffassung vertretend, daß die Möglichkeit im Auge behalten werden sollte, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation nach Tokelau zu entsenden,

1. *billigt* das Tokelau betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes von Tokelau auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Bevölkerungszahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Verwirklichung der Erklärung, die für Tokelau volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *bittet* die Regierung Neuseelands als Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, bei der Realisierung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets die Wünsche des Volkes von Tokelau auch weiterhin uneingeschränkt zu respektieren, damit das soziale und kulturelle Erbe und die Traditionen Tokelaus erhalten bleiben;

5. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, ihre Entwicklungshilfe für Tokelau im Benehmen mit dem Allgemeinen *Fono* (Rat) von Tokelau weiter zu steigern;

6. *bittet nachdrücklich* die Verwaltungsmacht, andere Mitgliedstaaten und die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, Tokelau ein Höchstmaß an Hilfe für die Sanierung und den Wiederaufbau der Inseln zu gewähren, damit es die bei den Naturkatastrophen von 1987 erlittenen Verluste wieder ausgleichen kann;

7. *bittet* die Sonderorganisationen und sonstigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die anderen internationalen und regionalen Institutionen, Tokelau im Benehmen mit der Verwaltungsmacht und dem Volk von Tokelau jede nur mögliche Unterstützung zukommen zu lassen beziehungsweise weiterhin zukommen zu lassen;

8. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation nach Tokelau zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/91 — Frage der Caymaninseln

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Caymaninseln,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirkli-

[15] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Fourth Committee*, 15. Sitzung mit Korrigendum.

chung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[16],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu den Caymaninseln, darunter insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/37 vom 22. November 1988,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und zügige Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich des Gebietes zu gewährleisten,

nach Anhörung des Vertreters des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland als der Verwaltungsmacht[17],

im Hinblick darauf, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs, die Verwaltungsmacht, hinsichtlich ihrer Politik erklärt hat, sie sei nach wie vor bereit, positiv auf den ausdrücklichen Wunsch der Gebietsbevölkerung in der Frage der Unabhängigkeit zu reagieren[18],

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten des Gebiets in bezug auf seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität des Gebiets die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine vordringliche Aufgabe ist,

feststellend, daß die Gebietsregierung zur Zeit Maßnahmen ergreift, um die Agrarerzeugung zu fördern und so die Abhängigkeit des Gebiets von eingeführten Nahrungsmitteln zu vermindern,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis darüber, daß Immobilien und Grundbesitz nach wie vor weitgehend Investoren aus dem Ausland gehören und von diesen erschlossen werden,

feststellend, daß Ausländer einen Großteil der Arbeitskräfte des Gebiets stellen,

mit Besorgnis feststellend, daß das Gebiet für den Drogenhandel und damit zusammenhängende Aktivitäten anfällig ist,

mit Genugtuung über den Beitrag, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen sowie regionale Institutionen weiterhin zur Entwicklung des Gebiets leisten,

daran erinnernd, daß 1977 eine Besuchsdelegation der Vereinten Nationen in das Gebiet entsandt wurde,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu verschaffen, und die Auffassung vertretend, daß die Möglichkeit im Auge behalten werden sollte, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation auf die Caymaninseln zu entsenden,

1. *billigt* das die Caymaninseln betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Caymaninseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Größe des Gebiets, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Ausübung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung des Gebiets auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung, die für die Caymaninseln volle Gültigkeit besitzt, keinesfalls verzögern sollten;

4. *erklärt erneut*, daß es dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland als Verwaltungsmacht obliegt, auf den Caymaninseln Bedingungen zu schaffen, die es dem Volk dieses Gebiets ermöglichen, sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Resolution 1514 (XV) sowie gemäß allen anderen einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung frei und ohne Einmischung auszuüben;

5. *erklärt erneut*, daß es gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung letztlich Sache des Volkes der Caymaninseln selbst ist, seinen künftigen politischen Status zu bestimmen, und erklärt in diesem Zusammenhang erneut, wie wichtig es ist, das Volk dieses Gebiets darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten ihm bei der Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit offenstehen;

6. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, im Benehmen mit der Gebietsregierung die verstärkte Mitwirkung der Ortsbevölkerung an dem die Angelegenheiten des Gebiets betreffenden Entscheidungsprozeß zu erleichtern und zu fördern;

7. *erklärt erneut*, daß die Verwaltungsmacht dafür verantwortlich ist, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Gebiets zu fördern, und empfiehlt, der Diversifizierung der Volkswirtschaft des Gebiets weiter vorrangige Aufmerksamkeit zu widmen;

8. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das unveräußerliche Eigentums- und Verfügungsrecht des Volkes der Caymaninseln über die natürlichen Ressourcen des Gebiets, einschließlich der Meeresressourcen, sowie dessen Recht auf die Übernahme und Beibehaltung der Kontrolle über die künftige Erschließung dieser Ressourcen zu gewährleisten und zu garantieren;

9. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, gemeinsam mit der Gebietsregierung auch weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die mit dem Drogenverkehr zusammenhängenden Probleme anzugehen;

10. *bittet* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie andere internationale und regionale Institutionen, weiter alles Erforderliche zu tun, damit raschere Fortschritte im sozialen und wirtschaftlichen Leben des Gebiets erzielt werden;

11. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation auf die Caymaninseln zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Gene-

[16] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. IV, V und X.
[17] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Fourth Committee*, 14. Sitzung mit Korrigendum.
[18] A/AC.109/944 mit Korr.1, Ziffer 17.

ralversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/92 – Bermuda-Frage

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Bermuda-Frage,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[19],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Bermuda, darunter insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/39 vom 22. November 1988,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und zügige Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich des Gebietes zu gewährleisten,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland als der Verwaltungsmacht[17],

im Hinblick darauf, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs, die Verwaltungsmacht, hinsichtlich ihrer Politik erklärt hat, sie sei nach wie vor bereit, positiv auf den ausdrücklichen Wunsch der Gebietsbevölkerung in der Frage der Unabhängigkeit zu reagieren[18],

im Hinblick auf die aktiven Diskussionen, die in dem Gebiet sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gebietsregierung über den künftigen Status von Bermuda stattfinden[20],

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten des Gebiets in bezug auf seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität des Gebiets die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine vordringliche Aufgabe ist,

mit Besorgnis feststellend, daß das Gebiet für den Drogenhandel und damit zusammenhängende Aktivitäten anfällig ist,

mit Dank Kenntnis nehmend von der Hilfe, die das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen dem Gebiet gewährt,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu verschaffen, und die Auffassung vertretend, daß die Möglichkeit im Auge behalten werden sollte, zu gegebener Zeit eine Besuchsdelegation nach Bermuda zu entsenden,

1. *billigt* das Bermuda betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes von Bermuda auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Bevölkerungszahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Ausübung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung des Gebiets auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung, die für Bermuda volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *erklärt erneut*, daß das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland als Verwaltungsmacht dafür verantwortlich ist, in Bermuda Bedingungen zu schaffen, die es dem Volk des Gebiets ermöglichen, sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) frei und ohne Einmischung auszuüben, und erklärt in diesem Zusammenhang erneut, wie wichtig es ist, das Volk von Bermuda darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten ihm bei der Ausübung dieses Rechts offenstehen;

5. *erklärt erneut*, daß es gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung letztlich Sache des Volkes von Bermuda selbst ist, seinen künftigen politischen Status zu bestimmen;

6. *bekräftigt ihre feste Überzeugung*, daß das Bestehen von Militärstützpunkten und militärischen Einrichtungen in dem Gebiet ein beträchtliches Hindernis für die Verwirklichung der Erklärung darstellen könnte und daß die Verwaltungsmacht dafür zu sorgen hat, daß das Bestehen derartiger Stützpunkte und Einrichtungen die Bevölkerung des Gebiets nicht an der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta hindert;

7. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, weiter alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit Bermuda in keine gegen andere Staaten gerichteten Offensiv- oder Einmischungshandlungen hineingezogen wird, und bittet sie ferner nachdrücklich, die Ziele und Grundsätze der Charta, die Erklärung sowie die Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung über militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in ihrer Verwaltung unterstehenden Gebieten uneingeschränkt zu beachten;

8. *bittet* die Verwaltungsmacht *außerdem nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung wirksame Maßnahmen zu treffen, um die unveräußerlichen Eigentums- und Verfügungsrechte des Volkes von Bermuda über die natürlichen Ressourcen des Gebiets, einschließlich seiner Meeresressourcen, sowie dessen Recht auf die Übernahme und Beibehaltung der Kontrolle über die künftige Erschließung dieser Ressourcen zu schützen und zu gewährleisten;

9. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, gemeinsam mit der Gebietsregierung weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die mit dem Drogenhandel zusammenhängenden Probleme anzugehen;

10. *bittet* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, Bermuda weiterhin Hilfe zur Deckung seines Entwicklungsbedarfs zu gewähren;

---

[19] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. IV bis VI und X.
[20] A/AC.109/995, Ziffer 31 und 32.

11. *bekräftigt* den Wert der Entsendung einer Besuchsdelegation in das Gebiet und ersucht die Verwaltungsmacht, zur frühesten sich bietenden Gelegenheit die Entsendung einer solchen Besuchsdelegation zu ermöglichen;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht eine Besuchsdelegation nach Bermuda zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/93 — Frage der Turks- und Caicosinseln

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Turks- und Caicosinseln,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[16],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu den Turks- und Caicosinseln, insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/40 vom 22. November 1988,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und zügige Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich des Gebiets zu gewährleisten,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland als der Verwaltungsmacht[17],

im Hinblick darauf, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs, die Verwaltungsmacht, hinsichtlich ihrer Politik erklärt hat, sie sei nach wie vor bereit, positiv auf den ausdrücklichen Wunsch der Gebietsbevölkerung in der Frage der Unabhängigkeit zu reagieren[18],

im Hinblick darauf, daß die Bemühungen der Verwaltungsmacht um die Lösung der Verfassungskrise in dem Gebiet 1986 zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung durch die Verwaltungsmacht und zur anschließenden Abhaltung allgemeiner Wahlen im März 1988 geführt haben,

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten der Turks- und Caicosinseln in bezug auf ihre geographische Lage und ihre wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität und die Schaffung einer breiteren wirtschaftlichen Basis in dem Gebiet die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine Notwendigkeit darstellt,

mit Besorgnis feststellend, daß das Gebiet für den Drogenhandel und damit zusammenhängende Aktivitäten anfällig ist,

im Hinblick auf den Beitrag, den das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen auch weiterhin zur Entwicklung des Gebiets leistet,

daran erinnernd, daß 1980 zwei Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen in das Gebiet entsandt wurden,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu verschaffen, und die Auffassung vertretend, daß die Möglichkeit im Auge behalten werden sollte, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation auf die Turks- und Caicosinseln zu entsenden,

1. *billigt* das die Turks- und Caicosinseln betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Turks- und Caicosinseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Ausübung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung des Gebiets auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung, die für die Turks- und Caicosinseln volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *erklärt erneut*, daß das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland als Verwaltungsmacht dazu verpflichtet ist, auf den Turks- und Caicosinseln Bedingungen zu schaffen, die es dem Volk dieses Gebiets ermöglichen, sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Resolution 1514 (XV) und allen anderen einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung frei und ohne Einmischung auszuüben;

5. *erklärt erneut*, daß es gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung letztlich Sache des Volkes der Turks- und Caicosinseln selbst ist, seinen künftigen politischen Status frei zu bestimmen, und erklärt in diesem Zusammenhang erneut, wie wichtig es ist, das Volk des Gebiets darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten ihm bei der Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit offenstehen;

6. *erklärt erneut*, daß nach der Charta die Verwaltungsmacht für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der von ihr abhängigen Gebiete verantwortlich ist, und bittet die Verwaltungsmacht nachdrücklich, im Benehmen mit der Regierung der Turks- und Caicosinseln die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Gebiets zu fördern;

7. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung wirksame Maßnahmen zu treffen, um das unveräußerliche Eigentums- und Verfügungsrecht des Volkes der Turks- und Caicosinseln über die natürlichen Ressourcen des Gebiets, einschließlich der Meeresressourcen, sowie dessen Recht auf die Übernahme und Beibehaltung der Kontrolle über die künftige Erschließung dieser Ressourcen zu gewährleisten und zu garantieren;

8. *bittet* die Verwaltungsmacht *außerdem nachdrücklich*, im Benehmen mit der Gebietsregierung weiterhin die erforderliche Unterstützung im Hinblick darauf zu leisten, daß Stellen im öffentlichen Dienst auf allen Ebenen mit Einheimischen besetzt und daß einheimische Kräfte ausgebildet werden;

9. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, gemeinsam mit der Gebietsregierung weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die mit dem Drogenhandel zusammenhängenden Probleme anzugehen;

10. *bittet* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die entsprechenden regionalen Institutionen, dem Entwicklungsbedarf der Turks- und Caicosinseln auch in Zukunft besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

11. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation auf die Turks- und Caicosinseln zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/94 – Anguilla-Frage

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Anguilla-Frage,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[16],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Anguilla, darunter insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/36 vom 22. November 1988,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und zügige Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich des Gebiets zu gewährleisten,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland als der Verwaltungsmacht[17],

im Hinblick darauf, daß die Gebietsregierung der Änderung der Gesetze Anguillas nach wie vor Vorrang einräumt,

Kenntnis nehmend von den Ergebnissen der allgemeinen Wahlen vom Februar 1989 und der Erklärung des Obersten Ministers, daß die Regierung von Anguilla keinesfalls beabsichtigt, in ihrer derzeitigen Amtszeit Schritte in Richtung auf die Unabhängigkeit zu unternehmen,

im Hinblick darauf, daß die Regierung der Verwaltungsmacht, des Vereinigten Königreichs, hinsichtlich ihrer Politik erklärt hat, sie sei nach wie vor bereit, positiv auf den ausdrücklichen Wunsch der Gebietsbevölkerung in der Frage der Unabhängigkeit zu reagieren[18],

im Hinblick darauf, daß die Beschlüsse des Volksrats (House of Assembly) zum Bericht des Verfassungsprüfungsausschusses im August 1988 zur öffentlichen Prüfung, Erörterung und Zustimmung freigegeben wurden, und im Hinblick darauf, daß der Bericht vom Minister des Vereinigten Königreichs für Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten geprüft werden soll,

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten des Gebiets in bezug auf seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität des Gebiets die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine vordringliche Aufgabe ist,

erneut erklärend, daß die Verwaltungsmacht dafür verantwortlich ist, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Gebiets zu fördern, und Kenntnis nehmend von dem anhaltenden Wirtschaftswachstum des Gebiets im Jahre 1988 als Ergebnis der Fremdenverkehrsexpansion,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die anhaltende rechtswidrige Tätigkeit ausländischer Fischereifahrzeuge in den Küstengewässern Anguillas und unter Begrüßung der Maßnahmen, die die Gebietsregierung getroffen hat, um die Meeresressourcen zu schützen und zu erhalten und um die Aktivitäten ausländischer Fischer, die illegal in dem Gebiet operieren, einzudämmen,

unter Betonung der Bedeutung eines effizienten und effektiven öffentlichen Dienstes und Kenntnis nehmend von den Maßnahmen, die die Gebietsregierung ergriffen hat, um das Problem der Arbeitslosigkeit zu mildern und mehr Arbeitsplätze zu schaffen,

mit Besorgnis feststellend, daß das Gebiet für den Drogenhandel und damit zusammenhängende Aktivitäten anfällig ist,

in Anbetracht des Beitrags der Sonderorganisationen und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, zur Entwicklung des Gebietes,

unter Hinweis darauf, daß Anguilla 1987 Mitglied der Ostkaribischen Zentralbank geworden ist, und daß es an den damit zusammenhängenden Aktivitäten anderer regionaler Organisationen nach wie vor mitwirkt und daran weiter aktiv interessiert ist,

sowie unter Hinweis darauf, daß 1984 eine Besuchsdelegation der Vereinten Nationen in das Gebiet entsandt wurde,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu verschaffen, und die Auffassung vertretend, daß die Möglichkeit im Auge behalten werden sollte, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation nach Anguilla zu entsenden,

1. *billigt* das Anguilla betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes von Anguilla auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Ausübung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung dieses Gebiets auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung, die für Anguilla volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *erklärt erneut*, daß das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland als Verwaltungsmacht dafür verantwortlich ist, in Anguilla Bedingungen zu

schaffen, die es seiner Bevölkerung ermöglichen, ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Resolution 1514 (XV) sowie gemäß allen anderen einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung frei und ohne Einmischung sowie in voller Kenntnis der ihr offenstehenden Möglichkeiten auszuüben;

5. *erklärt erneut*, daß es gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung letztlich Sache des Volkes von Anguilla selbst ist, seinen künftigen politischen Status frei zu bestimmen, und erklärt in diesem Zusammenhang erneut, wie wichtig es ist, das Volk des Gebiets darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten ihm bei der Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit offenstehen;

6. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, gemeinsam mit der Regierung des Gebiets dessen Volkswirtschaft weiter zu stärken und ihre Unterstützung für die Diversifizierungsprogramme weiter zu erhöhen;

7. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung auch weiterhin die Unterstützung zu gewähren, die erforderlich ist, damit Stellen im öffentlichen Dienst sowie in anderen Sektoren der Wirtschaft mehr und mehr mit Einheimischen besetzt werden;

8. *bittet* die Verwaltungsmacht *außerdem nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung wirksame Maßnahmen zu treffen, um die unveräußerlichen Eigentums- und Verfügungsrechte des Volkes von Anguilla über die natürlichen Ressourcen des Gebiets, einschließlich seiner Meeresressourcen, sowie dessen Recht auf die Übernahme und Beibehaltung der Kontrolle über die künftige Erschließung dieser Ressourcen sicherzustellen und zu garantieren;

9. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, gemeinsam mit der Gebietsregierung auch weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die mit dem Drogenhandel zusammenhängenden Probleme zu bekämpfen;

10. *ersucht* die Verwaltungsmacht *erneut*, sich auch weiterhin um Hilfe von seiten der Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie anderer internationaler und regionaler Körperschaften beim Ausbau und bei der Stärkung der Wirtschaft Anguillas zu bemühen;

11. *ersucht* die Verwaltungsmacht *außerdem erneut*, auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um die Mitwirkung des Gebiets in regionalen und internationalen Organisationen zu erleichtern und zu fördern;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation nach Anguilla zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/95 – Frage der Britischen Jungferninseln

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Britischen Jungferninseln,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[14],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu den Britischen Jungferninseln, darunter insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/41 vom 22. November 1988,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und zügige Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich dieses Gebiets sicherzustellen,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland[17],

im Hinblick darauf, daß die Regierung der Verwaltungsmacht, des Vereinigten Königreichs, hinsichtlich ihrer Politik erklärt hat, sie sei nach wie vor bereit, positiv auf den ausdrücklichen Wunsch der Gebietsbevölkerung in der Frage der Unabhängigkeit zu reagieren[18],

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten des Gebiets in bezug auf seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität des Gebiets die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine vordringliche Aufgabe ist,

erneut erklärend, daß die Verwaltungsmacht dafür verantwortlich ist, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Gebiets zu fördern, und feststellend, daß zwar im Tourismus ein Wirtschaftswachstum zu verzeichnen war, andere Wirtschaftssektoren jedoch in der Wirtschaftstätigkeit des Gebiets weiterhin eine untergeordnete Rolle spielen,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die fortgesetzte rechtswidrige Tätigkeit ausländischer Fischer, und hervorhebend, daß die derzeitigen Fischbestände durch diese unkontrollierte Ausbeutung erschöpft und künftige Erträge beeinträchtigt werden könnten,

in Anbetracht dessen, daß es dringend notwendig ist, daß Einheimische in allen Bereichen zu Führungskräften ausgebildet werden, und mit Genugtuung von den Maßnahmen Kenntnis nehmend, welche die Gebietsregierung in dieser Hinsicht ergreift,

mit Besorgnis feststellend, daß das Gebiet für den Drogenhandel und damit zusammenhängende Aktivitäten anfällig ist,

erfreut über den Beitrag, den die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, sowie Regionalorganisationen zur Entwicklung des Gebiets leisten,

feststellend, daß das Gebiet weiterhin in regionalen und anderen internationalen Organisationen mitarbeitet,

dem Volk der Britischen Jungferninseln *ihr Mitgefühl zum Ausdruck bringend* für die umfangreichen Schäden, die im September 1989 durch Hurrikan Hugo verursacht wurden,

daran erinnernd, daß 1976 eine Besuchsdelegation der Vereinten Nationen in das Gebiet entsandt wurde,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu verschaffen, und die Auffassung vertretend, daß die Möglichkeit im Auge behalten werden sollte, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation auf die Britischen Jungferninseln zu entsenden,

1. *billigt* das die Britischen Jungferninseln betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Britischen Jungferninseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Ausübung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung des Gebiets auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung, die für die Britischen Jungferninseln volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *erklärt erneut*, daß das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland als Verwaltungsmacht dafür verantwortlich ist, in dem Gebiet Bedingungen zu schaffen, die es dem Volk der Britischen Jungferninseln ermöglichen, sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Resolution 1514 (XV) sowie gemäß allen anderen einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung frei und ohne Einmischung auszuüben;

5. *erklärt erneut*, daß es gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung letztlich Sache des Volkes der Britischen Jungferninseln selbst ist, frei seinen künftigen politischen Status zu bestimmen, und erklärt in diesem Zusammenhang erneut, wie wichtig es ist, das Volk des Gebiets darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten ihm bei der Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung offenstehen;

6. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, gemeinsam mit der Gebietsregierung auch künftig Maßnahmen zur Stärkung und Diversifizierung der Wirtschaft des Gebiets zu treffen;

7. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung wirksame Maßnahmen zu treffen, um die unveräußerlichen Eigentums- und Verfügungsrechte des Volkes der Britischen Jungferninseln über die natürlichen Ressourcen des Gebiets, einschließlich der Meeresressourcen, sowie dessen Recht auf die Übernahme und Beibehaltung der Kontrolle über die künftige Erschließung dieser Ressourcen sicherzustellen;

8. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, gemeinsam mit der Gebietsregierung weitere Maßnahmen in bezug auf die Ausbildung von einheimischen Führungskräften zu treffen, um deren breitere Mitwirkung an den Entscheidungsprozessen in allen Sektoren zu erleichtern;

9. *fordert* die Verwaltungsmacht *außerdem auf*, gemeinsam mit der Gebietsregierung weiter alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die mit dem Drogenhandel zusammenhängenden Probleme anzugehen;

10. *erneuert ihren Appell* an die Verwaltungsmacht, den Britischen Jungferninseln weiterhin die Mitarbeit in verschiedenen internationalen und regionalen Organisationen sowie in anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zu erleichtern;

11. *bittet* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die entsprechenden Regionalorganisationen *nachdrücklich*, verstärkt Maßnahmen zur Beschleunigung von Fortschritten in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets zu treffen;

12. *bittet* die Mitgliedstaaten sowie die Sonderorganisationen und die anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *nachdrücklich* um jede nur erdenkliche Unterstützung zur Sanierung und zum Wiederaufbau des von Hurrikan Hugo verwüsteten Gebiets;

13. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation auf die Britischen Jungferninseln zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/96 – Montserrat-Frage

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Montserrat-Frage,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[16],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Montserrat, darunter insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/38 vom 22. November 1988,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und zügige Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich dieses Gebiets sicherzustellen,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland als der Verwaltungsmacht[17],

im Hinblick darauf, daß die Regierung der Verwaltungsmacht, des Vereinigten Königreichs, hinsichtlich ihrer Politik erklärt hat, sie sei nach wie vor bereit, positiv auf den ausdrücklichen Wunsch der Gebietsbevölkerung in der Frage der Unabhängigkeit zu reagieren[18],

unter Hinweis auf die zwischen einem Berater des Ministeriums des Vereinigten Königreichs für Auswärtige und Commonwealth-Angelegenheiten und dem Exekutivrat von Montserrat im Mai 1988 abgehaltenen Erörterungen und unter Hinweis auf den vom Obersten Minister von Montserrat geäußerten Wunsch, einige dem Gouverneur vorbehaltene Befugnisse auf die gewählte Regierung zu übertragen,

Kenntnis nehmend von der Erklärung des Obersten Ministers, daß allen Schritten zur politischen Unabhän-

gigkeit ein Referendum vorausgehen sollte und daß seine Regierung die Unabhängigkeit wie auch die Beteiligung an dem politischen Zusammenschluß der Länder der Organisation der ostkaribischen Staaten befürworte,

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten des Gebiets in bezug auf seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität des Gebiets die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine vordringliche Aufgabe ist,

Kenntnis nehmend von den Maßnahmen, die die Gebietsregierung ergreift, um die Effizienz des öffentlichen Dienstes zu steigern, von dem Vorrang, den sie der Heranbildung von Führungskräften und dem Ausbau des Bildungssystems einräumt, sowie von ihren Bemühungen, Frauen in alle Phasen der nationalen Entwicklung einzubeziehen, sowie unter Hinweis auf die Notwendigkeit, das Gebiet an der diesbezüglichen Tätigkeit der betreffenden Organe der Vereinten Nationen zu beteiligen,

erfreut über den Beitrag der Sonderorganisationen und anderen in Montserrat tätigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, zur Entwicklung des Gebietes,

mit Besorgnis feststellend, daß das Gebiet nach der Kündigung der assoziierten Mitgliedschaft Montserrats in der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur durch die Verwaltungsmacht im Jahr 1983 auch weiterhin keinen Anteil an den Aktivitäten dieser Organisation hat, sowie sich dessen bewußt, daß die Regierung Montserrats an der Wiederaufnahme des Gebiets als assoziiertes Mitglied der Organisation lebhaft interessiert ist,

dem Volk von Montserrat *ihr Mitgefühl zum Ausdruck bringend* für die umfangreichen Schäden, die im September 1989 von Hurrikan Hugo verursacht wurden,

daran erinnernd, daß 1975 und 1982 Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen in das Gebiet entsandt wurden,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu verschaffen, und die Auffassung vertretend, daß die Möglichkeit im Auge behalten werden sollte, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation nach Montserrat zu entsenden,

1. *billigt* das Montserrat betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes von Montserrat auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Ausübung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung des Gebiets auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung, die für Montserrat volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *erklärt von neuem*, daß das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland als Verwaltungsmacht dafür verantwortlich ist, in Montserrat Bedingungen zu schaffen, die es dem Volk des Gebiets ermöglichen, sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Resolution 1514 (XV) sowie gemäß allen anderen einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung frei und ohne Einmischung auszuüben;

5. *erklärt erneut*, daß es gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung letztlich Sache des Volkes von Montserrat selbst ist, seinen künftigen politischen Status zu bestimmen, und ruft die Verwaltungsmacht erneut auf, gemeinsam mit der Gebietsregierung das Volk von Montserrat mit Hilfe entsprechender Programme darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten ihm bei der Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit offenstehen;

6. *erklärt erneut*, daß die Verwaltungsmacht dafür verantwortlich ist, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Montserrats zu fördern, und fordert die Verwaltungsmacht auf, gemeinsam mit der Regierung des Gebiets dessen Volkswirtschaft weiter zu stärken und ihre Unterstützung für die Diversifizierungsprogramme weiter zu erhöhen;

7. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das unveräußerliche Eigentums- und Verfügungsrecht des Volkes von Montserrat über die natürlichen Ressourcen des Gebiets, einschließlich der Meeresressourcen, sowie dessen Recht auf die Übernahme und Beibehaltung der Kontrolle über die künftige Erschließung dieser Ressourcen zu gewährleisten und zu garantieren;

8. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung die Knappheit an Humanressourcen dadurch zu überwinden, daß sie durch die Schaffung entsprechender Anreize Einheimischen zu besseren Beschäftigungsmöglichkeiten in Montserrat selbst verhilft und im Ausland lebende einheimische Fachkräfte zur Rückkehr bewegt;

9. *bittet* die Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie andere internationale und regionale Organisationen, ihre Bemühungen um einen schnelleren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in dem Gebiet zu intensivieren;

10. *bittet* die Mitgliedstaaten sowie die Sonderorganisationen und die anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *nachdrücklich* um jede nur erdenkliche Unterstützung zur Sanierung und zum Wiederaufbau des von Hurrikan Hugo verwüsteten Gebiets;

11. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, gemeinsam mit der Gebietsregierung dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die Wiederaufnahme Montserrats als assoziiertes Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu erleichtern;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation nach Montserrat zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der General-

versammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/97 – Frage Amerikanisch-Samoas

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage Amerikanisch-Samoas,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[14],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Amerikanisch-Samoa, insbesondere auf die Generalversammlungsresolution 43/43 vom 22. November 1988,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, sich für Fortschritte auf dem Weg zur vollen Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich Amerikanisch-Samoas einzusetzen,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters der Vereinigten Staaten von Amerika als der Verwaltungsmacht[15],

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten des Gebiets in bezug auf seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität des Gebiets die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine vordringliche Aufgabe ist,

im Hinblick darauf, daß der gegenwärtige Oberste Richter (*Chief Justice*) des Gebiets der erste einheimische Amerikanisch-Samoaner ist, der in dieses Amt eingesetzt worden ist,

daran erinnernd, daß 1981 eine Besuchsdelegation der Vereinten Nationen in das Gebiet entsandt wurde,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu verschaffen, und bekräftigend, wie wertvoll es wäre, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation nach Amerikanisch-Samoa zu entsenden,

1. *billigt* das Amerikanisch-Samoa betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes von Amerikanisch-Samoa auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Ausübung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung des Gebiets auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung, die für Amerikanisch-Samoa volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *fordert* die Regierung der Verwaltungsmacht, der Vereinigten Staaten von Amerika, *auf*, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um unter Berücksichtigung der in einem Akt der Selbstbestimmung frei geäußerten Rechte, Interessen und Wünsche des Volkes von Amerikanisch-Samoa den Entkolonialisierungsprozeß des Gebiets gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung zu beschleunigen, und erklärt erneut, wie wichtig es ist, das Volk Amerikanisch-Samoas darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten ihm bei der Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit offenstehen;

5. *erklärt erneut*, daß die Verwaltungsmacht nach der Charta dafür verantwortlich ist, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Amerikanisch-Samoas zu fördern, und fordert die Verwaltungsmacht auf, ihre Bemühungen um die Stärkung und Diversifizierung der Wirtschaft des Gebiets zu intensivieren;

6. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das unveräußerliche Eigentums- und Verfügungsrecht des Volkes von Amerikanisch-Samoa bezüglich der natürlichen Ressourcen des Gebiets, einschließlich der Meeresressourcen, sowie sein Recht auf die Übernahme und Beibehaltung der Kontrolle über die künftige Erschließung dieser Ressourcen zu gewährleisten und zu garantieren;

7. *appelliert erneut* an die Verwaltungsmacht, dem Wunsch der Bevölkerung des Gebiets entgegenzukommen, den Obersten Richter (*Chief Justice*) und die anderen Richter des Gebiets selbst ernennen zu dürfen;

8. *bittet* die Verwaltungsmacht *außerdem nachdrücklich*, auch weiterhin enge Beziehungen zwischen dem Gebiet und anderen Nachbarinseln in der Region zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen der Gebietsregierung und den regionalen Institutionen sowie den Sonderorganisationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zu unterstützen;

9. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht und unter besonderer Berücksichtigung der Wünsche der Bevölkerung des Gebiets eine weitere Besuchsdelegation nach Amerikanisch-Samoa zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/98 – Guam-Frage

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Guam-Frage,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[21],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewäh-

[21] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. IV, VI und X.

rung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Guam, darunter insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/42 vom 22. November 1988,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und zügige Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich des Gebiets zu gewährleisten,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht, der Vereinigten Staaten von Amerika[15],

daran erinnernd, daß durch 1987 in Guam durchgeführte Volksbefragungen ein Gesetzentwurf über die Errichtung eines Commonwealth gebilligt wurde, der bei Verabschiedung durch den Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika das Recht des Volkes von Guam bekräftigen würde, seine eigene Verfassung auszuarbeiten und sich selbst zu regieren,

im Hinblick darauf, daß der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Commonwealth vorsieht, daß der Kongreß der Vereinigten Staaten das unveräußerliche Selbstbestimmungsrecht des Volkes der Chamorros anerkennt, das in der Verfassung von Guam verankert werden soll,

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten des Gebiets in bezug auf seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität des Gebiets die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine vordringliche Aufgabe ist,

Kenntnis nehmend von der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht, der zufolge sich der Kongreß der Vereinigten Staaten mit einer Gesetzesvorlage zur Freigabe von 1.431 Hektar Land befaßt, das vom Verteidigungsministerium nicht länger benötigt wird, und daß der 100. Kongreß der Vereinigten Staaten die Frage geprüft hat, und im Hinblick darauf, daß ein Beschluß in dieser Angelegenheit noch aussteht,

im Hinblick auf die Möglichkeiten für eine Diversifizierung und Entwicklung der Volkswirtschaft von Guam durch kommerziellen Fischfang und Landwirtschaft,

Kenntnis nehmend von der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht betreffend die Zunahme des Tourismus und den Wunsch der Regierung von Guam nach einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum,

sowie Kenntnis nehmend von der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht, der zufolge die kulturelle Identität der Ureinwohner Guams, der Chamorros, anerkannt würde,

daran erinnernd, daß 1979 eine Besuchsdelegation der Vereinten Nationen in das Gebiet entsandt wurde,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu verschaffen, und erneut die Auffassung vertretend, daß die Möglichkeit im Auge behalten werden sollte, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation nach Guam zu entsenden,

1. *billigt* das Guam betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes von Guam auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Überzeugung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die Verwirklichung der Erklärung, die für Guam volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, das Volk von Guam darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten ihm hinsichtlich seines Rechts auf Selbstbestimmung offenstehen, und fordert die Vereinigten Staaten von Amerika als Verwaltungsmacht auf, gemeinsam mit der Gebietsregierung den Entkolonialisierungsprozeß in strikter Übereinstimmung mit den ausdrücklichen Wünschen der Gebietsbevölkerung zu beschleunigen;

5. *bekräftigt ihre feste Überzeugung*, daß das Bestehen von Militärstützpunkten und militärischen Einrichtungen in dem Gebiet ein großes Hindernis für die Verwirklichung der Erklärung darstellen könnte und daß die Verwaltungsmacht dafür zu sorgen hat, daß das Bestehen derartiger Stützpunkte und Einrichtungen die Gebietsbevölkerung nicht an der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen hindert;

6. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, weiter alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit das Gebiet nicht in gegen andere Staaten gerichtete Offensiv- oder Einmischungshandlungen hineingezogen wird, und bittet sie außerdem nachdrücklich, die Ziele und Grundsätze der Charta, die Erklärung sowie die Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung über militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in den ihrer Verwaltung unterstehenden Gebieten uneingeschränkt zu beachten;

7. *erklärt erneut*, daß die Verwaltungsmacht nach der Charta dafür verantwortlich ist, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Guams zu fördern, und fordert die Verwaltungsmacht in diesem Zusammenhang auf, weitere Schritte zur Stärkung und Diversifizierung der Wirtschaft des Gebiets zu unternehmen, um seine wirtschaftliche Abhängigkeit von der Verwaltungsmacht zu verringern;

8. *äußert erneut die Auffassung*, daß eines der Hindernisse für das Wirtschaftswachstum in Guam darin besteht, daß sich ein großer Teil des Grund und Bodens im Besitz der Bundesbehörden der Vereinigten Staaten befindet, und fordert die Verwaltungsmacht auf, gemeinsam mit der Gebietsregierung die Übereignung von Land an das Volk des Gebiets zu beschleunigen und die erforderlichen Schritte zum Schutz der Eigentumsrechte der Gebietsbevölkerung zu unternehmen;

9. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung auch weiterhin wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das unveräußerliche Eigentums- und Verfügungsrecht des Volkes von Guam über die natürlichen Ressourcen des Gebiets, einschließlich der Meeresressourcen, sowie sein Recht auf die Übernahme und Beibehaltung der Kontrolle über die künftige Erschließung dieser Ressourcen zu gewährleisten und zu garantieren, wie auch Maßnahmen der Gebietsregierung zu unterstützen, mit denen Wachstums-

schranken für den kommerziellen Fischfang und die Landwirtschaft beseitigt werden sollen;

10. *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, daß sich die Gebietsregierung mit Unterstützung der Verwaltungsmacht auch weiterhin darum bemüht, die einzigartige kulturelle Identität von Guam zu fördern und zu entwickeln;

11. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, den Status und die Rechte des Volkes der Chamorros uneingeschränkt anzuerkennen;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation nach Guam zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

44/99 – Frage der Amerikanischen Jungferninseln

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Amerikanischen Jungferninseln,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[19],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu den Amerikanischen Jungferninseln, darunter insbesondere die Generalversammlungsresolution 43/44 vom 22. November 1988,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und zügige Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich des Gebietes zu gewährleisten,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters der Vereinigten Staaten von Amerika als der Verwaltungsmacht[15],

unter Hinweis auf die Erklärung der Vertreterin der Verwaltungsmacht, die Mitwirkung der Gebietsbevölkerung am Wahlvorgang habe gezeigt, daß sie ihre Verantwortung für die Gestaltung der örtlichen öffentlichen und politischen Angelegenheiten wahrnehme, sowie unter Hinweis darauf, daß die Vertreterin der Verwaltungsmacht hinsichtlich der Politik ihrer Regierung erneut betont hat, diese werde auf die Wünsche der Bevölkerung hinsichtlich ihres künftigen politischen Status eingehen, sobald sie angebe, in welcher Richtung sie vorgehen wolle[22],

mit Genugtuung davon Kenntnis nehmend, daß der Ausschuß für Statusfragen und die Beziehungen zu den Bundesbehörden des Gebiets im September 1988 seine Arbeit zur Vorbereitung des für den 14. November 1989 anberaumten Referendums über den künftigen politischen Status des Gebiets aufgenommen hat,

jedoch *feststellend*, daß die von Hurrikan Hugo verursachte Verwüstung des Gebiets zur Vertagung des Referendums auf unbestimmte Zeit geführt hat,

sowie feststellend, daß ein Gesetz vom Juli 1988 die für eine Teilnahme an den allgemeinen Wahlen erforderliche Aufenthaltsdauer von 30 auf 90 Tage verlängern würde und daß eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten das neue Gesetz für ungültig erklären könnte, bevor es zu den für 1990 anberaumten allgemeinen Wahlen in dem Gebiet in Kraft treten soll[23],

in Kenntnis der besonderen Gegebenheiten des Gebiets in bezug auf seine geographische Lage und seine wirtschaftlichen Verhältnisse sowie eingedenk der Tatsache, daß im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität des Gebiets die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Volkswirtschaft eine vordringliche Aufgabe ist,

Kenntnis nehmend von den Maßnahmen, die die Gebietsregierung zur Zeit ergreift, um die finanzielle Existenzfähigkeit des Gebiets zu stärken und seine wirtschaftliche Entwicklung zu erleichtern,

Kenntnis nehmend von der Erklärung des Vertreters des Gebiets, seine Regierung teile die Besorgnis anderer karibischer Länder über die rasche Erschöpfung der Meeresressourcen der Region infolge einer massiven Überfischung in erster Linie durch nicht aus der Region stammende große Schiffe, und eingedenk der Maßnahmen, die von der Gebietsregierung und der Verwaltungsmacht zur Lösung dieses Problems getroffen wurden,

Kenntnis nehmend von der erklärten Haltung der Regierung der Amerikanischen Jungferninseln in der Frage, wie über Water Island zu verfügen ist, sowie hinsichtlich der Notwendigkeit, daß das Gebiet die Verfügungsgewalt über seine eigenen Ressourcen ausübt[24],

sowie Kenntnis nehmend von der von einem Beschwerdeführer nach wie vor zum Ausdruck gebrachten Besorgnis über die Rückgewinnung und Erschließung des unter Wasser stehenden Gebiets in Long Bay im Charlotte-Amalie-Hafen und Kenntnis nehmend von der Erklärung der Vertreterin der Verwaltungsmacht, daß die Frage gerichtlich beigelegt worden sei und daß diese Aktivitäten der Bestimmungsgewalt der Gebietsregierung unterstehen,

mit Besorgnis feststellend, daß das Gebiet für den Drogenhandel und damit zusammenhängende Aktivitäten anfällig ist,

in Kenntnisnahme des aktiven Interesses der Regierung der Amerikanischen Jungferninseln an einer Mitwirkung an der entsprechenden Tätigkeit der betreffenden internationalen und regionalen Organisationen,

dem Volk der Amerikanischen Jungferninseln *ihr Mitgefühl zum Ausdruck bringend* für die umfangreichen Schäden, die im September 1989 durch Hurrikan Hugo verursacht wurden,

daran erinnernd, daß 1977 eine Besuchsdelegation der Vereinten Nationen in das Gebiet entsandt wurde,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel sind, um sich von der Lage in den kleinen Gebieten ein Bild zu ver-

[22] *Official Records of the General Assembly, Forty-third Session, Fourth Committee*, 11. Sitzung mit Korrigendum.

[23] Siehe A/AC.109/986, Ziffer 20.

[24] Siehe A/AC.109/955, Ziffer 33 und 53-55.

schaffen, sowie die Auffassung vertretend, daß die Möglichkeit im Auge behalten werden sollte, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation auf die Amerikanischen Jungferninseln zu entsenden,

1. *billigt* das die Amerikanischen Jungferninseln betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Amerikanischen Jungferninseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Ausübung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung des Gebiets auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung, die für die Amerikanischen Jungferninseln volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *erklärt erneut*, daß die Vereinigten Staaten von Amerika als Verwaltungsmacht dafür verantwortlich sind, auf den Amerikanischen Jungferninseln auch weiterhin Bedingungen zu schaffen, die es dem Volk des Gebiets ermöglichen, sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Resolution 1514 (XV) frei und ohne Einmischung auszuüben;

5. *erklärt erneut*, daß es gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, der Erklärung und den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung letztlich Sache des Volkes der Amerikanischen Jungferninseln selbst ist, seinen künftigen politischen Status zu bestimmen, und fordert die Verwaltungsmacht in diesem Zusammenhang auf, gemeinsam mit der Gebietsregierung in dem Gebiet politische Bildungsprogramme zu fördern, um die Bevölkerung darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten ihr bei der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung offenstehen;

6. *erklärt erneut*, daß die Verwaltungsmacht nach der Charta dafür verantwortlich ist, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Amerikanischen Jungferninseln auch weiterhin zu fördern, und bittet die Verwaltungsmacht nachdrücklich, gemeinsam mit der Gebietsregierung auch weiterhin Maßnahmen zur Stärkung und Diversifizierung der Wirtschaft des Gebiets zu ergreifen;

7. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, gemeinsam mit der Gebietsregierung wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das unveräußerliche Eigentums- und Verfügungsrecht des Volkes der Amerikanischen Jungferninseln über die natürlichen Ressourcen des Gebiets, einschließlich der Meeresressourcen, sowie sein Recht auf die Übernahme und Beibehaltung der Kontrolle über die künftige Erschließung dieser Ressourcen zu gewährleisten und zu garantieren;

8. *äußert ihre Besorgnis* über die fortgesetzte, zur Erschöpfung führende Ausbeutung der Meeresressourcen des Gebiets und bittet die Verwaltungsmacht nachdrücklich, im Benehmen mit der Gebietsregierung die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um diese Entwicklung umzukehren;

9. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, gemeinsam mit der Gebietsregierung auch weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um gegen die mit dem Drogenhandel zusammenhängenden Probleme anzugehen;

10. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, die Mitarbeit der Amerikanischen Jungferninseln in verschiedenen internationalen und regionalen Organisationen zu erleichtern;

11. *bittet* die Mitgliedstaaten sowie die Sonderorganisationen und die anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *nachdrücklich* um jede nur erdenkliche Unterstützung zur Sanierung und zum Wiederaufbau des von Hurrikan Hugo verwüsteten Gebiets;

12. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, auch weiterhin alles Erforderliche zu tun, um die Ziele und Grundsätze der Charta, die Erklärung sowie die einschlägigen Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung über militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in ihrer Verwaltung unterstehenden Gebieten strikt zu beachten;

13. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, zu gegebener Zeit im Benehmen mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation auf die Amerikanischen Jungferninseln zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen, insbesondere vor dem Hintergrund des im siebenten und achten Präambelabsatz erwähnten Referendums, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

80. Plenarsitzung
11. Dezember 1989

VIII. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES FÜNFTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
44/44	Finanzierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika (A/44/847)	159	7. Dezember 1989	310
44/183	Finanzberichte und geprüfte Rechnungsabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses (A/44/674)	121	19. Dezember 1989	311
44/184	Gemeinsame Inspektionsgruppe (A/44/675)	127	19. Dezember 1989	313
44/185	Personalfragen (A/44/880)			
	A. Personalstruktur des Sekretariats	130 *a*)	19. Dezember 1989	314
	B. Personalgerichtsbarkeit im Sekretariat	130 *c*)	19. Dezember 1989	315
	C. Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat	130 *c*)	19. Dezember 1989	315
	D. Obligatorische Ruhestands-Altersgrenze für neue Bedienstete	130 *c*)	19. Dezember 1989	316
44/186	Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Beamten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen (A/44/880)	130 *b*)	19. Dezember 1989	316
44/187	Finanzierung der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (A/44/887)	133 *a*)	21. Dezember 1989	318
44/188	Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon (A/44/888)	133 *b*)	21. Dezember 1989	319
44/189	Finanzierung der Militärischen Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran (A/44/889)	134	21. Dezember 1989	320
44/190	Finanzierung der Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola (A/44/890)	135	21. Dezember 1989	321
44/191	Finanzierung der Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit (A/44/891)	136	21. Dezember 1989	322
44/192	Verwaltungs- und haushaltstechnische Aspekte der Finanzierung der Friedensoperationen der Vereinten Nationen (A/44/892)			
	Resolution A	137	21. Dezember 1989	323
	Resolution B	137	21. Dezember 1989	324
	Resolution C	137	21. Dezember 1989	325
44/193	Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1988-1989 (A/44/894)			
	A. Endgültige Mittelbewilligungen für den Zweijahreszeitraum 1988-1989	122	21. Dezember 1989	325
	B. Endgültige Einnahmenvoranschläge für den Zweijahreszeitraum 1988-1989	122	21. Dezember 1989	328
44/194	Programmplanung (A/44/902)	124	21. Dezember 1989	328
44/195	Derzeitige Finanzkrise und finanzielle Notlage der Vereinten Nationen (A/44/899 und A/44/900)			
	Resolution A	40 und 125	21. Dezember 1989	330
	Resolution B	40 und 125	21. Dezember 1989	331
44/196	Konferenzplan (A/44/895)			
	A. Bericht des Konferenzausschusses	128	21. Dezember 1989	331
	B. Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation	128	21. Dezember 1989	332
	C. Durchführung der Generalversammlungsresolution 42/207 C	128	21. Dezember 1989	332
44/197	Beitragstabelle für die Aufteilung der Ausgabenlast der Vereinten Nationen (A/44/896)			
	Resolution A	129	21. Dezember 1989	333
	Resolution B	129	21. Dezember 1989	333
	Resolution C	129	21. Dezember 1989	333
44/198	Gemeinsames System der Vereinten Nationen: Bericht der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst (A/44/898)	131	21. Dezember 1989	334
44/199	Pensionssystem der Vereinten Nationen (A/44/897)	132	21. Dezember 1989	339

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses sind in Abschnitt X.B.7 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
44/200	Durchführung der Generalversammlungsresolution 41/213 (A/44/901)			
	Resolution A	38	21. Dezember 1989	342
	Resolution B	38	21. Dezember 1989	344
	Resolution C	38	21. Dezember 1989	345
44/201	Fragen im Zusammenhang mit dem Entwurf des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 (A/44/905)			
	Resolution A	123	21. Dezember 1989	345
	Resolution B	123	21. Dezember 1989	346
44/202	Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 (A/44/905)			
	A. Mittelbewilligungen für den Zweijahreszeitraum 1990-1991	123	21. Dezember 1989	349
	B. Einnahmenvoranschläge für den Zweijahreszeitraum 1990-1991	123	21. Dezember 1989	351
	C. Finanzierung der Mittelbewilligungen für das Jahr 1990	123	21. Dezember 1989	351
44/203	Unvorhergesehene und außerordentliche Ausgaben für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 (A/44/905)	123	21. Dezember 1989	352
44/204	Betriebsmittelfonds für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 (A/44/905)	123	21. Dezember 1989	352

44/44 — Finanzierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Finanzierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika[2] und des damit zusammenhängenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[3],

eingedenk der Sicherheitsratsresolution 644 (1989) vom 7. November 1989, mit der der Rat die Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika für einen Zeitraum von sechs Monaten eingerichtet hat,

im Hinblick darauf, daß es sich bei den Kosten der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika um Ausgaben der Organisation handelt, die gemäß Artikel 17 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen von den Mitgliedstaaten zu tragen sind,

eingedenk dessen, daß es unerläßlich ist, die Gruppe mit den Finanzmitteln auszustatten, die sie benötigt, um ihren Aufgaben gemäß der entsprechenden Resolution des Sicherheitsrats nachkommen zu können,

mit der nachdrücklichen Bitte an alle Mitgliedstaaten, alle nur denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, daß ihre veranlagten Beiträge zu der Gruppe vollständig und rechtzeitig bezahlt werden,

in der Erkenntnis, daß zur Bestreitung der durch die Gruppe verursachten Ausgaben ein anderes Verfahren geboten ist als bei der Deckung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die wirtschaftlich weiter entwickelten Länder zu verhältnismäßig größeren Beiträgen in der Lage sind und daß die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder in relativ begrenztem Maße imstande sind, zu einer solchen Operation beizutragen,

eingedenk der aus Generalversammlungsresolution 1874 (S-IV) vom 27. Juni 1963 hervorgehenden besonderen Verantwortung der dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehörenden Staaten bei der Finanzierung der Gruppe,

eingedenk der Auffassungen, die im Fünften Ausschuß zu den Anträgen einiger Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebracht wurden[4], ihre Einstufung in die bestehenden Mitgliedstaaten-Gruppen "b", "c" und "d", die auf der Grundlage der in Generalversammlungsresolution 3101 (XXVIII) vom 11. Dezember 1973 dargelegten Kriterien eingerichtet wurden, zu ändern,

1. *schließt sich* den Bemerkungen, Empfehlungen und Schlußfolgerungen im Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[3] *an*;

2. *beschließt*, für die Operationen der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika in der Zeit vom 7. November 1989 bis einschließlich 6. Mai 1990 entsprechend den Bestimmungen der Generalversammlungsresolution 42/227 vom 21. Dezember 1987 einen Betrag von 40.800.000 US-Dollar, einschießlich des mit Zustimmung des Beratenden Ausschusses genehmigten Betrages von 3.450.000 US-Dollar bereitzustellen, und ersucht den Generalsekretär, ein Sonderkonto für die Gruppe einzurichten;

3. *beschließt außerdem* als Ad-hoc-Regelung die Aufteilung des Betrages von 40.800.000 US-Dollar für den obengenannten Zeitraum unter den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, wobei sie sich vorbehaltlich einer Änderung aufgrund eines Beschlusses, der von der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung über die Zusammensetzung der vier Mitgliedstaaten-Gruppen "a", "b", "c" und "d" zu fassen ist[5], an die in Ziffer 3 und 4 der Generalversammlungsresolution 43/232 vom 1. März 1989 dargelegte Zusammensetzung der Gruppen hält und die Beitragstabelle für die Jahre 1989, 1990 und 1991[6] heranzieht;

4. *beschließt ferner*, daß in Übereinstimmung mit ihrer Resolution 973 (X) vom 15. Dezember 1955 von der Kostenaufteilung unter den Mitgliedstaaten gemäß Ziffer 3 der jeweilige Anteil am Guthaben des Steuerausgleichsfonds aufgrund des genehmigten Schätzbetrags für das Personalabgabeaufkommen von 600.000 US-Dollar für den oben erwähnten Zeitraum abzusetzen ist;

[2] A/44/246/Add.1.
[3] A/44/246/Add.2.
[4] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Fifth Committee*, 45. bis 49. Sitzung, mit Korrigendum.
[5] Siehe Resolution 44/192 B.
[6] Siehe Resolution 43/223 A.

5. *ermächtigt* den Generalsekretär, für den Fall, daß der Sicherheitsrat beschließen sollte, das Mandat der Gruppe über den in seiner Resolution 644 (1989) genehmigten Zeitraum von sechs Monaten hinaus zu verlängern, mit vorheriger Zustimmung des Beratenden Ausschusses für die Gruppe für den am 7. Mai 1990 beginnenden Zwölfmonatszeitraum Ausgabenverpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 4.524.100 US-Dollar brutto (4.389.500 US-Dollar netto) pro Monat einzugehen, wobei der genannte Betrag nach dem in Ziffer 3 und 4 dieser Resolution dargelegten Schema aufzuteilen ist;

6. *bittet* um freiwillige Beiträge zu der Gruppe sowohl in Form von Barzahlungen als auch in Form von für den Generalsekretär annehmbaren Dienst- und Sachleistungen, die gegebenenfalls entsprechend den von der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung festzulegenden Verfahren[7] zu verwalten sind;

7. *ersucht* den Generalsekretär, alles Erforderliche zu veranlassen, um sicherzustellen, daß die Gruppe unter Berücksichtigung der einschlägigen Bemerkungen im Bericht des Beratenden Ausschusses so effizient und sparsam wie möglich verwaltet wird;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Finanzierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung und ersucht den Generalsekretär in diesem Zusammenhang, die entsprechende Dokumentation vorzulegen.

77. Plenarsitzung
7. Dezember 1989

44/183 – Finanzberichte und geprüfte Rechnungsabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Finanzberichte und der geprüften Rechnungsabschlüsse für die am 31. Dezember 1988 abgelaufene Rechnungsperiode des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen[8], des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten[9], des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen[10], der vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge verwalteten freiwilligen Fonds[11] und des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen[12] sowie der Prüfungsberichte und Bestätigungsvermerke des Rechnungsprüfungsausschusses[13], des Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[14], der knappen Zusammenfassung der wichtigsten in den Berichten des Rechnungsprüfungsausschusses enthaltenen Erkenntnisse, Schlußfolgerungen und Empfehlungen von allgemeinem Interesse[15], des Berichts über die Gliederung und die Form der Rechnungsabschlüsse sowie über die Grundsätze des Rechnungswesens aller geprüften Organisationen und Programme[16] und der gemäß Ziffer 6 und 7 der Generalversammlungsresolution 43/216 vom 21. Dezember 1988 vorgelegten Berichte[17],

mit Besorgnis feststellend, daß der Rechnungsprüfungsausschuß aus den in seinen Berichten angeführten Gründen zu den Rechnungsabschlüssen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen eingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt hat und außerdem einen eingeschränkten Bestätigungsvermerk hinsichtlich der Einhaltung der Finanzordnung der Vereinten Nationen und der Rechtsgrundlagen bei den Transaktionen des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen erteilt hat,

sowie mit Besorgnis feststellend, daß einige diesen Gegenstand betreffende Berichte, welche zur Behandlung durch die Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung bestimmt waren, verspätet herausgegeben wurden,

feststellend, daß sich eine Reihe von Organisationen und Programmen der Vereinten Nationen bemüht haben, die Gliederung und die Form ihrer Rechnungsabschlüsse und die von ihnen angewandten Grundsätze des Rechnungswesens zu verbessern,

unter Berücksichtigung der Auffassungen, die die Delegationen, der Rechnungsprüfungsausschuß und der Beratende Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen während der Debatte zu diesem Gegenstand im Fünften Ausschuß vertreten haben[18], wie auch der Tatsache, daß Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, der Wirksamkeit, des Managements, der finanziellen Verantwortlichkeit, der Haushaltskontrolle und der Vereinheitlichung der Gliederung und der Form der Rechnungsabschlüsse und der Grundsätze des Rechnungswesens sowie der Buchungsgepflogenheiten und -verfahren der betreffenden Organisationen und Programme der Vereinten Nationen allgemein befürwortet werden,

unter Betonung der Notwendigkeit einer Vereinheitlichung der Gliederung und der Form der Rechnungsabschlüsse sowie der Grundsätze des Rechnungswesens der Organisationen und Programme der Vereinten Nationen,

sowie unter Betonung der Wichtigkeit einer wirksamen internen Rechnungsprüfung in den Organisationen und Programmen, über die der Rechnungsprüfungsausschuß Bericht erstattet,

1. *nimmt* die Finanzberichte und geprüften Rechnungsabschlüsse sowie die Bestätigungsvermerke und Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsausschusses zu den zuvor erwähnten Organisationen *an*;

2. *ersucht* die Leitungsgremien des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen und des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen, die jeweiligen Leiter anzuweisen, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs unverzüglich Schritte zur Behebung oder Verbesserung der Umstände zu unternehmen, die zu den

[7] Siehe Resolution 44/192 A.
[8] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 5A* (A/44/5/Add.1), Abschnitt I und VI.
[9] Ebd., *Beilage 5C* (A/44/5/Add.3), Abschnitt I und V.
[10] Ebd., *Beilage 5D* (A/44/5/Add.4), Abschnitt I und V.
[11] Ebd., *Beilage 5E* (A/44/5/Add.5), Abschnitt III.
[12] Ebd., *Beilage 5G* (A/44/5/Add.7), Abschnitt I und VI.
[13] Ebd., *Beilage 5A* (A/44/5/Add.1), Abschnitt II und IV; ebd., *Beilage 5C* (A/44/5/Add.3), Abschnitt II und III; ebd., *Beilage 5D* (A/44/5/Add.4), Abschnitt II und III; ebd., *Beilage 5E* (A/44/5/Add.5), Abschnitt I und II; und ebd., *Beilage 5G* (A/44/5/Add.7), Abschnitt II und IV.
[14] A/44/543.
[15] Siehe A/44/356.
[16] A/44/537.
[17] A/44/541 und A/44/544.
[18] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Fifth Committee*, 3. bis 7., 12. und 13. Sitzung, mit Korrigendum.

Einschränkungen in den Bestätigungsvermerken des Rechnungsprüfungsausschusses geführt haben;

3. *bittet nachdrücklich* die Verwaltungen und Leitungsgremien der ausführenden Organisationen und die entsprechenden anderen Beteiligten, in Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen die vom Rechnungsprüfungsausschuß hinsichtlich der Bestätigung von Programmausgaben und Programmunterstützungskosten aufgezeigten technischen Probleme zu lösen;

4. *macht sich* die Stellungnahmen und Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen in deren jeweiligen Berichten *zu eigen*;

5. *ersucht* die zuständigen Leitungsgremien sicherzustellen, daß die betreffende Leitung das Erforderliche tut, um die Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen, die in deren jeweiligen Berichten enthalten sind, umzusetzen, und ersucht sie, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

6. *ersucht* den Generalsekretär und die Leitung der betreffenden Organisationen und Programme der Vereinten Nationen, aufgrund der Bemerkungen, Stellungnahmen und Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen, die sie sich in dieser Resolution zu eigen gemacht hat, insbesondere soweit sie sich auf die Haushaltsrechnung und die Finanzberichterstattung, Programmausgaben, das Vermögen und die Schulden, einschließlich der Ausgabereste, die Kontrolle über die Haushaltsführung, die Verwaltung der Barmittel, die Haushaltsrechnung von Treuhandfonds und Managementfragen wie die vertragliche Verpflichtung von Beratern, die Vergabe von Verträgen und die Projektaufstellung beziehen, in ihrem Zuständigkeitsbereich unverzüglich geeignete Maßnahmen zu treffen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über die Leitungsgremien dieser Organisationen und Programme Bericht zu erstatten;

7. *ersucht* den Generalsekretär und die Leitung der betreffenden Organisationen und Programme der Vereinten Nationen *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Rechnungsprüfungsausschuß und den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen über die konkreten Maßnahmen Bericht zu erstatten, die zur Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses getroffen worden sind, und Erklärungen zu liefern, falls einige dieser Empfehlungen noch nicht umgesetzt wurden, und ersucht diesen Ausschuß und den Beratenden Ausschuß, die Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu bewerten und der Versammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

8. *empfiehlt*, daß alle künftigen Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses auch weiterhin separate Abschnitte enthalten sollten, in denen die Empfehlungen für die von den betreffenden Organisationen und Programmen zu treffenden Abhilfemaßnahmen unter Angabe ihrer relativen Dringlichkeit zusammengefaßt sind;

9. *empfiehlt* dem Rechnungsprüfungsausschuß *außerdem*, der Generalversammlung auch künftig ein knapp gehaltenes Dokument zu unterbreiten, in dem er seine wichtigsten Erkenntnisse, Schlußfolgerungen und Empfehlungen von allgemeinem Interesse, nach Prüfungsbereichen geordnet und gegebenenfalls unter Angabe der geprüften Organisation zusammenfaßt;

10. *billigt* die Änderungen der Finanzverfahren des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, wie sie vom Verwaltungsrat des Programms in seinem Beschluß 89/61 empfohlen worden sind[19], sowie des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, wie vom Verwaltungsrat des Programms in seinem Beschluß 89/49 empfohlen[19];

11. *ersucht* die Leitungsgremien der geprüften Organisationen und Programme mit einem zweijährlichen Haushaltszyklus, auf ihrer nächsten Tagung die Frage der Häufigkeit von Prüfungsberichten zu behandeln und dabei zu bedenken, daß eine jährliche Berichterstattung über Managementfragen wünschenswert wäre;

12. *ersucht* den Rechnungsprüfungsausschuß und den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen, gemäß Artikel 12.5 der Finanzordnung der Vereinten Nationen bei ihren Überprüfungen der Organisationen und Programme, einschließlich der Friedensoperationen, auch künftig Fragen der Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Finanzverfahren und -kontrollen, der Buchführung und der damit zusammenhängenden Verwaltungs- und Managementbereiche zu erfassen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Stärkung der Finanz- und Managementkontrollen zu empfehlen;

13. *ersucht* den Rechnungsprüfungsausschuß *außerdem* zu untersuchen, inwieweit es sinnvoll und durchführbar wäre, seine Überprüfungen, wie in Artikel 12.5 der Finanzordnung der Vereinten Nationen vorgesehen, umfassender zu gestalten, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

14. *ersucht* den Generalsekretär und die Leitung der betreffenden Organisationen und Programme der Vereinten Nationen, im Benehmen mit dem Rechnungsprüfungsausschuß und unter Berücksichtigung der entsprechenden Regeln und Vorschriften der Finanzordnung wie auch allgemein anerkannter Grundsätze des Rechnungswesens den allgemeinen Rechnungslegungsrahmen für die Erstellung von Rechnungsabschlüssen mit dem Ziel einer raschen Fertigstellung weiter auszuarbeiten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

15. *bittet* den Rechnungsprüfungsausschuß, die von jeder Organisation und jedem Programm als für sie gültig erklärten Grundsätze des Rechnungswesens laufend zu überprüfen und die Generalversammlung unter Berücksichtigung des jeweiligen Mandats der jeweiligen Körperschaft und mit dem Ziel einer besseren Vereinheitlichung konkret darauf hinzuweisen, in welchen Bereichen diese Grundsätze seiner Auffassung nach voneinander abweichen;

16. *ersucht* alle Verwaltungen und Leitungsgremien, die dies betrifft, in Zusammenarbeit mit dem Rechnungsprüfungsausschuß die Überprüfung und Klarstellung ihrer Rechnungsführung im Hinblick auf die Verbuchung von Ausgaberesten unter Berücksichtigung allgemein anerkannter Grundsätze des Rechnungswesens und der Artikel 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen abzuschließen;

[19] Siehe *Official Records of the Economic and Social Council, 1989, Supplement No. 13* (E/1989/32), Anhang I.

17. *bittet* die Regierungen, die in den Leitungsgremien der Organisationen und Programme vertreten sind, deren geprüfte Rechnungsabschlüsse von der Generalversammlung behandelt worden sind, sicherzustellen, daß den Berichten des Rechnungsprüfungsausschusses und des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen sowie den im Fünften Ausschuß dazu abgegebenen Stellungnahmen volle Beachtung geschenkt wird;

18. *legt* allen Leitungsgremien der Organisationen und Programme *nahe*, einen Vertreter des Rechnungsprüfungsausschusses zu ihren Sitzungen einzuladen, auf denen die Berichte des Ausschusses behandelt werden;

19. *ersucht* den Generalsekretär und die Leitung der betreffenden Organisationen und Programme der Vereinten Nationen sicherzustellen, daß ihre jeweiligen internen Rechnungsprüfungsabteilungen Kontrollprüfungen durchführen, um die von den Verwaltungen auf die wesentlichen Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses hin eingeleiteten Abhilfemaßnahmen zu bewerten;

20. *ersucht* die betreffenden Verwaltungen und den Rechnungsprüfungsausschuß sicherzustellen, daß die Stellungnahmen der Verwaltungen zu den Bemerkungen des Ausschusses dem Ausschuß vor der abschließenden Ausarbeitung seiner Berichte zur Verfügung stehen;

21. *ersucht* die Leitung der betreffenden Organisationen und Programme, bestehende Kontrollen und Verfahren anzuwenden, um sicherzustellen, daß im Einklang mit den Finanzvorschriften die Ausgaben die zugewiesenen Mittel nicht übersteigen, und die gültigen Disziplinarvorschriften durchzusetzen, mit dem Ziel, die Verantwortlichkeit und die Haushaltsdisziplin zu erhöhen;

22. *ersucht* den Rechnungsprüfungsausschuß und den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen, den Liquiditätsstatus aller Organisationen der Vereinten Nationen zu prüfen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

23. *ersucht* den Rechnungsprüfungsausschuß *außerdem*, für das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen in bezug auf das erste Jahr eines jeden Zweijahreszeitraums eine Prüfung von Sachfragen, so auch von Managementfragen, durchzuführen und der Generalversammlung und dem Exekutivrat des Kinderhilfswerks auf dem Weg über den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen einen Bericht über seine Erkenntnisse und Empfehlungen vorzulegen;

24. *ersucht* den Rechnungsprüfungsausschuß *ferner*, die zur Ausführung der Finanzordnung der Vereinten Nationen, insbesondere Artikel 114.1, herausgegebenen Verwaltungsvorschriften zu überprüfen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten, ob sie angemessen und wirksam sind.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/184 – Gemeinsame Inspektionsgruppe

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 40/259 vom 18. Dezember 1985, 41/213 vom 19. Dezember 1986, 42/218 vom 21. Dezember 1987 und 43/221 vom 21. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989[20], des Arbeitsprogramms der Gruppe für 1989 und der Kernpunkte ihres Arbeitsprogramms für 1990-1991[21] sowie des Berichts des Generalsekretärs über die Durchführung der Empfehlungen der Gruppe[22],

mit Genugtuung über die von der Gemeinsamen Inspektionsgruppe in Abschnitt VI ihres Berichts dargestellten und im Hinblick auf eine Steigerung der Qualität und Wirksamkeit aller Aspekte ihrer Tätigkeit weiterhin angewandten Reformmaßnahmen,

von neuem darauf hinweisend, wie wichtig es ist, daß der Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe insbesondere von den Mitgliedstaaten und den betreffenden Organisationen eingehend und rechtzeitig behandelt wird,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe[20] und von ihrem Arbeitsprogramm für 1989[21] sowie von den detaillierten Informationen im Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Empfehlungen der Gruppe[22];

2. *ersucht* die Gemeinsame Inspektionsgruppe, bei der Erstellung ihres Arbeitsprogramms Management-, Haushalts-, und Verwaltungsfragen, die für die jeweilige Tagesordnung der Leitungsgremien ihrer partipizierenden Organisationen von Relevanz sind, sowie den gemeinsamen Hauptanliegen dieser Organisationen noch größere Aufmerksamkeit zu widmen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, den Aufbau seiner Berichte über die Tätigkeit und die Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe dahin gehend zu vereinheitlichen, daß er darin vor einer eigenen Stellungnahme die Empfehlungen der Gruppe und etwaige Beschlüsse der Generalversammlung und anderer Leitungsgremien anführt;

4. *richtet die nachdrückliche Aufforderung an* den Generalsekretär und an die Gemeinsame Inspektionsgruppe, sich miteinander abzustimmen, wenn der Generalsekretär seinen Bericht über die Durchführung der Empfehlungen der Gruppe erstellt beziehungsweise wenn die Gruppe ihren Jahresbericht ausarbeitet, mit dem Ziel, der Generalversammlung ein Höchstmaß an Informationen über die Durchführung der Empfehlungen der Gruppe vorzulegen;

5. *bittet* die Gemeinsame Inspektionsgruppe, sich weiterhin in jeder nur erdenklichen Weise zu bemühen, ihre Berichte lange vor den Tagungen der Leitungsgremien ihrer partizipierenden Organisationen, insbesondere der Generalversammlung, und der entsprechenden Nebenorgane herauszugeben, um sicherzustellen, daß die Stellungnahmen des Generalsekretärs sowie gegebenenfalls des Verwaltungsausschusses für Koordinierung entsprechend den bestehenden Regelungen für die rechtzeitige Vorlage der Dokumentation erscheinen;

6. *ersucht* die Gemeinsame Inspektionsgruppe, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um ihre Berichte zu kürzen, indem sie, wann immer dies angebracht ist, ver-

[20] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 34* (A/44/34).
[21] Siehe A/44/129.
[22] A/44/488.

gleichende Tabellen und Graphiken verwendet, und zur leichteren Behandlung ihrer Berichte darin eine Zusammenfassung ihrer Empfehlungen aufzunehmen;

7. *ersucht* die Gemeinsame Inspektionsgruppe *außerdem*, bei der endgültigen Formulierung ihres Arbeitsprogramms für 1990-1991 die in dieser Resolution enthaltenen Richtlinien zu berücksichtigen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, diese Resolution der Leitung der an der Gemeinsamen Inspektionsgruppe partizipierenden Organisationen zur Kenntnis zu bringen.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/185 – Personalfragen

A

Personalstruktur des Sekretariats

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Artikel 100 und 101 der Charta der Vereinten Nationen,

in Bekräftigung ihrer Resolutionen 33/143 vom 20. Dezember 1978, 35/210 vom 17. Dezember 1980, 41/213 vom 19. Dezember 1986, 42/220 A vom 21. Dezember 1987 und 43/224 A vom 21. Dezember 1988,

unter Hervorhebung des unabhängigen internationalen Status des Personals des Sekretariats,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Personalstruktur des Sekretariats[23],

feststellend, daß mehr Staatsangehörige einiger Mitgliedstaaten, die bisher überwiegend befristete Dienstverträge hatten, heute für den Dienst im Sekretariat längerfristige Verträge und Dauerverträge annehmen,

mit Genugtuung angesichts der positiven Ergebnisse der als Mittel zur Einstellung von Staatsangehörigen nichtrepräsentierter und unterrepräsentierter Mitgliedstaaten veranstalteten einzelstaatlichen Auswahlwettbewerbe,

feststellend, daß sich die Ernennungen zur Besetzung von Dienstposten, die der geographischen Verteilung unterliegen, noch immer etwas ungleich auf Staatsangehörige nichtrepräsentierter und unterrepräsentierter Mitgliedstaaten und Staatsangehörige von Mitgliedstaaten verteilen, die innerhalb des Soll-Stellenrahmens liegen oder überrepräsentiert sind,

Kenntnis nehmend von den Anstrengungen, die bereits unternommen worden beziehungsweise noch notwendig sind, um Posten in Organisationseinheiten mit einem hohen Leerstellenanteil, insbesondere in den Regionalkommissionen, zu besetzen,

eingedenk der von den Mitgliedstaaten auf der vierundvierzigsten Tagung im Fünften Ausschuß vorgetragenen Auffassungen zu Personalfragen[24],

1. *bekundet von neuem* ihre uneingeschränkte Unterstützung des Generalsekretärs als höchster Verwaltungsbeamter der Vereinten Nationen sowie seiner Vorrechte und Aufgaben aufgrund der Charta der Vereinten Nationen;

2. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, sich bei der Besetzung von Stellen, die der geographischen Verteilung unterliegen, nach Kräften darum zu bemühen, Staatsangehörige nichtrepräsentierter und unterrepräsentierter Mitgliedstaaten einzustellen, so auch Bewerber, die einzelstaatliche Auswahlwettbewerbe bestanden haben, und dabei auch Ziffer 4 der Resolution 41/206 A vom 11. Dezember 1986 zu berücksichtigen, um zu gewährleisten, daß alle diese Länder sich dem Mittelwert ihres Soll-Stellenrahmens annähern;

3. *ersucht* den Generalsekretär, durch alle verfügbaren Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, daß im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung in den herausgehobenen und führenden Rangebenen des Sekretariats die ausgewogene Vertretung der Mitgliedstaaten, insbesondere der Entwicklungsländer und anderen nicht ausreichend in diesen Rangebenen vertretenen Mitgliedstaaten, gewährleistet ist, der Versammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten sowie dabei zu bedenken, daß keine Stelle als ausschließliches Reservat irgendeines Mitgliedstaates oder irgendeiner Gruppe von Staaten betrachtet werden darf, und den Grundsatz der ausgewogenen geographischen Verteilung gebührend zu berücksichtigen;

4. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, seine Bemühungen um die Verbesserung der Personalstruktur des Sekretariats fortzusetzen, indem er in allen großen Hauptabteilungen und Bereichen bei den Beamten des Höheren Dienstes und den Beamten der oberen und obersten Rangebenen eine breite und ausgewogene geographische Verteilung sicherstellt, und dabei zu bedenken, daß der Gesichtspunkt als ausschlaggebend zu gelten hat, daß es notwendig ist, ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, fachlichem Können und Integrität zu gewährleisten;

5. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, die Auswirkungen des Stellenabbaus auf die geographische Verteilung, insbesondere in den herausgehobenen Rangebenen, genau zu verfolgen und geeignete Maßnahmen zum Ausgleich etwaiger Unausgewogenheiten zu ergreifen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, sich zu bemühen, die Ausarbeitung einer Methodik abzuschließen, nach der in allen Mitgliedstaaten einzelstaatliche Auswahlwettbewerbe für Stellen der Besoldungsgruppe P-3 abgehalten werden, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Sachstandsbericht vorzulegen;

7. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, seine Bemühungen um die Ausarbeitung eines umfassenden Laufbahnförderungsplans für alle Bediensteten abzuschließen, der durch die Integration des Leerstellenmanagement-Programms eine faire und transparente Stellenausschreibung und Stellenbewerbung ermöglicht, angemessene, ausgewogene und transparente Beförderungsverfahren gewährleistet und bei dem besondere Verdienste dank eines rationellen Beurteilungswesens Anerkennung finden;

8. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über folgendes zu berichten:

a) die Überprüfung der Regeln, Vorschriften und Kriterien, die für die Beförderung von Bediensteten herangezogen werden;

b) Bemühungen, die die Transparenz der Tätigkeit der Ernennungs- und Beförderungsgremien sicherstellen sollen;

[23] A/44/604.

[24] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Fifth Committee*, 28., 37., 39. bis 42., 44., 55. und 56. Sitzung, mit Korrigendum.

c) die Aufnahme wirksamer und zügiger Beschwerde- und Rekursverfahren in das Leerstellenmanagement-Programm;

9. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung der Vereinten Nationen eine Personalpolitik zu entwickeln, die darauf gerichtet ist, die Versetzungswilligkeit der Bediensteten zu erhöhen, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die vorgeschlagenen Maßnahmen Bericht zu erstatten;

10. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, in seinen Bericht über die Personalstruktur des Sekretariats, den er der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorlegen wird, Vorschläge für die Gruppenaufteilung der Mitgliedstaaten in tabellarischen Darstellungen auszuarbeiten und dabei den von den Mitgliedstaaten vorgetragenen Auffassungen Rechnung zu tragen;

11. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

B

Personalgerichtsbarkeit im Sekretariat

Die Generalversammlung,

feststellend, wie wichtig eine gerechte und effiziente interne Personalgerichtsbarkeit im Sekretariat ist,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Personalgerichtsbarkeit im Sekretariat[25],

erfreut über die weiteren Verbesserungen der internen Personalgerichtsbarkeit und über die in diesem Jahr erzielten Fortschritte, insbesondere auch über die Reduzierung des Rückstands anhängiger Fälle, was weitgehend auf die Einführung von prozeduralen Verbesserungen zurückzuführen ist, und den Abschluß der Überarbeitung der Disziplinarvorschriften, die veröffentlicht werden und im Januar 1990 in Kraft treten sollen,

1. *billigt* den Bericht des Generalsekretärs über die Personalgerichtsbarkeit im Sekretariat;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die am 1. Januar 1990 in Kraft tretenden überarbeiteten Disziplinarvorschriften unverzüglich zu veröffentlichen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Funktionsweise des neuen Systems Bericht zu erstatten;

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, mit der Reform der Personalgerichtsbarkeit im Sekretariat fortzufahren, insbesondere was die Verbesserung der informellen Verfahren für die gütliche Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten betrifft, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

[25] A/C.5/44/9.

C

Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Artikel 8, 100 und 101 der Charta der Vereinten Nationen,

sowie unter Hinweis auf alle einschlägigen Resolutionen über die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat und die einschlägigen Ziffern der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[26], insbesondere Ziffer 315, 356 und 358,

mit Genugtuung feststellend, daß die Frage der Verbesserung der Situation der Frauen in den Sekretariaten des Systems der Vereinten Nationen weiterhin als ständiger Punkt auf der Tagesordnung des Verwaltungsausschusses für Koordinierung steht,

in Bekräftigung des Ziels, den Gesamtanteil der Frauen an den Stellen, die der geographischen Verteilung unterliegen, bis 1990 auf 30 Prozent anzuheben,

jedoch *feststellend*, daß der Anteil der Frauen an Stellen, die der geographischen Verteilung unterliegen, und die Ernennungen von Frauen zur Besetzung herausgehobener und führender Positionen nicht genügend zugenommen haben, insbesondere was Frauen aus Entwicklungsländern betrifft, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die Umsetzung der Empfehlung 15 der Gruppe hochrangiger zwischenstaatlicher Sachverständiger für die Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen[27] sich im Zeitraum 1987-1989 nachteilig auf die Einstellungen insgesamt ausgewirkt hat,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat[28] und von Abschnitt II.E des Berichts des Generalsekretärs über die Personalstruktur des Sekretariats[23],

1. *bekundet von neuem* ihre uneingeschränkte Unterstützung des Generalsekretärs als höchster Verwaltungsbeamter der Vereinten Nationen sowie seiner Vorrechte und Aufgaben aufgrund der Charta der Vereinten Nationen;

2. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um die Zahl der Frauen in Stellen zu erhöhen, die der geographischen Verteilung unterliegen, insbesondere in den herausgehobenen und führenden Rangebenen, mit dem Ziel, den Gesamtanteil der Frauen an diesen Stellen bis 1990 möglichst auf 30 Prozent anzuheben, unter Berücksichtigung des Grundsatzes, wonach als ausschlaggebender Gesichtspunkt gilt, daß es notwendig ist, ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, fachlichem Können und Integrität zu gewährleisten, und unter voller Beachtung des Grundsatzes der ausgewogenen geographischen Verteilung;

3. *ersucht* den Generalsekretär, in Anbetracht des geringen Anteils der Frauen aus den Entwicklungsländern für eine größere Repräsentation der Frauen aus die-

[26] *Report of the World Conference to Review and Appraise the Achievements of the United Nations Decade for Women: Equality, Development and Peace, Nairobi, 15-26 July 1985* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.85.IV.10), Kap. I, Abschnitt A.
[27] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Einundvierzigste Tagung, Beilage 49* (A/41/49).
[28] A/C.5/44/17.

sen Ländern, insbesondere auch in den herausgehobenen und führenden Rangebenen, zu sorgen;

4. *ersucht* alle Mitgliedstaaten *von neuem*, die in Ziffer 2 und 3 dieser Resolution erwähnten Bemühungen des Generalsekretärs dadurch zu unterstützen, daß sie mehr Kandidatinnen nominieren und mehr Frauen dazu anhalten, sich um Stellen zu bewerben, die der geographischen Verteilung unterliegen, insbesondere in den herausgehobenen und führenden Rangebenen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, bei seinen Bemühungen um greifbarere Fortschritte für die Frauen im Sekretariat nicht aus den Augen zu verlieren, daß alle Bediensteten im Sekretariat Chancengleichheit genießen sollen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, künftig über alle Aspekte der Situation der Frauen im Sekretariat in einem einzigen Dokument zu berichten und dabei zu berücksichtigen, wie wichtig eine umfassende, transparente und analytische Darstellung ist;

7. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, in seinen Bericht an die fünfundvierzigste Tagung der Generalversammlung u.a. Informationen über folgende Fragen aufzunehmen:

a) die Durchführung des Aktionsprogramms zur Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat[29];

b) die Umsetzung der Empfehlungen des Lenkungsausschusses für die Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat[30] sowie die Durchführung aller einschlägigen Resolutionen zu diesem Thema;

c) die Einstellung von Frauen aus Entwicklungsländern zur Besetzung von Stellen, die der geographischen Verteilung unterliegen;

d) die Ernennung von Frauen zur Besetzung von herausgehobenen und führenden Positionen;

e) die jeweilige Rolle der Koordinierungsstelle im Büro des Beigeordneten Generalsekretärs für den Bereich Personalwesen und -management und des Lenkungsausschusses;

f) Empfehlungen für weitere Maßnahmen, einschließlich seiner Konzeption hinsichtlich der Festlegung neuer Ziele für den Zeitraum 1991-1995;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die in Ziffer 7 erwähnten Informationen gemäß den Resolutionen der Generalversammlung und Ziffer 358 der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau[26] allen in Betracht kommenden Organen zur Verfügung zu stellen.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

D

Obligatorische Ruhestands-Altersgrenze für neue Bedienstete

Die Generalversammlung,

Kenntnis nehmend von der Empfehlung der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst an die Generalversammlung und die beschlußfassenden Organe anderer Organisationen des gemeinsamen Systems der Vereinten Nationen[31], wonach das vollendete 62. Lebensjahr die obligatorische Ruhestands-Altersgrenze für neue Bedienstete sein soll, die am 1. Januar 1990 oder danach in den Dienst eintreten,

sowie Kenntnis nehmend von der Empfehlung des Gemeinsamen Rates für das Pensionswesen der Vereinten Nationen[32], wonach in der Satzung des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen die normale Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand für Versicherte, die dem Fonds am 1. Januar 1990 oder danach beitreten oder erneut beitreten, von 60 auf 62 Jahre angehoben werden soll,

unter Hinweis auf die Empfehlungen der Gruppe hochrangiger zwischenstaatlicher Sachverständiger für die Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen[27], insbesondere die Empfehlung 52 über die Einhaltung der obligatorischen Ruhestands-Altersgrenze von 60 Jahren,

erneut erklärend, daß das Personalmanagement der Vereinten Nationen auf klaren, kohärenten und transparenten Regeln beruhen muß,

1. *billigt* mit Wirkung vom 1. Januar 1990 die in der Anlage zu dieser Resolution enthaltene Änderung von Artikel 9.5 des Personalstatuts der Vereinten Nationen, der zufolge die obligatorische Ruhestands-Altersgrenze für am 1. Januar 1990 oder danach ernannte Bedienstete das vollendete 62. Lebensjahr ist, mit der Maßgabe, daß für die derzeit im aktiven Dienst stehenden Bediensteten weiterhin das vollendete 60. Lebensjahr als die obligatorische Ruhestands-Altersgrenze gilt;

2. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die möglichen und tatsächlichen Auswirkungen der Durchführung von Ziffer 1 auf die Einstellung, die Versetzungswilligkeit, die Laufbahnförderung und die Beförderung, die Personalstruktur, die Vertretung der Mitgliedstaaten im Sekretariat und die langfristigen Personalkosten Bericht zu erstatten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

ANLAGE

Änderung des Personalstatuts der Vereinten Nationen

Artikel 9.5

Der erste Satz ist durch folgenden Text zu ersetzen:

"Bedienstete werden nicht über das vollendete 60. Lebensjahr, beziehungsweise bei Ernennung am 1. Januar 1990 oder danach, nicht über das vollendete 62. Lebensjahr hinaus im aktiven Dienst belassen."

44/186 — Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Beamten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß sich jedes Mitglied der Vereinten Nationen nach Artikel 100 der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet, den ausschließlich in-

[29] A/C.5/40/30, Abschnitt III.B.
[30] Siehe A/C.5/44/17, Abschnitt II und Anhang.
[31] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 30* (A/44/30), Vol. I, Ziffer 58.
[32] Ebd., *Beilage 9* (A/44/9), Anhang XIII, Resolutionsentwurf, Abschnitt I, Buchstabe a.

ternationalen Charakter der Verantwortung des Generalsekretärs und der anderen Bediensteten zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen, und daß der Generalsekretär und die anderen Bediensteten jede Handlung zu unterlassen haben, die ihrer Stellung als nur der Organisation verantwortliche internationale Beamte abträglich sein könnte,

unter Hinweis darauf, daß alle Beamten der Vereinten Nationen nach Artikel 105 der Charta im Hoheitsgebiet jedes Mitgliedstaats die Vorrechte und Immunitäten genießen, deren sie bedürfen, um ihre mit der Organisation zusammenhängenden Aufgaben in voller Unabhängigkeit wahrnehmen zu können,

unter Hinweis auf das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen[33], das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Sonderorganisationen[34], die Vereinbarung über die Vorrechte und Immunitäten der Internationalen Atomenergie-Organisation und die Standard-Rahmenabkommen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen betreffend die Hilfeleistung,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 76 (I) vom 7. Dezember 1946, in der sie die Gewährung der in Artikel V und VII des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen genannten Vorrechte und Immunitäten an alle Bediensteten der Vereinten Nationen billigte,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 43/173 vom 9. Dezember 1988, deren Anlage den Grundsatzkatalog für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft oder Strafgefangenschaft unterworfenen Personen enthält, so auch den Grundsatz, nach dem alle Inhaftierten oder Strafgefangenen nach Bedarf ärztlich zu betreuen und zu behandeln sind,

erneut erklärend, daß alle Beamten der Vereinten Nationen verpflichtet sind, bei der Ausübung ihrer Pflichten die Gesetze und sonstigen Vorschriften der Mitgliedstaaten wie auch ihre Pflichten und Aufgaben gegenüber der Organisation uneingeschränkt zu beachten,

eingedenk der Verantwortung des Generalsekretärs für die Gewährleistung der Immunität, die alle Beamten der Vereinten Nationen bei der Ausübung ihres Amtes genießen,

sowie eingedenk dessen, wie wichtig es in dieser Hinsicht ist, daß die Mitgliedstaaten rechtzeitig ausreichende Informationen über Bedienstete vorlegen, die festgenommen worden sind oder in Haft gehalten werden, und insbesondere, daß sie Zugang zu ihnen gewähren,

eingedenk der Erwägungen des Generalsekretärs, wonach den Beamten der Vereinten Nationen ein Mindestmaß an rechtlichem Schutz und Gehör zu garantieren ist,

in Bekräftigung ihrer früheren Resolutionen, insbesondere der Resolution 42/219 vom 21. Dezember 1987 und der Resolution 43/225 vom 21. Dezember 1988,

1. *nimmt mit großer Besorgnis Kenntnis* von dem Bericht, den der Generalsekretär im Namen des Verwaltungsausschusses für Koordinierung vorgelegt hat[35], sowie von den darin erwähnten Entwicklungen, insbesondere was die Berichte über Entführungen und Tötungen wie auch die erneut sehr zahlreichen neuen Fälle von Festnahmen und Inhaftierungen angeht, und von den sehr negativen Entwicklungen in den verschiedenen ebenso einzuordnenden Fällen, über die bereits berichtet worden ist;

2. *beklagt* die Zunahme der Fälle, in denen die Sicherheit, die Dienstausübung und das Wohl von Beamten gefährdet werden;

3. *beklagt außerdem* die beträchtliche Zunahme der Fälle, in denen Beamte festgenommen worden sind oder in Haft gehalten werden und in denen die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen ihre Rechte im Berichtszeitraum nicht voll wahrnehmen konnten;

4. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, die Vorrechte und Immunitäten aller Beamten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen genau zu beachten und alles zu unterlassen, was sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben behindern und sich so ernsthaft auf die geregelte Arbeitsweise der Organisationen auswirken könnte;

5. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten, in denen zur Zeit Beamte der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen und der ihnen verwandten Organisationen festgenommen oder inhaftiert sind, es dem Generalsekretär oder dem Leiter der jeweiligen Organisation zu gestatten, ihr in den jeweiligen multilateralen Übereinkünften und bilateralen Abkommen verankertes Recht, die Beamten bei der Ausübung ihres Amtes zu schützen, uneingeschränkt wahrzunehmen, insbesondere was den sofortigen Zugang zu inhaftierten Bediensteten betrifft;

6. *fordert* alle Mitgliedstaaten, die Beamte der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen auf sonstige Weise an der ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Pflichten hindern, *auf*, die im Bericht des Generalsekretärs erwähnten Fälle zu prüfen und ihre Bemühungen im Hinblick auf die schnelle Lösung eines jeden Falles mit dem Generalsekretär oder dem Leiter der jeweiligen Organisation zu koordinieren;

7. *fordert* den Generalsekretär *auf*, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Grundsatzkatalog für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft oder Strafgefangenschaft unterworfenen Personen besser bekannt zu machen und seine Einhaltung zu fördern, so auch den Grundsatz, daß alle Inhaftierten oder Strafgefangenen nach Bedarf ärztlich zu betreuen und zu behandeln sind;

8. *fordert* die Bediensteten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen *auf*, Artikel 100 der Charta der Vereinten Nationen sowie den Verpflichtungen voll nachzukommen, die sich für sie aus dem Personalstatut und der Personalordnung der Vereinten Nationen, insbesondere aus Artikel 1.8, sowie aus den entsprechenden für die Bediensteten der anderen Organisationen geltenden Bestimmungen ergeben;

9. *begrüßt* die Anstrengungen, die der Generalsekretär unternommen hat und die zur Freilassung zahlreicher Bediensteter geführt haben, die zuvor als festgenommen oder inhaftiert gemeldet worden waren;

10. *begrüßt außerdem* die Entschlossenheit des Generalsekretärs, weiterhin mit den jeweiligen Leitern und mit den Behörden der jeweiligen Regierungen zusam-

[33] Resolution 22 A (I).
[34] Resolution 179 (II).
[35] A/C.5/44/11.

menzuarbeiten, um die genaue Anwendung der internationalen Übereinkünfte über Vorrechte und Immunitäten internationaler Organisationen und ihrer Beamten zu gewährleisten;

11. *fordert* den Generalsekretär *auf*, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die in seinem Bericht erwähnten noch unerledigten Fälle rasch einer Lösung zuzuführen;

12. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von den im Bericht des Generalsekretärs erwähnten Beschränkungen, denen Dienstreisen von Beamten unterworfen worden sind;

13. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von den Informationen im Bericht des Generalsekretärs[36] zu Fragen im Zusammenhang mit der Besteuerung von Gehältern und Bezügen sowie dem Status, den Vorrechten und den Immunitäten von Beamten;

14. *fordert* den Generalsekretär als obersten Verwaltungsbeamten der Vereinten Nationen *auf*, hinsichtlich der Förderung und Gewährleistung der Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Beamten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen weiterhin persönlich als zentraler Ansprechpartner zu fungieren und dabei alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen;

15. *bittet* den Generalsekretär *nachdrücklich*, allen Fällen von Festnahmen, Inhaftierungen und anderen Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Sicherheit und der geregelten Dienstausübung von Beamten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen prompt nachzugehen;

16. *ersucht* den Generalsekretär als Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses für Koordinierung, die bereits ergriffenen Maßnahmen zur Verbesserung der geregelten Dienstausübung, der Sicherheit und des Schutzes internationaler Beamter zu prüfen und zu bewerten.

83. Plenarsitzung
19. Dezember 1989

44/187 – Finanzierung der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Finanzierung der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung[37] und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[38],

eingedenk der Sicherheitsratsresolution 350 (1974) vom 31. Mai 1974, mit der der Rat die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung eingerichtet hat, sowie der darauf folgenden Resolutionen, zuletzt Resolution 645 (1989) vom 29. November 1989, mit denen der Rat das Mandat der Truppe verlängert hat,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3211 B (XXIX) vom 29. November 1974 über die Finanzierung der Notstandsstreitkräfte der Vereinten Nationen und der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung sowie auf die darauf folgenden diesbezüglichen Resolutionen, zuletzt Resolution 43/228 vom 21. Dezember 1988,

in Bekräftigung ihrer früheren, dahin gehenden Beschlüsse, daß zur Bestreitung der Ausgaben für solche Operationen ein anderes Verfahren geboten ist als bei der Deckung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die wirtschaftlich weiter entwickelten Länder zu verhältnismäßig größeren Beiträgen in der Lage sind und daß die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder in relativ begrenztem Maße imstande sind, zu aufwendigen Friedensoperationen beizutragen,

eingedenk der aus Generalversammlungsresolution 1874 (S-IV) vom 27. Juni 1963 und anderen Resolutionen der Versammlung hervorgehenden besonderen Verantwortung der dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehörenden Staaten bei der Finanzierung solcher Operationen,

in Anbetracht der im Bericht des Generalsekretärs dargestellten Finanzlage des Sonderkontos für die Notstandsstreitkräfte der Vereinten Nationen und die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung sowie unter Hinweis auf Ziffer 5 des Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/13 E vom 14. Dezember 1978 und die darauf folgenden Resolutionen, zuletzt Resolution 43/228, in denen sie beschloß, die Artikel 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen außer Kraft zu setzen,

eingedenk dessen, daß es unerläßlich ist, die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung mit den notwendigen Finanzmitteln auszustatten, damit sie ihren Aufgaben gemäß den entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats nachkommen kann,

besorgt darüber, daß der Generalsekretär nach wie vor Schwierigkeiten hat, die mit den Streitkräften verbundenen laufenden Zahlungsverpflichtungen, insbesondere gegenüber den Regierungen der truppenstellenden Staaten, zu erfüllen,

angesichts dessen, daß infolge der Einbehaltung der Beiträge durch bestimmte Mitgliedstaaten in vollem Umfang auf die Überschüsse im Sonderkonto für die Notstandsstreitkräfte der Vereinten Nationen und für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung zurückgegriffen wurde, um die Einnahmen aus den Beiträgen zur Deckung der Kosten der Streitkräfte zu ergänzen,

besorgt darüber, daß die Anwendung der Artikel 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen die ohnehin schwierige Finanzlage der Streitkräfte weiter erschweren würde,

eingedenk der Auffassungen, die im Fünften Ausschuß zu den Anträgen einiger Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebracht wurden[4], ihre Einstufung in die bestehenden Mitgliedstaaten-Gruppen "b", "c" und "d", die auf der Grundlage der in Generalversammlungsresolution 3101 (XXVIII) vom 11. Dezember 1973 dargelegten Kriterien eingerichtet wurden, zu ändern,

1. *beschließt*, für die Operationen der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflech-

[36] Ebd., Abschnitt III und IV.
[37] A/44/630.
[38] A/44/867, Abschnitt II.

tung vom 1. Juni bis einschließlich 30. November 1989 auf dem in Generalversammlungsresolution 3211 B (XXIX) Abschnitt II Ziffer 1 genannten Sonderkonto den gemäß Ziffer 6 der Versammlungsresolution 43/228 genehmigten und aufgeteilten Betrag von 18.114.000 US-Dollar brutto (17.778.000 US-Dollar netto) bereitzustellen;

2. *beschließt außerdem*, für die Operationen der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung vom 1. Dezember 1989 bis einschließlich 31. Mai 1990 auf dem Sonderkonto einen Betrag von 20.208.000 US-Dollar bereitzustellen;

3. *beschließt ferner*, als Ad-hoc-Regelung die Aufteilung des Betrages von 20.208.000 US-Dollar für den obengenannten Zeitraum unter den Mitgliedstaaten, wobei sie sich vorbehaltlich einer Änderung aufgrund eines Beschlusses, der von der Versammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung über die Zusammensetzung der Mitgliedstaaten-Gruppen "a", "b", "c" und "d" zu fassen ist[5], an die in Ziffer 3 und 4 der Generalversammlungsresolution 43/232 vom 1. März 1989 dargelegte Zusammensetzung der Gruppen hält und die Beitragstabelle für die Jahre 1989, 1990 und 1991[6] heranzieht;

4. *beschließt*, daß der jeweilige Anteil der Mitgliedstaaten an den nicht aus Mitteln der Personalabgabe erzielten gebilligten Einnahmen von schätzungsweise 6.500 US-Dollar für den Zeitraum vom 1. Dezember 1989 bis einschließlich 31. Mai 1990 mit den gemäß Ziffer 3 unter den Mitgliedstaaten aufgeteilten Kosten verrechnet wird;

5. *beschließt außerdem*, daß in Übereinstimmung mit ihrer Resolution 973 (X) vom 15. Dezember 1955 der jeweilige Anteil der Mitgliedstaaten am Guthaben des Steuerausgleichsfonds aus dem gebilligten Personalabgabeaufkommen von schätzungsweise 503.500 US-Dollar für den Zeitraum vom 1. Dezember 1989 bis einschließlich 31. Mai 1990 mit den gemäß Ziffer 3 unter den Mitgliedstaaten aufgeteilten Kosten verrechnet wird;

6. *ermächtigt* den Generalsekretär, für den Fall, daß der Sicherheitsrat beschließen sollte, die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung über den in seiner Resolution 645 (1989) genehmigten Zeitraum von sechs Monaten hinaus aufrechtzuerhalten, für die Beobachtertruppe vom 1. Juni bis einschließlich 30. November 1990 Ausgabenverpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 3.368.000 US-Dollar brutto (3.283.000 US-Dollar netto) pro Monat einzugehen, wobei der genannte Betrag nach dem in dieser Resolution dargelegten Schema unter den Mitgliedstaaten aufzuteilen ist;

7. *beschließt*, die Artikel 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen hinsichtlich des Betrages von 2.024.706 US-Dollar, der nach diesen Bestimmungen sonst verfallen wäre, außer Kraft zu setzen, wobei dieser Betrag dem im Beschlußteil von Generalversammlungsresolution 33/13 E genannten Konto gutgeschrieben und bis auf weiteren Beschluß der Versammlung bereitgehalten wird;

8. *betont* die Notwendigkeit freiwilliger Beiträge für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung sowohl in Form von Barzahlungen als auch in Form von für den Generalsekretär annehmbaren Dienst- und Sachleistungen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, das Erforderliche zu veranlassen, um sicherzustellen, daß die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung so effizient und sparsam wie möglich verwaltet wird.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/188 — Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon[39] und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[40],

eingedenk der Sicherheitsratsresolution 425 (1978) vom 19. März 1978, mit der der Rat die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon eingerichtet hat, sowie der darauf folgenden Resolutionen, zuletzt Resolution 639 (1989) vom 31. Juli 1989, mit denen der Rat das Mandat der Truppe verlängert hat,

unter Hinweis auf ihre Resolution S-8/2 vom 21. April 1978 über die Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon sowie auf die darauf folgenden diesbezüglichen Resolutionen, zuletzt Resolution 43/229 vom 21. Dezember 1988,

in Bekräftigung ihrer früheren dahin gehenden Beschlüsse, daß zur Bestreitung der Ausgaben für solche Operationen ein anderes Verfahren geboten ist als bei der Deckung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die wirtschaftlich weiter entwickelten Länder zu verhältnismäßig größeren Beiträgen in der Lage sind und daß die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder in relativ begrenztem Maße imstande sind, zu aufwendigen Friedensoperationen beizutragen,

eingedenk der aus Generalversammlungsresolution 1874 (S-IV) vom 27. Juni 1963 und anderen Resolutionen der Versammlung hervorgehenden besonderen Verantwortung der dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehörenden Staaten bei der Finanzierung solcher Operationen,

in Anbetracht der im Bericht des Generalsekretärs dargestellten Finanzlage des Sonderkontos für die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon sowie unter Hinweis auf Ziffer 23 des Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/9 E vom 17. Dezember 1979 und die darauf folgenden Resolutionen, zuletzt Resolution 43/229, in denen sie beschloß, die Artikel 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen außer Kraft zu setzen,

eingedenk dessen, daß es unerläßlich ist, die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon mit den notwendigen Finanzmitteln auszustatten, damit sie ihren Aufgaben gemäß den entsprechenden Sicherheitsratsresolutionen nachkommen kann,

[39] A/44/818.
[40] A/44/867, Abschnitt III.

mit Dank zur Kenntnis nehmend, daß bestimmte Regierungen freiwillige Beiträge zur Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon geleistet haben,

besorgt darüber, daß es infolge der Einbehaltung von Beiträgen durch bestimmte Mitgliedstaaten für den Generalsekretär auch weiterhin immer schwieriger wird, die mit der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon verbundenen laufenden Zahlungsverpflichtungen, so auch die Vergütungen an die derzeitigen und früheren truppenstellenden Staaten, zu erfüllen,

sowie besorgt darüber, daß in vollem Umfang auf die Überschüsse im Sonderkonto für die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon zurückgegriffen wurde, um die Einnahmen aus den Beiträgen zur Deckung der Kosten der Truppe zu ergänzen,

ferner besorgt darüber, daß die Anwendung der Artikel 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung die ohnehin schwierige Finanzlage der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon weiter erschweren würde,

eingedenk der Auffassungen, die im Fünften Ausschuß zu den Anträgen einiger Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebracht wurden[4], ihre Einstufung in die bestehenden Mitgliedstaaten-Gruppen "b", "c" und "d", die auf der Grundlage der in Generalversammlungsresolution 3101 (XXVIII) vom 11. Dezember 1973 dargelegten Kriterien eingerichtet wurden, zu ändern,

1. *beschließt*, für die Operationen der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon vom 1. Februar 1989 bis einschließlich 31. Januar 1990 auf dem in Generalversammlungsresolution S-8/2 Abschnitt I Ziffer 1 genannten Sonderkonto den von der Versammlung genehmigten und gemäß Ziffer 5 ihrer Resolution 43/229 aufgeteilten Betrag von 142.842.000 US-Dollar brutto (140.574.000 US-Dollar netto) bereitzustellen;

2. *ermächtigt* den Generalsekretär, für den Fall, daß der Sicherheitsrat beschließen sollte, die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon über den in seiner Resolution 639 (1989) genehmigten Zeitraum von sechs Monaten hinaus aufrechtzuerhalten, für die Operationen der Truppe für den am 1. Februar 1990 beginnenden Zwölfmonatszeitraum Ausgabenverpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 12.001.000 US-Dollar brutto (11.806.000 US-Dollar netto) pro Monat einzugehen;

3. *beschließt* als Ad-hoc-Regelung die Aufteilung der in Ziffer 2 dieser Resolution erwähnten Beträge unter den Mitgliedstaaten, wobei sie sich vorbehaltlich einer Änderung aufgrund eines Beschlusses, der von der Versammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung über die Zusammensetzung der Mitgliedstaaten-Gruppen "a", "b", "c" und "d" zu fassen ist[5], an die in Ziffer 3 und 4 der Generalversammlungsresolution 43/232 vom 1. März 1989 dargelegte Zusammensetzung der Gruppen hält und die Beitragstabelle für die Jahre 1989, 1990 und 1991[6] heranzieht;

4. *beschließt außerdem*, die Artikel 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen hinsichtlich des Betrages von 3.078.849 US-Dollar, der nach diesen Bestimmungen sonst verfallen wäre, außer Kraft zu setzen, wobei dieser Betrag dem im Beschlußteil von Generalversammlungsresolution 34/9 E genannten Konto gutgeschrieben und bis auf weiteren Beschluß der Versammlung bereitgehalten wird;

5. *ersucht* den Generalsekretär, alles Erforderliche zu veranlassen, um sicherzustellen, daß die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon so effizient und sparsam wie möglich verwaltet wird;

6. *bittet* die Mitgliedstaaten und anderen interessierten Parteien *erneut* um freiwillige Beiträge für die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon sowohl in Form von Barzahlungen als auch in Form von für den Generalsekretär annehmbaren Dienst- und Sachleistungen sowie um freiwillige Beitragszahlungen in bar auf das gemäß ihrer Resolution 34/9 D vom 17. Dezember 1979 eingerichtete Zwischenkonto.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/189 – Finanzierung der Militärischen Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Finanzierung der Militärischen Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran[41] und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[42],

eingedenk der Sicherheitsratsresolution 619 (1988) vom 9. August 1988, mit der der Rat die Militärische Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran eingerichtet hat, sowie der darauf folgenden Resolutionen, zuletzt 642 (1989) vom 29. September 1989, mit denen der Rat das Mandat der Militärischen Beobachtergruppe verlängert hat,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 42/233 vom 17. August 1988 und 43/230 vom 21. Dezember 1988 über die Finanzierung der Militärischen Beobachtergruppe,

im Hinblick darauf, daß es sich bei den Kosten der Militärischen Beobachtergruppe um Ausgaben der Organisation handelt, die gemäß Artikel 17 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen von den Mitgliedstaaten zu tragen sind,

eingedenk dessen, daß es unerläßlich ist, die Militärische Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran mit den Finanzmitteln auszustatten, die sie benötigt, um ihren Aufgaben gemäß den entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats nachkommen zu können,

mit der nachdrücklichen Bitte an alle Mitgliedstaaten, alle nur denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, daß ihre veranlagten Beiträge zur Militärischen Beobachtergruppe vollständig und rechtzeitig bezahlt werden,

in Bekräftigung ihrer früheren dahin gehenden Beschlüsse, daß zur Bestreitung der Ausgaben für derartige Operationen ein anderes Verfahren geboten ist als bei der Deckung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die wirtschaftlich weiter entwickelten Länder zu verhältnismäßig größeren Beiträgen in der Lage sind und daß die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder in relativ begrenztem Maße imstande sind, zu aufwendigen Friedensoperationen beizutragen,

[41] A/44/835.
[42] A/44/874 mit Korr.1.

eingedenk der aus Generalversammlungsresolution 1874 (S-IV) vom 27. Juni 1963 und anderen Resolutionen der Versammlung hervorgehenden besonderen Verantwortung der dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehörenden Staaten bei der Finanzierung solcher Operationen,

mit Dank zur Kenntnis nehmend, daß bestimmte Regierungen freiwillige Bar- und Sachbeiträge zu der Militärischen Beobachtergruppe geleistet haben,

eingedenk der Auffassungen, die im Fünften Ausschuß zu den Anträgen einiger Migliedstaaten zum Ausdruck gebracht wurden[4], ihre Einstufung in die bestehenden Migliedstaaten-Gruppen "b", "c" und "d", die auf der Grundlage der in Generalversammlungsresolution 3101 (XXVIII) vom 11. Dezember 1973 dargelegten Kriterien eingerichtet wurden, zu ändern,

1. *schließt sich* den Bemerkungen und Empfehlungen im Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen [42] *an*;

2. *beschließt*, die mit ihrer Resolution 43/230 für den Zeitraum vom 9. Februar 1989 bis einschließlich 8. Februar 1990 erteilte Ermächtigung für den Zeitraum bis einschließlich 31. März 1990 zu verlängern;

3. *beschließt außerdem*, dem in Ziffer 1 der Generalversammlungsresolution 42/233 erwähnten Sonderkonto für die Zeit vom 9. Februar bis einschließlich 30. September 1989 einen von der Versammlung genehmigten und gemäß Abschnitt I Ziffer 4 ihrer Resolution 43/230 aufgeteilten Betrag von 61.678.175 US-Dollar brutto (60.929.016 US-Dollar netto) zuzuweisen;

4. *beschließt ferner*, dem Sonderkonto für die Zeit vom 1. Oktober 1989 bis einschließlich 31. März 1990 den von der Versammlung genehmigten und gemäß Abschnitt I Ziffer 4 ihrer Resolution 43/230 aufgeteilten Betrag von 34.153.825 US-Dollar brutto (33.738.984 US-Dollar netto) zuzuweisen;

5. *ermächtigt* den Generalsekretär, für den Fall, daß der Sicherheitsrat beschließen sollte, die Militärische Beobachtergruppe über den in seiner Resolution 642 (1989) genehmigten Zeitraum von sechs Monaten hinaus aufrechtzuerhalten, mit vorheriger Zustimmung des Beratenden Ausschusses hinsichtlich der tatsächlichen Höhe der einzugehenden Ausgabenverpflichtungen für die Operationen der Militärischen Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran für den Sechsmonatszeitraum vom 1. April bis einschließlich 30. September 1990 Ausgabenverpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 6.401.333 US-Dollar brutto (6.237.333 US-Dollar netto) pro Monat einzugehen;

6. *ermächtigt* den Generalsekretär *außerdem*, für den Fall, daß der Sicherheitsrat beschließen sollte, die Militärische Beobachtergruppe über den 30. September 1990 hinaus aufrechtzuerhalten, mit vorheriger Zustimmung des Beratenden Ausschusses hinsichtlich der tatsächlichen Höhe der einzugehenden Ausgabenverpflichtungen für die Operationen der Militärischen Beobachtergruppe für den Sechsmonatszeitraum vom 1. Oktober 1990 bis 31. März 1991 Ausgabenverpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 7.068.000 US-Dollar brutto (6.904.000 US-Dollar netto) pro Monat einzugehen;

7. *beschließt* als Ad-hoc-Regelung die Aufteilung der in Ziffer 5 und 6 dieser Resolution erwähnten Beträge unter den Mitgliedstaaten, wobei sie sich vorbehaltlich einer Änderung aufgrund eines Beschlusses, der von der Versammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung über die Zusammensetzung der Mitgliedstaaten-Gruppen "a", "b", "c" und "d" zu fassen ist[5], an die in Ziffer 3 und 4 der Generalversammlungsresolution 43/232 vom 1. März 1989 dargelegte Zusammensetzung der Gruppen hält und die Beitragstabelle für die Jahre 1989, 1990 und 1991[6] heranzieht;

8. *beschließt außerdem*, daß die für die ersten beiden Mandatszeiträume der Militärischen Beobachtergruppe, nämlich für die Zeit vom 9. August 1988 bis einschließlich 30. September 1989, bewilligten Mittel ausnahmsweise als eine Rechnungsperiode verwaltet werden;

9. *beschließt ferner*, daß sich die besondere Rechnungsperiode der Militärischen Beobachtergruppe mit Wirkung vom 1. Oktober 1989 über zwölf Monate erstreckt, und zwar vom 1. Oktober eines jeden Jahres und bis zum 30. September des folgenden Jahres, sofern das Mandat der Militärischen Beobachtergruppe vom Sicherheitsrat verlängert wird;

10. *beschließt*, daß 10.000.000 US-Dollar aus dem nicht in Anspruch genommenen Restbetrag für die Zeit von der Einrichtung der Militärischen Beobachtergruppe vom 9. August 1988 bis 30. September 1989 mit den Veranlagungen der Mitgliedstaaten für Mandatszeiträume zu verrechnen sind, die der Sicherheitsrat eventuell für die auf den 31. März 1990 folgenden zwölf Monate genehmigt;

11. *beschließt außerdem*, daß unter Berücksichtigung des Eingangsstandes der veranlagten Beiträge für die Zeit vom 1. Oktober 1989 bis einschließlich 31. März 1990 die noch verbleibenden 10.117.762 US-Dollar aus dem Restbetrag an nicht in Anspruch genommenen Mitteln im Sonderkonto verbleiben, vorbehaltlich der vom Beratenden Ausschuß vorzunehmenden Prüfung der Höhe der Ausgabenverpflichtungen, die für die Militärische Beobachtergruppe für den Mandatszeitraum vom 1. April bis 30. September 1990 zu genehmigen sind;

12. *bittet* um für den Generalsekretär annehmbare freiwillige Beiträge zu der Militärischen Beobachtergruppe in Form von Barleistungen in konvertierbaren oder ohne weiteres verwendbaren Währungen und in Form von Sach- und Dienstleistungen;

13. *ersucht* den Generalsekretär, alles Erforderliche zu veranlassen, um sicherzustellen, daß die Militärische Beobachtergruppe so effizient und sparsam wie möglich verwaltet wird.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/190 – Finanzierung der Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Finanzierung der Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola[43] und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[44],

eingedenk der Sicherheitsratsresolution 626 (1988) vom 20. Dezember 1988, mit der der Rat die Verifika-

[43] A/44/877.
[44] A/44/881.

tionsmission der Vereinten Nationen für Angola für einen Zeitraum von einunddreißig Monaten eingerichtet hat,

im Hinblick darauf, daß es sich bei den Kosten der Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola um Ausgaben der Organisation handelt, die gemäß Artikel 17 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen von den Mitgliedstaaten zu tragen sind,

eingedenk dessen, daß es unerläßlich ist, die Verifikationsmission mit den Finanzmitteln auszustatten, die sie benötigt, um ihren Aufgaben nach der entsprechenden Resolution des Sicherheitsrats nachkommen zu können,

in der Erwägung, daß zur Bestreitung der mit der Verifikationsmission verbundenen Ausgaben ein anderes Verfahren geboten ist als bei der Deckung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die wirtschaftlich weiter entwickelten Länder zu verhältnismäßig größeren Beiträgen in der Lage sind und daß die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder in relativ begrenztem Maße imstande sind, zu einer solchen Operation beizutragen,

eingedenk der aus Generalversammlungsresolution 1874 (S-IV) vom 27. Juni 1963 hervorgehenden besonderen Verantwortung der dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehörenden Staaten bei der Finanzierung solcher Operationen,

eingedenk der Auffassungen, die im Fünften Ausschuß zu den Anträgen einiger Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebracht wurden[4], ihre Einstufung in die bestehenden Mitgliedstaatengruppen "b", "c" und "d", die auf der Grundlage der in Generalversammlungsresolution 3101 (XXVIII) vom 11. Dezember 1973 dargelegten Kriterien eingerichtet wurden, zu ändern,

1. *schließt sich* den Bemerkungen, Empfehlungen und Schlußfolgerungen im Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[44] *an*;

2. *bittet* alle Mitgliedstaaten *nachdrücklich*, alle nur denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, daß ihre veranlagten Beiträge zur Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola vollständig und rechtzeitig bezahlt werden;

3. *beschließt*, unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Beiträge zum Sonderkonto der Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola alle eventuell gebotenen Maßnahmen hinsichtlich des geschätzten Betrages an nicht in Anspruch genommenen Mitteln bis zu ihrer fünfundvierzigsten Tagung zurückzustellen;

4. *beschließt*, für die Operationen der Verifikationsmission vom 3. Januar 1990 bis einschließlich 2. Januar 1991 einen Betrag von 5.826.400 US-Dollar bereitzustellen;

5. *beschließt ferner* als Ad-hoc-Regelung die Aufteilung des Betrages von 5.826.400 US-Dollar für den obengenannten Zeitraum unter den Mitgliedstaaten, wobei sie sich vorbehaltlich einer Änderung aufgrund eines Beschlusses, der von der Versammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung über die Zusammensetzung der Mitgliedstaaten-Gruppen "a", "b", "c" und "d" zu fassen ist[5], an die in Ziffer 3 und 4 der Generalversammlungsresolution 43/232 vom 1. März 1989 dargelegte Zusammensetzung der Gruppen hält und die Beitragstabelle für die Jahre 1989, 1990 und 1991[6] heranzieht;

6. *beschließt*, daß in Übereinstimmung mit ihrer Resolution 973 (X) vom 15. Dezember 1955 von den anteiligen Beiträgen der Mitgliedstaaten gemäß Ziffer 5 dieser Resolution ihr jeweiliges Guthaben im Steuerausgleichsfonds abzusetzen ist, das sich aus dem für den obengenannten Zeitraum genehmigten geschätzten Aufkommen der Personalabgabe in Höhe von 210.000 US-Dollar errechnet;

7. *erbittet* freiwillige Beiträge für die Verifikationsmission in Form von Barleistungen wie auch in Form von für den Generalsekretär annehmbaren Dienst- und Sachleistungen, die gegebenenfalls entsprechend dem von der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung festzulegenden Verfahren zu verwalten sind[7];

8. *ersucht* den Generalsekretär, alles Erforderliche zu veranlassen, um sicherzustellen, daß die Verifikationsmission unter Berücksichtigung der einschlägigen Bemerkungen im Bericht des Beratenden Ausschusses so effizient und sparsam wie möglich verwaltet wird;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Finanzierung der Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung und ersucht den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/191 — Finanzierung der Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/232 vom 1. März 1989,

in Bekräftigung der direkten rechtlichen Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen für Namibia bis zu dessen Unabhängigkeit, wie dies aus ihrer Resolution 2145 (XXI) vom 27. Oktober 1966 und aus ihren späteren einschlägigen Resolutionen zur Namibiafrage hervorgeht,

eingedenk der Sicherheitsratsresolution 435 (1978) vom 29. September 1978, mit der der Rat die Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten eingerichtet hat, sowie der Ratsresolutionen 629 (1989) vom 16. Januar 1989 und 632 (1989) vom 16. Februar 1989,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Finanzierung der Einheit[45] und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[46],

Kenntnis nehmend insbesondere von Ziffer 9 und 10 des Berichts des Generalsekretärs und Ziffer 10, 12 und 13 des Berichts des Beratenden Ausschusses,

im Hinblick darauf, daß es sich bei den Kosten der Einheit um Ausgaben der Organisation handelt, die gemäß Artikel 17 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen von den Mitgliedstaaten zu tragen sind,

[45] A/44/856.
[46] A/44/875.

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die wirtschaftlich weiter entwickelten Länder zu verhältnismäßig größeren Beiträgen in der Lage sind und die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder in relativ begrenztem Maße imstande sind, zu einer solchen Operation beizutragen,

eingedenk der aus Generalversammlungsresolution 1874 (S-IV) vom 27. Juni 1963 hervorgehenden besonderen Verantwortung der dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehörenden Staaten bei der Finanzierung der Einheit,

eingedenk dessen, daß es unerläßlich ist, die Einheit mit den Finanzmitteln auszustatten, die sie benötigt, um ihren Aufgaben gemäß den entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats nachkommen zu können,

besorgt darüber, daß, wie in Ziffer 7 des Berichts des Generalsekretärs erwähnt, veranlagte Beiträge in Höhe von etwa 94,6 Millionen US-Dollar noch nicht entrichtet worden sind,

mit Dank zur Kenntnis nehmend, daß freiwillige Beiträge zu der Einheit geleistet worden sind,

1. *schließt sich* den Bemerkungen, Empfehlungen und Schlußfolgerungen im Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[46] *an*;

2. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten, ihre veranlagten Beiträge zur Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit vollständig und rechtzeitig zu bezahlen;

3. *genehmigt* den Antrag des Generalsekretärs, wonach dieser mit dem Eigentum der Einheit nach Beendigung ihres Mandats in der in Anhang III Ziffer 4 seines Berichts[45] und Ziffer 10 des Berichts des Beratenden Ausschusses dargelegten Art und Weise verfahren wird;

4. *beschließt*, daß die mit der Auflösung der Einheit und der Schließung der Konten verbundenen Kosten in Höhe von 6.469.000 US-Dollar brutto (5.625.000 US-Dollar netto) aus den von der Generalversammlung mit ihrer Resolution 43/232 bereitgestellten Mitteln gedeckt werden;

5. *beschließt außerdem*, unter Berücksichtigung der ausstehenden veranlagten Beiträge zum Sonderkonto der Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit alle eventuell gebotenen Maßnahmen hinsichtlich des geschätzten Betrages an nicht in Anspruch genommenen Mitteln bis zu ihrer fünfundvierzigsten Tagung zurückzustellen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, alles Erforderliche zu veranlassen, um sicherzustellen, daß die Einheit so effizient und sparsam wie möglich verwaltet wird und dabei die im Bericht des Beratenden Ausschusses enthaltenen entsprechenden Bemerkungen zu berücksichtigen;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Finanzierung der Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung entsprechend den Bemerkungen im Bericht des Beratenden Ausschusses, insbesondere derjenigen in Ziffer 7 und 8, einen detaillierten Bericht über die Durchführung des Haushaltsplans der Einheit vorzulegen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/192 — Verwaltungs- und haushaltstechnische Aspekte der Finanzierung der Friedensoperationen der Vereinten Nationen

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/230 vom 21. Dezember 1988 über die Finanzierung der Militärischen Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran und ihren Beschluß 43/455 vom 21. Dezember 1988 über die verwaltungs- und haushaltstechnischen Aspekte der Finanzierung der Friedensoperationen der Vereinten Nationen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 44/49 vom 8. Dezember 1989 über die umfassende Überprüfung aller Teilaspekte des Fragenkomplexes der Friedensoperationen,

in Anerkennung der Relevanz, welche die Arbeiten des Sonderausschusses für friedenssichernde Operationen und die Arbeiten des Fünften Ausschusses zu Fragen betreffend Friedensoperationen füreinander haben,

nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs über die verwaltungs- und haushaltstechnischen Aspekte der Finanzierung der Friedensoperationen der Vereinten Nationen[47], über die Übersicht über die Entwicklungsgeschichte der Kostenerstattung an Mitgliedstaaten, die für Friedensoperationen Truppen stellen[48], und über freiwillige Beiträge in Form von Sach- und Dienstleistungen[49] sowie des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[50] und *mit Dank* für dieselben,

eingedenk der von den Mitgliedstaaten auf ihrer vierundvierzigsten Tagung zu diesen Berichten geäußerten Auffassungen,

in Anbetracht dessen, daß jede Friedensoperation ihre eigenen Besonderheiten aufweist und somit ein flexibles Vorgehen hinsichtlich der administrativen Erfordernisse jeder Operation geboten ist,

sowie in Anbetracht dessen, daß mit allen notwendigen Maßnahmen sichergestellt werden sollte, daß Friedensoperationen so wirtschaftlich und sparsam wie möglich verwaltet werden,

eingedenk der beträchtlichen Zunahme der friedenssichernden Aktivitäten der Vereinten Nationen und der sich daraus ergebenden wachsenden Anforderungen an die menschlichen, materiellen und finanziellen Ressourcen der Organisation und der Mitgliedstaaten,

feststellend, daß die Vereinten Nationen aufgrund der in jüngster Zeit stattfindenden Ausweitung der friedenssichernden Aktivitäten nicht mehr über eine Reserve an ausgebildetem und erfahrenem Personal verfügen, das die für Friedensoperationen erforderlichen Fachkenntnisse besitzt,

unter Berücksichtigung der Bemerkungen des Beratenden Ausschusses über die Notwendigkeit einer stärkeren Koordination unter den verschiedenen an der Vorbereitung und Verwaltung von Friedensoperationen beteiligten Sekretariatseinheiten,

---

[47] A/44/605.
[48] A/44/605/Add.1.
[49] A/44/624.
[50] A/44/725.

eingedenk der Tatsache, daß es unerläßlich ist, die Friedensoperationen mit den notwendigen Finanzmitteln auszustatten, insbesondere mit den für das Anlaufstadium solcher Operationen unbedingt erforderlichen Mitteln, damit sie ihrem Auftrag gemäß den entsprechenden Sicherheitsratsresolutionen nachkommen können,

im Bewußtsein der äußerst schwierigen Finanzlage der bestehenden Friedensoperationen und der schweren Belastung, welche die truppenstellenden Staaten zu tragen haben,

betonend, daß eine sichere und solide finanzielle Grundlage für die Friedensoperationen gewährleistet sein muß,

1. *bittet* alle Mitgliedstaaten, *nachdrücklich*, alle nur denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, daß ihre Pflichtbeiträge zu Friedensoperationen im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen in voller Höhe und rechtzeitig gezahlt werden;

2. *nimmt Kenntnis* von den Bemerkungen und Vorschlägen des Generalsekretärs über die Kostendegression[51], über Anlaufschwierigkeiten[52] und über die Schaffung eines Reservebestandes an Ausrüstungs- und Versorgungsgegenständen[53] und schließt sich den entsprechenden Empfehlungen des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen an;

3. *nimmt außerdem Kenntnis* von den Bemerkungen und Vorschlägen des Generalsekretärs zu den Kriterien und Verfahren, die zu beachten sind, wenn die Regierungen Zivilpersonal für Friedensoperationen zur Verfügung stellen wollen[54], schließt sich den Empfehlungen des Beratenden Ausschusses an, insbesondere der Empfehlung, wonach einheitliche Verwaltungsverfahren zur Regelung der Bereitstellung dieses Personals festgelegt werden sollten, die mit den bestehenden Regeln und Gepflogenheiten übereinstimmen und die praktischen und rechtlichen Aspekte und die bei den neugeschaffenen Friedensoperationen gesammelten Erfahrungen berücksichtigen, und ersucht den Generalsekretär, dem Beratenden Ausschuß diese einheitlichen Verwaltungsverfahren auf seiner Frühjahrstagung 1990 vorzulegen;

4. *bittet* Staaten, die bereit sind, sich an Friedensoperationen zu beteiligen, in Übereinstimmung mit Generalversammlungsresolution 44/49 Ziffer 2 und 3 dem Generalsekretär mit seiner Hilfe angefertigte detaillierte Aufstellungen derjenigen fachlich spezialisierten Zivilpersonen oder Zivileinheiten — einschließlich zahlenmäßiger Angaben über die Personalstärke und das Gerät — vorzulegen, die sie bereit wären, für die vom Generalsekretär in seinem Bericht[54] aufgeführten Aufgaben und Dienstleistungen und entsprechend den dort dargelegten Modalitäten zur Verfügung zu stellen;

5. *nimmt Kenntnis* von den Bemerkungen und Vorschlägen des Generalsekretärs zu den technischen Richtlinien betreffend die Behandlung und Bewertung von freiwilligen Beiträgen in Form von Sach- und Dienstleistungen[55] und schließt sich den Bemerkungen des Beratenden Ausschusses[56] an;

6. *nimmt außerdem Kenntnis* von den Vorschlägen des Beratenden Ausschusses betreffend die Notwendigkeit einer stärkeren Koordination unter den verschiedenen an der Vorbereitung und Verwaltung von Friedensoperationen beteiligten Sekretariatseinheiten[57] und begrüßt in dieser Hinsicht die Absicht des Generalsekretärs, auf der in seinem Bericht beschriebenen Grundlage eine Planungs- und Überwachungsgruppe einzusetzen[58];

7. *nimmt ferner Kenntnis* von den Vorschlägen des Generalsekretärs, ein Programmunterstützungskonto für friedensstiftende und friedenssichernde Operationen einzurichten[59], und schließt sich den diesbezüglichen Auffassungen des Beratenden Ausschusses an[60];

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Bericht über die Maßnahmen vorzulegen, die gemäß den in den Berichten des Beratenden Ausschusses enthaltenen Bemerkungen und Empfehlungen[61] getroffen wurden, und weitere Informationen zur Verfügung zu stellen, u.a. über

a) die Kostendegression;

b) Anlaufschwierigkeiten;

c) die Schaffung eines Reservebestands an Ausrüstungs- und Versorgungsgegenständen;

d) die Verwendung von Zivilpersonal bei Friedensoperationen;

e) Probleme im Zusammenhang mit Aushilfsposten und die geplante Einrichtung eines Unterstützungskontos für Friedensoperationen;

9. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, sich laufend mit der Form seiner Berichte über die Finanzierung von Friedensoperationen der Vereinten Nationen und der darin aufzunehmenden Informationsmenge auseinanderzusetzen, mit dem Ziel, den Mitgliedstaaten bei der Prüfung und Evaluierung dieser Berichte behilflich zu sein;

10. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Verwaltungs- und haushaltstechnische Aspekte der Finanzierung der Friedensoperationen der Vereinten Nationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

B

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zusammensetzung der bestehenden Mitgliedstaaten-Gruppen für die Aufteilung der Kosten von Friedensoperationen, die durch Pflichtbeiträge finanziert werden[62],

unter Hinweis auf ihre Resolution 3101 (XXVIII) vom 11. Dezember 1973 und ihre späteren Resolutionen betreffend die Zusammensetzung der bestehenden Gruppen, zuletzt Resolution 43/232 vom 1. März 1989 über

[51] A/44/605, Abschnitt III.
[52] Ebd., Abschnitt V.
[53] Ebd., Abschnitt VI.
[54] Ebd., Abschnitt IV.
[55] A/44/624, Anhang I.
[56] A/44/725, Ziffer 32-41.
[57] Ebd., Ziffer 8-10.
[58] A/C.5/44/45, Abschnitt I.
[59] Ebd., Ziffer 10.
[60] Siehe A/44/868, Anhang.
[61] A/44/725 und A/44/868.
[62] A/44/605/Add.2.

die Finanzierung der Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit,

sowie unter Hinweis auf Ziffer 3 der Resolution 44/44 vom 7. Dezember 1989 über die Finanzierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika, in der u.a. auf den Beschluß Bezug genommen wird, der auf ihrer vierundvierzigsten Tagung über die Zusammensetzung der Mitgliedstaaten-Gruppen "a", "b", "c" und "d" zu fassen ist,

mit Genugtuung über den Vorschlag der Regierung Spaniens, Spanien von Gruppe "c" nach Gruppe "b" umzustufen,

nach Behandlung des Antrags von Polen auf Umstufung von Gruppe "b" nach Gruppe "c" sowie der Anträge Äquatorialguineas, Gambias, Myanmars, Sierra Leones, Togos und der Zentralafrikanischen Republik auf Umstufung von Gruppe "c" nach Gruppe "d",

nach Ermittlung der Ursachen von Anomalien anhand der im Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Informationen, insbesondere betreffend die am wenigsten entwickelten Länder,

beschließt, als Ad-hoc-Regelung

a) den Vorschlag der Regierung Spaniens anzunehmen und Spanien den in Ziffer 3 Buchstabe b der Resolution 43/232 erwähnten Mitgliedstaaten zuzuordnen und im Einklang mit diesem Vorschlag den Anteil, den es nach dem mit der Beitragstabelle festgelegten Verhältnis an den Kosten der durch Pflichtbeiträge finanzierten Friedensoperationen zu tragen hat, wie folgt aufzuteilen: 50 Prozent im Jahre 1990, 80 Prozent im Jahre 1991 und 100 Prozent im Jahre 1992 und in den darauffolgenden Jahren;

b) Polen den in Ziffer 3 Buchstabe c der Resolution 43/232 erwähnten Mitgliedstaaten zuzuordnen;

c) Äquatorialguinea, Gambia, Mauretanien, Myanmar, Sierra Leone, Togo und die Zentralafrikanische Republik den in Ziffer 3 Buchstabe d der Resolution 43/232 erwähnten Mitgliedstaaten zuzuordnen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

C

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/224 vom 21. Dezember 1987,

nach Behandlung des gemäß Generalversammlungsresolution 42/224 vorgelegten Berichts des Generalsekretärs über die Sätze für die Kostenerstattung an die Regierungen truppenstellender Staaten[63] sowie des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[50],

mit Besorgnis feststellend, daß einige Mitgliedstaaten die vom Generalsekretär erbetenen Angaben verspätet vorgelegt haben, so daß er keine Sachempfehlung betreffend die Berichtigung der derzeitigen Kostenerstattungssätze abgeben konnte,

1. *bittet nachdrücklich* alle truppenstellenden Staaten, die vom Generalsekretär ersucht wurden, Angaben zur Verfügung zu stellen, soweit noch nicht geschehen, möglichst bald, spätestens jedoch bis 1. Februar 1990, vollständige Angaben zur Verfügung zu stellen;

2. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von der Tatsache, daß die Kostenerstattung an die truppenstellenden Staaten infolge des Fehlbetrags in den finanziellen Beiträgen nicht in voller Höhe der für einige Operationen festgelegten Sätze erfolgt und daß diese Staaten daher einen erheblich höheren Anteil der Kosten ihrer Kontingente bei den Friedenstruppen der Vereinten Nationen tragen, als vom Generalsekretär in seinem Bericht angegeben wird;

3. *ersucht* den Generalsekretär, soweit möglich die Zahlungsrückstände gegenüber den gegenwärtigen und früheren truppenstellenden Staaten zu begleichen;

4. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Überprüfung der Sätze für die Kostenerstattung nach Erhalt der noch ausstehenden Informationen abzuschließen und der Generalversammlung seinen Bericht auf dem Weg über den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zur Behandlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorzulegen;

5. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, in jeden seiner Berichte über die Finanzierung der Friedensoperationen der Vereinten Nationen entsprechende Informationen über den Stand der Kostenerstattung an die truppenstellenden Staaten aufzunehmen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

[63] A/44/500.

44/193 – Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1988-1989

A

Endgültige Mittelbewilligungen für den Zweijahreszeitraum 1988-1989

Die Generalversammlung

faßt hiermit für den Zweijahreszeitraum 1988-1989 *folgenden Beschluß*:

1. Der mit ihrer Resolution 43/218 A vom 21. Dezember 1988 bewilligten Betrag von 1.788.746.300 US-Dollar wird wie folgt um 16.432.600 US-Dollar verringert:

Kapitel		Mittelbewilligung gemäß Resolution 43/218 A	Erhöhung bzw. (Verringerung)	Endgültige Mittelbewilligung
			(in US-Dollar)	
	TEIL I—*Allgemeine Politik, Gesamtleitung und Koordinierung*			
1.	Allgemeine Politik, Gesamtleitung und Koordinierung	50.213.700	(1.787.400)	48.426.300
	TEIL I INSGESAMT	50.213.700	(1.787.400)	48.426.300
	TEIL II—*Politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrats; friedenssichernde Tätigkeiten*			
2A.	Politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrats; friedenssichernde Tätigkeiten	99.259.000	716.300	99.975.300
2B.	Abrüstungsfragen	10.247.600	251.600	10.499.200
	TEIL II INSGESAMT	109.506.600	967.900	110.474.500
	TEIL III—*Politische Fragen, Treuhandschaft und Entkolonialisierung*			
3.	Politische Fragen, Treuhandschaft und Entkolonialisierung	33.419.300	(5.454.500)	27.964.800
	TEIL III INSGESAMT	33.419.300	(5.454.500)	27.964.800
	TEIL IV—*Wirtschaftliche, soziale und humanitäre Fragen*			
4.	Leitungsorgane (Wirtschafts- und Sozialbereich)	1.982.400	(134.700)	1.847.700
5A.	Büro des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit	4.072.800	305.500	4.378.300
5B.	Verbindungsbüro der Regionalkommissionen	755.900	24.900	780.800
6A.	Hauptabteilung für internationale wirtschaftliche und soziale Fragen	42.236.700	(1.814.600)	40.422.100
6B.	Bereich globale soziale Entwicklungsfragen	10.261.900	(45.200)	10.216.700
7.	Hauptabteilung für technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung	21.917.100	(35.600)	21.881.500
9.	Transnationale Unternehmen	9.878.700	544.400	10.423.100
10.	Wirtschaftskommission für Europa	34.619.000	(2.991.100)	34.895.100
11.	Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik	35.848.000	(952.900)	34.895.100
12.	Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik	42.811.000	(2.114.200)	40.696.800
13.	Wirtschaftskommission für Afrika	51.207.200	(3.126.200)	48.081.000
14.	Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien	36.766.200	(2.510.400)	34.255.800
15.	Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen	76.958.200	(3.897.300)	73.060.900
16.	Internationales Handelszentrum	13.409.100	(955.900)	12.453.200
17.	Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	3.824.000	70.800	3.894.800
18.	Umweltprogramm der Vereinten Nationen	10.591.300	(376.400)	10.214.900
19.	Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat)	8.722.500	(1.198.600)	7.523.900
20.	Internationale Suchtstoffkontrolle	7.433.600	462.400	7.896.000
21.	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	35.932.000	1.110.900	37.042.900
22.	Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe	6.944.800	388.800	7.283.600

Kapitel		*Mittelbewilligung gemäß Resolution 43/218 A*	*Erhöhung bzw. (Verringerung)*	*Endgültige Mittelbewilligung*
			(in US-Dollar)	
23.	Menschenrechte	16.937.200	(824.700)	16.112.500
24.	Reguläres Programm für technische Zusammenarbeit	32.418.400	340.600	32.759.000
	TEIL IV INSGESAMT	505.528.000	(17.779.500)	487.748.500
	TEIL V—*Internationale Rechtspflege und Völkerrecht*			
25.	Internationaler Gerichtshof	13.250.800	(193.900)	13.056.900
26.	Rechtsfragen	16.634.000	(571.600)	16.062.400
	TEIL V INSGESAMT	29.884.800	765.500	29.119.300
	TEIL VI—*Presse und Information*			
27.	Presse und Information	78.255.800	(1.031.100)	77.224.700
	TEIL VI INSGESAMT	78.255.800	(1.031.100)	77.224.700
	TEIL VII—*Gemeinsame Unterstützungsdienste*			
28.	Verwaltung und Management	371.150.800	9.894.500	381.045.300
29.	Konferenz- und Bibliotheksdienste	324.950.400	7.078.500	332.028.900
	TEIL VII INSGESAMT	696.101.200	16.973.000	713.074.200
	TEIL VIII—*Sonderausgaben*			
30.	Schuldverschreibung der Vereinten Nationen	3.520.800	2.600	3.523.400
	TEIL VIII INSGESAMT	3.520.800	2.600	3.523.400
	TEIL IX—*Personalabgabe*			
31.	Personalabgabe	263.220.100	(7.401.800)	255.818.300
	TEIL IX INSGESAMT	263.220.100	(7.401.800)	255.818.300
	TEIL X—*Kapitalaufwand*			
32.	Bau, Umbau und Verbesserungsarbeiten sowie größere Instandhaltungsarbeiten an Grundstücken und Gebäuden	19.096.000	(156.300)	18.939.700
	TEIL X INSGESAMT	19.096.000	(156.300)	18.939.700
	GESAMTSUMME	1.788.746.300	(16.432.000)	1.772.313.700

2. Der Generalsekretär wird ermächtigt, mit Zustimmung des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen Mittel von einem Haushaltskapitel auf ein anderes zu übertragen;

3. Die in den verschiedenen Haushaltskapiteln vorgesehenen Nettomittel für außer Haus auszuführende Druckaufträge werden unter der Leitung des Beirats für Veröffentlichungen der Vereinten Nationen als Gesamtbetrag verwaltet;

4. Die Mittel für das reguläre Programm der technischen Zusammenarbeit in Teil IV Kapitel 24 werden gemäß der Finanzordnung der Vereinten Nationen verwaltet, wobei jedoch für die Definition der Mittelbindungen und deren Gültigkeitsdauer folgende Bestimmungen gelten:

a) Im laufenden Zweijahreszeitraum erfolgte Mittelbindungen für personelle Dienstleistungen bleiben im folgenden Zweijahreszeitraum gültig, vorausgesetzt, daß die Ernennung der betreffenden Sachverständigen bis zum Ende des laufenden Zweijahreszeitraums erfolgt und daß der Gesamtzeitraum, für den die zu diesem Zweck eingegangenen Mittelbindungen zu Lasten der Mittel des laufenden Zweijahreszeitraums gelten, vierundzwanzig Arbeitsmonate nicht überschreitet;

b) Im laufenden Zweijahreszeitraum erfolgte Mittelbindungen für Stipendien bleiben bis zu ihrer Tilgung gültig, vorausgesetzt, daß der Stipendiat von der antragstellenden Regierung nominiert und von der Organisation akzeptiert wurde und daß der antragstellenden Regierung eine offizielle Benachrichtigung über die Vergabe des Stipendiums zugegangen ist;

c) Im laufenden Zweijahreszeitraum verbuchte Mittelbindungen für Verträge oder Material- oder Gerätebestellungen bleiben, sofern sie nicht storniert werden, gültig, bis die Bezahlung an den Auftragnehmer oder Verkäufer erfolgt ist;

5. Zusätzlich zu den in Ziffer 1 bewilligten Mitteln wird für jedes Jahr des Zweijahreszeitraums 1988-1989 aus dem aufgelaufenen Einkommen des Bibliotheksausstattungsfonds ein Betrag von US-Dollar 29.500 zum Ankauf von Büchern, Zeitschriften, Karten und Bibliotheksausstattungsgegenständen sowie für andere mit den Zielen und Bestimmungen des Fonds im Einklang stehende Ausgaben der Bibliothek im Palais des Nations bewilligt.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

B

ENDGÜLTIGE EINNAHMENVORANSCHLÄGE FÜR DEN ZWEIJAHRESZEITRAUM 1988-1989

Die Generalversammlung

faßt hiermit für den Zweijahreszeitraum 1988-1989 *folgenden Beschluß:*

1. Die mit ihrer Resolution 43/218 B vom 21. Dezember 1988 gebilligten Einnahmenvoranschläge in Höhe von 344.443.300 US-Dollar werden wie folgt um 19.597.800 US-Dollar verringert:

Einnahmenkapitel	*Mit Resolution 43/218 B gebilligter Betrag*	*Erhöhung bzw. (Verringerung)*	*Endgültig gebilligte Voranschläge*
		(in US-Dollar)	
TEIL I – *Einnahmen aus der Personalabgabe*			
1. Einnahmen aus der Personalabgabe	267.581.500	(7.772.500)	259.809.000
TEIL I INSGESAMT	267.581.500	(7.772.500)	259.809.000
TEIL II – *Sonstige Einnahmen*			
2. Allgemeine Einnahmen	63.035.200	(7.800.200)	55.235.000
3. Mit Einnahmen verbundene Tätigkeitszweige	13.826.600	(4.025.100)	9.801.500
TEIL II INSGESAMT	76.861.800	(11.825.300)	65.036.500
GESAMTSUMME	344.443.300	(19.597.800)	324.845.500

2. Die Einnahmen aus der Personalabgabe werden gemäß Generalversammlungsresolution 973 (X) vom 15. Dezember 1955 dem Steuerausgleichsfonds gutgeschrieben;

3. In den Mittelbewilligungen des Haushalts nicht vorgesehene Ausgaben, die direkt zu Lasten der Postverwaltung der Vereinten Nationen, des Besucherdienstes, der Restaurationsbetriebe und damit im Zusammenhang stehender Dienste, des Garagenbetriebs, der Fernsehdienste und des Verkaufs von Publikationen gehen, werden mit den bei diesen Tätigkeiten erzielten Einnahmen verrechnet.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/194 – Programmplanung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 31/93 vom 14. Dezember 1976, 32/197 vom 20. Dezember 1977, 37/234 vom 21. Dezember 1982, 38/227 A und B vom 20. Dezember 1983, 41/213 vom 19. Dezember 1986, 42/215 vom 21. Dezember 1987 und 43/219 vom 21. Dezember 1988,

sowie unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 2008 (LX) vom 14. Mai 1976 und 1988/77 vom 29. Juli 1988 und Kenntnis nehmend von den Ratsresolutionen 1989/97 vom 26. Juli 1989, 1989/109 vom 27. Juli 1989 und 1989/114 vom 28. Juli 1989,

nach Behandlung des Berichts des Programm- und Koordinierungsausschusses über seine neunundzwanzigste Tagung[64] und der entsprechenden Abschnitte des Berichts des Wirtschafts- und Sozialrats für 1989[65],

sowie nach Behandlung der Berichte des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[66],

ferner nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs über sämtliche Aspekte der Festlegung von Prioritäten in künftigen Übersichten über den Entwurf des Programmhaushaltsplans[67], über Erklärungen über die Programmhaushaltswirksamkeit[68] und über Kontrolle, Evaluierung und Managementinformation[69],

[64] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 16* (A/44/16).
[65] Ebd., *Beilage 3* (A/44/3/Rev.1).
[66] Ebd., *Beilage 7* mit Korrigenda (A/44/7 mit Korr.1 und 2) und ebd., *Beilage 7A* (A/44/7/Add.1-8).
[67] A/44/272.
[68] A/44/234.
[69] A/44/233.

erneut erklärend, wie wichtig ein geeignetes Verfahren für Konsultationen zwischen Fachgremien sowie Sektoral- und Regionalgremien über den Planungs-, Programmierungs- und Haushaltsaufstellungsprozeß ist,

sowie erneut erklärend, wie wichtig die Festlegung von Prioritäten als fester Bestandteil des Planungs-, Programmierungs- und Haushaltsaufstellungsprozesses ist,

betonend, wie wichtig eine zuverlässige Methodik für die Programmvollzugskontrolle ist,

hervorhebend, wie wichtig die Evaluierung ist, wenn es darum geht, den Wert, die Wirtschaftlichkeit, die Wirksamkeit und die Auswirkungen von Programmen und Aktivitäten im Verhältnis zu ihren Zielsetzungen systematisch und objektiv festzustellen,

in der Erkenntnis, daß die Koordinierung darauf abzielen sollte, die Kompatibilität und wechselseitige Komplementarität der Aktivitäten und Programme des Systems der Vereinten Nationen zu verbessern,

sowie in Anerkennung der Koordinierungsrolle des Wirtschafts- und Sozialrats im Wirtschafts- und Sozialbereich,

unter erneutem Hinweis auf die Wichtigkeit der Programmierungs- und Koordinierungsaufgaben, die der Programm- und Koordinierungsausschuß innerhalb der Vereinten Nationen als wichtigstes, für die Planung, Programmierung und Koordinierung zuständiges Nebenorgan der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats wahrnimmt,

im Hinblick auf die Koordinierungsrolle, die der Verwaltungsausschuß für Koordinierung auf Sekretariatsebene ausübt,

in dieser Hinsicht *unter erneutem Hinweis auf* die Rolle, die der Generalsekretär der Vereinten Nationen als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses für Koordinierung bei der Koordinierung der Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen ausübt,

unter Berücksichtigung der Stellungnahmen und Bemerkungen, die im Fünften Ausschuß zur Programmplanung abgegeben wurden,

I

Rolle der zwischenstaatlichen Organe

1. *billigt* die Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses betreffend das Konsultationsverfahren zur Erstellung des Entwurfs des Programmhaushaltsplans[70];

2. *nimmt Kenntnis* von den Bemerkungen des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zum Ausmaß der Mitwirkung von Fachorganen am Planungs- und Programmierungsprozeß[71];

3. *bittet* den Programm- und Koordinierungsausschuß und den Konferenzausschuß, im Rahmen ihres jeweiligen Mandats geeignete Maßnahmen zu treffen, um Fachgremien sowie Sektoral- und Regionalgremien dabei zu unterstützen, entsprechend den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung eine wirksamere Rolle im Planungs-, Programmierungs- und Haushaltsaufstellungsprozeß zu spielen;

4. *bittet außerdem* die zwischenstaatlichen Fach-, Sektoral- und Regionalgremien, den Entwurf des mittelfristigen Plans und die Programmhaushaltsvorschläge in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich so rechtzeitig zu behandeln, daß der Generalsekretär ihre Empfehlungen bei der Erstellung der Vorlage für den mittelfristigen Plan und des Entwurfs des Programmhaushaltsplans berücksichtigen kann;

5. *ersucht* den Generalsekretär, den in Ziffer 3 und 4 dieses Abschnitts erwähnten Organen und Gremien die erforderliche Beratung zuteil werden zu lassen, damit sie die ihnen mit dieser Resolution übertragenen Aufgaben wirksam wahrnehmen können;

II

Prioritäten

1. *billigt* die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses betreffend die Festlegung von Prioritäten in künftigen Übersichten über den Entwurf des Programmhaushaltsplans[72];

2. *nimmt Kenntnis* von den diesbezüglichen Stellungnahmen des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[73];

3. *ersucht* alle zuständigen Stellen und Organe, auch künftig alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um entsprechend den Regeln und Vorschriften betreffend die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Vollzugskontrolle und die Evaluierungsmethoden Prioritäten festzulegen und anzuwenden;

4. *ersucht* den Programm- und Koordinierungsausschuß, auf seiner dreißigsten Tagung die Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über alle Aspekte der Festlegung von Prioritäten in künftigen Übersichten über den Entwurf des Programmhaushaltsplans[67], auch soweit es dabei um den Zusammenhang zwischen Prioritäten und Sondermitteln geht, unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Bemerkungen des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[74] abzuschließen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung entsprechende Empfehlungen zu unterbreiten;

III

Programmvollzugskontrolle

1. *ersucht* den Generalsekretär, die Methodik für die Programmvollzugskontrolle und die Programmvollzugsberichterstattung weiter zu verbessern, damit die Implementierungsraten ein besseres Bild des Programmvollzugs vermitteln und das tatsächlich erbrachte Endergebnis besser mit den in den Programmbeschreibungen des gebilligten Programmhaushaltsplans enthaltenen Verpflichtungen verglichen werden kann;

2. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, eine Methodik für die Abstimmung der Programmvollzugs-

---

[70] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 16* (A/44/16), Ziffer 48.

[71] Ebd., *Beilage 7* mit Korrigenda (A/44/7 mit Korr.1 und 2), Ziffer 69-72.

[72] Ebd., *Beilage 16* (A/44/16), Ziffer 271-275.

[73] Ebd., *Beilage 7* mit Korrigenda (A/44/7 mit Korr. 1 und 2), Ziffer 92-97.

[74] Ebd., Ziffer 85.

berichte und der Haushaltsvollzugsberichte zu entwikkeln;

IV

Evaluierung

1. *billigt* die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses betreffend die Evaluierung[75];

2. *begrüßt* die Bemühungen des Sekretariats um eine Vervollkommnung der Evaluierungsmethodik, betont die Notwendigkeit weiterer Verbesserungen und bittet das Sekretariat nachdrücklich, bei seinen Evaluierungsanalysen einen eher qualitativen Ansatz zu wählen, wann immer programmatische Überlegungen dies rechtfertigen;

3. *betont* die Wichtigkeit der Selbstevaluierung im Zusammenhang mit der Erstellung und Durchführung des mittelfristigen Plans und der Programminhalte des Programmhaushaltsplans;

4. *erneuert das* in ihrer Resolution 43/219 Abschnitt III Ziffer 8 an den Generalsekretär gerichtete *Ersuchen*, den entsprechenden zwischenstaatlichen Organen und Sachverständigenorganen die Programmvollzugs- und Evaluierungsberichte zusammen mit den von der Generalversammlung gebilligten diesbezüglichen Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses vorzulegen und so sicherzustellen, daß Folgemaßnahmen getroffen werden;

V

Koordinierungsfragen

1. *billigt* die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses betreffend die Koordinierung[76];

2. *ersucht* den Verwaltungsausschuß für Koordinierung, Aufbau und Inhalt seines jährlichen Übersichtsberichts entsprechend den diesbezüglichen Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses von Grund auf zu ändern;

3. *bittet* den Wirtschafts- und Sozialrat und den Programm- und Koordinierungsausschuß, entsprechend ihrem jeweiligen Mandat den jährlichen Übersichtsbericht des Verwaltungsausschusses für Koordinierung eingehender zu behandeln;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Programm- und Koordinierungsausschuß auf seiner dreißigsten Tagung und dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung 1990 den jährlichen Übersichtsbericht des Verwaltungsausschusses für Koordinierung für 1989 vorzulegen und ihn den Gepflogenheiten entsprechend danach der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung zusammen mit den entsprechenden Schlußfolgerungen und Empfehlungen dieser Organe zu dem Bericht verfügbar zu machen;

5. *bittet* den Programm- und Koordinierungsausschuß und den Verwaltungsausschuß für Koordinierung, auf ihrem gemeinsamen Treffen im Jahr 1990 eingehend zu erörtern, durch welche Maßnahmen — auch was die Struktur und die Teilnehmerebene angeht — diese gemeinsamen Treffen wirksamer gestaltet werden könnten;

VI

Implementierung

ersucht den Generalsekretär sicherzustellen, daß die Regeln und Vorschriften betreffend die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Vollzugskontrolle und die Evaluierungsmethoden in jeder Hinsicht voll implementiert werden;

VII

Sonstige Schlussfolgerungen und Empfehlungen

billigt die sonstigen Schlußfolgerungen und Empfehlungen der neunundzwanzigsten Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses[64], die von der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung nicht an anderer Stelle gebilligt worden sind.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/195 — Derzeitige Finanzkrise und finanzielle Notlage der Vereinten Nationen

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere auf Artikel 17,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 41/213 vom 19. Dezember 1986, 42/211 und 42/212 vom 21. Dezember 1987 und 43/215 vom 21. Dezember 1988,

in großer Sorge darüber, daß die derzeitige Finanzkrise die Zahlungsfähigkeit, Stabilität und Tätigkeit der Organisation bedroht,

erneut erklärend, daß die Organisation in Übereinstimmung mit der Charta über eine solide, verläßliche und gesicherte finanzielle Grundlage verfügen muß,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die derzeitige Finanzkrise der Vereinten Nationen[77] und vom entsprechenden Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[78],

sowie Kenntnis nehmend von den Auffassungen, die die Mitgliedstaaten im Fünften Ausschuß zur Finanzlage, insbesondere zur derzeitigen Finanzkrise, der Vereinten Nationen zum Ausdruck gebracht haben,

1. *erklärt erneut*, daß alle Mitgliedstaaten nach der Charta der Vereinten Nationen rechtlich verpflichtet sind, die Ausgaben der Organisation nach einem von der Generalversammlung festgelegten Verteilungsschlüssel zu finanzieren;

2. *bittet nachdrücklich* alle Mitgliedstaaten, ihre veranlagten Beiträge vollständig und rechtzeitig im Einklang mit Artikel 5.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen zu bezahlen;

---

[75] Ebd., *Beilage 16* (A/44/16), Ziffer 286, 288-290, 292-297, 299-307, 314 und 316-320.
[76] Ebd., Ziffer 325-331, 333, 335-340, 344-352, 357-361 und 364-368.
[77] A/44/857 mit Korr.1.
[78] A/44/873.

3. *ersucht* diejenigen Mitgliedstaaten, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, alle erdenklichen Anstrengungen zu unternehmen, um ihre Beitragsrückstände zu bezahlen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, die Finanzlage der Vereinten Nationen weiter zu überwachen und den Präsidenten der Generalversammlung und die Vorsitzenden der Regionalgruppen unterrichtet zu halten, damit die Mitgliedstaaten sich leichter damit auseinandersetzen können, falls die Situation dies erfordert;

5. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, allen Mitgliedstaaten die neuesten Angaben über die derzeitige Finanzkrise der Organisation zukommen zu lassen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung rechtzeitig und umfassend darüber Bericht zu erstatten.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

B

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/220 vom 21. Dezember 1988 und alle ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage,

in Anbetracht der zunehmenden Bedeutung der Rolle der Organisation bei friedenssichernden und anderen damit zusammenhängenden Aktivitäten,

eingedenk des Berichts des Ausschusses für Verhandlungen über die finanzielle Notlage der Vereinten Nationen[79] und der von den Mitgliedstaaten auf der zweiunddreißigsten Tagung der Generalversammlung im Fünften Ausschuß hierzu vorgebrachten Auffassungen[80],

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Analyse der Finanzlage der Vereinten Nationen[81] und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[78],

mit Besorgnis feststellend, daß sich das kurzfristige Defizit der Organisation im Laufe des Jahres zwar geringfügig verringert hat, mit 31. Dezember 1989 jedoch voraussichtlich nahezu 315 Millionen US-Dollar betragen wird,

besorgt über die prekäre Finanzlage aller Friedensoperationen und feststellend, daß die truppenstellenden Mitgliedstaaten, insbesondere soweit es sich dabei um Entwicklungsländer handelt, die für frühere und gegenwärtige Friedensoperationen Truppen gestellt haben, mit dem größten Teil des Defizits belastet sind,

mit Besorgnis in Anbetracht der langen Verzögerungen bei der Bezahlung veranlagter Beiträge zu früheren und gegenwärtigen Friedensoperationen beziehungsweise in Anbetracht deren teilweiser Bezahlung und Nichtbezahlung,

unter Wiederholung früherer Aufrufe an die Mitgliedstaaten, unbeschadet ihrer Grundsatzhaltung freiwillige Beiträge an das in Anhang VI des Berichts des Generalsekretärs über die Analyse der Finanzlage der Vereinten Nationen genannte Sonderkonto zu leisten,

Kenntnis nehmend vom Vorschlag des Generalsekretärs in Ziffer 29 seines Berichts über die Analyse der Finanzlage der Vereinten Nationen, der dahin geht, den Betriebsmittelfonds aufzustocken,

unter Berücksichtigung der von den Mitgliedstaaten im Verlauf der vierundvierzigsten Tagung im Fünften Ausschuß vorgetragenen Auffassungen,

1. *bekräftigt* ihre Entschlossenheit, auf der Grundlage des Prinzips der kollektiven finanziellen Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten und in strikter Einhaltung der Charta der Vereinten Nationen eine umfassende und allgemein akzeptable Lösung für die Finanzprobleme der Vereinten Nationen zu finden;

2. *bittet* alle Mitgliedstaaten *nachdrücklich*, ihren finanziellen Verpflichtungen aus der Charta nachzukommen, indem sie ihre gesamten veranlagten Beiträge prompt und vollständig bezahlen und Vorauszahlungen an den Betriebsmittelfonds leisten;

3. *ersucht* den Generalsekretär, sich über seine offiziellen Mitteilungen an die ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten hinaus gegebenenfalls auch an die Regierungen der Mitgliedstaaten zu wenden, um ihnen die rasche und vollständige Bezahlung der gesamten noch nicht entrichteten Pflichtbeiträge nahezulegen sowie weitere freiwillige Beiträge zu den Friedensoperationen zu erbitten;

4. *dankt* allen Mitgliedstaaten, die gemäß Artikel 5.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen ihre gesamten veranlagten Beiträge binnen dreißig Tagen nach Erhalt der Mitteilung des Generalsekretärs entrichten;

5. *ersucht* den Ausschuß für Verhandlungen über die finanzielle Notlage der Vereinten Nationen, mit der Finanzlage der Organisation befaßt zu bleiben und der Generalversammlung gegebenenfalls darüber Bericht zu erstatten;

6. *schließt sich* der Empfehlung des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen in Ziffer 12 seines Berichts[78] *an*;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung bis 10. Oktober 1990 einen Bericht über die finanzielle Notlage der Vereinten Nationen vorzulegen, der auch eine umfassende Analyse der Finanzlage der Vereinten Nationen und der Ergebnisse seiner Bemühungen um die Durchführung von Ziffer 3 dieser Resolution enthält.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/196 – Konferenzplan

A

Bericht des Konferenzausschusses

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf alle ihre einschlägigen Resolutionen,

nach Behandlung des Berichts des Konferenzausschusses[82],

[79] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Einunddreißigste Tagung, Beilage 37* (A/31/37).
[80] *Official Records of the General Assembly, Thirty-second Session, Fifth Committee*, 32., 33., 35., 37., 39. und 60. Sitzung; und ebd., *Fifth Committee, Sessional Fascicle*, Korrigendum.
[81] A/C.5/44/27.
[82] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 32* mit Korrigenda (A/44/32 mit Korr.1-3).

1. *billigt* den vom Konferenzausschuß vorgelegten Entwurf des Konferenz- und Sitzungskalenders der Vereinten Nationen für den Zweijahreszeitraum 1990-1991[83];

2. *ermächtigt* den Konferenzausschuß, im Konferenz- und Sitzungskalender für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 Änderungen vorzunehmen, die infolge von Maßnahmen und Beschlüssen der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung erforderlich werden sollten;

3. *stellt mit Genugtuung fest*, daß eine Reihe von Organen der Vereinten Nationen Anstrengungen unternommen haben, um die Nutzung der Ressourcen für die Konferenzbetreuung zu verbessern;

4. *ersucht* den Konferenzausschuß, die Methodik zur Berechnung der Nutzungsraten der Konferenzdienste zu überprüfen, damit sich nach Möglichkeit genauer feststellen läßt, wie die Konferenzressourcen insgesamt genutzt werden, und die Organe der Vereinten Nationen somit besser in die Lage versetzt werden, die Konferenzdienste optimal zu nutzen und ihre Inanspruchnahme der Konferenzdienste gegebenenfalls auch weiterhin zu rationalisieren;

5. *bittet nachdrücklich* alle Organe der Vereinten Nationen, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Ressourcen für die Konferenzbetreuung besser zu nutzen und dabei der Notwendigkeit einer Kostensenkung ohne gleichzeitige Beeinträchtigung ihrer Effizienz Rechnung zu tragen;

6. *ersucht* den Vorsitzenden des Konferenzausschusses und den Generalsekretär, mit den Organen der Vereinten Nationen, die die ihnen zur Verfügung gestellten Ressourcen für die Konferenzbetreuung nicht entsprechend genutzt haben, in Verbindung zu bleiben, um sie bei der besseren Nutzung dieser Ressourcen zu unterstützen;

7. *empfiehlt*, daß die Vorsitzenden die jeweiligen Organe auf die Problematik der Nutzung der Ressourcen für die Konferenzbetreuung aufmerksam machen;

8. *ersucht* den Konferenzausschuß, auf der Grundlage weiterer Berichte des Generalsekretärs mit der Angelegenheit befaßt zu bleiben;

9. *begrüßt* die Absicht des Konferenzausschusses, sich mit dem Entwurf des die Konferenz- und Bibliotheksdienste betreffenden Kapitels des mittelfristigen Plans für den Zeitraum 1992-1997 näher zu befassen und dabei zu berücksichtigen, daß diese Strategie u.a. darauf ausgerichtet sein sollte, die Konferenzdienste, -ressourcen und -einrichtungen im Einklang mit den diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung und den für die Konferenzplanung geltenden Regeln und Grundsätzen weltweit optimal und möglichst kostenwirksam zu nutzen;

10. *nimmt Kenntnis* von der Absicht des Konferenzausschusses, an der vom Generalsekretär geplanten Überprüfung der Hauptabteilung Konferenzdienste[84] mitzuwirken, mit der Maßgabe, daß die Form seiner Mitwirkung, die vom Ausschuß auf seiner Tagung 1990 festzulegen ist, in vollem Einklang mit seinem Mandat steht und der Resolution 43/222 B vom 21. Dezember 1988 in ihrer von der Generalversammlung verabschiedeten Fassung entspricht;

11. *bittet* den Konferenzausschuß, unter Berücksichtigung der ihm von der Generalversammlung übertragenen Aufgaben ein umfassenderes Arbeitsprogramm zu beschließen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

B

Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2292 (XXII) vom 8. Dezember 1967, 2538 (XXIV) vom 11. Dezember 1969, 3415 (XXX) vom 8. Dezember 1975, 34/50 vom 23. November 1979, 35/10 B vom 3. November 1980, 36/117 vom 10. Dezember 1981, 37/14 C vom 16. November 1982, 38/32 E vom 25. November 1983, 40/243, Abschnitt III vom 18. Dezember 1985, 41/177 D vom 5. Dezember 1986, 42/207 vom 11. Dezember 1987 und 43/222 C vom 21. Dezember 1988,

1. *beschließt* eine weitere einjährige Verlängerung der mit ihrer Resolution 37/14 C verfügten Versuchsperiode, während der kein Nebenorgan der Generalversammlung Anspruch auf Kurzprotokolle hat, mit nachstehenden Ausnahmen:

a) Ad-hoc-Ausschuß für den Indischen Ozean;

b) Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes;

c) Völkerrechtskommission;

d) Unterausschuß Recht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums;

e) Sonderausschuß gegen Apartheid;

f) Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht;

g) Namibia-Rat der Vereinten Nationen;

2. *nimmt Kenntnis* vom Beschluß des Kuratoriums des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen, keine Kurzprotokolle mehr zu beantragen;

3. *nimmt außerdem Kenntnis* vom Beschluß des Konferenzausschusses, die Frage der Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation auf seiner Arbeitstagung 1990 eingehender zu überprüfen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, den Drucksachenbedarf der Organisation zu untersuchen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Konferenzausschuß und den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen Vorschläge zu unterbreiten, die darauf abzielen, die Wirtschaftlichkeit der internen und externen Drucksachenherstellung zu maximieren.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

C

Durchführung der Generalversammlungsresolution 42/207 C

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung ihrer Resolution 42/207 C vom 11. Dezember 1987,

[83] Ebd., Anhang III.
[84] Siehe A/44/222 mit Korr.1, Ziffer 104.

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution 42/207 C[85],

1. *ersucht* den Generalsekretär, die Resolution 42/207 C auch weiterhin durchzuführen;

2. *beschließt*, mit der Angelegenheit befaßt zu bleiben.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/197 – Beitragstabelle für die Aufteilung der Ausgabenlast der Vereinten Nationen

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf alle ihre früheren Resolutionen zur Beitragstabelle, insbesondere die Resolutionen 39/247 B vom 12. April 1985, 42/208 vom 11. Dezember 1987 und 43/223 B vom 21. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Beitragsausschusses[86] und Kenntnis nehmend von den Bemühungen des Ausschusses, insbesondere im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, auf die er bei der Durchführung seiner Aufgaben gestoßen ist,

unter Berücksichtigung der während der vierundvierzigsten Tagung im Fünften Ausschuß zum Ausdruck gebrachten Auffassungen[87],

1. *erklärt erneut*,

a) daß die Zahlungsfähigkeit das grundlegende Kriterium für die Festsetzung der Beitragstabelle ist;

b) daß die Beitragstabelle auf der Grundlage verläßlicher, nachprüfbarer und vergleichbarer Daten festgesetzt werden sollte;

c) daß die Methodik für die Festsetzung der Beitragstabelle so weit vereinfacht werden sollte, wie dies möglich ist, damit sie transparenter und längerfristig stabil wird;

2. *nimmt Kenntnis* von den im Bericht des Beitragsausschusses[86] aufgezeigten möglichen Bereichen für eine Anpassung der bestehenden Methodik;

3. *ersucht* den Beitragsausschuß,

a) seine Arbeit an den folgenden Bestandteilen der bestehenden Methodik fortzusetzen:

i) der statistischen Referenzperiode;

ii) dem Verschuldungsanpassungsfaktor;

iii) dem Schwellenwert für das Pro-Kopf-Einkommen;

iv) der Begrenzungsformel zur Vermeidung zu großer Schwankungen der Beitragssätze einzelner Länder von einer Tabelle zur nächsten;

b) im Hinblick auf eine Verbesserung der derzeitigen Methodik:

i) die Heranziehung anderer Faktoren eingehend zu prüfen, so auch die Situation von Ländern, die die in Resolution 43/223 B Ziffer 3 umrissenen wirtschaftlichen Merkmale aufweisen;

ii) seine Arbeit an der Methodik der preisbereinigten Wechselkurse fortzusetzen;

c) in Übereinstimmung mit dem in Resolution 43/223 B Ziffer 2 Buchstabe e dargelegten Mandat seine Behandlung von Ad-Hoc-Anpassungen der Maschinenskala fortzusetzen, die aufgrund allgemeiner, objektiver, einleuchtender und transparenter Kriterien, einschließlich der in Ziffer 38 des Berichts des Beitragsausschusses erwähnten, einheitlich angewandt und in begrenztem Umfang und auf freiwilliger und multilateraler Basis vorgenommen werden sollten;

4. *ersucht* den Beitragsausschuß *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Empfehlungen zu allen Anpassungen der in Ziffer 3 erwähnten Bestandteile und Faktoren vorzulegen, die erforderlich und angebracht sein sollten;

5. *bittet* den Beitragsausschuß, bei den in Ziffer 3 erwähnten Arbeiten auch künftig die Wechselbeziehung zwischen allen Bestandteilen und Faktoren im Rahmen der Gesamtmethodik zu untersuchen;

6. *ersucht* den Beitragsausschuß, sich weiterhin mit der Untersuchung verschiedener Varianten des Einkommenskonzepts zu beschäftigen und der Generalversammlung darüber auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Bericht zu erstatten;

7. *ersucht* den Beitragsausschuß *außerdem*, die Möglichkeit zu erwägen, von der Zuteilung zusätzlicher Punkte, die aufgrund der Anwendung der Begrenzungsformel anfallen, an Mitgliedstaaten mit sehr niedrigem Pro-Kopf-Einkommen abzusehen, und der Generalversammlung darüber auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Bericht zu erstatten;

8. *ersucht* den Beitragsausschuß *ferner*, in seinen Bericht an die fünfundvierzigste Tagung der Generalversammlung Beispiele aufzunehmen, die mit den statistischen Anlagen zu seinem Bericht an die vierundvierzigste Tagung der Versammlung übereinstimmen und aus denen hervorgeht, wie sich eine Verwendung der in dieser Resolution erwähnten Bestandteile und Faktoren, einschließlich der verschiedenen Alternativformeln für Höchst- und Mindestbeitragssätze, auswirken würde.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

B

Die Generalversammlung,

schließt sich dem in Ziffer 50 bis 52 des Berichts des Beitragsausschusses[86] enthaltenen Vorschlag betreffend die geänderten Veranlagungsverfahren für Nichtmitgliedstaaten *an*.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

C

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Regel 160 der Geschäftsordnung der Generalversammlung,

1. *ersucht* den Beitragsausschuß, die Frage zu prüfen, wie die Mitgliedstaaten Zugang zu Informationen über den im Ausschuß als Sachverständigengremium stattfindenden Entscheidungsfindungsprozeß zur Bei-

[85] A/44/502.

[86] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 11* mit Addendum und Korrigendum (A/44/11 mit Add. 1 und Add.1/Korr.1)

[87] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Fifth Committee*, 13., 17., 18., 20. bis 23., 25. und 59. Sitzung, mit Korrigendum.

tragstabelle erhalten können, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung konkrete Empfehlungen dazu vorzulegen, wie ein wirksamer Mechanismus für die Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten und dem Ausschuß geschaffen werden kann, insbesondere durch die Abhaltung von Informationssitzungen auf den ordentlichen Ausschußtagungen vor Aufstellung einer neuen Tabelle und während der Behandlung von Ad-hoc-Anpassungen, damit interessierte Mitgliedstaaten ihre Auffassungen vorbringen und den Ausschuß ersuchen können, diese bei der Aufstellung der neuen Tabelle zu berücksichtigen;

2. *beschließt*, auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung die Behandlung der Arbeitsweise des Beitragsausschusses auf der Grundlage der vom Ausschuß in seinem Bericht zum Ausdruck gebrachten Auffassungen fortzusetzen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/198 – Gemeinsames System der Vereinten Nationen: Bericht der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des fünfzehnten Jahresberichts der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst[88] und anderer damit zusammenhängender Berichte[89],

I

Umfassende Überprüfung der Beschäftigungsbedingungen der Beamten des Höheren Dienstes und der Beamten der oberen und obersten Rangebenen

daran erinnernd, daß sie die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst in Abschnitt III ihrer Resolution 42/221 vom 21. Dezember 1987 ersucht hat, eine umfassende Überprüfung der Beschäftigungsbedingungen der Beamten des Höheren Dienstes und der Beamten der oberen und obersten Rangebenen vorzunehmen,

sowie erinnernd an die Richtlinien für diese umfassende Überprüfung, die sie in Abschnitt III ihrer Resolution 42/221 und Abschnitt I ihrer Resolution 43/226 vom 21. Dezember 1988 aufgestellt hat,

im Zusammenhang mit dem in Abschnitt I Ziffer 4 Buchstabe c der Resolution 43/226 enthaltenen Ersuchen *ferner daran erinnernd*, daß die Gesamtkosten aller Teilstücke der im Rahmen der umfassenden Überprüfung vorgeschlagenen jeweiligen Lösungen soweit wie möglich den Kosten des derzeitigen Besoldungssystems vergleichbar sein sollten,

feststellend, daß die in Abschnitt I dieser Resolution enthaltenen Beschlüsse erst dann als endgültig betrachtet werden können, wenn die umfassende Überprüfung unter Berücksichtigung aller Aspekte abgeschlossen ist,

1. *ersucht* den Generalsekretär, alles Notwendige zu tun, um 1991 und in den darauffolgenden Jahren einen beträchtlichen Teil der zusätzlichen Kosten aufzufangen, die sich aufgrund der Verabschiedung dieser Resolution für den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen ergeben;

2. *ersucht* den Generalsekretär in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses für Koordinierung *außerdem*, der Leitung der Sonderorganisationen gegenüber zu betonen, wie wichtig es ist, die jeweiligen Leitungsgremien dabei zu unterstützen, auf das gleiche Ziel gerichtete Parallelmaßnahmen zu ergreifen;

A. *Besoldungsstruktur*

mit Besorgnis feststellend, daß die Kommission nicht in der Lage gewesen ist, die Einführung einer novellierten Besoldungsstruktur zu empfehlen,

1. *nimmt Kenntnis* von den Auffassungen der Kommission in bezug auf den Vorschlag, die Wohnkosten aus dem übrigen Besoldungspaket auszugliedern, sowie von dem in Band II Ziffer 196 ihres Berichts[88] enthaltenen Beschluß der Kommission, an den Besoldungsstrukturen weiterzuarbeiten;

2. *bittet* die Kommission *nachdrücklich*, alle Fragen im Zusammenhang mit der Einführung einer novellierten Besoldungsstruktur für das gemeinsame System der Vereinten Nationen, einschließlich deren Auswirkungen auf Überlegungen hinsichtlich der Marge und der Wohnerfordernisse der Bediensteten an Härtedienstorten, abschließend zu behandeln und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung ihre endgültigen und vollständigen Schlußfolgerungen vorzulegen;

B. *Vergleichsgrundlage*

1. *erklärt erneut*, daß das Noblemaire-Prinzip weiterhin als Grundlage für den Vergleich zwischen den Bezügen bei den Vereinten Nationen und denjenigen des höchstbezahlten öffentlichen Dienstes dienen sollte – derzeit der Bundesdienst der Vereinigten Staaten – , der sich aufgrund seiner Größe und seiner Struktur für einen derartigen Vergleich anbietet;

2. *billigt* die Empfehlung der Kommission, wonach regelmäßig alle fünf Jahre Überprüfungen vorgenommen werden sollen, um festzustellen, welches der höchstbezahlte öffentliche Dienst ist, und ersucht die Kommission somit, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung eine Methodik für die Durchführung solcher Überprüfungen vorzuschlagen;

C. *Überlegungen im Zusammenhang mit der Marge*

daran erinnernd, daß sie in Abschnitt I Ziffer 2 ihrer Resolution 40/244 vom 18. Dezember 1985 eine Bandbreite von 10 bis 20 Prozent für die Marge zwischen der Nettobesoldung der Beamten des Höheren Dienstes und der Beamten der oberen und obersten Rangebenen der Vereinten Nationen in New York und der Beamten in vergleichbaren Positionen im Bundesdienst der Vereinigten Staaten gebilligt hat, mit der Maßgabe, daß die Marge während einer gewissen Zeit etwa auf der Höhe des anzustrebenden Mittelwerts von 15 Prozent gehalten würde,

1. *bestätigt*, daß das derzeitige Konzept der Marge weiterhin gültig bleiben soll;

2. *bestätigt außerdem*, daß die derzeitige Marge-Bandbreite von 10 bis 20 Prozent weiterhin gültig bleiben soll;

[88] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 30* (A/44/30), Vol. I und II.
[89] Ebd., *Beilage 9* (A/44/9); und A/C.5/44/14, A/C.5/44/16, A/C.5/44/18 und A/C.5/44/20.

3. *macht sich* die in Band II Ziffer 173 Buchstabe d des Kommissionsberichts[88] dargestellte Berechnungsmethode für die Nettobesoldungsmarge *zu eigen*;

4. *ersucht* die Kommission, auch weiterhin jährlich über die Nettobesoldungsmarge Bericht zu erstatten;

5. *ersucht* die Kommission *außerdem*, die jährliche Nettobesoldungsmarge über einen mit dem Kalenderjahr 1990 beginnenden Fünfjahreszeitraum hinweg zu verfolgen, um nach Möglichkeit sicherzustellen, daß am Ende dieses Zeitraums der Durchschnitt der aufeinanderfolgenden jährlichen Margen etwa bei dem anzustrebenden Mittelwert von 15 Prozent liegt, der Generalversammlung auf ihrer neunundvierzigsten Tagung über die gewonnenen Erfahrungen Bericht zu erstatten und in der Zwischenzeit der Versammlung auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung einen Zwischenbericht über die Nettobesoldungsmarge für den Zeitraum 1990-1991 vorzulegen;

D. *Kaufkraftausgleich*

1. *ersucht* die Kommission, den in Band II Ziffer 250 Buchstabe a ihres Berichts[88] enthaltenen Beschluß betreffend die Gewährung von Kaufkraftausgleichszuschlägen aufgrund der Lebenshaltungskosten noch einmal zu überdenken;

2. *nimmt Kenntnis* von allen anderen Beschlüssen, die die Kommission in bezug auf die Funktionsweise des Kaufkraftausgleichssystems gefaßt hat und die in Band II Kapitel VI ihres Berichts wiedergegeben sind;

3. *billigt* mit Wirkung vom 1. Juli 1990 die in Band II Ziffer 261 des Kommissionsberichts enthaltenen Empfehlungen betreffend die Eliminierung der Regressivität aus dem Kaufkraftausgleichssystem und die Berücksichtigung von Pensionsbeiträgen als gesonderte Komponente des Kaufkraftausgleichsindex, mit der Maßgabe, daß das Besoldungskorrektiv und die Maßnahmen zum Schutz des Mindestbetrags, wie sie derzeit bestehen, entsprechend Ziffer 262 künftig entfallen;

4. *weist* die Kommission *an*, möglichst bald, vorzugsweise bis Ende 1991, unter Heranziehung der in Kapitel VI von Band II ihres Berichts dargelegten Methodik eine Reihe von Ortserhebungen abzuschließen, mit der Maßgabe, daß die Erhebungen an sieben Amtssitzdienstorten und an anderen Dienstorten mit mehr als 150 Beamten des Höheren Dienstes bis Ende 1990 abgeschlossen sind und daß an den personalschwächeren Dienstorten alles getan wird, um entsprechend Band II Ziffer 235 des Kommissionsberichts möglichst weitgehenden Gebrauch von externen Daten zu machen;

5. *ersucht* die Leitung und die Bediensteten, mit der Kommission während der Durchführung der Ortserhebungen zusammenzuarbeiten;

6. *ersucht* die Kommission, geeignete Maßnahmen für diejenigen Dienstorte auszuarbeiten, in denen sich nach der Implementierung einer Ortserhebung eine beträchtliche Diskrepanz zwischen dem Kaufkraftausgleichsindex und dem tatsächlichen Kaufkraftausgleichskoeffizienten ergibt;

7. *bestätigt*, daß nach der Einführung der in Abschnitt I.H Ziffer 3 dieser Resolution erwähnten novellierten Gehaltstabelle und bis zum Vorliegen der Ergebnisse der jeweiligen Ortserhebungen an denjenigen Dienstorten, an denen der in den Kaufkraftausgleichskoeffizienten zum Ausdruck kommende Index höher ist als der Kaufkraftausgleichsindex, die Nettobesoldung auch künftig nur angepaßt wird, um Wechselkursschwankungen Rechnung zu tragen, und zwar so lange, bis der Kaufkraftausgleichsindex den in den Kaufkraftausgleichskoeffizienten zum Ausdruck kommenden Index übersteigt;

E. *Versetzungswilligkeit und Erschwernisse*

1. *genehmigt* mit Wirkung vom 1. Juli 1990 die Einführung einer Versetzungs- und Erschwerniszulage, wie sie in Band II Ziffer 313 bis 322 und 328 des Kommissionsberichts[88] dargelegt ist, eines Abordnungszuschusses, wie in Ziffer 323 bis 327 dargelegt, sowie die in Ziffer 329 enthaltenen Bestimmungen betreffend die Erstattung von Internatskosten, mit der Maßgabe, daß die Beträge, die in der Matrix für am Amtssitz oder an nordamerikanischen und europäischen Dienstorten und an festgelegten ähnlichen Orten Beschäftigte angegeben werden, nur dann ab der vierten Abordnung zahlbar werden, wenn die Bediensteten an mindestens zwei Außendienststellen tätig gewesen sind;

2. *ersucht* die Kommission, der Generalversammlung auf ihrer siebenundvierzigsten Tagung über die Funktionsweise der Versetzungs- und Erschwerniszulage und des Abordnungszuschusses Bericht zu erstatten;

F. *Motivation und Produktivität*

1. *billigt* mit Wirkung vom 1. Juli 1990 die in Band II Ziffer 356 des Kommissionsberichts[88] enthaltenen Empfehlungen betreffend strukturelle Verbesserungen der Gehaltstabelle, die in der Tabelle der pensionsfähigen Bezüge entsprechenden Niederschlag finden sollten, und billigt außerdem die in Ziffer 357 Buchstabe a enthaltene Empfehlung betreffend die Änderung der Beförderungspolitik;

2. *bittet* die Organisationen des gemeinsamen Systems der Vereinten Nationen, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die in Ziffer 357 Buchstabe d und e dargelegten Empfehlungen der Kommission in bezug auf nichtfinanzielle Belohnungen und mit der Arbeitsplatzumgebung zusammenhängende Anreize einzuführen;

3. *bittet* die Kommission, die Leistungsbeurteilungssysteme in allen Organisationen des gemeinsamen Systems der Vereinten Nationen nochmals zu prüfen, mit dem Ziel,

a) sicherzustellen, daß diese Systeme objektiv und transparent sind;

b) die Gewährung von Besoldungsstufen innerhalb einer Besoldungsgruppe und Beförderungen an aus den Leistungsbeurteilungsberichten hervorgehende besondere berufliche Leistungen zu knüpfen, anstatt in erster Linie an das Dienstalter;

G. *Zulagen*

1. *billigt* mit Wirkung vom 1. Juli 1990 die in Band II Kapitel IX des Kommissionsberichts[88] enthaltenen Empfehlungen sowie die sich daraus ergebende Änderung des Personalstatuts der Vereinten Nationen betreffend:

a) die Kinderzulage für behinderte Kinder gemäß Ziffer 429 Buchstabe e;

b) die Berechnung der Urlaubsabgeltung gemäß Ziffer 453 Buchstabe d;

c) die Tabelle der Zahlungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses gemäß Ziffer 453 Buchstabe g;

2. *nimmt Kenntnis* von den in Ziffer 406 und 453 Buchstabe a, e und f dargelegten Schlußfolgerungen der Kommission und bestätigt in bezug auf Ziffer 453 Buchstabe b und c, daß die Bedingungen und Modalitäten für die Zahlung der Heimkehrbeihilfe in jeder Hinsicht unverändert bleiben sollen;

3. *ersucht* die Kommission, die notwendigen Informationen über die Verfahrensweisen der Organisationen des gemeinsamen Systems der Vereinten Nationen hinsichtlich der Gewährung von Auslandszulagen an Bedienstete einzuholen, die ihren Wohnsitz in ihrem Herkunftsland haben, jedoch an einem Dienstort im Ausland tätig sind, um festzustellen, ob die diesbezüglichen Verfahrensweisen der Organisationen aufeinander abgestimmt werden könnten, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

4. *ersucht* die Kommission *außerdem*, sich vor dem Hintergrund der Steuerpraxis des als Vergleichsgrundlage dienenden öffentlichen Dienstes erneut mit der Methodik für die Berechnung der Unterhaltsberechtigtenzulagen zu befassen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

5. *ersucht* die Kommission *ferner*, ihr eine Übersicht über das Zulagenpaket des gemeinsamen Systems vorzulegen, aus der für jede Zulage auch die Höhe, der Zweck und das Überprüfungsverfahren hervorgeht, und dabei u.a. auf das Zulagenpaket Bezug zu nehmen, das der als Vergleichsgrundlage dienende öffentliche Dienst gewährt, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

H. *Grundgehaltstabelle*

1. *billigt* mit Wirkung vom 1. Juli 1990 die Schaffung von Mindestnettogehaltsstufen für Beamte des Höheren Dienstes und Beamte der oberen und obersten Rangebenen, unter Bezugnahme auf die entsprechenden Nettogrundgehaltsstufen von Beamten, die in vergleichbaren Positionen in der als Bezugsgrundlage herangezogenen Stadt des als Vergleichsbasis dienenden öffentlichen Dienstes tätig sind;

2. *billigt außerdem* mit Wirkung vom 1. Juli 1990 geänderte Personalabgabesätze für Bedienstete ohne unterhaltsberechtigten Ehegatten oder unterhaltsberechtigtes Kind, die auf das Bruttogrundgehalt und die Bruttozahlungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses anzuwenden sind, und billigt somit mit gleichzeitiger Wirkung die in Anlage I zu dieser Resolution wiedergegebene Änderung des Personalstatuts der Vereinten Nationen, welche für Beamte des Höheren Dienstes und Beamte der oberen und obersten Rangebenen die derzeitige Personalabgabetabelle für Bedienstete ohne unterhaltsberechtigten Ehegatten oder unterhaltsberechtigtes Kind ersetzt;

3. *billigt ferner* mit Wirkung vom 1. Juli 1990 die in Anlage II zu dieser Resolution enthaltene geänderte Netto- und Bruttogehaltstabelle für Beamte des Höheren Dienstes und Beamte der oberen und obersten Rangebenen und die sich daraus ergebende Änderung des Personalstatuts der Vereinten Nationen sowie die Verfahren für ihre Erstellung und Inkraftsetzung, wie sie aus Anlage III zu dieser Resolution hervorgehen;

II

ARBEITSWEISE DER KOMMISSION FÜR DEN INTERNATIONALEN ÖFFENTLICHEN DIENST

daran erinnernd, daß sie in Abschnitt VIII ihrer Resolution 42/221 die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst ersucht hat, eine Untersuchung ihrer eigenen Arbeitsweise vorzunehmen, mit dem Ziel, ihre Arbeitsergebnisse zu verbessern,

sowie daran erinnernd, daß sie die Kommission in Abschnitt II ihrer Resolution 43/226 ersucht hat, die Überprüfung ihrer eigenen Arbeitsweise im Benehmen mit den Organisationen des gemeinsamen Systems der Vereinten Nationen und den Personalvertretern auszuweiten und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten,

feststellend, daß sich die Maßnahmen der Kommission bislang auf die Behandlung des Aufbaus ihres Jahresberichts und auf eine Einigung über praktische Maßnahmen bezüglich der Arbeitsgestaltung während ihrer Tagungen beschränken,

1. *ersucht* den Generalsekretär, gemeinsam mit seinen Kollegen im Verwaltungsausschuß für Koordinierung und nach Konsultationen mit den an der Arbeit der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst mitwirkenden Personalvertretern die Arbeitsweise der Kommission zu prüfen und der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen Bericht über diese Angelegenheit vorzulegen, zusammen mit den entsprechenden Auffassungen der Kommission, und ersucht die Kommission zwischenzeitlich, im Zusammenhang mit allen die umfassenden Überprüfungen der Beschäftigungsbedingungen der Bediensteten betreffenden Fragen an den Vorkehrungen festzuhalten, die auf die von der Versammlung in Abschnitt I Ziffer 2 ihrer Resolution 43/226 ausgesprochene Bitte getroffen wurden;

2. *ersucht* die Kommission, sich weiterhin um Verbesserungen in der Aufmachung ihres Berichts zu bemühen;

III

SONSTIGE FRAGEN

A

in Anbetracht des Wandels in der demographischen Zusammensetzung des Personals des gemeinsamen Systems der Vereinten Nationen sowie des sich in einigen Mitgliedstaaten immer stärker abzeichnenden Trends zu einer längeren Dienstzeit für ihr Personal, und feststellend, daß in einer Reihe von Mitgliedstaaten die normale Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand und die entsprechende obligatorische Ruhestands-Altersgrenze höher ist als derzeit im gemeinsamen System der Vereinten Nationen,

empfiehlt den Leitungsgremien der Organisationen des gemeinsamen Systems der Vereinten Nationen die Empfehlung der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst zur Beachtung, die darauf abzielt, die obligatorische Ruhestands-Altersgrenze für Bedienstete, die am 1. Januar 1990 oder danach in den Dienst eintreten, auf das vollendete 62. Lebensjahr anzuheben;

B

daran erinnernd, daß sie die Kommission in Abschnitt III.C ihrer Resolution 43/226 ersucht hat, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber zu berichten, welche Fortschritte die Organisationen des gemeinsamen Systems der Vereinten Nationen in bezug auf die Einführung besonderer Maßnahmen zugunsten der Einstellung von Frauen erzielt haben,

bittet die Organisationen des gemeinsamen Systems der Vereinten Nationen *nachdrücklich*, der Kommission möglichst umfassende Informationen über die Einführung von besonderen Maßnahmen zugunsten der Einstellung von Frauen zur Verfügung zu stellen, um die Kommission in die Lage zu versetzen, die erzielten Fortschritte entsprechend zu analysieren und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

C

unter Hinweis auf Abschnitt II ihrer Resolution 37/126 vom 17. Dezember 1982 und Abschnitt VII ihrer Resolution 42/221 betreffend die von einigen Mitgliedstaaten bezüglich ihrer Staatsangehörigen verfolgte Praxis von Zusatzzahlungen beziehungsweise von teilweisen Gehaltsabtretungen,

sowie unter Hinweis darauf, daß sie die Kommission in Abschnitt III.C ihrer Resolution 43/226 ersucht hat, sie möge der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung über diese Praxis Bericht erstatten,

in Anbetracht der geringen Anzahl der Antworten auf die diesbezüglichen Anfragen der Kommission,

Kenntnis nehmend von den Beschlüssen der Kommission in Band I Ziffer 90 ihres Berichts[88], so auch von ihrem Beschluß, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung weiter über diese Angelegenheit zu berichten,

1. *ersucht* den Generalsekretär, sich mit den Mitgliedstaaten in Verbindung zu setzen, soweit sie noch keine Informationen über Zusatzzahlungen oder teilweise Gehaltsabtretungen vorgelegt haben, mit dem Ziel, sie um ihre Unterstützung hinsichtlich der umgehenden Vorlage dieser Informationen zu bitten, damit die Kommission ihre Untersuchung abschließen kann, in der sie auch der Frage nachgehen sollte, wie sich die Einführung des novellierten Besoldungspakets auf die derzeitige Praxis auswirkt;

2. *ersucht* den Generalsekretär und die Leitung der Sonderorganisationen, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Praxis ein Ende zu setzen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

ANLAGE I

Änderung des Personalstatuts der Vereinten Nationen

Artikel 3.3

Abgabepflichtige Bezüge insgesamt (in US-Dollar)	*Personalabgabesätze, die auf das Bruttogrundgehalt und die Bruttozahlungen bei Beendigung des Dienstverhältnisses anzuwenden sind*
	Bedienstete ohne unterhaltsberechtigten Ehegatten und ohne unterhaltsberechtigtes Kind
Erste 15.000 US-Dollar p.a.	17,7
Nächste 5.000 US-Dollar p.a.	34,3
Nächste 5.000 US-Dollar p.a.	38,6
Nächste 5.000 US-Dollar p.a.	41,9
Nächste 5.000 US-Dollar p.a.	43,9
Nächste 10.000 US-Dollar p.a.	46,3
Nächste 10.000 US-Dollar p.a.	48,4
Nächste 10.000 US-Dollar p.a.	50,4
Nächste 15.000 US-Dollar p.a.	51,3
Nächste 20.000 US-Dollar p.a.	54,1
Alle weiteren abgabepflichtigen Bezüge	59,0

S. 32 TABELLE

ANLAGE II

Gehaltstabelle für Beamte des Höheren Dienstes und Beamte der oberen und obersten Rangebenen
(Bruttojahresgehalt und entsprechendes Nettogehalt nach Abzug der Personalabgabe)

Gültig ab 1. Juli 1990
(in US-Dollar)

		Besoldungsstufe														
Besoldungsgruppe		*I*	*II*	*III*	*IV*	*V*	*VI*	*VII*	*VIII*	*IX*	*X*	*XI*	*XII*	*XIII*	*XIV*	*XV*
UGS	brutto	121.635														
	netto mU	73.050														
	netto oU	65.255														
BGS	brutto	110.000														
	netto mU	67.000														
	netto oU	60.485														
D-2	brutto	89.189	91.251	93.313	95.375	97.438	99.500									
	netto mU	56.070	57.163	58.256	59.349	60.442	61.535									
	netto oU	51.423	52.369	53.316	54.262	55.209	56.156									
D-1	brutto	78.333	80.068	81.834	83.600	85.366	87.132	88.898	90.664	92.430						
	netto mU	50.300	51.236	52.172	53.108	54.044	54.980	55.916	56.852	57.788						
	netto oU	46.393	47.236	48.047	48.857	49.668	50.479	51.289	52.100	52.910						
P-5	brutto	68.611	70.180	71.748	73.317	74.885	76.454	78.022	79.591	81.181	82.779	84.377	85.975	87.574		
	netto mU	45.050	45.897	46.744	47.591	48.438	49.285	50.132	50.979	51.826	52.673	53.520	54.367	55.214		
	netto oU	41.659	42.423	43.186	43.950	44.714	45.478	46.242	47.006	47.747	48.481	49.214	49.948	50.681		
P-4	brutto	55.818	57.320	58.822	60.324	61.825	63.327	64.829	66.356	67.885	69.415	70.944	72.474	74.004	75.533	77.063
	netto mU	38.050	38.876	39.702	40.528	41.354	42.180	43.006	43.832	44.658	45.484	46.310	47.136	47.962	48.788	49.614
	netto oU	35.346	36.091	36.836	37.581	38.325	39.070	39.815	40.560	41.305	42.050	42.795	43.540	44.285	45.030	45.775
P-3	brutto	45.088	46.449	47.811	49.172	50.533	51.895	53.256	54.618	56.015	57.425	58.836	60.247	61.658	63.069	64.480
	netto mU	31.950	32.726	33.502	34.278	35.054	35.830	36.606	37.382	38.158	38.934	39.710	40.486	41.262	42.038	42.814
	netto oU	29.825	30.528	31.230	31.933	32.635	33.338	34.040	34.743	35.443	36.143	36.843	37.543	38.242	38.942	39.642
P-2	brutto	35.831	37.007	38.183	39.359	40.536	41.712	42.888	44.064	45.249	46.467	47.684	48.902			
	netto mU	26.490	27.184	27.878	28.572	29.266	29.960	30.654	31.348	32.042	32.736	33.430	34.124			
	netto oU	24.856	25.488	26.119	26.751	27.383	28.014	28.646	29.277	29.908	30.537	31.165	31.793			
P-1	brutto	26.857	27.916	28.975	30.034	31.128	32.221	33.315	34.408	35.519	36.649					
	netto mU	20.970	21.637	22.304	22.971	23.638	24.305	24.972	25.639	26.306	26.973					
	netto oU	19.779	20.394	21.009	21.624	22.238	22.851	23.465	24.078	24.689	25.296					

mU = Bedienstete mit unterhaltsberechtigtem Ehegatten oder unterhaltsberechtigtem Kind.
oU = Bedienstete ohne unterhaltsberechtigten Ehegatten oder unterhaltsberechtigtes Kind.

ANLAGE III

A. *Erstellung der Gehaltstabelle*

Die Gehaltstabelle in Anlage II zu dieser Resolution wurde ausgehend von der derzeitigen Nettogrundgehaltstabelle für Bedienstete mit einem unterhaltsberechtigten Ehegatten oder einem unterhaltsberechtigten Kind durch die Kombination folgender Elemente erstellt:

a) Gewinn- und verlustneutrale Konsolidierung von 12 Kaufkraftausgleichskoeffizient-Punkten nach der derzeit gültigen Methodik;

b) Wegfall der Regressivität gemäß Abschnitt I.D Ziffer 3 dieser Resolution;

c) strukturelle Änderungen gemäß Abschnitt I.F Ziffer 1 dieser Resolution;

d) Berücksichtigung der von der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst in Band II Ziffer 125 ihres Berichts[88] empfohlenen Besoldungsanpassung als Gesamtdurchschnittswert;

e) Ermittlung des Bruttogehalts durch die umgekehrte Anwendung der derzeitigen Personalabgabesätze für Bedienstete mit einem unterhaltsberechtigten Ehegatten oder einem unterhaltsberechtigten Kind;

f) Ermittlung des Nettogehalts für Bedienstete ohne unterhaltsberechtigten Ehegatten oder unterhaltsberechtigtes Kind durch die Anwendung der in Anlage I zu dieser Resolution enthaltenen geänderten Personalabgabesätze.

B. *Maßnahmen für die Inkraftsetzung*

1. Mit Inkrafttreten der in Anlage II zu dieser Resolution enthaltenen Gehaltstabelle am 1. Juli 1990 werden für jeden Dienstort ein geänderter Kaufkraftausgleichskoeffizient und ein geänderter Kaufkraftausgleichsindex festgelegt.

2. In New York, der Bezugsgrundlage des Systems, wird der am 1. Juli 1990 anwendbare geänderte Kaufkraftausgleichskoeffizient – gegebenenfalls unter Heranziehung von Bruchteilen einer Kaufkraftausgleichsklasse – so bestimmt, daß der Abstand zwischen den Nettogesamtbezügen[90] und den entsprechenden Nettobezügen, die am 1. Juli 1990 aufgrund des derzeitigen Systems zahlbar gewesen wären, im Gesamtdurchschnitt der von der Kommission in Band II Zifffer 125 ihres Berichts[91] empfohlenen prozentualen Anpassung entspricht.

3. An allen anderen Dienstorten werden die am 1. Juli 1990 anwendbaren geänderten Kaufkraftausgleichskoeffizienten – gegebenenfalls unter Heranziehung von Bruchteilen einer Kaufkraftausgleichsklasse – so bestimmt, daß der Abstand zwischen den Nettogesamtbezügen[90] und den Nettobezügen, die am 1. Juli an diesem Dienstort aufgrund des derzeitigen Systems zahlbar gewesen wären, eine Anpassung ergibt, die im Betrag der an der Bezugsgrundlage des Systems anfallenden Anpassung[91] entspricht.

4. Nach dem 1. Juli 1990 wird an jedem Dienstort die erste aufgrund von Schwankungen der Lebenshaltungskosten anfallende Änderung der Kaufkraftausgleichsklasse dann vorgenommen, wenn der vor der Einführung der neuen Gehaltstabelle gültige Kaufkraftausgleichsindex das Niveau erreicht, das aufgrund der Bestimmungen des Kaufkraftausgleichssystems die Gewährung der nächsten vollen Kaufkraftausgleichsklasse ausgelöst hätte. Alle weiteren Änderungen erfolgen nach Maßgabe der Bewegungen des geänderten Kaufkraftausgleichsindexes.

[90] Geändertes Nettogrundgehalt plus geänderter Kaufkraftausgleich.

[91] Als Bezugspunkt wurden die Nettobezüge in US-Dollar der Besoldungsgruppe P-4 Stufe VI herangezogen.

44/199 – Pensionssystem der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/227 vom 21. Dezember 1988,

nach Behandlung des Berichts des Gemeinsamen Rates für das Pensionswesen der Vereinten Nationen für das Jahr 1989 an die Generalversammlung und an die Mitgliedorganisationen des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen[92], des Kapitels III von Band I des Berichts der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst[93], des Berichts des Generalsekretärs über die Investitionen des Fonds[94] und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[95],

I

Maßnahmen zur Wiederherstellung der versicherungstechnisch-finanziellen Ausgewogenheit des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen

unter Hinweis auf Abschnitt I Ziffer 2 ihrer Resolution 42/222 vom 21. Dezember 1987 und Abschnitt I Ziffer 2 ihrer Resolution 43/227, in der der Gemeinsame Rat für das Pensionswesen der Vereinten Nationen ersucht wurde, die Untersuchung aller in Betracht kommenden Maßnahmen zur langfristigen Wiederherstellung der versicherungstechnisch-finanziellen Ausgewogenheit des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen abzuschließen und sie der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung zusammen mit den Ergebnissen der zwanzigsten versicherungsmathematischen Bewertung des Fonds mit Stand vom 31. Dezember 1988 vorzulegen,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 37/131 vom 17. Dezember 1982, 38/233 vom 20. Dezember 1983 und 39/246 vom 18. Dezember 1984, in denen sie feststellte, daß gemeinsame Anstrengungen der Mitgliedorganisationen, der Versicherten und der Leistungsempfänger erforderlich seien, wenn die versicherungstechnisch-finanzielle Unausgewogenheit vermindert oder beseitigt werden soll, so daß eine angemessene Höhe der Leistungen aus dem Fonds sichergestellt ist,

Kenntnis nehmend von der aus der Bewertung des Fonds per 31. Dezember 1988 hervorgehenden, noch immer bestehenden versicherungstechnisch-finanziellen Unausgewogenheit des Fonds,

Kenntnis nehmend von den Vorschlägen des Rates zur langfristigen Wiederherstellung der versicherungstechnisch-finanziellen Ausgewogenheit des Fonds,

[92] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 9* (A/44/9).

[93] Ebd., *Beilage 30* (A/44/30).

[94] A/C.5/44/6.

[95] A/44/682.

billigt ohne retroaktive Wirkung die folgenden Maßnahmen, einschließlich der notwendigen Änderungen der Artikel 1, 25 und 29 der Satzung des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen sowie der Änderungen des Pensionsanpassungssystems, wie sie in Anlage I und II zu dieser Resolution dargelegt sind:

a) Für Versicherte, die dem Fonds am 1. Januar 1990 oder danach beitreten oder erneut beitreten, ist das Alter von 62 Jahren die normale Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand;

b) Für Versicherte, die dem Fonds am 1. Januar 1990 oder danach beitreten oder erneut beitreten und die vor Vollendung des 57. Lebensjahres in den vorgezogenen Ruhestand treten, beträgt der Minderungssatz für das 56. und 57. Lebensjahr jeweils 6 Prozent;

c) Für Versicherte, die am 31. Dezember 1989 oder danach aus dem Dienst ausscheiden und die sich für ein zurückgestelltes Ruhegehalt entscheiden, beginnen Leistungsanpassungen nach dem Pensionsanpassungssystem erst, wenn der aus dem Dienst ausgeschiedene Versicherte das Alter von 55 Jahren erreicht hat;

d) Der Beitragssatz wird mit Wirkung vom 1. Januar 1990 von 22,5 auf 23,7 Prozent der pensionsfähigen Bezüge angehoben, wovon die dienstgebende Mitgliedorganisation 15,8 Prozent und der Versicherte 7,9 Prozent zu entrichten hat;

II

Pensionsfähige Bezüge für Beamte des Höheren Dienstes und Beamte der oberen und obersten Rangebenen

unter Hinweis auf ihr in Abschnitt I Ziffer 6 ihrer Resolution 41/208 vom 11. Dezember 1986 an die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst gerichtetes Ersuchen, in voller Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Rat für das Pensionswesen der Vereinten Nationen eine weitere umfassende Überprüfung der Methodik zur Berechnung der Tabelle der pensionsfähigen Bezüge für Beamte des Höheren Dienstes und für Beamte der oberen und obersten Rangebenen, zur Überwachung der Höhe der Tabelle und zu ihrer Anpassung zwischen umfassenden Überprüfungen vorzunehmen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Empfehlungen hierzu vorzulegen,

sowie unter Hinweis darauf, daß die Generalversammlung in Abschnitt I Ziffer 2 ihrer Resolution 41/208 das Verfahren für die Anpassung der Tabelle der pensionsfähigen Bezüge zwischen umfassenden Überprüfungen gebilligt hat,

1. *nimmt Kenntnis* von den in Band I Ziffer 50 und 51 der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst[93] und in Ziffer 82 und 83 des Berichts des Gemeinsamen Rates für das Pensionswesen der Vereinten Nationen[92] dargelegten, von den beiden Organen vereinbarten Vorkehrungen zur Gewährleistung einer vollen Zusammenarbeit bei der Durchführung der umfassenden Überprüfung;

2. *ersucht* die Kommission bei der in voller Zusammenarbeit mit dem Rat erfolgenden Durchführung der umfassenden Überprüfung der pensionsfähigen Bezüge für Beamte des Höheren Dienstes und Beamte der oberen und obersten Rangebenen folgendes zu berücksichtigen:

a) die entsprechenden Empfehlungen zur Besoldungsstruktur;

b) die in Band I Ziffer 34 bis 41 des Kommissionsberichts und Ziffer 84 bis 95 des Ratsberichts dargelegten Überlegungen im Zusammenhang mit der Frage, ob es wünschenswert wäre, eine Marge-Bandbreite zwischen den pensionsfähigen Bezügen der Beamten im gemeinsamen System der Vereinten Nationen und der Beamten in vergleichbaren Besoldungsgruppen des als Vergleichsbasis dienenden öffentlichen Dienstes festzulegen;

und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung ihren Bericht hierzu vorzulegen;

3. *billigt* bis zum Abschluß der umfassenden Überprüfung die von der Kommission in Band I Ziffer 42 ihres Berichts empfohlene Änderung des Verfahrens für die Anpassung der pensionsfähigen Bezüge;

4. *ändert* somit mit Wirkung vom 1. Januar 1990 Artikel 54 der Satzung des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen entsprechend der Anlage I zu dieser Resolution;

III

Weitere Änderungen der Satzung des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen

billigt mit Wirkung vom 1. Januar 1990 eine Änderung von Artikel 36 der Satzung des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen entsprechend der Anlage I zu dieser Resolution, wonach die Zahlung eines Kinderzuschlags für ein behindertes Kind zu demselben Zeitpunkt beginnt wie die eines vorgezogenen Ruhegehalts;

IV

Vorschlag der Internationalen Fernmeldeunion betreffend die Schaffung eines Fonds zum Schutz der Kaufkraft der Ruhegehälter

Kenntnis nehmend von den in Ziffer 106 bis 116 des Berichts des Gemeinsamen Rates für das Pensionswesen der Vereinten Nationen[92] enthaltenen Informationen über den Vorschlag der Internationalen Fernmeldeunion betreffend die Schaffung eines Fonds zum Schutz der Kaufkraft der Ruhegehälter ihrer Beamten des Höheren Dienstes sowie der oberen und obersten Rangebenen,

in Bekräftigung der großen Besorgnis, die die Generalversammlung in Abschnitt IV ihrer Resolution 38/233 in bezug auf die Notwendigkeit bekundet hat, die Einheit, die Konsistenz und die Integrität des gemeinsamen Pensionssystems der Vereinten Nationen zu wahren und alle Maßnahmen zu vermeiden, die sich nachteilig auf dieses System auswirken könnten,

macht sich die Schlußfolgerungen des Gemeinsamen Rates für das Pensionswesen der Vereinten Nationen *zu eigen*, wie sie in Ziffer 115 und 116 seines Berichts[92] wiedergegeben sind, denen zufolge der Vorschlag der Internationalen Fernmeldeunion im Rahmen der umfassenden Überprüfung der pensionsfähigen Bezüge als ein langfristig möglicher Ansatz für die Anpassung der Ruhegehälter in der jeweiligen Landeswährung geprüft werden sollte und die Internationale Fernmeldeunion vorläufig von der Verwirklichung ihres Vorschlags Ab-

stand nehmen sollte, da dieser das gemeinsame System der Vereinten Nationen schwächen würde;

V

AUFNAHMEANTRAG DER WELTORGANISATION FÜR TOURISMUS

nimmt Kenntnis von der vorläufigen Zurückziehung des Antrags der Weltorganisation für Tourismus auf Aufnahme in den Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen;

VI

HÄRTEFONDS

ermächtigt den Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen, die freiwilligen Beiträge zum Härtefonds für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 um bis zu 200.000 US-Dollar zu ergänzen;

VII

VERWALTUNGSAUSGABEN

genehmigt direkt zu Lasten des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen gehende Ausgaben von insgesamt 30.573.400 US-Dollar (netto) für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 und eine Ausgabenminderung von 295.000 US-Dollar (netto) für den Zweijahreszeitraum 1988-1989 für die Verwaltung des Fonds;

VIII

SONSTIGE FRAGEN

nimmt Kenntnis von den im Bericht des Gemeinsamen Rates für das Pensionswesen der Vereinten Nationen behandelten sonstigen Fragen[92];

IX

INVESTITIONEN DES GEMEINSAMEN PENSIONSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN

nimmt mit Dank Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über die Investitionen des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen[94].

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

ANLAGE I

ÄNDERUNGEN DER SATZUNG DES GEMEINSAMEN PENSIONSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN

Artikel 1

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

1. Es ist ein neuer Buchstabe n hinzuzufügen, der folgenden Wortlaut hat:

"*n*) Die 'normale Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand' ist das vollendete 60. Lebensjahr beziehungsweise das vollendete 62. Lebensjahr im Falle eines Versicherten, dessen Versicherungszeit am 1. Januar 1990 oder danach beginnt oder von neuem beginnt."

2. Die bisherigen Buchstaben n bis v werden zu Buchstaben o bis w.

Artikel 25

BEITRÄGE

Buchstabe a ist durch folgenden Text zu ersetzen:

"*a*) Die Beiträge des Versicherten und der dienstgebenden Mitgliedorganisation sind bei laufender Beitragszeit nach Artikel 22 Buchstabe a zu den nachstehend angegebenen Prozentsätzen der pensionsfähigen Bezüge an den Fonds zu entrichten:

A	B	C
Beitragszeiten	*Versicherter (Prozentsatz)*	*Dienstgebende Mitgliedorganisation (Prozentsatz)*
vor 1984	7,00	14,00
ab 1. Januar 1984 bis 30. Juni 1988	7,25	14,50
ab 1. Juli 1988 bis 30. Juni 1989	7,40	14,80
ab 1. Juli 1989 bis 31. Dezember 1989	7,50	15,00
ab 1. Januar 1990	7,90	15,80"

Artikel 29

VORGEZOGENES RUHEGEHALT

Die Buchstaben a und b sind durch folgenden Text zu ersetzen:

"*a*) Ein vorgezogenes Ruhegehalt ist zahlbar an einen Versicherten, der bei Ausscheiden aus dem Dienst mindestens das 55. Lebensjahr vollendet, die normale Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand jedoch noch nicht erreicht und der mindestens fünf Jahre lang Beiträge entrichtet hat.

b) Das Ruhegehalt ist zahlbar in Höhe des normalen Jahressatzes, gemindert um 6 Prozent für jedes volle oder begonnene Jahr, um das der Versicherte bei Ausscheiden aus dem Dienst die normale Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand unterschreitet, wobei jedoch

i) für Versicherte mit mindestens 25, aber weniger als 30 Beitragsjahren die Minderung für Beitragszeiten vor dem 1. Januar 1985 2 Prozent pro Jahr und für Beitragszeiten ab 1. Januar 1985 3 Prozent pro Jahr beträgt;

ii) für Versicherte mit mindestens 30 Beitragsjahren die Minderung 1 Prozent pro Jahr beträgt,

mit der Maßgabe, daß der in Ziffer i und ii angegebene Satz auf höchstens fünf Jahre Anwendung findet."

Artikel 36

KINDERZUSCHLAG

Buchstabe c ist durch folgenden Text zu ersetzen:

"*c*) Im Falle eines Versicherten, der sich für ein vorgezogenes Ruhegehalt entschieden hat, ist unbeschadet Buchstabe a ein Kinderzuschlag erst zahlbar, wenn der Versicherte verstorben ist oder die normale Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand erreicht hat, außer für

ein Kind im Alter von weniger als 21 Jahren, das nach Feststellung des Rates behindert ist."

Artikel 54

PENSIONSFÄHIGE BEZÜGE

Buchstabe b ist durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

"*b*) Für Versicherte des Höheren Dienstes und der oberen und obersten Rangebenen wird die am 1. Mai 1989 in Kraft getretene in dem beiliegenden Anhang wiedergegebene Tabelle der pensionsfähigen Bezüge zu demselben Zeitpunkt angepaßt wie die Nettobezüge der Beamten des Höheren Dienstes und der oberen und obersten Rangebenen. Diese Anpassung erfolgt um einen einheitlichen Prozentsatz in Höhe der von der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst ermittelten prozentualen Schwankung des gewogenen Mittels der Nettobezüge, wobei jedoch

i) der Betrag der ersten nach dem 1. Januar 1990 fällig werdenden Anpassung um 2,8 Prozentpunkte gemindert wird;

ii) die Tabelle der pensionsfähigen Bezüge, die nach der Festlegung der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst der am 1. Juli 1990 in Kraft tretenden geänderten Gehaltsstruktur entspricht, am selben Tag in Kraft tritt."

ANHANG

Tabelle der pensionsfähigen Bezüge für Beamte des Höheren Dienstes und Beamte der oberen und obersten Rangebenen (in US-Dollar)

(Gültig ab 1. Mai 1989)

	Besoldungstufe												
Besoldungsgruppe	*I*	*II*	*III*	*IV*	*V*	*VI*	*VII*	*VIII*	*IX*	*X*	*XI*	*XII*	*XIII*
UGS	122.580												
BGS	113.342												
D-2	94.506	96.927	99.242	101.662									
D-1	82.499	84.581	86.653	88.735	90.817	92.889	94.855						
P-5	74.286	76.030	77.637	79.264	80.987	82.499	84.222	85.839	87.58	89.190			
P-4	60.196	61.930	63.663	65.270	67.130	68.747	70.364	71.865	73.588	75.449	77.182	78.905	
P-3	49.214	50.947	52.575	54.076	55.683	57.300	59.033	60.661	61.930	63.547	65.048	66.432	67.933
P-2	39.859	41.244	42.523	43.897	45.292	46.561	47.946	49.214	50.715	52.110	53.495		
P-1	31.308	32.471	33.507	34.553	35.705	36.741	38.010	39.289	40.557	41.709			

ANLAGE II

ÄNDERUNGEN DES PENSIONSANPASSUNGSSYSTEMS[96]

J. Zurückgestelltes Ruhegehalt

Absatz 27 ist durch folgenden Text zu ersetzen:

"27. *a*) An dem zurückgestellten Ruhegehalt eines vor dem 31. Dezember 1989 aus dem Dienst ausgeschiedenen Versicherten werden keine Anpassungen vorgenommen, solange der Leistungsempfänger das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Ab dem vollendeten 50. Lebensjahr oder dem Datum des Ausscheidens aus dem Dienst, falls dieses später liegt, wird das Grundruhegehalt in US-Dollar nach Absatz 5 Buchstabe a entsprechend Abschnitt H ohne retroaktive Wirkung um den Verbraucherpreisindex der Vereinigten Staaten angepaßt. Das duale Pensionsanpassungssystem wird mit dem Datum wirksam, an dem die Ruhegehaltszahlung beginnt. Zu diesem Zeitpunkt wird ein Landeswährungs-Grundbetrag festgesetzt, und zwar indem der angepaßte Dollarbetrag auf der Grundlage des durchschnittlichen Wechselkurses während der 36 aufeinanderfolgenden Monate bis einschließlich des Monats der ersten Zahlung umgerechnet wird.

b) An dem zurückgestellten Ruhegehalt eines am oder nach dem 31. Dezember 1989 aus dem Dienst ausscheidenden Versicherten wird keine Anpassung vorgenommen, solange der Leistungsempfänger das 55. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Ab dem vollendeten 55. Lebensjahr oder dem Datum des Ausscheidens aus dem Dienst, falls dieses später liegt, werden die in Buchstabe a dargelegten Anpassungsverfahren auf die zurückgestellten Ruhegehälter dieser Leistungsempfänger angewandt."

[96] Das Pensionsanpassungssystem wurde von der Generalversammlung mit Resolution 37/131 verabschiedet und später durch die Resolutionen 39/246, 41/208 und 42/222 geändert.

44/200 – Durchführung der Generalversammlungsresolution 41/213

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 41/213 vom 19. Dezember 1986 über die Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen sowie ihre Resolutionen 42/211 vom 21. Dezember 1987 und 43/213 vom 21. Dezember 1988 über die Durchführung der Generalversammlungsresolution 41/213,

erneut erklärend, daß die Maßnahmen zur Steigerung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen und zur Verbesserung des Planungs-, Programmierungs- und Haushaltsplanungsprozesses dar-

auf abzielen und dazu beitragen sollen, die Wirksamkeit der Behandlung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen durch die Organisation zu stärken, damit die Verwirklichung der in der Charta der Vereinten Nationen gesetzten Ziele und die Achtung der dort niedergelegten Grundsätze besser gewährleistet ist,

betonend, daß dieser Prozeß eine sorgfältige Überwachung und die kontinuierliche Unterstützung seitens der Mitgliedstaaten erfordert, und zwar auch in finanzieller Hinsicht, damit er methodisch und ausgewogen vollzogen werden kann und damit nachteilige Auswirkungen auf die Programme vermieden werden,

anerkennend, daß der Prozeß der Durchführung ihrer Resolution 41/213 in einer anhaltenden finanziellen Krisensituation stattfindet,

erneut erklärend, daß alle Mitgliedstaaten ihren in der Charta festgelegten finanziellen Verpflichtungen prompt und vollständig nachzukommen haben,

von neuem erklärend, daß sie den Generalsekretär bei der Erfüllung seiner Aufgaben als oberster Verwaltungsbeamter der Vereinten Nationen unterstützt,

in Anbetracht der Fortschritte bei der Durchführung ihrer Resolution 41/213, so auch beim neuen Haushaltsplanungsprozeß,

sowie in Anbetracht dessen, daß weitere Anstrengungen erforderlich sind, um die verschiedenen in ihrer Resolution 41/213 gebilligten Empfehlungen ausgewogen durchzuführen, insbesondere auch diejenigen, die Personalfragen betreffen,

anerkennend, daß vor Durchführung bestimmter in ihrer Resolution 41/213 gebilligter Empfehlungen erst eine weitere Prüfung durch zwischenstaatliche Gremien stattfinden muß,

daran erinnernd, daß sie den Generalsekretär in ihrer Resolution 43/213 ersucht hat, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen analytischen Bericht über die Durchführung der Resolution 41/213 vorzulegen,

nach Behandlung der einschlägigen Berichte des Generalsekretärs[97] und feststellend, daß sich der Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution 41/213[98] nicht auf den gesamten in der Empfehlung 71 der Gruppe hochrangiger zwischenstaatlicher Sachverständiger für die Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen[27] vorgesehenen Dreijahreszeitraum erstreckt,

sowie nach Behandlung der entsprechenden Teile des Berichts des Programm- und Koordinierungsausschusses über seine neunundzwanzigste Tagung[64] sowie des Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[99],

unter Berücksichtigung der von den Mitgliedstaaten während der Behandlung dieses Punktes auf ihrer vierundvierzigsten Tagung vorgetragenen Auffassungen,

1. *fordert* die Mitgliedstaaten *erneut auf*, ihr Eintreten für die Vereinten Nationen u.a. dadurch unter Beweis zu stellen, daß sie ihren finanziellen Verpflichtungen in Übereinstimmung mit der Charta und der Finanzordnung der Vereinten Nationen rechtzeitig und vollständig nachkommen;

2. *betont*, daß der Reform- und Umstrukturierungsprozeß nur dann erfolgreich durchgeführt werden kann, wenn die gegenwärtige Ungewißheit über die finanzielle Lage beseitigt wird;

3. *legt* dem Generalsekretär und den Mitgliedstaaten *nahe*, sich verstärkt um die Durchführung der in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich fallenden Bestimmungen ihrer Resolution 41/213 zu bemühen, insbesondere derjenigen Teilaspekte, die noch nicht verwirklicht worden sind;

4. *betont*, daß sich die Durchführung ihrer Resolution 41/213 nicht nachteilig auf die genehmigten Programme und Aktivitäten auswirken darf;

5. *unterstreicht* in diesem Zusammenhang, daß nach den gültigen Regeln und Vorschriften im Interesse einer effizienteren Verwirklichung der Ziele der jeweiligen Programme und Aktivitäten in den Programmhaushaltsplänen zwar Ergebnisberichtigungen vorgeschlagen werden können, daß in den Mandaten spezifisch geforderte Ergebnisse aber vollauf realisiert werden sollen;

6. *erklärt von neuem*, daß ihre Resolution 41/213 ausgewogen und flexibel weiter durchgeführt werden sollte, damit u.a. die Struktur und die Zusammensetzung des Sekretariats verbessert werden;

7. *beschließt*, in bezug auf die Empfehlung 15 der Gruppe hochrangiger zwischenstaatlicher Sachverständiger für die Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen[27]

a) die Fortschritte anzuerkennen, die bisher bei der Durchführung des von der Generalversammlung in Resolution 43/213 erteilten Auftrags zu einem allgemeinen Stellenabbau erzielt worden sind;

b) anzuerkennen, daß der Generalsekretär im gegenwärtigen Stadium nicht imstande ist, weitere Stellenkürzungen vorzuschlagen;

c) im Lichte des analytischen Berichts, der der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorzulegen ist, die Vorschläge zu behandeln, die der Generalsekretär zur weiteren Umsetzung der von der Versammlung in Resolution 41/213 gebilligten Empfehlung 15 vorlegen sollte;

8. *bittet* den Generalsekretär, die Empfehlung 37 der Gruppe hochrangiger zwischenstaatlicher Sachverständiger gemäß den vom Programm- und Koordinierungsausschuß auf seiner neunundzwanzigsten Tagung abgegebenen, in Ziffer 19 seines Berichts[64] enthaltenen Empfehlungen umzusetzen;

9. *stimmt* den in Ziffer 21 des Berichts des Programm- und Koordinierungsausschusses enthaltenen Bemerkungen des Ausschusses betreffend die Bereitstellung von Konferenzdiensten *zu*;

10. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, bei der Umsetzung der Empfehlung 5 der Gruppe hochrangiger zwischenstaatlicher Sachverständiger für eine genaue Einhaltung des in seinem Bericht an die dreiundvierzigste Tagung der Generalversammlung[100] enthaltenen Zeitplans zu sorgen;

11. *betont* die Notwendigkeit größerer Transparenz und Kohärenz in der Personalverwaltung, insbesondere was die Personalordnung und das Personalstatut der Vereinten Nationen betrifft, wie dies auch in Ziffer 18 des Berichts des Programm- und Koordinierungsausschusses festgestellt wird;

[97] A/44/222 mit Korr.1, A/44/272, A/44/665 und A/44/747.
[98] A/44/222 mit Korr.1.
[99] A/44/729.
[100] A/C.5/43/16.

12. *betont außerdem* die Notwendigkeit einer Stärkung der Rolle des Generalsekretärs im Hinblick auf die Koordinierung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen sowie der Rolle, die die Mitgliedstaaten über die jeweiligen zwischenstaatlichen Organe im gesamten System der Vereinten Nationen ausüben;

13. *ersucht* den Generalsekretär in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses für Koordinierung, organisatorische Vorkehrungen für das Ausschußsekretariat in Erwägung zu ziehen, die geeignet sind sicherzustellen, daß es den zunehmenden Aufgaben des Ausschusses gewachsen ist;

14. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung eine Zusammenstellung der Mandate der für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zuständigen Nebenorgane der Versammlung vorzulegen, zusammen mit Angaben betreffend die etwa erfolgten Überprüfungen dieser Mandate in den letzten fünf Jahren, wobei davon auszugehen ist, daß die von der Versammlung zu diesen Mandaten getroffenen Beschlüsse noch immer gültig sind;

15. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen analytischen Bericht vorzulegen, in dem dargelegt wird, wie sich die Durchführung ihrer Resolution 41/213 auf die Vereinten Nationen und ihre Tätigkeit insgesamt auswirkt und inwiefern sie die administrative und finanzielle Effizienz der Vereinten Nationen erhöht hat;

16. *empfiehlt*, daß der Bericht wie folgt gegliedert sein sollte:

a) Der erste Teil sollte aus einer vollständigen Aufstellung der Empfehlungen bestehen, die ganz umgesetzt, teilweise umgesetzt beziehungsweise nicht umgesetzt worden sind, sowie derjenigen Empfehlungen, die nach Auffassung des Generalsekretärs nicht umgesetzt werden konnten;

b) Der zweite Teil des Berichts sollte Erläuterungen zu diesen Umsetzungen und eine Bewertung ihrer Programmauswirkungen enthalten, mit besonderem Schwergewicht auf denjenigen Programmen, die eingestellt oder abgeschlossen worden sind;

c) Der letzte Teil sollte eine allgemeine kritische Bewertung der Durchführung ihrer Resolution 41/213 enthalten, ausgehend von der Zielsetzung dieser Resolution, nämlich der Erhöhung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

B

Die Generalversammlung,

in Anerkennung der Notwendigkeit von Verbesserungen im Aufbau und in der Methodik des Programmhaushaltsplans und der Übersicht über denselben, so auch hinsichtlich der Frage der Vergleichbarkeit der in diesen beiden Dokumenten enthaltenen Voranschläge,

eingedenk der Tatsache, daß sich die Verwaltung und die Inanspruchnahme des außerordentlichen Reservefonds noch im Versuchsstadium befinden und daß die Erklärungen über die Programmhaushaltswirksamkeit beim Haushaltsprozeß eine wichtige Rolle spielen,

in Anerkennung der Notwendigkeit einer umfassenden Lösung für das Problem der zusätzlichen Ausgaben überhaupt, auch soweit diese durch Inflation und Wechselkursschwankungen verursacht werden,

sowie in Anerkennung der zunehmenden Höhe der den Vereinten Nationen zur Verfügung stehenden Sondermittel und der Notwendigkeit, ihre Auswirkungen auf die Aktivitäten und Programme der Organisation genauer abzugrenzen,

1. *schließt sich* den entsprechenden Schlußfolgerungen und Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses sowie den entsprechenden Bemerkungen und Empfehlungen des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen *an*;

2. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Vorlage der Übersicht über den Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1992-1993 und des Planentwurfs die entsprechenden Stellungnahmen und Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses und des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zum Aufbau und zur Methodik des Programmhaushaltsplans und der Übersicht über den Programmhaushaltsplan zu berücksichtigen;

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, gemäß Ziffer 28 seines Berichts über Erklärungen über die Programmhaushaltswirksamkeit[68] und, soweit praktisch möglich, die Praxis der Vorlage von Erklärungen über die Programmhaushaltswirksamkeit schrittweise und mit dem Ziel auf alle Nebenorgane der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats auszudehnen, diesen Organen den Entscheidungsprozeß zu erleichtern, und Aufbau und Inhalt der Erklärungen über die Programmhaushaltswirksamkeit im Kontext des neuen Haushaltsprozesses laufend zu überprüfen;

4. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen und den Programm- und Koordinierungsausschuß sowie im Lichte der bei der Durchführung des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 gewonnenen Erfahrungen einen einzigen Bericht über die Prüfung der Verfahren für die Vorlage von Erklärungen über die Programmhaushaltswirksamkeit sowie für die Inanspruchnahme und Verwaltung des außerordentlichen Reservefonds vorzulegen;

5. *beschließt*, angesichts der Mängel des derzeitigen Systems mit der Frage einer umfassenden Lösung für das Problem aller zusätzlichen Ausgaben, auch soweit diese durch Inflation und Wechselkursschwankungen verursacht werden, befaßt zu bleiben und sie auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung erneut zu behandeln;

6. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Erstellung und Vorlage der Übersicht über den Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1992-1993 und des Planentwurfs die Schlußfolgerungen, Empfehlungen und Bemerkungen des Programm- und Koordinierungsausschusses und des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen betreffend die Behandlung von Sondermitteln voll zu berücksichtigen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

C

Die Generalversammlung,

in Anerkennung der Wichtigkeit technischer Neuerungen im Zusammenhang mit dem Bemühen um die Erhöhung der Effizienz der Vereinten Nationen,

ersucht den Generalsekretär, zur Vorlage auf der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht über den Stand der Einführung der elektronischen Datenverarbeitung und neuer Technologien in den Vereinten Nationen vorzulegen, der folgendes enthalten sollte:

a) eine Übersicht über die derzeitigen Politiken und Verfahren und eine Bewertung derselben;

b) eine Übersicht über die Koordinierungsmechanismen, so auch die Koordinierungsmechanismen zwischen der Sekretariats-Hauptabteilung Konferenzdienste und anderen Stellen im System der Vereinten Nationen und eine Bewertung derselben;

c) eine vorläufige Bewertung der dank der Einführung technischer Neuerungen erzielten Ergebnisse, einschließlich einer Kosten-Nutzen-Analyse, einer Analyse der Nutzungskapazität und einer Analyse der Haushalts- und Buchführungspraxis;

d) einen Überblick über die Zukunftspläne und über die voraussichtlichen Ergebnisse, was die Effizienz der Vereinten Nationen anbetrifft.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/201 – Fragen im Zusammenhang mit dem Entwurf des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991

A

Die Generalversammlung

I

BERICHT DER GEMEINSAMEN INSPEKTIONSGRUPPE ÜBER DIE WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

nimmt Kenntnis vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien[101] und von den entsprechenden Bemerkungen des Generalsekretärs[102];

II

VERÖFFENTLICHUNGEN DES INTERNATIONALEN GERICHTSHOFS

nimmt Kenntnis von den Bemerkungen des Generalsekretärs in Ziffer 11 seiner Mitteilung über die Veröffentlichungen des Internationalen Gerichtshofs[103];

III

INTERNATIONALES RECHENZENTRUM: HAUSHALTSVORANSCHLÄGE 1990

billigt die Haushaltsvoranschläge für das Internationale Rechenzentrum für das Jahr 1990 in Höhe von 11.260.400 US-Dollar;

IV

PROJEKT EINES INTEGRIERTEN MANAGEMENTINFORMATIONSSYSTEMS

nimmt Kenntnis von dem Sachstandsbericht des Generalsekretärs über das Projekt eines integrierten Managementinformationssystems[104];

V

BAU ZUSÄTZLICHER KONFERENZEINRICHTUNGEN IN ADDIS ABEBA

1. *nimmt Kenntnis* von den vom Generalsekretär vorgelegten revidierten Voranschlägen der Gesamtkosten des Bauvorhabens in Addis Abeba[105];

2. *ersucht* den Generalsekretär, hinsichtlich der Ausführung des genehmigten Vorhabens so vorzugehen, wie der Beratende Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen dies in Ziffer 6 seines Berichts[106] empfohlen hat;

VI

BERICHTE DER GEMEINSAMEN INSPEKTIONSGRUPPE ÜBER DIE PRÜFUNG DER VERBUNDSYSTEME DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

nimmt Kenntnis von den Berichten der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Prüfung der Verbundsysteme der Vereinten Nationen für die Öffentlichkeitsarbeit[107] und von den entsprechenden Bemerkungen des Generalsekretärs[108];

VII

HONORARE DER MITGLIEDER DES AUSSCHUSSES FÜR DIE RECHTE DES KINDES

beschließt, daß sich die Bezüge der Mitglieder des Ausschusses für die Rechte des Kindes ausnahmsweise nach den von der Generalversammlung in ihrer Resolution 35/218 vom 17. Dezember 1980 genehmigten Honorarsätzen regeln;

VIII

KONFERENZDIENSTE IN WIEN

1. *schließt sich* der Auffassung des Generalsekretärs *an*, daß eine einzige Konferenzbetreuungseinrichtung im

[101] Siehe A/44/206 mit Korr.1.
[102] Siehe A/44/206/Add.1.
[103] A/C.5/44/13.
[104] A/C.5/44/8.
[105] Siehe A/C.5/44/7, Abschnitt I.C.
[106] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 7A* (A/44/7/Add.1-8), Dokument A/44/7/Add.2.
[107] Siehe A/44/329 und A/44/433.
[108] Siehe A/44/329/Add.1 und A/44/433/Add.1.

Internationalen Zentrum Wien vom Gesichtspunkt der Kostenwirksamkeit aus betrachtet die ideale Lösung darstellen würde und daß ein von den Vereinten Nationen betriebener einheitlicher Dienst am besten geeignet wäre, die wirtschaftlichste und wirksamste Nutzung der knappen Ressourcen zu fördern[109];

2. *ersucht* den Generalsekretär, geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Konsultationen mit der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und anderen interessierten Parteien über diese Frage zu beschleunigen und praktische Vorkehrungen für die Schaffung einer einheitlichen Konferenzbetreuungseinrichtung im Internationalen Zentrum Wien zu treffen, wie der Beratende Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen dies in Ziffer 4 seines Berichts empfohlen hat[110];

IX

Ausserordentlicher Reservefonds

stellt fest, daß sich der Saldo des außerordentlichen Reservefonds auf 13.120.500 US-Dollar beläuft.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

B

Die Generalversammlung

I

Dienstposten der höheren Ebene im Sekretariat der Vereinten Nationen

1. *bekräftigt* ihre Resolution 43/213 vom 21. Dezember 1988;

2. *nimmt* die im Entwurf des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991[111] enthaltenen Vorschläge des Generalsekretärs betreffend Dienstposten der höheren Ebene *an*;

3. *ersucht* den Generalsekretär, sich weiterhin zu bemühen, so bald wie möglich im Zweijahreszeitraum 1990-1991 im Einklang mit Resolution 43/213 vier weitere zu streichende Dienstposten der höheren Ebene zu benennen;

II

Aufgaben und Dienstposten im Zusammenhang mit Fragen der weltweiten sozialen Entwicklung in Kapitel 6 und 8 des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991

1. *beschließt*, daß die Aktivitäten betreffend Fragen der weltweiten sozialen Entwicklung, die in Ziffer 6.14 und 8.2 des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 aufgezeigt sind, und die entsprechenden Ressourcen unter Kapitel 6 des Programmhaushaltsplans fallen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Aufgaben und die administrative Unterstützung derjenigen Hauptabteilungen zu prüfen, deren Mandat mit Fragen der weltweiten sozialen Entwicklung zusammenhängt, und dabei die Notwendigkeit einer integrierten Entwicklungskonzeption im Auge zu behalten;

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung je nach Bedarf Vorschläge für die Verstärkung des Wiener Büros der Vereinten Nationen vorzulegen;

III

Tagungsort des Menschenrechtsausschusses sowie des Unterausschusses Recht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums

1. *beschließt*, die vom Generalsekretär in Kapitel 2A und 23 des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 vorgelegten diesbezüglichen Voranschläge anzunehmen und die entsprechende Mittelbereitstellung in Kapitel 28F des Entwurfs des Programmhaushaltsplans wieder einzusetzen;

2. *ersucht* den Menschenrechtsausschuß und den Unterausschuß Recht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums, bei einer Beschlußfassung über den Veranstaltungsort künftiger Tagungen die in Ziffer 23.5, 23.6, 2A.6 und 2A.7 des Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[112] enthaltenen Empfehlungen, insbesondere auch die Notwendigkeit des optimalen Einsatzes der Ressourcen, sowie die Bestimmungen der Generalversammlungsresolution 40/243 vom 18. Dezember 1985 und Artikel 37 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[113] voll zu berücksichtigen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Konferenzausschuß Bericht zu erstatten;

IV

Subventionierung des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung aus dem ordentlichen Haushalt

ersucht den Generalsekretär, sich unbeschadet der Bestimmungen der Satzung des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung verstärkt um die Gewinnung freiwilliger Beiträge zu dem Institut zu bemühen, damit eine Subventionierung aus dem ordentlichen Haushalt nicht mehr notwendig ist, sowie die Frage der Programmunterstützungskosten zu prüfen und der Generalversammlung jedes Jahr über die Lage des Instituts Bericht zu erstatten;

V

Kapitel 3: Politische Angelegenheiten, Treuhandschaft und Entkolonialisierung

1. *nimmt* den vom Programm- und Koordinierungsausschuß und vom Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen befürworteten Voranschlag und den Vorschlag des Generalsekretärs zu Kapitel 3C

[109] Siehe A/C.5/44/24, Ziffer 24.
[110] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 7A* (A/44/7/Add.1-8), Dokument A/44/7/Add.4.
[111] Ebd., *Beilage 6* (A/44/6/Rev.1).
[112] Ebd., *Beilage 7* mit Korrigenda (A/44/7 mit Korr.1 und 2).
[113] Siehe Resolution 2200 A (XXI), Anlage.

(Namibia) des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 *an*, stellt fest, daß der Generalsekretär revidierte Voranschläge für dieses Kapitel vorlegen wird, und ersucht ihn, dies spätestens auf der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zu tun;

2. *ersucht* den Generalsekretär, unter voller Berücksichtigung der Priorität, welche die Generalversammlung Aktivitäten zur Bekämpfung der Apartheid beimißt, und der von den Mitgliedstaaten auf der vierundvierzigsten Tagung zum Ausdruck gebrachten Auffassungen die optimale Nutzung der in Kapitel 3 angesetzten Ressourcen sicherzustellen, einschließlich der Möglichkeit einer Neuverteilung der Personalressourcen, wenn er der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung revidierte Voranschläge und neue Prioritäten zu Kapitel 3 vorlegt;

VI

KAPITEL 5A: BÜRO DES GENERALDIREKTORS FÜR ENTWICKLUNG UND INTERNATIONALE WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT

stellt fest, daß die Erwähnung von "Friedenssicherung" in Kapitel 5A des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 sich nur auf humanitäre Hilfsaktivitäten im Zusammenhang mit Friedensoperationen bezieht;

VII

KAPITEL 6: HAUPTABTEILUNG FÜR INTERNATIONALE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE FRAGEN: PROGRAMMATISCHER INHALT DES PROGRAMMS B.3 (ANALYSE DER WELTBEVÖLKERUNG)

ersucht den Generalsekretär, das Programm B.3 (Analyse der Weltbevölkerung) in Kapitel 6 des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 im Rahmen der Empfehlungen der Internationalen Bevölkerungskonferenz 1984[114] und des Weltbevölkerungsaktionsplans[115] durchzuführen und in diesem Zusammenhang der Frage der Wechselbeziehung zwischen Bevölkerung und Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zu widmen, unter Berücksichtigung von Ziffer 6.9 sowie feststellend, daß das Wort "bestandfähig" in Ziffer 6.42 nicht vorkommen soll;

VIII

KAPITEL 13: WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA

1. *billigt* die Empfehlungen in Ziffer 181 bis 183 des Berichts des Programm- und Koordinierungsausschusses[64] und ersucht den Generalsekretär zu prüfen, ob die Ressourcen für das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986-1990[116] ausreichen, und seine Bemühungen um die Reduzierung des derzeit hohen Leerstellenanteils in der Wirtschaftskommission für Afrika zu verstärken, so auch durch die Aufstellung eines auf dieses Ziel gerichteten konkreten Planes, und der Generalversammlung darüber auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung Bericht zu erstatten;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Frage der Übersetzungs- und Dolmetschdienste für alle Amtssprachen in der Wirtschaftskommission für Afrika zu prüfen, so auch die Frage, wie geschultes Personal gehalten werden kann, und die Möglichkeit der Wiederherstellung des Ausbildungszentrums, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung über die Ergebnisse dieser Prüfung Bericht zu erstatten;

3. *beschließt*, daß der vom Generalsekretär beantragte Posten eines Leiters der Büroautomation in der Wirtschaftskommission für Afrika im Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 als ein ständiger Dienstposten ausgebracht werden soll und daß der Posten eines Evaluierungsbeamten zunächst wieder ausgebracht wird, und zwar auf nicht wiederkehrender Grundlage, jedoch vorbehaltlich einer Verlängerungsmöglichkeit;

4. *ersucht* den Generalsekretär, die Frage der Ressourcen für die Evaluierungsfunktion in den Regionalkommissionen vor der Erstellung des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1992-1993 zu prüfen;

IX

KAPITEL 18: UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

bittet den Generalsekretär sicherzustellen, daß im System der Vereinten Nationen alles getan wird, um die für 1992 anberaumte Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung vorzubereiten und andere neue Aufträge durchzuführen, einschließlich der Bereitstellung ausreichender Ressourcen für eine wirksame Koordination im Sekretariat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen;

X

KAPITEL 20: INTERNATIONALE SUCHTSTOFFKONTROLLE

billigt die Bemerkungen und Empfehlungen in Ziffer 20.4 und 20.7 bis 20.9 des Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[12] und die Schlußfolgerungen und Empfehlungen in Ziffer 217 des Berichts des Programm- und Koordinierungsausschusses[64];

XI

KAPITEL 23: MENSCHENRECHTE

1. *beschließt*, daß der Mehrbedarf für die sich aufgrund von Beschlüssen des Wirtschafts- und Sozialrats ergebenden neuen Aufträge, die nicht unter die in Kapitel 23 erfaßten Daueraktivitäten fallen, gemäß den Bestimmungen für die Inanspruchnahme und Funktionsweise des außerordentlichen Reservefonds zu behandeln ist[117];

---

[114] Siehe *Report of the International Conference on Population, 1984, Mexico City, 6-14 August 1984* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.84.XIII.8 mit Korrigenda).

[115] Ebd., Kap. I, Abschnitt B.

[116] Resolution S-13/2, Anlage.

[117] Resolution 42/211, Anlage.

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Frage des Zusammenhangs zwischen der Behandlung von Daueraktivitäten im Programmhaushalt und der Inanspruchnahme des außerordentlichen Reservefonds in den Bericht aufzunehmen, den er im Lichte der Erfahrungen erstellen wird, die beim Vollzug des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 im Hinblick auf den außerordentlichen Reservefonds gewonnen worden sind;

XII

Kapitel 27: Öffentlichkeitsarbeit

1. *ersucht* den Generalsekretär sicherzustellen, daß die im Entwurf des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 zum Ausdruck kommende neue Struktur der Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information die vollständige Durchführung aller aufgetragenen Programme und Aktivitäten gestattet;

2. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Tätigkeit der Informationszentren der Vereinten Nationen zu stärken, so erforderlichenfalls auch durch eine Mittelumverteilung innerhalb von Kapitel 27, und sicherzustellen, daß die Tätigkeit und die Arbeitserträge der Informationszentren den von der Generalversammlung erteilten Aufträgen voll Genüge tun;

XIII

Kapitel 28D: Bereich Innerer Dienst (Amtssitz)

ersucht den Generalsekretär, ein zufriedenstellenderes System für die Rückerstattung der Büroraumkosten an den ordentlichen Haushalt zu entwickeln, die für Dienstposten im Zusammenhang mit aus Sondermitteln finanzierten Aktivitäten anfallen, und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

XIV

Kapitel 28G: Verschiedene Ausgaben

ersucht den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung auf dem Weg über den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen unter Berücksichtigung der Bemerkungen des Beratenden Ausschusses in Ziffer 28G.4 seines Berichts[112] eine umfassende Studie des Ruhestands-Krankenversicherungsprogramms vorzulegen;

XV

Kapitel 28I: Abteilung Verwaltungsdienste und Gemeinsame Dienste (Wien)

1. *schließt sich* der vom Generalsekretär in seinem Bericht über die Konferenzdienste in Wien zum Ausdruck gebrachten Auffassung *an*, daß man hinsichtlich der Arbeitsweise der Gemeinsamen Dienste in Wien nunmehr auf mehrjährige Erfahrungen zurückblickt und daß im Laufe des Zweijahreszeitraums 1990-1991 eine eingehende Prüfung dieser Dienste geboten ist[118];

2. *begrüßt* die Absicht des Generalsekretärs, mit der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und anderen interessierten Parteien im Hinblick auf die Vornahme der erforderlichen Verbesserungen Konsultationen zu führen;

3. *bittet* die Leiter der im Internationalen Zentrum Wien ansässigen Organisationen, bei diesem Konsultationsprozeß voll mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, zu gegebener Zeit über den Stand dieser Konsultationen Bericht zu erstatten;

XVI

Kapitel 29: Konferenz- und Bibliotheksdienste

I

1. *verleiht ihrer tiefen Besorgnis Ausdruck* über die Verzögerungen bei der Fertigstellung der vom Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen in Ziffer 29.19 und 29.22 seines Berichts[112] erbetenen Berichte über Auftragsstatistiken und Leistungsnormen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die oben erwähnten Berichte dem Beratenden Ausschuß auf seiner Frühjahrstagung 1990 und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorzulegen;

II

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe mit dem Titel "Vom optischen Speicherplatten-Pilotprojekt im Genfer Büro der Vereinten Nationen zu einem optischen Speicherplattensystem für die Vereinten Nationen"[120], von den diesbezüglichen Feststellungen des Generalsekretärs[119] und von den vom Sekretariat bereitgestellten Informationen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, das optische Speicherplattensystem, wie von der Gemeinsamen Inspektionsgruppe dargestellt, entsprechend den Empfehlungen des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen und unter Berücksichtigung der von den Mitgliedstaaten auf der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zum Ausdruck gebrachten Auffassungen zu verwirklichen;

3. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, einen Bericht mit einem umfassenden Plan für die vollständige Verwirklichung dieses Systems, so auch in den Regionalkommissionen und an anderen Dienstorten, einer Darstellung der Auswirkungen des Systems auf den Zugang der Mitgliedstaaten zu Dokumenten, einer Kosten-Nutzen-Analyse und einer Abhandlung sonstiger relevanter technischer und finanzieller Fragen zu erstellen und der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorzulegen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

[118] Siehe A/C.5/44/24, Ziffer 23.

[119] Siehe A/44/684.

[120] Siehe A/44/684/Add.1.

44/202 – Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1990-1991

A

MITTELBEWILLIGUNGEN FÜR DEN ZWEIJAHRESZEITRAUM 1990-1991

Die Generalversammlung

trifft hiermit für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 *folgenden Beschluß:*

1. Mittelbewilligungen in Höhe von US-Dollar 1.974.634.000 werden hiermit für die folgenden Zwecke gebilligt:

Kapitel		*(in US-Dollar)*
	TEIL I. *Allgemeine Politik, Gesamtleitung und Koordinierung*	
1.	Allgemeine Politik, Gesamtleitung und Koordinierung	59.705.000
	TEIL I INSGESAMT	59.705.000
	TEIL II. *Politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrats; friedenssichernde Tätigkeiten*	
2A.	Politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrats; friedenssichernde Tätigkeiten	88.089.300
2B.	Abrüstungsfragen	11.184.500
2C.	Büro für Meeresfragen und das Seerecht	8.196.900
	TEIL II INSGESAMT	107.470.700
	TEIL III. *Politische Fragen, Treuhandschaft und Entkolonialisierung*	
3.	Politische Fragen, Treuhandschaft und Entkolonialisierung	35.988.200
	TEIL III INSGESAMT	35.988.200
	TEIL IV. *Wirtschaftliche, soziale und humanitäre Fragen*	
4.	Leitungsorgane (Wirtschafts- und Sozialbereich)	2.163.100
5A.	Büro des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit	4.670.800
5B.	New Yorker Büro der Regionalkommissionen	855.300
6A.	Hauptabteilung für internationale wirtschaftliche und soziale Fragen	46.814.800
7.	Hauptabteilung für technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung	23.853.200
8.	Aktivitäten betreffend weltweite soziale Entwicklungsfragen	9.985.700
9.	Transnationale Unternehmen	10.919.200
10.	Wirtschaftskommission für Europa	33.089.300
11.	Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik	39.791.400
12.	Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik	49.010.700
13.	Wirtschaftskommission für Afrika	57.725.700
14.	Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien	38.595.400
15.	Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen	73.107.600
16.	Internationales Handelszentrum	15.400.800
17.	Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	4.298.800
18.	Umweltprogramm der Vereinten Nationen	11.195.600
19.	Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat)	9.937.800
20.	Internationale Suchtstoffkontrolle	8.333.600
21.	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	34.180.100

Kapitel		*(in US-Dollar)*
22.	Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe	6.481.200
23.	Menschenrechte	16.105.700
24.	Reguläres Programm für technischen Zusammenarbeit	36.163.200
	TEIL IV INSGESAMT	532.679.000
	TEIL V. *Internationale Rechtspflege und Völkerrecht*	
25.	Internationaler Gerichtshof	13.333.000
26.	Rechtsfragen	18.766.500
	TEIL V INSGESAMT	32.099.500
	TEIL VI. *Öffentlichkeitsarbeit*	
27.	Öffentlichkeitsarbeit	87.225.400
	TEIL VI INSGESAMT	87.225.400
	TEIL VII. *Gemeinsame Unterstützungsdienste*	
28.	Verwaltung und Management	397.759.500
29.	Konferenz- und Bibliotheksdienste	352.777.600
	TEIL VII INSGESAMT	750.537.100
	TEIL VIII. *Sonderausgaben*	
30.	Schuldverschreibung der Vereinten Nationen	–
	TEIL VIII INSGESAMT	–
	TEIL IX. *Personalabgabe*	
31.	Personalabgabe	298.390.400
	TEIL IX INSGESAMT	298.390.400
	TEIL X. *Kapitalaufwand*	
32.	Bau, Umbau und Verbesserungsarbeiten sowie größere Instandhaltungsarbeiten an Grundstücken und Gebäuden	70.538.700
	TEIL X INSGESAMT	70.538.700
	GESAMTSUMME	1.974.634.000

2. Der Generalsekretär wird ermächtigt, mit Zustimmung des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen Mittel von einem Haushaltskapitel auf ein anderes zu übertragen;

3. Die in den verschiedenen Haushaltskapiteln vorgesehenen Nettomittel für außer Haus auszuführende Druckaufträge werden unter der Leitung des Beirats für Veröffentlichungen der Vereinten Nationen als Gesamtbetrag verwaltet;

4. Die Mittel für das reguläre Programm der technischen Zusammenarbeit in Teil IV Kapitel 24 werden gemäß der Finanzordnung der Vereinten Nationen verwaltet, wobei jedoch für die Definition der Mittelbindungen und deren Gültigkeitsdauer folgende Bestimmungen gelten:

a) Im laufenden Zweijahreszeitraum erfolgte Mittelbindungen für personelle Dienstleistungen bleiben im folgenden Zweijahreszeitraum gültig, vorausgesetzt, daß die Ernennung der betreffenden Sachverständigen bis zum Ende des laufenden Zweijahreszeitraums erfolgt und daß der Gesamtzeitraum, für den die zu diesem Zweck eingegangenen Mittelbindungen zu Lasten der Mittel des laufenden Zweijahreszeitraums gelten, vierundzwanzig Arbeitsmonate nicht überschreitet;

b) Im laufenden Zweijahreszeitraum erfolgte Mittelbindungen für Stipendien bleiben bis zu ihrer Tilgung gültig, vorausgesetzt, daß der Stipendiat von der antragstellenden Regierung nominiert und von der Organisation akzeptiert wurde und daß der antragstellenden Regierung eine offizielle Benachrichtigung über die Vergabe des Stipendiums zugegangen ist;

c) Im laufenden Zweijahreszeitraum verbuchte Mittelbindungen für Verträge oder Material- oder Gerätebestellungen bleiben, sofern sie nicht annulliert werden, gültig, bis die Bezahlung an den Auftragnehmer oder Verkäufer erfolgt ist;

5. Zusätzlich zu den unter Ziffer 1 bewilligten Mitteln wird für jedes Jahr des Zweijahreszeitraums 1990-1991 aus dem aufgelaufenen Einkommen des Bibliotheksausstattungsfonds ein Betrag von 19.000 US-Dollar zum Ankauf von Büchern, Zeitschriften, Karten und Bibliotheksausstattungsgegenständen sowie für andere mit den Zielen und Bestimmungen des Fonds im Einklang stehende Ausgaben der Bibliothek im Palais des Nations bewilligt.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

B

Einnahmenvoranschläge für den Zweijahreszeitraum 1990-1991

Die Generalversammlung

trifft hiermit für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 *folgenden Beschluß:*

1. Voranschläge für nicht aus Beiträgen der Mitgliedstaaten stammende Einnahmen in Höhe von 367.226.200 US-Dollar werden wie folgt gebilligt:

Einnahmenkapitel		*(in US-Dollar)*
	Teil I. *Einnahmen aus der Personalabgabe*	
1.	Einnahmen aus der Personalabgabe	303.040.800
	Teil I insgesamt	303.040.800
	Teil II. *Sonstige Einnahmen*	
2.	Allgemeine Einnahmen	54.524.200
3.	Mit Einnahmen verbundene Tätigkeitszweige	9.661.200
	Teil II insgesamt	64.185.400
	Gesamtsumme	367.226.200

2. Die Einnahmen aus der Personalabgabe werden gemäß Generalversammlungsresolution 973 (X) vom 15. Dezember 1955 dem Steuerausgleichsfonds gutgeschrieben;

3. In den Mittelbewilligungen des Haushalts nicht vorgesehene Ausgaben, die direkt zu Lasten der Postverwaltung der Vereinten Nationen, des Besucherdienstes, der Restaurationsbetriebe und damit im Zusammenhang stehender Dienste, des Garagenbetriebs, der Fernsehdienste und des Verkaufs von Publikationen gehen, werden mit den bei diesen Tätigkeiten erzielten Einnahmen verrechnet.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

C

Finanzierung der Mittelbewilligungen für das Jahr 1990

Die Generalversammlung

trifft hiermit für das Jahr 1990 *folgenden Beschluß:*

1. Die Mittelbewilligungen in Höhe von insgesamt 970.884.400 US-Dollar, die sich zusammensetzen aus 987.317.000 US-Dollar — der Hälfte der von der Generalversammlung gemäß Resolution A Ziffer 1 für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 bewilligten Mittel — abzüglich 16.432.600 US-Dollar, der Minderung bei den revidierten Mittelbewilligungen für den Zweijahreszeitraum 1988-1989, die von der Generalversammlung in ihrer Resolution 44/193 A vom 21. Dezember 1989 gebilligt wurde — werden entsprechend Artikel 5.1 und 5.2 der Finanzordnung der Vereinten Nationen wie folgt finanziert:

a) 32.092.700 US-Dollar, d.h. die Hälfte des gemäß Resolution B gebilligten Voranschlags für nicht aus der Personalabgabe stammende Einnahmen für den Zweijahreszeitraum 1990-1991;

b) 4.174.700 US-Dollar, d.h. die von der Generalversammlung in ihrer Resolution 44/193 B vom 21. Dezember 1989 gebilligte Erhöhung des Voranschlags für nicht aus der Personalabgabe stammende Einnahmen für den Zweijahreszeitraum 1988-1989, ausschließlich der Minderung in Höhe von 16 Millionen US-Dollar in

Einnahmenkapitel 2 betreffend die Rückzahlung des Darlehens an die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung;

c) 934.617.000 US-Dollar aus der Veranlagung der Mitgliedstaaten entsprechend Generalversammlungsresolution 43/223 A vom 21. Dezember 1988 über die Beitragstabelle für die Jahre 1989, 1990 und 1991;

2. Gemäß Generalversammlungsresolution 973 (X) vom 15. Dezember 1955 ist von den anteiligen Beiträgen der Mitgliedstaaten deren jeweiliges Guthaben im Steuerausgleichsfonds in Höhe von insgesamt 143.747.900 US-Dollar abzusetzen; dieser Betrag ergibt sich aus:

a) 151.520.400 US-Dollar, d.h. der Hälfte des gemäß Resolution B gebilligten Voranschlags für Einnahmen aus der Personalabgabe für den Zweijahreszeitraum 1990-1991;

b) abzüglich 7.772.500 US-Dollar, d.h. der von der Generalversammlung mit ihrer Resolution 44/193 B gebilligten Minderung bei den revidierten Einnahmen aus der Personalabgabe für den Zweijahreszeitraum 1988-1989.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/203 – Unvorhergesehene und außerordentliche Ausgaben für den Zweijahreszeitraum 1990-1991

Die Generalversammlung

1. *ermächtigt* den Generalsekretär, mit vorheriger Zustimmung des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen und vorbehaltlich der Finanzordnung der Vereinten Nationen sowie der Bestimmungen von Ziffer 3 dieser Resolution im Zweijahreszeitraum 1990-1991 Verpflichtungen zur Deckung unvorhergesehener und außerordentlicher Ausgaben einzugehen, die sich entweder während des Zweijahreszeitraums oder danach ergeben, wobei die Zustimmung des Beratenden Ausschusses für folgende Verpflichtungen nicht erforderlich ist:

a) Verpflichtungen von bis zu 3 Millionen US-Dollar pro Jahr im Zweijahreszeitraum 1990-1991, die laut Bestätigung des Generalsekretärs mit der Wahrung des Friedens und der Sicherheit im Zusammenhang stehen;

b) Verpflichtungen, die sich laut Bestätigung des Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs auf folgende Ausgaben beziehen:

i) die Benennung von Ad-hoc-Richtern (Artikel 31 des Statuts des Gerichtshofs), bis zu insgesamt 250.000 US-Dollar;

ii) die Ernennung von Beisitzern (Artikel 30 des Statuts) oder die Vorladung von Zeugen und die Ernennung von Sachverständigen (Artikel 50 des Statuts), bis zu insgesamt 75.000 US-Dollar;

iii) die Abhaltung von Tagungen des Gerichtshofs außerhalb von Den Haag (Artikel 22 des Statuts), bis zu insgesamt 100.000 US-Dollar;

c) Verpflichtungen von bis zu 300.000 US-Dollar im Zweijahreszeitraum 1990-1991, die laut Bestätigung des Generalsekretärs für organisationsübergreifende Sicherheitsmaßnahmen gemäß Abschnitt IV von Generalversammlungsresolution 36/235 vom 18. Dezember 1981 erforderlich sind;

2. *trifft hiermit den Beschluß*, daß der Generalsekretär dem Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen sowie der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten und sechsundvierzigsten Tagung über alle aufgrund dieser Resolution eingegangenen Verpflichtungen und die damit zusammenhängenden Umstände Bericht zu erstatten und der Versammlung in bezug auf diese Verpflichtungen ergänzende Voranschläge vorzulegen hat;

3. *beschließt*, daß für den Zweijahreszeitraum 1990-1991, falls der Generalsekretär aufgrund eines Beschlusses des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Wahrung des Friedens und der Sicherheit Verpflichtungen in Höhe von mehr als 10 Millionen US-Dollar in bezug auf diesen Beschluß eingehen muß, diese Angelegenheit der Generalversammlung vorzulegen ist beziehungsweise, falls die Versammlung ihre Tagung unterbrochen hat oder nicht tagt, vom Generalsekretär eine wiederaufgenommene Tagung oder eine Sondertagung der Versammlung zur Behandlung der Angelegenheit einzuberufen ist.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

44/204 – Betriebsmittelfonds für den Zweijahreszeitraum 1990-1991

Die Generalversammlung

trifft hiermit folgenden Beschluß:

1. Der Betriebsmittelfonds für den Zweijahreszeitraum 1990-1991 wird auf 100 Millionen US-Dollar festgesetzt;

2. Die Mitgliedstaaten leisten Vorauszahlungen an den Betriebsmittelfonds entsprechend der von der Generalversammlung verabschiedeten Tabelle für die Beiträge der Mitgliedstaaten zum Haushalt 1990;

3. Auf diese Vorauszahlungen sind anzurechnen:

a) Gutschriften an die Mitgliedstaaten in Höhe eines bereinigten Betrages von 1.025.092 US-Dollar aufgrund von in den Jahren 1959 und 1960 vorgenommenen Übertragungen von Haushaltsüberschüssen an den Betriebsmittelfonds;

b) von den Mitgliedstaaten gemäß Generalversammlungsresolution 42/228 vom 21. Dezember 1987 vorgenommene Barvorauszahlungen an den Betriebsmittelfonds für den Zweijahreszeitraum 1988-1989;

4. Übersteigt die Summe der Gutschriften an einen Mitgliedstaat und der von ihm für den Zweijahreszeitraum 1988-1989 entrichteten Vorauszahlungen an den Betriebsmittelfonds die Höhe der von ihm nach Ziffer 2 zu leistenden Vorauszahlungen, so ist der Mehrbetrag auf die von dem Mitgliedstaat im Zweijahreszeitraum 1990-1991 zu zahlenden Beiträge anzurechnen;

5. Der Generalsekretär wird ermächtigt, folgende Beträge aus dem Betriebsmittelfonds vorzufinanzieren:

a) die Beträge, die erforderlich sind, um bis zum Eingang der Beiträge die Mittelbewilligungen zu finanzieren; diese Vorschüsse sind zurückzuerstatten, sobald dafür Einnahmen aus Beiträgen verfügbar werden;

b) die Beträge, die zur Finanzierung von Verpflichtungen erforderlich sind, die aufgrund von Resolutio-

nen der Generalversammlung, insbesondere der Resolution 44/203 vom 21. Dezember 1989 über unvorhergesehene und außerordentliche Ausgaben, ordnungsgemäß genehmigt werden können; der Generalsekretär setzt die für die Rückerstattung an den Betriebsmittelfonds erforderlichen Mittel in den Haushaltsvoranschlag ein;

c) Beträge für die Weiterführung des revolvierenden Fonds zur Finanzierung verschiedener sich selbst amortisierender Anschaffungen und Aktivitäten, soweit sie zusammen mit den für denselben Zweck als Vorschuß gewährten und noch ausstehenden Nettobeträgen einen Gesamtbetrag von 200.000 US-Dollar nicht übersteigen; mit vorheriger Zustimmung des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen können Vorschüsse über den Gesamtbetrag von 200.000 US-Dollar hinaus geleistet werden;

d) mit vorheriger Zustimmung des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen die Beträge, die für die Vorauszahlung von Versicherungsprämien erforderlich sind, wenn sich die Versicherungsperiode über den Zweijahreszeitraum hinaus erstreckt, in dem die Zahlung vorgenommen wird; während der Laufzeit der betreffenden Versicherungspolicen setzt der Generalsekretär die Mittel zur Deckung der in einem Zweijahreszeitraum fälligen Zahlungen in den Haushaltsvoranschlag für den betreffenden Zweijahreszeitraum ein;

e) die Beträge, die erforderlich sind, damit der Steuerausgleichsfonds bis zum Eingang der erwarteten Mittel seinen laufenden Verpflichtungen nachkommen kann; diese Vorschüsse werden zurückerstattet, sobald die entsprechenden Mittel im Steuerausgleichsfonds verfügbar sind;

6. Reicht der in Ziffer 1 dieser Resolution vorgesehene Betrag für die Erfüllung der normalen Aufgaben des Betriebsmittelfonds nicht aus, so wird der Generalsekretär ermächtigt, während des Zweijahreszeitraums 1990-1991 unter den von der Generalversammlung mit ihrer Resolution 1341 (XIII) vom 13. Dezember 1958 gebilligten Bedingungen Barmittel aus den von ihm verwalteten Sonderfonds und Sonderkonten oder aus dem Erlös von mit Genehmigung der Versammlung aufgelegten Anleihen zu entnehmen.

84. Plenarsitzung
21. Dezember 1989

IX. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES SECHSTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
44/28	Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts (A/44/761)	138	4. Dezember 1989	355
44/29	Maßnahmen zur Verhinderung von internationalem Terrorismus, der das Leben unschuldiger Menschen bedroht oder vernichtet oder die Grundfreiheiten beeinträchtigt, sowie Untersuchung der tieferen Ursachen derjenigen Formen von Terrorismus und Gewalthandlungen, die in Elend, Enttäuschung, Leid und Verzweiflung wurzeln und manche Menschen dazu treiben, Menschenleben — einschließlich ihres eigenen — zu opfern, um radikale Veränderungen herbeizuführen: *a*) Bericht des Generalsekretärs; *b*) Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zur Definition des Terrorismus und zu seiner Differenzierung vom nationalen Befreiungskampf der Völker (A/44/762)	139	4. Dezember 1989	357
44/30	Fortschreitende Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung (A/44/763)	140	4. Dezember 1989	360
44/31	Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten (A/44/764)	141	4. Dezember 1989	360
44/32	Entwurf eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit (A/44/765)	142	4. Dezember 1989	361
44/33	Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre zweiundzwanzigste Tagung (A/44/723)	143	4. Dezember 1989	362
44/34	Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern (A/44/766)	144	4. Dezember 1989	363
44/35	Bericht der Völkerrechtskommission über ihre einundvierzigste Tagung (A/44/767)	145	4. Dezember 1989	366
44/36	Behandlung der Artikelentwürfe über die Rechtsstellung des diplomatischen Kuriers und des nicht von einem diplomatischen Kurier begleiteten diplomatischen Kuriergepäcks sowie der Entwürfe dazugehöriger Fakultativprotokolle (A/44/767)	145	4. Dezember 1989	367
44/37	Bericht des Sonderausschusses für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen (A/44/768)	146	4. Dezember 1989	368
44/38	Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland (A/44/769)	147	4. Dezember 1989	369
44/39	Internationale strafrechtliche Verantwortlichkeit von Einzelpersonen und Vereinigungen, die dem unerlaubten Suchtstoffverkehr über Staatsgrenzen hinweg und anderen grenzüberschreitenden kriminellen Aktivitäten nachgehen: Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs mit Zuständigkeit für Verbrechen dieser Art (A/44/770)	152	4. Dezember 1989	369

44/28 — Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts

Die Generalversammlung,

mit Dank Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts[2] und von den in diesem Bericht enthaltenen Empfehlungen des Generalsekretärs, die vom Beratenden Ausschuß des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts verabschiedet wurden[3],

die Auffassung vertretend, daß das Völkerrecht an allen Universitäten im Rahmen der Lehre der Rechtswissenschaften einen angemessenen Platz einnehmen sollte,

eingedenk der Zielsetzungen der Völkerrechtsdekade der Vereinten Nationen[4],

mit Genugtuung über die Anstrengungen, die die Staaten auf bilateraler Ebene unternehmen, um die Lehre und das Studium des Völkerrechts zu unterstützen,

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.8. wiedergegeben.

[2] A/44/712.

[3] Ebd., Abschnitt III.

[4] Resolution 44/23, Ziffer 2.

nichtsdestoweniger *überzeugt*, daß die Staaten sowie die internationalen Organisationen und Institutionen angeregt werden sollten, das Programm stärker zu unterstützen und ihre Aktivitäten zur Förderung von Lehre, Studium, Verbreitung und besserem Verständnis des Völkerrechts zu verstärken, insbesondere soweit diese für Personen aus Entwicklungsländern von besonderem Nutzen sind,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2464 (XXIII) vom 20. Dezember 1968, 2550 (XXIV) vom 12. Dezember 1969, 2838 (XXVI) vom 18. Dezember 1971, 3106 (XXVIII) vom 12. Dezember 1973, 3502 (XXX) vom 15. Dezember 1975, 32/146 vom 16. Dezember 1977, 36/108 vom 10. Dezember 1981 und 38/129 vom 19. Dezember 1983, in denen sie festgestellt hat, daß es wünschenswert ist, zur Durchführung des Programms soweit wie möglich von Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen und anderer Seite zur Verfügung gestellte Mittel und Einrichtungen heranzuziehen, sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/144 vom 17. Dezember 1979, 40/66 vom 11. Dezember 1985 und 42/148 vom 7. Dezember 1987, in denen sie u.a. die Hoffnung geäußert hat, daß bei der Bestellung von Vortragenden für die Seminare im Rahmen des von den Vereinten Nationen und dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen gemeinsam getragenen Stipendienprogramms für Völkerrecht der Notwendigkeit einer Repräsentation der wichtigsten Rechtssysteme und eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen verschiedenen geographischen Regionen Rechnung getragen wird,

feststellend, daß es zur weiteren Verbreitung, zum Studium und zur Lehre des Völkerrechts auf breiter Basis beiträgt, wenn das *United Nations Juridical Yearbook* außer in Französisch und Englisch auch in anderen Sprachen veröffentlicht wird,

unter Hinweis auf Artikel 39 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs,

unter Berücksichtigung der weiteren Umstände im Zusammenhang mit den dahin gehenden Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe, die Urteile des Internationalen Gerichtshofs außer in Französisch und Englisch auch in anderen Sprachen zu veröffentlichen, und insbesondere der Schwierigkeiten, auf die der Gerichtshof aufmerksam gemacht hat[5],

1. *billigt* die in Abschnitt III des Berichts des Generalsekretärs über die Durchführung des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts enthaltenen Empfehlungen, insbesondere soweit sie darauf gerichtet sind, im Rahmen einer Politik größter finanzieller Zurückhaltung die bestmöglichen Ergebnisse bei der Verwaltung des Programms zu erzielen;

2. *ermächtigt* den Generalsekretär, 1990 und 1991 die in seinem Bericht vorgesehenen Aktivitäten durchzuführen, so auch

a) die Bereitstellung von jährlich mindestens fünfzehn Stipendien in den Jahren 1990 und 1991, wenn Regierungen von Entwicklungsländern um solche Stipendien ersuchen;

b) die Bereitstellung von mindestens je einem Stipendium für 1990 und für 1991 im Rahmen der Hamilton-Shirley-Amerasinghe-Gedächtnisstiftung für Seerechtsfragen, sofern neue ausdrücklich dafür geleistete freiwillige Beiträge dafür vorhanden sind;

c) die Gewährung eines Reisekostenzuschusses für einen Teilnehmer aus jedem Entwicklungsland, der zu den für 1990 und 1991 geplanten regionalen Kursen eingeladen wird;

und ermächtigt ihn ferner, diese Aktivitäten gegebenenfalls aus Mittelbereitstellungen im ordentlichen Haushalt sowie aus zweckgebundenen für die jeweilige Aktivität bereitgestellten freiwilligen Finanzbeiträgen zu finanzieren, die aufgrund der in Ziffer 10, 11 und 12 dieser Resolution ausgesprochenen Ersuchen eingehen;

3. *dankt* dem Generalsekretär für seine konstruktiven Bemühungen, 1988 und 1989 die Ausbildung und Ausbildungshilfe auf dem Gebiet des Völkerrechts im Rahmen des Programms zu fördern, so insbesondere auch für die Veranstaltung der vierundzwanzigsten[6] und fünfundzwanzigsten[7] Tagungen des Völkerrechtsseminars, die vom 6. bis 24. Juni 1988 beziehungsweise vom 12. bis 30. Juni 1989 in Genf stattgefunden haben, sowie für die Mitwirkung des Bereichs Rechtsangelegenheiten des Sekretariats und dessen Abteilung Kodifizierung bei der Durchführung des von den Vereinten Nationen und vom Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen gemeinsam getragenen Stipendienprogramms für Völkerrecht sowie für die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Vergabe der Stipendien der Hamilton-Shirley-Amerasinghe-Gedächtnisstiftung für Seerechtsfragen;

4. *dankt* dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen für seine Beteiligung am Programm, insbesondere für seine Anstrengungen im Zusammenhang mit der Veranstaltung von regionalen Kursen und der Abwicklung und Organisation des von den Vereinten Nationen und dem Institut gemeinsam getragenen und durchgeführten Stipendienprogramms für Völkerrecht;

5. *dankt* der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur für ihre Beteiligung an dem Programm, insbesondere für ihre Bemühungen um die Unterstützung der Lehre des Völkerrechts;

6. *dankt außerdem* der Regierung Brasiliens für ihre Bereitschaft zur Mitveranstaltung des vom 21. November bis 1. Dezember 1988 in Brasilia abgehaltenen regionalen Ausbildungs- und Fortbildungskurses für lateinamerikanische und karibische Länder sowie für die Ausrichtung des Kurses;

7. *dankt ferner* der Haager Völkerrechtsakademie für ihre wertvollen Beiträge zu dem Programm, die sie durch die Zulassung der von den Vereinten Nationen und dem Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen geförderten Völkerrechtsstipendiaten zu ihren jährlich stattfindenden Völkerrechtskursen und durch die Bereitstellung von Einrichtungen für die in Verbindung mit den Kursen der Akademie veranstalteten Seminare im Rahmen des Stipendienprogramms für Völkerrecht geleistet hat, sowie für ihre konstruktiven Bemühungen im Zusammenhang mit der Veranstaltung regionaler Ausbildungs- und Fortbildungskurse in Dakar im Jahr 1988 und in Bogotá im Jahr 1989;

[5] Siehe A/41/591 mit Add.1 und A/C.5/44/13.

[6] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Dreiundvierzigste Tagung, Beilage 10* (A/43/10), Kap. VIII, Abschnitt E.

[7] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 10* (A/44/10), Kap. IX, Abschnitt E.

8. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den Beiträgen der Haager Völkerrechtsakademie zu Lehre, Studium, Verbreitung und besserem Verständnis des Völkerrechts und fordert die Mitgliedstaaten und interessierten Organisationen auf, positiv auf den Appell der Akademie zu weiteren und wenn möglich höheren finanziellen Beiträgen einzugehen, damit die Akademie die obengenannten Aktivitäten fortsetzen kann;

9. *bittet* alle Regierungen *nachdrücklich*, die Aufnahme von Völkerrechtskursen in die rechtswissenschaftlichen Studienprogramme ihrer Hochschulen zu fördern;

10. *ersucht* den Generalsekretär, für das Programm auch weiterhin zu werben und Mitgliedstaaten, Universitäten, philanthropische Stiftungen und andere interessierte nationale und internationale Institutionen und Organisationen sowie Privatpersonen regelmäßig um freiwillige Beiträge zur Finanzierung des Programms oder um die anderweitige Unterstützung seiner Durchführung und eventuellen Ausweitung zu bitten;

11. *ersucht* die Mitgliedstaaten sowie interessierte Organisationen und Privatpersonen *von neuem*, freiwillige Beiträge zur Finanzierung des Programms, insbesondere der Hamilton-Shirley-Amerasinghe-Gedächtnisstiftung für Seerechtsfragen, des Völkerrechtsseminars und des von den Vereinten Nationen und vom Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen gemeinsam getragenen Stipendienprogramms für Völkerrecht zu leisten, und dankt allen Mitgliedstaaten, Institutionen und Privatpersonen, die dafür bereits freiwillige Beiträge geleistet haben;

12. *bittet* insbesondere alle Regierungen *nachdrücklich* um freiwillige Beiträge, damit der Betrag bereitsteht, der zur Finanzierung der Tagegelder für die maximal fünfundzwanzig Teilnehmer an jedem der vom Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen veranstalteten regionalen Kurse benötigt wird, und die künftigen Gastländer weniger belastet werden und das Institut in der Lage ist, die regionalen Kurse weiter zu veranstalten;

13. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über die Durchführung des Programms in den Jahren 1990 und 1991 Bericht zu erstatten und ihr nach Konsultationen mit dem Beratenden Ausschuß des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts Empfehlungen für die Durchführung des Programms in den darauffolgenden Jahren zu unterbreiten;

14. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, verschiedene Möglichkeiten zu untersuchen, wie die Veröffentlichungen des Internationalen Gerichtshofs im Rahmen der vorhandenen Mittelbewilligungen außer in Französisch und Englisch auch in allen anderen Amtssprachen in einer Weise verfügbar gemacht werden könnten, die den vom Gerichtshof zum Ausdruck gebrachten Anliegen gerecht wird, und der Generalversammlung das Ergebnis seiner Überlegungen zu unterbreiten;

15. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

44/29 – Maßnahmen zur Verhinderung von internationalem Terrorismus, der das Leben unschuldiger Menschen bedroht oder vernichtet oder die Grundfreiheiten beeinträchtigt, sowie Untersuchung der tieferen Ursachen derjenigen Formen von Terrorismus und Gewalthandlungen, die in Elend, Enttäuschung, Leid und Verzweiflung wurzeln und manche Menschen dazu treiben, Menschenleben – einschließlich ihres eigenen – zu opfern, um radikale Veränderungen herbeizuführen:

a) **Bericht des Generalsekretärs;**

b) **Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zur Definition des Terrorismus und zu seiner Differenzierung vom nationalen Befreiungskampf der Völker**

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3034 (XXVII) vom 18. Dezember 1972, 31/102 vom 15. Dezember 1976, 32/147 vom 16. Dezember 1977, 34/145 vom 17. Dezember 1979, 36/109 vom 10. Dezember 1981, 38/130 vom 19. Dezember 1983, 40/61 vom 9. Dezember 1985 und 42/159 vom 7. Dezember 1987,

sowie unter Hinweis auf die Empfehlungen des Adhoc-Ausschusses zur Frage des internationalen Terrorismus, die im Bericht an die vierunddreißigste Tagung der Generalversammlung enthalten sind[8],

ferner unter Hinweis auf die Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen[9], auf die Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit[10], auf die Definition der Aggression[11] und auf die entsprechenden Dokumente über das bei bewaffneten Konflikten geltende humanitäre Völkerrecht,

überdies unter Hinweis auf die bestehenden internationalen Übereinkünfte zu verschiedenen Aspekten des Problems des internationalen Terrorismus, u.a. auf das am 14. September 1963 in Tokio unterzeichnete Abkommen über strafbare und bestimmte andere an Bord von Luftfahrzeugen begangene Handlungen[12], das am 16. Dezember 1970 in Den Haag unterzeichnete Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen[13], das am 23. September 1971 in Montreal abgeschlossene Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt[14], das am 14. Dezember 1973 in New York verabschiedete Übereinkommen über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten[15] und die am 17. Dezember 1979 in New York verabschiedete Internationale Konvention gegen Geiselnahme[16], die am 3. März 1980 in Wien verabschiedete Konvention über den physischen Schutz von Kernmaterial, das am 24. Februar 1988 in Montreal unter-

[8] Ebd., *Vierunddreißigste Tagung, Beilage 37* (A/34/37), Kap. IV.
[9] Resolution 2625 (XXV), Anlage.
[10] Resolution 2734 (XXV).
[11] Resolution 3314 (XXIX), Anlage.
[12] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 704, Nr. 10106.
[13] Ebd., Vol. 860, Nr. 12325.
[14] Ebd., Vol. 974, Nr. 14118.
[15] Ebd., Vol. 1035, Nr. 15410.
[16] Resolution 34/146, Anlage.

zeichnete Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Gewalthandlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen als Ergänzung zur Konvention zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt[17], die am 10. März 1988 in Rom beschlossene Konvention zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschiffahrt[18] und das am 10. März 1988 in Rom beschlossene Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden[19],

überzeugt, daß eine Politik der Härte verfolgt und wirksame Maßnahmen im Einklang mit dem Völkerrecht getroffen werden sollten, damit allen Handlungen sowie allen Methoden und Praktiken des internationalen Terrorismus ein Ende gesetzt wird,

Kenntnis nehmend von den innerhalb der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Zeit stattfindenden Arbeiten bezüglich der Forschung zur Entdeckung von plastischen Sprengstoffen oder Sprengfolien und bezüglich der Entwicklung eines internationalen Regimes zur Kennzeichnung solcher Sprengstoffe zum Zweck ihrer Entdeckung und Kenntnis nehmend von der diesbezüglichen Sicherheitsratsresolution 635 (1989) vom 14. Juni 1989,

Kenntnis nehmend von der Sicherheitsratsresolution 638 (1989) vom 31. Juli 1989 über Geiselnahmen,

zutiefst beunruhigt über das weitere Vorkommen aller Arten von internationalen terroristischen Handlungen – auch soweit daran mittelbar oder unmittelbar Staaten beteiligt sind – , die Menschenleben gefährden oder fordern, schädliche Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen haben und die territoriale Integrität und Sicherheit der Staaten gefährden können,

unter Hinweis auf die immer engere Verbindung zwischen Terroristengruppen und Drogenhändlern,

überzeugt, daß es wichtig ist, daß die Staaten ihren Verpflichtungen aus den einschlägigen internationalen Übereinkünften nachkommen und sicherstellen, daß hinsichtlich der in diesen Übereinkünften genannten Straftaten die entsprechenden Maßnahmen zur Durchsetzung der Gesetze getroffen werden,

sowie überzeugt von der Wichtigkeit des Ausbaus und der Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit zwischen Staaten auf bilateraler, regionaler und multilateraler Grundlage, was dazu beitragen wird, Handlungen des internationalen Terrorismus ein Ende zu setzen, ihre tieferen Ursachen zu beseitigen und dieses verbrecherische Übel zu verhüten und aus der Welt zu schaffen,

ferner überzeugt, daß die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung und Verhütung des Terrorismus dazu beitragen wird, das Vertrauen zwischen den Staaten zu verstärken, die Spannungen zu vermindern und ein besseres Klima unter den Staaten zu schaffen,

eingedenk der Notwendigkeit, die Rolle der Vereinten Nationen und der entsprechenden Sonderorganisationen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu verstärken,

sowie eingedenk der Notwendigkeit, die Grundrechte des einzelnen und die für ihn festgeschriebenen Garantien gemäß den einschlägigen internationalen Menschenrechtsdokumenten und den allgemein anerkannten internationalen Normen zu bewahren und zu schützen,

in Bekräftigung des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatzes der Selbstbestimmung der Völker,

sowie in Bekräftigung des unveräußerlichen Rechts aller unter kolonialen und rassistischen Regimen und anderen Formen der Fremdherrschaft und ausländischen Besetzung lebenden Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie unter Bestätigung der Rechtmäßigkeit ihres Kampfes, insbesondere des Kampfes der nationalen Befreiungsbewegungen, gemäß den Zielen und Grundsätzen der Charta und der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,

Kenntnis nehmend von den Bemühungen und bedeutenden Leistungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation und der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation bei der Erhöhung der Sicherheit der internationalen Luft- und Seeschiffahrt vor terroristischen Handlungen,

in der Erwägung, daß die Wirksamkeit des Kampfes gegen den Terrorismus durch die Festlegung einer Definition des internationalen Terrorismus verstärkt werden könnte, die allgemeine Zustimmung findet,

unter Berücksichtigung des auf ihrer zweiundvierzigsten Tagung unterbreiteten Vorschlags[20], eine internationale Konferenz über den internationalen Terrorismus abzuhalten, worauf Tagesordnungspunkt 139 *b* der vierundvierzigsten Tagung Bezug nimmt,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[21],

1. *verurteilt erneut unmißverständlich* alle Handlungen, Methoden und Praktiken des Terrorismus als kriminell und nicht zu rechtfertigen, einschließlich solcher, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten und ihre Sicherheit gefährden, gleich wo und von wem sie begangen werden;

2. *beklagt zutiefst* die Verluste an Menschenleben infolge derartiger terroristischer Handlungen sowie die schädlichen Folgen dieser Handlungen für die Kooperationsbeziehungen zwischen den Staaten;

3. *fordert* alle Staaten *auf*, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, wonach sie es zu unterlassen haben, terroristische Handlungen in anderen Staaten zu organisieren, anzustiften, zu unterstützen oder sich daran zu beteiligen beziehungsweise auf ihrem Hoheitsgebiet Aktivitäten zu dulden, die auf die Begehung derartiger Handlungen gerichtet sind;

4. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und wirksame und entschlossene Maßnahmen zur raschen und endgültigen Beseitigung des internationalen Terrorismus zu treffen, und in diesem Zusammenhang insbesondere

a) auf ihrem Hoheitsgebiet die Vorbereitung und Organisation von terroristischen Handlungen wie auch

[17] Internationale Zivilluftfahrt-Organisation, Dokument DOC 9518.
[18] Internationale Seeschiffahrts-Organisation, Dokument SUA/CONF/15/Rev.1.
[19] Internationale Seeschiffahrts-Organisation, Dokument SUA/CONF/16/Rev.2.

[20] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-second Session, Plenary Meetings*, 44. Sitzung (A/42/PV.44).
[21] A/44/456 mit Add.1.

von subversiven Handlungen gegen andere Staaten und deren Bürger, gleichviel ob sie innerhalb oder außerhalb ihres Hoheitsgebiets verübt werden sollen, zu verhindern;

b) die Ergreifung und Strafverfolgung beziehungsweise Auslieferung der Täter sicherzustellen, die terroristische Handlungen begangen haben;

c) den Abschluß spezieller Übereinkommen zu diesem Zweck auf bilateraler, regionaler und multilateraler Grundlage anzustreben;

d) beim Austausch sachdienlicher Informationen bezüglich der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus zusammenzuarbeiten;

e) rasch alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die bestehenden internationalen Übereinkünfte zu diesem Thema umzusetzen, deren Vertragspartei sie sind, wozu auch die Abstimmung ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit diesen Übereinkünften gehört;

5. *appelliert* an alle Staaten, soweit nicht bereits geschehen, zu erwägen, Vertragspartei der in der Präambel dieser Resolution erwähnten internationalen Übereinkünfte zu verschiedenen Aspekten des internationalen Terrorismus zu werden;

6. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich*, einzeln und gemeinsam mit anderen Staaten sowie mit den entsprechenden Organen der Vereinten Nationen zur schrittweisen Beseitigung der tieferen Ursachen des internationalen Terrorismus beizutragen und ihre besondere Aufmerksamkeit auf alle Situationen zu richten – insbesondere auch auf den Kolonialismus, den Rassismus sowie Situationen, mit denen massenhafte und flagrante Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten einhergehen, und Situationen im Zusammenhang mit Fremdherrschaft und ausländischer Besetzung – , die zu internationalem Terrorismus führen und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden können;

7. *fordert nachdrücklich* die unverzügliche sichere Freilassung aller Geiseln und entführten Personen, wo und von wem sie auch immer festgehalten werden;

8. *fordert* alle Staaten *auf*, ihren politischen Einfluß im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts geltend zu machen, um die sichere Freilassung aller Geiseln und entführten Personen sicherzustellen und zu verhindern, daß Geiselnahmen und Entführungen begangen werden;

9. *gibt ihrer Besorgnis Ausdruck* über die zunehmenden und gefährlichen Verbindungen zwischen Terroristengruppen, Drogenhändlern und paramilitärischen Banden, die zu allen Arten von Gewalt greifen und damit die verfassungsmäßige Ordnung der Staaten gefährden und grundlegende Menschenrechte verletzen;

10. *begrüßt* die von der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation unternommenen Anstrengungen, die dazu beitragen sollen, daß die Übereinkünfte über die Sicherheit der Luftfahrt weltweit angenommen und strikt eingehalten werden, und begrüßt das von ihr vor kurzem verabschiedete Protokoll zur Bekämpfung widerrechtlicher Gewalthandlungen auf Flughäfen, die der internationalen Zivilluftfahrt dienen;

11. *begrüßt außerdem* die Verabschiedung der Konvention zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschiffahrt und des Protokolls zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit fester Plattformen, die sich auf dem Festlandsockel befinden, durch die Internationale Seeschiffahrts-Organisation;

12. *bittet* die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation *nachdrücklich*, verstärkt an der Entwicklung eines internationalen Regimes zur Kennzeichnung von plastischen Sprengstoffen und Sprengfolien zum Zweck ihrer Entdeckung zu arbeiten;

13. *ersucht* die entsprechenden anderen Sonderorganisationen und zwischenstaatlichen Organisationen, insbesondere den Weltpostverein, die Weltorganisation für Tourismus und die Internationale Atomenergie-Organisation, im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen sinnvoll zur Bekämpfung und Beseitigung des Terrorismus ergriffen werden können;

14. *ersucht* den Generalsekretär, auch künftig die Auffassungen der Mitgliedstaaten zu allen Aspekten des internationalen Terrorismus sowie zu Mitteln und Wegen zu seiner Bekämpfung einzuholen, so auch zur Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, die sich im Lichte des im vorletzten Präambelabsatz dieser Resolution erwähnten Vorschlags mit dem internationalen Terrorismus befassen soll;

15. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die Auffassungen der Mitgliedstaaten zu den Mitteln und Wegen zur Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen und der entsprechenden Sonderorganisationen bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie zu den Vorschlägen einzuholen, die während der Aussprache über diesen Punkt auf der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung im Sechsten Ausschuß gemacht worden sind[22];

16. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, die Durchführung dieser Resolution den Erfordernissen entsprechend weiter zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung einen diesbezüglichen Bericht vorzulegen;

17. *ist der Auffassung*, daß diese Resolution in keiner Weise das sich aus der Charta der Vereinten Nationen ableitende Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, die dieses Rechts gewaltsam beraubt worden sind und auf die in der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen Bezug genommen wird, insbesondere der unter kolonialen und rassistischen Regimen oder anderen Formen der Fremdherrschaft lebenden Völker, beeinträchtigen kann noch das Recht dieser Völker, rechtmäßig für dieses Ziel zu kämpfen und im Einklang mit den Grundsätzen der Charta, der obenerwähnten Erklärung und der einschlägigen Generalversammlungsresolutionen, einschließlich dieser Resolution, Unterstützung zu suchen und zu erhalten;

18. *beschließt* die Aufnahme dieses Punktes in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

22 Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Sixth Committee*, 17. bis 23. und 48. Sitzung mit Korrigendum.

44/30 – Fortschreitende Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung

Die Generalversammlung,

eingedenk dessen, daß die Generalversammlung gemäß der Charta der Vereinten Nationen aufgerufen ist, Studien zu veranlassen und Empfehlungen abzugeben, um die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung zu fördern,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie 35/56 vom 5. Dezember 1980, deren Anlage die Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen enthält,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/150 vom 17. Dezember 1979 und 35/166 vom 15. Dezember 1980 über die "Konsolidierung und fortschreitende Entwicklung der Grundsätze und Normen des internationalen Wirtschaftsrechts, insbesondere im Hinblick auf die rechtlichen Aspekte der neuen internationalen Wirtschaftsordnung" sowie auf ihre Resolutionen 36/107 vom 10. Dezember 1981, 37/103 vom 16. Dezember 1982, 38/128 vom 19. Dezember 1983, 39/75 vom 13. Dezember 1984, 40/67 vom 11. Dezember 1985, 41/73 vom 3. Dezember 1986, 42/149 vom 7. Dezember 1987 und 43/162 vom 9. Dezember 1988 mit dem Titel "Fortschreitende Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung",

eingedenk dessen, daß insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich den Entwicklungsländern stellen, dringend Maßnahmen zur Neubelebung des Prozesses der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der zu diesem Zweck geführten Verhandlungen ergriffen werden müssen,

in Anbetracht der engen Verbindung, die zwischen der Errichtung einer gerechten und ausgewogenen internationalen Wirtschaftsordnung und dem Vorhandensein eines entsprechenden rechtlichen Rahmens besteht,

in Anerkennung der Notwendigkeit der Kodifizierung und fortschreitenden Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung,

unter Hinweis auf die der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung vom Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen vorgelegte analytische Studie[23],

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den aufgrund der Resolutionen 40/67, 41/73, 42/149 und 43/162 unterbreiteten Auffassungen und Stellungnahmen der Regierungen[24];

2. *ersucht* den Generalsekretär,

a) auch weiterhin Vorschläge der Mitgliedstaaten dazu einzuholen, welche Verfahren bei der Behandlung der analytischen Studie sowie bei der Kodifizierung und fortschreitenden Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung am besten anzuwenden sind;

b) die gemäß Ziffer 2 Buchstabe a eingehenden Vorschläge in einen Bericht aufzunehmen, der der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung vorzulegen ist;

3. *empfiehlt* dem Sechsten Ausschuß zu erwägen, unter Berücksichtigung der Vorschläge und Anregungen, die von den Mitgliedstaaten zu dieser Frage vorgelegt wurden oder werden, auf der sechsundvierzigsten Tagung der Generalversammlung eine endgültige Entscheidung über die Frage zu treffen, welches Forum im Rahmen des Sechsten Ausschusses dazu geeignet ist, die Aufgabe der abschließenden Ausgestaltung des Prozesses der Kodifizierung und fortschreitenden Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung wahrzunehmen;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Fortschreitende Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer sechsundvierzigsten Tagung.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

44/31 – Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Punktes "Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten",

unter Hinweis auf ihre Resolution 37/10 vom 15. November 1982, mit der sie die in der dazugehörigen Anlage enthaltene Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten gebilligt hat,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 38/131 vom 19. Dezember 1983, 39/79 vom 13. Dezember 1984, 40/68 vom 11. Dezember 1985, 41/74 vom 3. Dezember 1986, 42/150 vom 7. Dezember 1987 und 43/163 vom 9. Dezember 1988,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 43/51 vom 5. Dezember 1988, mit der sie die in der dazugehörigen Anlage enthaltene Erklärung über die Verhütung und Beseitigung von Streitigkeiten und Situationen, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohen können und über die Rolle der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet gebilligt hat,

die Auffassung vertretend, daß sich das weltpolitische Klima gebessert hat und daß es zwar noch immer Ursachen für Streitigkeiten und Spannungen in den internationalen Beziehungen gibt, so auch die Anwendung und Androhung von Gewalt, daß aber ermutigende Fortschritte auf der Suche nach friedlichen Lösungen für regionale und weltweite Probleme erzielt worden sind,

unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, alles nur Erdenkliche zu tun, um Situationen und Streitigkeiten zwischen Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen auf der Grundlage der souveränen Gleichheit und ausschließlich auf friedlichem Wege

[23] A/39/504/Add.1, Anhang III.
[24] A/41/536, A/42/483 mit Add.1 und 2, A/43/529 mit Add.1 und A/44/455 mit Add.1.

beizulegen und militärische Aktionen und Feindseligkeiten gegen andere Staaten zu vermeiden, durch welche die Lösung bestehender Probleme nur noch erschwert würde,

die Auffassung vertretend, daß die Frage der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten eines der Hauptanliegen der Staaten und der Vereinten Nationen sein sollte und daß die Bemühungen um eine Stärkung des Prozesses der friedlichen Streitbeilegung fortgesetzt werden sollten,

betonend, daß es jedem Staat obliegt, eine Politik der Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität der anderen Staaten, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten wie auch des guten Einvernehmens und der Zusammenarbeit zu fördern, was eine Grundvoraussetzung für den Abbau von Spannungen und die Schaffung einer Atmosphäre des Friedens und des gegenseitigen Vertrauens in der Welt ist,

eingedenk des Beschlusses in ihrer Resolution 44/23 vom 17. November 1989, den Zeitraum 1990-1991 zur Völkerrechtsdekade der Vereinten Nationen zu erklären, die zur Stärkung aller Mittel der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten beitragen wird,

mit Interesse Kenntnis nehmend von dem gemäß ihrer Resolution 43/163 vorgelegten Bericht des Generalsekretärs[25], der nützliche Kommentare, Vorschläge und Überlegungen für eine umfassendere Verwirklichung der Erklärung von Manila enthält,

1. *bittet* alle Staaten *erneut nachdrücklich*, bei der Beilegung ihrer internationalen Streitigkeiten die Bestimmungen der Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten nach Treu und Glauben zu befolgen und zu fördern;

2. *unterstreicht* die Notwendigkeit, die Bemühungen um die Stärkung des Prozesses der friedlichen Streitbeilegung durch die fortschreitende Entwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts und durch die Erhöhung der Effektivität der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet fortzusetzen;

3. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen den Rahmen, den die Vereinten Nationen für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und internationalen Problemen bieten, voll zu nutzen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen weiteren Bericht vorzulegen, der die Antworten der Mitgliedstaaten, der entsprechenden Organe der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen, der regionalen zwischenstaatlichen Organisationen und der in Betracht kommenden Völkerrechtsorgane bezüglich der Verwirklichung der Erklärung von Manila und bezüglich der Möglichkeiten zur Erhöhung der Effektivität dieses Dokuments enthält;

5. *beschließt*, die Frage der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung als gesonderten Tagesordnungspunkt in Verbindung mit dem in der vorläufigen Tagesordnung enthaltenen Punkt "Bericht des Sonderausschusses für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen" zu behandeln.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

[25] A/44/460 mit Add.1.

44/32 – Entwurf eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit

Die Generalversammlung,

eingedenk Artikel 13 Absatz 1 Buchstabe *a* der Charta der Vereinten Nationen, der vorsieht, daß die Generalversammlung Studien veranlaßt und Empfehlungen abgibt, um die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung zu fördern,

unter Hinweis auf ihre Resolution 177 (II) vom 21. November 1947, in der sie die Völkerrechtskommission beauftragte, den Entwurf eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit auszuarbeiten,

nach Behandlung des von der Kommission ausgearbeiteten und der Generalversammlung im Jahre 1954 vorgelegten Entwurfs eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit[26],

in Bekräftigung ihrer Auffassung, daß die Ausarbeitung eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit einen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und somit zur Förderung und Verwirklichung der in der Charta niedergelegten Ziele und Grundsätze leisten könnte,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 36/106 vom 10. Dezember 1981, in der sie die Völkerrechtskommission gebeten hat, ihre Arbeit an der Erstellung des Kodexentwurfs wiederaufzunehmen und den Entwurf unter Berücksichtigung der im Zuge der fortschreitenden Entwicklung des Völkerrechts erzielten Ergebnisse mit entsprechendem Vorrang im Hinblick auf eine Überarbeitung zu prüfen,

im Hinblick darauf, daß die Kommission ihre Aufgabe erfüllen sollte, indem sie bald entsprechende Artikelentwürfe erarbeitet,

nach Behandlung von Kapitel III des Berichts der Kommission über ihre einundvierzigste Tagung[27],

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs zu dieser Frage[28],

unter Berücksichtigung der Auffassungen, die auf ihrer vierundvierzigsten Tagung während der Debatte über diesen Punkt zum Ausdruck gebracht worden sind,

in Anerkennung der Bedeutung und Dringlichkeit der Frage,

1. *bittet* die Völkerrechtskommission, ihre Arbeit an der Erstellung des Entwurfs eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit, insbesondere auch an der Erstellung eines Verzeichnisses der Verbrechen, fortzusetzen und hierbei die auf ihrer einundvierzigsten Tagung erzielten Fortschritte sowie die auf der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung vorgetragenen Auffassungen zu berücksichtigen;

[26] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Neunte Tagung, Beilage 9* (A/2693), Ziffer 54.
[27] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 10* (A/44/10).
[28] A/44/465.

2. *nimmt Kenntnis* von der zur Zeit von der Kommission verfolgten Konzeption im Hinblick auf die richterliche Instanz, die mit der Implementierung des Kodexentwurfs beauftragt werden soll, und legt der Kommission nahe, allen Lösungsmöglichkeiten in bezug auf diese Frage weiter nachzugehen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, weiterhin die Auffassungen der Mitgliedstaaten zu den Schlußfolgerungen einzuholen, die in Ziffer 69 Buchstabe c Unterabsatz i des Berichts der Kommission über ihre fünfunddreißigste Tagung[29] enthalten sind;

4. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, die gemäß Ziffer 3 dieser Resolution eingegangenen Auffassungen der Mitgliedstaaten in einen Bericht aufzunehmen, welcher der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorzulegen ist;

5. *beschließt*, den Punkt "Entwurf eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung aufzunehmen und ihn in Verbindung mit der Prüfung des Berichts der Kommission zu behandeln.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

44/33 — Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre zweiundzwanzigste Tagung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2205 (XXI) vom 17. Dezember 1966, mit der sie die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht geschaffen hat, mit dem Mandat, die fortschreitende Harmonisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts zu fördern und bei der umfassenden Förderung des internationalen Handels die Interessen aller Völker, insbesondere die Interessen der Entwicklungsländer zu berücksichtigen, sowie auf ihre Resolution 43/166 vom 9. Dezember 1988,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß die fortschreitende Harmonisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts durch den Abbau oder die Beseitigung rechtlicher Hindernisse für den internationalen Handelsverkehr, insbesondere soweit diese die Entwicklungsländer betreffen, einen bedeutenden Beitrag zur gleichberechtigten, gerechten und dem gemeinsamen Interesse dienenden universalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten sowie zur Beseitigung der Diskriminierung im internationalen Handel leisten und so zum Wohl aller Völker beitragen würde,

nach Behandlung des Berichts der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre zweiundzwanzigste Tagung[30],

im Hinblick darauf, daß die Kommission den Entwurf einer Konvention über die Haftung der Betreiber von Güterumschlagstellen im internationalen Handel[31] verabschiedet und der Generalversammlung in dem in Ziffer 225 des Kommissionsberichts enthaltenen Beschluß empfohlen hat, 1991 für die Dauer von drei Wochen eine internationale Bevollmächtigtenkonferenz mit dem Auftrag einzuberufen, auf der Grundlage des Konventionsentwurfs eine Konvention über die Haftung der Betreiber von Güterumschlagstellen im internationalen Handel zu schließen,

in Anbetracht dessen, daß die Kommission für ihr Ausbildungs- und Unterstützungsprogramm auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts ausreichende Finanzierungsquellen benötigt,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre zweiundzwanzigste Tagung;

2. *bestätigt* das Mandat der Kommission, als zentrales Rechtsgremium des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts die Rechtstätigkeit auf diesem Gebiet zu koordinieren, um Doppelarbeit zu vermeiden und Effizienz, Konsistenz und Kohärenz bei der Vereinheitlichung und Harmonisierung des internationalen Handelsrechts zu fördern, und empfiehlt dazu der Kommission, über ihr Sekretariat auch künftig eng mit den anderen im Bereich des internationalen Handelsrechts tätigen internationalen Organen und Organisationen, so auch mit regionalen Organisationen, zusammenzuarbeiten;

3. *fordert* die Kommission *auf*, auch künftig die entsprechenden Bestimmungen der von der Generalversammlung auf ihrer sechsten[32] und siebenten[33] Sondertagung verabschiedeten Resolutionen über die neue internationale Wirtschaftsordnung zu berücksichtigen;

4. *dankt* der Kommission für die wertvolle Arbeit, die sie bei der Ausarbeitung des Entwurfs einer Konvention über die Haftung der Betreiber von Güterumschlagstellen im internationalen Handel geleistet hat;

5. *beschließt*, für den 2. bis 19. April 1991 eine internationale Bevollmächtigtenkonferenz mit dem Auftrag nach Wien einzuberufen, den von der Kommission ausgearbeiteten Konventionsentwurf zu behandeln und die Ergebnisse dieser Arbeit in einer Konvention über die Haftung der Betreiber von Güterumschlagstellen im internationalen Handel zu verankern;

6. *ersucht* den Generalsekretär,

a) alle Staaten zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen;

b) Vertreter der Organisationen einzuladen, die gemäß den Versammlungsresolutionen 3237 (XXIX) vom 22. November 1974 und 31/152 vom 20. Dezember 1976 eine ständige Einladung der Generalversammlung zur Teilnahme als Beobachter an den Tagungen und an der Tätigkeit aller unter ihrer Schirmherrschaft einberufenen internationalen Konferenzen erhalten haben, in dieser Eigenschaft an der Konferenz teilzunehmen;

c) Vertreter der von der Organisation der afrikanischen Einheit in ihrer Region anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen einzuladen, gemäß Generalversammlungsresolution 3280 (XXIX) vom 10. Dezember 1974 als Beobachter an der Konferenz teilzunehmen;

d) die Sonderorganisationen und die Internationale Atomenergie-Organisation sowie interessierte Organe der Vereinten Nationen und interessierte internationale Organisationen einzuladen, sich auf der Konferenz durch Beobachter vertreten zu lassen;

[29] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Achtunddreißigste Tagung, Beilage 10* (A/38/10).
[30] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 17* (A/44/17).
[31] Ebd., Anhang I.
[32] Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI).
[33] Resolution 3362 (S-VII).

7. *bekräftigt*, wie wichtig vor allem für die Entwicklungsländer die Arbeit der Kommission auf dem Gebiet der Ausbildung und Unterstützung in Fragen des internationalen Handelsrechts ist und wie sinnvoll es ist, daß die Kommission zur Förderung der Ausbildung und Unterstützung auf diesem Gebiet die Veranstaltung von Seminaren und Symposien, insbesondere auf regionaler Ebene, veranlaßt, wobei sie

a) der Kommission für die Veranstaltung des anläßlich der zweiundzwanzigsten Tagung der Kommission abgehaltenen Symposiums über internationales Handelsrecht sowie auch den Regierungen dankt, deren Beiträge die Organisation des Symposiums ermöglicht haben;

b) die Regierungen, die entsprechenden Organe der Vereinten Nationen, Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen bittet, freiwillige Beiträge für die Symposien der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht und gegebenenfalls zur Finanzierung von Sonderprojekten zu leisten sowie das Sekretariat der Kommission auch anderweitig bei der Finanzierung und Organisation von Seminaren und Symposien, insbesondere in Entwicklungsländern, sowie bei der Stipendienvergabe an Kandidaten aus Entwicklungsländern zu unterstützen, damit diese an solchen Seminaren und Symposien teilnehmen können;

8. *bittet erneut* die Staaten, soweit nicht bereits geschehen, die Unterzeichnung und die Ratifikation der unter der Schirmherrschaft der Kommission ausgearbeiteten Konventionen beziehungsweise den Beitritt zu ihnen in Erwägung zu ziehen;

9. *billigt* die Initiative der Kommission[34], eine amtliche arabische Sprachfassung der Konvention über die Verjährungsfrist beim internationalen Warenkauf vom 14. Juni 1974[35] in der durch das Protokoll vom 11. April 1980[36] geänderten Fassung erstellen zu lassen.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

44/34 – Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern

Die Generalversammlung,

in der Erwägung, daß die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts und seine Kodifizierung zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze in den Artikeln 1 und 2 der Charta der Vereinten Nationen beiträgt,

eingedenk der Notwendigkeit, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen eine internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern abzuschließen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/48 vom 4. Dezember 1980, mit der sie den Ad-hoc-Ausschuß zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern eingesetzt und ihn ersucht hat, so bald wie möglich eine internationale Konvention über das Verbot der Anwerbung, des Einsatzes, der Finanzierung und der Ausbildung von Söldnern auszuarbeiten,

nach Behandlung des Konventionsentwurfs, der gemäß der oben genannten Resolution vom Ad-hoc-Ausschuß ausgearbeitet[37] und von der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern, die während der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung getagt hat, abschließend bearbeitet wurde[38],

verabschiedet die Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern, deren Wortlaut in der Anlage zu dieser Resolution enthalten ist, und legt sie zur Unterzeichnung und Ratifikation beziehungsweise zum Beitritt auf.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

ANLAGE

Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern

Die Vertragsstaaten dieser Konvention,

in Bekräftigung der Ziele und Grundsätze, die in der Charta der Vereinten Nationen und in der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen[9] verankert sind,

sich bewußt, daß Söldner für Tätigkeiten angeworben, eingesetzt, finanziert und ausgebildet werden, die gegen völkerrechtliche Grundsätze wie den der souveränen Gleichheit, der politischen Unabhängigkeit, der territorialen Integrität der Staaten und der Selbstbestimmung der Völker verstoßen,

erklärend, daß die Anwerbung, der Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern als Straftaten anzusehen sind, die allen Staaten Anlaß zu ernster Besorgnis geben, und daß jeder, der eine dieser Straftaten begeht, strafrechtlich verfolgt oder ausgeliefert werden muß,

überzeugt von der Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit zwischen den Staaten zur Verhütung, strafrechtlichen Verfolgung und Ahndung solcher Straftaten auszubauen und zu verstärken,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über neue rechtswidrige internationale Tätigkeiten, bei denen Drogenhändler und Söldner gemeinsam Gewalthandlungen begehen, welche die verfassungsmäßige Ordnung der Staaten untergraben,

sowie überzeugt, daß die Verabschiedung einer Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern zur Ausmerzung dieser verwerflichen Tätigkeiten und damit zur Be-

[34] Siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 17* (A/44/17), Kap. VIII.

[35] *Official Records of the United Nations Conference on Prescription (Limitation) in the International Sale of Goods, New York, 20 May-14 June 1974* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.74.V.8), S. 101.

[36] *Official Records of the United Nations Conference on Contracts for the International Sale of Goods, Vienna, 10 March-11 April 1980* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.V.5), S. 191.

[37] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 43* mit Korrigendum (A/44/43 mit Korr.1), Abschnitt II.C und III.

[38] A/C.6/44/L.9, Anhang.

achtung der in der Charta verankerten Ziele und Grundsätze beitragen würde,

in der Erkenntnis, daß Angelegenheiten, die nicht durch eine derartige Konvention geregelt werden, weiterhin den Regeln und Grundsätzen des Völkerrechts unterliegen,

sind wie folgt *übereingekommen*:

Artikel 1

Im Sinne dieser Konvention

1. ist ein "Söldner",

a) wer im Inland oder Ausland eigens zu dem Zweck angeworben wird, in einem bewaffneten Konflikt zu kämpfen;

b) wer an Feindseligkeiten vor allem aus Streben nach persönlichem Gewinn teilnimmt und wer von oder im Namen einer Konfliktpartei tatsächlich die Zusage einer materiellen Vergütung erhalten hat, die wesentlich höher ist als die den Kombattanten der Streitkräfte dieser Partei in vergleichbarem Rang und mit ähnlichen Aufgaben zugesagte oder gezahlte Vergütung;

c) wer weder Staatsangehöriger einer Konfliktpartei ist noch in einem von einer Konfliktpartei kontrollierten Gebiet ansässig ist;

d) wer nicht Angehöriger der Streitkräfte einer Konfliktpartei ist und

e) wer nicht von einem Staat, der nicht Konfliktpartei ist, in amtlichem Auftrag als Angehöriger seiner Streitkräfte entsandt worden ist.

2. Ein Söldner ist ferner, wer in jeder anderen Lage

a) im Inland oder Ausland eigens zu dem Zweck angeworben wird, an einer gemeinsam geplanten Gewalttat teilzunehmen, die folgendes zum Ziel hat:

i) den Sturz einer Regierung oder die sonstige Untergrabung der verfassungsmäßigen Ordnung eines Staates oder

ii) die Untergrabung der territorialen Integrität eines Staates;

b) daran vor allem aus Streben nach erheblichem persönlichen Gewinn teilnimmt und durch die Zusage oder die Zahlung einer materiellen Vergütung dazu veranlaßt wird;

c) weder Staatsangehöriger des Staates, gegen den sich die Tat richtet, noch dort ansässig ist;

d) nicht von einem Staat in amtlichem Auftrag entsandt worden ist und

e) nicht Angehöriger der Streitkräfte des Staates ist, in dessen Hoheitsgebiet die Tat durchgeführt wird.

Artikel 2

Wer Söldner im Sinne des Artikels 1 anwirbt, einsetzt, finanziert oder ausbildet, begeht eine Straftat im Sinne dieser Konvention.

Artikel 3

1. Ein Söldner im Sinne des Artikels 1, der unmittelbar an Feindseligkeiten beziehungsweise an einer gemeinsam geplanten Gewalttat teilnimmt, begeht eine Straftat im Sinne dieser Konvention.

2. Dieser Artikel schränkt den Anwendungsbereich des Artikels 4 nicht ein.

Artikel 4

Eine Straftat begeht,

a) wer eine der in dieser Konvention beschriebenen Straftaten zu begehen versucht,

b) wer sich zum Mittäter oder Gehilfen desjenigen macht, der die in dieser Konvention beschriebenen Straftaten begeht oder zu begehen versucht.

Artikel 5

1. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, keine Söldner anzuwerben, einzusetzen, zu finanzieren oder auszubilden und derartige Tätigkeiten im Einklang mit dieser Konvention zu verbieten.

2. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, Söldner nicht zu dem Zweck anzuwerben, einzusetzen, zu finanzieren oder auszubilden, sich der rechtmäßigen Ausübung des völkerrechtlich anerkannten unveräußerlichen Selbstbestimmungsrechts der Völker entgegenzustellen, und im Einklang mit dem Völkerrecht geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung oder die Ausbildung von Söldnern zu diesem Zweck zu verhindern.

3. Sie bedrohen die in dieser Konvention genannten Straftaten mit angemessenen Strafen, welche die Schwere der Tat berücksichtigen.

Artikel 6

Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Verhütung der in dieser Konvention genannten Straftaten zusammen, indem sie insbesondere

a) alle durchführbaren Maßnahmen treffen, um Vorbereitungen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten für die Begehung dieser Straftaten innerhalb oder außerhalb ihrer Hoheitsgebiete zu verhindern, einschließlich des Verbots rechtswidriger Tätigkeiten von Personen, Gruppen und Organisationen, welche die Begehung dieser Straftaten fördern, anstiften, organisieren oder durchführen;

b) Verwaltungs- und andere Maßnahmen miteinander abstimmen, die geeignet sind, die Begehung dieser Straftaten zu verhindern.

Artikel 7

Die Vertragsstaaten arbeiten bei den für die Durchführung dieser Konvention notwendigen Maßnahmen zusammen.

Artikel 8

Ein Vertragsstaat, der Grund zu der Annahme hat, daß eine der in dieser Konvention genannten Straftaten begangen worden ist, begangen wird oder begangen werden wird, übermittelt in Übereinstimmung mit seinem innerstaatlichen Recht den betroffenen Vertragsstaaten unmittelbar oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen sachdienliche Angaben, sobald sie ihm zur Kenntnis gelangen.

Artikel 9

1. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in dieser Konvention genannten Straftaten zu begründen, die begangen werden

a) in seinem Hoheitsgebiet oder an Bord eines in diesem Staat eingetragenen Schiffes oder Luftfahrzeugs;

b) von seinen Staatsangehörigen oder, sofern dieser Staat es für angebracht hält, von Staatenlosen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet haben.

2. Ebenso trifft jeder Vertragsstaat die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in den Artikeln 2, 3 und 4 genannten Straftaten für den Fall zu begründen, daß der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht an einen der in Absatz 1 bezeichneten Staaten ausliefert.

3. Diese Konvention schließt eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Artikel 10

1. Hält der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Verdächtige befindet, es in Anbetracht der Umstände für gerechtfertigt, so nimmt er ihn nach seinem Recht in Haft oder trifft andere Maßnahmen, um seine Anwesenheit für die Dauer der Zeit sicherzustellen, die zur Einleitung eines Straf- oder Auslieferungsverfahrens benötigt wird. Der Vertragsstaat führt umgehend eine vorläufige Untersuchung zur Feststellung des Sachverhalts durch.

2. Hat ein Vertragsstaat eine Person aufgrund dieses Artikels in Haft genommen oder die in Absatz 1 bezeichneten anderen Maßnahmen getroffen, so notifiziert er dies unverzüglich unmittelbar oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen

a) dem Vertragsstaat, in dem die Straftat begangen wurde;

b) dem Vertragsstaat, gegen den die Straftat oder der Versuch der Straftat gerichtet war;

c) dem Vertragsstaat, dessen Angehöriger die natürliche oder juristische Person ist, gegen welche die Straftat oder der Versuch der Straftat gerichtet war;

d) dem Vertragsstaat, dessen Angehöriger der Verdächtige ist oder, wenn er staatenlos ist, in dessen Hoheitsgebiet er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat;

e) jedem anderen in Betracht kommenden Vertragsstaat, dessen Notifizierung er für angebracht hält.

3. Jeder, gegen den die in Absatz 1 bezeichneten Maßnahmen getroffen werden, ist berechtigt,

a) unverzüglich mit dem nächsten zuständigen Vertreter des Staates, dessen Angehöriger er ist oder der sonst zur Wahrung seiner Rechte befugt ist, oder, wenn der Betreffende staatenlos ist, des Staates, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, in Verbindung zu treten;

b) den Besuch eines Vertreters dieses Staates zu empfangen.

4. Absatz 3 läßt das Recht jedes Vertragsstaats, der nach Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b einen Anspruch auf Gerichtsbarkeit hat, unberührt, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz aufzufordern, mit dem Verdächtigen Verbindung aufzunehmen und ihn zu besuchen.

5. Der Staat, der die vorläufige Untersuchung nach Absatz 1 durchführt, unterrichtet die in Absatz 2 bezeichneten Staaten umgehend über das Ergebnis der Untersuchung und teilt ihnen mit, ob er seine Gerichtsbarkeit auszuüben beabsichtigt.

Artikel 11

Jedem, gegen den ein Verfahren wegen einer der in dieser Konvention genannten Straftaten durchgeführt wird, sind während des gesamten Verfahrens eine gerechte Behandlung sowie alle Rechte und Garantien zu gewährleisten, die das Recht des betreffenden Staates vorsieht. Die anwendbaren Normen des Völkerrechts sollen berücksichtigt werden.

Artikel 12

Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet der Verdächtige aufgefunden wird, ist, wenn er ihn nicht ausliefert, verpflichtet, den Fall ohne irgendeine Ausnahme und unabhängig davon, ob die Tat in seinem Hoheitsgebiet begangen wurde, seinen zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung in einem Verfahren nach seinem Recht zu unterbreiten. Diese Behörden treffen ihre Entscheidung in der gleichen Weise wie im Fall einer anderen Straftat schwerer Art nach dem Recht dieses Staates.

Artikel 13

1. Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Strafverfahren, die in bezug auf die in dieser Konvention genannten Straftaten eingeleitet werden, einschließlich der Überlassung aller ihnen zur Verfügung stehenden und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel. In allen Fällen ist das Recht des ersuchten Staates anwendbar.

2. Absatz 1 läßt Verpflichtungen über die gegenseitige Rechtshilfe unberührt, die in anderen Verträgen enthalten sind.

Artikel 14

Der Vertragsstaat, in dem der Verdächtige strafrechtlich verfolgt wird, teilt nach seinem Recht den Ausgang des Verfahrens dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mit; dieser unterrichtet die anderen betroffenen Staaten.

Artikel 15

1. Die in den Artikeln 2, 3 und 4 genannten Straftaten gelten als in jeden zwischen Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene, der Auslieferung unterliegende Straftaten. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten in jeden künftig zwischen ihnen zu schließenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

2. Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrages abhängig macht, ein Auslieferungsersuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so steht es ihm frei, diese Konvention als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in bezug auf diese Straftaten anzusehen. Die Auslieferung unterliegt im übrigen den im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

3. Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrages abhängig machen, erkennen unter sich diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende Straftaten vorbehaltlich der im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen an.

4. Die Straftaten werden für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Staaten began-

gen worden, die verpflichtet sind, ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 9 zu begründen.

Artikel 16

Diese Konvention berührt nicht

a) die Regeln über die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Staaten;

b) das Recht der bewaffneten Konflikte und das humanitäre Völkerrecht, einschließlich der Bestimmungen über den Kombattanten- oder Kriegsgefangenenstatus.

Artikel 17

1. Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieser Konvention, die nicht durch Verhandlungen beigelegt wird, ist auf Verlangen eines dieser Staaten einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung nicht einigen, so kann jede dieser Parteien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem sie einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt.

2. Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation dieser Konvention oder dem Beitritt zu dieser erklären, daß er sich durch Absatz 1 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch Absatz 1 nicht gebunden.

3. Ein Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 2 gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurückziehen.

Artikel 18

1. Diese Konvention liegt bis zum 31. Dezember 1990 am Sitz der Vereinten Nationen in New York für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

2. Diese Konvention bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

3. Diese Konvention steht allen Staaten zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Artikel 19

1. Diese Konvention tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

2. Für jeden Staat, der die Konvention nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihr beitritt, tritt sie am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch diesen Staat in Kraft.

Artikel 20

1. Jeder Vertragsstaat kann diese Konvention durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

2. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Artikel 21

Die Urschrift dieser Konvention, deren arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten beglaubigte Abschriften.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese Konvention unterschrieben.

44/35 — Bericht der Völkerrechtskommission über ihre einundvierzigste Tagung

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts der Völkerrechtskommission über ihre einundvierzigste Tagung[27],

unter Hervorhebung der Notwendigkeit einer fortschreitenden Entwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts, mit dem Ziel, dieses zu einem wirksameren Instrument für die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sowie der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen[9] zu machen und seine Bedeutung für die Beziehungen zwischen den Staaten zu erhöhen,

in der Erwägung, daß es wichtig ist, rechtliche und redaktionelle Fragen, so auch Themen, die sodann der Völkerrechtskommission unterbreitet werden könnten, an den Sechsten Ausschuß zu überweisen und den Sechsten Ausschuß und die Kommission in die Lage zu versetzen, einen noch besseren Beitrag zur fortschreitenden Entwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts zu leisten,

unter Hinweis auf die Notwendigkeit, mit denjenigen völkerrechtlichen Themen befaßt zu bleiben, die sich in Anbetracht des Interesses, das sie für die internationale Gemeinschaft besitzen beziehungsweise erneut wieder erhalten haben, für die fortschreitende Entwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts eignen würden und deshalb in das künftige Arbeitsprogramm der Völkerrechtskommission aufgenommen werden könnten,

im Hinblick darauf, daß die Erfahrung gezeigt hat, wie nützlich es ist, die Debatte über den Bericht der Völkerrechtskommission im Sechsten Ausschuß so zu gliedern, daß die Voraussetzungen für eine konzentrierte Beschäftigung mit den einzelnen im Bericht behandelten Hauptpunkten gegeben sind, und daß dieses Verfahren erleichtert wird, wenn die Kommission angibt, zu welchen konkreten Themen die Auffassungen der Regierungen für sie für die Fortsetzung ihrer Arbeit von besonderem Interesse sind,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Völkerrechtskommission über ihre einundvierzigste Tagung;

2. *empfiehlt* der Völkerrechtskommission, unter Berücksichtigung der von den Regierungen schriftlich oder während der Erörterungen in der Generalversammlung mündlich vorgebrachten Stellungnahmen ihre Arbeit zu den Themen des laufenden Programms fortzusetzen, die in Ziffer 7 ihres Berichts als Punkt 2, 3 und 5 bis 8 aufgeführt sind;

3. *dankt* der Völkerrechtskommission für ihre Bemühungen um die Verbesserung ihrer Verfahren und

Arbeitsmethoden und um die Formulierung von Vorschlägen zu ihrem künftigen Arbeitsprogramm;

4. *ersucht* die Völkerrechtskommission,

a) fortlaufend ihre Aktivitäten für die Amtszeit ihrer Mitglieder zu planen, wobei sie beachten sollte, daß es wünschenswert ist, möglichst große Fortschritte bei der Ausarbeitung von Artikelentwürfen zu bestimmten Themen zu erzielen;

b) sich weiter mit allen Aspekten ihrer Arbeitsmethoden zu befassen, wobei sie beachten sollte, daß die gestaffelte Behandlung einiger Themen unter anderem zu einer effektiveren Behandlung ihres Berichts im Sechsten Ausschuß beitragen könnte;

c) besonders darauf zu achten, daß in ihrem Jahresbericht für jedes Thema diejenigen konkreten Fragen angegeben werden, zu welchen die von den Regierungen entweder im Sechsten Ausschuß vorgebrachten oder schriftlich vorgelegten Auffassungen für sie für die Fortsetzung ihrer Arbeit von besonderem Interesse wären;

5. *bittet* die Völkerrechtskommission, wenn die Umstände dies rechtfertigen, einen Sonderberichterstatter zu ersuchen, an der Tagung der Generalversammlung während der Erörterung des Themas teilzunehmen, für das der betreffende Sonderberichterstatter verantwortlich ist, und ersucht den Generalsekretär, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen;

6. *empfiehlt* die Fortsetzung der Verbesserungsbemühungen hinsichtlich der Art und Weise, in der der Sechste Ausschuß den Bericht der Völkerrechtskommission behandelt, mit dem Ziel, der Kommission für ihre Arbeit wirksame Orientierungshilfen zu geben;

7. *beschließt*, daß der Sechste Ausschuß bei der Strukturierung seiner Debatte über den Bericht der Völkerrechtskommission auf der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung weiterhin die Möglichkeit im Auge behalten soll, Zeit für einen informellen Meinungsaustausch über die Tätigkeit der Kommission betreffende Fragen vorzusehen;

8. *empfiehlt*, daß die Debatte über den Bericht der Völkerrechtskommission auf der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung am 29. Oktober 1990 beginnen soll;

9. *nimmt Kenntnis* von den in Ziffer 743 des Berichts der Völkerrechtskommission vorgebrachten Stellungnahmen der Kommission zur Frage der Tagungsdauer und vertritt die Auffassung, daß die mit der fortschreitenden Entwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts verbundenen Erfordernisse und der Umfang und die Komplexität der Themen auf der Tagesordnung der Kommission die Beibehaltung der üblichen Tagungsdauer wünschenswert machen;

10. *bekräftigt* ihre früheren Beschlüsse über die zunehmende Bedeutung der Abteilung Kodifizierung im Bereich Rechtsangelegenheiten des Sekretariats sowie über die Kurzprotokolle und die sonstige Dokumentation der Völkerrechtskommission;

11. *bittet nachdrücklich* die Regierungen und, soweit zutreffend, die internationalen Organisationen, den Bitten der Völkerrechtskommission um Stellungnahmen, Bemerkungen und Antworten auf ihre Fragebögen sowie um Unterlagen zu den Themen ihres Arbeitsprogramms so vollständig und rasch wie möglich schriftlich nachzukommen;

12. *wiederholt ihren Wunsch* nach einem weiteren Ausbau der Zusammenarbeit der Völkerrechtskommission mit den zwischenstaatlichen Rechtsgremien, deren Arbeit für die fortschreitende Entwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts von Interesse ist;

13. *bringt erneut den Wunsch zum Ausdruck*, daß auch weiterhin in Verbindung mit den Tagungen der Völkerrechtskommission Seminare abgehalten werden und daß immer mehr Teilnehmer aus Entwicklungsländern die Gelegenheit zum Besuch dieser Seminare erhalten, ruft die Staaten, die dazu in der Lage sind, auf, die für die Abhaltung der Seminare dringend benötigten freiwilligen Beiträge zu leisten, und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß der Generalsekretär im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel auch künftig alles in seinen Kräften Stehende tut, um sicherzustellen, daß für diese Seminare entsprechende Dienste, einschließlich etwa erforderlicher Dolmetschdienste, zur Verfügung gestellt werden;

14. *ersucht* den Generalsekretär, der Völkerrechtskommission das Protokoll der auf der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung abgehaltenen Debatte über den Bericht der Kommission zusammen mit den Erklärungen, die die Delegationen eventuell im Zusammenhang mit ihren mündlichen Erklärungen verteilen, zur Kenntnisnahme zu übermitteln und eine nach Themen geordnete Zusammenfassung der Debatte erstellen und verteilen zu lassen.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

44/36 – Behandlung der Artikelentwürfe über die Rechtsstellung des diplomatischen Kuriers und des nicht von einem diplomatischen Kurier begleiteten diplomatischen Kuriergepäcks sowie der Entwürfe dazugehöriger Fakultativprotokolle

Die Generalversammlung,

feststellend, daß die Völkerrechtskommission unter Berücksichtigung der schriftlichen Stellungnahmen der Regierungen und der während der Aussprachen in der Versammlung zum Ausdruck gebrachten Auffassungen auf ihrer einundvierzigsten Tagung die zweite Lesung der Artikelentwürfe über die Rechtsstellung des diplomatischen Kuriers und des nicht von einem diplomatischen Kurier begleiteten diplomatischen Kuriergepäcks abgeschlossen und außerdem den Entwurf eines Fakultativprotokolls über die Rechtsstellung des Kuriers und Gepäcks von Sondermissionen und den Entwurf eines Fakultativprotokolls über die Rechtsstellung des Kuriers und Gepäcks internationaler Organisationen universellen Charakters ausgearbeitet hat[39],

Kenntnis nehmend von der Empfehlung der Völkerrechtskommission, die Generalversammlung möge eine internationale Bevollmächtigtenkonferenz einberufen, mit dem Auftrag, die betreffenden Artikelentwürfe und die Entwürfe der dazugehörigen Fakultativprotokolle zu prüfen und eine Konvention zu diesem Thema abzuschließen[40],

[39] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 10* (A/44/10), Kap. II.
[40] Ebd., Ziffer 66.

1. *dankt* der Völkerrechtskommission für ihre wertvolle Arbeit zur Rechtsstellung des diplomatischen Kuriers und des nicht von einem diplomatischen Kurier begleiteten diplomatischen Kuriergepäcks und dem mit diesem Thema betrauten Sonderberichterstatter für seinen Beitrag zu dieser Arbeit;

2. *beschließt*, auf der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung informelle Konsultationen zu führen, um die Artikelentwürfe über die Rechtsstellung des diplomatischen Kuriers und des nicht von einem diplomatischen Kurier begleiteten diplomatischen Kuriergepäcks und die Entwürfe der dazugehörigen Fakultativprotokolle sowie die Frage zu prüfen, wie mit diesen Konventionsentwürfen weiter zu verfahren ist, damit diesbezüglich leichter ein allgemein annehmbarer Beschluß getroffen werden kann;

3. *beschließt außerdem* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Behandlung der Artikelentwürfe über die Rechtsstellung des diplomatischen Kuriers und des nicht von einem diplomatischen Kurier begleiteten diplomatischen Kuriergepäcks sowie der Entwürfe dazugehöriger Fakultativprotokolle" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

44/37 – Bericht des Sonderausschusses für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3499 (XXX) vom 15. Dezember 1975, mit der sie den Sonderausschuß für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen eingesetzt hat, sowie auf ihre auf späteren Tagungen verabschiedeten einschlägigen Resolutionen[41],

Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen an die siebenunddreißigste[42], neununddreißigste[43], vierzigste[44], einundvierzigste [45], zweiundvierzigste[46], dreiundvierzigste[47] und vierundvierzigste Tagung[48] der Generalversammlung sowie von den dazu geäußerten Auffassungen und Stellungnahmen der Mitgliedstaaten,

nach Behandlung des Berichts des Sonderausschusses für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen über seine Tagung 1989[49],

mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über den Abschluß der Arbeiten an dem Entwurf eines Dokuments über die Inanspruchnahme einer Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich im Rahmen der Vereinten Nationen sowie über die Empfehlung des Sonderausschusses, diesen als Anlage einem Beschluß beizufügen, den die Generalversammlung auf dieser Tagung verabschieden soll [50],

in Anbetracht dessen, daß weitere Arbeiten des Sonderausschusses auf dem Gebiet der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten wünschenswert sind,

erfreut über die Fortschritte bei der Erstellung des Entwurfs eines Handbuchs über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Sonderausschusses für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen;

2. *beschließt*, daß der Sonderausschuß seine nächste Tagung vom 12. Februar bis 2. März 1990 abhalten soll;

3. *ersucht* den Sonderausschuß, auf seiner Tagung 1990 entsprechend der nachstehenden Ziffer 5

a) der Frage der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unter allen Aspekten Vorrang einzuräumen, damit die Rolle der Vereinten Nationen gestärkt wird, und in diesem Zusammenhang

i) anhand der ihm vorliegenden Vorschläge und Anregungen in erster Linie die Frage der von den Vereinten Nationen durchgeführten Aktivitäten zur Tatsachenermittlung zu behandeln;

ii) weitere Vorschläge bezüglich der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu behandeln, die dem Sonderausschuß auf seiner Tagung 1990 eventuell vorgelegt werden;

b) seine Arbeiten zur Frage der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten fortzusetzen und in diesem Zusammenhang

i) Vorschläge im Zusammenhang mit dieser Frage zu behandeln, die dem Sonderausschuß eventuell vorgelegt werden;

ii) den Zwischenbericht des Generalsekretärs über die Erstellung des Entwurfs eines Handbuchs über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten[51] zu prüfen;

4. *ersucht* den Sonderausschuß, die Frage der Rationalisierung der Verfahren der Vereinten Nationen aktiv weiter zu prüfen;

5. *ersucht* den Sonderausschuß *außerdem*, sich vor Augen zu halten, wie wichtig es ist, daß allgemeines Einvernehmen erzielt wird, wann immer dies für das Ergebnis seiner Arbeit von Bedeutung ist;

6. *beschließt*, daß der Sonderausschuß die Teilnahme von Beobachtern der Mitgliedstaaten an seinen Sitzungen, so auch an denen seiner Arbeitsgruppe, zulassen soll;

7. *ersucht* den Generalsekretär, ausgehend von dem vom Sonderausschuß erstellten Überblick und unter Berücksichtigung der während der Erörterungen im Sechsten Ausschuß[52] und im Sonderausschuß geäußerten Auffassungen vorrangig an dem Entwurf eines Handbuchs über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten weiterzuarbeiten und dem Sonderausschuß auf seiner Tagung 1990 über den Fortgang der

[41] Resolutionen 31/28 vom 29. November 1976, 32/45 vom 8. Dezember 1977, 33/94 vom 16. Dezmber 1978, 34/147 vom 17. Dezember 1979, 35/164 vom 15. Dezember 1980, 36/122 vom 11. Dezember 1981, 37/114 vom 16. Dezember 1982, 38/141 vom 19. Dezember 1983, 39/88 vom 13. Dezember 1984, 40/78 vom 11. Dezember 1985, 41/83 vom 3. Dezember 1986, 42/157 vom 7. Dezember 1987 und 43/170 vom 9. Dezember 1988.

[42] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 1* (A/37/1).

[43] Ebd., *Neununddreißigste Tagung, Beilage 1* (A/39/1).

[44] Ebd., *Vierzigste Tagung, Beilage 1* (A/40/1).

[45] Ebd., *Einundvierzigste Tagung, Beilage 1* (A/41/1).

[46] Ebd., *Zweiundvierzigste Tagung, Beilage 1* (A/42/1).

[47] Ebd., *Dreiundvierzigste Tagung, Beilage 1* (A/43/1).

[48] Ebd., *Vierundvierzigste Tagung, Beilage 1* (A/44/1).

[49] Ebd., *Beilage 33* (A/44/33).

[50] Ebd., Abschnitt V.A., Ziffer 123.

[51] A/AC.182/L.61.

[52] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Sixth Committee*, 7. bis 15. und 44. Sitzung mit Korrigendum.

Arbeiten Bericht zu erstatten, bevor er diesem den endgültigen Entwurf des Handbuchs zur späteren Billigung vorlegt;

8. *ersucht* den Sonderausschuß, der Generalversammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung einen Tätigkeitsbericht vorzulegen;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Bericht des Sonderausschusses für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

44/38 — Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland[53],

unter Hinweis auf Artikel 105 der Charta der Vereinten Nationen, das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen[54] und das Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Amtssitz der Vereinten Nationen[55],

sowie unter Hinweis darauf, daß alle Probleme, die mit den Vorrechten und Immunitäten aller bei den Vereinten Nationen akkreditierten Vertretungen, der Sicherheit der Vertretungen und der Sicherheit ihres Personals in Zusammenhang stehen, für die Mitgliedstaaten von großer Wichtigkeit und von großem Belang sind und daß sie in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Gastlandes fallen,

in der Erwägung, daß die zuständigen Behörden des Gastlandes auch künftig wirksame Maßnahmen treffen sollten, insbesondere um Handlungen gegen die Sicherheit der Vertretungen und ihres Personals zu verhüten,

sich bewußt, daß sich die Mitgliedstaaten in zunehmendem Maße an einer Mitwirkung an der Tätigkeit des Ausschusses interessiert zeigen,

1. *macht sich* die Empfehlungen und Schlußfolgerungen des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland in Ziffer 45 seines Berichts *zu eigen*;

2. *ist der Auffassung*, daß die Aufrechterhaltung der geeigneten Voraussetzungen für eine normale Tätigkeit der bei den Vereinten Nationen akkreditierten Delegationen und Vertretungen im Interesse der Vereinten Nationen und aller Mitgliedstaaten liegt, und bittet das Gastland nachdrücklich, auch künftig alles Erforderliche zu tun, um jede Einmischung in die dienstliche Tätigkeit der Vertretungen zu verhüten;

3. *dankt* dem Gastland für die von ihm unternommenen Bemühungen und hofft, daß die auf den Ausschußsitzungen aufgeworfenen noch offenen Probleme im Geiste der Zusammenarbeit und im Einklang mit dem Völkerrecht entsprechend geregelt werden;

4. *bittet* das Gastland *nachdrücklich*, die Behandlung der vom Gastland aufgestellten Reisevorschriften durch den Ausschuß zu berücksichtigen und auch künftig zu bedenken, daß es verpflichtet ist, die dienstliche Tätigkeit der Vereinten Nationen und der dort akkreditierten Vertretungen zu erleichtern;

5. *betont*, wie wichtig es ist, daß die Tätigkeit der Vereinten Nationen in einem positiven Licht gesehen wird, und bittet nachdrücklich darum, die Bemühungen um eine Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit dadurch fortzusetzen, daß diese mit allen verfügbaren Mitteln über die wichtige Rolle aufgeklärt wird, welche die Vereinten Nationen und die dort akkreditierten Vertretungen bei der Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit spielen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, weiter aktiv mit allen Aspekten der Beziehungen der Vereinten Nationen zum Gastland befaßt zu bleiben;

7. *ersucht* den Ausschuß, seine Arbeit in Übereinstimmung mit Generalversammlungsresolution 2819 (XXVI) vom 15. Dezember 1971 fortzusetzen;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

44/39 — Internationale strafrechtliche Verantwortlichkeit von Einzelpersonen und Vereinigungen, die dem unerlaubten Suchtstoffverkehr über Staatsgrenzen hinweg und anderen grenzüberschreitenden kriminellen Aktivitäten nachgehen: Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs mit Zuständigkeit für Verbrechen dieser Art

Die Generalversammlung,

eingedenk dessen, daß die Generalversammlung gemäß Artikel 13 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen aufgefordert ist, Untersuchungen zu veranlassen und Empfehlungen abzugeben, um die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung zu begünstigen,

in der Erkenntnis, daß eine feste Verbindung zwischen dem unerlaubten Suchtstoffverkehr und anderen organisierten kriminellen Aktivitäten besteht, die die verfassungsmäßige Ordnung der Staaten gefährden und grundlegende Menschenrechte verletzen,

eingedenk der am 19. Dezember 1988 erfolgten Verabschiedung der Konvention der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen[56], in der anerkannt wird, daß der unerlaubte Suchtstoffverkehr eine internationale kriminelle Aktivität ist,

im Hinblick auf die Notwendigkeit, mit denjenigen völkerrechtlichen Themen befaßt zu bleiben, die sich in Anbetracht des Interesses, das sie für die internationale Gemeinschaft besitzen oder erneut wieder erhalten haben, für die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts und seine Kodifizierung eignen würden,

1. *ersucht* die Völkerrechtskommission, sich bei der Behandlung des Punktes "Entwurf eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der

[53] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 26* (A/44/26).
[54] Resolution 22 A (I).
[55] Siehe Resolution 169 (II).
[56] E/CONF.82/15 mit Korr.2.

Menschheit" auf ihrer zweiundvierzigsten Tagung mit der Frage der Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs oder einer anderen Art der internationalen Strafgerichtsbarkeit mit Zuständigkeit für Personen zu befassen, die der Begehung von Verbrechen verdächtigt werden, die durch einen entsprechenden Kodex erfaßt werden können, so auch für Personen, die dem unerlaubten Suchtstoffverkehr über Staatsgrenzen hinweg nachgehen, und dieser Frage in ihrem Bericht über die genannte Tagung besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, der Völkerrechtskommission jedwede von den Mitgliedstaaten gemäß Ziffer 3 der Resolution 44/32 vom 4. Dezember 1989 zum Ausdruck gebrachten Auffassungen sowie auch die Kurzprotokolle der Erörterungen über diesen Tagesordnungspunkt während der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zu übermitteln;

3. *beschließt*, auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung im Zuge der Prüfung des Berichts der Völkerrechtskommission die Frage der Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs oder einer anderen Art der internationalen Strafgerichtsbarkeit zu behandeln.

72. Plenarsitzung
4. Dezember 1989

X. BESCHLÜSSE

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
	A. Wahlen und Ernennungen[1]			
44/301	Ernennung der Mitglieder des Vollmachtenprüfungsausschusses (A/44/PV.1) ..	3 *a)*	19. September 1989	374
44/302	Wahl des Präsidenten der Generalversammlung (A/44/PV.1)	4	19. September 1989	374
44/303	Wahl der Vorsitzenden der Hauptausschüsse (A/44/PV.2)	5	19. September 1989	374
44/304	Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung (A/44/PV.2)	6	19. September 1989	374
44/305	Ernennung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen			
	Beschluß A (A/44/560, Ziffer 4; A/44/PV.12)	17 *a)*	29. September 1989	375
	Beschluß B (A/44/560/Add.1, Ziffer 6; A/44/PV.83)	17 *a)*	19. Dezember 1989	375
44/306	Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats (A/44/PV.34) ...	15 *a)*	18. Oktober 1989	375
44/307	Bestätigung der Ernennung des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (A/44/108, Ziffer 3; A/44/PV.43)	17 *i)*	1. November 1989	376
44/308	Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats (A/44/PV.44) .	15 *b)*	1. November 1989	376
44/309	Wahl von neunundzwanzig Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (A/44/PV.45)	16 *a)*	6. November 1989	376
44/310	Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats (A/44/357, Ziffer 2; A/44/PV.48)	16 *b)*	8. November 1989	377
44/311	Wahl von sieben Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses (A/44/358, Ziffer 4; A/44/PV.48)	16 *c)*	8. November 1989	377
44/312	Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (A/44/748, Ziffer 3; A/44/PV.62)	16 *d)*	20. November 1989	378
44/313	Ernennung eines Mitglieds des Informationsausschusses (A/44/817, Ziffer 16; A/44/PV.78)	79	8. Dezember 1989	378
44/314	Ernennung von Mitgliedern des Konferenzausschusses (A/44/PV.82)	17 *g)*	15. Dezember 1989	378
44/315	Ernennung von Mitgliedern der Gemeinsamen Inspektionsgruppe (A/44/813/Add.1, Ziffer 2; A/44/PV.82)	17 *h)*	15. Dezember 1989	379
44/316	Ernennung von Mitgliedern des Beitragsausschusses (A/44/840, Ziffer 4; A/44/PV.83)	17 *b)*	19. Dezember 1989	379
44/317	Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses (A/44/841, Ziffer 5; A/44/PV.83)	17 *c)*	19. Dezember 1989	379
44/318	Bestätigung der Ernennung von Mitgliedern des Investitionsausschusses (A/44/842, Ziffer 4; A/44/PV.83)	17 *d)*	19. Dezember 1989	380
44/319	Ernennung von Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen (A/44/843, Ziffer 4; A/44/PV.83)	17 *e)*	19. Dezember 1989	380
44/320	Ernennung von Mitgliedern der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst (A/44/844, Ziffer 6; A/44/PV.83)	17 *f)*	19. Dezember 1989	380
	B. Sonstige Beschlüsse			
	1. Beschlüsse ohne Überweisung an einen Hauptausschuß			
44/401	Organisation der vierundvierzigsten Tagung (A/44/250, Ziffer 3-24; A/44/PV.3 und 78)	8	22. September und 8. Dezember 1989	381
44/402	Annahme der Tagesordnung und Zuweisung der Tagesordnungspunkte (A/44/246; A/44/247, Ziffer 4; A/44/250, Ziffer 25-33; A/44/250/Add.1, Ziffer 2; A/44/250/Add.2, Ziffer 2; A/44/250/Add.3, Ziffer 2; A/44/250/Add.4, Ziffer 2; A/44/250/Add.5, Ziffer 1 und 2; A/44/250/Add.6, Ziffer 1; A/44/250/Add.7, Ziffer 2; A/44/PV.3, 20, 33, 50, 61, 78 und 86)	8	22. September, 5. und 17. Oktober, 9. und 20. November und 8. und 28. Dezember 1989	381

[1] Weitere Wahlen und Ernennungen sind in Abschnitt V Resolution 44/228 Teil II wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
44/403	Sitzungen von Nebenorganen während der vierundvierzigsten Tagung			
	Beschluß A (A/44/341; A/44/PV.2)	8	19. September 1989	382
	Beschluß B (A/44/341/Add.1; A/44/PV.3)	8	22. September 1989	382
	Beschluß C (A/44/341/Add.2; A/44/PV.72)	8	4. Dezember 1989	382
	Beschluß D (A/44/341/Add.3; A/44/PV.78)	8	8. Dezember 1989	382
44/404	Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen (A/44/1; A/44/PV.32)	10	17. Oktober 1989	382
44/405	Bericht des Internationalen Gerichtshofs (A/44/4; A/44/PV.43)	13	1. November 1989	382
44/406	Frage der Falklandinseln (Malvinas) (A/44/PV.44)	35	1. November 1989	382
44/408	Organisation der Sondertagung der Generalversammlung über Apartheid und deren zerstörerische Folgen im südlichen Afrika (A/44/L.25; A/44/PV.53)	28	13. November 1989	382
44/409	Unterrichtung durch den Generalsekretär gemäß Artikel 12 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen (A/44/528 mit Add.1; A/44/PV.53)	7	13. November 1989	383
44/410	Organisation der Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen (A/44/L.37 mit Add.1; A/44/PV.55)	157	14. November 1989	383
44/411	Afrikanische Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich (A/44/L.21; A/44/PV.60)	155	17. November 1989	383
44/416	Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien (A/44/PV.77)	41	7. Dezember 1989	383
44/417	Erklärung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit über den von der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten im April 1986 aus der Luft und von der See aus geführten militärischen Angriff auf die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija (A/44/PV.77)	42	7. Dezember 1989	384
44/424	Bericht des Sicherheitsrats (A/44/2; A/44/PV.79)	11	11. Dezember 1989	384
44/429	Internationale Dekade für die Beseitigung des Kolonialismus (A/44/L.57; A/44/PV.80)	18	11. Dezember 1989	384
44/457	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (A/44/3/Rev.1; A/44/PV.85)	12	22. Dezember 1989	384
44/458	Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen (A/44/PV.85)	43	22. Dezember 1989	384
44/459	Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung (A/44/PV.85)	44	22. Dezember 1989	384
44/460	Frage der ausgewogenen Vertretung und der Erhöhung der Zahl der Mitglieder im Sicherheitsrat (A/44/PV.85)	45	22. Dezember 1989	384
	2. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses			
44/430	Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie übermäßig schwere Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken (A/44/777, Ziffer 7; A/44/PV.81)	55	15. Dezember 1989	384
44/431	Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme: Bericht der Abrüstungskonferenz (A/44/782; A/44/PV.81)	60	15. Dezember 1989	385
44/432	Internationale Zusammenarbeit zur Abrüstung (A/44/788, Ziffer 28; A/44/PV.81)	63	15. Dezember 1989	385
44/433	Umfassender Ansatz zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen (A/44/822; A/44/PV.81)	73	15. Dezember 1989	385
	3. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses			
44/407	Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas (A/44/709; A/44/PV.46)	28	7. November 1989	385
44/418	Informationsfragen (A/44/817, Ziffer 16; A/44/PV.78)	79	8. Dezember 1989	385
44/419	Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India (A/44/685, Ziffer 4; A/44/PV.78)	80	8. Dezember 1989	385
44/420	Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen (A/44/686, Ziffer 5; A/44/PV.78)	81	8. Dezember 1989	385
	4. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses			
44/412	Bericht des Hochrangigen Ausschusses für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern über seine sechste Tagung (A/44/746/Add.5, Ziffer 5; A/44/PV.62)	82 *e)*	20. November 1989	385
44/436	Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (A/44/746; A/44/PV.83)	82	19. Dezember 1989	386
44/437	Von Wüstenbildung und Dürre betroffene Länder in Afrika (A/44/746/Add.8, Ziffer 10; A/44/PV.83)	82 *g)*	19. Dezember 1989	386

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
44/438	Internationale Strategie zur Bekämpfung der Heuschreckenplage, insbesondere in Afrika (A/44/864, Ziffer 43; A/44/PV.83)	88 *b)*	19. Dezember 1989	386
44/443	Bericht des Generalsekrtärs über kurz-, mittel- und langfristige Lösungen für die durch die Naturkatastrophen in Bangladesch verursachten Probleme (A/44/858, Ziffer 7; A/44/PV.85)	25	22. Dezember 1989	386
44/444	Vorbereitungen für die Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern (A/44/859, Ziffer 11; A/44/PV.85)	83	22. Dezember 1989	386
44/445	Einsetzung einer beratenden Kommission für Verschuldung und Entwicklung (A/44/861, Ziffer 17; A/44/PV.85)	84	22. Dezember 1989	388
44/446	Bericht des Generalsekretärs über den Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen (A/44/862, Ziffer 15; A/44/PV.85)	85	22. Dezember 1989	388
44/447	Bericht des Generalsekretärs über Notstandshilfe für Sudan (A/44/865, Ziffer 6; A/44/PV.85)	153	22. Dezember 1989	388
44/448	Internationale Konferenz über Währung und Finanzen im Dienste der Entwicklung (A/44/746/Add.11, Ziffer 23; A/44/PV.85)	82	22. Dezember 1989	388
44/449	Bericht des Generalsekretärs über aktuelle internationale Währungsfragen (A/44/746/Add.11, Ziffer 23; A/44/PV.85)	82	22. Dezember 1989	388
44/450	Ausbau und Verbesserung der Aufstellung von Programmen auf zwischenstaatlicher Ebene für die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern (A/44/746/Add.6, Ziffer 17; A/44/PV.85)	82 *e)*	22. Dezember 1989	388
44/451	Schutz der Umwelt in extraterritorialen Bereichen für die heutigen und die kommenden Generationen (A/44/746/Add.10, Ziffer 4; A/44/PV.85)	82 *f)*	22. Dezember 1989	389
44/452	Beitritt der Vereinten Nationen zu der Konvention über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und zu der Konvention über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen (A/44/746/Add.7, Ziffer 56; A/44/PV.85)	82 *f)*	22. Dezember 1989	389
44/453	Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich (A/44/746/Add.7, Ziffer 56; A/44/PV.85)	82 *f)*	22. Dezember 1989	389
44/454	Dokumente zum Thema Umwelt (A/44/746/Add.7, Ziffer 56x; A/44/PV.85)	82 *f)*	22. Dezember 1989	389
44/455	Dokumente betreffend den Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (A/44/832/Add.1, Ziffer 48; A/44/PV.85)	12	22. Dezember 1989	389
44/456	Zweijähriges Arbeitsprogramm des Zweiten Ausschusses für den Zeitraum 1990-1991 (A/44/832/Add.1, Ziffer 48; A/44/PV.85)	12	22. Dezember 1989	390
	5. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses			
44/421	Durchführung der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet (A/44/750, Ziffer 9; A/44/PV.78)	91	8. Dezember 1989	395
44/422	Erfahrungen der Staaten bei der Herbeiführung tiefgreifender Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel des sozialen Fortschritts (A/44/751, Ziffer 10; A/44/PV.78)	92	8. Dezember 1989	395
44/423	Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (A/44/753, Ziffer 11; A/44/PV.78)	97	8. Dezember 1989	395
44/434	Änderung des Titels von Tagesordnungspunkt 111 (A/44/850, Ziffer 36; A/44/PV.82)	111	15. Dezember 1989	395
44/435	Arbeitsprogramm des Dritten Ausschusses (A/44/848, Ziffer 79; A/44/PV.82)	12	15. Dezember 1989	395
	6. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses			
44/425	Militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern könnten (A/44/664, Ziffer 10; A/44/PV.80)	117	11. Dezember 1989	396
44/426	Gibraltar-Frage (A/44/738, Ziffer 22; A/44/PV.80)	18	11. Dezember 1989	397
44/427	Pitcairn-Frage (A/44/738, Ziffer 22; A/44/PV.80)	18	11. Dezember 1989	397
44/428	St.-Helena-Frage (A/44/738, Ziffer 23; A/44/PV.80)	18	11. Dezember 1989	398
	7. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses			
44/413	Harmonisierung der Satzungen, Verfahrensordnungen und Gepflogenheiten der Verwaltungsgerichte der Internationalen Arbeitsorganisation und der Vereinten Nationen (A/44/724, Ziffer 8; A/44/PV.63)	126 *b)*	22. November 1989	398
44/414	Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen (A/44/724, Ziffer 8; A/44/PV.63)	126 *a)*	22. November 1989	398
44/439	Änderungen der Personalordnung (A/44/880, Ziffer 19; A/44/PV.83)	130 *c)*	19. Dezember 1989	399
44/440	Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Beamten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen (A/44/880, Ziffer 19; A/44/PV.83)	130 *b)*	19. Dezember 1989	399
44/441	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (A/44/893, Ziffer 4; A/44/PV.84)	12	21. Dezember 1989	399
44/442	Anspruchsberechtigung bei Flugreisen (A/44/894, Ziffer 6; A/44/PV.84)	122	21. Dezember 1989	399

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
	8. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses			
44/415	Inanspruchnahme einer Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich im Rahmen der Vereinten Nationen (A/44/768, Ziffer 13; A/44/PV.72)	146	4. Dezember 1989	399

A. WAHLEN UND ERNENNUNGEN

44/301 – Ernennung der Mitglieder des Vollmachtenprüfungsausschusses

Auf ihrer 1. Plenarsitzung am 19. September 1989 ernannte die Generalversammlung gemäß Regel 28 ihrer Geschäftsordnung die folgenden neun Staaten zu Mitgliedern des Vollmachtenprüfungsausschusses: ANTIGUA UND BARBUDA, AUSTRALIEN, CHINA, KOLUMBIEN, MALAWI, PHILIPPINEN, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA und ZAIRE. Außerdem beschloß die Versammlung, den Vollmachtenprüfungsausschuß zu ermächtigen, nicht nur die Vollmachten der Vertreter zur vierundvierzigsten Tagung, sondern auch, soweit möglich, die der Vertreter bei der vom 12. bis 14. Dezember 1989 abzuhaltenden sechzehnten Sondertagung der Generalversammlung über Apartheid und deren zerstörerische Folgen im südlichen Afrika zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten.

44/302 – Wahl des Präsidenten der Generalversammlung[2]

Auf ihrer 1. Plenarsitzung am 19. September 1989 wählte die Generalversammlung gemäß Artikel 21 der Charta der Vereinten Nationen und Regel 31 der Geschäftsordnung der Versammlung Joseph Nanven GARBA (Nigeria) zum Präsidenten der Generalversammlung.

44/303 – Wahl der Vorsitzenden der Hauptausschüsse[2]

Am 19. September 1989 hielten die sieben Hauptausschüsse der Generalversammlung Sitzungen ab, um gemäß Regel 103 der Geschäftsordnung der Versammlung ihre Vorsitzenden zu wählen.

Auf der 2. Plenarsitzung am 19. September 1989 gab der Präsident der Generalversammlung bekannt, daß folgende Personen zu Vorsitzenden der Hauptausschüsse gewählt worden waren:

Erster Ausschuß: Adolfo Raúl TAYLHARDAT (Venezuela)
Politischer Sonderausschuß: Guennadi Iossifovich OUDOVENKO (Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik)
Zweiter Ausschuß: Ahmed GHEZAL (Tunesien)
Dritter Ausschuß: Paul Désiré KABORÉ (Burkina Faso)
Vierter Ausschuß: Robert F. VAN LIEROP (Vanuatu)
Fünfter Ausschuß: Ahmad Fathi AL-MASRI (Syrische Arabische Republik)
Sechster Ausschuß: Helmut TÜRK (Österreich).

44/304 – Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung[2]

Auf ihrer 2. Plenarsitzung am 19. September 1989 wählte die Generalversammlung gemäß Regel 31 ihrer Geschäftsordnung die Vertreter der folgenden einundzwanzig Mitgliedstaaten zu Vizepräsidenten der Generalversammlung: ANTIGUA UND BARBUDA, BOLIVIEN, BRUNEI DARUSSALAM, CHINA, COSTA RICA, FRANKREICH, GAMBIA, IRAK, IRAN (ISLAMISCHE REPUBLIK), KONGO, KUWAIT, LUXEMBURG, MAROKKO, NORWEGEN, PAPUA-NEUGUINEA, POLEN, SIMBABWE, SUDAN, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA.

[2] Gemäß Regel 38 der Geschäftsordnung der Generalversammlung setzt sich der Präsidialausschuß aus dem Präsidenten der Versammlung, den einundzwanzig Vizepräsidenten und den Vorsitzenden der sieben Hauptausschüsse zusammen.

44/305 — Ernennung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen

A

Auf ihrer 12. Plenarsitzung am 29. September 1989 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[3] die folgende Person für eine am 29. September 1989 beginnende und am 31. Dezember 1990 endende Amtszeit zum Mitglied des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen:

John Fox.

B

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[4] die folgenden Personen zu Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen:

a) für eine am 1. Januar 1990 beginnende dreijährige Amtszeit:

Carlos Casap
Yogesh Kumar Gupta
Tadanori Inomata
Ulrich Kalbitzer
Irmeli Mustonen
Yang Hushan

b) für eine am 1. Januar 1990 beginnende zweijährige Amtszeit:

Lawrence O. C. Agubuzu

Damit gehören dem Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen folgende Mitglieder an: Lawrence O. C. AGUBUZU (*Nigeria*)**, Ahmad Fathi AL-MASRI (*Syrische Arabische Republik*)**, BAGBENI ADEITO Nzengeya (*Zaire*)*, Carlos CASAP (*Bolivien*)***, Even FONTAINE ORTIZ (*Kuba*)*, John FOX (*Vereinigte Staaten von Amerika*)*, Yobesh Kumar GUPTA (*Indien*)***, Tadanori INOMATA (*Japan*)***, Ulrich KALBITZER (*Bundesrepublik Deutschland*)***, C. S. M. MSELLE (*Vereinigte Republik Tansania*)**, Irmeli MUSTONEN (*Finnland*)***, Jozsef TARDOS (*Ungarn*)**, Christopher R. THOMAS (*Trinidad und Tobago*)**, Tjaco T. VAN DEN HOUT (*Niederlande*)*, Viktor Aleksandrovich VISLYKH (*Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*)* und YANG Hushan (*China*)***.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1989.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.

44/306 — Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats

Auf ihrer 34. Plenarsitzung am 18. Oktober 1989 wählte die Generalversammlung gemäß Artikel 23 der Charta der Vereinten Nationen und Regel 142 der Geschäftsordnung der Versammlung CÔTE D'IVOIRE, den DEMOKRATISCHEN JEMEN, KUBA, RUMÄNIEN und ZAIRE für eine am 1. Januar 1990 beginnende zweijährige Amtszeit zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats, um die mit Ablauf der Amtszeit ALGERIENS, BRASILIENS, JUGOSLAWIENS, NEPALS und SENEGALS freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören dem Sicherheitsrat die folgenden Mitgliedstaaten an: ÄTHIOPIEN*, CHINA, CÔTE D'IVOIRE**, DEMOKRATISCHER JEMEN**, FINNLAND*, FRANKREICH, KANADA*, KOLUMBIEN*, KUBA**, MALAYSIA*, RUMÄNIEN**, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA und ZAIRE**.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.

[3] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 17, Dokument A/44/560, Ziffer 4.
[4] Ebd., Dokument A/44/560/Add.1, Ziffer 6.

44/307 – Bestätigung der Ernennung des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

Auf ihrer 43. Plenarsitzung am 1. November 1989 bestätigte die Generalversammlung die vom Generalsekretär vorgenommene Ernennung[5] von William H. DRAPER III. zum Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen für eine am 1. Januar 1990 beginnende vierjährige Amtszeit.

44/308 – Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats

Auf ihrer 44. Plenarsitzung am 1. November 1989 wählte die Generalversammlung gemäß Artikel 61 der Charta der Vereinten Nationen und Regel 145 der Geschäftsordnung der Versammlung ALGERIEN, BAHRAIN, BULGARIEN, BURKINA FASO, CHINA, die DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, ECUADOR, FINNLAND, IRAN (ISLAMISCHE REPUBLIK), JAMAIKA, KANADA, MEXIKO, PAKISTAN, RUANDA, SCHWEDEN, die UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, das VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und ZAIRE für eine am 1. Januar 1990 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats, um die mit Ablauf der Amtszeit BELIZES, BOLIVIENS, BULGARIENS, CHINAS, DÄNEMARKS, IRANS (ISLAMISCHE REPUBLIK), KANADAS, NORWEGENS, OMANS, POLENS, RUANDAS, SOMALIAS, SRI LANKAS, SUDANS, der UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, des VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND, URUGUAYS und ZAIRES freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören dem Wirtschafts- und Sozialrat die folgenden Mitgliedstaaten an: ALGERIEN***, BAHAMAS**, BAHRAIN***, BRASILIEN**, BULGARIEN***, BURKINA FASO***, CHINA***, DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK***, BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND*, ECUADOR***, FINNLAND***, FRANKREICH*, GHANA*, GRIECHENLAND*, GUINEA*, INDIEN*, INDONESIEN**, IRAK**, IRAN (ISLAMISCHE REPUBLIK)***, IRLAND*, ITALIEN**, JAMAIKA***, JAPAN*, JORDANIEN**, JUGOSLAWIEN*, KAMERUN**, KANADA***, KENIA**, KOLUMBIEN*, KUBA*, LESOTHO*, LIBERIA*, LIBYSCH-ARABISCHE DSCHAMAHIRIJA*, MEXIKO***, NEUSEELAND**, NICARAGUA**, NIEDERLANDE**, NIGER**, PAKISTAN***, PORTUGAL*, RUANDA***, SAMBIA**, SAUDI-ARABIEN*, SCHWEDEN***, THAILAND**, TRINIDAD UND TOBAGO*, TSCHECHOSLOWAKEI**, TUNESIEN**, UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK**, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN***, VENEZUELA*, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND***, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA** und ZAIRE***.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1992.

44/309 – Wahl von neunundzwanzig Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen

Auf ihrer 45. Plenarsitzung am 6. November 1989 wählte die Generalversammlung gemäß Abschnitt 1 Ziffer 1 ihrer Resolution 2997 (XXVII) vom 15. Dezember 1972 und gemäß ihrem Beschluß betreffend die Übergangsregelungen für eine Änderung der Amtszeit der Mitglieder des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen ARGENTINIEN, BARBADOS, BRASILIEN, BURUNDI, CHINA, die DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, die BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, FRANKREICH, GABUN, GAMBIA, INDONESIEN, JAPAN, JUGOSLAWIEN, KUWAIT, LESOTHO, MAURITIUS, NEUSEELAND, NORWEGEN, ÖSTERREICH, PERU, PHILIPPINEN, SIMBABWE, SPANIEN, THAILAND, TUNESIEN, die UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, VENEZUELA, die VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA und ZAIRE für eine am 1. Januar 1990 beginnende vierjährige Amtszeit zu Mitgliedern des Verwaltungsrats, um die mit Ablauf der Amtszeit ARGENTINIENS, AUSTRALIENS, BARBADOS', BRASILIENS, BURUNDIS, CHINAS, der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, der DOMINIKANISCHEN REPUBLIK, FRANKREICHS, GABUNS, GRIECHENLANDS, INDONESIENS, IRAKS, IRANS (ISLAMISCHE REPUBLIK), JAPANS, JUGOSLAWIENS, LESOTHOS, MAURETANIENS, MAURITIUS', der REPUBLIK KOREA, SCHWEDENS, der SCHWEIZ,

[5] A/44/108, Ziffer 3.

Senegals, Simbabwes, der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Venezuelas, der Vereinigten Staaten von Amerika und Zaires am 31. Dezember 1989 freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören dem Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen folgende Staaten an: Argentinien**, Bangladesch*, Barbados**, Botsuana*, Brasilien**, Bulgarien*, Burundi**, Chile*, China**, Costa Rica*, Côte d'Ivoire*, Deutsche Demokratische Republik**, Bundesrepublik Deutschland**, Finnland*, Frankreich**, Gabun**, Gambia**, Guyana*, Indien**, Indonesien**, Japan**, Jordanien*, Jugoslawien**, Kanada*, Kenia*, Kolumbien*, Kuwait**, Lesotho**, Libysch-Arabische Dschamahirija*, Malta*, Mauritius**, Mexiko*, Neuseeland**, Niederlande*, Norwegen**, Oman*, Österreich**, Pakistan*, Peru**, Philippinen**, Polen*, Ruanda*, Saudi-Arabien*, Simbabwe**, Spanien**, Sri Lanka*, Sudan*, Thailand**, Togo*, Tschechoslowakei*, Tunesien**, Türkei*, Uganda*, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**, Venezuela**, Vereinigtes Königreich Grossbritannien und Nordirland*, Vereinigte Staaten von Amerika** und Zaire**.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1991.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1993.

44/310 — Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats

Auf ihrer 48. Plenarsitzung am 8. November 1989 wählte die Generalversammlung auf der Grundlage der vom Wirtschafts- und Sozialrat gemachten Wahlvorschläge[6] und gemäß Ziffer 8 ihrer Resolution 3348 (XXIX) vom 17. Dezember 1974 Ägypten, Argentinien, Burundi, den Demokratischen Jemen, Dänemark, Frankreich, Iran (Islamische Republik), Italien, Japan, Peru, Ruanda und Ungarn für eine am 1. Januar 1990 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Welternährungsrats, um die mit Ablauf der Amtszeit Argentiniens, Burundis, Frankreichs, Indiens, Italiens, Japans, Kolumbiens, Pakistans, Ruandas, Schwedens, Tunesiens und Ungarns freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören dem Welternährungsrat folgende Staaten an: Ägypten***, Argentinien***, Australien**, Bulgarien*, Burundi***, China*, Côte d'Ivoire*, Dänemark***, Demokratischer Jemen***, Deutsche Demokratische Republik**, Bundesrepublik Deutschland**, Ecuador**, Frankreich***, Guatemala**, Indonesien*, Iran (Islamische Republik)***, Italien***, Japan***, Kanada*, Kap Verde**, Madagaskar*, Mexiko*, Niger**, Paraguay**, Peru***, Ruanda***, Sambia*, Simbabwe**, Thailand*, Türkei*, Ungarn***, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken**, Uruguay*, Vereinigte Staaten von Amerika* und Zypern**.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1992.

44/311 — Wahl von sieben Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses

Auf ihrer 48. Plenarsitzung am 8. November 1989 wählte die Generalversammlung auf der Grundlage der vom Wirtschafts- und Sozialrat gemachten Wahlvorschläge[7] und gemäß Ziffer 1 der Ratsresolution 1987/94 vom 4. Dezember 1987 Algerien, Argentinien, China, Japan, Kamerun, Marokko und Sri Lanka für eine am 1. Januar 1990 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses, um die mit Ablauf der Amtszeit Brasiliens, Burkina Fasos, Chinas, Indonesiens, Japans, Kameruns und Tunesiens freiwerdenden Sitze zu besetzen.

[6] Siehe Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1989/160 vom 23. Mai 1989. Siehe auch A/44/357, Ziffer 2.
[7] Siehe Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1989/160 vom 23. Mai 1989. Siehe auch A/44/358, Ziffer 4.

Damit gehören dem Programm- und Koordinierungsausschuß die folgenden vierunddreißig Staaten an: ALGERIEN***, ARGENTINIEN***, BAHAMAS**, BAHRAIN*, BANGLADESCH*, BENIN**, CHINA***, CÔTE D'IVOIRE*, BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND*, FRANKREICH**, INDIEN*, JAPAN***, JUGOSLAWIEN*, KAMERUN***, KANADA*, KENIA*, KOLUMBIEN*, KUBA*, MAROKKO***, MEXIKO*, ÖSTERREICH*, PAKISTAN*, POLEN*, RUANDA*, RUMÄNIEN*, SAMBIA**, SCHWEDEN*, SRI LANKA***, TRINIDAD UND TOBAGO*, UGANDA*, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN**, VENEZUELA**, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND* und VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA**.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1992.

44/312 – Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge

Auf ihrer 62. Plenarsitzung am 20. November 1989 wählte die Generalversammlung auf Vorschlag des Generalsekretärs[8] Thorvald STOLTENBERG für eine am 1. Januar 1990 beginnende vierjährige Amtszeit zum Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge.

44/313 – Ernennung eines Mitglieds des Informationsausschusses[9]

Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Politischen Sonderausschusses[10] NEPAL zum Mitglied des Informationsausschusses.

Damit gehören dem Informationsausschuß am 1. Januar 1990 die folgenden vierundsiebzig Mitgliedstaaten an: ÄGYPTEN, ALGERIEN, ARGENTINIEN, ÄTHIOPIEN, BANGLADESCH, BELGIEN, BENIN, BRASILIEN, BULGARIEN, BURUNDI, CHILE, CHINA, COSTA RICA, CÔTE D'IVOIRE, DÄNEMARK, DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, ECUADOR, EL SALVADOR, FINNLAND, FRANKREICH, GHANA, GRIECHENLAND, GUATEMALA, GUINEA, GUYANA, INDIEN, INDONESIEN, IRLAND, ITALIEN, JAPAN, JEMEN, JORDANIEN, JUGOSLAWIEN, KENIA, KOLUMBIEN, KONGO, KUBA, LIBANON, MALTA, MAROKKO, MEXIKO, MONGOLEI, NEPAL, NIEDERLANDE, NIGER, NIGERIA, PAKISTAN, PERU, PHILIPPINEN, POLEN, PORTUGAL, RUMÄNIEN, SIMBABWE, SINGAPUR, SOMALIA, SPANIEN, SRI LANKA, SUDAN, SYRISCHE ARABISCHE REPUBLIK, TOGO, TRINIDAD UND TOBAGO, TUNESIEN, TÜRKEI, UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK, UNGARN, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, VENEZUELA, VEREINIGTE REPUBLIK TANSANIA, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA, VIETNAM, ZAIRE und ZYPERN.

44/314 – Ernennung von Mitgliedern des Konferenzausschusses

Auf ihrer 82. Plenarsitzung am 15. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung gemäß Ziffer 3 ihrer Resolution 43/222 B vom 21. Dezember 1988 Kenntnis von der durch ihren Präsidenten vorgenommenen Ernennung IRAKS, LIBERIAS, MEXIKOS, ÖSTERREICHS, PAKISTANS, UGANDAS und der VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA zu Mitgliedern des Konferenzausschusses für eine am 1. Januar 1990 beginnende dreijährige Amtszeit.

Damit gehören dem Konferenzausschuß die folgenden Mitgliedstaaten an: ÄGYPTEN*, ÄTHIOPIEN*, CHILE*, DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK**, FRANKREICH*, GHANA**, HONDURAS**, INDONESIEN**, IRAK***, JAMAIKA**, JAPAN*, LIBERIA***, MEXIKO***, MOSAMBIK**, ÖSTERREICH***, PAKISTAN***, UGANDA***, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN*, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND**, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA*** und ZYPERN*.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1992.

[8] A/44/748, Ziffer 3.
[9] Siehe auch Abschnitt X.B.3, Beschluß 44/418.
[10] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 79, Dokument A/44/817, Ziffer 16.

44/315 — Ernennung von Mitgliedern der Gemeinsamen Inspektionsgruppe

Auf ihrer 82. Plenarsitzung am 15. Dezember 1989 ernannte die Generalversammlung gemäß Artikel 3 Absatz 2 der in der Anlage zu Versammlungsresolution 31/192 vom 22. Dezember 1976 enthaltenen Satzung der Gemeinsamen Inspektionsgruppe und auf Empfehlung ihres Präsidenten[11] die folgenden Personen für eine am 1. Januar 1991 beginnende und am 31. Dezember 1995 endende Amtszeit zu Mitgliedern der Gemeinsamen Inspektionsgruppe:

Andrzej Abraszewski (Polen)
Kabongo Tunsala (Zaire)

44/316 — Ernennung von Mitgliedern des Beitragsausschusses

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[12] die folgenden Personen für eine am 1. Januar 1990 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Beitragsausschusses:

Bagbeni Adeito Nzengeya
Sergio Chaparro Ruiz
Peter Gregg
Atilio Norberto Molteni
Mohamed Mahmoud Ould El Ghaouth
Dimitri Rallis

Damit gehören dem Beitragsausschuß folgende Mitglieder an: Kenshiroh AKIMOTO (*Japan*)**, Amjad ALI (*Pakistan*)*, BAGBENI ADEITO Nzengeya (*Zaire*)***, Ernesto BATTISTI (*Italien*)*, Alain CATTA (*Frankreich*)*, Sergio CHAPARRO RUIZ (*Chile*)***, Yuri CHULKOV (*Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*)*, John FOX (*Vereinigte Staaten von Amerika*)**, Ion GORITĂ (*Rumänien*)**, Peter GREGG (*Australien*)***, Elias M. C. KAZEMBE (*Sambia*)**, V. G. MENON (*Singapur*)**, Atilio Norberto MOLTENI (*Argentinien*)***, Carlos MOREIRA GARCIA (*Brasilien*)*, Mohamed Mahmoud OULD EL GHAOUTH (*Mauretanien*)***, Dimitri RALLIS (*Griechenland*)***, WANG Liansheng (*China*)* und Assen Iliev ZLATANOV (*Bulgarien*)**.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1992.

44/317 — Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[13] den Vorsitzenden der Rechnungsprüfungskommission der PHILIPPINEN für eine am 1. Juli 1990 beginnende dreijährige Amtszeit zum Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses.

Damit gehören dem Rechnungsprüfungsausschuß folgende Mitglieder an: der Präsident des Bundesrechnungshofs der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**, der Präsident des Rechnungshofs GHANAS* und der Vorsitzende der Rechnungsprüfungskommission der PHILIPPINEN***.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1992.

[11] A/44/813/Add.1, Ziffer 2.
[12] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 17, Dokument A/44/840, Ziffer 4.
[13] Ebd., Dokument A/44/841, Ziffer 5.

44/318 — Bestätigung der Ernennung von Mitgliedern des Investitionsausschusses

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 bestätigte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[14] die vom Generalsekretär vorgenommene Ernennung[15] der folgenden Personen zu Mitgliedern des Investitionsausschusses für eine am 1. Januar 1990 beginnende dreijährige Amtszeit:

Yves Oltramare
Emmanuel Noi Omaboe
Jürgen Reimnitz

Damit gehören dem Investitionsausschuß folgende Mitglieder an: Aloysio de Andrade FARIA (*Brasilien*)**, Jean GUYOT (*Frankreich*)*, George JOHNSTON (*Vereinigte Staaten von Amerika*)*, Michiya MATSUKAWA (*Japan*)*, Braj Kumar NEHRU (*Indien*)**, Yves OLTRAMARE (*Schweiz*)***, Emmanuel Noi OMABOE (*Ghana*)***, Stanislaw RACZKOWSKI (*Polen*)** und Jürgen REIMNITZ (*Bundesrepublik Deutschland*)***.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1992.

44/319 — Ernennung von Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[16] die folgenden Personen für eine am 1. Januar 1990 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen:

Jerome Ackerman
Arnold Wilfred Geoffrey Kean

Damit gehören dem Verwaltungsgericht der Vereinten Nationen folgende Mitglieder an: Roger PINTO (*Frankreich*)**, Präsident, Jerome ACKERMAN (*Vereinigte Staaten von Amerika*)***, Vizepräsident, Ahmed OSMAN (*Ägypten*)**, Vizepräsident, Francisco FORTEZA (*Uruguay*)*, Arnold Wilfred Geoffrey KEAN (*Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland*)***, Samarendranath SEN (*Indien*)** und Ioan VOICU (*Rumänien*)*.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1991.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1992.

44/320 — Ernennung von Mitgliedern der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[17] die folgenden Personen zu Mitgliedern der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst:

a) für eine am 1. Januar 1990 beginnende vierjährige Amtszeit:
Michel Jean Bardoux
Claudia Cooley
Antônio Fonseca Pimentel
Alexis Stephanou
Ku Tashiro

a) für eine am 1. Januar 1990 beginnende einjährige Amtszeit:
Ladislav Smid

[14] Ebd., Dokument A/44/842, Ziffer 4.
[15] Siehe A/C.5/44/22.
[16] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 17, Dokument A/44/843, Ziffer 4.
[17] Ebd., Dokument A/44/844, Ziffer 6.

Damit gehören der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst folgende Mitglieder an: Richard M. AKWEI (*Ghana*)*, Vorsitzender, Carlos S. VEGEGA (*Argentinien*)*, Stellvertretender Vorsitzender, Amjad ALI (*Pakistan*)**, Michel Jean BARDOUX (*Frankreich*)***, Claudia COOLEY (*Vereinigte Staaten von Amerika*)***, Turkia DADDAH (*Mauretanien*)*, Francesca Yetunde EMANUEL (*Nigeria*)**, Antônio Fonseca PIMENTEL (*Brasilien*)***, André Xavier PIRSON (*Belgien*)*, Omar SIRRY (*Ägypten*)**, Ladislav SMID (*Tschechoslowakei*)*, Alexis STEPHANOU (*Griechenland*)***, Ku TASHIRO (*Japan*)***, Vladislav Petrovich TEREKHOV (*Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*)** und M. A. VELLODI (*Indien*)**.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1990.
** Amtszeit bis 31. Dezember 1992.
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1993.

B. SONSTIGE BESCHLÜSSE

1. BESCHLÜSSE OHNE ÜBERWEISUNG AN EINEN HAUPTAUSSCHUSS

44/401 — Organisation der vierundvierzigsten Tagung

Auf ihrer 3. und 78. Plenarsitzung am 22. September beziehungsweise 8. Dezember 1989 verabschiedete die Generalversammlung aufgrund der im ersten[18] und siebenten[19] Bericht des Präsidialausschusses enthaltenen Empfehlungen eine Reihe von Bestimmungen betreffend die Organisation der vierundvierzigsten Tagung.

44/402 — Annahme der Tagesordnung und Zuweisung der Tagesordnungspunkte

Auf ihrer 3., 20., 33., 50., 61., 78., und 86. Plenarsitzung am 22. September, 5. und 17. Oktober, 9. und 20. November beziehungsweise 8. und 28. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung aufgrund der im ersten[20], zweiten[21], dritten[22], vierten[23], fünften[24], sechsten[25], siebenten[26] und achten[27] Bericht des Präsidialausschusses enthaltenen Empfehlungen die Tagesordnung[28] und die Zuweisung der Tagesordnungspunkte[29] für die vierundvierzigste Tagung an.

Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Präsidialausschusses[30] die Aufnahme des Punktes "Osttimor-Frage" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

Auf ihrer 20. Plenarsitzung am 5. Oktober 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Präsidialausschusses[32] die Aufnahme eines Zusatzgegenstandes "Notstandshilfe für Antigua und Barbuda, die Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat und St. Kitts und Nevis" in die Tagesordnung ihrer vierundvierzigsten Tagung.

Auf ihrer 33. Plenarsitzung am 17. Oktober 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Präsidialausschusses[23] die Aufnahme eines Zusatzgegenstandes "Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen" in die Tagesordnung ihrer vierundvierzigsten Tagung.

Auf ihrer 50. Plenarsitzung am 9. November 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Präsidialausschusses[24] die Aufnahme eines Zusatzgegenstandes "Festigung des internationalen Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit unter allen Aspekten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen" in die Tagesordnung ihrer vierundvierzigsten Tagung.

Auf ihrer 61. Plenarsitzung am 20. November 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Präsidialausschusses[31] und auf Vorschlag des Generalsekretärs[32] die Aufnahme eines Zusatzgegenstandes "Finanzierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika" in die Tagesordnung ihrer vierundvierzigsten Tagung.

Auf derselben Sitzung beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Präsidialausschusses[33] und auf Vorschlag des Generalsekretärs[34] die Aufnahme eines zusätzlichen Unterpunktes zu Punkt 16 mit dem Titel "Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge" in die Tagesordnung ihrer vierundvierzigsten Tagung und die Änderung des Titels von Tagesordnungspunkt 16 in "Wahlen zur Besetzung freier Stellen in den Nebenorganen und sonstige Wahlen."

Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Präsidialausschusses[26] die Aufnahme eines Zusatzge-

[18] Ebd., Tagesordnungspunkt 8, Dokument A/44/250, Ziffer 3-24.
[19] Ebd., Dokument A/44/250/Add.6, Ziffer 2.
[20] Ebd., Dokument A/44/250, Ziffer 25-33.
[21] Ebd., Dokument A/44/250/Add.1, Ziffer 2.
[22] Ebd., Dokument A/44/250/Add.2, Ziffer 2
[23] Ebd., Dokument A/44/250/Add.3, Ziffer 2.
[24] Ebd., Dokument A/44/250/Add.4, Ziffer 2.
[25] Ebd., Dokument A/44/250/Add.5, Ziffer 1 und 2.
[26] Ebd., Dokument A/44/250/Add.6, Ziffer 1.
[27] Ebd., Dokument A/44/250/Add.7, Ziffer 2.
[28] Zum endgültigen Wortlaut der Tagesordnung (A/44/251 mit Add.1 bis 6) siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Plenary Meetings*, Vol. I, S. v. Ein nach laufenden Nummern geordnetes Verzeichnis der Tagesordnungspunkte findet sich in Anhang III dieses Bandes.
[29] Zum endgültigen Wortlaut der Zuweisung der Tagesordnungspunkte (A/44/252 mit Add.1-6) siehe Abschnitt I.
[30] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 8, Dokument A/44/250, Ziffer 28.
[31] Ebd., Dokument A/44/250/Add.5, Ziffer 1.
[32] Ebd., Tagesordnungspunkt 159, Dokument A/44/246.
[33] Ebd., Tagesordnungspunkt 8, Dokument A/44/250/Add.5, Ziffer 2.
[34] Ebd., Tagesordnungspunkt 16, Dokument A/44/247, Ziffer 4.

genstandes "Internationale Hilfe für die wirtschaftliche Wiederherstellung Angolas" in die Tagesordnung ihrer vierundvierzigsten Tagung.

Auf ihrer 86. Plenarsitzung am 28. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Präsidialausschusses[27] die Aufnahme eines Zusatzgegenstandes "Humanitäre Notstandshilfe für Rumänien" in die Tagesordnung ihrer vierundvierzigsten Tagung.

44/403 — Sitzungen von Nebenorganen während der vierundvierzigsten Tagung

A

Auf ihrer 2. Plenarsitzung am 19. September 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Konferenzausschusses[35], das folgende Nebenorgan zur Abhaltung von Sitzungen während der vierundvierzigsten Tagung zu ermächtigen:

Hochrangiger Ausschuß für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern.

B

Auf ihrer 3. Plenarsitzung am 22. September 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Konferenzausschusses[36] und aufgrund der Empfehlung im ersten Bericht des Präsidialausschusses[37], die folgenden Nebenorgane zur Abhaltung von Sitzungen während der vierundvierzigsten Tagung zu ermächtigen:

a) Beratender Ausschuß für das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika

b) Treuhänderausschuß des Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika

c) Ausschuß für die Beziehungen zum Gastland

d) Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes

e) Zwischenstaatliche Gruppe zur Überwachung der Versorgung und Belieferung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten

f) Sonderausschuß gegen Apartheid

g) Namibia-Rat der Vereinten Nationen

h) Arbeitsgruppe zur Frage der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

C

Auf ihrer 72. Plenarsitzung am 4. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Konferenzausschusses[38], das folgende Nebenorgan zur Abhaltung von Sitzungen während der vierundvierzigsten Tagung zu ermächtigen:

Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker.

D

Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Konferenzausschusses[39] und aufgrund der Empfehlung im siebenten Bericht des Präsidialausschusses[40], das folgende Nebenorgan zur Abhaltung von Sitzungen während der vierundvierzigsten Tagung zu ermächtigen:

Verwaltungsrat des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen.

44/404 — Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen

Auf ihrer 32. Plenarsitzung am 17. Oktober 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen[41].

44/405 — Bericht des Internationalen Gerichtshofs

Auf ihrer 43. Plenarsitzung am 1. November 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Internationalen Gerichtshofs[42].

44/406 — Frage der Falklandinseln (Malvinas)

Auf ihrer 44. Plenarsitzung am 1. November 1989 beschloß die Generalversammlung, nachdem sie von dem mit 28. August 1989[43] beziehungsweise 24. Oktober 1989[44] datierten Schreiben der Vertreter Argentiniens und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland an den Generalsekretär Kenntnis genommen hatte, die Behandlung des Punktes "Frage der Falklandinseln (Malvinas)" zurückzustellen und diesen Punkt in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung aufzunehmen.

44/408 — Organisation der Sondertagung der Generalversammlung über Apartheid und deren zerstörerische Folgen im südlichen Afrika

Auf ihrer 53. Plenarsitzung am 13. November 1989

a) empfahl die Generalversammlung im Hinblick auf die für die Zeit vom 12. bis 14. Dezember 1989 geplante Sondertagung über Apartheid und deren zerstörerische Folgen im südlichen Afrika, i) einen Ad-hoc-Ausschuß der sechzehnten Sondertagung einzusetzen, mit der Aufgabe, nichtstaatliche Organisationen und Einzelpersonen, die ein besonderes Interesse an der Frage der Apartheid und deren zerstörerischen Folgen im südlichen Afrika haben, anzuhören und den Entwurf einer Erklärung fertigzustellen, den die Versammlung

---

[35] A/44/341.
[36] A/44/341/Add.1.
[37] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 8, Dokument A/44/250, Ziffer 24.
[38] A/44/341/Add.2.
[39] A/44/341/Add.3.
[40] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 8, Dokument A/44/250/Add.6, Ziffer 2.
[41] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 1* (A/44/1).
[42] Ebd., *Beilage 4* (A/44/4).
[43] A/44/490-S/20818; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for July, August and September 1989*, Dokument S/20818.
[44] A/44/678-S/20915; siehe *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Supplement for October, November and December 1989*, Dokument S/20915.

auf der Sondertagung im Plenum behandeln würde; ii) den von der Organisation der afrikanischen Einheit anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen Südafrikas zu gestatten, an der Erörterung im Plenum teilzunehmen; iii) die Rednerliste für die Debatte der Sondertagung am 15. November 1989 aufzulegen und am 12. Dezember 1989 um 18 Uhr abzuschließen; und iv) mit Ausnahme der Erklärungen der Staats- und Regierungschefs die Länge der Erklärungen aus Zeitgründen auf 15 Minuten zu beschränken;

b) ersuchte die Generalversammlung das Präsidium des Sonderausschusses gegen Apartheid, mit Unterstützung des Sekretariats-Zentrums gegen Apartheid und im Benehmen mit den Regionalgruppen für die Anhörungen vor dem Ad-hoc-Ausschuß eine Liste von nichtstaatlichen Organisationen und Einzelpersonen aufzustellen;

c) ersuchte die Generalversammlung das Präsidium des Sonderausschusses außerdem, mit Unterstützung der Vertreter der Frontstaaten mit den interessierten Delegationen ausführliche Konsultationen zu führen, um den Entwurf einer Erklärung auszuarbeiten, die zur endgültigen Formulierung dem Ad-hoc-Ausschuß vorgelegt werden sollte.

44/409 — Unterrichtung durch den Generalsekretär gemäß Artikel 12 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen

Auf ihrer 53. Plenarsitzung am 13. November 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis von der Mitteilung des Generalsekretärs[45].

44/410 — Organisation der Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen

Auf ihrer 55. Plenarsitzung am 14. November 1989

a) beschloß die Generalversammlung, daß die Sondertagung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen, vom 20. bis 23. Februar 1990 am Amtssitz der Vereinten Nationen unter dem Vorsitz des Präsidenten der vierundvierzigsten Tagung der Versammlung stattfinden solle;

b) beschloß die Generalversammlung außerdem, einen Plenar-Vorbereitungsausschuß für die siebzehnte Sondertagung einzusetzen, dem ein Vorsitzender, drei Stellvertretende Vorsitzende und ein Berichterstatter angehören würden und der zwei Tage in der ersten Woche im Dezember 1989 und drei Tage in der ersten Woche im Februar 1990 zusammentreten würde;

c) beschloß die Generalversammlung ferner, daß das Präsidium des Plenar-Vorbereitungsausschusses für die siebzehnte Sondertagung gegebenenfalls zwischen den Tagungen des Vorbereitungsausschusses zusammentreten könne, um die Vorbereitungsarbeiten voranzutreiben;

d) ersuchte die Generalversammlung die Suchtstoffkommission, auf ihrer elften Sondertagung vom 29. Januar bis 2. Februar 1990 in New York unter Berücksichtigung aller von der Generalversammlung auf ihrer vierundvierzigsten Tagung gefaßten einschlägigen Resolutionen und Beschlüsse die Frage der Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen im Kampf gegen unerlaubte Suchtstoffe zu behandeln und ihre diesbezüglichen Auffassungen zu formulieren, damit die Versammlung sich diese auf ihrer Sondertagung zunutze machen könne;

e) ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, dem Vorbereitungsausschuß auf seiner zweiten Tagung und der Versammlung auf ihrer Sondertagung einen Bericht zu den folgenden Themen vorzulegen: i) die laufenden Arbeiten zur Ausarbeitung eines systemumfassenden Aktionsplans der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Suchtstoffmißbrauchs, unter Berücksichtigung der Empfehlungen der Internationalen Konferenz über Drogenmißbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr[46] sowie der bestehenden Programme der Vereinten Nationen und anderer Aktivitäten auf internationaler und regionaler Ebene; und ii) die Fortschritte bei der Zuweisung von ausreichenden Mitteln im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen, um sicherzustellen, daß Suchtstofffragen eine angemessene Priorität eingeräumt wird;

f) bat die Generalversammlung die Suchtstoffkommission und andere zuständige Organe des Systems der Vereinten Nationen, der Generalversammlung auf ihrer Sondertagung ihre Auffassungen zu den von der Sondertagung behandelten Fragen zu übermitteln.

44/411 — Afrikanische Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich

Auf ihrer 60. Plenarsitzung am 17. November 1989 beschloß die Generalversammlung, daß die Aktivitäten zur Unterstützung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche Gesundung und Entwicklung Afrikas 1986-1990[47] bis zur abschließenden Überprüfung und Bewertung des Aktionsprogramms, die gemäß Resolution 43/27 vom 18. November 1988 von der Versammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung vorgenommen werden sollte, fortgeführt werden sollten.

44/416 — Frage des Frieden, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien

Auf ihrer 77. Plenarsitzung am 7. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung, die Behandlung des Punktes "Frage des Friedens, der Stabilität und der Zu-

[45] A/44/528 mit Add.1.

[46] *Report of the International Conference on Drug Abuse and Illicit Trafficking, Vienna, 17-26 June 1987* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.87.I.18), Kap. I.

[47] Resolution S-13/2, Anlage.

sammenarbeit in Südostasien" zurückzustellen und diesen Punkt in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung aufzunehmen.

44/417 – Erklärung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit über den von der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten im April 1986 aus der Luft und von der See aus geführten militärischen Angriff auf die Sozialistische Lybisch-Arabische Volks-Dschamahirija

Auf ihrer 77. Plenarsitzung am 7. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung, die Behandlung des Punktes "Erklärung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit über den von der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten im April 1986 aus der Luft und von der See aus geführten militärischen Angriff auf die Sozialistische Lybisch-Arabische Volks-Dschamahirija" zurückzustellen und diesen Punkt in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung aufzunehmen.

44/424 – Bericht des Sicherheitsrats

Auf ihrer 79. Plenarsitzung am 11. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Sicherheitsrats[48].

44/429 – Internationale Dekade für die Beseitigung des Kolonialismus

Auf ihrer 80. Plenarsitzung am 11. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Sachstandsbericht des Generalsekretärs über die Internationale Dekade für die Beseitigung des Kolonialismus[49] und empfahl dem Generalsekretär, die Staaten und die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zu ersuchen, soweit nicht bereits geschehen, bis spätestens 1. April 1990 seine Mitteilung vom 31. Januar 1989 zu beantworten, und sie abermals zu bitten, Anregungen zu unterbreiten, damit diese in dem Schlußbericht berücksichtigt werden könnten, der der Versammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung vorgelegt werden sollte und der sie in die Lage versetzen würde, einen Aktionsplan zu behandeln und zu verabschieden, mit dem Ziel, die Welt bis zum einundzwanzigsten Jahrhundert vom Kolonialismus zu befreien.

44/457 – Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis von Kapitel I, III (Abschitt C), VII und VIII des Berichts des Wirtschafts- und Sozialrats[50].

44/458 – Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung die Aufnahme des Punktes "Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

44/459 – Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung die Aufnahme des Punktes "Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

44/460 – Frage der ausgewogenen Vertretung und der Erhöhung der Zahl der Mitglieder im Sicherheitsrat

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung die Aufnahme des Punktes "Frage der ausgewogenen Vertretung und der Erhöhung der Zahl der Mitglieder im Sicherheitsrat" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

[48] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 2* (A/44/2).
[49] A/44/800.
[50] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 3* (A/44/3/Rev.1).

2. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses

44/430 – Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie übermäßig schwere Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken[51]

Auf ihrer 81. Plenarsitzung am 15. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung, auf Empfehlung des Ersten Ausschusses[52], unter Hinweis auf ihre Resolution 43/67 vom 7. Dezember 1988 und mit Genugtuung Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[53], die Aufnahme des Punktes "Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie übermäßig schwere Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

[51] Siehe *The United Nations Disarmament Yearbook*, Vol. 5: 1980 (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.81.IX.4), Anhang VII.
[52] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 55, Dokument A/44/777, Ziffer 7.
[53] A/44/569.

44/431 — Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme: Bericht der Abrüstungskonferenz

Auf ihrer 81. Plenarsitzung am 15. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Ersten Ausschusses[54].

44/432 — Internationale Zusammenarbeit zur Abrüstung

Auf ihrer 81. Plenarsitzung am 15. Dezember 1989 bekräftigte die Generalversammlung auf Empfehlung des Ersten Ausschusses[55] die Bedeutung der weiteren Stärkung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abrüstung und beschloß unter Hinweis auf die jüngsten wichtigen und ermutigenden Entwicklungen in diesem Bereich, alle Staaten zu bitten, sich bei der Förderung von Möglichkeiten zur Erleichterung sowohl bilateraler als auch multilateraler Lösungen für das Abrüstungsproblem von den Grundsätzen der Zusammenarbeit leiten zu lassen, und forderte alle Staaten auf, zur Erhöhung der Wirksamkeit der Vereinten Nationen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Verantwortlichkeiten auf dem Gebiet der Abrüstung beizutragen.

44/433 — Umfassender Ansatz zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen

Auf ihrer 81. Plenarsitzung am 15. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Ersten Ausschusses[56].

[54] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 60, Dokument A/44/782.
[55] Ebd., Tagesordungspunkt 66, Dokument A/44/788, Ziffer 28.
[56] Ebd., Tagesordungspunkt 73, Dokument A/44/822.

3. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses

44/407 — Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas[57]

Auf ihrer 46. Plenarsitzung am 7. November 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Politischen Sonderausschusses[58].

44/418 — Informationsfragen[59]

Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Politischen Sonderausschusses[60], die Zahl der Mitglieder des Informationsausschusses von 73 auf 74 zu erhöhen.

44/419 — Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India

Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Politischen Sonderausschusses[61] die Aufnahme des Punktes "Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

44/420 — Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen

Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Politischen Sonderausschusses[62] die Aufnahme des Punktes "Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer fünfundvierzigsten Tagung.

[57] Siehe auch Abschnitt II, Resolutionen 44/27 A bis L.
[58] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 28, Dokument A/44/709.
[59] Siehe auch Abschnitt X.A, Beschluß 44/313.
[60] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 79, Dokument A/44/817, Ziffer 16.
[61] Ebd., Tagesordungspunkt 80, Dokument A/44/685, Ziffer 4.
[62] Ebd., Tagesordungspunkt 81, Dokument A/44/686, Ziffer 5.

4. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses

44/412 — Bericht des Hochrangigen Ausschusses für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern über seine sechste Tagung

Auf ihrer 62. Plenarsitzung am 20. November 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[63], ungeachtet der Bestimmungen der Empfehlung 37 des von der Versammlung in ihrer Resolution 33/134 vom 19. Dezember 1978 gebilligten Aktionsplans von Buenos Aires zur Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern[64], den Bericht des Hochrangigen Ausschusses für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern über seine sechste Tagung[65] ausnahmsweise unmittelbar auf der vierundvierzigsten Tagung zu behandeln.

[63] Ebd., Tagesordungspunkt 82, Dokument A/44/746, Ziffer 5.
[64] Siehe *Report of the United Nations Conference on Technical Co-operation among Developing Countries, Buenos Aires, 30 August-12 September 1978* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Bestell-Nr. E.78.II.A.11 mit Korrigendum), Kap. I.
[65] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 39* (A/44/39).

44/436 — Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung Kenntnis von Teil I des Berichts des Zweiten Ausschusses[66].

44/437 — Von Wüstenbildung und Dürre betroffene Länder in Afrika

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989, auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[67] und unter Hinweis auf ihre Resolutionen 39/208 vom 17. Dezember 1984, 40/175 vom 17. Dezember 1985 und 42/188 vom 11. Dezember 1987 sowie die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1986/44 vom 21. Juli 1986 und 1989/103 vom 27. Juli 1989,

a) appellierte die Generalversammlung mit Nachdruck an die internationale Gemeinschaft, den Ständigen zwischenstaatlichen Ausschuß zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region, die Zwischenstaatliche Behörde für Dürrebekämpfung und Entwicklung, die Ministerkonferenz für eine gemeinsame Politik zur Bekämpfung der Wüstenbildung in den Ländern des Ständigen Zwischenstaatlichen Ausschusses zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region und der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten, in den Maghreb-Ländern, in Ägypten und in Sudan (COMIDES) und die anderen zuständigen Organisationen auch weiterhin zu unterstützen;

b) billigte die Generalversammlung die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/103 vom 27. Juli 1989 über von Wüstenbildung und Dürre betroffene Länder in Afrika.

44/438 — Internationale Strategie zur Bekämpfung der Heuschreckenplage, insbesondere in Afrika

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[68], die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/98 vom 26. Juli 1989 betreffend die internationale Strategie zur Bekämpfung der Heuschrekkenplage, insbesondere in Afrika, zu billigen.

44/443 — Bericht des Generalsekretärs über kurz-, mittel- und langfristige Lösungen für die durch die Naturkatastrophen in Bangladesch verursachten Probleme

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[69] Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über kurz-, mittel- und langfristige Lösungen für die durch die Naturkatastrophen in Bangladesch verursachten Probleme[70].

44/444 — Vorbereitungen für die Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[71],

a) von dem Bericht des Plenar-Vorbereitungsausschusses für die Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern[72] sowie von den Auffassungen der Delegationen zu dem Vorentwurf des umfassenden Berichts des Generalsekretärs[73], der dem Vorbereitungsausschuß auf seiner ersten Tagung vorgelegt wurde, mit Dank Kenntnis zu nehmen;

b) außerdem von der Erklärung Kenntnis zu nehmen, die der Vorsitzende des Vorbereitungsausschusses am 24. November 1989 vor dem Zweiten Ausschuß abgegeben hatte[74];

c) den Vorbereitungsausschuß zu ersuchen, seine Arbeit auf der Grundlage des Generalversammlungsbeschlusses 43/460 vom 7. März 1989 fortzusetzen;

d) dem Vorbereitungausschuß zu empfehlen, bei seinen Vorbereitungen für die Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern, die von den Delegationen auf der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung zum Ausdruck gebrachten Auffassungen zu berücksichtigen;

e) dem Vorbereitungausschuß zu empfehlen, auf seiner zweiten Sachtagung folgende Elemente zu behandeln:

i) die wichtigsten Entwicklungen in den 80er Jahren und die Herausforderungen der 90er Jahre sowie eine Bewertung der sich dem Wachstum und der Entwicklung entgegenstellenden Hindernisse und Hemmnisse;

ii) die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern;

iii) die Festigung und Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Multilateralismus in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen;

f) den diesem Beschluß in der Anlage beigefügten Text des Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses dem Vorbereitungsausschuß zur Behandlung auf seiner zweiten Sachtagung vorzulegen.

ANLAGE

1. Dieser Text hat den Zweck, unter Hinweis auf den Generalversammlungsbeschluß 43/460 vom 7. März 1989, der Arbeit des Plenar-Vorbereitungsausschusses

[66] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 82, Dokument A/44/746.
[67] Ebd., Dokument A/44/746/Add.8, Ziffer 10.
[68] Ebd., Tagesordungspunkt 88, Dokument A/44/864, Ziffer 43.
[69] Ebd., Tagesordungspunkt 25, Dokument A/44/858, Ziffer 7.
[70] A/44/434.
[71] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 83, Dokument A/44/859, Ziffer 11.
[72] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 45* (A/44/45).
[73] A/AC.233/3.
[74] Siehe *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session. Second Committee*, 44. Sitzung, mit Korrigendum.

für die Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern, einen neuen Anstoß und eine neue Orientierung zu geben, um eine Einigung über gemeinsame Ansätze, Bemühungen und Maßnahmen zu erleichtern, die mit Hilfe der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein nachhaltiges Wachstum in der Weltwirtschaft, insbesondere die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern, sicherstellen. Die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern muß an der Spitze der internationalen wirtschaftlichen Tagesordnung stehen.

2. Die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Entwicklungsländer, könnte durch den laufenden Abbau der politischen Spannungen erheblich erleichtert werden. Diese Entspannung sollte die politische Verpflichtung auf ein dauerhaftes Wachstum und eine dauerhafte Entwicklung sowie auf eine Einigung über Möglichkeiten zur Belebung der Weltwirtschaft und zur Neubelebung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, insbesondere des Wachstums und der Entwicklung der Entwicklungsländer, u.a. durch die Verbesserung der Wirksamkeit der Vereinten Nationen, erleichtern.

3. Die Hauptentwicklungen in den 80er Jahren sind durch die wachsende Interdependenz zwischen den Nationen und die Unterschiedlichkeit der in den einzelnen Ländern gegebenen Situationen und Bedingungen gekennzeichnet. Tiefgreifende, rasche Veränderungen in der Weltwirtschaft und in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen führen zu geänderten Auffassungen und Politiken. Besondere Aufmerksamkeit sollte einer Beurteilung der in der Weltwirtschaft in den 80er Jahren eingetretenen Entwicklungen und Veränderungen sowie der Hindernisse, die sich dem Wachstum und der Entwicklung der Entwicklungsländer entgegenstellen, gewidmet werden.

4. Die Sondertagung sollte die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die Herausforderungen der 90er Jahre lenken. Sie sollte eine Einigung darüber anstreben, wie die dringenden, miteinander zusammenhängenden Probleme und Fragen, die sich der Welt stellen, insbesondere soweit sie die Entwicklungsländer betreffen, in geeigneter Weise gelöst werden können. Wenn diese Probleme und Fragen, insbesondere die dringenden, miteinander zusammenhängenden Probleme, die u.a. mit der übermäßigen Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer zu tun haben, nicht gelöst werden, stehen wir vor beunruhigenden Aussichten, und es könnte sein, daß wir eine Ära des wirtschaftlichen Niedergangs, sozialer und politischer Umwälzungen und großer Unruhe erleben.

5. Mit der zunehmenden Interdependenz der Welt hat die Interaktion nationaler und internationaler Politiken für die Schaffung eines stabileren und günstigeren internationalen wirtschaftlichen Umfelds, das insbesondere das Wachstum und die Entwicklung der Entwicklungsländer fördert, größere Bedeutung angenommen. Rasche Veränderungen des außenwirtschaftlichen Umfelds erfordern die Stärkung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften, damit sie besser auf Wachstumsimpulse und sich bietende Modernisierungsmöglichkeiten reagieren können, wobei berücksichtigt werden sollte, daß die Auswirkungen der Politik eines Landes auf das internationale wirtschaftliche Umfeld um so größer sind, je größer die wirtschaftliche Bedeutung eines Landes ist.

6. Die Sondertagung sollte sich auf die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung der Entwicklungsländer konzentrieren. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Auslandsverschuldungskrise zu überwinden, für ausreichende Finanzströme in die Entwicklungsländer zu sorgen, das internationale Handelssystem zu stärken, den Marktzugang für die Exporte der Entwicklungsländer zu verbessern, sich mit den Problemen der Entwicklungsländer im Rohstoffbereich zu befassen, die regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Integration zu fördern und die Entwicklung, den Transfer und die Übernahme neuer und in Entstehung begriffener Technologien zu erleichtern. Die Verwirklichung dieser Einzelziele sollte es den Entwicklungsländern ermöglichen, ihr Hauptziel zu erreichen, nämlich ein nachhaltiges, dauerhaftes und ausgewogenes Wachstum und eine ebensolche Entwicklung, mit neuen Perspektiven, die u.a. durch die Entwicklung der Humanressourcen zur Expansion und Modernisierung ihrer Volkswirtschaften und dadurch zur Anhebung des Lebensstandards ihrer Bevölkerung und zur erfolgreichen Beseitigung der Armut beitragen sollten. Den von allen Ländern zu unternehmenden Anstrengungen und der internationalen Zusammenarbeit in den 90er Jahren sollte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

7. Gemäß dem Versammlungsbeschluß 43/460 sollte sich die Sondertagung außerdem auf eine verstärkte internationale und regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine bessere Koordinierung der Politiken konzentrieren. Es sollten gemeinsame Ansätze angestrebt werden, um die Stabilität des internationalen Währungs- und Finanzsystems sicherzustellen und zu erreichen, daß es das weltweite Wachstum und die weltweite Entwicklung, insbesondere das Wachstum und die Entwicklung der Entwicklungsländer, besser unterstützt, und um alle Länder besser in die Weltwirtschaft und das internationale Handelssystem zu integrieren, wobei bestehende Asymmetrien, die den Entwicklungsländern gewährte besondere und differenzierte Behandlung und der laufende Prozeß der Uruguay-Runde der multilateralen Handelsverhandlungen berücksichtigt werden sollten.

8. Eine nachhaltige und bestandfähige Entwicklung sowie der Schutz und die Verbesserung der globalen Umwelt werden ebenfalls als Gegenstand gemeinsamer Besorgnis anerkannt, mit dem man sich auseinandersetzen sollte. Diese Anliegen sollten im Rahmen der Vorbereitungen für eine Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung eingehend behandelt werden, wobei festzustellen ist, daß der größte Teil der derzeitigen Schadstoffemission in die Umwelt, insbesondere auch giftige und gefährliche Abfälle, seinen Ursprung in den entwickelten Ländern hat, und daher anerkannt werden muß, daß diese Länder die Hauptverantwortung für diese Verschmutzung tragen.

9. Bei ihren Bemühungen um die Verwirklichung dieser einzelnen Ziele sollte die Sondertagung auch dem Aspekt der Humanressourcen gebührende Aufmerksamkeit widmen. Sie sollte die Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit für eine Unterstützung und Verbesserung der Entwicklung der Humanressourcen in

den Entwicklungsländern hervorheben sowie den unauflöslichen Zusammenhang, der zwischen Bildung, dem Erwerb von Fertigkeiten und der fachlichen Ausbildung einerseits und dem Wirtschaftswachstum und einer nachhaltigen Entwicklung andererseits besteht. Es ist außerdem notwendig, daß die Strategien zur Entwicklung der Humanressourcen alle Mitglieder der Gesellschaft einschließen und auch Unterstützungsmaßnahmen in so wichtigen und verwandten Gebieten wie Gesundheit, Ernährung, Beschäftigung und Bevölkerung beinhalten.

10. Die Sondertagung sollte geeignete Orientierungshilfen für die Stärkung und Förderung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Multilateralismus in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen prüfen, einschließlich der Koordinierung der makroökonomischen Politiken und der Vereinbarkeit dieser Politiken mit den Entwicklungszielen, sowie die Stärkung der einzigartigen Rolle des Systems der Vereinten Nationen als universales Forum für den Dialog und die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet.

11. Die Sondertagung sollte die internationale Entwicklungsstrategie für die 90er Jahre und andere einschlägige Aktionspläne und -programme zugunsten der Entwicklung ergänzen und unterstützen und der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder einen entsprechenden Anstoß geben.

44/445 – Einsetzung einer beratenden Kommission für Verschuldung und Entwicklung

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[75], die Behandlung des Beschlußentwurfs "Einsetzung einer beratenden Kommission für Verschuldung und Entwicklung"[76] bis zu ihrer fünfundvierzigsten Tagung zurückzustellen.

44/446 – Bericht des Generalsekretärs über den Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[77] Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über den Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen[78].

44/447 – Bericht des Generalsekretärs über Notstandshilfe für Sudan

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[79] Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über Notstandshilfe für Sudan[80].

44/448 – Internationale Konferenz über Währung und Finanzen im Dienste der Entwicklung

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[81], die Behandlung des Resolutionsentwurfs "Internationale Konferenz über Währung und Finanzen im Dienste der Entwicklung"[82] bis zu ihrer fünfundvierzigsten Tagung zurückzustellen.

44/449 – Bericht des Generalsekretärs über aktuelle internationale Währungsfragen

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[81] Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über aktuelle internationale Währungsfragen[83].

44/450 – Ausbau und Verbesserung der Aufstellung von Programmen auf zwischenstaatlicher Ebene für die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[84], unter Hinweis auf die Generalversammlungsresolution 42/179 vom 11. Dezember 1987 über Ausbau und Verbesserung der Aufstellung von Programmen auf zwischenstaatlicher Ebene für die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und unter Hervorhebung der Bedeutung des Beschlusses 6/5, der vom Hochrangigen Ausschuß für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern auf seiner vom 18. bis 22. September 1989 in New York abgehaltenen Tagung verabschiedet wurde[85];

a) Kenntnis zu nehmen von der Mitteilung des Generalsekretärs über die wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern[86] sowie von dem Bericht des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über Ausbau und Verbesserung der Aufstellung von Programmen auf zwischenstaatlicher Ebene für die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern[87], der dem Hochrangigen Ausschuß für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern auf seiner sechsten Tagung vorgelegt worden war;

b) ihrer Genugtuung Ausdruck zu verleihen über die Anstrengungen, die das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, andere verwandte Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die internationalen und regionalen Finanzinstitutionen und

[75] Ebd., *Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 84, Dokument A/44/861, Ziffer 17.
[76] Siehe A/C.2/44/L.8. Der Beschlußentwurf ist abgedruckt in: *Official Records of the General Assembly, Forty-third Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 83, Dokument A/43/916, Ziffer 16.
[77] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 85, Dokument A/44/862, Ziffer 15.
[78] A/44/484.
[79] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 153, Dokument A/44/865, Ziffer 6.
[80] A/44/571 mit Korr.1.
[81] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 82, Dokument A/44/746/Add.11, Ziffer 23.
[82] Siehe A/C.2/44/L.4. Der Resolutionsentwurf ist abgedruckt in: *Official Records of the General Assembly, Forty-second Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 82, Dokument A/42/821/Add.1, Ziffer 9.
[83] A/44/631.
[84] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 82, Dokument A/44/746/Add.6, Ziffer 17.
[85] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 39* (A/44/39), Anhang I.
[86] A/C.2/44/L.15.
[87] TCDC/6/4.

die entwickelten Länder zum Ausbau und zur Verbesserung der Aufstellung von Programmen auf zwischenstaatlicher Ebene für die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern unternehmen;

c) den Generalsekretär zu ersuchen, der Generalversammlung auf ihrer sechsundvierzigsten Tagung über die Durchführung dieses Beschlusses Bericht zu erstatten.

44/451 — Schutz der Umwelt in extraterritorialen Bereichen für die heutigen und die kommenden Generationen

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[88], zu dem Resolutionsentwurf "Schutz der Umwelt in extraterritorialen Bereichen für die heutigen und die kommenden Generationen"[89] keinen Beschluß zu fassen.

44/452 — Beitritt der Vereinten Nationen zu der Konvention über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und zu der Konvention über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[90], unter Hinweis auf ihren Beschluß 43/441 vom 20. Dezember 1988 und nach Kenntnisnahme des Schreibens des Vorsitzenden des Zweiten Ausschusses an den Präsidenten der Generalversammlung vom 3. Oktober 1989[91] sowie des Schreibens des Präsidenten der Versammlung an den Vorsitzenden des Zweiten Ausschusses vom 22. November 1989[92] einen Beschluß über die Frage des Beitritts der Vereinten Nationen zu der Konvention über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und der Konvention über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen bis zu einem Antrag auf die Behandlung dieser Frage bis zu einer künftigen Tagung zurückzustellen.

44/453 — Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[90], den Resolutionsentwurf "Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich"[93] in seiner mündlich abgeänderten Form zu behandeln und auf ihrer vierundvierzigsten Tagung einen entsprechenden Beschluß dazu zu fassen.

44/454 — Dokumente zum Thema Umwelt

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[90] Kenntnis von den folgenden Dokumenten:

a) Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Exekutivdirektors des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich: Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Entwicklungsländer[94];

b) Mitteilung des Generalsekretärs über Fortschritte auf dem Weg zu einer bestandfähigen und umweltgerechten Entwicklung[95];

c) Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Exekutivdirektors des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über den Schutz der Ozonschicht[96];

d) Bericht des Generalsekretärs über Entwicklungen im Hinblick auf eine weltweite Konvention über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle[97];

e) Bericht des Generalsekretärs über die Auswirkungen der Ablagerung nuklearer Abfälle auf die Umwelt[98];

f) Mitteilung des Generalsekretärs über internationale Konventionen und Protokolle im Umweltbereich[99].

44/455 — Dokumente betreffend den Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[100] Kenntnis von den folgenden Dokumenten:

a) Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklung der Humanressourcen und die Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet[101];

b) Sachstandsbericht des Generalsekretärs über die Vorkehrungen für die Zweite Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika 1991-2000[102];

c) Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Generalsekretärs der Welttourismus-Organisation über die bei der Verwirklichung der Erklärung von Manila und des Dokuments von Acapulco über den Welttourismus[103] erzielten Fortschritte;

d) Bericht des Generalsekretärs über israelische Handelspraktiken in dem besetzten palästinensischen Gebiet[104];

e) Mitteilung des Generalsekretärs über israelische Finanz- und Handelspraktiken in dem besetzten syrisch-arabischen Golan[105].

---

[88] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 82, Dokument A/44/746/Add.10, Ziffer 4.

[89] Siehe A/C.2/44/L.41. Der Resolutionsentwurf ist abgedruckt in: *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 82, Dokument A/44/746/Add.10, Ziffer 2.

[90] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 82, Dokument A/44/746/Add.7, Ziffer 56.

[91] A/C.2/44/9.

[92] A/C.2/44/10.

[93] A/C.2/44/L.63/Rev.1. Siehe auch Abschnitt V, Resolution 44/229.

[94] A/44/332-E/1989/103.

[95] A/44/339-E/1989/119 mit Add.1-11.

[96] A/44/349-E/1989/102.

[97] A/44/479.

[98] A/44/480.

[99] A/C.2/44/L.2.

[100] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 12, Dokument A/44/832/Add.1, Ziffer 48.

[101] A/44/229-E/1989/60.

[102] A/44/255-E/1989/62.

[103] A/44/273-E/1989/77.

[104] A/44/277-E/1989/82.

[105] A/44/338-E/1989/118.

44/456 — Zweijähriges Arbeitsprogramm des Zweiten Ausschusses für den Zeitraum 1990-1991

Auf ihrer 85. Plenarsitzung am 22. Dezember 1989 billigte die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[100] und gemäß Ziffer 5 ihrer Resolution 39/217 vom 18. Dezember 1984 das in der Anlage zu diesem Beschluß enthaltene zweijährige Arbeitsprogramm des Zweiten Ausschusses für den Zeitraum 1990-1991.

ANLAGE

Zweijähriges Arbeitsprogramm des Zweiten Ausschusses für den Zeitraum 1990-1991[106]

1990

Punkt 1 — *Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats*[107]

a) Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung

Dokumentation: Sachstandsbericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung (Generalversammlungsresolution 44/236 vom 22. Dezember 1989)

b) Zweite Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Vorbereitungen für die Zweite Verkehrs-und Kommunikationsdekade in Afrika (Generalversammlungsresolution 43/179 vom 20. Dezember 1988)[102]

c) Zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Vorbereitungen für die Zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas (Generalversammlungsresolution 44/237 vom 22. Dezember 1989)[108]

d) Weltdekade für kulturelle Entwicklung

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Auffassungen zu den Zielsetzungen und dem Umfang der globalen Überprüfung zum Zweck der Halbzeitbewertung der Weltdekade für kulturelle Entwicklung (Generalversammlungsresolution 44/238 vom 22. Dezember 1989)[108]

e) Internationale Dekade für Trinkwasserversorgung und Abwasserhygiene

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die im Laufe der Internationalen Dekade für Trinkwasserversorgung und Abwasserhygiene erzielten Fortschritte (Generalversammlungsresolution 40/171 vom 17. Dezember 1985)

f) Nationales Unternehmertum in der wirtschaftlichen Entwicklung

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über nationales Unternehmertum in der wirtschaftlichen Entwicklung (Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1988/74 vom 29. Juli 1988)[108]

g) Ständige Souveränität über die nationalen Ressourcen in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über israelische Boden- und Wasserpolitiken und -praktiken in dem besetzten palästinensischen Gebiet und anderen besetzten arabischen Gebieten (Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/86 vom 26. Juli 1989)[108]

h) Hilfe für das palästinensische Volk

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über Hilfe für das palästinensische Volk (Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/96 vom 26. Juli 1989 und Generalversammlungsresolution 44/235 vom 22. Dezember 1989)[108]

i) Verhütung und Bekämpfung des Syndroms der erworbenen Immunschwäche (Aids)

Dokumentation: Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisaion über die Durchführung der Resolution über die Verhütung und Bekämpfung des Syndroms der erworbenen Immunschwäche (Aids) (Generalversammlungsresolution 44/233 vom 22. Dezember 1989)[108]

j) Bevölkerungspreis der Vereinten Nationen

Dokumentation: Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Exekutivdirektors des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen über den Bevölkerungspreis und -treuhandfonds der Vereinten Nationen (Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1982/112 vom 26. April 1982)

k) Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen

Dokumentation: Resolutionsentwurf "Durchführung von Abschnitt II der Anlage zu Generalversammlungsresolution 32/197 über die Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen" (siehe Generalversammlungsbeschluß 43/433 vom 20. Dezember 1988)

[106] Entsprechend seiner bisherigen Praxis und in Übereinstimmung mit Generalversammlungsbeschluß 38/429 wird der Zweite Ausschuß jedes Jahr zu Beginn seiner Tätigkeit eine Generaldebatte abhalten.

[107] Die unter diesem Punkt aufgeführte Liste von Fragen und Dokumenten ist nur ein Hinweis darauf, daß die Generalversammlung entsprechende Berichte angefordert hat. Die Endfassung der Liste wird nach Abschluß der Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1990 erstellt.

[108] Der Generalversammlung über den Wirtschafts- und Sozialrat vorgelegter Bericht.

Punkt 2 — *Entwicklung und internationale wirschaftliche Zusammenarbeit*

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Entwicklung der Humanressourcen (Generalversammlungsresolution 44/213 vom 22. Dezember 1989)

Resolutionsentwurf "Internationale Konferenz über Währung und Finanzen im Dienste der Entwicklung" (siehe Generalversammlungsbeschluß 44/448 vom 22. Dezember 1989)

Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung über die Durchführung der Resolution über Konsumstrukturen und qualitative Entwicklungsindikatoren (Generalversammlungsresolution 44/234 vom 22. Dezember 1989)

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über Entwicklungen beim Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer und aus den Entwicklungsländern und die Folgen für das Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Entwicklung dieser Länder (Generalversammlungsresolution 44/232 vom 22. Dezember 1989)

Bericht des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über seine Sondertagung (Generalversammlungsresolution 44/229 vom 22. Dezember 1989)[108]

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über Fischfang mit großen pelagischen Treibnetzen und seine Auswirkungen auf die lebenden Naturschätze der Ozeane und Meere der Welt (Generalversammlungsresolution 44/225 vom 22. Dezember 1989)

Der entsprechende Abschnitt des Berichts des Wirtschafts- und Sozialrats über die Ergebnisse und Schlußfolgerungen der Regionalkommissionen betreffend den Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen (Generalversammlungsresolution 44/226 vom 22. Dezember 1989, Abschnitt I)

a) *Internationale Entwicklungstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1991-2000)*

Dokumentation: Bericht des Ad-hoc-Plenarausschusses für die Ausarbeitung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (Generalversammlungsresolution 43/182 vom 20. Dezember 1988)

b) *Handel und Entwicklung*

Dokumentation: Bericht des Handels- und Entwicklungsrats (Generalversammlungsresolution 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964)[108]

Bericht der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung aller Aspekte des multilateral vereinbarten ausgewogenen Grundsatz- und Vorschriftenpakets zur Bekämpfung restriktiver Geschäftspraktiken (Generalversammlungsresolution 41/167 vom 5. Dezember 1986)

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über besondere Maßnahmen zugunsten der Inselstaaten unter den Entwicklungsländern (Generalversammlungsresolution 43/189 vom 20. Dezember 1988)

Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen über den internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer (Generalversammlungsresolution 44/216 vom 22. Dezember 1989)

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über das Handelsembargo gegen Nicaragua (Generalversammlungsresolution 44/217 vom 22. Dezember 1989)

Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen über die weltweiten Tendenzen und Aussichten im Rohstoffbereich (Generalversammlungsresolution 44/218 vom 22. Dezember 1989)

c) *Überprüfung und Bewertung der Durchführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die 80er Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder*

Dokumentation: Bericht der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder (Generalversammlungsresolutionen 40/205 vom 17. Dezember 1985, 42/177 vom 11. Dezember 1987 und 44/220 vom 22. Dezember 1989)

d) *Probleme auf dem Ernährungssektor*

Dokumentation: Bericht des Welternährungsrats[108]

Bericht des Generalsekretärs über Tendenzen auf dem internationalen Markt für Agrar- und tropische Produkte und die Liberalisierung des internationalen Agrarhandels (Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/88 vom 26. Juli 1989)

e) *Neue und erneuerbare Energiequellen*

Dokumentation: Bericht des Ausschusses für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen (Generalversammlungsresolution 37/250 vom 21. Dezember 1982)[108]

f) Erschließung der Energieressourcen der Entwicklungsländer

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Erschließung der Energieressourcen der Entwicklungsländer (Generalversammlungsresolution 43/193 vom 20. Dezember 1988)[108]

Punkt 3 — *Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung*

Dokumentation: Bericht des Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 über den Fortgang der Arbeiten des Ausschusses (Generalversammlungsresolution 44/228 vom 22. Dezember 1989)

Punkt 4 — *Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen*[109]

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über den Stand der Durchführung der Resolution über den Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen (Generalversammlungsresolution 44/207 vom 22. Dezember 1989)

Punkt 5 — *Internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern*

Dokumentation: Sachstandsbericht des Generalsekretärs über die internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern (Generalversammlungsresolutionen 44/211 und 44/212 vom 22. Dezember 1989)

Punkt 6 — *Auslandsverschuldungskrise und Entwicklung*

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution "Wege zu einer dauerhaften Lösung der Auslandsverschuldungsprobleme" (Generalversammlungsresolution 44/205 vom 22. Dezember 1989)

Beschlußentwurf "Einsetzung einer beratenden Kommission für Verschuldung und Entwicklung" (siehe Generalversammlungsbeschluß 44/445 vom 22. Dezember 1989)

Punkt 7 — *Operative Entwicklungsaktivitäten*[110]

a) Operative Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen

Dokumentation: Bericht des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit über die operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen (Generalversammlungsresolutionen 35/81 vom 5. Dezember 1980, 41/171 vom 5. Dezember 1986 und 44/211 vom 22. Dezember 1989)[108]

Bericht des Generalsekretärs über die künftigen Verwaltungsvorkehrungen für die Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten (Generalversammlungsresolution 44/208 vom 22. Dezember 1989)

b) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

Dokumentation: Bericht des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen[108]

c) Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen

Dokumentation: Das entsprechende Kapitel des Berichts des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Exekutivdirektors des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen über künftige Aufgaben auf dem Gebiet der Bevölkerungsfragen, einschließlich der Mobilisierung der für die internationale Hilfe auf diesem Gebiet erforderlichen Mittel (Generalversammlungsresolution 44/210 vom 22. Dezember 1989)[108]

d) Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

Dokumentation: Das entsprechende Kapitel im Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats

e) Welternährungsprogramm

Dokumentation: Das entsprechende Kapitel im Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats

Punkt 8 — *Ausbildung und Forschung*

a) Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (Generalversammlungsresolution 44/175 vom 19. Dezember 1989)

b) Universität der Vereinten Nationen

Dokumentation: Bericht des Rates der Universität der Vereinten Nationen[108]

Punkt 9 — *Besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe*

a) Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Amtes des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe (General-

[109] Die Berichte der dritten und vierten Plenarsitzung des Zwischenstaatlichen Gremiums für Klimaveränderungen sowie dessen Zwischenbericht werden nachrichtlich als offizielle Dokumente der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung verteilt (Generalversammlungsresolution 44/207 vom 22. Dezember 1989).

[110] Gemäß ihrer Resolution 44/209 vom 22. Dezember 1989 wird die Generalversammlung während ihrer fünfundvierzigsten Tagung den vierzigsten Jahrestag der multilateralen technischen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen begehen. Der dafür festgelegte Tag ist der Tag der Vereinten Nationen im Jahre 1990, Mittwoch, der 24. Oktober.

versammlungsresolution 2816 (XXVI) vom 14. Dezember 1971 und Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1988/51 vom 26. Juli 1988)[108]

b) Besondere Wirtschaftshilfeprogramme

Dokumentation: Berichte des Generalsekretärs über einzelne Länder und Regionen

Bericht des Generalsekretärs mit Kurzberichten über Länder, zu denen in diesem Jahr keine gesonderten Einzelberichte vorgelegt wurden

1991[111]

Punkt 1 — *Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats*[112]

a) Weltdekade für kulturelle Entwicklung

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur über den Verlauf der Weltdekade für kulturelle Entwicklung im Zeitraum 1990-1991 (Generalversammlungsresolutionen 41/187 vom 8. Dezember 1986 und 44/238 vom 22. Dezember 1989)[108]

b) Rolle des öffentlichen Sektors bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Rolle des öffentlichen Sektors bei der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer (Generalversammlungsresolution 3335 (XXIX) vom 17. Dezember 1974 und Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1987/92 vom 9. Juli 1987)[108]

c) Zielbetrag für die Beitragsleistungen zum Welternährungsprogramm für den Zeitraum 1993-1994

Dokumentation: Das entsprechende Kapitel im Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats

Punkt 2 — *Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit*

a) Handel und Entwicklung

Dokumentation: Bericht der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen über ihre achte Tagung (Generalversammlungsresolution 44/219 vom 22. Dezember 1989)

Resolution des Handels- und Entwicklungsrats (Generalversammlungsresolution 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964)[108]

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über wirtschaftliche Maßnahmen als Mittel zur Ausübung politischen und wirtschaftlichen Zwangs auf Entwicklungsländer (Generalversammlungsresolution 44/215 vom 22. Dezember 1989)

Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung des Berichts des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen über den Stand der Durchführung spezifischer Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern (Generalversammlungsresolution 44/214 vom 22. Dezember 1989)

b) Effektive Mobilisierung und Integration der Frau in die Entwicklung

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die effektive Mobilisierung und Integration der Frau in die Entwicklung (Generalversammlungsresolution 42/178 vom 11. Dezember 1987)[108]

c) Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern

Dokumentation: Bericht des Hochrangigen Ausschusses für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern (Generalversammlungsresolution 33/134 vom 19. Dezember 1978)[108]

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern (Generalversammlungsresolution 44/222 vom 22. Dezember 1989)

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika (Generalversammlungsresolution 44/221 vom 22. Dezember 1989)

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des Beschlusses über Ausbau und Verbesserung der Aufstellung von Programmen auf zwischenstaatlicher Ebene für die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern (Generalversammlungsbeschluß 44/450 vom 22. Dezember 1989)

[111] Das Arbeitsprogramm und das Verzeichnis der Dokumentation für 1991 werden 1990 unter Berücksichtigung der entsprechenden Beschlüsse der fünfundvierzigsten Tagung der Generalversammlung auf den neuesten Stand gebracht.

[112] Die unter diesem Punkt aufgeführte Liste von Fragen und Dokumenten ist nur ein Hinweis darauf, daß die Generalversammlung entsprechende Berichte angefordert hat. Die Endfassung der Liste wird alljährlich nach Abschluß der Tätigkeit des Wirtschafts- und Sozialrats erstellt. Unter diesem Punkt wird dem Zweiten Ausschuß auch der Bericht des Welternährungsrats vorliegen. Der Zweite Ausschuß kann beschließen, Entwürfe von Vorschlägen zu diesem Bericht nicht zu behandeln, sofern es sich nicht um spezifische, in den Berichten des Welternährungsrats oder des Wirtschafts- und Sozialrats enthaltene Vorschläge handelt, die ein Tätigwerden der Generalversammlung erfordern.

d) Umwelt

Dokumentation: Bericht des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (Generalversammlungsresolutionen 2997 (XXVII) vom 15. Dezember 1972 und 44/224 vom 22. Dezember 1989)[108]

Mitteilung des Generalsekretärs über internationale Übereinkünfte und Protokolle im Umweltbereich (Generalversammlungsresolution 3436 (XXX) vom 9. Dezember 1975)

Der entsprechende Abschnitt im Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats über die Ergebnisse und Schlußfolgerungen der Regionalkommissionen betreffend den Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen (Generalversammlungsresolution 44/226 vom 22. Dezember 1989, Abschnitt I)

Bericht des Generalsekretärs über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (Generalversammlungsresolution 44/226 vom 22. Dezember 1989, Abschnitt III)[108]

Sachstandsbericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über die weiteren Maßnahmen zu den Generalversammlungsresolutionen 42/186 und 42/187 vom 11. Dezember 1987 (Generalversammlungsresolution 44/227 vom 22. Dezember 1989)[108]

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über mögliche schädliche Auswirkungen eines Ansteigens des Meeresspiegels auf Inseln und Küstengebiete, insbesondere tiefliegende Küstengebiete (Generalversammlungsresolution 44/206 vom 22. Dezember 1989)[108]

e) Wüstenbildung und Dürre

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Situation in den von Wüstenbildung und Dürre betroffenen Ländern in Afrika (Generalversammlungsbeschluß 44/437 vom 19. Dezember 1989 und Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1989/103 vom 27. Juli 1989)[108]

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolutionen über den Aktionsplan zur Bekämpfung der Wüstenbildung (Generalversammlungsresolutionen 44/172 A und B vom 19. Dezember 1989)[108]

Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region (Generalversammlungsresolutionen 3054 (XXVIII) vom 17. Oktober 1973 und 40/209 vom 17. Dezember 1985)[108]

f) Wohn- und Siedlungswesen

Dokumentation: Bericht der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen, einschließlich des Berichts der Kommission über die Durchführung der Globalen Wohnraumstrategie bis zum Jahr 2000 (Generalversammlungsresolutionen 32/162 vom 19. Dezember 1977 und 43/180 und 43/181 vom 20. Dezember 1988 sowie Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1978/1 vom 12. Januar 1978)[108]

Bericht des Generalsekretärs über die Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet (Generalversammlungsresolution 44/174 vom 19. Dezember 1989)[108]

g) Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung

Dokumentation: Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (Generalversammlungsresolutionen 34/218 vom 19. Dezember 1979 und 39/217 vom 18. Dezember 1984)[108]

Punkt 3 – *Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung*

Dokumentation: Bericht des Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 über den Fortgang der Arbeiten des Ausschusses (Generalversammlungsresolution 44/228 vom 22. Dezember 1989)

Punkt 4 – *Internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern*

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern (Generalversammlungsresolutionen 44/211 und 44/212 vom 22. Dezember 1989)

Punkt 5 – *Operative Entwicklungsaktivitäten*

a) Operative Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen

Dokumentation: Bericht des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit über die operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen (Generalversammlungsresolutionen 44/171 vom 19. Dezember 1989 und 44/211 vom 22. Dezember 1989)[108]

b) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen

Dokumentation: Bericht des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen[108]

c) *Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen*

Dokumentation: Das entsprechende Kapitel im Bericht des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

d) *Aktivitäten der Vereinten Nationen im Bereich der technischen Zusammenarbeit*

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über Aktivitäten der Vereinten Nationen im Bereich der technischen Zusammenarbeit

Das entsprechende Kapitel im Bericht des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

e) *Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen*

Dokumentation: Das entsprechende Kapitel im Bericht des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

Punkt 6 — *Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung*

Dokumentation: Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Resolution über die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung (Generalversammlungsresolution 44/236 vom 22. Dezember 1989)[108]

Punkt 7 — *Besondere Wirtschaftshilfeprogramme*

Dokumentation: Berichte des Generalsekretärs über einzelne Länder

Bericht des Generalsekretärs mit Kurzberichten über Länder, zu denen in diesem Jahr keine gesonderten Einzelberichte vorgelegt wurden

5. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses

44/421 — Durchführung der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet

Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Dritten Ausschusses[113] Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet[114].

44/422 — Erfahrungen der Staaten bei der Herbeiführung tiefgreifender Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel des sozialen Fortschritts

Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Dritten Ausschusses[115] Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über Erfahrungen der Staaten bei der Herbeiführung tiefgreifender Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel des sozialen Fortschritts[116].

44/423 — Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien

Auf ihrer 78. Plenarsitzung am 8. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Dritten Ausschusses[117] Kenntnis vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien[118] und von der diesbezüglichen Stellungnahme des Generalsekretärs[119].

44/434 — Änderung des Titels von Tagesordnungspunkt 111

Auf ihrer 82. Plenarsitzung am 15. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Dritten Ausschusses[120] angesichts der neuen Größenordnung, die das Problem des Mißbrauchs von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen und des unerlaubten Verkehrs mit diesen angenommen hat, sowie angesichts der Entschlossenheit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, im Einklang mit dem Grundsatz der geteilten Verantwortung im Kontext des Kampfes zur Beseitigung der Drogengeißel angemessen auf das Problem zu reagieren, den Titel von Tagesordnungspunkt 111 in "Internationales Vorgehen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs" zu ändern.

44/435 — Arbeitsprogramm des Dritten Ausschusses

Auf ihrer 82. Plenarsitzung am 15. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Dritten Ausschusses[121], die Behandlung des Beschlußentwurfs "Arbeitsprogramm des Dritten Ausschusses"[122] bis zu ihrer fünfundvierzigsten Tagung zurückzustellen, und beschloß ferner, daß dem Dritten Ausschuß bei der Behandlung seines Arbeitsplans für die fünfundvierzigste Tagung der Wortlaut des Beschlußentwurfs und die Kurzprotokolle der Sitzungen[123] vorliegen würden, auf denen der Beschlußentwurf erörtert wurde.

---

[113] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 91, Dokument A/44/750, Ziffer 9.
[114] A/44/116-E/1989/15 mit Korr.1 und Add.1.
[115] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 92, Dokument A/44/751, Ziffer 10.
[116] A/44/86-E/1989/14.
[117] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 97, Dokument A/44/753, Ziffer 11.
[118] A/44/206-E/1989/69 mit Korr.1.
[119] A/44/206/Add.1-E/1989/69/Add.1.
[120] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 111, Dokument A/44/850, Ziffer 36.
[121] Ebd., Tagesordnungspunkt 12, Dokument A/44/848, Ziffer 79.
[122] A/C.3/44/L.2. Der Beschlußentwurf ist abgedruckt in: *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 12, Dokument A/44/848, Ziffer 8.
[123] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Third Committee*, 60. und 61. Sitzung, mit Korrigendum.

6. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses

44/425 — Militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern könnten

Auf ihrer 80. Plenarsitzung am 11. Dezember 1989 verabschiedete die Generalversammlung auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[124] folgenden Text:

"1. Nach Prüfung des im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker enthaltenen Kapitels zu einem Punkt der Tagesordnung des Sonderausschusses mit dem Titel 'Militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern könnten'[125] sowie unter Hinweis auf ihren Beschluß 43/410 vom 22. November 1988 zu dieser Frage mißbilligt die Generalversammlung, daß die betreffenden Kolonialmächte nichts unternommen haben, um dem von der Versammlung wiederholt an sie gerichteten Ersuchen — zuletzt in Ziffer 10 ihrer Resolution 43/45 vom 22. November 1988 — nachzukommen, nämlich unverzüglich und bedingungslos ihre Militärstützpunkte und -einrichtungen aus Kolonialgebieten abzuziehen und keine neuen Stützpunkte und Einrichtungen zu errichten.

2. Unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 und alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen über Militärstützpunkte und -einrichtungen in Kolonialgebieten und Gebieten ohne Selbstregierung bekräftigt die Generalversammlung ihre feste Überzeugung, daß das Bestehen von Militärstützpunkten und -einrichtungen in Kolonialgebieten und Gebieten ohne Selbstregierung ein beträchtliches Hindernis für die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker darstellen könnte und daß die Verwaltungsmächte dafür zu sorgen haben, daß das Bestehen derartiger Stützpunkte und Einrichtungen die Bevölkerung dieser Gebiete nicht an der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung hindert. Darüber hinaus bittet die Versammlung, die sich der Existenz von Militärstützpunkten und -einrichtungen der betreffenden Verwaltungsmächte sowie anderer Länder in diesen Gebieten bewußt ist, die betreffenden Verwaltungsmächte nachdrücklich, weiter alles Erforderliche zu tun, damit diese Gebiete nicht in Offensivhandlungen gegen andere Staaten hineingezogen oder für Einmischungen in die Angelegenheiten anderer Staaten benutzt werden, und sich in jeder Hinsicht an die Ziele und Grundsätze der Charta, der Erklärung und der Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen über militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten zu halten.

3. Die Generalversammlung verurteilt erneut alle militärischen Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten, die den Rechten und Interessen der betroffenen Kolonialvölker, insbesondere ihrem Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, abträglich sind. Die Versammlung fordert die betreffenden Kolonialmächte erneut auf, diese Aktivitäten unverzüglich und bedingungslos einzustellen und derartige Militärstützpunkte gemäß den diesbezüglichen Resolutionen der Versammlung aufzulösen, insbesondere gemäß Ziffer 9 des in der Anlage zu der Versammlungsresolution 35/118 vom 11. Dezember 1980 enthaltenen Aktionsplans für die vollständige Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker.

4. Die Generalversammlung erklärt von neuem, daß die Kolonialgebiete und daran anschließende Gebiete nicht für Kernversuche, zur Ablagerung von Atommüll oder für die Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen benutzt werden sollten.

5. Die Generalversammlung stellt mit ernster Besorgnis fest, daß die Lage im südlichen Afrika im allgemeinen nach wie vor äußerst ernst ist, da Südafrika das Volk von Südafrika auf unmenschliche Weise unterdrückt. Die Versammlung erklärt, daß die von Pretoria verfolgte Apartheid- und Destabilisierungspolitik nicht nur den Frieden und die Stabilität in der Region des südlichen Afrika untergräbt, sondern auch eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt.

6. Die Generalversammlung verurteilt die anhaltende militärische, nukleare und geheimdienstliche Zusammenarbeit zwischen Südafrika und bestimmten Ländern, die einen Verstoß gegen das vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 418 (1977) vom 4. November 1977 über Südafrika verhängte Waffenembargo und eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Die Versammlung bittet den Rat nachdrücklich, den Bericht des gemäß seiner Resolution 421 (1977) vom 9. Dezember 1977 eingesetzten Ausschusses[126] unverzüglich zu behandeln und weitere Maßnahmen zu ergreifen, um den Geltungsbereich von Resolution 418 (1977) auszudehnen, damit diese noch wirksamer und umfassender wird. Die Versammlung fordert außerdem zur genauesten Einhaltung der Sicherheitsratsresolution 558 (1984) vom 13. Dezember 1984 auf, in der alle Staaten eindringlich gebeten werden, die Einfuhr von Rüstungsgütern aus Südafrika zu unterlassen. Die Versammlung berücksichtigt dabei insbesondere eine Reihe von Resolutionen, die vom Sicherheitsrat[127], von der Generalversammlung, vom Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, vom Sonderausschuß gegen Apartheid und vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen sowie von der Bewegung der nichtgebundenen Länder, der Organisa-

[124] Ebd., *Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 117, Dokument A/44/664, Ziffer 10.

[125] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. VI.

[126] *Official Records of the Security Council, Thirty-fifth Year, Supplement for July, August and September 1980*, Dokument S/14179.

[127] Sicherheitsratsresolutionen 567 (1985) vom 20. Juni 1985, 568 (1985) vom 21. Juni 1985, 571 (1985) vom 20. September 1985, 574 (1985) vom 7. Oktober 1985, 577 (1985) vom 6. Dezember 1985, 580 (1985) vom 30. Dezember 1985, 581 (1986) vom 13. Februar 1986, 602 (1987) vom 25. November 1987 und 606 (1987) vom 23. Dezember 1987.

tion der afrikanischen Einheit, dem Commonwealth und einer Reihe zwischenstaatlicher und regionaler Organisationen verabschiedet wurden.

7. Die Generalversammlung bekräftigt die Rechtmäßigkeit des Kampfes des Volkes von Namibia um seine Freiheit und Unabhängigkeit und appelliert an alle Staaten, auf allen Gebieten nachhaltige Unterstützung zu gewähren, damit die Sicherheitsratsresolution 435 (1978) vom 29. September 1978 gewissenhaft durchgeführt wird.

8. Die Generalversammlung ist der Auffassung, daß der Erwerb der Kernwaffenfähigkeit durch das wegen seiner Gewalttätigkeit und Aggression berüchtigte rassistische Regime Südafrikas einen weiteren Versuch desselben darstellt, unabhängige Staaten der Region zu terrorisieren und einzuschüchtern, bis sie sich unterordnen, und gleichzeitig eine Gefahr für die gesamte Menschheit bedeutet. Die Versammlung verurteilt die Unterstützung, die das rassistische Regime Südafrikas auf militärischem wie nuklearem Gebiet nach wie vor erhält. In diesem Zusammenhang bringt die Versammlung ihre Besorgnis über die ernsten Konsequenzen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zum Ausdruck, die sich aus der militärischen und nuklearen Kollaboration zwischen dem rassistischen Regime Südafrikas und bestimmten Westmächten, Israel und anderen Ländern ergeben. Sie fordert die betreffenden Staaten auf, jede derartige Kollaboration zu beenden und insbesondere die Versorgung Südafrikas mit Gerät, Technologie, Kernmaterial und entsprechender Ausbildung einzustellen, die Südafrikas Nuklearfähigkeit erhöht.

9. Die Generalversammlung verurteilt nachdrücklich die anhaltende Kollaboration bestimmter Länder mit dem rassistischen Regime auf politischem, wirtschaftlichem, militärischem und nuklearem Gebiet und gibt ihrer Überzeugung Ausdruck, daß eine solche Kollaboration gegen das gemäß Sicherheitsratsresolution 418 (1977) über Südafrika verhängte Waffenembargo verstößt und die internationale Solidarität gegen das Apartheidregime untergräbt. Die Versammlung verlangt daher die umgehende Einstellung jeder derartigen Kollaboration.

10. Die Generalversammlung bittet nachdrücklich alle Regierungen, die Sonderorganisationen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen, den Tausenden von Flüchtlingen, die durch die Unterdrückungspolitik des Apartheidregimes gezwungen worden sind, in die benachbarten Staaten zu flüchten, mehr materielle Unterstützung zu gewähren.

11. Die Generalversammlung mißbilligt die anhaltende zweckwidrige Verwendung von Land in Kolonialgebieten für militärische Einrichtungen. Die in großem Maßstab erfolgende Nutzung lokaler wirtschaftlicher Ressourcen und Arbeitskräfte für diesen Zweck zweigt Ressourcen ab, die nutzbringender zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Gebiete verwendet werden könnten, und steht somit im Gegensatz zu den Interessen der dortigen Bevölkerung.

12. Die Generalversammlung ersucht den Generalsekretär, durch die Sekretariats-Hauptabteilung Presse und Information weiter eine intensivere Aufklärungskampagne zu betreiben, um die Weltöffentlichkeit über die Tatsachen im Zusammenhang mit den militärischen Aktivitäten und Vorkehrungen in Kolonialgebieten zu informieren, die die Verwirklichung der in Versammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder and Völker behindern.

13. Die Generalversammlung ersucht den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, diese Frage weiter zu prüfen und der Versammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten."

44/426 — Gibraltar-Frage

Auf ihrer 80. Plenarsitzung am 11. Dezember 1989 verabschiedete die Generalversammlung auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[128] den folgenden Text als Konsens der Mitglieder der Versammlung:

"Die Generalversammlung, unter Hinweis auf ihren Beschluß 43/411 vom 22. November 1988 und gleichzeitig unter Hinweis darauf, daß es in der Erklärung, auf die sich die Regierungen Spaniens und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland am 27. November 1984 in Brüssel geeinigt haben[129], u.a. wie folgt heißt:

'Die Einleitung eines Verhandlungsprozesses zur Überwindung aller zwischen ihnen bestehenden Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Gibraltar und zur Förderung einer beiderseitig nutzbringenden Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, kulturellem, touristischem, flugtechnischem, militärischem und ökologischem Gebiet. Beide Seiten stimmen zu, daß im Laufe dieses Prozesses Fragen der Souveränität erörtert werden. Die britische Regierung wird voll zu ihrer Verpflichtung stehen, die Wünsche des Volkes von Gibraltar zu respektieren, wie in der Präambel zur Verfassung von 1969 festgehalten';

nimmt davon Kenntnis, daß die Außenminister im Rahmen dieses Prozesses jedes Jahr abwechselnd in ihrer jeweiligen Hauptstadt zusammengetroffen sind, und bittet beide Regierungen nachdrücklich, ihre Verhandlungen fortzusetzen, mit dem Ziel, im Lichte der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und im Geiste der Charta der Vereinten Nationen eine endgültige Lösung des Gibraltarproblems zu finden."

44/427 — Pitcairn-Frage

Auf ihrer 80. Plenarsitzung am 11. Dezember 1989 verabschiedete die Generalversammlung auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[128] den folgenden Text als Konsens der Mitglieder der Versammlung:

"Nach Prüfung des entsprechenden Kapitels im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[130] bekräftigt die Generalversammlung das unveräußerliche Recht des Volkes von Pitcairn auf Selbstbestimmung gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, die für das Gebiet volle Gültigkeit besitzt. Die Versamm-

[128] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 18, Dokument A/44/738, Ziffer 22.
[129] A/39/732, Anhang.
[130] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. X.

lung bekräftigt ferner, daß es der Verwaltungsmacht obliegt, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Gebietes zu fördern. Die Versammlung bittet die Verwaltungsmacht nachdrücklich, die von der Bevölkerung des Gebietes gewählte, sehr eigene Lebensweise weiterhin zu respektieren und sie zu erhalten, zu fördern und zu schützen. Die Versammlung ersucht den Sonderausschuß, diese Frage auf seiner nächsten Tagung weiter zu prüfen und der Versammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten."

44/428 – St.-Helena-Frage

Auf ihrer 80. Plenarsitzung am 11. Dezember 1989 bekräftigte die Generalversammlung auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[131] und nach Prüfung der entsprechenden Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[132] das unveräußerliche Recht des Volkes von St. Helena auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der in Versammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker. Die Versammlung bat die Verwaltungsmacht nachdrücklich, im Benehmen mit dem Gesetzgebenden Rat und anderen Vertretern des Volkes von St. Helena auch weiterhin alles Erforderliche zu tun, um die rasche Verwirklichung der Erklärung in bezug auf dieses Gebiet sicherzustellen, und bekräftigte in diesem Zusammenhang, daß es wichtig ist, das Volk von St. Helena über die ihm bei der Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts offenstehenden Möglichkeiten aufzuklären. Die Versammlung äußerte die Ansicht, daß die Verwaltungsmacht auch weiterhin Infrastruktur- und kommunale Entwicklungsprojekte zur Steigerung des allgemeinen Wohls des Gemeinwesens durchführen und lokale Initiativen und Unternehmen fördern soll, insbesondere auf dem Gebiet der Entwicklung des Fischereiwesens, des Forstwesens, des Kunsthandwerks und der Landwirtschaft. Angesichts der ernsten Entwicklungen in Südafrika vermerkte die Versammlung mit Besorgnis die Abhängigkeit des Gebiets von Südafrika im Handel und im Verkehr. Die Versammlung erklärte erneut, daß die anhaltende Entwicklungshilfe der Verwaltungsmacht in Verbindung mit etwaigen Hilfsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft ein wichtiges Mittel darstellt, um das wirtschaftliche Potential des Gebietes zu erschließen und die Bevölkerung besser in die Lage zu versetzen, die in den entsprechenden Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen genannten Ziele voll zu verwirklichen. Die Versammlung begrüßte in diesem Zusammenhang die vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen gewährte Hilfe und bat andere Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, bei der Entwicklung des Gebietes zu helfen. Die Versammlung vermerkte mit tiefer Besorgnis das Fortbestehen militärischer Einrichtungen auf der Nebeninsel Ascension und verwies in diesem Zusammenhang auf alle Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen über Militärstützpunkte und -anlagen in Kolonialgebieten und Gebieten ohne Selbstregierung. Die Versammlung bat die Verwaltungsmacht nachdrücklich, alles Erforderliche zu tun, damit das Gebiet nicht in Offensivhandlungen des rassistischen Regimes von Südafrika gegen Nachbarstaaten hineingezogen oder für eine Einmischung in deren Angelegenheiten benutzt wird. Die Versammlung war der Auffassung, daß die Möglichkeit, zu einem geeigneten Zeitpunkt eine Besuchsdelegation der Vereinten Nationen nach St. Helena zu entsenden, im Auge behalten werden solle, und ersuchte den Sonderausschuß, die St.-Helena-Frage auf seiner nächsten Tagung weiter zu prüfen und der Versammlung auf ihrer fünfundvierzigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

[131] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 18, Dokument A/44/738, Ziffer 23.
[132] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 23* (A/44/23), Kap. IV und X.

7. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses

44/413 – Harmonisierung der Satzungen, Verfahrensordnungen und Gepflogenheiten der Verwaltungsgerichte der Internationalen Arbeitsorganisation und der Vereinten Nationen

Auf ihrer 63. Plenarsitzung am 22. November 1989 und auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[133] sowie nach Behandlung der im Bericht des Generalsekretärs über die Harmonisierung der Satzungen, Verfahrensordnungen und Gepflogenheiten der Verwaltungsgerichte der Internationalen Arbeitsorganisation und der Vereinten Nationen[134] enthaltenen Vorschläge sowie der dazu von den Mitgliedstaaten vorgelegten[135] beziehungsweise im Fünften Ausschuß abgegebenen Stellungnahmen

a) beschloß die Generalversammlung, bis zu einer weiteren Behandlung die derzeitige Satzung des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen beizubehalten;

b) ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, auf diese Angelegenheit zu gegebener Zeit unter Berücksichtigung dieser Stellungnahmen der Mitgliedstaaten zurückzukommen.

[133] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 126, Dokument A/44/724, Ziffer 8.
[134] A/43/704.
[135] Siehe A/C.5/44/1 mit Add.1.

44/414 – Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Auf ihrer 63. Plenarsitzung am 22. November 1989 und auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[133]

a) nahm die Generalversammlung mit Dank Kenntnis vom Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen über die Verwaltungs- und Haushaltskoordination der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation[136];

b) ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, den Bericht des Beratenden Ausschusses über den Verwaltungsausschuß für Koordinierung den Lei-

[136] A/44/711.

tern der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zuzuleiten;

c) beschloß die Generalversammlung, den Bericht des Beratenden Ausschusses nachrichtlich dem Rechnungsprüfungsausschuß, dem Ausschuß der externen Rechnungsprüfer, dem Programm- und Koordinierungsausschuß, der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst und der Gemeinsamen Inspektionsgruppe zu übersenden,

d) beschloß die Generalversammlung, die Absicht des Beratenden Ausschusses zu unterstützen, zu seiner früheren Praxis zurückzukehren und jedes zweite Jahr eingehende Untersuchungen der einzelnen Stellen des Systems der Vereinten Nationen durchzuführen, um bei Bedarf geeignete Empfehlungen abgeben zu können;

e) bat die Generalversammlung den Beratenden Ausschuß, die Möglichkeit zu erwägen, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen eingehende Studien der verwaltungs- und haushaltstechnischen Aspekte von Gegenständen durchzuführen, die für das gesamte System von Belang sind;

f) nahm die Generalversammlung mit Genugtuung Kenntnis von dem Addendum zum Bericht des Beratenden Ausschusses[137] betreffend die Beziehungen zwischen dem Welternährungsprogramm, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und den Vereinten Nationen;

g) ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, dieses Addendum an den Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen weiterzuleiten, und gab ihrem Wunsch Ausdruck, daß es der fünfundzwanzigsten Tagung der Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen vorgelegt werde.

44/439 — Änderungen der Personalordnung

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[138] und nach Hinweis auf die Notwendigkeit, die Personalordnung regelmäßig zu überprüfen und der Generalversammlung alljährlich den vollen Wortlaut der vorläufigen Personalordnung und der Änderungen vorzulegen, den Bericht des Generalsekretärs über Änderungen der Personalordnung[139] zur Kenntnis zu nehmen.

44/440 — Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Beamten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen

Auf ihrer 83. Plenarsitzung am 19. Dezember 1989 ersuchte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[138] den Generalsekretär, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um seinen Bericht über die Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Beamten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen den Mitgliedstaaten lange vor ihrer Behandlung dieses Themas zukommen zu lassen, um sie in die Lage zu versetzen, seinen Inhalt vor ihrer Erörterung zu prüfen.

44/441 — Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats

Auf ihrer 84. Plenarsitzung am 21. Dezember 1989 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[140] Kenntnis von den Kapiteln I, III (Abschnitt C) und VI (Abschnitt B und D) des Berichts des Wirtschafts- und Sozialrats[50].

44/442 — Anspruchsberechtigung bei Flugreisen

Auf ihrer 84. Plenarsitzung am 21. Dezember 1989 und auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[141] *a)* nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über die Anspruchsberechtigung bei Flugreisen[142]; und *b)* ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, der Generalversammlung über den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen auch weiterhin jährliche Berichte vorzulegen.

[137] A/44/711/Add.1.
[138] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 130, Dokument A/44/880, Ziffer 19.
[139] A/C.5/44/2.
[140] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 12, Dokument A/44/893, Ziffer 4.
[141] Ebd., Tagesordnungspunkt 122, Dokument A/44/894, Ziffer 6.
[142] A/C.5/44/12.

8. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses

44/415 — Inanspruchnahme einer Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich im Rahmen der Vereinten Nationen

Auf ihrer 72. Plenarsitzung am 4. Dezember 1989 beglückwünschte die Generalversammlung auf Empfehlung des Sechsten Ausschusses[143] den Sonderausschuß für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen zum Abschluß seiner Arbeiten am Entwurf des Dokuments über die Inanspruchnahme einer Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich im Rahmen der Vereinten Nationen und beschloß, daß dieser Beschluß, dem dieses Dokument in der Anlage beigefügt ist, den Staaten zur Kenntnis gebracht werden sollte, um es allgemein bekannt zu machen.

[143] *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 146, Dokument A/44/768, Ziffer 13.

ANLAGE

Inanspruchnahme einer Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich im Rahmen der Vereinten Nationen

Staaten, die an einer Streitigkeit beteiligt sind, wollen vielleicht von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Hilfe Dritter in Form einer Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich in Anspruch zu

nehmen, um ihre Streitigkeiten durch friedliche Mittel beizulegen. Dabei können sie sich von folgendem leiten lassen:

1. Die Inanspruchnahme einer Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich im Rahmen der Vereinten Nationen kann von den Staaten als ein Verfahren angesehen werden, das ihnen zur friedlichen Beilegung von internationalen Streitigkeiten im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen zur Verfügung steht.

2. Eine solche Kommission kann für jeden Einzelfall entsprechend den nachstehend beschriebenen Modalitäten durch Vereinbarung der an der Streitigkeit beteiligten Staaten oder, mit deren Zustimmung, auf der Grundlage einer Empfehlung des Sicherheitsrats oder der Generalversammlung oder nach Konsultationen der an der Streitigkeit beteiligten Staaten mit dem Generalsekretär eingesetzt werden. Die an der Streitigkeit beteiligten Staaten können auch andere Modalitäten und Bedingungen für die Einsetzung einer solchen Kommission vereinbaren.

3. Wenn die an einer Streitigkeit beteiligten Staaten die Inanspruchnahme einer Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich wie in Absatz 2 beschrieben akzeptieren, wird mit der Bestellung der Kommissionsmitglieder begonnen.

4. In jedem Einzelfall kann die Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich aus Personen gebildet werden, die von bis zu drei Staaten benannt werden, die selbst nicht Streitpartei sind.

Diese Staaten werden von den an der Streitigkeit beteiligten Staaten oder, mit deren Zustimmung, je nach den Umständen vom Präsidenten des Sicherheitsrats oder vom Präsidenten der Generalversammlung oder vom Generalsekretär bezeichnet.

5. Jeder bezeichnete Staat ernennt nach Zustimmung der an der Streitigkeit beteiligten Staaten eine Person mit großer Sachkenntnis und entsprechender Erfahrung, die in der Kommission in persönlicher Eigenschaft tätig ist.

Der Vorsitzende der Kommission wird aus dem Kreis der Kommissionsmitglieder von den an der Streitigkeit beteiligten Staaten ausgewählt. Diese können im Einzelfall auch vereinbaren, daß der Vorsitzende vom Generalsekretär ernannt wird.

6. Die Kommission kann am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York oder an jedem anderen Ort zusammentreten, den die an der Streitigkeit beteiligten Staaten vereinbart haben.

7. Sobald sich die Kommission anhand der von den beteiligten Staaten vorgelegten Schriftstücke und gegebenenfalls der vom Generalsekretär beigebrachten Informationen über die Merkmale der jeweiligen Streitigkeit informiert hat, wird sie in Ausübung ihrer Guten Dienste bemüht sein, die Streitparteien zur sofortigen Aufnahme direkter Verhandlungen zur Beilegung der Streitigkeit oder zur Wiederaufnahme solcher Verhandlungen oder zur Inanspruchnahme eines anderen Mittels der friedlichen Streitbeilegung zu bewegen.

Sofern die an der Streitigkeit beteiligten Staaten darum ersuchen, wird sich die Kommission bemühen festzustellen, in welchen Gesichtspunkten zwischen den beteiligten Staaten Übereinstimmung herrscht und wo Meinungs- und Auffassungsunterschiede bestehen, und die Merkmale der Streitigkeit herauszuarbeiten, mit dem Ziel, Vorschläge zur Aufnahme oder Wiederaufnahme von Verhandlungen zu unterbreiten, insbesondere auch betreffend den Verhandlungsrahmen und die Verhandlungsphasen, sowie über die zu lösenden Probleme.

8. Sofern die an der Streitigkeit beteiligten Staaten die Kommission zu irgendeinem Zeitpunkt um Vermittlung ersuchen, wird die Kommission den Streitparteien Vorschläge unterbreiten, die sie zur Erleichterung der Verhandlungen für zweckdienlich hält, und bemüht sein, durch Vermittlung eine Annäherung der Standpunkte zu erreichen, bis eine Einigung erzielt ist.

9. Die an der Streitigkeit beteiligten Staaten können zu jedem Zeitpunkt des Verfahrens vereinbaren, die Kommission mit Vergleichsaufgaben zu betrauen. Die an der Streitigkeit beteiligten Staaten legen fest, auf welcher rechtlichen Grundlage die Kommission ihren Aufgaben nachkommen soll. Wird keine derartige Grundlage festgelegt, so sollte sich die Kommission in erster Linie von den sich aus der Charta ergebenden Rechten und Pflichten der Staaten und von den anwendbaren Grundsätzen des Völkerrechts leiten lassen. Im Zuge der Wahrnehmung ihrer Aufgaben formuliert die Kommission die Bedingungen, die sie für eine gütliche Beilegung der Streitigkeit für angemessen hält, und legt sie den Streitparteien vor.

Die an der Streitigkeit beteiligten Staaten werden sodann gebeten, sich zu diesen Bedingungen innerhalb einer von der Kommission festgesetzten Frist zu äußern, die verlängert werden kann, wenn die an der Streitigkeit beteiligten Staaten dies für notwendig erachten.

10. Die Frist, innerhalb derer die Kommission ihren Auftrag ausführen soll, kann von den an der Streitigkeit beteiligten Staaten, gegebenenfalls nach Konsultationen mit dem Generalsekretär, festgesetzt werden.

11. Die an der Streitigkeit beteiligten Staaten können verlangen, daß die Kommission vertraulich arbeitet. Solange die Kommission ihre Bemühungen fortsetzt, wird ohne Zustimmung der an der Streitigkeit beteiligten Staaten keine öffentliche Erklärung über ihre Tätigkeit abgegeben.

12. Die an der Streitigkeit beteiligten Staaten können verlangen, daß die Kommission nach Abschluß ihrer Tätigkeit einen Bericht verfaßt und diesen an sie übermittelt. Die an der Streitigkeit beteiligten Staaten beschließen, ob der Bericht veröffentlicht werden soll.

Gegebenenfalls kann die Kommission in einer von den an der Streitigkeit beteiligten Staaten akzeptierten Form dem zuständigen Organ der Vereinten Nationen Bericht erstatten.

13. Soweit nichts anderes bestimmt wird, sind sämtliche Kosten der Kommission von den an der Streitigkeit beteiligten Staaten zu tragen. Diese können den Generalsekretär ersuchen, der Kommission in angemessenem Umfang die von ihr benötigten Hilfen und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

14. Die an der Streitigkeit beteiligten Staaten sowie andere Staaten handeln in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta und unterlassen jedwede Handlung, die die Situation verschärfen, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden oder die friedliche Beilegung der Streitigkeit erschweren oder behindern könnte.

15. Dieses Dokument darf nicht so ausgelegt werden, als würde es in irgendeiner Weise die Bestimmungen der Charta beeinträchtigen, insbesondere soweit sie sich auf die friedliche Beilegung von Streitigkeiten beziehen.

ANHANG I

ZUSAMMENSETZUNG DER ORGANE

Die nachstehende Liste nennt Fundstellen für die Zusammensetzung des Sicherheitsrats, des Wirtschafts- und Sozialrats, des Treuhandrats und des Internationalen Gerichtshofs sowie von durch die Generalversammlung eingesetzten Organen. Die Zusammensetzung der betreffenden Organe findet sich in den Resolutions- und Beschlußbänden der jeweiligen Tagung auf der in der rechten Spalte angegebenen Seite.

Organ	*Tagung*	*Seite*
Abrüstungskommission	S-10	12*
Abrüstungskonferenz[a]	S-10	15*
Ad-hoc-Ausschuß für den Indischen Ozean[b]		
Ad-hoc-Ausschuß für die Durchführung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen über kollektive Sicherheit[c]	38	107**
Ad-hoc-Ausschuß für die Weltabrüstungskonferenz	28, Vol.I	21*
Ad-hoc-Ausschuß zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern	43	364**
Ad-hoc-Ausschuß zur Frage des internationalen Terrorismus	27	119*
Ad-hoc-Plenarausschuß für die Ausarbeitung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	43	162**
Ad-hoc-Plenarausschuß zur Überprüfung der Verwirklichung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten	39	145**
Arbeitsgruppe zur Frage der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	25	31*
Ausschuß für Anträge auf Überprüfung von Urteilen des Verwaltungsgerichts[d]	10	31*
Ausschuß für das Pensionswesen der Vereinten Nationen (Mitglieder werden von der Generalversammlung ernannt)	43	367**
Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes	31, Vol.I	556**
Ausschuß für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau[e]		
Ausschuß für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung[f]		
Ausschuß für die Beziehungen zum Gastland	31, Vol.I	557**
Ausschuß für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen	37	198**

* englischer Text (deutsche VN-Übersetzung liegt nicht vor).

** deutscher Text.

[a] Früher unter der Bezeichnung "Abrüstungsausschuß" bekannt (siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Achtunddreißigste Tagung, Beilage 27* mit Korrigendum (A/38/27 mit Korr.1), Ziffer 21.

[b] Mit einer mit 6. Mai 1987 datierten Mitteilung (A/41/987) setzte der Präsident der Generalversammlung den Generalsekretär davon in Kenntnis, daß er SIMBABWE zum Mitglied des Ad-hoc-Ausschusses ernannt habe. Somit setzt sich der Ad-hoc-Ausschuß aus den folgenden Mitgliedstaaten zusammen: ÄGYPTEN, ÄTHIOPIEN, AUSTRALIEN, BANGLADESCH, BULGARIEN, CHINA, DEMOKRATISCHER JEMEN, DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK, DSCHIBUTI, FRANKREICH, GRIECHENLAND, INDIEN, INDONESIEN, IRAK, IRAN (ISLAMISCHE REPUBLIK), ITALIEN, JAPAN, JEMEN, JUGOSLAWIEN, KANADA, KENIA, LIBERIA, MADAGASKAR, MALAYSIA, MALEDIVEN, MAURITIUS, MOSAMBIK, NIEDERLANDE, NORWEGEN, OMAN, PAKISTAN, PANAMA, POLEN, RUMÄNIEN, SAMBIA, SEYCHELLEN, SIMBABWE, SINGAPUR, SOMALIA, SRI LANKA, SUDAN, THAILAND, UGANDA, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, VEREINIGTE REPUBLIK TANSANIA, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA.

[c] Siehe auch Resolution 40/159.

[d] Besteht aus den im Präsidialausschuß der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung vertretenen Mitgliedstaaten (siehe Abschnitt X.A, Beschlüsse 44/302, 44/303 und 43/304).

[e] Eingesetzt gemäß Artikel 17 der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (siehe Resolution 34/180). Zur Zusammensetzung des Ausschusses siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 38* (A/44/38), Anhang III.

[f] Eingesetzt gemäß Artikel 8 des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung (siehe Resolution 2106 A (XX)). Zur Zusammensetzung des Ausschusses siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 18* (A/44/18), Abschnitt I.C.

Organ	Tagung	Seite
Ausschuß für die friedliche Nutzung des Weltraums[g]	35	95**
Ausschuß für die Rechte des Kindes	44	203**
Ausschuß für die Überprüfung und Bewertung der Durchführung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	37	159**
Ausschuß für den Bevölkerungspreis der Vereinten Nationen[h]	36	156**
Ausschuß für Maßnahmen im Hinblick auf eine Konferenz zur Überprüfung der Charta	10	49*
Ausschuß für Verhandlungen über die finanzielle Notlage der Vereinten Nationen[i]	30	455*
Ausschuß gegen Folter[j]		
Beirat des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (Mitglieder werden von der Generalversammlung ernannt)	27	29*
Beitragsausschuß	44	379**
Beratender Ausschuß des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts	42	339**
Beratender Ausschuß für das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika	34	659**
Beratender Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen	44	375**
Beratungsausschuß des Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau	43	368**
Gemeinsame Inspektionsgruppe	44	379**
Gouverneursrat des Sonderfonds der Vereinten Nationen[k]	32	654**
Handels- und Entwicklungsrat[l]	31, Vol.I	145**
Hochrangiger Ausschuß zur Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern[m]	35	179**
Informationsausschuß	44	378**
Internationaler Gerichtshof	43, Vol.II	7**
Investitionsausschuß	44	380**
Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht	43	361**
Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst	44	380**
Kommission gegen Apartheid im Sport	40	44**
Konferenzausschuß	44	378**
Namibia-Rat der Vereinten Nationen	33	51**
Präsidialausschuß[n]		
Programm- und Koordinierungsausschuß	44	377**
Rat für industrielle Entwicklung	39	351**
Rechnungsprüfungsausschuß	44	379**
Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina	3, Teil I	25*
Sicherheitsrat	44	375**
Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	42	360**
Sonderausschuß für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen	30	495**
Sonderausschuß für friedenssichernde Operationen	43	146**
Sonderausschuß gegen Apartheid	43	364**
Sonderausschuß zur Auswahl der Preisträger des Menschenrechtspreises der Vereinten Nationen	21	62*

[g] Siehe auch *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 20* (A/44/20), Ziffer 5.

[h] Siehe auch *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Plenary Meetings*, Vol. II (E/1982/SR.30-58), 54. Sitzung, Ziffer 57 und Wirtschafts- und Sozialratsbeschlüsse 1988/150 und 1988/176.

[i] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Einunddreißigste Tagung, Beilage 37* (A/31/37), Ziffer 3.

[j] Eingesetzt gemäß Artikel 17 der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (siehe Resolution 39/46, Anlage). Zur Zusammensetzung des Ausschusses siehe *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 46* mit Korrigendum (A/44/46 mit Korr.1), Anhang II.

[k] Siehe auch Beschlüsse 36/424 und 39/430.

[l] Siehe auch *Official Records of the Trade and Development Board, Thirty-first Session, Supplement No. 1A* (TD/B/1077), Vol. II, Anhang V.

[m] Siehe auch *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierundvierzigste Tagung, Beilage 39* (A/44/39), Abschnitt II.B.

[n] Siehe Abschnitt X.A., Beschlüsse 44/302, 44/303 und 44/304.

Organ	*Tagung*	*Seite*
Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte des palästinensischen Volkes und anderer Araber der besetzten Gebiete beeinträchtigen[o]	28, Vol.II	1*
Sonderausschuß zur Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen	41	307**
Treuhänderausschuß des Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika	20	18*
Treuhänderausschuß für den Freiwilligen Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter[p]	36	214**
Treuhandrat[q]	22, Vol.I	53*
Verwaltungsgericht der Vereinten Nationen	44	380**
Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen	44	376**
Völkerrechtskommission	41	306**
Vollmachtenprüfungsausschuß	44	374**
Vorbereitungsausschuß für die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung	44	180**
Welternährungsrat	44	377**
Wirtschafts- und Sozialrat	44	376**
Wissenschaftlicher Ausschuß der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung	41	120**
Wissenschaftlicher Beratungsausschuß der Vereinten Nationen[r]	9	5*
Zwischenstaatliche Gruppe zur Überwachung der Versorgung und Belieferung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten	41	31**
Zwischenstaatlicher Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	34, Vol.I	491**

[o] Siehe auch Abschnitt IV, Resolution 44/48A, Ziffer 25.
[p] Siehe auch A/39/662, Ziffer 1.
[q] Siehe auch *Official Records of the Security Council, Forty-fourth Year, Special Supplement No. 1*, Teil I, Ziffer 1.
[r] Siehe auch Resolution 1344 (XIII).

ANHANG II

ÜBEREINKÜNFTE, ERKLÄRUNGEN UND ANDERE INSTRUMENTE

Die nachstehende Liste nennt Fundstellen für in den Resolutionsbänden im Wortlaut wiedergegebene Übereinkünfte, Erklärungen und andere Instrumente.

Titel	*Resolution*
Abkommen über die Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Tourismus	32/156
Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und dem Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung	32/107
Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Amtssitz der Vereinten Nationen	169 (II)
Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Carnegie-Stiftung über die Nutzung der Räumlichkeiten des Friedenspalastes in Den Haag mit Zusatzabkommen	84 (I) 2902 (XXVI)
Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung	40/180
Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Weltorganisation für geistiges Eigentum	3346 (XXIX)
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	217 A (III)
Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten	3281 (XXIX)
Definition der Aggression	3314 (XXIX)
Erklärung aus Anlaß des fünfundzwanzigsten Jahrestages der Vereinten Nationen	2627 (XXV)
Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade	35/46
Erklärung der Rechte des Kindes	1386 (XIV)
Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung	1904 (XVIII)
Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone	2832 (XXVI)
Erklärung über Apartheid und deren zerstörerische Folgen im südlichen Afrika	S-16/1
Erklärung über das Recht auf Entwicklung	41/128
Erklärung über das Recht der Völker auf Frieden	39/11
Erklärung über das Verbot der Anwendung nuklearer und thermonuklearer Waffen	1653 (XVI)
Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe	3452 (XXX)
Erklärung über den Schutz von Frauen und Kindern in Notstandssituationen und bei bewaffneten Konflikten	3318 (XXIX)
Erklärung über die Bekämpfung des Drogenhandels und des Drogenmißbrauchs	39/142
Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung	36/55
Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau	2263 (XXII)
Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung	3201 (S-VI)
Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit	2734 (XXV)
Erklärung über die Förderung der Ideale des Friedens, der gegenseitigen Achtung und der Völkerverständigung bei der Jugend	2037 (XX)
Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	1514 (XV)
Erklärung über die kritische Wirtschaftslage in Afrika	39/29
Erklärung über die Menschenrechte von Personen, die nicht Staatsangehörige des Landes sind, in dem sie leben	40/144
Erklärung über die Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit	37/63
Erklärung über die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse des Friedens und zum Wohl der Menschheit	3384 (XXX)
Erklärung über die Rechte der Behinderten	3447 (XXX)
Erklärung über die Rechte der geistig Zurückgebliebenen	2856 (XXVI)
Erklärung über die Rechtsgrundsätze für das Verhalten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums	1962 (XVIII)
Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohl von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung in Pflegestellen und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene	41/85

Titel	*Resolution*
Erklärung über die Unzulässigkeit der Intervention in die inneren Angelegenheiten von Staaten und über den Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität	2131 (XX)
Erklärung über die Unzulässigkeit der Intervention und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten	36/103
Erklärung über die Verhütung einer atomaren Katastrophe	36/100
Erklärung über die Verhütung und Beseitigung von Streitigkeiten und Situationen, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohen können, und über die Rolle der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet	43/51
Erklärung über die Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Unterlassung einer Androhung oder Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen	42/22
Erklärung über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung	32/155
Erklärung über die Vorbereitung der Menschen und Völker auf ein Leben in Frieden	33/73
Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet	2542 (XXIV)
Erklärung über Grundprinzipien der rechtmäßigen Behandlung von Verbrechensopfern und Opfern von Machtmißbrauch	40/34
Erklärung über internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel der Abrüstung	34/88
Erklärung über Südafrika	34/93 O
Erklärung über territoriales Asyl	2312 (XXII)
Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen	2625 (XXV)
Erklärung von Grundsätzen für den Meeresboden und den Meeresuntergrund jenseits der Grenzen des nationalen Zuständigkeitsbereichs	2749 (XXV)
Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten	37/10
Grundsatzkatalog für den Schutz aller irgendeiner Form von Haft oder Strafgefangenschaft unterworfenen Personen	43/173
Grundsätze betreffend die Erdfernerkundung aus dem Weltraum	41/65
Grundsätze, von denen sich die Staaten bei ihren künftigen Maßnahmen zur Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte leiten lassen sollen	44/114A
Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die internationale Fernsehdirektübertragung durch Staaten	37/92
Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	35/56
Internationale Entwicklungsstrategie für die Zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	2626 (XXV)
Internationale Erklärung gegen Apartheid im Sport	32/105 M
Internationale Konvention gegen Apartheid im Sport	40/64 G
Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern	44/34
Internationale Konvention gegen Geiselnahme	34/146
Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid	3068 (XXVIII)
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit Fakultativprotokoll	2200 A (XXI)
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	2200 A (XXI)
Internationales Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung	2106 A (XX)
Konvention der Vereinten Nationen über internationale Wechsel	43/165
Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	39/46
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung	2826 (XXVI)
Konvention über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken	31/72
Konvention über den internationalen Anspruch auf Richtigstellung	630 (VII)
Konvention über die Nichtanwendbarkeit der Verjährungsfrist auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit	2391 (XXIII)
Konvention über die Rechte des Kindes	44/25
Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	260 A (III)
Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	34/180
Konvention zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausnutzung der Prostitution anderer	317 (IV)
Rahmenbestimmungen der Vereinten Nationen für die Jugendgerichtsbarkeit (Beijing-Regeln)	40/33
Übereinkommen über Ad-hoc-Gesandtschaften und Fakultativprotokoll betreffend die obligatorische Streitbeilegung	2530 (XXIV)

Titel	*Resolution*
Übereinkommen über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen	1763 A (XVII)
Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau	640 (VII)
Übereinkommen über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	3235 (XXIX)
Übereinkommen über die Rettung und Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	2345 (XXII)
Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen	1040 (XI)
Übereinkommen über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten	3166 (XXVIII)
Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände	2777 (XXVI)
Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Sonderorganisationen	179 (II)
Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen	22 A (I)
Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern	34/68
Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen	34/169
Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund	2660 (XXV)
Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper	2222 (XXI)
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen	2373 (XXII)
Weltcharta für die Natur	37/7
Zweites Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe	44/128

ANHANG III

INDEX DER RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE
(nach Tagesordnungspunkten)

Die nachstehende Liste führt die von der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung (19. September bis 29. Dezember 1989) verabschiedeten Resolutionen und Beschlüsse nach Tagesordnungspunkten auf. Das nach laufenden Nummern geordnete Verzeichnis der Resolutionen und Beschlüsse findet sich in Anhang IV.

Punkt		*Seite*
1.	Eröffnung der Tagung durch den Leiter der Delegation Argentiniens	
2.	Minute stillen Gebets oder innerer Sammlung	
3.	Vollmachten der Vertreter für die vierundvierzigste Tagung der Generalversammlung	
	a) Ernennung der Mitglieder des Vollmachtenprüfungsausschusses ..... Beschluß 44/301	374
	b) Bericht des Vollmachtenprüfungsausschusses ..... Resolutionen 44/5 A und B	15
4.	Wahl des Präsidenten der Generalversammlung ..... Beschluß 44/302	374
5.	Wahl der Amtsträger der Hauptausschüsse ..... Beschluß 44/303	374
6.	Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung ..... Beschluß 44/304	374
7.	Unterrichtung durch den Generalsekretär nach Artikel 12 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen ..... Beschluß 44/409	383
8.	Annahme der Tagesordnung und Arbeitsplan: Berichte des Präsidialausschusses ..... Beschluß 44/401	381
		Beschluß 44/402	381
		Beschlüsse 44/403 A bis D	382
9.	Generaldebatte	
10.	Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen ..... Beschluß 44/404	382
11.	Bericht des Sicherheitsrats ..... Beschluß 44/424	384
12.	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats	Resolution 44/85	292
		Resolution 44/149	271
		Resolution 44/150	271
		Resolution 44/151	272
		Resolution 44/152	273
		Resolution 44/153	274
		Resolution 44/154	275
		Resolution 44/155	275
		Resolution 44/156	276
		Resolution 44/157	276
		Resolution 44/158	277
		Resolution 44/159	277
		Resolution 44/160	279
		Resolution 44/161	279
		Resolution 44/162	281
		Resolution 44/163	282
		Resolution 44/164	283
		Resolution 44/165	284
		Resolution 44/166	286
		Resolution 44/167	287
		Resolution 44/230	184
		Resolution 44/231	184
		Resolution 44/232	185
		Resolution 44/233	186
		Resolution 44/234	187
		Resolution 44/235	188
		Resolution 44/236	188
		Resolution 44/237	191
		Resolution 44/238	191
		Beschluß 44/435	395
		Beschluß 44/441	399

Punkt			Seite
		Beschluß 44/455	389
		Beschluß 44/456	390
		Beschluß 44/457	384
13.	Bericht des Internationalen Gerichtshofs	Beschluß 44/405	382
14.	Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation	Resolution 44/13	22
15.	Wahlen zur Besetzung freiwerdender Sitze in den Hauptorganen		
	a) Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats	Beschluß 44/306	375
	b) Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats	Beschluß 44/308	376
16.	Wahlen zur Besetzung freiwerdender Sitze in den Nebenorganen und andere Wahlen		
	a) Wahl von neunundzwanzig Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen	Beschluß 44/309	376
	b) Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats	Beschluß 44/310	377
	c) Wahl von sieben Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses	Beschluß 44/311	377
	d) Wahl des Hohen Komissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	Beschluß 44/312	378
17.	Ernennung zur Besetzung freiwerdender Sitze in den Nebenorganen und andere Ernennungen		
	a) Ernennung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen	Beschlüsse 44/305 A und B	375
	b) Ernennung von Mitgliedern des Beitragsausschusses	Beschluß 44/316	379
	c) Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses	Beschluß 44/317	379
	d) Bestätigung der Ernennung von Mitgliedern des Investitionsausschusses	Beschluß 44/318	380
	e) Ernennung von Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen	Beschluß 44/319	380
	f) Ernennung von Mitgliedern der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst	Beschluß 44/320	380
	g) Ernennung von Mitgliedern des Konferenzausschusses	Beschluß 44/314	378
	h) Ernennung von Mitgliedern der Gemeinsamen Inspektionsgruppe	Beschluß 44/315	379
	i) Bestätigung der Ernennung des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen	Beschluß 44/307	376
	j) Ernennung des Namibia-Beauftragten der Vereinten Nationen		
18.	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	Resolution 44/88	295
		Resolution 44/89	296
		Resolution 44/90	296
		Resolution 44/91	297
		Resolution 44/92	299
		Resolution 44/93	300
		Resolution 44/94	301
		Resolution 44/95	302
		Resolution 44/96	303
		Resolution 44/97	305
		Resolution 44/98	305
		Resolution 44/99	307
		Resolution 44/100	53
		Resolution 44/101	55
		Resolution 44/102	56
		Beschluß 44/426	397
		Beschluß 44/427	397
		Beschluß 44/428	398
		Beschluß 44/429	384
19.	Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen		
20.	Rückgabe oder Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer	Resolution 44/18	30
21.	Bilanz des Internationalen Friedensjahres	Resolution 44/11	20
22.	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz	Resolution 44/8	17
23.	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten	Resolution 44/7	15

Punkt			Seite
24.	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem	Resolution 44/4	14
25.	Kurz-, mittel- und langfristige Lösungen für die durch die Naturkatastrophen in Bangladesch verursachten Probleme	Beschluß 44/443	386
26.	Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 betreffend militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua: Notwendigkeit der unverzüglichen Befolgung des Urteils	Resolution 44/43	52
27.	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit	Resolution 44/17	28
28.	Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas	Resolution 44/1 Resolutionen 44/27 A bis L Beschluß 44/407 Beschluß 44/408	12 38 385 382
29.	Frage der Komoreninsel Mayotte	Resolution 44/9	18
30.	Seerecht	Resolution 44/26	36
31.	Die Situation in Kampuchea	Resolution 44/22	33
32.	Die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit	Resolution 44/15	26
33.	Südatlantische Zone des Friedens und der Zusammenarbeit	Resolution 44/20	32
34.	Die Situation in Zentralamerika: Gefahren für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit sowie Friedensinitiativen	Resolution 44/10 Resolution 44/240	19 59
35.	Frage der Falklandinseln (Malvinas)	Beschluß 44/406	382
36.	Namibiafrage		
37.	Die Situation im Nahen Osten	Resolutionen 44/40 A bis C	46
38.	Überprüfung der administrativen und finanziellen Effizienz der Vereinten Nationen	Resolution 44/103 Resolutionen 44/200 A bis C	57 342
39.	Palästinafrage	Resolution 44/2 Resolutionen 44/41 A bis C Resolution 44/42	13 50 51
40.	Derzeitige Finanzkrise der Vereinten Nationen	Resolutionen 44/195 A und B	330
41.	Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien	Beschluß 44/416	383
42.	Erklärung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit über den von der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten im April 1986 aus der Luft und von der See aus geführten militärischen Angriff auf die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija	Beschluß 44/417	384
43.	Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen	Beschluß 44/458	384
44.	Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung	Beschluß 44/459	384
45.	Frage der ausgewogenen Vertretung und der Erhöhung der Zahl der Mitglieder im Sicherheitsrat	Beschluß 44/460	384
46.	Bewaffnete israelische Aggression gegen irakische Kernanlagen und ihre schwerwiegenden Auswirkungen auf das bestehende internationale System für die friedliche Nutzung der Kernenergie, die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie den Weltfrieden und die internationale Sicherheit		
47.	Zypernfrage		
48.	Folgen des andauernden bewaffneten Konflikts zwischen Irak und Iran		
49.	Durchführung der Generalversammlungsresolution 43/62 über die Unterzeichnung und Ratifikation des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Tlatelolco-Vertrag)	Resolution 44/104	63
50.	Einstellung aller Kernversuchsexplosionen	Resolution 44/105	63
51.	Änderung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser	Resolution 44/106	64
52.	Dringende Notwendigkeit eines Vertrages zum umfassenden Verbot von Kernversuchen: Bericht der Abrüstungskonferenz	Resolution 44/107	65
53.	Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region	Resolution 44/108	66

Punkt			Seite
54.	Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien	Resolution 44/109	67
55.	Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie übermäßig schwere Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken	Beschluß 44/430	384
56.	Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen	Resolution 44/110	68
57.	Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen	Resolution 44/111	68
58.	Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum	Resolution 44/112	70
59.	Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas	Resolutionen 44/113 A und B	72
60.	Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme: Bericht der Abrüstungskonferenz	Beschluß 44/431	385
61.	Reduzierung der Militärhaushalte	Resolutionen 44/114A und B	74
62.	Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	Resolutionen 44/115 A bis C	76
63.	Allgemeine und vollständige Abrüstung	Resolutionen 44/116 B, E, J, K, O, P und U	79
	a) Notifizierung von Kernversuchen	Beschluß 44/432	385
	b) Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung	Resolution 44/116 L	85
	c) Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von radiologischen Waffen	Resolutionen 44/116 A und T	79
	d) Konventionelle Abrüstung	Resolution 44/116 C und F	80
	e) Nukleare Abrüstung	Resolution 44/116 D	81
	f) Objektive Information über militärische Fragen	Resolution 44/116 E	82
	g) Durchführung der Abrüstungsresolutionen der Generalversammlung	Resolution 44/116 G	83
	h) Internationaler Waffentransfer	Resolution 44/116 N	86
	i) Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Rüstungszwecke	Resolution 44/116 H	84
	j) Seerüstung und Abrüstung	Resolution 44/116 M	86
	k) Verbot der Ablagerung radioaktiver Abfälle zu feindseligen Zwecken		
	l) Überprüfung der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung: Bericht der Abrüstungskommission	Resolution 44/116 Q	88
	m) Konventionelle Abrüstung auf regionaler Ebene	Resolution 44/116 S	89
	n) Ablagerung von radioaktiven Abfällen	Resolution 44/116 R	89
64.	Überprüfung und Verwirklichung des Abschließenden Dokuments der zwölften Sondertagung der Generalversammlung		
	a) Regionale Abrüstung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 44/117 B	92
	b) Abrüstung und internationale Sicherheit		
	c) Einfrieren der Kernwaffen	Resolution 44/117 D	94
	d) Weltabrüstungskampagne	Resolution 44/117 A	91
	e) Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Afrika	Resolution 44/117 F	95
	f) Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen	Resolution 44/117 C	93
	g) Programm der Vereinten Nationen für Stipendien, Ausbildung und Beratungsdienste auf dem Gebiet der Abrüstung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 44/117 E	94
	h) Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien	Resolution 44/117 F	95
	i) Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden, Abrüstung und Entwicklung in Lateinamerika und in der Karibik	Resolution 44/117 F	95
65.	Der wissenschaftliche-technische Fortschritt und seine Auswirkungen auf die internationale Sicherheit	Resolutionen 44/118 A und B	96
66.	Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der zehnten Sondertagung der Generalversammlung	Resolution 44/119 F	101
	a) Bericht der Abrüstungskommission	Resolution 44/119 C	98
	b) Bericht der Abrüstungskonferenz	Resolution 44/119 D	100

Punkt			Seite
	c) Stand der multilateralen Abrüstungsübereinkünfte		
	d) Beirat für Abrüstungsfragen		
	e) Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung		
	f) Überprüfung und Bewertung der Verwirklichung der Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade		
	g) Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhütung eines Atomkriegs	Resolution 44/119 B	97
	h) Klimatische Auswirkungen eines Atomkrieges, insbesondere auch der nukleare Winter		
	i) Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung	Resolution 44/119 E	100
	j) Verhütung eines Atomkrieges	Resolution 44/119 E	100
	k) Abrüstungswoche	Resolution 44/119 G	101
	l) Umfassendes Abrüstungsprogramm	Resolution 44/119 A	97
	m) Erklärung der neunziger Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade	Resolution 44/119 H	102
67.	Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone	Resolution 44/120	103
68.	Nukleare Rüstung Israels	Resolution 44/121	104
69.	Einhaltung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften	Resolution 44/122	104
70.	Antarktis-Frage	Resolutionen 44/124 A und B	106
71.	Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion	Resolution 44/125	107
72.	Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit	Resolution 44/126	109
73.	Umfassende Konzeption für die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen	Beschluß 44/433	385
74.	Auswirkungen der atomaren Strahlung	Resolution 44/45	113
75.	Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums	Resolution 44/46	114
76.	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	Resolutionen 44/47 A bis K	117
77.	Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen	Resolutionen 44/48 A bis G	122
78.	Umfassende Überprüfung aller Teilaspekte des Fragenkomplexes der Friedensoperationen	Resolution 44/49	128
79.	Informationsfragen	Resolution 44/50 Beschluß 44/313 Beschluß 44/418	129 378 385
80.	Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India	Beschluß 44/419	385
81.	Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen	Beschluß 44/420	385
82.	Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit	Resolution 44/212 Resolution 44/213 Beschluß 44/436 Beschluß 44/448 Beschluß 44/449	160 161 386 388 388
	a) Ausarbeitung einer internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1991-2000)	Resolution 44/169	136
	b) Handel und Entwicklung	Resolution 44/19 Resolution 44/214 Resolution 44/215 Resolution 44/216 Resolution 44/217 Resolution 44/218 Resolution 44/219 Resolution 44/220	31 162 164 165 165 166 167 168
	c) Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten	Resolution 44/170	137

Punkt			Seite
	d) Effektive Mobilisierung und Integration der Frau in die Entwicklung	Resolution 44/171	137
	e) Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern	Resolution 44/221	169
		Resolution 44/222	170
		Resolution 44/223	170
		Beschluß 44/412	385
		Beschluß 44/450	388
	f) Umwelt	Resolution 44/224	171
		Resolution 44/225	172
		Resolution 44/226	173
		Resolution 44/227	175
		Resolution 44/228	177
		Resolution 44/229	181
		Beschluß 44/452	389
		Beschluß 44/453	389
		Beschluß 44/454	389
	g) Wüstenbildung und Dürre	Resolutionen 44/172 A und B	138
		Beschluß 44/437	386
	h) Wohn- und Siedlungswesen	Resolution 44/173	141
		Resolution 44/174	142
	i) Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	Resolutionen 44/14 A bis E	23
	j) Schutz der Umwelt in extraterritorialen Bereichen für die heutigen und die kommenden Generationen	Beschluß 44/451	389
83.	Vorbereitungen für die Sondertagung der Generalversammlung im Jahre 1990	Beschluß 44/444	386
84.	Auslandsverschuldungskrise und Entwicklung	Resolution 44/205	148
		Beschluß 44/445	388
85.	Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen	Resolution 44/206	150
		Resolution 44/207	151
		Beschluß 44/446	388
86.	Operative Entwicklungsaktivitäten	Resolution 44/208	153
		Resolution 44/209	153
		Resolution 44/210	154
		Resolution 44/211	154
	a) Umfassende grundsatzpolitische Überprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen		
	b) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen		
	c) Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen		
	d) Technische Kooperationsaktivitäten der Vereinten Nationen		
	e) Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen		
87.	Ausbildung und Forschung: Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen	Resolution 44/175	142
88.	Besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe	Resolution 44/176	143
		Resolution 44/177	144
		Resolution 44/178	145
		Resolution 44/179	145
		Resolution 44/180	146
		Resolution 44/181	146
		Resolution 44/182	147
	a) Besondere Wirtschaftshilfeprogramme		
	b) Internationale Strategie zur Bekämpfung der Heuschreckenplage, insbesondere in Afrika	Beschluß 44/438	386
89.	Durchführung des Aktionsprogramms für die Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung	Resolution 44/52	204
90.	Weltsoziallage	Resolution 44/54	207
		Resolution 44/55	208
	a) Weltsoziallage	Resolution 44/56	208
	b) Die verschiedenen Formen der Bevölkerungspartizipation als wichtiger Faktor in der Entwicklung und bei der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte	Resolution 44/53	207
91.	Zwanzigster Jahrestag der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet	Resolution 44/57	210
		Beschluß 44/421	395

Punkt			Seite
92.	Erfahrungen der Staaten bei der Herbeiführung tiefgreifender Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel des sozialen Fortschritts	Resolution 44/58 Beschluß 44/422	210 395
93.	Jugendpolitiken und Jugendprogramme	Resolution 44/59	211
94.	Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau	Resolution 44/60	213
95.	Vorbereitung und Organisation des Internationalen Alphabetisierungsjahres	Resolution 44/127	245
96.	Andere Wege und Mittel innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zur besseren Gewährleistung einer effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten	Resolution 44/63	215
	a) Nationale Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte	Resolution 44/64	217
	b) Recht auf Entwicklung	Resolution 44/62	215
	c) Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Menschenrechte	Resolution 44/61	213
97.	Interregionale Konsultation über entwicklungsorientierte Sozialpolitiken und -programme	Resolution 44/65 Resolution 44/66 Beschluß 44/423	218 220 395
98.	Die Internationalen Menschenrechtspakte	Resolution 44/128 Resolution 44/129 Resolution 44/130	246 248 249
99.	Frage des Alterns	Resolution 44/67	220
100.	Beseitigung aller Formen rassischer Diskriminierung	Resolution 44/68 Resolution 44/69	222 223
101.	Durchführung des Weltaktionsprogramms für Behinderte und Behindertendekade der Vereinten Nationen	Resolution 44/70	224
102.	Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit	Resolution 44/71 Resolution 44/72	229 230
103.	Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	Resolution 44/73	233
104.	Zukunftsstrategien zur Förderung der Frau bis zum Jahr 2000	Resolution 44/76	235
	a) Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau	Resolution 44/77	236
	b) Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau	Resolution 44/74	234
	c) Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat	Resolution 44/75	234
	d) Verwirklichung der Erklärung über die Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit		
	e) Erfahrungen der Staaten im Zusammenhang mit der Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten	Resolution 44/78	238
105.	Wichtigkeit der universalen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der raschen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die tatsächliche Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte	Resolution 44/79 Resolution 44/80 Resolution 44/81	238 242 243
106.	Beseitigung aller Formen religiöser Intoleranz	Resolution 44/131	250
107.	Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt	Resolution 44/132 Resolution 44/133 Resolution 44/134	251 252 252
108.	Verabschiedung einer Konvention über die Rechte des Kindes	Resolution 44/25	195
109.	Effektive Anwendung der Internationalen Menschenrechtsinstrumente einschließlich der Berichtspflichten aufgrund der internationalen Menschenrechtsinstrumente	Resolution 44/135	253
110.	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	Resolution 44/137	255
	a) Internationale Konferenz über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im südlichen Afrika	Resolution 44/136	255
	b) Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge	Resolution 44/139	259
	c) Internationale Konferenz über indochinesische Flüchtlinge	Resolution 44/138	258

Punkt			Seite
111.	Internationales Vorgehen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs	Beschluß 44/434	395
	a) Konvention der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen	Resolution 44/140	261
	b) Internationale Kampagne gegen den Drogenmißbrauch und den unerlaubten Suchtstoffverkehr	Resolution 44/141	262
		Resolution 44/142	264
112.	Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	Resolution 44/143	266
		Resolution 44/144	267
		Resolution 44/145	268
113.	Die Familie im Entwicklungsprozeß	Resolution 44/82	244
114.	Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen	Resolution 44/146	268
		Resolution 44/147	269
115.	Ausarbeitung eines Instruments über Menschenrechte, die sich auf Solidarität gründen	Resolution 44/148	270
116.	Informationen aus den Gebieten ohne Selbstregierung, übermittelt gemäß Artikel 73 *e)* der Charta der Vereinten Nationen	Resolution 44/83	289
117.	Aktivitäten ausländischer wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern	Resolution 44/84	290
		Beschluß 44/425	396
118.	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen	Resolution 44/85	292
119.	Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika	Resolution 44/86	294
120.	Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner von Gebieten ohne Selbstregierung	Resolution 44/87	295
121.	Finanzberichte und geprüfte Rechnungsabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses	Resolution 44/183	311
	a) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen		
	b) Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen		
	c) Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten		
	d) Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen		
	e) Vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge verwaltete freiwillige Fonds		
	f) Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen		
122.	Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1988-1989	Resolution 44/193 A und B	325
		Beschluß 44/442	399
123.	Entwurf des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991	Resolutionen 44/201 A und B	345
		Resolutionen 44/202 A bis C	349
		Resolution 44/203	352
		Resolution 44/204	352
124.	Programmplanung	Resolution 44/194	328
125.	Finanzielle Notlage der Vereinten Nationen	Resolutionen 44/195 A und B	330
126.	Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen und der Internationalen Atomenergie-Organisation		
	a) Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen	Beschluß 44/414	398
	b) Harmonisierung der Satzungen, Verfahrensordnungen und Gepflogenheiten der Verwaltungsgerichte der Internationalen Arbeitsorganisation und der Vereinten Nationen	Beschluß 44/413	398
127.	Gemeinsame Inspektionsgruppe	Resolution 44/184	313
128.	Konferenzplan	Resolutionen 44/196 A bis C	331
129.	Beitragstabelle für die Aufteilung der Ausgabenlast der Vereinten Nationen	Resolutionen 44/197 A bis C	333

Punkt		Seite
130. Personalfragen		
a) Personalstruktur des Sekretariats	Resolution 44/185 A	314
b) Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen	Resolution 44/186 Beschluß 44/440	316 399
c) Sonstige Personalfragen	Resolutionen 44/185 B bis D Beschluß 44/439	315 399
131. Gemeinsames System der Vereinten Nationen	Resolution 44/198	334
132. Pensionssystem der Vereinten Nationen	Resolution 44/199	339
133. Finanzierung der Friedenstruppen der Vereinten Nationen im Nahen Osten		
a) Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung	Resolution 44/187	318
b) Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon	Resolution 44/188	319
c) Überprüfung der Sätze für die Kostenerstattung an die Regierungen der truppenstellenden Staaten		
134. Finanzierung der Militärischen Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran	Resolution 44/189	320
135. Finanzierung der Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola	Resolution 44/190	321
136. Finanzierung der Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit	Resolution 44/191	322
137. Verwaltungs- und haushaltstechnische Aspekte der Finanzierung der Friedensoperationen der Vereinten Nationen	Resolutionen 44/192 A bis C	323
138. Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts	Resolution 44/28	355
139. Maßnahmen zur Verhinderung von internationalem Terrorismus, der das Leben unschuldiger Menschen bedroht oder vernichtet oder die Grundfreiheiten beeinträchtigt, sowie Untersuchung der tieferen Ursachen derjenigen Formen von Terrorismus und Gewalthandlungen, die in Elend, Enttäuschung, Leid und Verzweiflung wurzeln und manche Menschen dazu treiben, Menschenleben – einschließlich ihres eigenen – zu opfern, um radikale Veränderungen herbeizuführen	Resolution 44/29	357
a) Bericht des Generalsekretärs		
b) Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zur Definition des Terrorismus und zu seiner Differenzierung vom nationalen Befreiungskampf der Völker		
140. Fortschreitende Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung	Resolution 44/30	360
141. Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten	Resolution 44/31	360
142. Entwurf eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit	Resolution 44/32	361
143. Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre zweiundzwanzigste Tagung	Resolution 44/33	362
144. Bericht des Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern	Resolution 44/34	363
145. Bericht der Völkerrechtskommission über ihre einundvierzigste Tagung	Resolution 44/35 Resolution 44/36	366 367
146. Bericht des Sonderausschusses für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen	Resolution 44/37 Beschluß 44/415	368 399
147. Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland	Resolution 44/38	369
148. Generalversammlungs-Beobachterstatus für den Europarat	Resolution 44/6	15
149. Völkerrechtsdekade der Vereinten Nationen	Resolution 44/23	35
150. Schutz und Sicherheit von kleinen Staaten	Resolution 44/51	133
151. Bildung und Information im Dienste der Abrüstung	Resolution 44/123	105

Punkt			Seite
152.	Internationale strafrechtliche Verantwortlichkeit von Einzelpersonen und Vereinigungen, die dem unerlaubten Drogenverkehr über Staatsgrenzen hinweg und anderen grenzüberschreitenden strafbaren Tätigkeiten nachgehen: Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs mit Zuständigkeit für derartige Straftaten	Resolution 44/39	369
153.	Notstandshilfe für Sudan	Beschluß 44/447	388
154.	Aktion "Überlebens-Brücke" Sudan	Resolution 44/12	21
155.	Afrikanische Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich	Resolution 44/24 Beschluß 44/411	35 383
156.	Notstandshilfe für Antigua und Barbuda, die Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat und St. Kitts und Nevis	Resolution 44/3	13
157.	Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen	Resolution 44/16 Beschluß 44/410	27 383
158.	Festigung des internationalen Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit unter allen Aspekten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen	Resolution 44/21	32
159.	Finanzierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika	Resolution 44/44	310
160.	Internationale Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Angolas	Resolution 44/168	58
161.	Humanitäre Notstandshilfe für Rumänien	Resolution 44/239	59

ANHANG IV

VERZEICHNIS DER RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE
(nach laufenden Nummern)

Dieses Verzeichnis enthält alle Resolutionen und Beschlüsse, die von der vierundvierzigsten Tagung der Generalversammlung (19. September bis 29. Dezember 1989) verabschiedet wurden. Für Resolutionen und Beschlüsse, die durch eine formelle Abstimmung verabschiedet wurden, gibt die Spalte "Abstimmungsergebnis" die Zahl der Ja-Stimmen, der Nein-Stimmen und der Enthaltungen an. Falls nichts anderes angegeben ist, handelt es sich dabei um eine Abstimmung mit Stimmenauszählung unter Erfassung der Länder (recorded vote). Nähere Angaben über die Stimmabgabe, die nur für aufgezeichnete Abstimmungen vorliegen, finden sich im Wortprotokoll der jeweiligen Plenarsitzung (vgl. *Official Records of the General Assembly, Forty-fourth Session, Plenary Meetings*); eine vollständige Auflistung dieser Ergebnisse nach Mitgliedstaaten findet sich im Anhang zum *Index to Proceedings of the General Assembly* (ST/LIB/SER.B/A.44, Teil I).

RESOLUTIONEN

Lfd.Nr.	*Titel*	*Punkt*	*Plenarsitzung*	*Datum*	*Abstimmungsergebnis*	*Seite*
44/1	Todesstrafe für einen südafrikanischen Patrioten	28	11.	28. September 1989	149-0-2	12
44/2	Der Aufstand ("Intifadah") des palästinensischen Volkes	39	23.	6. Oktober 1989	140-2-6	13
44/3	Notstandshilfe für Antigua und Barbuda, die Britischen Jungferninseln, Dominica, Montserrat und St. Kitts und Nevis	156	31.	12. Oktober 1989		13
44/4	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Lateinamerikanischen Wirtschaftssystem	24	24.	17. Oktober 1989		14
44/5	Vollmachten der Vertreter für die vierundvierzigste Tagung und die sechzehnte Sondertagung der Generalversammlung					
	Resolution A	3	32.	17. Oktober 1989		15
	Resolution B	3	79.	11. Dezember 1989		15
44/6	Beobachterstatus für den Europarat in der Generalversammlung	148	33.	17. Oktober 1989		15
44/7	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Liga der arabischen Staaten	23	33.	17. Oktober 1989	143-2-0	15
44/8	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz	22	34.	18. Oktober 1989		17
44/9	Frage der Komoreninsel Mayotte	29	34.	18. Oktober 1989	128-1-24	18
44/10	Die Situation in Zentralamerika: Gefahren für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit sowie Friedensinitiativen	34	35.	23. Oktober 1989		19
44/11	Bilanz des Internationalen Friedensjahres	21	37.	24. Oktober 1989		20
44/12	Aktion Überlebens-Brücke Sudan	154	37.	24. Oktober 1989		21
44/13	Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation	14	40.	25. Oktober 1989		22
44/14	Durchführung des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung					
	A. Zehnjährige Bestandsaufnahme und Neubelebung des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	82 *f)*	42.	26. Oktober 1989		23
	B. Aufbau einer wissenschaftlich-technischen Eigenkapazität	82 *f)*	42.	26. Oktober 1989		23
	C. Koordination und Harmonisierung der Tätigkeiten auf wissenschaftlich-technischem Gebiet	82 *f)*	42.	26. Oktober 1989		24
	D. Finanzierung von Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung	82 *f)*	42.	26. Oktober 1989		25
	E. Technologiefolgenabschätzung	82 *f)*	42.	26. Oktober 1989		26
44/15	Die Situation in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit	32	43.	1. November 1989		26

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/16	Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen	157	43.	1. November 1989		27
44/17	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit	27	44.	1. November 1989		28
44/18	Rückgabe oder Rückerstattung von Kulturgut an die Ursprungsländer	20	45.	6. November 1989	139-0-16	30
44/19	Fünfundzwanzigjähriges Bestehen der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen	82 *b*)	54.	14. November 1989		31
44/20	Südatlantische Zone des Friedens und der Zusammenarbeit	33	55.	14. November 1989	146-1-2	32
44/21	Festigung des internationalen Friedens, der Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit unter allen Aspekten im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen	158	56.	15. November 1989		32
44/22	Die Situation in Kampuchea	31	58.	16. November 1989	124-17-12	33
44/23	Völkerrechtsdekade der Vereinten Nationen	149	60.	17. November 1989		35
44/24	Afrikanische Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich	155	60.	17. November 1989	137-1-0	35
44/25	Konvention über die Rechte des Kindes	108	61.	20. November 1989		195
44/26	Seerecht	30	62.	20. November 1989	138-2-6	36
44/27	Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas					
	A. Internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf in Südafrika	28	63.	22. November 1989	129-4-21	38
	B. Internationale Unterstützung für die Ausmerzung der Apartheid in Südafrika auf dem Weg über echte Verhandlungen	28	63.	22. November 1989		38
	C. Umfassende und bindende Sanktionen gegen das rassistische Regime Südafrikas	28	63.	22. November 1989	118-11-22	39
	D. Verhängung, Koordination und strenge Überwachung von Maßnahmen gegen das rassistische Südafrika	28	63.	22. November 1989	135-3-15	39
	E. Internationaler finanzieller Druck auf die Apartheidwirtschaft Südafrikas	28	63.	22. November 1989	140-4-11	40
	F. Beziehungen zwischen Südafrika und Israel	28	63.	22. November 1989	114-22-18	41
	G. Arbeitsprogramm des Sonderausschusses gegen Apartheid	28	63.	22. November 1989	145-0-10	41
	H. Ölembargo gegen Südafrika	28	63.	22. November 1989	139-2-14	42
	I. Militärische Kollaboration mit Südafrika	28	63.	22. November 1989	106-17-26	43
	J. Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika	28	63.	22. November 1989		43
	K. Konzertierte internationale Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid	28	63.	22. November 1989	151-2-3	44
	L. Unterstützung der Tätigkeit der Kommission gegen Apartheid im Sport	28	63.	22. November 1989	127-1-23	46
44/28	Hilfsprogramm der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts	138	72.	4. Dezember 1989		355
44/29	Maßnahmen zur Verhinderung von internationalem Terrorismus, der das Leben unschuldiger Menschen bedroht oder vernichtet oder die Grundfreiheiten beeinträchtigt, sowie Untersuchung der tieferen Ursachen derjenigen Formen von Terrorismus und Gewalthandlungen, die in Elend, Enttäuschung, Leid und Verzweiflung wurzeln und manche Menschen dazu treiben, Menschenleben — einschließlich ihres eigenen — zu opfern, um radikale Veränderungen herbeizuführen					
	a) Bericht des Generalsekretärs					
	b) Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zur Definition des Terrorismus und zu seiner Differenzierung vom nationalen Befreiungskampf der Völker	139	72.	4. Dezember 1989		357

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/30	Fortschreitende Entwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung	140	72.	4. Dezember 1989	126-1-24	360
44/31	Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten	141	72.	4. Dezember 1989	131-0-21	360
44/32	Entwurf eines Kodex der Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit	142	72.	4. Dezember 1989	133-5-14	361
44/33	Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre zweiundzwanzigste Tagung	143	72.	4. Dezember 1989		362
44/34	Internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern	144	72.	4. Dezember 1989		363
44/35	Bericht der Völkerrechtskommission über ihre einundvierzigste Tagung	145	72.	4. Dezember 1989		366
44/36	Behandlung der Artikelentwürfe über die Rechtsstellung des diplomatischen Kuriers und des nicht von einem diplomatischen Kurier begleiteten diplomatischen Kuriergepäcks sowie der Entwürfe dazugehöriger Fakultativprotokolle	145	72.	4. Dezember 1989		367
44/37	Bericht des Sonderausschusses für die Charta und die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen	146	72.	4. Dezember 1989		368
44/38	Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland	147	72.	4. Dezember 1989		369
44/39	Internationale strafrechtliche Verantwortlichkeit von Einzelpersonen und Vereinigungen, die dem unerlaubten Suchtstoffverkehr über Staatsgrenzen hinweg und anderen grenzüberschreitenden kriminellen Aktivitäten nachgehen: Schaffung eines internationalen Strafgerichtshofs mit Zuständigkeit für Verbrechen dieser Art	152	72.	4. Dezember 1989		369
44/40	Die Situation im Nahen Osten					
	Resolution A	37	73.	4. Dezember 1989	109-18-31	46
	Resolution B	37	73.	4. Dezember 1989	84-22-49	48
	Resolution C	37	73.	4. Dezember 1989	147-2-8	50
44/41	Palästinafrage					
	Resolution A	39	76.	6. Dezember 1989	132-3-21	50
	Resolution B	39	76.	6. Dezember 1989	133-3-20	51
	Resolution C	39	76.	6. Dezember 1989	136-3-17	51
44/42	Palästinafrage	39	76.	6. Dezember 1989	151-3-1	51
44/43	Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom 27. Juni 1986 betreffend militärische und paramilitärische Aktivitäten in und gegen Nicaragua: Notwendigkeit der unverzüglichen Befolgung des Urteils	26	77.	7. Dezember 1989	91-2-41	52
44/44	Finanzierung der Beobachtergruppe der Vereinten Nationen in Zentralamerika	159	77.	7. Dezember 1989		310
44/45	Auswirkungen der atomaren Strahlung	74	78.	8. Dezember 1989		113
44/46	Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums	75	78.	8. Dezember 1989		114
44/47	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten					
	A. Hilfe für Palästinaflüchtlinge	76	78.	8. Dezember 1989	134-0-1	117
	B. Arbeitsgruppe zur Frage der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	76	78.	8. Dezember 1989		117
	C. Unterstützung der infolge der Feindseligkeiten vom Juni 1967 und späterer Feindseligkeiten vertriebenen Personen	76	78.	8. Dezember 1989		118
	D. Von Mitgliedstaaten angebotene Zuschüsse und Stipendien für die Hochschul- und Berufsausbildung von Palästinaflüchtlingen	76	78.	8. Dezember 1989	141-0-1	118
	E. Palästinaflüchtlinge in dem seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiet	76	78.	8. Dezember 1989	140-2-1	119
	F. Wiederaufnahme der Verteilung von Rationen an Palästinaflüchtlinge	76	78.	8. Dezember 1989	121-20-3	119
	G. Rückkehr der seit 1967 vertriebenen Bevölkerungsgruppen und Flüchtlinge	76	78.	8. Dezember 1989	126-2-19	120
	H. Einkommen aus dem Eigentum von Palästinaflüchtlingen	76	78.	8. Dezember 1989	125-2-21	120
	I. Schutz von Palästinaflüchtlingen	76	78.	8. Dezember 1989	146-2-1	121
	J. Universität von Jerusalem (El Kuds) für Palästinaflüchtlinge	76	78.	8. Dezember 1989	147-2-1	122

Lfd.Nr	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
	K. Schutz palästinensischer Schüler und Studenten und Bildungseinrichtungen sowie Gewährleistung der Sicherheit der Einrichtungen des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten in dem besetzten palästinensischen Gebiet ...	76	78.	8. Dezember 1989	146-2-1	122
44/48	Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen					
	Resolution A	77	78.	8. Dezember 1989	107-2-41	122
	Resolution B	77	78.	8. Dezember 1989	149-1-2	125
	Resolution C	77	78.	8. Dezember 1989	146-1-3	125
	Resolution D	77	78.	8. Dezember 1989	145-2-2	126
	Resolution E	77	78.	8. Dezember 1989	150-1-2	126
	Resolution F	77	78.	8. Dezember 1989	148-1-4	127
	Resolution G	77	78.	8. Dezember 1989	150-2-1	127
44/49	Umfassende Überprüfung aller Teilaspekte des Fragenkomplexes der Friedensoperationen	78	78.	8. Dezember 1989		128
44/50	Informationsfragen	79	78.	8. Dezember 1989	127-2-21	129
44/51	Schutz und Sicherheit kleiner Staaten	150	78.	8. Dezember 1989		133
44/52	Zweite Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung	89	78.	8. Dezember 1989		204
44/53	Die verschiedenen Formen der Bevölkerungspartizipation als wichtige Faktoren der Entwicklung und der vollen Verwirklichung aller Menschenrechte	90 *b*)	78.	8. Dezember 1989		207
44/54	Soziale Wohlfahrt, Entwicklung und Wissenschaft und Technik	90	78.	8. Dezember 1989		207
44/55	Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit	90	78.	8. Dezember 1989		208
44/56	Weltsoziallage	90 *a*)	78.	8. Dezember 1989	131-1-23	208
44/57	Zwanzigster Jahrestag der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet	91	78.	8. Dezember 1989		210
44/58	Erfahrungen der Staaten bei der Förderung der Genossenschaftsbewegung	92	78.	8. Dezember 1989		210
44/59	Jugendpolitiken und Jugendprogramme	93	78.	8. Dezember 1989		211
44/60	Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau	94	78.	8. Dezember 1989		213
44/61	Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Menschenrechte	96 *c*)	78.	8. Dezember 1989		213
44/62	Recht auf Entwicklung	96 *b*)	78.	8. Dezember 1989		215
44/63	Andere Wege und Mittel innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zur besseren Gewährleistung einer effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten	96	78.	8. Dezember 1989	129-1-25	215
44/64	Nationale Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte	96 *a*)	78.	8. Dezember 1989		217
44/65	Leitlinien für Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik in naher Zukunft sowie Anschlußmaßnahmen an die Interregionale Konsultation über Strategien und Maßnahmen einer entwicklungsorientierten Sozialpolitik	97	78.	8. Dezember 1989		218
44/66	Laufende Verfolgung von Informationen über wirksame Maßnahmen und verschiedene Methoden zur Durchführung sozialpolitischer Pläne, Strategien und Aktionsprogramme durch die Staaten	97	78.	8. Dezember 1989		220
44/67	Durchführung des Internationalen Aktionsplans zur Frage des Alterns und damit zusammenhängende Aktivitäten .	99	78.	8. Dezember 1989		220
44/68	Bericht des Ausschusses für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung	100	78.	8. Dezember 1989		222
44/69	Stand der Internationalen Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid ...	100	78.	8. Dezember 1989	124-1-27	223
44/70	Durchführung des Weltaktionsprogramms für Behinderte und Behindertendekade der Vereinten Nationen	101	78.	8. Dezember 1989		224
44/71	Internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens	102	78.	8. Dezember 1989		229
44/72	Verbrechensverhütung und Strafgerichtsbarkeit	102	78.	8. Dezember 1989		230
44/73	Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	103	78.	8. Dezember 1989		233
44/74	Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau ..	104 *b*)	78.	8. Dezember 1989		234

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/75	Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat	104 *c*)	78.	8. Dezember 1989		234
44/76	Ältere Frauen	104	78.	8. Dezember 1989		235
44/77	Umsetzung der Zukunftsstrategien von Nairobi zur Förderung der Frau	104 *a*)	78.	8. Dezember 1989		236
44/78	Verbesserung der Situation der Frau in ländlichen Gebieten	104 *e*)	78.	8. Dezember 1989		238
44/79	Wichtigkeit der universalen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der raschen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die tatsächliche Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte	105	78.	8. Dezember 1989	123-15-16	238
44/80	Universale Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker	105	78.	8. Dezember 1989		242
44/81	Der Einsatz von Söldnern als Mittel zur Verletzung der Menschenrechte und zur Behinderung der Ausübung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung	105	78.	8. Dezember 1989	125-10-21	243
44/82	Internationales Jahr der Familie	113	78.	8. Dezember 1989		244
44/83	Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung, übermittelt gemäß Artikel 73 *e* der Charta der Vereinten Nationen	116	80.	11. Dezember 1989	150-0-3	289
44/84	Aktivitäten ausländischer wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern	117	80.	11. Dezember 1989	125-10-17	290
44/85	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen	118 und 12	80.	11. Dezember 1989	142-2-10	292
44/86	Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika	119	80.	11. Dezember 1989		294
44/87	Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner der Gebiete ohne Selbstregierung	120	80.	11. Dezember 1989		295
44/88	Westsahara-Frage	18	80.	11. Dezember 1989		295
44/89	Frage Neukaledoniens	18	80.	11. Dezember 1989		296
44/90	Tokelau-Frage	18	80.	11. Dezember 1989		296
44/91	Frage der Caymaninseln	18	80.	11. Dezember 1989		297
44/92	Bermuda-Frage	18	80.	11. Dezember 1989		299
44/93	Frage der Turks- und Caicosinseln	18	80.	11. Dezember 1989		300
44/94	Anguilla-Frage	18	80.	11. Dezember 1989		301
44/95	Frage der Britischen Jungferninseln	18	80.	11. Dezember 1989		302
44/96	Montserrat-Frage	18	80.	11. Dezember 1989		303
44/97	Frage Amerikanisch-Samoas	18	80.	11. Dezember 1989		305
44/98	Guam-Frage	18	80.	11. Dezember 1989		305
44/99	Frage der Amerikanischen Jungferninseln	18	80.	11. Dezember 1989		307
44/100	Aktivitätenprogramm zur Begehung des dreißigsten Jahrestages der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	18	80.	11. Dezember 1989	137-2-14	53
44/101	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	18	80.	11. Dezember 1989	142-2-8	55
44/102	Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung	18	80.	11. Dezember 1989	143-2-7	56
44/103	Neugliederung und Neubelebung der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich	38	80.	11. Dezember 1989		57
44/104	Durchführung der Generalversammlungsresolution 43/62 über die Unterzeichnung und Ratifikation des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)	49	81.	15. Dezember 1989	147-0-3	63
44/105	Einstellung aller Kernversuchsexplosionen	50	81.	15. Dezember 1989	136-3-13	63
44/106	Änderung des Vertrages über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser	51	81.	15. Dezember 1989	127-2-22	64
44/107	Dringende Notwendigkeit eines umfassenden Vertrages über das Verbot von Kernversuchen	52	81.	15. Dezember 1989	145-2-6	65

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/108	Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in der Nahost-Region	53	81.	15. Dezember 1989		66
44/109	Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien	54	81.	15. Dezember 1989	116-3-32	67
44/110	Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen	56	81.	15. Dezember 1989	131-0-21	68
44/111	Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen	57	81.	15. Dezember 1989	151-0-3	68
44/112	Verhütung eines Wettrüstens im Weltraum	58	81.	15. Dezember 1989	153-1-0	70
44/113	Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas					
	A. Verwirklichung der Erklärung	59	81.	15. Dezember 1989	147-0-4	72
	B. Nuklearfähigkeit Südafrikas	59	81.	15. Dezember 1989	137-4-10	72
44/114	Reduzierung der Militärhaushalte					
	A. Reduzierung der Militärhaushalte	61	81.	15. Dezember 1989	116-10-19	74
	B. Militärhaushalte	61	81.	15. Dezember 1989	127-0-15	76
44/115	Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen					
	A. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	62	81.	15. Dezember 1989		76
	B. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen: Maßnahmen zur Bestätigung der Verbindlichkeit des Genfer Protokolls von 1925 und zur Unterstützung des Abschlusses einer Konvention über chemische Waffen	62	81.	15. Dezember 1989		77
	C. Umsetzung der Empfehlungen der Zweiten Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen	62	81.	15. Dezember 1989		78
44/116	Allgemeine und vollständige Abrüstung					
	A. Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von radiologischen Waffen	63 *c)*	81.	15. Dezember 1989	124-2-26	79
	B. Bilaterale Kernwaffenverhandlungen	63	81.	15. Dezember 1989	91-0-61	80
	C. Konventionelle Abrüstung	63 *d)*	81.	15. Dezember 1989		80
	D. Nukleare Abrüstung	63 *e)*	81.	15. Dezember 1989		81
	E. Objektive Informationen über militärische Fragen	63 *f)*	81.	15. Dezember 1989	132-0-13	82
	F. Konventionelle Abrüstung	63 *d)*	81.	15. Dezember 1989		83
	G. Durchführung der Abrüstungsresolutionen der Generalversammlung	63 *g)*	81.	15. Dezember 1989	129-1-25	83
	H. Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Rüstungszwecke	63 *i)*	81.	15. Dezember 1989	147-1-6	84
	I. Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und konventionelle Abrüstung in Europa	63	81.	15. Dezember 1989		84
	J. Umstellung militärischer Ressourcen	63	81.	15. Dezember 1989	153-0-1	84
	K. Bilaterale Kernwaffenverhandlungen	63	81.	15. Dezember 1989	134-0-18	85
	L. Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung	63 *b)*	81.	15. Dezember 1989		85
	M. Seerüstung und Abrüstung	63 *j)*	81.	15. Dezember 1989	154-1-0	86
	N. Internationale Waffentransfers	63 *h)*	81.	15. Dezember 1989	143-0-12	86
	O. Konferenz der Vertragsparteien zur Überprüfung des Vertrages über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund	63	81.	15. Dezember 1989		86
	P. Defensive Sicherheitskonzeptionen und Sicherheitspolitiken	63	81.	15. Dezember 1989	131-0-19	87
	Q. Überprüfung der Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung	63 *l)*	81.	15. Dezember 1989		88
	R. Verbot der Ablagerung von radioaktiven Abfällen	63 *n)*	81.	15. Dezember 1989	150-0-4	89
	S. Konventionelle Abrüstung auf regionaler Ebene	63 *m)*	81.	15. Dezember 1989	119-1-31	89
	T. Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes von radiologischen Waffen	63 *c)*	81.	15. Dezember 1989		90
	U. Beitrag der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit	63	81.	15. Dezember 1989		91

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/117	Überprüfung und Durchführung des Abschließenden Dokuments der zwölften Sondertagung der Generalversammlung					
	A. Weltabrüstungskampagne	64 *d*)	81.	15. Dezember 1989	144-0-10	91
	B. Regionale Abrüstung	64 *a*)	81.	15. Dezember 1989		92
	C. Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen	64 *f*)	81.	15. Dezember 1989	134-17-4	93
	D. Einfrieren der Kernwaffen	64 *c*)	81.	15. Dezember 1989	136-13-5	94
	E. Programm der Vereinten Nationen für Stipendien, Ausbildung und Beratungsdienste auf dem Gebiet der Abrüstung	64 *g*)	81.	15. Dezember 1989		94
	F. Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Afrika, Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden und Abrüstung in Asien und Regionalzentrum der Vereinten Nationen für Frieden, Abrüstung und Entwicklung in Lateinamerika und in der Karibik	64 *e*), *h*) und *i*)	81.	15. Dezember 1989	153-1-1	95
44/118	Wissenschaftlich-technische Neuerungen und ihre Auswirkungen auf die internationale Sicherheit					
	A. Wissenschaftlich-technische Neuerungen und ihre Auswirkungen auf die internationale Sicherheit	65	81.	15. Dezember 1989	137-3-14	96
	B. Wissenschaft und Technik im Dienste der Abrüstung	65	81.	15. Dezember 1989	154-0-1	96
44/119	Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der zehnten Sondertagung der Generalversammlung					
	A. Umfassendes Abrüstungsprogramm	66 *l*)	81.	15. Dezember 1989	154-0-1	97
	B. Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhütung eines Atomkrieges	66 *g*)	81.	15. Dezember 1989	129-17-7	97
	C. Bericht der Abrüstungskommission	66 *a*)	81.	15. Dezember 1989		98
	D. Bericht der Abrüstungskonferenz	66 *b*)	81.	15. Dezember 1989	138-8-9	100
	E. Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung sowie Verhütung eines Atomkrieges	66 *i*) und *j*)	81.	15. Dezember 1989	138-11-6	100
	F. Vertrag über die kernwaffenfreie Zone im Südpazifik	66	81.	15. Dezember 1989	151-0-44	101
	G. Abrüstungswoche	66 *k*)	81.	15. Dezember 1989		101
	H. Erklärung der 90er Jahre zur Dritten Abrüstungsdekade	66 *m*)	81.	15. Dezember 1989		102
44/120	Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone	67	81.	15. Dezember 1989	137-4-14	103
44/121	Nukleare Rüstung Israels	68	81.	15. Dezember 1989	104-2-43	104
44/122	Einhaltung von Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsübereinkünften	69	81.	15. Dezember 1989		104
44/123	Abrüstungserziehung	151	81.	15. Dezember 1989	149-0-5	105
44/124	Antarktis-Frage					
	Resolution A	70	81.	15. Dezember 1989	114-0-7*	106
	Resolution B	70	81.	15. Dezember 1989	101-0-8*	106
44/125	Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in der Mittelmeerregion	71	81.	15. Dezember 1989		107
44/126	Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit	72	81.	15. Dezember 1989	128-1-24	109
44/127	Internationales Alphabetisierungsjahr	95	82.	15. Dezember 1989		245
44/128	Zweites Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe	98	82.	15. Dezember 1989	59-26-48	246
44/129	Die Internationalen Menschenrechtspakte	98	82.	15. Dezember 1989		248
44/130	Unteilbarkeit und Interdependenz der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte	98	82.	15. Dezember 1989	124-0-23	249
44/131	Beseitigung aller Formen religiöser Intoleranz	106	82.	15. Dezember 1989		250
44/132	Leitlinien zur Regelung der rechnergestützten Handhabung von personenbezogenen Dateien	107	82.	15. Dezember 1989		251

* namentliche Abstimmung

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/133	Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt	107	82.	15. Dezember 1989		252
44/134	Die Menschenrechte und der wissenschaftlich-technische Fortschritt	107	82.	15. Dezember 1989		252
44/135	Effektive Anwendung der internationalen Menschenrechtsinstrumente einschließlich der Berichtspflichten aufgrund der internationalen Menschenrechtsinstrumente	109	82.	15. Dezember 1989		253
44/136	Internationale Konferenz über die Not der Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen im südlichen Afrika	110 *a)*	82.	15. Dezember 1989		255
44/137	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	110	82.	15. Dezember 1989		255
44/138	Internationale Konferenz über indochinesische Flüchtlinge	110 *c)*	82.	15. Dezember 1989		258
44/139	Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge	110 *b)*	82.	15. Dezember 1989		259
44/140	Anwendung der Konvention der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen	111 *a)*	82.	15. Dezember 1989		261
44/141	Weltweites Aktionsprogramm gegen unerlaubte Suchtstoffe	111 *b)*	82.	15. Dezember 1989		262
44/142	Internationales Vorgehen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und des unerlaubten Suchtstoffverkehrs	111 *b)*	82.	15. Dezember 1989		264
44/143	Folter und unmenschliche Behandlung von in Haft gehaltenen Kindern in Südafrika und Namibia	112	82.	15. Dezember 1989		266
44/144	Stand der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	112	82.	15. Dezember 1989		267
44/145	Freiwilliger Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter	112	82.	15. Dezember 1989		268
44/146	Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes regelmäßiger und unverfälschter Wahlen	114	82.	15. Dezember 1989		268
44/147	Achtung der Grundsätze der nationalen Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten im Hinblick auf Wahlprozesse	114	82.	15. Dezember 1989	113-23-11	269
44/148	Auf Solidarität beruhende Menschenrechte	115	82.	15. Dezember 1989		270
44/149	Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in Malawi	12	82.	15. Dezember 1989		271
44/150	Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Vertriebene in Dschibuti	12	82.	15. Dezember 1989		271
44/151	Die Lage der Flüchtlinge in Sudan	12	82.	15. Dezember 1989		272
44/152	Hilfe für Flüchtlinge in Somalia	12	82.	15. Dezember 1989		273
44/153	Hilfe für freiwillige Rückkehrer und Vertriebene in Tschad	12	82.	15. Dezember 1989		274
44/154	Hilfe für Flüchtlinge und Rückkehrer in Äthiopien	12	82.	15. Dezember 1989		275
44/155	Maßnahmen zur Verbesserung der Lage aller Wanderarbeiter und zur Gewährleistung ihrer Menschenrechte und Menschenwürde	12	82.	15. Dezember 1989		275
44/156	Weltkonferenz über Menschenrechte	12	82.	15. Dezember 1989		276
44/157	Hilfe für geflüchtete Schüler und Studenten im südlichen Afrika	12	82.	15. Dezember 1989		276
44/158	Stand der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes	12	82.	15. Dezember 1989		277
44/159	Summarische oder willkürliche Hinrichtungen	12	82.	15. Dezember 1989		277
44/160	Frage des erzwungenen beziehungsweise unfreiwilligen Verschwindens von Personen	12	82.	15. Dezember 1989		279
44/161	Die Menschenrechtssituation in Afghanistan	12	82.	15. Dezember 1989		279
44/162	Menschenrechte in der Rechtspflege	12	82.	15. Dezember 1989		281
44/163	Die Menschenrechtssituation in der Islamischen Republik Iran	12	82.	15. Dezember 1989		282
44/164	Menschenrechte und Massenabwanderungen	12	82	15. Dezember 1989		283
44/165	Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador	12	82.	15. Dezember 1989		284
44/166	Die Menschenrechtssituation in Chile	12	82.	15. Dezember 1989	84-2-60	286
44/167	Erweiterung der Menschenrechtskommission und die weitere Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten	12	82.	15. Dezember 1989	151-2-2	287
44/168	Internationale Hilfe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Angolas	160	82.	15. Dezember 1989	150-0-2	58
44/169	Ausarbeitung der internationalen Entwicklungsstrategie für die vierte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	82 *a)*	83.	19. Dezember 1989		136

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/170	Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten	82 *c)*	83.	19. Dezember 1989	131-1-23	137
44/171	Integration der Frau in die Entwicklung	82 *d)*	83.	19. Dezember 1989		137
44/172	Aktionsplan zur Bekämpfung der Wüstenbildung					
	A. Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung	82 *g)*	83.	19. Dezember 1989		138
	B. Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung in der Sudan-Sahel-Region	82 *g)*	83.	19. Dezember 1989		140
44/173	Globale Wohnraumstrategie bis zum Jahr 2000	82 *h)*	83.	19. Dezember 1989		141
44/174	Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in dem besetzten palästinensischen Gebiet	82 *h)*	83.	19. Dezember 1989	146-2-8	142
44/175	Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen	87	83.	19. Dezember 1989		142
44/176	Besondere Wirtschaftshilfe für Tschad	88	83.	19. Dezember 1989		143
44/177	Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung Dschibutis	88	83.	19. Dezember 1989		144
44/178	Notstandshilfe für Somalia	88	83.	19. Dezember 1989		145
44/179	Hilfe für den Demokratischen Jemen	88	83.	19. Dezember 1989		145
44/180	Hilfe für den Wiederaufbau und die Entwicklung Libanons	88	83.	19. Dezember 1989		146
44/181	Sonderhilfe zugunsten der Frontstaaten	88	83.	19. Dezember 1989	154-0-1	146
44/182	Sonderplan für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralamerika	88	83.	19. Dezember 1989		147
44/183	Finanzberichte und geprüfte Rechnungsabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses	121	83.	19. Dezember 1989		311
44/184	Gemeinsame Inspektionsgruppe	127	83.	19. Dezember 1989		313
44/185	Personalfragen					
	A. Personalstruktur des Sekretariats	130 *a)*	83.	19. Dezember 1989		314
	B. Personalgerichtsbarkeit im Sekretariat	130 *c)*	83.	19. Dezember 1989		315
	C. Verbesserung der Situation der Frauen im Sekretariat	130 *c)*	83.	19. Dezember 1989		315
	D. Obligatorische Ruhestands-Altersgrenze für neue Bedienstete	130 *c)*	83.	19. Dezember 1989		316
44/186	Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Beamten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen	130 *b)*	83.	19. Dezember 1989		316
44/187	Finanzierung der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppentflechtung	133 *a)*	84.	21. Dezember 1989		318
44/188	Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon	133 *b)*	84.	21. Dezember 1989		319
44/189	Finanzierung der Militärischen Beobachtergruppe der Vereinten Nationen für Irak und Iran	134	84.	21. Dezember 1989		320
44/190	Finanzierung der Verifikationsmission der Vereinten Nationen für Angola	135	84.	21. Dezember 1989		321
44/191	Finanzierung der Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit	136	84.	21. Dezember 1989		322
44/192	Verwaltungs- und haushaltstechnische Aspekte der Finanzierung der Friedensoperationen der Vereinten Nationen					
	Resolution A	137	84.	21. Dezember 1989		323
	Resolution B	137	84.	21. Dezember 1989		324
	Resolution C	137	84.	21. Dezember 1989		325
44/193	Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1988-1989					
	A. Endgültige Mittelbewilligungen für den Zweijahreszeitraum 1988-1989	122	84.	21. Dezember 1989		325
	B. Endgültige Einnahmenvoranschläge für den Zweijahreszeitraum 1988-1989	122	84.	21. Dezember 1989		328
44/194	Programmplanung	124	84.	21. Dezember 1989		328
44/195	Derzeitige Finanzkrise und finanzielle Notlage der Vereinten Nationen					
	Resolution A	40 und 125	84.	21. Dezember 1989		330
	Resolution B	40 und 125	84.	21. Dezember 1989		331

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/196	Konferenzplan					
	A. Bericht des Konferenzausschusses	128	84.	21. Dezember 1989		331
	B. Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation	128	84.	21. Dezember 1989		332
	C. Durchführung der Generalversammlungsresolution 42/207 C	128	84.	21. Dezember 1989		332
44/197	Beitragstabelle für die Aufteilung der Ausgabenlast der Vereinten Nationen					
	Resolution A	129	84.	21. Dezember 1989		333
	Resolution B	129	84.	21. Dezember 1989		333
	Resolution C	129	84.	21. Dezember 1989		333
44/198	Gemeinsames System der Vereinten Nationen: Bericht der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst	131	84.	21. Dezember 1989		334
44/199	Pensionssystem der Vereinten Nationen	132	84.	21. Dezember 1989		339
44/200	Durchführung der Generalversammlungsresolution 41/213					
	Resolution A	38	84.	21. Dezember 1989		342
	Resolution B	38	84.	21. Dezember 1989		344
	Resolution C	38	84.	21. Dezember 1989		345
44/201	Fragen im Zusammenhang mit dem Entwurf des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 1990-1991					
	Resolution A	123	84.	21. Dezember 1989		345
	Resolution B	123	84.	21. Dezember 1989		346
44/202	Programmhaushaltsplan für den Zweijahreszeitraum 1990-1991					
	A. Mittelbewilligungen für den Zweijahreszeitraum 1990-1991	123	84.	21. Dezember 1989		349
	B. Einnahmenvoranschläge für den Zweijahreszeitraum 1990-1991	123	84.	21. Dezember 1989		351
	C. Finanzierung der Mittelbewilligungen für das Jahr 1990	123	84.	21. Dezember 1989		351
44/203	Unvorhergesehene und außerordentliche Ausgaben für den Zweijahreszeitraum 1990-1991	123	84.	21. Dezember 1989		352
44/204	Betriebsmittelfonds für den Zweijahreszeitraum 1990-1991	123	84.	21. Dezember 1989		352
44/205	Wege zu einer dauerhaften Lösung der Auslandsverschuldungsprobleme	84	85.	22. Dezember 1989	139-1-0	148
44/206	Mögliche schädliche Auswirkungen eines Ansteigens des Meeresspiegels auf Inseln und Küstengebiete, insbesondere tiefliegende Küstengebiete	85	85.	22. Dezember 1989		150
44/207	Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen	85	85.	22. Dezember 1989		151
44/208	Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten	86	85.	22. Dezember 1989		153
44/209	Vierzigjähriges Bestehen der multilateralen technischen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen	86	85.	22. Dezember 1989		153
44/210	Künftige Aufgaben auf dem Gebiet der Bevölkerungsfragen, einschließlich der Mobilisierung der für die internationale Hilfe auf diesem Gebiet erforderlichen Mittel	86	85.	22. Dezember 1989		154
44/211	Umfassende dreijährliche Grundsatzüberprüfung der operativen Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen	86	85.	22. Dezember 1989		154
44/212	Internationale Zusammenarbeit zur Beseitigung der Armut in den Entwicklungsländern	82	85.	22. Dezember 1989		160
44/213	Entwicklung der Humanressourcen im Dienste der Entwicklung	82	85.	22. Dezember 1989		161
44/214	Spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen der Binnenstaaten unter den Entwicklungsländern	82 *b*)	85.	22. Dezember 1989	144-0-5	162
44/215	Wirtschaftliche Maßnahmen als Mittel zur Ausübung politischen und wirtschaftlichen Zwangs auf Entwicklungsländer	82 *b*)	85.	22. Dezember 1989	118-23-2	164
44/216	Internationaler Verhaltenskodex für den Technologietransfer	82 *b*)	85.	22. Dezember 1989		165
44/217	Handelsembargo gegen Nicaragua	82 *b*)	85.	22. Dezember 1989	82-2-47	165
44/218	Rohstoffe	82 *b*)	85.	22. Dezember 1989	146-0-2	166
44/219	Bericht des Handels- und Entwicklungsrats	82 *b*)	85.	22. Dezember 1989		167

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/220	Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder	82 *b*)	85.	22. Dezember 1989		168
44/221	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Konferenz für die Koordinierung der Entwicklung im südlichen Afrika	82 *e*)	85.	22. Dezember 1989		169
44/222	Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern	82 *e*)	85.	22. Dezember 1989		170
44/223	Zehnter Jahrestag der Verabschiedung des Aktionsplans von Buenos Aires zur Förderung und Verwirklichung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern	82 *e*)	85.	22. Dezember 1989		170
44/224	Internationale Zusammenarbeit bei der Überwachung, Bewertung und Vorhersage von Umweltbedrohungen sowie bei der Hilfeleistung in Umweltnotfällen	82 *f*)	85.	22. Dezember 1989		171
44/225	Fischfang mit großen pelagischen Treibnetzen und seine Auswirkungen auf die lebenden Naturschätze der Ozeane und Meere der Welt	82 *f*)	85.	22. Dezember 1989		172
44/226	Verkehr mit toxischen und gefährlichen Produkten und Abfällen sowie deren Entsorgung, Kontrolle und grenzüberschreitende Verbringung	82 *f*)	85.	22. Dezember 1989		173
44/227	Durchführung der Generalversammlungsresolutionen 42/186 und 42/187	82 *f*)	85.	22. Dezember 1989		175
44/228	Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung	82 *f*)	85.	22. Dezember 1989		177
44/229	Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich	82 *f*)	85.	22. Dezember 1989		181
44/230	Zielbetrag für die Beitragsleistungen zum Welternährungsprogramm für 1991-1992	12	85.	22. Dezember 1989		184
44/231	Bericht des Generalsekretärs gemäß Generalversammlungsresolution 42/165	12	85.	22. Dezember 1989		184
44/232	Entwicklungen beim Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer und aus den Entwicklungsländern und die Folgen für das Wirtschaftswachstum und die nachhaltige Entwicklung dieser Länder	12	85.	22. Dezember 1989	147-1-0	185
44/233	Verhütung und Bekämpfung des Syndroms der erworbenen Immunschwäche (Aids)	12	85.	22. Dezember 1989		186
44/234	Konsumstrukturen und qualitative Entwicklungsindikatoren	12	85.	22. Dezember 1989		187
44/235	Hilfe für das palästinensische Volk	12	85.	22. Dezember 1989	146-2-1	188
44/236	Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung	12	85.	22. Dezember 1989		188
44/237	Zweite Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas	12	85.	22. Dezember 1989		191
44/238	Weltdekade für kulturelle Entwicklung	12	85.	22. Dezember 1989		191
44/239	Humanitäre Notstandshilfe für Rumänien	161	86.	28. Dezember 1989		59
44/240	Auswirkungen der militärischen Intervention der Vereinigten Staaten von Amerika in Panama auf die Situation in Zentralamerika	34	88.	29. Dezember 1989	75-20-40	59

BESCHLÜSSE

A. Wahlen und Ernennungen

44/301	Ernennung der Mitglieder des Vollmachtenprüfungsausschusses	3 *a*)	1.	19. September 1989		374
44/302	Wahl des Präsidenten der Generalversammlung	4	1.	19. September 1989		374
44/303	Wahl der Vorsitzenden der Hauptausschüsse	5	2.	19. September 1989		374
44/304	Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung	6	2.	19. September 1989		374
44/305	Ernennung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen					
	Beschluß A	17 *a*)	12.	29. September 1989		375
	Beschluß B	17 *a*)	83.	19. Dezember 1989		375
44/306	Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats	15 *a*)	34.	18. Oktober 1989		375
44/307	Bestätigung der Ernennung des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen	17 *i*)	43.	1. November 1989		376
44/308	Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats	15 *b*)	44.	1. November 1989		376
44/309	Wahl von neunundzwanzig Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen	16 *a*)	45.	6. November 1989		376

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/310	Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats	16 *b)*	48.	8. November 1989		377
44/311	Wahl von sieben Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses	16 *c)*	48.	8. November 1989		377
44/312	Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	16 *d)*	62.	20. November 1989		378
44/313	Ernennung eines Mitglieds des Informationsausschusses ..	79	78.	8. Dezember 1989		378
44/314	Ernennung von Mitgliedern des Konferenzausschusses	17 *g)*	82.	15. Dezember 1989		378
44/315	Ernennung von Mitgliedern der Gemeinsamen Inspektionsgruppe	17 *h)*	82.	15. Dezember 1989		379
44/316	Ernennung von Mitgliedern des Beitragsausschusses	17 *b)*	83.	19. Dezember 1989		379
44/317	Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses	17 *c)*	83.	19. Dezember 1989		379
44/318	Bestätigung der Ernennung von Mitgliedern des Investitionsausschusses	17 *d)*	83.	19. Dezember 1989		380
44/319	Ernennung von Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen	17 *e)*	83.	19. Dezember 1989		380
44/320	Ernennung von Mitgliedern der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst	17 *f)*	83.	19. Dezember 1989		380
	B. Sonstige Beschlüsse					
44/401	Organisation der vierundvierzigsten Tagung	8	3. und 78.	22. September und 8. Dezember 1989		381
44/402	Annahme der Tagesordnung und Zuweisung der Tagesordnungspunkte	8	3., 20., 33., 50., 61., 78. und 86.	22. September, 5. und 17. Oktober, 9. und 20. November und 8. und 28. Dezember 1989		381
44/403	Sitzungen von Nebenorganen während der vierundvierzigsten Tagung					
	Beschluß A	8	2.	19. September 1989		382
	Beschluß B	8	3.	22. September 1989		382
	Beschluß C	8	72.	4. Dezember 1989		382
	Beschluß D	8	78.	8. Dezember 1989		382
44/404	Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen	10	32.	17. Oktober 1989		382
44/405	Bericht des Internationalen Gerichtshofs	13	43.	1. November 1989		382
44/406	Frage der Falklandinseln (Malvinas)	35	44.	1. November 1989		382
44/407	Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas	28	46.	7. November 1989		385
44/408	Organisation der Sondertagung der Generalversammlung über Apartheid und deren zerstörerische Folgen im südlichen Afrika	28	53.	13. November 1989		382
44/409	Unterrichtung durch den Generalsekretär gemäß Artikel 12 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen	7	53.	13. November 1989		383
44/410	Organisation der Sondertagung der Generalversammlung zur Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit gegen die unerlaubte Erzeugung von Suchtstoffen, das unerlaubte Angebot dieser Stoffe, die unerlaubte Nachfrage danach, den unerlaubten Verkehr damit und die unerlaubte Verteilung dieser Stoffe, mit dem Ziel, den Umfang dieser Zusammenarbeit zu erweitern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen	157	55.	14. November 1989		383
44/411	Afrikanische Rahmenkonzeption als Alternative zu Strukturanpassungsprogrammen für Gesundung und Wandel im sozioökonomischen Bereich	155	60.	17. November 1989		383
44/412	Bericht des Hochrangigen Ausschusses für die Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern über seine sechste Tagung	82 *e)*	62.	20. November 1989		385
44/413	Harmonisierung der Satzungen, Verfahrensordnungen und Gepflogenheiten der Verwaltungsgerichte der Internationalen Arbeitsorganisation und der Vereinten Nationen .	126 *b)*	63.	22. November 1989		398
44/414	Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen	126 *a)*	63.	22. November 1989		398

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/415	Inanspruchnahme einer Kommission für Gute Dienste, Vermittlung oder Vergleich im Rahmen der Vereinten Nationen	146	72.	4. Dezember 1989		399
44/416	Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien	41	77.	7. Dezember 1989		383
44/417	Erklärung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit über den von der gegenwärtigen Regierung der Vereinigten Staaten im April 1986 aus der Luft und von der See aus geführten militärischen Angriff auf die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahirija	42	77.	7. Dezember 1989		384
44/418	Informationsfragen	79	78.	8. Dezember 1989		385
44/419	Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India	80	78.	8. Dezember 1989		385
44/420	Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen	81	78.	8. Dezember 1989		385
44/421	Durchführung der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung auf sozialem Gebiet	91	78.	8. Dezember 1989		395
44/422	Erfahrungen der Staaten bei der Herbeiführung tiefgreifender Veränderungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet mit dem Ziel des sozialen Fortschritts	92	78.	8. Dezember 1989		395
44/423	Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien	97	78.	8. Dezember 1989		395
44/424	Bericht des Sicherheitsrats	11	79.	11. Dezember 1989		384
44/425	Militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern könnten	117	80.	11. Dezember 1989	125-12-13	396
44/426	Gibraltar-Frage	18	80.	11. Dezember 1989		397
44/427	Pitcairn-Frage	18	80.	11. Dezember 1989		397
44/428	St.-Helena-Frage	18	80.	11. Dezember 1989	122-2-27	398
44/429	Internationale Dekade für die Beseitigung des Kolonialismus	18	80.	11. Dezember 1989	130-0-22	384
44/430	Konvention über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie übermäßig schwere Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken	55	81.	15. Dezember 1989		384
44/431	Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme: Bericht der Abrüstungskonferenz	60	81.	15. Dezember 1989		385
44/432	Internationale Zusammenarbeit zur Abrüstung	63	81.	15. Dezember 1989		385
44/433	Umfassender Ansatz zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen	73	81.	15. Dezember 1989		385
44/434	Änderung des Titels von Tagesordnungspunkt 111	111	82.	15. Dezember 1989		395
44/435	Arbeitsprogramm des Dritten Ausschusses	12	82.	15. Dezember 1989		395
44/436	Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit	82	83.	19. Dezember 1989		386
44/437	Von Wüstenbildung und Dürre betroffene Länder in Afrika	82 *g)*	83.	19. Dezember 1989		386
44/438	Internationale Strategie zur Bekämpfung der Heuschreckenplage, insbesondere in Afrika	88 *b)*	83.	19. Dezember 1989		386
44/439	Änderungen der Personalordnung	130 *c)*	83.	19. Dezember 1989		399
44/440	Beachtung der Vorrechte und Immunitäten der Beamten der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen und der diesen verwandten Organisationen	130 *b)*	83.	19. Dezember 1989		399
44/441	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats	12	84.	21. Dezember 1989		399
44/442	Anspruchsberechtigung bei Flugreisen	122	84.	21. Dezember 1989		399
44/443	Bericht des Generalsekretärs über kurz-, mittel- und langfristige Lösungen für die durch die Naturkatastrophen in Bangladesch verursachten Probleme	25	85.	22. Dezember 1989		386
44/444	Vorbereitungen für die Sondertagung der Generalversammlung über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere über die Neubelebung des Wirtschaftswachstums und der Entwicklung in den Entwicklungsländern	83	85.	22. Dezember 1989		386

Lfd.Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
44/445	Einsetzung einer beratenden Kommission für Verschuldung und Entwicklung	84	85.	22. Dezember 1989		388
44/446	Bericht des Generalsekretärs über den Schutz des Weltklimas für die heutigen und die kommenden Generationen	85	85.	22. Dezember 1989		388
44/447	Bericht des Generalsekretärs über Notstandshilfe für Sudan	153	85.	22. Dezember 1989		388
44/448	Internationale Konferenz über Währung und Finanzen im Dienste der Entwicklung	82	85.	22. Dezember 1989		388
44/449	Bericht des Generalsekretärs über aktuelle internationale Währungsfragen	82	85.	22. Dezember 1989		388
44/450	Ausbau und Verbesserung der Aufstellung von Programmen auf zwischenstaatlicher Ebene für die technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern	82 *e)*	85.	22. Dezember 1989		388
44/451	Schutz der Umwelt in extraterritorialen Bereichen für die heutigen und die kommenden Generationen	82 *f)*	85.	22. Dezember 1989		389
44/452	Beitritt der Vereinten Nationen zu der Konvention über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und zu der Konvention über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen	82 *f)*	85.	22. Dezember 1989		389
44/453	Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich	82 *f)*	85.	22. Dezember 1989		389
44/454	Dokumente zum Thema Umwelt	82 *f)*	85.	22. Dezember 1989		389
44/455	Dokumente betreffend den Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats	12	85.	22. Dezember 1989		389
44/456	Zweijähriges Arbeitsprogramm des Zweiten Ausschusses für den Zeitraum 1990-1991	12	85.	22. Dezember 1989		390
44/457	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats	12	85.	22. Dezember 1989		384
44/458	Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen	43	85.	22. Dezember 1989		384
44/459	Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung	44	85.	22. Dezember 1989		384
44/460	Frage der ausgewogenen Vertretung und der Erhöhung der Zahl der Mitglieder im Sicherheitsrat	45	85.	22. Dezember 1989		384